ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.)

Research Report

Vorrang für die Wachstumspolitik. Jahresgutachten 1987/88

Jahresgutachten, No. 1987/88

Provided in Cooperation with:
German Council of Economic Experts

Suggested Citation: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Ed.) (1987) : Vorrang für die Wachstumspolitik. Jahresgutachten 1987/88, Jahresgutachten, No. 1987/88, Bundestag, Bonn

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/75264

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1317 A

24. 11. 87

Sachgebiet 700

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresgutachten 1987/88 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Juni 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat sein vierundzwanzigstes Jahresgutachten vor [2]).

2. In rauhem Fahrwasser kam die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr nur langsamer voran. Die Belastungen von außen waren groß, und sie sind es noch. Gleichwohl gelang es den Unternehmen, wieder den Anschluß an die — allerdings nur verhaltene — Expansion ihrer Auslandsmärkte zu gewinnen. Mit der Wiederbelebung des Exports verbreiterte sich die Basis für eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, aber das reichte nicht hin, um die Schwäche von Nachfrage und Produktion in der ersten Jahreshälfte wettzumachen. So konnte für das ganze Jahr 1987 nur ein Zuwachs des Sozialprodukts von 1½ vH erzielt werden.

Ende des Sommers zeichneten sich, nachdem die Auftriebskräfte wieder Tritt gefaßt hatten, für Export und Investition, Produktion

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist als Anhang III abgedruckt.

Zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 121 (42) — 600 06 — Gu 23/87 — vom 24. November 1987 gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

und Beschäftigung deutlich günstigere Perspektiven ab. Der Börsenkrach, vor allem aber der neuerliche Verfall des Dollar warfen dann wieder Schatten auf dieses Bild. Der Zuwachs des Sozialprodukts wird daher 1988 mit 1½ vH nicht größer, aber immerhin auch nicht geringer sein als in diesem Jahr. Das reicht bei der Beschäftigungszunahme wiederum nicht aus, um die Arbeitslosigkeit herabzudrücken; sie wird 1988 voraussichtlich wieder leicht steigen.

Im Kursverfall an den Aktienbörsen sehen wir nicht den Vorboten einer Weltrezession. Was die Ertragsbedingungen der Unternehmen angeht, bei uns ebenso wie in den Partnerländern, zeichnet sich keine Verschlechterung ab, die zu einer derartigen Einschätzung Anlaß gäbe. Man darf nicht übersehen, daß die Kurssteigerungen an den Aktienbörsen — im Ausland teilweise noch viel mehr als bei uns — in den letzten Jahren den Kontakt mit der Gewinnentwicklung verloren hatten. Eine Korrektur spekulativer Übertreibungen war früher oder später unausweichlich. Als sich dann auf den Finanzmärkten das Mißtrauen verdichtete, daß es den großen Welthandelsländern nicht gelingen werde, beim Abbau der großen Ungleichgewichte voranzukommen, mußte es zu schmerzhaften Korrekturen kommen; und auch diese mögen teilweise wieder übersteigert ausgefallen sein.

Wichtig ist vor allem, daß der Börsenkrach nicht auf die Anleihemärkte und die Kreditmärkte übergreifen konnte. Im Gegenteil: Der Anstieg der Zinsen auf den Kapitalmärkten, der im Frühsommer begann, ist zumindest gestoppt, und die vor allem im Ausland neu aufgekommene Furcht vor einem Wiederaufflackern der Inflation hat sich vorerst weitgehend gelegt. Freilich muß für die Verluste an den Aktienbörsen auch im realen Bereich ein Preis gezahlt werden. Das ist zum einen die schwächere Konsumzunahme, insbesondere in den Ländern, in denen die privaten Haushalte besonders hohe Einbußen an Wertpapiervermögen erlitten haben. Das ist zum anderen die geringere Investition, soweit verschlechterte Absatzerwartungen und die verteuerte Beschaffung von Eigenkapital an der Börse die Investitionsneigung und die Investitionsfähigkeit beeinträchtigt haben. Größer wäre indessen nach unserer Einschätzung die Gefahr, wenn die Vereinigten Staaten es versuchen sollten, den Abbau ihres Leistungsbilanzdefizits auf dem Wege eines fortgesetzten weiteren Verfalls des Dollarkurses voranzubringen. Wir haben uns mit diesen Fragen im Gutachten ausführlich auseinandergesetzt und begründet, warum es im Interesse aller Länder liegt, durch eine kooperative Strategie gemeinsam den Abbau der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft tatkräftig anzugehen. Wir gehen in unserer Prognose für 1988 davon aus, daß dies gelingt.

Wir haben das Gutachten unter das Thema **Vorrang für die Wachstumspolitik** gestellt. Das ist unsere Sicht der wirtschaftspolitischen Aufgabe für die kommenden Jahre. Die deutsche Wirtschaft ist im Wachstumstempo immer weiter zurückgefallen, dies auch im internationalen Vergleich. Entscheidend für die Wachstumsschwäche ist es, daß im strukturellen Wandel zu viele Aufgaben nicht gelöst, teilweise sogar nicht einmal angegangen worden

sind. Wir greifen dieses Thema grundsätzlich auf und beschreiben für einzelne Politikbereiche, was diese zu einer Stärkung der Wachstumsdynamik beitragen können.

Bei vielen ist in Vergessenheit geraten, warum eine kräftig wachsende Wirtschaft allen Vorteile bringt. Das entscheidende Argument für eine das Wachstum fördernde Wirtschaftspolitik ist, daß die Menschen steigende Einkommen wollen und auch bereit sind, sich dafür anzustrengen. Wachstum ist aber auch unverzichtbar, um die Beschäftigung schneller zu steigern und so die Arbeitslosigkeit schneller abzubauen, um beim Umweltschutz ehrgeizigere Ziele verfolgen zu können und um bei der sozialen Sicherung das wirtschaftliche Fundament zu festigen, auf dem sie steht.

In der Arbeit des Sachverständigenrates nimmt die Verbesserung der analytischen Instrumente einen wichtigen Platz ein. In diesem Gutachten stellen wir zwei neue Instrumente vor. Die Kosten-Erlös-Relation ersetzt unsere bisherige Reallohnposition. Von der Anwendung dieses Instruments erwarten wir bessere Informationen für die Beurteilung der Investitionsbedingungen der Unternehmen, denen eine entscheidende Bedeutung für die künftigen Wachstumschancen in der Bundesrepublik zukommt. Mit einem zweiten neuen Instrument, der Arbeitseinkommensquote, analysieren wir die Entwicklung der Einkommensverteilung; wir führen damit unsere bisherigen Berechnungen zur Lohnquote in detaillierter Form fort.

3. Die Amtsperiode von Professor Dr. Hans K. Schneider, Köln, war am 28. Februar 1987 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.

4. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie mit dem Präsidenten und mit Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu erörtern. Mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, Herrn Dr. Winfried Florian, erörterte ein Mitglied des Sachverständigenrates Fragen der Neuorganisation des Fernmeldewesens.

Der Sachverständigenrat führte mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit ein ausführliches Gespräch über Fragen des Arbeitsmarktes.

Wie in früheren Jahren hat der Rat Vertreter der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu anstehenden Problemen gehört.

Mit Vertretern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften besprach der Rat wirtschaftliche Themen der Gemeinschaft.

5. Mit Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat der Rat Gespräche führen können, die ihm für seine Arbeit wertvolle Hinweise vermittelt haben.

Professor Dr. Horst-Manfred Schellhaaß, Berlin, stand dem Sachverständigenrat in einer Diskussion über ordnungspolitische Fragen des Sozialplans und seiner Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Tarifpolitik zur Verfügung.

Professor Dr. Horst Zimmermann, Marburg, und Dr. Martin Junkernheinrich, Bochum, haben dem Sachverständigenrat zu Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik, insbesondere für altindustrielle Problemgebiete, und Fragen des Finanzausgleichs wertvolle Anregungen vermittelt.

Mit Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Köln, und Professor Dr. Walter Schulz, Köln, führte der Sachverständigenrat ein Gespräch über Möglichkeiten und Probleme bei der Realisierung von mehr Wettbewerb in der leitungsgebundenen Energieversorgung.

6. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat uns wieder die Ergebnisse seiner Herbstumfrage bei den Kammern zur Verfügung gestellt und dadurch unsere Urteilsbildung über die wirtschaftliche Situation der Unternehmen erleichtert.

7. Bei den Abschlußarbeiten an dem vorliegenden Gutachten fanden wir wertvolle Unterstützung durch Professor Dr. Hermann Albeck, Saarbrücken, Dr. Hans J. Barth, Basel, Professor Dr. Otmar Issing, Würzburg, und Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Schmidt, Kiel. Ihnen allen gilt ein besonderer Dank des Sachverständigenrates.

8. Die volkswirtschaftliche Abteilung und die statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank haben den Sachverständigenrat auch in diesem Jahr bei seinen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten, empirisches Material aufbereitet und zur Verfügung gestellt.

Für seine Analysen der internationalen Wirtschaftslage hat der Sachverständigenrat auch durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften Unterstützung erhalten.

9. Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr sehr gut. Wie wenn dies selbstverständlich wäre, haben sich viele Mitarbeiter des Amtes in weit über das Normale hinausgehendem Maße für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Dies gilt besonders für die Angehörigen der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Neben dem Leiter, Herrn Leitender Regierungsdirektor Ulrich Maurer, und seinem Stellvertreter, Herrn Oberregierungsrat Wolfgang Glöckler, haben als ständige Mitarbeiter Frau Maria Carillo, Frau Monika Klebsattel, Herr Friedrich Egli, Herr Klaus-Peter Klein, Herr Peter Leonhardt und Herr Hans-Jürgen Schwab den Rat mit Tatkraft und Anregungen unterstützt. Allen Beteiligten zu danken, ist dem Sachverständigenrat ein besonderes Anliegen.

Großer Dank gebührt den Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes in diesem Jahr für die mühevollen Arbeiten zu der Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik, welche wir in dieses Gutachten aufgenommen haben. Der hierfür geleistete Einsatz aller Beteiligten ging noch weit über das hinaus, was der Sachverständigenrat ohnehin schon an Unterstützung vom Statistischen Bundesamt erhält.

10. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht erstatten können.

Dem Stab des Rates gehörten beim Abschluß dieses Gutachtens an:

Diplom-Volkswirt Roswitha Beck, Diplom-Volkswirt Peter Cornelius, Dr. Michael Heise, Diplom-Volkswirt Thomas Koch, Diplom-Volkswirt Horst Reichert, Diplom-Volkswirt Michael Schlesinger.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Mitarbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Professor Dr. Ulrich van Suntum, zu tragen.

Alle Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, 19. November 1987

Ernst Helmstädter **Helmut Hesse** **Rüdiger Pohl** **Dieter Pohmer** **Hans K. Schneider**

Inhalt

Seite

Eine kürzere Fassung 1

Erstes Kapitel: Die wirtschaftliche Lage 21

Teil A: Der internationale Rahmen 21

I. Die Weltwirtschaft: Kooperation ist dringlicher geworden 21
- Mühsame Korrektur der Leistungsbilanzungleichgewichte 21
- Welthandelsordnung: Vor notwendigen Entscheidungen 24
- Verschuldungskrise: Bisherige Lösungsversuche unzureichend 26

II. Konjunkturelles Gefälle zwischen den Industrieländern 29
- Aktienbaisse und Weltkonjunktur 1987 29
- Vereinigte Staaten: Anhaltender Aufschwung bei starkem Exportwachstum 32
- Kräftige Binnenkonjunktur in Japan 36
- Gedämpftes Wachstum in Europa 37
- Die Entwicklung in einzelnen Ländern Europas 39

III. Die Europäische Gemeinschaft vor schwierigen Reformen 41

Teil B: Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik 54

I. Überblick 54

II. Im Zeichen veränderter Wechselkurse 56
- Ausfuhr zieht wieder an 56
- Lebhafte Verbrauchsnachfrage bei nahezu stabilen Preisen 60
- Verhaltene Zunahme der staatlichen Güterkäufe 61
- Modernisierung steht im Mittelpunkt 62
- Wohnungsbau abermals rückläufig 65
- Kräftige Importsteigerung 65
- Weiterhin wenig Wachstumsdynamik 66

III. Beschäftigungsentwicklung unter dem Druck des Strukturwandels 69
- Nur noch geringer Anstieg der Beschäftigung 71
- Beschäftigung im Strukturwandel 76
- Die bisherigen Ergebnisse der Qualifizierungsoffensive 80

IV. Geldpolitik: Orientierung am Wechselkurs 81
- Abermals starke Expansion der Zentralbankgeldmenge 83
- Geldpolitische Rücksichtnahme auf Wechselkurs und Konjunktur 87
- Hohe Nachfrage nach liquiden Mitteln 87
- Rückgang des hohen ausländischen Mittelangebots am deutschen Kapitalmarkt 89
- Zur Geldmarktsteuerung 92
- Geringere Wechselkursänderungen 92

V. Finanzpolitik: Höhere Defizite bei wiederum kräftiger Ausgabenexpansion 94
- Unerwartet schwache Entwicklung der Steuereinnahmen 94
- Ausgabenzuwachs überschreitet Zielvorstellungen 95
- Subventionen: Statt Abbau weiterer Anstieg 100
- Expansiver konjunktureller Impuls leicht erhöht 103
- Die Finanzlage der Sozialversicherungen 104

Seite

Teil C: Kosten, Gewinne, Einkommensverteilung 106

I. Die Kosten-Erlös-Relation 106

II. Die Entwicklung der Kosten-Erlös-Relation seit den sechziger Jahren 107

III. Die Entwicklung der Einkommensverteilung seit den sechziger Jahren 109

Zweites Kapitel: Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1988 114

I. Zur Ausgangslage 114

II. Die Annahmen der Prognose 115

Zu den Wirkungen des Kurssturzes an den Aktien- und Devisenmärkten 115

Zu den Annahmen über den Kurs der Wirtschaftspolitik 116

III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1988 117

IV. Die Entwicklung der Binnenkonjunktur im Jahre 1988 119

Drittes Kapitel: Wirtschaftspolitik für 1988 und danach 128

Teil A: Aufgaben und Möglichkeiten 128

I. Ziele und Wirklichkeit 128

Lage und Aussichten 128

Der empirische Befund 129

Stabilität des Geldwerts: Das Erreichte sichern ist schwerer geworden 129

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: ein Schritt näher zum Ziel .. 130

Enttäuschende Beschäftigungsentwicklung 130

Unzureichendes Wirtschaftswachstum 131

II. Vorrang für die Wachstumspolitik 133

Ursachen der Wachstumsschwäche 133

Die Aufgabe für die Wirtschaftspolitik 136

Beispiele für das, was zu tun ist 137

Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach 139

Teil B: Zu den Politikbereichen im einzelnen 142

I. Finanzpolitik: Vor zunehmenden Schwierigkeiten 142

Abkehr vom Konsolidierungskurs? 144

Steuerreformpaket 1990 nachbessern — Wachstum kräftigen 150

Finanzausgleich — Eigenverantwortung stärken 157

Reform der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung begrenzen — Selbstverantwortung stärken 160

Eine andere Meinung 162

II. Geldpolitik im Konflikt 164

Zur Geldpolitik im Jahre 1987 166

Zur Geldpolitik im Jahre 1988 168

Geldpolitische Orientierungsaufgabe bei internationaler Kooperation 170

Zum Bruttoinlandsprodukt als unmittelbare Zielgröße der Geldpolitik 171

Zu den Rohstoffpreisen als Zielgröße der Geldpolitik 172

Zu den Wechselkursen als Zielgröße der Geldpolitik 172

Stabile Preise als Orientierungsmarke und als Voraussetzung stabiler Wechselkurse 173

Eine andere Meinung 173

Seite

III. Das Europäische Währungssystem vor neuen Herausforderungen 176
Priorität für einen stabilen Geldwert 176
Liberalisierung des Kapitalverkehrs 178
Erleichterung intramarginaler Interventionen 180

IV. Tarifpolitik: Konstanz der Lohnstückkosten mittelfristig sichern 181

V. Für mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten 186
Neue Techniken — neue Qualifikationsanforderungen 186
Zur Regulierung des Arbeitsmarktes 188
Der befristete Arbeitsvertrag 190
Der Sozialplan 192

VI. Marktöffnung und Wettbewerb für mehr Wachstum 195
TELEKOM: Infrastrukturauftrag und Marktstellung 196
Für Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten 198
Airbus: Marktöffnung nicht mit Dauersubventionen 200

Anhang

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 204

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 206

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 207

IV. Methodische Erläuterungen 208

V. Zur Berechnung von Ausfuhrvolumen und Ausfuhrindizes für ausgewählte Waren und für die wichtigsten Handelspartnerländer der Bundesrepublik Deutschland 217

VI. Statistischer Anhang 260

Sachregister 370

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Realer Außenwert und Außenbeitrag für ausgewählte Länder	22
2	Auslandsverschuldung und Schuldendienste der Entwicklungsländer in vH der Waren- und Dienstleistungsexporte	26
3	Schuldenkapitalisierung	28
4	Die Aktienkursentwicklung an internationalen Börsenplätzen	30
5	Renditen langfristiger Anleihen in wichtigen Industrieländern im Jahre 1987	31
6	Zur Konjunkturentwicklung in den Vereinigten Staaten	33
7	Zur monetären Entwicklung in den Vereinigten Staaten	35
8	Binnennachfrage als Auftriebskraft in Japan	36
9	Reale Außenwerte ausgewählter Währungen im Europäischen Währungssystem	44
10	Zur Ausfuhr ausgewählter Waren in die Vereinigten Staaten	57
11	Zur Investitionsgüternachfrage aus dem Ausland	58
12	Verfügbares Einkommen und privater Verbrauch	60
13	Zur Struktur der staatlichen Nachfrage	62
14	Eigene Finanzierungsmittel und Bruttoinvestitionen	63
15	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	66
16	Zur Abgrenzung von Konjunkturphasen	68
17	Bruttoanlagevermögen ausgewählter Wirtschaftsbereiche	69
18	Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	70
19	Die Lage am Arbeitsmarkt	71
20	Zur Beschäftigungsentwicklung in ausgewählten Wirtschaftszweigen	79
21	Zur Zielvorgabe der Bundesbank	82
22	Zur Zielvorstellung des Sachverständigenrates	85
23	Zur Entwicklung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes	86
24	Zur Entwicklung des Geldvolumens	88
25	Geldmenge und Wertpapiererwerb	88
26	Renditen langfristiger Staatsschuldpapiere	91
27	Entwicklung ausgewählter Zinsen	93
28	Leistungsverlagerungen durch Eingriffe in die Sozialversicherung	97
29	Zum Länderfinanzausgleich	99
30	Quoten zur Einkommensverteilung	113
31	Sozialprodukt und wichtige Komponenten	123
32	Zur Lohnentwicklung	182

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Internationale Notierungen für ausgewählte Edelmetalle	31
2	Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	40
3	Zum Europäischen Währungssystem	43
4	Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland	45
5	Die Entwicklung am Arbeitsmarkt	72
6	Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen	74
7	Zur Struktur der Arbeitslosigkeit	75
8	Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt	76
9	Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken	78
10	Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge	84
11	Emission und Erwerb von Wertpapieren	90
12	Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	92
13	Aufkommen wichtiger Einzelsteuern	94
14	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	96
15	Zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
16	Finanzpolitisch wichtige Ereignisse	101
17	Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht	102
18	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte	104
19	Rentenniveau	105
20	Zur Kosten-Erlös-Relation	108
21	Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	110
22	Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote	111
23	Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern	118
24	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	120
25	Einnahmen und Ausgaben des Staates	125
26	Zur Entwicklung von Staatsquoten und Kreditfinanzierungsquoten der öffentlichen Haushalte	143
27	Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1988	145
28	Defizite der öffentlichen Haushalte im Jahre 1990	148
29	Konsolidierungsstand der öffentlichen Haushalte im Jahre 1990	149
30	Die Steuerreform 1986/1988 und 1990	151

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	267
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	268
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	269
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	270
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	271
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	272
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	273
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	274
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	275
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	276
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	278
12*	Wechselkurse	279
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	280
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	282
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	284
16*	Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	285
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	286
18*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	288
19*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	289
20*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	290
21*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	292
22*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	294
23*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	296
24*	Verteilung des Volkseinkommens	297
25*	Verwendung des Volkseinkommens	298
26*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	299
27*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	300
28*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	301
29*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	302
30*	Verwendung des Sozialprodukts	304
31*	Bruttoinvestitionen	306
32*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	308
33*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	310
34*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	311
35*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	312
36*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	314
37*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	318
38*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	320
39*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	322
40*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	323

Seite

41* Vermögensbildung und ihre Finanzierung 324

42* Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ... 326

43* Zahlungsmittelbestände und Kredite ... 328

44* Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ... 329

45* Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 332

46* Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe ... 335

47* Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 336

48* Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 338

49* Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe ... 339

50* Baugenehmigungen ... 340

51* Auftragseingang im Bauhauptgewerbe ... 341

52* Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe ... 343

53* Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe ... 344

54* Einzelhandelsumsatz ... 345

55* Zahlungsbilanz ... 346

56* Kapitalverkehr mit dem Ausland ... 348

57* Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte ... 350

58* Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik ... 351

Seite

59* Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik ... 352

60* Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik ... 353

61* Warenausfuhr nach Ländergruppen ... 354

62* Wareneinfuhr nach Ländergruppen ... 355

63* Index der Grundstoffpreise ... 356

64* Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ... 357

65* Index der Ausfuhrpreise ... 358

66* Index der Einfuhrpreise ... 359

67* Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise ... 360

68* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen ... 361

69* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen ... 362

70* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen ... 363

71* Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen ... 364

72* Löhne und Gehälter ... 365

73* Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern ... 366

74* Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern ... 367

75* Energieverbrauch nach Bereichen ... 368

76* Entwicklung im Mineralölbereich ... 369

Statistische Materialquellen — Abkürzungen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

AFG	=	Arbeitsförderungsgesetz
BA	=	Bundesanstalt für Arbeit
BMA	=	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	=	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
BMF	=	Bundesministerium der Finanzen
BML	=	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMWi	=	Bundesministerium für Wirtschaft
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EG	=	Europäische Gemeinschaften, Brüssel/Luxemburg
ERP	=	Marshallplan
ESVG	=	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
FE	=	Forschung und Entwicklung
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Genf
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IAO/ILO	=	Internationale Arbeitsorganisation, Genf
IWF/IMF	=	Internationaler Währungsfonds, Washington
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
OECD	=	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris
Öffa	=	Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG
OPEC	=	Organisation erdölexportierender Länder, Wien
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
SAEG	=	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg/Brüssel
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SZR	=	Sonderziehungsrechte
UN	=	Vereinte Nationen, New York
WSI	=	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Düsseldorf

Zeichenerklärung

–	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
— oder |	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Eine kürzere Fassung

Der internationale Rahmen
(Ziffern 1 ff.)

1*. Die gesamtwirtschaftliche Leistung hat in den westlichen Industrieländern im Jahre 1987 mit 2½ vH fast ebenso stark zugenommen wie im Vorjahr. Dabei ergab sich ein deutliches konjunkturelles Gefälle zwischen Japan und den Vereinigten Staaten einerseits und Europa andererseits.

Begünstigt durch einen kräftigen Anstieg der Exporte setzte sich der Aufschwung in den Vereinigten Staaten im fünften Jahr fort. Erstmals stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion rascher als die inländische Nachfrage, die den wirtschaftlichen Aufschwung bislang stärker angetrieben hatte. Der niedrige Außenwert des Dollar stimulierte den Export amerikanischer Güter; das Ausfuhrvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 9 vH und damit wesentlich schneller als die Gütereinfuhr, die mit einer Rate von 2½ vH wuchs.

Die japanische Wirtschaft hat 1987 wieder mehr Dynamik entwickelt als die anderen großen Volkswirtschaften. Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion hat sich zum Jahresende hin merklich erhöht, nachdem es vor Jahresfrist zu einer Abschwächung gekommen war, die bis ins zweite Vierteljahr 1987 anhielt. Die Inlandsnachfrage nahm 1987 mit knapp 4½ vH schneller zu als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Ausfuhr hat insgesamt stagniert, die Einfuhr mit knapp 5½ vH dagegen kräftig zugenommen, so daß sich der Außenbeitrag um etwa ein Drittel zurückbildete.

In den meisten europäischen Ländern fiel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr enttäuschend aus. Nach einem schwachen Start wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Europa preisbereinigt mit reichlich 2 vH um einen halben Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Der Anstieg der Binnennachfrage flachte sich von 4 vH im letzten Jahr auf etwa 3¼ vH ab. Dabei stieg die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen der außereuropäischen Länder um reichlich 4½ vH. Die Exporte nahmen in etwa ebenso schwach zu wie im Vorjahr, nämlich nur um etwa 1½ vH. Der Außenbeitrag verringerte sich nochmals, und die Produktion expandierte in Europa wiederum langsamer als die Nachfrage.

2*. Der Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ist eingeleitet. Die starken Wechselkursverschiebungen haben in den internationalen Handelsströmen deutliche Spuren hinterlassen; zu konstanten Preisen gerechnet haben sich die Salden im Außenhandel der großen Länder stark zurückgebildet. In den Leistungsbilanzen, in denen sich Mengenänderungen und Preisänderungen niederschlagen, zeigen sich dagegen noch keine Anpassungserfolge, da sich in den Überschußländern die Importgüter sehr stark verbilligt haben, während die Defizitländer infolge der niedrigeren Bewertung ihrer Währungen mehr für Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland zahlen mußten.

Auch wenn eine weitere Aufwärtsbewegung in der Weltwirtschaft für die nächste Zeit als wahrscheinlich gelten darf, ist das Entwicklungstempo doch unbefriedigend. In vielen Ländern verharrt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Das unbefriedigende Wachstum erschwert die Lösung internationaler Interessenkonflikte.

3*. In den letzten Jahren haben sich die protektionistischen Tendenzen in nahezu allen Ländern verstärkt. Ein wesentlicher Grund für den Aufbau von Handelsbeschränkungen ist in den gravierenden Handelsbilanzungleichgewichten der großen Welthandelsnationen und in der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer zu sehen. Protektionistische Gefahren gehen von Europa und Japan ebenso aus wie von den Vereinigten Staaten.

Dabei ist die Entwicklung in den Vereinigten Staaten besonders deshalb besorgniserregend, weil diese in der Nachkriegszeit lange Zeit auf eine fortlaufende Liberalisierung des Welthandels hingewirkt und die Einhaltung der GATT-Regeln garantiert haben.

Die internationale Handelspolitik hat neben der Regelung des Zutritts zu den nationalen Märkten eine neue schwierige Aufgabe erhalten: die Neuregelung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten überhaupt. Wie sehr dabei die Vorstellungen der Regierungen divergieren, zeigt sich an den zahlreichen handelspolitischen Konflikten der vergangenen Jahre.

Große Hoffnungen werden an die laufende Uruguay-Runde im Rahmen des GATT geknüpft. Auf der Tagesordnung stehen alle wesentlichen Probleme, vor die sich die internationale Handelspolitik derzeit gestellt sieht. Die Aussichten auf ein neues, auch die Dienstleistungen umfassendes Regelwerk, das den Prinzipien der Multilateralität und der unbedingten Meistbegünstigung verstärkt Rechnung trägt, müssen jedoch angesichts der Verzerrungen im internationalen Handelsgefüge und wegen des nur schwachen Wachstums der Weltwirtschaft als gering eingeschätzt werden. Diese Skepsis ist angebracht, obwohl von den meisten Regierungen anerkannt wird, daß ohne das Zurückdrängen des Bilaterialismus und der quantitativen Handelsbeschränkungen und ohne eine Entpolitisierung des Welthandels eine wieder schnellere Expansion der Weltwirtschaft schwerlich erreicht werden kann.

4*. Die Schuldenkrise, in der sich zahlreiche Entwicklungsländer befinden, gibt nach wie vor Anlaß zu ernster Sorge. Nur wenige Länder, zu denen insbesondere die exportorientierten Staaten des südostasia-

tischen Raumes zählen, sind in der Lage, Zins- und Tilgungszahlungen ohne größere Schwierigkeiten zu leisten.

Zur Überwindung der Verschuldungskrise sind sowohl die Schuldner- als auch die Gläubigerländer aufgerufen. Die Wiedererlangung ihrer Zahlungsfähigkeit beziehungsweise ihrer Kreditwürdigkeit verlangt von den Schuldnerländern, daß sie trotz aller damit verbundenen innenpolitischen und sozialen Schwierigkeiten die Spar- und die Investitionsquote erhöhen, für eine höhere Produktivität der Investitionen sorgen und sich besser an die Bedingungen der Weltmärkte anpassen. Dabei erweisen sich der Abbau der hohen Budgetdefizite und die Bekämpfung der Inflation als unverzichtbar. Der Internationale Währungsfonds spielt bei dieser Strategie eine wichtige Rolle. Indem er zusammen mit der Weltbank die Stabilisierungsprogramme überwacht und die Anpassungsanstrengungen finanziell unterstützt, erhöht er die Kreditwürdigkeit der Länder, die dann auch von privaten Banken neue Kredite erhalten können.

Die Gläubigerländer haben mit eigenem Wachstum und der Gewährung freien Zutritts zu ihren Märkten wichtige Voraussetzungen für eine Überwindung der Schuldenkrise zu schaffen. Auch sollten sie — worauf der Sachverständigenrat schon früher aufmerksam gemacht hat — die Chancen zur Lösung der Schuldenkrise nicht durch Vorbelastungen verbauen, die den Zustand der latenten Zahlungsunfähigkeit tendenziell verewigen. Deshalb mag es in einzelnen Fällen förderlich sein, wenn Regierungen und Banken einen Teilerlaß ihrer Forderungen vornehmen. Dies kann allerdings nur unter restriktiven Bedingungen geschehen; insbesondere darf ein Teilerlaß ihrer Schulden nicht zur Folge haben, daß ein Schuldnerland dadurch gleichermaßen stigmatisiert wird und seine Kreditwürdigkeit verliert.

5*. Der Kursverfall, der am „Schwarzen Montag" (19. Oktober) an allen Börsen in der Welt auftrat, kann in erster Linie als eine überfällige Anpassung der enorm gestiegenen Aktienkurse an die vergleichsweise wenig veränderten realwirtschaftlichen Bedingungen der Unternehmungen betrachtet werden. Insoweit hat man von einer Normalisierung zu sprechen, von der nichts Bedrohliches ausgeht.

Gleichwohl gerieten Aktienbesitzer in Panik. Nach einer kurzen Beruhigungsphase Ende Oktober — die Aktienindizes standen in Tokio noch um 22 vH, in New York und in London noch um jeweils 4 vH über ihrem zu Jahresbeginn erreichten Niveau — kam es zu einer erneuten Verkaufswelle. Während der Kurssturz im Oktober überall auf den gleichen Ursachen beruhte und mehr oder weniger gleich stark war, ergaben sich nun merkliche Unterschiede zwischen den Börsenplätzen. An den beiden führenden Weltbörsen in New York und in Tokio fielen die Kurse seit Ende Oktober nur um 6 vH beziehungsweise 7 vH, in Frankfurt betrug dieser nochmalige Rückgang bis zum 10. November dagegen fast 20 vH.

Die Vorgänge an den Aktienbörsen werden die realwirtschaftliche Entwicklung in der Welt belasten. Allerdings darf man nicht übersehen, daß es auch positive Entwicklungen gegeben hat. Die Krise ist auf den Aktienmarkt beschränkt geblieben, von einer allgemeinen Krise oder einer Labilität der Kapitalmärkte schlechthin darf man nicht sprechen.

6*. Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft erweckt in mancher Hinsicht ernste Bedenken: Im Agrarbereich und im Stahlbereich wurden marktwidrige Entwicklungen mit intensivem Einsatz öffentlicher Mittel ermöglicht, das Vorhaben, einen freien innergemeinschaftlichen Handel mit allen Waren und Dienstleistungen zu schaffen, geriet ins Stocken, und die EG schottete sich zunehmend gegen externe Wettbewerber ab. Allerdings ist seit einigen Jahren — nicht zuletzt unter dem Druck leerer Kassen — in der Gemeinschaft die Einsicht gewachsen, daß grundlegende Reformen erforderlich und ohne Zögern anzupacken sind. Erste Schritte sind schon gemacht worden. Insbesondere sind Beschlüsse zum Abbau der landwirtschaftlichen Überproduktion und zur Liberalisierung im Kapitalverkehr gefaßt worden.

Der Weg zu einer überzeugenden und solide finanzierten gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist allerdings noch weit. Die Konsensfähigkeit der Mitgliedsländer wird in den nächsten Jahren auf eine harte Probe gestellt. Deshalb muß stärker als bisher hervorgehoben werden, daß es im wohlverstandenen Eigeninteresse jedes Landes liegt, Entscheidungen für eine marktkonforme Politik zu akzeptieren, die in dem einen oder anderen Bereich nationalen Sonderinteressen zuwiderlaufen. Dabei müssen die Länder auch der Neigung zu nationalen Sonderprogrammen widerstehen, die das Gemeinschaftswerk mit seinen Vorteilen für alle gefährden. Dieser Verzicht ist eine Voraussetzung für das große Ziel, bis 1992 den einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

(Ziffern 68 ff.)

7*. Das Jahr 1987 war ein harter Test für die konjunkturellen Antriebskräfte in der Bundesrepublik. Die lange Talfahrt des Dollar kam zwar im Januar zunächst zum Stillstand; sie hatte jedoch deutsche Produkte nicht nur im Ausland, sondern zunehmend auch auf dem Binnenmarkt unter starken Wettbewerbsdruck geraten lassen. Zusätzlich belastend wirkte die Unsicherheit über die weitere Wechselkursentwicklung. Sie war auch mit der zeitweiligen Stabilisierung des Dollarkurses im Frühjahr noch keineswegs beseitigt. Tatsächlich ist es mit dem weltweiten Börsenkrach im Oktober zu einem weiteren Kursverfall der amerikanischen Währung gekommen.

Trotz dieser außenwirtschaftlichen Belastungen hat sich die Aufwärtsentwicklung 1987 fortgesetzt, verhalten zwar, jedoch auf etwas breiterem Fundament. Die kräftige Inlandsnachfrage blieb in der Führungsrolle; das Bild vom Wechsel der Auftriebskräfte behielt auch 1987 noch seine Gültigkeit. Eine sich wieder belebende Exporttätigkeit kam hinzu, so daß — was in den Zahlen für den Jahresdurchschnitt noch nicht zum Ausdruck kommt — die wirtschaftliche Ent-

wicklung nunmehr eine zweite Stütze erhalten hat. Die konjunkturelle Schwächephase, die im Spätsommer des Vorjahres eingesetzt hatte, konnte so im Frühjahr überwunden werden.

Wenn dennoch die Produktionskapazitäten in diesem Jahr nicht in gleichem Ausmaß ausgelastet waren wie 1986, so lag dies in erster Linie daran, daß ausländische Anbieter verstärkt auf dem Inlandsmarkt vordrangen. Entsprechende Absatzeinbußen der inländischen Anbieter hingen mit den veränderten Wechselkursrelationen zusammen; ein Zeichen konjunkturelle Nachfrageschwäche waren sie nicht.

Es kann aber nicht übersehen werden, und dies ist ein generelles Problem der letzten Jahre, daß das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten nur gering ist; auch in diesem Jahr hat es weniger als 2 vH betragen. Es fehlt an zureichender Dynamik für mehr Investitionen und für die Erschließung neuer Märkte. So war auch der Beschäftigungsanstieg nur noch schleppend; im Jahresdurchschnitt sind 1987 nur noch etwa 155 000 Personen mehr beschäftigt gewesen als im Jahr zuvor.

8*. Die deutschen Exporteure haben sich trotz des schwachen Dollar gut im Wettbewerb behaupten können. Die Exporte in die Vereinigten Staaten sind nur wenig zurückgegangen. Hilfreich war dabei die gute Konjunkturentwicklung in Amerika. Teilweise mußten die deutschen Unternehmen aber auch Preiszugeständnisse machen. Mit dem erneuten Absinken des Dollarkurses im Oktober dürfte allerdings für viele Exporteure die Schmerzgrenze unterschritten worden sein; am 10. November erreichte der Kurs des Dollar mit 1,65 DM seinen bis dahin tiefsten Stand.

Von weit größerer Bedeutung als der amerikanische Markt sind indessen für den deutschen Export die Märkte in Europa; mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhr geht in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Hier, auf ihrem wichtigsten Absatzmarkt, sahen sich die Exporteure massivem Konkurrenzdruck aus Japan und aus den südostasiatischen Schwellenländern ausgesetzt. Japanische Unternehmen drängten vornehmlich deshalb auf den europäischen Markt, weil ihre Absatzlage in den Vereinigten Staaten zunehmend schwieriger wurde. Dies lag nicht nur an der Höherbewertung des Yen gegenüber dem Dollar, sondern auch an protektionistischen Maßnahmen der amerikanischen Regierung. Es spricht für die Leistungsfähigkeit der deutschen Anbieter, daß sie trotz dieses belastenden Faktors ihre Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaft im weiteren Jahresverlauf noch steigern konnten. Freilich kam ihnen dabei auch zur Hilfe, daß die zu Jahresbeginn — vor allem in Frankreich und in den Niederlanden — schwache Konjunktur im Frühjahr in ganz Europa wieder Tritt faßte.

Die deutsche Ausfuhr insgesamt ist so, über das ganze Jahr gesehen, annähernd genauso hoch wie im Vorjahr gewesen.

9*. Wie schon im Jahre 1986 ist auch 1987 der private Verbrauch die wesentliche Stütze der Konjunktur gewesen, allerdings nicht von Anfang an. Der Jahresbeginn war noch von einer deutlichen Kaufzurückhaltung gekennzeichnet; Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf stimmte viele Verbraucher vorsichtig. Mit dem Anziehen der Konjunktur im Frühjahr gaben sie dann wieder deutlich mehr Geld aus; insgesamt nahm der private Verbrauch hoch um 2½ vH in realer Rechnung zu.

Der Zuwachs der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit blieb mit gut 2½ vH wieder etwa einen Prozentpunkt hinter dem Zuwachs der Bruttoeinkommen zurück, nachdem er diesen im Vorjahr aufgrund der Steuerreform noch übertroffen hatte. Auch einen Rückgang der Verbraucherpreise hat es in diesem Jahr nicht mehr gegeben. Sie lagen vielmehr um ½ vH über Vorjahresniveau. Diese nur geringfügige Preissteigerung war in erster Linie der starken Verbilligung der Importe zu verdanken; die Energiepreise lagen noch einmal um 6 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Hier zeigte sich auch die positive Kehrseite des gesunkenen Dollarkurses.

10*. Auch die Unternehmen konnten davon profitieren. Die nochmalige Verbilligung der importierten Vorleistungen hat dem Betrage nach etwa zwei Fünftel der Mehrkosten für Löhne und Sozialversicherungsbeiträge aufgewogen. So konnten trotz eines Lohnstückkostenanstiegs von 2½ vH nochmals höhere Gewinne erzielt werden; die Gewinn-Erlös-Relation entspricht inzwischen wieder etwa derjenigen von 1972, nachdem sie sich bis 1981 nahezu halbiert hatte. Freilich hat sich das nicht unmittelbar auf die Investitionen und das Einstellverhalten der Unternehmen übertragen. Mehr noch als in den Vorjahren investierten die Unternehmen 1987 mit dem Ziel, vorhandene Kapazitäten zu modernisieren, während Erweiterungsinvestitionen vor allem in der Industrie eine geringere Rolle spielten; hier waren Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen besonders gefragt, darunter Geräte, mit denen ganze Fertigungsstraßen nachgerüstet werden können.

Belastend wirkten sich auf das Investitionsvolumen die Krisenbranchen aus, vor allem Montanindustrie und Schiffbau, zumal diese besonders kapitalintensiv produzieren. So war es überwiegend der günstigeren Entwicklung im Handel und bei den Dienstleistungen zu verdanken, daß die Anlageinvestitionen der Unternehmen insgesamt gegenüber dem Vorjahr noch um 3½ vH zunahmen.

11*. Im Wohnungsbau ließ eine Wende zum Besseren noch immer auf sich warten. Es werden zwar mehr Wohnungen modernisiert, aber der Neubau von Wohnungen geht trotz zur Zeit günstiger Finanzierungskonditionen weiter zurück. Insgesamt waren die Investitionen im Wohnungsbau nochmals um mehr als 4 vH niedriger als im Vorjahr. Negativ entwickelten sich in erster Linie der Geschoßwohnungsbau und der Bau von Zweifamilienhäusern. In der Auftragsentwicklung zeichnete sich für den Wohnungsbau zuletzt allerdings wieder eine günstigere Perspektive ab.

12*. Der Staatsverbrauch nahm 1987 um 2 vH und damit deutlich geringer zu als im Vorjahr. Bei den öffentlichen Investitionen betrug der Zuwachs nur

1½ vH. Dabei spielte bei den Städten und Gemeinden, die über nicht weniger als zwei Drittel der staatlichen Investitionen disponieren, neben den unerwartet niedrigen Steuereinnahmen dieses Jahres wohl auch die Finanzierung der Steuerreform eine Rolle, von der sie Mindereinnahmen in der Zukunft zu erwarten haben. Da die Preise für staatliche Käufe mit einer Rate von knapp 2½ vH und damit — nicht anders als in früheren Jahren — stärker stiegen als die Konsumgüterpreise, nahmen auch die Ausgaben für den Staatsverbrauch mit einem Zuwachs von 4½ vH gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig stark zu.

13*. Die kräftige Nachfrage nach Auslandsgütern war nicht allein eine Folge des niedrigen Dollarkurses. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten selbst hat sogar nur vergleichsweise wenig zugenommen. Das hängt auch damit zusammen, daß amerikanische Unternehmen vielfach eigene Produktionsstätten in der Bundesrepublik betreiben, die den hiesigen Markt beliefern. In erster Linie waren es Japan und die südostasiatischen Schwellenländer, die den heimischen Anbietern zu schaffen machten. Auch Unternehmen aus den europäischen Nachbarländern, speziell aus den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft, drängten verstärkt auf den deutschen Markt.

Der starke Anstieg der Einfuhren um insgesamt 3½ vH gegenüber dem Vorjahr betraf alle Güterbereiche. Besonders ausgeprägt war er bei den Investitionsgütern; hier wirkten sich neben Preisvorteilen auch Sortimentsvorteile der ausländischen Anbieter aus.

Der Außenbeitrag ist, in Preisen von 1980 gerechnet, nach der Rekordmarke des Jahres 1985 von 82,5 Mrd DM inzwischen auf 47½ Mrd DM zurückgegangen. Das ist immer noch sehr viel. Wichtig war aber, daß die Verringerung des Außenhandelsüberschusses 1987 nahezu ausschließlich durch zunehmende Importe zustande kam, während die Ausfuhr fast genauso hoch war wie im Vorjahr. Die Bundesrepublik hat auf diese Weise sowohl Strukturprobleme, die mit einem Exporteinbruch verbunden gewesen wären, vermeiden können, als auch einen Beitrag zum Wachstum des Welthandels geleistet. Der nominale Außenbeitrag hat sich freilich wegen der nochmals gesunkenen Importpreise kaum verringert. Mit etwa 108 Mrd DM war er auch in diesem Jahr noch weitaus höher als jemals zuvor in der Zeit vor 1986.

14*. Das vorrangige Bemühen der Geldpolitik war es 1987, einer weiteren Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken. Tatsächlich stabilisierte sich der Wert der amerikanischen Währung für einige Zeit, nachdem sich Ende Februar die Bundesrepublik und fünf weitere große Industrieländer im sogenannten Louvre-Abkommen auf eine Politik verständigt hatten, die eine größere Stabilität der Wechselkurse zum Ziel hatte. Die Bundesbank trug dazu vor allem dadurch bei, daß sie ihre Zinssätze für kurzfristige Ausleihungen im Verlauf der ersten Jahreshälfte weiter zurückführte. Sie nahm dabei in Kauf, daß die Zunahme der Zentralbankgeldmenge von Jahresbeginn an erneut deutlich über der oberen Grenze ihres Zielkorridors lag, obwohl der Zielkorridor ohnehin schon an ein sehr hohes Ausgangsniveau anknüpfte und mit 3 vH bis 6 vH zudem großzügiger bemessen war als im Vorjahr.

Niedrige Zinsen und ein nahezu stabiles Preisniveau trugen dazu bei, daß der größte Teil des zusätzlichen Geldes durch steigende Kassenhaltungswünsche absorbiert wurde. Haushalte und Unternehmen hielten sich bis in den Sommer hinein insbesondere auch mit Wertpapierkäufen zurück, weil sie für die Zukunft mit eher wieder steigenden Zinsen rechneten, eine Erwartung, die sich ab Mai zunächst auch bestätigte. Zunehmende Skepsis hinsichtlich einer weiteren Fortdauer der Preisniveaustabilität — die Preise für die Lebenshaltung stiegen zwischenzeitlich wieder mit einer Jahresrate von 1½ vH —, eine weltweit einsetzende Zinswende an den Kapitalmärkten und das Versiegen des zu Jahresbeginn noch sehr starken Zustroms von langfristigem Kapital aus dem Ausland ließen zur Jahresmitte auch in der Bundesrepublik die Zinssätze steigen. Die Rendite langfristiger Staatspapiere erhöhte sich innerhalb kurzer Zeit um mehr als einen Prozentpunkt. Die Bundesbank unternahm im Herbst den Versuch, mit einer Anhebung ihrer kurzfristigen Zinssätze das Geldmengenwachstum zu verringern. Wenngleich sie dies in sehr vorsichtiger Weise tat, zog sie sich damit massive Kritik aus dem Ausland zu. Kurz danach überstürzten sich die Ereignisse an den internationalen Börsen und Wertpapiermärkten. Nie zuvor beobachtete Kursstürze an den Aktienbörsen und ein auf einen neuen historischen Tiefpunkt fallender Dollarkurs beleuchteten schlaglichtartig die Enge des Handlungsspielraums, der unter den Bedingungen eines zunehmend integrierten, aber auch starker politischer Einflußnahme ausgesetzten Weltkapitalmarktes der Geldpolitik noch verbleibt, wenn sie sowohl die Geldmenge unter Kontrolle zu halten als auch Wechselkursstabilität zu gewährleisten versucht.

In dieser Situation zögerte die Bundesbank nicht, ebenso wie die Zentralbanken der anderen großen Industrieländer die Geldschleusen weiter zu öffnen. Da zudem der Trend an den Kapitalmärkten nunmehr zu den Rentenwerten ging, sanken auch die Zinsen am „langen Ende" wieder.

15*. Ein unerwartet geringer Anstieg der Steuereinnahmen von 3½ vH bei ungebrochenem Ausgabenzuwachs führte dazu, daß sich 1987 die Finanzierungslücken auf allen Haushaltsebenen vergrößerten; das Defizit der Gebietskörperschaften betrug 1987 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereits wieder 44 Mrd DM nach 33,6 Mrd DM im Vorjahr. Der damit verbundene expansive konjunkturelle Impuls in Höhe von 10½ Mrd DM hat zwar, für sich genommen, in diesem Jahr zur Stützung der Nachfrage beigetragen. In mittelfristiger Sicht lassen höhere Defizite und die vorläufige Beendigung der Konsolidierungspolitik jedoch höhere Zinsen und wieder ansteigende Steuerbelastungen erwarten. Im Jahre 1987 betrugen die Zinsausgaben des Staates bereits 59½ Mrd DM; sie waren damit etwa genauso hoch wie das Aufkommen von veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zusammengenommen. Auch in der Eindämmung der staatlichen Ausgabendynamik ist 1987 bei

einem Anstieg der Ausgaben der Gebietskörperschaften von gut 4 vH kein Fortschritt erzielt worden. Insbesondere ist es nicht zu einem Abbau von Subventionen gekommen; die im Subventionsbericht ausgewiesenen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sind 1987 sogar nochmals um reichlich 3 vH gestiegen.

16*. Die Abschwächung der Produktionsentwicklung hat auch am Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Am Jahresende waren zwar etwa 95 000 Personen mehr beschäftigt als Ende 1986; da aber die Anzahl der Erwerbspersonen stärker zunahm, ist auch die Arbeitslosenzahl um 95 000 Personen angestiegen.

Dies lag auch, aber nicht allein an der prekären Situation der Krisenbranchen, in denen es erneut zu beträchtlichen Beschäftigungsverlusten kam. Schrumpfende Branchen hat es in allen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik gegeben, durchaus auch mit einem Beschäftigungsabbau in vergleichbarem Tempo und Ausmaß. Das Besondere ist hier gegenwärtig eher in der Konzentration auf wenige Standorte, in erster Linie auf das Ruhrgebiet und die Küstenregionen, zu sehen. Gesamtwirtschaftlich stimmt aber vor allem bedenklich, daß es derzeit — anders als in früheren Jahren — nur noch wenige expandierende Bereiche gibt, die ein nachhaltiges Gegengewicht auf dem Arbeitsmarkt bilden können.

Der Nettozuwachs der Beschäftigung ging in diesem Jahr fast ausschließlich auf das Konto von Bereichen, die nicht dem Unternehmenssektor zuzuordnen sind. Allein 90 000 Personen wurden vom Staat, von den Organisationen ohne Erwerbszweck und — in geringem Umfang — von den privaten Haushalten zusätzlich eingestellt. Im Unternehmenssektor reichte dagegen die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungssektor nur noch aus, um den Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe auszugleichen.

Indessen weitete der Staat seine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiter aus. Die seit 1986 laufende Qualifizierungsoffensive der Bundesanstalt für Arbeit wurde mit einer gegenüber dem Vorjahr um fast ein Fünftel größeren Teilnehmerzahl fortgeführt. Auch wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose verlängert. Es sind zudem abermals hohe Subventionen für die von weiteren Beschäftigungsverlusten betroffenen Problembranchen bereitgestellt worden.

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1988

Weltwirtschaft (Ziffern 183 ff.)

17*. Obwohl die Konjunktur seit dem Sommer 1987 wieder an Fahrt gewonnen hat und die fundamentalen Daten auf keine Verlangsamung hindeuten, wachsen in der Öffentlichkeit die Sorgen. Die Turbulenzen an den internationalen Aktien- und Devisenmärkten haben allenthalben große Unsicherheit hervorgerufen, bei investierenden Unternehmen und bei den anlagesuchenden Sparern. Vielerorts wird befürchtet, daß sich die Situation weiter zuspitzen könnte — mit unübersehbaren Folgen für die Weltwirtschaft. So gibt es Stimmen, die eine Rezession für unausweichlich halten, teilweise werden sogar Parallelen zur Weltwirtschaftskrise von 1929 gezogen. Es wird auf die gegenwärtigen Risiken verwiesen. Die Nervosität an den Wertpapier- und Devisenmärkten sei groß, und mitunter genügten schon unbedeutende Anlässe, um panikartige Reaktionen auszulösen.

Unsere Einschätzung der Lage ist eine andere. Wir sehen keine überzeugenden Gründe, daß es zu einer Rezession kommen wird. Die Baisse an den Aktienmärkten ist keine Krise des Finanzsystems. Von den Kapitalumschichtungen der Finanzanleger profitierten die Anleihemärkte. Eine Flucht in Sachanlagen, die man als Indikator für Vertrauensverluste in die Stabilität des Finanzsystems hätte werten können, gab und gibt es nicht. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß der Kursverfall bei den Aktien — wie auch beim Dollar — schon reichlich weit gegangen ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Kurse stabilisieren oder sogar wieder steigen werden, ist eher größer geworden.

Zwar teilen wir die verbreitete Einschätzung, daß per saldo die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Welt im kommenden Jahr gedämpft wird, aber wir haben keine Anhaltspunkte dafür, daß diese Effekte stark sein werden.

Der Kursverfall an den Aktienmärkten berührt zunächst einmal die Dispositionen der privaten Haushalte. Nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich war im Jahre 1985 der Anteil der Aktien am Geldvermögen der privaten Haushalte, zu Tageskursen bewertet, in den Vereinigten Staaten mit 18 vH dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik; Japan nahm mit 12 vH eine Mittelposition ein. Ein Kursverfall bei Aktien bringt also den privaten Haushalten unmittelbar einen Vermögensverlust. Soweit sie ihren Vermögensstatus an den Höchstkursen bewertet haben, müssen sie sich nun ärmer fühlen. Ein Teil der privaten Haushalte ist aber noch auf andere Weise betroffen. In einigen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Japan, haben Pensionsfonds hohe Anlagen in Aktien. Den Versicherten könnte nun eine Abwertung ihrer Pensionsansprüche drohen. Sie müßten dann entweder ihre Einkommenserwartungen für das Alter reduzieren oder, wenn sie die Verluste wieder wettmachen wollen, in Zukunft mehr sparen. Alles in allem ist damit zu rechnen, daß es zu Einschränkungen bei den Konsumausgaben kommt, verglichen mit dem, was sonst zu erwarten gewesen wäre. Die Frage ist, wie hoch der Nachfrageausfall zu veranschlagen ist und ob er überhaupt groß ist.

18*. Der Aktienkursverfall wirkt sich auch unmittelbar auf die Investitionsneigung der Unternehmen aus. Die Aktienmärkte sind nun weniger ergiebig. Damit haben sich die Bedingungen verschlechtert, zu denen sich Unternehmen an der Börse mit vollhaftendem Eigenkapital versorgen können; für börsennotierte Gesellschaften, die ihr Aktienkapital aufstocken wol-

len, und vor allem für solche Unternehmen, die eine Börseneinführung anstreben. Den Firmen, die — soweit rechtlich zulässig — ihre eigenen Aktien aufgekauft hatten, fehlen nun möglicherweise die Mittel, um Sachinvestitionen zu finanzieren. Schließlich ist davon auszugehen, daß die Banken die Risiken bei der Kreditvergabe künftig stärker gewichten. Vor allem für junge und für kleine Unternehmen wird die Außenfinanzierung schwieriger.

Welche Bedeutung das Finanzierungsargument hat, ist schwer abzuschätzen. Wir neigen dazu, es nicht allzuhoch zu veranschlagen. Es gibt nämlich auch einen bedeutenden Gegenposten. Dieser ist darin zu sehen, daß die Zinsen inzwischen deutlich gesunken sind, auch deshalb, weil viele Anleger von Aktien auf festverzinsliche Wertpapiere umgestiegen sind. Daß es überhaupt dazu kommen konnte, ist ein starkes Indiz für die nach wie vor vorhandene Bereitschaft bei den Kapitalanlegern, sich in langfristigen Anlagen zu engagieren.

19*. Schwerer wiegt vermutlich das Argument, daß viele verunsichert worden sind und nicht recht wissen, wie sie auf die Geschehnisse an den Börsen reagieren sollen. Manche Ausgabenplanungen, die vor dem Börsenkrach vorgenommen wurden, werden sicher noch revidiert werden. Es ist dabei gar nicht entscheidend, ob die Pläne für alle Zeiten verworfen werden oder ihre Durchführung nur zurückgestellt wird. Kurzfristig läuft beides darauf hinaus, daß Nachfrage ausfällt.

Die mittelbaren Effekte sind noch schwerer abzuschätzen als die unmittelbaren; für eine Quantifizierung gibt es praktisch keine Anhaltspunkte. Das Urteil kann auch nicht unabhängig von den weiteren Entwicklungen an den Finanzmärkten getroffen werden. Die Effekte wären vermutlich klein, wenn dort bald wieder Ruhe einkehrte. Anders wäre es, wenn es zu neuen Turbulenzen käme. Dann müßte man wohl die Konjunkturerwartungen merklich nach unten korrigieren.

Weder die Höhe der Belastungen noch deren Verteilung zwischen den einzelnen Ländern und innerhalb der Länder zwischen Unternehmen und privaten Haushalten sind indes vorgegeben. Beides hängt entscheidend davon ab, welche Lösungen die Wirtschaftspolitik zur Beruhigung der Märkte finden wird. Denn dies hat Rückwirkungen auf das Wechselkurs- und das Zinsgefüge. Ein höherer oder ein niedrigerer Dollarkurs verschiebt die Anpassungslasten zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und Japan sowie den westeuropäischen Industrieländern auf der anderen Seite. Schon für die kurze Frist lassen sich die Effekte nur schwer quantifizieren. Wie sich längerfristig als Ergebnis einer Umlenkung der Güter- und Kapitalströme die Lasten verteilen, vermag heute niemand zu sagen.

20*. Im einzelnen nehmen wir für den Kurs der Wirtschaftspolitik in den großen Industrieländern folgendes an:

— Der Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten gelingt ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung des Budgets, der die internationalen Finanzmärkte beeindruckt und den Dollar stützen wird. In den meisten anderen Industrieländern ist die Finanzpolitik hingegen in konjunktureller Hinsicht wie schon bisher auf verhaltenem Expansionskurs, so auch in der Bundesrepublik.

— Die Geldpolitik wird etwas weniger expansiv geführt als in diesem Jahr. Sie unterläßt aber alles, was den Konsolidierungsprozeß an den internationalen Finanzmärkten stören könnte. Ein nennenswerter Zinsanstieg stellt sich nicht ein. Größere Veränderungen bei den realen Wechselkursen, so unsere Annahme, wird es nicht geben. Eine Anpassung der Leitkurse im EWS ist damit nicht ausgeschlossen. Der Kurs des Dollar wird sich — im Durchschnitt des gesamten Prognosezeitraums — etwa auf dem Mitte November 1987 erreichten Niveau von 1,70 DM bewegen.

Alles in allem unterstellen wir einen Kurs der Wirtschaftspolitik, der — nicht ohne Aussicht auf Erfolg — einen Abbau der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zum Ziel hat.

21*. Die Weltwirtschaft wird auch im nächsten Jahr expandieren; das Tempo bleibt freilich, wie schon in diesem Jahr, verhalten.

Die Unterschiede bei den Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und Japan auf der einen und den meisten westeuropäischen Ländern auf der anderen Seite, werden erhalten bleiben. Der Abbau der großen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, der durch den starken Dollarkursverfall eingeleitet wurde, kommt nur langsam voran.

22*. Das Wachstumstempo in den westlichen Industrieländern insgesamt wird sich 1988 gegenüber 1987 etwas verlangsamen. Wir veranschlagen den Zuwachs bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf knapp 2 vH, etwa einem halben Prozentpunkt niedriger als im Jahre 1987. Dieser Tempoverlust ist auch auf die in den Ziffern 23 f. beschriebenen Auswirkungen des Börsenkrachs, die dadurch ausgelösten Kapitalverlagerungen und Wechselkursbewegungen zurückzuführen. Die Zunahme der Beschäftigung wird sich zwar fortsetzen, da aber auch das Arbeitsangebot erneut wächst, dürfte die Arbeitslosigkeit unverändert hoch bleiben. Der Preisauftrieb wird sich wieder beschleunigen; bei den Verbraucherpreisen rechnen wir für den Durchschnitt aller Industrieländer mit einer Jahresrate von 4 vH.

Prognose für die Bundesrepublik (Ziffern 206 ff.)

23*. Die jüngsten Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten zwingen uns, die bisherigen Erwartungen für das kommende Jahr etwas zurückzunehmen, aber sie geben uns keinen Anlaß, unser Gesamturteil zu korrigieren. Wir bleiben dabei: Die Aussichten, daß sich die deutsche Wirtschaft auch im sechsten Jahr auf einem, wenngleich flachen Expansionspfad bewegen wird, sind — trotz Börsenkrach und Dollarkursverfall — gut. Wir sehen weiterhin

Auftriebskräfte im Inland, beim privaten Verbrauch sowie mit Einschränkungen bei den Investitionen, und wir rechnen mit einem steigenden Export. Die Basis für die Aufwärtsentwicklung wird also wieder etwas breiter; Binnennachfrage und Exportnachfrage stützen sich wechselseitig.

Dennoch wäre es vermessen, davon auszugehen, die Unternehmen könnten auch die neuen Belastungen ohne weiteres verkraften. Für viele dürfte beim augenblicklichen Dollarkurs die „Schmerzgrenze" erreicht sein. Denn bislang sind vermutlich noch Absatzmärkte gehalten worden, auf denen nichts mehr zu verdienen war oder auf denen man sogar Geld zusetzte. Unternehmen werden sich also aus hart umkämpften Märkten zurückziehen, und sei es nur vorübergehend. Dies läßt erwarten, daß sich im kommenden Jahr die Absatzchancen deutscher Unternehmen nicht im gleichen Maße verbessern werden, wie die Importe der Abnehmerländer wachsen. Wir haben dem Rechnung getragen und bei unserer Exporteinschätzung einen deutlichen Abschlag für mögliche Marktanteilsverluste gemacht. Für das gesamte Exportvolumen (Waren und Dienste) rechnen wir daher nur mit einer Zuwachsrate von 2 vH im Verlauf und von reichlich 2½ vH im Durchschnitt des Jahres 1988 (Tabelle 1*).

24*. Was bei den Investitionen zu Buche schlagen könnte, ist die Verunsicherung der Unternehmen durch die jüngsten Geschehnisse an den Aktien- und Devisenmärkten. Dies kann, ähnlich wie vor einem Jahr, zu einem abwartenden Verhalten führen. Die Bereitschaft, die Investitionen aufzustocken, könnte also vorübergehend schwächer werden; daß sie vollends erlahmt, halten wir indes für unwahrscheinlich.

In Anbetracht der Unsicherheit sind wir bei der Schätzung der Ausrüstungsinvestitionen am unteren Rand des Vertretbaren geblieben. Wir haben in unsere Rechnung eine Rate von 2½ vH für den Jahresverlauf und von 2 vH für den Jahresdurchschnitt 1988 eingesetzt (Schaubild 1*).

25*. Daß die Investitionstätigkeit weiterhin unbefriedigend bleibt, liegt auch an den Bauinvestitionen. Nach dem leichten Rückgang der Bautätigkeit in diesem Jahr zeichnet sich für das kommende Jahr allenfalls eine geringe Belebung ab: Vom Wohnungsbau und vom gewerblichen Bau kommen nur geringe Impulse, und vom öffentlichen Bau gehen sogar dämpfende Effekte aus. Ein Ende der langen Durststrecke ist für die Bauwirtschaft nicht in Sicht.

Alles in allem rechnen wir bei den Bauinvestitionen nur mit einem geringen Zuwachs, den wir für den Durchschnitt des Jahres 1988 auf 1 vH veranschlagen. Dies wird nicht ausreichen, die Gerätekapazitäten wieder besser auszulasten und alle Bauarbeiter voll zu beschäftigen. Damit zeichnet sich in der Bauwirtschaft abermals ein Rückgang der Beschäftigung ab.

26*. Von den öffentlichen Haushalten werden 1988 erneut expansive Impulse ausgehen. Anfang des Jahres tritt die zweite Stufe der Einkommensteuersenkung 1986/88 in Kraft. Zusammen mit den vorgezogenen Elementen der Steuerreform 1990 werden die Steuerzahler 1988 um rund 13½ Mrd DM entlastet. Da zudem die gesamtwirtschaftliche Produktion nur verhalten expandieren wird, rechnen wir damit, daß die Einnahmen der Gebietskörperschaften nur um 1½ vH zunehmen werden. Trotz des mit 3½ vH geringeren Ausgabenanstiegs bei Bund, Ländern und Gemeinden wird sich das Defizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erhöhen, und zwar um 13 Mrd DM auf 57 Mrd DM. Hierbei ist eine stärkere Verringerung bei den Gewinnüberweisungen der Bundesbank eingestellt.

27*. Die Steuerentlastung, die bei den privaten Haushalten mit etwa 11 Mrd DM zu Buche schlägt, sorgt dafür, daß die verfügbaren Einkommen auch im kommenden Jahr kräftig expandieren werden, um voraussichtlich 4½ vH nach 3½ vH in diesem Jahr. Hierbei ist unterstellt, daß sich die Anhebung der Tariflöhne und -gehälter (je Arbeitsstunde gerechnet) in der Nähe von dem bewegen wird, was bei den Lohnverhandlungen für das Jahr 1987 vereinbart worden war. Es gibt jedenfalls keine Hinweise darauf, daß die Lohnpolitik ihren bisherigen Kurs verlassen könnte, zumal in wichtigen Tarifbereichen schon Festlegungen für 1988 erfolgt sind, für die Anhebung der Tariflöhne wie für die Verkürzung der Arbeitszeit.

28*. Bislang stiegen die Preise auf der Verbraucherstufe nur verhalten. Wir rechnen auch nicht damit, daß sich der Anstieg in der nächsten Zeit spürbar beschleunigen wird. Die Preissteigerungsrate für den Verlauf des Jahres 1988 veranschlagen wir auf 1½ vH. Der Spielraum für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs wird sich — unter Berücksichtigung der zu erwartenden Preissteigerungen — um gut 2½ vH vergrößern, etwa ebenso stark wie in diesem Jahr. Der private Verbrauch wird somit eine wichtige Konjunkturstütze bleiben.

29*. Bei aufwärts gerichteter Inlandsnachfrage werden die Importe abermals kräftig zunehmen, vermutlich sogar noch etwas stärker als in diesem Jahr. Dafür spricht auch, daß die Anbieter aus dem Dollarraum in jüngster Zeit ihre preislichen Wettbewerbsvorteile weiter ausbauen konnten.

Alles in allem erwarten wir, daß die gesamten Importe (Waren und Dienste) im Verlauf des Jahres 1988 mit einer Rate von 3½ vH zunehmen; für den Durchschnitt des Jahres ergibt das eine Rate von 4 vH.

30*. Bei der angenommenen Entwicklung von Exporten und Importen wird sich der Außenbeitrag — in realer Rechnung — weiter zurückbilden, und zwar von knapp 3 vH des Sozialprodukts auf 2½ vH. Die Bundesrepublik wird also erneut einen Beitrag zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt leisten.

31*. Bei der derzeitigen Gesamtkonstellation halten wir es nicht für wahrscheinlich, daß die Konjunktur im kommenden Jahr an Fahrt zulegen, aber auch nicht, daß sie nochmals an Tempo verlieren wird. In unserer Prognose kommt diese Einschätzung im Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um etwas mehr als

Tabelle 1*

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

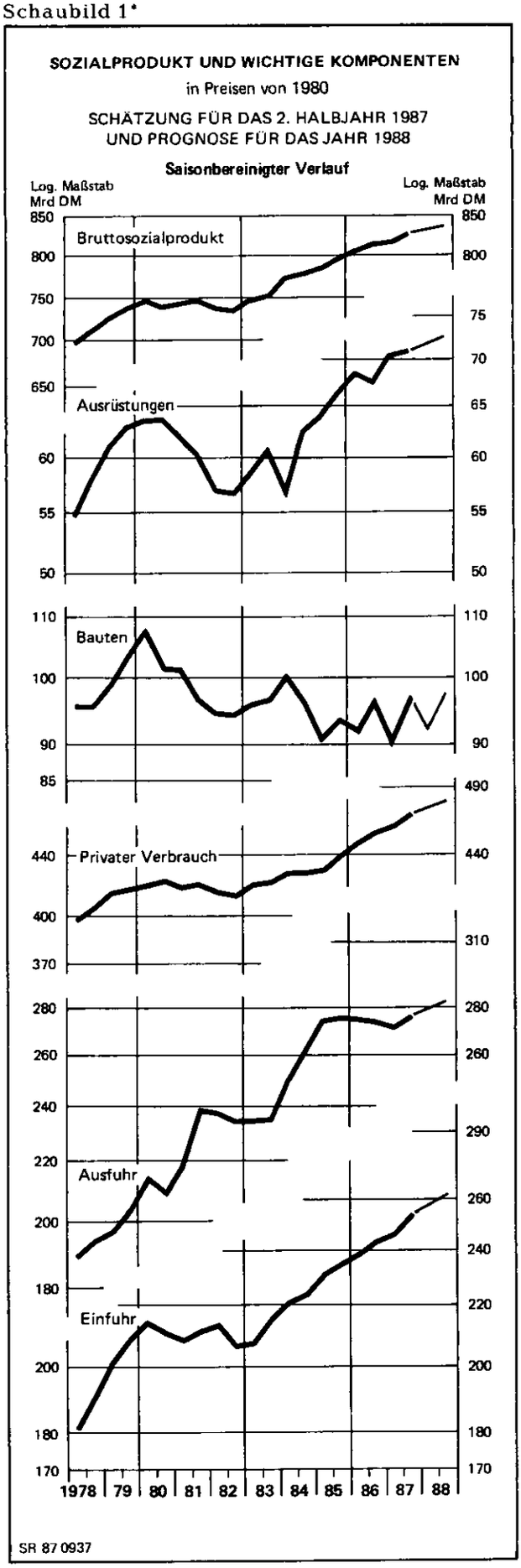
Schätzung für das 2. Halbjahr 1987 und Vorausschau auf das Jahr 1988

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1986	1987	1988	1987		1988	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 3,8	+ 3½	+ 4½	+ 2,6	+ 4	+ 4½	+ 4½
Staatsverbrauch	+ 4,4	+ 4½	+ 4	+ 4,0	+ 4½	+ 4	+ 4
Anlageinvestitionen	+ 4,4	+ 2½	+ 3½	+ 1,4	+ 3½	+ 3	+ 3½
Ausrüstungen	+ 4,9	+ 4½	+ 3½	+ 3,5	+ 5½	+ 2½	+ 4½
Bauten	+ 4,1	+ 1	+ 3½	− 0,2	+ 2½	+ 3½	+ 3
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	− 1,6	− 1	+ 4	− 2,9	+ ½	+ 4	+ 4
Einfuhr	− 7,6	− 1	+ 6	− 5,0	+ 3½	+ 6½	+ 5½
Bruttosozialprodukt	+ 5,6	+ 3½	+ 3½	+ 4,4	+ 3	+ 3	+ 4
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 4,3	+ 2½	+ 2½	+ 2,4	+ 2½	+ 3	+ 2½
Staatsverbrauch	+ 2,3	+ 2	+ 1½	+ 1,8	+ 2	+ 1½	+ 1½
Anlageinvestitionen	+ 3,1	+ 1½	+ 1½	+ 0,2	+ 2	+ 1½	+ 1½
Ausrüstungen	+ 4,1	+ 4	+ 2	+ 3,2	+ 4½	+ 1	+ 2½
Bauten	+ 2,4	− ½	+ 1	− 2,1	+ ½	+ 1½	+ ½
Ausfuhr	− 0,2	0	+ 2½	− 1,3	+ 1	+ 3	+ 2½
Einfuhr	+ 3,5	+ 3½	+ 4	+ 3,1	+ 4	+ 5	+ 3½
Bruttosozialprodukt	+ 2,5	+ 1½	+ 1½	+ 1,5	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Realwert des Bruttosozialprodukts[1]	+ 5,4	+ 2½	+ 1½	+ 3,3	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	− 0,5	+ 1	+ 1½	+ 0,2	+ 1½	+ 1½	+ 2
Bruttosozialprodukt	+ 3,1	+ 2	+ 1½	+ 2,8	+ 1½	+ 1½	+ 2
Letzte inländische Verwendung	+ 0,2	+ 1½	+ 2	+ 1,1	+ 1½	+ 1½	+ 2½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 1,0	+ ½	+ ½	+ 0,8	+ ½	+ ½	0
Arbeitszeit[2]	− 0,9	− 1	− 1	− 1,1	− 1	− ½	− 1
Arbeitsvolumen	+ 0,1	− ½	− ½	− 0,3	− ½	0	− 1
Produktivität	+ 2,6	+ 2	+ 2	+ 1,8	+ 2	+ 2	+ 2½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 2,6	+ 1½	+ 1½	+ 1,5	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 5,0	+ 4	+ 4	+ 3,9	+ 4	+ 4½	+ 3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,8	+ 3½	+ 2	+ 6,7	+ 1	− ½	+ 4½
Volkseinkommen	+ 6,5	+ 4	+ 3½	+ 4,7	+ 3	+ 3	+ 4
Reales Volkseinkommen[1]	+ 6,2	+ 2½	+ 1½	+ 3,6	+ 1½	+ 1½	+ 1½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3]	+ 5,3	+ 2½	+ 4	+ 2,7	+ 2½	+ 4½	+ 3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 11,3	+ 5	+ 1½	+ 9,6	+ ½	− 1	+ 4½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4]	+ 4,6	+ 3½	+ 4½	+ 3,3	+ 3½	+ 4	+ 4½

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.
[3] Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4] Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Schaubild 1*



1½ vH zum Ausdruck. Diese Rate ist nur wenig niedriger als diejenige, mit der das Produktionspotential voraussichtlich wachsen wird. Der Auslastungsgrad wird sich damit kaum verändern.

32*. Auf dem Arbeitsmarkt schafft das keine Entlastung. Niemand kommt an der Einsicht vorbei, daß der Expansionspfad, auf dem sich die deutsche Wirtschaft derzeit bewegt, zu flach ist, um die Arbeitsplatzlücke zu schließen. Zwar gibt es keine feste Beziehung zwischen der Rate, mit der eine Wirtschaft wächst, und der Rate, mit der die Beschäftigung steigt. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen eines raschen weltwirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels muß es eine deutlich höhere Rate sein als diejenige, die wir für das Jahr 1988 prognostizieren.

Wir rechnen deshalb damit, daß die Anzahl der Beschäftigten im kommenden Jahr nur noch wenig steigt, um etwa 50 000 im Jahresverlauf und um etwa 60 000 im Jahresdurchschnitt. Die Anzahl der Arbeitslosen wird am Ende des Jahres um 55 000 höher sein als am Ende des Jahres 1987, und im Durchschnitt des Jahres 1988 wird sie wegen der ungünstigen Entwicklung in den letzten Monaten dieses Jahres sogar um 70 000 über dem Durchschnitt des Jahres 1987 liegen.

Ziele und Wirklichkeit

(Ziffern 231 ff.)

33*. Das Verlaufsmuster der nun in ihr sechstes Jahr eintretenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ist das eines im ganzen mäßigen Aufschwungs, der zeitweilig verharrt und dann wieder anzieht. Es fehlt die Selbstverstärkung, die frühere Aufschwünge kennzeichnete. Das hat indes nicht nur Nachteile. Es fehlt damit auch die konjunkturelle Überhitzung, die früher oft den Grund für den nachfolgenden Niedergang legte. Eine stetigere Entwicklung, die das Entstehen von Verspannungen in der Aufschwungsphase vermeidet, läuft weniger Gefahr, aus sich heraus in einen Abschwung umzuschlagen.

34*. Manche Beobachter deuten das aktuelle Konjunkturgeschehen, gestützt auf die Beobachtung eines sinkenden Auslastungsgrades der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, als den Beginn eines konjunkturellen Abschwungs. Wir teilen dieses Urteil nicht. Das heißt nicht, daß wir die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten verkennen, mit denen die deutsche Wirtschaft zu kämpfen hat, oder die Risiken, die wieder vermehrt steigende Kosten bergen, noch gar die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik auch 1987 eine überzeugende Antwort auf die Frage schuldig geblieben ist, wie die großen strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft gelöst werden können.

35*. Mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum — ergibt sich der folgende Befund:

— Die Kaufkraft des Geldes blieb auch 1987 nahezu erhalten. Damit ist ein Stabilitätserfolg gewahrt worden, für den es in der Geschichte der Bundesrepublik kein Beispiel gibt. Dieser Erfolg wird sich im kommenden Jahr nicht ungeschmälert fortsetzen. Es sind Anstrengungen gefordert zu verhindern, daß die Preissteigerungen allzu weit vom Ziel der Geldwertstabilität wegführen.

— Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist weiter deutlich verletzt. Der hohe Überschuß in der Leistungsbilanz hat sich 1987 nur wenig zurückgebildet. Weiterhin gilt indes, daß die Gründe dafür in erster Linie bei Fehlentwicklungen im Ausland liegen. Was die Bundesrepublik für einen schrittweisen Abbau des Ungleichgewichts tun konnte, hat sie getan. Die Höherbewertung der D-Mark, verdeckt in der Nominalrechnung weitgehend, daß die Einfuhr von Waren und Diensten dem Volumen nach erneut kräftig gestiegen ist, während die Ausfuhr stagnierte. Der reale Exportüberschuß ist damit weiter gesunken; diese Entwicklung dürfte 1988 weitergehen.

— Der Anstieg der Beschäftigung hat sich verlangsamt. Statt 250 000 Personen, wie im vergangenen Jahr, haben gegenüber dem Vorjahr nur noch 155 000 zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden, und für das kommende Jahr ist ein noch geringerer Zuwachs zu erwarten. Mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl ist folglich kaum zu rechnen. Der große Abstand zu einem hohen Beschäftigungsstand ist und bleibt die ärgste Zielverfehlung.

— Auch der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung hat sich verringert, während die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, gemessen am Produktionspotential, zwar nicht weniger, aber doch auch nicht mehr gewachsen sind als im Vorjahr. Ein angemessen zu nennendes Wirtschaftswachstum ist damit nicht erreicht worden. Viel näher wird dieses Ziel auch 1988 nicht rücken, auch wenn die Produktion, wie wir es erwarten, gesamtwirtschaftlich wieder etwas stärker zunimmt.

36*. Die neuerdings wieder unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung im ganzen paßt auf den ersten Blick nicht zu der anhaltend günstigen Gewinnsituation der Unternehmen. Gute Gewinne zeigen eine günstige Geschäftslage an, und diese, so die landläufige Meinung, übertrage sich auch auf das Einstellverhalten der Unternehmen. So kurz darf man den Zusammenhang zwischen Gewinnen und Beschäftigung jedoch nicht schließen; er ist nur mittelbarer Art, und das wichtigste Bindeglied sind die Investitionen.

37*. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ist weiterhin gering, viel zu gering, um bei den großen unerledigten Aufgaben schneller, vor allem aber sicherer zum Ziel zu gelangen; und zu diesen Aufgaben zählt nicht allein der Abbau der Arbeitslosigkeit.

38*. Weithin in Vergessenheit geraten oder zumindest unbeachtet ist, warum eine kräftiger wachsende Wirtschaft allen Vorteil bringt.

— Wachstum erleichtert den Abbau der Arbeitslosigkeit

— Wachstum trägt zum Abbau der internationalen Ungleichgewichte bei

— Umweltschutz erfordert Wachstum

— Wachstum ist die Grundlage der sozialen Sicherung.

39*. Das entscheidende Argument für eine das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten fördernde Wirtschaftspolitik ist in dem Faktum zu sehen, daß die Menschen — ungeachtet gewisser Wandlungen in der Einstellung zur Arbeit und zur Übernahme von Risiken — steigende Einkommen wollen und auch bereit sind, sich dafür anzustrengen. Nur bei steigendem Realeinkommen können sich die Menschen an materiellen Wünschen erfüllen, was ihnen bisher versagt geblieben ist. Ärmere möchten sich das leisten können, was heute zum durchschnittlichen Lebensstandard gerechnet wird, aber auch Haushalte mit höherem Einkommen haben zumeist noch viele Kaufwünsche offen. Neben die latente Nachfrage, die sich auf bekannte Güter richtet, tritt die nach neuen Produkten und verbesserten Qualitäten. Dies gilt im übrigen ebenso für staatliche Leistungen; längst nicht aller Bedarf ist hier gedeckt. Von einer allgemeinen Sättigung der Nachfrage ist unsere Volkswirtschaft noch weit entfernt. So lange die Menschen es der Mühe wert finden, sich für eine reichhaltigere Versorgung anzustrengen, so lange bleibt es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, für günstige Wachstumsbedingungen zu sorgen. Ein wirtschaftliches Wachstum, das sich im Einklang mit den Wünschen der Menschen und mit deren wohlverstandenen längerfristigen Interessen entfaltet — und nur dieses — ist immer zugleich ein qualitatives Wirtschaftswachstum.

40*. Der große Abstand zwischen Wachstumsziel und Wachstumswirklichkeit erfordert eine entschlossenere Schwerpunktsetzung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die breite und grundlegende Verbesserung der Bedingungen, unter denen sich wirtschaftliches Wachstum entfalten kann, muß die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe für die nächsten Jahre sein. Die angemessene Therapie setzt an den Ursachen der akuten Wachstumsschwäche an, und deren gibt es viele. Wir erwarten von einer Kausaltherapie einen nachhaltigen Erfolg, aber nicht einen schnellen. Was über viele Jahre hinweg bis in die jüngste Zeit hinein Quellen des Wirtschaftswachstums verschüttet und wirtschaftliche Einstellungen wie Verhaltensweisen mitgeprägt hat, läßt sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Geduld und Zuversicht sind daher vonnöten. Wachstum heißt immer auch Strukturwandel. Die Lasten der Anpassung, die einzelne Gruppen dabei tragen müssen, mögen so schwer wiegen, daß es politisch unabweisbar wird, ihnen solidarisch zu helfen. Immer muß aber bedacht werden, daß durch solche Regelungen der solidarischen Hilfe nicht neue Ursachen für Wachstumsschwäche geschaffen oder alte ungebührlich verlängert werden dürfen.

Vorrang für die Wachstumspolitik

(Ziffern 249 ff.)

41*. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich seit den frühen siebziger Jahren in einem ausgeprägten Strukturwandel. Das hat eine Vielzahl von Gründen, angefangen von Veränderungen der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen über demographische und gesellschaftliche Einflüsse im Innern bis hin zur technologischen Entwicklung.

42*. Marktveränderungen müssen nicht notwendigerweise Wachstumseinbußen bedeuten, denn sie bringen nicht nur Anpassungslasten und Umstellungsrisiken, sondern auch Chancen mit sich, mit Neuem erfolgreich zu sein, vorausgesetzt, daß Wille und Fähigkeit zur Anpassung zusammenkommen.

Festzustellen ist, daß den Unternehmen die Bewältigung der Anpassungsaufgaben nur zum Teil gelungen ist. Neben erfolgreichen Unternehmern, die es verstanden, sich mit verbesserten oder gänzlich neuen Produkten und Verfahren Kunden zu halten oder neue Märkte zu erschließen, stehen die anderen, glücklose, denen der Erfolg versagt blieb, untüchtige, die am Hergebrachten festhielten, weil sie den Anpassungsbedarf verkannten, aber auch solche, denen es weniger an der Bereitschaft zur Umstellung als vielmehr an den Mitteln dazu fehlte. Aufs ganze gesehen hat die deutsche Wirtschaft nicht die Dynamik und Flexibilität entfalten können, die angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in den Produktions- und Absatzbedingungen gefordert sind. Es ist ihr jedenfalls nicht gelungen, Wachstumseinbußen an einer Stelle durch Zugewinne an anderer wettzumachen und der nachwachsenden Generation sowie denen, die aus der sogenannten Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt drängen, Arbeitsplätze in der benötigten Zahl zu bieten. Der Rückstand in der Bewältigung des strukturellen Wandels ist es, aus dem die anhaltende Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik resultiert. Gewiß, in allen Industrieländern wächst die Wirtschaft seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr so wie davor; das weist darauf hin, daß allenthalben ähnliche Ursachen wirksam waren und es noch sind. So ausgeprägt wie in der Bundesrepublik war die Wachstumsabschwächung freilich längst nicht überall.

43*. Auf Rückstände im strukturellen Wandel lassen insbesondere die folgenden Beobachtungen schließen:

— Gemessen an der Aufgabe, den grundlegend veränderten Absatz- und Produktionsbedingungen durch offensive Strategien zu begegnen, wäre es notwendig gewesen, die Investitionen in Sachkapital sowie in Wissen und Fertigkeiten deutlich zu verstärken (JG 86 Ziffern 201 ff.). Denn nur mit einer überdurchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und mit Produkten, die den Nachfragern im Vergleich mit Konkurrenzerzeugnissen einen hohen Preis wert sind, läßt sich die Spitzenlohnposition der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb behaupten. Die Anlageinvestitionen sind jedoch nicht stärker, sondern schwächer als früher gestiegen, und auch die konjunkturelle Aufwärtsbewegung der letzten Jahre hat keine Ausweitung gebracht, die auch nur annähernd ausgereicht hätte, die entstandene Lücke an rentablen Arbeitsplätzen zu schließen.

— Der tertiäre Sektor expandiert nicht so schnell, wie es notwendig wäre, um die Arbeitsplatzverluste in Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Baugewerbe wettzumachen und die darüber hinaus benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen. Zwar hat dieser Sektor auch in der Bundesrepublik seinen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und an der Gesamtbeschäftigung gesteigert; angesichts seiner großen Wachstumschancen und des großen Potentials an Arbeitsplätzen, das er bieten könnte, sind die Anteilsgewinne jedoch eher mäßig zu nennen.

— Die großen Branchenkrisen dauern an, bei der Steinkohle nun seit fast drei Jahrzehnten, bei der Landwirtschaft noch länger. Auch beim Stahl und bei den Werften sind sie nicht erst seit den siebziger Jahren offenkundig.

44*. Wirtschaftswachstum und Strukturwandel beeinflussen sich in ihrem Tempo wechselseitig. Ein Zuviel an alten und ein Zuwenig an neuen Produktionen beeinträchtigen das wirtschaftliche Wachstum, ein schwaches Wachstum wiederum erschwert die wirtschaftliche Erneuerung. Umgekehrt gilt: Einer Wirtschaft, die kräftig wächst, fällt es leichter, auf Neues zu setzen, statt an Altem festzuhalten und so den wachstumsnotwendigen Strukturwandel voranzubringen.

In der Bundesrepublik werden seit Mitte der siebziger Jahre die Chancen, für einen unrentabel gewordenen Arbeitsplatz einen gleichbezahlten Ersatzarbeitsplatz zu finden, von den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften überwiegend als sehr schlecht beurteilt. Das erklärt, warum seitdem die Forderungen nach Schutz nicht mehr rentabler Arbeitsplätze mit so großem Nachdruck vorgebracht werden und in der Öffentlichkeit auch Verständnis finden. Nicht nur in Krisenbranchen, auch bei einzelnen Unternehmen hat sich die Wirtschaftspolitik zu solchen Hilfen bereitgefunden. Jeder staatliche Schutz, einmal gewährt, birgt indes die Gefahr, zu einer Dauerhilfe zu werden, indem er Unternehmen und Arbeitnehmer verleitet, sich auf eine „Anschlußregelung" zu verlassen, statt durch eigene Leistung im Wettbewerb zu bestehen. So begründen Wachstumsschwäche und Arbeitsplatzmangel anhaltende Belastungen für den Strukturwandel, und es bleibt bei schwachem Wachstum, bis dieser Teufelskreis durchbrochen wird.

45*. Zum Rückstand im strukturellen Wandel und der daraus folgenden Wachstumsschwäche haben sowohl die staatliche Wirtschaftspolitik als auch die Tarifpolitik beigetragen.

— Die hohen marginalen Zwangsabgaben in der Bundesrepublik haben einen breiten Keil zwischen das getrieben, was für die Arbeitsleistung und die Unternehmerleistung am Markt zu bezahlen ist, und das, was Arbeitnehmern und Unternehmern davon netto bleibt. Das hat zum Ausfall

von Produktion, Beschäftigung und Investitionen geführt, die sonst rentabel gewesen wären.

— Tariflohnvereinbarungen, die keine Rücksicht auf erschwerte Marktbedingungen nahmen und nicht hinreichend zwischen den Lohnsteigerungen für besser und weniger qualifizierte Arbeitnehmer differenzierten, haben die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verschärft; sie haben die Unsicherheit über die Kosten-Erlös-Relation und damit die Unsicherheit für Investitionsentscheidungen vergrößert und den Anreiz für verstärkte Qualifikationsanstrengungen geschwächt.

— Die sektorale und die regionale Strukturpolitik sind in ihrem Kern eine Politik der Arbeitsplatzerhaltung geblieben und nicht in erster Linie eine wirtschaftspolitische Hilfe zum strukturellen Wandel geworden. Ihre Kosten werden vom gesunden Teil der Wirtschaft getragen, sie belasten dessen Entwicklungsmöglichkeiten.

— In wichtigen Bereichen — etwa im Verkehr und in der Landwirtschaft — verfolgt die Wirtschaftspolitik keinen klaren marktwirtschaftlichen Kurs. Zu den unvermeidlichen Marktrisiken kommen daher für viele Investoren die Unwägbarkeiten politischer Markteingriffe hinzu. Im Umweltschutz wird administrativen Steuerungsmechanismen der Vorzug gegeben, obwohl eine marktwirtschaftliche Steuerung überlegen wäre. Im Gesundheitswesen verhält es sich ähnlich. In manchen anderen Bereichen des tertiären Sektors läßt überdies eine Öffnung der Märkte noch immer auf sich warten.

Damit sind Ansatzpunkte für eine Kausaltherapie aufgezeigt.

46*. Die öffentliche Diskussion vermittelt den Eindruck, als ob sich die Einstellung zur Arbeit, zur Übernahme von Risiken und zur industriell geprägten arbeitsteiligen Wirtschaftsweise derart gewandelt hätte, daß daraus eine fundamentale Schwächung der das Wachstum tragenden Kräfte resultiere. Wir teilen dieses Urteil nicht. Zwar bestreiten wir nicht, daß die zu beobachtenden Veränderungen in den Einstellungen teilweise auch auf einen Wandel in den sozialen Wertungen und individuellen Präferenzen zurückgehen; dies muß die Politik respektieren. Es sollte aber ebensowenig streitig sein, daß die Verhaltensänderungen, die zu beobachten sind, auch mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Anreize zusammenhängen, die der Wirtschaftspolitik anzulasten sind. Werden das Arbeiten und das Produzieren mit hohen Abgaben belegt und wird die Risikoübernahme nicht angemessen abgegolten, kann es nicht überraschen, daß die „abgabenfreie" Freizeit und die Weigerung, wirtschaftliche Risiken auf sich zu nehmen, eine hohe Wertschätzung genießen. Die Wirtschaftspolitik sollte sich vornehmen, dies mit Mut und Entschlossenheit zu ändern. Die Sorge, sie mißachte dann die Wertvorstellungen der Menschen, ist unbegründet. Was der einzelne will, was ihm lohnend erscheint, wofür er auch bereit ist, sich anzustrengen, das wird besonders dann offenkundig, wenn die gröbsten Fehler in den Anreizmechanismen beseitigt sind. Bedacht werden sollte auch dies: Eine Wirtschaft, welche die in den Menschen und ihren Fähigkeiten angelegten Triebkräfte zum wirtschaftlichen Wachstum voll nutzt, hat die größten Möglichkeiten, humane und soziale Forderungen an die Gestaltung der Arbeitswelt und die Nutzung der Technik zu erfüllen.

47*. Wirtschaftliches Wachstum ist das Ergebnis der Anstrengungen der Menschen, es besser zu haben, mehr Fähigkeiten und mehr technisches Wissen zu erwerben oder bis dahin ungenutztes Wissen anzuwenden und sich die Arbeit zu erleichtern, indem sie sich bessere Produktionsmittel schaffen oder deren Zusammenspiel besser organisieren. Wie stark das Produktionsergebnis über die kurzfristigen Schwankungen hinweg zunimmt, ist bei gegebenem Wettbewerb von außen von der Tüchtigkeit, Risikobereitschaft und Findigkeit der Unternehmen, von der Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer sowie von der Bereitschaft aller abhängig, auf Gegenwartskonsum zu verzichten, um das Ersparte zu investieren und so die Chance für einen in der Zukunft weiter wachsenden Wohlstand zu eröffnen. Der Staat ist nicht der Motor des Wachstums; er hat gleichwohl wichtige wachstumspolitische Aufgaben: An ihm liegt es, mit dem Ausbau der komplementären Infrastruktur günstige Voraussetzungen und Vorbedingungen für einen effizienten Einsatz von Kapital und Arbeit zu schaffen und vor allem für ein überzeugendes und stabiles gesetzliches und institutionelles Rahmenwerk zu sorgen, damit sich die wirtschaftlichen Antriebskräfte entfalten und in ihrem Zusammenwirken den Präferenzen der Menschen auf Dauer bestmöglich gerecht werden können. Wachstumspolitik ist daher in ihrem Kern Wirtschaftsordnungspolitik.

48*. Gefordert ist eine umfassende Neuorientierung. Deren eigentliche Schwierigkeiten liegen weniger in den Details der einzelnen Schritte. Was wirtschaftspolitisches Handeln bewirkt, wenn es für die wirtschaftliche Betätigung mehr Freiraum schafft oder Koordinierungsmängel beseitigt, läßt sich zwar nicht in jedem Einzelfalle mit völliger Sicherheit angeben, aber doch hinreichend umreißen. Die Grenzen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sind durchaus nicht so eng gezogen, wie es in der öffentlichen Diskussion oft den Anschein hat. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen in der politischen Umsetzung des für richtig Erkannten. Es kommt darauf an, daß die wirtschaftspolitische Konzeption möglichst vielen verständlich und begreifbar gemacht wird. Wenn es nicht gelingt, jede einzelne Reformmaßnahme mit ihrer Einbettung in die Gesamtkonzeption, mit ihrem Beitrag zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, aber auch mit dem geforderten Verzicht für einzelne Gruppen überzeugend zu begründen, besteht die Gefahr, daß sich die Widerstände der unmittelbar Betroffenen bis zu einer Reformblockade verdichten.

Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach
(Ziffern 267 ff.)

49*. Wachstumspolitik ist längerfristig angelegte Wirtschaftspolitik. Es braucht seine Zeit, Blockaden von wirtschaftlichen Antriebskräften aus dem Weg zu räumen und Koordinationsmängel zu beseitigen; und

manche Früchte reifen nur langsam. Zu einem kräftigeren Wachstum kann es deshalb nicht schnell kommen. Das bedeutet, daß gravierende Störungen, wie auch immer verursacht, nicht sicher und nicht schnell überwunden werden können, solange die Wachstumskräfte noch zu schwach sind. Sollte es einmal dazu kommen, daß sich Pessimismus und Attentismus ausbreiten und ein Abgleiten in den Abschwung mit einem kumulativen Rückgang der Nachfrage droht, dann muß sich die Wirtschaftspolitik dem energisch entgegenstemmen.

50*. Der Börsenkrach, der im Oktober und November zu großen Kursverlusten führte, stellt keine solche gravierende Störung dar. Der Rückgang der Aktienkurse muß in erster Linie als eine Korrektur vorangegangener Übertreibungen gesehen werden. Denn zuvor war es zu einer Kursentwicklung gekommen, die zunehmend den Kontakt mit den fundamentalen realwirtschaftlichen Gegebenheiten verloren hatte, und das heißt vor allem: mit der Ertragskraft der Aktiengesellschaften, in Vergleich gesetzt zur Höhe der Risiken, und auch in Vergleich gesetzt zu den Renditen alternativer Finanzanlagen. Die Vorstellung, daß dem Aktienmarkt eine Eigendynamik innewohne, die steigende Kurserwartungen in immer weiter steigende Kurse umsetze, bestimmte das Verhalten vieler Anleger. Man darf aber auch nicht übersehen, daß spekulative Übertreibungen auf den Aktienmärkten in diesem Ausmaß wohl kaum möglich gewesen wären, wenn nicht in allen großen Industrieländern die Liquidität deutlich rascher als das Sozialprodukt zugenommen hätte. Es kam, wie es kommen mußte. Als Zweifel an der Richtigkeit der Erwartungen eines immer noch vorhandenen Kurssteigerungspotentials aufkamen, brachen die Übersteigerungen in sich zusammen. Die Kurskorrektur trat ein, als politische Streiterei allen ins Bewußtsein rief, daß die Vorstellungen darüber, wie die großen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden sollen, nicht auf einen Nenner zu bringen sind.

51*. Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach muß deshalb zuverlässiger als bisher durch internationale Kooperation darauf hinwirken, daß die großen Ungleichgewichte in der Welt mit möglichst geringen Störungen für die Weltwirtschaft abgebaut werden. Wie schädlich für alle Länder Konfrontation und Zweifel an der Gültigkeit der getroffenen Vereinbarungen sind, hat der Börsenkrach drastisch vor Augen geführt. Als großes Land kann und muß die Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag zu einer internationalen Übereinkunft leisten, welche die Entschlossenheit der Regierungen zeigt, die Verzerrungen im Leistungsbilanzgefüge — ohne Protektionismus, ohne Inflation, ohne Rezession — gemeinsam zu überwinden. Dabei kommt es nicht auf spektakuläre Aktionen an, sondern entscheidend auf Geschlossenheit und Festigung der Regierungen und Notenbanken, da vorerst die Unsicherheit auf Aktienbörsen und Devisenmärkten noch nicht beseitigt ist.

52*. Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach heißt nicht nur, die internationale Kooperation zu stärken, sondern auch, durch Festigkeit und Überzeugungskraft einer Verunsicherung der inländischen Bevölkerung entgegenzuwirken: der Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und über die Handlungsfähigkeit von Regierung und Notenbank — auch für den Fall gravierender Störungen. Vertrauen erzeugen verlangt den unbeirrt klaren Kurs in der Wachstumspolitik. Es verlangt eine über das Tagesgeschehen hinausgehende Sicht und überzeugende Konzeptionen zur Bewältigung der schwierigen strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft.

Finanzpolitik: Vor zunehmenden Schwierigkeiten

(Ziffern 275 ff.)

53*. Zur Stärkung des Wirtschaftswachstums hat die Finanzpolitik einen wichtigen Beitrag zu leisten. Bislang wird die Entfaltung der Wachstumskräfte durch Volumen und Struktur der öffentlichen Haushalte behindert. Werden hier Veränderungen vorgenommen, können die Rahmenbedingungen für die deutsche Volkswirtschaft auf zweifache Weise verbessert werden.

Zunächst müssen diejenigen Regelungen abgebaut werden, die dem Willen zu wirtschaftlichen Leistungen entgegenwirken. Zu diesen wirtschaftlichen Leistungen gehört nicht nur die Arbeit, insbesondere die schöpferische Initiative, sondern vor allem auch die Bereitschaft, Risiken zu tragen. Das Verhältnis von Leistungsanreizen und Risiko auf der einen Seite, Anstrengung oder Freizeitopfer auf der anderen darf durch die Steuerbelastung nicht empfindlich gestört werden, und das gilt für die Bezieher hoher Einkommen ebenso wie für die Menschen, die nur ein mittleres oder gar ein kleines Markteinkommen erwirtschaften können. Deren Leistungsbereitschaft kann allerdings auch dann gemindert werden, wenn andere, die keinen Beitrag zur Wertschöpfung erbringen, von staatlichen Unterstützungen kaum schlechter leben als jene. Sodann muß das Feld für die rentable Produktion in den Unternehmungen wieder erweitert werden; denn die Mittel, die der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben einsetzt, müssen nicht zuletzt von den gesunden Unternehmen aufgebracht werden. Diese Behinderung läßt sich abbauen, wenn die auf den Investitionen lastenden Steuern — direkt oder indirekt über Tarifänderungen — gesenkt werden; die Situation bessert sich jedoch kaum, wenn der Staat die Steuerausfälle durch eine dauerhafte Erhöhung der Nettokreditaufnahme zu kompensieren sucht, weil dadurch tendenziell steigende Zinsen verursacht und private Investitionen zurückgedrängt werden. Die Aussichten für die weitere Wirtschaftsentwicklung können sich auch deshalb verschlechtern, weil sich möglicherweise inflatorische Prozesse entwickeln. Schließlich wächst die Unsicherheit bei den Unternehmern, wenn die Kreditfinanzierungsquote, also das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zum Produktionspotential, dauerhaft steigt, weil sie dann befürchten müssen, daß die Steuerlasten wieder erhöht werden.

Aus diesem Grunde genügt es nicht, die Steuern zu senken: Soll Raum für mehr rentable Investitionen gewonnen werden, soll die Chance für eine Kräfti-

gung des Wirtschaftswachstums eröffnet werden, so muß die Steuersenkung von einer Rückführung der Staatsquote, das heißt des Verhältnisses der Staatsausgaben zum Produktionspotential, begleitet sein.

54*. Das Wirtschaftswachstum zu kräftigen, ist auch das erklärte Ziel der deutschen Steuerpolitik. Die beschlossenen Neuregelungen und die sich abzeichnenden weiteren Schritte sind jedoch nicht konsequent auf diese Vorgabe ausgerichtet. Diejenigen Regelungen des Steuerentlastungsgesetzes 1986/88, die im Jahre 1988 wirksam werden, sowie die Regelungen des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 entlasten die Bürger um insgesamt mehr als 13½ Mrd DM. Für das Jahr 1990 ist eine Steuerreform mit einem Gesamtvolumen von mehr als 39 Mrd DM vorgesehen, von denen knapp 20 Mrd DM im wesentlichen durch den Abbau von Steuervergünstigungen, also durch eine Änderung der Steuerstruktur, aufgebracht werden sollen. Insbesondere erscheint das Hauptziel der vorgesehenen Änderungen, nämlich den scharfen Anstieg der Grenzsteuersätze im direkt progressiven Bereich des gegenwärtigen Einkommensteuertarifs durch den Übergang zu einem linear-progressiven Tarif abzubauen, geeignet, die demotivierenden Wirkungen einer progressiven Einkommensteuer zu mildern. Ein Großteil der übrigen Maßnahmen ist aber verteilungsorientiert; von ihnen können keine Impulse für die Hebung der Leistungsbereitschaft erwartet werden. Außerdem ist eine Reihe wachstumspolitisch dringend gebotener Änderungen des Steuerrechts nicht eingeleitet worden.

Im übrigen wird die Steuerreform 1988/90 nur dann die von ihr erhofften Wirkungen entfalten können, wenn die Steuerentlastungen nicht durch einen Anstieg der steuerähnlich erhobenen Beiträge zu den Sozialversicherungen kompensiert werden; denn die Belastung der gesetzlichen Krankenversicherungen ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, und die Belastung der Rentenversicherungsträger wird sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte gewaltig erhöhen. Reformen dieser beiden Versicherungszweige sind auch deshalb unerläßlich geworden und sollten zügig in Angriff genommen werden. Bei der Neuordnung der Krankenversicherung geht es nicht allein um eine Lösung der Finanzierungsprobleme: Durch mehr Markt im wachstumsträchtigen Gesundheitswesen sollte eine Entwicklung ermöglicht werden, bei der die Bedarfsdeckung besser an die individuellen Wünsche der Verbraucher angepaßt wird.

55*. Unklar ist bislang, wie die echten Entlastungen der Bürger durch die Steuerreform 1988/90 finanziert werden sollen; denn die Zeit der großen Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung ist vorbei. Zwar ist es der Finanzpolitik in den Jahren 1981 bis 1986 gelungen, die Kreditfinanzierungsquote von 4,7 vH auf 2,1 vH zurückzuführen, doch ist diese im Jahre 1987 wieder deutlich angestiegen, so daß nun kein Spielraum mehr für die Steuerentlastung gewonnen wird. Ohne eine grundlegende Änderung in der Ausgabenpolitik wird dies auch künftig nicht gelingen; denn was in dem Zeitraum von 1981 bis 1987 mit der Senkung der Staatsquote von 33,6 vH auf 30,9 vH gelungen ist, reicht nicht aus, um das ehrgeizige Vorhaben der Steuerreform haushaltspolitisch zu verkraften. Es wäre nötig gewesen, die Struktur der Staatsausgaben, vor allem durch einen entschlossenen Abbau der Finanzhilfen, zu bereinigen, was wir in unseren früheren Gutachten als „qualitative Konsolidierung" bezeichnet haben.

Außerdem ist es der Finanzpolitik nicht gelungen, aus der Stabilisierung des Geldwertes die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Während der Einnahmenzuwachs deutlich geringer ausfiel, als er bei höheren Inflationsraten gewesen wäre, hat es der Staat nicht geschafft, Vorteile aus dem Stabilisierungserfolg zu ziehen. Die lineare Anhebung der Bezüge des öffentlichen Dienstes in diesem Jahr um 3,4 vH bietet ein typisches Beispiel für diesen Sachverhalt; sie übersteigt den im Jahre 1987 ohnehin geringen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs beträchtlich, ist angesichts der erreichten Preisniveaustabilität sowie im Hinblick auf die Leitfunktion des Abschlusses für die privaten Sektoren stabilitätspolitisch wie wachstumspolitisch verfehlt und belastet vor allem die Haushaltsentwicklung bedenklich. Dies betrifft die Gemeinden und namentlich die Länder, deren Personalausgaben etwa 40 vH ihrer Gesamtausgaben betragen, stärker als den Bund.

56*. Nicht nur die divergierende Ausgabenstruktur von Bund, Ländern und Gemeinden, sondern auch die unterschiedlichen Auswirkungen der Steuerreform für diese drei „Ebenen" haben für die anstehenden Neuregelungen des Finanzausgleichs große Bedeutung. Die Lösung der Probleme wird dadurch erschwert, daß es in der Haushaltssituation der einzelnen Länder große Abweichungen gibt und daß sich auch hinter der weit fortgeschrittenen Konsolidierung der Kommunalfinanzen beträchtliche Unterschiede in der Lage der einzelnen Gemeinden verbergen. Für 1988 und die folgenden Jahre sind die Anteile des Bundes und der Länder am Aufkommen der Umsatzsteuer neu festzusetzen. Außerdem muß der Länderfinanzausgleich auf der Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts reformiert werden. Finanzpolitisch erscheint es geboten, im Zuge dieser Lösungen die Selbstverantwortung der Gemeinden und — soweit dies im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schranken möglich ist — die der Länder ebenfalls zu stärken. Eine solche Dezentralisierung der finanzwirtschaftlichen Kompetenzen ist auch unter dem Blickwinkel der wachstumspolitisch wichtigen Bereinigung der Regionalstruktur angezeigt.

Geldpolitik

(Ziffern 315 ff.)

57*. Mit dem starken Geldmengenwachstum gingen im Jahre 1987 zwar nahezu stabile Preise einher. Es gibt auch keinen zwingenden kurzfristigen Wirkungszusammenhang zwischen der Zentralbankgeldmenge und dem Preisniveau, besonders nicht in einem Aufwertungsland, wo mögliche Inflationsgefahren durch den wechselkursbedingten Druck auf die Importpreise und durch die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter eingedämmt werden.

Dennoch deutet vieles darauf hin, daß die Geldpolitik aus Stabilitätsgründen keinen großen Handlungsspielraum mehr besitzt. Sie hat zunächst zu einer Verfestigung noch bestehender Inflationserwartungen beigetragen. Die Chancen, die infolge wechselkursbedingter Importpreisrückgänge erreichte Preisniveaustabilität auch als dauerhaft möglich erscheinen zu lassen und somit Inflationserwartungen gänzlich abzubauen, wurden nicht genutzt.

Worauf auch immer die Inflationserwartungen in der Bundesrepublik zurückgehen, in jedem Fall muß die Geldpolitik ihnen entgegentreten. Inflationserwartungen beeinflussen die wirtschaftlichen Dispositionen und lösen dadurch Preissteigerungen tatsächlich aus. Zwar ist für das kommende Jahr nicht mit einer hohen Preissteigerungsrate zu rechnen. Doch darum geht es auch nicht; es geht darum, eine drohende inflationäre Entwicklung gar nicht erst eintreten zu lassen. Jedem Inflationsprozeß, der erst einmal eingesetzt hat, wohnt eine Tendenz zur Selbstverstärkung inne, wenn die Geldpolitik ihr nicht entschlossen entgegentritt. Dazu ist sie jetzt aufgerufen.

58*. Die Aussage, daß Inflationserwartungen sich in einem Maße verstärkt haben, das geldpolitisches Handeln erfordert, trifft auf zwei Einwände. Dem ersten Einwand zufolge ist die starke Geldmengenexpansion zu einem nicht unwesentlichen Teil Reflex einer gestiegenen Liquiditätspräferenz und kann insoweit einen inflationären Prozeß nicht begründen. Dieser Einwand wäre dann berechtigt und überzeugend, wenn sich die Kassenhaltungsgewohnheiten dauerhaft gewandelt hätten. Dafür spricht zwar eine im Trend leicht sinkende Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, aber dieser Trend ist so schwach ausgeprägt, daß man mit ihm die starke Geldmengenexpansion im Jahre 1987 nicht rechtfertigen kann. Indizien für dauerhafte Strukturbrüche in den Kassenhaltungsgewohnheiten gibt es nicht.

59*. Mit dem zweiten Einwand wird an den anhaltenden Druck auf den Dollarkurs erinnert. Er ließ befürchten, daß der deutschen Wirtschaft innerhalb einer kurzen Periode eine zu große Anpassungslast aufgebürdet, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf Auslandsmärkten wie auf Inlandsmärkten deutlich geschwächt und sich deshalb — ausgehend vom internationalen Sektor der deutschen Volkswirtschaft — eine Rezession ausbreiten würde. In dieser Ausnahmesituation mußte die Bundesbank einem Überschießen des Wechselkurses und möglichen sich selbst verstärkenden Währungsspekulationen energisch entgegentreten; aus konjunktur- und beschäftigungspolitischen Gründen war es geboten, den wechselkursbedingten Restriktionsdruck auf die Volkswirtschaft so klein wie möglich zu halten, für eine Beruhigung der Devisenmärkte zu sorgen und dabei ein Überschreiten des Geldmengenziels hinzunehmen. Das sieht auch der Sachverständigenrat so. Inflationsgefahren waren damit zunächst nicht verbunden, weil der außenwirtschaftliche Druck auf das Preisniveau anhielt.

Das Problem ist somit nicht, daß die Bundesbank in der Ausnahmesituation wechselkursorientiert gehandelt und dabei eine Überschreitung ihres Geldmengenziels in Kauf genommen hat; das Problem ist vielmehr die Dauer der Zielüberschreitung verbunden mit der **anhaltend** starken Geldmengenexpansion. Aus einem Ausnahmefall wurde der Dauerfall.

Ob die Bundesbank dies hätte verhindern und wenigstens zeitweise die Fixierung auf den Wechselkurs hätte aufgeben können, läßt sich nicht eindeutig klären. Immerhin gibt es hinreichende Gründe zu vermuten, daß die Bundesbank keineswegs ständig unter Zwang von außen gestanden hat. Im Frühjahr beispielsweise ließ die zuvor stark gestiegene Neigung ausländischer Kapitalanleger nach, deutsche Wertpapiere zu erwerben. Offensichtlich ließen die Erwartungen, daß der Dollar weiter fallen werde, nach. Mit destabilisierenden Währungsspekulationen und einem Überschießen der Dollarkursentwicklung mußte zu diesem Zeitpunkt wohl nicht gerechnet werden. Auch schien es in dieser Zeit so, als ob die amerikanische Regierung die Wiederherstellung ihres außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht mehr von einem weiteren Fall des Dollarkurses erhoffte und damit die Politisierung der Wechselkurse nachlassen würde.

60*. Im Jahre 1988 steht die Deutsche Bundesbank vor einer schwierigen Doppelaufgabe. Einmal muß sie aufgekommenen Inflationserwartungen entgegentreten und darf keinen Zweifel daran lassen, daß die Geldpolitik dauerhaft und verläßlich auf Stabilität gerichtet ist. Eine solche Haltung trägt zu einem erneuten Absinken der langfristigen Zinsen in dem Maße bei, wie sich in ihnen Inflationserwartungen widerspiegeln. Die Chancen für einen wieder stärkeren Aufschwung werden dadurch verbessert. Zum anderen sollte sie darauf hinwirken, daß ein weiterer Rückgang des realen Dollarkurses vermieden wird, da davon rezessive Tendenzen auf die Volkswirtschaft ausgehen. Beide Aufgaben werden nicht in jedem Augenblick miteinander in Einklang zu bringen sein, zumal die Bundesbank unter ausländischem Druck steht und ihr Handlungsspielraum dadurch eingeengt ist.

61*. Bei der Bemessung der Wachstumsrate für die Zentralbankgeldmenge ist zu beachten, daß diese derzeit weit über dem von der Bundesbank für 1987 gesetzten Zieltrichter liegt. Eine Verlangsamung der Geldmengenexpansion — vorsichtig vorgenommen — ist deshalb unverzichtbar. Sollen Inflationsgefahren von Anfang an wirksam in Schach gehalten und auf diese Weise spätere drastischere und dann die Wirtschaft hart treffende Maßnahmen vermieden werden, muß das Geldmengenwachstum im kommenden Jahr auf eine Rate begrenzt werden, die unter 4,5 vH liegt (JG 84 Ziffer 361).

Daß von einem in dieser Weise begrenzten Geldmengenwachstum Restriktionsdruck auf die deutsche Volkswirtschaft ausgeht, ist kaum zu erwarten. Die Liquiditätspräferenz dürfte wieder geringer werden. Da im kommenden Jahr die Preissteigerungsrate und die durchschnittlichen langfristigen Zinssätze auf einem etwas höheren Niveau liegen werden als 1987, ist die Kassenhaltung im Vergleich zu anderen Vermögensanlagen wieder kostspieliger. Der Geldbedarf dürfte deshalb nur noch relativ langsam zunehmen.

Hinzu kommt, daß nach dem Dollarkursrückgang im Jahre 1987 die Wahrscheinlichkeit einer weiteren höheren Bewertung der D-Mark geringer geworden sein dürfte.

Es gehört zu den vorrangigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik, für stabile Erwartungen zu sorgen und nicht selbst Unsicherheit zu verbreiten. Dies gilt auch für die Geldpolitik. Lange Zeit erfüllte sie diese Aufgaben in zahlreichen Ländern mit der Ankündigung und Erreichung von stabilitätsgerechten Geldmengenzielen. Für die Geldwerterwartungen war damit eine feste Ausgangs- und Orientierungsgröße geschaffen worden.

In den letzten Jahren ist diese relative Sicherheit verlorengegangen — mit noch nicht absehbaren negativen Folgen. Geldmengenziele werden vielfach nicht mehr eingehalten, sie sind teilweise unglaubwürdig geworden. Auf internationalen Konferenzen werden andere Aufgaben der Geldpolitik als die der Preisniveaustabilität betont, und dies in wechselhafter Weise; durch Interventionen auf den Devisenmärkten sollen die Wechselkurse auf jeweils anderem Niveau gestützt werden; die gesamtwirtschaftliche Nachfrage soll durch Zinssenkung angekurbelt werden. Dies und verwirrende Diskussionen über internationale Divergenzen in der makroökonomischen Politik haben die Geldpolitik vieler Länder zu diskretionären Maßnahmen gedrängt, die Richtungslosigkeit erkennen lassen. De facto ist fast überall eine bisher weitgehend regelorientierte Geldpolitik von einer eher situativen, kaum noch vorhersehbaren Politik abgelöst worden. Von stabilen Erwartungen der wirtschaftlich Handelnden kann insofern keine Rede mehr sein. Eine verläßliche, mit anderen Ländern abgestimmte stabilitätsbewußte Geldpolitik ist zugleich Wechselkurspolitik. Sie trägt zu einem stabilen Erwartungshorizont bei und gibt keinen Anlaß zu spekulativen Verlagerungen von Finanzkapital von einem Währungsraum in einen anderen. Zwar lassen sich auf diese Weise nicht sicher starke mittelfristige Schwankungen des realen Wechselkurses vermeiden, da auch — wie die Erfahrungen mit dem amerikanischen Budgetdefizit lehren — die Fiskalpolitik darauf starken Einfluß hat; aber die Wechselkursentwicklung verliert ein bedeutsames Unsicherheitsmoment und wird vorhersehbarer.

62*. Zu einer internationalen Abstimmung auf der Grundlage wirklichen Einvernehmens darüber, daß die Geldpolitik Preisniveaustabilität zu erreichen oder zu bewahren und mit Geldmengenzielen oder auf andere Weise verläßliche Orientierungsmarken zu schaffen hat, sieht der Sachverständigenrat keine Alternative. Die Vorschläge, eine internationale „Wachstumsgemeinschaft" zu bilden, die Geldpolitik auf einen Rohstoffpreisindex auszurichten oder die Wechselkurse in Zielzonen zu halten, sind mit so vielen Mängeln verbunden, daß sie nicht akzeptiert werden können. Das bedeutet jedoch nicht, daß mit stabilitätsgerechten internationalen Vereinbarungen schon bald gerechnet werden darf. In einigen Ländern wird seit einiger Zeit eine stabilitätsgerechte Geldpolitik als hinderlich für einen neuen konjunkturellen Aufschwung betrachtet; andere Länder nehmen derzeit im Bemühen, einen abrupten und starken Rückgang der realen Wechselkurse zu vermeiden, aufkommende Inflationsgefahren hin. Daraus folgt nicht, daß die Deutsche Bundesbank auf die Ankündigung und auf die strikte Einhaltung eines Geldmengenziels solange verzichten sollte, bis sie mit anderen Notenbanken eine entsprechende Vereinbarung getroffen hat. Auf die Bekräftigung ihres Stabilitätswillens mit Hilfe eines angekündigten Geldmengenziels sollte die Bundesbank schon deshalb nicht verzichten, weil sie dadurch zur Beruhigung der Finanzmärkte beiträgt und für die Geld- und Währungspolitik anderer Länder ein Datum setzt, das diese zu gleichartigem Verhalten drängt.

Eine andere Meinung

(Ziffern 308 ff. und 341 ff.)

63*. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zur Frage eines Geldmengenziels und zur Frage des geldpolitischen Kurses für 1988 sowie auch zur Frage des Zeitpunkts der geplanten Steuerreform und zur Frage der Rückführung der Staatsquote eine abweichende Meinung.

Während die Ratsmehrheit nach wie vor an dem Konzept eines mehrjährigen Zielpfads für die Zentralbankgeldmenge festhält, schlägt dieses Ratsmitglied eine breiter angelegte monetäre Projektion vor, in der neben der Zentralbankgeldmenge andere monetäre Indikatoren berücksichtigt werden. Mit der monetären Projektion kann den Märkten eine verläßlichere Orientierung für die Geldpolitik vermittelt werden als mit einem Geldmengenziel, welches den Kurs der Geldpolitik an nur einem monetären Indikator — der Zentralbankgeldmenge — bemißt. Die von der Mehrheit geforderte kräftige Reduktion des Geldmengenwachstums von derzeit 8 vH auf unter 4,5 vH für 1988 hält dieses Ratsmitglied nicht für angebracht. Die Bundesbank würde mit einer solchen Rückführung des Geldmengenwachstums zu Zinssteigerungen beitragen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik in schwieriger Lage behindern und zugleich neue Turbulenzen an den Devisenmärkten auslösen könnten. Da von der Kostenentwicklung keine fühlbare Beschleunigung des Preisauftriebs angelegt ist, ist eine Rückführung des Geldmengenanstiegs derzeit auch nicht vordringlich.

64*. Nach dem schwachen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, das auch 1988 nicht besser sein wird, ist eine rasche Stärkung des mittelfristigen Wachstums erforderlich. Dies spricht dafür, die geplante Steuerreform — entgegen der Auffassung der Ratsmehrheit — sobald wie möglich vorzunehmen. Eine weitere Absenkung der Staatsquote — wie sie von der Ratsmehrheit gefordert wird — hält dieses Ratsmitglied für problematisch. Die Staatsausgaben müssen von den Staatsaufgaben her gewürdigt werden. Es besteht die Gefahr, daß mit Blick auf die Steuerreform eine Ausgabenrestriktion betrieben wird, bei der der Staat die ihm zufallenden Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Weise erfüllt. Der weitere Abbau der Staatsquote würde überdies das ohnehin nicht ausreichende wirtschaftliche Wachstum mittelfristig belasten.

Soweit die abweichende Meinung dieses Ratsmitglieds.

Das Europäische Währungssystem vor neuen Herausforderungen

(Ziffern 347 ff.)

65*. Das Europäische Währungssystem (EWS) steht vor neuen Herausforderungen. Geplant ist zum einen die völlige Aufhebung der Kapitalverkehrsbeschränkungen in der Europäischen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der für 1992 beschlossenen Verwirklichung eines gemeinsamen Binnenmarktes in Europa. Bei liberalisiertem Kapitalverkehr werden die EWS-Mitgliedsländer weit mehr als gegenwärtig zu einer abgestimmten Währungspolitik gezwungen. Hierfür gilt es Prinzipien zu vereinbaren, die sicherstellen, daß das EWS als Zone währungspolitischer Stabilität an Kraft gewinnt. Zum anderen entstehen Herausforderungen aus der gegenwärtigen Diskussion über den wirtschaftspolitischen Kurs in Europa. In einigen EWS-Ländern wurden Stimmen laut, die mit Blick auf das insgesamt unbefriedigende Wirtschaftswachstum in Europa eine expansivere Wirtschaftspolitik fordern. Solche Forderungen richten sich insbesondere an die Deutsche Bundesbank, deren Stabilitätsorientierung als Hemmnis für ein rascheres Wachstum angesehen wird. Wenn mit dem Streben nach mehr Wachstum die Neigung verbunden ist, in den stabilitätspolitischen Anstrengungen nachzulassen, wäre dies für das EWS sehr bedenklich. Das EWS wird als funktionstüchtiges Währungssystem auf die Dauer nur erhalten bleiben können, wenn es drei Elemente gleichzeitig zu realisieren versteht: ein stabiles Preisniveau, freizügigen Kapitalverkehr und feste Wechselkurse. Die Leistungsfähigkeit des EWS wiederum ist eine wichtige Voraussetzung für ein dauerhaftes, störungsfreies Wirtschaftswachstum in Europa.

66*. Der Sachverständigenrat teilt die Ansicht, daß ein insgesamt rascheres Wachstum in Europa anzustreben ist. Vorrang für die Wachstumspolitik ist nicht nur in der Bundesrepublik erforderlich. Bei der engen Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften kann jedes Land um so eher auf eine größere Dynamik hoffen, je mehr auch die Partnerländer der Wachstumspolitik Vorrang einräumen. Ebenso entschieden ist der Sachverständigenrat aber der Meinung, daß der Weg zu mehr Wachstum nicht über eine Inflationierung führt. In inflationärem Klima kann eine Wirtschaft nur vorübergehend expandieren; alsbald wird eine Stabilisierungskrise den Rückschlag bringen. Inflation ist als Mittel zum Zweck auch gar nicht erforderlich. Vorrang für die Wachstumspolitik heißt, am ordnungspolitischen Rahmen der Volkswirtschaften anzusetzen. Insbesondere geht es um effizienzsteigernde Rahmenbedingungen. Eine so verstandene Wachstumspolitik setzt den wirtschaftspolitischen Konsens in jedem Mitgliedsland voraus. Der Verteilungsprozeß darf nicht durch inflationär wirkende Konflikte überfordert werden. Der Staat hat die Entfaltung der privatwirtschaftlichen Initiative zu fördern. Die Notenbank kann dann, wenn Stabilitätswille erkennbar ist, den sonst erforderlichen Restriktionsdruck lockern.

Auch wenn eine energischere Wachstumspolitik in Europa anzumahnen ist, kann und muß der Grundsatz der Stabilität des Preisniveaus weiterhin richtungweisend für die Länder des EWS bleiben.

67*. Immer wieder entstehen im EWS Probleme durch Kursschwankungen des Dollar, da hiervon in erster Linie die D-Mark als internationale Reservewährung betroffen ist. Wenn der Kurs des Dollar fällt, neigt die D-Mark meist zu einer stärkeren Höherbewertung als die anderen EWS-Währungen. Dadurch können Spannungen im Wechselkursverbund entstehen. Die relativ zur D-Mark schwächeren Währungen müßten durch Interventionen oder andere Anpassungsmaßnahmen unter Umständen gestützt werden. Allerdings hat sich hier das EWS als robuster erwiesen, als man ihm häufig zugetraut hatte. Die Dollarkursschwankungen der letzten Jahre haben das EWS nicht gesprengt.

68*. Auf der Konferenz der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten am 12. September 1987 in Nyborg sind — auf der Basis von Beschlüssen der Notenbankpräsidenten der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft — Erleichterungen für intramarginale Interventionen beschlossen worden. Diese Interventionen können durch Rückgriff auf die „sehr kurzfristige Finanzierung" über den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) finanziert werden.

Die Beschlüsse von Nyborg sehen vor, daß die im Rahmen der sehr kurzfristigen Finanzierung aufgenommenen Interventionskredite nun bis zu 100 vH (bisher 50 vH) in ECU zurückgezahlt werden können. Voraussetzung hierfür ist, daß sich nicht eine unausgewogene Zusammensetzung der Währungsreserven ergibt und daß keine übermäßigen Schuldnerpositionen oder Gläubigerpositionen in ECU entstehen. Diese Regeln sollen nach zwei Jahren einer Überprüfung unterzogen werden.

Nimmt man alles zusammen, so ist weder in der Einbeziehung intramarginaler Interventionen in die sehr kurzfristige Finanzierung noch in der Anhebung der Grenze für die Rückzahlung von Interventionskrediten in ECU eine problematische Aufweichung des EWS-Vertragswerks zu sehen, aus der inflationäre Gefahren entstehen werden. Diese Neuerungen sind nicht ohne die Zustimmung der die Interventionswährung emittierenden Notenbank anwendbar. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang insbesondere in der Bundesrepublik das Bedenken geäußert, daß die EWS-Partnerländer die Neuerung nutzen könnten, um vor allem die Bundesbank unter Druck zu setzen, der letztlich auf eine Anpassungsinflation hinauslaufen könnte. Eine solche, im Grunde mißbräuchliche Nutzung der EWS-Vereinbarungen wäre um so unwahrscheinlicher, je entschiedener die Bundesbank — und nicht nur sie, sondern auch die Bundesregierung — die deutsche Position klarstellt: daß die engagierte Beteiligung der Bundesrepublik am EWS so lange gewährleistet bleibt, wie Konsens über die Preisniveaustabilität als notwendige Basis des EWS herrscht.

Tarifpolitik: Konstanz der Lohnstückkosten mittelfristig sichern

(Ziffern 356 ff.)

69*. Bei einer Wertung der Ergebnisse, welche die Lohnrunde dieses Jahres im ganzen erbracht hat, ist

mit Blick auf die Aufgabe, Beschäftigung in bedrängten Wirtschaftsbereichen rentabel zu halten und mehr Beschäftigung in Bereichen mit guten Wachstumschancen rentabel zu machen, kein Saldo zu ziehen, der voll befriedigt:

— Die Verlängerung der Tariflaufzeiten in wichtigen Bereichen hat zweifellos den Vorteil, daß die Unternehmen dort bei den Löhnen auf mehrere Jahre hinaus kalkulieren können. Für knapp ein Drittel der Arbeitnehmer sind die Lohnsteigerungen im kommenden Jahr und für einen nicht viel kleineren Teil auch im übernächsten Jahr bereits beschlossen. Die Ungewißheit, die jährliche Tarifverhandlungen mit sich bringen, ist insoweit vermindert. Es bleibt jedoch die Ungewißheit, ob das, was an Kostensteigerung für die nächsten beiden Jahre vereinbart wurde, zur Verschärfung des Wettbewerbs von außen paßt, dem gerade die in Rede stehenden Bereiche in besonderem Maße ausgesetzt sind.

— Die tarifvertraglichen Regelungen zur Teilzeitarbeit haben zur Klärung dieses Arbeitsverhältnisses und auch zur Absicherung der an Teilzeitarbeit interessierten Arbeitnehmer beigetragen. Die Vorbehalte der gewerkschaftlichen Seite gegenüber einer Reihe von Formen der Teilzeitarbeit werden dadurch abgebaut, so daß mehr Arbeitsplätze auch dort angeboten und besetzt werden können, wo sich eine Vollzeitbeschäftigung nicht lohnt. Inwieweit eine solche Teilzeitbeschäftigung eine bisher unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze ausgeübte Beschäftigung ablöst, ist allerdings eine offene Frage.

— Was die Vereinbarungen zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so ist im Blick zu behalten, daß diese nicht einfach deshalb zu einer entsprechend höheren Beschäftigtenzahl führt, weil Arbeit, die bei kürzerer Arbeitszeit unerledigt bleibt, von zusätzlich Eingestellten übernommen wird. Wieviel Arbeit es gibt, ist gerade bei scharfem internationalen Wettbewerb mit davon abhängig, was die Arbeit kostet. Das Argument, daß Arbeitszeitverkürzungen einen zusätzlichen Produktivitätszuwachs bewirken, der die Kostenbelastung mindert, vermag um so eher zu überzeugen, je mehr die damit verbundenen Möglichkeiten zu Flexibilität der Arbeitszeit genutzt werden. Allerdings schlagen Fixkosten für den Arbeitsplatz bei immer kürzerer Arbeitszeit immer stärker zu Buche, insbesondere dann, wenn der Spielraum eng gehalten wird, den betrieblichen Arbeitsablauf entsprechend umzuorganisieren.

Zu konstatieren bleibt, daß das, was von den diesjährigen Tarifabschlüssen im laufenden Jahr kostenwirksam wurde, deutlich mehr war, als vom Zuwachs der Arbeitsproduktivität gedeckt wurde, und daß nicht für gewährleistet genommen werden kann, daß Lohnerhöhungen und Produktivitätsanstieg im Jahre 1988 und darüber hinaus besser miteinander in Einklang stehen.

70*. Die Tarifparteien haben es in der Hand, das dort, wo 1988 neue Verhandlungen anstehen, sicherer zu machen. Vereinbarungen, die sich zur Richtschnur nehmen, keinen weiteren Anstieg der Lohnstückkosten zu bewirken, die also die nominalen Lohnerhöhungen allein am erwarteten Zuwachs der Arbeitsproduktivität ausrichten, verbessern die Beschäftigungschancen auf doppelte Weise — unmittelbar, indem sie die Arbeit, den wichtigsten Kostenfaktor in der Volkswirtschaft, nicht weiter verteuern, und mittelbar, indem sie es der Bundesbank leichter machen, einen Kurs zu steuern, der die erreichte Stabilität des Geldwertes möglichst ungeschmälert hält und zugleich einem anhaltend kräftigen Wirtschaftswachstum Raum gibt.

Dabei empfiehlt es sich, wie die Erfahrung in diesem Jahr einmal mehr gezeigt hat, die Erwartungen bezüglich des Produktivitätszuwachses vorsichtig anzusetzen. Das Produktionsergebnis je geleistete Arbeitsstunde, das 1987 mit knapp 2 vH nur wenig zugenommen hat, dürfte 1988 zwar wieder etwas mehr steigen, um wieviel mehr wird freilich nicht nur von der Stärke der konjunkturellen Auftriebskräfte, sondern auch davon abhängen, in welchem Maße die Unternehmen ihren Personalbestand an die Produktion anpassen, und beides ist nicht unabhängig davon, wie sich die Lohnstückkosten entwickeln.

71*. Angesichts der anhaltenden Unterschiede in den Beschäftigungschancen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und Regionen und der nicht minder großen Unterschiede, die es beim Arbeitskräftebedarf bezüglich der Qualifikation gibt, kann das, was als gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnsteigerung erscheint, nicht überall in gleicher Weise als Maßstab gelten. Erneut ist deshalb auf die Notwendigkeit einer weiteren Lohndifferenzierung hinzuweisen. In sektoraler und regionaler Hinsicht sind Schritte in diese Richtung in den letzten Jahren zwar getan worden, aber bislang noch keine hinreichend großen. Daß der Markt die notwendige Differenzierung über die Spreizung der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter besorge, größere Unterschiede zwischen den tariflichen Arbeitsentgelten somit entbehrlich seien, kann kein durchschlagendes Argument sein, wenn die effektiven Löhne und Gehälter in Branchen und Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen den Tarifentgelten entsprechen, diese aber zu den Arbeitsmarktbedingungen nicht passen. Das gleiche gilt im Hinblick auf die Differenzierung nach Qualifikation. Hier geht es nicht nur darum, den besonderen Problemen Rechnung zu tragen, die Arbeitskräfte ohne berufliche Ausbildung am Arbeitsmarkt haben; wichtig ist auch, Anreize zur Qualifikation und zur Weiterbildung nicht zu schwächen. Hier muß die Tarifpolitik mit der Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.

Für mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten

(Ziffern 368 ff.)

72*. Den Wettbewerb auf den Absatzmärkten erfolgreich zu bestehen, verlangt von den Anbietern den Einsatz moderner Technik, und deren Nutzung setzt mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten voraus. In Aussicht stehen dafür mehr, bessere und sichere Arbeitsplätze. Auf diesem Wege zügiger voranzukommen, bedarf es zusätzlicher Anstrengungen zur

beruflichen Qualifikation, weitergehender Ausschöpfung der Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten und eines besseren Regelwerks für den Arbeitsmarkt. Dazu haben die Unternehmen, das Bildungswesen, die Tarifparteien ebenso wie der Gesetzgeber und teilweise auch die Arbeitsgerichte ihren Beitrag zu leisten.

73*. Die neue Produktionstechnik benötigt einen höheren Anteil an qualifizierten Arbeitskräften; eine größere Vielfalt von Tätigkeiten wird ihnen abverlangt. Die traditionellen Berufsbilder überschneiden sich, Mehrfachqualifikation ist gefragt.

74*. Daß den nachrückenden Arbeitskräften die geforderte Qualifikation in der heutigen Ausbildung mitgegeben wird, ist nicht sicher. Es erscheint dringend geboten, die Lern- und Prüfungsinhalte der Ausbildungsberufe und die Berufsbilder selbst schneller zu aktualisieren, als das heute geschieht. Es gilt, die Auszubildenden nicht nur in einigen Spezialberufen mit der Handhabung der neuen Techniken vertraut zu machen. Die Maßnahmen zur Höherqualifikation müssen breit ansetzen. Zu beachten ist auch, daß die Ausbildungsmöglichkeiten in kleinen Unternehmen sinnvoll ergänzt werden, damit die dort Ausgebildeten gegenüber anderen nicht in Rückstand geraten.

75*. Anlaß für Regulierungen am Arbeitsmarkt war häufig der Konflikt zwischen den Vorteilen, die der Fortschritt allen bringt, und den daraus entstehenden Nachteilen für einzelne. Daß im Laufe der Wohlstandsentwicklung namentlich der soziale Schutz der Arbeitnehmer beständig verbessert werden konnte, ist zu begrüßen. Zum Problemfall wird die Aufrechterhaltung eines anfänglich zu bejahenden Schutzinteresses jedoch dann, wenn die hierzu getroffenen Regelungen sich später als ein Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung erweisen, das lediglich zur Besitzstandswahrung einzelner Begünstigter aufrechterhalten bleibt. Aus guter Schutzabsicht kann so eine Sperre für Wachstum und Beschäftigung entstehen. Die Verfolgung des Schutzinteresses für einzelne Arbeitnehmer darf nicht dem Beschäftigungsinteresse aller zuwiderlaufen.

76*. Auf einige Grundsätze für die Reform des Arbeitsrechtes und des Sozialrechtes sollte man sich verständigen können. Daß bestehende „Übersicherungen" abgebaut werden können, dürfte kaum streitig sein. Notwendig ist indessen auch, daß bei der Konfliktlösung künftig die ordnungspolitische Problematik arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Regulierungen stärker berücksichtigt wird, als dies von der kasuistischen Gesetzgebung und vor allem in der Rechtsprechung der beiden zuständigen Spezialzweige der Gerichtsbarkeit in der Vergangenheit geschehen ist. Der Unsicherheit, die durch Unterschiede in der Rechtsprechung hervorgerufen wird, könnte auch eine stärkere Kodifizierung des Arbeitsrechts entgegenwirken. Dabei sollte allerdings bedacht werden, daß eine zu starke Vereinheitlichung den Strukturwandel wegen der sehr unterschiedlichen Situation in den einzelnen Branchen und Regionen behindern kann. Es gelingt vielfach den Tarifpartnern besser, Regelungen auszuhandeln, die der Problematik der Wirtschaftsentwicklung in ihren Bereichen gerecht werden.

77*. Das Beschäftigungsförderungsgesetz bestimmt, daß für die Zeit vom 1. Mai 1985 bis zum 1. Januar 1990 bei Neueinstellungen ein Arbeitsvertrag auf eine Laufzeit von längstens 18 Monaten befristet werden kann, ohne daß hierfür ein besonderer Grund anzugeben ist.

Der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis eröffnet mehr Wahlmöglichkeiten beim Abschluß von Arbeitsverhältnissen. Die Einstellung und Entlassung wird erleichtert, und bestimmte Kosten, die damit im Streitfalle zusammenhängen, entfallen. Daß die befürchtete Verstärkung einer Spaltung der Arbeitnehmerschaft in Stammbelegschaft und Randbelegschaft, die sozial gewichtige Einwände gegen sich hat, sich erweisen könnte, hat bisher keine Bestätigung gefunden.

Der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis ist geeignet, die Beschäftigung positiv zu beeinflussen, und dies trifft um so stärker zu, je niedriger ein eventuell als Risikoausgleich zu zahlender Lohnzuschlag ausfällt. Unter Umständen kann er auch das in Arbeitsstunden gerechnete Beschäftigungsvolumen erhöhen, wenn eben die Arbeitsleistung von vornherein nicht durch Überstunden zu erbringen ist, eine Dauerbeschäftigung nicht in Frage kommt und eine Begründung der Befristung als im Streitfall zu kostspielig angesehen wird. Daß der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis auch als Arbeitsverhältnis zur Probe sich nützlich erweist, erscheint naheliegend.

78*. Bedenken gegen die heute noch geübte Sozialplanpraxis richten sich insbesondere gegen die Höhe der dabei anfallenden Kosten. Man kann sie nach nichtvermeidbaren und vermeidbaren Kosten unterscheiden. Die vermeidbaren Kosten bezeichnen wir der Kürze halber als die Opportunitätskosten des Kündigungsprozesses. Andere „Drohkosten" wären noch hinzuzurechnen. Sie verteuern die Arbeit unnötigerweise und wirken beschäftigungsmindernd. Eine volkswirtschaftliche Berechtigung haben sie nicht.

Als weitere Belastung der Unternehmen durch den Sozialplan sind die Erschwerung und das Hinauszögern von erforderlichen Umstellungen anzusehen. Bei einer Befragung von Unternehmen wurde besonders auch auf die Dauer der Verhandlungen zum Abschluß eines Sozialplanes hingewiesen. Die lange Abwicklungsfrist, zumal wenn der Spruch einer Einigungsstelle hinzukommt, verzögert erforderliche Anpassungen und vermindert die betriebliche Flexibilität, wodurch eben auch nicht betroffene Betriebsteile beeinträchtigt werden.

Das Sozialplanrecht behandelt alle Unternehmen, als seien sie potente Großunternehmen, von denen ja der Sozialplan als freiwillige soziale Leistung ins Leben gerufen worden ist. Mittlere und kleinere Unternehmen werden durch das Sozialplanrisiko wegen geringerer Ausweichmöglichkeiten härter betroffen. Insofern liegt eine Wettbewerbsverzerrung vor.

Die Arbeitnehmer in Kleinbetrieben und die Arbeitnehmer, die nicht im Rahmen eines Sozialplans abgefunden werden, sind im Entlassungsfall schlechter gestellt. Darin liegt eine Ungleichbehandlung. Insofern schafft der Sozialplan soziale Ungerechtigkeit.

Die beschäftigungsmindernde und die Mobilität hemmende Wirkung des Sozialplans zeigt sich besonders bei seiner Anwendung im Sanierungs- oder Konkursfall. Er verhindert die Übernahme und Fortführung eines Betriebs auf niedrigem Beschäftigungsniveau. Insbesondere ausländische Unternehmen schrecken vor der Übernahme angesichts bestehender Sozialplanrisiken oder absehbarer Sozialplanverpflichtungen zurück.

Das Sozialplanrecht sollte einer ordnungspolitisch geleiteten Revision unterzogen werden. Manche Mängel erscheinen behebbar. Andere Mängel, wie die Wettbewerbsverzerrung zwischen Unternehmen verschiedener Größe, sind strukturell bedingt; ihre Wirkung ließe sich jedoch abmildern.

Marktöffnung und Wettbewerb für mehr Wachstum
(Ziffern 402 ff.)

79*. Vorrang für die Wachstumspolitik — das bedeutet vor allem, dem dynamischen Wettbewerb die Bahn ebnen. „Abzubauen, was ihm an unnötigen Hemmnissen im Wege steht, ist eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Eine Politik der Marktöffnung muß an den überkommenen Wust von Wettbewerbshemmnissen auf regulierten Märkten Hand anlegen und für eine wettbewerbsorientierte neue Regelung sorgen, soweit dies nötig erscheint" (JG 85 Ziffer 196). Auf dieses Erfordernis hat der Sachverständigenrat wiederholt hingewiesen und dabei ausführlich begründet, wie nachdrücklich die Wachstumskräfte in der Wirtschaft gestärkt werden, wenn sich individuelles Handeln auf Märkten mit freiem Zugang unter wettbewerbsgerechten und verläßlichen Rahmenbedingungen entfalten kann (JG 85 Ziffern 308 ff.; JG 86 Ziffern 201 ff.). Dann wird der Prozeß des Suchens und Entdeckens von Möglichkeiten verstärkt, die Wünsche der Menschen besser und kostengünstiger zu erfüllen. Der wirtschaftliche Lohn der erfolgreichen Suchanstrengung ist für den einzelnen ein höheres Einkommen, für alle eine Steigerung ihrer Wohlfahrt. Marktöffnung und Wettbewerb bringen quantitatives und qualitatives Wachstum hervor; diese grundsätzlich wichtige Erkenntnis muß hier nicht noch einmal in allen Einzelheiten begründet werden. Doch es erscheint dringend geboten, sie ins Gedächtnis zu rufen, denn auf wichtigen Feldern der Politik müssen Entscheidungen getroffen oder korrigiert werden, wo sich bisher dynamischer Wettbewerb nicht als Leitbild durchsetzen konnte.

— Bei der Neuordnung des Fernmeldewesens kommt es insbesondere darauf an, TELEKOM als neues Unternehmen in die Wettbewerbswirtschaft zu integrieren: Das TELEKOM übertragene Monopol für Netz und Telefon muß unabdingbar Randwettbewerb zulassen. Die Auftragsvergabe muß nach Wettbewerbsgrundsätzen erfolgen. Die Gebühren von TELEKOM müssen nach den Bedingungen des Marktes gestaltet und in Kontakt mit den Kosten gehalten werden; eine Festlegung der Gebührenordnung unter Ausnutzung von Monopolmacht und eine Ablieferungspflicht der Gewinne zugunsten anderer Postaktivitäten widerspricht dem Leitbild des dynamischen Wettbewerbs.

— Bei der Neuregelung von Ladenöffnungszeiten geht es insbesondere darum, die Wünsche der Verbraucher, in ihrer Freizeit bessere Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten und die Wünsche von Einzelhändlern, darauf eingehen zu dürfen, dadurch ihr Einkommen zu sichern oder zu erhöhen, sowie die Wünsche von Arbeitnehmern, die aus persönlichen Gründen zu atypischen Zeiten arbeiten wollen (zum Beispiel einen Teilzeitarbeitsplatz für die Abendstunden suchen), besser als bisher zu erfüllen. Mit der Liberalisierung der Ladenschlußregelungen braucht keine unzumutbare Arbeitsbelastung der im Handel Beschäftigten einherzugehen. Soweit diese vermieden werden kann, beschleunigt sich mit der Verbesserung der Bedarfsdekkung durch eine Ausweitung der Dienstleistungen des Handels das Wirtschaftswachstum (qualitatives Wachstum).

— Bei der Förderung der Luftfahrtindustrie ist zu beachten, daß Entwicklungssubventionen und finanzielle Hilfen zur Marktöffnung nur vorübergehend und nur unter bestimmten Bedingungen mit dem Leitbild des dynamischen Wettbewerbs in Einklang zu bringen sind. Wenn daraus Dauersubventionen zu werden drohen und wenn die staatlichen Hilfen Reaktionen anderer Regierungen auslösen und damit die Wettbewerbschancen nicht nur der subventionierten, sondern auch anderer Unternehmen verschlechtern, wird das wirtschaftliche Wachstum nicht gefördert, vielmehr behindert.

ERSTES KAPITEL

Die wirtschaftliche Lage

TEIL A

Der internationale Rahmen

I. Die Weltwirtschaft: Kooperation ist dringlicher geworden

1. Die Gefahr, daß die um die Jahreswende in den meisten Industrieländern eingetretene Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in einen Abschwung übergehen könnte, ist überwunden worden. In den Vereinigten Staaten setzte sich der Aufschwung im fünften Jahr fort. Auch in Europa haben sich die Auftriebskräfte wieder gefestigt. Die japanische Wirtschaft, die bis weit ins Jahr hinein großen Belastungen von außen ausgesetzt war, blieb weiter auf Wachstumskurs. Nicht unerheblich sind jedoch die Risiken, die die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten für die weltwirtschaftliche Entwicklung mit sich bringen.

Der Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte ist eingeleitet. Die starken Wechselkursverschiebungen haben in den internationalen Handelsströmen deutliche Spuren hinterlassen; zu konstanten Preisen gerechnet haben sich die Salden im Außenhandel der großen Länder stark zurückgebildet. In den Leistungsbilanzen, in denen sich Mengenänderungen und Preisänderungen niederschlagen, zeigen sich dagegen noch keine Anpassungserfolge, da sich in den Überschußländern die Importgüter sehr stark verbilligt haben, während die Defizitländer infolge der niedrigeren Bewertung ihrer Währungen mehr für Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland zahlen mußten.

Auch wenn eine weitere Aufwärtsbewegung in der Weltwirtschaft für die nächste Zeit als wahrscheinlich gelten darf, ist das Entwicklungstempo doch unbefriedigend. In vielen Ländern verharrt die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Das unbefriedigende Wachstum erschwert die Lösung internationaler Interessenkonflikte: Die Gefahr eines neuen Protektionismus ist groß, eine Entspannung des Verschuldungsproblems der Dritten Welt zeichnet sich nicht ab, die wirtschaftliche Entwicklung der armen Länder stagniert.

Fehlentwicklungen vor allem im Welthandels- und Weltwährungssystem sind zu einem Hemmschuh für den weiteren Fortgang des Welthandels geworden. Wirtschaftspolitische Ansatzpunkte zur Beseitigung dieser Hemmnisse sind zwar erkennbar geworden, und das Drängen darauf wird stärker. Ob konkrete Lösungen angepackt werden, hängt jedoch von der Einsicht aller ab, daß Verbesserungen der internationalen Rahmenbedingungen letztlich jedem einzelnen Land zugute kommen.

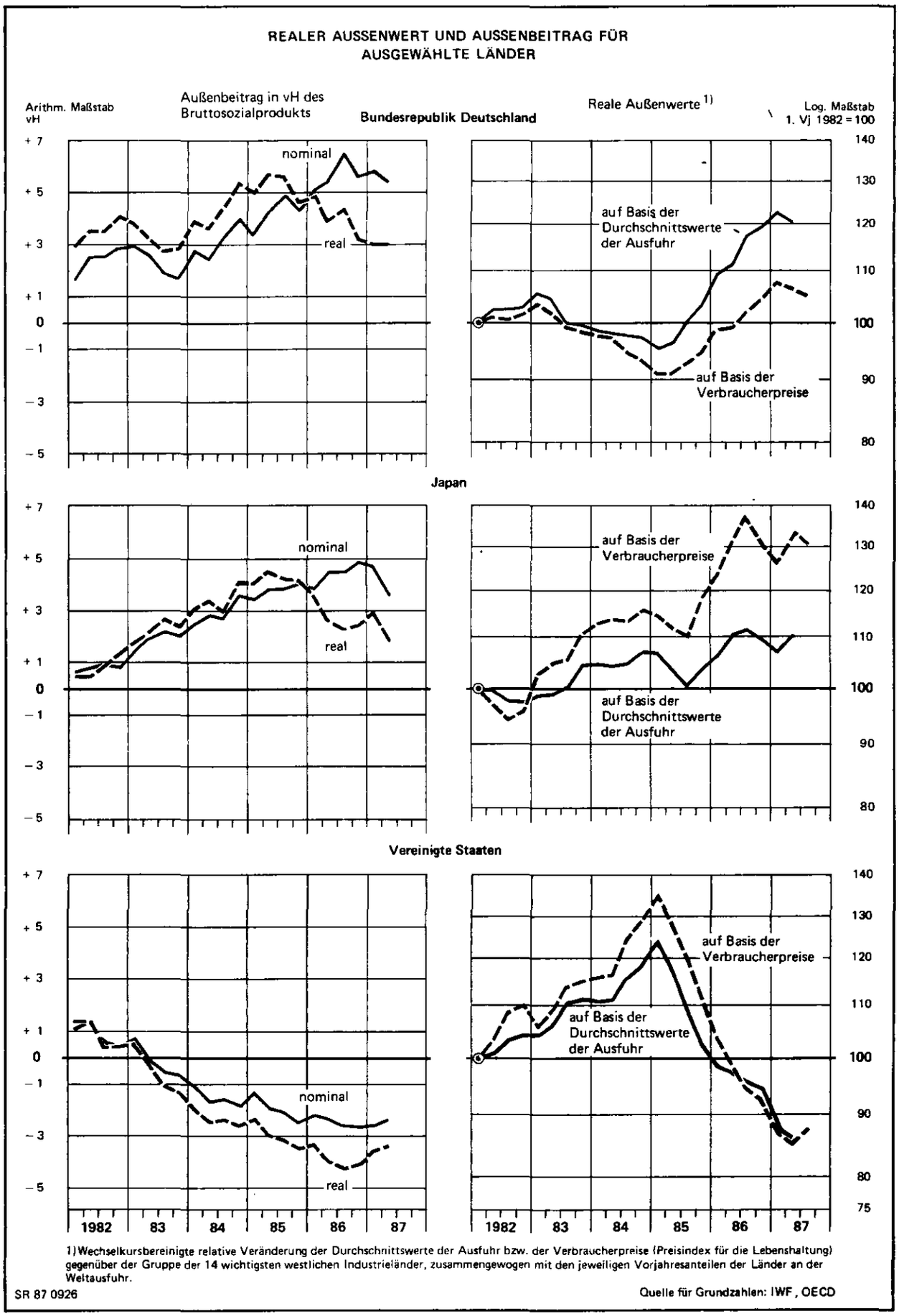
Mühsame Korrektur der Leistungsbilanzungleichgewichte

2. Für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft wird viel davon abhängen, ob und wie es gelingt, das gravierende Ungleichgewicht weiter abzubauen, das seit einigen Jahren im Dreieck der Wirtschaftsregionen Vereinigte Staaten, Europa und Japan besteht und dessen deutlichster Ausdruck das amerikanische Leistungsbilanzdefizit sowie die hohen Überschüsse Japans und der Bundesrepublik sind.

Der starke Wertverlust des Dollar gegenüber den europäischen Währungen und dem Yen hat jedoch einen Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte eingeleitet. Obwohl deutsche und vor allem japanische Exporteure die Preise senkten, um die wechselkursbedingte Verteuerung ihrer Produkte im Ausland teilweise auszugleichen, konnten sie am Wachstum der Auslandsmärkte seit dem Beginn der rapiden Dollar-Abwertung kaum noch teilhaben. Seit 1985 haben sich die realen Außenwerte der D-Mark und des Yen beträchtlich erhöht. Wegen der Preiszugeständnisse im Exportgeschäft war allerdings die reale Höherbewertung auf der Basis von Ausfuhrdurchschnittswerten vor allem für Japan wesentlich geringer als auf der Basis von Verbraucherpreisen. In den nominalen Leistungsbilanzsalden hat sich auch in diesem Jahr noch kein sichtbarer Erfolg gezeigt. Dies liegt vor allem daran, daß die Einfuhren der Vereinigten Staaten teurer wurden, während sie sich in den Überschußländern im Vergleich zum Vorjahr noch einmal verbilligten. Einfuhr- und Ausfuhrmengen haben dagegen klar erkennbar auf die verschobenen Wechselkursrelationen reagiert (Schaubild 1).

3. Der Abbau von Leistungsbilanzungleichgewichten kann sich gesamtwirtschaftlich sowohl über Anpassungen der Wechselkurse und damit Änderungen der relativen Preise von Gütern aus verschiedenen Ländern als auch über Unterschiede im Tempo des wirtschaftlichen Wachstums der Länder und damit im wesentlichen über eine Veränderung der Nachfrage nach Importgütern vollziehen. Die derzeit stattfindende Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte beruht auf Änderungen der relativen Preise. Die Entwicklung zeigt, daß diese Art der Anpassung langsam und — jedenfalls anfänglich — nur schwach wirkt. Daß sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht in den Vereinigten Staaten nur allmählich verringert, hat noch besondere Gründe. Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß der Dollar zwar ge-

Schaubild 1



1) Wechselkursbereinigte relative Veränderung der Durchschnittswerte der Ausfuhr bzw. der Verbraucherpreise (Preisindex für die Lebenshaltung) gegenüber der Gruppe der 14 wichtigsten westlichen Industrieländer, zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen der Länder an der Weltausfuhr.

gegenüber den Währungen der großen Industrieländer niedriger bewertet wird, nicht aber gegenüber wichtigen Handelspartnern der Vereinigten Staaten im südostasiatischen Raum. Wichtig dürfte auch ein anderer Sachverhalt gewesen sein. Der Zusammenhang zwischen Wechselkursen und Außenhandelspreisen wurde dadurch gelockert, daß exportierende Unternehmen aus Aufwertungsländern, anstatt ihre Abgabepreise in den Vereinigten Staaten zu erhöhen, die Wechselkursänderung bis zu einem gewissen Umfang in den Gewinnen auffingen. In Zeiten starker Wechselkursbewegungen erfolgt auch die unternehmerische Reaktion auf veränderte Stückerlöse nur allmählich; die Mengenanpassung wird aufgeschoben, bis die Kursrelationen eine gewisse Ruhelage gefunden haben.

4. Die Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte wird zur Zeit nicht durch Unterschiede im Wachstumstempo der drei großen Industrieländer begünstigt. In Japan steigt das reale Sozialprodukt nur geringfügig schneller als in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland ist die Einkommensexpansion verhaltener. Gemessen an den Zuwachsraten der gesamten inländischen Nachfrage haben die Überschußländer zwar einen Expansionsvorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten. Dieser reicht jedoch nicht aus, um einen raschen Rückgang der Handelsbilanzsalden zu bewirken.

Die Unzufriedenheit über diese Entwicklung hat vor allem in den Vereinigten Staaten diejenigen bestärkt, die nach energischeren Anpassungsanstrengungen rufen, sowohl in Gestalt der Forderung an die amerikanische Politik, den Dollar noch deutlich weiter sinken zu lassen, als auch in Gestalt der Forderungen an die Überschußländer, mit Hilfe expansiver Geld- und Finanzpolitik die wirtschaftliche Expansion in ihren Ländern zu beschleunigen. Jeder der beiden Wege zur Beseitigung der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft birgt — für sich genommen — große Gefahren.

5. Verließe man sich allein auf das Mittel einer weiteren kräftigen realen Abwertung des Dollar, so würde dies über die dämpfenden Auswirkungen auf Exporte, Investitionen und schließlich auf das Wachstum in den Überschußländern mehr und mehr dazu beitragen, daß von den Expansionsdivergenzen her ein gegenläufiger Effekt entstünde. Die Gefahr, daß ein Teil der Industrieländer dann in einen konjunkturellen Abschwung hineingeraten und die Konjunktur weltweit einbrechen könnte, ist nicht von der Hand zu weisen, zumal die Erfahrung gezeigt hat, wie schwer eine einmal in Gang gebrachte Bewegung des Dollarkurses unter Kontrolle zu halten ist.

Die Aussichten dafür, daß diese Risiken vermieden werden können, sind zur Zeit nicht ungünstig. In den Vereinigten Staaten scheint sich die Einsicht durchzusetzen, daß eine nochmals starke reale Abwertung des Dollar wenig zweckmäßig ist, weil sie die rezessiven Kräfte bei den Handelspartnern stärkt, im eigenen Land zu einem Anstieg der Inflationsrate führt und nur langsam zum Abbau der Ungleichgewichte im Außenhandel beiträgt. So ist es zu verstehen, daß die amerikanische Geldpolitik zumindest bis zu den turbulenten Kursbewegungen an den Aktienbörsen im Herbst dieses Jahres einem weniger expansiven Kurs gefolgt war.

6. Verließe man sich allein auf das Mittel einer expansiven Geldpolitik in den Überschußländern, so würde der Außenwert ihrer Währungen tendenziell vermindert und der Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte von daher verlangsamt. Selbst wenn sich eine vorübergehende Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch eine Forcierung der bereits raschen monetären Expansion in den Überschußländern erreichen ließe, bliebe die Auswirkung auf die Handelsbilanzsalden deswegen unsicher. Einem geringen und auf jeden Fall unsicheren Nutzen einer solchen Strategie stünden hohe Kosten in Form von zunehmenden Inflationsrisiken für die Weltwirtschaft gegenüber.

Die Möglichkeiten, eine Korrektur der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte über nachfragestimulierende Maßnahmen der Fiskalpolitik in den Überschußländern vorzunehmen, sind ebenfalls eng begrenzt. Allzu schnell müßte eine zusätzliche Ausweitung der bereits hohen staatlichen Defizite mit den spezifischen nationalen Interessenlagen in Konflikte geraten. Die hohen Abgabenquoten in Japan und der Bundesrepublik Deutschland werden schon jetzt als Hindernis für die Entfaltung der binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte angesehen (Ziffer 32 und Ziffer 276).

7. Aus den geschilderten Entwicklungen und Zusammenhängen lassen sich weitere Lehren ziehen für die Rolle, die eine internationale Koordination in der Wirtschaftspolitik spielen kann. Die Absprachen der Finanzminister und Notenbankgouverneure im Februar 1987 (Louvre-Treffen) setzten eine Reihe von Konsultationen zur internationalen Koordination der Wirtschaftspolitik fort. Sie sollten den Unternehmen in den Industrieländern und den Akteuren an den internationalen Finanzmärkten die notwendige Orientierung darüber geben, daß sich die Korrektur der Ungleichgewichte ohne einen weiteren drastischen Kursverfall des Dollar vollziehen würde. Zur Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit dieses politischen Signals gehörte es, daß die Wirtschaftspolitik in den beteiligten Ländern in der Folgezeit bereit war, ihren Beitrag zur Wechselkursstabilisierung zu leisten (Tabelle 4, Seite 45ff.). Wie wichtig es ist, eine mit stabilen Wechselkursen zu vereinbarende Wirtschaftspolitik zu betreiben und Provokationen in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung zu vermeiden, ist nicht zuletzt durch die internationale Börsenkrise dieses Jahres deutlich gemacht worden. Durch die Ankündigung offizieller Wechselkurszielzonen und entsprechender Interventionsabsichten allein lassen sich stabilere Wechselkursrelationen nicht sichern.

8. Auch wenn man die Art und Weise, wie der Abbau der internationalen Ungleichgewichte eingeleitet worden ist, als einen vernünftigen Kompromiß bezeichnen kann, so rechtfertigt dies nicht auch schon Zuversicht über die künftige Entwicklung der Welt-

wirtschaft im ganzen. Viele Hindernisse sind wegzuräumen, damit aus dem Zusammenspiel der Vereinigten Staaten, Japans und Europas ein positiver Wachstumsimpuls resultieren kann, der auch für die kleineren Länder von Nutzen ist, der zugleich eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der armen Länder und eine Minderung des Schuldenproblems ermöglicht und der bei alledem nicht auf Kosten der Stabilität geht. Die Gefahr, daß es erneut zu einer weltweiten Beschleunigung der Inflation kommt, ist nicht zu vernachlässigen; jedenfalls gibt die Tatsache, daß sich die Geldentwertung in fast allen Ländern in diesem Jahr beschleunigt hat, Anlaß zur Sorge. Eine für alle Länder vorteilhafte Korrektur der internationalen Ungleichgewichte erfordert von der Wirtschaftspolitik jedoch mehr als nur ein stabilitätsbewußtes Verhalten. Viel hängt auch davon ab, ob es den Vereinigten Staaten rasch gelingen wird, das Defizit ihres Staatshaushaltes weiter zu vermindern, und ob Japan und die europäischen Länder ihren Wirtschaften kräftige Impulse durch eine Stärkung der internen Wachstumskräfte zu geben vermögen.

Welthandelsordnung:
Vor notwendigen Entscheidungen

9. In den letzten Jahren haben sich die protektionistischen Tendenzen in nahezu allen Ländern verstärkt. Ein wesentlicher Grund für den Aufbau von Handelsbeschränkungen ist in den gravierenden Handelsbilanzungleichgewichten der großen Welthandelsnationen und in der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer zu sehen. Protektionistische Gefahren gehen von Europa und Japan ebenso aus wie von den Vereinigten Staaten.

Dabei ist die Entwicklung in den Vereinigten Staaten besonders deshalb besorgniserregend, weil diese in der Nachkriegszeit lange Zeit auf eine fortlaufende Liberalisierung des Welthandels hingewirkt und die Einhaltung der GATT-Regeln garantiert haben. Die lang anhaltende Überbewertung des Dollar in den Jahren 1981 bis 1985 hat jedoch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Unternehmen nachhaltig geschwächt. Dies führte zu Forderungen an die Regierung, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen. Angesichts des hohen Handelsbilanzdefizits konnte die Regierung diesen Druck nicht völlig negieren. Die Folge waren insbesondere bilaterale Vereinbarungen mit wichtigen Lieferländern über „freiwillige" Exportbeschränkungen und quantitative Importrestriktionen. Dadurch wurden die betroffenen nationalen Märkte abgeschottet; die Weltmarktpreise dieser Güter verloren ihre Lenkungsfunktion. Die nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Prinzipien der Multilateralität und der Nicht-Diskriminierung aufgebaute Welthandelsordnung wurde dadurch weiter ausgehöhlt. Besonders die nicht mehr strikte Einhaltung des Prinzips der unbedingten Meistbegünstigung läßt die Aussichten geringer werden, eine internationale Arbeitsteilung zu erreichen, durch die die komparativen Vorteile der einzelnen Länder zum Vorteil aller genutzt werden.

10. Die Gestaltung eines Regelwerks für den internationalen Handel ist eine Daueraufgabe; weltwirtschaftliche Entwicklungen machen Anpassungen oder Ergänzungen notwendig. Als das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen abgeschlossen wurde, war nicht abzusehen, daß Dienstleistungen ihren Charakter als nationale, nicht-handelbare Güter zunehmend verlieren und in diesem Jahr bereits einen Anteil von gut einem Fünftel am Welthandel erreichen würden. So fehlt es an entsprechenden Regelungen im GATT. Sie werden gegenwärtig um so dringender benötigt, als die führenden Industrieländer ihre traditionellen komparativen Vorteile in der Industrieproduktion teilweise an nachfolgende Schwellenländer verlieren und neue Vorteile im Dienstleistungssektor gewinnen. Eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungsverkehrs stellt deshalb eine wichtige Voraussetzung für einen friktionslosen Strukturwandel und einen freien Welthandel mit industriellen Erzeugnissen dar. Daß dies nur schwer zu erreichen sein wird, liegt nicht zuletzt daran, daß die Anerkennung geistigen Eigentums und ein bedingtes Niederlassungsrecht im Ausland komplexe Regelungstatbestände darstellen.

Als das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen vereinbart wurde, war auch noch nicht die weitreichende Globalisierung zahlreicher Märkte abzusehen, die inzwischen Tatsache geworden ist. Für Unternehmen, die sich gegenüber internationaler Konkurrenz auf Weltmärkten behaupten müssen, ist es nicht mehr so bedeutend, ob es die heimische Regierung ist, die bestimmte Maßnahmen durchführt, oder ob dies ausländische Regierungen tun. Hinzu kommt, daß wirtschaftspolitische Regelungen, mit denen weder direkt in Außenhandelsströme eingegriffen wird noch eine Veränderung des Außenhandels bezweckt ist, zunehmend die Wettbewerbspositionen inländischer und ausländischer Anbieter auf den Weltmärkten verändern. Dies gilt für den Verbraucherschutz und die Forschungspolitik ebenso wie für viele Subventionen und staatliche Beschaffungsmaßnahmen. So ist neben das Interesse der Unternehmen auf einen sicheren und freien Zutritt zu den Märkten anderer Länder das Verlangen nach Regeln getreten, die einen „fairen Wettbewerb" auf den Weltmärkten sichern sollen. Dies steht jedoch in einem Widerspruch zu den Aktivitäten vieler Regierungen, die heimische Firmen durch Subventionen, durch Unterstützung bei den Forschungs- und Entwicklungsbemühungen, durch Bevorzugung bei der staatlichen Auftragsvergabe und durch andere Maßnahmen unterstützen. Diese Eingriffe veranlassen andere Länder häufig zu Gegenmaßnahmen. Dabei wird offenbar, daß sich die Vorstellungen über „fairen Wettbewerb" deutlich voneinander unterscheiden, was zu einer Politisierung des internationalen Warenaustausches führt, die betroffenen Unternehmen verunsichert und den Welthandel insgesamt beeinträchtigt.

11. Die internationale Handelspolitik hat neben der Regelung des Zutritts zu den nationalen Märkten eine neue schwierige Aufgabe erhalten: die Neuregelung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten überhaupt. Wie sehr dabei die Vorstellungen der Regierungen divergieren, zeigt sich an den zahlreichen handelspolitischen Konflikten der vergangenen Jahre:

gleich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und ein befriedigendes Wirtschaftswachstum verwirklichen können. Noch bleibt vielen Schuldnerländern nichts anderes übrig, als ihre Importe — darunter von entwicklungsnotwendigen Investitionsgütern — zu drosseln, um Zins- und Tilgungszahlungen leisten zu können. Die Konsequenzen sind auch für andere Länder gravierend: Entwicklungsländer fallen als Nachfrager auf den Weltmärkten aus, was protektionistische Tendenzen in den davon betroffenen Ländern verstärkt; die Unsicherheit, die von der Gefährdung des Weltwährungssystems ausgeht, ist gleichermaßen ein Hindernis für eine wieder stärkere Expansion der Weltwirtschaft.

15. Zur Überwindung der Verschuldungskrise sind sowohl die Schuldner- als auch die Gläubigerländer aufgerufen. Die Wiedererlangung ihrer Zahlungsfähigkeit beziehungsweise ihrer Kreditwürdigkeit verlangt von den Schuldnerländern, daß sie trotz aller damit verbundenen innenpolitischen und sozialen Schwierigkeiten die Spar- und die Investitionsquote erhöhen, für eine höhere Produktivität der Investitionen sorgen und sich besser an die Bedingungen der Weltmärkte anpassen. Dabei erweisen sich der Abbau der hohen Budgetdefizite und die Bekämpfung der Inflation als unverzichtbar. Der Internationale Währungsfonds spielt bei dieser Strategie eine wichtige Rolle. Indem er zusammen mit der Weltbank die Stabilisierungsprogramme überwacht und die Anpassungsanstrengungen finanziell unterstützt, erhöht er die Kreditwürdigkeit der Länder, die dann auch von privaten Banken neue Kredite erhalten können.

16. Die Gläubigerländer haben mit eigenem Wachstum und der Gewährung freien Zutritts zu ihren Märkten wichtige Voraussetzungen für eine Überwindung der Schuldenkrise zu schaffen. Auch sollten sie — worauf der Sachverständigenrat schon früher aufmerksam gemacht hat — die Chancen zur Lösung der Schuldenkrise nicht durch Vorbelastungen verbauen, die den Zustand der latenten Zahlungsunfähigkeit tendenziell verewigen (JG 83 Ziffer 300). Deshalb mag es in einzelnen Fällen förderlich sein, wenn Regierungen und Banken einen Teilerlaß ihrer Forderungen vornehmen. Dies kann allerdings nur unter restriktiven Bedingungen geschehen; insbesondere darf ein Teilerlaß ihrer Schulden nicht zur Folge haben, daß ein Schuldnerland dadurch gleichermaßen stigmatisiert wird und seine Kreditwürdigkeit verliert. Wenn der Schuldenerlaß mit der Einstellung weiterer Kreditgewährung verbunden wird, lassen sich dringende Anpassungsmaßnahmen unter Umständen nicht mehr in Angriff nehmen. Diese Gefahr ist dann nicht groß, wenn die Regierungen von Gläubigerländern den Schuldenerlaß im Rahmen der Entwicklungshilfe an die ärmsten Entwicklungsländer regeln. Sie ist auch nicht sehr groß, wenn Gläubigerbanken den Wert ihrer Forderungen berichtigen, sie gleichzeitig verbriefen und mit einem Abschlag auf Sekundärmärkten verkaufen, wie dies bereits einige amerikanische Banken getan haben. Von Investoren auf den Sekundärmärkten erworbene Forderungstitel können dann in Eigenkapitalanteile an Unternehmen in dem betroffenen Schuldnerland umgetauscht werden.

Prinzipiell erfolgt die Umwandlung von Auslandsschulden in Eigenkapital in drei Schritten (Schaubild 3): Zunächst erwirbt ein ausländisches Unternehmen, das in dem betreffenden Schuldnerland eine Investition beabsichtigt, über eine zwischengeschaltete Bank mit einem Diskont verbriefte Forderungen einer Gläubigerbank gegenüber dem Schuldnerland. Anschließend muß eine zwischengeschaltete Bank in dem Schuldnerland dafür sorgen, daß unter Zustimmung der Zentralbank der Schuldner die auf Auslandswährung lautende Forderung gegen ihn in eine auf Inlandswährung ausgestellte umtauscht. Schließlich kauft die zwischengeschaltete Bank im Auftrag auf dem Finanzmarkt Eigenkapitalanteile im Schuldnerland.

Trotz des Abschlags auf die ursprüngliche Forderung gegenüber dem Schuldnerland ist dieser Weg der Schuldenkapitalisierung für die Gläubigerbank profitabel, da anderenfalls damit zu rechnen ist, daß eine Abschreibung auf Null notwendig wird. Somit erhält die Gläubigerbank zumindest einen Teil ihrer Kredite zurück. Für das Schuldnerland ergeben sich demgegenüber zwei Vorteile: Erstens werden die Auslandsverschuldung und dadurch die hiermit verbundenen Belastungen verringert, und zweitens werden ausländische Direktinvestitionen in diesem Land gefördert, da der Investor zu günstigeren Bedingungen, als dies sonst der Fall wäre, Eigenkapitalanteile erwerben kann.

Ein weiteres marktwirtschaftliches Instrument zur Reduzierung der Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer könnte in dem allmählich erfolgenden Umtausch der Forderungen der ausländischen Banken in Staatstitel bestehen. Auch hierbei werden die Erfolgsaussichten in hohem Maße von den gesetzten Rahmenbedingungen abhängen. Inwieweit der internationale Börsenkrach die Chancen für einen Abbau der Auslandsschulden der Entwicklungsländer durch eine Schuldenkapitalisierung oder einen Umtausch in Staatstitel schmälert, ist noch nicht abzusehen. Die starken Kursrückgänge, die auch die Gläubigerbanken getroffen haben, dürften den Spielraum für Wertberichtigungen einengen. Es ist damit zu rechnen, daß die Sekundärmärkte vorübergehend angespannt bleiben. Doch auf Dauer gilt es, die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, um mit Hilfe neuer Finanzierungsinstrumente Vorbelastungen auf dem Weg zu anhaltendem Wirtschaftswachstum wegzuräumen.

Neue Kredite müssen in erfolgversprechende Investitionen fließen. Kreditzusagen durch ausländische Banken würden erheblich erleichtert werden, wenn Vereinbarungen zwischen den Banken und einzelnen Unternehmen anstatt mit den Regierungen getroffen werden könnten. Die Möglichkeit, die voraussichtliche Rentabilität eines Projekts zu beurteilen, würde die ausländischen Banken sicherlich eher dazu veranlassen, neue Kredite an solche Länder zu vergeben, die sich in der Vergangenheit als nicht kreditwürdig erwiesen haben.

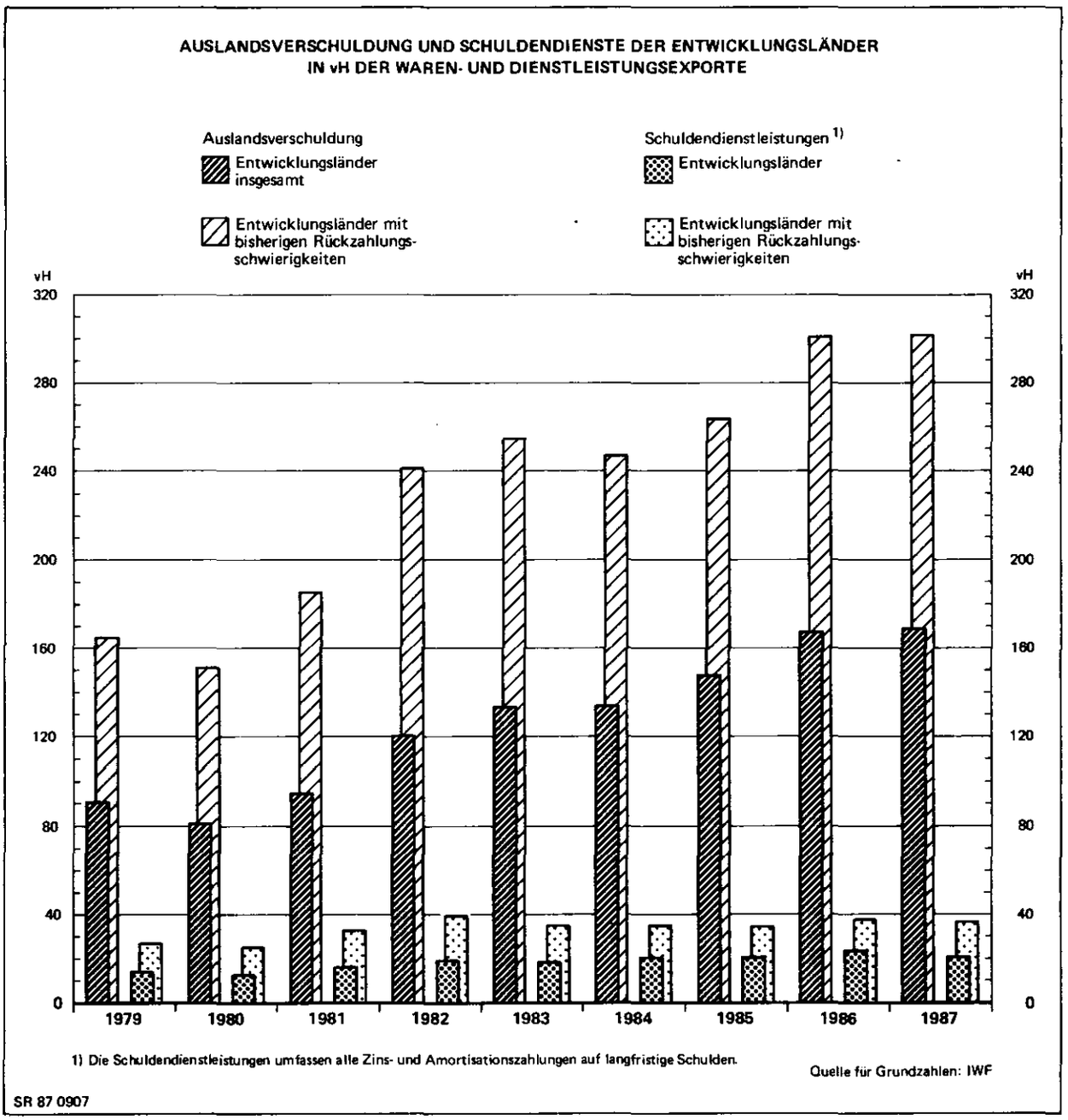
17. Obwohl das Verschuldungsproblem im Zusammenhang mit den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten der großen Industrieländer steht, wäre es bedenklich, die beiden Komplexe — entsprechend einem japanischen Vorschlag an die UNCTAD-Konferenz — miteinander zu verknüpfen. Nach dieser Vorstellung sollten die Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen einen hohen Betrag als Entwicklungshilfe entrichten. Japan selbst hat angekündigt, seine Entwicklungshilfeleistungen deutlich zu erhöhen. Da die Vereinigten Staaten aufgrund ihres Leistungsbilanzdefizits von dem Vorschlag nicht betroffen sind,

nerländer und dem Protektionismus der Industrienationen bewußt sind: Gläubigerländer, die den Schuldnerländern den Zutritt zu ihren Märkten erschweren, verschlechtern selbst die Aussichten auf eine Rückzahlung der von ihnen gewährten Kredite.

Verschuldungskrise: Bisherige Lösungsversuche unzureichend

14. Die Schuldenkrise, in der sich zahlreiche Entwicklungsländer befinden, gibt nach wie vor Anlaß zu ernster Sorge. Nur wenige Länder, zu denen insbesondere die exportorientierten Staaten des südostasiatischen Raums zählen, sind in der Lage, Zins- und Tilgungszahlungen ohne größere Schwierigkeiten zu leisten. Zwar deuten die herkömmlichen Verschuldungsindikatoren im Jahre 1987 auf eine leichte Entspannung gegenüber dem Vorjahr hin, denn die Zunahme der Auslandsschulden hat sich verlangsamt und der Anteil, der von den Exporterlösen für den Schuldendienst verwendet wird, ist leicht zurückgegangen (Schaubild 2); aber der Grund hierfür liegt im wesentlichen darin, daß einige Länder dringend erforderliche neue Kredite nicht erhalten konnten und für den Schuldendienst nur einen bestimmten Anteil ihrer Exporterlöse freigegeben haben. Nach wie vor ist nicht sichtbar, wie vor allem die Entwicklungsländer, die schon in der Vergangenheit besonders große Rückzahlungsschwierigkeiten hatten, in Zukunft zu-

Schaubild 2



gleich ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und ein befriedigendes Wirtschaftswachstum verwirklichen können. Noch bleibt vielen Schuldnerländern nichts anderes übrig, als ihre Importe — darunter von entwicklungsnotwendigen Investitionsgütern — zu drosseln, um Zins- und Tilgungszahlungen leisten zu können. Die Konsequenzen sind auch für andere Länder gravierend: Entwicklungsländer fallen als Nachfrager auf den Weltmärkten aus, was protektionistische Tendenzen in den davon betroffenen Ländern verstärkt; die Unsicherheit, die von der Gefährdung des Weltwährungssystems ausgeht, ist gleichermaßen ein Hindernis für eine wieder stärkere Expansion der Weltwirtschaft.

15. Zur Überwindung der Verschuldungskrise sind sowohl die Schuldner- als auch die Gläubigerländer aufgerufen. Die Wiedererlangung ihrer Zahlungsfähigkeit beziehungsweise ihrer Kreditwürdigkeit verlangt von den Schuldnerländern, daß sie trotz aller damit verbundenen innenpolitischen und sozialen Schwierigkeiten die Spar- und die Investitionsquote erhöhen, für eine höhere Produktivität der Investitionen sorgen und sich besser an die Bedingungen der Weltmärkte anpassen. Dabei erweisen sich der Abbau der hohen Budgetdefizite und die Bekämpfung der Inflation als unverzichtbar. Der Internationale Währungsfonds spielt bei dieser Strategie eine wichtige Rolle. Indem er zusammen mit der Weltbank die Stabilisierungsprogramme überwacht und die Anpassungsanstrengungen finanziell unterstützt, erhöht er die Kreditwürdigkeit der Länder, die dann auch von privaten Banken neue Kredite erhalten können.

16. Die Gläubigerländer haben mit eigenem Wachstum und der Gewährung freien Zutritts zu ihren Märkten wichtige Voraussetzungen für eine Überwindung der Schuldenkrise zu schaffen. Auch sollten sie — worauf der Sachverständigenrat schon früher aufmerksam gemacht hat — die Chancen zur Lösung der Schuldenkrise nicht durch Vorbelastungen verbauen, die den Zustand der latenten Zahlungsunfähigkeit tendenziell verewigen (JG 83 Ziffer 300). Deshalb mag es in einzelnen Fällen förderlich sein, wenn Regierungen und Banken einen Teilerlaß ihrer Forderungen vornehmen. Dies kann allerdings nur unter restriktiven Bedingungen geschehen; insbesondere darf ein Teilerlaß ihrer Schulden nicht zur Folge haben, daß ein Schuldnerland dadurch gleichermaßen stigmatisiert wird und seine Kreditwürdigkeit verliert. Wenn der Schuldenerlaß mit der Einstellung weiterer Kreditgewährung verbunden wird, lassen sich dringende Anpassungsmaßnahmen unter Umständen nicht mehr in Angriff nehmen. Diese Gefahr ist dann nicht groß, wenn die Regierungen von Gläubigerländern den Schuldenerlaß im Rahmen der Entwicklungshilfe an die ärmsten Entwicklungsländer regeln. Sie ist auch nicht sehr groß, wenn Gläubigerbanken den Wert ihrer Forderungen berichtigen, sie gleichzeitig verbriefen und mit einem Abschlag auf Sekundärmärkten verkaufen, wie dies bereits einige amerikanische Banken getan haben. Von Investoren auf den Sekundärmärkten erworbene Forderungstitel können dann in Eigenkapitalanteile an Unternehmen in dem betroffenen Schuldnerland umgetauscht werden.

Prinzipiell erfolgt die Umwandlung von Auslandsschulden in Eigenkapital in drei Schritten (Schaubild 3): Zunächst erwirbt ein ausländisches Unternehmen, das in dem betreffenden Schuldnerland eine Investition beabsichtigt, über eine zwischengeschaltete Bank mit einem Diskont verbriefte Forderungen einer Gläubigerbank gegenüber dem Schuldnerland. Anschließend muß eine zwischengeschaltete Bank in dem Schuldnerland dafür sorgen, daß unter Zustimmung der Zentralbank der Schuldner die auf Auslandswährung lautende Forderung gegen ihn in eine auf Inlandswährung ausgestellte umtauscht. Schließlich kauft die zwischengeschaltete Bank im Auftrag auf dem Finanzmarkt Eigenkapitalanteile im Schuldnerland.

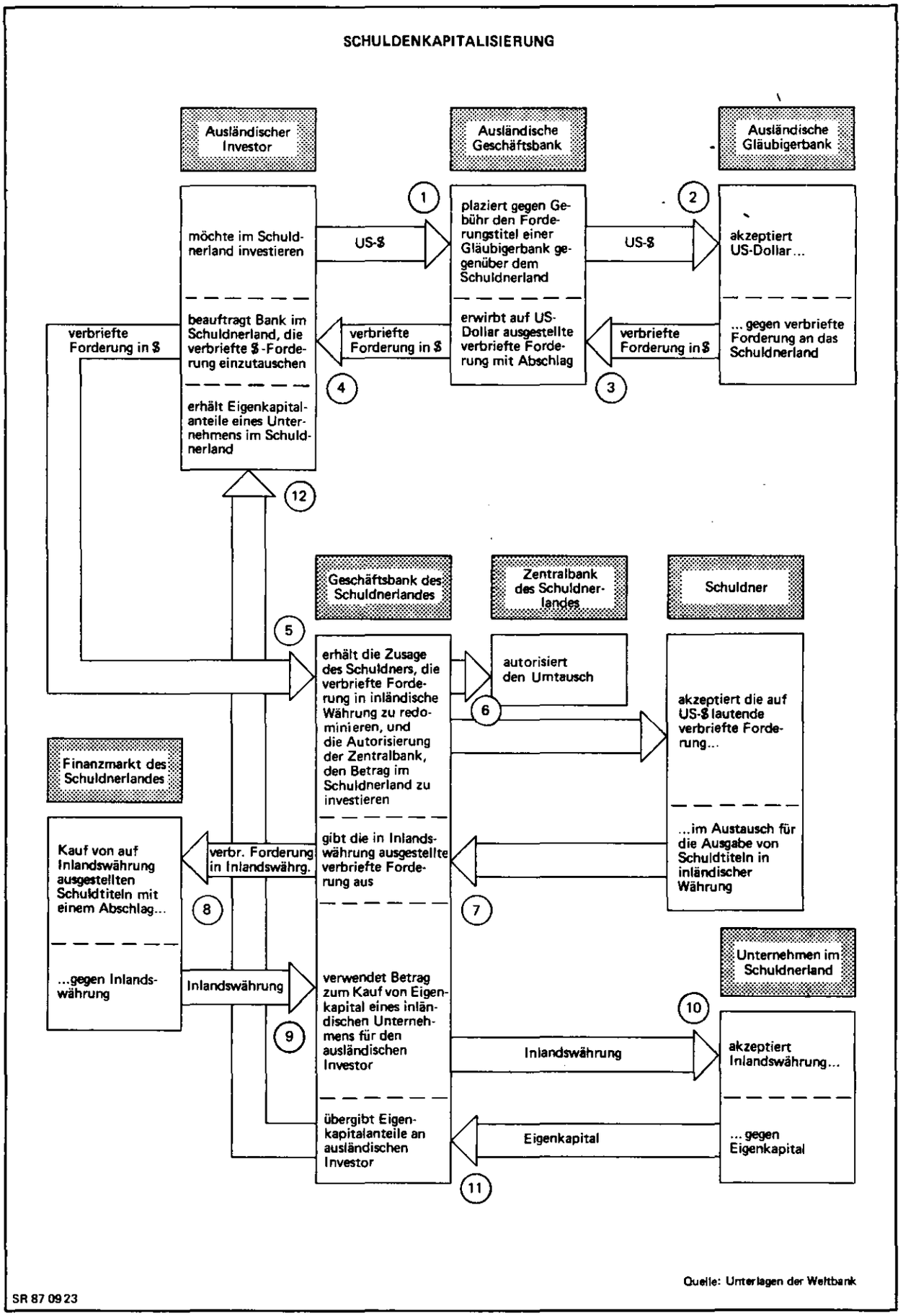
Trotz des Abschlags auf die ursprüngliche Forderung gegenüber dem Schuldnerland ist dieser Weg der Schuldenkapitalisierung für die Gläubigerbank profitabel, da anderenfalls damit zu rechnen ist, daß eine Abschreibung auf Null notwendig wird. Somit erhält die Gläubigerbank zumindest einen Teil ihrer Kredite zurück. Für das Schuldnerland ergeben sich demgegenüber zwei Vorteile: Erstens werden die Auslandsverschuldung und dadurch die hiermit verbundenen Belastungen verringert, und zweitens werden ausländische Direktinvestitionen in diesem Land gefördert, da der Investor zu günstigeren Bedingungen, als dies sonst der Fall wäre, Eigenkapitalanteile erwerben kann.

Ein weiteres marktwirtschaftliches Instrument zur Reduzierung der Auslandsverschuldung vieler Entwicklungsländer könnte in dem allmählich erfolgenden Umtausch der Forderungen der ausländischen Banken in Staatstitel bestehen. Auch hierbei werden die Erfolgsaussichten in hohem Maße von den gesetzten Rahmenbedingungen abhängen. Inwieweit der internationale Börsenkrach die Chancen für einen Abbau der Auslandsschulden der Entwicklungsländer durch eine Schuldenkapitalisierung oder einen Umtausch in Staatstitel schmälert, ist noch nicht abzusehen. Die starken Kursrückgänge, die auch die Gläubigerbanken getroffen haben, dürften den Spielraum für Wertberichtigungen einengen. Es ist damit zu rechnen, daß die Sekundärmärkte vorübergehend angespannt bleiben. Doch auf Dauer gilt es, die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen, um mit Hilfe neuer Finanzierungsinstrumente Vorbelastungen auf dem Weg zu anhaltendem Wirtschaftswachstum wegzuräumen.

Neue Kredite müssen in erfolgversprechende Investitionen fließen. Kreditzusagen durch ausländische Banken würden erheblich erleichtert werden, wenn Vereinbarungen zwischen den Banken und einzelnen Unternehmen anstatt mit den Regierungen getroffen werden könnten. Die Möglichkeit, die voraussichtliche Rentabilität eines Projekts zu beurteilen, würde die ausländischen Banken sicherlich eher dazu veranlassen, neue Kredite an solche Länder zu vergeben, die sich in der Vergangenheit als nicht kreditwürdig erwiesen haben.

17. Obwohl das Verschuldungsproblem im Zusammenhang mit den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten der großen Industrieländer steht, wäre es bedenklich, die beiden Komplexe — entsprechend einem japanischen Vorschlag an die UNCTAD-Konferenz — miteinander zu verknüpfen. Nach dieser Vorstellung sollten die Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen einen hohen Betrag als Entwicklungshilfe entrichten. Japan selbst hat angekündigt, seine Entwicklungshilfeleistungen deutlich zu erhöhen. Da die Vereinigten Staaten aufgrund ihres Leistungsbilanzdefizits von dem Vorschlag nicht betroffen sind,

Schaubild 3



Quelle: Unterlagen der Weltbank

richtet er sich in erster Linie an die Bundesrepublik Deutschland. Bedenklich daran ist zum einen, daß ein solcher Automatismus in den Industrieländern zu einer Schwächung des Interesses am Erfolg im internationalen Wettbewerb führen würde, und zum anderen, daß einseitige, unbedingte Hilfen in dieser Höhe auch in den Entwicklungsländern den Anreiz für eigene Entwicklungsanstrengungen verringern würden.

II. Konjunkturelles Gefälle zwischen den Industrieländern

18. Die gesamtwirtschaftliche Leistung hat in den westlichen Industrieländern im Jahre 1987 mit 2½ vH fast ebenso stark zugenommen wie im Vorjahr. Dabei ergab sich ein deutliches konjunkturelles Gefälle zwischen Japan und den Vereinigten Staaten einerseits und Europa andererseits. Das Expansionstempo nahm in den europäischen Ländern ab, in den Vereinigten Staaten blieb es unverändert, und in Japan erhöhte es sich.

In Europa ist es 1987 nicht so gut wie im Vorjahr gelungen, die erschwerten Bedingungen im Außenhandel durch eine kräftigere Zunahme der Binnennachfrage auszugleichen. Die japanische Wirtschaft hat ihre Produktionsleistung dagegen trotz der außenwirtschaftlichen Belastungen stärker erhöht. Die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte waren dort stark. Die Vereinigten Staaten profitierten von der niedrigeren Bewertung ihrer Währung. Eine bedeutende Zunahme der Ausfuhr von Waren und Diensten hielt die Konjunktur in Gang.

Aktienbaisse und Weltkonjunktur 1987

19. Trotz des anhaltenden, wenn auch zu geringen Wachstums in den westlichen Industrieländern bei einem über viele Monate hin stabilen Dollarkurs war die Unsicherheit über die künftige weltwirtschaftliche Entwicklung im ganzen Jahr 1987 wie auch schon im Vorjahr ausgeprägt. Weiterhin große Leistungsbilanzungleichgewichte, stärker werdende protektionistische Tendenzen, ungelöste Verschuldungsprobleme, Unsicherheit über die Rohölversorgung, zunehmende Inflationserwartungen und nicht zuletzt der verwirrende Eindruck, den die amerikanische Wirtschaftspolitik hervorrief, verursachten immer wieder neue Veränderungen in der Einschätzung der Entwicklungen von Wechselkursen, Zinsen und unternehmerischen Erträgen. Hohe Unsicherheit macht die Finanzmärkte labil; selbst geringfügige Anlässe können genügen, um die Anleger zu größeren Umschichtungen in ihren Portefeuilles zu bewegen. Das war der Hintergrund für die Aktienbaisse, die am 19. Oktober einsetzte.

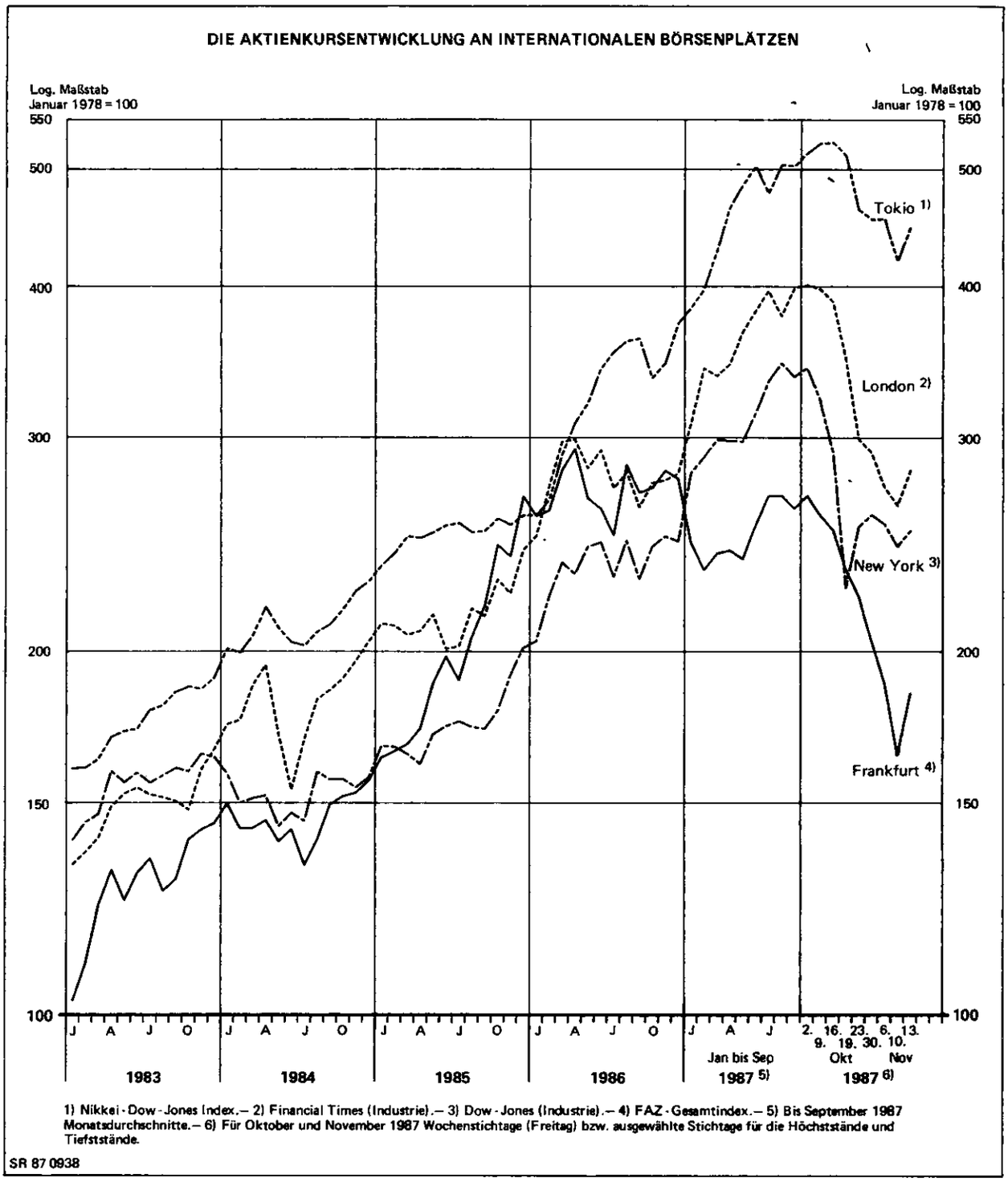
20. Die starke Aktienbaisse läßt sich nicht vollständig erklären, wenn man den enormen Kursanstieg seit Anfang der achtziger Jahre nicht berücksichtigt, der an nahezu allen Börsenplätzen zu historischen Höchstständen geführt hatte. Da sich die realwirtschaftlichen, in der Börsensprache fundamental genannten Bedingungen der Weltwirtschaft in den letzten Jahren keineswegs in einem auch nur annähernd gleichen Tempo verändert haben wie die Aktienkurse, muß es an den Börsen zu spekulativen Übertreibungen gekommen sein. Diese Entwicklung wurde unter anderem dadurch ermöglicht, daß die Liquidität der Welt über Jahre deutlich rascher zunahm als die Produktion. Solche spekulativen Gebilde drohen schlagartig in sich zusammenzufallen, insbesondere dann, wenn allgemein die Unsicherheit groß ist. Das mit der Aktienhaltung verbundene Risiko war im Herbst 1987 offensichtlich vielen Kapitalanlegern bewußt geworden. Hinzu kam, daß die Rendite festverzinslicher Wertpapiere, mit denen kein vergleichbares Risiko verbunden ist, in den Sommermonaten angestiegen war. Rententitel hatten deshalb im Anlagekalkül vieler Vermögensbesitzer an Attraktivität gewonnen.

21. Der Kursverfall, der am „Schwarzen Montag" (19. Oktober) an allen Börsen in der Welt auftrat, kann in erster Linie als eine überfällige Anpassung der enorm gestiegenen Aktienkurse an die vergleichsweise wenig veränderten realwirtschaftlichen Bedingungen der Unternehmungen betrachtet werden. Insoweit hat man von einer Normalisierung zu sprechen, von der nichts Bedrohliches ausgeht. Gleichwohl gerieten Aktienbesitzer in Panik. Nach einer kurzen Beruhigungsphase Ende Oktober — die Aktienindizes standen in Tokio noch um 22 vH, in New York und in London noch um jeweils 4 vH über ihrem zu Jahresbeginn erreichten Niveau — kam es zu einer erneuten Verkaufswelle. Während der Kurssturz im Oktober überall auf den gleichen Ursachen beruhte und mehr oder weniger gleich stark war, ergaben sich nun merkliche Unterschiede zwischen den Börsenplätzen. An den beiden führenden Weltbörsen in New York und in Tokio fielen die Kurse seit Ende Oktober nur um 6 vH beziehungsweise 7 vH, in Frankfurt betrug dieser nochmalige Rückgang bis zum 10. November dagegen fast 20 vH (Schaubild 4).

22. Die Vorgänge an den Aktienbörsen werden die realwirtschaftliche Entwicklung in der Welt belasten. Allerdings darf man nicht übersehen, daß es auch positive Entwicklungen gegeben hat. Die Krise ist auf den Aktienmarkt beschränkt geblieben, von einer allgemeinen Krise oder einer Labilität der Kapitalmärkte schlechthin darf man nicht sprechen.

- Die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere sind weltweit gesunken (Schaubild 5). Teilweise läßt sich dies damit erklären, daß Aktienbesitzer es nun vorzogen, ihr Vermögen in Form von sicheren festverzinslichen Wertpapieren zu halten, teilweise auch damit, daß Anleger mit Neuengagements am Aktienmarkt gezögert haben. Sie wandten sich dem Rentenmarkt zu. Eine generelle Abnahme der Anlagebereitschaft am Kapitalmarkt insgesamt ist jedenfalls nicht festzustellen.
- Die Notenbanken haben in allen Ländern für zusätzliche Liquidität gesorgt und damit den Mehrbedarf an Liquidität gedeckt, der bei Turbulenzen an den Finanzmärkten zu erwarten ist. Bei den Banken kam es so nicht zu Liquiditätsanspannungen, die sonst die Abwärtsbewegung der Aktien-

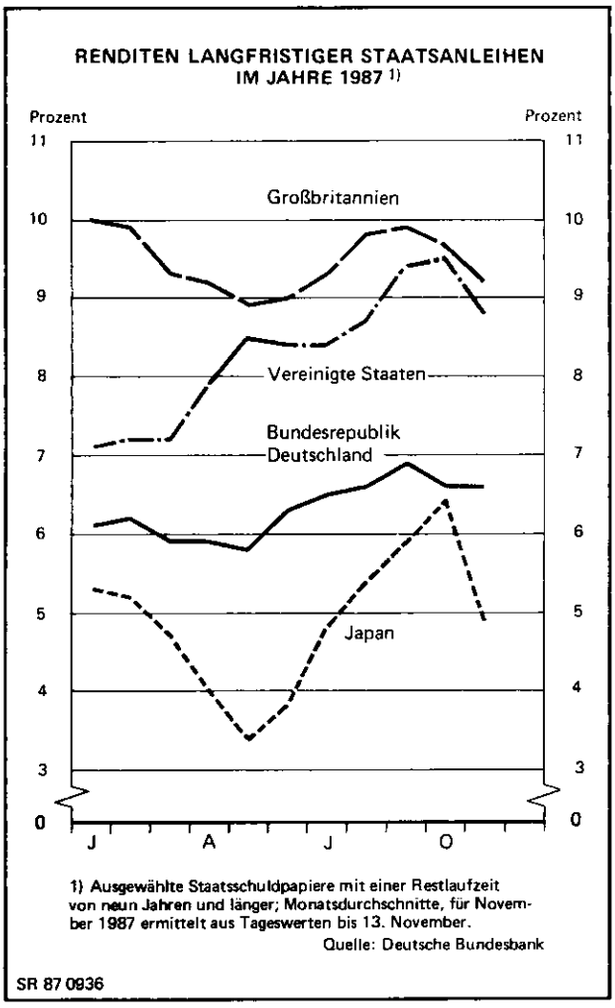
Schaubild 4



1) Nikkei-Dow-Jones Index.— 2) Financial Times (Industrie).— 3) Dow-Jones (Industrie).— 4) FAZ-Gesamtindex.— 5) Bis September 1987 Monatsdurchschnitte.— 6) Für Oktober und November 1987 Wochenstichtage (Freitag) bzw. ausgewählte Stichtage für die Höchststände und Tiefststände.

SR 87 0938

Schaubild 5



kurse noch beschleunigt und die Aufwärtsbewegung der Rentenkurse gebremst hätten. Mit einem Börsenkrach, so wie ihn die Welt 1929 erlebt hat, mußte nicht gerechnet werden.

— Trotz der Geldmengenexpansion wurden die Inflationserwartungen eher gedämpft; denn die Aktienbaisse wurde vielfach als Beginn einer Rezession angesehen. Die Edelmetallnotierungen, in deren Entwicklung sich Inflationserwartungen häufig widerspiegeln, sind — entgegen den Erwartungen — sogar gesunken (Tabelle 1). Das Verhältnis von kurzfristigen zu langfristigen Zinssätzen hat sich in den großen Industrieländern bis Mitte November kaum geändert.

23. Die Kurseinbrüche können die realwirtschaftliche Entwicklung auf verschiedenen Wegen beeinflussen:

— Private Haushalte reagieren teilweise auf die Kursverluste bei ihren Aktienbeständen mit einem Rückgang des Konsums. In dem Gefühl, nicht mehr so reich wie bisher zu sein, verzichten sie, zumindest teilweise, insbesondere auf den Erwerb einzelner höherwertiger Gebrauchsgüter. Besonders kräftig mag die Ausgabeneinschränkung bei den Haushalten ausfallen, die Aktienkäufe in der Hoffnung auf Kursgewinne mit Krediten finanziert haben und nun, da Kursgewinne nicht realisiert werden können, in Rückzahlungsschwierigkeiten geraten. In den Vereinigten Staaten und in Japan ist zudem von Bedeutung, daß Pensionsfonds ihre Einlagen zu einem beachtlichen Teil in Form von Aktien halten. Insoweit die Anspruchsberechtigten deshalb eine Verschlechterung ihrer Altersversorgung befürchten, werden sie vermehrt sparen.

— Sinkende Aktienkurse bedeuten schlechtere Bedingungen, zu denen sich die Unternehmen an der Börse mit voll haftendem Eigenkapital versorgen können, sei es, daß börsennotierte Gesellschaften Kapitalerhöhungen vornehmen wollen, sei es, daß Gesellschaften Börseneinführungen anstreben. Banken, die wegen der Kursstürze selbst Verluste erlitten haben, werden die Wünsche risikofreudiger Unternehmen eher abwehren als vordem. Firmen, die — soweit dies rechtlich zulässig ist — ihre eigenen Aktien zur Kurspflege angekauft haben, verfügen nun über weniger Mittel für Sachinvestitionen.

— Eine ausgeprägte Aktienbaisse läßt Unternehmen ihre Marktchancen in einem ungünstigeren Licht sehen. Ihre Ertragserwartungen verschlechtern

Tabelle 1

Internationale Notierungen für ausgewählte Edelmetalle

US-Dollar je Feinunze [1])

Zeitraum [2])	Gold [3])	Silber [4])	Platin [3])
1987 Januar	408,5	5,5	517,9
Februar	401,1	5,5	518,2
März	408,9	5,7	532,7
April	439,7	7,4	589,5
Mai	461,7	8,4	610,4
Juni	449,3	7,4	570,4
Juli	450,3	7,7	572,6
August	461,0	7,8	612,3
September	460,1	7,6	590,6
Oktober	465,8	7,6	572,0
1987 1. Oktober	454,1	7,5	568,0
16. Oktober	464,3	7,8	585,3
19. Oktober	479,5	8,2	600,4
27. Oktober	473,5	7,4	562,2
3. November	470,1	6,7	525,0
13. November	464,2	6,7	492,7

[1]) 31,103 Gramm.
[2]) Monatsdurchschnitte, für Oktober und November 1987 auch Notierungen an ausgewählten Tagen.
[3]) London.
[4]) New York.

sich, Investitionsprojekte werden deshalb zurückgestellt oder ganz aufgegeben.

— Die internationalen Kapitalanleger werden die Auswirkungen von zuvor eingetretenen Kursrückgängen auf die einzelnen Volkswirtschaften abschätzen und gegebenenfalls Kapitalverlagerungen von einem Land in ein anderes vornehmen. Damit beeinflussen sie die Entwicklung der Wechselkurse, von denen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen oft entscheidend abhängt.

24. Es ist äußerst schwierig, die realwirtschaftlichen Veränderungen, die aus dem Zusammenspiel dieser zum Teil konträren Faktoren für einzelne Länder und für die Welt als Ganzes resultieren, einigermaßen verläßlich anzugeben. Gegenwärtig sind noch keine produktionswirtschaftlichen Wirkungen erkennbar, auch in den für das Jahr 1987 ermittelten Gesamtausgaben der Haushalte und der Unternehmen wird sich die Börsenkrise kaum niederschlagen. Ihre Folgen werden sich erst im Jahre 1988 zeigen; in den Ziffern 187 ff. gehen wir darauf ein. Eine Weltwirtschaftskrise ist nicht zu befürchten, erst recht nicht eine Große Depression, wie sie sich nach dem Börsenkrach des Jahres 1929 einstellte.

Vereinigte Staaten: Anhaltender Aufschwung bei starkem Exportwachstum

25. Begünstigt durch einen kräftigen Anstieg der Exporte setzte sich der Aufschwung in den Vereinigten Staaten im fünften Jahr fort. Erstmals stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion rascher als die inländische Nachfrage, die den wirtschaftlichen Aufschwung bislang stärker angetrieben hatte. Der niedrige Außenwert des Dollar stimulierte den Export amerikanischer Güter; das Ausfuhrvolumen stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 9 vH und damit wesentlich schneller als die Gütereinfuhr, die mit einer Rate von 2½ vH wuchs (Schaubild 6).

Daß sich in der Leistungsbilanzentwicklung noch kein Umschwung gezeigt hat, obwohl der reale Einfuhrüberschuß in diesem Jahr um rund 20 Mrd Dollar zurückgegangen ist, liegt vor allem daran, daß die Importpreise im Laufe dieses Jahres kräftig anzogen. Dadurch wurde der Importwert, der in die Leistungsbilanz eingeht, nochmals deutlich erhöht. Der Preisanstieg war zum Teil die Folge wieder anziehender Ölpreise. Eine Rolle spielte aber auch, daß ausländische Anbieter auf die niedrigere Bewertung des Dollar nicht in dem Maße durch Preiszugeständnisse reagierten, wie sie es noch im Vorjahr, in dem die Importpreise rückläufig gewesen waren, getan hatten. Obwohl sich die Leistungsbilanz gegenüber 1986 noch einmal verschlechtern wird, dürfte der Höchststand des Defizits inzwischen erreicht worden sein und eine langsame Rückführung im nächsten Jahr einsetzen.

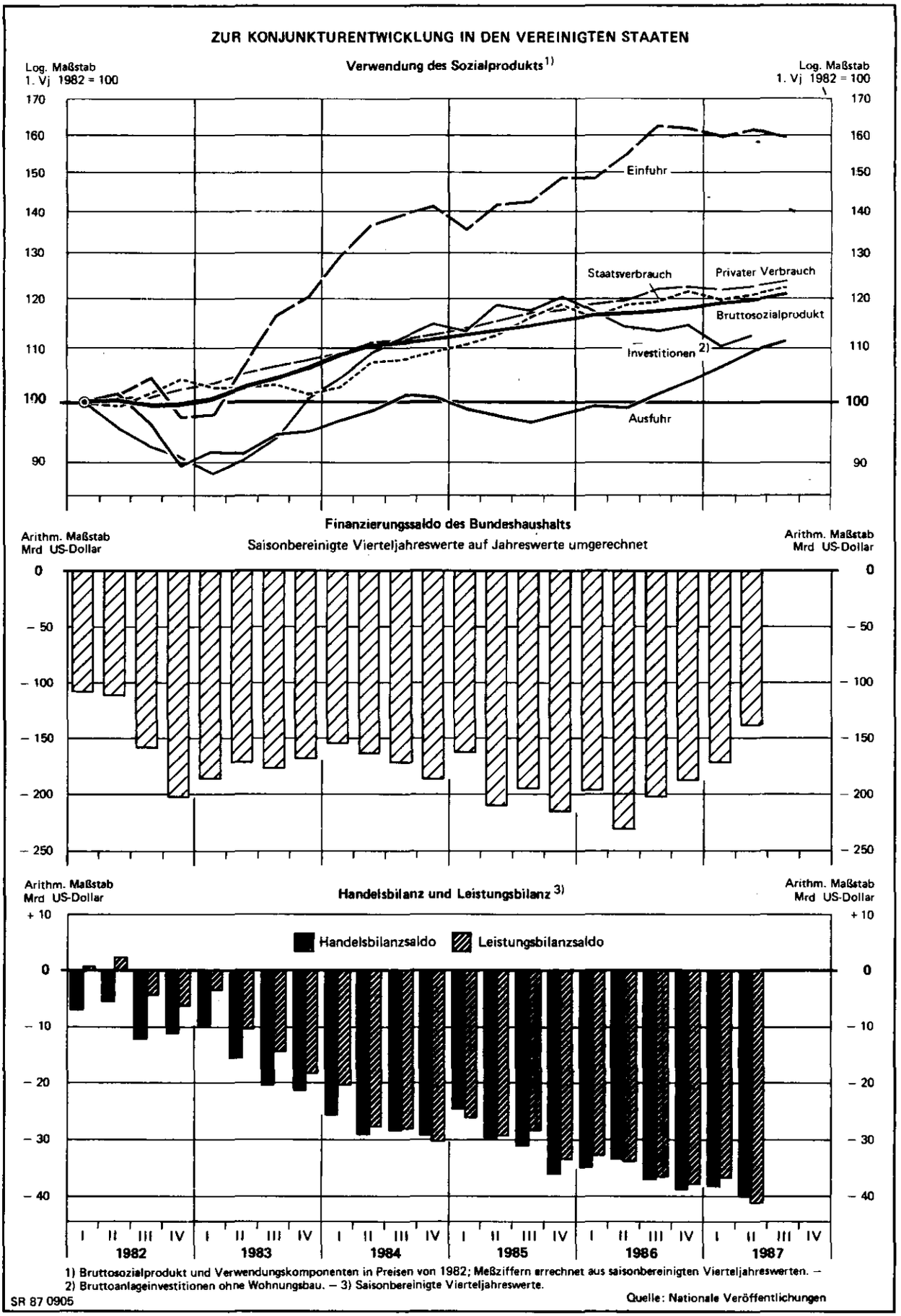
26. Die konjunkturelle Entwicklung verlief besser, als es zu Jahresanfang allgemein erwartet worden war. Die gesamtwirtschaftliche Produktion lag um knapp 3 vH über dem Vorjahresstand, und dies, obwohl der Kurssturz an den Aktienmärkten den privaten Konsum und die Unternehmensinvestitionen im vierten Quartal gedämpft haben dürfte. In der ersten Jahreshälfte stieg das Sozialprodukt vor allem deswegen kräftig an, weil sich die Ausfuhren stark erhöhten und die Läger weiter aufgestockt wurden. Sehr schwach entwickelten sich dagegen die Nachfrage nach Konsumgütern und besonders die Anlageinvestitionen: Die privaten Konsumausgaben lagen nur geringfügig über dem Stand des vorangegangenen Halbjahres, die Anlageinvestitionen sogar erheblich darunter. Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der diesjährigen Steuerreform dürften hierbei eine Rolle gespielt haben. So ist die hohe Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern im zweiten Halbjahr 1986 zu einem gewissen Teil damit zu erklären, daß die Zinsen auf Konsumentenkredite seit Anfang dieses Jahres nicht mehr steuerlich absetzbar sind. Auch ist bei einer Beurteilung der Investitionsschwäche zu Anfang des Jahres in Rechnung zu stellen, daß geplante Investitionsgüterkäufe teilweise vorgezogen worden sein dürften, weil Abschreibungserleichterungen mit dem Inkrafttreten der Steuerreform wegfielen.

Im weiteren Jahresverlauf belebte sich die Inlandsnachfrage. Die Investitionstätigkeit wurde durch eine im ganzen positive Gewinnentwicklung begünstigt und erholte sich von dem scharfen Einbruch zu Anfang des Jahres. Die Gewinnsteigerungen gingen im wesentlichen darauf zurück, daß der Anstieg der Lohnstückkosten in diesem Jahr um etwa einen Prozentpunkt geringer ausfiel als der Anstieg der Absatzpreise. Steuerlich wurden die Unternehmen eher stärker belastet als im Vorjahr; zwar waren die Körperschaftsteuersätze mit der Steuerreform herabgesetzt worden, doch wurde dies durch den Wegfall von Abschreibungserleichterungen mehr als ausgeglichen. Der Anstieg des privaten Verbrauchs wurde im Jahresverlauf vor allem durch die weiterhin kräftige Zunahme der Beschäftigung getragen. Die durchschnittlichen Realeinkommen nahmen dagegen ab, weil die Lohnsteigerungen hinter dem Anstieg der Verbraucherpreise zurückblieben, der im Jahresdurchschnitt rund 4 vH betrug.

27. Von der niedrigen Bewertung des Dollar profitierte vor allem die amerikanische Industrie, da sie dem internationalen Wettbewerb stärker ausgesetzt ist als andere Bereiche der Wirtschaft. Nachdem die Industrieproduktion zwei Jahre lang nahezu stagniert hatte, stieg sie in diesem Jahr wieder an und lag im August um rund 4½ vH höher als vor Jahresfrist. Etwas ungünstiger verlief hier die Entwicklung der Beschäftigung; Es wurden nur rund 100 000 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahr. Von den in diesem Jahr insgesamt fast 3 Millionen zusätzlich beschäftigten Personen fand der größte Teil im arbeitsintensiven Dienstleistungsgewerbe einen Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote für die Gesamtwirtschaft ging aufgrund dieses starken Beschäftigungszuwachses erneut zurück; sie hat sich seit Beginn des Aufschwungs im Jahre 1982 von 9½ vH auf etwas über 6 vH vermindert.

Regional entwickelte sich die Beschäftigung weiterhin sehr unterschiedlich. Während im Süden, in dem die Ölindustrie und die Landwirtschaft eine große

Schaubild 6



1) Bruttosozialprodukt und Verwendungskomponenten in Preisen von 1982; Meßziffern errechnet aus saisonbereinigten Vierteljahreswerten. — 2) Bruttoanlageinvestitionen ohne Wohnungsbau. — 3) Saisonbereinigte Vierteljahreswerte.

Quelle: Nationale Veröffentlichungen

Rolle spielen, überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquoten verzeichnet werden, werden Arbeitskräfte in den Staaten Neuenglands zunehmend knapper. In dieser Region lag die Arbeitslosenquote Mitte des Jahres mit rund 3½ vH erheblich unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

28. Für die Finanzpolitik hat sich die Lage in diesem Jahr vorübergehend entspannt. Das Defizit des Bundeshaushaltes war mit 148 Mrd Dollar um 73 Mrd Dollar niedriger als im vorangegangenen Fiskaljahr. Dieser beträchtliche Defizitrückgang ist allerdings zu einem großen Teil auf Sondereinflüsse der Steuerreform zurückzuführen: Das Steueraufkommen stieg in diesem Jahr außergewöhnlich stark an, weil die einnahmenmindernde Wirkung der herabgesetzten Einkommensteuertarife in diesem Jahr noch nicht voll wirksam wurde, aber sowohl durch die erhöhte steuerliche Belastung der Unternehmen als auch durch die Neuregelung bei der Besteuerung von Kapitalgewinnen im Rahmen der Einkommensteuer erhebliche Mehreinnahmen entstanden. Da bis Anfang dieses Jahres niedrigere Steuersätze für realisierte Kursgewinne galten, waren Ende 1986 in hohem Umfang Wertpapiere verkauft worden, um diesen Vorteil noch zu nutzen. Die steuerliche Veranlagung im Frühjahr dieses Jahres brachte unerwartet hohe einmalige Mehreinnahmen mit sich.

Gemessen an den außerordentlich hohen Zuwachsraten vorangegangener Jahre sind auch bei der Begrenzung der staatlichen Ausgabenexpansion in diesem Jahr Fortschritte gemacht worden. Weitere Konsolidierungsbemühungen wären jedoch erforderlich, um einen Wiederanstieg des Haushaltsdefizits im nächsten Jahr zu verhindern. Ende September hat der amerikanische Kongreß ein Gesetz gebilligt, das pauschale Ausgabenkürzungen in Höhe von 23 Mrd Dollar vorschreibt, wenn sich Administration und Kongreß nicht über einen anderen Konsolidierungsweg einigen. Dieses Gesetz, das den Gramm-Rudman-Hollings Act von 1985 abänderte und den darin enthaltenen Kürzungsautomatismus, der in seiner ursprünglichen Form vom Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig erklärt worden war, wieder einführte, sieht ein maximales Defizit von 144 Mrd Dollar in dem begonnenen Haushaltsjahr vor. Die frühere Zielsetzung, einen Defizitrückgang auf 108 Mrd Dollar im Fiskaljahr 1987/88 zu erreichen, wurde mithin aufgegeben. Mitte November war noch unklar, auf welchem Wege die Rückführung der Neuverschuldung des Bundes erreicht werden soll. In den Haushaltsverhandlungen hat der amerikanische Präsident seine rigorose Ablehnung jeglicher Steuererhöhung eingeschränkt und auch bei möglichen Ausgabenkürzungen — soweit sie nicht die Sozialversicherungen betreffen — Kompromißbereitschaft erkennen lassen. In jedem Fall wird ein dem Gesetz entsprechender oder gar ein stärkerer Defizitabbau nur dann verwirklicht werden können, wenn sich der Aufschwung im sechsten Jahr fortsetzt und an Kraft nicht einbüßt.

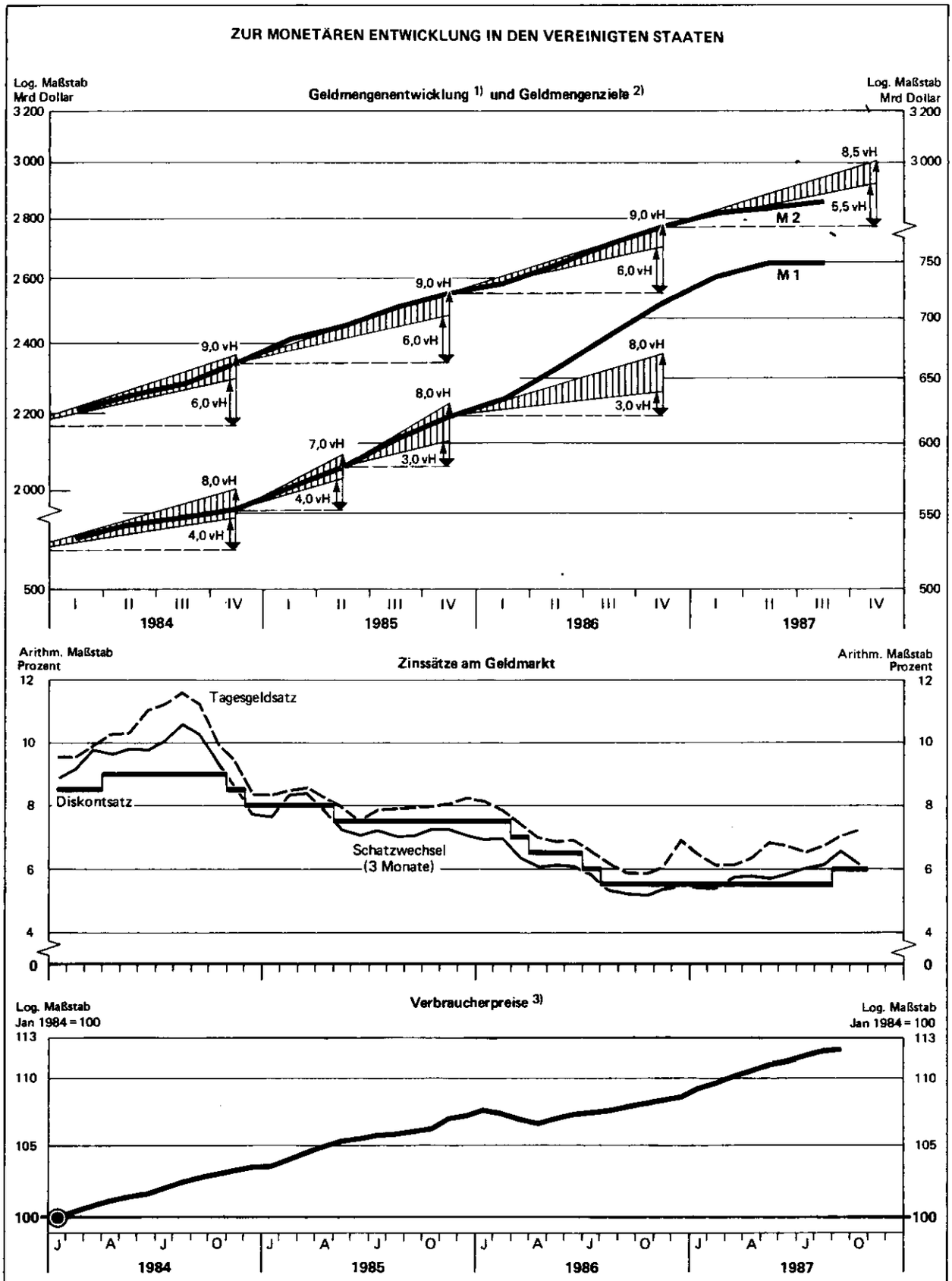
29. Bis zu dem weltweiten Kurssturz an den Aktienbörsen, der am 19. Oktober begann, hatte die Geldpolitik in diesem Jahr einen weniger expansiven Kurs eingeschlagen. Die Zinssätze am Geldmarkt, die seit 1984 im Trend rückläufig gewesen waren, nahmen im Verlauf des Jahres mäßig zu (Schaubild 7). Im September wurde der Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt angehoben. Am Kapitalmarkt stiegen die Renditen langfristiger Staatsschuldpapiere vom Frühjahr bis Mitte Oktober um rund zwei Prozentpunkte an. Die monetäre Expansion hatte sich stark verlangsamt; das Geldmengenaggregat M2 lag sogar unterhalb des von der Notenbank für dieses Jahr festgelegten Zieltrichters. Für die Geldmenge M1, deren Expansion sich nach einer Zunahme von fast 17 vH im Verlauf des Vorjahres ebenfalls stark abgeschwächt hatte, wurde auf die Vorgabe eines Zieltrichters verzichtet. Dies wurde im wesentlichen damit begründet, daß im vergangenen Jahr die Zinssätze auf scheckfähige und in M1 enthaltene Bankeinlagen freigegeben worden waren und dieses Geldmengenaggregat daher noch Sondereinflüssen unterliegt, die eine Zielvorgabe wenig sinnvoll erscheinen ließen.

Mit ihrer weniger expansiven Geldpolitik entsprach die amerikanische Notenbank dem Übereinkommen der großen Industrieländer vom Februar dieses Jahres, der Wechselkursstabilisierung einen höheren wirtschaftspolitischen Stellenwert einzuräumen. Eine weitere Schwäche des Dollar konnte indessen auch nicht im Interesse der amerikanischen Notenbank liegen, denn sie hätte die rezessiven Kräfte bei wichtigen Handelspartnern der Vereinigten Staaten gestärkt und den Preisauftrieb im Inland weiter beschleunigt.

30. Als am 19. Oktober weltweit der rapide Verfall der Aktienkurse einsetzte, verbilligte die amerikanische Notenbank umgehend das Angebot an Zentralbankgeld, wodurch die Zinssätze am Geldmarkt rasch sanken. Sie versuchte damit die Gefahren zu vermindern, die der Kurseinbruch für die Wirtschaft mit sich bringen könnte. Zum einen war sie bestrebt, genügend Liquidität bereitzustellen, um die verschlechterte Finanzlage amerikanischer Banken und Finanzintermediäre nicht durch Knappheiten am Geldmarkt zusätzlich zu belasten. Zum anderen hoffte sie, dem konjunkturbremsenden Effekt der Börsenkrise mit kräftigen Zinssenkungen entgegenwirken zu können.

In den Vereinigten Staaten wird ein beträchtlicher Teil des privaten Geldvermögens in Form von Aktien gehalten. Stärker als etwa in der Bundesrepublik Deutschland oder in Japan ist die Vermögensposition der privaten Haushalte durch den plötzlichen Wertverlust des Aktienkapitals geschmälert worden. Dieser Vermögensverlust mindert die Konsumneigung der privaten Haushalte, die gesamtwirtschaftliche Sparquote steigt. Auch die Unternehmen sind von dem Kursrutsch negativ betroffen: Da sie mit einem Rückgang der Konsumnachfrage rechnen müssen, der insbesondere teure und höherwertige Güter betreffen dürfte, werden die Absatzchancen und die Gewinnaussichten ungünstiger und in höherem Maße unsicher. Außerdem haben sich für die Unternehmen die Bedingungen verschlechtert, zu denen sie Eigenkapital am Aktienmarkt beschaffen können. Beides spricht dafür, daß die Investitionstätigkeit zumindest vorübergehend beeinträchtigt wird.

Schaubild 7



1) Saisonbereinigte Vierteljahreswerte. – 2) Zielvorgaben der Notenbank: Zunahme der Geldmenge M1 beziehungsweise M2 vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres; im Jahr 1985 wurde die Zielvorgabe für die Geldmenge M1 zur Jahresmitte revidiert; für das Jahr 1987 verzichtete die Notenbank darauf, einen Zieltrichter für M1 vorzugeben, da ihr die Auswirkungen der finanziellen Deregulierung auf die Entwicklung dieser Größe in diesem Jahr noch unsicher erschienen. – 3) Saisonbereinigte Monatswerte, Preisindex für die Lebenshaltung der Arbeitnehmerhaushalte.

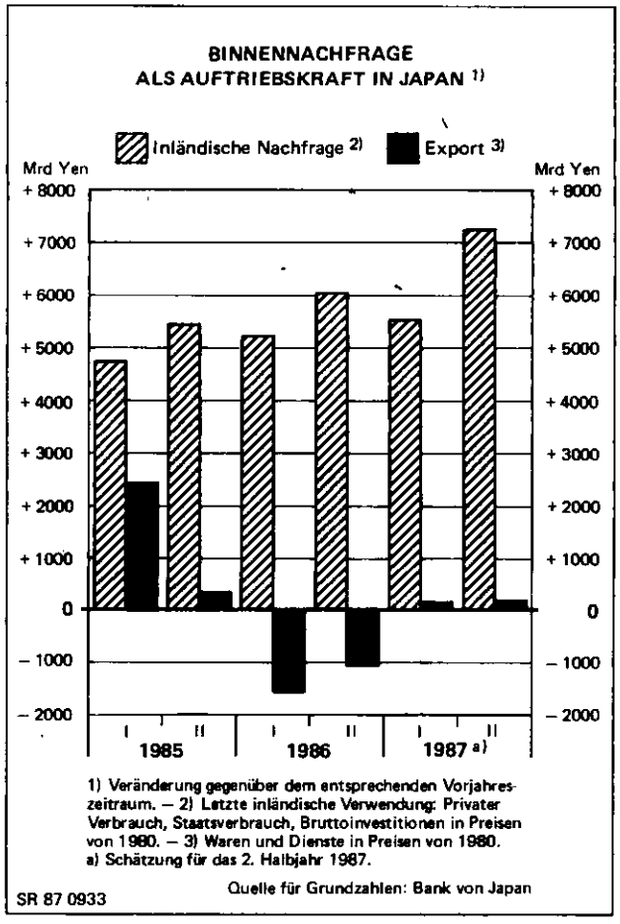
Quelle: IMF; OECD; Deutsche Bundesbank; Federal Reserve Bank of St. Louis

SR 87 0914

Der starke und schnelle Rückgang der Kapitalmarktzinsen, der mit den Turbulenzen an der Aktienbörse einherging, stellt allerdings einen konjunkturstützenden Gegenposten dar: Er senkt die Kosten der Kapitalnutzung und verbessert von daher die Bedingungen für Sachkapitalinvestitionen. Zugleich steigerte er den Wert derjenigen Vermögensteile, die in Rentenwerten angelegt waren. Daß sich im Zuge der Aktienbaisse die Nachfrage nach festverzinslichen Werten kräftig erhöhte und die durchschnittliche Rendite dieser Papiere entsprechend zurückging, deutet darauf hin, daß die Kapitalanleger nicht mit einem raschen Zinsanstieg am Kapitalmarkt rechneten, der Kursverluste mit sich gebracht hätte. Hierzu mag die Reaktion der Notenbank beigetragen haben, ihre Zinssätze rasch zurückzunehmen. Eine Rolle spielte allerdings auch, daß von den konjunkturbremsenden Nachfragewirkungen der Börsenkrise ein eher dämpfender Effekt auf die zukünftige Inflations- und Zinsentwicklung erwartet wurde.

31. Gleichwohl wird es auch nach der Normalisierung der Verhältnisse am Aktienmarkt für die amerikanische Geldpolitik eine schwierige Aufgabe bleiben, auf niedrige Zinsen hinzuwirken. Denn solange das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten nicht deutlich reduziert wird und die Abhängigkeit vom Zustrom internationalen Kapitals hoch bleibt, können niedrigere Zinsen nur aufrecht erhalten werden, wenn sich wieder Aufwertungserwartungen für den Dollar einstellen. Bei einer anhaltend expansiven Geldpolitik kann sich eine solche Aufwertungserwartung nicht bilden. In erster Linie ist die Finanzpolitik gefordert, zur Wahrung niedriger Zinsen beizutragen, indem sie das Budgetdefizit des Bundes verringert, somit die inländische Ersparnis weniger stark beansprucht und den hohen Kapitalimport vermindert.

Schaubild 8



Kräftige Binnenkonjunktur in Japan

32. Die japanische Wirtschaft hat 1987 wieder mehr Dynamik entwickelt als die anderen großen Volkswirtschaften. Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion hat sich zum Jahresende hin merklich erhöht, nachdem es vor Jahresfrist zu einer Abschwächung gekommen war, die bis ins zweite Vierteljahr 1987 anhielt. Die Inlandsnachfrage nahm 1987 mit knapp 4½ vH schneller zu als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Ausfuhr hat insgesamt stagniert, die Einfuhr mit knapp 5½ vH dagegen kräftig zugenommen, so daß sich der reale Außenbeitrag um etwa ein Drittel zurückbildete. Impulsgeber des Aufschwungs ist nicht mehr nur das Ausgabeverhalten der heimischen Investoren und Konsumenten (Schaubild 8); unterstützt wurden sie nunmehr auch von einem expansiven Kurs in der Wirtschaftspolitik. Mit der starken Geldmengenexpansion ist nicht nur eine weitere kräftige Nachfrage nach liquiden Vermögenswerten wie Anleihen und Aktien einhergegangen, die Nachfrage hat sich jetzt Sachwerten zugewandt und auch im Wohnungsbau zu teilweise exorbitanten Preissteigerungen geführt. Die Inflationsgefahr ist von daher gesehen größer geworden. Die Finanzpolitik hat ihren Konsolidierungskurs vorübergehend verlassen, den sie verfolgen muß, um Abgabensteigerungen zur Finanzierung der Rentenzahlungen und Krankheitskosten in Grenzen zu halten. Die mikroökonomischen Angebotsbedingungen sind demgegenüber durch die konsequente Fortführung der Politik der Marktöffnung und Privatisierung weiter verbessert worden. Die insgesamt günstige Entwicklung hat auch die Kursverluste bei der im Oktober einsetzenden internationalen Aktienbaisse bis Mitte November vergleichsweise gering ausfallen lassen.

33. Die verhaltene Entwicklung der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen gibt ein ungenaues Bild von den Auswirkungen der Yen-Aufwertung auf die japanische Exportwirtschaft. Zugenommen haben die Dienstleistungsausfuhr und darin wiederum in starkem Maße die Kapitalerträge. Die Japaner hatten 1986 für 25,6 Mrd Dollar zusätzlich ausländische Anleihen erworben, etwa 9,5 Mrd Dollar mehr als 1985. In den ersten acht Monaten dieses Jahres belief sich der Nettoerwerb bereits auf 27,8 Mrd Dollar, die vorwiegend auf dem amerikanischen Markt angelegt worden sind.

Im Gegensatz zur Dienstleistungsausfuhr ist der Warenhandel 1987 noch einmal zurückgegangen. Das Ausfuhrvolumen dürfte in der Abgrenzung der Handelsstatistik um 2½ vH abgenommen haben, nach einem Minus von 1,4 vH im Vorjahr. Ausschlaggebend

war, daß die Exporteure nicht noch einmal wie 1986, als die Preise im Durchschnitt um 12,5 vH gesenkt worden sind, mit Preiszugeständnissen die aufwertungsbedingte Verteuerung ihrer Waren in Grenzen halten konnten. Diese Strategie war kurzfristig den Ausfuhrmengen und der Produktion zugute gekommen, hatte aber die Gewinne stark gedrückt. Im Jahre 1987 folgte die Anpassung bei den Mengen und bei der Beschäftigung, weshalb die Arbeitslosigkeit bis zur Jahresmitte auf die in Japan ungewöhnlich hohe Quote von 3 vH stieg. Die von den Unternehmen in den vergangenen Jahren ergriffenen Initiativen, die Abhängigkeit vom amerikanischen Markt, wo nach wie vor mehr als ein Drittel der Ausfuhrgüter abgesetzt wird, zu verringern und vor allem bei den Konsumgütern dem Konkurrenzdruck aus den südostasiatischen Schwellenländern entgegenzuwirken, zeigen erst vereinzelt Erfolge. Sie haben das Gesamtergebnis in diesem Jahr zwar nicht entscheidend beeinflußt, müssen aber doch registriert werden:

— Mit qualitativ höherwertigen Produkten dringen die japanischen Hersteller in weniger preisempfindliche Segmente auf den angestammten Auslandsmärkten vor. Befragungen zufolge hat etwa die Hälfte der Unternehmen diese Strategie 1986 bereits verfolgt und sieht auch in den kommenden Jahren hierin den Kern der Marktpolitik.

— Neue Absatzmärkte werden erschlossen. Vor allem in den europäischen Ländern mit ihren gegenüber dem Yen vergleichsweise stabilen Wechselkursen kamen die japanischen Unternehmen in den vergangenen beiden Jahren sichtbar voran. Die Ausfuhr ist aber noch von zu geringer Bedeutung, um das Gesamtergebnis zu prägen.

— Japan hängt sich als Teilelieferant an den Exporterfolg der Konkurrenten aus den südostasiatischen Schwellenländern an. Als die Ausfuhren dieser Länder in die Vereinigten Staaten im ersten Halbjahr 1987 vereinzelt bis zu 30 vH gegenüber dem Vorjahresquartal anstiegen, kam auch der japanische Export durch hohe Lieferungen von Vorleistungsgütern nach Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur insgesamt vorübergehend wieder zu einem leichten Zuwachs.

— Durch verstärkte Auslandsinvestitionen werden vermehrt Aufwertungsvorteile realisiert und wird protektionistischen Bestrebungen der Abnehmerländer vorgebeugt. Direktinvestitionen in den benachbarten Schwellenländern erlauben nicht nur, Auslandsmärkte von Standorten mit günstigeren Fertigungskosten und — infolge der Wechselkursorientierung der meisten Schwellenländer an dem Dollar — mit dem Yen gegenläufigen Wechselkursen direkt zu bedienen. Es werden auch Bezugsquellen für eine günstige Zulieferung von Vorprodukten aufgebaut, welche bei der Endfertigung in Japan durch dann niedrigere Vorleistungspreise die Anfälligkeit gegenüber Aufwertungen vermindern.

34. Die Inlandsnachfrage blieb trotz der Exportschwäche der Industrie robust. Die zum Jahreswechsel vorübergehend getrübte Stimmung der Investoren und der Konsumenten hat sich im Jahresverlauf merklich aufgehellt, die Wirtschaft an Dynamik gewonnen. Die Unternehmen haben ihre Anlageinvestitionen 1987 wie im Vorjahr um 6½ vH erhöht, obgleich in den exportorientierten Bereichen erneut weniger investiert worden ist. Zuversicht kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Läger von Jahresmitte an wieder stärker aufgestockt worden sind und die Industrie im dritten Vierteljahr erstmals wieder spürbar mehr produziert hat als vor Jahresfrist. Mitgespielt hat dabei auch, daß die Preise nicht mehr weiter gefallen sind, was eine fortlaufende Entwertung der Lagerbestände mit sich gebracht hätte.

Die Konsumkonjunktur hat ebenfalls wieder an Schwung gewonnen. Die Verbrauchsausgaben der Haushalte nahmen in realer Rechnung um knapp 3½ vH zu. Die Lebenshaltung hat sich im Verlauf des Jahres zwar verteuert, das Preisniveau ist aber im Jahresdurchschnitt unverändert geblieben. Preisstabilität hat nicht allein die Importkonkurrenz bewirkt, auch der Kapazitätsausbau hat im ganzen mit der Nachfrageexpansion Schritt gehalten, und die Lohnstückkosten haben sich — vor allem in den Bereichen außerhalb des Verarbeitenden Gewerbes — kaum erhöht. Der Impuls, den die Geldpolitik mit einer über das Sozialproduktswachstum hinausgehenden Expansion der Geldmenge gegeben hat, begann aber zu wirken. Das zusätzliche Geld wurde nicht mehr nur zum Kauf von Vermögenstiteln wie Anleihen und Aktien genutzt, sondern — zusätzlich begünstigt durch steuerliche Änderungen — auch zunehmend für den Wohnungsbau verwendet, wo real fast 15 vH mehr investiert worden sind. Daraus resultierte ein boomartiger Anstieg der Baulandpreise und eine rasche Verteuerung des Baumaterials.

35. Überlegungen der Bank von Japan, der Geldmengenexpansion durch eine Anhebung des Diskontsatzes entgegenzuwirken, sind mit Beginn der Aktienbaisse aufgegeben worden. Die Notenbank ist zu ihrer wechselkursorientierten Geldpolitik zurückgekehrt, um den Aufwertungsdruck mit seinen für die japanischen Unternehmen noch gravierenderen Konsequenzen zu mindern.

Die Finanzpolitik hat die Konsolidierung des Budgets in diesem Jahr zunächst zurückgestellt. Der Erlös aus dem Verkauf der Anteile an der Telefongesellschaft NTT wurde nicht eingesetzt, um das Defizit zurückzuführen. Vielmehr wurde damit ein Programm zur Verbesserung der baulichen Infrastruktur finanziert. Dessen Primärwirkungen sind zum Teil in den gestiegenen Baulandpreisen verpufft. Eine Rückkehr zum Konsolidierungspfad der mittelfristigen Budgetprojektionen im Jahr 1988 ist angelegt, wenn die beschlossene Steuerreform tatsächlich aufkommensneutral bleibt und die Budgetbelastungen aus dem Infrastrukturprogramm, die bis ins kommende Jahr hineinreichen, zurückgehen.

Gedämpftes Wachstum in Europa

36. In den meisten europäischen Ländern fiel die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr enttäuschend aus. Nach einem schwachen Start

wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Europa preisbereinigt mit reichlich 2 vH um einen halben Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Der Anstieg der Binnennachfrage flachte sich von 4 vH im letzten Jahr auf etwa 3¼ vH ab. Dabei stieg die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen der außereuropäischen Länder um reichlich 4 vH. Die Exporte nahmen in etwa ebenso schwach zu wie im Vorjahr, nämlich nur um etwa 1½ vH. Der Außenbeitrag verringerte sich nochmals, und die Produktion expandierte in Europa wiederum langsamer als die Nachfrage.

37. Der private Verbrauch hat gegenüber dem Vorjahr, als er mit rund 4 vH anstieg, um einen vollen Prozentpunkt weniger zugenommen. Die letztjährige starke Verbilligung der Importe stimulierte zwar zunächst noch die Käufe der privaten Haushalte, aber zunehmend wirkte sich aus, daß sich die Terms of Trade in Europa bis zur Aufwertung gegenüber dem Dollar im Spätherbst nicht mehr verbessert hatten. Bei moderatem Beschäftigungszuwachs, wiederum leichter Arbeitszeitverkürzung und in etwa konstanter Sparquote ist der Anstieg der Reallöhne, der wie im Vorjahr rund 2 ½ vH betrug, diesmal stärker bestimmend für den privaten Verbrauch gewesen.

38. Die Entwicklung der Anlageinvestitionen hat im Jahre 1987 die Konjunktur in Europa nicht wesentlich belebt. Das Investitionsvolumen war 3 vH höher als im Vorjahr. Der Wohnungsbau, insbesondere der Neubau, blieb insgesamt wiederum schwach. Die Bauinvestitionen der Gebietskörperschaften nahmen nur geringfügig zu. Getragen war die Investitionszunahme vom gewerblichen Bau und vor allem von den Ausrüstungsinvestitionen der Wirtschaft. Die Unternehmen in den vier großen europäischen Ländern investierten rund 4½ vH mehr. Für ganz Europa übertraf die Zuwachsrate der gewerblichen Investitionen zum erstenmal während des aktuellen Konjunkturaufschwungs diejenige der Vereinigten Staaten. Die Einkommenswirkungen dieser Investitionssteigerung haben die Konjunktur gestützt, aber aus längerfristiger beschäftigungspolitischer Perspektive wurde wiederum zu wenig investiert. Das Arbeitsplatzdefizit in Europa dürfte sich nochmals vergrößert haben. Anhaltspunkte für eine forcierte Belebung wenig kapitalintensiver Dienstleistungsbereiche, die trotz dieser moderaten Investitionsentwicklung im ganzen einen kräftigen Zuwachs an Arbeitsplätzen hätte bewirken können, gibt es nicht. In erster Linie wurde wieder investiert, um zu modernisieren und zu rationalisieren.

39. Von der Lohnseite ist die Investitionstätigkeit in Europa nicht unter Druck gekommen. Die Lohnstückkosten stiegen im Durchschnitt der Länder ebenso wie die Erzeugerpreise um etwa 3½ vH. Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit reales Bruttosozialprodukt, ein grober Indikator für den Stückgewinn, expandierte im Jahre 1987 nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit 2 vH um fast vier Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. In dieser Abschwächung spiegelt sich zum Großteil die unbefriedigende Außenhandelssituation der europäischen Industrieländer. Der kräftige reale Wertverlust des Dollar und günstige Angebotsbedingungen der Schwellenländer, insbesondere der ASEAN-Gruppe, setzten die europäischen Unternehmen, die international handelbare Güter produzieren, unter scharfen Wettbewerbsdruck. Außerdem war die Güternachfrage der übrigen Welt, insbesondere die der hochverschuldeten Länder und die der Staatshandelsländer, schwach.

40. Einen nennenswerten konjunkturellen Impuls der öffentlichen Haushalte gab es nicht. Nach Angaben der OECD veränderte sich die Relation von staatlichen Finanzierungsdefiziten zum Bruttoinlandsprodukt in Europa nicht. Sie betrug im Durchschnitt der Länder wie im Jahre 1986 rund 3½ vH.

In diesem Jahr hat sich eine bemerkenswerte Konvergenz im Haushaltsgebaren der europäischen Staaten ergeben. Von den Ländern, deren Finanzierungsdefizite — gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung — hoch waren, ergriffen in diesem Jahr auch Italien, Spanien und Belgien Maßnahmen, um die staatliche Nettokreditaufnahme zu reduzieren. Länder mit einer niedrigen Neuverschuldung, wie etwa die Bundesrepublik Deutschland, verfolgten dagegen einen leicht expansiven Kurs.

41. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ist ein weitgehend gleichartiges Verhalten auch auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zu beobachten gewesen. In fast allen europäischen Ländern ist die Besteuerung der Einkommen vermindert worden, die Besteuerung der Unternehmereinkommen zum Teil auch gegen gewerkschaftlichen Widerstand. Nicht zuletzt im Zeichen der Haushaltskonsolidierung wurde außerdem eine Vielzahl staatlicher Unternehmen teilprivatisiert, vor allem in Großbritannien und Frankreich. Gleichwohl kann man nicht generell von einer wesentlichen Verbesserung der finanzpolitisch bestimmten Angebotsbedingungen in Europa sprechen; denn die durchschnittliche steuerliche Entlastung reichte in vielen Fällen nur aus, um die wachstumsbedingte und vor allem inflationsbedingte Progression seit Anfang der achtziger Jahre zu eliminieren. Zudem blieb der Wille zu mehr marktwirtschaftlichen und damit insgesamt effizienten Lösungen im allgemeinen auf die Teilprivatisierung oftmals defizitärer staatlicher Unternehmen beschränkt, und es wurde nicht an überkommenen staatlichen Monopolen und anderen Wettbewerbsbeschränkungen gerührt. Nicht zuletzt wurden die Subventionen nicht reduziert.

42. Das Geldmengenwachstum ging in Europa weit über eine potentialorientierte Zunahme hinaus, wobei die Notenbanken insbesondere in den Wochen nach dem „Schwarzen Montag" für reichlich Liquidität sorgten. Übers Jahr gesehen stand einer noch stärker expansiven Geldpolitik vor allem die Einbindung der wichtigsten europäischen Länder in das Europäische Währungssystem entgegen; hier war eine Orientierung an der stabilen D-Mark erforderlich. Potentialorientiert war jedoch auch die Geldpolitik der Bundesbank in diesem Jahr nicht (Ziffern 129ff.).

Nachdem der leichte Anstieg der Nominalzinsen, der sich in den letzten Monaten des Vorjahres ergeben

hatte, abgebaut worden war, kam es bis in den Herbst hinein erneut zu einer Versteifung am Kapitalmarkt. Als dann im Zuge der Aktienbaisse Anleger festverzinslichen Titeln den Vorzug gaben und die Notenbanken, insbesondere in Italien und Großbritannien, die Geldmarktsätze senkten, gingen die langfristigen Zinsen wieder deutlich zurück. Dabei hat das verbilligte Geldangebot die Inflationserwartungen offensichtlich nicht verstärkt.

Obwohl die Wirtschaft in Europa schon seit 1986 reichlich mit Liquidität versorgt wurde, ist in der Entwicklung der Verbraucherpreise bisher keine Inflationsbeschleunigung erkennbar. Die Abschwächung des Preisauftriebs, die seit Anfang der achtziger Jahre stattfand, ist jedoch zum Stillstand gekommen. Anders als noch im Vorjahr hat die Nominallohnentwicklung in den meisten Ländern keinen Spielraum für die Unternehmen geschaffen, die Zuwachsrate der Erzeugerpreise ohne Gewinndruck weiter zurückzunehmen; mit der Stabilisierung der Wechselkurse und der Preise für Energierohstoffe bis in den Spätherbst sind in den europäischen Ländern zwei Sondereinflüsse ausgelaufen, die im letzten Jahr den Anstieg der Verbraucherpreise noch hinter der schon abgeschwächten Erhöhung der Erzeugerpreise zurückbleiben ließen. Im Jahresdurchschnitt nahmen die Verbraucherpreise 1987 um gut 3½ vH zu. Die Differenz zwischen den Inflationsraten in den europäischen Staaten hat sich nochmals vermindert.

43. Bei abgeschwächter Produktionsleistung konnte die Beschäftigungssteigerung des Vorjahres von fast 1 vH — ein jährlicher Zuwachs, den Europa seit 1973 nicht mehr aufgewiesen hatte — nicht wiederholt werden. Sie betrug in diesem Jahr lediglich reichlich einen halben Prozentpunkt, das ist etwa ein Viertel der für die Vereinigten Staaten gemessenen Zuwachsrate. Vor allem die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich, insbesondere im überdurchschnittlich expandierenden Dienstleistungsbereich. Dabei mag nicht zuletzt bedeutsam gewesen sein, daß die Unternehmen bei Teilzeitbeschäftigung Lohnnebenkosten vermeiden können.

Das Arbeitsangebot nahm wie 1986 um etwa ¾ vH zu. Da dieser Zuwachs dem der Gesamtbeschäftigung entsprach, betrug die Arbeitslosenquote in Europa im Jahre 1987 unverändert knapp 11 vH. Dabei gab es nach wie vor sehr große nationale Unterschiede; die Spanne reichte von einer Quote unter 1 vH in der Schweiz bis zu 20 vH in Spanien. In den meisten Ländern, nicht jedoch in der Bundesrepublik Deutschland, war die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen immer noch weit höher als bei den übrigen Erwerbspersonen.

Die Entwicklung in einzelnen Ländern Europas

44. Ein Wirtschaftswachstum weit über dem europäischen Durchschnitt hat in diesem Jahr **Spanien** (Tabelle 2), der Staat mit dem fünfthöchsten Volkseinkommen in Westeuropa, erreicht. Die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung nahm um mehr als 4½ vH zu, obwohl die Fiskalpolitik leicht restriktiv angelegt war. Wie im Vorjahr wurde kräftig investiert. Der Verbraucherpreisanstieg ging auf nahezu 5 vH zurück, nicht zuletzt, weil noch lohnpolitische Zurückhaltung geübt wurde. Obwohl die Beschäftigung deutlich anstieg, blieb die Arbeitslosigkeit weiter über dem europäischen Durchschnitt.

Ungünstig entwickelte sich der Außenbeitrag; die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen stieg real um über 17 vH und die Ausfuhr nur um gut 6 vH. Allerdings deutet diese Diskrepanz keineswegs auf eine außenhandelsbedingte Deindustrialisierung hin. Im Gegenteil: Verstärkte Importe von Kapitalgütern waren und sind vielfach nötig, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit spanischer Unternehmen zu verbessern und die industrielle Produktionskapazität auszubauen, damit das Land künftig an den Vorteilen des freien Handels und der internationalen Arbeitsteilung, insbesondere zwischen den Ländern der EG, voll teilhaben kann.

45. Eine ebenfalls kräftige Zunahme des Bruttoinlandsprodukts verzeichnete **Großbritannien** mit etwa 4 vH. Die Anzahl der Beschäftigten nahm deutlich zu. Allerdings weist die auf den ersten Blick günstige konjunkturelle Situation Verspannungen auf.

Im Vereinigten Königreich wurde 1986 wenig investiert. Als die belastenden Sondereinflüsse, namentlich stark reduzierte Ölpreise und aus steuerrechtlichen Gründen nach 1985 vorgezogene Projekte, ausliefen, kam es nach immer noch schwachem ersten Quartal im weiteren Verlauf des Jahres 1987 zu einer kräftigen Belebung, auch im Baubereich. Bei nahezu vollausgelasteten Kapazitäten besteht inzwischen allerdings die Gefahr einer inflationären Überhitzung der Konjunktur, zumal vor allem in der ersten Hälfte von 1987 und dann in den Wochen nach dem Börsenkrach die monetäre Expansion kräftig ausfiel. Ohne den bis zuletzt starken Produktivitätseffekt zunehmender Auslastung der Sachkapazitäten werden die weiterhin hohen Nominallohnsteigerungen ebenfalls inflationstreibend wirken und alsbald wieder eine restriktive, die Konjunktur belastende Geldpolitik erforderlich machen. Soweit der Lohnkostenzuwachs nicht in steigenden Preisen überwälzt werden kann, verschlechtern sich die unternehmerischen Erträge und Ertragserwartungen in weiten Teilen der Wirtschaft unmittelbar. Eine nur verhaltene Exportexpansion und ein kräftiger, keineswegs nur prosperitätsbedingter Importzuwachs zeigen an, daß für die britische Wirtschaft ein Teil ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die sie erst in den letzten Jahren gewonnen hatte, wohl wieder verloren ging. Die Unternehmen im Dienstleistungssektor, die insgesamt vergleichsweise wenig im internationalen Wettbewerb stehen, expandierten deutlich; die Beschäftigung nahm nur hier zu.

46. Auch das Wachstum der italienischen Wirtschaft liegt mit knapp 3 vH in diesem Jahr deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Die Verspannungen sind allerdings ausgeprägter als im Vereinigten Königreich. Gegenüber dem recht schwachen Vorjahr haben die Ausrüstungsinvestitionen in **Italien** um fast 5 vH zugenommen. Für eine kräftig die Produktionsleistung steigernde Wirtschaft ist dies jedoch nicht

Tabelle 2

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Land	Bruttoinlandsprodukt [1] [2]				Inlandsnachfrage [1] [3]				Ausrüstungsinvestitionen [1]			
	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]
Bundesrepublik Deutschland	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,5	+1½	+ 1,4	+ 1,0	+ 3,7	+2½	+ 1,9	+ 9,4	+ 4,1	+ 4
Frankreich	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,0	+1½	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,7	+2½	+ 1,2	+ 4,3	+ 3,9	+ 3
Großbritannien	+ 1,3	+ 3,6	+ 3,3	+4	+ 1,1	+ 2,9	+ 3,8	+3½	+ 1,9	+ 8,1	− 2,7	+ 7
Italien	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,7	+3	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,2	+4	+ 2,1	+ 7,4	+ 3,1	+ 5
Belgien	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,3	+1½	+ 1,3	+ 1,3	+ 3,4	+2	+ 2,6	+ 3,5	+ 9,1	+ 9
Niederlande	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,4	+1½	+ 1,4	+ 2,4	+ 3,9	+2½	+ 2,1	+14,1	+ 9,9	+ 4
Spanien	+ 2,0	+ 2,2	+ 3,4	+4½	+ 1,3	+ 2,7	+ 6,2	+6½	− 0,6	+ 7,7	+15,0	+12
Schweiz	+ 0,7	+ 4,1	+ 3,2	+1½	+ 0,8	+ 2,8	+ 6,2	+3½	+ 2,3	+10,4	+15,8	+ 8
Österreich	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,7	+1	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,3	+2	+ 2,3	+ 6,5	+ 3,8	+ 2½
Vereinigte Staaten	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,9	+3	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,9	+2	+ 3,6	+ 7,3	+ 2,9	+ ½
Japan	+ 3,8	+ 4,7	+ 2,4	+3½	+ 2,8	+ 3,8	+ 4,0	+4½	+ 5,8	+12,6	+ 6,6	+ 5½

Land	Ausfuhr [1] [4]				Arbeitslosigkeit [5]				Verbraucherpreise [6]			
	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]
Bundesrepublik Deutschland	+ 4,8	+ 7,2	− 0,2	0	4,6	8,3	8,0	8	+ 4,8	+ 2,1	− 0,5	+ 1
Frankreich	+ 5,0	+ 2,4	+ 0,1	− ½	6,1	10,2	10,4	10½	+10,2	+ 5,7	+ 2,5	+ 3
Großbritannien	+ 3,4	+ 5,8	+ 3,0	+5	7,4	11,6	11,8	11	+12,0	+ 5,2	+ 3,6	+ 3
Italien	+ 5,9	+ 8,2	+ 3,1	−1	7,4	9,3	10,1	10½	+16,2	+ 9,3	+ 6,1	+ 4½
Belgien	+ 4,4	+ 2,2	+ 4,4	+4	8,3	11,2	11,4	11½	+ 7,4	+ 4,8	+ 1,4	+ 2
Niederlande	+ 3,0	+ 4,6	+ 2,6	+3	7,1	10,6	13,2	12½	+ 5,9	+ 2,6	0	− ½
Spanien	+ 6,0	+ 2,9	+ 1,0	+6	10,4	21,9	21,5	20	+14,9	+ 8,3	+ 8,6	+ 5
Schweiz	+ 3,4	+ 8,3	+ 3,0	0	0,4	1,0	0,8	1	+ 4,3	+ 3,7	+ 0,1	+ 1½
Österreich	+ 5,7	+ 7,1	− 2,4	+1	2,4	3,6	3,1	3½	+ 5,9	+ 3,5	+ 1,9	+ 2
Vereinigte Staaten	+ 3,5	− 2,0	+ 2,5	+9	7,2	7,2	7,0	6	+ 7,0	+ 3,4	+ 2,2	+ 4
Japan	+ 9,7	+ 5,3	− 4,8	+ ½	2,1	2,6	2,8	3	+ 6,3	+ 2,1	+ 0,6	+ ½

Land	Leistungsbilanz [7]				Staatsquote [8]				Staatsdefizit [9]			
	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]	1973–1985 [a]	1985	1986	1987 [10]
Bundesrepublik Deutschland	+ 0,7	+ 2,4	+ 4,1	+4	47,4	47,2	46,4	47	− 2,5	− 1,1	− 1,2	− 2
Frankreich	− 0,3	− 0,1	+ 0,4	+ ½	46,5	53,1	52,6	53	− 1,4	− 2,9	− 3,0	− 3
Großbritannien	− 0,0	+ 0,8	− 0,3	− ½	45,4	48,5	47,2	42	− 3,2	− 2,9	− 2,6	− 2½
Italien	− 0,8	− 1,0	+ 0,9	0	47,8	59,8	59,3	59	− 9,9	−12,3	−11,2	−10½
Belgien	− 0,8	+ 0,8	+ 3,3	+4	49,3	55,9	54,4	52½	− 7,7	− 9,1	− 9,2	− 7
Niederlande	+ 1,9	+ 3,4	+ 2,8	+1½	55,6	58,1	57,3	58	− 3,6	− 4,8	− 5,6	− 6
Spanien	− 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ ½	27,1	36,8	36,8	37	− 2,3	− 6,3	− 5,5	− 5½
Schweiz	+ 3,5	+ 5,6	+ 5,0	+4	29,3	30,9	30,5	30	− 0,5	+ 0,2	+ 1,2	+ ½
Österreich	− 1,2	− 0,3	+ 0,0	+ ½	41,8	50,8	51,2	52	− 2,0	− 2,2	− 3,0	− 4
Vereinigte Staaten	− 0,5	− 2,9	− 3,3	−3½	32,8	35,1	35,3	35	− 1,8	− 3,3	− 3,5	− 2½
Japan	+ 0,8	+ 3,7	+ 4,4	+3½	30,3	32,6	33,1	34	− 2,9	− 0,8	− 0,9	− 1

[1]) In konstanten Preisen; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[2]) Bruttosozialprodukt für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan, Kanada.
[3]) Privater Verbrauch plus Staatsverbrauch plus Anlageinvestitionen plus Vorratsveränderung.
[4]) Waren und Dienstleistungen.
[5]) Arbeitslosenquoten. Von der OECD aus den nationalen Angaben standardisierte Arbeitslosenquoten: Anteil der Arbeitslosen (gemäß Definition des ILO) an den gesamten Erwerbspersonen.
[6]) Deflator des privaten Verbrauchs; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.
[7]) Leistungsbilanzsaldo im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[8]) Staatsausgaben abzüglich empfangene Vermögensübertragungen (für Spanien, Schweiz und Vereinigte Staaten laufende Ausgaben) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[9]) Finanzierungssaldo (Überschuß: +; Defizit: −) der öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttosozialprodukt.
[10]) Eigene Schätzung.
[a]) Für mehrjährigen Zeitraum: durchschnittlich jährliche Veränderung (geometrisches Mittel) in vH; für Quoten: durchschnittlich jährliche Quote (arithmetisches Mittel).

Quellen: OECD; für Bundesrepublik: Nationale Veröffentlichungen

viel. Das gesamtwirtschaftliche Bild wird auch getrübt durch die unbefriedigende Exportentwicklung. Wegen eines vergleichsweise hohen Anteils von Verbrauchsgütern an der Ausfuhr ist Italien in besonderem Maße der scharfen Konkurrenz der Schwellenländer, insbesondere aus der ASEAN-Gruppe, ausgesetzt. Noch bedeutsamer ist es freilich, daß die kräftige Inlandsnachfrage, die immer mehr zur Triebfeder des seit 1983 andauernden Aufschwungs wurde, zum Großteil Reflex hoher, in beträchtlichem Maße kreditfinanzierter Staatsausgaben war. Das Finanzierungsdefizit des Fiskus beträgt mehr als 10 vH des Bruttoinlandsprodukts. Die Verschuldung des Staates erreichte im Jahre 1987 fast die volkswirtschaftliche Wertschöpfung — ein Novum für ein hochentwickeltes Industrieland. Mitte des Jahres wurden Maßnahmen eingeleitet, das Haushaltsdefizit zu reduzieren (Tabelle 4, Seite 45ff.). Allerdings sind noch keine nennenswerten Ausgabenkürzungen beschlossen; indirekte Steuern wurden angehoben. Das immer noch immense Defizit der öffentlichen Haushalte ist wiederum sowohl durch eine Verschuldung am Kapitalmarkt als auch durch Notenbankkredite finanziert worden. Die Zinsen sind gestiegen, und die monetären Aggregate wuchsen kräftig. Bei wieder anziehenden Löhnen, insbesondere im staatlichen Bereich, ist die Gefahr einer erneuten wesentlichen Inflationsbeschleunigung und anschließenden Stabilisierungskrise, verschärft durch die ungünstige Außenhandelssituation, groß. Im Sommer hat die Regierung die Beschränkungen im internationalen Güterverkehr und Kapitalverkehr, die sie erst im März dieses Jahres aufgehoben hatte, nochmals eingeführt. Die grundlegenden Probleme der italienischen Wirtschaft lassen sich so wohl kaum lösen.

47. In **Frankreich,** dem wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik, ist die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Jahre 1987 mit knapp 1½ vH vergleichsweise schwach gewachsen. Zur Jahreswende hatte sich die Konjunktur zunächst deutlich abgeschwächt. Die konjunkturelle Erholung im Verlauf des Jahres ging vom Unternehmenssektor aus. Bei einer partiellen Freigabe der Mieten expandierte der Wohnungsbau zum ersten Mal in den achtziger Jahren. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wirkte es sich aus, daß die Lohnstückkosten erneut weniger stiegen als die Erzeugerpreise. Vor allem diese weiter verbesserte Gewinnsituation stärkte die Investitionstätigkeit zunehmend. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um 3 vH. Für die mittelfristigen Aussichten der französischen Wirtschaft ist es ebenfalls wesentlich, daß durch die Liberalisierung im Finanzwesen und die völlige Aufhebung der Preisbindung im gewerblichen Bereich die Wachstumsbedingungen grundlegend verbessert worden sind. Auch die oft beklagte drastische Zunahme des Imports von Investitionsgütern, auf die das gegenwärtige Defizit im Außenhandel zum Großteil zurückzuführen ist, stärkt längerfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Frankreich.

Im Verlauf des Jahres 1986 hatte sich die zunächst rückläufige Entwicklung der Inflationsrate umgekehrt. In den ersten Monaten von 1987 zogen die Verbraucherpreise beschleunigt an. Anders als im Falle von Großbritannien und Italien erscheinen hier jedoch große Inflationssorgen unbegründet, zumindest solange die Einbindung Frankreichs in das Europäische Währungssystem einer expansiven Wirtschaftspolitik, insbesondere Geldpolitik, recht enge Grenzen zieht und die Lohnabschlüsse moderat bleiben. Die Aufhebung der Preisbindungen für gewerbliche Güter und auch die Verteuerung von Energie bewirkte lediglich einen Preisniveauschub. Im Jahresdurchschnitt haben die Verbraucherpreise um reichlich 3 vH zugenommen.

48. Für die **Niederlande, Belgien, Österreich** und die **Schweiz,** die zusammen mehr als die Hälfte ihrer Produktionsleistung für ausländische Abnehmer erzeugen, wirkte sich ihre starke Außenhandelsabhängigkeit in diesem Jahr nachteilig aus. Der verschärfte internationale Wettbewerbsdruck, der vor allem aus einer kräftigen Aufwertung der Landeswährungen folgte, und das vergleichsweise schwache Nachfragewachstum in wichtigen Abnehmerländern, insbesondere in der angrenzenden Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich, wirkten dämpfend auf die Exportentwicklung. In Belgien und in den Niederlanden gingen von der Finanzpolitik keine expansiven Impulse aus, weil dort der Konsolidierungskurs fortgesetzt werden mußte; in den Niederlanden kam hinzu, daß der Verfall der Gaspreise die Staatseinnahmen drastisch verminderte. Österreich ist im Sommer 1987 zu einer restriktiven Finanzpolitik übergegangen. Der Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen fiel in den Niederlanden und in Österreich vor allem wegen dieser doppelten Belastung wesentlich schwächer aus als im Vorjahr. Auch in der Schweiz, in der die Finanzpolitik und die Geldpolitik leicht expansiv waren, konnte die aufkommende binnenwirtschaftliche Dynamik die ungünstige Entwicklung im weitgehend außenhandelsabhängigen Industriesektor vor allem während des ersten Halbjahres nicht ausgleichen. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts blieb in diesen vier Ländern 1987 deutlich niedriger als im Vorjahr. Dabei war die Zunahme mit über 1½ vH in der Schweiz noch am höchsten. Bei nahezu geräumtem Arbeitsmarkt stieg die Beschäftigung dort nochmals um mehr als 1 vH. In Belgien und Holland blieb die Arbeitslosenquote mit 11½ vH beziehungsweise 12½ vH weiterhin hoch.

III. Die Europäische Gemeinschaft vor schwierigen Reformen

49. Die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft erweckt in mancher Hinsicht ernste Bedenken: Im Agrarbereich und im Stahlbereich wurden marktwidrige Entwicklungen mit intensivem Einsatz öffentlicher Mittel ermöglicht, das Vorhaben, einen freien innergemeinschaftlichen Handel mit allen Waren und Dienstleistungen zu schaffen, geriet ins Stocken, und die EG schottete sich zunehmend gegen externe Wettbewerber ab. Allerdings ist seit einigen Jahren — nicht zuletzt unter dem Druck leerer Kassen — in der Gemeinschaft die Einsicht gewachsen, daß grundlegende Reformen erforderlich und ohne Zögern anzupacken sind. Erste Schritte sind schon gemacht worden. Insbesondere sind Beschlüsse zum

Abbau der landwirtschaftlichen Überproduktion und zur Liberalisierung im Kapitalverkehr gefaßt worden.

Der Weg zu einer überzeugenden und solide finanzierten gemeinsamen Wirtschaftspolitik ist allerdings noch weit. Die Konsensfähigkeit der Mitgliedsländer wird in den nächsten Jahren auf eine harte Probe gestellt. Deshalb muß stärker als bisher hervorgehoben werden, daß es im wohlverstandenen Eigeninteresse jedes Landes liegt, Entscheidungen für eine marktkonforme Politik zu akzeptieren, die in dem einen oder anderen Bereich nationalen Sonderinteressen zuwiderlaufen. Dabei müssen die Länder auch der Neigung zu nationalen Sonderprogrammen widerstehen, die das Gemeinschaftswerk mit seinen Vorteilen für alle gefährden. Dieser Verzicht ist eine Voraussetzung für das große Ziel, bis 1992 den einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen.

50. Im Bestreben, die innereuropäische Liberalisierung voranzutreiben, darf nicht aus dem Blick geraten, daß der EG-Außenschutz ein enormes Ausmaß erreicht hat. Dazu kommt, daß der Versuch, im Innern weiter zu liberalisieren, erfahrungsgemäß die Tendenzen zu einer Abschottung gegenüber Drittländern noch verstärkt. Dies wäre der falsche Weg. Die Gemeinschaft muß vielmehr bemüht sein, zusammen mit Japan und den Vereinigten Staaten eine Vorreiterrolle beim Abbau bestehender Handelshemmnisse zu übernehmen. Sie dient damit nicht nur den Interessen der Völkergemeinschaft, sondern ganz wesentlich auch den eigenen. Die Uruguay-Runde des GATT bietet eine Chance, hier voranzukommen (Ziffern 9ff.). Die Gemeinschaft sollte sich vornehmen, diese Chance entschiedener zu nutzen, als sie es bisher zu erkennen gegeben hat.

Insbesondere im Agrarbereich muß der Protektionismus abgebaut werden. Gemäß der vorjährigen Vereinbarung von Punta del Este sind im Bereich der Landwirtschaft die internen Stützungsmaßnahmen direkt in die GATT-Verhandlungen einzubeziehen. Die Vereinigten Staaten, die Länder der sogenannten Cairns-Gruppe und die Europäische Gemeinschaft haben Pläne entwickelt, den Landwirtschaftsbereich grundlegend zu liberalisieren (Tabelle 4, S. 45ff.). Die Konzeption der Europäischen Gemeinschaft, die als Zweistufenplan angekündigt ist, zielt in erster Linie nur darauf ab, die international angewendeten Subventionsmechanismen zu vereinheitlichen, eventuell stärker auf direkte Einkommenshilfen umzustellen und Stützungsmaßnahmen nur dort abzubauen, wo sie ohnehin kaum noch zu bezahlen sind. Sieht man von einer Sonderregel für den Handel mit einigen typischen Agrarprodukten der Entwicklungsländer ab, so hat die Gemeinschaft auf die Chance verzichtet, mit einer internationalen Vereinbarung über eine Öffnung des Agrarmarktes nach außen die Weichen dafür zu stellen, die zögerliche Reform der Agrarpolitik im Inneren schneller voranzubringen. Die Cairns-Gruppe, zu der neben Kanada und Australien unter anderem die großen südamerikanischen Länder gehören, will zwar ebenfalls direkte Einkommenshilfen in der Landwirtschaft zulassen, aber sie fordert vor allem den schnellen Abbau aller Maßnahmen, die dem freien internationalen Handel mit Agrarprodukten entgegenstehen. Der weitgehende amerikanische Vorschlag, bis zum Jahr 2000 die internen Agrarsubventionen — abgesehen von direkten, produktionsunabhängigen Unterstützungszahlungen — und den Außenschutz vollständig aufzugeben, ist vermutlich in dieser Verhandlungsrunde nicht durchsetzbar.

51. Die Strukturprobleme in der Stahlindustrie Europas sind trotz eines bisher schon erheblichen Abbaus von Produktionskapazitäten, der mit beträchtlichen nationalen Mitteln und Gemeinschaftsmitteln sozial abgefedert wurde, noch nicht gelöst. Bei einem Produktionspotential von derzeit knapp 130 Millionen Jahrestonnen beziffert die Kommission der Europäischen Gemeinschaften die noch bestehende Überkapazität auf 30 Millionen Jahrestonnen. Das Quotensystem, mit dem die Überkapazität „verwaltet" wurde, ist um drei Jahre verlängert worden. Die EG-Kommission verfolgt weiter ihren Plan, über eine Abgabe der Stahlunternehmen einen sogenannten Ausgleichsfonds zu finanzieren, aus dem Stillegungsprämien gezahlt und Mittel für ergänzende soziale Maßnahmen bereitgestellt werden sollen. Der Ministerrat hat im September beschlossen, drei Sachverständige bis Mitte November einen Vorschlag erarbeiten zu lassen, wie die Produktionskapazität der europäischen Stahlunternehmen vermindert und an die Absatzmöglichkeiten angepaßt werden kann. Während der nächsten drei Jahre, in denen die Überkapazität abzubauen ist, soll das Quotensystem weiterbestehen.

52. Obwohl dringend geboten und von der Kommission seit Jahren gefordert, ist die Reform der europäischen Agrarpolitik, auf die derzeit zwei Drittel des Budgets entfallen, in diesem Jahr nicht wesentlich vorangekommen. Partiellen Entlastungen, etwa im Milchsektor, stehen vergrößerte Probleme an anderer Stelle, insbesondere bei Getreide, gegenüber. Unter dem Druck der Interessenverbände wurden im Jahre 1987 keine neuen bedeutsamen Maßnahmen zum Abbau der Überschüsse getroffen. Insbesondere verschob der Ministerrat abermals vorgesehene Begrenzungen von Produktmengen, die zu garantierten Preisen abgenommen werden. Den geplanten weiteren Abbau des Währungsausgleichs hat vor allem die deutsche Bundesregierung verhindert. Der Währungsausgleich steht der Schaffung eines einheitlichen europäischen Agrarmarktes nach wie vor entgegen. Die Agrarpreise wurden auch in diesem Jahr angehoben.

53. Die Agrarausgaben der Gemeinschaft sind bis zuletzt kräftig gestiegen. Dazu kam in den letzten Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Süderweiterung der Gemeinschaft, ein deutlich erhöhter, kaum abweisbarer Mittelbedarf für andere gemeinschaftliche Aufgaben. Die Eigenmittel der Gemeinschaft reichen derzeit nicht für den Ausgleich des Haushalts aus, obwohl erst im Jahre 1986 die Obergrenze für den Mehrwertsteuereinzug der Gemeinschaft — festgeschrieben in Anteilen an einer harmonisierten Bemessungsgrundlage — von 1 vH auf 1,4 vH heraufgesetzt worden war. Für 1987 mußte wieder ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1988, den die EG-Kommission in diesem Frühjahr vorlegte, sieht einen Zuwachs der Ausgaben um knapp 3 vH auf 41 Mrd ECU vor, wobei die Belastungen aus den Agrarpreisanhebungen — wie üblich — noch nicht berücksichtigt sind. Zur Finanzierung des Budgets wäre eine weitere Aufstockung der Eigenmittel erforderlich; in der Diskussion ist eine Anhebung bis zu 1,4 vH des Bruttoinlandsprodukts in der EG. Vor allem auf Betreiben Großbritanniens lehnte der Ministerrat diesen Haushaltsentwurf ab. Derzeit gibt es noch kein verabschiedetes Budget der Gemeinschaft für das kommende Jahr. Die Mitgliedsstaaten müssen wiederum damit rechnen, die Ausgaben der Gemeinschaft vorzufinanzieren. Es ist zu hoffen, daß die eklatanten Finanzierungsschwierigkeiten zu mehr Ausgabendisziplin führen.

54. Die Mehrheit der EG-Länder ist in das Europäische Währungssystem (EWS) eingebunden. Bisher fanden mehrere Wechselkursanpassungen statt, zuletzt im Januar dieses Jahres (Tabelle 3). Die D-Mark und der Holländische Gulden sind um 3 vH, der Belgische und Luxemburgische Franc ist um 2 vH aufgewertet worden. Der europäische Währungsverbund hat sich im ganzen bewährt (Ziffern 348 ff.). Der Preisauftrieb hat im Verlauf der achtziger Jahre deutlich nachgelassen; die Differenzen zwischen den nationalen Inflationsraten haben abgenommen; im Vergleich etwa mit den Schwankungen des Dollarkurses sind die Wechselkursveränderungen gering geblieben.

Gegen eine solche positive Zwischenbilanz spricht nicht, daß auch in den Industrieländern außerhalb des EWS die Inflationsraten gesunken sind und sich angeglichen haben. Die eigenständige Stabilisierungskraft des EWS wird dadurch nicht in Frage gestellt. Die häufigen Klagen von Mitgliedsländern, sie seien durch den Währungsverbund an einer expansiveren Geldpolitik und Fiskalpolitik gehindert worden, zeugen einmal davon, daß dort Tendenzen zu einer inflationären Wirtschaftspolitik bestanden. Zugleich konnten diejenigen, die in diesen Ländern einen vergleichsweise stabilitätsbewußten Kurs befürworteten,

Tabelle 3

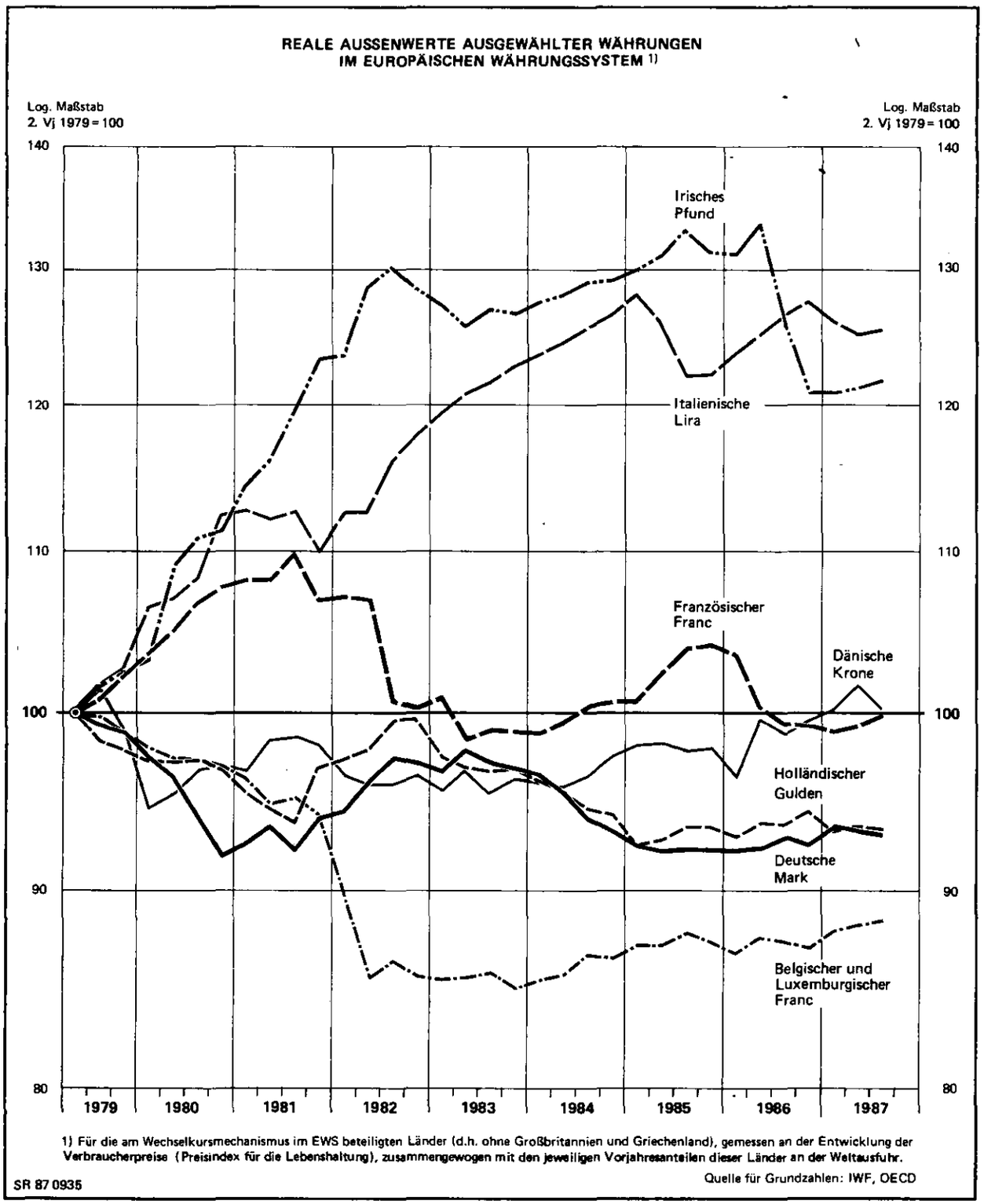
Zum Europäischen Währungssystem

Währung / Zeitpunkt	Deutsche Mark	Französischer Franc	Holländischer Gulden	Italienische Lira	Belgischer und Luxemburgischer Franc	Dänische Krone	Irisches Pfund	Pfund Sterling [1]	Griechische Drachme [1]
Fester Betrag im ECU-Korb ab 17. September 1984	0,719	1,31	0,256	140,00	3,71 0,14	0,219	0,00871	0,0878	1,15
ECU-Leitkurs ab 12. Januar 1987 (1 ECU= . . . Währungseinheiten)	2,05853	6,90403	2,31943	1 483,58	42,4582	7,85212	0,768411	0,739615	150,792
Gewicht im ECU-Korb in vH [2]	34,9	19,0	11,0	9,4	9,1	2,8	1,1	11,9	0,8
Abweichungsschwelle (= 75 vH der maximalen Abweichung) in vH	±1,10	±1,37	±1,50	±4,08 [a]	±1,53	±1,64	±1,67	(±1,49)	(±1,67)
Änderungen der ECU-Leitkurse [3]									
1979 24. September	+ 1,01	− 0,97	− 0,97	− 0,97	− 0,97	− 3,80	− 0,97	+ 2,07	—
30. November	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,14	− 4,63	+ 0,14	+ 0,14	—
1981 23. März	− 2,47	− 2,47	− 2,47	− 8,32	− 2,47	− 2,47	− 2,47	+ 19,70	—
5. Oktober	+ 5,61	− 2,90	− 5,61	− 2,90	+ 0,10	+ 0,10	+ 0,10	− 9,80	—
1982 22. Februar	− 0,34	− 0,34	− 0,34	− 0,34	− 8,81	− 3,33	− 0,34	+ 7,90	—
14. Juni	+ 3,61	− 6,32	+ 3,61	− 3,34	− 0,61	− 0,61	− 0,61	− 0,61	—
1983 21. März	+ 5,36	− 2,63	+ 3,36	− 2,63	+ 1,36	+ 2,36	− 3,63	− 11,02	—
18. Mai	− 1,19	− 1,19	− 1,19	− 1,19	− 1,19	− 1,19	− 1,19	+ 7,28	—
1984 17. September [4]	—	—	—	—	—	—	—	+ 0,19	—
1985 22. Juli	+ 0,15	+ 0,15	+ 0,15	− 7,70	+ 0,15	+ 0,15	+ 0,15	+ 5,52	− 13,14
1986 7. April	+ 4,68	− 1,42	+ 4,68	+ 1,63	+ 2,65	+ 2,65	+ 1,63	− 11,90	− 25,76
4. August	+ 1,30	+ 1,30	+ 1,30	+ 1,30	+ 1,30	+ 1,30	− 6,80	− 7,20	− 1,01
1987 12. Januar	+ 2,54	− 0,45	+ 2,54	− 0,45	+ 1,54	− 0,45	− 0,45	− 8,16	− 9,11
Insgesamt seit 13. März 1979 [5]	+ 21,96	− 16,02	+ 17,30	− 22,61	− 7,07	− 9,76	− 13,77	− 10,33	− 41,99 [b]

[1] Nimmt am Wechselkursverbund des EWS nicht teil.
[2] Berechnet aufgrund des jeweiligen ECU-Leitkurses.
[3] Aufwertung (+), Abwertung (−) in vH. Für das Pfund Sterling läßt sich ein fiktiver ECU-Leitkurs berechnen.
[4] Übergang zu neuem ECU-Korb.
[5] Beginn des EWS.
[a] Auf Grundlage einer Bandbreite von 6 vH.
[b] Insgesamt seit 17. September 1984.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Schaubild 9



1) Für die am Wechselkursmechanismus im EWS beteiligten Länder (d.h. ohne Großbritannien und Griechenland), gemessen an der Entwicklung der Verbraucherpreise (Preisindex für die Lebenshaltung), zusammengewogen mit den jeweiligen Vorjahresanteilen dieser Länder an der Weltausfuhr.

Quelle für Grundzahlen: IWF, OECD

die Einbindung in das EWS als eine in gewissem Maße objektivierte Stütze in der internen Stabilitätsdebatte in Anspruch nehmen. Zum anderen haben die Länder mit überdurchschnittlichem Preisauftrieb bei nominalen Wechselkursänderungen, die hinter den Inflationsdifferenzen zurückblieben, gleichsam Preisniveaustabilität aus dem übrigen EWS-Raum einführen können.

In den ersten Jahren des EWS konnte Frankreich diesen direkten Stabilitätsimport nutzen, um die Preisauftriebskräfte im Inneren zu dämpfen. Bis Mitte 1981 wurde der Französische Franc bei hohem Inflationstempo real um fast 10 vH höher bewertet, dann sank sein realer Außenwert bei allmählich abnehmendem Preisauftrieb (Schaubild 9). Die Währungen von Italien und Irland, den Teilnehmerländern mit dem größten Inflationsdruck, sind insbesondere in den ersten vier Jahren, in denen der Währungsverbund bestand, real in beachtlichem Maße besser bewertet worden. Von Anfang 1986 an stieg auch der Außenwert der Dänischen Krone gegenüber den Währungen im EWS. Diese reale Höherbewertung ist ein Element der energischen Stabilisierungspolitik, zu der sich die dänische Regierung Ende 1985 genötigt sah.

55. Die Veränderungen im Interventionsmechanismus, die jüngst in Nyborg beschlossen wurden, sind in erster Linie als ein Schritt anzusehen, die wirtschaftspolitische, insbesondere währungspolitische Zusammenarbeit in Europa weiter voranzutreiben (Ziffern 354 ff.). Diese Entwicklung könnte mit der Beteiligung Großbritanniens am Interventionsmechanismus fortgeführt werden.

56. Der Kapitalverkehr zwischen den Teilnehmerländern am Europäischen Währungsverbund ist immer noch gewissen Einschränkungen unterworfen, insbesondere im Falle Belgiens, Italiens und Dänemarks. Eine vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs würde eine verstärkte wirtschaftspolitische Kooperation erfordern, da sonst Informationen über Differenzen, die sich zwischen den nationalen Entwicklungen abzeichnen, vielfach abrupte internationale Kapitalbewegungen auslösen würden (Ziffern 350 ff.). Ohne eine besser abgestimmte Wirtschaftspolitik, die die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen einander annähert, müßten Wechselkursanpassungen häufiger erfolgen; die Wirtschaft könnte dadurch verunsichert werden. Nach wie vor gilt jedoch, daß ein völliger Verzicht auf Kapitalverkehrsbeschränkungen die Effizienz der Kapitalmärkte nachhaltig verbessert.

57. In der Einheitlichen Europäischen Akte, in der die Aufgaben der Gemeinschaft für die nächsten Jahre festgeschrieben sind, wird gefordert, bis 1992 den Kapitalverkehr innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft zu liberalisieren. Allerdings unterscheidet sich die stabilitätspolitische Gesamtsituation Spaniens, Portugals und vor allem Griechenlands noch deutlich von der Situation in der übrigen Gemeinschaft. Die geforderte Süderweiterung des Europäischen Währungssystems, die im Falle Griechenlands allein eine Beteiligung am Interventionsmechanismus bedeutet, ließe derzeit noch beträchtliche Verspannungen befürchten. In näherer Zukunft könnte man sich eine Aufnahme Spaniens vorstellen, das in den letzten Jahren wesentliche stabilitätspolitische Fortschritte gemacht hat. Die Möglichkeit, den währungspolitischen Beistand der übrigen Mitgliedsländer in Anspruch zu nehmen, würde diese Entwicklung zusätzlich fördern.

Tabelle 4

Wirtschaftspolitisch wichtige Ereignisse im Ausland

Datum	
1987	**Internationale Ereignisse**
22. Februar	Die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der Vereinigten Staaten, Kanadas, Japans, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland erklären bei einem Treffen in Paris, daß die Währungen ihrer Länder jetzt in Kursrelationen zueinander stünden, die mit den ökonomischen Fundamentalfaktoren vereinbar seien. Weitere starke Wechselkursverschiebungen werden als schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen und sollen durch engere währungspolitische Zusammenarbeit verhindert werden (Louvre-Abkommen).
8. April	Auf ihrem Treffen in Washington bestätigen die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der Länder der Siebenergruppe die im Rahmen des Louvre-Abkommens vom 22. Februar 1987 getroffenen Vereinbarungen.
10. Juni	Die Regierungschefs der sieben größten Industrieländer und Vertreter der Europäischen Gemeinschaften bekräftigen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig die bei früheren Treffen am 22. Februar 1987 in Paris und am 8. April 1987 in Washington getroffenen Vereinbarungen über die Koordination der Wirtschaftspolitik. Besonders betont wird, daß das bestehende Wechselkursgefüge etwa den ökonomischen Fundamentalfaktoren entspreche und eine enge wirtschaftspolitische Kooperation zur Vermeidung weiterer Wechselkursverschiebungen notwendig sei. Der Uruguay-Runde wird eine wichtige Rolle zur Stärkung des Welthandelssystems beigemessen. Schließlich besteht Einigkeit darüber, daß marktwirtschaftliche Reformen der Agrarpolitik dringend notwendig sind.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1987	noch Internationale Ereignisse
6. Juli	Im Rahmen der Uruguay-Runde schlagen die Vereinigten Staaten einen Zwei-Stufen-Plan vor, nach dem alle Agrarsubventionen (mit Ausnahme der Nahrungsmittelhilfe an Entwicklungsländer und der direkten, produktionsunabhängigen Unterstützungszahlungen) bis zum Jahre 2000 beseitigt werden sollen.
3. August	141 Mitgliedsländer nehmen an der siebten UNCTAD-Konferenz teil. Im Anschlußdokument wird betont, daß zur Lösung der Verschuldungskrise eine größere Flexibilität seitens der Gläubigerbanken sowie neue Kredite notwendig seien, Anstrengungen zum Abbau von Handelsbeschränkungen im Rahmen der Uruguay-Runde unterstützt werden, die bilaterale und multilaterale Entwicklungshilfe erhöht werden müsse und mehr marktwirtschaftliche Prinzipien bei der Rohstoffproduktion und dem Rohstoffhandel erforderlich seien. Während der Konferenz unterzeichnen weitere Staaten das Abkommen über den Gemeinsamen Fonds, wodurch die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zur Ratifizierung sichergestellt wird.
26. September	Die Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Länder der Siebenergruppe bekräftigen in Washington, daß Maßnahmen zur Erreichung der im Louvre-Abkommen festgelegten Ziele ergriffen werden, wenn dies notwendig werden sollte. Die Bemühungen zur Koordination der Wirtschaftspolitik sollen fortgesetzt und nach den getroffenen Vereinbarungen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig verstärkt überwacht werden. Die bestehenden Wechselkursrelationen werden als weitgehend konsistent mit den zugrunde liegenden fundamentalen Fakten angesehen.
27. September	Die Allgemeinen Kreditvereinbarungen, nach denen die Länder der Zehnergruppe dem IWF Kredite zur Verfügung stellen, werden um fünf Jahre verlängert.
30. September	Der Finanzminister der Vereinigten Staaten schlägt auf der Jahrestagung des IWF und der Weltbank vor, die Koordination der Wirtschaftspolitik durch die Einführung eines besonderen Indikators zu verbessern. Dieser Indikator, der auf einem Rohstoffgüterkorb beruht, der auch Gold einschließt, soll frühzeitig Preisbewegungen anzeigen und somit einen „Anker" für koordinierte Wirtschaftspolitik bilden.
7. Oktober	Nachdem die Vereinigten Staaten bereits am 6. Juli einen Plan zum Abbau protektionistischer Maßnahmen im Weltagrarhandel vorgelegt haben, gibt die Europäische Gemeinschaft ihre Vorschläge bekannt. Der Zwei-Stufen-Plan sieht vor, die gegenwärtige Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse abzubauen, eine stärkere Marktorientierung der Agrarproduktion zu erreichen und Unterstützungszahlungen an die Landwirte produktionsunabhängig zu leisten. Handelsbeschränkungen, die wettbewerbsverzerrend wirken und zu den Ungleichgewichten auf den Weltagrarmärkten beitragen oder diese hervorrufen, sollen abgebaut werden.
19. Oktober	Ausgehend von panikartigen Verkäufen an der New Yorker Börse breitet sich ein weltweiter Börsenkrach aus. Der Dow-Jones-Index fällt an diesem Tag um mehr als 22 vH. In Anlehnung an die Ereignisse am 29. Oktober 1929 wird vom „Schwarzen Montag" gesprochen.
22. Oktober	In der australischen Stadt Cairns beraten 13 Agrarexportländer Argentinien, Australien, Brasilien, Chile, Indonesien, Kanada, Kolumbien, Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, Thailand, Ungarn und Uruguay, auf die zusammen etwa ein Viertel des Weltagrarhandels entfällt, über die Liberalisierung des Agrarhandels und geben ihre Vorschläge bekannt. Vorgesehen ist ein Drei-Stufen-Plan. Bis Ende 1988 soll als Sofortmaßnahme der Protektionismus im Bereich des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren und unmittelbar anschließend zunächst Export- und Produktionssubventionen mit handelspolitischen Auswirkungen reduziert und der Marktzugang ausländischer Anbieter verbessert werden. In einem zweiten Schritt ist beabsichtigt, sämtliche Wettbewerbsverzerrungen im Agrarhandel allmählich abzubauen. Die dritte Stufe sieht schließlich die Verpflichtung auf einen liberalisierten Weltagrarhandel vor. Hierzu soll ein multilateral ausgehandelter und vertraglich festgelegter Rahmen dienen. Verbleibende Interventionsmöglichkeiten sind dabei auf genau spezifizierte Gegebenheiten wie zum Beispiel direkte Einkommenshilfen an die Landwirte beschränkt. Der Zeithorizont für die von der Cairns-Gruppe unterbreiteten Vorschläge bezieht sich auf das Jahr 2000.
1986	**Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)**
20. Dezember	Die OPEC-Staaten (mit Ausnahme des Irak) beschließen, die Ölförderung im ersten Halbjahr 1987 auf 15,8 Millionen Barrel pro Tag zu beschränken, um einen Richtpreis von 18 Dollar je Barrel zu verteidigen.
1987	
27. Juni	Mit Ausnahme des Irak kommen die OPEC-Staaten überein, die Höchstfördergrenze für die zweite Jahreshälfte auf 16,6 Millionen Barrel pro Tag heraufzusetzen.

noch Tabelle 4

Datum	
1986	**Europäische Gemeinschaften**
17. November	Im Zuge der Liberalisierung der europäischen Finanzmärkte beschließen die Finanzminister eine Direktive, nach der nun auch für Kredite mit Laufzeiten von über fünf Jahren unbeschränkte Freizügigkeit herrschen soll. Käufe von Wertpapieren sowie deren Zulassung an den Wertpapiermärkten werden von Beschränkungen befreit. Ausnahmeregelungen gelten für Italien, Irland, Spanien, Portugal und Griechenland.
16. Dezember	Die Landwirtschaftsminister der Gemeinschaft beschließen Reformen für die europäische Agrarpolitik. Unter anderem werden Milchquoten gekürzt und Interventionspreise für Kalbfleisch gesenkt. Ein Strukturprogramm soll Anreize für weniger intensive Landbewirtschaftung und für den Vorruhestand von Landwirten geben. Diese Maßnahmen sollen 1987 zu Einsparungen im Gemeinschaftshaushalt in Höhe von 1 Mrd ECU führen.
1987	
12. Januar	Im Europäischen Währungssystem werden die D-Mark und der Holländische Gulden um 3 vH sowie der Belgische und der Luxemburgische Franc um 2 vH aufgewertet.
19. Februar	Das Europäische Parlament verabschiedet den Gemeinschaftshaushalt 1987. Die Ausgaben sollen um 5 vH ansteigen, darunter die Ausgaben für die Landwirtschaft mit einem geringeren Satz. Das Budget schöpft den Einnahmerahmen fast vollständig aus.
15. Mai	Spanien und Portugal treten mit Wirkung vom 1. Juli 1987 dem Lomé-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den Entwicklungsländern des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raumes bei.
30. Juni	Die Regierungschefs kommen überein, auf die geplante Steuer auf pflanzliche Fette und Öle zu verzichten, das System der Kompensationszahlungen zu ändern und ihre Finanzminister zu beauftragen, einen Nachtragshaushalt für 1987 zu erarbeiten.
1. Juli	Die Einheitliche Europäische Akte tritt in Kraft, nach der 1992 ein einheitlicher Binnenmarkt für den Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bestehen soll. Zudem soll eine engere Koordination der Wirtschaftspolitik und die stärkere Hinzuziehung der Europäischen Gemeinschaften in Umweltfragen stattfinden.
	Auf der Grundlage der Beschlüsse vom 30. Juni 1987 vereinbart der Agrarministerrat ein neues Preissystem vor allem für Getreide und Ölsaaten. Es soll bis Mitte nächsten Jahres gelten.
8. September	Die Notenbankpräsidenten einigen sich auf Maßnahmen, die das Europäische Währungssystem stärken sollen. Diese Vereinbarungen, die am 12. September den Finanzministern in Nyborg (Dänemark) vorgelegt werden, beinhalten im wesentlichen drei Punkte: Erstens wird die Frist der sehr kurzfristigen Finanzierung, in der Kredite zur Finanzierung von Interventionen zurückgezahlt werden müssen, von zweieinhalb auf dreieinhalb Monate ausgedehnt und die Höchstgrenze für die automatische Verlängerung von Krediten im Rahmen der sehr kurzfristigen Finanzierung auf 200 vH der Schuldnerquote der betreffenden Notenbank verdoppelt. Zweitens können bei der sehr kurzfristigen Finanzierung Rückzahlungen bis zu 100 vH in ECU erfolgen, vorausgesetzt, daß hierdurch keine unausgeglichene Reservezusammensetzung und keine übermäßig hohen Schuldner- und Gläubigerpositionen in ECU entstehen. Drittens werden intramarginale Interventionen unter Zustimmung der betreffenden Notenbank zugelassen, sofern der kumulative Betrag 200 vH der Schuldnerquote nicht übersteigt.
28. September	Die Forschungsminister kommen überein, das Forschungs- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Gemeinschaft für 1988 bis 1991 aufzustocken. Insgesamt sollen 6 480 Mio ECU zur Verfügung gestellt werden.
1987	**Belgien**
1. Januar	Die Regierung kündigt ein Strukturprogramm für den Kohlenbergbau an, unter anderem sollen innerhalb von zehn Jahren 8 200 Arbeitsplätze abgebaut werden. Ein Fonds in Höhe von 28 Mrd Belgischen Franc soll die Anpassung erleichtern.
16. März	Angesichts sich abzeichnender Einnahmenausfälle und Mehrausgaben im Staatshaushalt beschließt die Regierung Maßnahmen zur Verringerung des Budgetdefizits.
20. Juli	Durch Vergünstigungen bei der Unternehmensbesteuerung für ausländische Investoren sollen Kapitalimporte gefördert werden.
10. August	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1988 vor und gibt ihre Pläne zur Steuerreform für 1990 bis 1993 bekannt. Unter der Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 1,9 vH im nächsten Jahr soll die Nettoneuverschuldung 1988 auf 7,4 vH des Bruttosozialprodukts gesenkt werden. Für 1989 wird eine Nettoneuverschuldung von 7 vH angestrebt. Dieses soll vor allem durch Ausgabenkürzungen erreicht werden. Die geplante Steuerreform soll weitgehend aufkommensneutral sein.

noch Tabelle 4

Datum	
1987	**Dänemark**
17. August	Die Regierung legt den Haushalt für 1988 vor. Angestrebt wird eine Reduzierung des Defizits auf 0,2 vH des Bruttosozialprodukts. Unter der Annahme eines nur schwachen realen Wirtschaftswachstums im nächsten Jahr sind Ausgabensteigerungen von 3,9 vH und Einnahmenerhöhungen um 4,9 vH gegenüber dem laufenden Jahr vorgesehen.
18. August	Angesichts des hohen Leistungsbilanzdefizits schlägt die Regierung Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Exportwirtschaft vor. Insbesondere durch steuerliche Vergünstigungen soll die Ausfuhr gefördert werden.
1986	**Frankreich**
18. November	Die Regierung gibt ihr Geldmengenziel für 1987 bekannt: Die Geldmenge M3 soll wie im Jahre 1986 um 3 vH bis 5 vH zunehmen.
26. November	Die Regierung legt ein Programm vor, durch das die freie Bildung der Preise zum Prinzip erklärt wird und die Preiskontrollbefugnisse der Regierung eingeschränkt werden. Ein Großteil der bestehenden Kontrollen wird zum Jahresende aufgehoben. Zugleich wird das Wettbewerbsrecht vereinfacht und eine unabhängige Institution zur Kontrolle des Wettbewerbs eingesetzt.
1987	
31. März	Der Premierminister gibt die Richtlinien für den Staatshaushalt 1988 vor. Durch Überprüfung aller Subventionen sowie durch Personaleinsparung und Lohnbegrenzung im öffentlichen Dienst soll die Ausgabenentwicklung so gebremst werden, daß das Finanzierungsdefizit auf 2,2 vH des Bruttoinlandsprodukts sinkt. Die Projektion geht für 1988 von einem realen Wachstum von 2,3 vH (1987: 2 vH) und einer Steigerungsrate bei den Verbraucherpreisen von 2 vH (1987: 2,5 vH) aus.
22. April	Die Regierung beschließt ein Gesetz zur Bekämpfung der Langzeit-Arbeitslosigkeit.
21. Mai	In einem weiteren Schritt zum Abbau von Devisenbeschränkungen wird es den Unternehmen erlaubt, Kredite im Ausland aufzunehmen, Fremdwährungskonten im Inland zu unterhalten und Kurssicherungsgeschäfte durchzuführen. Überdies wird der Außenhandel mit Gold liberalisiert, um den Pariser Goldmarkt zu stärken.
29. Juni	Die Bank von Frankreich senkt den unteren und oberen Interventionssatz am Geldmarkt auf 7,5 % beziehungsweise auf 8 %. Gleichzeitig werden einige Mindestreservesätze erhöht.
8. Juli	Devisenkontrollen werden weiter abgebaut. Zum ersten Mal seit 1968 darf In- und Auslandswährung unbegrenzt aus- und eingeführt werden.
4. August	Für zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen und Ausgaben für die Sozialversicherung werden weitere 6,2 Mrd Franc bereitgestellt. Der Hauptteil dieser Zusatzausgaben soll durch Einsparungen bei anderen Ausgaben aufgebracht werden.
16. September	Der von der Regierung für das Jahr 1988 vorgelegte Haushaltsplan sieht eine Reduzierung des Defizits auf 2,1 vH des Bruttosozialprodukts vor (1987: 2,5 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt). Während die Ausgaben mit 2,8 vH steigen, wird von einer Zunahme der Einnahmen um 4,7 vH ausgegangen. Für das nächste Jahr wird mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 2,5 vH gerechnet. Weitere Steuererleichterungen für Unternehmen und private Haushalte sind geplant.
17. September	Im Rahmen der Bemühungen um eine Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft senkt die Regierung den Mehrwertsteuersatz für Autos und größere Motorräder von 33,3 vH auf 28 vH, nachdem bereits im August eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Schallplatten, Musikkassetten und Compact Discs von 33,3 vH auf 18,6 vH ab 1988 angekündigt wurde.
5. November	Zur Stabilisierung der Kursrelationen sowohl innerhalb des Europäischen Währungssystems als auch gegenüber Drittwährungen wird der untere Interventionssatz am Geldmarkt von 7,5 % auf 8,5 % und der 7-Tagesatz für Geldmarktpapiere von 8 % auf 8,75 % angehoben.
1986	**Griechenland**
27. November	Die Regierung legt den Haushaltsplan für 1987 vor, in dem die Ausgaben (mit Ausnahme der Bereiche Verteidigung, Sozialleistungen und Schuldendienst) real nicht steigen sollen. Sie erwartet eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 24 vH und der Nettoeinnahmen von der Europäischen Gemeinschaft um 69 vH. Das Haushaltsdefizit, in Relation zum Bruttosozialprodukt, soll von 14,5 vH auf 12,8 vH zurückgehen.
1987	
1. Januar	Die Mehrwertsteuer wird eingeführt; andere indirekte Steuern werden entsprechend verringert. Ein von Anfang November 1986 bis Ende Januar 1987 gültiger Preisstopp für alle Güter und Dienste soll einen Preisschub verhindern.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1987	noch Griechenland
3. Februar	Die Regierung gibt ihre Geld- und Kreditmengenziele für 1987 bekannt. Die Geldmenge M3 soll um 15,4 vH und die gesamten inländischen Kredite um 13,2 vH zunehmen. Hierdurch soll die Preissteigerungsrate von 17 vH auf 10 vH gesenkt werden.
1. April	Die Zentralbank senkt die Höchstzinssätze für besondere Termineinlagen um 1 Prozentpunkt und für Bankschuldverschreibungen um 2 Prozentpunkte.
1986	**Großbritannien**
21. November	Die Privatisierung von British Gas, die einen Erlös von rund 5,4 Mrd Pfund Sterling erbracht hat, ist abgeschlossen.
1987	
17. März	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das im April beginnende Haushaltsjahr vor. Aufgrund der unerwartet guten Einnahmenentwicklung kann der öffentliche Kreditbedarf auf 4 Mrd Pfund Sterling begrenzt werden, das ist 1 vH des Bruttoinlandsprodukts. Die Ausgaben sollen um 5,5 vH, die Einnahmen um 6,3 vH steigen. Zugleich werden Steuerentlastungen von 2,6 Mrd Pfund Sterling für das laufende Jahr und um weitere 3 Mrd Pfund Sterling für die Jahre bis 1989, unter anderem durch eine Senkung des Eingangssatzes beim Einkommensteuertarif von 29 vH auf 27 vH, beschlossen. Die Geldmenge M0 soll um 2 vH bis 6 vH ausgeweitet werden. Den Ankündigungen liegen ein erwartetes reales Wachstum von 3 vH und ein gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg von 4,5 vH (gegenüber 3 vH zuvor) zugrunde.
13. Mai	Die Bank von England entscheidet, neue erweiterte Geldmengenaggregate zu veröffentlichen, die die Einlagen sowohl bei Geschäftsbanken als auch bei den Baugenossenschaften einschließen. Die neuen Konzepte sind: M3 (früher Sterling M3), M3c (früher M3), M4 (M3 plus Einlagen bei Baugenossenschaften) und M5 (früher PSL2).
29. Juli	Der britische Premierminister und der französische Staatspräsident unterzeichnen einen Vertrag über den Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal. Das Projekt soll bis 1993 fertiggestellt sein, die Finanzierung soll ausschließlich privat erfolgen.
15. Oktober	British Petroleum wird weiter privatisiert. Die Regierung bietet ihren restlichen Bestand an BP-Anteilen (31,5 vH) im Wert von 7,2 Mrd Pfund Sterling zum Verkauf an.
23. Oktober	Die Regierung legt das Beschäftigungsgesetz 1987 und das Sozialversicherungsgesetz vor. Während das Beschäftigungsgesetz vor allem die Stellung der Gewerkschaften regelt, sieht das Sozialversicherungsgesetz neben einer Inflationsanpassung der Transferzahlungen die Neuregelung der Anspruchrechte vor.
29. Oktober	Angesichts der weltweiten Kursverluste entscheidet die Regierung, ein Sicherheitsnetz gegen einen weiteren Kursverfall der BP-Aktien einzurichten. Um das bei den zum Emissionskonsortium gehörenden Banken liegende Plazierungsrisiko, das wegen des geringen Interesses der Anleger hoch ist, zu mindern, erklärt sich die Bank von England bereit, Anteile zurückzukaufen.
4. November	Die Regierung gibt ihre Ausgabenpläne für die nächsten drei Jahre bekannt. Für das im April beginnende Finanzjahr 1988/89 sind Ausgabensteigerungen um 1,3 vH und in den nächsten beiden Finanzjahren um 2 vH beziehungsweise 1,6 vH vorgesehen. Trotz des Anstiegs der öffentlichen Ausgaben wird angesichts des wieder gestiegenen Ölpreises und des hohen Steueraufkommens von einer weiterhin rückläufigen Nettokreditaufnahme des Staates ausgegangen. Angenommen wird für 1988 ein reales Wirtschaftswachstum von 2,5 vH und ein Anstieg der Preissteigerungsrate auf 4,5 vH.
1986	**Italien**
21. Dezember	Das Parlament verabschiedet das Haushaltsgesetz 1987, das vorsieht, die Nettoneuverschuldung auf 12,2 vH des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Zunehmen sollen die Ausgaben für den Umweltschutz, für neue Technologien und zur Beschäftigung Jugendlicher. Die öffentlichen Investitionen sollen gekürzt werden.
1987	
28. März	Das Außenhandelsministerium erlaubt Ausländern die Einfuhr und Ausfuhr italienischer Währung in unbegrenzter Höhe. Kurz zuvor sind bereits verschiedene Maßnahmen zur Liberalisierung des Kapitalmarktes in Kraft getreten.
13. Mai	Weitere Maßnahmen zur Deregulierung des Kapitalverkehrs werden beschlossen.
27. August	Maßnahmen zur Dämpfung der inländischen Nachfrage, zur Stärkung des Außenwertes der Währung und zur Reduzierung des Haushaltsdefizits werden ergriffen. Unter anderem werden die Mehrwertsteuer für einige dauerhafte Konsumgüter und der Preis für verschiedene Ölprodukte erhöht sowie der Diskontsatz um einen halben Prozentpunkt auf 12% angehoben.
13. September	Die Regierung und die Bank von Italien kündigen zur Verstärkung der Maßnahmen vom 27. August neue Schritte an, die spekulativen Kapitalabflüssen und einer zu hohen Kreditvergabe der Geschäftsbanken entgegenwirken sollen.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1987	noch Italien
24. September	Das Finanz- und das Haushaltsgesetz für 1988 werden vorgelegt. Es ist vorgesehen, die Nettoneuverschuldung durch zusätzliche Einnahmen und Ausgabenkürzungen zu reduzieren. Der Gesetzesvorlage liegt die Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 2,8 vH und einer Preissteigerungsrate von 4,5 vH zugrunde. Gleichzeitig gibt die Bank von Italien ihre Geld- und Kreditmengenziele für 1988 bekannt, für die Geldmenge M2 von 6 vH bis 9 vH, für die Kredite an den privaten Sektor von 6 vH bis 10 vH.
1986	**Japan**
7. November	Die Kohlewirtschaft stimmt zu, die Förderung innerhalb von fünf Jahren um ein Drittel zu reduzieren und dabei knapp 12 500 Arbeitskräfte freizusetzen. Vorausgegangen war die Weigerung der Stahlindustrie, weiter Kohle zum Inlandspreis abzunehmen, der etwa das Dreifache des Weltmarktpreises beträgt.
12. November	Weitere Erleichterungen des Zugangs ausländischer Firmen zum Kapitalmarkt treten in Kraft.
20. November	Die japanischen Werkzeugmaschinenhersteller schließen ein Selbstbeschränkungsabkommen mit den Vereinigten Staaten.
1. Dezember	Das neue Offshore-Finanzzentrum in Tokio wird eröffnet.
30. Dezember	Der Haushaltsplan für das im April 1987 beginnende Haushaltsjahr sieht vor, die laufenden Ausgaben um nur 0,5 vH zu erhöhen. Der Sonderhaushalt für Investitions- und Kreditzwecke (etwa halb so hoch wie der allgemeine Haushalt) wird jedoch stark aufgestockt, um eine Erhöhung der öffentlichen Aufträge um 5 vH zu ermöglichen. Der Planung liegt die Annahme zugrunde, daß das reale Wirtschaftswachstum 3 vH, der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg 1,1 vH und der Leistungsbilanzüberschuß 77 Mrd US-Dollar (11 Mrd US-Dollar weniger als ein Jahr zuvor) betragen werden. Es wird ein stabiler Außenwert des Yen zum US-Dollar unterstellt.
1987	
27. Januar	Das Selbstbeschränkungsabkommen für japanische Automobillieferungen in die Vereinigten Staaten wird verlängert.
23. Februar	Die japanische Zentralbank senkt den Diskontsatz auf 2,5 %.
1. April	Die nationale Eisenbahngesellschaft wird privatisiert.
12. Mai	Die Regierung plant, ihre Entwicklungshilfe in den nächsten drei Jahren um 20 Mrd US-Dollar zu erhöhen.
20. Mai	Das Parlament ratifiziert das Haushaltsgesetz für das Finanzjahr 1987/1988.
29. Mai	Der Regierungsplan zur Stimulierung der Binnennachfrage und zur Förderung von Importen sieht Ausgabenerhöhungen in Höhe von 5 000 Mrd Yen, eine Vorziehung öffentlicher Ausgaben, Steuersenkungen von mindestens 1 000 Mrd Yen und höhere Staatskäufe im Ausland vor. Außerdem beabsichtigt die Regierung, über ihren Dreijahresplan vom 12. Mai 1987 hinausgehend die öffentliche Entwicklungshilfe für die nächsten zwei Jahre zu verdoppeln.
24. Juli	Das Parlament verabschiedet einen Nachtragshaushalt von 2 079 Mrd Yen. Zwei Drittel des Nachtragshaushalts sollen über eine zusätzliche Kreditaufnahme, der Rest aus der Privatisierung der staatlichen Nippon Telegraph and Telephone Cooperation und durch unerwartete Steuermehreinnahmen aus dem vorangegangenen Haushaltsjahr finanziert werden.
31. Juli	Die Regierung gibt Haushaltsrichtlinien für das im April 1988 beginnende Finanzjahr bekannt. Vorgesehen sind Ausgabensteigerungen von 1,8 vH gegenüber dem ursprünglichen Haushalt des laufenden Finanzjahres. Überdurchschnittliche Steigerungen sind für die Bereiche Infrastruktur, Verteidigung und Entwicklungshilfe vorgesehen.
3. September	Das Unterhaus billigt einen Regierungsentwurf zur Revision des Arbeitsgesetzes, wonach ab dem 1. April 1988 die Wochenarbeitszeit bis Anfang der neunziger Jahre von derzeit 48 Stunden auf 40 Stunden abgebaut und den Unternehmen die Möglichkeit gegeben werden soll, im Rahmen von Produktivitätsfortschritten Arbeitszeitverkürzungen flexibel auszuhandeln.
4. September	Die Regierung beabsichtigt, den staatlichen Anteil von 34,5 vH an der Luftfahrtgesellschaft Japan Air Lines zu verkaufen.
19. September	Nachdem der ursprünglich von der Regierung eingebrachte Entwurf keine Mehrheit fand und ein Vermittlungsausschuß eingesetzt wurde, verabschiedet das Parlament ein Gesetz zur Steuerreform, das eine Senkung der personellen Einkommensteuer und der lokalen Einwohnersteuer, die Abschaffung der Steuerbefreiung für Zinseinnahmen aus persönlichen Ersparnissen und höhere Abgaben auf spekulative Eigentumstransaktionen vorsieht.

noch Tabelle 4

Datum	
1987	**Kanada**
18. Februar	Die Regierung legt den Haushaltsentwurf für das im April beginnende Haushaltsjahr vor. Durch die Erhöhung verschiedener Verbrauchsteuern und Gebühren sowie durch Einsparungen beim Verteidigungsetat soll das Budgetdefizit auf 29 Mrd Kanadische Dollar gesenkt werden, das sind 5,4 vH des Bruttosozialprodukts gegenüber 6,3 vH im vorausgegangenen Haushaltsjahr.
18. Juni	Die Regierung gibt ihre Pläne zur Steuerreform bekannt, die in Anlehnung an die amerikanische Steuerreform eine Senkung der Einkommensteuer und eine stärkere Besteuerung der Unternehmen vorsieht. Steuermindereinnahmen sollen durch die Erhebung einer neuen Verkaufssteuer ausgeglichen werden.
3. September	Die Regierung schreibt Forderungen in Höhe von 325 Mio Kanadischen Dollar gegenüber sieben frankophonen afrikanischen Entwicklungsländern ab. Ein weiterer Forderungsverzicht gegenüber anglophonen Ländern Afrikas wird bekanntgegeben.
1987	**Niederlande**
14. Juli	Angesichts neuer Schätzungen über das reale Wirtschaftswachstum beschließt die Regierung Ausgabenkürzungen für das kommende Finanzjahr. Der Finanzierungsbedarf reduziert sich dadurch um einen halben Prozentpunkt auf 7,3 vH des Volkseinkommens.
8. Oktober	Das Parlament billigt nach Zugeständnissen der Regierung den Haushaltsentwurf für 1988, der einen Anstieg des Kassendefizits von 3,4 vH des Volkseinkommens in diesem Jahr auf 6 vH vorsieht. Die Projektionen gehen für 1988 von einem realen Wirtschaftswachstum von 1 vH und einer Preissteigerungsrate von 0,5 vH aus.
3. November	Die Notenbank senkt den Diskontsatz von 4,5 % auf 4,25 %, die für den Geldmarkt wichtige „Voorschotrente" auf 4,75 % und der „Promessediskont", durch den die Debitzinsen der Geschäftsbanken berechnet werden, auf 5,5%.
1986	**Portugal**
21. November	Das Parlament billigt den von der Regierung vorgelegten Haushalt für 1987, der eine Verringerung des Defizits auf 10,9 vH des Bruttoinlandsproduktes vorsieht. Grundlage ist die Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 4 vH und einer Inflationsrate von 8 vH bis 9 vH.
1987	
7. Januar	Die Bank von Portugal senkt den Diskontsatz von 16 % auf 15,5 % und erhöht gleichzeitig den Mindestreservesatz für Sichteinlagen von 12 % auf 15 %.
21. März	Der Diskontsatz wird um einen weiteren halben Prozentpunkt auf 15 % gesenkt.
31. März	Die Regierung legt einen Acht-Jahres-Plan zur Erhöhung der Beschäftigung und der Investitionen sowie zur Senkung der Auslandsverschuldung vor.
4. Juni	Die Regierung beschließt Maßnahmen zur Dämpfung des privaten Verbrauchs.
29. Juli	Angesichts des starken inländischen Kreditmengenwachstums seit Anfang des Jahres senkt die Bank von Portugal die monatliche Obergrenze für Geschäftsbankenkredite.
15. Oktober	Zur Förderung der Investitionstätigkeit senkt die Bank von Portugal die Zinshöchstgrenze für Bankkredite von 19,5 % auf 18,5 % und die Mindestgrenze für Termineinlagen von sechs bis zwölf Monaten von 14,5 % auf 14 %. Gleichzeitig wird der Diskontsatz von 15 % auf 14,5 % zurückgenommen. Ab Januar 1988 wird außerdem die monatliche Abwertung des Escudo gegenüber einem Währungskorb von derzeit 0,5 vH auf maximal 0,4 vH begrenzt.
1987	**Schweden**
12. Januar	Der Regierungsentwurf des Haushaltsplans für das im Juli beginnende Fiskaljahr 1987/88 sieht eine Verringerung des Defizits von 4,1 vH auf 3,6 vH des Bruttosozialprodukts vor.
30. Januar	Die Regierung friert die Preise für zahlreiche Güter und Dienstleistungen auf dem Niveau vom 28. Januar 1987 bis auf weiteres ein.
28. April	Im Entwurf des Nachtragshaushalts für das kommende Fiskaljahr 1987/88 ist eine Reduzierung des Kassendefizits vorgesehen, die hauptsächlich durch eine höhere Vermögensbesteuerung, eine stärkere Besteuerung von bestimmten Finanzanlagen und geringere Zuweisungen an die Gemeinden erfolgen soll. Gleichzeitig werden Mietsubventionen und Steuersenkungen für Kapitalerträge vorgeschlagen.
7. August	Nachdem bereits im März der Preisstopp für Importgüter, im Juni für Kraftfahrzeuge, Öl, Benzin und Agrarprodukte und im Juli für Transportdienste und den öffentlichen Dienst aufgehoben wurde, treten weitere Preisderegulierungen in Kraft, so daß nur noch etwa 30 vH der ursprünglich betroffenen Güter und Dienstleistungen dem Preisstopp unterliegen.

noch Tabelle 4

Datum	
1986	**Spanien**
23. Dezember	Der Kongreß beschließt den Haushalt für 1987. Die investiven Ausgaben sollen deutlich erhöht werden; Durch eine Beschränkung des Ausgabenanstiegs auf 8,8 vH und einem Zuwachs bei den Einnahmen von 12,3 vH, insbesondere durch eine Erhöhung der Steuern auf Tabak und Alkohol soll das Haushaltsdefizit auf 4 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt vermindert werden.
1987	
23. Januar	Die Bank von Spanien beschließt ein Geldmengenziel für die erweiterte Geldmenge M4 von 8 vH für 1987. Hierdurch soll die Inflationsrate auf 5 vH bis 6 vH begrenzt werden.
22. April	Der Mindestreservesatz für Sichteinlagen wird auf 19,5 vH erhöht; gleichzeitig wird die Mindestreservepflicht auf andere Einlagearten ausgedehnt.
12. Mai	In einem ersten Schritt zur vollen Mitgliedschaft Spaniens im Europäischen Währungssystem unterzeichnet der Gouverneur der Bank von Spanien ein Abkommen, wonach Spanien auf freiwilliger Basis an dem Mechanismus zur Schaffung offizieller ECU's teilnimmt.
1. Juni	Devisenkontrollen werden teilweise zurückgenommen.
3. September	Die Regierung gibt ihren Plan für 1988 zur Senkung der personenbezogenen Steuern um 3 vH bekannt. Hierdurch soll auch erreicht werden, daß die Gewerkschaften einem langfristigen Arbeitspakt zustimmen.
25. September	Der von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1988 sieht Einnahmensteigerungen von 9 vH und Ausgabenerhöhungen von 11 vH vor. Unter der Annahme, daß das reale Wirtschaftswachstum 3,8 vH und der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg 3 vH betragen werden, rechnet die Regierung mit einem Defizit in Höhe von 3,5 vH in Relation zum Bruttosozialprodukt.
1986	**Schweiz**
19. Dezember	Die Nationalbank gibt ihr Geldmengenziel für 1987 bekannt. Wie im Vorjahr wird eine Zunahme der bereinigten Zentralbankgeldmenge um 2 vH angestrebt. Das Geldmengenziel für 1986 (ebenfalls 2 vH) ist nahezu erreicht worden.
1987	
22. Januar	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 4 % auf 3,5 % und den Lombardsatz von 5,5 % auf 5 %.
20. Oktober	Die Regierung legt den Bundeshaushalt für das nächste Jahr vor. Unter der Annahme eines realen Wirtschaftswachstums von 2 vH und einem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg von 2 vH wird ein Budgetüberschuß von 1 267 Mio Schweizer Franken, das sind 0,5 vH des Bruttosozialprodukts, ausgewiesen.
28. Oktober	Die Bundesregierung legt einen zweiten Nachtragshaushalt für das laufende Finanzjahr vor. Der Anstieg der Gesamtausgaben soll nunmehr 1,4 vH betragen.
5. November	Die Nationalbank senkt den Diskontsatz von 3,5 % auf 3 %. und den Lombardsatz von 5 % auf 4,5 %.
1987	**Vereinigte Staaten**
5. Januar	Der Entwurf des Präsidenten für den Bundeshaushalt 1987/88, für das im Oktober 1987 beginnende Fiskaljahr sieht ein Defizit von 107,8 Mrd US-Dollar vor und erfüllt damit die Vorschriften des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes. Dabei wird ein reales Wirtschaftswachstum von 3,7 vH und ein gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg von 3,5 vH unterstellt. Einsparungen sollen in erster Linie bei Gesundheits- und Sozialprogrammen vorgenommen werden, Mehreinnahmen entstehen aus geplanten Privatisierungen. Gleichzeitig wird ein Fünf-Jahres-Plan zur Reduzierung der Subventionen an die Landwirtschaft vorgelegt.
19. Februar	Das Federal Reserve Board gibt die neuen Geldmengenziele bekannt: Die Geldmengen M2 und M3 sollen vom 4. Quartal 1986 bis zum 4. Quartal 1987 um jeweils 5,5 vH bis 8,5 vH zunehmen. Für die Größe M1 wird erstmals seit zwölf Jahren kein Zielkorridor genannt. Dem Beschluß liegt ein erwartetes Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 2,5 vH bis 3 vH und ein gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg von 3 vH bis 3,5 vH zugrunde.
17. April	Der amerikanische Präsident belegt die Einfuhr von verschiedenen elektrotechnischen Konsumgütern aus Japan mit einem Zoll von 100 vH, der erst wieder aufgehoben werden soll, wenn sich Japan sichtbar an die getroffenen Vereinbarungen über den Handel mit Halbleitern hält.
19. Mai	Nach Konsultationen mit der Regierung entscheidet die größte amerikanische Geschäftsbank, Citicorp, Rückstellungen in Höhe von 3 Mrd US-Dollar auf ausstehende Forderungen gegenüber Entwicklungsländern vorzunehmen. Andere amerikanische Großbanken folgen dieser Geschäftspolitik kurz darauf.
8. Juni	Die Einfuhrzölle auf verschiedene elektrotechnische Konsumgüter aus Japan werden teilweise wieder zurückgenommen.

noch Tabelle 4

Datum	
noch 1987	noch Vereinigte Staaten
21. Juli	Die Notenbank gibt bei ihrer Überprüfung der Geldmengenziele für das laufende Jahr vorläufige Zielgrößen für 1988 bekannt. Der Korridor für M2 und M3 soll jeweils 5 vH bis 8 vH betragen, einen Prozentpunkt niedriger als im laufenden Jahr. Der Korridor für die inländische Verschuldung der nichtfinanziellen Sektoren wird auf 7,5 vH bis 10,5 vH festgesetzt. Für die Geldmenge M1 wird kein Ziel vorgegeben.
4. September	Die Notenbank erhöht den Diskontsatz von 5,5 % auf 6,0 %.
22. September	Der Kongreß verabschiedet ein Gesetz, das dem Bund bis Ende Mai 1989 eine weitere Neuverschuldung bis zu einem Schuldenstand von höchstens 2 800 Mrd US-Dollar (vorher 2 300 Mrd US-Dollar) ermöglicht; ebenso wird das Gramm-Rudman-Hollings-Gesetz über den Ausgleich des Bundeshaushalts geändert. Insbesondere ist ein Abbau des Defizits um 23 Mrd US-Dollar im Finanzjahr 1988 um weitere 8 Mrd US-Dollar im Finanzjahr 1989 geplant. Die Überwachung wird entsprechend der Bundesgerichtshof-Entscheidung vom 7. Juli 1986 auf das Finanzministerium übertragen und die ursprünglich vorgesehene Höchstgrenze für das Budgetdefizit im Jahr 1988 wird auf 144 Mrd US-Dollar und für 1989 auf 136 Mrd US-Dollar angehoben. Der Ausgleich des Bundeshaushalts wird um 2 Jahre auf 1993 verschoben.
3. Oktober	Zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada wird ein Freihandelsabkommen geschlossen, das ab 1988 gelten soll und insbesondere vorsieht, alle bestehenden bilateralen Zölle bis Ende 1998 abzubauen.
21. Oktober	Angesichts der panikartigen Aktienverkäufe bekräftigt die Notenbank, genügend Liquidität zur Verfügung zu stellen. Einen Tag vorher wird zusammen mit der Deutschen Bundesbank der Wille zur weiteren Stabilisierung der Wechselkurse betont.
6. November	Zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wird ein Freihandelsabkommen geschlossen, das den Abbau wesentlicher bilateraler Handelsbeschränkungen vorsieht. Dies ist das erste Abkommen dieser Art, das die Vereinigten Staaten mit einem Entwicklungsland abschließen.

TEIL B
Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

I. Überblick

58. Das Jahr 1987 war ein harter Test für die konjunkturellen Antriebskräfte in der Bundesrepublik. Die lange Talfahrt des Dollar kam zwar im Januar zunächst zum Stillstand; sie hatte jedoch deutsche Produkte nicht nur im Ausland, sondern zunehmend auch auf dem Binnenmarkt unter starken Wettbewerbsdruck geraten lassen. Zusätzlich belastend wirkte die Unsicherheit über die weitere Wechselkursentwicklung. Sie war auch mit der zeitweiligen Stabilisierung des Dollarkurses im Frühjahr noch keineswegs beseitigt. Tatsächlich ist es mit dem weltweiten Börsenkrach im Oktober zu einem weiteren Kursverfall der amerikanischen Währung gekommen.

Trotz dieser außenwirtschaftlichen Belastungen hat sich die Aufwärtsentwicklung 1987 fortgesetzt, verhalten zwar, jedoch auf etwas breiterem Fundament. Die kräftige Inlandsnachfrage blieb in der Führungsrolle; das Bild vom Wechsel der Auftriebskräfte behielt auch 1987 noch seine Gültigkeit. Eine sich wieder belebende Exporttätigkeit kam hinzu, so daß — was in den Zahlen für den Jahresdurchschnitt noch nicht zum Ausdruck kommt — die wirtschaftliche Entwicklung nunmehr eine zweite Stütze erhalten hat. Die konjunkturelle Schwächephase, die im Spätsommer des Vorjahres eingesetzt hatte, konnte so im Frühjahr überwunden werden.

Wenn dennoch die Produktionskapazitäten in diesem Jahr nicht in gleichem Ausmaß ausgelastet waren wie 1986, so lag dies in erster Linie daran, daß ausländische Anbieter verstärkt auf dem Inlandsmarkt vordrangen. Entsprechende Absatzeinbußen der inländischen Anbieter hingen mit den veränderten Wechselkursrelationen zusammen; ein Zeichen konjunkturelle Nachfrageschwäche waren sie nicht.

Es kann aber nicht übersehen werden, und dies ist ein generelles Problem der letzten Jahre, daß das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten nur gering ist; auch in diesem Jahr hat es weniger als 2 vH betragen. Es fehlt an zureichender Dynamik für mehr Investitionen und für die Erschließung neuer Märkte. So war auch der Beschäftigungsanstieg nur noch schleppend; im Jahresdurchschnitt sind 1987 nur noch etwa 155 000 Personen mehr beschäftigt gewesen als im Jahr zuvor.

59. Die deutschen Exporteure haben sich trotz des schwachen Dollar gut im Wettbewerb behaupten können. Die Exporte in die Vereinigten Staaten sind nur wenig zurückgegangen. Hilfreich war dabei die gute Konjunkturentwicklung in Amerika. Teilweise mußten die deutschen Unternehmen aber auch Preiszugeständnisse machen. Mit dem erneuten Absinken des Dollarkurses im Oktober dürfte allerdings für viele Exporteure die Schmerzgrenze unterschritten worden sein; am 10. November erreichte der Kurs des Dollar mit 1,65 DM seinen bis dahin tiefsten Stand.

Von weit größerer Bedeutung als der amerikanische Markt sind indessen für den deutschen Export die Märkte in Europa; mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhr geht in die Länder der Europäischen Gemeinschaft. Hier, auf ihrem wichtigsten Absatzmarkt, sahen sich die Exporteure massivem Konkurrenzdruck aus Japan und aus den südostasiatischen Schwellenländern ausgesetzt. Japanische Unternehmen drängten vornehmlich deshalb auf den europäischen Markt, weil ihre Absatzlage in den Vereinigten Staaten zunehmend schwieriger wurde. Dies lag nicht nur an der Höherbewertung des Yen gegenüber dem Dollar, sondern auch an protektionistischen Maßnahmen der amerikanischen Regierung. Es spricht für die Leistungsfähigkeit der deutschen Anbieter, daß sie trotz dieses belastenden Faktors ihre Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaft im weiteren Jahresverlauf noch steigern konnten. Freilich kam ihnen dabei auch zur Hilfe, daß die zu Jahresbeginn — vor allem in Frankreich und in den Niederlanden — schwache Konjunktur im Frühjahr in ganz Europa wieder Tritt faßte.

Die deutsche Ausfuhr insgesamt ist so, über das ganze Jahr gesehen, annähernd genauso hoch wie im Vorjahr gewesen (Ziffern 68 ff.).

60. Wie schon im Jahre 1986 ist auch 1987 der private Verbrauch die wesentliche Stütze der Konjunktur gewesen, allerdings nicht von Anfang an. Der Jahresbeginn war noch von einer deutlichen Kaufzurückhaltung gekennzeichnet; Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf stimmte viele Verbraucher vorsichtig. Mit dem Anziehen der Konjunktur im Frühjahr gaben sie dann wieder deutlich mehr Geld aus; insgesamt nahm der private Verbrauch noch um 2½ vH in realer Rechnung zu.

Der Zuwachs der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit blieb mit gut 2½ vH wieder etwa einen Prozentpunkt hinter dem Zuwachs der Bruttoeinkommen zurück, nachdem er diesen im Vorjahr aufgrund der Steuerreform noch übertroffen hatte. Auch einen Rückgang der Verbraucherpreise hat es in diesem Jahr nicht mehr gegeben. Sie lagen vielmehr um ½ vH über Vorjahresniveau. Diese nur geringfügige Preissteigerung war in erster Linie der starken Verbilligung der Importe zu verdanken; die Energiepreise lagen noch einmal um 6 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Hier zeigte sich auch die positive Kehrseite des gesunkenen Dollarkurses (Ziffern 76 ff.).

61. Auch die Unternehmen konnten davon profitieren. Die nochmalige Verbilligung der importierten Vorleistungen hat dem Betrage nach etwa zwei Fünftel der Mehrkosten für Löhne und Sozialversicherungsbeiträge aufgewogen. So konnten trotz eines Lohnstückkostenanstiegs von knapp 2½ vH nochmals höhere Gewinne erzielt werden; die Gewinn-Erlös-Relation entspricht inzwischen wieder etwa derjenigen von 1972, nachdem sie sich bis 1981 nahezu halbiert hatte. Freilich hat sich das nicht unmittelbar auf die Investitionen und das Einstellverhalten der Unternehmen übertragen. Mehr noch als in den Vorjahren investierten die Unternehmen 1987 mit dem Ziel, vorhandene Kapazitäten zu modernisieren, während Erweiterungsinvestitionen vor allem in der Industrie eine geringere Rolle spielten; hier waren Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen besonders gefragt, darunter Geräte, mit denen ganze Fertigungsstraßen nachgerüstet werden können.

Belastend wirkten sich auf das Investitionsvolumen die Krisenbranchen aus, vor allem Montanindustrie und Schiffbau, zumal diese besonders kapitalintensiv produzieren. So war es überwiegend der günstigeren Entwicklung im Handel und bei den Dienstleistungen zu verdanken, daß die Anlageinvestitionen der Unternehmen insgesamt gegenüber dem Vorjahr noch um 3½ vH zunahmen (Ziffern 83ff.).

62. Im Wohnungsbau ließ eine Wende zum Besseren noch immer auf sich warten. Es werden zwar mehr Wohnungen modernisiert, aber der Neubau von Wohnungen geht trotz zur Zeit günstiger Finanzierungskonditionen weiter zurück. Insgesamt waren die Investitionen im Wohnungsbau nochmals um mehr als 4 vH niedriger als im Vorjahr. Negativ entwickelten sich in erster Linie der Geschoßwohnungsbau und der Bau von Zweifamilienhäusern. In der Auftragsentwicklung zeichnete sich für den Wohnungsbau zuletzt allerdings wieder eine günstigere Perspektive ab (Ziffern 89ff.).

63. Der Staatsverbrauch nahm 1987 um 2 vH und damit deutlich geringer zu als im Vorjahr. Bei den öffentlichen Investitionen betrug der Zuwachs nur 1½ vH. Dabei spielte bei den Städten und Gemeinden, die über nicht weniger als zwei Drittel der staatlichen Investitionen disponieren, neben den unerwartet niedrigen Steuereinnahmen dieses Jahres wohl auch die Finanzierung der Steuerreform eine Rolle, von der sie Mindereinnahmen in der Zukunft zu erwarten haben. Da die Preise für staatliche Käufe mit einer Rate von knapp 2½ vH und damit — nicht anders als in früheren Jahren — stärker stiegen als die Konsumgüterpreise, nahmen auch die Ausgaben für den Staatsverbrauch mit einem Zuwachs von 4½ vH gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig stark zu (Ziffern 80ff.).

64. Die kräftige Nachfrage nach Auslandsgütern war nicht allein eine Folge des niedrigen Dollarkurses. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten selbst hat sogar nur vergleichsweise wenig zugenommen. Das hängt auch damit zusammen, daß amerikanische Unternehmen vielfach eigene Produktionsstätten in der Bundesrepublik betreiben, die den hiesigen Markt beliefern. In erster Linie waren es Japan und die südostasiatischen Schwellenländer, die den heimischen Anbietern zu schaffen machten. Auch Unternehmen aus den europäischen Nachbarländern, speziell aus den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft, drängten verstärkt auf den deutschen Markt.

Der starke Anstieg der Einfuhren um insgesamt 3½ vH gegenüber dem Vorjahr betraf alle Güterbereiche. Besonders ausgeprägt war er bei den Investitionsgütern; hier wirkten sich neben Preisvorteilen auch Sortimentsvorteile der ausländischen Anbieter aus.

Der Außenbeitrag ist, in Preisen von 1980 gerechnet, nach der Rekordmarke des Jahres 1985 von 82,5 Mrd DM inzwischen auf 47½ Mrd DM zurückgegangen. Das ist immer noch sehr viel. Wichtig war aber, daß die Verringerung des Außenhandelsüberschusses 1987 nahezu ausschließlich durch zunehmende Importe zustande kam, während die Ausfuhr fast genauso hoch war wie im Vorjahr. Die Bundesrepublik hat auf diese Weise sowohl Strukturprobleme, die mit einem Exporteinbruch verbunden gewesen wären, vermeiden können, als auch einen Beitrag zum Wachstum des Welthandels geleistet. Der nominale Außenbeitrag hat sich freilich wegen der nochmals gesunkenen Importpreise kaum verringert. Mit etwa 108 Mrd DM war er auch in diesem Jahr noch weitaus höher als jemals zuvor in der Zeit vor 1986 (Ziffern 92ff.).

65. Das vorrangige Bemühen der Geldpolitik war es 1987, einer weiteren Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken. Tatsächlich stabilisierte sich der Wert der amerikanischen Währung für einige Zeit, nachdem sich Ende Februar die Bundesrepublik und fünf weitere große Industrieländer im sogenannten Louvre-Abkommen auf eine Politik verständigt hatten, die eine größere Stabilität der Wechselkurse zum Ziel hatte. Die Bundesbank trug dazu vor allem dadurch bei, daß sie ihre Zinssätze für kurzfristige Ausleihungen im Verlauf der ersten Jahreshälfte weiter zurückführte. Sie nahm dabei in Kauf, daß die Zunahme der Zentralbankgeldmenge von Jahresbeginn an erneut deutlich über der oberen Grenze ihres Zielkorridors lag, obwohl der Zielkorridor ohnehin schon an ein sehr hohes Ausgangsniveau anknüpfte und mit 3 vH bis 6 vH zudem großzügiger bemessen war als im Vorjahr.

Niedrige Zinsen und ein nahezu stabiles Preisniveau trugen dazu bei, daß der größte Teil des zusätzlichen Geldes durch steigende Kassenhaltungswünsche absorbiert wurde. Haushalte und Unternehmen hielten sich bis in den Sommer hinein insbesondere auch mit Wertpapierkäufen zurück, weil sie für die Zukunft mit eher wieder steigenden Zinsen rechneten, eine Erwartung, die sich ab Mai zunächst auch bestätigte. Zunehmende Skepsis hinsichtlich einer weiteren Fortdauer der Preisniveaustabilität — die Preise für die Lebenshaltung stiegen zwischenzeitlich wieder mit einer Jahresrate von 1½ vH —, eine weltweit einsetzende Zinswende an den Kapitalmärkten und das Versiegen des zu Jahresbeginn noch sehr starken Zustroms von langfristigem Kapital aus dem Ausland lie-

ßen zur Jahresmitte auch in der Bundesrepublik die Zinssätze steigen. Die Rendite langfristiger Staatspapiere erhöhte sich innerhalb kurzer Zeit um mehr als einen Prozentpunkt. Die Bundesbank unternahm im Herbst den Versuch, mit einer Anhebung ihrer kurzfristigen Zinssätze das Geldmengenwachstum zu verringern. Wenngleich sie dies in sehr vorsichtiger Weise tat, zog sie sich damit massive Kritik aus dem Ausland zu. Kurz danach überstürzten sich die Ereignisse an den internationalen Börsen und Wertpapiermärkten. Nie zuvor beobachtete Kursstürze an den Aktienbörsen und ein auf einen neuen historischen Tiefpunkt fallender Dollarkurs beleuchteten schlaglichtartig die Enge des Handlungsspielraums, der unter den Bedingungen eines zunehmend integrierten, aber auch starker politischer Einflußnahme ausgesetzten Weltkapitalmarktes der Geldpolitik noch verbleibt, wenn sie sowohl die Geldmenge unter Kontrolle zu halten als auch Wechselkursstabilität zu gewährleisten versucht.

In dieser Situation zögerte die Bundesbank nicht, ebenso wie die Zentralbanken der anderen großen Industrieländer, die Geldschleusen weiter zu öffnen. Da zudem der Trend an den Kapitalmärkten nunmehr zu den Rentenwerten ging, sanken auch die Zinsen am „langen Ende" wieder (Ziffern 129ff.).

66. Ein unerwartet geringer Anstieg der Steuereinnahmen von 3½ vH bei ungebrochenem Ausgabenzuwachs führte dazu, daß sich 1987 die Finanzierungslücken auf allen Haushaltsebenen vergrößerten; das Defizit der Gebietskörperschaften betrug 1987 in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereits wieder 44 Mrd DM nach 33,6 Mrd DM im Vorjahr. Der damit verbundene expansive konjunkturelle Impuls in Höhe von 10½ Mrd DM hat zwar, für sich genommen, in diesem Jahr zur Stützung der Nachfrage beigetragen. In mittelfristiger Sicht lassen höhere Defizite und die vorläufige Beendigung der Konsolidierungspolitik jedoch höhere Zinsen und wieder ansteigende Steuerbelastungen erwarten. Im Jahre 1987 betrugen die Zinsausgaben des Staates bereits 59½ Mrd DM; sie waren damit etwa genauso hoch wie das Aufkommen von veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zusammengenommen. Auch in der Eindämmung der staatlichen Ausgabendynamik ist 1987 bei einem Anstieg der Ausgaben der Gebietskörperschaften von gut 4 vH kein Fortschritt erzielt worden. Insbesondere ist es nicht zu einem Abbau von Subventionen gekommen; die im Subventionsbericht ausgewiesenen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sind 1987 sogar nochmals um reichlich 3 vH gestiegen (Ziffern 145ff.).

67. Die Abschwächung der Produktionsentwicklung hat auch am Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Am Jahresende waren zwar etwa 95 000 Personen mehr beschäftigt als Ende 1986; da aber die Anzahl der Erwerbspersonen stärker zunahm, ist auch die Arbeitslosenzahl um 95 000 Personen angestiegen.

Dies lag auch, aber nicht allein an der prekären Situation der Krisenbranchen, in denen es erneut zu beträchtlichen Beschäftigungsverlusten kam. Schrumpfende Branchen hat es in allen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik gegeben, durchaus auch mit einem Beschäftigungsabbau in vergleichbarem Tempo und Ausmaß. Das Besondere ist hier gegenwärtig eher in der Konzentration auf wenige Standorte, in erster Linie auf das Ruhrgebiet und die Küstenregionen, zu sehen. Gesamtwirtschaftlich stimmt aber vor allem bedenklich, daß es derzeit — anders als in früheren Jahren — nur noch wenige expandierende Bereiche gibt, die ein nachhaltiges Gegengewicht auf dem Arbeitsmarkt bilden können.

Der Nettozuwachs der Beschäftigung ging in diesem Jahr fast ausschließlich auf das Konto von Bereichen, die nicht dem Unternehmenssektor zuzuordnen sind. Allein 90 000 Personen wurden vom Staat, von den Organisationen ohne Erwerbszweck und — in geringem Umfang — von den privaten Haushalten zusätzlich eingestellt. Im Unternehmenssektor reichte dagegen die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungssektor nur noch aus, um den Beschäftigungsabbau im Produzierenden Gewerbe auszugleichen.

Indessen weitete der Staat seine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiter aus. Die seit 1986 laufende Qualifizierungsoffensive der Bundesanstalt für Arbeit wurde mit einer gegenüber dem Vorjahr um fast ein Fünftel größeren Teilnehmerzahl fortgeführt. Auch wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose verlängert. Es sind zudem abermals hohe Subventionen für die von weiteren Beschäftigungsverlusten betroffenen Problembranchen bereitgestellt worden.

II. Im Zeichen veränderter Wechselkurse

Ausfuhr zieht wieder an

68. Zu Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf gab Anfang dieses Jahres vor allem die Ausfuhr Anlaß. Nachdem die kräftige Höherbewertung der D-Mark bereits im Jahresverlauf 1986 zu einem deutlichen Rückgang der Auslandsbestellungen geführt hatte, verstärkte sich mit dem weiteren Kursverfall des Dollar nach der Jahreswende der wechselkursbedingte Wettbewerbsdruck nochmals spürbar. Hinzu kam, daß die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in den europäischen Nachbarländern, nicht zuletzt wegen des Gegenwinds auf den Märkten des Dollarraums, ebenfalls an Fahrt verlor. Der Auftragseingang aus dem Ausland schwächte sich weiter ab, und da die unerledigten Auftragsbestände nun zusehends schrumpften, gingen auch die Lieferungen an das Ausland vermehrt zurück. Mit der Stabilisierung des Dollarkurses und der konjunkturellen Belebung in wichtigen Abnehmerländern änderte sich das Bild im Frühjahr jedoch deutlich. Preiszugeständnisse auf den Märkten, auf denen der stark gestiegene reale Außenwert der D-Mark deutsche Erzeugnisse besonders stark verteuert hatte, halfen zudem, weiteren Marktanteilsverlusten entgegenzuwirken, zum Teil auch wieder Boden gutzumachen. Bis zum Herbst konnten die deutschen Exporteure beträchtlich stei-

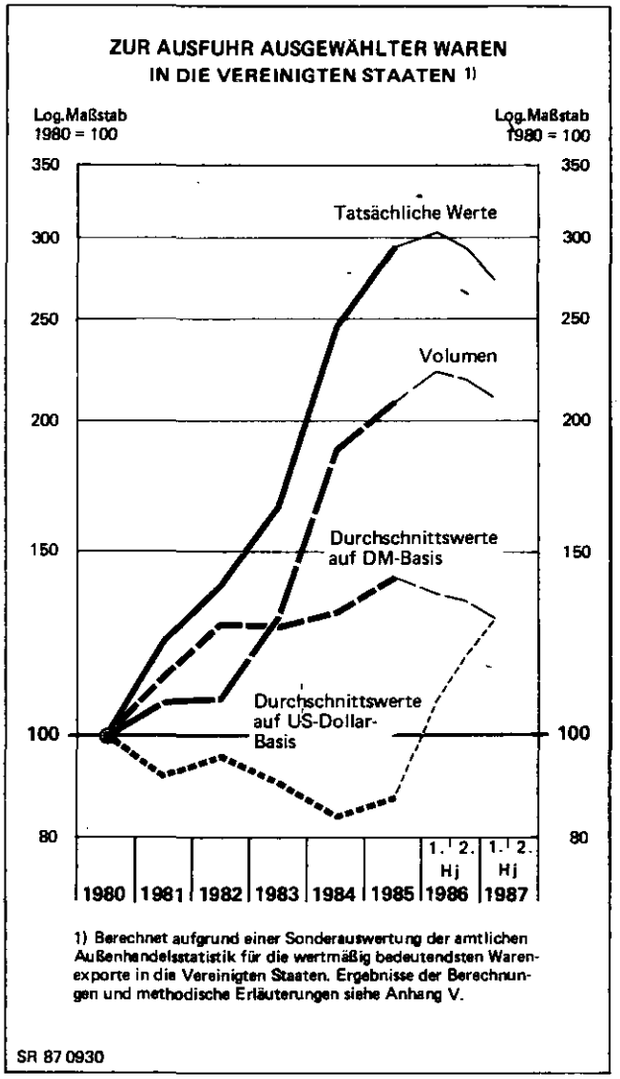
gende Bestellungen buchen, so daß auch die Lieferungen zunehmend wieder den Umfang vom Jahresbeginn überschritten. Trotz der neuerlichen Belastungen, die in jüngster Zeit von den Turbulenzen an den Devisenmärkten ausgingen, dürfte die Warenausfuhr dem Volumen nach 1987 im ganzen gesehen etwa ebenso hoch wie im Vorjahr sein; der von Vielen befürchtete Einbruch ist also ausgeblieben. Dem Werte nach fiel die Ausfuhr allerdings noch einmal um 1 vH niedriger aus als 1986.

69. Besonders stark liefen die Entwicklungen des Ausfuhrwertes und des Ausfuhrvolumens bei den Lieferungen in die Vereinigten Staaten auseinander. Während die Ausfuhr im ersten Halbjahr 1987 dem Werte nach um 10,2 vH niedriger war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, ergab sich dem Volumen nach — nimmt man die Entwicklung der wichtigsten Exporterzeugnisse als repräsentativ für die Warenausfuhr im ganzen — nur ein Rückgang um 5,7 vH. Dies war weniger, als man angesichts der über zwei Jahre anhaltenden starken Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hätte erwarten können. Statt im Ausfuhrvolumen hat sich die wechselkursbedingte Verteuerung deutscher Erzeugnisse im Amerikageschäft überwiegend in den Durchschnittswerten der Ausfuhr niedergeschlagen, die, wie der Abstand zwischen den Veränderungsraten von Werten und Volumen zeigt, um 4,5 vH gegenüber den ersten sechs Monaten 1986 zurückgingen (Schaubild 10). Diesen Aussagen liegt eine Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik zugrunde, die auf Anregung des Sachverständigenrates im Statistischen Bundesamt durchgeführt wurde.

70. *In der amtlichen Statistik werden bisher Volumenswerte und Durchschnittswertindizes für die Warenausfuhr insgesamt sowie für ausgewählte Länder- und Warengruppen, nicht aber für einzelne Waren und Länder errechnet. Infolgedessen fehlt es auch an entsprechend untergliederten Angaben zur Entwicklung des Ausfuhrvolumens. Gerade in Zeiten starker Wechselkursveränderungen ist eine Aufspaltung der wertmäßigen Ausfuhrentwicklung in Veränderungen der Durchschnittswerte und Veränderungen des Ausfuhrvolumens auf einzelnen Märkten jedoch besonders wichtig, weil nur so Anhaltspunkte dafür zu gewinnen sind, wie sich die Anpassungsreaktionen auf Mengeneffekte und Preiseffekte verteilen. In der Sonderauswertung wurden ausschnittsweise derartige Berechnungen für den Zeitraum ab 1980 durchgeführt, wegen des beträchtlichen Rechenaufwands jedoch nur für die wertmäßig bedeutenderen Exportgüter sowie für die Abnehmerländer Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien und Luxemburg, Niederlande, Italien, Großbritannien, Schweiz, Österreich sowie Japan (siehe Anhang V).*

71. Die Durchschnittswerte der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten sind verhältnismäßig stark zurückgegangen. Dies muß nicht nur an Preiszugeständnissen der deutschen Exporteure liegen. Es kann auch damit zusammenhängen, daß sich amerikanische Abnehmer, die beim Kauf deutscher Erzeugnisse zwischen Produkten unterschiedlicher Preisklassen wählen konnten, angesichts der Wechselkursentwicklung vermehrt für die billigeren entschieden. Betrachtet man indes die Entwicklung der Durchschnittswerte für die verschiedenen Warengruppen im Export nach den Vereinigten Staaten, so deutet diese doch darauf hin, daß Preiszugeständnisse der Anbieter mit dem Ziel, größeren Absatzeinbußen entgegenzuwirken, eine bedeutende Rolle spielten. So war der Rückgang

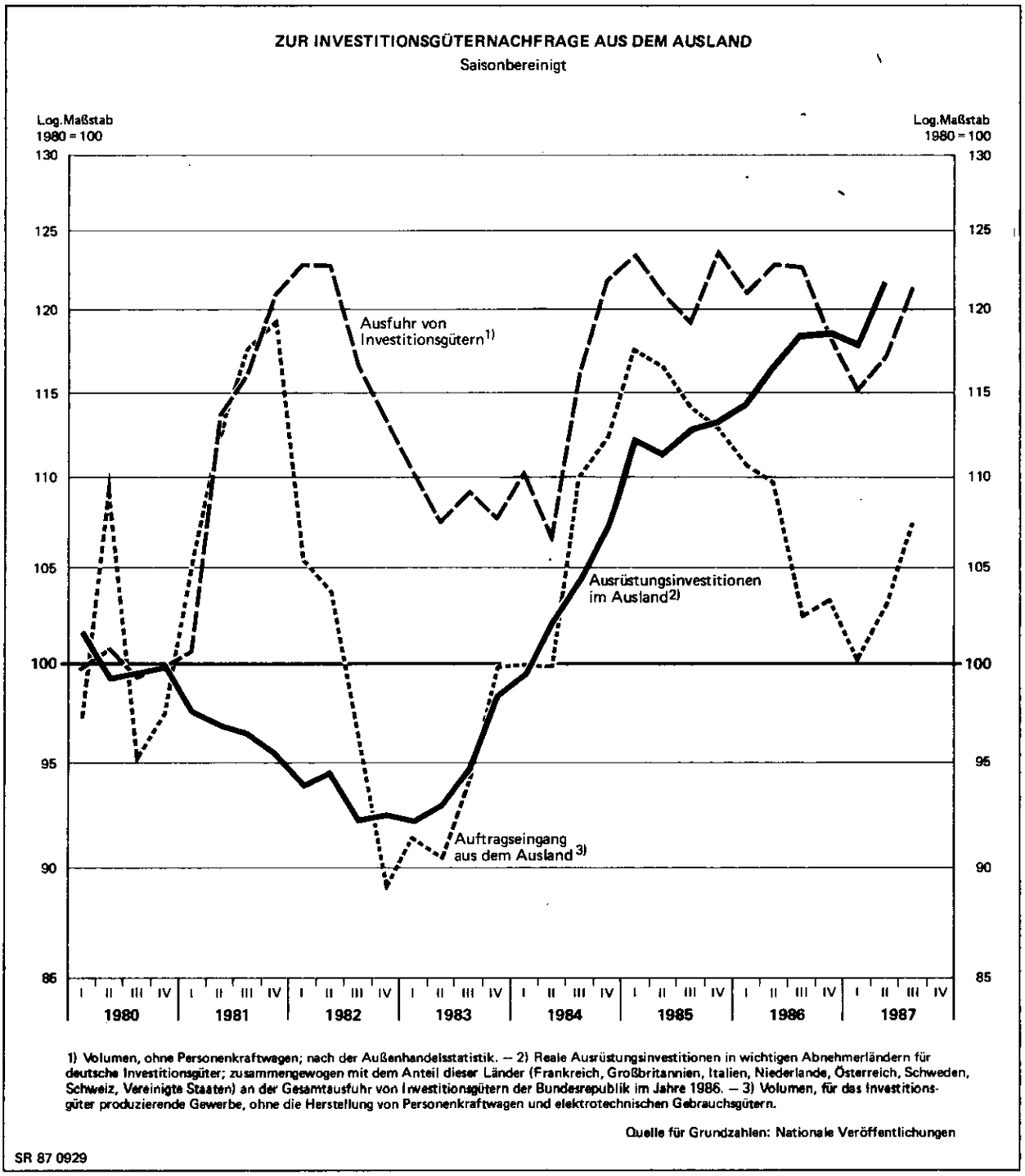
Schaubild 10



der Durchschnittswerte bei den meisten Grundstoffen und Produktionsgütern, die keine großen qualitativen Unterschiede aufweisen und vergleichsweise leicht durch Konkurrenzprodukte ersetzt werden können, ausgeprägter als bei vielen Investitionsgütern, bei denen qualitative Unterschiede stärker ins Gewicht fallen. Daß Preisnachlässen auch in diesem Jahr eine erhebliche Bedeutung zukam, geht im übrigen aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages hervor.

Auf der anderen Seite haben durchaus nicht alle Unternehmen Abstriche an ihren Preisforderungen gemacht. Manche Unternehmen haben auf dem amerikanischen Markt spürbare Absatzrückgänge in Kauf genommen, wie etwa einige Pkw-Hersteller oder eine Reihe von Konsumgüterherstellern; andere konnten sogar Absatzzuwächse erzielen, wie etwa die Hersteller von Textilmaschinen, denen zugute kam, daß solche Maschinen von amerikanischen Unternehmen kaum noch angeboten werden und daß andere ausländische Konkurrenten vom Wechselkurs her keine

Schaubild 11



1) Volumen, ohne Personenkraftwagen; nach der Außenhandelsstatistik. — 2) Reale Ausrüstungsinvestitionen in wichtigen Abnehmerländern für deutsche Investitionsgüter; zusammengewogen mit dem Anteil dieser Länder (Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten) an der Gesamtausfuhr von Investitionsgütern der Bundesrepublik im Jahre 1986. — 3) Volumen, für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, ohne die Herstellung von Personenkraftwagen und elektrotechnischen Gebrauchsgütern.

Quelle für Grundzahlen: Nationale Veröffentlichungen

SR 87 0929

nennenswerten Wettbewerbsvorteile besaßen. Hier überwogen daher die Impulse, die von der stark steigenden Produktion amerikanischer Hersteller von Textilien ausgingen, deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit sich infolge der Dollarkurs-Abwertung verbessert hatte. Soweit Preisermäßigungen vorgenommen wurden, gingen diese außerdem nicht in jedem Fall zu Lasten der Gewinnmargen. Die Hersteller von chemischen Erzeugnissen etwa gaben vornehmlich die Verbilligung von Vorprodukten weiter.

72. Die Auswirkungen, die der Kursverfall des Dollar auf die deutsche Ausfuhr hatte, blieben allerdings nicht auf den amerikanischen Markt beschränkt. Man muß auch die indirekten Wirkungen sehen, das heißt die Beeinträchtigung der Absatzchancen deutscher Unternehmen auf anderen Auslandsmärkten, insbesondere auf den Märkten der Partnerländer in der Europäischen Gemeinschaft. Dabei ist nicht allein in Rechnung zu stellen, daß die Unsicherheit über die weitere Kursentwicklung der amerikanischen Währung auch dort Anfang des Jahres dazu beitrug, die wirtschaftliche Aktivität und damit die Importnachfrage zu dämpfen. Zu Buche schlug fraglos ebenso, daß nicht nur amerikanische Anbieter, sondern auch zahlreiche Schwellenländer, die den Außenwert ihrer Währungen am Dollar ausrichten, durch dessen Kursrückgang Wettbewerbsvorteile erlangten, die sie auch zu einer Ausweitung ihrer Marktanteile in den europäischen Ländern nutzten. Um Absatzeinbußen auszugleichen, die sie wegen der besonders starken Aufwertung des Yen und wegen verschärfter Einfuhrrestriktionen in den Vereinigten Staaten hinnehmen mußten, drängten zudem japanische Exporteure verstärkt auf Auslandsmärkte mit traditionell starkem Anteil deutscher Exporte, darunter wiederum nicht zuletzt die der europäischen Nachbarländer.

73. So gesehen überrascht es nicht, daß die Ausfuhr in die Länder der Europäischen Gemeinschaft mit der konjunkturellen Belebung, die dort vom Frühjahr an zu verzeichnen war, zwar anzog, daß sich die Steigerung jedoch in recht engen Grenzen hielt. Bei leicht rückläufigen Durchschnittswerten war der Zuwachs beim Ausfuhrvolumen nicht wesentlich höher.

74. Am stärksten konnten die Hersteller von Grundstoffen und Produktionsgütern, allen voran die chemische Industrie, ihren Absatz in den europäischen Abnehmerländern ausweiten; da die D-Mark stärker als die meisten anderen Währungen gegenüber dem Dollar stieg, profitierten sie von der Verbilligung importierter Vorprodukte in besonderem Maße, und diesen Vorteil konnten sie im Preiswettbewerb ausspielen. Das erklärt zum guten Teil auch den Rückgang der Durchschnittswerte. Die Ausfuhr von Investitionsgütern, namentlich von Maschinenbauerzeugnissen, war dem Volumen nach hingegen nicht höher, sondern niedriger als vor Jahresfrist. In manchen Sparten mag das an auslastungsbedingten Lieferengpässen gelegen haben, in einigen davon auch daran, daß die Hersteller, um Marktanteile in den Vereinigten Staaten zu halten, dort mit möglichst kurzen Lieferfristen aufwarten wollten. In nicht wenigen Fällen kam wohl auch hinzu, daß Preisanhebungen auf den europäischen Märkten einen Ausgleich für Preiszugeständnisse im Amerikageschäft bieten sollten. Daß die Durchschnittswerte der in die Nachbarländer exportierten Maschinen deutlich stiegen und damit die wertmäßige Ausfuhr ihren Vorjahresstand um einiges überschritt, dürfte zum Teil aber auch daran liegen, daß in vermehrtem Umfang leistungsfähigere und deshalb höherwertige Maschinen ins benachbarte Ausland verkauft wurden. Das gilt auch für andere Investitionsgüter, wie beispielsweise Büromaschinen, mit dem Unterschied freilich, daß die deutschen Exporteure die japanische Konkurrenz auf dem europäischen Markt in verstärktem Maße spürten. Zusammen mit dem Verlust preislicher Wettbewerbsvorteile im Dollarraum dürfte das mit dazu beigetragen haben, daß die deutschen Hersteller von Ausrüstungsgütern seit zwei Jahren weniger an der ausländischen Investitionsnachfrage partizipieren (Schaubild 11).

Die Ausfuhr von Konsumgütern in die Länder der Europäischen Gemeinschaft konnte zwar dem Werte wie dem Volumen nach gesteigert werden; angesichts der nach wie vor recht guten Verbrauchskonjunktur in der Mehrzahl dieser Länder hätten aber wohl höhere Zuwächse erreicht werden können, wenn sich der Wettbewerbsdruck von Anbietern aus Drittländern nicht erhöht hätte. Nicht nur Japan, sondern auch die südostasiatischen Schwellenländer gewannen Marktanteile hinzu. Zu erwarten ist, daß sich dies fortsetzt. So planen die japanischen Automobilhersteller, den europäischen Markt künftig vermehrt von den Vereinigten Staaten aus zu beliefern, um so Selbstbeschränkungsabkommen mit der Gemeinschaft zu umgehen.

75. Auf der anderen Seite hat sich die Bereitschaft Japans erhöht, seinen eigenen Markt weiter zu öffnen. Das kommt auch den deutschen Anbietern zugute, wie sich inzwischen zeigt. Nicht nur Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, sondern auch Investitionsgüter und Konsumgüter konnten 1987 vermehrt nach Japan exportiert werden. Gemessen an der gesamten deutschen Ausfuhr fällt dies freilich noch immer kaum ins Gewicht. Ähnlich verhält es sich mit den Lieferungen in die südostasiatischen Schwellenländer, die angesichts ihrer guten Wachstumschancen als Abnehmerländer ebenfalls an Bedeutung gewinnen. Beachtliche Zuwächse der Exporte in diese Länder belegten das schon im laufenden Jahr. Dies kontrastiert deutlich mit den Lieferungen in die anderen Entwicklungsländer, die auf dem Niveau stagnierten, auf das sie im Jahresverlauf 1986 zurückgegangen waren; neben der wechselkursbedingten Verteuerung deutscher Erzeugnisse war der anhaltende Devisenmangel der meisten dieser Länder dafür ausschlaggebend.

Im Geschäft mit den Staatshandelsländern haben die deutschen Exporteure 1987 an Absatz eingebüßt. Auch die Ausfuhr in die Ölförderländer ist nochmals gesunken; so ausgeprägt wie in den vorangegangenen Jahren war der Rückgang freilich nicht mehr, was wohl vor allem daran lag, daß sich die Verschlechterung der Einnahmesituation dieser Länder im laufenden Jahr nicht fortgesetzt hat.

Lebhafte Verbrauchsnachfrage bei nahezu stabilen Preisen

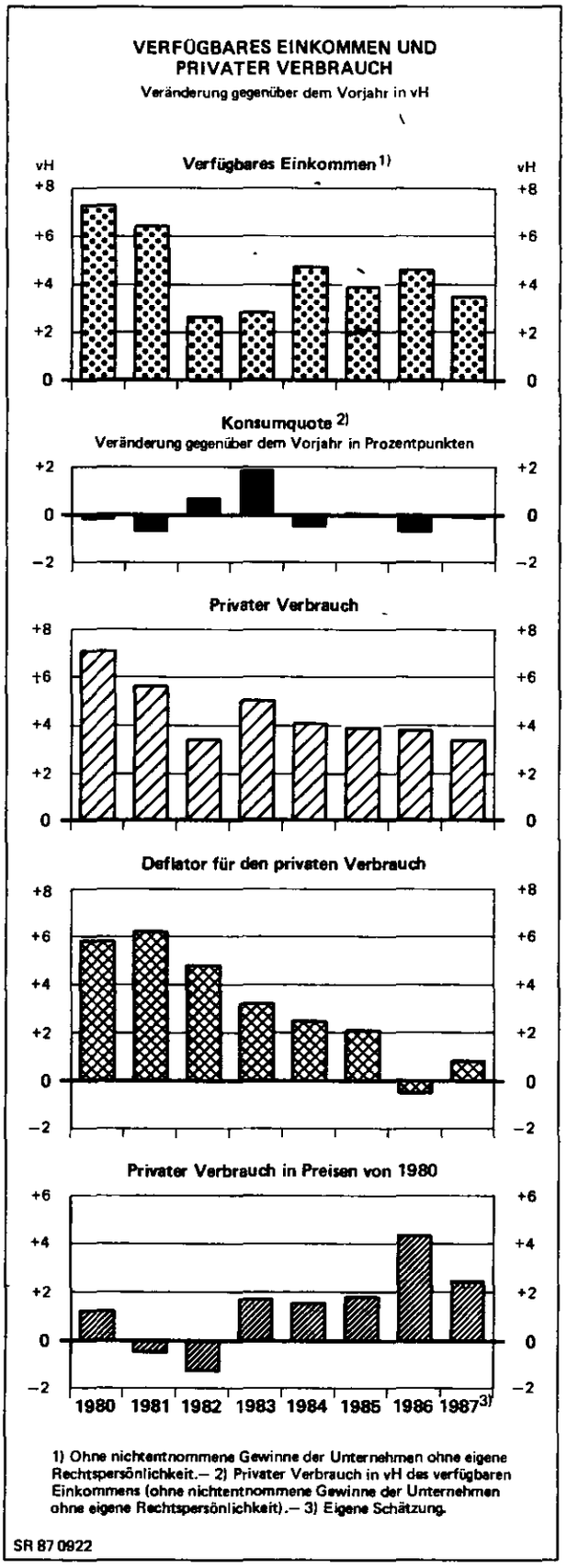
76. Die privaten Haushalte haben 1987 für den Verbrauch knapp 3½ vH mehr ausgegeben als im vergangenen Jahr. In realer Rechnung entsprach dies einer Steigerung von 2½ vH; der Zuwachs war damit zwar nicht mehr so hoch wie 1986, jedoch immer noch höher als in allen anderen Jahren seit 1980. Das macht deutlich, welchen Vorteil die Konsumenten von einem weitgehend stabilen Geldwert haben (Schaubild 12). Unter dem Einfluß der Höherbewertung der D-Mark hielt sich der Anstieg der Verbraucherpreise, der um die Jahreswende 1986/87 wieder einsetzte, das Jahr über in engen Grenzen. Daß sich die starke Verbrauchssteigerung des Vorjahres nicht wiederholte, war vor allem auf den geringeren Zuwachs des verfügbaren Einkommens zurückzuführen. Mehr gespart wurde vom Einkommen nicht. Der überdurchschnittliche Anstieg der Einfuhr von Verbrauchsgütern und der Ausgaben für Auslandsreisen zeigt allerdings, daß ein zunehmender Teil der Verbrauchsausgaben ins Ausland floß.

77. Während die privaten Haushalte von der Beschäftigungsentwicklung und damit von den erzielbaren Einkommenssteigerungen her gesehen eher Nachteile von der Höherbewertung der D-Mark hatten, zählten sie von der Preisentwicklung her eindeutig zu den Gewinnern; denn die Höherbewertung dämpfte nicht nur die Verteuerung von Importgütern, die dem letztjährigen Rückgang von der Jahreswende an folgte, sondern sie hielt auch die Preiserhöhungsspielräume im Inland eng, indem sie den Wettbewerbsdruck von außen verschärfte.

Am deutlichsten zeigte sich das auf der Verbraucherstufe bei industriell erzeugten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, die im Oktober dieses Jahres noch immer 1,0 vH billiger waren als vor Jahresfrist. Für Energie, das heißt für Mineralölprodukte, Strom, Gas und Kohle einschließlich der Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme, mußten die Haushalte in diesem Herbst sogar noch immer rund 4 vH weniger bezahlen, nicht zuletzt wegen der verzögerten Anpassung der Erdgaspreise an die Preise für Öl. Weiter verbilligt haben sich im Vorjahresvergleich auch Nahrungsmittel, und zwar im Oktober um 0,6 vH. Preissteigerungen waren gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit allein bei Dienstleistungen mit 2,1 vH und bei Wohnungsmieten mit 1,8 vH zu verzeichnen. Insgesamt ergab dies zuletzt eine Teuerungsrate von 0,9 vH.

78. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, das 1986 um 4,6 vH zugenommen hatte, ist 1987 nur um 3½ vH gestiegen. Das hatte mehrere Gründe. Als erster ist der schwächere Anstieg der Arbeitneh-

Schaubild 12



1) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.— 2) Privater Verbrauch in vH des verfügbaren Einkommens (ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit).— 3) Eigene Schätzung.

SR 87 0922

mereinkommen zu nennen, der nicht allein daraus resultierte, daß die tariflichen Stundenentgelte etwas weniger als im vorigen Jahr angehoben wurden, sondern vor allem daraus, daß die Beschäftigtenzahl deutlich weniger stieg und daß je Beschäftigten weniger Arbeitsstunden geleistet wurden, womit zum Teil auch Zuschläge für Mehrarbeit entfielen. Hinzu kam, und das ist der zweite Grund, daß die Nettoeinkommen, anders als im letzten Jahr, wieder schwächer als die Bruttoeinkommen zunahmen, wenn der Abstand auch kleiner war als vor der Steuersenkung 1986. Im Ergebnis erhöhte sich die Nettolohn- und -gehaltssumme mit mehr als 2½ vH nur noch halb so stark wie im Vorjahr. Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und die entnommenen Gewinne der Selbständigen nahmen nach Abzug der darauf entfallenden Steuern ebenfalls deutlich weniger zu als 1986; der Rückgang der Zuwachsrate von 3,7 vH auf 1½ vH ist der dritte Grund für die verhaltenere Einkommensentwicklung im ganzen. Dagegen sind die staatlichen Einkommensübertragungen in diesem Jahr mit fast 5 vH stärker als im letzten Jahr und auch stärker als die Erwerbseinkommen gestiegen. Ausschlaggebend dafür war in erster Linie die vermehrte Anzahl von Sozialleistungsempfängern, angefangen von den Rentnern über die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe bis hin zu den Empfängern von Sozialhilfe.

79. Die Konsumquote, das Verhältnis von Konsumausgaben zum verfügbaren Einkommen, die 1986 gesunken war, ist 1987 aufs Jahr gesehen unverändert bei knapp 88 vH geblieben. Die Haushalte haben also nicht noch einmal so viel zusätzlich gespart, auf der anderen Seite haben sie sich aber auch weniger verschuldet. Die Konsumentenkredite haben in diesem Jahr trotz niedrigerer Zinsen weniger zugenommen als 1986. Aufs Jahr gesehen sind daher die Verbrauchsausgaben mit der gleichen Rate gestiegen wie das verfügbare Einkommen. Zeitweilige Abweichungen hat es freilich gegeben. So waren die ersten Monate des Jahres zunächst von einer deutlichen Kaufzurückhaltung gekennzeichnet. Erhöhte Kurzarbeit und die Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf stimmten viele Verbraucher vorsichtig. Zum Ausfall an Nachfrage trug außerdem bei, daß im Vorjahr wegen der verminderten Steuervergünstigungen für neu zugelassene Personenkraftwagen mit Abgasreinigung Käufe vorgezogen worden waren. Um so kräftiger stiegen die Verbrauchsausgaben dann im Frühjahr, als diese Einflüsse abklangen.

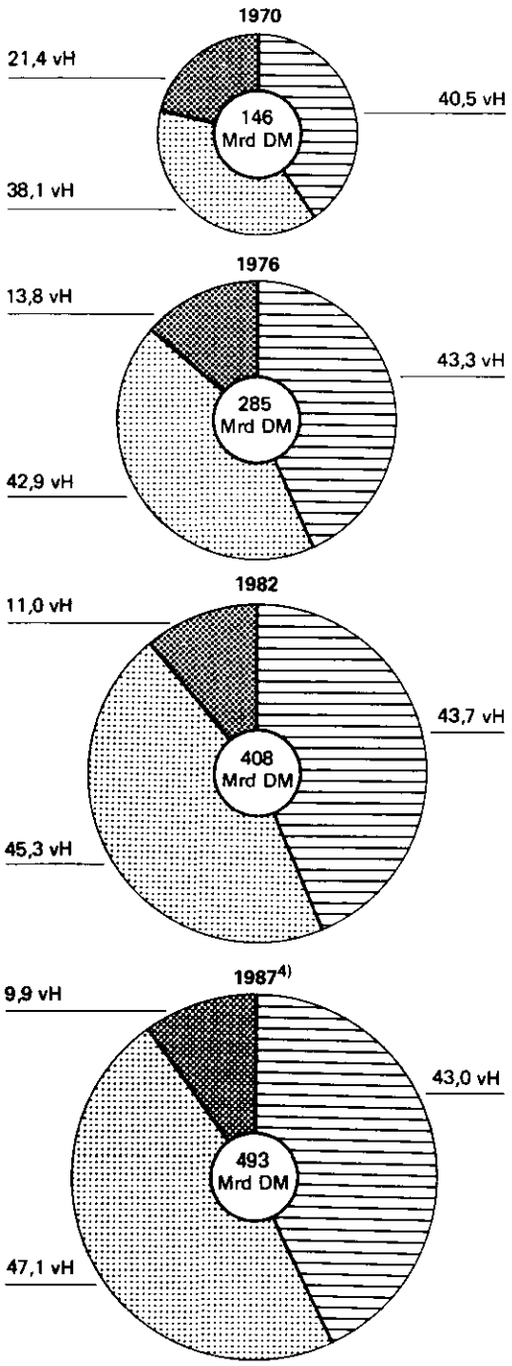
Mittelfristig gesehen ist die Konsumquote 1987 wie die der letzten Jahre durchaus als hoch zu bezeichnen. Sie liegt immerhin um einen Prozentpunkt höher als im Mittel des letzten Konjunkturzyklus von 1975 bis 1982. Darin spiegeln sich neben Änderungen im Ausgabeverhalten, zu denen nicht zuletzt geringere Aufwendungen für den Erwerb oder die Entschuldung von Wohnungseigentum zählen dürften, Aufwendungen, welche die Konsumquote früher drückten, auch Änderungen in der Struktur der Haushalte in demographischer und sozialer Hinsicht. Es gibt heute mehr junge Haushalte, die ihr Geld noch in größere Anschaffungen stecken, mehr Rentnerhaushalte, die zumeist nicht viel sparen, und nicht zuletzt mehr Arbeitslosenhaushalte, die nicht selten Ersparnisse auflösen oder gar Kredit aufnehmen, um keine allzu großen Abstriche an den gewohnten Lebensverhältnissen machen zu müssen.

Verhaltene Zunahme der staatlichen Güterkäufe

80. Auch Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen haben ihre Käufe von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr nicht mehr so stark erhöht wie 1986. In realer Rechnung nahmen Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen zusammen um etwa 2 vH zu. Im Vorjahr hatte die Steigerungsrate 2,8 vH betragen.

81. Verhaltener war insbesondere die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand. Der Anteil der Anlageinvestitionen an den Staatsausgaben insgesamt hat sich damit weiter verringert, eine Entwicklung, die schon seit Jahren anhält (Schaubild 13). Die Zunahme bei Ausrüstungen und Bauten blieben dem Volumen nach mit kaum mehr als 1½ vH weit hinter der von 1986 zurück, die bei 7,3 vH gelegen hatte. Zurückhaltender zeigten sich vor allem die Gemeinden. Dazu dürfte auch die Unsicherheit über die Finanzierung der Steuerreform 1988/1990 beigetragen haben; im Hinblick auf mögliche Einnahmenausfälle wollten sich viele Kommunen offenbar möglichst wenig Folgekosten aufladen, die höhere Investitionen erfahrungsgemäß nach sich ziehen. Schwerpunktmäßig wurde in Bereiche investiert, die für den Umweltschutz bedeutsam sind, wie die Abfallbeseitigung und die Abwasserreinigung.

Schaubild 13



1) Käufe von neuen Ausrüstungen und neuen Bauten einschließlich des Saldos der Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land, der Vorratsveränderung; abzüglich selbsterstellter Anlagen.— 2) Geleistete Einkommen aus unselbständiger Arbeit.— 3) Käufe von Gütern für die laufende Produktion, nicht bereinigt um Käufe der Sozialversicherungen von Gebietskörperschaften (im wesentlichen für Leistungen kommunaler Krankenhäuser).— 4) Eigene Schätzung.

SR 87 0931

82. Die zum Staatsverbrauch zählenden Ausgaben sind 1987 nominal zwar ebenso wie im letzten Jahr um 4½ vH gestiegen, real ging der Zuwachs jedoch von 2,3 vH auf 2 vH zurück, da sich die gekauften Waren und die in Anspruch genommenen Leistungen etwas stärker als im Vorjahr verteuerten. Abgeschwächt hat sich der Anstieg vor allem bei den gesetzlichen Krankenversicherungen, deren Ausgaben gut ein Viertel des gesamten Staatsverbrauchs ausmachen; preisbereinigt nahmen ihre Aufwendungen um 1½ vH zu.

Modernisierung steht im Mittelpunkt

83. Die Verschärfung des Wettbewerbsdrucks von außen und die zeitweilig aufgekommene Unsicherheit, wie es im Auslandsgeschäft weitergehen würde, sind nicht ohne Einfluß auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen geblieben. Nicht alle Unternehmen wurden freilich davon in gleicher Weise betroffen, und nicht alle haben in gleicher Weise darauf reagiert.

In der Industrie, die viel exportiert und auf den Inlandsmärkten die Importkonkurrenz stärker als die meisten anderen Wirtschaftsbereiche spürt, gewann die Modernisierung der Produktionsanlagen weiter an Bedeutung. Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen waren besonders gefragt, Geräte, mit denen nicht nur Arbeitsabläufe in Büros effizienter gestaltet, sondern auch Produktionsmaschinen, ja ganze Fertigungsstraßen nachgerüstet werden. Da ausländische Hersteller bei solchen Geräten häufig besser im Markt liegen, hat dies mit zu dem kräftigen Anstieg der Investitionsgüterimporte beigetragen (Ziffer 94). Der Ausbau vorhandener Kapazitäten wurde hingegen in vielen Fällen hinausgeschoben, in den Investitionsgüterindustrien, die zum Teil dafür eine Verlängerung ihrer Lieferfristen bei inländischen Kunden in Kauf nahmen, ebenso wie in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und auch in den Konsumgüterindustrien, die ohnehin noch zumeist über Kapazitätsreserven verfügten. Handel, Kreditinstitute, Versicherungen, Gastgewerbe, Bildungsinstitutionen, Gesundheitswesen und übrige Dienstleistungsunternehmen erweiterten hingegen ihre Anlagen. Deren Nachfrage nach Bauleistungen, die etwa die Hälfte der gesamten gewerblichen Bauinvestitionen beträgt, hat ganz entscheidend dazu beigetragen, daß die Bauinvestitionen der Unternehmen 1987 um 3½ vH höher ausfielen als im Vorjahr. Sie blieben damit hinter den Erwartungen zurück, weil Erweiterungen, die mehr gewerblichen Neubau und Ausbau erfordert hätten, in anderen Bereichen eine geringere Rolle spielten.

84. Insgesamt haben die Anlageinvestitionen der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung 1987 dem Volumen nach um gut 3½ vH zugenommen, nach einer Steigerung von 4,2 vH im Jahre 1986. Es darf allerdings nicht außer acht gelassen werden, daß Branchen, die seit längerem Absatzprobleme haben, weniger als 1986 investierten, so der Schiffbau, die Stahlindustrie, der Bergbau, die Schuhhersteller und die Landwirtschaft. Dabei handelt es sich zum Teil um sehr kapitalintensiv produzierende Branchen. Auch

die Bauwirtschaft hat 1987 neue Maschinen und Geräte nur noch verhalten geordert, als sich zeigte, daß die Baunachfrage im ganzen schwächer als erwartet ausfiel.

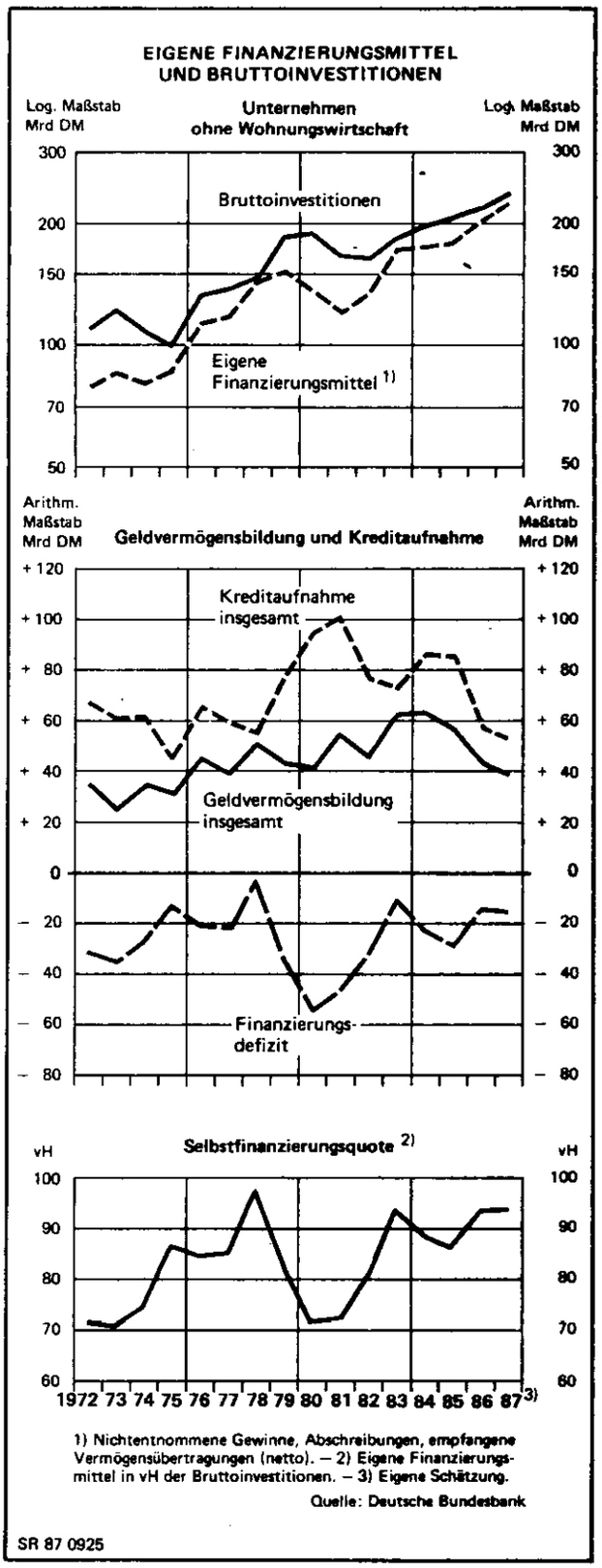
85. Bei der Finanzierung ihrer Investitionen haben die Unternehmen noch mehr als im Vorjahr auf eigene Mittel, das sind einbehaltene Gewinne, Abschreibungen und Investitionszuschüsse des Staates, zurückgegriffen. Nach den Ergebnissen der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Bundesbank für das erste Halbjahr 1987 haben die eigenen Finanzierungsmittel gut ausgereicht, um damit die Investitionsausgaben der Unternehmen für maschinelle Anlagen und Bauten zu bestreiten. Aufs Jahr gesehen wird es wegen der im zweiten Halbjahr lebhafteren Investitionstätigkeit aber keine vollkommene Selbstfinanzierung der Anlageinvestitionen geben; gleichwohl dürfte die Eigenmittelquote so hoch wie nur in wenigen Jahren zuvor liegen. Da die Unternehmen in diesem Jahr verstärkt ihre Läger aufgestockt haben, hat sich die Selbstfinanzierungsquote bei den gesamten Investitionen gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert (Schaubild 14).

Die Kreditaufnahme dürfte noch einmal etwas verringert worden sein. Auffallend ist dabei die seit Anfang 1986 zu beobachtende Umschuldung von kurzfristigen in langfristige Verbindlichkeiten. Dazu paßt auch, daß weniger Handelskredite vergeben worden sind. Die Unternehmen disponieren in dieser Phase der Höherbewertung der D-Mark sichtlich anders als in der letzten von 1978 bis 1981. Damals war die kurzfristige Verschuldung sprunghaft auf bis zu 50 vH der gesamten Kreditaufnahme angestiegen, die selbst wiederum binnen vier Jahren verdoppelt worden ist. Auch die Handelskredite waren seinerzeit kräftig ausgeweitet worden. Beides hatte die Handlungsmöglichkeiten der Unternehmen entsprechend eingeschränkt und den Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen mit verursacht. Eine Wiederholung dessen ist heute in Anbetracht des Finanzierungsverhaltens der Unternehmen nicht zu befürchten.

Die Unternehmen haben 1987 aber auch mehr Geld in festverzinslichen Wertpapieren angelegt und mehr langfristige Forderungen gegenüber dem Ausland erworben. Offen ist dabei die Frage, ob es sich hierbei nur um geparkte Gelder für künftige Investitionen handelt, die wegen der vorübergehend verhaltenen Absatzentwicklung aufgeschoben worden sind, oder ob sich darin eine dauerhafte Neueinschätzung der unternehmerischen Risiken spiegelt.

86. Angesprochen sind damit die Investitionsbedingungen. Hierzu zählt nicht nur, wie die Erlöse zu den Kosten passen; stimmen muß auch das Verhältnis zwischen der Sachkapitalrendite, die sich daraus ergibt, und der Verzinsung von Geldanlagen mit geringerem Risiko. Zu guten Investitionsbedingungen gehört überdies, daß die Wirtschaftspolitik keine Unsicherheiten für die Investoren schafft, sondern überschaubare und verläßliche Rahmenbedingungen. Zusammengenommen ergeben diese Indikatoren ein Bild der gegenwärtigen Investitionsbedingungen. Ausschlaggebend für das Investieren sind letztendlich aber die Gewinnerwartungen, die sich bei den Unternehmern daraus ergeben.

Schaubild 14



87. Die Kosten-Erlös-Relation hat sich, anders als erwartet, gegenüber der günstigen Ausgangssituation des Vorjahres noch einmal leicht verbessert. Die Gewinnmarge der Unternehmen — ohne Kreditinstitute,

Versicherungsunternehmen und ohne Wohnungsvermietung — ist auf gut 5½ vH gestiegen; sie liegt damit um rund einen Prozentpunkt über dem höchsten Wert, den sie im letzten Aufschwung erreichte (Ziffern 171 ff.). Ausschlaggebend für die Verbesserung in diesem Jahr war, daß die Verbilligung wichtiger Rohstoffe bis weit ins Jahr hinein nachgewirkt hat. Die Ausgaben für importierte Vorleistungen waren noch einmal um gut 3 vH niedriger als 1986. Das hat dem Betrage nach etwa zwei Fünftel der Mehrkosten für Löhne und Sozialversicherungsbeiträge aufgewogen. In der Summe sind diese mit 3½ vH zwar etwas schwächer als 1986 gestiegen; je Produkteinheit ergab sich mit knapp 2½ vH jedoch ein etwas stärkerer Anstieg als im letzten Jahr, weil die Produktion im Verhältnis zum Beschäftigtenstand erheblich weniger zugenommen hat, der Zuwachs der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität also entsprechend niedriger ausfiel. Die Stückkosten stiegen im Ergebnis somit weniger als die Preise. Mit dem nochmaligen Anstieg der Gewinnmarge hat sich auch der Abstand zur Verzinsung von Anlagen mit geringerem Risiko verbessert. Das wird auch aus dem Vergleich der Gewinnmarge mit dem Anteil der kalkulatorischen Zinsen an den Erlösen deutlich.

Bei den kalkulatorischen Zinskosten, wie wir sie in unseren Rechnungen zur Kosten-Erlös-Relation ausweisen, handelt es sich nicht um die gezahlten Fremdkapitalzinsen, sondern — dem Vorgehen in Investitionsrechnungen entsprechend — um den bei Anlage des Investitionsbetrages am Kapitalmarkt erzielbaren Ertrag. Kurzfristige Zinsänderungen infolge der konjunkturellen Entwicklung oder aufgrund einer zeitweilig expansiven oder kontraktiven Geldpolitik werden bei der empirischen Bestimmung der Zinsrate ausgeschaltet.

88. Trotz der günstigen Entwicklung der Rendite auf vorhandenes Sachkapital sind die Investitionsbedingungen zunehmend skeptisch beurteilt und die Attraktivität des Standortes Bundesrepublik ist erneut in Frage gestellt worden. Genährt werden solche Zweifel aus der Zahlungsbilanzstatistik über die Direktinvestitionen. Danach wurden von Inländern 1986 Investitionen in Höhe von 19,5 Mrd DM jenseits der deutschen Grenzen vorgenommen, in den ersten neun Monaten dieses Jahres für 11,4 Mrd DM. Umgekehrt haben ausländische Investoren 1986 nur 3,0 Mrd DM in der Bundesrepublik angelegt und in der Zeit von Januar bis September lediglich 0,1 Mrd DM investiert, so daß sich der Saldo weiter zuungunsten der Bundesrepublik verändert hat. Bedient man sich der Transferstatistik, aus der keine Angaben für das laufende Jahr verfügbar sind, sieht das Bild günstiger, aber nicht grundlegend anders aus. Danach sind die deutschen Direktinvestitionen im Ausland nach Abzug der Rückflüsse 1986 um 2,4 Mrd DM auf 11,2 Mrd DM zurückgegangen; die ausländischen Direktinvestitionen erhöhten sich dagegen um 2,3 Mrd DM auf 5,8 Mrd DM, bleiben aber immer noch um 5,4 Mrd DM hinter den deutschen Auslandsinvestitionen zurück.

Bei der Zahlungsbilanzstatistik wird im Gegensatz zum Vorgehen bei der Transferstatistik eine Mindestbeteiligung von 25 vH bei Aktiengesellschaften und von 10 vH bei größeren Beteiligungen im Umfang von „mehreren" 100 Mio DM vorausgesetzt, um eine Kapitaltransaktion als Direktinvestition einzustufen. Das führt tendenziell dazu, daß Direktinvestitionen des Auslands im Inland relativ niedrig ausgewiesen werden, da es in der Bundesrepublik vergleichsweise wenige Aktiengesellschaften gibt. Außerdem werden im Konzept der Zahlungsbilanzstatistik Darlehen an verbundene Unternehmen und Zuschüsse nicht einbezogen. Dafür werden Zuschätzungen für im Ausland reinvestierte Gewinne vorgenommen, die dem Betrage nach allerdings gering sind.

Eine Ursache für die Entwicklung ist die zunehmende Internationalisierung der Produktion. Investitionen an Standorten im Ausland helfen, die Beschaffung von Vorprodukten zu sichern und Kostenvorteile in der Produktion zu realisieren; auf der Absatzseite können Fühlungsvorteile bei der Markterschließung genutzt und kann protektionistischen Maßnahmen leichter ausgewichen werden. Wer an vielen Orten der Welt präsent ist, kann auch von Wechselkursschwankungen weniger betroffen werden — im Gegenteil, in gewissem Ausmaß lassen sich Produktionsströme gemäß den Paritätenänderungen mit Gewinn umleiten. Im Zuge der Globalisierung ihrer Aktivitäten haben die Unternehmen aller großen Industriestaaten in jüngster Zeit ihre Direktinvestitionen im Ausland verstärkt und dabei vornehmlich die Wirtschaftszonen Nordamerika, Japan-Südostasien sowie die Europäische Gemeinschaft gewählt.

Daraus erklärt sich zwar, warum deutsche Unternehmen verstärkt ins Ausland gehen, nicht jedoch, warum die Bundesrepublik vergleichsweise wenig Anziehungskraft auf ausländische Investoren ausübt. Zum Teil kann der stark negative Investitionssaldo geschichtlich begründet werden. Deutsche Firmen haben nach dem Weltkrieg ihr Auslandsvermögen verloren und erst später damit begonnen, wieder in größerem Umfang Auslandsstandorte aufzubauen. Von daher kann über die allgemeine Tendenz zur Globalisierung hinaus noch ein Nachholbedarf bestehen, den ausländische Firmen in der Bundesrepublik weniger verspüren. Diese hatten bereits in den fünfziger und sechziger Jahren die Bundesrepublik als Standort gewählt. Dafür sprechen neben den Statistiken über Direktinvestitionen auch die Zeitreihen für die grenzüberschreitenden Ströme der Vermögenseinkommen der Unternehmen. Beide weisen erst gegen Mitte der siebziger Jahre auf ein verstärktes Engagement deutscher Unternehmen im Ausland hin.

Zum Teil mag die Entwicklung auch auf eine verminderte Attraktivität des Standorts Bundesrepublik zurückgeführt werden — vermindert dadurch, daß sich die Investitionsbedingungen in anderen Ländern verbessert haben. In der Europäischen Gemeinschaft sind durch die Süderweiterung Standorte mit niedrigen Lohnkosten hinzugekommen, von denen aus der gemeinsame Binnenmarkt kostengünstiger versorgt werden kann als aus der Bundesrepublik. Ferner schlägt zu Buche, daß in einigen Ländern die Unternehmensbesteuerung verringert worden ist. Vor allem ist es aber die Attraktivität der Märkte selbst, die zählt. Sie ist in einigen Ländern dadurch erhöht worden, daß die Marktöffnung entschiedener als in der Bundesrepublik vorangebracht worden ist.

Wohnungsbau abermals rückläufig

89. Im Wohnungsbau, der in den beiden letzten Jahren kräftig zurückgegangen war, ist auch 1987 eine Wende zum Besseren ausgeblieben. Ließ sich der starke Einbruch in den Wintermonaten noch mit der besonders ungünstigen Witterung und dem Ausfall von Aufträgen erklären, die wegen auslaufender Steuervergünstigungen zur rechten Zeit im letzten Jahr vergeben worden waren, so zeigte sich im Verlauf dieses Jahres doch, daß nicht nur solche vorübergehenden Einflüsse die Bautätigkeit weiterhin dämpften. Zwar wurden vom Frühjahr an wieder mehr Bauvorhaben in Angriff genommen; es waren aber nicht so viele mehr, daß dies die vorangegangenen Ausfälle wettgemacht hätte. So wurden 1987 noch einmal erheblich weniger Wohnungen gebaut als 1986. Obwohl abermals mehr Wohnungen modernisiert wurden, blieben die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt dem Volumen nach um gut 4 vH unter dem niedrigen Stand des Vorjahres.

90. Allein bei Einfamilienhäusern ging es mit der Neubautätigkeit aufwärts. Angesichts weiter gestiegener Einkommen, billigen Baugeldes, der Befürchtung weiter anziehender Preise für Bauleistungen und Bauland sowie der seit Jahresbeginn erhöhten Steuervergünstigung für selbstgenutzte Eigenheime wurde in diesem Baubereich erneut mehr investiert als im Vorjahr. Einen Rückschlag gab es dagegen beim Bau von Zweifamilienhäusern; hier gingen nach der Streichung des vollen Schuldzinsenabzugs die Baugenehmigungen um etwa die Hälfte zurück. Mit dem Wegfall der Mehrwertsteueroption ist auch der Bau von Mietwohnungen im Rahmen von Bauherrenmodellen weniger attraktiv geworden. Die Investitionen im Geschoßwohnungsbau verminderten sich außerdem, weil die Objektförderung im sozialen Wohnungsbau, auf den etwa ein Fünftel der erstellten Wohneinheiten entfällt, nochmals eingeschränkt worden ist. Zudem wurden auch in diesem Jahr noch die Renditeerwartungen in Regionen mit Wanderungsverlusten und mit Vermögensliquidationen von Wohnungsunternehmen durch einen starken Angebotsdruck aus dem Bestand belastet. Inzwischen hat dieser Druck nachgelassen; vor allem wurden in den Stadtstaaten und Flächenländern im Norden wieder mehr Aufträge vergeben, während die Belebung in den Zuzugsgebieten des Südens eher verhalten war. Nur in Nordrhein-Westfalen stagnierte die Auftragsvergabe auf dem niedrigen Niveau vom Jahresbeginn.

91. Für Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbestand wurden 1987 rund 6 vH mehr ausgegeben als im Vorjahr. Bei Preissteigerungen, die mit 2½ vH gegenüber dem Vorjahr deutlich höher waren als bei Neubauleistungen, blieb real ein Zuwachs von 3½ vH. Der seit Jahren wachsende Anteil der Modernisierung an den Wohnungsbauinvestitionen ist damit weiter gestiegen, wenn auch nicht mehr ganz so kräftig wie 1986. In diesem trendmäßigen Anstieg spiegelt sich neben der Tatsache, daß das Wohnen in komfortablen Altbauten wieder in Mode gekommen ist, auch die qualitativ bessere Wohnungsversorgung wider. Wohnungen, die den heutigen Ausstattungsansprüchen nicht mehr entsprechen, sind immer schwerer zu vermieten. Werden sie verkauft, modernisiert sie der Käufer. Ähnlich verhält es sich, wenn Häuser vererbt werden, was angesichts der gestiegenen Eigentumsquote häufiger als früher der Fall ist. Im Mietwohnungsbereich kommt hinzu, daß Modernisierungsaufwendungen in der Regel sofort als Aufwand steuermindernd geltend gemacht und bei öffentlich geförderten wie bei gemeinnützigen Mietwohnungen in der Kostenmiete weitergegeben werden können. Außerdem wird die Altbausanierung durch Programme zur Stadt- und Dorferneuerung sowie zum Umweltschutz gefördert.

Kräftige Importsteigerung

92. Während im Jahre 1987 die Binnennachfrage im ganzen weniger zunahm als ein Jahr zuvor, hielt der Anstieg der Einfuhr unvermindert an. Ausländische Anbieter konnten im Wettbewerb mit den inländischen Unternehmen Marktanteile hinzugewinnen. Das gilt nicht nur für Anbieter aus dem Dollarraum, denen die Höherbewertung der D-Mark zunehmend spürbare Preisvorteile verschaffte. Mehr und mehr drangen auch solche Anbieter auf den Inlandsmärkten vor, die auf dem amerikanischen Markt infolge der Dollarschwäche oder auch wegen verschärfter Importbeschränkungen Absatzeinbußen erlitten. Im Jahresverlauf ist die Einfuhr indes nicht stetig gestiegen, und die Zunahme war auch nicht bei allen Warengruppen gleich kräftig.

93. Die verhaltenere Entwicklung, die gegen Jahresende 1986 zu verzeichnen war, setzte sich nach der Jahreswende zunächst noch fort. Maßgebend dafür war die zeitweilige Konjunkturabkühlung. Die Zurückhaltung von Verbrauchern und Investoren ließ die Einfuhr von Fertigwaren sinken, und mit der Produktion im verarbeitenden Gewerbe gingen auch die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren aus dem Ausland zurück, zumal weder die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt noch die Wechselkursentwicklung Käufe auf Vorrat nahelegten. Anders als im Vorjahr nahm zudem die Einfuhr von Rohöl und Mineralölprodukten trotz der langen Frostperiode sogar ab, da die Verbraucher über hohe Lagerbestände verfügten.

94. Das Bild änderte sich, als zum Frühjahr hin die Konjunktur wieder Tritt faßte. Nun zeigte die Höherbewertung der D-Mark mehr und mehr ihre Wirkung, obwohl sie sich fürs erste nicht mehr fortsetzte. Auf breiter Front zog die Einfuhr kräftig an. Am stärksten ist sie das Jahr über dann bei Fertigwaren gestiegen. Den höchsten Zuwachs verzeichnete dabei die Einfuhr von Investitionsgütern, namentlich von Büromaschinen, aber auch von elektrotechnischen Ausrüstungen und von Stahlbauerzeugnissen. Amerikanische Hersteller haben davon vergleichsweise wenig profitiert, obwohl sie vom Wechselkurs her die größten Wettbewerbsvorteile hatten; bei Investitionsgütern spielt der Preis jedoch häufig eine weniger wichtige Rolle als die qualitativen Faktoren oder eine intensive Kundenbetreuung, und hier waren europäische oder japanische Konkurrenten offenbar nicht selten im Vorteil. Hinzu kommt, daß amerikanische Firmen den deutschen Markt gerade bei den Ausrü-

stungsgütern, die besonders gefragt waren, von Produktionsstätten in der Bundesrepublik aus beliefern. Auf den Konsumgütermärkten konnten ausländische Hersteller im Jahresverlauf ebenfalls ihren Absatz erheblich vergrößern. Deutlich zugenommen haben vom Frühjahr an auch die Importe industrieller Vorprodukte. Das hing indes weniger mit Marktanteilsgewinnen ausländischer Produzenten zusammen; ausschlaggebend war vielmehr, daß der Importbedarf mit der Produktion stieg und daß die Unternehmen angesichts der anziehenden Preise ihre Läger an Rohstoffen und Halbwaren, darunter auch Mineralöl, wieder auffüllten.

95. Nimmt man zu der Wareneinfuhr die von ausländischen Anbietern in Anspruch genommenen Dienstleistungen hinzu — Leistungen ausländischer Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen etwa oder, was kräftig ins Gewicht fällt, Leistungen im Rahmen von Auslandsreisen —, so war die Einfuhr insgesamt 1987 dem Volumen nach um 3½ vH höher als im Vorjahr. Diesem Zuwachs der Einfuhr und nicht der Ausfuhrentwicklung ist es somit im wesentlichen zuzuschreiben, daß sich der reale Außenbeitrag in diesem Jahr um gut ein Viertel auf knapp 47½ Mrd DM zurückbilden dürfte.

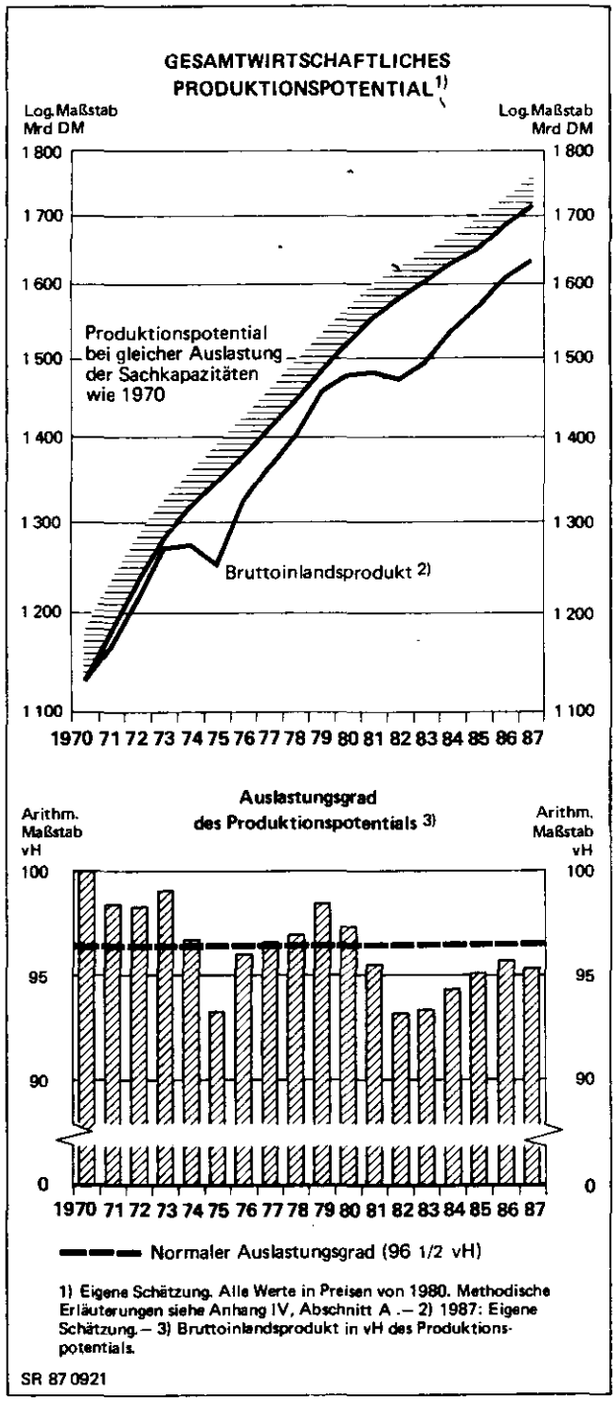
Der nominale Außenbeitrag hat sich allerdings kaum verändert; er dürfte aufs Jahr gesehen immer noch etwa 108 Mrd DM betragen. Im Jahresdurchschnitt waren die Einfuhrpreise nämlich immer noch so viel niedriger als 1986, daß die Ausgaben für die vermehrt eingeführten Waren und Dienstleistungen leicht unter denen des Vorjahres blieben, während die Ausfuhrpreise ihren letztjährigen Stand vergleichsweise wenig unterschritten, so daß sich der Rückgang der Ausfuhrerlöse in recht engen Grenzen hielt.

Weiterhin wenig Wachstumsdynamik

96. Beides, die geringere Zunahme an Nachfrage im Inland und der Rückgang des Überschusses der Ausfuhr über die Einfuhr, spiegelt sich in einem deutlich kleineren Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zum Vorjahr. Es hat jedoch nicht nur die laufende Produktion vergleichsweise wenig zugenommen, auch das Wachstum des Produktionspotentials blieb mit knapp 2 vH weiterhin verhalten. Ausschlaggebend dafür war die nach wie vor geringe Dynamik bei den Investitionen.

Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten ist im Jahresdurchschnitt — erstmals seit Beginn des Aufschwungs 1983 — leicht zurückgegangen. Er lag 1987 mit 95½ vH etwa einen halben Prozentpunkt unter dem Auslastungsgrad von 1986 und um einen Prozentpunkt unter dem Normalauslastungsgrad, mißt man diesen am längerfristigen Durchschnitt (Schaubild 15).

Schaubild 15



1) Eigene Schätzung. Alle Werte in Preisen von 1980. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt A. — 2) 1987: Eigene Schätzung. — 3) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials.

SR 87 0921

97. Die wirtschaftliche Schwächephase während der Wintermonate 1986/87 ist verschiedentlich als konjunktureller Wendepunkt im Sinne einer nunmehr beginnenden Abschwungsphase gedeutet worden. Wir teilen ein solches Urteil zur Konjunktur im Jahre 1987 nicht. Das konjunkturelle Verlaufsbild dieses Jahres zeigt nicht das typische Muster einer Wende zum Schlechteren. Die außenwirtschaftlichen Belastungen aufgrund der nach Tempo und Ausmaß dramatischen Veränderung der Wechselkurse haben zwar deutliche Spuren bei der Produktionstätigkeit hinterlassen, sie sind aber im Jahresverlauf überwunden worden. Die Auftriebskräfte behielten die Oberhand, so daß das Jahr 1987 bereits vom Frühjahr an wieder einen Anstieg der Produktion — wenngleich keinen kräftigen — brachte. Der gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um einen halben Prozentpunkt niedrigere Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten weist somit keine nach unten gerichtete konjunkturelle Entwicklung aus. Eine solche Interpretation würde zwar mit traditionellen Sichtweisen übereinstimmen, und auch andere Kriterien zur Abgrenzung konjunkturelller Phasen könnten sie nahelegen: Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm saisonbereinigt zwei Vierteljahre hintereinander ab, und die Zunahme der Industrieproduktion blieb hinter der trendmäßigen Entwicklung zurück. Die Minderauslastung im Jahresdurchschnitt ging jedoch im wesentlichen auf einen Einmaleffekt zurück, nämlich die außenwirtschaftlich bedingte Niveauabsenkung des Wachstumspfades in den Wintermonaten 1986/87. Bereits vom zweiten Quartal an stieg der Auslastungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe und damit auch in der Wirtschaft insgesamt wieder.

98. Auch durch die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung wird der Befund gestützt, daß sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzt. Die Zuwachsrate der realen Endnachfrage (Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Export) lag 1987 über der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Das unterscheidet dieses Jahr von allen bisherigen Jahren mit sinkendem Auslastungsgrad, ausgenommen das Jahr 1972, in welchem ähnliche außenwirtschaftliche Einflüsse wirksam waren (Schaubild 16). Die Zuwachsrate der Produktion blieb 1987 vor allem deswegen hinter dem Wachstum des Produktionspotentials zurück, weil aufgrund der Wechselkursveränderungen — nicht nur derjenigen dieses Jahres, sondern auch derjenigen der beiden Jahre davor, die 1987 erst voll zur Wirkung kamen — ein großer Teil der zusätzlichen Inlandsnachfrage auf ausländische Produkte umgelenkt wurde. Auch dies spricht dagegen, den Konjunkturverlauf seit Mitte des vergangenen Jahres als Beginn eines Abschwungs zu deuten.

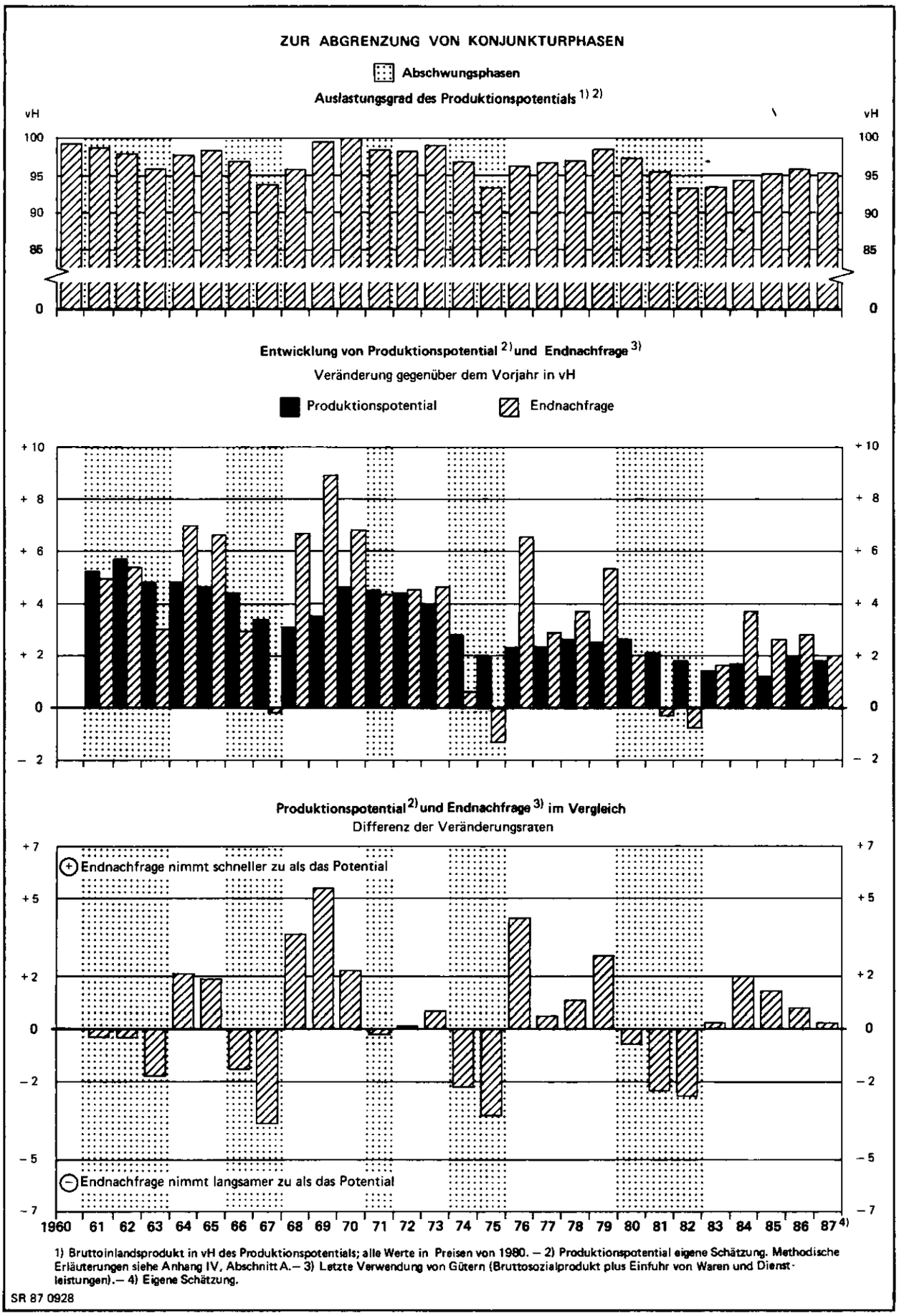
99. Ein weiterer Gesichtspunkt von grundsätzlicher Bedeutung tritt hinzu. Die derzeitige Expansion ist weniger dynamisch und hält länger an, als dies für Aufschwungsphasen früher kennzeichnend war. Dies könnte auf den Beginn einer Wachstumsperiode hindeuten, die stetiger verläuft, als es bisher gewohnten konjunkturellen Verlaufsmustern entspricht (Ziffer 232). Darüber ist ein endgültiges Urteil noch nicht möglich. In jedem Fall ist es aber angezeigt, sich bei dem Urteil über den Fortgang der derzeitigen Aufwärtsentwicklung nicht ausschließlich und in schematischer Weise am Auslastungsgrad des Produktionspotentials und an zyklischen Verlaufsmustern früherer Zeiten zu orientieren. Ein spannungsfreies Wachstum des Sozialprodukts entlang dem durch das Produktionspotential vorgegebenen Pfad ist mit geringfügigen Schwankungen im Auslastungsgrad durchaus vereinbar. Sie wären in diesem Fall kein Beleg für konjunkturelle Schwingungen, sondern eher Ausdruck zufälliger Streuungen der Zuwachsraten um den mittelfristigen Wachstumspfad.

100. Der leicht gesunkene Auslastungsgrad in diesem Jahr gibt somit kaum Anlaß zur Sorge, wohl aber das nach wie vor sehr schwache Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials. Dieses hat seit 1983 im Jahresdurchschnitt um nicht viel mehr als 1½ vH zugenommen und damit nicht einmal halb so stark wie in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als noch eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 3,5 vH erreicht wurde, und das, obwohl sich inzwischen der trendmäßige Rückgang der Kapitalproduktivität von 1,7 vH auf 1,3 vH pro Jahr verringert hat. Woran es fehlt, sind stärker steigende Investitionen. Im Unternehmenssektor, wie wir ihn in unseren Rechnungen zum Produktionspotential abgrenzen, zeigt sich schon seit Mitte der siebziger Jahre ein drastischer Rückgang der jährlichen Wachstumsrate des Kapitalstocks. Zu Beginn der achtziger Jahre sank sie bis unter 3 vH; erst in den letzten beiden Jahren hat sie sich wieder etwas erhöht. Auch 1987 blieb sie jedoch mit 3 vH immer noch unbefriedigend.

101. Die derzeitige Investitionstätigkeit ist nicht allein im Vergleich mit früheren Wachstumsraten des Bruttoanlagevermögens schwach. Sie ist vor allem auch zu schwach, wenn man sie an den weiter steigenden Ansprüchen an die Versorgung mit privaten und öffentlichen Gütern mißt. Die in der Vergangenheit erreichten Steigerungsraten des pro Erwerbstätigen erwirtschafteten Sozialprodukts spiegelten eine stete Innovationstätigkeit sowie einen ständig steigenden Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz wider. Die Aufwendungen der deutschen Unternehmen für Forschung und Entwicklung hatten 1985 — Angaben der OECD zufolge — die Höhe von 1,6 vH des Bruttosozialprodukts erreicht, nachdem diese Quote 1975 noch 1,1 vH betragen hatte. Der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz lag 1987 — in Preisen von 1980 gerechnet — bei schätzungsweise 165 000 DM im Durchschnitt der Unternehmen und damit um 40 vH höher als zehn Jahre zuvor. Auch in Zukunft wird die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze bei gleichzeitig weiter ansteigender Arbeitsproduktivität eine hohe Investitionstätigkeit voraussetzen, zumal der technische Fortschritt in hohem Maße kapitalgebunden ist.

102. Der Befund eines schwachen Wachstums der Produktionskapazitäten gilt freilich nicht für alle Wirtschaftsbereiche in gleicher Weise. Eine durchaus beachtliche Investitionsdynamik weist der Dienstleistungsbereich mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Bruttoanlagevermögens von über 7 vH im Zeitraum von 1980 bis 1986 auf. An seiner führenden Position ändert sich auch dann nichts, wenn man in Rechnung stellt, daß hier auch Anlagen erfaßt sind,

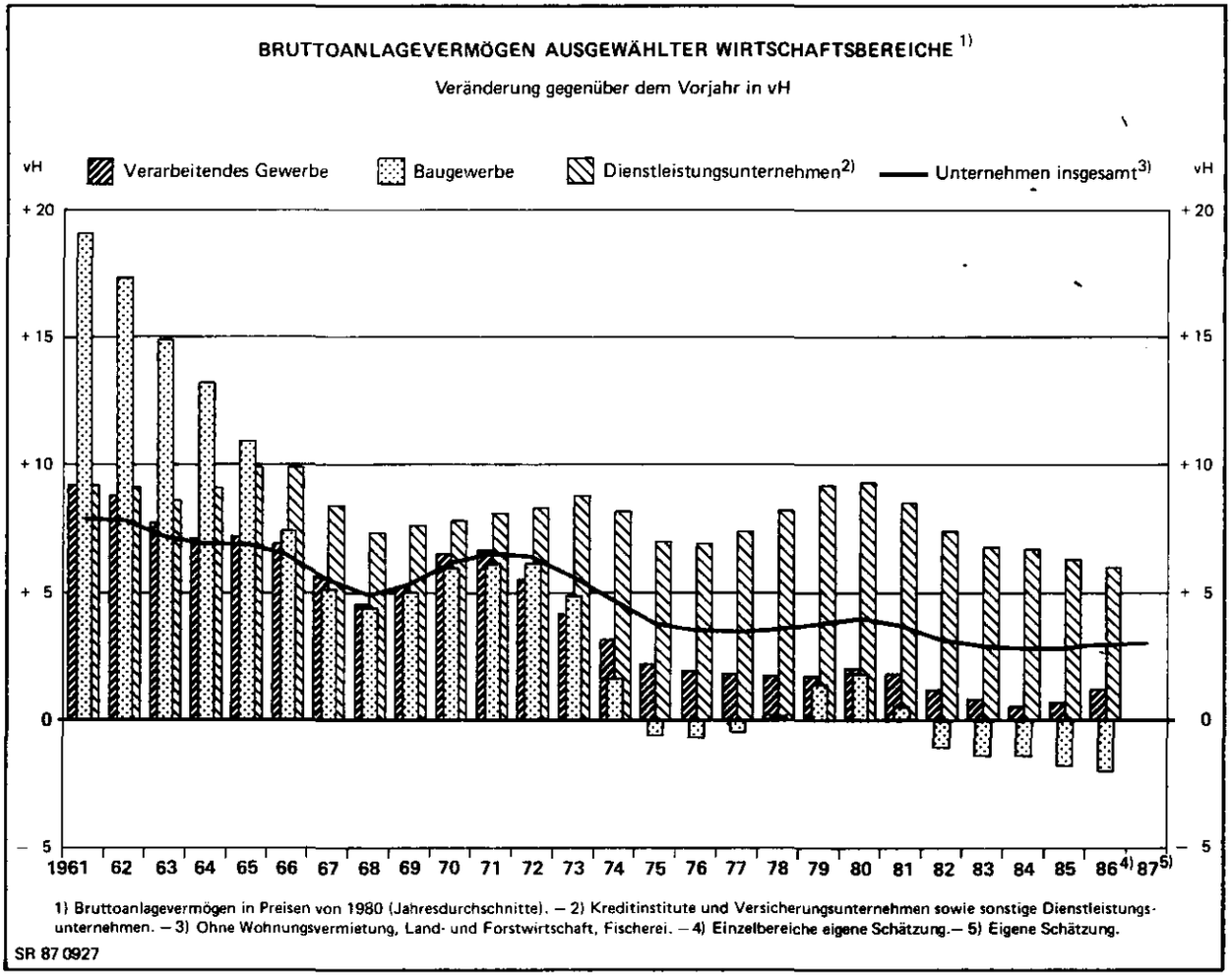
Schaubild 16



1) Bruttoinlandsprodukt in vH des Produktionspotentials; alle Werte in Preisen von 1980. — 2) Produktionspotential eigene Schätzung. Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt A. — 3) Letzte Verwendung von Gütern (Bruttosozialprodukt plus Einfuhr von Waren und Dienstleistungen). — 4) Eigene Schätzung.

SR 87 0928

Schaubild 17



die im Leasingverfahren anderen Sektoren zur Verfügung gestellt werden und daher in einer Benutzerrechnung diesen zuzurechnen wären. Sehr schwach war dagegen die Investitionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe. Hier sind die Sachanlagen im gleichen Zeitraum nur um etwa 1 vH pro Jahr gewachsen. Im Baugewerbe ist in den letzten Jahren sogar ein Rückgang des Bruttoanlagevermögens festzustellen (Schaubild 17).

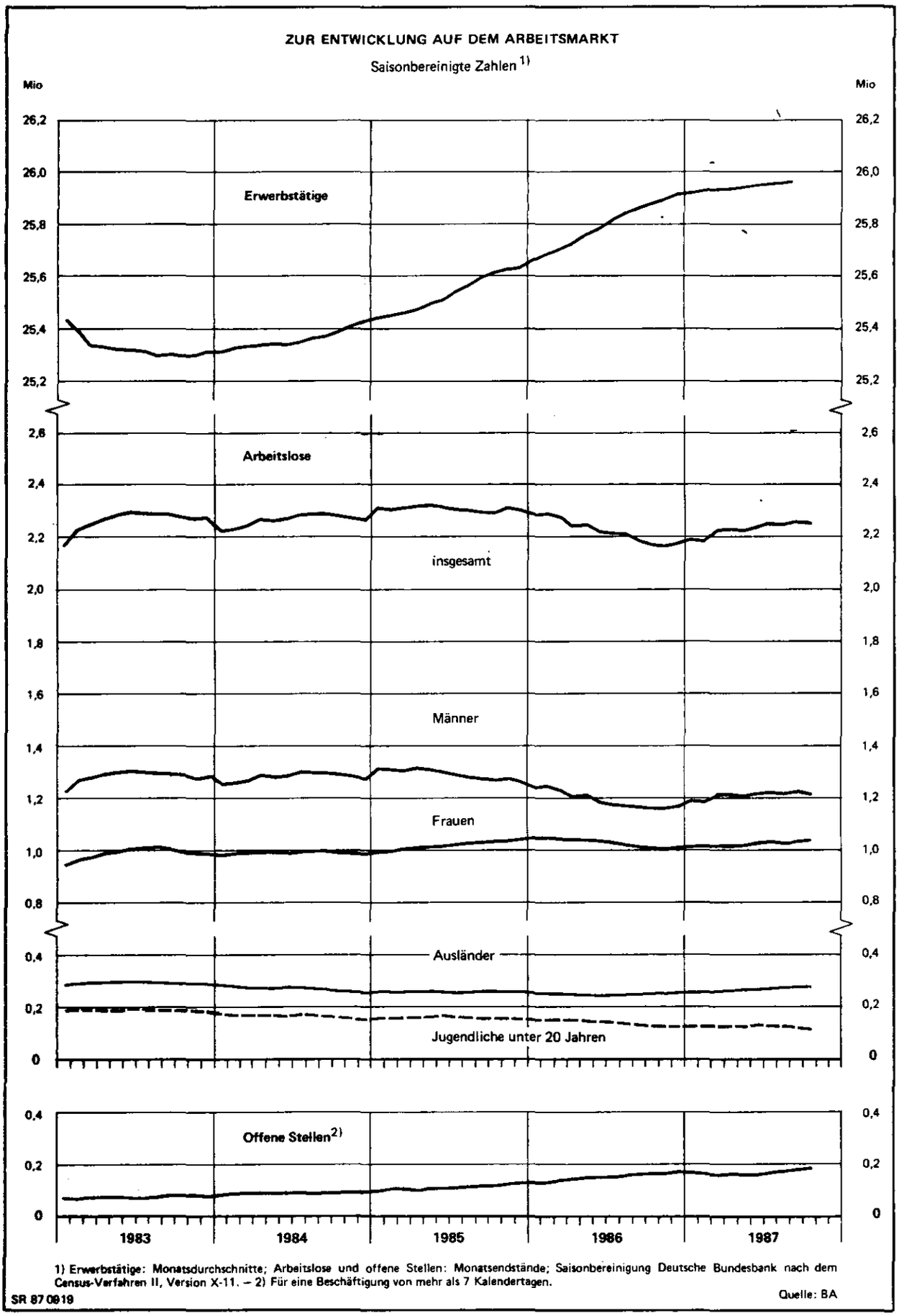
Der Dienstleistungsbereich ohne Wohnungsvermietung hat mit einem Zuwachs von gut 450 000 Erwerbstätigen seit 1980 auch bei weitem die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen. Vieles spricht dafür, daß er auch in Zukunft der Bereich mit der größten Investitionsdynamik und der günstigsten Beschäftigungsentwicklung bleiben wird.

103. Die Investitionen des Staates, beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur oder auch in Versorgungs- und Entsorgungssysteme sowie in den Umweltschutz, können wichtige Komplementärfunktionen zu privaten Investitionen erfüllen. Mit einer durchschnittlichen Rate von 2,7 vH nahm jedoch auch das öffentliche Anlagevermögen in den achtziger Jahren wesentlich schwächer zu als im vorangegangenen Jahrzehnt, als noch ein durchschnittlicher jährlicher Zuwachs von 4,2 vH erreicht worden war. Im Jahre 1987 betrug die Zuwachsrate knapp über 2 vH, und für das kommende Jahr ist eher mit einem weiteren Rückgang als mit einer nachhaltigen Steigerung zu rechnen.

III. Beschäftigungsentwicklung unter dem Druck des Strukturwandels

104. Die Abschwächung der Produktionsentwicklung hat auch am Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen. Im Vorjahr war die Beschäftigung noch um rund 1 vH beziehungsweise 250 000 Personen gestiegen, und die Anzahl der Arbeitslosen war trotz steigender Erwerbsneigung um 130 000 zurückgegangen. Im Verlauf dieses Jahres dürfte das Plus bei der Beschäftigung dagegen nur rund 95 000 Personen betragen, die Arbeitslosenzahl dürfte um etwa die gleiche Zahl zunehmen (Schaubild 18).

Schaubild 18



1) Erwerbstätige: Monatsdurchschnitte; Arbeitslose und offene Stellen: Monatsendstände; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 2) Für eine Beschäftigung von mehr als 7 Kalendertagen.

SR 87 0919 Quelle: BA

Angesichts der schwierigen außenwirtschaftlichen Bedingungen sowie des voranschreitenden Kapazitätsabbaus in verschiedenen Branchen, so etwa der Stahlindustrie, hätte die Entwicklung der Beschäftigung noch ungünstiger ausfallen können. Wie der äußerst schwache Anstieg der Arbeitsproduktivität in der Industrie neben anderen Indikatoren erkennen läßt, haben viele Unternehmen — im Vertrauen auf einen Fortgang des Aufschwungs auf mittlere Sicht — ihren Beschäftigungsstand nicht kurzfristig an das diesjährige Produktionsniveau angepaßt, sondern den Aufbau von Personalreserven zugelassen. Auch deshalb stiegen die Lohnstückkosten.

Die schon seit langem zu beobachtende Schrumpfung in der Stahlindustrie, im Kohlenbergbau und in der Werftindustrie hat sich in diesem Jahr beschleunigt. Wegen der Ballung dieser Industrien in wenigen Regionen in der Bundesrepublik steht dieser Beschäftigungsabbau stärker im Licht der Öffentlichkeit. Die Konzentration des Interesses auf die Sektoren mit schrumpfender Beschäftigung lenkt davon ab, daß die Entwicklung insgesamt, über fast alle Branchen hinweg, gedämpfter als in der Vergangenheit verläuft. Die in den schrumpfenden Produktionsbereichen freigesetzten Arbeitnehmer können somit nicht mehr so schnell wie noch vor ein oder zwei Jahrzehnten an anderer Stelle wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Auch sollte man die Beschäftigungsprobleme in den ländlichen Räumen nicht übersehen, die mit den strukturellen Problemen der Landwirtschaft zusammenhängen.

Nur noch geringer Anstieg der Beschäftigung

105. Die Anzahl der Erwerbstätigen hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres zwar weiter zugenommen, mit durchschnittlich rund 6 000 pro Monat war der Anstieg jedoch deutlich schwächer als im vergangenen Jahr. Im Jahre 1986 hatte sich die Anzahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt monatlich noch um mehr als 20 000 erhöht. Der Zuwachs der Beschäftigung wies bei fast gleichbleibender Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen eine ähnliche Größenordnung auf. Im Jahresdurchschnitt 1987 werden — wegen des steileren Anstiegs im letzten Jahr — schätzungsweise rund 155 000 Arbeitnehmer mehr beschäftigt sein als 1986 (Tabelle 5). Im vergangenen Jahr hatte die Zunahme 251 000 betragen.

Die veränderten Personaldispositionen der Unternehmen kommen vor allem in einer geringeren Neigung, Arbeitskräfte zusätzlich oder als Ersatz für ausscheidende Mitarbeiter einzustellen, zum Ausdruck. Die Entlassungen haben sich dagegen nur wenig erhöht. Dieses geänderte Einstellverhalten zeigt sich sowohl an der im Vergleich zum Vorjahr um rund 20 vH niedrigeren Anzahl derjenigen, die aus der Arbeitslosigkeit kommend eine neue Stelle fanden, als auch an der um 1½ vH geringeren Anzahl an offenen Stellen, die von den Betrieben den Arbeitsämtern gemeldet wurden (Schaubild 19). Die Zahl derer, die entlassen wurden und nicht sofort einen neuen Arbeitsplatz fanden, stieg demgegenüber nur um 1½ vH. Gleichzeitig

Schaubild 19

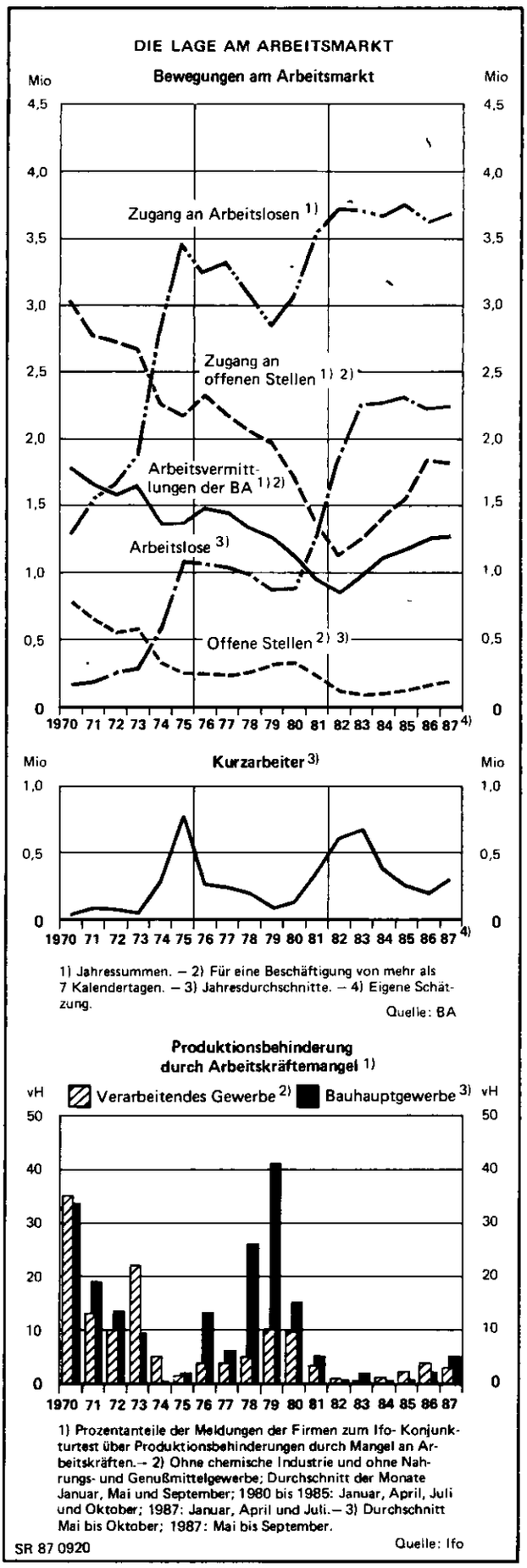


Tabelle 5

Die Entwicklung am Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbspersonen [1]	Erwerbstätige [2]				Arbeitslose [4]	Kurzarbeiter [4]	Offene Stellen [4]	Arbeitslosenquote [6]
		insgesamt	beschäftigte Arbeitnehmer		Selbständige [5]				
			zusammen	darunter Ausländer [3] [4]					
	1 000								vH
1960	26 518	26 247	20 257	279	5 990	271	3	465	1,3
1961	26 772	26 591	20 730	507	5 861	181	3	552	0,9
1962	26 845	26 690	21 032	629	5 658	155	4	574	0,7
1963	26 930	26 744	21 261	773	5 483	186	11	555	0,9
1964	26 922	26 753	21 484	902	5 269	169	2	609	0,8
1965	27 034	26 887	21 757	1 119	5 130	147	1	649	0,7
1966	26 962	26 801	21 765	1 244	5 036	161	16	540	0,7
1967	26 409	25 950	21 054	1 014	4 896	459	143	302	2,1
1968	26 291	25 968	21 183	1 019	4 785	323	10	488	1,5
1969	26 535	26 356	21 752	1 366	4 604	179	1	747	0,8
1970	26 817	26 668	22 246	1 807	4 422	149	10	795	0,7
1971	27 002	26 817	22 606	2 128	4 211	185	86	648	0,8
1972	26 990	26 744	22 633	2 285	4 111	246	76	546	1,1
1973	27 195	26 922	22 906	2 498	4 016	273	44	572	1,2
1974	27 147	26 565	22 640	2 381	3 925	582	292	315	2,5
1975	26 884	25 810	22 014	2 061	3 796	1 074	773	236	4,7
1976	26 651	25 591	21 939	1 925	3 652	1 060	277	235	4,6
1977	26 577	25 547	22 029	1 872	3 518	1 030	231	231	4,5
1978	26 692	25 699	22 264	1 857	3 435	993	191	246	4,3
1979	26 923	26 047	22 663	1 924	3 384	876	88	304	3,7
1980	27 217	26 328	23 009	2 018	3 319	889	137	308	3,7
1981	27 416	26 144	22 869	1 912	3 275	1 272	347	208	5,3
1982	27 542	25 709	22 436	1 787	3 273	1 833	606	105	7,6
1983	27 589	25 331	22 057	1 694	3 274	2 258	675	76	9,3
1984	27 629	25 363	22 097	1 609	3 266	2 266	384	88	9,3
1985	27 844	25 540	22 274	1 568	3 266	2 304	235	110	9,4
1986	28 024	25 796	22 525	1 570	3 271	2 228	197	154	9,0
1987 [7]	28 190	25 955	22 680	1 560	3 275	2 235	300	170	9,0

[1] Erwerbstätige und Arbeitslose.
[2] Nach dem Inländerkonzept (ständiger Wohnsitz im Bundesgebiet) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Jahresdurchschnitte.
[3] Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni.
[4] Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Jahresdurchschnitte.
[5] Einschließlich mithelfender Familienangehöriger.
[6] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitslose).
[7] Eigene Schätzung.

nahm im Jahresdurchschnitt die Kurzarbeit um etwa 50 vH beziehungsweise 100 000 Arbeitnehmer zu. Auch dies kann als Hinweis darauf gelten, daß die Unternehmen im Vertrauen auf eine stabile Aufwärtsentwicklung ihre Belegschaften durchhalten wollten.

106. Diese Sicht erhärtet sich bei der Analyse der Entwicklung in den einzelnen Sektoren der Wirtschaft. Ausschlaggebend für die Beschäftigungsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr war vor allem, daß der Personalaufbau im Investitionsgütergewerbe, der den Beschäftigtenzuwachs der gesamten Industrie seit Mitte 1984 bestimmte, zuletzt zum Stillstand gekommen war. Noch im Verlauf des Jahres 1986 waren im Investitionsgütergewerbe rund 130 000 Arbeitnehmer zusätzlich eingestellt worden. Hinzu kam, daß infolge des abermaligen Rückgangs der Bautätig-

keit die Bauwirtschaft, die in den vergangenen vier Jahren schon rund ein Achtel der Arbeitsplätze abgebaut hatte, die Beschäftigung beschleunigt verringerte. Gegen Jahresende waren etwa 35 000 Bauarbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahr. Im Jahre 1986 hatte die Abnahme nur knapp 20 000 betragen.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ebenso wie im Verbrauchsgütergewerbe verringerte sich 1987 die Anzahl der Beschäftigten wie seit Jahren schon, so daß sich für das Produzierende Gewerbe insgesamt im Verlauf dieses Jahres ein Rückgang der Beschäftigung um rund 70 000 Personen ergab.

107. Im Dienstleistungsbereich kam es hingegen wiederum zu einer kräftigen Expansion der Beschäftigung. Rund 70 000 Personen dürften in diesem Bereich mehr beschäftigt worden sein als im Vorjahr, der Anstieg war mit 2½ vH etwa ebenso groß wie 1986. Im Handel und Verkehr hielten sich, wie in den letzten Jahren schon, Einstellungen und Entlassungen weitgehend die Waage.

Für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst und bei den — vielfach von öffentlichen Zuschüssen abhängigen — gemeinnützigen Organisationen ergab sich wie im Vorjahr ein Zuwachs von 2 vH; die Zunahme beim Staat dürfte 50 000 betragen, bei den gemeinnützigen Organisationen einschließlich der privaten Haushalte 40 000. Ein Teil dieser Zunahme, sowohl beim Staat als auch bei den gemeinnützigen Organisationen, ist wie schon in der Vergangenheit auf die Ausweitung der von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen. Einer Untersuchung des Deutschen Städtetages zufolge war schätzungsweise rund ein Drittel des Beschäftigungszuwachses in den Jahren 1980 bis 1986 bei den Kommunen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgenommen worden. Betrachtet man die regionale Verteilung solcher zusätzlichen Stellen, so drängt sich der Eindruck auf, daß viele finanzschwache Gemeinden soziale, kulturelle und umweltpolitische Aufgaben nicht in dem Umfang hätten wahrnehmen können, wenn sie nicht aufgrund der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr Personal eingestellt beziehungsweise geringere Zuschüsse an gemeinnützige Organisationen gezahlt hätten. Dies dürfte insbesondere für Berlin und Bremen gelten sowie für die Kommunen in den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein, wo mittlerweile rund 1 vH der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden.

108. Die unterschiedliche Entwicklung der Beschäftigung in den einzelnen Sektoren — weiterhin starke Expansion im tertiären Sektor, Abbau im sekundären Sektor — dürfte eher zu Lasten der Vollzeitbeschäftigung gehen. Die seit langem zu beobachtende Tendenz hin zu einem höheren Anteil der Teilzeitbeschäftigten setzt sich fort. Im März 1987 war die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeitarbeit — den letzten uns zur Verfügung stehenden Daten zufolge — 4 vH höher als im Vorjahr. Bei Vollzeitbeschäftigten hat der Zuwachs nur 1½ vH betragen. Rund 9½ vH beziehungsweise 2 Millionen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind mittlerweile Teilzeitkräfte, im Vergleich zu 8½ vH noch fünf Jahre zuvor. Wie schon in den vergangenen Jahren waren nahezu alle Teilzeitkräfte Frauen (93 vH).

Die Beschäftigung von Teilzeitkräften erhöhte sich wie schon in den vergangenen Jahren vor allem im tertiären Sektor. Von den Teilzeitkräften waren etwa 22 vH im Handel beschäftigt, beim Staat 12 vH und im sonstigen Dienstleistungsgewerbe 5 vH; im Verarbeitenden Gewerbe dagegen lediglich 16 vH.

Die starke Konzentration und der überproportionale Anstieg der Teilzeitbeschäftigung im wachstumsstarken tertiären Sektor hat die Arbeitsmarktchancen von Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, verbessert. Im Dienstleistungsgewerbe, im Handel und im öffentlichen Dienst lag der Anteil der Teilzeitkräfte gemessen an der Anzahl der Beschäftigten insgesamt bei jeweils gut 16 vH, im Verarbeitenden Gewerbe dagegen lediglich bei 4 vH. Noch vor wenigen Jahren war die Arbeitslosenquote von Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchten, deutlich höher als die Quote der Frauen, die eine Vollzeitbeschäftigung vorzogen. Mittlerweile hat sich das Verhältnis umgekehrt. Ende März 1987 betrugen die jeweiligen Arbeitslosenquoten schätzungsweise 9 vH für Teilzeitbeschäftigte und 10½ vH für Vollzeitbeschäftigte.

109. Mit den Unterschieden in der sektoralen Entwicklung verschoben sich auch die Arbeitsmarktrisiken einzelner Gruppen von Arbeitnehmern: Ausländer stehen sich vergleichsweise schlechter als deutsche Arbeitnehmer, und bei den Deutschen wiederum dürften heute eher die Männer benachteiligt sein als die Frauen. Dies spiegelt sich nicht zureichend in den Veränderungen der jeweiligen Arbeitslosenquoten. Die Erwerbswilligen der einzelnen Kategorien sind als Erwerbspersonen statistisch nicht gleichermaßen erfaßt. Beobachtbare außergewöhnliche Änderungen der Erwerbsquoten, des Anteils also der Erwerbstätigen und der registrierten Arbeitslosen an der Gesamtheit der jeweiligen Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter, können gelegentlich zusätzliche Hinweise auf Verschiebungen der Beschäftigungsperspektiven einzelner Gruppen von Erwerbspersonen geben.

Der in diesem Jahr zu registrierende Rückgang der Erwerbsquote bei der ausländischen Wohnbevölkerung um mehr als 1½ Prozentpunkte auf inzwischen 55½ vH — bei den Deutschen stieg die Erwerbsquote um ½ Prozentpunkt auf 66½ vH — und der große Abstand beider Erwerbsquoten lassen sich mit dem Zuzug von Ausländern, die keine Arbeitserlaubnis erhalten, nur zu einem Teil erklären. Beides läßt darauf schließen, daß ein großer Teil der erwerbswilligen Ausländer sich nicht arbeitslos melden will oder kann. Viele der Ausländer, auch wenn sie schon länger in der Bundesrepublik leben, erhalten nur dann eine Arbeitserlaubnis, wenn sie einen Arbeitsplatz finden, der nicht mit einem Deutschen oder einem bevorrechtigten Ausländer, etwa aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft, zu besetzen ist. So bleibt häufig nur der Weg in die Schwarzarbeit.

Bei den deutschen Frauen hat sich die Erwerbsquote erhöht. Wie schon in den vergangenen Jahren ging

der Anstieg der Erwerbsquote mit knapp 1 Prozentpunkt auf gut 52½ vH über das hinaus, was aufgrund der Veränderung in der Altersstruktur und der langfristigen Tendenzen im Erwerbsverhalten angelegt war. Insoweit hat sich die Stille Reserve merklich verringert.

110. Die nachlassende Dynamik der Beschäftigungsentwicklung schlug sich angesichts eines weiteren Anstiegs in der Gesamtzahl der Erwerbswilligen in einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit nieder. Von Ende November 1986, dem Monat mit der geringsten Arbeitslosigkeit im derzeitigen Aufschwung, stieg die Anzahl der Arbeitslosen bis Ende Oktober 1987 saisonbereinigt um rund 85 000 auf 2,25 Millionen. Im Jahresdurchschnitt 1987 war die Anzahl der Arbeitslosen gleichwohl nur geringfügig höher als im Vorjahr, in dem die Arbeitslosigkeit zurückgegangen war.

111. Die Dauer der Arbeitslosigkeit änderte sich im Vergleich zu 1986 nicht. Die Personen, deren Arbeitslosigkeit im Mai endete, waren wiederum durchschnittlich 6½ Monate ohne Beschäftigung gewesen. Die Arbeitnehmer, die eine neue Tätigkeit aufnahmen, waren ebenfalls wie im Vorjahr durchschnittlich 5½ Monate lang arbeitslos. Hinter den unveränderten Mittelwerten verbergen sich freilich unterschiedliche Entwicklungen im einzelnen: Aus längerfristiger Arbeitslosigkeit (1 Jahr und länger) sind jetzt lediglich 13,6 vH ausgeschieden, gegenüber noch 16,5 vH vor einem Jahr. Umgekehrt ist der Anteil der Arbeitslosen, die nur kurzfristig ohne Beschäftigung waren, größer geworden (Tabelle 6).

Ende September 1986 belief sich die Anzahl der Arbeitslosen, die bereits ein Jahr oder länger registriert waren, auf 654 000, das waren zu diesem Zeitpunkt etwa 32 vH aller Arbeitslosen (Tabelle 7). Im Jahre 1985 hatte der Anteil 31 vH betragen.

Tabelle 6

Zur Struktur der Zugänge und Abgänge an Arbeitslosen

Anteil in vH

Arbeitslose	Zugänge				Abgänge				Abgänge in ein Arbeitsverhältnis			
	Mai/Juni											
	1984	1985	1986	1987	1984	1985	1986	1987	1984	1985	1986	1987
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	59,5	57,4	56,2	57,2	63,2	67,1	65,1	62,6	67,3	71,2	69,5	66,6
Frauen	40,5	42,6	43,8	42,8	36,8	32,9	34,9	37,4	32,7	28,8	30,5	33,4
Nach Nationalität												
Deutsche	87,2	89,6	89,3	88,6	88,3	89,4	89,8	89,3	90,5	90,4	90,7	90,5
Ausländer	12,8	10,4	10,7	11,4	11,7	10,6	10,2	10,7	9,5	9,6	9,3	9,5
Nach Berufsausbildung												
ohne Abschluß	45,2	41,7	43,3	44,1	43,7	41,1	41,1	41,9	37,9	37,4	37,8	38,2
mit betrieblichem Abschluß	45,3	47,7	45,6	44,6	48,2	51,7	51,0	49,6	53,4	55,6	54,6	53,5
mit sonstigem Abschluß	9,4	10,6	11,1	11,4	8,1	7,2	7,9	8,5	8,7	7,0	7,6	8,3
Mit gesundheitlicher Einschränkung	11,7	10,7	12,0	11,9	11,7	10,2	10,8	11,1	9,0	8,7	9,0	9,2
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit [1])												
unter 1 Monat	.	.	.	.	13,5	13,5	16,1	16,8	16,2	15,2	18,3	19,7
1 bis unter 3 Monate	.	.	.	.	22,8	22,9	24,0	24,1	25,6	25,1	26,4	26,9
3 bis unter 6 Monate	.	.	.	.	24,9	26,8	25,0	25,9	25,8	28,1	26,2	27,0
6 bis unter 12 Monate	.	.	.	.	22,3	21,0	21,0	19,5	20,4	19,5	19,1	17,5
1 bis unter 2 Jahre	.	.	.	.	13,1	11,9	9,5	9,0	10,0	9,5	7,0	6,2
2 Jahre und länger	.	.	.	.	3,4	3,9	4,4	4,6	2,1	2,5	3,0	2,8
Nach Altersgruppen												
unter 25 Jahre	38,4	41,3	37,4	37,2	36,3	36,1	35,1	33,6	39,6	38,1	36,9	35,5
25 bis unter 55 Jahre	56,4	54,1	57,7	57,7	58,6	59,0	60,5	61,4	58,1	59,1	60,4	61,5
55 Jahre und älter	5,1	4,6	4,9	5,2	5,1	4,9	4,3	5,0	2,4	2,8	2,7	2,9
Nach vorherigem Erwerbsstatus												
Arbeitsverhältnis	69,3	63,1	65,5	63,7	75,8	76,2	74,9	73,3	79,3	80,2	79,3	78,6
betriebliche Ausbildung	4,8	9,6 [a])	6,1	6,2	3,5	4,1	3,4	3,3	4,1	4,4	3,7	3,6
sonstige Erwerbstätigkeit	2,7	2,5	2,9	3,0	2,6	2,7	2,9	3,0	2,6	2,5	2,8	2,9
Unterbrechung der Erwerbstätigkeit von 6 Monaten und länger	11,8	11,4	12,0	11,9	10,7	9,4	10,3	10,8	7,4	6,8	7,3	7,4
ohne bisherige Erwerbstätigkeit	11,4	13,4	13,6	15,2	7,4	7,6	8,6	9,6	6,6	6,1	6,9	7,4

[1]) Abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit der Personen, die im betrachteten Zeitraum aus der Arbeitslosigkeit abgegangen sind.

[a]) Wegen Verschiebungen der Ferientermine nicht mit den anderen Jahren vergleichbar.

Quelle: BA

Tabelle 7

Zur Struktur der Arbeitslosigkeit

Arbeitslose	September									
	1982		1983		1984		1985		1986	
	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH	1000	Anteil in vH
Insgesamt	1 819	*100*	2 134	*100*	2 143	*100*	2 151	*100*	2 046	*100*
Männer	982	*54,0*	1 145	*53,7*	1 155	*53,9*	1 132	*52,6*	1 040	*50,8*
Frauen	836	*46,0*	989	*46,3*	988	*46,1*	1 019	*47,4*	1 006	*49,2*
Nach Nationalität										
Deutsche	1 566	*86,1*	1 850	*86,7*	1 896	*88,5*	1 907	*88,6*	1 803	*88,1*
Ausländer	253	*13,9*	284	*13,3*	247	*11,5*	244	*11,4*	243	*11,9*
Nach Berufsausbildung										
mit Abschluß	877	*48,2*	1 049	*49,2*	1 085	*50,6*	1 082	*50,3*	1 006	*49,2*
ohne Abschluß	942	*51,8*	1 084	*50,8*	1 058	*49,4*	1 069	*49,7*	1 040	*50,8*
Nach Stellung im Beruf										
Facharbeiter	318	*17,5*	399	*18,7*	405	*18,9*	387	*18,0*	351	*17,2*
Nichtfacharbeiter	890	*48,9*	985	*46,1*	954	*44,5*	967	*45,0*	928	*45,3*
Angestellte										
mit gehobener Tätigkeit	388	*21,3*	496	*23,2*	520	*24,3*	496	*23,1*	470	*23,0*
mit einfacher Tätigkeit	223	*12,3*	254	*11,9*	264	*12,3*	301	*14,0*	297	*14,5*
Nach gewünschter Arbeitszeit										
Vollzeitarbeit	1 586	*87,2*	1 896	*88,8*	1 915	*89,4*	1 915	*89,0*	1 815	*88,7*
Teilzeitarbeit	233	*12,8*	238	*11,2*	228	*10,6*	236	*11,0*	230	*11,3*
Mit gesundheitlicher Einschränkung	384	*21,1*	423	*19,8*	417	*19,5*	410	*19,0*	406	*19,9*
darunter: Schwerbehinderte	117	*6,4*	135	*6,3*	139	*6,5*	133	*6,2*	122	*6,0*
Nach Dauer der Arbeitslosigkeit[1])										
unter 1 Monat	271	*14,9*	245	*11,5*	249	*11,6*	265	*12,3*	249	*12,2*
1 bis unter 3 Monate	448	*24,6*	471	*22,1*	464	*21,7*	434	*20,2*	409	*20,0*
3 bis unter 6 Monate	333	*18,3*	363	*17,0*	348	*16,2*	341	*15,8*	320	*15,6*
6 bis unter 12 Monate	440	*24,2*	524	*24,5*	464	*21,7*	446	*20,7*	414	*20,2*
1 bis unter 2 Jahre	246	*13,5*	377	*17,7*	371	*17,3*	363	*16,9*	334	*16,3*
2 Jahre und länger	81	*4,4*	155	*7,2*	247	*11,5*	303	*14,1*	320	*15,6*
Nach Altersgruppen										
unter 20 Jahre	195	*10,7*	203	*9,5*	177	*8,3*	174	*8,1*	149	*7,3*
20 bis unter 25 Jahre	356	*19,6*	420	*19,7*	406	*18,9*	389	*18,1*	354	*17,3*
25 bis unter 35 Jahre	490	*26,9*	580	*27,2*	584	*27,2*	584	*27,2*	562	*27,5*
35 bis unter 45 Jahre	323	*17,8*	381	*17,9*	375	*17,5*	367	*17,1*	357	*17,4*
45 bis unter 55 Jahre	259	*14,2*	315	*14,8*	333	*15,5*	357	*16,6*	368	*18,0*
55 Jahre und älter	196	*10,8*	234	*11,0*	268	*12,5*	279	*13,0*	256	*12,5*
darunter: 59 Jahre und älter	89	*4,9*	95	*4,4*	104	*4,9*	104	*4,8*	80	*3,9*
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz										
Bezieher von Arbeitslosengeld	802	*44,1*	841	*39,4*	730	*34,0*	679	*31,6*	647	*31,6*
Bezieher von Arbeitslosenhilfe	299	*16,4*	474	*22,2*	565	*26,3*	568	*26,4*	528	*25,8*
Leistungen beantragt	278	*15,3*	239	*11,2*	228	*10,7*	224	*10,4*	218	*10,7*
keine Leistungen	440	*24,2*	579	*27,1*	620	*28,9*	680	*31,6*	653	*31,9*
Nachrichtlich: Vor der Arbeitslosigkeit in schulischer Ausbildung	86	*4,7*	138	*6,5*	135	*6,3*	141	*6,6*	139	*6,8*

[1]) Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Erhebung.

Quelle: BA

112. Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt war in diesem Jahr dadurch gekennzeichnet, daß aus demographischen Gründen deutlich weniger Jugendliche eine Lehrstelle suchten, das Angebot verringerte sich dagegen nicht so sehr. Erstmals seit sechs Jahren übertraf somit das Angebot an Ausbildungsstellen wieder die Nachfrage (Tabelle 8). Rückläufig waren vor allem die Bewerberzahlen bei Hauptschulabsolventen und Jugendlichen ohne Schulabschluß, jenen Jugendlichen also, die traditionellerweise die stärkste Bewerbergruppe für Fertigungsberufe im Handwerk und insbesondere für Bauberufe darstellen. Die Anzahl der Bewerber mit höherer Schulbildung, der Volljährigen und der Bewerber mit beruflicher Vorbildung ging hingegen nicht so stark zurück oder stieg sogar noch. Die Anzahl der ausländischen Bewerber nahm noch einmal deutlich zu.

Mit der Verschiebung zwischen den Bewerbergruppen kam es zu wachsenden sektoralen Ungleichgewichten: Auf der einen Seite kann beim Handwerk und beim Bau schon von einem wieder entstehenden Lehrlingsmangel gesprochen werden, auf der anderen Seite können viele Jugendliche in kaufmännischen Berufen und Verwaltungsberufen weiterhin keine Ausbildungsstelle finden. Auch die regionalen Ungleichgewichte bestehen fort: Das Angebot an Ausbildungsstellen in den Landesarbeitsamtsbezirken Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen-Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein-Hamburg ist immer noch zu gering; in Bayern und in Baden-Württemberg gibt es dagegen einen Angebotsüberhang.

Beschäftigung im Strukturwandel

113. Bei der deutschen Stahlindustrie machten seit Mitte letzten Jahres der tiefe Sturz des Dollar, der weltweit wachsende Protektionismus und die in den siebziger Jahren in fast allen Ländern aufgebauten Überkapazitäten erneut Produktionseinschränkungen und Personalabbau notwendig, diesmal noch drastischer als in den Jahren von 1975 bis 1985. In diesem Zeitraum waren rund 130 000 Arbeitsplätze des in den Montanregionen konzentrierten Stahlbereichs weggefallen. Zu Massenentlassungen war es damals jedoch nicht gekommen, natürliche Fluktuation und vom Staat subventionierte Frühpensionierung ermöglichten einen langsamen Personalabbau. Auch die seit einiger Zeit für die Stahlindustrie geltende Ausnahmeregelung, wonach bis zu drei Jahre lang Kurzarbeit geleistet werden kann (in anderen Krisenbranchen sind nur bis zu zwei Jahre und im allgemeinen nur bis zu einem Jahr zulässig), hat den erneuten Einbruch bei der Beschäftigung nicht abwenden können.

Tabelle 8

Zur Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Anzahl in 1000

Jahr	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge [1]	Unbesetzte Ausbildungsstellen	Nicht vermittelte Bewerber	Angebot an Ausbildungsstellen (1) + (2)	Nachfrage nach Ausbildungsstellen (1) + (3)
		30. September [2]			
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
1972	456 [a]	182	.	638	.
1973	450	102	.	552	.
1974	450	29	21	479	471
1975	462	18	24	480	486
1976	496	18	28	514	524
1977	558	26	27	584	585
1978	602	22	24	624	626
1979	640	37	20	677	660
1980	650	45	17	695	667
1981	606	37	22	643	628
1982	631	20	34	651	665
1983	677	20	47	696	724
1984	706	21	58	727	764
1985	697	22	59	719	756
1986	685	31	46	716	731
1987	660 [b]	45	34	705 [b]	694 [b]

[1] Für 1972 bis 1975 aufgrund der Auszubildendenstatistik zum 31. Dezember ermittelt, danach Erhebung zum 30. September.
[2] Der Bundesanstalt für Arbeit gemeldete Ausbildungsstellen bzw. Bewerber.
[a] Schätzung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft.
[b] Eigene Schätzung.

Quelle: BMBW; BA

Der Weg, den die Stahlindustrie angesichts der jetzigen Krise einschlagen will, sieht — und dies ist das regionalpolitisch Brisante — einen drastischen Abbau von Kapazitäten, eine deutliche Bereinigung der Produktpalette und eine Konzentration auf weniger Standorte, also örtlich die Schließung ganzer Betriebe vor. Dies ist mit einem Personalabbau von schätzungsweise 35 000 Beschäftigten innerhalb von zwei Jahren verbunden. Der überwiegende Teil der zu Entlassenden, wird über Sozialpläne abgefunden, die zu etwa einem Drittel vom Staat zu finanzieren sind. Insgesamt sollen 1,9 Mrd DM für diese Sozialpläne aufgebracht werden (Ziffern 377 ff.). Frühpensionierung wird wegen der geringen Besetzung der in Frage kommenden Altersgruppen nur eine geringe Rolle spielen.

114. Die seit vielen Jahren anhaltenden Absatzprobleme des Steinkohlenbergbaus haben sich als Folge des Ölpreisverfalls erneut zugespitzt. Zwar sind 1986 und 1987 die Subventionen beträchtlich erhöht worden, mit denen für den Kohleabsatz an die Stahlindustrie und die Steinkohlenkraftwerke der öffentlichen Versorgung die Preisunterlegenheit gegenüber der Auslandskohle beziehungsweise dem schweren Heizöl zum größten Teil ausgeglichen wird; dennoch mußten weitere beträchtliche Liefereinbußen hingenommen werden. Trotz des Abbaus von jährlich rund 5 000 Arbeitsplätzen wurden seit letztem Jahr häufig für jeweils 70 000 bis 90 000 Bergarbeiter Freischichten eingelegt, ein Mittel, um den Beschäftigungsabbau zu verlangsamen. Eine Lösung, die gleichzeitig die Belastung der Steuerzahler und Stromkunden in Grenzen halten und die Schwierigkeiten der Montanregionen beheben könnte, ist nicht in Sicht.

115. Alle Hoffnungen, den schon lang anhaltenden Schrumpfungsprozeß der deutschen Werften, der die Küstenregionen schwer belastet, mittels hoher Subventionen zu verlangsamen, waren bislang vergebens. Schon das Jahr 1986 war für die Werftindustrie von Entlassungswellen, Konkursen und dem generellen Rückzug aus dem Schiffbau gekennzeichnet. Im Laufe des vergangenen Jahres ist die Anzahl der Beschäftigten in den Werften um 4 500 auf 39 000 gesunken. Gegenüber den sechziger Jahren ist dies ein Rückgang der Beschäftigung auf weniger als die Hälfte. Auch in diesem Jahr ist keine Besserung abzusehen. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat die Anzahl der Beschäftigten um knapp 3 000 auf 36 000 abgenommen.

116. Der sich wieder beschleunigende Personalabbau in der Stahlindustrie, im Steinkohlenbergbau und im Schiffbau und der damit verbundene Beschäftigungsrückgang in den jeweiligen vor- und nachgelagerten Produktionsbereichen wird die ohnehin schon ungünstige Arbeitsmarktlage in den Montanregionen und an der Küste weiter verschärfen. Schon in diesem Jahr war in vielen dieser Arbeitsamtsbezirke eine Arbeitslosenquote von mehr als 13 vH zu konstatieren, im Vergleich zu 9 vH im Bundesdurchschnitt.

Daß sich in diesem Jahr gleichwohl die regionalen Unterschiede der Arbeitslosigkeit kaum erhöhten, hat seinen Grund darin, daß die Beschäftigungsentwicklung im Investitionsgütergewerbe in den anderen Regionen der Bundesrepublik, vor allem im Süden, unter anderem wegen der vergleichsweise geringen Zunahme von Investitionen und Exporten gedämpfter als in den Vorjahren war (Tabelle 9).

117. Die Konzentration des Interesses auf die sogenannten Krisenbranchen suggeriert allzu leicht, daß hierin die Hauptursache für die unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung in diesem Aufschwung liege und deshalb hier auch die Lösung anzusetzen habe. Es wird dabei übersehen, daß es bisher in jeder Phase der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Branchen mit schrumpfender Beschäftigung gegeben hat. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre waren dies die Eisenschaffende Industrie, der Stahlbau, die Holzverarbeitung, die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie und nicht zuletzt auch der Bergbau. In den siebziger Jahren sahen sich der Büromaschinenbau, der Schiffbau, die Druckindustrie und nach wie vor die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie vor die Notwendigkeit des Personalabbaus gestellt. Auch das Tempo und das Ausmaß, in dem die Beschäftigung jeweils in diesen Bereichen zurückgenommen worden ist, waren durchaus vergleichbar mit der heutigen Entwicklung in den Krisenbranchen (Schaubild 20).

Das Neuartige an dem bisherigen Strukturwandel während der achtziger Jahre ist eher darin zu sehen, daß es, kurz gesagt, weniger expandierende Bereiche gibt als früher. Die Dynamik der Beschäftigungsentwicklung in manchen der expandierenden Bereiche, unter anderem der Kraftfahrzeugindustrie, des Kreditgewerbes, der Versicherungen geht nur abgeschwächt voran. Lediglich in dem kleinen Bereich der übrigen Dienstleistungen war in jüngster Zeit eine Beschleunigung festzustellen.

Hingegen gibt es viele Branchen, in denen im Vergleich zu den siebziger Jahren die Beschäftigung nun abgebaut wird, beziehungsweise der Abbau sich beschleunigt. In der Bauwirtschaft, einschließlich der vorgelagerten und nachgelagerten Branchen wie Steine und Erden, Stahlbau, Holzverarbeitung und Ausbaugewerbe hat sich der Beschäftigungsabbau verstärkt. Im langfristigen Trend bauen auch der Handel, die Bahn sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrie Personal ab. Auf der Liste derjenigen Branchen, denen es im Vergleich zu den siebziger Jahren gelungen ist, den Arbeitsplatzabbau zu verlangsamen, stehen hingegen nur wenige Branchen wie die Chemieindustrie, der Maschinenbau und der Büromaschinenbau sowie — was aus anderen Gründen bedenklich ist — die Landwirtschaft.

118. Die Diskussion über den sektoralen Strukturwandel ist eng verquickt mit der Frage, welcher Beitrag von neuen Unternehmen zur Beschäftigungsentwicklung geleistet wird. In verschiedenen Untersuchungen wurde nachgewiesen, daß seit 1977 in der Bundesrepublik ein erheblicher Teil der Arbeitsplatzverluste überwiegend in den großen Betrieben schrumpfender Branchen durch die Neugründung von überwiegend kleineren Betrieben aufgefangen wurde. Dabei finden sich Neugründungen vor allem, aber nicht nur, in den expandierenden Branchen des

Tabelle 9

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Landesarbeitsamtsbezirken

Arbeitslosenquoten in vH [1])

Landesarbeitsamtsbezirk	Einheit [2])	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 [3])
Schleswig-Holstein–Hamburg	I	2,5	4,6	4,6	4,8	4,6	4,0	3,6	5,8	8,4	10,3	10,9	11,6	11,7	11,8
	II	1,5	3,7	3,9	4,1	3,4	2,9	2,6	4,0	6,5	8,0	8,3	9,1	8,4	8,1
	III	5,1	6,4	5,9	6,2	5,6	5,5	5,7	8,9	13,1	14,5	14,9	16,4	16,5	16,0
Niedersachsen–Bremen	I	3,1	5,4	5,4	5,5	5,2	4,7	4,7	6,8	9,5	11,4	12,1	12,5	11,9	11,8
	II	2,0	4,0	3,9	4,1	3,9	3,6	3,6	5,6	7,4	9,4	10,4	11,1	9,6	8,5
	III	7,1	9,8	9,5	9,5	8,8	8,2	7,5	12,6	17,8	20,9	23,1	23,0	21,6	21,5
Nordrhein-Westfalen	I	2,9	4,8	4,9	5,0	5,0	4,6	4,6	6,4	8,6	10,6	10,7	11,0	10,9	11,0
	II	1,7	3,2	3,3	3,1	2,9	2,6	2,9	4,1	5,7	6,9	7,2	7,7	8,0	8,5
	III	4,6	6,5	6,8	7,1	7,8	7,3	6,6	8,5	11,9	15,0	16,3	16,7	16,7	17,1
Hessen	I	2,4	4,5	4,4	4,0	3,6	2,9	2,8	4,3	6,2	7,6	7,4	7,2	6,8	6,8
	II	1,4	3,1	3,1	2,9	2,3	2,2	2,3	3,5	4,9	6,3	6,2	6,1	6,0	5,9
	III	3,5	6,1	5,8	5,5	5,0	4,2	4,1	6,4	9,7	12,2	12,3	12,4	11,5	10,9
Rheinland-Pfalz–Saarland	I	3,1	5,3	5,2	5,2	5,1	4,3	4,4	6,0	7,7	9,2	9,3	9,7	9,4	9,2
	II	1,6	3,7	3,6	3,7	3,4	2,9	3,0	4,8	6,5	8,3	8,2	8,2	8,3	7,7
	III	6,0	7,6	7,7	8,4	8,6	7,6	7,5	9,3	11,6	14,6	15,9	16,2	16,2	16,2
Baden-Württemberg	I	1,4	3,5	3,4	2,9	2,6	2,1	2,3	3,3	4,8	5,9	5,6	5,4	5,1	5,1
	II	0,9	2,6	2,1	1,8	1,7	1,4	1,4	2,1	3,6	4,6	4,0	3,5	3,4	3,6
	III	2,1	5,7	4,6	3,9	4,0	3,4	3,4	4,6	6,3	7,9	7,7	7,9	8,1	7,9
Nordbayern [4])	I	2,7	5,6	5,7	5,2	4,8	4,1	4,0	6,0	8,2	9,4	8,9	8,7	7,8	7,4
	II	1,6	4,0	4,2	3,7	3,5	2,7	2,7	4,9	7,3	8,7	7,8	7,4	6,4	6,0
	III	6,0	9,7	10,1	9,6	9,5	8,0	7,4	10,4	13,5	15,5	15,1	15,0	13,6	13,3
Südbayern [4])	I	2,8	4,8	4,5	4,1	3,7	3,2	3,1	4,4	5,9	7,1	6,9	6,9	6,4	6,2
	II	1,9	3,6	3,1	3,0	2,8	2,2	2,4	3,3	4,8	6,1	6,2	6,2	6,0	5,4
	III	7,8	10,5	10,5	9,6	9,1	7,9	8,3	11,4	14,6	15,7	14,3	14,8	13,6	13,0
Berlin	I	2,0	3,7	3,9	4,5	4,6	4,0	4,3	5,8	8,7	10,4	10,2	10,0	10,5	10,7
Bundesgebiet	I	2,6	4,7	4,6	4,5	4,3	3,8	3,8	5,5	7,5	9,1	9,1	9,3	9,0	8,9
Mittlere Abweichung [5])		0,88	1,00	1,08	1,19	1,25	1,21	1,16	1,53	2,02	2,32	2,59	2,89	2,95	3,00

[1]) Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern in vH.
Für Bundesgebiet und Landesarbeitsamtsbezirke: Berechnet mit den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach Mikrozensus-Ergebnissen.
Für Arbeitsamtsbezirke: Berechnet aufgrund geschätzter Arbeitnehmeranteile an der Wohnbevölkerung.

[2]) I: Durchschnittliche Arbeitslosenquote.
II: Kleinste Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.
III: Größte Arbeitslosenquote eines Arbeitsamtsbezirkes im jeweiligen Landesarbeitsamtsbezirk.

[3]) Januar bis einschließlich Oktober.

[4]) Wegen Gebietsänderungen einiger Arbeitsamtsbezirke sind die Ergebnisse ab 1977 mit denen für frühere Jahre nur bedingt vergleichbar.

[5]) Mittlere Abweichung der Arbeitslosenquoten in den Arbeitsamtsbezirken vom Gesamtdurchschnitt im jeweiligen Jahr.

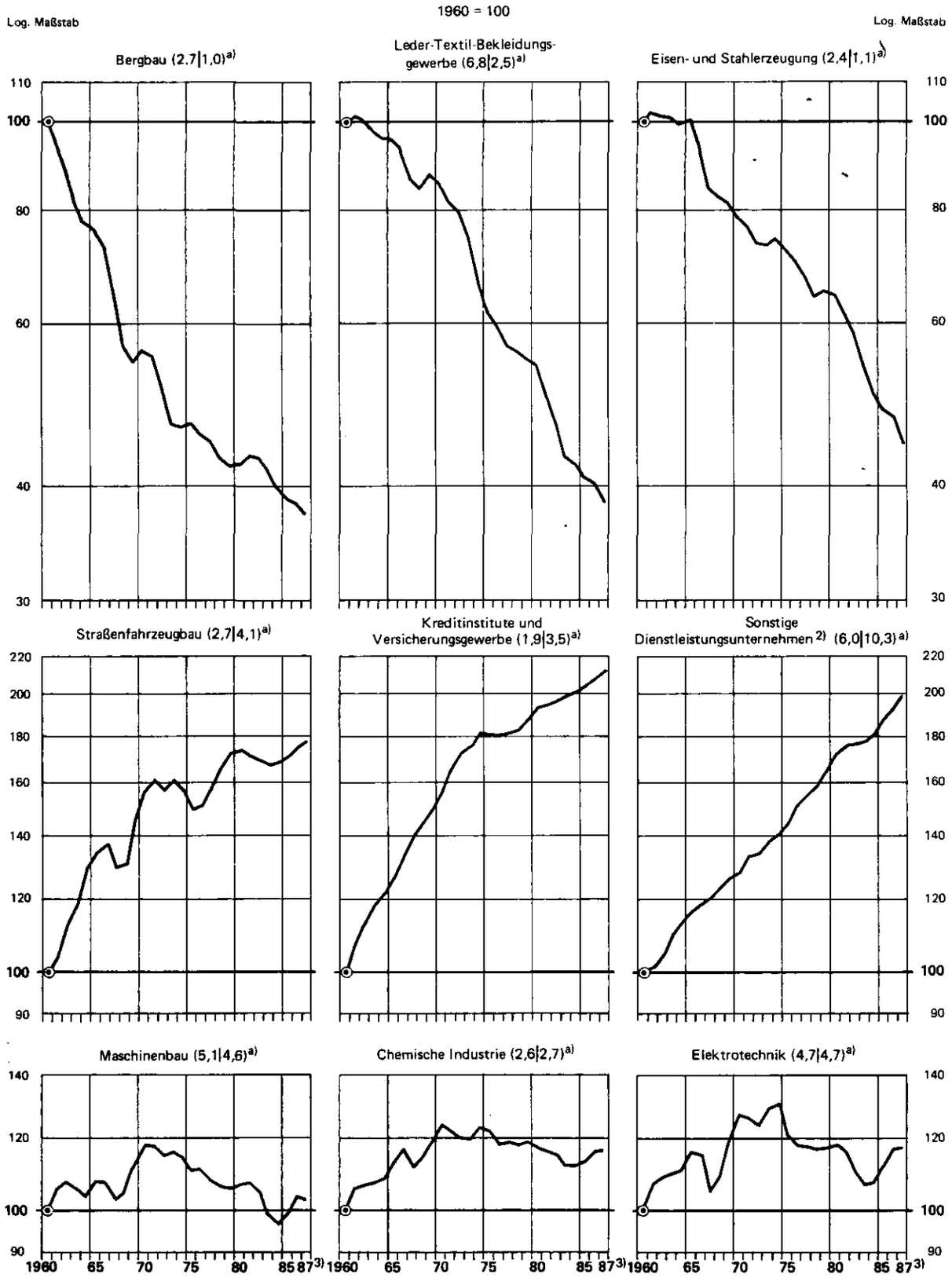
Quelle für Grundzahlen: BA

Dienstleistungssektors. Auch im Verarbeitenden Gewerbe, und hier sogar in schrumpfenden Bereichen, haben neue Anbieter Marktnischen gefunden, so etwa in der Kunststoffverarbeitung und im Stahl- und Leichtmetallbau, im Maschinenbau, der Elektrotechnik, der Feinmechanik, in der Holzverarbeitung und dem Druckgewerbe. Die Schlußfolgerung, es müßte nun — auch mit Unterstützung der Wirtschaftspolitik — vorrangig auf die rasche Gründung vieler junger Unternehmen gesetzt werden, um so das Problem der hohen Arbeitslosigkeit zu bewältigen, greift jedoch zu kurz.

Eine Untersuchung der OECD aus jüngster Zeit liefert aufschlußreiches Material zur Entwicklung neuer Unternehmen. Danach ist nicht die Anzahl von Neugründungen ausschlaggebend, vielmehr ist es wichtig, wieviel auf Dauer an Beschäftigungszuwächsen entsteht. Dies hängt wesentlich von den Überlebenschancen der neugegründeten Unternehmen ab. Sie sind in den von der Untersuchung erfaßten Ländern ganz unterschiedlich. Entscheidend für die Beschäftigungswirkung von Neugründungen ist also die Frage, wie vielen dieser Unternehmen es gelingt, die erfahrungsgemäß sehr schwierigen ersten Jahre zu überstehen. In jedem Fall zählt, daß neue Unternehmen überhaupt Arbeitskräfte einstellen, wenngleich damit noch nicht ausgemacht ist, wieviel sie auf die Dauer zur Steigerung der Beschäftigung insgesamt beitragen können.

Schaubild 20

ZUR BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG[1] IN AUSGEWÄHLTEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN



1) Jahresdurchschnitt der beschäftigten Arbeitnehmer im Inland, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 2) Einschließlich Wohnungsvermietung. – 3) Eigene Schätzung.
a) Die Zahlen in Klammern geben jeweils die Anteile in den Jahren 1960|1985 an den Arbeitnehmern insgesamt in der Gesamtwirtschaft an.

SR 870918

Die bisherigen Ergebnisse der Qualifizierungsoffensive

119. In den letzten beiden Jahren hat die Bundesanstalt für Arbeit ihre aktive Arbeitsmarktpolitik vor allem auf die Ausweitung der beruflichen Weiterbildung von Arbeitslosen, auf die sogenannte Qualifizierungsoffensive, konzentriert.

Defizite in der beruflichen Ausbildung, die sich in Engpässen bei einigen Berufen und im Mangel an im Umgang mit modernen Techniken ausgebildeten Arbeitskräften zeigten, und der Wunsch vieler Arbeitsloser und Beschäftigter, ihre berufliche Qualifikation und damit ihre beruflichen Chancen zu verbessern, waren für die Bundesanstalt für Arbeit Anlaß, erheblich mehr Mittel der beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung zu widmen. Hierzu wurde die Bundesanstalt auch dadurch bewogen, daß in den vergangenen Jahren viele Unternehmen über ihren Bedarf hinaus ausgebildet hatten. Außerdem sollte die Qualifizierungsoffensive dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Problemgruppen und langfristig Arbeitslosen zu erhöhen.

Im Jahre 1986, dem ersten Jahr der Qualifizierungsoffensive, bekamen insgesamt 530 000 Personen eine berufliche Weiterbildung von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlt. Für das Jahr 1987 wird mit einem Anstieg der Teilnehmerzahl von 19 vH gerechnet. Gegenüber 1985 ist hiermit die Anzahl der beruflich sich weiterbildenden Arbeitnehmer um etwa 55 vH höher.

Nach nunmehr fast zwei Jahren kann eine vorläufige Zwischenbilanz gezogen und geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Arbeitsmarktpolitik ihrem Ziel nähergekommen ist, mittels der Qualifizierungsoffensive eine bessere Übereinstimmung zwischen beruflicher Qualifikation von Arbeitslosen und Anforderungsprofil der angebotenen Stellen zu erreichen und so die Wiederbeschäftigung auch von Langzeitarbeitslosen zu fördern.

120. Die einzelnen Weiterbildungsarten — Fortbildung, Umschulung und betriebliche Einarbeitung — werden trotz erhöhter Zahl der Teilnehmer (rund 55 vH seit 1985) in etwa gleichbleibendem Anteil in Anspruch genommen. Bei weitem der größte Anteil der Förderung (rund vier Fünftel) entfällt nach wie vor auf die berufliche Fortbildung, das heißt auf Lehrgänge und Kurse, in denen die vorhandenen beruflichen Kenntnisse der Teilnehmer aufgefrischt oder erweitert werden, etwa durch Einarbeitung von Facharbeitern in computergestützte Arbeitsvorgänge oder von Sekretärinnen in moderne Bürokommunikationstechniken (Ziffern 369ff.). Meist dauert eine solche Fortbildung weniger als sechs Monate. Ungefähr ein weiteres Zehntel der Geförderten wird in neue Berufe umgeschult. Das dauert in der überwiegenden Zahl der Fälle ein bis zwei Jahre. Vielfach werden diese Fortbildungs- und Umschulungskurse von Bildungsinstituten durchgeführt, deren Träger unter anderem Tarifparteien, Kammern oder Industrieverbände sind. Auf diese Weise kann an die Fortbildung oft ein betriebliches Praktikum angehängt werden, in dem die Teilnehmer Kontakte zu Unternehmen knüpfen und dort möglicherweise auch einen Arbeitsplatz finden.

121. Ein Zehntel der Fördermittel entfiel auf die betriebliche Einarbeitung als dritte Weiterbildungsart. Während die Bundesanstalt für Arbeit bei Fortbildung und Umschulung den Teilnehmern mit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ein Unterhaltsgeld zahlt (Teilnehmer mit Kindern erhalten 73 vH des früheren Nettoeinkommens, Teilnehmer ohne Kinder 65 vH) sowie die Kosten der Lehrgänge ersetzt, subventioniert sie bei der betrieblichen Einarbeitung die Neueinstellung und Einarbeitung eines Arbeitslosen mit bis zu 70 vH der Lohnkosten für maximal ein Jahr. Es war erwartet worden, daß die betriebliche Einarbeitung an Bedeutung gegenüber anderen Weiterbildungsarten verlieren würde. Der im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen außergewöhnliche Anstieg dürfte allerdings nicht zuletzt damit zusammenhängen, daß die Zuschüsse seit Anfang 1986 auch für befristete Arbeitsverhältnisse gewährt werden.

122. Ein hoher Anteil der Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen — rund zwei Drittel — war zuvor arbeitslos gemeldet und in der Regel Leistungsempfänger. Auch der größte Teil der übrigen Teilnehmer war leistungsberechtigt: Jugendliche, die nach dem Wehrdienst keinen Arbeitsplatz hatten, gekündigte Arbeitnehmer, für die zum Teil im Rahmen von Sozialplanvereinbarungen Umschulungsmöglichkeiten vorgesehen worden waren, Arbeitnehmer, denen nach längerer Krankheit gekündigt worden war, und insbesondere Frauen, die nach der Kindererziehung wieder ins Erwerbsleben eintreten wollten.

Die siebente Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes, die Anfang 1986 in Kraft getreten ist, hat für den zuletzt genannten Personenkreis die Fördermöglichkeiten erweitert. Neben anderen Einschränkungen galt zuvor, daß im allgemeinen nur für diejenigen die berufliche Fortbildung gefördert wird, die innerhalb der letzten drei Jahre zwei Jahre lang beschäftigt waren. Diese Frist wurde für Frauen mit Kindern von vier auf bis zu fünf Jahre je Kind ausgeweitet. Ferner können nunmehr Arbeitnehmer, die wegen der Erziehung von Kindern zeitweilig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren und noch nicht an einem ganztägigen Kurs teilnehmen können, ein sogenanntes Teilunterhaltsgeld erhalten.

123. Die Verbesserung der Zugangsbedingungen führte zwischen 1985 und 1986 zu einem Anstieg der Anzahl der teilnehmenden Frauen um 36 vH. Dieser Anstieg war stärker als der bei Männern (26 vH). Inzwischen entspricht die Beteiligung von Frauen an der beruflichen Erwachsenenbildung annähernd ihrem Anteil an den Beschäftigten.

Die Akademiker nehmen an beruflichen Bildungslehrgängen verstärkt teil, mittlerweile mit einer Quote von 6 vH. Vor allem Lehrer, Sozialwissenschaftler und Ingenieure nehmen die Möglichkeit der Weiterqualifikation in Anspruch (20 000 im Jahre 1986).

124. Der Schwerpunkt der beruflichen Weiterbildung liegt derzeit auf dem Ausbau bereits vorhande-

ner beruflicher Fertigkeiten. Dabei steht die Überlegung im Vordergrund, daß es auch für Berufe, die nicht als besonders zukunftsträchtig eingeschätzt werden, in expandierenden Wirtschaftsbereichen Beschäftigungsmöglichkeiten gibt. Ein Beispiel dafür ist die Beschäftigung von entsprechend höherqualifizierten Bauarbeitern im Ausbaugewerbe.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Einarbeitung in moderne Informationstechniken, deren Bedeutung in fast allen Berufen zunimmt. Einen ausgesprochenen Arbeitskräftemangel gibt es nach wie vor bei einer Reihe anderer Berufe, so beispielsweise bei Zerspanungstechnikern, bei denen sich die Anzahl der Teilnehmer an einem Fortbildungskurs zwischen 1981 und 1986 verfünffacht hat. Bei solchen Mangelberufen sind die Qualifizierungsmaßnahmen gezielt und äußerst wirksam eingesetzt worden.

125. Aus diesen Gründen konnte die Bundesanstalt für Arbeit durch die Förderung der beruflichen Weiterbildung beachtliche Erfolge bei der Wiedereingliederung von Arbeitslosen erzielen. Im Jahre 1986 waren nur rund 20 vH der Lehrgangsteilnehmer ein halbes Jahr nach Beendigung des Kurses noch arbeitslos. Die Relation zwischen denjenigen, die sich nach einer Fortbildung arbeitslos meldeten, und der Gesamtzahl aller, die in dem betreffenden Jahr einen Kurs beendet hatten, betrug 1986 rund 13½ vH, ein Jahr zuvor — bei ähnlicher Arbeitsmarktlage — hatte sie noch bei etwa 14½ vH gelegen. Diese Verbesserung der Berufschancen der Teilnehmer übertraf die Erwartungen; eher war befürchtet worden, die starke Ausdehnung der Förderung könne zu Vermittlungsengpässen führen.

126. Im Zuge der verstärkten Bemühungen um die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen erlangten die vorwiegend auf diesen Personenkreis zugeschnittenen „Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten" größere Bedeutung. Rund 52 000 Arbeitslose nahmen 1986 an solchen Kursen teil, 37 vH mehr als 1985. Diese Kurse mit einer Dauer von durchschnittlich vier Wochen dienen dazu, Arbeitslosen bei ihrer Arbeitssuche zu helfen oder ihr Interesse an einer Weiterbildung zu wecken.

127. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung machten allerdings auch 1986 und 1987 nur etwa 26 vH der neu eingetretenen Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung aus, obwohl knapp die Hälfte der Arbeitslosen keine Berufsausbildung hat. Dies liegt zum einen daran, daß es schwierig ist, mit dem herkömmlichen Bildungsangebot diese Arbeitslosen überhaupt zu erreichen, zum anderen daran, daß sich unter den Personen ohne abgeschlossene Ausbildung auch überdurchschnittlich viele ältere Arbeitnehmer befinden, die meist für eine berufliche Höherqualifikation nicht mehr geeignet erscheinen und die sich auch nach einer beruflichen Ausbildung nur geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt ausrechnen können. Von einer besonders starken Konzentration der Qualifizierungsoffensive auf Personen, die dem strukturellen Kern der Arbeitslosen zuzurechnen sind und unter den derzeitigen Bedingungen am Arbeitsmarkt ohne besondere Anstrengungen zu geringe Beschäftigungschancen haben, also auf langfristig Arbeitslose und/oder Arbeitslose ohne Berufsausbildung kann also nur in eingeschränktem Maße die Rede sein.

128. Die wieder steigende Anzahl von Leistungsempfängern und die Ausweitung der Leistungen für ältere Arbeitslose sowie die Verlagerung verschiedener Ausgaben vom Bundeshaushalt auf den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit engen den finanziellen Spielraum der Bundesanstalt ein (Ziffern 163). Damit ist fraglich geworden, ob die Maßnahmen zur beruflichen Bildung auf dem erreichten Niveau fortgeführt werden können. Eine nochmalige Ausweitung wie in den letzten Jahren kam von vornherein nicht in Frage. Deutliche Einschränkungen könnten den Fortgang der Qualifizierungsoffensive insgesamt gefährden. Wenn sich die Arbeitsmarktpolitik nicht nur als Hilfe für die am ärgsten von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen sehen will, sondern als flankierende Maßnahme auch zu größerer beruflicher Mobilität beitragen soll, muß sie stetig und auf längere Sicht angelegt werden (SG 82 Ziffern 87 ff.).

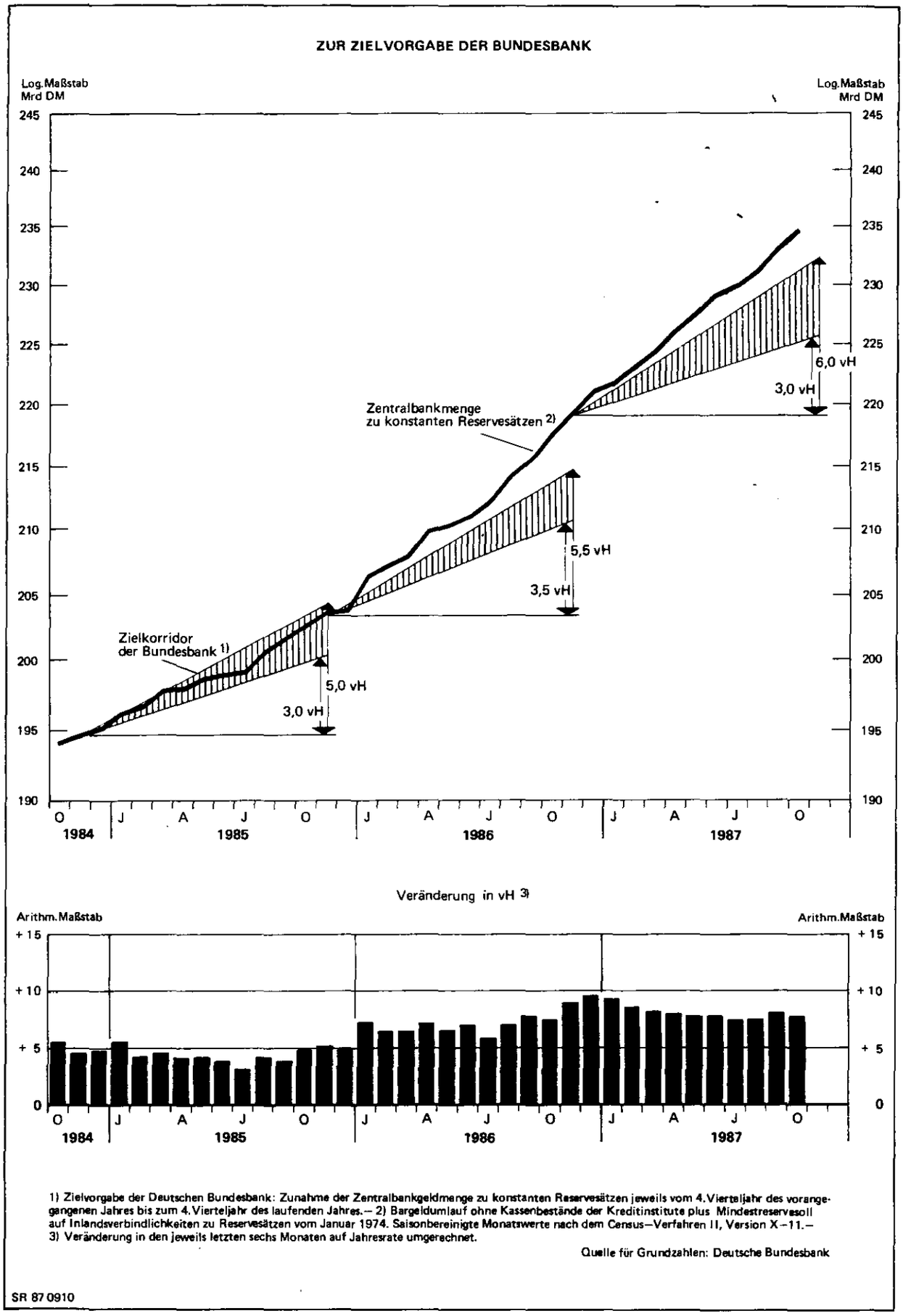
In der Zusammenarbeit der Unternehmen mit den Arbeitsämtern bei der Planung und Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen haben beide Seiten dazugelernt. Insbesondere gelingt es heute besser, das Ausbildungsangebot an die von den Unternehmen tatsächlich nachgefragten Qualifikationen anzupassen, auch wenn von vielen Unternehmen der Dringlichkeit einer vorausschauenden Ausbildungs- und Personalpolitik noch nicht zureichend Rechnung getragen wird. Trotz dieser Einschränkung jedoch haben sich die Voraussetzungen verbessert, da die Unternehmen ihre Aufgabe im Bereich der beruflichen Bildung wieder verstärkt selbst wahrnehmen und die Arbeitsmarktpolitik sich mit ihren Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen auf jene Gruppen von Arbeitnehmern konzentrieren kann, für die die Chancen auf eine berufliche Eingliederung ohne Förderung gering sind.

IV. Geldpolitik: Orientierung am Wechselkurs

129. Das vorrangige Bemühen der Geldpolitik war es im Jahre 1987, einer weiteren Höherbewertung der D-Mark insbesondere gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken. Tatsächlich stabilisierte sich der Wert der amerikanischen Währung für einen längeren Zeitraum bei etwa 1,80 DM, nachdem sich Ende Februar die Bundesrepublik und fünf weitere große Industrieländer im sogenannten Louvre-Abkommen auf eine stärker wechselkursorientierte Politik verständigt hatten. Die Deutsche Bundesbank trug zur Stabilisierung der Wechselkurse vor allem dadurch bei, daß sie ihre Zinssätze für kurzfristige Ausleihungen im Verlauf der ersten Jahreshälfte weiter zurückführte. Sie nahm dabei in Kauf, daß die Expansion der Zentralbankgeldmenge von Jahresbeginn an oberhalb des Geldmengenziels lag, das ohnehin schon reichlich bemessen war.

Einmal mehr zeigte sich in diesem Jahr die hohe Auslandsabhängigkeit des deutschen Kapitalmarktes. Ungeachtet des expansiven geldpolitischen Impulses

Schaubild 21



1) Zielvorgabe der Deutschen Bundesbank: Zunahme der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen jeweils vom 4. Vierteljahr des vorangegangenen Jahres bis zum 4. Vierteljahr des laufenden Jahres. — 2) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute plus Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten zu Reservesätzen vom Januar 1974. Saisonbereinigte Monatswerte nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. — 3) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 87 0910

zogen die langfristigen Zinsen bereits ab Mai dieses Jahres kräftig an. Da die Aufwertungsspekulation zugunsten der D-Mark sichtlich nachließ und die Zinsen auf Dollaranlagen schon im zweiten Quartal schnell stiegen, nahm der Zustrom an langfristigen ausländischen Mitteln zusehends ab. Im Inland blieb die Neigung gering, verfügbare Mittel längerfristig anzulegen. In der Erwartung, daß die Zinsen weiter steigen und die Wertpapierkurse in Zukunft sinken könnten, war es für viele Anleger attraktiv, einen größeren Teil des Vermögens in Form von Geld zu halten.

Nach dem weltweiten Sturz der Aktienkurse, der am 19. Oktober dieses Jahres einsetzte, sind die Kapitalmarktzinsen erneut gesunken. Die Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren, die mit einem vergleichsweise geringen Kursrisiko behaftet sind, belebte sich, und vor allem in den Vereinigten Staaten verlor die Sorge über eine mögliche Inflationsbeschleunigung und weitere Zinssteigerungen angesichts der konjunkturellen Risiken infolge des Kurssturzes zunehmend an Bedeutung.

Abermals starke Expansion der Zentralbankgeldmenge

130. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, auf die sich die jährliche Zielvorgabe der Bundesbank bezieht, lag im Oktober — auf Jahresrate umgerechnet — um 7,8 vH über dem Durchschnittsstand im letzten Vierteljahr 1986 (Schaubild 21). Damit wurde das Ziel der Bundesbank, das im Jahresverlauf eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge zwischen 3 vH und 6 vH vorsah, in diesem Jahr erneut deutlich überschritten.

Bei der Festlegung des Geldmengenziels im Dezember 1986 orientierte sich die Bundesbank an der erwarteten jahresdurchschnittlichen Zunahme des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen, die sie mit 4 ½ vH veranschlagte. Allerdings erweiterte sie den Zieltrichter, dessen Bandbreite seit 1984 je zwei Prozentpunkte betragen hatte, um jeweils einen halben Prozentpunkt nach oben und nach unten. Sie trug damit den Unsicherheiten Rechnung, welche die schon zum Zeitpunkt der Zielfestlegung angespannte währungspolitische Lage mit sich brachte und die auch in der Einschätzung darüber lagen, ob die ungewöhnlich hohe Geldhaltung Ausdruck einer dauerhaft veränderten Liquiditätspräferenz sein könnte.

Die für 1987 geplante Ausweitung des Geldangebots war im ganzen großzügig bemessen, denn aufgrund der schon im Vorjahr hingenommenen Überschreitung des Geldmengenziels setzte der Zieltrichter an einem hohen Niveau der Zentralbankgeldmenge im vierten Quartal des Jahres 1986 an. So wäre, worauf die Bundesbank ausdrücklich hinwies, selbst ein Geldmengenwachstum entlang der unteren Ziellinie noch potentialgerecht gewesen. Tatsächlich lag der Expansionspfad der Zentralbankgeldmenge dann seit Jahresbeginn ständig oberhalb des Zieltrichters.

131. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge, die der Sachverständigenrat als geldpolitischen Indikator verwendet, wuchs in noch etwas stärkerem Maße als die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen. Nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen und auf Jahresrate umgerechnet lag die bereinigte Zentralbankgeldmenge im September um 8,1 vH über dem Stand im letzten Quartal des Vorjahres (Tabelle 10).

Die Differenz zwischen den Wachstumsraten der nach unterschiedlichen Konzeptionen berechneten Indikatoren, die im September 0,3 Prozentpunkte betrug, erklärt sich vor allem aus Unterschieden im Verfahren zur Bereinigung von Mindestreservesatzänderungen. Da die Bundesbank konstante Reservesätze vom Januar 1974 verwendet, die im Durchschnitt die heute gültigen Sätze um mehr als das Zweifache übersteigen, gehen mindestreservepflichtige Bankverbindlichkeiten mit einem höheren Gewicht in ihre Rechnung ein. In Zeiten, in denen der Bargeldumlauf rascher wächst als das reservepflichtige Einlagevolumen, nimmt die bereinigte Zentralbankgeldmenge deshalb schneller zu als die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen. Von geringerer Bedeutung waren in diesem Jahr die Änderungen der Überschußreserven sowie der Mindestreserven auf Auslandsverbindlichkeiten, die — anders als nach der Konzeption der Bundesbank — in die Berechnung der bereinigten Zentralbankgeldmenge eingehen (Anhang IV, Abschnitt C).

Tabelle 10

Zur Entwicklung der Zentralbankgeldmenge [1])

Zeitraum	Insgesamt	Entstehung: Netto-Auslandsposition [2])	Entstehung: Refinanzierungskredite an Banken	Entstehung: Liquiditätspolitische Maßnahmen der Bundesbank [3])	Entstehung: Kreditgewährung an den Staat [4])	Entstehung: sonstige Einflüsse [5])	Verwendung: Bargeldumlauf [6])	Verwendung: Reservesoll und Überschußreserve	Bereinigte Zentralbankgeldmenge [7]) (Geldbasis): Ursprungswerte	Bereinigte Zentralbankgeldmenge [7]) (Geldbasis): saisonbereinigt [8])
	Veränderung im jeweiligen Zeitraum in Mio DM						Durchschnittsbestände in Mrd DM			
1974	− 7 307	− 2 826	+ 4 562	− 1 466	− 2 965	− 4 612	50,8	48,0	86,6	
1975	+ 2 367	− 2 080	− 7 698	+ 16 124	− 2 754	− 1 225	55,7	41,0	93,4	
1976	+ 12 198	+ 8 277	+ 14 339	− 13 081	+ 8 126	− 5 463	60,3	44,4	102,4	
1977	+ 3 714	+ 8 361	− 5 412	− 686	+ 4 988	− 3 537	65,9	45,8	111,3	
1978	+ 15 861	+ 20 307	+ 5 200	− 3 620	− 2 139	− 3 887	70,3	49,4	124,0	
1979	+ 10 930	− 5 178	+ 16 999	+ 427	+ 3 853	− 5 171	75,9	59,4	135,5	
1980	− 4 331	− 24 644	+ 13 302	+ 15 006	+ 299	− 8 294	79,9	56,8	141,9	
1981	− 1 504	− 3 142	+ 3 828	+ 3 897	+ 1 128	− 7 215	81,6	51,2	147,3	
1982	+ 1 895	+ 1 716	+ 4 349	+ 1 700	− 4 056	− 1 814	84,1	52,4	153,4	
1983	+ 10 388	− 1 964	+ 3 594	+ 5 634	+ 1 652	+ 1 472	91,1	51,6	165,1	
1984	+ 7 555	− 3 938	+ 7 045	+ 3 866	+ 1 256	− 674	95,9	54,1	173,5	
1985	+ 6 637	− 670	− 4 778	+ 17 220	− 4 173	− 962	99,4	57,1	181,0	
1986	+ 5 594	+ 8 655	− 785	− 6 652	− 222	+ 4 598	106,0	55,7	192,9	
1986 1. Vj.	− 2 130	+ 5 830	+ 26	− 4 418	− 969	− 2 599	102,1	60,4	188,0	187,9
2. Vj.	− 5 900	− 9 819	− 286	− 3 866	+ 816	+ 7 255	104,2	54,7	189,5	190,6
3. Vj.	+ 3 425	+ 7 045	− 1 664	+ 3 184	− 5 660	+ 520	107,6	53,0	194,4	194,1
4. Vj.	+ 10 199	+ 5 599	+ 1 139	− 1 552	+ 5 591	− 578	110,3	54,6	199,6	198,9
1987 1. Vj.	+ 1 426	+ 15 791	− 6 880	− 325	− 3 703	− 3 457	110,5	60,1	201,8	201,8
2. Vj.	+ 5 351	+ 4 794	− 1 204	− 7 151	+ 2 592	+ 6 320	114,0	61,7	205,5	206,7
3. Vj.	+ 3 173	− 2 636	+ 548	+ 11 111	− 2 247	− 3 603	117,8	62,8	211,3	211,0
1986 Jan	− 1 913	+ 3 799	− 1 257	− 3 225	+ 710	− 1 940	102,1	61,3	189,0	186,9
Feb	− 2 509	+ 1 237	+ 1 332	− 7 316	+ 3 288	− 1 050	101,2	59,7	186,1	187,4
Mär	+ 2 292	+ 794	− 49	+ 6 123	− 4 967	+ 391	103,0	60,1	188,8	189,4
Apr	− 524	− 8 347	+ 1 652	+ 4 254	− 1 994	+ 3 911	103,1	59,5	188,2	189,6
Mai	− 5 843	− 2 329	− 2 004	− 9 733	+ 5 629	+ 2 594	104,5	52,3	189,9	191,0
Jun	+ 467	+ 857	+ 66	+ 1 613	− 2 819	+ 750	104,9	52,4	190,4	191,1
Jul	+ 2 713	+ 1 742	− 1 158	+ 5 081	− 4 451	+ 1 499	107,1	52,9	193,7	192,5
Aug	+ 942	+ 2 430	+ 20	− 5 763	+ 3 990	+ 265	108,1	52,8	194,9	194,4
Sep	− 230	+ 2 873	− 526	+ 3 866	− 5 199	− 1 244	107,6	53,1	194,6	195,4
Okt	+ 123	+ 5 843	+ 132	− 9 850	+ 4 524	− 526	107,6	53,3	194,7	197,0
Nov	+ 2 110	+ 1 326	+ 471	− 6 279	+ 6 189	+ 403	108,6	54,3	197,3	199,0
Dez	+ 7 966	− 1 570	+ 536	+ 14 577	− 5 122	− 455	114,6	56,3	206,9	200,7
1987 Jan	− 2 884	+ 12 196	− 1 862	− 14 498	+ 3 034	− 1 754	110,6	57,4	203,4	201,2
Feb	+ 3 437	+ 6 051	− 3 236	+ 2 457	− 197	− 1 638	109,9	61,5	200,5	201,9
Mär	+ 873	− 2 456	− 1 782	+ 11 716	− 6 540	− 65	111,1	61,3	201,6	202,2
Apr	+ 1 833	− 192	− 493	− 5 877	+ 5 391	+ 3 004	112,9	61,3	203,7	205,1
Mai	+ 1 144	+ 3 762	− 304	− 5 086	− 637	+ 3 409	113,7	61,6	205,0	206,3
Jun	+ 2 374	+ 1 224	− 407	+ 3 812	− 2 162	− 93	115,4	62,3	207,8	208,6
Jul	+ 2 952	− 2 349	− 549	+ 8 058	− 17	− 2 191	117,6	63,0	211,3	210,0
Aug	− 44	− 1 405	+ 781	− 2 556	+ 4 400	− 1 264	118,1	62,4	211,2	210,6
Sep	+ 265	+ 1 118	+ 316	+ 5 609	− 6 630	− 148	117,8	63,1	211,5	212,4

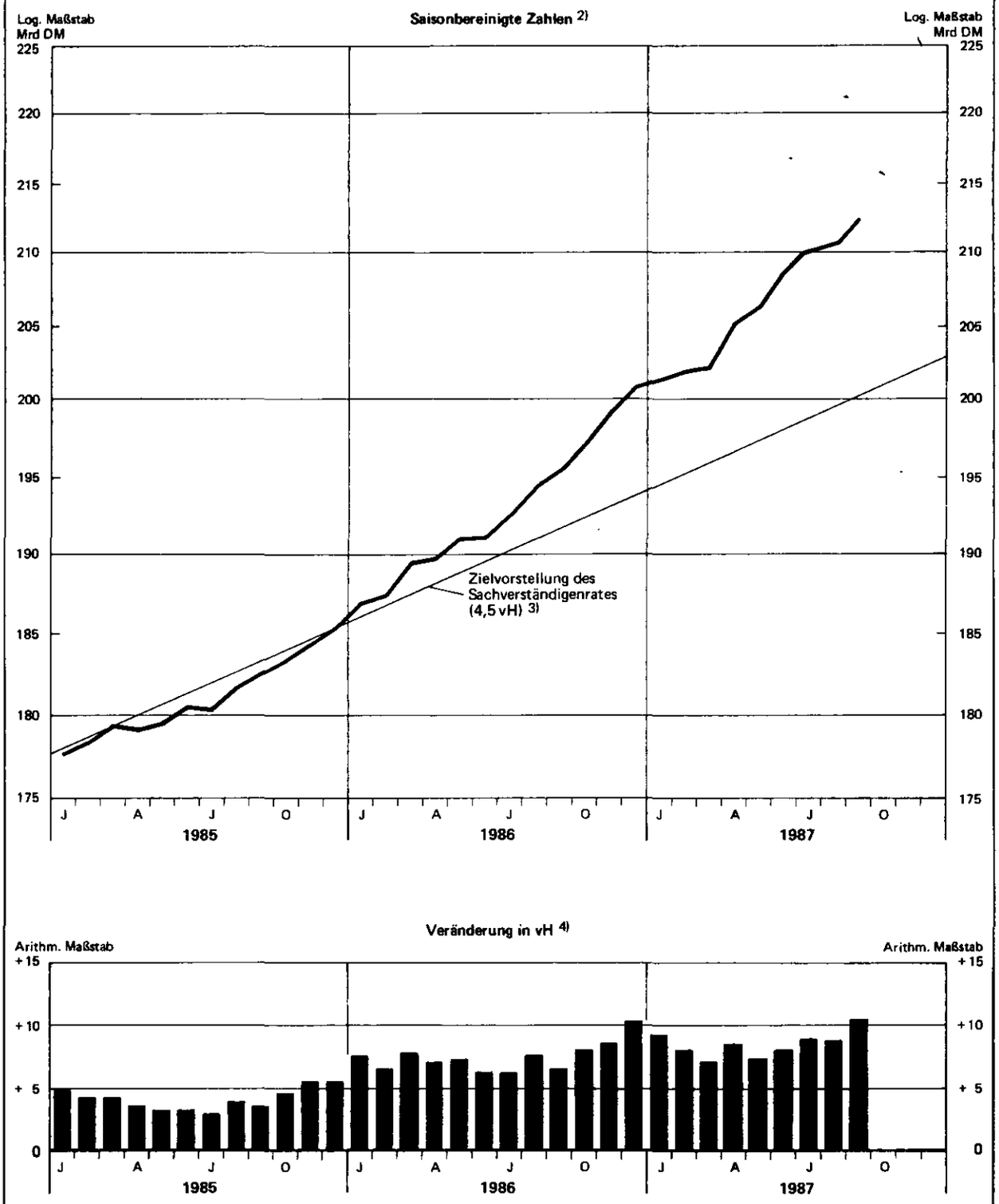
[1]) In der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, berechnet auf der Basis von Tagesdurchschnitten der Monate.
[2]) Währungsreserven (einschließlich Kredite und sonstiger Forderungen an das Ausland) abzüglich Auslandsverbindlichkeiten. Ohne Devisenswap- und -pensionsgeschäfte.
[3]) Offenmarktoperationen, Devisenswap- und -pensionsgeschäfte, Verlagerungen von Bundesguthaben in den Geldmarkt (nach § 17 BBankG).
[4]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (nach § 17 BBankG).
[5]) Unter anderem Ertragsbuchungen der Bundesbank.
[6]) Ab März 1978 ohne Kassenbestände der Kreditinstitute.
[7]) Bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen; siehe Anhang IV, Abschnitt C.
[8]) Saisonbereinigung nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

132. Der Sachverständigenrat tritt seit 1984 dafür ein, die Geldpolitik an einem für mehrere Jahre festgelegten Wachstumspfad der bereinigten Zentralbankgeldmenge zu orientieren. Die jährliche Ausweitung der Zentralbankgeldmenge ist danach mit 4 ½ vH, allenfalls 5 vH, so bemessen, daß ausreichend monetäre Mittel bereitgestellt werden, um die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten auszuschöpfen und den erreichten Grad an Preisniveaustabilität gleichzeitig zu bewahren. Vorübergehende mäßige Abweichungen der tatsächlichen Zentralbankgeldmenge von dem mehrjährigen Zielpfad sind

Schaubild 22

ZUR ZIELVORSTELLUNG DES SACHVERSTÄNDIGENRATES 1)



1) Bereinigte Zentralbankgeldmenge in der Abgrenzung des Sachverständigenrates: Bargeldumlauf und Zentralbankguthaben der Banken, bereinigt um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen (siehe Anhang IV, Abschnitt C).— 2) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.— 3) Zur Festlegung der Zielvorstellung siehe JG 84 Ziffer 361.— 4) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 87 0915

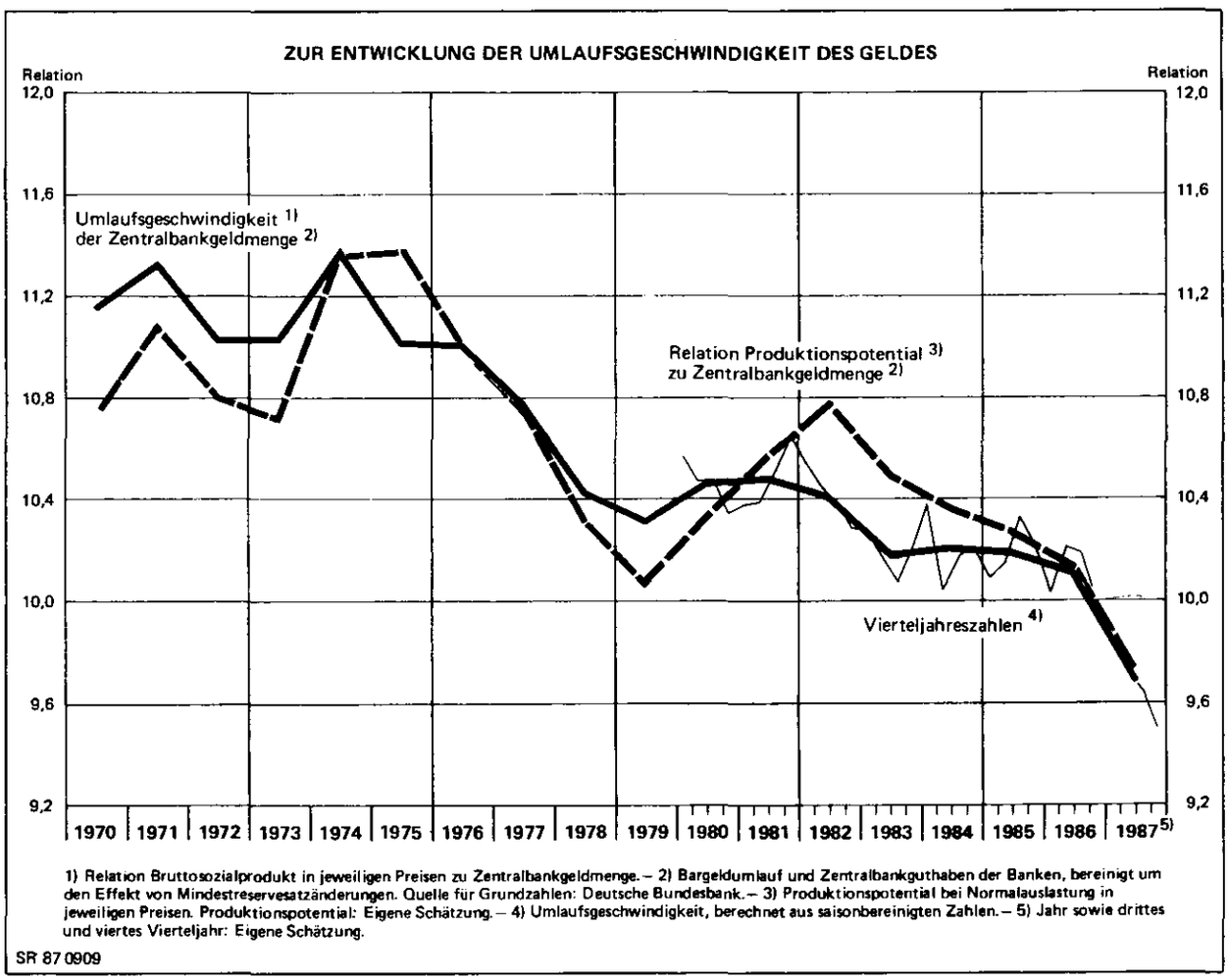
nicht ungewöhnlich und mit einer mittelfristig orientierten Geldpolitik durchaus vereinbar. Bei einer länger anhaltenden monetären Beschleunigung, wie sie seit Mitte letzten Jahres eingetreten ist, muß jedoch geprüft werden, ob die Geldpolitik einen mittelfristig konjunkturneutralen und stabilitätsgerechten Kurs verlassen hat (Schaubild 22).

133. Festzustellen ist zunächst, daß die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben mit der raschen monetären Expansion auch in diesem Jahr nicht Schritt gehalten hat. Wegen der Stockung zu Beginn des Jahres und wegen des schwächeren gesamtwirtschaftlichen Preisauftriebs blieb der Zuwachs des nominalen Sozialprodukts hinter dem des Vorjahres zurück. Die Umlaufsgeschwindigkeit der Zentralbankgeldmenge ist daher noch einmal beträchtlich gesunken (Schaubild 23). Da sich die Kapazitätsauslastung der Wirtschaft nur geringfügig veränderte, hat die Relation des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen zur bereinigten Zentralbankgeldmenge in etwa gleich starkem Maße abgenommen. Die Veränderung dieser Größe, die auf konjunkturelle Einflüsse weniger stark reagiert als die Umlaufsgeschwindigkeit, zeigt an, daß die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld erneut gestiegen ist.

Der Rückgang der Umlaufsgeschwindigkeit mag zum Teil auf die zeitlichen Verzögerungen zurückzuführen sein, mit denen monetäre Impulse die wirtschaftliche Entwicklung beeinflussen. Allerdings übersteigt die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge bereits seit Beginn dieses Aufschwungs das Wachstum des Produktionspotentials und dem Trend nach auch die konjunkturbedingt noch etwas höhere Zunahme des Sozialprodukts. Hierin kommt auch zum Ausdruck, daß die wegen des nachlassenden inflatorischen Drucks seit Anfang der achtziger Jahre rückläufigen Nominalzinsen die Geldhaltung als Form der Vermögensanlage wieder attraktiver gemacht haben.

Das Produktionspotential in jeweiligen Preisen wird in diesem Zusammenhang als Indikator für das in dieser Periode mögliche Transaktionsvolumen verwendet. Dabei sind keineswegs alle Transaktionen erfaßt; weitgehend unberücksichtigt bleiben insbesondere Umschichtungsvorgänge im Sach- und Geldvermögen, das seit langem schneller wächst als das Produktionspotential. Der steigende Geldbedarf, der hiermit einhergehen dürfte, mag mit dazu beigetragen haben, daß die Relation des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen zur Zentralbankgeldmenge über einen längeren Zeitraum betrachtet rückläufig ist. So hat sie sich seit 1970 um etwa einen Prozentpunkt verringert.

Schaubild 23



Geldpolitische Rücksichtnahme auf Wechselkurs und Konjunktur

134. Die Bundesbank sah sich auch in diesem Jahr einem Konflikt zwischen außenwirtschaftlichen Zwängen und binnenwirtschaftlichen Zielsetzungen ausgesetzt. Bereits zu Jahresbeginn stand die D-Mark aufgrund des hohen Zuflusses von langfristigem Kapital und infolge von politischen Äußerungen über einen weiteren Fall des Dollar-Kurses unter starkem Aufwertungsdruck. Von amerikanischer Seite wurde wiederholt die Forderung nach einer expansiveren deutschen Geldpolitik gestellt. Im Februar stimmte die Bundesregierung im Louvre-Abkommen einer Politik zu, die zu stabileren Wechselkursen führen sollte. Zur Erfüllung dieses Abkommens, aber auch wegen der zu Jahresbeginn durchaus labilen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entschied sich die Bundesbank für eine noch expansivere Gangart, die die Zentralbankgeldmenge weiter von ihrem Zieltrichter entfernte. Das Drängen auf eine weitere Herabsetzung der deutschen Notenbankzinsen ließ jedoch nur vorübergehend nach. Als die Bundesbank im Laufe des zweiten Halbjahres die Zuteilungssätze für Wertpapierpensionsgeschäfte in Anpassung an die Marktlage geringfügig erhöhte, sah sie sich heftiger Kritik insbesondere aus dem Ausland ausgesetzt. Hierbei wurde deutlich, wie gering der Handlungsspielraum für die Geldpolitik derzeit ist, zugleich den Außenwert und den Binnenwert der Währung zu sichern.

Der Bilanzzusammenhang der monetären Analyse zeigt, daß der Geldschöpfungsprozeß auch in diesem Jahr in starkem Maße durch Mittelzuflüsse aus dem Ausland beeinflußt war. Inländische Nichtbanken nutzten den hohen Liquiditätszufluß, der durch den Überschuß im Warenverkehr mit dem Ausland und — im ersten Halbjahr — auch durch den langfristigen Nettokapitalzustrom entstanden war, vor allem dazu, ihre Kreditaufnahme bei den Banken gering zu halten. Im Bankensystem äußerte sich dies in einem starken Anstieg der Nettoforderungsposition gegenüber dem Ausland bei gleichzeitig schwacher Expansion des inländischen Kreditvolumens. Gering blieb auch in diesem Jahr die Neigung, liquide Mittel längerfristig anzulegen; entsprechend schwach war die kontraktive Wirkung, die die Geldkapitalbildung auf das monetäre Wachstum ausübt. Zum Teil schlug sich der Geldzufluß auch in einem Anstieg der Nettoforderungsposition inländischer Unternehmen gegenüber dem Ausland nieder.

135. Eine auf feste Wechselkurse abzielende Geldpolitik begibt sich in die Abhängigkeit von der Geldpolitik des Auslands. Im Prinzip kann sich die Geldpolitik nur dann von der monetären Entwicklung im Ausland wirksam abkoppeln, wenn sie auf Bewegungen der Wechselkurse und die damit verbundenen Konsequenzen keine Rücksicht nimmt. Neben allzu abrupten Veränderungen des realen Außenwerts gibt es jedoch auch dauerhafte Verschiebungen in den internationalen Währungspräferenzen, die geldpolitisch nicht zu negieren sind. So kommt es für die deutsche Geldpolitik darauf an, ob sich die Währungspräferenzen zugunsten der D-Mark-Haltung verschoben haben und die deutsche Währung von daher unter Aufwertungsdruck gesetzt ist. Einer solchen Erhöhung der Geldnachfrage nicht nachzukommen, hieße am Binnenmarkt geldpolitischen Restriktionsdruck zu erzeugen (JG 86 Ziffern 260 ff.). Für die gegenwärtige Situation dürfte dieser Zusammenhang jedoch nur von geringer Bedeutung sein. Zumindest ist die Beobachtung, daß sich die monetäre Expansion praktisch weltweit, und in vielen Ländern noch rascher als in der Bundesrepublik, beschleunigt hat, schwer mit der These zu vereinbaren, daß sich die Währungspräferenzen lediglich zugunsten der D-Mark verschoben haben.

Hohe Nachfrage nach liquiden Mitteln

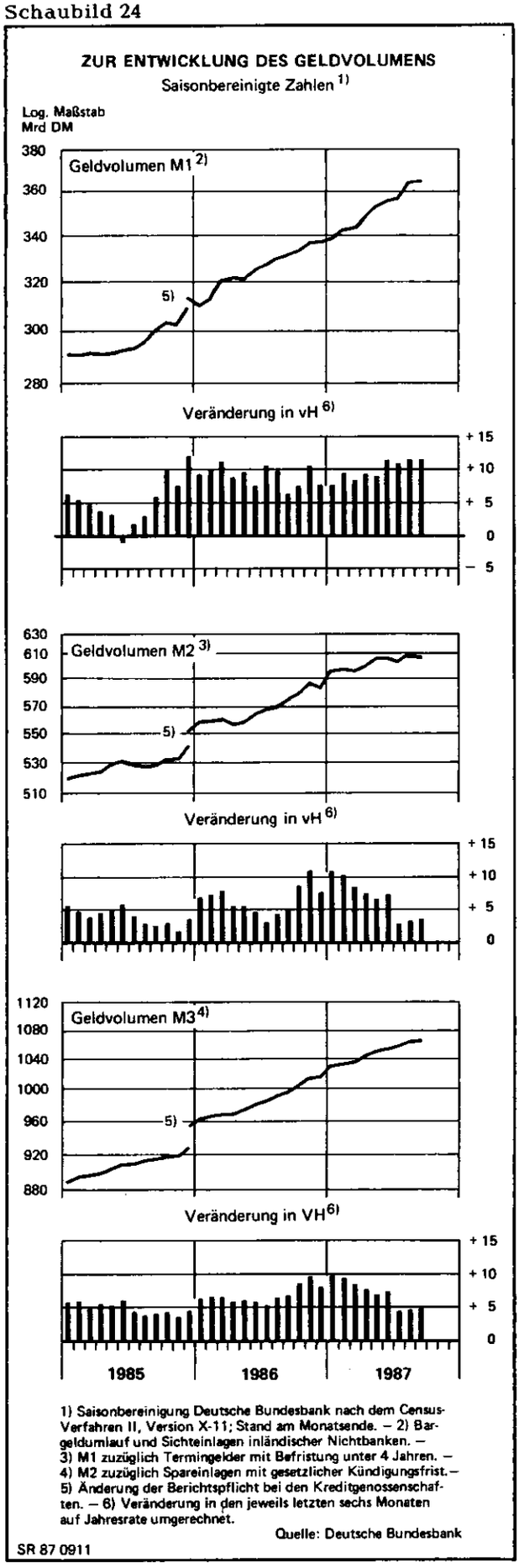
136. Die Liquiditätsvorliebe inländischer Nichtbanken war auch 1987 hoch. Dies zeigt sich besonders deutlich in der raschen Zunahme der Bestände an Bargeld und Sichteinlagen, die in der Geldmenge M1 zusammengefaßt sind und die von Jahresbeginn bis zum September nach Ausschaltung von Saisoneinflüssen um rund 25,4 Mrd DM ausgeweitet wurden. Auf das gesamte Jahr umgerechnet entspricht dies einer Wachstumsrate von etwa 10 vH. Deutlich langsamer expandierten das weiter abgegrenzte Geldmengenaggregat M2, welches neben den Komponenten von M1 auch Termingelder mit einer Befristung von unter vier Jahren einschließt, und die Geldmenge M3, die darüber hinaus auch Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist enthält (Schaubild 24).

137. Zum Teil mag die hohe Liquiditätsneigung inländischer Anleger darauf zurückzuführen sein, daß diese die Kosten der Geldhaltung bei nahezu stabilen Preisen und niedrigem Zinsniveau gering erachten. Wenn nach einer erfolgreichen Inflationsbekämpfung dauerhaft mit niedrigen Zinsen gerechnet wird und sich die Geldnachfrage daher erhöht, kann dies durch eine entsprechende Ausweitung der Zentralbankgeldmenge alimentiert werden, ohne daß dabei Stabilitätsgefahren entstehen.

Zweifellos hat das Nachlassen des inflatorischen Drucks seit 1981 wesentlich dazu beigetragen, daß die Nominalzinsen im Trend gesunken sind. Gleichwohl spricht einiges dafür, daß die tendenzielle Umschichtung der Vermögensbestände zugunsten der Geldhaltung, die sich seit Mitte letzten Jahres — also in einer Phase zunächst nur leicht rückläufiger und dann wieder steigender Zinsen — beschleunigt hat, nicht allein durch den geringen Ertragsverzicht der Geldhaltung, sondern in zunehmendem Maße von der Erwartung wieder steigender Zinsen und niedrigerer Wertpapierkurse getrieben wurde (Schaubild 25).

138. Dies kommt vor allem im Dispositionsverhalten der Akteure auf den Kredit- und Kapitalmärkten zum Ausdruck. Während sich Kapitalanleger offenbar in Erwartung möglicher Kursverluste beim Erwerb festverzinslicher Wertpapiere zurückhielten und anlagebereite Mittel vorzugsweise kurzfristig anlegten, waren Wertpapieremittenten und Schuldner bestrebt, sich möglichst langfristig zu den diesjährigen Konditionen zu verschulden. Als Folge dieser veränderten Finanzierungsstruktur erweiterte sich die Renditedifferenz zwischen kurzfristigen und langfristigen Kapitalanlagen vom Jahresbeginn bis September um mehr als einen halben Prozentpunkt. Die Erwartung wieder steigender Zinsen dürfte zum einen auf Unsicherheit

Schaubild 24



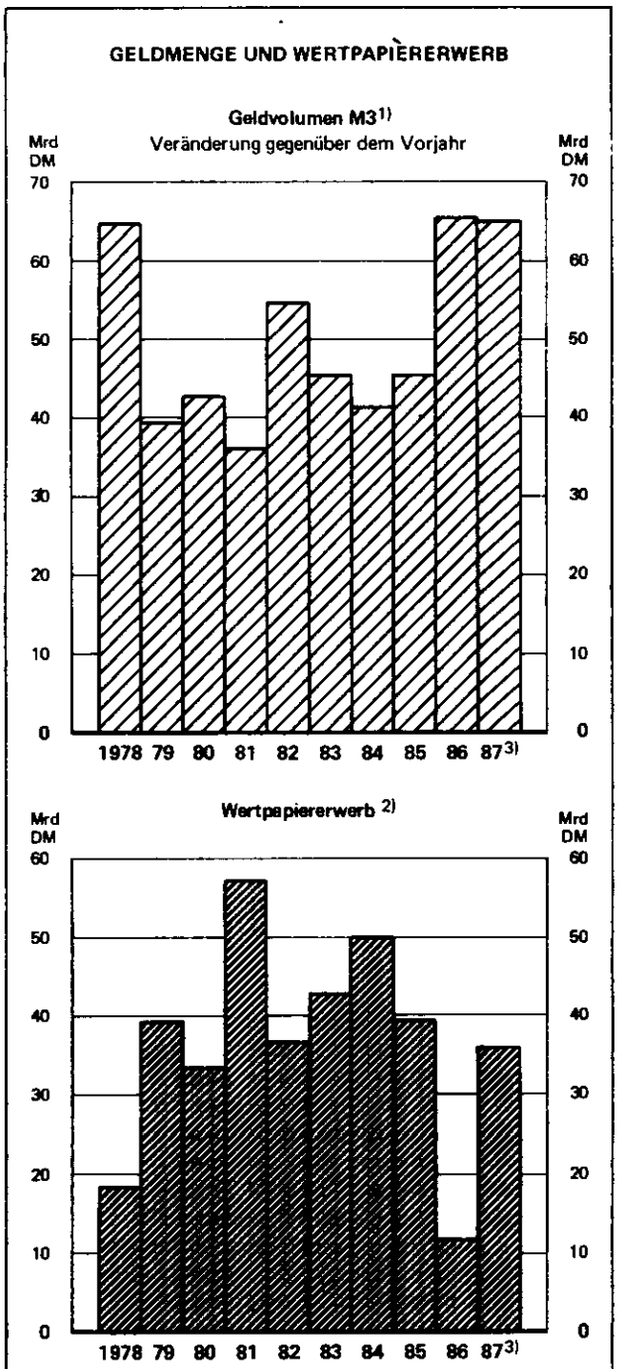
1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Stand am Monatsende. – 2) Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. – 3) M1 zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren. – 4) M2 zuzüglich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. – 5) Änderung der Berichtspflicht bei den Kreditgenossenschaften. – 6) Veränderung in den jeweils letzten sechs Monaten auf Jahresrate umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 87 0911

über die zukünftige Preisentwicklung zurückgehen. Die Verbraucherpreise stiegen zwar nur mit einer Rate von 1 vH an. Nach dem vor allem durch den Ölpreisfall bedingten Rückgang im Vorjahr war dies jedoch eine merkliche Beschleunigung. Wichtiger noch dürfte es zum anderen gewesen sein, daß die Zinsentwicklung nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in anderen bedeutenden Industrieländern im Jahresverlauf wieder nach oben wies.

Schaubild 25



1) Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken zuzüglich Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren sowie Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. – 2) Erwerb festverzinslicher Wertpapiere durch inländische Nichtbanken. – 3) Eigene Schätzung.

Quelle: Deutsche Bundesbank

SR 87 0908

Unter diesen Bedingungen schlug der Rückgang der Zinsen am Geldmarkt nicht merklich auf die langfristigen Zinsen durch, zusätzlich angebotenes Geld erhöhte die Kassenhaltung. Angesichts des hohen Volumens an anlagebereiten Mitteln und in Anbetracht der niedrigen Preisniveausteigerungen ist ein Rückgang der Kapitalmarktzinsen, wie er sich im Zuge des Kursverfalls an den Aktienmärkten seit dem 19. Oktober bereits angelassen hat, durchaus erwünscht, dies setzt jedoch gerade in einem international integrierten Kapitalmarkt Vertrauen in die Wertbeständigkeit der Währung voraus. Wo dieses Vertrauen geschwächt wird, gerät die Geldpolitik an die Grenze des durch eine expansive Politik Machbaren (Ziffern 321 ff.).

Rückgang des hohen ausländischen Mittelangebots am deutschen Kapitalmarkt

139. Das Mittelaufkommen an den inländischen Wertpapiermärkten stammte in der ersten Hälfte des Jahres 1987 zu rund 60 vH aus ausländischen Quellen. Dieses hohe Kapitalangebot aus dem Ausland — allein an Rentenwerten wurde in den ersten sechs Monaten ein Betrag von 35 Mrd DM an Ausländer abgesetzt — trug wesentlich dazu bei, daß die Kapitalmarktzinsen trotz der geringen Anlageneigung inländischer Nichtbanken in den ersten Monaten des Jahres noch weiter sanken. Der Zinsvorteil von Dollaranlagen wurde durch die Wechselkurs- und Zinsänderungserwartungen der ausländischen Kapitalanleger offenbar mehr als ausgeglichen (Tabelle 11).

Zur Jahresmitte hin wurden Anlagen in Dollartiteln allerdings wieder attraktiver, weil sich die langfristigen Zinsen in den Vereinigten Staaten rasch erhöhten und Aufwertungserwartungen zugunsten der D-Mark im Zuge der seit Februar andauernden Phase relativer Wechselkursstabilität sichtlich nachließen. Schon ab Mai verminderte sich das Mittelangebot des Auslands am deutschen Kapitalmarkt; als Folge stieg die Umlaufsrendite festverzinslicher Wertpapiere auch in der Bundesrepublik an (Schaubild 26). Die Phase steigender Zinsen reichte bis zu dem Zeitpunkt, als ein weltweiter Kurssturz an den Aktienbörsen begann. Daraufhin erhöhte sich die Nachfrage nach den weniger risikobehafteten festverzinslichen Wertpapieren; dies bewirkte einen Zinsrückgang, der in den Vereinigten Staaten besonders kräftig ausfiel.

Der hohe Überschuß im Saldo der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland führte in der ersten Hälfte dieses Jahres trotz hoher deutscher Direktinvestitionen im Ausland erneut zu einem Nettozustrom an langfristigem Kapital in Höhe von nahezu 15 Mrd DM. Mit dem nachlassenden Auslandsinteresse an deutschen Wertpapieren überwog jedoch der langfristige Kapitalexport im dritten Quartal den langfristigen Kapitalimport um etwa 18 Mrd DM.

140. In der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs schlug sich vor allem der hohe Leistungsbilanzüberschuß, der in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 53 Mrd DM betragen hat, in Form von hohen kurzfristigen Netto-Kapitalexporten nieder. Die Netto-Auslandsforderungen des Geschäftsbankensystems und der inländischen Unternehmen stiegen kräftig an. Die Netto-Auslandsposition der Bundesbank erhöhte sich vor allem wegen des starken Devisenzustroms vor der Neufestsetzung der EWS-Paritäten im Januar in den ersten zehn Monaten des Jahres um rund 19 Mrd DM (Tabelle 10, Seite 84).

Tabelle 11

Emission und Erwerb von Wertpapieren

Mio DM

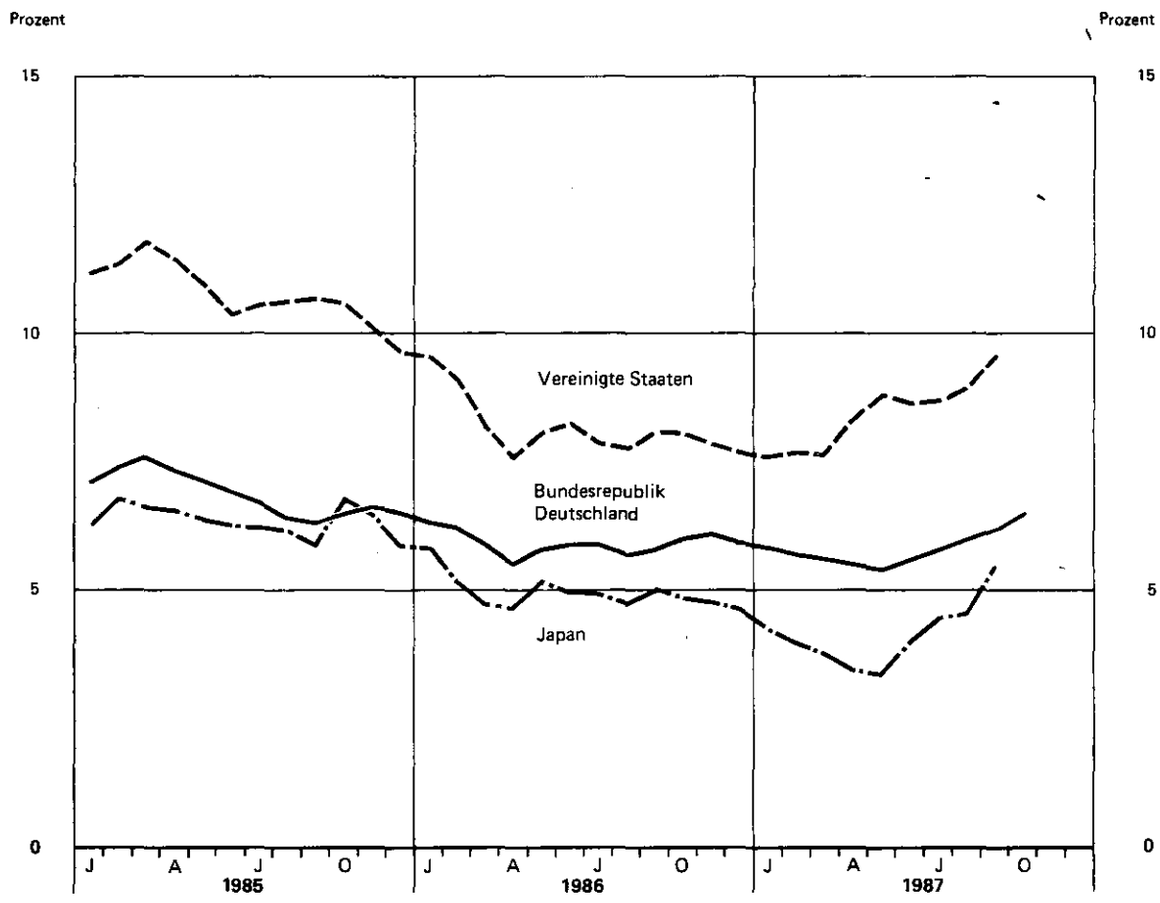
Zeitraum	Festverzinsliche Wertpapiere							Aktien	
	Emission durch				Erwerb durch			Emission durch	
	inländische Stellen [1]			Ausland [4]	Inländer		Ausländer [7]	inländische Unternehmen [8]	ausländische Unternehmen [9]
	zusammen	darunter Banken [2]	darunter öffentliche Hand [3]		zusammen [5]	darunter Nichtbanken [6]			
1976	47 859	31 731	16 676	1 354	46 085	32 127	3 129	6 081	1 818 [a]
1977	49 777	28 937	21 256	4 551	53 640	22 088	687	4 368	3 542
1978	39 832	29 437	11 420	3 553	43 260	18 289	124	5 550	3 942
1979	41 246	36 350	6 011	3 726	40 936	39 301	4 036	5 513	3 541 [a]
1980	45 218	41 546	4 934	7 338	52 261	33 166	294	6 948	3 569
1981	66 872	70 451	– 2 608	6 204	74 528	57 149	– 1 453	5 516	4 647
1982	72 726	44 795	28 563	10 983	81 437	36 672	2 272	5 921	3 286
1983	85 527	51 726	34 393	5 743	80 469	42 873	10 801	7 271	8 318
1984	71 101	34 639	36 664	15 712	72 995	50 020	13 818	6 278	5 666
1985	76 050	33 013	42 738	27 462	72 052	39 527	31 460	11 009	7 353
1986	87 485	29 509	57 774	15 506	44 078	11 713	58 913	16 394	15 018
1986 1. Vj.	36 661	18 615	18 096	1 627	18 791	11 628	19 497	4 658	1 748
2. Vj.	8 224	– 331	8 255	9 414	5 921	– 4 468	11 717	3 768	3 385
3. Vj.	25 341	12 211	13 129	3 398	16 379	4 723	12 360	2 344	1 740
4. Vj.	17 259	– 986	18 294	1 068	2 987	– 170	15 339	5 624	8 144
1987 1. Vj.	42 455	15 326	27 208	7 103	26 548	14 263	23 010	1 567	1 093
2. Vj.	13 949	5 328	8 701	8 134	10 001	2 791	12 082	4 700	1 039
3. Vj.	19 883	6 462	13 268	8 689	29 099	16 509	497	1 993	2
1986 Jan	16 742	10 186	6 592	– 397	8 761	6 335	7 584	266	405
Feb	14 096	5 022	9 061	858	7 337	3 422	7 617	2 863	459
Mär	5 823	3 407	2 443	1 166	2 692	1 870	4 297	1 529	884
Apr	6 399	– 134	6 095	2 582	2 644	– 2 080	6 337	1 146	1 804
Mai	3 031	1 099	1 996	4 412	4 549	495	2 894	1 769	792 [a]
Jun	– 1 206	– 1 296	164	2 420	– 1 272	– 2 883	2 486	853	788
Jul	14 748	5 428	9 340	2 364	11 977	4 749	5 135	1 077	– 909
Aug	7 248	6 005	1 207	– 574	1 819	989	4 855	886	483
Sep	3 345	778	2 582	1 608	2 583	– 1 015	2 370	381	2 166
Okt	4 528	– 1 519	6 100	315	92	– 1 103	4 751	2 821	2 400
Nov	12 128	2 538	9 609	– 14	3 711	555	8 402	811	269
Dez	603	– 2 005	2 585	767	– 816	378	2 186	1 992	5 476
1987 Jan	20 557	11 563	9 022	1 682	9 306	7 447	12 933	524	1 260
Feb	11 194	1 652	9 549	1 999	9 190	1 982	4 003	838	– 276
Mär	10 704	2 111	8 637	3 422	8 052	4 834	6 075	205	108
Apr	– 1 312	– 1 983	712	3 276	– 2 251	– 113	4 215	2 771	513
Mai	14 761	8 877	5 916	2 252	10 212	4 450	6 801	433	377
Jun	500	– 1 566	2 073	2 606	2 040	– 1 546	1 066	1 496	148
Jul	5 871	– 212	6 078	5 198	9 806	5 817	1 263	413	233
Aug	9 727	3 351	6 222	1 637	11 097	5 654	267	1 122	– 837
Sep	4 285	3 323	968	1 854	8 166	5 038	– 2 027	458	606

[1]) Nettoabsatz zu Kurswerten unter Berücksichtigung von Eigenbestandsveränderungen der Emittenten.
[2]) Bankschuldverschreibungen ohne Bank-Namensschuldverschreibungen.
[3]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost, jedoch ohne von der Lastenausgleichsbank für den Lastenausgleichsfonds begebene Schuldverschreibungen.
[4]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Inländer.
[5]) In- und ausländische Rentenwerte.
[6]) Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds.
[7]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) inländischer Rentenwerte zu Transaktionswerten durch Ausländer.
[8]) Zu Emissionskursen.
[9]) Nettoerwerb bzw. Nettoveräußerung (–) ausländischer Dividendenwerte (einschließlich Direktinvestitionen und Investmentzertifikate) zu Transaktionswerten durch Inländer.
[a]) Statistisch bereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

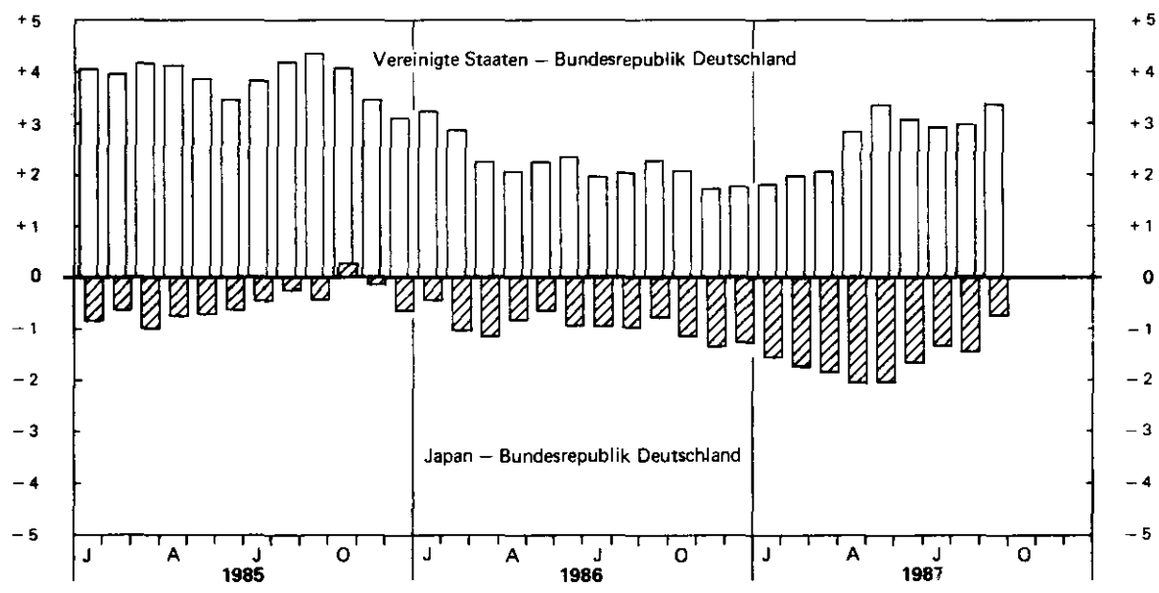
Schaubild 26

RENDITEN LANGFRISTIGER STAATSSCHULDPAPIERE [1)]



Renditedifferenzen

Abweichung in Prozentpunkten



1) Vereinigte Staaten: Mit einer Laufzeit von 10 Jahren und länger, Quelle: OECD. Bundesrepubik Deutschland: Umlaufsrendite aller festverzinslichen Wertpapiere der öffentlichen Hand, Quelle: Deutsche Bundesbank. Japan: Mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 7 Jahren, Quelle: OECD.

SR 87 0906

Zur Geldmarktsteuerung

141. Die Bundesbank war auch in diesem Jahr bemüht, die Feinsteuerung des Geldmarktes durch Wertpapierpensionsgeschäfte, eine besondere Form der Offenmarktpolitik, vorzunehmen. Die Flexibilität dieses geldpolitischen Instruments wurde direkt zu Jahresbeginn auf die Probe gestellt, als es zu den hohen Devisenzuflüssen vor der Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem am 12. Januar kam. Wegen der Interventionsverpflichtung der Bundesbank floß den Banken in hohem Maße zusätzliche Liquidität zu. Diesen Liquiditätszustrom glich die Bundesbank größtenteils dadurch aus, daß sie im Januar auslaufende Wertpapierpensionsgeschäfte nicht erneuerte.

Nachdem es im Anschluß an die Neufestsetzung der Leitkurse nicht zu einem Rückstrom der zugeflossenen Devisen kam, beschloß der Zentralbankrat am 22. Januar, die Rediskontkontingente zu kürzen und die Mindestreservesätze linear um 10 vH anzuheben. Zugleich wurden allerdings die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt gesenkt (Tabelle 12). Insgesamt führte dieses Maßnahmenbündel dazu, daß die unausgenutzten Refinanzierungslinien der Banken kurzfristig stark zurückgingen und erst mit dem Neuabschluß von Wertpapierpensionsgeschäften im Jahresverlauf wieder anstiegen.

142. Mit der Leitzinssenkung zu Anfang dieses Jahres und der Rücknahme der Wertpapierpensionssätze im Verlauf des ersten Halbjahres setzte sich der Zinsrückgang am Geldmarkt bis zur Jahresmitte fort (Schaubild 27). Danach traten auch am Geldmarkt leichte Zinssteigerungen ein. Bei Wertpapierpensionsgeschäften, die die Bundesbank im September und Oktober über das Zinstender-Verfahren anbot, ergab sich ein Anstieg des Zuteilungssatzes um 0,25 Prozentpunkte. Dieser geringfügige Zinsanstieg wurde zum Anlaß dafür, daß die amerikanischen Forderungen nach einer expansiveren deutschen Geldpolitik mit Nachdruck erneuert wurden. Der weltweite Kurssturz an den Aktienbörsen, der im zeitlichen Anschluß an diese internationale wirtschaftspolitische Konfrontation erfolgte und auf den die Bundesbank inzwischen mit einer Herabsetzung des Lombardsatzes um einen halben Prozentpunkt, ferner einer Rücknahme des Wertpapierpensionssatzes um 0,3 Prozentpunkte reagiert hat, kennzeichnet die derzeit an den internationalen Finanzmärkten herrschende Nervosität.

Geringere Wechselkursänderungen

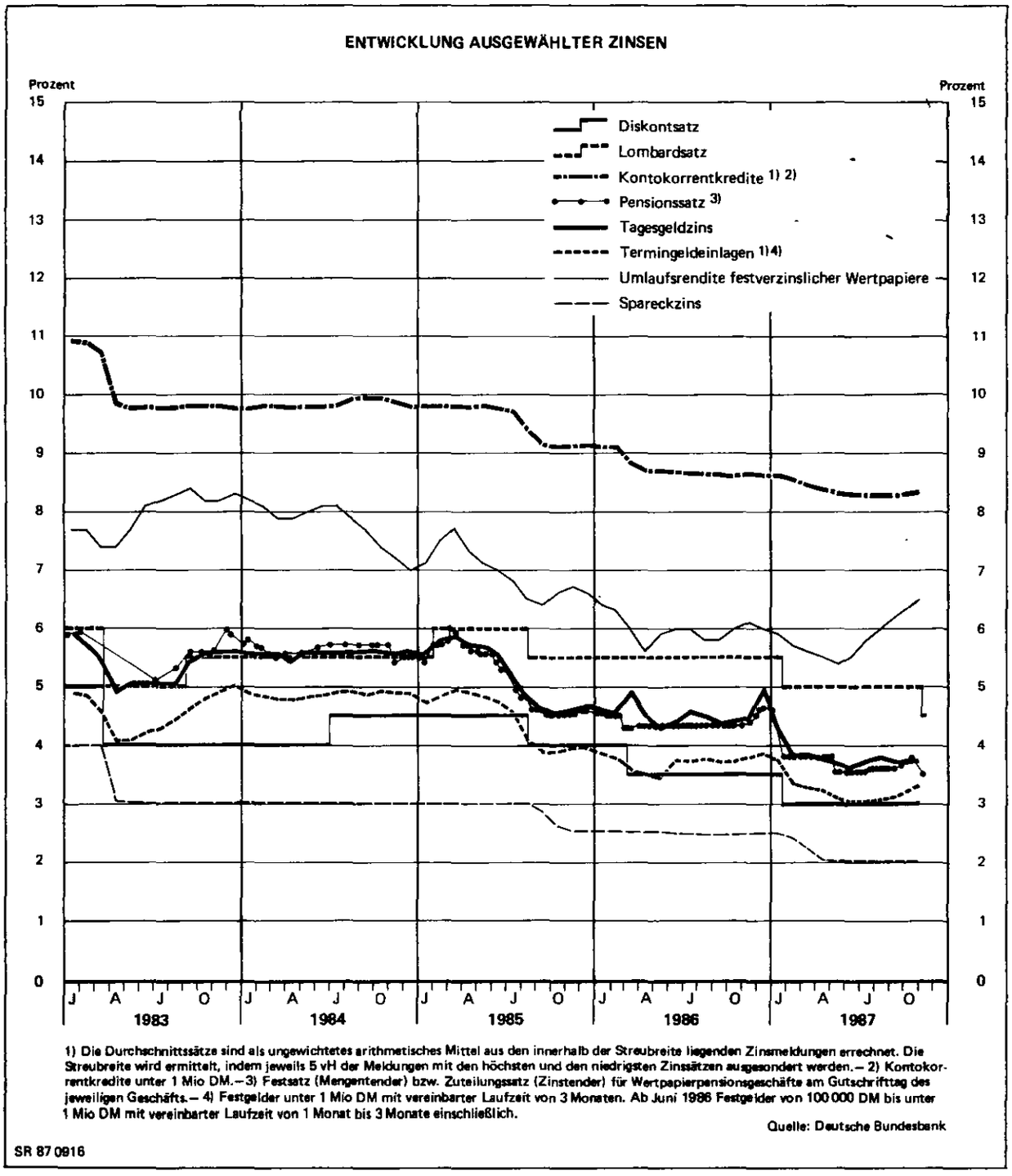
143. Der nominale Außenwert der D-Mark ist gegenüber den Währungen von 14 wichtigen Industrieländern im Laufe dieses Jahres nicht mehr so stark angestiegen wie im Vorjahr. Maßgeblich hierfür war die verhältnismäßig stabile Entwicklung des Wechselkurses gegenüber dem Dollar, der die Talfahrt im Januar noch fortsetzte, danach aber bis November weitgehend stabil blieb. Auch im EWS folgte der Neufestsetzung der Leitkurse im Januar, bei der die D-Mark sowie der Holländische Gulden, der Belgische und der

Tabelle 12

Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1986	
18. Dezember	Der Zentralbankrat beschließt ein Geldmengenziel für 1987. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen soll vom vierten Quartal 1986 bis zum vierten Quartal 1987 um 3 vH bis 6 vH ausgeweitet werden.
1987	
22. Januar	Der Zentralbankrat beschließt eine Kürzung der Rediskontkontingente der Kreditinstitute um 8 Mrd DM und eine lineare Anhebung der Mindestreservesätze um 10 vH. Die Bundesbank begründet diese Maßnahme in erster Linie damit, daß die Liquiditätsanreicherung durch hohe Devisenzuflüsse vor dem EWS-Realignment am 12. Januar kompensiert werden soll. Gleichzeitig beschließt der Zentralbankrat eine Senkung des Diskontsatzes und des Lombardsatzes um jeweils einen halben Prozentpunkt auf 3% beziehungsweise 5% (zum 23. Januar).
16. April	In ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1986 stellt die Bundesbank einen Reingewinn von 7,8 Mrd DM fest. Davon werden 7,3 Mrd DM an den Bund abgeführt.
5. November	In Abstimmung mit den Währungsbehörden in anderen EG-Ländern beschließt der Zentralbankrat eine Senkung des Lombardsatzes von 5% auf 4,5% vom 6. November an. Zugleich wird eine Herabsetzung der Zinsen für die nächsten Wertpapierpensionsgeschäfte angekündigt. Das Zinssignal soll vor allem dazu dienen, den Kursverfall des US-Dollar zu bremsen und die Spannungen im Europäischen Währungssystem zu mildern.

Schaubild 27



Luxemburgische Franc gegenüber der ECU aufgewertet wurden, eine Phase anhaltender Wechselkursruhe. Mit den Turbulenzen an den internationalen Aktienbörsen ging sie im Oktober allerdings zunächst zu Ende.

144. Im Jahresdurchschnitt ergab sich gleichwohl nochmals eine deutliche Höherbewertung der D-Mark. Gegenüber den mit Weltmarktanteilen gewogenen Währungen von 14 wichtigen Industrieländern stieg der Außenwert der D-Mark im Durchschnitt des Jahres um rund 8½ vH an. Die hiervon ausgehende Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure wurde nicht durch einen wesentlich rascheren Preis- und Kostenauftrieb im Ausland ausgeglichen. So ergab sich eine reale Höherbewertung der D-Mark um 8 vH, wenn auf Differenzen in den Lohnstückkosten abgestellt wird, und um 5½ vH, wenn auf Preisbasis (Durchschnittswerte der Ausfuhr) gerechnet wird.

V. Finanzpolitik: Höhere Defizite bei wiederum kräftiger Ausgabenexpansion

145. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist 1987 nicht fortgesetzt worden. Indikator für diese Entwicklung ist nicht so sehr das auf allen Haushaltsebenen höhere Finanzierungsdefizit, denn dieses erklärt sich zum Teil durch das konjunkturell bedingt nur mäßig ausgeweitete Steueraufkommen, das zudem kaum noch inflatorisch erhöht war. Vielmehr gründet sich das Urteil darauf, daß die Staatsquote nicht — wie in den vergangenen Jahren — weiter zurückgeführt wurde.

Wie im Vorjahr wurde der Leitlinie des Finanzplanungsrates, die für die Ausgaben der Gebietskörperschaften eine jährliche Steigerungsrate von durchschnittlich 3 vH vorsieht und damit unterhalb der erwarteten Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen liegt, nicht konsequent gefolgt. Sollen die mit den Steuersenkungen 1986/88 und 1990 angestrebten Ziele erreicht werden, darf die Finanzpolitik das in den letzten Jahren gewonnene Vertrauen nicht verspielen. Wiederansteigende Defizite und hohe Staatsquoten gefährden das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit der Steuerentlastung. Sie wirken der mit der Steuertarifänderung beabsichtigten Stärkung der Leistungsbereitschaft entgegen.

Ausgabendisziplin ist um so dringlicher, als bereits jetzt erhebliche Haushaltsrisiken für 1988 bestehen. Sie liegen unter anderem in der noch ungeklärten Finanzierung des Etats der Europäischen Gemeinschaften, in einem möglicherweise zu erwarteten Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit und in den sich abzeichnenden höheren Subventionen für die Landwirtschaft. Zusätzliche Probleme kann ein weiter sinkender Dollarkurs schaffen, der sich einnahmenvermindernd bei der Gewinnabführung der Bundesbank und ausgabensteigernd bei den Subventionen für den Steinkohlenbergbau auswirkt.

146. Fortgesetzt hohe Nettokreditaufnahmen und ein damit schnell anwachsender Schuldenstand des öffentlichen Sektors engen den finanzpolitischen Handlungsraum bei der Gestaltung zukünftiger Haushalte erheblich ein, da ein zunehmender Anteil der Einnahmen für Zinszahlungen benötigt wird. Dies führt zu Einschränkungen bei den disponiblen Ausgaben, wovon insbesondere die Investitionen betroffen sind. Die Entwicklung in anderen Ausgabenkategorien wird weitgehend durch gesetzliche Regelungen bestimmt oder unterliegt dem Druck von Interessengruppen.

Einen Eindruck von den Größenordnungen vermittelt die Gegenüberstellung der Zinsausgaben 1987 von 59½ Mrd DM und der staatlichen Bruttoinvestitionen, die in diesem Jahr rund 55 Mrd DM betrugen. Rein rechnerisch wären das Aufkommen von veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zusammengenommen oder mehr als ein Drittel der Lohnsteuereinnahmen erforderlich, um die Zinszahlungen zu leisten.

Unerwartet schwache Entwicklung der Steuereinnahmen

147. Das Steueraufkommen im Jahre 1987 war von recht unterschiedlichen Entwicklungen bei den großen Einzelsteuern geprägt (Tabelle 13). Insgesamt waren die Steuereinnahmen um 3½ vH höher als 1986, sie blieben damit weit hinter den optimistischen

Tabelle 13

Aufkommen wichtiger Einzelsteuern [1])

Steuerart	1984	1985	1986	1987 [2])	1984	1985	1986	1987 [2])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Gesamtsteueraufkommen	414,7	437,2	452,4	467	+ 4,6	+ 5,4	+ 3,5	+ 3½
Lohnsteuer	136,4	147,6	152,2	164	+ 5,8	+ 8,3	+ 3,1	+ 7½
Veranlagte Einkommensteuer	26,4	28,6	29,9	30½	− 6,7	+ 8,3	+ 4,6	+ 1½
Körperschaftsteuer	26,3	31,8	32,3	28	+ 11,1	+ 21,0	+ 1,5	− 13½
Steuern vom Umsatz	110,5	109,8	111,1	118	+ 4,4	− 0,6	+ 1,2	+ 6½
Mineralölsteuer	24,0	24,5	25,6	26	+ 3,0	+ 2,0	+ 4,6	+ 1½
Tabaksteuer	14,4	14,5	14,5	14½	+ 4,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0
Branntweinabgaben	4,2	4,2	4,1	4	− 0,9	− 2,0	− 2,1	− 0
Vermögensteuer	4,5	4,3	4,4	5	− 10,0	− 4,6	+ 2,5	+ 18
Kraftfahrzeugsteuer	7,3	7,4	9,4	8½	+ 4,3	+ 0,9	+ 27,3	− 11½
Gewerbesteuer [3])	28,3	30,8	32,0	31½	+ 8,2	+ 8,6	+ 4,0	− 1
Grundsteuern A und B	7,1	7,4	7,6	8	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,7	+ 4
Nachrichtlich:								
Steuerquote [4])	23,4	23,7	23,2	23,1	x	x	x	x

[1]) Kassenmäßige Steuereinnahmen.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Nach Ertrag und Kapital (einschließlich Gewerbesteuerumlage).
[4]) Kassenmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle: BMF

Erwartungen zurück, die sich in den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom November 1986 widerspiegeln (5,1 vH). Deutliche Mehreinnahmen waren bei der Lohnsteuer mit 7 ½ vH sowie bei der Umsatzsteuer (einschließlich Einfuhrumsatzsteuer) mit 6 ½ vH zu verzeichnen. Einen absoluten Rückgang der Einnahmen gab es hingegen bei der Körperschaftsteuer. Die veranlagte Einkommensteuer erbrachte 1987 wenig mehr als im Vorjahr.

148. Die Dynamik des Lohnsteueraufkommens erklärt sich in erster Linie aus dem Nachwirken des letztjährigen Steuerreformschrittes. Daneben hat sich die Zunahme der Bruttolohn- und -gehaltssumme um knapp 4 vH ausgewirkt. Die Einkommenserhöhungen unterlagen 1987 — im Gegensatz zu 1986 — wieder voll der Progression des Steuertarifs. Die Entwicklung der Einnahmen aus Körperschaftsteuer und veranlagter Einkommensteuer (sowie aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag) war 1987 durch einen Sondereffekt verzerrt, der aus dem Verkauf eines größeren Industrievermögens im Jahr 1986 resultierte. Schaltet man diesen Effekt aus, dann ergibt sich statt der Mindereinnahmen bei diesen Steuern von gut 5 ½ vH eine Zunahme von reichlich 1 vH. Der absolute Rückgang, der bei der Körperschaftsteuer trotz der Bereinigung erfolgte, dürfte mit Vorauszahlungen zu erklären sein, die an die zunächst weniger optimistischen Gewinnerwartungen der Unternehmen angepaßt wurden. Bei der Einkommensteuer hat sich, bedingt durch das Veranlagungsverfahren, der Steuerreformschritt des Jahres 1986 einnahmenmindernd ausgewirkt.

149. Die kräftige Zunahme des Umsatzsteueraufkommens läßt sich nicht allein mit der Ausweitung des privaten Verbrauchs um 3 ½ vH belegen. Da es keine eindeutigen Anzeichen dafür gibt, daß sich die Verbrauchsstruktur zugunsten von Produkten geändert hat, die dem vollen Mehrwertsteuersatz unterliegen, ist anzunehmen, daß Effekte, die das Mehrwertsteueraufkommen der letzten Jahre bremsten — es blieb seit 1984 nahezu unverändert —, 1987 weggefallen sind. Möglicherweise ist die Ausweitung des Handels mit Agrarprodukten, die durch die erhöhte Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft angeregt worden war, zum Stillstand gekommen, von dieser Seite her ist also kein Dämpfungseffekt mehr ausgegangen (JG 86 Ziffer 137). Die Abrechnung eines Großprojektes um die Jahreswende 1986/87 führte zu einer Überzeichnung des Umsatzsteueraufkommens im Jahre 1987.

Ausgabenzuwachs überschreitet Zielvorstellungen

150. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften wurden 1987 um knapp 4 vH und damit deutlich kräftiger ausgeweitet, als es den Zielvorstellungen des Finanzplanungsrates entsprach (Tabelle 14). Einen nicht unerheblichen Teil zu dieser Entwicklung trug der Anstieg der Personalausgaben bei. Die Ausweitung des Personalstandes führte in Verbindung mit dem Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst (3,4 vH) zu Mehrausgaben von wenig mehr als 4 vH. In Ländern und Gemeinden mit angespannter Haushaltslage dürfte die kräftige Tarifanhebung mit dazu geführt haben, daß von weiteren Einstellungen abgesehen wurde. Insgesamt waren zur Jahresmitte 1987 rund 50 000 Personen mehr im öffentlichen Dienst beschäftigt als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt, das entspricht einer Zunahme von gut 1 vH.

151. Die Ausgabenexpansion verlief auf den einzelnen Haushaltsebenen uneinheitlich. Die höchste Zuwachsrate wiesen wie im Vorjahr die Gemeindeausgaben mit knapp 4 ½ vH auf. Nach wie vor stellten die mit gut 9 vH weit überproportional gestiegenen Ausgaben für soziale Leistungen die Kommunen vor große Probleme. Der Anteil dieser Zahlungen an den gesamten Ausgaben betrug 1987 über 17 vH und engte den Handlungsraum der Gemeinden ein (JG 1986 Ziffer 130). Die für 1987 erwartete Entlastung ist nicht eingetreten, weil die Arbeitslosigkeit nicht entsprechend zurückging. Die Bauinvestitionen der Kommunen zeigten 1987 bei weitem nicht mehr die seit Mitte 1985 beobachtete Dynamik; für den öffentlichen Bau wurden von den Städten und Gemeinden nur noch 3 vH mehr ausgegeben als 1986. Angesichts der von Bund und Ländern auch 1987 auf dem hohen Niveau des Vorjahres bereitgestellten Mittel für die Städtebauförderung war diese Entwicklung überraschend. Eine Rolle mag dabei die Unsicherheit gespielt haben, die bei den Kommunen hinsichtlich der Finanzierung der Steuerreform bestand.

In der Personalpolitik der Kommunen war 1987, wie in den Vorjahren, ein deutlicher Trend hin zu mehr Teilzeitbeschäftigung zu erkennen. Im Gegensatz zu den anderen Gebietskörperschaften, die Vollzeitstellen in Teilzeitstellen umwandelten und seit 1982 kaum noch zusätzliches Personal einstellten, wurde in den Städten und Gemeinden auch die Anzahl der Vollbeschäftigten erhöht.

Als Folge davon erhöhten sich die Personalausgaben der Kommunen 1987 mit 5 vH wiederum schneller als bei Bund und Ländern.

152. Die Ausgaben des Bundes nahmen 1987 mit rund 3 vH wieder stärker zu als im Vorjahr, wiesen aber nach wie vor die niedrigste Steigerungsrate der drei Haushaltsebenen auf. Deutlich überdurchschnittliche Ausgabenerhöhungen waren in einigen Bereichen der sozialen Sicherung zu verzeichnen. Für Erziehungsgeld wurden über 3 Mrd DM ausgegeben. Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung waren mit 27 ½ Mrd DM um knapp 4 vH höher als im Vorjahr. Zum Teil war dies durch das Gesetz zur Anerkennung von Kindererziehungsleistungen bedingt. Die Belastungen, die sich daraus für den Bundeshaushalt ergaben, beliefen sich 1987 noch auf etwa 300 Mio DM; 1991 werden sie schätzungsweise 3½ Mrd DM betragen. Zum mittelfristigen Ausgleich der Mehrausgaben wurde ab Mitte des Jahres für ältere Arbeitslose die Bezugszeit von Arbeitslosengeld verlängert, das von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlt wird. Die Bundesausgaben für Arbeitslosenhilfe verringerten sich dadurch (Schaubild 28).

Tabelle 14

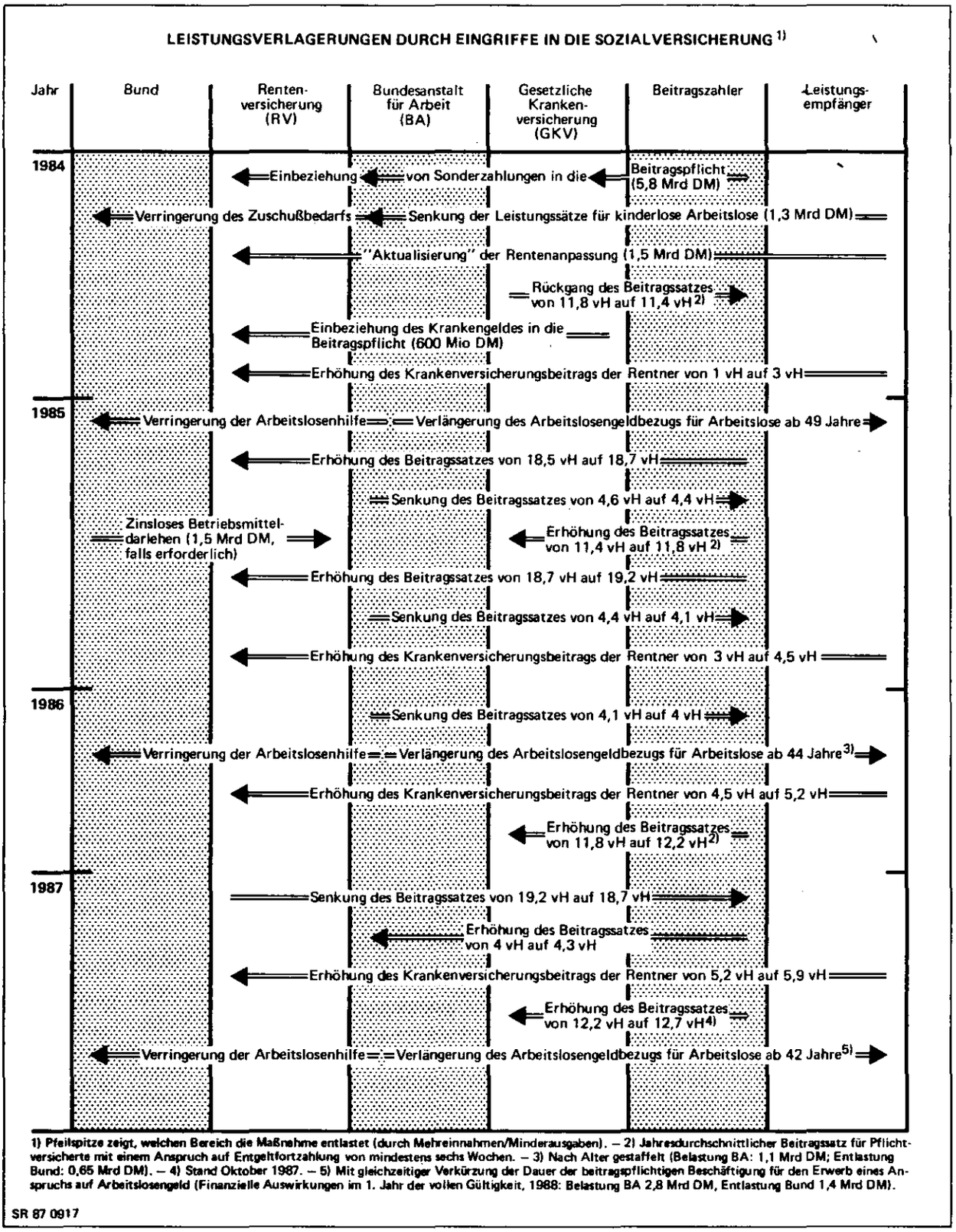
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte[1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1984	1985	1986[2])	1987[3])	1985	1986[2])	1987[3])
	Mrd DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
In der Abgrenzung der Finanzstatistik							
Ausgaben (ohne Schuldentilgung)	583,6	604,0	627,4	651	+ 3,5	+ 3,9	+ 4
Laufende Rechnung	490,4	509,1	530,2	551	+ 3,8	+ 4,1	+ 4
davon:							
Personalausgaben	184,9	191,7	200,4	209	+ 3,6	+ 4,5	+ 4
Sachaufwand[4])	94,7	98,5	101,5	104	+ 4,0	+ 3,0	+ 2½
Laufende Übertragungen	157,5	163,2	170,8	178½	+ 3,6	+ 4,6	+ 4½
Zinszahlungen	53,3	55,8	57,6	59½	+ 4,6	+ 3,3	+ 3½
Kapitalrechnung	92,4	95,0	97,6	100	+ 2,8	+ 2,8	+ 2½
davon:							
Sachinvestitionen	47,6	50,0	53,0	55	+ 4,9	+ 6,1	+ 3½
Vermögensübertragungen	23,8	24,7	25,1	25	+ 3,7	+ 1,6	− ½
Gewährung von Darlehen, Beteiligungen	21,0	20,3	19,5	20	− 3,2	− 3,9	+ 2½
Saldo im Verrechnungsverkehr[5])	+ 0,7	− 0,0	− 0,4	—	x	x	x
Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel)	537,1	564,7	585,4	596½	+ 5,1	+ 3,7	+ 2
Laufende Rechnung	519,0	547,1	565,9	577½	+ 5,4	+ 3,4	+ 2
darunter: Steuern	414,6	437,0	452,6	467	+ 5,4	+ 3,6	+ 3½
Kapitalrechnung	18,1	17,6	19,5	19	− 2,6	+ 10,6	− 2½
Saldo der durchlaufenden Mittel	0,0	0,0	0,0	0	x	x	x
Finanzierungssaldo	− 46,5	− 39,3	− 41,9	− 54½	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[6])	31,3	31,4	31,0	30,9	x	x	x
Steuerquote[7])	23,4	23,7	23,2	23,1	x	x	x
In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen							
Ausgaben	557,3	574,9	598,1	623½	+ 3,2	+ 4,0	+ 4
Einnahmen	523,9	548,9	564,8	579	+ 4,8	+ 2,9	+ 2½
davon:							
Steuern	439,2	460,0	473,4	490	+ 4,7	+ 2,9	+ 3½
Sonstige Einnahmen	84,7	88,9	91,3	89	+ 5,0	+ 2,7	− 2½
Finanzierungssaldo	− 33,5	− 26,0	− 33,4	− 44	x	x	x
Nachrichtlich:							
Staatsquote[8])	29,9	29,8	29,6	29,6	x	x	x
Steuerquote[9])	24,8	24,9	24,3	24,3	x	x	x

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände; einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
[2]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[5]) Saldo noch nicht verrechneter Zuweisungen und Übertragungen zwischen den Ebenen der Gebietskörperschaften.
[6]) Ausgaben der öffentlichen Haushalte in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[7]) Kassenmäßige Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte in vH des Bruttosozialprodukts.
[8]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in vH des Bruttosozialprodukts.

Quelle für Finanzstatistik: BMF

Schaubild 28



1) Pfeilspitze zeigt, welchen Bereich die Maßnahme entlastet (durch Mehreinnahmen/Minderausgaben). — 2) Jahresdurchschnittlicher Beitragssatz für Pflichtversicherte mit einem Anspruch auf Entgeltfortzahlung von mindestens sechs Wochen. — 3) Nach Alter gestaffelt (Belastung BA: 1,1 Mrd DM; Entlastung Bund: 0,65 Mrd DM). — 4) Stand Oktober 1987. — 5) Mit gleichzeitiger Verkürzung der Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigung für den Erwerb eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld (Finanzielle Auswirkungen im 1. Jahr der vollen Gültigkeit, 1988: Belastung BA 2,8 Mrd DM, Entlastung Bund 1,4 Mrd DM).

Dieses Beispiel zeigt, daß es — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — möglich ist, sich durch die Verlagerung ausgabenwirksamer Aufgaben oder auch durch Beteiligung an den Einnahmen Finanzierungsspielräume zu Lasten der nachgeordneten Fisci zu schaffen. Derartige Verlagerungen gibt es nicht nur zwischen Bund und Sozialversicherungen, sondern auch zwischen den Haushalten der Europäischen Gemeinschaften, des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden.

Auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes ist die gegenüber den Vorjahren stark verringerte Gewinnabführung der Bundesbank besonders zu erwähnen. Sie belief sich 1987 auf 7,3 Mrd DM, das waren 5,3 Mrd DM weniger als 1986. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2,4 Mrd DM erhielt der Bund aus dem Verkauf seines VEBA-Aktienpaketes.

153. Das Haushaltsvolumen der Länder expandierte 1987 mit einer Rate von knapp 4 vH, die über dem Wert lag, den der Finanzplanungsrat für diese Ebene anstrebte. Überdurchschnittliche Steigerungsraten waren mit gut 7 vH bei den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen zu verzeichnen, in denen neben Zahlungen an die Gemeinden auch die Ausgaben der Länder für Renten und Untersützungen sowie für Subventionen enthalten sind.

154. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung haben auch die Bundesländer ihre Ausgabensteigerungen in den vergangenen Jahren deutlich zurückgefahren. Im Zeitraum 1981/1986 wurden die Länderhaushalte um durchschnittlich 3,1 vH im Jahr ausgeweitet, zum Vergleich: In der Periode 1975/1980 betrug die entsprechende Rate 7,4 vH, im Fünfjahresabschnitt 1970/1975 hatte sie noch bei 13,7 vH gelegen. Obgleich diese Tendenz bei allen Ländern zu verzeichnen ist, gibt es doch unterschiedliche Entwicklungen. Neben den weit überdurchschnittlichen Ausgabensteigerungen von 1981 bis 1986 in Hessen und im Saarland fällt die verhaltene Entwicklung in Bremen und in Nordrhein-Westfalen mit jahresdurchschnittlich 1,5 vH beziehungsweise 2,1 vH auf. Zusammen mit dem relativ hohen Kreditfinanzierungsanteil spricht dies für eine zurückhaltende Ausgabenpolitik bei „leeren Kassen". Ein weiteres Indiz für diese These sind die Ansätze für die Ausgaben, die sich den Haushaltsgesetzen entnehmen lassen. Auch diese Steigerungsraten waren für Nordrhein-Westfalen im angesprochenen Zeitraum verhältnismäßig niedrig. Der positive Zusammenhang zwischen angespannter Haushaltslage und Ausgabenzurückhaltung läßt sich aber nicht verallgemeinern (Tabelle 15, weitere Daten zur Entwicklung in einzelnen Ländern befinden sich in der Tabelle 38* im Anhang VI).

Tabelle 15

Zur Entwicklung der Länderhaushalte

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin
	Tatsächliche Ausgaben											
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH											
1982	3,5	3,5	5,1	1,9	3,8	2,7	3,0	3,7	11,5	6,3	1,5	3,6
1983	1,8	5,5	0,8	− 1,1	1,7	2,0	2,8	2,1	2,8	4,3	3,0	3,7
1984	2,6	0,1	2,5	1,7	5,0	2,0	3,8	1,7	1,1	2,2	1,4	5,2
1985	3,9	4,6	4,6	4,1	5,2	3,9	1,9	4,6	14,8	2,5	3,5	3,6
1986	3,8	4,6	6,4	3,7	6,5	4,5	5,3	3,8	− 6,8	3,5	− 1,8	2,1
	Gesamtveränderung im angegebenen Zeitraum in vH											
1981/86	16,6	19,5	20,9	10,7	24,1	16,1	18,0	17,0	23,8	20,2	7,7	19,6
	Haushaltsansätze											
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH											
1982	3,7	3,5	5,2	2,0	4,2	3,6	3,4	4,7	12,0	1,0	6,6	4,9
1983	3,3	5,4	1,6	3,3	3,2	2,4	2,6	2,0	3,7	6,3	− 1,4	5,0
1984	2,6	1,5	2,3	2,6	4,3	2,7	1,3	2,8	0,4	3,1	6,8	3,6
1985	2,7	2,7	5,7	− 1,2	2,7	2,3	4,1	4,1	16,0	1,2	4,7	3,2
1986	2,8	3,9	2,8	2,1	5,5	4,5	5,2	1,3	− 8,5	1,1	− 2,0	4,0
1987	3,4	5,7	1,5	3,3	3,4	2,7	4,4	4,0	4,3	5,6	8,3	2,7
	Kreditfinanzierungsanteil[1]											
1982	11,0	13,4	9,7	16,2	9,9	12,1	6,9	8,7	24,1	10,0	16,5	2,3
1983	9,4	13,6	8,2	14,0	7,7	10,9	5,3	5,9	23,4	10,9	18,3	2,4
1984	7,8	10,7	7,1	12,5	6,8	8,8	5,0	2,9	18,1	9,1	13,7	2,5
1985	7,0	8,7	6,1	13,0	4,7	8,3	3,4	2,6	23,6	5,2	14,6	1,1
1986	6,9	8,8	10,3	11,0	7,4	9,7	2,7	2,4	13,9	7,9	12,1	0,8

[1]) Finanzierungsdefizit im Verhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben in vH.

Schaubild 29

ZUM LÄNDERFINANZAUSGLEICH [1]

Zahlungen in Mio DM →
Zahlungen in DM je Einwohner ←

Jahr	Ausgleichspflichtige Länder		Mio DM	Ausgleichsberechtigte Länder			Bund [2] Mio DM
1982	Baden-Württemberg	1788.7 / 193	2499.5	162.6 / 15	Bayern	319.2 / 29	1464.0
				1128.6 / 155	Niedersachsen	540.2 / 74	
	Hessen	279.9 / 50		278.3 / 76	Rhld.-Pfalz	301.6 / 83	
				428.1 / 163	Schleswig-Holstein	218.1 / 83	
	Hamburg	430.9 / 264		262.7 / 248	Saarland	84.9 / 80	
				239.2 / 347	Bremen		
1983	Baden-Württemberg	1428.5 / 154	2146.1	134.5 / 12	Bayern	336.2 / 31	1586.0
				704.2 / 97	Niedersachsen	567.8 / 78	
	Hessen	331.7 / 59		255.5 / 70	Rhld.-Pfalz	317.2 / 87	
				486.1 / 186	Schleswig-Holstein	230.0 / 88	
	Hamburg	386.0 / 239		304.6 / 289	Saarland	134.8 / 128	
				261.3 / 383	Bremen		
1984	Baden-Württemberg	1461.0 / 158	2330.3	41.3 / 4	Bayern	345.3 / 31	1660.0
				835.8 / 116	Niedersachsen	569.4 / 79	
	Hessen	574.8 / 104		284.1 / 78	Rhld.-Pfalz	327.0 / 90	
				524.6 / 201	Schleswig-Holstein	257.3 / 98	
	Hamburg	294.4 / 184		333.0 / 317	Saarland	161.0 / 153	
				311.5 / 464	Bremen		
1985	Baden-Württemberg	1441.1 / 156	2575.4	90.7 / 5	Nordrhein-Westfalen		1633.8
				27.5 / 3	Bayern	339.8 / 31	
				826.8 / 115	Niedersachsen	560.4 / 78	
	Hessen	724.6 / 131		374.3 / 103	Rhld.-Pfalz	321.9 / 89	
				564.1 / 216	Schleswig-Holstein	253.2 / 97	
	Hamburg	406.7 / 256		359.2 / 343	Saarland	158.5 / 151	
				332.7 / 502	Bremen		
1986	Baden-Württemberg	1745.6 / 188	2727.6	48.3 / 4	Bayern	293.0 / 27	1674.2
				856.2 / 119	Niedersachsen	558.0 / 78	
	Hessen	783.1 / 141		379.4 / 105	Rhld.-Pfalz	321.7 / 89	
				616.2 / 236	Schleswig-Holstein	254.6 / 97	
	Hamburg	198.9 / 126		382.0 / 366	Saarland	160.8 / 154	
				445.5 / 678	Bremen	86.1 / 131	

1) Nur Ausgleichsleistungen sowie Ergänzungszuweisungen des Bundes. Wegen seiner Sonderstellung ist das Land Berlin nicht am Länderfinanzierungsausgleich beteiligt, es erhält statt dessen vom Bund Finanzzuweisungen. — 2) Ergänzungszuweisungen: 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens.

SR 870 924

155. Die bisherige Regelung des Länderfinanzausgleichs ist vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 24. 6. 1986 für verfassungswidrig erklärt worden. Eine ab 1987 geltende Neuregelung soll bis zum 1. 1. 1988 getroffen werden.

Ziel des Länderfinanzausgleichs ist es, „daß die unterschiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird" (Art. 107 Abs. 2 GG). Dies geschieht außer durch die Zerlegung von Lohnsteuer und Körperschaftsteuer nach dem Wohnsitzlandprinzip durch den vertikalen Finanzausgleich, bei dem der Bund aus seinem Umsatzsteueranteil nach bestimmten Kriterien Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder leistet sowie durch den horizontalen Finanzausgleich. Hierbei werden zunächst drei Viertel des Länderanteils an der Umsatzsteuer nach der Einwohnerzahl und nicht nach dem örtlichen Aufkommen verteilt. Vorab werden 25 vH von den finanzstarken für die finanzschwachen Länder bereitgestellt. Sie erhalten darüber hinaus Ausgleichsleistungen aus einem Fonds, der durch Zahlungen der finanzkräftigen Länder gespeist wird (Schaubild 29).

Die Neuregelung des Finanzausgleichs ist zwischen Bund und Ländern einerseits und innerhalb der Länder zwischen „Zahlern" und „Empfängern" andererseits umstritten.

Bislang leistete der Bund unter Berücksichtigung bestimmter Sonderlasten Ergänzungszuweisungen in Höhe von 1,5 vH des Umsatzsteueraufkommens an finanzschwache Länder. Ein Gesetzesentwurf vom Mai 1987 sah unter anderem vor, die Bundesergänzungszuweisungen auf 1,775 Mrd DM zu plafondieren. In die Berechnung der horizontalen Finanzausgleichszahlungen sollten die Gemeindesteuern mit 60 vH statt, wie vorher, mit 50 vH eingehen. Die Ablehnung durch die Länder erforderte einen neuen Vorschlag. Demnach sollen die Bundesergänzungszuweisungen auf 2 vH des Umsatzsteueraufkommens steigen. Das Beteiligungsverhältnis von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer, das von 1988 an neu festzusetzen ist, soll nunmehr mit 65 vH zu 35 vH unverändert bleiben. Die Gemeindesteuern sollen wie bisher mit 50 vH im Finanzausgleich zwischen den Ländern berücksichtigt werden.

Subventionen: Statt Abbau weiterer Anstieg

156. Seit Jahren wird gefordert, die Subventionen abzubauen. Die Entwicklung im Jahr 1987 ließ aber keinen Schritt in diese Richtung erkennen, im Gegenteil: Der neueste Subventionsbericht des Bundes weist für die Gebietskörperschaften einschließlich des ERP-Sondervermögens ein Subventionsvolumen von 67 Mrd DM aus, das sind reichlich 3 vH mehr als 1986. Die ausgabenwirksamen Finanzhilfen allein waren um mehr als 5 ½ vH höher. Ihre Steigerungsrate lag damit über dem Durchschnitt; sie trug mit knapp einem halben Prozentpunkt zur Ausgabenexpansion des öffentlichen Gesamthaushaltes bei. Die Ursachen für die wiederum höheren Subventionen lagen im Jahr 1987 überwiegend im Fortbestehen von Regelungen, die automatisch zu Mehrausgaben führten.

157. Dies zeigte sich besonders deutlich an den Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau, die 1987 insgesamt rund 10 Mrd DM betrugen; das waren mehr als 52 000 DM je Arbeitsplatz in diesem Wirtschaftszweig. So erforderte die Kokskohlenbeihilfe, die überwiegend aus den Haushalten des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen geleistet wird, mit knapp 3 ½ Mrd DM rund eine Milliarde DM mehr als 1986. Der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Verstromung leistete 1987 Zahlungen in Höhe von etwa 5 ½ Mrd DM. Im Jahre 1986 waren es noch 2,7 Mrd DM gewesen (Tabelle 16). Darüber hinaus bezuschußte der Bund die knappschaftliche Rentenversicherung mit knapp 9 Mrd DM.

Höher subventioniert wurden 1987 auch die Bereiche Schiffbau, Luftfahrttechnik und Landwirtschaft. Seit Mitte 1987 wurden deutsche Werften durch Wettbewerbshilfen unterstützt, die an die Stelle der bislang gezahlten Seeschiffahrtshilfen getreten sind und deren Gewährung an weniger restriktive Voraussetzungen gebunden ist. Sie sollen Wettbewerbsnachteile ausgleichen, die mit höheren Subventionen im Ausland begründet werden, und können bis zu 20 vH der Auftragswerte für Schiffsbauten betragen. Zusammen mit den Finanzierungshilfen waren 1987 hierfür mit 530 Mio DM knapp 5 vH mehr vorgesehen als 1986, als die geplanten Mittel nur zu 85 vH in Anspruch genommen worden waren.

Die Finanzhilfen für die Luftfahrttechnik sind 1987 mit 560 Mio DM gegenüber ihrem Vorjahresniveau um rund die Hälfte ausgeweitet worden. Der Großteil der Mittel wurde für das Airbus-Programm bereitgestellt.

Subventionen, die auf die Stärkung der Wirtschaftskraft strukturschwacher Regionen zielen und unter anderem die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen an Stahlstandorten fördern, nahmen 1987 um rund 8 vH auf gut eine Milliarde DM zu. Sie flossen überwiegend in Form von Steuervergünstigungen an die gewerbliche Wirtschaft.

Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie soll über die bisher gewährten Anpassungshilfen (1987: 205 Mio DM) hinaus durch weitere Leistungen sozial abgefedert werden. Hierfür stellen der Bund 300 Mio DM, die Länder und die Europäischen Gemeinschaften jeweils 150 Mio DM bis 1989 zur Verfügung.

158. Auch im Agrarbereich wurden die staatlichen Hilfen ausgeweitet. Für die landwirtschaftliche Sozialpolitik sind Mehrausgaben von gut ½ Mrd DM angefallen, die sich auf Zuschüsse an die landwirtschaftliche Sozialversicherung, auf steigende Ausgaben für die Altenhilfe und die Krankenversicherung verteilten. Für den „Großversuch Grünbrache", mit dem der Abbau von Produktionsüberschüssen durch Flächenstillegungen untersucht werden soll, stellte der Bund 1987 in Niedersachsen 35 Mio DM zur Verfügung. Das Land Niedersachsen ist an dem Versuch mit 7 Mio DM beteiligt. Überkapazitäten in der Milcherzeugung sollen mit Hilfe einer weiteren seit dem 1. April 1987 bundesweit durchgeführten Milchrentenaktion redu-

Tabelle 16

Finanzpolitisch wichtige Ereignisse

Datum	
1986	
28. November	Der Bundestag beschließt den Bundeshaushalt 1987. Er weist ein Volumen von 268,5 Mrd DM auf. Die Nettokreditaufnahme soll 23,7 Mrd DM betragen.
1987	
1. Januar	Das „Gesetz zur Neuregelung der steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums" tritt in Kraft. (Zu den Einzelheiten siehe JG 86 Tabelle 18.) Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wird von 19,2 vH auf 18,7 vH der versicherungspflichtigen Entgelte gesenkt. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird von 4,0 vH auf 4,3 vH erhöht.
24. Februar	Die Bundesregierung nennt die Grundzüge der für 1990 vorgesehenen Steuerreform mit einem Bruttoentlastungsvolumen von rund 44 Mrd DM. Etwa 19 Mrd DM sollen durch den Abbau von Steuersubventionen finanziert werden, der Steuerzahler damit 25 Mrd DM als echte Entlastung erhalten. (Zu den Einzelheiten siehe Tabelle 30.)
20. März	Der Finanzplanungsrat erörtert die Haushaltsabschlüsse 1986 und die Haushaltsentwicklung 1987.
1. April	Das Bundeskabinett verabschiedet den Entwurf des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988. Aus dem Steuerentlastungspaket 1990 werden 5,2 Mrd DM auf den 1. Januar 1988 vorgezogen. Die zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 wird somit auf 13,7 Mrd DM erweitert. Die wichtigsten Maßnahmen sind: — Weitere Abflachung der Progression beim Einkommensteuertarif. — Erhöhung des Grundfreibetrags auf 4 752 DM/9 504 DM (Ledige/Verheiratete). — Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge. — Verbesserung der Möglichkeiten zur Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe nach § 7g EStG.
20. Mai	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" legt Schätzungen der Steuereinnahmen für die Jahre 1987 bis 1991 vor. Für das Jahr 1987 werden bei einer angenommenen Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von 4 vH Steuereinnahmen in Höhe von 468,5 Mrd DM erwartet, das sind 3,6 vH mehr als 1986. Für den Zeitraum 1987 bis 1990 werden bei geltendem Steuerrecht vorangegangene Schätzungen um insgesamt 50 Mrd DM nach unten korrigiert.
1. Juni	Der Kohlepfennig wird im Bundesdurchschnitt von 4,5 vH auf 7,5 vH der Strompreise erhöht. Der Kreditrahmen für die Kohleverstromung wird von 500 Mio DM auf 2 Mrd DM erweitert.
3. Juni	Der Finanzplanungsrat berät die Haushaltsentwicklung 1987 angesichts der aktuellen Konjunkturlage sowie die grundlegenden Annahmen für die Haushaltsentwürfe 1988 und die Finanzplanung bis 1991.
1. Juli	Die Bundesregierung beschließt den Entwurf des Bundeshaushalts 1988 und den Finanzplan des Bundes bis 1991. Das Haushaltsvolumen soll 1988 mit 275,04 Mrd DM um 2,4 vH gegenüber dem des Jahres 1987 liegen, die Nettokreditaufnahme 29,32 Mrd DM betragen. In den Jahren 1989 bis 1991 sind Steigerungsraten von jeweils 2,5 vH vorgesehen. Die Nettokreditaufnahme soll nach einem vorübergehenden Anstieg auf 30,9 Mrd DM im Jahre 1990 auf 26,1 Mrd DM im Endjahr der Planung wieder gesenkt werden.
11. Oktober	Die Bundesregierung legt einen Maßnahmenkatalog „Abbau von Steuersubventionen für ein gerechteres und einfacheres Steuersystem — Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen" vor. (Zu den Einzelheiten siehe Tabelle 30.)
9./10. November	Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen" überprüft seine Steuerschätzungen vom Mai 1987 für die Jahre 1987 und 1988. Bei einer angenommenen Zuwachsrate des nominalen Bruttosozialprodukts von jeweils 4 vH in den Jahren 1987 und 1988 wird 1987 mit Steuereinnahmen in Höhe von 467,7 Mrd DM, 1988 in Höhe von 479,6 Mrd DM gerechnet. Gegenüber der Schätzung vom Mai sind das für 1987 0,8 Mrd DM weniger. Für 1988 wurde das Ergebnis um 6,2 Mrd DM nach unten revidiert, wovon knapp 4,1 Mrd DM auf den vorgezogenen Teil der Steuerreform 1990 zurückzuführen sind.
12. November	In den Beratungen des Haushaltsausschusses des Bundestags wird das Etatvolumen des Bundes für 1988 um 760 Mio DM auf 275,8 Mrd DM erhöht; die Nettokreditaufnahme soll 30 Mrd DM betragen, das sind 670 Mio DM mehr als im Regierungsentwurf vom 1. Juli 1987.
13. November	Der Bundestag beschließt in 3. Lesung die Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Der Bund leistet demnach künftig 2,6 Mrd DM jährlich für den Verkehrsausbau in den Gemeinden. Bislang war für diese Zwecke ein Anteil von 6 Pfennig pro Liter an der Mineralölsteuer — gekürzt um 10 vH — vorgesehen gewesen.

ziert werden, die eine EG-Maßnahme ergänzt. Für je 100 kg aufgegebener Milcherzeugung erhalten die Landwirte einmalig 70 DM.

159. Da die Europäischen Gemeinschaften wegen Erschöpfung der Haushaltsmittel nicht in der Lage waren, Mittel zur Preisstützung von Marktordnungsprodukten vorzufinanzieren, übernahm die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung entsprechende Zahlungen, um vorübergehende Einkommenseinbußen der Landwirte zu vermeiden. Die für die Zwischenfinanzierung erforderlichen Kreditaufnahmen (1987 etwa 2 Mrd DM) hatten Zinszahlungen zur Folge, die sich auf monatlich rund 8 Mio DM beliefen und vom Bund getragen wurden. Insgesamt erhielt die Landwirtschaft 1987 aus nationalen Mitteln durch ausgewiesene Finanzhilfen und Steuervergünstigungen Subventionen in Höhe von knapp 8 ½ Mrd DM, das waren pro landwirtschaftlicher Arbeitskraft rund 7 000 DM, unter Berücksichtigung der EG-Marktordnungsausgaben über 15 000 DM.

In den kommenden Jahren sind weitere Subventionsforderungen für den Bund zu befürchten, wenn die Absenkung der Garantiepreise für eine Vielzahl von Marktordnungsprodukten sowie der von den Europäischen Gemeinschaften beschlossene stufenweise Abbau des Währungsausgleichs zu Einnahmenverlusten der deutschen Landwirte führen.

Tabelle 17

Die öffentlichen Haushalte in konjunktureller Sicht [1])

Mrd DM

	1981	1982	1983	1984	1985 [2])	1986 [2])	1987 [3])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [4])	1 613,9	1 715,7	1 795,6	1 862,1	1 926,4	2 022,7	2 106
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Jahr [5])	1 606,1	1 692,3	1 791,8	1 871,9	1 926,4	2 022,7	2 106
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1985 [6])	479,3	505,0	534,7	558,6	574,9	603,7	628½
(4) Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials [7])	1 549,9	1 633,0	1 729,0	1 806,4	1 859,0	1 951,9	2 032½
(5) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1985 [6])	386,4	407,1	431,1	450,3	463,5	486,6	506½
(6) Steuereinnahmen bei Normalauslastung des Produktionspotentials und bei gleicher Steuerquote wie im jeweiligen Jahr [7])	387,6	404,0	426,9	448,3	463,5	474,4	493
(6a) Tatsächliche Steuereinnahmen [1])	386,5	395,1	414,9	439,2	460,0	473,4	490
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ⁄ (5)	+ 1,2	− 3,2	− 4,2	− 2,1	—	− 12,2	− 13½
(8) Mehreinnahmen aufgrund eines erhöhten Dekkungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" [8])	− 5,1	− 2,4	− 0,5	− 0,9	0	− 1,3	− 2
(9) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7) + (8)	475,5	499,5	530,1	555,7	574,9	590,1	613
(10) Tatsächliche Staatsausgaben [1])	513,9	530,9	538,8	557,4	574,9	598,1	623½
(11) Konjunktureller Impuls [9]) (10) ⁄ (9)	+ 38,4	+ 31,3	+ 8,7	+ 1,7	0	+ 8,0	+ 10½
(12) Veränderungen des konjunkturellen Impulses gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 3,7	− 7,1	− 22,6	− 7,0	− 1,7	+ 8,0	+ 2½

[1]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts siehe Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

[3]) Eigene Schätzung.

[4]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.

[5]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr; ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts gleich der tatsächlichen im jeweiligen Jahr gesetzt.

[6]) Normalauslastungsgrad (96,5 vH); zur Definition siehe Anhang IV, Abschnitt A.

[7]) Anstelle der in früheren Gutachten verwendeten tatsächlichen Steuereinnahmen (siehe hierzu JG 73 Ziffer 213). Bei der Ableitung des konjunkturneutralen Ausgabenspielraums, der durch eine Änderung der steuerlichen Einnahmenregelungen entsteht, bleibt unberücksichtigt, daß die tatsächliche Steuerquote nicht unbedingt derjenigen entsprechen muß, die sich bei Vollbeschäftigung und „konjunkturneutralem" Preisanstieg ergäbe.

[8]) Ohne die Einnahmen aus der anomal hohen Gewinnabführung der Bundesbank.

Expansiver konjunktureller Impuls leicht erhöht

160. Der konjunkturneutrale Haushalt liefert den Maßstab für die konjunkturelle Beurteilung der Ausgaben der Gebietskörperschaften. Ein Haushaltsvolumen gilt dann als konjunkturneutral, wenn es, um Effekte auf der Einnahmenseite bereinigt, das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential relativ im gleichen Ausmaß beansprucht wie im Basisjahr 1985.

Der konjunkturneutrale Haushalt 1987 errechnet sich aus den potentialgerechten Ausgaben in Höhe von 628 ½ Mrd DM, welche um Mindereinnahmen zu korrigieren sind, die aus einer im Vergleich zum Basisjahr niedrigeren Steuerquote (−13 ½ Mrd DM) und aus einer geringeren Deckungsquote der „Sonstigen Einnahmen" (−2 Mrd DM) resultierten. Diese 15 ½ Mrd DM sind von den 628 ½ Mrd DM abzuziehen, um das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen (613 Mrd DM) zu ermitteln; denn der private Sektor hätte im Ausmaß von 15 ½ Mrd DM zusätzliche Ansprüche an das Produktionspotential stellen können, der Staat hätte demzufolge seine Ansprüche im gleichen Umfang vermindern müssen, wenn er der Konjunktur keine Impulse hätte geben wollen. Die tatsächlichen Staatsausgaben lagen 1987 mit 623 ½ Mrd DM um 10 ½ Mrd DM über dem konjunkturneutralen Haushaltsvolumen. Diese Differenz entspricht dem expansiven konjunkturellen Impuls, der 1987 von den öffentlichen Haushalten ausging (Tabelle 17).

noch Tabelle 17

	1981	1982	1983	1984	1985 [2]	1986 [2]	1987 [3]
				vH			
Zum Vorjahresvergleich							
Steigerungsrate							
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (10) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	+ 5,6	+ 3,3	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,1	+ 4,0	+ 4
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (9) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (10)	− 2,3	− 2,8	− 0,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,6	+ 2½
Bestimmungsfaktoren von (b) [10]							
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1980	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,9	+ 2
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts [11]	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,1	+ 2
(e) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der Steuerquote (14) von der des jeweiligen Vorjahres	− 2,1	− 0,9	− 0,2	+ 0,4	+ 0,4	− 2,1	− 0
(f) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung des Deckungsbeitrages der „Sonstigen Einnahmen" von dem des jeweiligen Vorjahres	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	− 0,1	+ 0,2	− 0,2	− 0
(g) Veränderung des Ausgabenspielraums durch Abweichung der realisierten Staatsquote (18) von der konjunkturneutralen (15) im jeweiligen Vorjahr	− 6,3	− 7,6	− 4,8	− 1,4	− 0,8	− 0,0	− 1½
(14) Volkswirtschaftliche Steuerquote: $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	25,01	24,74	24,69	24,82	24,93	24,30	24,25
(15) Konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	29,61	29,52	29,58	29,69	29,84	29,17	29,09
(16) Beanspruchte Staatsquote: $\frac{(10)}{(2)} \cdot 100$	32,00	31,37	30,07	29,78	29,84	29,57	29,59
(17) Konjunktureller Impuls, bezogen auf das Produktionspotential in (2): (16) ⁄ (15)	+ 2,39	+ 1,85	+ 0,49	+ 0,09	0	+ 0,40	+ 0,50
(18) Realisierte Staatsquote: $\frac{(10)}{(1)} \cdot 100$	31,84	30,94	30,01	29,93	29,84	29,57	29,59

[9] Expansiv: +; kontraktiv: −.
[10] (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g) (siehe hierzu Anhang IV, Abschnitt D).
[11] Ab 1985 identisch mit der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts.

Der zweite Weg, den konjunkturellen Impuls zu ermitteln, führt über den Vergleich von tatsächlicher Kreditaufnahme und Normalverschuldung. Letztere errechnet sich aus der potentialorientierten Kreditaufnahme, die wir mit 1,5 vH des Produktionspotentials ansetzen. Sie betrug 1987 etwa 30 ½ Mrd DM. Dieser Wert war im vergangenen Jahr noch um auslastungsbedingte Steuermindereinnahmen von 3 Mrd DM zu erhöhen, die sich aus der Lücke zwischen dem Normalauslastungsgrad von 96,5 vH und der tatsächlichen Auslastung des Produktionspotentials von (96) vH ergaben. Der konjunkturelle Impuls (10 ½ Mrd DM) schließlich ist in dieser Sicht die Differenz zwischen tatsächlichem Defizit (44 Mrd DM) und Normalverschuldung (33 ½ Mrd DM) (Tabelle 18).

Die Finanzlage der Sozialversicherungen

161. Der Überschuß der Rentenversicherung war 1987 nicht mehr so hoch wie im Vorjahr. Die Schwankungsreserve, die bei den gesetzlichen Rentenversicherungen einen Puffer zwischen Einnahmen und Ausgaben darstellt und die angibt, wie lange die Renten bei einem hypothetischen Einnahmenausfall weitergezahlt werden könnten, wurde aber weiterhin aufgestockt und betrug am Jahresende das 1,8-fache einer Monatsausgabe, Ende 1986 belief sie sich auf das 1,6-fache. Daß die Beitragseinnahmen im Vergleich zum vorangegangenen Jahr nur verhalten anstiegen (knapp 2 vH), resultierte in erster Linie aus der Senkung des Beitragssatzes auf 18,7 vH zu Beginn des Jahres, nachdem er mit dem „Gesetz zur Stärkung der

Tabelle 18

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte [1])
Mrd DM

	1981	1982	1983	1984	1985 [2])	1986 [2])	1987 [3])
I. Konjunkturneutrale Komponenten des Finanzierungssaldos							
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme [4])	−23,3	−24,6	−26,0	−27,2	−28,0	−29,4	−30½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen/Steuermindereinnahmen [5])	− 3,1	−14,3	−12,9	− 6,7	− 3,5	− 1,0	− 3
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen [6])	+ 1,9	+ 5,4	+ 0,9	− 2,3	—	—	—
(d) Mehreinnahmen/Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne	—	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 5,5	+ 5,0	—
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo [7]) (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−24,5	−29,0	−33,5	−31,8	−26,0	−25,4	−33½
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [8])	−63,0	−60,3	−42,3	−33,5	−26,0	−33,4	−44
I. ⁄ II. Konjunkturneutraler Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+38,4	+31,3	+ 8,7	+ 1,7	0	+ 8,0	+10½

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt D.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Eigene Schätzung.
[4]) Errechnet aus den Finanzierungssalden im Basisjahr 1985, abzüglich auslastungsbedingter Steuermindereinnahmen, mit dem Anstieg des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen fortgeschrieben.
[5]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einer Abweichung der jeweiligen Auslastung des Produktionspotentials vom mittleren Auslastungsgrad (96,5 vH) zuzurechnen ist. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß die jeweilige Steuerquote auslastungsbedingt von der „konjunkturneutralen" Vollbeschäftigungsquote abweichen kann.
[6]) Errechnet als der Teil der Vollbeschäftigungssteuereinnahmen, der einem Anstieg des Preisniveaus zuzurechnen ist, insoweit dieser über die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate hinausgeht (bzw. hinter ihr zurückbleibt). Ab 1985 wird die „konjunkturneutrale" Steigerungsrate des Preisniveaus gleich der tatsächlichen gesetzt; inflationsbedingte Steuereinnahmen entfallen somit.
[7]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[8]) Einschließlich der Mehreinnahmen bzw Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

Finanzgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung" im Juni 1985 auf 19,2 vH festgesetzt worden war. Dasselbe Gesetz legte eine stufenweise höhere Beteiligung der Rentenempfänger an den Beiträgen zur Krankenversicherung fest. Im Jahre 1987 wurden, wie im Vorjahr, wieder 0,7 Prozentpunkte der Rentenerhöhung hierfür verwendet. Der Beitragssatz, der den Rentnern selbst auferlegt wurde, stieg auf 5,9 vH ihrer Altersbezüge, womit die letzte Anpassungsstufe erreicht ist und die Rentenbezieher nunmehr die Hälfte der Beiträge zur Krankenversicherung aus ihrer Rente entrichten (Schaubild 28, Seite 97). Die Rentenerhöhung zum 1. Juli 1987 um 3,8 vH wirkte sich demzufolge bei der Rentenversicherung nur in einem Ausgabenanstieg um 3 vH aus (Tabelle 19). Daß die tatsächlichen Ausgaben schneller zunahmen, war zum einen eine Folge der höheren Anzahl von Rentenempfängern und zum anderen darauf zurückzuführen, daß vom 1. Oktober 1987 an die Kindererziehungszeiten von Müttern der Jahrgänge vor 1907 in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt werden. Diese Leistungen finanziert letztlich der Bund.

162. Wiederum schneller als die Grundlohnsumme expandierten die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen. Die Beitragssätze wurden 1987, wie bereits in den Vorjahren, weiter angehoben. Der durchschnittliche Satz lag Ende 1987 bei knapp 13 vH und damit auf seinem bislang höchsten Niveau. Die Entwicklung wurde in erster Linie durch Mehrausgaben für die Krankenhauspflege, für Arzneien und für Krankengeld geprägt. Die seit 1982 trotz der Beitragssatzanhebungen defizitäre Haushaltslage der gesetzlichen Krankenversicherungen zeigt die Notwendigkeit wirkungsvoller Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in diesem Sozialversicherungszweig an. Eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Steuerungselemente führt zur Kostendämpfung und damit zu niedrigeren Beitragssätzen. Für die medizinische Versorgung braucht das nicht zu bedeuten, daß der Umfang an Gesundheitsleistungen in einem reformierten System der gesetzlichen Krankenversicherung abnimmt (JG 85 Ziffern 362ff.).

163. Die finanzielle Situation der Bundesanstalt für Arbeit stellte sich 1987 wieder ungünstiger dar, nachdem der Überschuß aus den Jahren 1984 bis 1986 ihr Vermögen auf 5,5 Mrd DM hatte anwachsen lassen. Abweichend von ihrem Haushaltsplan vom Dezember 1986, der für das Jahr 1987 noch ein ausgeglichenes Ergebnis auswies, hat sich wegen der im Verlauf des Jahres unbefriedigenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ein deutliches Defizit eingestellt. Mehrausgaben verursachte auch das „Gesetz zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit", das für ältere Arbeitslose eine verlängerte Bezugszeit von Arbeitslosengeld vom 1. Juli des Jahres an vorsah. Die Bundesanstalt wurde dadurch im zweiten Halbjahr 1987 mit knapp 1 Mrd DM belastet.

Nach Angaben der Bundesanstalt lag der Haushaltsfehlbetrag 1987 bei reichlich 1 ½ Mrd DM, obgleich der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres um 0,3 Prozentpunkte auf 4,3 vH angehoben worden war, was für sich betrachtet Mehreinnahmen von über 2 Mrd DM bedeutete. Für das Jahr 1988 wird mit einem weiteren drastischen Vermögensabbau gerechnet, da von diesem Jahr an Aufgaben aus dem Bundeshaushalt ausgelagert und der Arbeitslosenversicherung übertragen werden sollen. Dazu gehören die Förderung ausländischer Jugendlicher, die Sprachförderung von Aussiedlern und die Erweiterung der Berufsausbildungsbeihilfen. Die Änderungen, die sich aus der bereits erwähnten Verlängerung des Versicherungsschutzes ergeben, werden sich 1988 mit knapp 3 Mrd DM finanziell erstmals in vollem Umfang auswirken.

Tabelle 19

Rentenniveau

Jahr	Monatliche Rente [1] [2]	Altersruhegeld [1] [3] gemessen am	
		Brutto-arbeitsentgelt [4]	Netto-arbeitsentgelt [5]
	DM	vH	
1960	240,60	47,3	56,2
1961	253,60	45,3	54,2
1962	266,30	43,6	52,5
1963	283,90	43,8	53,0
1964	307,10	43,5	52,9
1965	335,90	43,7	52,7
1966	363,80	44,1	53,9
1967	392,90	46,1	56,7
1968	424,50	47,0	57,3
1969	459,80	46,6	57,7
1970	489,00	44,0	56,8
1971	515,90	41,5	54,4
1972	600,40	42,2	57,0
1973	668,60	41,6	56,3
1974	743,50	41,6	57,0
1975	826,00	43,2	59,0
1976	916,90	44,8	62,8
1977	1 008,10	46,3	65,6
1978	1 008,10	46,1	64,6
1979	1 053,40	45,7	63,8
1980	1 095,60	44,6	63,2
1981	1 139,40	44,2	62,9
1982	1 205,00	44,9	64,6
1983	1 272,30	44,6	64,5
1984	1 315,50	45,3	65,2
1985	1 355,00	45,4	65,1
1986	1 394,30	45,0	63,6
1987 [6]	1 447,30	45,0	63,9

[1] Für Bestandsrenten in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten bei einer persönlichen Bemessungsgrundlage von 100 vH (Durchschnittsverdienst) und 40 anrechnungsfähigen Versicherungsjahren.
[2] Rentenbetrag am Stichtag 1. Juli des jeweiligen Jahres.
[3] Für Bruttorentenniveau: Bruttorente; für Nettorentenniveau: Rentenzahlbetrag (nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags) im Kalenderjahr.
[4] Durchschnittliches Bruttojahresarbeitsentgelt aller Versicherten.
[5] Das Nettoarbeitsentgelt ist aus dem Bruttojahresarbeitsentgelt durch Abzug der durchschnittlichen Belastung aller beschäftigten Arbeitnehmer mit Lohnsteuer und Sozialbeiträgen berechnet.
[6] Schätzung des BMA.

Quelle: BMA

TEIL C
Kosten, Gewinne, Einkommensverteilung

164. Der Sachverständigenrat stellt in diesem Jahr zwei neue Analyseinstrumente vor: Die Ertragsentwicklung der Unternehmen analysieren wir mit Hilfe der Kosten-Erlös-Relation und die Entwicklung der Einkommensverteilung mit Hilfe der Arbeitseinkommensquote. Die Rechnungen zur Kosten-Erlös-Relation und zur Arbeitseinkommensquote sind nicht von Grund auf neu, sie führen vielmehr die Rechnungen zur Reallohnposition fort. Die beiden Analyseinstrumente sowie ihr Bezug zur Reallohnposition werden im folgenden dargestellt (Methodische Erläuterungen siehe Anhang IV, Abschnitt B).

Das Bemühen, aus einem einzigen Maß — der bisher berechneten Reallohnposition — sowohl Aussagen über die Einkommensverteilung als auch über die Ertragssituation der Unternehmen abzuleiten, hat die Interpretation der Reallohnposition zunehmend erschwert. Auch haben sich die Bedingungen, denen sich die Volkswirtschaft der Bundesrepublik gegenübersieht, ebenso wie die wirtschaftspolitischen Fragestellungen, im Vergleich zu den sechziger Jahren beträchtlich verändert.

165. Die Rechnungen zur Kosten-Erlös-Relation unterteilen die Kosten der Unternehmen der privaten Wirtschaft (ohne Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen) in sieben Arten. Dabei wird nach dem Bruttoprinzip verfahren; das Bruttoinlandsprodukt zuzüglich Vorleistungen wird als Erlös eingesetzt, als Kosten werden neben den Komponenten der Wertschöpfung auch die Vorleistungen erfaßt. Dies ist insbesondere wegen der Vorleistungen aus dem Ausland — wie Rohstoffe und Vorprodukte — erforderlich.

166. Die Rechnungen zur Arbeitseinkommensquote betreffen die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft insgesamt. Im Arbeitseinkommen werden die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus selbständiger Arbeit zusammengefaßt. Es wird unterstellt, daß das Arbeitseinkommen eines Selbständigen sowie eines mithelfenden Familienangehörigen dem Durchschnittseinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers entspricht. Die Selbständigen und die mithelfenden Familienangehörigen, wie etwa Handwerker, Einzelhändler, Landwirte, erbringen nicht anders als die Arbeitnehmer Arbeitsleistungen, denen ein Arbeitsentgelt, der Unternehmerlohn, zugerechnet werden kann.

In der Verteilungsrechnung werden neben dem Arbeitseinkommen das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, das „Gewinn"-Einkommen der Unternehmen sowie das Vermögenseinkommen des Staates unterschieden. Die Rechnungen zur Einkommensverteilung umfassen somit fünf Einkommensarten:

1. Einkommen aus unselbständiger Arbeit
2. Kalkulatorischer Unternehmerlohn
3. Vermögenseinkommen der privaten Haushalte
4. „Gewinn"-Einkommen der Unternehmen
5. Vermögenseinkommen des Staates

I. Die Kosten-Erlös-Relation

167. Die Lösung des Beschäftigungsproblems verlangt die Schaffung von mehr rentablen Arbeitsplätzen. Rentable Arbeitsplätze entstehen auf dem Weg über Investitionen. Wieviel investiert wird, bestimmt sich nach der erwarteten Rentabilität. Die Erwartungen der Unternehmen können nicht zuverlässig erfragt werden. Über die Einflußgrößen, die sie bestimmen, kann man nur Hypothesen aufstellen. Gewinnerwartungen und die Investitionsneigung werden mitgeprägt durch die aktuelle Renditesituation im Unternehmenssektor, nicht zuletzt durch die Entwicklung der Gewinn-Erlös-Relation.

168. In den letzten Jahren hat der Sachverständigenrat die Entwicklung der Reallohnposition auch als einen Indikator für Veränderungen der Kosten-Erlös-Relation verwendet. Das war allerdings nur mit Einschränkungen möglich; denn die Reallohnposition war vom Sachverständigenrat in den sechziger Jahren für andere Analysezwecke entwickelt worden. Damals herrschte Vollbeschäftigung; die wirtschaftspolitische Diskussion stand im Zeichen der über das System fester Wechselkurse importierten Inflation und dadurch erforderlicher monetärer Stabilisierungsbemühungen. Vordringlich war damals die Absicht, im vorhinein den Verteilungsspielraum für Lohnverhandlungen bei stabilitätsgerechtem Verhalten der Geldpolitik und gegebener außenwirtschaftlicher Absicherung aufzuzeigen. Überschritten die Lohnabschlüsse diesen Spielraum, so war ihnen ein inflatorischer Impuls zuzuschreiben, weil sie das Kostenniveau ansteigen ließen.

„Bei gegebenen Wettbewerbsbedingungen spielt sich im monetären Gleichgewicht ein bestimmtes Verhältnis zwischen Preisen und Kosten und damit auch zwischen Preis- und Kostenniveau ein. Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist daher identisch mit dem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.

Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne, solange die oben genannten Annahmen und Bedingungen — insbesondere monetäres und außenwirtschaftliches Gleichgewicht — gegeben sind, dem Grundsatz nach im Durchschnitt nicht stärker erhöht werden als um den Prozentsatz, um den sich in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde — von etwaigen Struktureffekten bereinigt — erhöht." (JG 64 Ziffer 248).

Als in späteren Jahren für die Wirtschaftspolitik die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme stärker in den Vordergrund rückten, war die Fragestellung eine andere. Sie lautete: Haben die Löhne die Gewinne der Unternehmen geschmälert? Haben sie von daher investitionshemmend und folglich beschäftigungsmindernd gewirkt? Die Reallohnposition konnte als ein erster Anhaltspunkt für die Beurteilung genommen werden. Zusätzlich wurde berücksichtigt, daß die Kosten-Erlös-Relation nicht allein von den Nominallöhnen im Verhältnis zu den Konsumgüterpreisen beeinflußt wird. Ebenso wurden die übrigen Preise (im Austausch mit dem Ausland und im Austausch von Gütern zwischen Unternehmungen und Staat) sowie die Kapitalkosten und hier insbesondere die Zinskosten berücksichtigt. Die Konzentration auf diese veränderte Fragestellung gab Anlaß zu mehreren Veränderungen in der Abgrenzung der Komponenten der Reallohnposition. So wurde seit 1980 als lohnpolitisch relevanter Preisindex ein Preisindex der Verkäufe von Unternehmen an die privaten Haushalte und den Staat verwendet (JG 80 Ziffer 145). Die Zinskosten der Unternehmen wurden zunächst bei der Interpretation der Reallohnposition mitgeführt und 1980 auch explizit in die Rechnung einbezogen.

169. Die Reallohnposition entfernte sich damit immer weiter von der Konzeption eines Indikators für Veränderungen der funktionalen Einkommensverteilung, andererseits war sie trotz aller Modifikationen nicht mit einer Kosten-Erlös-Relation gleichzusetzen. Als Maßgröße lag sie zwischen einer Kosten-Erlös-Relation und einem Verteilungsmaß, und die Kombination von Kosten- und Preisaspekten machte ihre Interpretation zunehmend schwieriger und weniger ergiebig.

Derzeit ist die Situation der Wirtschaft in der Bundesrepublik eine ganz andere als in den sechziger Jahren, in denen das Analyseinstrument der Reallohnposition entwickelt worden ist. Mit einer Arbeitslosenquote von zuletzt über 8 vH sind wir weit von einer Situation der Vollbeschäftigung entfernt. Zudem beeinflussen mehr als in früheren Jahren starke Wechselkursveränderungen von Jahr zu Jahr sowie die beträchtlichen Schwankungen der Zinsen Gewinnsituation und Investitionsbereitschaft der Unternehmen. In der Reallohnposition konnten solche Veränderungen der Kosten-Erlös-Situation nur zum Teil erfaßt werden. Wir haben uns deshalb entschlossen, in einer gesonderten Rechnung eine Kosten-Erlös-Relation vorzulegen.

170. Die Kosten-Erlös-Relation ist definiert als das Verhältnis der Gesamtkosten des Unternehmenssektors zu den Gesamterlösen. Die Gesamtkosten setzen sich zusammen aus den Ausgaben für inländische und ausländische Vorleistungen, indirekten Steuern abzüglich erhaltener Subventionen, Abschreibungen, kalkulatorischen Zinskosten sowie Lohnkosten. Für die Erlöse steht das Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Vorleistungen. Die inländischen Vorleistungen werden in die Rechnung mit einbezogen, obwohl sie zugleich Erlöscharakter und Kostencharakter haben. Dies geschieht zum einen, um analog zu den Rechnungen der Umsatzrendite in einem einzelnen Unternehmen ein Bild von den Gesamtkosten im privaten Sektor der Wirtschaft in Relation zu den gesamten Erlösen zu bekommen. Zum anderen soll in der Rechnung berücksichtigt werden, inwieweit ausländische Vorleistungen mit der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung einen Teil der inländischen Vorleistungen ersetzt haben. Die partiellen Kosten-Erlös-Relationen ergeben additiv die gesamte Kosten-Erlös-Relation.

Die Kosten-Erlös-Relation soll ein Urteil über die Kosten- und Gewinnsituation der Unternehmen im privaten Sektor erlauben. Aus diesem Grund bleibt der Staat als Produktionsbereich bei der Rechnung außer Betracht. Ebenfalls nicht in die Berechnung einbezogen werden der Sektor Wohnungsvermietung und der finanzielle Sektor, das heißt Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Die Erfahrung lehrt, daß in diesen Sektoren die aktuelle Ertragslage und die laufende Investitionstätigkeit nicht in so engem Zusammenhang stehen wie in den übrigen Bereichen der Wirtschaft.

II. Die Entwicklung der Kosten-Erlös-Relation seit den sechziger Jahren

171. Die Kosten-Erlös-Relation seit den sechziger Jahren verläuft in deutlich unterscheidbaren Phasen (Tabelle 20).

In der Entwicklung der Vorleistungskosten, insbesondere in den Veränderungen des Gewichts der importierten Vorleistungen, spiegeln sich in erster Linie außenwirtschaftliche Einflüsse. Bei den importierten Vorleistungen zeigen zwei deutliche Niveausprünge, im Jahr 1974 und noch einmal in den Jahren 1979 und 1980, die plötzlichen Verteuerungen der Ölimporte an. Im Jahre 1986 und bis in das Jahr 1987 hinein wirkten sich hingegen die Aufwertung der D-Mark und die Verbilligung des Öls und anderer Rohstoffe in einem beträchtlichen Rückgang dieser Kostenkomponente aus. Der Anteil der importierten Vorleistungen liegt heute erheblich höher als in den sechziger Jahren, was im wesentlichen auf den größeren Umfang dieser Vorleistungen und nicht etwa auf ihre Verteuerung zurückgeht. Im Vergleich zum Beginn der sechziger Jahre haben sich importierte Vorleistungen gegenüber den Erlösen relativ verbilligt.

172. Das Gewicht der indirekten Steuern abzüglich der erhaltenen Subventionen hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. In der längerfristigen Betrachtung fällt der tendenzielle Rückgang dieser Kostenkomponente auf, ein Beleg vor allem des zunehmenden Gewichts der Subventionen. Die verfügbaren Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erlauben keine weitere Aufteilung von Subventionen und indirekten Steuern. Dies ist vor allem deshalb unbefriedigend, weil die Entlastung durch Subventionen in weit stärkerem Maße auf einzelne Branchen konzentriert ist als die Belastung durch indirekte Steuern.

173. Das Gewicht der kalkulatorischen Zinskosten und Abschreibungen steigt langfristig an, dies ist vor allem Folge der trendmäßig steigenden Kapitalinten-

Tabelle 20

Zur Kosten-Erlös-Relation [1])

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Arbeitgeberbeiträge	Zinskosten [2])	Abschreibungen	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen [3])	Vorleistungen		Kosten-Erlös-Relation [5])	Nachrichtlich
						Inland	Ausland [4])		Gewinn-Erlös-Relation [6])
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	in vH der Erlöse [7])								
1960	13,63	2,08	3,32	2,46	5,20	58,72	5,20	90,61	9,39
1961	14,27	2,17	3,37	2,63	5,34	58,57	4,93	91,28	8,72
1962	14,72	2,22	3,42	2,81	5,38	58,20	4,98	91,72	8,28
1963	14,99	2,24	3,56	3,00	5,38	57,78	5,18	92,12	7,88
1964	15,18	2,11	3,55	3,06	5,34	57,48	5,25	91,98	8,02
1965	15,32	2,19	3,64	3,13	5,19	57,11	5,71	92,28	7,72
1966	15,62	2,29	3,97	3,31	5,26	56,79	5,63	92,88	7,12
1967	15,38	2,23	4,32	3,53	5,51	56,88	5,36	93,20	6,80
1968	14,84	2,23	4,15	3,34	4,90	57,67	5,67	92,80	7,20
1969	14,67	2,23	3,99	3,16	5,37	57,90	5,99	93,31	6,69
1970	15,39	2,46	4,04	3,22	4,82	57,92	5,85	93,71	6,29
1971	15,75	2,57	4,22	3,36	4,90	57,60	5,81	94,22	5,78
1972	15,84	2,72	4,40	3,40	4,96	57,17	5,89	94,39	5,61
1973	15,81	2,87	4,51	3,35	4,79	57,56	6,03	94,92	5,08
1974	15,38	2,91	4,68	3,42	4,48	58,01	7,14	96,02	3,98
1975	15,32	3,04	4,89	3,67	4,50	57,80	7,13	96,35	3,65
1976	14,85	3,11	4,68	3,53	4,44	57,35	7,74	95,70	4,30
1977	15,13	3,12	4,56	3,56	4,48	57,07	7,64	95,57	4,43
1978	15,21	3,20	4,40	3,60	4,59	56,88	7,34	95,21	4,79
1979	14,94	3,20	4,33	3,55	4,63	56,43	8,09	95,17	4,83
1980	14,99	3,25	4,44	3,61	4,60	56,41	8,85	96,15	3,85
1981	14,78	3,25	4,83	3,71	4,53	56,80	8,99	96,88	3,12
1982	14,63	3,22	5,05	3,86	4,46	56,73	8,82	96,77	3,23
1983	14,21	3,24	5,08	3,91	4,55	56,45	8,70	96,14	3,86
1984	13,83	3,24	5,00	3,85	4,46	56,36	9,20	95,93	4,07
1985 [8])	13,80	3,25	4,90	3,86	4,34	56,03	9,43	95,61	4,39
1986 [8])	14,50	3,41	4,87	4,01	4,41	55,00	8,34	94,55	5,45
1987 [9])	14,52	3,41	4,67	4,02	4,39	55,53	7,81	94,35	5,65
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								
1961	+ 4,7	+ 4,3	+ 1,5	+ 6,7	+ 2,9	− 0,3	− 5,3	+ 0,7	− 7,1
1962	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,6	+ 6,9	+ 0,7	− 0,6	+ 1,0	+ 0,5	− 5,1
1963	+ 1,9	+ 1,0	+ 3,9	+ 7,0	− 0,1	− 0,7	+ 4,1	+ 0,4	− 4,8
1964	+ 1,3	− 5,7	− 0,1	+ 2,0	− 0,6	− 0,5	+ 1,3	− 0,2	+ 1,8
1965	+ 0,9	+ 3,8	+ 2,6	+ 2,0	− 2,9	− 0,6	+ 8,8	+ 0,3	− 3,8
1966	+ 1,9	+ 4,6	+ 9,0	+ 5,9	+ 1,5	− 0,6	− 1,4	+ 0,6	− 7,7
1967	− 1,5	− 2,9	+ 8,6	+ 6,5	+ 4,6	+ 0,2	− 4,8	+ 0,3	− 4,5
1968	− 3,5	− 0,0	− 3,8	− 5,2	−11,0	+ 1,4	+ 5,8	− 0,4	+ 5,9
1969	− 1,2	+ 0,3	− 4,0	− 5,4	+ 9,6	+ 0,4	+ 5,7	+ 0,6	− 7,1
1970	+ 4,9	+10,3	+ 1,3	+ 1,9	−10,3	+ 0,0	− 2,3	+ 0,4	− 5,9
1971	+ 2,3	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,1	+ 1,8	− 0,6	− 0,6	+ 0,5	− 8,1
1972	+ 0,6	+ 5,7	+ 4,2	+ 1,3	+ 1,3	− 0,7	+ 1,3	+ 0,2	− 2,9
1973	− 0,2	+ 5,5	+ 2,6	− 1,5	− 3,5	+ 0,7	+ 2,3	+ 0,6	− 9,6
1974	− 2,7	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,0	− 6,5	+ 0,8	+18,4	+ 1,2	−21,5
1975	− 0,4	+ 4,4	+ 4,5	+ 7,3	+ 0,6	− 0,4	− 0,2	+ 0,3	− 8,3
1976	− 3,1	+ 2,3	− 4,3	− 3,7	− 1,3	− 0,8	+ 8,6	− 0,7	+17,6
1977	+ 1,9	+ 0,3	− 2,5	+ 0,8	+ 0,9	− 0,5	− 1,3	− 0,1	+ 3,2
1978	+ 0,5	+ 2,6	− 3,6	+ 1,2	+ 2,3	− 0,3	− 4,0	− 0,4	+ 8,1
1979	− 1,7	− 0,1	− 1,6	− 1,3	+ 0,9	− 0,8	+10,3	− 0,0	+ 0,8
1980	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,6	+ 1,7	− 0,6	− 0,0	+ 9,4	+ 1,0	−20,3
1981	− 1,4	+ 0,0	+ 8,7	+ 2,8	− 1,5	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,8	−18,9
1982	− 1,0	− 0,7	+ 4,5	+ 3,9	− 1,5	− 0,1	− 1,8	− 0,1	+ 3,5
1983	− 2,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 2,0	− 0,5	− 1,3	− 0,7	+19,6
1984	− 2,6	+ 0,0	− 1,6	− 1,7	− 2,0	− 0,2	+ 5,7	− 0,2	+ 5,4
1985 [8])	− 0,3	+ 0,2	− 2,0	+ 0,3	− 2,6	− 0,6	+ 2,5	− 0,3	+ 8,0
1986 [8])	+ 5,1	+ 5,1	− 0,5	+ 4,0	+ 1,7	− 1,8	−11,6	− 1,1	+24,1
1987 [9])	+ 0,1	− 0,2	− 4,1	+ 0,1	− 0,5	+ 1,0	− 6,3	− 0,2	+ 3,6

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat, Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — [2]) Auf Anlage-, Vorrats- und Geldvermögen der Unternehmen. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — [3]) Wegen der fehlenden Aufgliederung sind für die nicht berücksichtigten Wirtschaftsbereiche (siehe Fußnote 1) von den indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) nur die Produktionssteuern (abzüglich Subventionen), nicht jedoch die nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, die Einfuhrabgaben und die Verwaltungsgebühren abgesetzt. — [4]) Einfuhr von Waren (VGR-Abgrenzung) abzüglich Einfuhr von Investitionsgütern (Spezialhandel). — [5]) Summe (1) bis (7). — [6]) 100 vH abzüglich (8). — [7]) Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen. — [8]) Vorläufige Ergebnisse. — [9]) Eigene Schätzung.

Quelle für Geldvermögen und Umlaufsrendite: Deutsche Bundesbank

sität der Produktion. Die Mengenkomponente der Kapitalkosten ist kontinuierlich angestiegen, mit einer gewissen Abflachung in den letzten Jahren. Die Veränderungen der Kapitalkosten werden in erster Linie durch Veränderungen des Nominalzinssatzes dominiert. Die besonders hohe Kapitalkostenbelastung der Unternehmen zu Beginn der achtziger Jahre, die die Gewinne und die Gewinnerwartungen stark beeinträchtigte, kann so gesehen darauf zurückgeführt werden, daß die Nominalzinsen zu Anfang dieses Zeitabschnitts sehr hoch waren und in der Folgezeit nur allmählich zurückgingen. In den Jahren 1986 und 1987 dürfte hier allerdings eine Entlastung eingetreten sein; unsere Rechnung bringt dies aufgrund der zeitlichen Glättung noch nicht voll zum Ausdruck.

174. Bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein stieg das Gewicht der Lohnkosten stark an. Prozentual noch stärkere Steigerungen der zur Hälfte von den Arbeitgebern zu tragenden Sozialbeiträge kamen hinzu. In den Jahren darauf blieb der Anstieg der Löhne dann hinter dem der Erlöse zurück; die Belastung der Unternehmen durch Sozialbeiträge verringerte sich allerdings nicht im selben Maß. Im Jahre 1986 ist von den Löhnen wieder ein Kostendruck ausgegangen, der jedoch durch entsprechende Minderung der anderen Kosten ausgeglichen werden konnte. Daß der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten trotz des Anstiegs der Lohnsätze tendenziell seit Anfang der siebziger Jahre um etwa 8 vH zurückging, muß im Zusammenhang mit dem stärkeren Rückgang der Beschäftigung um rund 10 vH während dieses Zeitraums gesehen werden. Dies ist Ausdruck der seitdem vollzogenen Veränderungen in der Faktoreinsatzstruktur und der Branchenstruktur.

175. Bei der Interpretation der Entwicklung der Kosten-Erlös-Relation und deren Komplements, der Gewinn-Erlös-Relation, muß wiederum zwischen langfristigen Tendenzen und Verschiebungen auf kürzere Sicht unterschieden werden. Auf lange Sicht, also etwa im Vergleich der sechziger Jahre mit der heutigen Zeit, hat der langfristige Anstieg der Zinskosten, der Aufwendungen für importierte Vorleistungen und in geringerem Maße auch der Abschreibungskosten den Verlauf dominiert.

Im Verlaufsmuster läßt sich deutlich erkennen, wie bis 1975 der Anstieg von Löhnen und Arbeitgeberbeiträgen, zuletzt noch begleitet durch die beträchtliche Importverteuerung, eine starke Verschlechterung der Kosten-Erlös-Situation bewirkt hatten. Danach folgte eine Phase der Erholung, die durch den zweiten Ölpreisschub und durch außerordentlich hohe Realzinsen beendet wurde. Seit Anfang der achtziger Jahre haben zurückhaltende Lohnpolitik und ganz zuletzt wieder billigere Importe und sinkende Realzinsen erstmals eine deutliche Verbesserung ermöglicht, die sich auch in den letzten beiden Jahren aufgrund höherer Lohnabschlüsse nicht umgekehrt hat. Trotz der Kostenentlastung der letzten Jahre ist das Niveau der Gewinn-Erlös-Relation allerdings heute noch niedriger als in den sechziger Jahren.

176. Die Gewinn-Erlös-Relation (auch: Gewinnmarge) weist zwei Entwicklungsphasen auf. Sie hat sich von 1960 an bis zum Tiefpunkt im Jahre 1975 mehr als halbiert. Sie erreichte 1975 nur 39 vH ihres Wertes von 1960. In der Folge hat sie sich bis 1979 leicht erholt und ist dann erneut abgesunken. Im Jahre 1981 ist die niedrigste Gewinnmarge zu verzeichnen. Seither gab es eine schrittweise Aufwärtsentwicklung. Die Gewinn-Erlös-Relation lag 1987 auf dem Niveau von 1972, aber immer noch deutlich unterhalb des Niveaus der sechziger Jahre.

III. Die Entwicklung der Einkommensverteilung seit den sechziger Jahren

177. Das „Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" verpflichtet den Sachverständigenrat auch dazu, die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen zu analysieren. Diesem Auftrag hat der Rat in seinen Gutachten von Anfang an großes Gewicht beigemessen (JG 72 Ziffern 437 ff.). Bisher hat der Rat die Entwicklung der Einkommensverteilung sowohl anhand der Reallohnposition als auch der tatsächlichen und der bereinigten Lohnquote dargestellt. Außer dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit wurde lediglich eine weitere Einkommenskategorie, das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen betrachtet, worin eine Anzahl recht unterschiedlicher Komponenten zusammengefaßt ist. Diese Situation war unbefriedigend, eine detailliertere Aufgliederung, die zugleich auch hinreichend aktuell gewesen wäre, war jedoch aufgrund fehlender Daten nicht möglich. Die Verbesserung der Datenlage in jüngster Zeit nimmt der Rat zum Anlaß, die Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen näher zu untersuchen. Von dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen weisen wir nun das Einkommen aus selbständiger Arbeit, das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und das Vermögenseinkommen des Staates sowie das „Gewinn"-Einkommen der Unternehmen getrennt aus.

In unseren Rechnungen zur Arbeitseinkommensquote wird das gesamte Arbeitseinkommen, sowohl aus unselbständiger als auch aus selbständiger Arbeit, unter funktionalem Gesichtspunkt zusammengefaßt. Nur die Arbeitseinkommen aus unselbständiger Arbeit sind jedoch eigentliche Kosten. Die Einkommen aus selbständiger Arbeit stellen eine rechnerische Größe, den kalkulatorischen Unternehmerlohn, dar.

178. Die Lohnquote (Tabelle 21) war seit dem Anfang der sechziger Jahre von 60,1 vH bis zu ihrem Höchstwert von 74,4 vH im Jahre 1981 angestiegen. Danach hat sie sich rückläufig entwickelt und erreichte 1986 mit 68,8 vH etwa das Niveau zu Beginn der siebziger Jahre. Im laufenden Jahr dürfte sie unverändert geblieben sein.

Die Quote des kalkulatorischen Unternehmerlohns belief sich 1960 auf 17,8 vH. Der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen betrug damals noch 22,8 vH. Er ist bis zum Ende der siebziger Jahre ständig zurückgegangen und hat sich seitdem auf einem Wert von rund 13 vH stabilisiert. Dement-

sprechend hat sich auch die Quote des kalkulatorischen Unternehmerlohns auf einem seither nur wenig sich ändernden Wert von 10 vH bis 10,5 vH eingestellt. Bei mehr oder weniger konstanter Erwerbsstruktur, wie sie seit Jahren zu beobachten ist, entwikkelt sich die Quote der Einkommen aus selbständiger Arbeit parallel zur Lohnquote.

Das Arbeitseinkommen insgesamt ist das funktionale Einkommen des Faktors Arbeit, der hier nach unselbständiger und selbständiger Arbeit unterteilt wird. Die Arbeitseinkommensquote hat sich längerfristig ähnlich der Lohnquote, die ja ihren wesentlichen Teil ausmacht, entwickelt. Ihr Anstieg seit den sechziger Jahren verlief jedoch flacher. Der erste Höhepunkt wurde bereits 1975 mit 86 vH erreicht, ein zweiter liegt mit 85 vH im Jahre 1981. Seither ist die Arbeitseinkommensquote zurückgegangen; zuletzt hat sie mit knapp 80 vH in etwa den Wert zu Beginn der sechziger Jahre erreicht.

Tabelle 21

Verteilung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Anteil am Volkseinkommen in vH

Jahr	Volkseinkommen insgesamt	Arbeitseinkommen			Vermögenseinkommen der privaten Haushalte [2]		„Gewinn"-Einkommen [3]	Vermögenseinkommen des Staates [4]	Nachrichtlich
		zusammen	davon		zusammen	darunter			bereinigte Lohnquote [5]
			von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (= Lohnquote)	kalkulatorischer Unternehmerlohn [1]		Einkommen aus Wohnungsvermietung			
1960	100	77,9	60,1	17,8	3,3	1,4	17,9	0,9	60,1
1961	100	80,1	62,4	17,7	3,3	1,4	15,6	1,0	61,8
1962	100	81,0	63,9	17,2	3,2	1,3	14,9	0,9	62,5
1963	100	81,6	64,9	16,7	3,3	1,2	14,3	0,9	63,0
1964	100	80,4	64,5	15,8	3,3	1,3	15,5	0,8	62,0
1965	100	80,7	65,3	15,4	3,5	1,2	15,1	0,7	62,3
1966	100	81,7	66,4	15,4	3,9	1,3	13,7	0,6	63,1
1967	100	81,5	66,1	15,4	4,4	1,5	13,7	0,4	62,9
1968	100	79,3	64,7	14,6	4,7	1,7	15,6	0,5	61,2
1969	100	79,6	65,7	13,9	5,0	1,8	14,9	0,5	61,4
1970	100	81,5	68,0	13,5	5,1	1,3	13,0	0,4	62,9
1971	100	82,5	69,6	13,0	4,8	1,2	12,3	0,3	63,7
1972	100	82,4	69,8	12,7	5,0	1,3	12,5	0,0	63,6
1973	100	83,2	70,8	12,4	5,5	1,2	11,3	0,1	64,2
1974	100	85,5	72,9	12,6	5,4	1,0	9,3	−0,2	66,0
1975	100	85,7	73,1	12,6	6,1	1,5	8,8	−0,5	66,1
1976	100	83,5	71,6	11,9	5,9	1,5	11,4	−0,8	64,4
1977	100	83,6	72,0	11,5	6,0	1,5	11,5	−1,0	64,5
1978	100	82,5	71,4	11,0	5,7	1,5	12,7	−0,9	63,6
1979	100	82,2	71,5	10,7	5,7	1,3	13,0	−0,8	63,4
1980	100	84,1	73,5	10,6	6,0	0,8	10,9	−1,0	64,9
1981	100	85,0	74,4	10,7	6,5	0,5	9,8	−1,2	65,6
1982	100	84,5	73,8	10,8	7,0	0,5	9,6	−1,1	65,2
1983	100	82,2	71,6	10,6	6,8	0,9	12,5	−1,5	63,5
1984	100	80,6	70,3	10,4	7,2	0,9	13,7	−1,5	62,2
1985 [6]	100	80,0	69,7	10,2	7,4	1,0	14,1	−1,4	61,7
1986 [6]	100	78,8	68,8	10,0	7,2	1,1	15,5	−1,5	60,8

[1] Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält.

[2] Empfangene Vermögenseinkommen von den Unternehmen, vom Staat, von der übrigen Welt und Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung, nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.

[3] Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen) abzüglich des kalkulatorischen Unternehmerlohns und der Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung.

[4] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.

[5] Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.

[6] Vorläufige Ergebnisse.

179. *In unserer Rechnung zu den einzelnen Effekten, die die Entwicklung der Arbeitseinkommensquote bestimmen, gehen wir so vor, daß die Gesamtgröße als Produkt von sieben Faktoren dargestellt wird. Auf diese Weise können die Entwicklungen der Produktivität, Terms-of-Trade-Effekte und Abschreibungen vom Anlagevermögen, die Veränderung nominaler Größen wie der Bruttolohn- und -gehaltssumme und der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Preiseffekte sowie die Auswirkungen der Umverteilung zwischen Staat und Unternehmen in ihrem Einfluß auf die Arbeitseinkommensquote dargestellt werden.*

Eine Verteilungsrechnung ist eine nominale Rechnung. Um aber weiterhin auch reale Größen, also vor allem die Produktivität, im Auge behalten zu können, deflationieren wir das Sozialprodukt mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung. Man mag einwenden, daß die Kaufkraft des Arbeitnehmereinkommens eher mit Hilfe des Preisindex für den privaten Verbrauch zu erfassen wäre. Dies erscheint uns jedoch zu speziell: Beachtliche Teile der Arbeitnehmereinkommen werden für Zwecke verwendet, die mit Hilfe des Preisindex des privaten Verbrauchs nicht erfaßt werden können, beispielsweise der Kauf oder Bau eines Hauses oder auch Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Der Deflator der letzten inländischen Verwendung als umfassendstes Maß der Preisentwicklung dürfte noch am ehesten geeignet sein, dieser Breite des Spektrums von Einkommensverwendungsarten gerecht zu werden. Hinzu kommt ein methodisches Argument: Für die Deflationierung des nominalen Bruttosozialprodukts im Hinblick auf die Bestimmung des realen Verteilungsspielraums halten wir nach unseren Überlegungen zum Realwert des Sozialprodukts den

Tabelle 22

Zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote [1])

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer [2])	Effekt der Arbeitgeberbeiträge [3])	Produktivitätseffekt [4])	Terms-of-Trade-Effekt [5])	„Preiseffekt" der letzten inländischen Verwendung [6])	Abschreibungseffekt	Effekt von indirekten Steuern abzüglich Subventionen	Arbeitseinkommensquote (1) + (2) minus (3) bis (7)	
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH								vH [7])
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
1961	+10,2	−0,0	+3,0	+0,3	+4,5	−0,4	−0,3	+2,8	80,1
1962	+ 9,2	−0,1	+4,3	−0,1	+3,9	−0,5	−0,0	+1,2	81,0
1963	+ 6,1	−0,1	+2,5	−0,2	+3,3	−0,5	+0,1	+0,7	81,6
1964	+ 9,0	−0,7	+6,5	+0,2	+2,9	−0,1	+0,2	−1,5	80,4
1965	+ 9,1	+0,3	+4,8	−0,1	+3,8	−0,2	+0,5	+0,5	80,7
1966	+ 7,3	+0,3	+3,3	+0,3	+3,0	−0,4	−0,0	+1,2	81,7
1967	+ 3,3	−0,1	+3,2	+0,4	+0,9	−0,5	−0,6	−0,2	81,5
1968	+ 6,2	+0,5	+5,7	−0,1	+2,3	+0,2	+1,4	−2,8	79,3
1969	+ 9,2	+0,2	+5,9	+0,3	+3,8	+0,4	−1,5	+0,4	79,6
1970	+15,3	+0,6	+3,8	+0,9	+6,7	−0,4	+1,7	+2,4	81,5
1971	+11,3	+0,3	+2,4	+0,6	+7,3	−0,3	−0,1	+1,2	82,5
1972	+ 9,2	+0,7	+4,5	−0,0	+5,3	−0,0	+0,0	−0,1	82,4
1973	+11,2	+0,8	+4,0	−0,3	+6,7	+0,1	+0,4	+0,9	83,2
1974	+10,9	+0,6	+1,5	−1,0	+8,2	−0,6	+0,4	+2,8	85,5
1975	+ 6,4	+0,8	+1,4	+0,1	+5,9	−0,5	+0,1	+0,2	85,7
1976	+ 7,0	+0,8	+6,5	−0,2	+3,9	+0,3	+0,1	−2,6	83,5
1977	+ 6,9	−0,2	+2,8	−0,1	+3,8	−0,1	−0,0	+0,1	83,6
1978	+ 5,4	+0,2	+2,7	+0,8	+3,4	−0,0	−0,0	−1,3	82,5
1979	+ 5,7	+0,2	+2,6	−0,6	+4,7	−0,1	−0,3	−0,3	82,2
1980	+ 6,7	+0,2	+0,4	−1,4	+6,3	−0,5	−0,2	+2,4	84,1
1981	+ 4,9	+0,3	+0,7	−1,5	+5,6	−0,6	−0,1	+1,1	85,0
1982	+ 4,1	+0,1	+0,7	+0,3	+4,1	−0,4	+0,1	−0,6	84,5
1983	+ 3,2	+0,5	+3,4	+0,3	+2,9	+0,0	−0,1	−2,7	82,2
1984	+ 3,0	+0,4	+3,2	−0,4	+2,3	+0,0	+0,2	−1,9	80,6
1985 [8])	+ 2,9	+0,1	+1,3	+0,2	+2,0	−0,0	+0,4	−0,8	80,0
1986 [8])	+ 3,8	+0,0	+1,4	+2,8	+0,2	+0,3	+0,6	−1,5	78,8
1987 [9])	+ 3,1	+0,0	+0,8	+0,9	+1,4	−0,0	+0,0	+0,1	78,9

[1]) Gesamtwirtschaft. Berechnung der Spalte (8) durch multiplikative Verknüpfung. Zur Berechnung siehe methodische Erläuterungen Anhang IV, Abschnitt B. — [2]) Inländerkonzept. — [3]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber. — [4]) Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität). — [5]) Realwert des Sozialprodukts im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980. — [6]) Veränderung des Deflators der letzten inländischen Verwendung. — [7]) Gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen in vH des Volkseinkommens. — [8]) Vorläufige Ergebnisse. — [9]) Eigene Schätzung.

Preisindex der letzten inländischen Verwendung als umfassenden und einheitlichen Deflator für sinnvoll (JG 84 Ziffern 246 ff.). Auf dieser Festlegung beruht auch die von uns verwendete Formulierung des Terms-of-Trade-Effekts (JG 86 Anhang IV, Abschnitt B). Entscheidend ist jedoch, daß unter dem Gesichtspunkt der funktionalen Einkommensverteilung die Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit interessiert. Dividiert man das nominale Sozialprodukt durch den Preisindex der letzten inländischen Verwendung, dann mißt man die volkswirtschaftliche Produktion in Endprodukteinheiten. Die Division durch den Preisindex für Konsumgüter würde die volkswirtschaftliche Produktion in Konsumgütereinheiten messen.

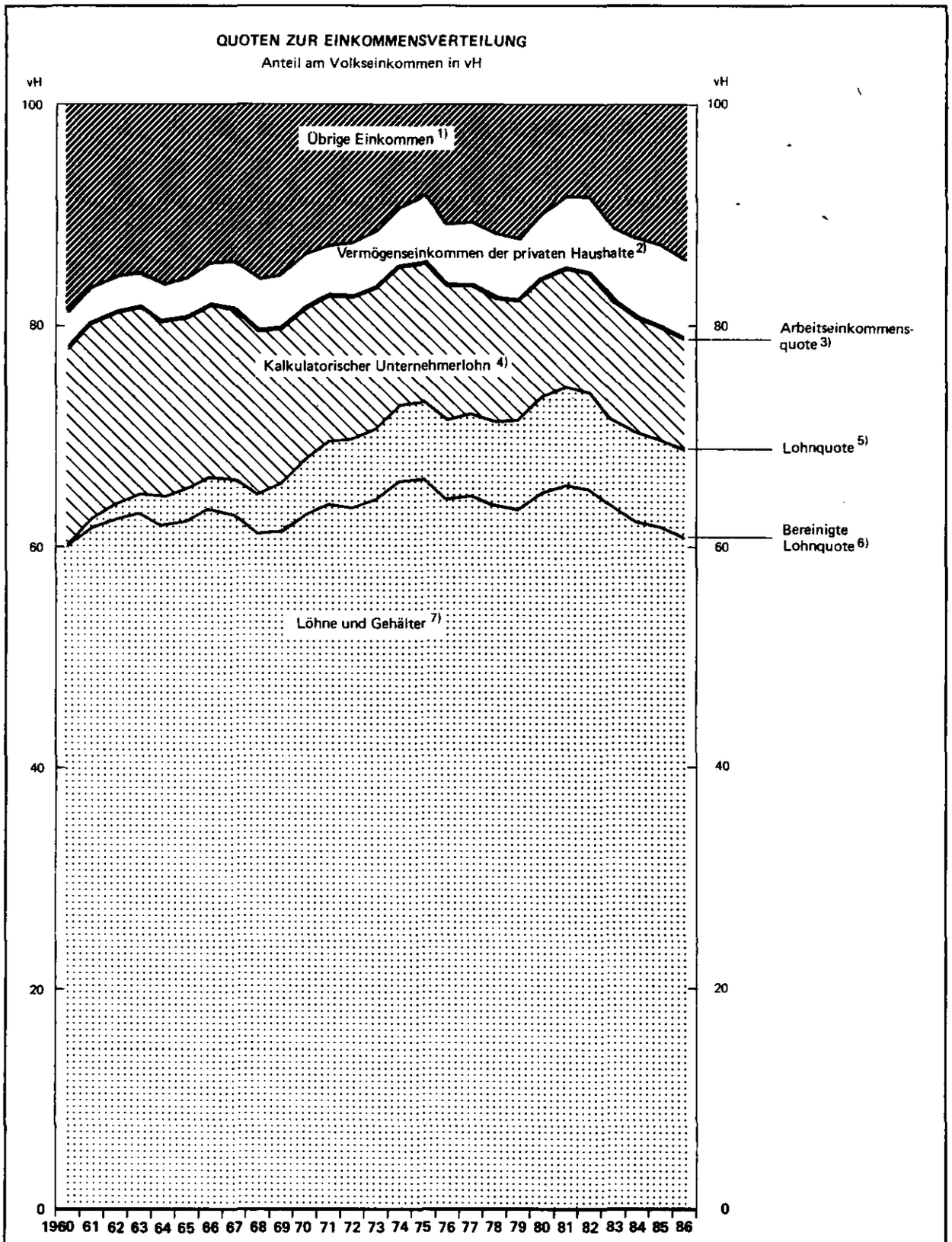
180. Für das laufende Jahr zeigt die Arbeitseinkommensquote eine kaum veränderte Verteilung an (Tabelle 22). Einem Anstieg der Bruttoeinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer von 3,1 vH stand eine Erhöhung des Realwerts des Sozialprodukts, des Produktivitätseffekts einschließlich des Terms-of-Trade-Effekts von 1,7 vH nach 4,2 vH im Jahre 1986 gegenüber: Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahr wurde je Erwerbstätigen nur noch eine Produktionssteigerung von 0,8 vH erbracht, und im Austausch mit dem Ausland wurden wegen der auslaufenden Preissenkungen für Importgüter lediglich Einkommensgewinne von 0,9 vH erzielt. Da außerdem die Preise der im Inland verwendeten Güter und Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahr um 1,4 vH gestiegen sind, hat sich die Verteilung geringfügig zugunsten der Arbeitnehmer verschoben.

181. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weisen das Vermögenseinkommen der Sektoren als besonderen Teil des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen aus. Den privaten Haushalten fließt Vermögenseinkommen unter anderem aus der Verzinsung der Spar- und Bausparkonten sowie der Wertpapiere zu. Das Vermögenseinkommen der privaten Haushalte ist das Entgelt für das von ihnen der Wirtschaft, dem Staat und dem Ausland zur Verfügung gestellte Geldkapital. Private Haushalte sind allerdings nicht nur Zinsempfänger, sie haben Zinsen auf Konsumentenschulden an Unternehmungen zu zahlen. Diese Zahlungen haben wir von den Vermögenseinkommen abgezogen. Hinzugezählt haben wir das Einkommen aus Wohnungsvermietung.

Das Verhältnis der so definierten Vermögenseinkommen der privaten Haushalte zum Volkseinkommen ist seit 1960 von dem niedrigen Ausgangswert von 3,3 vH kontinuierlich auf die gesamtwirtschaftlich beachtliche Quote von gut 7 vH angestiegen (Schaubild 30). Anfangs der sechziger Jahre erbrachte das Geldvermögen den privaten Haushalten ein Einkommen, das im Vergleich zum restlichen „Gewinn"-Einkommen, wie es in Tabelle 21 ausgewiesen wird, sehr niedrig war. Im Jahre 1986 hatte das Vermögenseinkommen eine Größenordnung von annähernd der Hälfte des „Gewinn"-Einkommens.

182. Die „Gewinn"-Quote ging bis zur Mitte der siebziger Jahre trendmäßig zurück. Mit 8,8 vH erreichte sie 1975 ihren niedrigsten Wert. Im übrigen spiegeln sich in dieser Reihe auch die zyklischen Bewegungen wider.

Schaubild 30



1) „Gewinn" - Einkommen: Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen) abzüglich kalkulatorischer Unternehmerlohn und der Einkommen der privaten Haushalte aus Wohnungsvermietung; zuzüglich Vermögenseinkommen des Staates nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden. — 2) Empfangene Vermögenseinkommen der privaten Haushalte von den Unternehmen, vom Staat und von der übrigen Welt und Einkommen aus Wohnungsvermietung abzüglich Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Löhne und Gehälter und kalkulatorischer Unternehmerlohn in vH des Volkseinkommens. — 4) Dabei wird unterstellt, daß jeder Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige das durchschnittliche Bruttoeinkommen eines beschäftigten Arbeitnehmers erhält. — 5) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens. — 6) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960. — 7) Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

SR 87 0913

ZWEITES KAPITEL

Zur voraussichtlichen Entwicklung im Jahre 1988

I. Zur Ausgangslage

183. Die deutsche Wirtschaft hat die Schwächephase überwunden, die verhaltene Aufwärtsbewegung setzt sich fort. Zu den Antriebskräften aus dem Inland — insbesondere den steigenden Ausgaben für den privaten Verbrauch — kommt seit dem Frühjahr 1987 eine spürbare Erholung beim Export. Die Höherbewertung der D-Mark hat allerdings Bremsspuren hinterlassen. Die Bereitschaft, die Kapazitäten zu erweitern und zusätzliches Personal einzustellen, hat abgenommen. Der Wachstumspfad verläuft deutlich flacher als in den Jahren zuvor.

184. Im großen und ganzen ist es 1987 so gekommen, wie wir es in der Prognose vom Herbst vergangenen Jahres beschrieben hatten, auch wenn es zwischenzeitlich vielleicht nicht danach aussah. Die Kernaussage lautete: Der Aufschwung setzt sich fort, die Stockungsphase, die der markante Wechsel in den Auftriebskräften verursacht hat, hält nur vorübergehend an (JG 86 Ziffer 165). Allerdings müssen wir einräumen: Wir haben die Dauer der Stockung unterschätzt. Die Investitionstätigkeit war verhaltener, als wir es angenommen hatten, weil sich viele Unternehmen verunsichert fühlten und geplante Investitionsvorhaben zurückstellten. Das hatte weitreichende Folgen. Der Anstieg der Beschäftigung fiel schwächer als erwartet aus; dadurch stiegen die verfügbaren Einkommen und schließlich auch der private Verbrauch langsamer. Im Endergebnis ist die Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion um mehr als einen halben Prozentpunkt hinter dem zurückgeblieben, was wir damals für wahrscheinlich hielten.

Diese Prognose war verschiedentlich auf Widerspruch gestoßen; zunächst weil man meinte, daß sie die Entwicklung zu ungünstig zeichnete, später, weil man sie für zu optimistisch hielt. Bis in den Frühsommer 1987 hinein herrschte bei der Interpretation der Konjunkturdaten große Unsicherheit, teilweise auch Irritation. Es gab damals Stimmen, die vom Beginn eines konjunkturellen Abschwungs sprachen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß man das Urteil über die Konjunktur nicht allein auf statistische Indikatoren gründen sollte, die den „aktuellen Rand" des Geschehens erfassen. Diese sind immer nur vorläufig und werden häufig im nachhinein korrigiert. Sie sind überdies oftmals von Sondereinflüssen überlagert. Entscheidend ist, wie man die Konstitution der Wirtschaft einschätzt. Wir haben darauf vertraut, daß der Test auf die Robustheit dieser Konstitution gut ausgehen wird. Unsere Zuversicht hat sich als begründet erwiesen.

185. Obwohl die Konjunktur seit dem Sommer 1987 wieder an Fahrt gewonnen hat und die fundamentalen Daten auf keine Verlangsamung hindeuten, wachsen in der Öffentlichkeit die Sorgen. Die Turbulenzen an den internationalen Aktien- und Devisenmärkten haben allenthalben große Unsicherheit hervorgerufen, bei investierenden Unternehmen und bei den anlagesuchenden Sparern. Vielerorts wird befürchtet, daß sich die Situation weiter zuspitzen könnte — mit unübersehbaren Folgen für die Weltwirtschaft. So gibt es Stimmen, die eine Rezession für unausweichlich halten, teilweise werden sogar Parallelen zur Weltwirtschaftskrise von 1929 gezogen. Es wird auf die gegenwärtigen Risiken verwiesen. Die Nervosität an den Wertpapier- und Devisenmärkten sei groß, und mitunter genügten schon unbedeutende Anlässe, um panikartige Reaktionen auszulösen.

Unsere Einschätzung der Lage ist eine andere. Wir sehen keine überzeugenden Gründe, daß es zu einer Rezession kommen wird. Die Baisse an den Aktienmärkten ist keine Krise des Finanzsystems. Von den Kapitalumschichtungen der Finanzanleger profitierten die Anleihemärkte. Eine Flucht in Sachanlagen, die man als Indikator für Vertrauensverluste in die Stabilität des Finanzsystems hätte werten können, gab und gibt es nicht. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß der Kursverfall bei den Aktien — wie auch beim Dollar — schon reichlich weit gegangen ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Kurse stabilisieren oder sogar wieder steigen werden, ist eher größer geworden.

186. Dem gesetzlichen Auftrag entsprechend haben wir in unserem Jahresgutachten die absehbare wirtschaftliche Entwicklung darzustellen, die wir mit dem derzeitigen Stand unseres Wissens für die wahrscheinlichste ansehen (Status-quo-Prognose). Wenn Spannungen abzusehen sind, die zu neuen Fehlentwicklungen führen, müssen auch Alternativprognosen vorgelegt werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen haben wir jedoch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung deutlich verschlechtern wird. Hypothetische Rechnungen, die etwa von weiteren Kurseinbrüchen an den Aktienmärkten oder einer anhaltenden Talfahrt des Dollar ausgingen, halten wir nicht für sinnvoll, weil man über die auslösenden Momente hinter solchen Kursverlusten und die möglichen Reaktionen der Konsumenten und Investoren auf krisenhafte Zuspitzungen der Entwicklung allenfalls spekulieren könnte. Der Aussagewert derartiger Rechnungen wäre sehr gering. Aus diesen Gründen sehen wir keinen Anlaß, unserer Status-quo-Prognose Alternativprognosen hinzuzufügen.

II. Die Annahmen der Prognose

187. Die Geschehnisse an den Aktien- und Devisenmärkten erschweren die Prognose. Es herrscht bei vielen Unsicherheit darüber, wie es dort weitergehen wird, in welche Richtung sich Aktienkurse und Dollarkurs bewegen werden. Es ist schwierig abzuschätzen, wie die Konsumenten und Investoren und schließlich auch die Wirtschaftspolitik in der derzeitigen Situation reagieren werden. Es gibt bislang keine volle Klarheit darüber, wie die in den letzten Wochen eingetretenen Kursverluste bei Aktien und beim Dollar auf die Güter- und Faktormärkte durchwirken. Zwar teilen wir die verbreitete Einschätzung, daß per saldo die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der Welt im kommenden Jahr gedämpft wird, aber wir haben keine Anhaltspunkte dafür, daß diese Effekte stark sein werden. Wir analysieren im folgenden zunächst die wichtigsten Wirkungsketten, über die Güter- und Faktormärkte sowie Finanzmärkte wechselseitig verknüpft sind, und wir versuchen, die Reaktionen abzuschätzen. Wohlgemerkt: Es geht bei alledem darum, plausible Grundlagen für die Prognose zu finden.

Zu den Wirkungen des Kurssturzes an den Aktien- und Devisenmärkten

188. Der Sturz der Aktienkurse hat die weltwirtschaftliche Lage verändert. Was besonders zu Buche schlägt, ist die Verunsicherung der Wirtschaftssubjekte; Instabilitäten auf den Märkten wirken sich in Attentismus aus. Da rezessive Folgen erwartet werden, hat die Aktienbaisse auch zu einer Neueinschätzung der Gewinnchancen der Unternehmungen in den einzelnen Ländern geführt. Inwieweit dies bereits internationale Verlagerungen des Finanzkapitals und entsprechende Wechselkursänderungen bewirkt hat, ist unklar. Jedenfalls stellt ein Dollarkursfall, soweit er aus diesem Grund eingetreten ist oder noch eintreten wird, viele Länder, so auch die Bundesrepublik Deutschland, vor schwierige Probleme (Ziffern 267 ff.).

189. Der Kursverfall an den Aktienmärkten berührt zunächst einmal die Dispositionen der privaten Haushalte. Nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich war im Jahre 1985 der Anteil der Aktien am Geldvermögen der privaten Haushalte, zu Tageskursen bewertet, in den Vereinigten Staaten mit 18 vH dreimal so hoch wie in der Bundesrepublik; Japan nahm mit 12 vH eine Mittelposition ein. Ein Kursverfall bei Aktien bringt also den privaten Haushalten unmittelbar einen Vermögensverlust. Soweit sie ihren Vermögensstatus an den Höchstkursen bewertet haben, müssen sie sich nun ärmer fühlen. Ein Teil der privaten Haushalte ist aber noch auf andere Weise betroffen. In einigen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Japan, haben Pensionsfonds hohe Anlagen in Aktien. Den Versicherten könnte nun eine Abwertung ihrer Pensionsansprüche drohen. Sie müßten dann entweder ihre Einkommenserwartungen für das Alter reduzieren oder, wenn sie die Verluste wieder wettmachen wollen, in Zukunft mehr sparen. Alles in allem ist damit zu rechnen, daß es zu Einschränkungen bei den Konsumausgaben kommt, verglichen mit dem, was sonst zu erwarten gewesen wäre. Die Frage ist, wie hoch der Nachfrageausfall zu veranschlagen ist und ob er überhaupt groß ist.

Auch wenn eine Quantifizierung sehr unsicher ist, hat man wohl davon auszugehen, daß die konsumdämpfenden Effekte im Falle der Vereinigten Staaten nicht unbedeutend sind. Die OECD hat sie unlängst auf etwa 1 vH des privaten Verbrauchs veranschlagt. Wir meinen, daß diese Annahme nicht unplausibel ist. Für die meisten anderen Länder sind die Effekte deutlich geringer einzuschätzen, in einigen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, dürften sie ziemlich klein sein. Nirgendwo sehen wir eine Gefahr, daß im kommenden Jahr vom privaten Verbrauch rezessive Tendenzen ausgehen könnten, auch nicht in den Vereinigten Staaten.

190. Der Aktienkursverfall wirkt sich auch unmittelbar auf die Investitionsneigung der Unternehmen aus. Die Aktienmärkte sind nun weniger ergiebig. Damit haben sich die Bedingungen verschlechtert, zu denen sich Unternehmen an der Börse mit vollhaftendem Eigenkapital versorgen können; für börsennotierte Gesellschaften, die ihr Aktienkapital aufstocken wollen, und vor allem für solche Unternehmen, die eine Börseneinführung anstreben. Den Firmen, die — soweit rechtlich zulässig — ihre eigenen Aktien aufgekauft hatten, fehlen nun möglicherweise die Mittel, um Sachinvestitionen zu finanzieren. Schließlich ist davon auszugehen, daß die Banken die Risiken bei der Kreditvergabe künftig stärker gewichten. Vor allem für junge und für kleine Unternehmen wird die Außenfinanzierung schwieriger.

Welche Bedeutung das Finanzierungsargument hat, ist schwer abzuschätzen. Wir neigen dazu, es nicht allzuhoch zu veranschlagen. Es gibt nämlich auch einen bedeutenden Gegenposten. Dieser ist darin zu sehen, daß die Zinsen inzwischen deutlich gesunken sind, auch deshalb, weil viele Anleger von Aktien auf festverzinsliche Wertpapiere umgestiegen sind. Daß es überhaupt dazu kommen konnte, ist ein starkes Indiz für die nach wie vor vorhandene Bereitschaft bei den Kapitalanlegern, sich in langfristigen Anlagen zu engagieren.

191. Schwerer wiegt vermutlich das Argument, daß viele verunsichert worden sind und nicht recht wissen, wie sie auf die Geschehnisse an den Börsen reagieren sollen. Manche Ausgabenplanungen, die vor dem Börsenkrach vorgenommen wurden, werden sicher revidiert werden. Es ist dabei gar nicht entscheidend, ob die Pläne für alle Zeiten verworfen werden oder ihre Durchführung nur zurückgestellt wird. Kurzfristig läuft beides darauf hinaus, daß Nachfrage ausfällt.

Die mittelbaren Effekte sind noch schwerer abzuschätzen als die unmittelbaren; für eine Quantifizierung gibt es praktisch keine Anhaltspunkte. Das Urteil kann auch nicht unabhängig von den weiteren Entwicklungen an den Finanzmärkten getroffen werden. Die Effekte wären vermutlich klein, wenn dort bald wieder Ruhe einkehrte. Anders wäre es, wenn es zu neuen Turbulenzen käme. Dann müßte man wohl

die Konjunkturerwartungen merklich nach unten korrigieren.

192. Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ließen sich die Effekte des Kurssturzes an den Aktienmärkten wenigstens geographisch einigermaßen lokalisieren. Danach müßten sich die Auswirkungen vor allem in den Vereinigten Staaten zeigen, weniger in den europäischen Ländern. Ein solcher Schluß ist voreilig. Die enge internatinale Verflechtung der Märkte führt dazu, daß sich die konjunkturdämpfenden Wirkungen rasch von einem Land zum anderen übertragen — und möglicherweise verstärken. Auch Länder, in denen (wie etwa in Japan) der Kursverfall bei Aktien weit weniger ausgeprägt war als beispielsweise in den Vereinigten Staaten, sind von der Baisse in hohem Maße berührt. Sie müssen mit den Folgen des niedrigen Dollarkurses fertig werden. Aus diesem Grund ist es beispielsweise wenig sinnvoll, allein etwa aus den unterschiedlichen Kursverlusten in New York, Tokio, London oder Frankfurt, auf die Größe der Belastungsunterschiede zu schließen. Es müssen vielmehr die Gesamtwirkungen ins Bild gerückt werden, wie sie sich aus dem Zusammenspiel von Wertpapierkursen, Zinssätzen und Wechselkursen ergeben.

193. Nach Schätzungen der OECD sind die gesamten konjunkturdämpfenden Wirkungen für die westlichen Industrieländer auf etwa einen halben Prozentpunkt des Sozialproduktzuwachses zu veranschlagen. Die Effekte sind also nicht so klein, daß man sie vernachlässigen könnte, aber sie sind auch nicht so groß, daß sie die Weltwirtschaft im nächsten Jahr vom Expansionspfad abbringen werden. Für die Vereinigten Staaten wird im kommenden Jahr mit einer Verlangsamung des Expansionstempos um einen halben Prozentpunkt gerechnet, für Japan und die Bundesrepublik mit etwas weniger (etwa einen viertel Prozentpunkt).

194. Weder die Höhe der Belastungen noch deren Verteilung zwischen den einzelnen Ländern und innerhalb der Länder zwischen Unternehmen und privaten Haushalten sind indes vorgegeben. Beides hängt entscheidend davon ab, welche Lösungen die Wirtschaftspolitik zur Beruhigung der Märkte finden wird. Denn dies hat Rückwirkungen auf das Wechselkurs- und das Zinsgefüge. Ein höherer oder ein niedrigerer Dollarkurs verschiebt die Anpassungslasten zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und Japan sowie den westeuropäischen Industrieländern auf der anderen Seite. Schon für die kurze Frist lassen sich die Effekte nur schwer quantifizieren. Wie sich längerfristig als Ergebnis einer Umlenkung der Güter- und Kapitalströme die Lasten verteilen, vermag heute niemand zu sagen.

Zu den Annahmen über den Kurs der Wirtschaftspolitik

195. Die Unsicherheit über den künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik zwingt uns, mit einer Reihe von Annahmen zu arbeiten. Unsere Prognose ist also — stärker noch als sonst — an bestimmte Bedingungen geknüpft, von denen wir nicht wissen, ob sie zutreffen werden. Das mindert nicht den Aussagewert. Die grundlegenden Probleme, die in der Prognose aufgezeigt werden, ändern sich nicht dadurch, daß die eine oder andere Annahme revidiert werden müßte.

Im einzelnen nehmen wir für den Kurs der Wirtschaftspolitik in den großen Industrieländern folgendes an:

- Der Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten gelingt ein entscheidender Schritt zur Konsolidierung des Budgets, der die internationalen Finanzmärkte beeindruckt und den Dollar stützen wird. In den meisten anderen Industrieländern ist die Finanzpolitik hingegen in konjunktureller Hinsicht wie schon bisher auf verhaltenem Expansionskurs, so auch in der Bundesrepublik.
- Die Geldpolitik wird etwas weniger expansiv geführt als in diesem Jahr. Sie unterläßt aber alles, was den Konsolidierungsprozeß an den internationalen Finanzmärkten stören könnte. Ein nennenswerter Zinsanstieg stellt sich nicht ein. Größere Veränderungen bei den realen Wechselkursen, so unsere Annahme, wird es nicht geben. Eine Anpassung der Leitkurse im EWS ist damit nicht ausgeschlossen. Der Kurs des Dollar wird sich — im Durchschnitt des gesamten Prognosezeitraums — etwa auf dem Mitte November 1987 erreichten Niveau von 1,70 DM bewegen.

Alles in allem unterstellen wir einen Kurs der Wirtschaftspolitik, der — nicht ohne Aussicht auf Erfolg — einen Abbau der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zum Ziel hat.

196. Zu den Annahmen der Prognose gehört auch eine Setzung für den Ölpreis. Wir gehen davon aus, daß es im kommenden Jahr zu keinen gravierenden Störungen auf den Märkten und damit auch zu keinen nennenswerten Veränderungen im Verhältnis von Angebot und Nachfrage kommt. So erscheint die Annahme eines unveränderten Preises von etwa 18 Dollar für das Barrel Öl als plausibel.

197. Im folgenden beschreiben wir zunächst die wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 1988, wie sie sich uns aus heutiger Sicht darstellt. Die Grundannahme der Prognose ist, daß es der Wirtschaftspolitik gelingt, wieder Vertrauen zu schaffen und den Märkten die notwendige Orientierung zu geben. Unter diesen Voraussetzungen würde sich der Dollarkurs rasch stabilisieren, und das würde auch zur Beruhigung der Aktienmärkte beitragen.

In den letzten beiden Jahren hat sich gezeigt, wie sehr die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik von der Entwicklung in anderen Ländern abhängt. Daß die deutsche Wirtschaft die Stockungsphase überwinden konnte, hing auch damit zusammen, daß sich beim Export der Wind wieder drehte. Wir gehen deshalb zunächst der Frage nach, wie sich die Konjunktur in den Partnerländern entwickeln wird — wo sie weiter aufwärts gerichtet bleibt und wo sie möglicherweise nach unten neigt.

III. Die Weltkonjunktur im Jahre 1988

198. Die Weltwirtschaft wird auch im nächsten Jahr expandieren; das Tempo bleibt freilich, wie schon in diesem Jahr, verhalten.

Die Unterschiede bei den Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und Japan auf der einen und den meisten westeuropäischen Ländern auf der anderen Seite, werden erhalten bleiben. Der Abbau der großen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen, der durch den starken Dollarkursverfall eingeleitet wurde, kommt nur langsam voran.

199. Selbst wenn sich, wie wir es angenommen haben, die Turbulenzen an den Finanzmärkten und Devisenmärkten nicht ins nächste Jahr fortsetzen, so belasten doch die internationale Verschuldungskrise und der zunehmende Protektionismus weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt. Man braucht zwar nicht damit zu rechnen, daß sich die Probleme im nächsten Jahr verschärfen, aber es ist auch keine Besserung in Sicht, von der insbesondere die Entwicklungsländer Vorteile hätten. Es ist daher für diese Länder insgesamt nur mit einer verhaltenen Aufwärtsentwicklung zu rechnen; bei einigen Ländern, die auf weitere Kredite angewiesen sind, ist auch das nicht einmal sicher.

200. Bei Rohstoffpreisen, die sich inzwischen auf dem erhöhten Niveau von 1986 stabilisiert haben, und bei einer Rohstoffnachfrage in der Welt, die, nachdem die Lager aufgefüllt sind, nur noch mit dem Verbrauch ansteigt, nehmen die Exporterlöse der rohstoffproduzierenden Länder abermals leicht zu. Diese Länder werden, nachdem sie zwei Jahre hintereinander steigende Einnahmen erzielten, ihre Importe erhöhen. Insbesondere werden die Käufe der Staaten der OPEC nicht mehr wie in den letzten Jahren zurückgehen, sondern wieder zunehmen; dies zeichnet sich bereits seit einigen Monaten ab. Im Gefolge von weiteren Liberalisierungsfortschritten, vor allem innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, gewinnt der Handel in Europa weiter an Kraft. Gleichwohl wird der Welthandel das Expansionstempo, das er in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit etwa 6½ vH vorlegte, im kommenden Jahr nicht halten können. Wir rechnen für den Verlauf im Jahre 1988 nur noch mit einer Zuwachsrate von 3 vH bis 3½ vH.

201. Das Wachstumstempo in den westlichen Industrieländern insgesamt wird sich 1988 gegenüber 1987 etwas verlangsamen. Wir veranschlagen den Zuwachs bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf knapp 2 vH, etwa einen halben Prozentpunkt niedriger als im Jahre 1987 (Tabelle 23). Dieser Tempoverlust ist auch auf die in der Ziffer 23 beschriebenen Auswirkungen des Börsenkrachs, die dadurch ausgelösten Kapitalverlagerungen und Wechselkursbewegungen zurückzuführen. Die Zunahme der Beschäftigung wird sich zwar fortsetzen, da aber auch das Arbeitsangebot erneut wächst, dürfte die Arbeitslosigkeit unverändert hoch bleiben. Der Preisauftrieb wird sich wieder beschleunigen; bei den Verbraucherpreisen rechnen wir für den Durchschnitt aller Industrieländer mit einer Jahresrate von 4 vH.

202. In den **Vereinigten Staaten** kommen die Auftriebskräfte, wie schon in diesem Jahr, vor allem von einer bedeutenden Ausweitung der Exporte. Bei nochmals etwas niedrigerem Außenwert des Dollar wird die Nachfrage nach Einfuhrgütern dagegen nur leicht zunehmen. Das Defizit in der Leistungsbilanz wird sich etwas verringern, es bleibt gleichwohl unbefriedigend hoch. Allgemein wird wegen des Kurssturzes bei Aktien mit einem Ausfall von Nachfrage gerechnet. Sollten sich rezessive Tendenzen ergeben, so wird die Geldpolitik bestrebt sein, diesen entgegenzuwirken. Im ganzen dürfte sich die Expansion der Binnennachfrage weiter abschwächen; wir veranschlagen die Zuwachsrate nur noch auf 1½ vH. Höhere Steigerungsraten beim Export und geringere beim Import gleichen das aber wieder aus. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird mit 2½ vH nicht wesentlich geringer ausfallen als in diesem Jahr. Bei reichlicher Liquiditätsversorgung, partiellen Verknappungen am Arbeitsmarkt und verteuerten Importen werden die Verbraucherpreise wieder etwas schneller steigen; wir rechnen mit einer Rate von 4½ vH nach 4 vH in diesem Jahr.

203. Obgleich das Expansionstempo etwas nachlassen wird, bleibt die Wirtschaft **Japans** auf einem vergleichsweise steilen Wachstumspfad. Die Binnennachfrage wird aber auch im kommenden Jahr das einzige dynamische Element sein. Eine erneute Steigerung der Warenexporte, wie sie noch vor kurzem zu erwarten war, ist bei der hohen Abhängigkeit von der amerikanischen Verbrauchskonjunktur eher unwahrscheinlich. Die Impulse werden vor allem von den Investitionen kommen, vom Wohnungsbau und vom gewerblichen Bau. Der private Verbrauch wird zwar etwas langsamer, aber gleichwohl kräftig zunehmen. Positiv wirkt, daß durch die Einkommensteuerreform die Belastung der Arbeitseinkommen gesenkt wird, während gleichzeitig Erträge aus Finanzanlagen der Besteuerung unterworfen werden, was das Sparen weniger attraktiv macht. Ein Abzugsposten ist dagegen die höhere Sparneigung aufgrund der Vermögensverluste der Aktienbesitzer. Verschiedene Untersuchungen, die noch vor den Kurseinbrüchen an den Finanzmärkten gemacht wurden, hatten ergeben, daß die Haushalte ihre Konsumneigung erhöhten, weil sie sich reicher fühlten und das Sparen an Dringlichkeit verlor. Konsumdämpfend wirkt schließlich auch, daß die Verbraucherpreise wieder stärker steigen werden, ein Teil des Einkommenszuwachses also davon aufgezehrt wird.

204. In den westeuropäischen Ländern dürfte die Binnennachfrage abermals an Schwung verlieren, obwohl es hier im ganzen vergleichsweise geringe Vermögensverluste durch den Aktienkurssturz gegeben hat. Impulse für die Konjunktur gehen in den meisten europäischen Ländern vor allem von der Finanzpolitik aus. Höhere Lohnsteigerungen stärken zwar den privaten Verbrauch, dämpfen aber die Investitionen, vor allem Erweiterungsinvestitionen. Rationalisierung und Modernisierung werden die dominanten Investitionsmotive bleiben. Der internationale Handel wird

weiter zunehmen, vor allem der Handel zwischen den westeuropäischen Ländern. Die Wettbewerbsposition der Unternehmen gegenüber Konkurrenten aus dem Dollarraum hat sich aufgrund der jüngsten Wechselkursveränderungen nochmals etwas verschlechtert.

Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion um etwas mehr als 1½ vH zunehmen, deutlich weniger stark als in diesem Jahr. Bei nur noch leichter Ausweitung der Beschäftigung wird die Arbeitslosigkeit etwas steigen; sie dürfte im Durchschnitt 11 vH betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist — bei leicht steigender Tendenz — mit 4 vH zu veranschlagen.

205. Die volle Integration von **Spanien** in die EG wird diesem Land auch im Jahre 1988 wesentliche Entwicklungsimpulse geben. Mit fast 3½ vH wird hier wiederum die höchste Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Europa zu verzeichnen sein. Allerdings wird die Verschärfung im Tarifkonflikt, die sich in diesem Jahr abzeichnete, den Aufbau weiterer Sachkapazitäten, welche für die Verminderung der enorm hohen Arbeitslosigkeit dringend benötigt werden, dämpfen.

Großbritannien wird — wie Spanien — im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern weiterhin eine überdurchschnittliche Wachstumsrate aufweisen, wenngleich sie mit reichlich 2½ vH 1988 niedriger sein wird als in diesem Jahr. Der Schwung der Investitionstätigkeit wird auch im nächsten Jahr erhalten bleiben, insbesondere weil mehr für Wohnungsneubauten und Wohnungsmodernisierung ausgegeben wird und weil der Staat seine Investitionen kaum noch einschränkt. Rentabilitätsmindernd wirken freilich die weiterhin hohen Lohnsteigerungen, die wegen der mittlerweile in Großbritannien erreichten Vollauslastung der Produktionskapazitäten nicht mehr durch auslastungsbedingte Produktivitätszuwächse aufge-

Tabelle 23

Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in westlichen Industrieländern

Land	Anteil am Bruttoinlandsprodukt[1] der OECD-Länder	Anteil am Export der Bundesrepublik Deutschland	Bruttoinlandsprodukt (real)[2][3]		Verbraucherpreise[3][4]	
	1986		1987	1988	1987	1988
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Bundesrepublik Deutschland	8,4	×	+1½	+1½	+1	+1½
Frankreich	6,7	11,8	+1½	+1½	+3	+3
Großbritannien	5,1	8,5	+4	+2½	+3	+4½
Italien	5,6	8,1	+3	+2	+4½	+5½
Niederlande	1,6	8,6	+1½	+1½	− ½	+ ½
Belgien	1,1	7,1	+1½	+1½	+2	+2½
Schweiz	1,3	5,9	+1½	+1½	+1½	+2
Österreich	0,9	5,3	+1	+1½	+2	+2½
Schweden	1,2	2,8	+2½	+2	+4½	+5
Norwegen	0,6	1,3	+2	+½	+8½	+6
Dänemark	0,8	2,3	−1	−1	+3½	+3½
Spanien	2,1	2,3	+4½	+3½	+5	+4½
Europa[5][6]	37,6	68,1	+2	+1½	+3½	+4
Europäische Gemeinschaft[5]	32,3	50,8	+2	+2	+3	+3½
Vereinigte Staaten	38,9	10,5	+3	+2½	+4	+4½
Japan	18,3	1,7	+3½	+3	+½	+2
Kanada	3,4	1,0	+3½	+3	+4½	+4½
Alle Länder[5]	98,2	81,2	+2½	+2	+3½	+4

[1] In jeweiligen Preisen und Wechselkursen.
[2] Für Bundesrepublik Deutschland, Vereinigte Staaten, Japan und Kanada: Bruttosozialprodukt.
[3] Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler Organisationen.
[4] Deflator des privaten Verbrauchs.
[5] Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder des Jahres 1986.
[6] Europäische OECD-Länder.

fangen werden können. Hier liegt eine wesentliche Ursache dafür, daß sich die Exporte wiederum schwach entwickeln werden und daß die Importnachfrage trotz der Wachstumsabschwächung immer noch hoch bleiben wird. Die Verbraucherpreise werden im Jahresdurchschnitt mit einer Rate von über 4½ vH ansteigen, und eine weitere Inflationsbeschleunigung ist angelegt.

In **Italien** wird die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von knapp 3 vH auf etwa 2 vH sinken. Damit werden sich 1988 in Produktion und Beschäftigung deutlich die negativen Nachfragewirkungen niederschlagen, die aus der Mitte 1987 eingeleiteten — freilich längst überfälligen — Haushaltskonsolidierung und den Außenhandelsproblemen resultieren. Gleichwohl wird der Preisauftrieb auf 5½ vH zunehmen, und die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit wird weiter steigen.

Frankreich, das nach der Bundesrepublik mit fast 18 vH den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt Europas aufweist, wird seine Produktionsleistung wie im aktuellen Jahr um knapp 1½ vH steigern. Dabei kommt es im Verlauf von 1988 zu einer leichten Wachstumsbeschleunigung. Zwar wird die Politik der Haushaltskonsolidierung im nächsten Jahr fortgesetzt, aber die Verbesserung der Rahmenbedingungen während der letzten Jahre wird die private Investitionstätigkeit stabil halten. Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen wird — nach dem schwachen Jahr 1987 — wieder leicht zunehmen. Der Verbraucherpreisanstieg wird sich nur beschleunigen, falls es zu einer deutlichen Abwertung des Französischen Franc im Europäischen Währungssystem kommen sollte.

IV. Die Entwicklung der Binnenkonjunktur im Jahre 1988

206. Die jüngsten Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten zwingen uns, die bisherigen Erwartungen für das kommende Jahr etwas zurückzunehmen, aber sie geben uns keinen Anlaß, unser Gesamturteil zu korrigieren. Wir bleiben dabei: Die Aussichten, daß sich die deutsche Wirtschaft auch im sechsten Jahr auf einem, wenngleich flachen Expansionspfad bewegen wird, sind — trotz Börsenkrach und Dollarkursverfall — gut. Wir sehen weiterhin Auftriebskräfte im Inland, beim privaten Verbrauch sowie mit Einschränkungen bei den Investitionen, und wir rechnen mit einem steigenden Export. Die Basis für die Aufwärtsentwicklung wird also wieder etwas breiter; Binnennachfrage und Exportnachfrage stützen sich wechselseitig. Die Preise dürften zwar etwas rascher steigen als in diesem Jahr, die Gefahr, daß die Inflation schon 1988 wieder aufflackern könnte, halten wir aber für gering. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, und dies trübt das Bild, wird weiter unbefriedigend bleiben. Die Anzahl der Beschäftigten wird nur noch wenig zunehmen, die Arbeitslosigkeit wird, wie schon in diesem Jahr, leicht steigen.

207. Dreh- und Angelpunkt der Prognose ist in diesem Jahr, wie man unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen die Absatzchancen deutscher Unternehmen auf den internationalen Märkten einschätzt. Wir meinen, daß es gute Gründe gibt für eine zuversichtliche Bewertung. Der Export hat sich als erstaunlich robust gegenüber den starken Wechselkursveränderungen erwiesen; die Schwächephase, die der Kursverfall des Dollar im Verlauf des Jahres 1986 verursacht hatte, wurde überraschend schnell und gut überwunden. Die Mehrzahl der im Export tätigen Unternehmen vermochte auch noch bei einem deutlich niedrigeren Dollarkurs dem wachsenden Druck der ausländischen Konkurrenz standzuhalten, wenngleich es verschiedentlich zu Einbußen gekommen ist, bei den verkauften Mengen und noch mehr bei den erzielten Preisen. Ausschlaggebend war, daß man erneut die besonderen Stärken zur Geltung bringen konnte, die den deutschen Export auszeichnen — das qualitativ hochwertige Gütersortiment, die große Lieferpünktlichkeit, der zuverlässige Kundendienst und schließlich eine geschickte Spezialisierung auf Marktsegmente, in denen ausländische Anbieter vergleichsweise schwach vertreten sind.

Umfragen bei den im Exportgeschäft tätigen Unternehmen, wie die Erhebung des Deutschen Industrie- und Handelstages, die im Spätsommer 1987, also noch vor dem Börsenkrach und dem neuerlichen Dollarkursverfall, durchgeführt wurde, mögen heute revisionsbedürftig sein. Dennoch sind sie bemerkenswert. Aus ihnen spricht ein erstaunliches Maß an Vertrauen in die eigene Leistungskraft. Das drückte sich unter anderem darin aus, daß man die Erwartungen, die man für sich selbst hatte, über die der Branche stellte. Die meisten Unternehmen rechneten deshalb bis vor kurzem mit einem Fortgang des wieder deutlich verbesserten Exportgeschäfts.

208. Einen ersten Anhaltspunkt, wie die Exportaussichten deutscher Unternehmen derzeit einzuschätzen sind, gibt die Rate, mit der die Auslandsmärkte aller Voraussicht nach im nächsten Jahr expandieren werden. Nach den Prognosen verschiedener internationaler Organisationen, die den Börsenkrach und seine vermutlichen Folgen teilweise bereits berücksichtigen, läßt sich diese Rate für den Verlauf des Jahres 1988 auf 3½ vH veranschlagen. Es gibt also von daher keinerlei Grund zur Skepsis. Dennoch wäre es vermessen, davon auszugehen, die Unternehmen könnten auch die neuen Belastungen ohne weiteres verkraften. Für viele dürfte beim augenblicklichen Dollarkurs die „Schmerzgrenze" unterschritten sein. Denn bislang sind vermutlich noch Absatzmärkte gehalten worden, auf denen nichts mehr zu verdienen war oder auf denen man sogar Geld zusetzte. Unternehmen werden sich also aus hart umkämpften Märkten zurückziehen, und sei es nur vorübergehend. Dies läßt erwarten, daß sich im kommenden Jahr die Absatzchancen deutscher Unternehmen nicht im gleichen Maße verbessern werden, wie die Importe der Abnehmerländer wachsen. Wir haben dem Rechnung getragen und bei unserer Exportschätzung einen deutlichen Abschlag für mögliche Marktanteilsverluste gemacht. Für das gesamte Exportvolumen (Waren und Dienste) rechnen wir daher nur mit einer Zuwachsrate von 2 vH im Verlauf und von reichlich 2½ vH im Durchschnitt des Jahres 1988 (Tabelle 24).

Tabelle 24

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1987

Absolute Werte

	Einheit	1986	1987	1988	1987		1988	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
In jeweiligen Preisen:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	1 081,9	1 119,0	1 167,5	535,5	583,5	558,5	609,0
Staatsverbrauch	Mrd DM	381,7	398,0	413,5	183,5	214,5	191,0	223,0
Anlageinvestitionen	Mrd DM	376,8	386,5	400,0	172,9	213,5	178,0	221,5
Ausrüstungen	Mrd DM	161,4	168,5	174,5	76,9	92,0	78,5	96,0
Bauten	Mrd DM	215,4	218,0	225,5	96,1	122,0	99,5	126,0
Vorratsveränderung	Mrd DM	− 2,9	+ 8,0	+ 5,0	+22,4	−14,5	+19,0	−14,0
Außenbeitrag	Mrd DM	+110,6	+108,5	+101,5	+53,7	+54,5	+50,0	+51,5
Ausfuhr	Mrd DM	639,8	633,0	657,5	309,7	323,0	322,5	335,5
Einfuhr	Mrd DM	529,2	524,5	556,0	256,0	268,5	272,5	284,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 948,0	2 020,0	2 087,5	968,1	1 052,0	996,0	1 091,0
In Preisen von 1980:								
Privater Verbrauch	Mrd DM	904,5	927,5	952,5	445,7	481,5	458,5	494,5
Staatsverbrauch	Mrd DM	322,4	328,5	333,5	159,1	169,5	162,0	171,5
Anlageinvestitionen	Mrd DM	324,9	329,0	333,5	147,5	181,5	149,5	184,5
Ausrüstungen	Mrd DM	135,9	141,5	144,0	64,6	76,5	65,5	79,0
Bauten	Mrd DM	189,0	187,5	189,5	82,9	105,0	84,0	105,5
Ausfuhr	Mrd DM	547,2	547,0	562,0	268,1	279,0	276,5	285,5
Einfuhr	Mrd DM	481,7	499,5	519,5	245,0	254,5	256,5	263,0
Bruttosozialprodukt	Mrd DM	1 617,7	1 641,5	1 667,5	795,2	846,5	808,0	859,5
Realwert des Bruttosozialprodukts [1]	Mrd DM	1 645,6	1 684,0	1 708,0	817,5	867,0	829,5	878,5
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1980 = 100	119,6	120,5	122,5	120,2	121,0	122,0	123,0
Bruttosozialprodukt	1980 = 100	120,4	123,0	125,0	121,7	124,5	123,5	127,0
Letzte inländische Verwendung	1980 = 100	118,4	120,0	122,0	118,4	121,5	120,0	124,0
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	1 000	25 702	25 860	25 925	25 688	26 035	25 755	26 095
Arbeitszeit [2]	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	Mrd DM	1 608,5	1 631,5	1 657,5	791,3	840,0	803,5	853,5
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd DM	1 040,6	1 080,5	1 123,5	507,0	573,5	529,5	594,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	472,0	489,5	499,5	240,6	249,0	239,5	260,0
Volkseinkommen	Mrd DM	1 512,7	1 570,0	1 623,0	747,6	822,5	769,0	853,5
Reales Volkseinkommen [1]	Mrd DM	1 277,8	1 309,0	1 328,0	631,3	678,0	640,5	687,0
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit [3]	Mrd DM	564,5	579,0	601,5	274,7	304,0	286,5	315,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Mrd DM	398,9	418,5	426,0	208,1	210,5	205,5	220,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [4]	Mrd DM	1 230,9	1 273,5	1 328,0	613,4	660,0	639,0	689,0

[1] Bruttosozialprodukt und Volkseinkommen in jeweiligen Preisen, deflationiert mit dem Preisindex der letzten inländischen Verwendung (1980 = 100).
[2] Einschließlich Veränderung der Arbeitstage.

Tabelle 24

schaftlichen Gesamtrechnungen
und Vorausschau auf das Jahr 1988

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1986	1987	1988	1987		1988	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
In jeweiligen Preisen:							
Privater Verbrauch	+ 3,8	+3½	+4½	+2,6	+4	+4½	+4½
Staatsverbrauch	+ 4,4	+4½	+4	+4,0	+4½	+4	+4
Anlageinvestitionen	+ 4,4	+2½	+3½	+1,4	+3½	+3	+3½
Ausrüstungen	+ 4,9	+4½	+3½	+3,5	+5½	+2½	+4½
Bauten	+ 4,1	+1	+3½	−0,2	+2½	+3½	+3
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	− 1,6	−1	+4	−2,9	+ ½	+4	+4
Einfuhr	− 7,6	−1	+6	−5,0	+3½	+6½	+5½
Bruttosozialprodukt	+ 5,6	+3½	+3½	+4,4	+3	+3	+4
In Preisen von 1980:							
Privater Verbrauch	+ 4,3	+2½	+2½	+2,4	+2½	+3	+2½
Staatsverbrauch	+ 2,3	+2	+1½	+1,8	+2	+1½	+1½
Anlageinvestitionen	+ 3,1	+1½	+1½	+0,2	+2	+1½	+1½
Ausrüstungen	+ 4,1	+4	+2	+3,2	+4½	+1	+2½
Bauten	+ 2,4	− ½	+1	−2,1	+ ½	+1½	+ ½
Ausfuhr	− 0,2	0	+2½	−1,3	+1	+3	+2½
Einfuhr	+ 3,5	+3½	+4	+3,1	+4	+5	+3½
Bruttosozialprodukt	+ 2,5	+1½	+1½	+1,5	+1½	+1½	+1½
Realwert des Bruttosozialprodukts[1])	+ 5,4	+2½	+1½	+3,3	+1½	+1½	+1½
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	− 0,5	+1	+1½	+0,2	+1½	+1½	+2
Bruttosozialprodukt	+ 3,1	+2	+1½	+2,8	+1½	+1½	+2
Letzte inländische Verwendung	+ 0,2	+1½	+2	+1,1	+1½	+1½	+2½
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige (Inland)	+ 1,0	+ ½	+ ½	+0,8	+ ½	+ ½	0
Arbeitszeit[2])	− 0,9	−1	−1	−1,1	−1	− ½	−1
Arbeitsvolumen	+ 0,1	− ½	− ½	−0,3	− ½	0	−1
Produktivität	+ 2,6	+2	+2	+1,8	+2	+2	+2½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	+ 2,6	+1½	+1½	+1,5	+1½	+1½	+1½
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+ 5,0	+4	+4	+3,9	+4	+4½	+3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 9,8	+3½	+2	+6,7	+1	− ½	+4½
Volkseinkommen	+ 6,5	+4	+3½	+4,7	+3	+3	+4
Reales Volkseinkommen[1])	+ 6,2	+2½	+1½	+3,6	+1½	+1½	+1½
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit[3])	+ 5,3	+2½	+4	+2,7	+2½	+4½	+3½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+11,3	+5	+1½	+9,6	+ ½	−1	+4½
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte[4])	+ 4,6	+3½	+4½	+3,3	+3½	+4	+4½

[3]) Nettolohn- und -gehaltssumme.
[4]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

209. Unsere Exportprognose basiert auf der Annahme, daß der Dollarkurs nicht weiter sinkt; es bleibt also ein nicht unbeträchtliches Schätzrisiko. Man sollte aber sehen, daß für die deutschen Unternehmen die Exporte in den Dollarraum keinesfalls eine dominierende Rolle spielen, jedenfalls im ganzen gesehen. Es erweist sich derzeit als Vorteil, daß die Absatzmärkte regional breit gestreut sind und daß die wichtigsten davon in den westeuropäischen Ländern liegen, namentlich in den Ländern, die zum europäischen Wechselkursverbund gehören. Diese Märkte wachsen zwar im ganzen langsamer als die Märkte im Dollarraum — und insbesondere langsamer als die Märkte der asiatischen Schwellenländer, die ihre Währungen überwiegend an den Dollar gekoppelt haben —, aber sie bieten dafür ein höheres Maß an Wechselkursstabilität. Vielen Unternehmen verschafft das in der augenblicklichen Situation mehr Planungssicherheit. Zwar kommt es auch im EWS von Zeit zu Zeit zu Veränderungen der Paritäten, doch erwarten wir davon im großen und ganzen nur den Ausgleich von Inflationsunterschieden, so daß die realen Wechselkurse sich nur wenig verändern werden.

210. Auch wenn der Export im kommenden Jahr der Konjunktur Impulse geben wird: Die Auftriebskräfte müssen unter den gegenwärtigen Bedingungen mehr von innen als von außen kommen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Investitionen.

Die Investitionstätigkeit ist im Jahre 1987 merklich hinter den Erwartungen zurückgeblieben, auch hinter dem, was sich die Unternehmen selbst vorgenommen hatten. Viele Investoren sind offensichtlich durch die starken Wechselkursschwankungen verunsichert worden. Geplante Investitionsvorhaben wurden gestrichen oder zurückgestellt. Einiges davon ist in den letzten Monaten nachgeholt worden, als sich der wirtschaftliche Horizont wieder aufhellte. Inzwischen sind aber neue Belastungen auf die Unternehmen zugekommen. Die Ungewißheit über die künftigen Marktchancen ist dadurch wieder größer geworden.

211. Erhebungen bei Unternehmen über ihre Investitionsabsichten für das nächste Jahr, die vor dem Börsenkrach vorgenommen wurden, vermittelten schon damals den Eindruck, daß es der Investitionskonjunktur zur Zeit an rechtem Schwung fehlt. Legt man den Investitionstest des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zugrunde, dann ist der Anteil der Unternehmen, die ihre Investitionsausgaben steigern wollen, gegenüber dem Stand vom Vorjahr kleiner geworden; er ist nicht mehr größer als der Anteil der Unternehmen, die eine Kürzung vorsehen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Erwartungen im Spätsommer 1986 noch recht optimistisch waren. Sie wurden schon kurze Zeit später kräftig nach unten revidiert. Verglichen mit den niedrigeren Planungen vom Frühjahr 1987 signalisieren die jüngsten Daten im ganzen eine weitere Zunahme der Investitionstätigkeit, wenn auch nur eine leichte.

212. Die Frage ist, in welchem Maße die Ereignisse der letzten Wochen den Erwartungshorizont verändert haben. Um sich hierüber ein Urteil bilden zu können, muß man dreierlei ins Bild rücken,

- die derzeitige Konstitution der Unternehmen, gemessen an der Kosten-Erlös-Relation und an der Kapitalstruktur,
- die Veränderung der Absatzerwartungen auf den inländischen und auf den ausländischen Märkten, und zwar auf mittlere Frist,
- die kurzfristigen Wechselkursschwankungen.

Jede der drei Komponenten hat unterschiedliches Gewicht.

213. Die augenblickliche Gewinnsituation spricht für die Annahme, daß die Investitionsbedingungen nach wie vor gut sind. Sie haben sich jedenfalls im Vergleich zum Vorjahr nicht verschlechtert und dürften sich auch im nächsten Jahr insgesamt nicht verschlechtern, vorausgesetzt, es kommen keine neuen Belastungen hinzu. Soweit sich das derzeit erkennen läßt, wird die Lohnpolitik den Spielraum für mehr Investitionen offenhalten. An Eigenfinanzierungsmitteln sollte es nicht fehlen. Es können im kommenden Jahr sogar zusätzliche Mittel eingesetzt werden, die in diesem Jahr nicht in Sachanlagen investiert wurden, sondern dem Aufbau liquider Reserven dienten (Ziffer 85). Bei der angenommenen Geldpolitik dürften auch die Kosten für Fremdmittel vergleichsweise günstig bleiben; ein deutlicher Anstieg der Zinsen gehört jedenfalls nicht zu den Annahmen der Prognose.

214. Die mittelfristigen Absatzerwartungen haben sich allenfalls graduell verschlechtert. Sicherlich werden die Chancen für Exporte in den Dollarraum inzwischen deutlich zurückhaltender eingeschätzt. Das wird möglicherweise zur Folge haben, daß Erweiterungsinvestitionen erst einmal aufgeschoben oder, was wahrscheinlicher ist, an ausländischen Standorten vorgenommen werden. Dies ist aber keine ganz neue Situation. Schon in den letzten Jahren haben die Unternehmen im Hinblick auf eine Erweiterung der Produktionsanlagen eine sehr zurückhaltende Investitionspolitik verfolgt. Man investierte „auf Sicht". Ein solches Verhalten war selbst in jenen Bereichen zu beobachten, die ihre Absatzchancen mittelfristig als gut beurteilen. Offensichtlich neigt man dazu, eher Kapazitätsengpässe in Kauf zu nehmen oder Lohnaufträge zu vergeben als Überkapazitäten zu riskieren. Deshalb nehmen wir nur einen marginalen Abschlag von dem vor, was sonst zu erwarten gewesen wäre.

Es ist auch folgendes zu beachten. Wo Unternehmen mit dem Rücken zur Wand stehen, wo sie Gefahr laufen, daß wichtige Absatzmärkte verloren gehen, zahlt sich Investitionszurückhaltung erst recht nicht aus. Viele Unternehmen sind einem Modernisierungsdruck ausgesetzt. Sie müssen verstärkt investieren, um ihre Wettbewerbskraft zu erhalten. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Aufwärtsentwicklung bei Investitionen in ihrem Kern derzeit angebotsbestimmt und nicht nachfrageinduziert ist. Es geht um die Erschließung neuer Märkte durch neue Produkte und um Kostensenkung durch neue Produktionstechniken. Solche Investitionen dulden keinen Aufschub. Wer hierbei zögert, gerät rasch in Verzug.

215. Was zu Buche schlagen könnte, ist die Verunsicherung der Unternehmen durch die jüngsten Geschehnisse an den Aktien- und Devisenmärkten. Dies kann, ähnlich wie vor einem Jahr, zu einem abwartenden Verhalten führen. Die Bereitschaft, die Investitionen aufzustocken, könnte also vorübergehend schwächer werden; daß sie vollends erlahmt, halten wir indes für unwahrscheinlich.

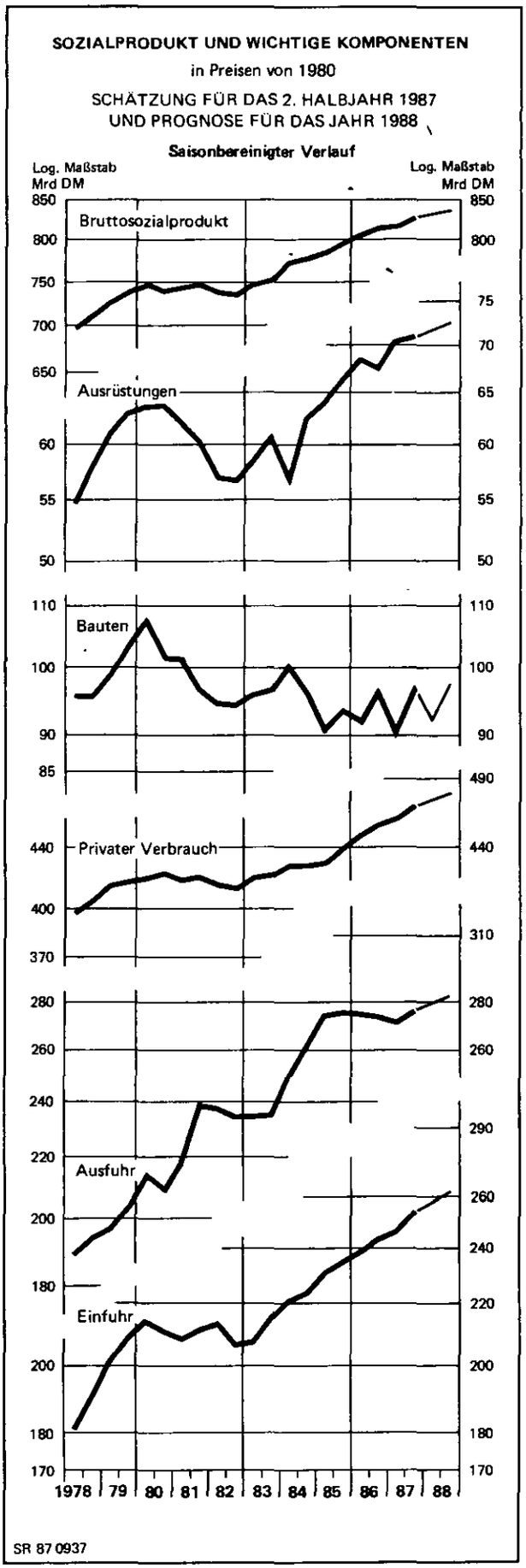
216. Bei alledem sollte man nicht übersehen, daß die Belastungen vor allem die außenhandelsabhängigen Bereiche treffen, also insbesondere Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, die auf den in- und ausländischen Märkten mit Unternehmen aus anderen Ländern konkurrieren. Große Teile des Dienstleistungssektors sind davon kaum betroffen, einige wie der Handel profitieren sogar vom schwachen Dollar. Bezogen auf die gesamten Investitionen des Unternehmenssektors ist das Gewicht der Dienstleistungsunternehmen weitaus größer als das des Verarbeitenden Gewerbes. Nach den uns vorliegenden Informationen zu urteilen, dürfte sich zwar der Anstieg der Anlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe im kommenden Jahr deutlich abschwächen; ähnliches gilt auch für den Verkehr und die Nachrichtenübermittlung. Aber beim Handel und bei den sonstigen Dienstleistungsunternehmen ist zumindest mit gleichbleibenden Zuwächsen zu rechnen. Das bedeutet: Der Anstiegswinkel wird 1988 etwas flacher sein als in diesem Jahr, aber er wird immer noch positiv sein.

217. In Anbetracht der Unsicherheit sind wir bei der Schätzung der Ausrüstungsinvestitionen am unteren Rand des Vertretbaren geblieben. Wir haben in unsere Rechnung eine Rate von 2½ vH für den Jahresverlauf und von 2 vH für den Jahresdurchschnitt 1988 eingesetzt (Schaubild 31).

218. Daß die Investitionstätigkeit weiterhin unbefriedigend bleibt, liegt auch an den Bauinvestitionen. Nach dem leichten Rückgang der Bautätigkeit in diesem Jahr zeichnet sich für das kommende Jahr allenfalls eine geringe Belebung ab: Vom Wohnungsbau und vom gewerblichen Bau kommen nur geringe Impulse, und vom öffentlichen Bau gehen sogar dämpfende Effekte aus. Ein Ende der langen Durststrecke ist für die Bauwirtschaft nicht in Sicht.

- Der Wohnungsbau wird auch im kommenden Jahr kaum auf zusätzliche Nachfrage hoffen können. Hier bleibt die Modernisierung von Altbauten die wichtigste Stütze. Bei Neubauten ist es zwar in letzter Zeit zu einer leichten Nachfragebelebung gekommen, aber eine Tendenzwende sollte man darin nicht sehen. Es haben offensichtlich nur diejenigen Investoren, deren Erwartungen auf weiter fallende Zinsen enttäuscht wurden, ihren Attentismus aufgegeben. Es kommt hinzu, daß sich die leichte Belebung auch nur auf den Bau von Einfamilienhäusern erstreckt; im Geschoßwohnungsbau hingegen tut sich nach wie vor nicht viel. Immerhin: Die Produktion wird nicht abermals schrumpfen.
- Kaum besser erscheinen die Aussichten im gewerblichen Bau. Die Bereitschaft der Unterneh-

Schaubild 31



men, die Kapazitäten zu erweitern, war bislang schwach, und daran dürfte sich nun erst recht nichts ändern. Es gibt zudem eine wachsende Neigung, weniger in Neubauten und mehr in vorhandene Gebäude zu investieren.

— Beim öffentlichen Bau dürfte es nach der diesjährigen Stagnation im nächsten Jahr einen Rückgang geben. Aufgrund der vorliegenden Informationen rechnen wir bei den Gemeinden, die der mit Abstand größte staatliche Auftraggeber für die Bauwirtschaft sind, mit deutlichen Kürzungen in den Investitionshaushalten, vor allem beim Straßenbau und beim öffentlichen Personennahverkehr, aber auch beim Städtebau und beim Umweltschutz.

Alles in allem rechnen wir bei den Bauinvestitionen nur mit einem geringen Zuwachs, den wir für den Durchschnitt des Jahres 1988 auf 1 vH veranschlagen. Dies wird nicht ausreichen, die Gerätekapazitäten wieder besser auszulasten und alle Bauarbeiter voll zu beschäftigen. Damit zeichnet sich in der Bauwirtschaft abermals ein Rückgang der Beschäftigung ab.

219. Von den öffentlichen Haushalten werden 1988 erneut expansive Impulse ausgehen. Anfang des Jahres tritt die zweite Stufe der Einkommensteuersenkung 1986/88 in Kraft. Zusammen mit den vorgezogenen Elementen der Steuerreform 1990 — Erhöhung des Grundfreibetrags und des Ausbildungsfreibetrags, Abflachung der Grenzbelastung und Verbesserung der Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe — werden die Steuerzahler 1988 um etwa 13½ Mrd DM entlastet. Da zudem die gesamtwirtschaftliche Produktion nur verhalten expandieren wird, rechnen wir damit, daß die Einnahmen der Gebietskörperschaften nur um etwa 1½ vH zunehmen werden. Trotz des mit 3½ vH geringeren Ausgabenanstiegs bei Bund, Ländern und Gemeinden wird sich das Defizit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erhöhen, und zwar um 13 Mrd DM auf 57 Mrd DM. Hierbei ist eine stärkere Verringerung bei den Gewinnüberweisungen der Bundesbank eingestellt (Tabelle 25).

Bei den Sozialversicherungen wird sich trotz unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Zweigen die Situation wenig verändern. Den Überschüssen bei den Rentenversicherungen steht 1988 wieder ein beträchtliches Defizit der Arbeitslosenversicherung gegenüber, das auf Mehrleistungen wegen der im Jahresdurchschnitt um 70 000 höheren Anzahl der Arbeitslosen und die verlängerten Bezugszeiten von Arbeitslosengeld zurückzuführen ist. Die Beitragssätze in den gesetzlichen Krankenversicherungen werden voraussichtlich weiter angehoben auf über 13 vH im Durchschnitt, um den Ausgabenzuwachs zu finanzieren. Insgesamt zeichnet sich bei den Sozialversicherungen ein Überschuß von 7½ Mrd DM ab.

220. Die Steuerentlastung, die bei den privaten Haushalten mit etwa 11 Mrd DM zu Buche schlägt, sorgt dafür, daß die verfügbaren Einkommen auch im kommenden Jahr kräftig expandieren werden, um voraussichtlich 4 ½ vH nach 3½ vH in diesem Jahr. Hierbei ist unterstellt, daß sich die Anhebung der Tariflöhne und -gehälter (je Arbeitsstunde gerechnet) in der Nähe von dem bewegen wird, was bei den Lohnverhandlungen für das Jahr 1987 vereinbart worden war. Es gibt jedenfalls keine Hinweise darauf, daß die Lohnpolitik ihren bisherigen Kurs verlassen könnte, zumal in wichtigen Tarifbereichen schon Festlegungen für 1988 erfolgt sind, für die Anhebung der Tariflöhne wie für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die Zuwachsrate der Bruttolohn- und -gehaltssumme dürfte mit 4 vH trotz einer geringeren Zunahme der Beschäftigung annähernd so hoch ausfallen wie in diesem Jahr. Der Grund dafür ist, daß die Effektivverdienste etwas rascher steigen werden als die Tarifverdienste. Zwar verringert sich normalerweise die Lohndrift, wenn der Beschäftigungsanstieg schwächer wird. Zu Buche schlägt aber vor allem die stärkere Freisetzung von Arbeitskräften mit geringer Qualifikation.

221. Eine höhere Zuwachsrate beim verfügbaren Einkommen muß nicht notwendig bedeuten, daß auch die Kaufkraft entsprechend steigt. Das würde nur für den Fall gelten, daß die Verbraucherpreise weitgehend stabil bleiben. Die Aussichten dafür sind inzwischen nicht mehr so gut wie vor einem Jahr. Die Phase stabiler Produktionskosten ist zu Ende. Die Lohnstückkosten dürften zwar nicht schneller steigen als bisher, doch wird von den Kapitalkosten und den Vorleistungskosten kaum noch Entlastung kommen. Das heißt nicht, daß nun die Preise auf breiter Front in Bewegung geraten werden. Für stärkere Preisanhebungen haben die Unternehmen keine Veranlassung: Die Gewinnmargen sind — jedenfalls im Durchschnitt gesehen — durchaus gut, und nach den Ergebnissen unserer Prognoserechnung bleiben sie es auch. Es gibt aber auch keine großen Möglichkeiten zu Preisanhebungen, denn durch den neuerlichen Rückgang beim Dollarkurs hat sich der Wettbewerb von außen wieder verschärft.

222. Bislang stiegen die Preise auf der Verbraucherstufe nur verhalten. Wir rechnen auch nicht damit, daß sich der Anstieg in der nächsten Zeit spürbar beschleunigen wird. Die Preissteigerungsrate für den Verlauf des Jahres 1988 veranschlagen wir auf 1 ½ vH bis 2 vH und für den Durchschnitt des Jahres auf 1 ½ vH. Zu dieser Entwicklung dürften nicht zuletzt weitgehend stabile Preise für Nahrungsmittel beitragen; soweit es Marktordnungsgüter betrifft, werden die Erzeugerpreise vor allem aufgrund der veränderten Interventionsregeln vermutlich tendenziell sogar fallen.

223. Die privaten Haushalte können also auch im nächsten Jahr mit einem beträchtlichen Zuwachs an Kaufkraft rechnen. Der Spielraum für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs wird sich — unter Berücksichtigung der zu erwartenden Preissteigerungen — um gut 2 ½ vH vergrößern, etwa ebenso stark wie in diesem Jahr. Der private Verbrauch wird somit eine wichtige Konjunkturstütze bleiben.

Mitentscheidend ist allerdings, wie groß die Kaufbereitschaft sein wird. In diesem Jahr haben sich die Verbraucher den Erwartungen entsprechend verhalten: Nach anfänglichem Zögern haben sie sich recht

Tabelle 25

Einnahmen und Ausgaben des Staates[1])

Schätzung für das Jahr 1987 und Prognose für das Jahr 1988

	1986	1987	1988	1987	1988
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung					
Einnahmen insgesamt	886,8	915	939½	+ 3	+ 2½
Steuern	473,4	490	500	+ 3½	+ 2
Sozialbeiträge	336,9	351½	370	+ 4½	+ 5
Sonstige laufende Einnahmen	57,0	53½	49	− 6	− 8½
Vermögensübertragungen und Abschreibungen	19,4	20	21	+ 3½	+ 3½
Ausgaben insgesamt	910,3	952	989	+ 4½	+ 4
Staatsverbrauch	381,7	398	413½	+ 4½	+ 4
Einkommensübertragungen	392,8	414	432	+ 5½	+ 4½
Private Haushalte	317,1	332½	346½	+ 5	+ 4
Unternehmen und übrige Welt	75,7	81½	85½	+ 7½	+ 5
Zinsen	57,2	59½	63	+ 4	+ 6
Vermögensübertragungen	32,0	32½	32	+ 1½	− 1
Investitionen	46,6	47½	48½	+ 2	+ 2
Finanzierungssaldo[2])	−23,5	−36½	−49½	x	x
	vH				
Staatsquote des Gemeinsamen Haushaltes[3])	45,0	45,2	45,4	x	x
Abgabenquote[4])	41,6	41,7	41,7	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften					
Einnahmen	564,8	579	587	+ 2½	+ 1½
Steuern	473,4	490	500	+ 3½	+ 2
Sonstige Einnahmen	91,3	89	87½	− 2½	− 2
Ausgaben	598,1	623½	644½	+ 4	+ 3½
Finanzierungssaldo[2])	−33,4	−44	−57	x	x
	vH				
Staatsquote[5])	29,6	29,6	29,6	x	x
Steuerquote[6])	24,3	24,3	23,9	x	x
	Mrd DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Nachrichtlich: **Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik**					
Einnahmen	585,4	596½	605	+ 2	+ 1½
Steuern	452,6	467	476½	+ 3½	+ 2
Sonstige Einnahmen	132,8	129	128½	− 3	− ½
Ausgaben	627,4	651	671	+ 4	+ 3
Finanzierungssaldo[2])	−41,9	−54½	−66	x	x
	vH				
Staatsquote[7])	31,0	30,9	30,8	x	x
Steuerquote[8])	23,2	23,1	22,8	x	x

[1]) Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[2]) Überschuß: +; Defizit: −.
[3]) Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[4]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts.
[5]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[6]) Steuern der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vH des Bruttosozialprodukts.
[7]) Ausgaben der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[8]) Steuern in der Abgrenzung der Finanzstatistik in vH des Bruttosozialprodukts.

kauffreudig gezeigt; die Sparquote dürfte, auf das ganze Jahr gerechnet, gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben sein. Wir deuten dies so, daß man für das nächste Jahr mit keiner gravierenden Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Situation rechnet. Die Neigung, mehr Geld „auf die hohe Kante zu legen", dürfte nicht sehr ausgeprägt sein. Neueren Umfrageergebnissen, die von einer fortschreitenden Verschlechterung des Konsumklimas sprechen, messen wir kein entscheidendes Gewicht bei.

Wir gehen davon aus, daß die Verbrauchsausgaben im kommenden Jahr etwa mit der gleichen Rate expandieren werden wie die verfügbaren Einkommen, wir unterstellen also eine unveränderte Sparquote. Dies bedeutet, der private Verbrauch wird, in realer Rechnung, mit rund 2 ½ vH steigen, also mit der gleichen Rate wie in diesem Jahr.

224. Bei aufwärts gerichteter Inlandsnachfrage werden die Importe abermals kräftig zunehmen, vermutlich sogar noch etwas stärker als in diesem Jahr. Dafür spricht auch, daß die Anbieter aus dem Dollarraum in jüngster Zeit ihre preislichen Wettbewerbsvorteile weiter ausbauen konnten. Sie werden ihre Marktanteile im Inland weiter erhöhen, bei Konsumgütern wie bei Investitionsgütern.

Im Gegensatz zur Einfuhr von Fertigwaren dürfte die Einfuhr von Rohstoffen und industriellen Vorprodukten nur schwach expandieren, und zwar vermutlich in dem Tempo, mit dem die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt. Es spricht im Augenblick nichts dafür, daß es zu einem beschleunigten Lageraufbau kommt. Im Gegenteil, die Läger der Verarbeiter sind, gemessen am sich abzeichnenden Verbrauch, ausreichend gefüllt, und es gibt keinen Grund, sie spekulativ aufzustocken: Die Dollarnotierungen an den Weltmärkten werden voraussichtlich nur wenig steigen, und daß man mit einem kräftigen Anstieg des Dollarkurses rechnet, ist derzeit wenig wahrscheinlich.

Alles in allem erwarten wir, daß die gesamten Importe (Waren und Dienste) im Verlauf des Jahres 1988 mit einer Rate von 3 ½ vH zunehmen; für den Durchschnitt des Jahres ergibt das eine Rate von 4 vH.

225. Bei der angenommenen Entwicklung von Exporten und Importen wird sich der Außenbeitrag — in realer Rechnung — weiter zurückbilden, und zwar von knapp 3 vH des Sozialprodukts auf 2 ½ vH. Die Bundesrepublik wird also erneut einen Beitrag zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt leisten.

226. Die wirtschaftliche Entwicklung erhielt in diesem Jahr auch dadurch Impulse, daß die Vorratsläger kräftig aufgestockt wurden, wohl auch als Reaktion auf die zurückhaltenden Lagerdispositionen in den beiden vorangegangenen Jahren. Das wird sich voraussichtlich nicht im gleichen Maß wiederholen. Nach den jüngsten Erhebungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung über die Einschätzung der Lagerbestände in Industrie und Handel kann man davon ausgehen, daß die Vorratsinvestitionen im nächsten Jahr zwar wieder positiv sein werden, aber sie werden deutlich kleiner ausfallen als in diesem Jahr. Der Lageraufbau gehört also nicht mehr zu den Auftriebskräften.

227. Bei der derzeitigen Gesamtkonstellation halten wir es nicht für wahrscheinlich, daß die Konjunktur im kommenden Jahr an Fahrt zulegen, aber auch nicht, daß sie nochmals an Tempo verlieren wird. In unserer Prognose kommt diese Einschätzung im Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um etwas mehr als 1 ½ vH zum Ausdruck. Diese Rate ist nur wenig niedriger als diejenige, mit der das Produktionspotential voraussichtlich wachsen wird. Der Auslastungsgrad wird sich damit kaum verändern.

228. Auf dem Arbeitsmarkt schafft das keine Entlastung. Niemand kommt an der Einsicht vorbei, daß der Expansionspfad, auf dem sich die deutsche Wirtschaft derzeit bewegt, zu flach ist, um die Arbeitsplatzlücke zu schließen. Zwar gibt es keine feste Beziehung zwischen der Rate, mit der eine Wirtschaft wächst, und der Rate, mit der die Beschäftigung steigt (Ziffer 246). Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen eines raschen weltwirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels muß es eine deutlich höhere Rate sein als diejenige, die wir für das Jahr 1988 prognostizieren.

Wir rechnen deshalb damit, daß die Anzahl der Beschäftigten im kommenden Jahr nur noch wenig steigt, um etwa 50 000 im Jahresverlauf und um etwa 60 000 im Jahresdurchschnitt. Die im Strukturwandel begünstigten Dienstleistungsbranchen werden zwar weiterhin Personal einstellen, die warenproduzierenden Bereiche werden hingegen Personal abbauen, einige davon, wie der Kohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie oder der Schiffbau vermutlich recht kräftig. Da das Arbeitskräfteangebot erneut wachsen wird, ist abermals mit einer etwas höheren Anzahl von Arbeitslosen zu rechnen. In den strukturschwachen Regionen mit einem hohen Anteil „alter Industrien", insbesondere an den Kohle- und Stahlstandorten sowie an den Schiffbaustandorten, wird sich die ohnehin schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärfen. Die räumlichen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit werden sich abermals vergrößern.

229. Mit wie vielen Arbeitslosen man im kommenden Jahr rechnen muß, läßt sich nur sehr grob abschätzen. Das hängt nicht nur vom Konjunkturverlauf ab, sondern auch von anderen Faktoren, beispielsweise davon, wie sich die Erwerbsquote verändert oder auch wie hart der Winter sein wird. Für das Jahr 1988 rechnen wir mit der folgenden Entwicklung: Die Anzahl der Arbeitslosen wird am Ende des Jahres um 55 000 höher sein als am Ende des Jahres 1987, und im Durchschnitt des Jahres 1988 wird sie wegen der ungünstigen Entwicklung in den letzten Monaten dieses Jahres sogar um 70 000 über dem Durchschnitt des Jahres 1987 liegen.

230. Nach unserer Prognose zeichnet sich für das kommende Jahr eine Entwicklung ab, die auch vor dem Hintergrund der gravierenden außenwirtschaftlichen Störungen nicht voll befriedigen kann. Die deut-

sche Wirtschaft wächst zwar weiter, aber es zeichnet sich keine Selbstverstärkung der Auftriebskräfte ab. Unzureichend bleibt vor allem die Dynamik bei den Investitionen mit der Folge, daß die Beschäftigung kaum noch steigt.

Unsere Prognose zeigt aber auch, was die dringlichsten Punkte auf der Tagesordnung der Wirtschaftspolitik für die nächste Zeit sind. Mit einer möglichen Rezession oder dem Wiederaufflackern der Inflation ist für das nächste Jahr nicht zu rechnen; vordringlich muß etwas gegen die Wachstumsschwäche getan werden. Dazu bedarf es einer auf lange Sicht angelegten Wachstumspolitik. Wenn die Wirtschaftspolitik eine solche Linie überzeugend und dann gewiß auch mitreißend verfolgt, kann sie schon im kommenden Jahr auf erste Erfolge aus wiedergewonnener Zuversicht rechnen. Die Wirtschaft braucht Zeichen der Sicherheit und der Orientierung, auf die sie setzen kann. Wieder Vertrauen zu schaffen, darauf kommt es jetzt in erster Linie an. Aber der Vertrauenshorizont muß über den aktuellen Rand hinausreichen, die Wirtschaftspolitik hat die Perspektiven des Wachstums aufzuzeigen.

DRITTES KAPITEL
Wirtschaftspolitik für 1988 und danach

TEIL A
Aufgaben und Möglichkeiten

I. Ziele und Wirklichkeit

Lage und Aussichten

231. Nimmt man die wirtschaftliche Entwicklung in diesem und im kommenden Jahr, so wie sie sich uns derzeit darstellt, zusammen, dann lautet das Urteil: Die verhaltene Aufwärtsentwicklung setzt sich fort. Nach der Abschwächung, die im Herbst letzten Jahres begann und bis zum Frühjahr dieses Jahres währte, hat die Konjunktur wieder Fahrt gewonnen, und die Zeichen für 1988 weisen trotz des Börsenkrachs nicht auf ein erneutes Stocken hin. Wir erwarten aber auch keine merkliche Beschleunigung der konjunkturellen Expansion.

232. Das Verlaufsmuster der nun in ihr sechstes Jahr eintretenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung ist das eines im ganzen mäßigen Aufschwungs, der zeitweilig verharrt und dann wieder anzieht. Es fehlt die Selbstverstärkung, die frühere Aufschwünge kennzeichnete. Das hat indes nicht nur Nachteile. Es fehlt damit auch die konjunkturelle Überhitzung, die früher oft den Grund für den nachfolgenden Niedergang legte. Eine stetigere Entwicklung, die das Entstehen von Verspannungen in der Aufschwungsphase vermeidet, läuft weniger Gefahr, aus sich heraus in einen Abschwung umzuschlagen.

Es wäre noch zu früh, gestützt auf die kurze Erfahrung der letzten Jahre, die weitere Gültigkeit des früheren zyklischen Verlaufsmusters in Frage zu stellen. Unstreitig ist, daß die seit dem konjunkturellen Tief im Jahre 1982 zu verzeichnenden jährlichen Schwankungen in der Zuwachsrate von Nachfrage und Produktion auf wechselnde äußere Einflüsse und wechselnde Reaktionen zurückgehen, so daß sich die Auftriebskräfte immer wieder ablösten, ohne sich gegenseitig zu verstärken. Unstreitig dürfte es andererseits auch sein, daß die eingebauten Stabilisatoren in den öffentlichen Haushalten und in der sozialen Sicherung, nicht zuletzt in der Arbeitslosenversicherung, dämpfend auf die Schwankungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wirken und daß der Dämpfungseffekt — nach beiden Richtungen hin — zugenommen hat, weil der Umfang dieser finanziellen Ströme in den vergangenen fünfzehn Jahren überdurchschnittlich gewachsen ist. Offen ist hingegen die Frage, inwieweit die staatliche Wirtschaftspolitik und die Lohnpolitik selbst dazu beigetragen haben, das Konjunkturgeschehen so weit zu verstetigen, daß das typische zyklische Verlaufsmuster nicht mehr zu erkennen ist. Sicher ist allein, daß es Staat und Tarifparteien in der Hand haben, durch Stetigkeit und Verläßlichkeit ihres Handelns günstige Vorbedingungen für eine lang anhaltende Aufwärtsentwicklung zu schaffen. Und zu erwarten ist, daß dies am Ende für Produktion und Beschäftigung, Realeinkommen und Geldwert mehr einbringt als ein forcierter, mit Verspannungen erkaufter Aufschwung, dem ein Abschwung mit schmerzlichen Korrekturen der vorangegangenen Verspannungen folgt.

Daß es bisher bei zeitweiligen Abschwächungen in der aufwärts gerichteten Entwicklung geblieben ist, diese also nicht in einen Abschwung einmündeten, macht in jedem Falle deutlich, wie sich die Konstitution der deutschen Wirtschaft gefestigt hat, nicht zuletzt die Konstitution der Unternehmen. Diese haben die Verbesserung ihrer Ertragslage und der Finanzierungskonditionen seit 1982 genutzt, um durch Entschuldung und Umschuldung sowie Stärkung der Eigenmittel ihre Kapitalbasis tragfähiger und breiter zu machen. Das nach der Konsolidierungsphase einsetzende „Durchinvestieren" (JG 84 Ziffern 266 ff.) half nicht nur, kostengünstiger zu produzieren, sondern auch verbesserte oder gänzlich neue Produkte auf den Markt zu bringen und die Organisation der Unternehmen effizienter zu gestalten. Das alles hat dazu geführt, daß die Unternehmen widerstandsfähiger gegenüber unvorhergesehenen Fährnissen und Belastungen geworden sind. Mit Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten über das hinaus, was schon die Modernisierung und der Ersatz alter Anlagen an Möglichkeiten zur Produktionssteigerung mit sich brachten, haben sich andererseits viele Unternehmen bislang zurückgehalten.

233. Manche Beobachter deuten das aktuelle Konjunkturgeschehen, gestützt auf die Beobachtung eines sinkenden Auslastungsgrads der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, als den Beginn eines konjunkturellen Abschwungs. Wir teilen dieses Urteil nicht (Ziffern 97 ff.). Das heißt nicht, daß wir die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten verkennen, mit denen die deutsche Wirtschaft zu kämpfen hat, oder die Risiken, die wieder vermehrt steigende Kosten bergen, noch gar die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik auch 1987 eine überzeugende Antwort auf die Frage schuldig geblieben ist, wie die großen strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft gelöst werden können.

Angesichts all dieser Erschwernisse beeindruckt es, daß die deutsche Wirtschaft den nach oben gerichteten Weg, langsamer zwar, aber doch trittsicher, fort-

setzen konnte. Pessimismus und Attentismus haben nicht die Oberhand gewonnen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird nach unserem Urteil auch 1988 aufwärts gerichtet bleiben. Großes Gewicht kommt hierbei der Einschätzung zu, daß die Unternehmen bei der Verarbeitung der außenwirtschaftlichen Belastungen gut vorangekommen sind.

234. Sorgen bereiten zweifellos die derzeitige Labilität und Störanfälligkeit der internationalen Finanzmärkte. Der Kurssturz an den internationalen Aktienmärkten hat zur Verunsicherung geführt; dadurch ist auch Unruhe an den Devisenmärkten ausgelöst worden. Erneut wurden Zweifel laut an der Tragfähigkeit internationaler Abkommen und an der Fähigkeit der Vereinigten Staaten, mit ihren Defizitproblemen fertig zu werden, ohne den Dollar abstürzen zu lassen. All dies wirft Schatten auf die Aussichten für ein kräftigeres Wirtschaftswachstum und für mehr Beschäftigung. Man sollte die Auswirkungen aber nicht überschätzen. Nach unserem Urteil ist nur eine leichte Abschwächung der Expansion zu erwarten: Ein massiver Konjunktureinbruch droht nicht (Ziffern 187 ff.).

Dennoch müssen aus den Vorgängen an den Aktienbörsen Lehren gezogen werden. Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach — das bedeutet in erster Linie, entschlossener und zuverlässiger als bisher durch internationale Kooperation darauf hinwirken, daß die großen Ungleichgewichte in der Welt abgebaut werden (Ziffern 267 ff.).

Der empirische Befund

235. Mit Blick auf die Ziele, die der Sachverständigenrat seiner Urteilsfindung zugrunde zu legen hat — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum —, ergibt sich der folgende Befund:

- Die Kaufkraft des Geldes blieb auch 1987 nahezu erhalten. Damit ist ein Stabilitätserfolg gewahrt worden, für den es in der Geschichte der Bundesrepublik kein Beispiel gibt. Dieser Erfolg wird sich im kommenden Jahr nicht ungeschmälert fortsetzen. Es sind Anstrengungen gefordert zu verhindern, daß die Preissteigerungen allzu weit vom Ziel der Geldwertstabilität wegführen.
- Das Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist weiter deutlich verletzt. Der hohe Überschuß in der Leistungsbilanz hat sich 1987 nur wenig zurückgebildet. Weiterhin gilt indes, daß die Gründe dafür in erster Linie bei Fehlentwicklungen im Ausland liegen. Was die Bundesrepublik für einen schrittweisen Abbau des Ungleichgewichts tun konnte, hat sie getan. Die Höherbewertung der D-Mark verdeckt in der Nominalrechnung weitgehend, daß die Einfuhr von Waren und Diensten dem Volumen nach erneut kräftig gestiegen ist, während die Ausfuhr insgesamt stagnierte. Der reale Exportüberschuß ist damit weiter gesunken; diese Entwicklung dürfte 1988 weitergehen.
- Der Anstieg der Beschäftigung hat sich verlangsamt. Statt 250 000 Personen, wie im vergangenen Jahr, haben gegenüber dem Vorjahr nur noch 155 000 zusätzlich einen Arbeitsplatz gefunden, und für das kommende Jahr ist ein noch geringerer Zuwachs zu erwarten. Mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl ist folglich kaum zu rechnen. Der große Abstand zu einem hohen Beschäftigungsstand ist und bleibt die ärgste Zielverfehlung.
- Auch der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung hat sich verringert, während die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten, gemessen am Produktionspotential, zwar nicht weniger, aber doch auch nicht mehr gewachsen sind als im Vorjahr. Ein angemessen zu nennendes Wirtschaftswachstum ist damit nicht erreicht worden. Viel näher wird dieses Ziel auch 1988 nicht rücken, auch wenn die Produktion, wie wir es erwarten, gesamtwirtschaftlich wieder etwas stärker zunimmt.

Stabilität des Geldwerts: Das Erreichte sichern ist schwerer geworden

236. Zu den bedeutenden wirtschaftspolitischen Erfolgen der letzten Jahre gehört die Wiedergewinnung der Stabilität des Geldwertes. Alle Politikbereiche haben hieran mitgewirkt. Indem die Bundesbank die Geldversorgung, 1981 beginnend, bis zum Herbst 1985 nach und nach auf die realen Möglichkeiten für eine Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zurückführte, schuf sie eine wichtige, im letzten sogar die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg. Die Tarifparteien vermieden es in diesen Jahren durch Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen, erneut in einen Konflikt zur Geldpolitik zu geraten. Auch der Staat trug in dieser Zeit durch zurückhaltende Ausgabenpolitik, das heißt durch geringere Inanspruchnahme des Produktionspotentials und der Kapitalmärkte — und damit nicht zuletzt auch klimatisch — zum Stabilitätserfolg bei. So gelang es in einem spannungsfreien Zusammenwirken der Politikbereiche, den Preisauftrieb zurückzuführen und zugleich trotz knappen Geldes die Beschäftigung zu steigern.

Der letzte Schritt bis ins Ziel, der Stabilitätserfolg der Jahre 1986 und 1987, ist allerdings nicht Verdienst heimischer Wirtschaftspolitik, sondern — neben fallenden Agrarpreisen — zur Hauptsache dem Stabilitätsimport zuzuschreiben (JG 86 Ziffer 191). Als die Preise für Öl und andere Rohstoffe im Verlauf dieses Jahres wieder zu steigen begannen und die Höherbewertung der D-Mark nicht mehr ausreichte, dies und die Verteuerung anderer Importgüter auszugleichen, ging der Rückgang des Preisniveaus zu Ende. Die Verbraucherpreise stiegen im Herbst 1987 wieder mit einer Jahresrate von etwa 1 vH.

237. Die Chance, einen weitgehend stabilen Geldwert zu bewahren, ist in diesem Jahr trotz der hohen Lohnabschlüsse und der überreichlichen Geldversorgung aber noch nicht ganz verspielt worden. So wenig wahrscheinlich es ist, daß die Importpreise, in D-Mark

gerechnet, 1988 erneut Entlastung bringen werden, so unwahrscheinlich ist auf der anderen Seite, daß es vom Import her zu einem Preisschub kommt (Ziffer 221). Entscheidend dafür, daß die Preissteigerungen im kommenden Jahr und danach nicht weit vom Ziel der Geldwertstabilität wegführen, ist daher, daß die Lohnstückkosten nicht weiter steigen. Tarifabschlüsse, die nicht schon im vorhinein eine als unvermeidbar angesehene Steigerung der Preise einkalkulieren, vermeiden das Wiederingangsetzen einer Lohn-Preis-Spirale, die es früher oder später erforderlich machte, ihr mit einer restriktiven Geldpolitik entgegenzutreten, und sie verbessern zudem die Beschäftigungschancen bei dem scharfen Wettbewerb von außen, der auf vielen Märkten herrscht.

238. Wir haben im vergangenen Jahr und auch noch in diesem erfahren, was stabiles Geld für die Kaufkraft der Einkommen bedeutet. Zur Erfahrung sollte mehr und mehr auch werden, wie es allen als verläßliches Wertaufbewahrungsmittel und als sichere Rechengrundlage bei zukunftsgerichteten Dispositionen nutzt, wie es hilft, den Marktsignalen Geltung zu verschaffen, wie es die wirtschaftspolitischen Ordnungs- und Gestaltungsaufgaben erleichtert, wie es der sozialen Gerechtigkeit dient.

Für die Tarifparteien bedeutet ein stabiler Geldwert, daß ihre nominale Vereinbarung zugleich real gilt. Es wird für sie möglich, die Lohnsteigerung am Produktivitätszuwachs auszurichten, ohne daß dies der einen oder der anderen Seite Nachteile bei der Einkommensverteilung bringt. Wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber einer solchen primär am Produktivitätszuwachs ausgerichteten Leitlinie folgen, tragen sie entscheidend zur Stabilität der gesamten Stückkosten bei und stützen dadurch einen stabilitätsgerechten Kurs der Zentralbank. Stabile Lohnstückkosten sind auf Dauer nicht ohne Geldwertstabilität zu erreichen, stabilen Geldwert gibt es aber ebensowenig ohne ein Mitwirken der Lohnpolitik.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: ein Schritt näher zum Ziel

239. Der Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts ist 1987 nicht im erwarteten Maße vorangekommen. Das lag indes nicht an Gründen, die im Inland wurzeln. Es wurde weder mit hohen Zinsen ausländisches Kapital angezogen, noch wurden die Überschüsse im Leistungsverkehr verteidigt. Eine weitere Höherbewertung der D-Mark wurde hingenommen. Deutsche Produkte sind damit im Vergleich zu ausländischen abermals teurer geworden. Das hat zu weiteren Marktanteilseinbußen deutscher Unternehmen im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern geführt. In realer Rechnung ist der Exportüberschuß um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Daß sich dies in der Leistungsbilanz nur zum kleineren Teil niederschlug, lag an dem dämpfenden Effekt, den die Höherbewertung auf die Einfuhrpreise hatte. Verliert dieser Einfluß, wie wir erwarten, im kommenden Jahr an Wirkung, dann wird die Verminderung des Ungleichgewichts auch in der Leistungsbilanz deutlicher sichtbar werden. Ob dies das außenwirtschaftliche Defizit der Vereinigten Staaten in gleichem Maße mindern wird, ist damit allerdings nicht gesagt. Bislang haben amerikanische Unternehmen aus der wechselkursbedingten Verbesserung ihrer preislichen Wettbewerbsposition auf dem deutschen Markt vergleichsweise wenig Nutzen ziehen können (Ziffer 94). Vorteil aus der Tatsache, daß die Einfuhr stärker als die Binnennachfrage stieg, haben eher Anbieter aus anderen Ländern gezogen: das aber kann man nicht der Bundesrepublik zum Vorwurf machen. Sie hat sich auch einer internationalen Kooperation zum Abbau der Verzerrungen im Leistungsbilanzgefüge zwischen den großen Welthandelsländern nicht entzogen.

240. Die Bundesrepublik hat es dabei übernommen, die Inlandsnachfrage durch steuerliche Erleichterungen und durch niedrige Zinsen, die zugleich einem weiteren Fall des Dollarkurses entgegenwirken sollen, zu stärken und dadurch das Importvolumen weiter zu erhöhen. So sind im Jahre 1988 Steuererleichterungen in Höhe von 13½ Mrd DM zu erwarten; die gegenwärtig bereits beachtlichen konjunkturellen Impulse seitens der Gebietskörperschaften werden dadurch verstärkt. Die Bundesbank sucht ihre Zinssätze niedrig zu halten, um dadurch den Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts unter Vermeidung von wechselkursbedingten Gefahren für die Konjunktur zu unterstützen; das damit verbundene starke Geldmengenwachstum hat sie in Kauf genommen. Insoweit hat die Bundesrepublik ihre Verpflichtung erfüllt. Sie kann auf diesem Weg nicht beliebig weitergehen. Ein nicht nur vorübergehender Anstieg der Nettoneuverschuldung der Gebietskörperschaften ist der dauerhaften Stärkung des Wachstums abträglich; und eine nicht mehr am Produktionspotential orientierte starke Geldmengenexpansion ist mit einem spannungsfreien Wachstum auf mittlere Sicht nicht verträglich. Niemandem wäre mit einer Wirtschaftspolitik gedient, die neue Spannungen programmiert. Nachhaltigen Erfolg verspricht nicht eine kurzfristige Forcierung der Nachfrage, sondern nur ein dauerhaft gestärktes inflationsfreies Wachstum.

Enttäuschende Beschäftigungsentwicklung

241. Bei der Erhöhung des Beschäftigungsstandes konnte 1987 nicht der erwartete weitere Fortschritt erzielt werden. Dabei erschienen die Aussichten für eine weitergehende Milderung der Beschäftigungsprobleme noch im vergangenen Jahr als recht günstig, hatte die Aufwärtsentwicklung seit 1984 im Verhältnis zur Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion doch mehr Beschäftigung als in allen Aufschwüngen zuvor erbracht. Ausschlaggebend dafür, daß die Beschäftigung 1987 nur noch wenig stieg und die Anzahl der Arbeitslosen sogar wieder leicht zunahm, war die Abschwächung der Produktionszunahme. Eine Besserung zeichnet sich für das kommende Jahr nicht ab. Das wiegt um so schwerer, als die Arbeitslosigkeit einzelne Gruppen und einzelne Regionen besonders stark trifft.

242. Bedrückend ist vor allem die anhaltende Zunahme der Anzahl von Langzeitarbeitslosen. Zwar ist

es richtig, daß viele, die ihre Stelle verlieren, verhältnismäßig schnell wieder eine neue finden. Im Durchschnitt dauert das derzeit aber immerhin fünfeinhalb Monate, und zum Durchschnittsbild gehört eben auch, daß die Suche nach einer neuen Stelle bei vielen Arbeitslosen wesentlich mehr Zeit braucht und daß die Beschäftigungsaussichten für diese Personen sich mit der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit immer weiter verschlechtern. Die daraus resultierende Zunahme und Verhärtung der Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für immer mehr Betroffene neben anhaltenden Verlusten an Einkommen eine Einbuße an sozialem Ansehen und nicht zuletzt auch an Selbstwertgefühl. Hinzu kommen die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft im ganzen. Man darf dabei nicht nur an die Mittel denken, die Sozialversicherungen und Gebietskörperschaften für Arbeitslose aufwenden müssen. Wichtiger ist der Ausfall an Produktion und Einkommen, der gesamtwirtschaftlich dadurch entsteht, daß Menschen, die arbeiten wollen, unbeschäftigt bleiben und wertvolles Humankapital verfällt, was dann auch die künftigen Wachstumschancen einengt. Gesellschaftliche Kosten verursacht die Arbeitslosigkeit, indem sie das soziale Klima belastet. Mit Blick auf diese gesellschaftlichen Kosten bedeutet es immerhin eine große Entlastung, daß die Jugendarbeitslosigkeit sinkt; denn diese verursacht Kosten, die lange nachwirken, wenn Jugendliche am Beginn des Berufslebens den Eindruck gewinnen, daß diese Gesellschaft sie nicht braucht (JG 85 Ziffer 177).

243. Große Unterschiede in den Beschäftigungschancen bestehen auch in regionaler Hinsicht, und diese Disparitäten dürften fürs erste sogar noch zunehmen. In den altindustriellen Problemgebieten wird es auf absehbare Zeit nicht möglich sein, die fortfallenden Arbeitsplätze vollständig zu ersetzen. In industriefernen ländlichen Regionen steht es nicht besser um die Beschäftigungsaussichten. Nachdem sich der Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft in den letzten Jahren deutlich verlangsamt hatte, wird es mit der unumgänglichen Rückführung der Agrarproduktion zu weiteren Freisetzungen von Arbeitskräften kommen. Dem stehen die prosperierenden Regionen im Süden gegenüber. Diese werden wegen ihrer günstigeren Angebotspalette von der sich abzeichnenden Belebung beim Export und bei den Investitionen am meisten profitieren und die Beschäftigung deutlicher als in diesem Jahr ausweiten können.

244. Die neuerdings wieder unbefriedigende Beschäftigungsentwicklung im ganzen paßt auf den ersten Blick nicht zu der anhaltend günstigen Gewinnsituation der Unternehmen. Gute Gewinne zeigen eine günstige Geschäftslage an, und diese, so die landläufige Meinung, übertrage sich auch auf das Einstellverhalten der Unternehmen. So kurz darf man den Zusammenhang zwischen Gewinnen und Beschäftigung jedoch nicht schließen; er ist nur mittelbarer Art, und das wichtigste Bindeglied sind die Investitionen.

Das Gesamtangebot an Arbeitsplätzen wird von der Größe und Qualität sowie von der Zusammensetzung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalbestands bestimmt. Kurzfristig mag es möglich sein, die Beschäftigung durch Besetzung freier Arbeitsplätze zu steigern; auch bei guter Geschäftslage geschieht das indes nur, soweit deren Fortdauer in Aussicht steht. In mittelfristiger Sicht kommt mehr Beschäftigung in erster Linie dadurch zustande, daß mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, das heißt mehr in eine Erweiterung des Kapitalstocks investiert wird, wo der Markt für die Zukunft hinlänglich gute Erträge verspricht. Die aktuelle Gewinnhöhe hat insofern Einfluß auf den Kalkül von Erweiterungsinvestitionen, als sie die in ihn eingehenden Gewinnerwartungen mitprägt und die Finanzierungsmöglichkeiten mitbestimmt. Aktuell günstige Gewinne erleichtern die Investitionsfinanzierung, sie implizieren jedoch nicht unverändert günstige Erwartungen auf künftige Gewinne. Die derzeitige Gewinnhöhe vermittelt den Unternehmen schon deshalb keine verläßliche Orientierung für die künftig erzielbaren Gewinne, weil nicht sicher ist, wie stark die wechselkursbedingte Verschlechterung der Absatzchancen die Gewinne drückt, wenn die Entlastung bei den Einfuhrkosten nachläßt, die 1987 noch einmal zu verzeichnen war. Es überrascht daher nicht, daß Rationalisierung und Modernisierung vielen Unternehmen vor Kapazitätserweiterungen gingen.

Außerdem ist zu bedenken, daß die Risiken, die sich mit Produktinnovationen und einem Vorstoßen auf neue Märkte, das heißt mit einer Erschließung neuer Absatzmöglichkeiten verbinden, größer sind als die einer Investition zum Ausbau traditioneller Marktpositionen. Eine kräftige Erweiterung des gesamtwirtschaftlichen Kapitalbestandes erfordert daher heute in vielen Fällen eine höhere Risikobereitschaft als früher und als Anreiz dafür auch die Aussicht auf höhere Gewinne.

Es liegt aber nicht allein an zu geringen Erweiterungsinvestitionen, wenn gegenwärtig zu wenig neue Arbeitsplätze entstehen. In einer zunehmenden Anzahl von Fällen fehlt es auch an Arbeitskräften, die mit den modernen, ganz neue Qualifikationsanforderungen stellenden Maschinen und Geräten umgehen können. Es genügt eben nicht, wenn Unternehmen sich bei der Investitionsplanung darauf beschränken, den Produktionsapparat zu optimieren, sich im übrigen aber darauf verlassen, daß „der Markt" die benötigten Arbeitskräfte bereitstellen werde. Die langfristige Personalplanung, soweit sie in den Unternehmen überhaupt existiert, wird ihr Augenmerk künftig viel mehr auf diese neuen Qualifikationserfordernisse richten müssen.

Unzureichendes Wirtschaftswachstum

245. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ist weiterhin gering, viel zu gering, um bei den großen unerledigten Aufgaben schneller, vor allem aber sicherer zum Ziel zu gelangen; und zu diesen Aufgaben zählt nicht allein der Abbau der Arbeitslosigkeit.

246. Weithin in Vergessenheit geraten oder zumindest unbeachtet ist, warum eine kräftiger wachsende Wirtschaft allen Vorteil bringt.

— Wachstum erleichtert den Abbau der Arbeitslosigkeit —

Die Zunahme der Beschäftigung in den vergangenen fünf Jahren um 600 000 Personen widerlegt die Auffassung, die Beschäftigung nehme erst dann zu, wenn die Rate der Produktionszunahme eine bestimmte, aus der Vergangenheit fortgeschriebene Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität überschreite („Scherentheorie"). Entsprechende Prognosen waren davon ausgegangen, daß sich die Schere zwischen Produktion und Produktivität erst bei einem Zuwachs des realen Sozialprodukts von 3 vH schließe, mithin also erst ein anhaltend darüber hinausgehendes Wachstum eine Steigerung der Beschäftigung ermögliche. Derartige mechanistische Rechnungen, die auf Extrapolationen basieren und die strukturellen Verschiebungen auf den Gütermärkten und Faktormärkten — insbesondere das schnellere Anwachsen der arbeitsintensiven Dienstleistungen — nicht angemessen berücksichtigen, haben die beschäftigungspolitische Diskussion belastet. Sie suggerierten die Vorstellung einer kaum verrückbaren „Beschäftigungsschwelle", sie diskreditierten die Bemühungen um Produktivitätssteigerungen als beschäftigungsschädigend, sie nährten die Illusion, man könne der Arbeitslosigkeit mit forcierter Verkürzung der Arbeitszeit beikommen (JG 83 Ziffern 432ff.).

Eine kaum verrückbare „Beschäftigungsschwelle" gibt es nicht. Mit ein und derselben Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion kann — je nachdem, welche Produktionsbereiche das Wachstum tragen; je nachdem, für wie lohnend es gehalten wird, das Arbeitsplatzangebot auszudehnen — ein höherer oder ein kleinerer Anstieg der Beschäftigung einhergehen. Gleichwohl aber: Ein anhaltend höheres Wachstum bietet zweifellos die größeren Chancen für die Ausweitung der Beschäftigung. Bei vergleichsweise hohem Wirtschaftswachstum werden komplementär zu den neuen Arbeitsplätzen für Personen mit hoher Qualifikation auch zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für weniger qualifizierte entstehen. Bei steigendem durchschnittlichem Lohnniveau können dann die Löhne stärker differenziert und damit die Beschäftigungschancen der Personen mit geringer beruflicher Qualifikation, die heute von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, verbessert werden, ohne daß deren Entlohnung dafür sinken muß. Je mehr die Beschäftigung steigt und die Arbeitslosigkeit abnimmt, um so mehr wird auch der politische Druck abnehmen, die Arbeit entgegen den Erwerbswünschen vieler anders zu verteilen.

— Wachstum trägt zum Abbau der internationalen Ungleichgewichte bei —

Ein anhaltend höheres Wachstum der deutschen Wirtschaft kommt auch dem Ausland zugute, indem es ausländischen Unternehmen nicht nur vorübergehend, sondern auf Dauer mehr Absatzchancen im Inland eröffnet. Und das ist der wirkungsvollste Beitrag zum Abbau der internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte. Dabei ist nicht allein an die akuten Probleme der Vereinigten Staaten zu denken, sondern auch an die Probleme der hoch verschuldeten Entwicklungsländer: Eine Lösung der internationalen Schuldenkrise läßt sich um so eher erzielen, je kräftiger die Wirtschaft in den Industrieländern wächst und je größere Möglichkeiten dadurch den Schuldnerländern für den Export eingeräumt werden, aus dessen Erlös sie den Schuldendienst letztlich bezahlen müssen. Wenn die deutsche Wirtschaft anhaltend kräftiger wächst, wird es der Wirtschaftspolitik auch leichter fallen, Begehren inländischer Produzenten nach Außenschutz zurückzuweisen.

— Umweltschutz erfordert Wachstum —

Es ist falsch, wenn in der öffentlichen Diskussion behauptet wird, nur ein bewußter Wachstumsverzicht sei geeignet, die natürliche Umwelt in ihrer Qualität und Vielfalt zu erhalten. Die großen Umweltschäden, die im Laufe vieler Jahre eingetreten sind, lassen sich nur bei vordergründiger Betrachtung allein einem Übermaß an Produktion und Konsum anlasten. Entscheidender war es, daß die Umwelt lange Zeit von Konsumenten und Produzenten scheinbar umsonst in Anspruch genommen werden konnte. Unter solchen Bedingungen mußte eine wachsende Wirtschaft zur Gefahr für die natürliche Umwelt werden. Müssen hingegen für die Umweltnutzung knappheitsgerechte Preise gezahlt oder entsprechend hohe Kosten der Vermeidung von Umweltschäden getragen werden, wird es für alle lohnend, mit der Umwelt sorgsam umzugehen. Unter diesen neuen Bedingungen bietet eine kräftige Ausweitung der Investitionen die Chance, alte, die Umwelt besonders stark belastende Anlagen früher auszusondern und den Kapitalbestand schneller auf umweltschonende Anlagen hin umzurüsten, schneller jedenfalls als in einer stagnierenden Wirtschaft, in der entsprechend weniger investiert wird und der Strukturwandel langsamer vorankommt.

Umweltschutz erfordert wirtschaftliches Wachstum. Der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen, der für den Schutz der natürlichen Umwelt in Anspruch genommen wird, ist bereits beachtlich groß, aber noch längst nicht groß genug, um alte Schäden an der Umwelt zu beheben und neue zu vermeiden. Einer stagnierenden Wirtschaft fiele es angesichts der unausweichlichen Konflikte sehr schwer — wahrscheinlich wäre es sogar unmöglich —, das für die Wiedergesundung und Erhaltung der natürlichen Umwelt Notwendige zu tun. Es sollte auch bedacht werden, daß ein anhaltend kräftigeres Wachstum die Durchsetzungschancen für weitere Verbesserungen des Umweltschutzes erhöht, ein stärker wachsendes Arbeitsplatzangebot die Sorge entkräftet, daß mehr Umweltschutz, der in den umweltintensiven Produktionen Arbeitsplätze kostet, die Lösung der Beschäftigungsprobleme erschwert. Im Gegenteil, die Umweltschutzgüter als neue Güter können in einer dynamischen Wirtschaft sogar beachtliche Wachstumsimpulse vermitteln (JG 84 Ziffern 400ff.).

— Wachstum ist die Grundlage der sozialen Sicherung —

Die bekannten Schwierigkeiten, denen die gesetzliche Rentenversicherung bei langfristig schrumpfen-

der Erwerbsbevölkerung und steigender Anzahl der Leistungsempfänger entgegengeht, lassen sich nur bei kräftig und anhaltend steigenden Erwerbseinkommen in einer Weise beheben, die sich nicht mit einem gravierenden Generationenkonflikt verbindet. Es ist sehr wichtig, daß in den wenigen Jahren, in denen die deutsche Erwerbsbevölkerung noch wächst, Vorsorge für die kritische Entwicklung nach der Jahrhundertwende getroffen wird, wenn der Anteil der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung mehr und mehr zunimmt. Das ist um so eher möglich, je mehr sich die Kapitalakkumulation beschleunigt und je mehr es die Einkommensentwicklung erlaubt, den Anteil der Eigenvorsorge auszuweiten. Auch in der Gesundheitsversorgung wird sich das Angebot an medizinischen Leistungen der verschiedensten Art unter voller Nutzung des technischen Fortschritts nur dann voll entwickeln, wenn hierfür genügend finanzielle Mittel bereitgestellt werden können. Das fällt in einer kräftig expandierenden Wirtschaft mit entsprechend höheren Einkommen viel leichter als in einer stagnierenden.

247. Das entscheidende Argument für eine das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten fördernde Wirtschaftspolitik ist in dem Faktum zu sehen, daß die Menschen — ungeachtet gewisser Wandlungen in der Einstellung zur Arbeit und zur Übernahme von Risiken (Ziffer 255) — steigende Einkommen wollen und auch bereit sind, sich dafür anzustrengen. Nur bei steigendem Realeinkommen können sich die Menschen an materiellen Wünschen erfüllen, was ihnen bisher versagt geblieben ist. Ärmere möchten sich das leisten können, was heute zum durchschnittlichen Lebensstandard gerechnet wird, aber auch Haushalte mit höherem Einkommen haben zumeist noch viele Kaufwünsche offen. Neben die latente Nachfrage, die sich auf bekannte Güter richtet, tritt die nach neuen Produkten und verbesserten Qualitäten. Dies gilt im übrigen ebenso für staatliche Leistungen; längst nicht aller Bedarf ist hier gedeckt. Von einer allgemeinen Sättigung der Nachfrage ist unsere Volkswirtschaft noch weit entfernt. Dem widerspricht nicht die Beobachtung, daß die Produktion einer zunehmenden Anzahl von Gütern auf Sättigungsgrenzen stößt. Es wäre ein grundlegendes Mißverständnis, dies als Anzeichen einer bald bevorstehenden allgemeinen Sättigung zu deuten. Es ist vielmehr ein Kennzeichen aller reifen Volkswirtschaften. Für die betroffenen Unternehmen folgt daraus, daß sie sich nach besseren Marktchancen umsehen müssen; und diese gibt es. Jedenfalls darf man aus einer Häufung partieller Sättigungen nicht den Schluß ziehen, die Menschen besäßen in unserer Gesellschaft alles, was sie bräuchten, und es machte deshalb keinen Sinn, Wirtschaftswachstum unverändert als ein wirtschaftspolitisches Ziel zu sehen. So lange die Menschen es der Mühe wert finden, sich für eine reichhaltigere Versorgung anzustrengen, so lange bleibt es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, für günstige Wachstumsbedingungen zu sorgen. Ein wirtschaftliches Wachstum, das sich im Einklang mit den Wünschen der Menschen und mit deren wohlverstandenen längerfristigen Interessen entfaltet — und nur dieses —, ist immer zugleich ein qualitatives Wirtschaftswachstum.

248. Der große Abstand zwischen Wachstumsziel und Wachstumswirklichkeit erfordert eine entschlossenere Schwerpunktsetzung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die breite und grundlegende Verbesserung der Bedingungen, unter denen sich wirtschaftliches Wachstum entfalten kann, muß die wirtschaftspolitische Hauptaufgabe für die nächsten Jahre sein. Die angemessene Therapie setzt an den Ursachen der akuten Wachstumsschwäche an, und deren gibt es viele. Wir erwarten von einer Kausaltherapie einen nachhaltigen Erfolg, aber nicht einen schnellen. Was über viele Jahre hinweg bis in die jüngste Zeit hinein Quellen des Wirtschaftswachstums verschüttet und wirtschaftliche Einstellungen wie Verhaltensweisen mitgeprägt hat, läßt sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Geduld und Zuversicht sind daher vonnöten. Wachstum heißt immer auch Strukturwandel. Die Lasten der Anpassung, die einzelne Gruppen dabei tragen müssen, mögen so schwer wiegen, daß es politisch unabweisbar wird, ihnen solidarisch zu helfen. Immer muß aber bedacht werden, daß durch solche Regelungen der solidarischen Hilfe nicht neue Ursachen für Wachstumsschwäche geschaffen oder alte ungebührlich verlängert werden dürfen.

II. Vorrang für die Wachstumspolitik

Ursachen der Wachstumsschwäche

249. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich seit den frühen siebziger Jahren in einem ausgeprägten Strukturwandel. Das hat eine Vielzahl von Gründen, angefangen von Veränderungen der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen über demographische und gesellschaftliche Einflüsse im Innern bis hin zur technologischen Entwicklung.

250. Unter den außenwirtschaftlichen Gründen sind zunächst die starken Veränderungen des Wechselkurses zu nennen. Bis zum Übergang von festen zu beweglichen Wechselkursen, der 1971 eingeleitet und 1973 vollzogen wurde, hatte die zunehmende Unterbewertung der D-Mark die deutschen Anbieter im Preiswettbewerb mit ausländischen Konkurrenten stark begünstigt, was die Ausfuhr rascher als die Einfuhr steigen ließ. Dieser Vorteil mit seinen wachstumsfördernden Impulsen ging nach der Wechselkursfreigabe im weiteren Verlauf der siebziger Jahre verloren, und mit der zunehmenden Überbewertung der D-Mark schlug er Anfang der achtziger Jahre sogar in einen Nachteil um. Mit dem Höhenflug des Dollar und seinem Fall danach hat sich die Wettbewerbsposition in der Zwischenzeit zunächst zum Besseren und nun wieder zum Schlechteren gewendet. Überlagert wurden die Einflüsse, die von den starken Schwankungen der realen Wechselkurse ausgingen, von den kostensteigernden und nachfragedämpfenden Wirkungen der beiden Ölpreisschübe. Der Ölpreisverfall in den letzten beiden Jahren brachte wohl Entlastung, jedoch auch damit war neuerlicher Anpassungsbedarf an veränderte Marktgegebenheiten verbunden. Erschwerend kam von der zweiten Hälfte der siebziger Jahre an die Exportoffensive Japans hinzu, die zwar nur einen begrenzten Teil von

Märkten, diesen aber um so stärker traf, und schließlich brachte das Vordringen von Schwellenländern, die in ihrer Entwicklungsstrategie mehr und mehr von der Importsubstitution auf eine Exportorientierung übergingen, Unternehmen verstärkt unter Druck, die Standardprodukte mit hohem Lohnaufwand herstellen.

Im Inneren hat gleichzeitig die demographische Entwicklung Wirtschaft und Gesellschaft vor ganz neue Aufgaben gestellt. Die Wohnbevölkerung wächst nicht mehr, sondern sie schrumpft. Damit verbinden sich Verschiebungen im Altersaufbau, die bereits für sich genommen weitreichende Auswirkungen auf die Nachfragestruktur haben. Diese ändert sich zudem rascher als früher, weil die meisten Haushalte heute mehr Einkommen frei verfügbar haben, aber auch, weil traditionelle Verhaltensmuster an Bedeutung verlieren. Darüber hinaus unterliegen die Märkte auf Grund des technischen Fortschritts einem rascheren Wandel, läßt dieser doch Produkte wie Produktionsverfahren schneller veralten, ob man die Informations- und Kommunikationstechniken als besonders augenfälliges Beispiel nimmt, flexible Fertigungsautomaten oder neue Werkstoffe. Und nicht zuletzt hat auch das gestiegene Umweltbewußtsein die Märkte verändert.

251. Marktveränderungen müssen nicht notwendigerweise Wachstumseinbußen bedeuten, denn sie bringen nicht nur Anpassungslasten und Umstellungsrisiken, sondern auch Chancen mit sich, mit Neuem erfolgreich zu sein, vorausgesetzt, daß Wille und Fähigkeit zur Anpassung zusammenkommen.

Festzustellen ist, daß den Unternehmen die Bewältigung der Anpassungsaufgaben nur zum Teil gelungen ist. Neben erfolgreichen Unternehmern, die es verstanden, sich mit verbesserten oder gänzlich neuen Produkten und Verfahren Kunden zu halten oder neue Märkte zu erschließen, stehen die anderen, glücklose, denen der Erfolg versagt blieb, untüchtige, die am Hergebrachten festhielten, weil sie den Anpassungsbedarf verkannten, aber auch solche, denen es weniger an der Bereitschaft zur Umstellung als vielmehr an den Mitteln dazu fehlte. Aufs ganze gesehen hat die deutsche Wirtschaft nicht die Dynamik und Flexibilität entfalten können, die angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in den Produktions- und Absatzbedingungen gefordert sind. Es ist ihr jedenfalls nicht gelungen, Wachstumseinbußen an einer Stelle durch Zugewinne an anderer wettzumachen und der nachwachsenden Generation sowie denen, die aus der sogenannten Stillen Reserve auf den Arbeitsmarkt drängen, Arbeitsplätze in der benötigten Zahl zu bieten. Der Rückstand in der Bewältigung des strukturellen Wandels ist es, aus dem die anhaltende Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik resultiert. Gewiß, in allen Industrieländern wächst die Wirtschaft seit Anfang der siebziger Jahre nicht mehr so wie davor; das weist darauf hin, daß allenthalben ähnliche Ursachen wirksam waren und es noch sind. So ausgeprägt wie in der Bundesrepublik war die Wachstumsabschwächung freilich längst nicht überall.

252. Auf Rückstände im strukturellen Wandel lassen insbesondere die folgenden Beobachtungen schließen:

— Gemessen an der Aufgabe, den grundlegend veränderten Absatz- und Produktionsbedingungen durch offensive Strategien zu begegnen, wäre es notwendig gewesen, die Investitionen in Sachkapital sowie in Wissen und Fertigkeiten deutlich zu verstärken (JG 86 Ziffern 204 ff.). Denn nur mit einer überdurchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und mit Produkten, die den Nachfragern im Vergleich mit Konkurrenzerzeugnissen einen hohen Preis wert sind, läßt sich die Spitzenlohnposition der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb behaupten. Die Anlageinvestitionen sind jedoch nicht stärker, sondern schwächer als früher gestiegen, und auch die konjunkturelle Aufwärtsbewegung der letzten Jahre hat keine Ausweitung gebracht, die auch nur annähernd ausgereicht hätte, die entstandene Lücke an rentablen Arbeitsplätzen zu schließen; noch immer wächst der Kapitalstock der Unternehmen erheblich langsamer als Anfang der siebziger Jahre, und dies, obwohl ein wettbewerbsfähiger Arbeitsplatz heute im Durchschnitt der Wirtschaft einen immer größeren Kapitaleinsatz erfordert (Ziffer 101). Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind dem Betrage nach wie im Vergleich zum Umsatz zwar kräftig erhöht worden, und hier nimmt die Bundesrepublik nach wie vor einen Platz in der Gruppe der führenden Länder ein. Im Vergleich zu Japan vor allem hat sie gleichwohl an Terrain verloren; insbesondere in einigen Hochtechnologie-Bereichen, die auf mittlere und längere Sicht die größten Marktchancen haben, steht sie zurück. Das mag zum Teil an Mängeln bei der Ausrichtung und der Organisation von Forschung und Entwicklung im Unternehmensbereich, zum Teil auch an Lücken in der anwendungsnahen Hochschulforschung liegen (JG 85 Ziffer 312); vor allem aber hat die staatliche Forschungsförderung nicht die von manchen erwarteten Impulse geben können, im Gegenteil, wachstumspolitisch gesehen ist sie, so wie sie noch immer angelegt ist, manchmal sogar eher kontraproduktiv (Ziffern 262 und 417). Auch an vielen anderen Stellen der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen finden sich weiterhin Hemmnisse, die den wachstumsnotwendigen Strukturwandel behindern. Sie zu beseitigen, ist die zentrale Aufgabe einer Wirtschaftspolitik, die auf mehr Wachstum und mehr Beschäftigung zielt.

— Der tertiäre Sektor expandiert nicht so schnell, wie es notwendig wäre, um die Arbeitsplatzverluste in Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Baugewerbe wettzumachen und die darüber hinaus benötigten zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen. Zwar hat dieser Sektor auch in der Bundesrepublik seinen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und an der Gesamtbeschäftigung gesteigert; angesichts seiner großen Wachstumschancen und des großen Potentials an Arbeitsplätzen, das er bieten könnte, sind die Anteilsgewinne jedoch eher mäßig zu nennen. Fragt man nach den Gründen dafür, so stößt man, jedenfalls zum größ-

ten Teil, wieder auf die gleichen wie bei der Investitionsschwäche. Besonders hervorzuheben sind hier die Beschränkungen des Marktzugangs durch übermäßige Regulierung, staatlich verordnete ebenso wie tarifvertraglich vereinbarte Regulierung.

— Die großen Branchenkrisen dauern an, bei der Steinkohle nun seit fast drei Jahrzehnten, bei der Landwirtschaft noch länger. Auch beim Stahl und bei den Werften sind sie nicht erst seit den siebziger Jahren offenkundig. Daß die Marktanpassung durch Kapazitätsabbau und Diversifizierung der Produktpalette hier soweit zurückhängt, hat eine Wirtschaftspolitik zu verantworten, die Wettbewerb fernhielt und die Illusion nährte, sie vermöchte es, Arbeitsplätze auf Dauer gegen den Markt zu erhalten. Was demgegenüber dynamischer Wettbewerb in Branchen vermag, die internationalem Konkurrenzdruck nicht minder ausgesetzt waren als die in der Öffentlichkeit so stark beachteten Krisenbranchen, wie es den Unternehmen hier gelungen ist, das Beste aus einer schwierigen Marktlage zu machen, das zeigen beispielhaft Unternehmen in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

253. Wirtschaftswachstum und Strukturwandel beeinflussen sich in ihrem Tempo wechselseitig. Ein Zuviel an alten und ein Zuwenig an neuen Produktionen beeinträchtigen das wirtschaftliche Wachstum, ein schwaches Wachstum wiederum erschwert die wirtschaftliche Erneuerung. Umgekehrt gilt: Einer Wirtschaft, die kräftig wächst, fällt es leichter, auf Neues zu setzen, statt an Altem festzuhalten und so den wachstumsnotwendigen Strukturwandel voranzubringen.

In der Bundesrepublik werden seit Mitte der siebziger Jahre die Chancen, für einen unrentabel gewordenen Arbeitsplatz einen gleichbezahlten Ersatzarbeitsplatz zu finden, von den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften überwiegend als sehr schlecht beurteilt. Das erklärt, warum seitdem die Forderungen nach Schutz nicht mehr rentabler Arbeitsplätze mit so großem Nachdruck vorgebracht werden und in der Öffentlichkeit auch Verständnis finden. Nicht nur in Krisenbranchen, auch bei einzelnen Unternehmen hat sich die Wirtschaftspolitik zu solchen Hilfen bereitgefunden. Jeder staatliche Schutz, einmal gewährt, birgt indes die Gefahr, zu einer Dauerhilfe zu werden, indem er Unternehmen und Arbeitnehmer verleitet, sich auf eine „Anschlußregelung" zu verlassen, statt durch eigene Leistung im Wettbewerb zu bestehen. So begründen Wachstumsschwäche und Arbeitsplatzmangel anhaltende Belastungen für den Strukturwandel, und es bleibt bei schwachem Wachstum, bis dieser Teufelskreis durchbrochen wird.

254. Zum Rückstand im strukturellen Wandel und der daraus folgenden Wachstumsschwäche haben sowohl die staatliche Wirtschaftspolitik als auch die Tarifpolitik beigetragen.

— Die hohen marginalen Zwangsabgaben in der Bundesrepublik haben einen breiten Keil zwischen das getrieben, was für die Arbeitsleistung und die Unternehmerleistung am Markt zu bezahlen ist, und das, was Arbeitnehmern und Unternehmern davon netto bleibt. Das hat zum Ausfall von Produktion, Beschäftigung und Investitionen geführt, die sonst rentabel gewesen wären.

— Tariflohnvereinbarungen, die keine Rücksicht auf erschwerte Marktbedingungen nahmen und nicht hinreichend zwischen den Lohnsteigerungen für besser und weniger qualifizierte Arbeitnehmer differenzierten, haben die Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verschärft; sie haben die Unsicherheit über die Kosten-Erlös-Relation und damit die Unsicherheit für Investitionsentscheidungen vergrößert und den Anreiz für verstärkte Qualifikationsanstrengungen geschwächt.

— Die sektorale und die regionale Strukturpolitik sind in ihrem Kern eine Politik der Arbeitsplatzerhaltung geblieben und nicht in erster Linie eine wirtschaftspolitische Hilfe zum strukturellen Wandel geworden. Ihre Kosten werden vom gesunden Teil der Wirtschaft getragen, sie belasten dessen Entwicklungsmöglichkeiten (Ziffer 263).

— In wichtigen Bereichen — etwa im Verkehr und in der Landwirtschaft — verfolgt die Wirtschaftspolitik keinen klaren marktwirtschaftlichen Kurs. Zu den unvermeidlichen Marktrisiken kommen daher für viele Investoren die Unwägbarkeiten politischer Markteingriffe hinzu. Im Umweltschutz wird administrativen Steuerungsmechanismen der Vorzug gegeben, obwohl eine marktwirtschaftliche Steuerung überlegen wäre (JG 84 Ziffer 406). Im Gesundheitswesen verhält es sich ähnlich (JG 85 Ziffern 366 ff.). In manchen anderen Bereichen des tertiären Sektors läßt überdies eine Öffnung der Märkte noch immer auf sich warten (JG 85 Ziffern 320 ff.).

Damit sind Ansatzpunkte für eine Kausaltherapie aufgezeigt.

255. Die öffentliche Diskussion vermittelt den Eindruck, als ob sich die Einstellung zur Arbeit, zur Übernahme von Risiken und zur industriell geprägten arbeitsteiligen Wirtschaftsweise derart gewandelt hätte, daß daraus eine fundamentale Schwächung der das Wachstum tragenden Kräfte resultiere. Wir teilen dieses Urteil nicht. Zwar bestreiten wir nicht, daß die zu beobachtenden Veränderungen in den Einstellungen teilweise auch auf einen Wandel in den sozialen Wertungen und individuellen Präferenzen zurückgehen; dies muß die Politik respektieren. Es sollte aber ebensowenig streitig sein, daß die Verhaltensänderungen, die zu beobachten sind, auch mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Anreize zusammenhängen, die der Wirtschaftspolitik anzulasten sind. Werden das Arbeiten und das Produzieren mit hohen Abgaben belegt und wird die Risikoübernahme nicht angemessen abgegolten, kann es nicht überraschen, daß die „abgabenfreie" Freizeit und die Weigerung, wirtschaftliche Risiken auf sich zu nehmen, eine hohe Wertschätzung genießen. Die Wirtschaftspolitik sollte sich vornehmen, dies mit Mut und Entschlossenheit zu ändern. Die Sorge, sie mißachte dann die Wertvorstellungen der Menschen, ist unbegründet. Was der ein-

zelne will, was ihm lohnend erscheint, wofür er auch bereit ist, sich anzustrengen, das wird besonders dann offenkundig, wenn die gröbsten Fehler in den Anreizmechanismen beseitigt sind. Bedacht werden sollte auch dies: Eine Wirtschaft, welche die in den Menschen und ihren Fähigkeiten angelegten Triebkräfte zum wirtschaftlichen Wachstum voll nutzt, hat die größten Möglichkeiten, humane und soziale Forderungen an die Gestaltung der Arbeitswelt und die Nutzung der Technik zu erfüllen.

Die Aufgabe für die Wirtschaftspolitik

256. Wirtschaftliches Wachstum ist das Ergebnis der Anstrengungen der Menschen, es besser zu haben, mehr Fähigkeiten und mehr technisches Wissen zu erwerben oder bis dahin ungenutztes Wissen anzuwenden und sich die Arbeit zu erleichtern, indem sie sich bessere Produktionsmittel schaffen oder deren Zusammenspiel besser organisieren. Wie stark das Produktionsergebnis über die kurzfristigen Schwankungen hinweg zunimmt, ist bei gegebenem Wettbewerb von außen von der Tüchtigkeit, Risikobereitschaft und Findigkeit der Unternehmen, von der Qualifikation und Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer sowie von der Bereitschaft aller abhängig, auf Gegenwartskonsum zu verzichten, um das Ersparte zu investieren und so die Chance für einen in der Zukunft weiter wachsenden Wohlstand zu eröffnen. Der Staat ist nicht der Motor des Wachstums; er hat gleichwohl wichtige wachstumspolitische Aufgaben: An ihm liegt es, mit dem Ausbau der komplementären Infrastruktur günstige Voraussetzungen und Vorbedingungen für einen effizienten Einsatz von Kapital und Arbeit zu schaffen und vor allem für ein überzeugendes und stabiles gesetzliches und institutionelles Rahmenwerk zu sorgen, damit sich die wirtschaftlichen Antriebskräfte entfalten und in ihrem Zusammenwirken den Präferenzen der Menschen auf Dauer bestmöglich gerecht werden können. Wachstumspolitik ist daher in ihrem Kern Wirtschaftsordnungspolitik.

257. Die Aufgabe, der Entfaltung der wirtschaftlichen Antriebskräfte mehr Raum zu geben und die Voraussetzungen für eine effiziente Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu schaffen, ist der Wirtschaftspolitik in nahezu allen ihren Teilbereichen gestellt. In Tat und Wahrheit hat sich die Wirtschaftspolitik jedoch über die Jahre immer weiter von einer Wachstumsorientierung entfernt, indem sie ein Übermaß an Regelungen, ja staatlicher Gängelung schuf, das die Initiative des einzelnen zurückdrängte, indem sie es zuließ, daß kurzfristige Verteilungsziele Vorrang gegenüber der Mehrung des künftig Verteilbaren erhielten, indem sie Gruppeninteressen immer wieder nachgab. Das Wohl des Ganzen hat darunter gelitten.

Aus diesen Verstrickungen muß sich die Wirtschaftspolitik lösen. Gefordert ist eine Neuorientierung auf das Wachstum hin. Es gilt, den folgenden Grundeinsichten wieder verstärkt Geltung zu verschaffen.

- Ein größerer Freiraum setzt blockierte wirtschaftliche Initiativen frei und nutzt im Ergebnis allen.
- Die Steuerung der Einzelentscheidungen durch Markt und Wettbewerb ist, abgesehen von den wenigen Fällen des sogenannten Marktversagens, der staatlichen Lenkung im wirtschaftlichen Ergebnis überlegen. Auch Bereitstellung und Nutzung öffentlicher Güter lassen sich mit Regelungen, die dem Marktmechanismus abgeschaut sind, meist effizienter gestalten.
- Verteilungskonflikte stellen sich in einer wachsenden Wirtschaft weniger scharf als in einer stagnierenden Wirtschaft, in der jeder nur gewinnen kann, was ein anderer verliert. Wenn ein größeres Sozialprodukt verteilt werden kann, bringt das auch den wirtschaftlich Schwächeren auf die Dauer mehr, als wenn sie bei einem kleineren Produkt im Anteil besser bedacht werden.
- Wahrung von Besitzständen setzt die Fähigkeit der Wirtschaft herab, sich Marktveränderungen anzupassen.
- Wer Freiheit für sich, wer Autonomie beansprucht, muß Verantwortung für sein Handeln tragen. Das gilt für den einzelnen ebenso wie für gesellschaftliche Gruppen.
- Eine wachsende Wirtschaft erfüllt von sich aus in hohem Maße soziale Funktionen, indem sie mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und — als Frucht des gesamtwirtschaftlichen Wachstums — steigenden Wohlstand bietet. Sie macht es nicht nur leichter, die zur Finanzierung staatlicher Sozialpolitik nötigen Mittel aufzubringen, sondern sie vermindert auch den Bedarf an staatlicher Fürsorge in dem Maße, in dem die Bürger ihr Auskommen durch eigene Arbeit finden. Eine Politik, die aus Gründen einer falsch verstandenen sozialen Ausgewogenheit der Eigeninitiative zu wenig Raum läßt, vergrößert hingegen den sozialpolitischen Handlungsbedarf und schwächt gleichzeitig die wirtschaftliche Basis, was es schwerer macht, die Leistungen zu finanzieren.

258. Gefordert ist eine umfassende Neuorientierung. Deren eigentliche Schwierigkeiten liegen weniger in den Details der einzelnen Schritte. Was wirtschaftspolitisches Handeln bewirkt, wenn es für die wirtschaftliche Betätigung mehr Freiraum schafft oder Koordinierungsmängel beseitigt, läßt sich zwar nicht in jedem Einzelfalle mit völliger Sicherheit angeben, aber doch hinreichend umreißen. Die Grenzen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sind durchaus nicht so eng gezogen, wie es in der öffentlichen Diskussion oft den Anschein hat. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen in der politischen Umsetzung des für richtig Erkannten. Es kommt darauf an, daß die wirtschaftspolitische Konzeption möglichst vielen verständlich und begreifbar gemacht wird. Wenn es nicht gelingt, jede einzelne Reformmaßnahme mit ihrer Einbettung in die Gesamtkonzeption, mit ihrem Beitrag zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung, aber auch mit dem geforderten Verzicht für einzelne Gruppen überzeugend zu begründen, besteht die Gefahr, daß sich die Widerstände der unmittelbar Betroffenen bis zu einer Reformblockade verdichten.

Beispiele für das, was zu tun ist

259. Dreh- und Angelpunkt einer Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum zielt, ist der dynamische Wettbewerb (JG 85 Ziffern 308 ff.). Dynamischer Wettbewerb entfaltet sich, wo Märkte offen gehalten und wo Marktzugangsbarrieren soweit beseitigt werden, wie immer dies möglich ist, ohne ein übergeordnetes Ziel, den Schutz von Menschen und Natur etwa, zu gefährden. Mit der Marktöffnung für inländische Wettbewerber werden vielfach zugleich Zugangsschranken für ausländische Anbieter beseitigt.

Marktöffnung steigert die Produktivität. Wo bisher geschützte Märkte geöffnet werden, zwingt der sich verschärfende Wettbewerb die Anbieter, ihr Produktangebot zu verbessern und alles zu tun, um im Preis- und Kostenwettbewerb mithalten zu können. Wem dies nicht gelingt, der muß ausscheiden. Der Fortfall unrentabler Arbeitsplätze ist jedoch nur die eine Seite der Beschäftigungswirkungen. Auf der anderen Seite steht die Mehrbeschäftigung aus erweiterten Produktionschancen. Man darf ja nicht aus dem Blick verlieren, daß die Erhaltung unrentabler Produktion und Beschäftigung die Steuerzahler oder die Käufer der betreffenden Produkte Einkommen kostet; mit dem Wegfall des Schutzes entfallen diese Kosten, und es wird Kaufkraft frei. Wichtiger aus wachstumspolitischer Sicht ist der dynamische Aspekt: Neuerungsaktivitäten und Investitionen werden verstärkt auf zukunftsträchtige Produktionen ausgerichtet, auf Produktionen also, die vom erwarteten Ertrag her die Kosten und die Risiken lohnen. Selbst wenn die Saldierung der Beschäftigungseinbußen gegen die Mehrbeschäftigung auf kurze Sicht keinen Gewinn an Arbeitsplätzen erbringt, ist doch auf mittlere Sicht ein solcher Gewinn nicht zu bezweifeln.

Wie rasch eine Öffnung bisher versperrter Märkte zu einer Mehrbeschäftigung führt, hängt nicht zuletzt von der Beweglichkeit des Arbeitsmarktes ab. Die neuen Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen ja im allgemeinen nicht da, wo die alten wegfallen. Viele Arbeitnehmer müssen nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch die Tätigkeit wechseln. Das erfordert Mobilität und die Bereitschaft, umzulernen, sich neues Wissen anzueignen, neue Fertigkeiten auszubilden, und dazu bedarf es hinreichender wirtschaftlicher Anreize. Anpassungsbereitschaft muß sich beim Einkommen auszahlen.

260. Die Politik der Marktöffnung, der Abbau überflüssiger Regulierungen und anderer Hindernisse gegen die Entfaltung des Wettbewerbs, erfüllt eine beständig wahrzunehmende ordnungspolitische Aufgabe. Wie eine solche Politik der Marktöffnung unter dem ordnungspolitischen Leitbild des dynamischen Wettbewerbs zu gestalten ist, hat der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1985/86 (Ziffern 308 ff.) dargelegt. Dort sind für die Telekommunikation, den Straßengüterverkehr, den Stahlbereich und das Gesundheitswesen die Grundlinien für eine Politik der Marktöffnung in diesen Bereichen aufgezeigt worden. Im gleichen Zusammenhang hat der Rat auch die ordnungspolitischen Aspekte der Innovationspolitik erläutert. Die Innovationspolitik kann dazu beitragen, neue Märkte zu erschließen. In diesem Sinne läßt sie sich ebenfalls als eine Politik der Marktöffnung begreifen.

Die Öffnung des Marktes für die Telekommunikation steht bevor. Eine wettbewerbsfreundliche Regelung dieses wachstumsträchtigen Wirtschaftsbereichs wird der gesamten Wirtschaft kräftige Impulse geben. Wir sehen in der Zulassung von Randwettbewerb gegenüber dem Netzmonopol, das der neuen öffentlichen Unternehmung TELEKOM übertragen werden soll, ferner im freien Wettbewerb der Telekommunikationsdienste untereinander und auch mit dem Telefon, eine ordnungspolitisch insgesamt befriedigende Lösung, nicht zuletzt jedoch im Vertrauen darauf, daß die technische Entwicklung das weitere Vordringen des Wettbewerbs begünstigen wird. Für besonders vordringlich halten wir es, daß das Unternehmen TELEKOM voll in den marktwirtschaftlichen Bereich integriert wird, daß es wie andere Unternehmen besteuert wird und daß der Wettbewerb der Telekommunikationsdienste die Preise und Kosten im Kontakt miteinander hält (Ziffern 403 ff.).

Die Politik der Marktöffnung verlangt auch die Revision der starren Ladenöffnungszeiten, die die Handlungsfähigkeit des Einzelhandels und das Einkaufsverhalten der Verbraucher unnötig einschränken. Von der Freigabe der Ladenschlußzeiten können Wachstumsimpulse ausgehen, aber nicht deswegen alleine treten wir dafür ein. Es geht um eine effizientere Allokation der Zeit, der Angebotszeit des Einzelhandels und der Freizeit der Kunden. Denn Einkaufen ist eine Tätigkeit, die Freizeit kostet, die aber auch Freizeitvergnügen bedeuten kann, wenn man ohne starre Zeitvorgaben einkaufen kann (Ziffern 411 ff.).

Auch eine Subvention kann unter bestimmten Umständen der Marktöffnung dienen, wenn sie den Zutritt zu einem sonst nicht erreichbaren Markt für eine gewisse Zeit lang fördert. Gleitet sie jedoch zur Dauersubvention ab, dann verfehlt sie diesen Zweck. Diese Frage stellt sich heute beim Airbus-Projekt. Der Zugang zum amerikanisch beherrschten Markt für Großraumflugzeuge scheint den europäischen Herstellern in gemeinsamer Anstrengung wohl gelungen zu sein. Aber die in Deutschland dafür fließenden Subventionen sind ein zu hoher Preis. Nicht anders als alle Produzenten müssen auch die Hersteller von Großraumflugzeugen ihre Kosten auf die Dauer im Wettbewerb einspielen. Dauersubventionen für den Marktzugang? Das kann nicht der Sinn der Sache sein (Ziffern 415 ff.).

261. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ist mit Protektionismus nicht verträglich. Protektionismus leistet einer Verweigerung der Anpassung an den Strukturwandel Vorschub und vereitelt somit Wachstum. Protektionismus bringt auch im internationalen Verteilungskampf keinen wirklichen Vorteil, schon gar keinen Vorteil auf Dauer. Letztlich verlieren alle Länder, weil die internationale Arbeitsteilung eingeengt wird. Im Inland müssen zudem die Exporteure regelmäßig für die Importbeschränkung zahlen, weil die von der Protektion betroffenen Lieferländer ihre Nachfrage nach den Produkten der heimischen Exportzweige kürzen oder weniger steigern, sei es im

gewollten Gegenzug oder sei es wegen ihrer geringeren Devisenerlöse. Die negativen Folgen sind nicht deshalb kleinzuschreiben, weil es sich bei den derzeit praktizierten Einfuhrbeschränkungen zumeist um selektive Maßnahmen handelt. Je für sich mögen die Nachteile nicht schwerwiegend erscheinen, zusammen fallen sie jedoch durchaus ins Gewicht. Zudem handelt es sich vielfach um mengenmäßige Beschränkungen. Die Weltmarktpreise verlieren damit ihre Lenkungsfunktion. Abschottung gegen die Importkonkurrenz gibt zu all dem der Marktmacht größeren Einfluß, denn mit dem Wettbewerb von außen fehlt es an einer wichtigen Kraft, die sie diszipliniert.

262. Das Wachstum fördern heißt nicht nur die Bereitschaft, sondern auch die Fähigkeit zu Innovationen fördern. In ordnungspolitisch unbedenklicher Weise geschieht das, wenn nicht einzelne Wettbewerber bevorzugt, sondern allen gleiche Möglichkeiten eingeräumt werden, Neuerungen in Angriff zu nehmen und am Markt durchzusetzen. Eine wachstumsfreundliche Unternehmensbesteuerung hat dabei die größte Breitenwirkung (JG 85 Ziffer 314).

Es gibt freilich auch Innovationsfelder, die auf marktwirtschaftlichem Wege nicht zu erschließen sind, weil die Kosten und Risiken der Erschließung einzelne Unternehmen überfordern, auch wenn sie mit anderen kooperieren. Soweit die Erschließung im öffentlichen Interesse liegt, sind staatliche Hilfen in diesen Fällen vertretbar. Nicht alles, was an Innovationen in anderen Ländern vom Staat gefördert wird, muß jedoch schon deshalb auch in der Bundesrepublik mit staatlichem Geld gefördert werden. Solche Hilfen müssen vielmehr auf Ausnahmen beschränkt bleiben, die einer besonderen Begründung bedürfen. Das gilt auch, wenn es darum geht, jungen Unternehmen oder Wirtschaftszweigen zum Fußfassen auf internationalen Märkten zu verhelfen; denn das Risiko all solcher Hilfen besteht darin, daß die begünstigten Unternehmen auf dem neuen Markt längere Zeit die Rentabilitätsschwelle nicht erreichen. Sie bleiben dann von staatlichen Subventionen abhängig, und was als Hilfe zum Marktzugang gedacht war, gerät zur Dauersubvention.

Ein Beispiel für die Aktualität solcher Risiken liefert das Airbus-Projekt, das die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern finanziell mit hohen Beträgen fördert. Damit soll der europäischen Flugzeugindustrie der Zugang zu dem von wenigen amerikanischen Unternehmen beherrschten Weltmarkt für Großraumflugzeuge ermöglicht werden. Ob und wann die Airbus-Industrie die Rentabilitätsschwelle erreichen wird, ist in jüngster Zeit immer ungewisser geworden. Nicht zuletzt der niedrige Dollarkurs führt zu kräftigen Ertragseinbußen. Noch ist zudem die Gefahr nicht ausgeräumt, daß die amerikanische Regierung mit Verweis auf die Subventionierung Absatzbarrieren für den Airbus in den Vereinigten Staaten errichten könnte. So droht der Airbus zu einem Projekt zu werden, bei dem sich Umfang und Dauer der Subventionierung immer mehr ausdehnen (Ziffer 418).

263. Besonders stark sind die Beharrungstendenzen, die den strukturellen Wandel erschweren und das Wachstum hemmen, in den altindustriellen Problemgebieten, in denen sich die Beschäftigungsprobleme konzentrieren. Daß hier so lange am Überkommenen festgehalten wurde, schadet nicht nur der Wirtschaft im ganzen; es hat letztlich auch den Menschen nicht geholfen, die in diesen Regionen leben. Wenn das Festhalten an nicht mehr wettbewerbsfähigen Industrien zur Blockade von Boden und Arbeitskraft führt, wenn darüber hinaus die Produktion durch überzogene Rechtsvorschriften verteuert oder gar verhindert wird und wenn obendrein noch hohe Löhne die Attraktivität der Region für Investoren mindern, dann kann eine schnelle und kraftvolle Erneuerung kaum Platz greifen.

Gewiß, als die Gesamtwirtschaft noch stärker wuchs, ist auch in den altindustriellen Gebieten manches geschehen: Im Ruhrgebiet etwa sind aus den Reparaturdiensten der Montanindustrie Unternehmen des Großanlagenbaus geworden, die sich große Auslandsmärkte erschlossen und neues technisches Wissen in die Region gebracht haben, gerade auch auf dem zukunftsträchtigen Gebiet des Umweltschutzes. Die Stahlindustrie hat ihre Produktpalette neuen Markterfordernissen angepaßt. Der Staat hat vielfältige Maßnahmen zur Infrastrukturverbesserung ergriffen. Dies alles war jedoch bei weitem nicht genug. Im Ruhrgebiet wie auch in anderen altindustriellen Problemregionen ist ein Ausgleich der Arbeitsplatzverluste nicht in Sicht. Es mangelt an dynamischen Impulsen aus der Wirtschaft, es fehlt zum Teil auch an einer nach vorne gerichteten Strategie. Hinzu kommt die Gewöhnung an die starke Subventionierung der Problemindustrien. Auf solchem Boden können neue Wachstumskräfte nur schwer gedeihen. Die oft noch stark ausgeprägte Verwurzelung der zuständigen Entscheidungsträger in den alten Strukturen spielt dabei ebenso eine Rolle wie der Mangel an Entscheidungskompetenz und Handlungsautonomie der untergeordneten Gebietskörperschaften, zum Beispiel in der Steuergestaltung. Auch aus diesem Grund tritt der Sachverständigenrat schon seit langem für eine Reform des kommunalen Finanzsystems ein, die der regionalen Eigeninitiative mehr Raum gibt und eine stärkere Bindung zwischen kommunalen Entscheidungsträgern und örtlicher Wirtschaft bewirkt (JG 84 Ziffern 399 ff.); er erneuert seine Vorschläge dazu im vorliegenden Gutachten (Ziffern 297 ff.).

264. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik schließt den Schutz der natürlichen Umwelt ein. Der Umweltschutz bindet einerseits Ressourcen, verursacht also Kosten; andererseits eröffnet er neue Produktionsmöglichkeiten für Güter, die unmittelbar dem Umweltschutz dienen oder umweltverträglicher sind. Ein Umweltschutz, der ökonomisch effizient durchgeführt wird, das heißt mehr Nutzen stiftet, als er kostet, kann in gleicher Weise wie die Einführung eines sonstigen neuen Produkts mehr Produktion und Beschäftigung anregen (JG 84 Ziffer 405). Entscheidend sind daher die Instrumente, mit denen die Umweltschutzpolitik ihre Ziele ansteuert. Wo immer es möglich ist, sollte marktwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten der Vorzug gegeben werden: Sie wirken nicht diskriminierend — unterscheiden beispielsweise nicht zwischen alten und neuen Anlagen —,

setzen daher in der Breite kräftige Anreize zur Umweltschonung frei und bewirken so eine Minimierung der Kosten.

Auch für den Umweltschutz gilt der Erfahrungssatz, daß es besser ist, Schäden zu vermeiden, als bereits entstandene zu beheben. Er gilt für den Umweltschutz sogar in besonderem Maße, weil die Behebung vieler Schäden — wenn sie überhaupt möglich ist — um ein Mehrfaches teurer ist als die Vermeidung. Deshalb ist ein schonender Umgang mit der Natur so wichtig. Neben die Aufgabe, umweltbewußtes Verhalten zu fördern, tritt die spezifische Aufgabe der Umweltschutzpolitik, die Weichen für eine möglichst breite Anwendung integrierter Techniken des Umweltschutzes zu stellen (JG 85 Ziffer 227). Das sind neue Produkte oder Verfahren, die so gestaltet sind, daß umweltschädliche Reststoffe oder Wirkungen möglichst gar nicht erst entstehen; eine großen wirtschaftlichen und ökologischen Erfolg versprechende Technik dieser Art könnte beispielsweise die Wirbelschichtfeuerung für Kohle werden. Zur Fortentwicklung integrierter Techniken eignen sich am besten die Instrumente der preislichen Steuerung. Die heute vorherrschenden ordnungsrechtlichen Instrumente begünstigen eher die konventionelle Technik, also nachgeschaltete Umweltschutzanlagen, bei denen sich die Umweltbelastung, wenn auch auf reduziertem Niveau, von dem einen Umweltmedium zum anderen verlagert.

265. Eine zentrale Rolle in einer Wirtschaftspolitik, die dem Wachstum Vorrang gibt, kommt der Finanzpolitik zu. Ihre Hauptaufgaben sind die Absenkung der Steuerbelastung und die Reform der Steuerstruktur. Mit dem Abbau des Anstiegs der Grenzsteuersätze in den Jahren 1986 und 1988 sowie mit dem für 1990 vorgesehenen Übergang zu einem linear-progressiven Einkommensteuertarif unter gleichzeitiger Aufhebung einiger Steuervergünstigungen wird ein Weg in der richtigen Richtung beschritten, allerdings nicht konsequent genug; denn zugunsten verteilungspolitischer Erwägungen hält sich der Abbau von Behinderungen des Wirtschaftswachstums in engeren Grenzen als erhofft. Auch ist Unsicherheit darüber entstanden, wie die Steuerentlastung finanziert werden soll. Befürchtungen, daß die Kreditfinanzierungsquote dauerhaft wieder ansteigen könnte, sind der Wachstumsdynamik abträglich. Die Finanzpolitik muß deshalb auf klarem Kurs bleiben: Die mühsam errungene Haushaltskonsolidierung darf nicht wieder gefährdet werden. Wenn der immer wieder in Aussicht gestellte Abbau der Finanzhilfen endlich entschlossen in Angriff genommen wird, kann gleichzeitig dreierlei erreicht werden: die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der gesunden Unternehmen, die Bereinigung der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte, indem sich der Staat auf seine notwendigen Aufgaben beschränkt, und eine solide Finanzierung der Steuerentlastungen, die unverzichtbar ist, damit die Bürger mit einer dauerhaften Senkung der Steuerquote rechnen können.

266. Dem ersten Anschein nach haben die Lohnpolitik und die Wachstumspolitik wenig miteinander zu tun. Bei genauerem Hinsehen erweist sich das Gegenteil als richtig: Die Lohnpolitik ist zur Flankierung der Wachstumspolitik unverzichtbar, und die Wachstumspolitik lohnt dies mit steigenden realen Einkommen.

Dafür spricht die Erfahrung der letzten drei Jahre: Die Lohnpolitik hat den Stabilitätskurs, wenn auch nicht mit letzter Konsequenz, unterstützt. Die Preise sind — auch dank der günstigen Preisentwicklung im Austausch mit dem Ausland — nur mäßig gestiegen. Die Beschäftigung hat zugenommen, und die realen Löhne wachsen brutto wie netto wieder. Preisstabilität ist die eine und Kostenstabilität die andere Voraussetzung dafür, daß die Investitionen kalkulierbar, die Risiken des Wirtschaftens in die Zukunft hinein gemindert werden. Daß die Investitionen derzeit mit den guten Gewinnen nicht ausreichend Kontakt halten, mag die Lohnpolitik enttäuschen; hängen doch von den Investitionen die Sicherheit der Arbeitsplätze, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Zugang an neuen Arbeitsplätzen ab. Dennoch darf dies angesichts des realen Einkommenszuwachses der letzten drei Jahre nicht Anlaß zur Kursänderung der Lohnpolitik etwa in Richtung einer expansiveren Auslegung sein.

Die Laufzeit der Tarifverträge steigt heute an, nicht zuletzt wegen der Vereinbarung abgestufter Arbeitszeitverkürzungen. In einigen Bereichen beträgt die Laufzeit drei Jahre. Auch dies kann zum Abbau von Unsicherheit beitragen. Wichtig ist jedoch, daß die mittelfristige Linie der Produktivitätssteigerung richtig getroffen und die Lohnverabredungen auf dieser Linie gehalten werden. Mittelfristig konstante Lohnstückkosten geben den Investoren mehr Sicherheit. Sie flankieren die Wachstumspolitik ebenso wie die Stabilitätspolitik. Sie tragen zu langfristig steigenden Realeinkommen bei.

Die Aufgabe der Lohnpolitik im Rahmen einer Politik für mehr Wachstum besteht somit in der Zurückhaltung im Verteilungskampf um der Stabilität der Währung und der Ermutigung der Investitionen, um der Zukunft willen. Ihren Lohn dafür findet sie in kräftigerem Wachstum des Einkommens der Arbeitnehmer.

Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach

267. Wachstumspolitik ist längerfristig angelegte Wirtschaftspolitik. Es braucht seine Zeit, Blockaden von wirtschaftlichen Antriebskräften aus dem Weg zu räumen und Koordinationsmängel zu beseitigen; und manche Früchte reifen nur langsam. Zu einem kräftigeren Wachstum kann es deshalb nicht schnell kommen. Das bedeutet, daß gravierende Störungen, wie auch immer verursacht, nicht sicher und nicht schnell überwunden werden können, solange die Wachstumskräfte noch zu schwach sind. Sollte es einmal dazu kommen, daß sich Pessimismus und Attentismus ausbreiten und ein Abgleiten in den Abschwung mit einem kumulativen Rückgang der Nachfrage droht, dann muß sich die Wirtschaftspolitik dem energisch entgegenstemmen.

268. Der Börsenkrach, der im Oktober und November zu großen Kursverlusten führte, stellt keine solche gravierende Störung dar. Der Rückgang der Aktien-

kurse muß in erster Linie als eine Korrektur vorangegangener Übertreibungen gesehen werden. Denn zuvor war es zu einer Kursentwicklung gekommen, die zunehmend den Kontakt mit den fundamentalen realwirtschaftlichen Gegebenheiten verloren hatte, und das heißt vor allem: mit der Ertragskraft der Aktiengesellschaften, in Vergleich gesetzt zur Höhe der Risiken, und auch in Vergleich gesetzt zu den Renditen alternativer Finanzanlagen. Die Vorstellung, daß dem Aktienmarkt eine Eigendynamik innewohne, die steigende Kurserwartungen in immer weiter steigende Kurse umsetze, bestimmte das Verhalten vieler Anleger. Man darf aber auch nicht übersehen, daß spekulative Übertreibungen auf den Aktienmärkten in diesem Ausmaß wohl kaum möglich gewesen wären, wenn nicht in allen großen Industrieländern die Liquidität deutlich rascher als das Sozialprodukt zugenommen hätte. Es kam wie es kommen mußte: Als Zweifel an der Richtigkeit der Erwartungen eines immer noch vorhandenen Kurssteigerungspotentials aufkamen, brachen die Übersteigerungen in sich zusammen. Die Kurskorrektur trat ein, als politische Streiterei allen ins Bewußtsein rief, daß die Vorstellungen darüber, wie die großen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden sollen, nicht auf einen Nenner zu bringen sind.

269. Der Schwarze Montag (19. Oktober 1987) leitete die überfällige Rückführung der überhöhten Aktienkurse auf ein Niveau ein, das eher im Einklang mit den vergleichsweise wenig geänderten realwirtschaftlichen Gegebenheiten der Unternehmungen steht. Das Kursniveau Ende Oktober lag an den internationalen Börsen noch über dem für 1986 ermittelten Durchschnittswert. Insoweit kann man von einer Normalisierung in der Marktbewertung der Aktiengesellschaften sprechen, von der nichts Bedrohliches ausgeht.

Dennoch gerieten Aktienbesitzer in Panik. Die Aktienkurse gingen daraufhin nach einer kurzen Beruhigungsphase zurück. Mit dem neuen Verkaufsdruck an den Aktienbörsen trat zeitweilig eine erneute Abschwächung des amerikanischen Dollar ein. In der Verquickung der Aktienbaisse mit der Wechselkursentwicklung scheinen die eigentlichen Gefahren auf, die der deutschen Volkswirtschaft drohen, wenn die Vereinigten Staaten es allein dem Wechselkurs überlassen, ihr fundamentales Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz abzubauen.

270. Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach muß deshalb zuverlässiger als bisher durch internationale Kooperation darauf hinwirken, daß die großen Ungleichgewichte in der Welt mit möglichst geringen Störungen für die Weltwirtschaft abgebaut werden. Wie schädlich für alle Länder Konfrontation und Zweifel an der Gültigkeit der getroffenen Vereinbarungen sind, hat der Börsenkrach drastisch vor Augen geführt. Als großes Land kann und muß die Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag zu einer internationalen Übereinkunft leisten, welche die Entschlossenheit der Regierungen zeigt, die Verzerrungen im Leistungsbilanzgefüge — ohne Protektionismus, ohne Inflation, ohne Rezession — gemeinsam zu überwinden. Dabei kommt es nicht auf spektakuläre Aktionen an, sondern entscheidend auf Geschlossenheit und Festigkeit der Regierungen und Notenbanken, da vorerst die Unsicherheit auf Aktienbörsen und Devisenmärkten noch nicht beseitigt ist.

271. Es führt kein Weg daran vorbei: Der Abbau des hohen Defizits im Bundeshaushalt der Vereinigten Staaten ist das zentrale Element einer dauerhaften Lösung; andernfalls gäbe es auch keine Chance, das amerikanische Leistungsbilanzdefizit und die hohen Außenhandelsüberschüsse Japans und der Bundesrepublik zurückzuführen. Die Vereinigten Staaten werden bei allem Eigeninteresse an der Konsolidierung ihres Bundeshaushalts aber — wie die letzten Jahre gelehrt haben — dazu nur bereit sein, wenn Europa und Japan überzeugende Maßnahmen zur Beschleunigung ihres wirtschaftlichen Wachstums ergreifen. Das wichtigste, was die Bundesrepublik in die Verhandlungen einbringen kann, ist ein wachstumspolitisches Paket. Eine ohne weiteren Verzug eingeleitete Deregulierung in wachstumsträchtigen Märkten, wie etwa in dem der Telekommunikation, erhöht auch die Chance des amerikanischen Partners, seinen Absatz auf dem deutschen Markt zu steigern; und ein schrittweiser Abbau noch bestehender Außenhandelsschranken, zum Beispiel bei Dienstleistungen oder landwirtschaftlichen Produkten, kommt ebenfalls der Angebotsstruktur der amerikanischen Wirtschaft entgegen. Aber nicht allein die unmittelbaren Auswirkungen auf den deutschen Import sind relevant, sondern auch die mittelbaren. Alles, was unternommen wird, um die wirtschaftlichen Antriebskräfte zu stärken, trägt zu einem soliden Wachstum in der Bundesrepublik bei und verstärkt damit die Nachfrage nach ausländischen Gütern (JG 85 Ziffern 201 ff.).

272. In die internationale Übereinkunft ist die Geldpolitik einzubeziehen. Es ist Aufgabe der Notenbanken, destabilisierenden Währungsspekulationen entgegenzuwirken (JG 86 Ziffer 258) und — soweit es ihnen möglich ist, ohne das Ziel der Geldwertstabilität zu gefährden — Sicherheit dafür zu schaffen, daß es in absehbarer Zeit zu keinen größeren Änderungen der realen Wechselkurse kommt. Entscheidend ist, daß der Dollarkurs nicht weiter „herabgeredet" wird, da dies außerhalb des Dollarraums rezessive Tendenzen auslösen würde, die der Lösung der großen weltwirtschaftlichen Probleme entgegenwirken. Die Gefahr, daß die Notenbank eines Landes zur Abwehr von Wechselkursverschiebungen dauerhaft an den Devisenmärkten intervenieren müßte, ist angesichts der heute erreichten Wechselkursrelationen nicht sehr hoch zu veranschlagen, bei internationaler Koordination der Wirtschaftspolitik besteht sie kaum.

Eine internationale Verpflichtung der Geldpolitik der Überschußländer zu einem stark expansiven Kurs wäre indessen wirkungslos und gefährlich. Sie wäre wirkungslos, weil die Geldpolitik in der gegenwärtigen Situation kaum Möglichkeiten hat, die reale gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern. Die schwache Expansion in der Bundesrepublik ist nicht auf eine unzureichende Geldversorgung zurückzuführen. Sie wäre aber auch gefährlich, und dies nicht allein wegen ihrer mittelfristigen Auswirkungen auf

den Geldwert. Vielmehr ist auch zu bedenken, daß es ja die starke Geldmengenexpansion der letzten Jahre war, die einen so steilen Anstieg der internationalen Aktienkurse erst ermöglicht hatte. Eine noch stärkere Geldmengenausweitung dürfte nicht zur Beruhigung der internationalen Finanzmärkte führen.

273. Wegen der begrenzten Einsatzmöglichkeiten der Geldpolitik zur Beschleunigung wirtschaftlichen Wachstums in den Überschußländern wird die Finanzpolitik für das Zustandekommen des internationalen Akkords eine größere Rolle spielen. Im Ausland ist hierzu die Vorstellung verbreitet, daß in Deutschland eine übertriebene Konsolidierungspolitik betrieben werde. Dieser Eindruck ist falsch. Tatsächlich ist die Bundesregierung den amerikanischen Vorstellungen schon weitestgehend entgegengekommen. Die konjunkturbedingten Steuerausfälle und der wechselkursbedingte Rückgang des Bundesbankgewinns werden in der Bundesrepublik zu einer expansiv wirkenden Erhöhung der Haushaltsdefizite führen. Auch sonst hat es in der letzten Zeit kaum noch Konsolidierungsfortschritte gegeben — im Gegenteil: Die Bundesregierung wird in den Jahren 1988 und 1990 ihre Steuerreform fortführen, ohne daß die Staatsquote in dem wachstumspolitisch wünschenswerten Ausmaß zurückgeführt wird Ziffer 277. Das Verhältnis des Defizits im Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften zum Bruttosozialprodukt wird danach von 2,7 vH im Jahre 1987 auf 3,2 vH im Jahre 1988 und voraussichtlich auf etwa 3½ vH im Jahre 1990 ansteigen; in den Vereinigten Staaten sollen dagegen die Haushaltsfehlbeträge in diesem Zeitraum weit unter diese Relation zurückgeführt werden. Der Weltwirtschaft ist nicht damit gedient, wenn an Stelle der Vereinigten Staaten künftig die Bundesrepublik in Schwierigkeiten käme oder bei einer noch stärker defizitären Haushaltspolitik gar einer neuen Konsolidierungskrise entgegenginge.

274. Wirtschaftspolitik nach dem Börsenkrach heißt nicht nur, die internationale Kooperation zu stärken, sondern auch, durch Festigkeit und Überzeugungskraft einer Verunsicherung der inländischen Bevölkerung entgegenzuwirken: der Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und über die Handlungsfähigkeit von Regierung und Notenbank — auch für den Fall gravierender Störungen. Vertrauen erzeugen verlangt den unbeirrt klaren Kurs in der Wachstumspolitik. Es verlangt eine über das Tagesgeschehen hinausgehende Sicht und überzeugende Konzeptionen zur Bewältigung der schwierigen strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft.

TEIL B
Zu den Politikbereichen im einzelnen

I. Finanzpolitik: Vor zunehmenden Schwierigkeiten

275. Zur Stärkung des Wirtschaftswachstums hat die Finanzpolitik einen wichtigen Beitrag zu leisten. Bislang wird die Entfaltung der Wachstumskräfte durch Volumen und Struktur der öffentlichen Haushalte behindert. Werden hier Veränderungen vorgenommen, können die Rahmenbedingungen für die deutsche Volkswirtschaft auf zweifache Weise verbessert werden.

Zunächst müssen diejenigen Regelungen abgebaut werden, die dem Willen zu wirtschaftlichen Leistungen entgegenwirken. Zu diesen wirtschaftlichen Leistungen gehören nicht nur die Arbeit, insbesondere die schöpferische Initiative, sondern vor allem auch die Bereitschaft, Risiken zu tragen. Das Verhältnis von Leistungsanreizen und Risiko auf der einen Seite, Anstrengung oder Freizeitopfer auf der anderen darf durch die Steuerbelastung nicht empfindlich gestört werden, und das gilt für die Bezieher hoher Einkommen ebenso wie für die Menschen, die nur ein mittleres oder gar ein kleines Markteinkommen erwirtschaften können. Deren Leistungsbereitschaft kann allerdings auch dann gemindert werden, wenn andere, die keinen Beitrag zur Wertschöpfung erbringen, von staatlichen Unterstützungen kaum schlechter leben als jene. Es gilt mithin, das Steuerrecht und das Sozialrecht so zu koordinieren, daß dies vermieden wird, und bei der Steuerreform geht es nicht allein um eine Senkung der Steuerlasten, weil das Wachstumsziel auch bei der Verteilung der unvermeidlichen Belastungen auf die Bürger nicht aus den Augen gelassen werden darf.

Sodann muß das Feld für die rentable Produktion in den Unternehmungen wieder erweitert werden; denn die Mittel, die der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben einsetzt, müssen nicht zuletzt von den gesunden Unternehmen aufgebracht werden. Diese Behinderung läßt sich abbauen, wenn die auf den Investitionen lastenden Steuern — direkt oder indirekt über Tarifänderungen — gesenkt werden (Ziffer 289); die Situation bessert sich jedoch kaum, wenn der Staat die Steuerausfälle durch eine dauerhafte Erhöhung der Nettokreditaufnahme zu kompensieren sucht, weil dadurch tendenziell steigende Zinsen verursacht und private Investitionen zurückgedrängt werden. Die Aussichten für die weitere Wirtschaftsentwicklung können sich auch dadurch verschlechtern, daß sich möglicherweise inflatorische Prozesse entwickeln. Schließlich wächst die Unsicherheit bei den Unternehmern, wenn die Kreditfinanzierungsquote, also das Verhältnis der Nettokreditaufnahme zum Produktionspotential, dauerhaft steigt, weil sie dann befürchten müssen, daß die Steuerlasten wieder erhöht werden.

Aus diesem Grunde genügt es nicht, die Steuern zu senken: Soll Raum für mehr rentable Investitionen gewonnen werden, soll die Chance für eine Kräftigung des Wirtschaftswachstums eröffnet werden, so muß die Steuersenkung von einer Rückführung der Staatsquote, das heißt des Verhältnisses der Staatsausgaben zum Produktionspotential, begleitet sein. Dabei genügt es nicht, den Zuwachs der öffentlichen Ausgaben zu begrenzen; vielmehr muß auch deren Struktur den wachstumspolitischen Zielen angepaßt werden. Subventionen für die kranken Unternehmungen bewirken nicht nur, daß zu ihrer Finanzierung den gesunden Unternehmungen überhöhte Steuerlasten auferlegt werden müssen; sie verzerren auch den Wettbewerb auf Gütermärkten wie auf Arbeitsmärkten und verhindern auf diesem Wege, daß eine überlebte Wirtschaftsstruktur verbessert werden kann.

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Eine Senkung der Staatsquote ist für eine wachstumsfreundliche Finanzpolitik unumgänglich, weil nur durch eine Rückführung der Steuerlasten und eine Verbesserung der Haushaltsstruktur versucht werden kann, gleichzeitig die Hemmnisse für die Leistungsbereitschaft abzubauen und die Voraussetzungen für Investitionen zu verbessern.

276. Das Wirtschaftswachstum zu kräftigen, ist auch das erklärte Ziel der deutschen Steuerpolitik. Die beschlossenen Neuregelungen und die sich abzeichnenden weiteren Schritte sind jedoch nicht konsequent auf diese Vorgabe ausgerichtet. Diejenigen Regelungen des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988, die im Jahre 1988 wirksam werden, sowie die Regelungen des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 entlasten die Bürger um insgesamt mehr als 13½ Mrd DM. Für das Jahr 1990 ist eine Steuerreform mit einem Gesamtvolumen von mehr als 39 Mrd DM vorgesehen, von denen knapp 20 Mrd DM auf eine echte Steuersenkung entfallen, während die restlichen rund 19 Mrd DM im wesentlichen durch den Abbau von Steuervergünstigungen, also durch eine Änderung der Steuerstruktur, aufgebracht werden sollen. Insbesondere erscheint das Hauptziel der vorgesehenen Änderungen, nämlich den scharfen Anstieg der Grenzsteuersätze im direkt progressiven Bereich des gegenwärtigen Einkommensteuertarifs durch den Übergang zu einem linear-progressiven Tarif abzubauen, geeignet, die demotivierenden Wirkungen einer progressiven Einkommensteuer zu mildern. Ein Großteil der übrigen Maßnahmen ist aber verteilungsorientiert; von ihnen können keine Impulse für die Hebung der Leistungsbereitschaft erwartet werden. Außerdem ist eine Reihe wachstumspolitisch dringend gebotener Änderungen des Steuerrechts nicht eingeleitet worden.

Im übrigen wird die Steuerreform 1988/90 nur dann die von ihr erhofften Wirkungen entfalten können, wenn die Steuerentlastungen nicht durch einen Anstieg der steuerähnlich erhobenen Beiträge zu den Sozialversicherungen kompensiert werden; denn die Belastung der gesetzlichen Krankenversicherungen ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, und die Belastung der Rentenversicherungsträger wird sich im Laufe der nächsten Jahrzehnte gewaltig erhöhen. Reformen dieser beiden Versicherungszweige sind auch deshalb unerläßlich geworden und sollten zügig in Angriff genommen werden. Bei der Neuordnung der Krankenversicherung geht es nicht allein um eine Lösung der Finanzierungsprobleme: Durch mehr Markt im wachstumsträchtigen Gesundheitswesen sollte eine Entwicklung ermöglicht werden, bei der die Bedarfsdeckung besser an die individuellen Wünsche der Verbraucher angepaßt wird.

277. Unklar ist bislang, wie die echten Entlastungen der Bürger durch die Steuerreform 1988/90 finanziert werden sollen; denn die Zeit der großen Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung ist vorbei. Zwar ist es der Finanzpolitik in den Jahren 1981 bis 1986 gelungen, die Kreditfinanzierungsquote von 4,7 vH auf 2,1 vH zurückzuführen, doch ist diese im Jahre 1987 wieder deutlich angestiegen, so daß nun kein Spielraum mehr für die Steuerentlastung gewonnen wird (Tabelle 26). Ohne eine grundlegende Änderung in der Ausgabenpolitik wird dies auch künftig nicht gelingen; denn was in dem Zeitraum von 1981 bis 1987 mit der Senkung der Staatsquote von 33,6 vH auf 30,9 vH gelungen ist, reicht nicht aus, um das ehrgeizige Vorhaben der Steuerreform haushaltspolitisch zu verkraften. Es wäre nötig gewesen, die Struktur der Staatsausgaben, vor allem durch einen entschlossenen Abbau der Finanzhilfen, zu bereinigen, was wir in unseren früheren Gutachten als „qualitative Konsolidierung" bezeichnet haben (JG 84 Ziffer 345 und JG 85 Ziffer 258).

Außerdem ist es der Finanzpolitik nicht gelungen, aus der Stabilisierung des Geldwertes die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Während der Einnahmenzuwachs deutlich geringer ausfiel, als er bei höheren Inflationsraten gewesen wäre, hat es der Staat nicht geschafft, Vorteile aus dem Stabilisierungserfolg zu ziehen. Die lineare Anhebung der Bezüge des öffentlichen Dienstes in diesem Jahr um 3,4 vH bietet ein typisches Beispiel für diesen Sachverhalt; sie übersteigt den im Jahr 1987 ohnehin geringen gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs beträchtlich, ist angesichts der erreichten Preisniveaustabilität sowie im Hinblick auf die Leitfunktion des Abschlusses für die privaten Sektoren stabilitätspolitisch wie wachstumspolitisch verfehlt und belastet vor allem die Haushaltsentwicklung bedenklich. Dies betrifft die Gemeinden und namentlich die Länder, deren Personalausgaben etwa 40 vH ihrer Gesamtausgaben betragen, stärker als den Bund.

278. Nicht nur die divergierende Ausgabenstruktur von Bund, Ländern und Gemeinden, sondern auch die unterschiedlichen Auswirkungen der Steuerreform

Tabelle 26

Zur Entwicklung von Staatsquoten und Kreditfinanzierungsquoten der öffentlichen Haushalte [1])

	Einheit	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 [2])	1988 [2])
Produktionspotential [3])	Mrd DM	1 413,2	1 519,4	1 613,9	1 715,7	1 795,6	1 862,1	1 926,4	2 022,7	2 106	2 178½
Bruttosozialprodukt [3])	Mrd DM	1 396,6	1 485,2	1 545,1	1 597,1	1 680,4	1 769,9	1 844,9	1 948,0	2 020	2 087½
Ausgaben	Mrd DM	469,9	509,2	541,8	561,6	570,1	583,6	604,0	627,4	651	671
darunter: Zinsausgaben	Mrd DM	24,7	29,4	36,4	44,9	51,1	53,3	55,8	57,6	59½	63
Einnahmen	Mrd DM	423,5	452,1	466,1	491,6	514,8	537,1	564,7	585,4	596½	605
darunter: Steuern	Mrd DM	342,7	364,9	370,2	378,5	396,2	414,6	437,0	452,6	467	476½
Finanzierungssaldo	Mrd DM	−46,6	−57,1	−75,7	−69,9	−55,3	−46,5	−39,3	−41,9	−54½	− 66
Staatsquote [4])	vH	*33,3*	*33,5*	*33,6*	*32,7*	*31,8*	*31,3*	*31,4*	*31,0*	*30,9*	*30,8*
Steuerquote [5])	vH	*24,5*	*24,6*	*24,0*	*23,7*	*23,6*	*23,4*	*23,7*	*23,2*	*23,1*	*22,8*
Kreditfinanzierungsquote [6])	vH	*3,3*	*3,8*	*4,7*	*4,1*	*3,1*	*2,5*	*2,0*	*2,1*	*2,6*	*3,0*
Nachrichtlich: Staatsquote [7])	vH	*33,6*	*34,3*	*35,1*	*35,2*	*33,9*	*33,0*	*32,7*	*32,2*	*32,2*	*32,2*
Kreditfinanzierungsquote [8])	vH	*3,3*	*3,8*	*4,9*	*4,4*	*3,3*	*2,6*	*2,1*	*2,2*	*2,7*	*3,2*
Zinslastquote [9])	vH	*5,3*	*5,8*	*6,7*	*8,0*	*9,0*	*9,1*	*9,2*	*9,2*	*9,1*	*9,4*

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) In jeweiligen Preisen.
[4]) Ausgaben in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[5]) Rechnungmäßige Steuereinnahmen in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[6]) Finanzierungssaldo in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[7]) Ausgaben in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[8]) Finanzierungssaldo in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[9]) Zinsausgaben in vH der Ausgaben.

für diese drei „Ebenen" haben für die anstehenden Neuregelungen des Finanzausgleichs große Bedeutung. Die Lösung der Probleme wird dadurch erschwert, daß es in der Haushaltssituation der einzelnen Länder große Abweichungen gibt und daß sich auch hinter der weit fortgeschrittenen Konsolidierung der Kommunalfinanzen beträchtliche Unterschiede in der Lage der einzelnen Gemeinden verbergen. Für 1988 und die folgenden Jahre sind die Anteile des Bundes und der Länder am Aufkommen der Umsatzsteuer neu festzusetzen. Außerdem muß der Länderfinanzausgleich auf der Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts reformiert werden. Finanzpolitisch erscheint es geboten, im Zuge dieser Lösungen die Selbstverantwortung der Gemeinden und — soweit dies im Rahmen der verfassungsrechtlichen Schranken möglich ist — die der Länder ebenfalls zu stärken. Eine solche Dezentralisierung der finanzwirtschaftlichen Kompetenzen ist auch unter dem Blickwinkel der wachstumspolitisch wichtigen Bereinigung der Regionalstruktur angezeigt (Ziffer 300).

Abkehr vom Konsolidierungskurs?

279. Durch das Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988 sind die Steuerentlastungen, die das Steuersenkungsgesetz 1986/1988 für die zweite auf den 1. Januar des kommenden Jahres wirksam werdende Stufe vorgesehen hatte, auf insgesamt gut 13 ½ Mrd DM erhöht worden. Das für 1988 zu erwartende Steueraufkommen wird auch dadurch gemindert, daß nur mit einer unter der Normalauslastung liegenden Beanspruchung des Produktionspotentials gerechnet werden darf. Zwar werden die Preise im nächsten Jahr wieder etwas stärker steigen als im Jahre 1987, doch bleibt die Geldentwertung weiterhin erfreulich gering, so daß sich die „kalte Progression" nur mäßig auswirken wird. Insgesamt werden den Gebietskörperschaften im Jahre 1988 nach unseren Schätzungen kassenmäßige Steuereinnahmen in Höhe von 476 ½ Mrd DM zufließen; das sind immerhin noch 9 ½ Mrd DM mehr als in diesem Jahr. Die volkswirtschaftliche Steuerquote — das Steueraufkommen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt — wird dagegen auf 23,9 vH sinken (nach 24,3 vH im Jahre 1987).

Die Schwächen der Einnahmenentwicklung werden die Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften beeinflussen. Wir rechnen deshalb damit, daß die Vorgaben des Finanzplanungsrates, die einen Pfad für den Ausgabenzuwachs von durchschnittlich 3 vH jährlich vorsehen, im kommenden Jahre wieder eingehalten werden. Dieser Pfad wurde in den Jahren 1985 bis 1987 jeweils deutlich überschritten. Die Staatsquote — die Staatsausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Verhältnis zum Produktionspotential — dürfte wegen des geringen Wirtschaftswachstums praktisch nicht mehr sinken.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik wird sich nach unseren Schätzungen im Jahre 1988 auf 66 Mrd DM belaufen. Es steigt damit erneut beträchtlich an, nachdem sich der Fehlbetrag dieses Jahres bereits auf 54 ½ Mrd DM und damit gegenüber dem Ergebnis des Jahres 1986 um gut 12 ½ Mrd DM erhöht hat. In der ökonomisch aussagefähigeren Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird sich im nächsten Jahr für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften ein Defizit in Höhe von 57 Mrd DM ergeben. Der Saldo im gemeinsamen Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen wird mit 49 ½ Mrd DM etwas darunter liegen, weil im Jahr 1988 bei den Sozialversicherungsträgern insgesamt ein Überschuß von 7 ½ Mrd DM entstehen wird.

Die Entwicklung der Staatsausgaben und der Finanzierungsdefizite ist im kommenden Jahr mit einigen besonderen Risiken behaftet, die sich schwer einschätzen lassen. Inwieweit allfällige Belastungen durch eine stärkere Zurückhaltung bei anderen Ausgaben abgefangen werden können, läßt sich schwer übersehen. Von der Entwicklung des Dollarkurses hängt es ab, welchen Umfang die Kokskohlenbeihilfe annehmen und ob die Ausschüttung des Bundesbankgewinns die veranschlagte Höhe erreichen wird. Die anstehende EG-Agrarreform wird voraussichtlich dazu führen, daß die Subventionen des Bundes für die Landwirtschaft weiter erhöht werden. Die Aufstokkung der deutschen Zahlungen anläßlich der Änderung der Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaften wird möglicherweise durch eine Tariferhöhung bei speziellen Verbrauchsteuern — im Gespräch sind die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer — (zumindest auf kurze Sicht) überkompensiert werden.

280. Um die Einflüsse abschätzen zu können, die die Haushalte der Gebietskörperschaften auf den Konjunkturverlauf ausüben, berechnet der Sachverständigenrat den konjunkturellen Impuls. Als Basis für diesen Maßstab dienen uns seit dem vergangen Jahr die Verhältnisse des Jahres 1985. Für das Jahr 1988 ergibt sich auf dieser Grundlage eine potentialorientierte Kreditaufnahme in Höhe von 31 ½ Mrd DM. Diese Größe ist um die auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen zu erhöhen, die 3 ½ Mrd DM betragen werden sowie um die Mindereinnahmen in Höhe von 7 Mrd DM wegen eines anomal niedrigen Bundesbankgewinnes (JG 84 Ziffer 242). Weitere Sondereinflüsse sind für das kommende Jahr nicht zu berücksichtigen, so daß für das konjunkturneutrale Finanzierungsdefizit 42 Mrd DM zu veranschlagen sind. Mit dieser Größe ist der tatsächliche Finanzierungssaldo zu vergleichen, der sich — wie erwähnt — auf 57 Mrd DM beläuft. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich ein expansiver konjunktureller Impuls in Höhe von 15 Mrd DM (Tabelle 27). Da das Produktionspotential auch 1988 etwas unterhalb der Normalauslastung beansprucht werden wird, ist ein solcher Impuls nicht unerwünscht.

Mit dem konjunkturellen Impuls wird der Umfang der Anstoßwirkungen beschrieben, die von der Wirtschaftstätigkeit des Staates ausgehen und für sich betrachtet grundsätzlich geeignet sind, über eine Steige-

Tabelle 27

Finanzierungssaldo und konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte 1988 [1])

Mrd DM

	1987	1988
I. Konjunkturneutrale Komponente des Finanzierungssaldos [2])		
(a) Potentialorientierte Kreditaufnahme	−30½	−31½
(b) Auslastungsbedingte Steuermehreinnahmen bzw. Steuermindereinnahmen	− 3	− 3½
(c) Inflationsbedingte Steuermehreinnahmen	—	—
(d) Mehreinnahmen/Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne	—	− 7
I. (a) bis (d) Konjunkturneutraler Finanzierungssaldo (= Finanzierungssaldo des konjunkturneutralen Haushalts)	−33½	−42
II. Tatsächlicher Finanzierungssaldo [3])	−44	−57
I. ./. II. Konjunktureller Impuls der öffentlichen Haushalte (expansiv: +; kontraktiv: −)	+10½	+15

[1]) Öffentliche Haushalte in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Methodische Erläuterungen siehe Tabellen 17 und 18 sowie Anhang IV, Abschnitt D. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Einschließlich der Mehreinnahmen bzw. Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der anomalen Entwicklung der Bundesbankgewinne.

rung der wirksamen Nachfrage zu einer höheren Auslastung des Produktionspotentials beizutragen. Allerdings ist ein derartiges Deficit-spending insofern nicht unproblematisch, als die Erfahrung gelehrt hat, daß dieses Instrument bei einer nur geringen Unterschreitung der Normalauslastung regelmäßig überdosiert wird und dadurch die Unstetigkeit des Konjunkturverlaufs verstärkt. Werden bereits geringfügige Abweichungen von der Normalauslastung mit hohen Haushaltsdefiziten bekämpft, hat das außerdem zur Folge, daß die Staatsverschuldung wegen ihrer bereits erreichten Höhe dann nicht mehr gesteigert werden kann, wenn es konjunkturpolitisch wirklich erforderlich ist, nämlich bei der Gefahr eines sich selbst verstärkenden Abschwungs. Davon kann zur Zeit keine Rede sein.

Von den Konjunkturwirkungen der Staatsverschuldung sind deren Wachstumswirkungen zu unterscheiden. Wachstumspolitik ist nicht auf eine höhere Auslastung des Produktionspotentials, sondern auf seine Ausweitung gerichtet. Dazu sind Innovationen und Investitionen nötig. Letztere werden tendenziell durch die staatliche Kreditaufnahme verdrängt (crowding out); das gilt jedenfalls dann, wenn die Kreditaufnahme des Staates das konjunkturpolitisch akzeptable Maß überschreitet und dadurch die Normalauslastung des Produktionspotentials überschritten wird oder die brachliegenden Kapazitäten angesichts struktureller Verzerrungen nicht für die Deckung der vom Staat bewirkten zusätzlichen Nachfrage eingesetzt werden können. Der Gedanke, man könne gegenwärtig das Wirtschaftswachstum durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung voranbringen, setzt an falscher Stelle an.

Ein entsprechender Versuch wäre in der augenblicklichen Situation der deutschen Volkswirtschaft auch gefährlich, und zwar nicht nur aus wachstumspolitischen, sondern auch aus stabilitätspolitischen Gründen. Bei der zur Zeit bestehenden überreichen Geldversorgung muß nämlich auch befürchtet werden, daß eine sorglose Schuldenpolitik des Staates das inflatorische Potential mobilisiert, so daß die Geldentwertungsraten wieder beschleunigt steigen und eine Stagflation eintreten kann.

281. Wichtiger als die konjunkturpolitischen sind die wachstumspolitischen Effekte der Haushaltsentwicklung. In mittelfristiger Betrachtung stellt sich dabei die Frage, wie in den öffentlichen Haushalten Raum für die große Steuerentlastung gewonnen werden kann, die von der die Regierung tragenden Koalition für das Jahr 1990 anvisiert wird. In kürzerer Sicht geht es zunächst darum, auf welche Weise die Einnahmenausfälle haushaltspolitisch verarbeitet werden können, die aus der im nächsten Jahre wirksam werdenden Steuerentlastung resultieren.

An sich gehört es zu der vom Sachverständigenrat zur Diskussion gestellten Konzeption, die Steuerlasten bei konstanter Kreditfinanzierungsquote den jeweiligen Fortschritten bei der Senkung der Staatsquote entsprechend zu vermindern (JG 84 Ziffern 439 ff.). Aus psychologischen und technischen Gründen ist es indessen zweckmäßig, die Steuersenkungen in gewissen zeitlichen Abständen vorzunehmen (JG 85 Ziffer 275). Angesichts der mit einer solchen Politik verbundenen Unstetigkeit ist es nicht besorgniserregend, wenn die Kreditfinanzierungsquote im Jahr einer größeren Steuerentlastung vorübergehend ansteigt, sofern der Raum dafür in den vorausgegangenen Haushaltsjahren durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik gewonnen worden ist oder — und das ist weniger gut — zumindest durch die Einbettung der Steuersenkung in eine verläßliche mittelfristige Strategie ge-

währleistet ist, daß die überhöhte Kreditfinanzierungsquote durch eine zurückhaltende Ausgabenpolitik rasch wieder auf den Pfad der potentialorientierten Verschuldung zurückgeführt wird.

Gerade diese Voraussetzungen sind indessen offensichtlich nicht erfüllt; denn die Steuersenkung 1988 ist nicht durch Konsolidierungsfortschritte in den vorangegangenen Haushaltsjahren vorbereitet worden, im Gegenteil: Im Jahre 1987 ist die Kreditfinanzierungsquote wieder sprunghaft angestiegen (Tabelle 26, S. 143). Dies kann nicht den auslastungsbedingten Steuermindereinnahmen in Höhe von 3 Mrd DM zugeschrieben werden, weil der tatsächliche Fehlbetrag in Höhe von 44 Mrd DM den konjunkturneutralen Finanzierungssaldo (33 ½ Mrd DM) um 10 ½ Mrd DM übersteigt (Tabelle 27). Wegen der Unterauslastung des Produktionspotentials mag man das konjunkturpolitisch für tolerabel halten. Bedenklich erscheint die Entwicklung jedoch im Lichte der Steuersenkungsstrategie: Die Kreditfinanzierungsquote ist im Jahre 1987 deutlich angestiegen, obwohl sie im Jahre **nach** der Steuerentlastung 1986 wieder hätte zurückgeführt werden müssen. Dies läßt die Hoffnung wenig begründet erscheinen, daß es im Jahre 1989 gelingen wird, die Nettokreditaufnahme potentialgerecht zu gestalten.

Die Ursache dieser Kalamität liegt in der Haushaltsentwicklung der vergangenen Jahre. Eine lineare Besoldungserhöhung um 3,4 vH in zwei aufeinanderfolgenden Jahren ist bei annähernder Preisniveaustabilität und einem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs von unter 2 vH mit den von der Finanzplanung gesteckten Zielsetzungen nicht zu vereinbaren. Den Gemeinden und insbesondere den Ländern ist es nicht gelungen, ihren Ausgabenanstieg im Durchschnitt in den Grenzen zu halten, die der Finanzplanungsrat abgesteckt hatte. Obwohl sich die Zuwachsraten der Ausgaben beim Bund in diesem Rahmen hielten, hätte die Ausgabendisziplin auch bei ihm größer sein können: Entgegen dem immer wieder erklärten Ziel, die Subventionen abzubauen, wurden neue Finanzhilfen bewilligt. Da das Ausgangsniveau der Staatsausgaben aus diesen Gründen insgesamt überhöht ist, wird es in den nächsten Jahren nicht genügen, die Ausgabenzuwächse auf 3 vH zu beschränken, wenn der Konsolidierungsstand des Jahres 1985 wieder erreicht werden soll.

282. Die Defizite der Jahre 1987 und 1988 unterzeichnen den Trend der Haushaltsentwicklung insofern noch etwas, als aus der Privatisierung von Bundesunternehmen in diesem Jahr Einnahmen in Höhe von 2,4 Mrd DM erzielt wurden und für das nächste Jahr 1,8 Mrd DM eingeplant sind. Erlöse dieser Art werden auf die Dauer nicht zur Verfügung stehen. Das gilt selbst dann, wenn die Privatisierung in einem größeren Umfang fortgesetzt würde, als es bisher vorgesehen zu sein scheint, was ordnungspolitisch erwünscht ist.

283. Die Haushaltsentwicklung ist jedoch vor allem auf mittlere und längere Sicht besorgniserregend; denn es genügt vom Jahre 1989 an nicht, die Defizite wieder dem Pfad der potentialorientierten Verschuldung anzunähern, weil dann die für 1990 im Rahmen der Steuerreform vorgesehene Nettoentlastung in Höhe von 20 Mrd DM haushaltswirtschaftlich zunächst vorbereitet und später verkraftet werden muß. Die Staatsquote müßte also weiterhin zurückgeführt werden, wenn die Kreditfinanzierung nicht wieder dauerhaft ansteigen soll. Das kann nur gelingen, wenn die Zuwachsraten der öffentlichen Ausgaben in den nächsten Jahren deutlich unter denen des nominalen Bruttosozialprodukts liegen.

Das ist zwar nach der Finanzplanung vorgesehen, doch basiert diese auf der problematischen Annahme, daß in der fünfjährigen Planungsperiode durchschnittlich ein nominales gesamtwirtschaftliches Wachstum von etwa 4 ½ vH erreicht werden kann. Es erscheint nämlich durchaus plausibel, daß der tatsächliche Expansionspfad flacher verlaufen könnte. Sollten sich diese Zweifel als berechtigt erweisen, hängt es vom Ausmaß der Abweichung ab, wie lange sich die Rückführung der Kreditfinanzierungsquoten auf die Normalverschuldung verzögert und ob überhaupt noch mit nennenswerten Konsolidierungsbeiträgen gerechnet werden darf, wenn der für die Gebietskörperschaften anvisierte durchschnittliche Ausgabenzuwachs von 3 vH beibehalten wird; oder anders gewendet: Sollte das nominale Bruttosozialprodukt von 1989 an jährlich nur mit Raten zunehmen, die im Durchschnitt unter 4 ½ vH liegen, stellt sich die Frage, wie stark die Zuwachsraten der Staatsausgaben gesenkt werden müssen, wenn die durch die Steuerreform 1990 bedingte Ausdehnung der Kreditfinanzierung in zwei, allenfalls drei Jahren wieder an den Umfang der potentialorientierten Kreditaufnahme angenähert werden soll.

Die Finanzplanung baut auf der Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1991 auf. In dieser geht die Bundesregierung von „einem realen gesamtwirtschaftlichen Wachstum von rund 2 ½ vH im Durchschnitt der Jahre 1987 bis 1991 sowie einer Begrenzung des jahresdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Preisanstiegs auf rund 2 vH" aus.

Eine konsequent auf **Vorrang für die Wachstumspolitik** ausgerichtete Wirtschaftspolitik — einschließlich der Finanzpolitik sowie der Sozialpolitik — eröffnet zwar die Chance, den Pfad des realen Wirtschaftswachstums auf 2 ½ vH bis 3 vH zu heben, doch muß damit gerechnet werden, daß im mittelfristigen Durchschnitt nur Zuwachsraten von 2 vH erreicht werden können, wenn der wachstumspolitische Kurs aus verteilungspolitischen Gründen weiterhin nicht entschieden genug verfolgt werden sollte. Geht man außerdem davon aus, daß Geldwertstabilität weiterhin erhalten bleibt, darf im mittelfristigen Verlauf nur eine Geldentwertung von 1 vH unterstellt werden. Zwar liegt der Deflator des Sozialprodukts bislang deutlich über diesem Satz, doch müßte er sich bei fortdauernder Stabilität ebenfalls dieser Rate annähern.

Im Lichte dieser Erwägungen und der sich für die nähere Zukunft abzeichnenden Wirtschaftspolitik wird mit der Basis der Finanzplanung für das reale Wirtschaftswachstum eine ehrgeizige, für die Geldwertstabilität dagegen eine unteroptimale Zielvorstel-

lung markiert. Nimmt man dagegen an, daß die Stabilitätspolitik weiterhin erfolgreich ist, und schätzt man die realen Wachstumsmöglichkeiten unter den derzeit obwaltenden Umständen etwas zurückhaltender ein, kommt man auf mittlere Sicht nur zu Expansionsraten des nominalen Bruttosozialprodukts von durchschnittlich 3 vH. Bei optimistischen Erwartungen, das heißt hohen Zuwachsraten für das reale Wachstum und niedrigen für die Geldentwertung, sowie bei pessimistischen Erwartungen im umgekehrten Fall würde sich ein Pfad von durchschnittlich 3 ½ vH bis 4 vH für die Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts ergeben. Deshalb müßte die Ausgabenpolitik des Staates im mittelfristigen Trend um so zurückhaltender betrieben werden, je ungünstiger die reale Wirtschaftsentwicklung verläuft, aber auch um so erfolgreicher die Geldwertstabilisierung ist, wenn die Kreditfinanzierungsquoten nicht wieder dauerhaft ansteigen sollen.

Dieser Hinweis darf nicht dahingehend mißverstanden werden, daß der Sachverständigenrat einer prozyklischen Finanzpolitik das Wort reden wolle. Wiederum gilt es nämlich, zwischen Konjunkturwirkungen und Wachstumswirkungen zu unterscheiden. Eine dem Wachstumspfad angepaßte Ausgabenpolitik des Staates, bei der die Zuwachsraten der öffentlichen Ausgaben mittelfristig konstant gehalten werden, hat nämlich zur Folge, daß sich bei einer Unterbeanspruchung (wie auch bei einer Überbeanspruchung) des Produktionspotentials gleichsam automatisch konjunkturell erwünschte Effekte ergeben, weil sich dann infolge der konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen (oder Steuermehreinnahmen) kompensatorische Wirkungen für den privaten Nachfrageausfall (oder Nachfrageüberhang) ergeben. Von einer mittelfristig angelegten Politik, bei der die Staatsquote zurückgeführt wird, um die Steuerquote senken zu können und damit Raum für private Initiative zu geben, sind grundsätzlich keine nachteiligen Effekte für die Wirtschaftsentwicklung zu erwarten.

284. Wenn die Erfolge der Haushaltskonsolidierung nicht endgültig in Frage gestellt werden sollen, müssen die Vorteile aus der wiedererlangten Geldwertstabilität konsequent für die Ausgabenpolitik genutzt werden. Bei stabilem Geldwert entspricht der Zuwachs des Nominallohns in etwa dem des Reallohns, so daß sich insbesondere der große Ausgabenblock der Personalaufwendungen bei einer Orientierung der Tarifabschlüsse und Besoldungserhöhungen am durchschnittlichen Fortschritt der Arbeitsproduktivität im privaten Sektor in den erforderlichen Ausgabenpfad einpassen lassen sollte. Auf die weiterreichende Bedeutung einer zurückhaltenden Erhöhung der Bezüge des öffentlichen Dienstes haben wir bereits im vorigen Jahr hingewiesen (JG 86 Ziffer 272).

Wiederholt hat der Sachverständigenrat außerdem für eine entschlossene Rückführung der Subventionen geworben. Auch diese Schritte sind nicht nur finanzpolitisch, sondern vor allem wachstumspolitisch angezeigt. Subventionen verzerren den Wettbewerb, im nationalen wie im internationalen Bereich. Sie stoßen deshalb auf Kritik unserer Handelspartner, begünstigen protektionistische Bestrebungen in anderen Staaten und schaden auf diese Weise den gesunden deutschen Unternehmungen mehr, als sie den kranken nutzen, die auch mit ständig steigenden Hilfen aus den öffentlichen Haushalten nicht überleben werden, wie sich immer stärker abzeichnet. Die Rückführung der Finanzhilfen bereinigt die Ausgabenstruktur und ermöglicht damit eine bessere Aufgabenerfüllung durch die Gebietskörperschaften. Sie ist aber — und das ist im hier erörterten Zusammenhang entscheidend — zugleich der beste Weg zu einer Rückführung der Staatsquote, die — wie wir dargelegt haben — für eine solide Finanzierung der Steuerreform 1990 unerläßlich ist. Die 20 Mrd DM für die vorgesehene Nettoentlastung werden nur aufgebracht werden können, wenn die Subventionen für alle Schutzbereiche abgebaut oder zunächst wenigstens deutlich gesenkt werden: für den Stahl und für die Werften, vor allem jedoch für den Steinkohlenbergbau und für die Landwirtschaft. Die gesunden Unternehmen dieser Wirtschaftszweige werden auch ohne die Hilfe des Staates überleben.

285. Daß die Senkung der Staatsquote Schwierigkeiten bereitet, hängt auch mit den Regelungen des Finanzausgleichs zusammen. Wir haben diesen Problemkreis im vergangenen Jahr erörtert und stellen unsere Thesen aus dem Jahresgutachten 1986/87 erneut zur Diskussion, ohne sie hier zu wiederholen (JG 86 Ziffern 273 f.). Einige ergänzende Hinweise geben wir an anderer Stelle dieses Abschnitts (Ziffern 297 ff.).

286. Die Bedeutung der Haushaltspolitik in den nächsten Jahren für die Nettosteuerentlastung 1990 soll im folgenden an einigen Projektionen veranschaulicht werden, in denen verschiedene Möglichkeiten der Wirtschaftsentwicklung jeweils mehreren Pfaden der öffentlichen Ausgaben gegenübergestellt werden, obwohl im Hinblick auf die Wechselbeziehungen nicht alle Kombinationen realistisch sind. In allen Fällen legen wir für dieses und das nächste Jahr die Haushaltsentwicklung zugrunde, die sich für den Gesamthaushalt der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung der Finanzstatistik nach unserer Einschätzung abzeichnet. Die für 1988 beschlossenen Steuersenkungen sind dabei berücksichtigt. Für das Jahr 1990 geben wir jeweils Werte an, die sich ohne und die sich unter Berücksichtigung der vorgesehenen Nettoentlastung der Steuerzahler errechnen lassen. Wir nehmen an, daß sich die Finanzpolitik an der 1985 erreichten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte orientieren wird, daß also die Kreditfinanzierung 1 ½ vH des Produktionspotentials nicht dauerhaft überschreiten soll. Für unsere Modellrechnungen unterstellen wir einen konstanten Auslastungsgrad des Produktionspotentials und drücken diesen Maßstab als Relation der Nettokreditaufnahme zum Bruttosozialprodukt aus (JG 85 Ziffer 263). Bei dieser Berechnung ergibt sich für das Basisjahr 1985 eine Kreditfinanzierungsquote in Höhe von 2,1 vH, die wir auf mittlere Sicht weiterhin finanzpolitisch für angemessen halten. Den geringfügig größeren Rahmen, den man wegen der leichten Abnahme des Auslastungsgrades des Produktionspotentials, die seither eingetreten ist, für vertretbar halten könnte, glauben wir im Interesse der Vergleichbarkeit der Ergebnisse

vernachlässigen zu können, zumal die Differenz im Unschärfebereich derartiger Vorausschätzungen liegen dürfte.

Für die Jahre 1989 bis 1992 unterstellen wir in vier Varianten Zuwachsraten des nominalen Bruttosozialprodukts von 4 ½ vH, 4 vH, 3 ½ vH und 3 vH sowie für den Ausgabenzuwachs drei Möglichkeiten mit 3 vH, 2 ½ vH und 2 vH jährlich. Die Einnahmenentwicklung haben wir für die Jahre 1989 bis 1991 unter Berücksichtigung der Steuerquoten berechnet, die sich aus den Ansätzen des Arbeitskreises Steuerschätzungen ergeben. Diese Steuerquoten sind zwar nur für den Expansionspfad von 4 ½ vH ermittelt worden, doch dürften sich nach überschlägigen Berechnungen keine gravierenden Fehler einschleichen, wenn die Einnahmenentwicklung auch für einen Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts von 4 vH, 3 ½ vH und 3 vH jährlich auf der Grundlage dieser Steuerquoten geschätzt wird. Für die Einnahmen des Jahres 1992 wird jeweils ein Anstieg parallel zum Bruttosozialprodukt zugrunde gelegt.

287. Das Steuersenkungspotential im Jahre 1990 errechnet sich aus der Gegenüberstellung des Finanzierungsdefizits, das sich jeweils ohne Berücksichtigung der Nettoentlastung aus der Steuerreform ergibt, mit der auf der Basis einer Kreditfinanzierungsquote von 2,1 vH des Bruttosozialprodukts berechneten Normalverschuldung. Subtrahiert man diese Größe von dem Finanzierungsdefizit, das sich unter Berücksichtigung der Nettoentlastung aus der Steuerreform ergibt, erhält man einen Anhalt für die Höhe des strukturellen Defizits, das nicht notwendigerweise nur aus der Steuersenkung 1990 resultiert, das es indessen in jedem Fall möglichst rasch wieder abzubauen gilt.

Die für die Ermittlung des Steuersenkungspotentials und des strukturellen Defizits jeweils benötigten Ergebnisse sind für die zwölf Versionen unserer Modellrechnung in der Tabelle 28 zusammengestellt. Die vier Kombinationen, für die sich im Jahre 1990 überhaupt ein — wenn auch bescheidenes — Steuersenkungspotential ergeben würde, sind in der Tabelle durch einen Stern gekennzeichnet worden. Für den Fall, der den Annahmen der Finanzplanung entspricht, ergäbe sich bereits ohne die Steuerentlastung ein allerdings geringfügiges strukturelles Defizit in einer Größenordnung von etwa einer Mrd DM. Daß dieses strukturelle Defizit für einen Ausgabenpfad von 3 vH um so größer ist, je mehr die Wachstumsrate des nominalen Sozialprodukts unter 4 ½ vH liegt, ist selbstverständlich, doch vermittelt die Tabelle einen Anhaltspunkt für die Größenordnungen, um die es geht, wenn das Wirtschaftswachstum geringer ausfällt, als es in der Finanzplanung unterstellt ist. Man kann außerdem leicht erkennen, daß die strukturellen Defizite für die Version der Finanzplanung und für die Kombination eines Wachstumspfades von 3 vH mit einem Ausgabenpfad von 2 vH in etwa die gleiche Höhe erreichen.

Um die Konsolidierungsmöglichkeiten für die strukturellen Defizite, die sich unter Berücksichtigung der Steuersenkung im Jahre 1990 bei den verschiedenen Versionen einstellen, beurteilen zu können, vergleichen wir die Defizite, die sich nach unseren Projektionen im Jahre 1992 ergeben, mit der potentialgerechten Verschuldung für jenes Jahr. Die dafür benötigten Ergebnisse unserer Modellrechnung finden sich in der Tabelle 29. Diese weist für drei — allerdings ziemlich unrealistische — Fälle, die jeweils wieder durch einen Stern gekennzeichnet sind, erneut ein mehr oder we-

Tabelle 28

Defizite der öffentlichen Haushalte im Jahre 1990 [1])

Mrd DM

Ausgabenpfad in vH	Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in vH	4½	4	3½	3
3	Defizit ohne Steuerreform 1990	−49	−54	−59	−64
	Normalverschuldung [2])	−48	−47	−47	−46
	Defizit mit Steuerreform 1990	−71	−76	−81	−85
2½	Defizit ohne Steuerreform 1990	*[3])−42	−47	−52	−57
	Normalverschuldung [2])	−48	−47	−47	−46
	Defizit mit Steuerreform 1990	−64	−69	−74	−79
2	Defizit ohne Steuerreform 1990	*[3])−35	*[3])−41	*[3])−45	−50
	Normalverschuldung [2])	−48	−47	−47	−46
	Defizit mit Steuerreform 1990	−57	−62	−67	−72

[1]) Bei alternativen Annahmen über die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen und über die Ausgabenentwicklung der öffentlichen Haushalte auf der Basis der Finanzstatistik.
[2]) Entspricht 2,1 vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[3]) Kombinationen mit einem Steuersenkungspotential.

niger großes Steuersenkungspotential aus, das beispielsweise zu der für die nächste Legislaturperiode angekündigten Senkung der Unternehmungsteuern eingesetzt werden könnte. Interessanter sind die Resultate für den Staatsausgabenpfad von 3 vH: Für die Kombination, die der Finanzplanung zugrunde liegt, erhalten wir — ebenso wie für das Jahr 1990 (ohne Berücksichtigung der Steuerreform) — ein strukturelles Defizit in der Größenordnung von 5 Mrd DM, so daß die Belastung von 20 Mrd DM aus der Steuersenkung 1990 haushaltswirtschaftlich weitgehend verkraftet wäre; für die Varianten niedrigerer Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts gilt dies dagegen nicht; denn nach unserem Tableau ergäben sich in diesen Fällen noch strukturelle Defizite in einer bedenklichen Höhe, so daß bei durchschnittlichen Zuwachsraten des nominalen Bruttosozialproduktes von 4 vH und darunter für die Staatsausgaben ein Expansionspfad von 2½ vH oder gar 2 vH angestrebt werden müßte, wenn strukturelle Defizite für einen längeren Zeitraum vermieden werden sollen.

288. Ob man nun die Entwicklung des nominalen Sozialprodukts auf mittlere Sicht mit einer Zuwachsrate von 4½ vH, 4 vH, 3½ vH oder 3 vH veranschlagt, die Ziele der staatlichen Ausgabenpolitik müssen für alle Ebenen der Gebietskörperschaften ehrgeizig abgesteckt werden, wenn die Kreditfinanzierungsquote nicht wieder dauerhaft ansteigen soll. Vor einem dauerhaften Anstieg der Kreditfinanzierungsquote ist nachdrücklich zu warnen; denn sie führt früher oder später zu einer Konsolidierungskrise, weil die Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte den Raum für die Aufgabenerfüllung des Staates immer stärker einengen. Bei steigenden Zinsen im Gefolge zunehmender Kreditfinanzierungsquoten dürften — was noch bedenklicher ist — indessen auch die Investitionen der Unternehmungen sinken, so daß die Impulse für das Wirtschaftswachstum ausbleiben könnten, die man sich von der Steuerreform verspricht.

An diesem Zusammenhang ändert sich auch dann prinzipiell nichts, wenn man davon ausgeht, daß der deutsche Leistungsbilanzüberschuß abgebaut werden muß: Dem hohen Leistungsbilanzüberschuß entspricht ein hoher Kapitalexport; Teile der inländischen Ersparnis schlagen sich nicht in heimischen Investitionen nieder. Wenn es gelingt, die Investitionsneigung zu stärken und der inländischen Ersparnis rentable Anlagemöglichkeiten zu eröffnen, lassen sich der Leistungsbilanzüberschuß und mit ihm die Kapitalexporte zurückführen, ohne daß es zu Nachfrageausfällen kommen müßte.

Andererseits sollte man die Wirkungen einer Kräftigung des Wirtschaftswachstums für die haushaltspolitische Situation der Gebietskörperschaften auch nicht überschätzen: Die von einer exzessiven Staatsverschuldung ausgehende Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und mögliche inflatorische Entwicklungen dürfen nicht mit dem Hinweis bagatellisiert werden, daß das von den Steuersenkungen erwartete Wirtschaftswachstum zu Steuermehreinnahmen führen werde, die es erlaubten, die Kreditfinanzierungsquote wieder zurückzuführen; denn die in unseren Projektionen in Anlehnung an die Finanzplanung unterstellte mittelfristige Expansion des nominalen Bruttosozialprodukts von 4½ vH impliziert bereits die Möglichkeit einer kräftigen Zunahme des (realen) Wirtschaftswachstums und führt selbst für den Fall eines Ausgabenpfades von 3 vH zu einem beträchtlichen strukturellen Defizit. Zu bedenken ist weiter, daß sich solche Autokonsolidierungsvorstellungen in der Vergangenheit als trügerisch erwiesen haben und daß ein sorgloser Umgang mit der Staatsverschuldung

Tabelle 29

Konsolidierungsstand der öffentlichen Haushalte im Jahre 1990 [1])

(Vergleich rechnerisches Defizit und Normalverschuldung)

Mrd DM

Ausgabenpfad in vH	Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in vH	4½	4	3½	3
3	rechnerisches Defizit	−57	−68	−79	−90
	Normalverschuldung [2])	−52	−51	−50	−49
2½		* [3])			
	rechnerisches Defizit	−42	−53	−64	−75
	Normalverschuldung [2])	−52	−51	−50	−49
2		* [3])	* [3])		
	rechnerisches Defizit	−28	−39	−50	−61
	Normalverschuldung [2])	−52	−51	−50	−49

[1]) Bei alternativen Annahmen über die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen und über die Ausgabenentwicklung der öffentlichen Haushalte auf der Basis der Finanzstatistik.
[2]) Entspricht 2,1 vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[3]) Kombinationen mit einem Steuersenkungspotential.

zu Beginn dieses Jahrzehnts in einer Stabilisierungskrise geendet hat.

Eine dem Wachstumspfad angepaßte Ausgabendisziplin ist deshalb die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Erfolge eintreten können, die man sich von der Steuerentlastung erhofft. Sollte es nicht gelingen, die Staatsquote so stark zu senken, daß der Pfad der Normalverschuldung bis 1992, allenfalls 1993 wieder erreicht werden kann, wäre es besser, die durch die Steuerreform entstehende Finanzierungslücke durch eine maßvolle Anhebung von Verbrauchsteuern, notfalls auch der Umsatzsteuer — so bedenklich dies aus mancherlei Gründen auch sein mag — zu kompensieren, als einen dauerhaften Anstieg der Kreditfinanzierungsquote in Kauf zu nehmen. Da die Nettosteuerentlastung in diesem Falle insgesamt geringer, für die Investitionen allerdings unverändert wäre, dürften dann auch die Wachstumsimpulse entsprechend kleiner ausfallen.

Wir wollen nicht mißverstanden werden: Wir halten die für 1990 anvisierte Nettoentlastung der Steuerpflichtigen für dringend erforderlich und meinen, daß sie durch eine der Größe dieses Schrittes angemessene Senkung der Staatsquote finanziert werden muß. Da der zögerliche Abbau der Finanzhilfen jedoch belegt, daß die Wahrung der Ausgabendisziplin schwierig und rationale Wirtschaftspolitik schwer umzusetzen sind, halten wir es für notwendig, vorsorglich aufzuzeigen, welche der Alternativen zu einer entschlossenen Senkung der Staatsquote das kleinere Übel wäre.

Angesichts der ohnehin bestehenden Finanzierungsprobleme, die die projektierte Steuerreform aufwirft, erscheint es uns aus heutiger Sicht auch nicht ratsam, einen Teil der für 1990 vorgesehenen Maßnahmen auf das Jahr 1989 vorzuziehen, weil ein solcher Schritt die Haushaltsbelastungen nicht unbeträchtlich verschärfen würde. Von einer Änderung des Terminplans für die anvisierten Entlastungen kann keine nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte erwartet werden. Wenn die Chance für ein kräftiges Wirtschaftswachstum eröffnet werden soll, müssen die für die Steuerreform geplanten Regeländerungen unter dem Blickwinkel dieser Zielsetzung verbessert und die Steuerpolitik durch den Vorrang für die Wachstumspolitik auch auf den anderen Gebieten der Wirtschaftspolitik flankiert werden.

Steuerreformpaket 1990 nachbessern — Wachstum kräftigen

289. Seit Jahren hat der Sachverständigenrat dafür geworben, die Chancen für eine Kräftigung des Wirtschaftswachstums auch durch eine große Steuerreform zu erhöhen. Inzwischen ist es noch dringlicher geworden, die Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen nicht nur durch spürbare Steuerentlastungen, sondern auch durch Änderungen der Steuerstruktur zu verbessern. Es muß zu denken geben, daß internationale Konzerne nicht bei ihren deutschen Töchtern und Niederlassungen investieren, sondern einen Ausbau ihrer Produktionsstätten im Ausland den Vorzug geben, daß deutsche Unternehmen, nicht zuletzt auch mittelständische, ihre Kapazität nicht hier, sondern außerhalb der Grenzen erweitern oder ihre Fertigung und sogar ihre Forschung ins Ausland verlagern. Das alles hat nicht nur steuerliche Gründe; aber angesichts der Höhe der Arbeitskosten in der Bundesrepublik, insbesondere der Personalnebenkosten, angesichts der zunehmenden Risiken durch Sozialplanverpflichtungen, angesichts der begrenzten Entfaltungsmöglichkeiten durch ein Übermaß an Regulierungen auf allen Gebieten dürften die hohen Steuerlasten in zahlreichen Fällen letztendlich den Ausschlag dafür geben, daß Innovationen und Investitionen im Ausland durchgeführt werden. Das gilt, zumal in wichtigen anderen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, aber beispielsweise auch in Großbritannien und in Japan, die Körperschaftsteuersätze sowie namentlich die Spitzenbelastungen bei der Einkommensbesteuerung bereits deutlich niedriger sind als in der Bundesrepublik oder durch Steuerreformen unter das deutsche Niveau gesenkt werden sollen.

„Nach unserer Vorstellung gilt es, Leistungsbereitschaft und Innovationen, mittelbar auch die Investitionen, dadurch anzuregen, daß Anstieg und absolute Höhe der Grenzsteuersätze bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer deutlich gesenkt werden. Um ergänzend die Investitionen unmittelbar von einem Teil der Steuern zu entlasten, sollen außerdem das Gewicht der Einkommensbesteuerung im Steuersystem vermindert und das der Verbrauchsbesteuerung erhöht werden. Auf diese Weise wird zugleich zusätzlicher Spielraum für die Senkung der Steuersätze über die echte Steuerentlastung (Nettoentlastung) hinaus gewonnen. Das gleiche gilt, wenn die Bemessungsgrundlagen der Steuern insgesamt durch den Abbau von Steuervergünstigungen verbreitert werden." (JG 86 Ziffer 280). In unseren früheren Gutachten haben wir diese Leitlinien ausführlich begründet (zuletzt JG 86 Ziffern 280ff.) und für ihre Umsetzung zahlreiche Vorschläge unterbreitet, zum Teil auch detaillierte Anregungen gegeben (vor allem JG 85 Ziffern 269ff.).

Der Bundesregierung schwebt ebenfalls vor, durch ihre Steuerpolitik das Wirtschaftswachstum anzuregen. Die Senkungen und Umschichtungen der Steuerbelastung, die im Jahre 1986 bereits erfolgt sind, für das Jahr 1988 inzwischen beschlossen wurden und für das Jahr 1990 anvisiert werden, sollen offenbar als drei Etappen interpretiert werden. Im Mittelpunkt dieser Reform stehen die linear-progressive Gestaltung des direkt progressiven Bereichs im Einkommensteuertarif sowie die Kompensation eines Teils der dadurch entstehenden Steuerausfälle durch die Verbreiterung von Steuerbemessungsgrundlagen, insbesondere den Abbau von Steuervergünstigungen. Die größten Schritte auf diesem Wege stehen noch aus; sie sind für 1990 vorgesehen (Tabelle 30).

Die Grundstruktur der projektierten Steuerreform, die im folgenden als Gesamtpaket und ohne Rücksicht auf die einzelnen Etappen gewürdigt werden soll, entspricht durchaus der Perspektive, die der Sachverständigenrat in seinen beiden letzten Jahresgutachten für einen solchen Schritt favorisiert hat, nämlich durch eine kräftige Senkung des Anstiegs und der

Tabelle 30

Die Steuerreform 1986/1988 und 1990

Datum	
	Steuersenkungsgesetz 1986/88
24. Mai 1985	Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/88). Es sieht Steuerentlastungen in zwei Stufen 1986 und 1988 vor. Die erste Stufe mit einem Entlastungsvolumen von knapp 10 Mrd DM kommt vor allem Beziehern kleinerer und mittlerer Einkommen sowie Familien mit Kindern zugute. Die Kinderfreibeträge werden von 432 DM auf 2 484 DM erhöht. Der Grundfreibetrag wird bei Alleinstehenden um 324 DM auf 4 536 DM, bei Verheirateten um 648 DM auf 9 072 DM angehoben. Daneben wird ein Zuschlag zum Kindergeld von monatlich bis zu 46 DM je Kind den Eltern gewährt, die wegen ihres geringen Einkommens den steuerlichen Kinderfreibetrag nicht oder nicht voll nutzen können. In der zweiten Stufe (1988) sollte nach diesem Gesetz das Entlastungsvolumen durch eine Tarifreform, die die steuerliche Grenzbelastung über den gesamten Progressionsbereich deutlich absenkt, auf rund 20 Mrd DM aufgestockt werden.
	Steuerentlastungspaket 1990
24. Februar 1987	Die Bundesregierung nennt die Grundzüge der für 1990 vorgesehenen Steuerreform mit einem Bruttoentlastungsvolumen von rund 44 Mrd DM. Etwa 19 Mrd DM sollen durch den Abbau von Steuersubventionen finanziert werden, die Steuerzahler damit 25 Mrd DM als echte Entlastung erhalten. Wichtigste Maßnahmen sind (Mindereinnahmen im Entstehungsjahr): — Anhebung des Grundfreibetrages um 1 080 DM/2 160 DM (Alleinstehende/Verheiratete) auf 5 616DM/11 232 DM (7 Mrd DM) — Absenkung des Eingangssatzes beim Einkommensteuertarif um 3 Prozentpunkte auf 19 vH bei gleichzeitiger Verkürzung des indirekt progressiven Tarifbereichs (sogenannte untere Proportionalzone) von bisher 18 000 DM/36 000 DM auf 8 100 DM/16 200 DM (6,7 Mrd DM) — Einführung eines linear-progressiven Einkommensteuertarifs — Begradigung der Tarifprogression (23,7 Mrd DM) — Senkung des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer von bisher 56 vH um 3 Prozentpunkte auf 53 vH mit einer Vorverlegung des Beginns des oberen indirekt progressiven Tarifbereichs (sogenannte obere Proportionalzone) um 10 000 DM/20 000 DM auf 120 000 DM/240 000 DM (1 Mrd DM) — Anhebung des Kinderfreibetrages um 540 DM auf 3 024 DM (2 Mrd DM) — Anhebung sonstiger familienbezogener Freibeträge (Haushaltsfreibetrag, Unterhaltsfreibeträge, Ausbildungsfreibeträge), Einführung eines Freibetrages für besonders schwere Fälle häuslicher Pflege (600 Mio DM) — Erhöhung des Vorwegabzugs für Vorsorgeaufwendungen (600 Mio DM) — Ausweitung der Sonderabschreibung für kleinere und mittlere Betriebe nach § 7g EStG von 10 vH auf 20 vH, verteilt auf 3 Jahre; begünstigt sind Betriebe mit einem Einheitswert bis 240 000 DM (bisher 120 000 DM) — Absenkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne um 6 Prozentpunkte auf 50 vH (2,3 Mrd DM)
	Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988
1. April 1987	Das Bundeskabinett beschließt den Entwurf des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988, das am 13. Juli 1987 vom Bundestag verabschiedet wird. Durch dieses Gesetz wird die im Jahre 1988 in Kraft tretende zweite Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88 um 5,2 Mrd DM auf 13,7 Mrd DM verstärkt und damit ein Teil aus dem Steuerentlastungspaket 1990 auf den 1. Januar 1988 vorgezogen. Die wichtigsten Maßnahmen sind: — Abflachung der direkten Progression beim Einkommensteuertarif (3 Mrd DM) — Erhöhung des Grundfreibetrags um 216 DM/432 DM (Ledige/Verheiratete) auf 4 752 DM/9 504 DM und entsprechende Anhebung des Haushaltsfreibetrags (1,4 Mrd DM) — Erhöhung der Ausbildungsfreibeträge nach § 33a Abs. 2 EStG (300 Mio DM). Damit werden die Ausbildungsfreibeträge wieder auf den vor 1984 geltenden Stand angehoben. — Ausweitung der Möglichkeiten zur Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe nach § 7g EStG.
	„Finanzierung" der Steuerreform 1990
11. Oktober 1987/ 5. November 1987	Die Bundesregierung legt einen Maßnahmenkatalog „Abbau von Steuersubventionen für ein gerechteres und einfacheres Steuersystem — Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen" vor. Damit soll für die Steuerreform 1990 (Bruttoentlastung 39,2 Mrd DM) durch den Abbau von Steuervergünstigungen in Höhe von 18,1 Mrd DM ein Netto-Entlastungsvolumen von gut 21 Mrd DM erreicht werden.

noch Tabelle 30

Datum	
noch 11. Oktober 1987/ 5. November 1987	Die wichtigsten Einzelmaßnahmen sind (Mehreinnahmen im Entstehungsjahr): **Arbeitnehmer-Besteuerung (3,9 Mrd DM, insgesamt)** — Einführung einer einheitlichen Arbeitnehmer-Pauschale von 2 000 DM (im Vorschlag vom 11. Oktober: 1 640 DM), die an die Stelle des Weihnachtsfreibetrages (600 DM), des Arbeitnehmerfreibetrages (480 DM) und des Werbungskosten-Pauschbetrages (564 DM) tritt; gleichzeitig wird die Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 36 auf 50 Pfennig je Entfernungskilometer erhöht. (1,2 Mrd DM) — Die Steuerfreiheit von Lohnzuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit nach § 3b EStG bleibt grundsätzlich erhalten; sie wird jedoch auf einheitliche Grenzen, zum Beispiel bei Nachtarbeit auf 25 vH und bei Sonntagsarbeit auf 50 vH des Grundlohnes eingeschränkt. (300 Mio DM) — Der Zukunftssicherungs-Freibetrag von 312 DM nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 LStDV für freiwillige Vorsorgeleistungen des Arbeitgebers zugunsten eines Arbeitnehmers wird aufgehoben. (400 Mio DM) — Der Essensfreibetrag von 1,50 DM bei unentgeltlicher oder verbilligter Abgabe einer Mahlzeit an einen Arbeitnehmer wird aufgehoben. (1 Mrd DM) — Die Steuerfreiheit von Belegschaftsrabatten wird auf 2 400 DM jährlich begrenzt. (200 Mio DM) — Die Förderung der Vermögensbildung nach dem 5. VermBG wird auf Beteiligungskapital und Bausparein lagen beschränkt — bei Streichung der Gewinnschuldverschreibungen und Genußscheine der Kreditinstitute sowie der übrigen Anlagenformen aus dem Anlagekatalog. (500 Mio DM) **Unternehmer-Besteuerung (3 Mrd DM, insgesamt)** — Der Freibetrag für freie Berufe von 1 200 DM nach § 18 Abs. 4 EStG wird abgeschafft. (140 Mio DM) — Der steuerliche Abzug von betrieblich veranlaßten Bewirtungskosten wird auf 80 vH der entstandenen Aufwendungen eingeschränkt bei gleichzeitiger Vereinfachung des Nachweisverfahrens, der Regelsatz für die private Pkw-Nutzung wird auf 30 vH bis 35 vH angehoben. (200 Mio DM) — Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen werden bilanzsteuerrechtlich für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30. 12. 1988 enden, nicht mehr zugelassen. Die gewinnerhöhende Auflösung der in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen kann mit jeweils einem Drittel auf das erste nach dem 30. 12. 1988 endende Wirtschaftsjahr und die beiden folgenden Wirtschaftsjahre verteilt werden. (500 Mio DM) — Die steuerliche Anerkennung von Sammelwertberichtigungen bei Kreditinstituten wird für Wirtschaftsjahre, die nach dem 30. 12. 1988 enden, aufgehoben. Die gewinnerhöhende Auflösung der in den Vorjahren gebildeten Sammelwertberichtigungen kann mit jeweils einem Drittel auf das erste nach dem 30. 12. 1988 endende Wirtschaftsjahr und die beiden folgenden Wirtschaftsjahre verteilt werden. (550 Mio DM) — Die Vergünstigungen nach dem Auslandsinvestitionsgesetz werden aufgehoben. (250 Mio DM) — Die erhöhten Absetzungen nach § 7 d EStG für den Umweltschutz dienende Wirtschaftsgüter werden nicht über den 31. 12. 1990 hinaus verlängert. (700 Mio DM) — Die Möglichkeit von Sonderabschreibungen nach § 82 d EStDV für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Forschung und Entwicklung dienen, wird nicht über den 31. 12. 1989 hinaus verlängert. (225 Mio DM) **Sonstige Maßnahmen zur gleichmäßigeren Besteuerung (7,3 Mrd DM, insgesamt)** — Die steuerliche Erfassung von Kapitalerträgen wird verbessert durch — — Verpflichtung der Kreditinstitute zum Hinweis auf die Steuerpflicht der Kapitalerträge und Erweiterung der Steuererklärungspflicht ab 1988 — — Einführung einer Kapitalertragsteuer von 10 vH mit Abgeltungscharakter für Lebensversicherungserträge mit Ausnahme der rechnungsmäßigen Zinsen ab 1989 — — Einführung einer anrechenbaren Kapitalertragsteuer in Höhe von 10 vH auf alle Kapitalerträge (mit Ausnahme der Zinsen für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist) ab 1989 (die bisherige Kapitalertragsteuer von 25 vH auf Dividenden u. a. bleibt erhalten). Davon werden Mehreinnahmen von 4,3 Mrd DM erwartet. — Die Steuerermäßigungen in Form des halben Durchschnittsteuersatzes für außerordentliche Einkünfte nach § 34 Abs. 1 EStG und in Form der Verteilung von Einkünften aus einer mehrjährigen Tätigkeit nach § 34 Abs. 3 EStG werden eingeschränkt und vereinheitlicht. (700 Mio DM) — Die 10jährige Grundsteuervergünstigung für Wohnraum wird für den Wohnraum aufgehoben, der nach dem 31. 12. 1989 bezugsfertig wird; zur Begrenzung der Belastung wird das sogenannte Baukindergeld nach § 34 f EStG von 600 DM auf 750 DM angehoben. (340 Mio DM) — Die erhöhten Absetzungen nach § 82 a EStDV für bestimmte Energiesparmaßnahmen an Gebäuden werden nicht über den 31. 12. 1991 hinaus verlängert. (400 Mio DM) — Steuerforderungen und Steuererstattungsansprüche werden verzinst. (1 Mrd DM)

noch Tabelle 30

Datum	
noch 11. Oktober 1987/ 5. November 1987	— Weitere Lohnersatzleistungen werden in den Progressionsvorbehalt nach § 32b EStG einbezogen. Dieser Progressionsvorbehalt gilt heute schon für das Arbeitslosengeld; vor allem wird an die Einbeziehung des Krankengeldes und des Erziehungsgeldes gedacht. Die Lohnersatzleistungen werden einheitlich mit den Leistungsbeträgen erfaßt. (500 Mio DM) **Für den Bereich der steuerlichen Behandlung von Privatausgaben (1,3 Mrd DM, insgesamt)** — Der Sonderausgabenabzug von Bausparbeiträgen wird auf 50 vH der Beitragsleistung beschränkt. (250 Mio DM) — Der Sonderausgaben-Pauschbetrag von 270 DM/540 DM (Alleinstehende/Verheiratete) nach § 10c Abs. 1 EStG wird aufgehoben. (500 Mio DM) — Der Höchstbetrag des Altersentlastungsbetrags wird von 3 000 DM auf 3 720 DM angehoben; dafür entfällt der Altersfreibetrag von 720 DM/1 440 DM (Alleinstehende/Verheiratete) nach § 32 Abs. 8 EStG. (300 Mio DM) — Der sogenannte Besucher-Freibetrag von 600 DM nach § 33a Abs. 1a EStG wird aufgehoben. (260 Mio DM) **Im Bereich der Berlinförderung und Regionalförderung (2,6 Mrd DM, insgesamt)** — Die Wirtschaftsförderung in den regionalen Fördergebieten wird bei grundsätzlicher Beibehaltung der Präferenzstruktur wie folgt zurückgeführt: Das Investitionszulagengesetz wird aufgehoben bei gleichzeitiger Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" um 500 Mio DM (250 Mio DM Bund, 250 Mio DM Länder), die mindestens zu 30 vH in das Zonenrandgebiet fließen. Der Zonenranderlaß soll mit dem Ziel einer wirksameren Förderung überarbeitet werden. (1,6 Mrd DM) — Die die Wirtschaftsförderung in Berlin betreffenden Kürzungsmaßnahmen sind noch offen.

absoluten Höhe der Grenzsteuersätze die Leistungsbereitschaft, insbesondere auch die Risikobereitschaft, zu fördern. Bei einer Ermäßigung des marginalen Steuerzugriffs werden Innovationen und Investitionen angeregt, indem die von der Belastung der Einkommen ausgehenden Substitutionseffekte gemildert werden, so daß die wirtschaftlichen Dispositionen aller Art entzerrt werden. Gleichzeitig wird vermieden, daß durch eine einseitige Begünstigung der Investitionen andere Substitutionsvorgänge im Unternehmensbereich ausgelöst werden, die den Wettbewerb verzerren, weil sie den zukunftsträchtigen Dienstleistungssektoren nur verhältnismäßig wenig zugute kommen (JG 86 Ziffern 281f.). Schließlich ist zu bedenken, daß Tarifentlastungen bei Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen im Trend der Steuerreformen liegen, die in anderen Staaten im Laufe der letzten Zeit vollzogen wurden, so daß dieser Weg, wenn er kraftvoll beschritten wird, bei allen Schwierigkeiten des zwischenstaatlichen Steuerbelastungsvergleichs — entgegen anderen Meinungen — nach unserem Urteil am ehesten geeignet erscheint, im internationalen Wettbewerb ein weiteres Sinken der Attraktivität des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland zu verhindern.

Auch daß der Rahmen für die Tarifkorrektur über den Umfang der echten Steuerentlastung der Bürger hinaus durch eine Belastungsumschichtung und namentlich durch den Abbau von Steuervergünstigungen erweitert werden soll, deckt sich mit unseren Vorstellungen. Der Kritik der betroffenen Interessenten, daß sie infolge der vorgesehenen Umstrukturierungen durch die Tarifkorrektur kaum oder gar nicht entlastet werden, ist entgegenzuhalten, daß es für die Wachstumswirkungen der Steuerreform weniger auf die durchschnittliche als vielmehr auf die marginale Steuerbelastung ankommt. Im übrigen wird der flachere Anstieg der Grenzsteuersätze bei einem künftigen Einkommenszuwachs in der Regel auch denjenigen zugute kommen, die zunächst noch nicht durch die Reform entlastet werden. Nicht zuletzt ist der Abbau von „Steuersubventionen" auch aus dem Blickwinkel der Steuerlastverteilung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip zu begrüßen.

Mit der Einführung der linearen Progression für den wichtigsten Abschnitt des Einkommensteuertarifs sowie der Abschaffung oder Rückführung einiger Steuervergünstigungen kommt der Abbau wachstumshemmender Regelungen des deutschen Steuerrechts ein gutes Stück voran. Dies gilt es festzuhalten, wenn im weiteren vorwiegend kritisch zu den Einzelheiten des Vorhabens und seiner Umsetzung Stellung genommen wird. Inhalt und Begleitumstände der Vorbereitung des Reformwerks können nämlich nicht befriedigen, jedenfalls dann nicht, wenn man in der augenblicklichen Situation den Vorrang für die Wachstumspolitik fordert.

290. Entscheidungen der wirtschaftenden Menschen werden nicht nur von den objektiven Rahmenbedingungen, sondern auch durch das atmosphärische Umfeld bestimmt. Deshalb darf die Wirtschaftspolitik keine Zweifel über ihren Kurs aufkommen lassen, weil das Entstehen von Unsicherheit die Initiative lähmt. Tatsächlich ist solche Unsicherheit entstanden. Entscheidungen über die Steuerreform wurden in mehreren Etappen getroffen, geraume Zeit blieb unklar, welche Steuervergünstigungen aufgehoben werden sollten. Besonders aus diesem letzten Grund dürfte ein großer Teil der stimulierenden Wirkungen,

die man von den Ankündigungseffekten einer so großen Steuerreform erwarten konnte, ausgeblieben sein.

Von dem für 1990 verbleibenden Gesamtvolumen der Steuerreform von etwa 39 Mrd DM sollen rund 19 Mrd DM durch Belastungsumschichtungen aufgebracht werden. Dieser Betrag und damit der Gesamtumfang der Steuerreform hätten — steuertheoretisch betrachtet — wesentlich größer sein können; denn die Einnahmenausfälle, die sich aus der großen Zahl systematischer Schwächen des deutschen Steuerrechts ergeben, dürften weit höher sein (JG 85 Ziffern 274 ff.). Schon aus diesem Grunde wäre es prinzipiell möglich gewesen, das wachstumspolitische Profil der Steuerreform zu härten.

Politisch ist es allerdings schwierig, Steuervergünstigungen gegen die Interessen mächtiger Gruppen abzubauen. Deshalb wurde in der Öffentlichkeit bezweifelt, daß es gelingen werde, durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einen nennenswerten Teil des Umschichtungsbetrages aufzubringen. Insofern erscheint es bemerkenswert, daß es gelungen ist, den gesetzgebenden Körperschaften Steuerrechtsänderungen vorzuschlagen, die nach offiziellen Einschätzungen ein Mehraufkommen von 18 Mrd DM erbringen sollen (Tabelle 30). Tatsächlich dürfte diese Schätzung überhöht sein, weil einige Änderungen nur vorübergehend zu Mehreinnahmen führen oder weil Mehreinnahmen aus der Streichung von Steuervergünstigungen eingesetzt werden, die bereits in der Finanzplanung berücksichtigt sind, da die Regelungen vor 1990 auslaufen. Außerdem ist bislang nicht geklärt, wie die verbleibende Differenz von einer Mrd DM aufgebracht werden soll.

Auf eine detaillierte Erörterung der angekündigten Umstrukturierungen wird hier verzichtet. Nur zwei dieser Regelungen sollen knapp behandelt werden.

Daß die Sonderfreibeträge bei den einzelnen Einkunftsarten abgebaut werden — leider ist das nicht in allen Fällen vorgesehen —, entspricht unseren Anregungen. Problematisch ist es indessen, wenn der Arbeitnehmerfreibetrag, der Weihnachtsfreibetrag und die Werbungskostenpauschale zu einer einheitlichen „Arbeitnehmer-Pauschale" in Höhe von 2 000 DM zusammengefaßt werden sollen. Zwar wird dadurch eine beträchtliche Steuervereinfachung erreicht, die namentlich von der Steuerverwaltung begrüßt werden dürfte, doch sind derart überhöhte Pauschalierungen steuersystematisch bedenklich; denn es wird durch die neue Werbungskostenpauschale — um eine solche handelt es sich nämlich bei der Arbeitnehmer-Pauschale — eine neue Steuervergünstigung für diejenigen Arbeitnehmer geschaffen, deren Werbungskosten weit geringer sind. Zugleich werden diejenigen Arbeitnehmer diskriminiert, deren einschlägige Aufwendungen die Pauschale erreichen oder gar übersteigen, weil sich deren Belastungen nicht steuermindernd auswirken. Das ist in den Fällen besonders bedauerlich, in denen es sich dabei um Ausgaben für die berufliche Weiterbildung handelt, weil die Höherqualifizierung für die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte erwünscht ist und damit im wachstumspolitischen Interesse liegt (Ziffern 368 ff.).

Zwiespältig ist die Einführung einer anrechenbaren Kapitalertragsteuer in Höhe von 10 vH auf die meisten Zinserträge zu beurteilen. Einerseits sprechen dagegen die negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen, wie Kapitalabwanderung und Erhöhung des Zinsniveaus, die mit der angekündigten Belastung wahrscheinlich verbunden sind. Andererseits sind diese Einkünfte ohnehin steuerpflichtig, und es widerspricht den Grundsätzen der Steuerlastverteilung, wenn der Staat es duldet, daß ein erheblicher Teil der Zinsen der Besteuerung entzogen wird. Durch die faktische Befreiung umfangreicher Zinseinkünfte werden zugleich die Lohneinkünfte und die Gewinneinkünfte diskriminiert, die in der Regel effektiver erfaßt werden. Der dargestellte Konflikt spiegelt sich in dem niedrigen Steuersatz, mit dem die Kapitalertragsteuer auf Zinsen eingeführt werden soll. Der niedrige Tarif ist gleichwohl unangemessen, weil die in Aussicht genommene Erhebung dieser Abgabe von den Kapitalanlegern ohnehin so interpretiert werden dürfte, daß eine schrittweise Erhöhung des Steuersatzes vorgesehen ist. Das wird diejenigen, die sich einer einkommensteuerlichen Belastung ihrer Zinsen entziehen wollen, selbst bei dem niedrigen Tarif dazu veranlassen, ihr Kapital aus der Bundesrepublik abzuziehen. Allerdings ist zu bedenken, daß die Kapitalerträge in den meisten anderen vergleichbaren Staaten inzwischen stärker belastet werden als hier. Für die einkommensteuerliche Belastung der Zinsen sorgt in den Vereinigten Staaten ein funktionsfähiges Kontrollmitteilungssystem, und in der Schweiz wird — um ein weiteres Beispiel zu nennen — eine Kapitalertragsteuer mit einem Satz von 35 vH erhoben. Es spricht deshalb einiges dafür, daß man auch in der Bundesrepublik ohne größeren Schaden für die Volkswirtschaft die Kapitalertragsteuer mit einem deutlich höheren Satz — gegebenenfalls mit Freistellungen der kleinen Sparer — hätte einführen können, wenn gleichzeitig die Spitzenbelastung bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuersatz kraftvoller gesenkt worden wären, als es die gegenwärtigen Pläne für die Reform vorsehen.

291. Die geplante Abkoppelung des Körperschaftsteuersatzes vom Spitzensatz der Einkommensbesteuerung ist ordnungspolitisch aus mehreren Gründen bedenklich: Zunächst werden für mittlere und größere Personengesellschaften und Einzelfirmen die Anreize für eine Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft verstärkt. Es besteht wirtschaftspolitisch kein Anlaß, diese Substitutionsvorgänge durch steuerpolitische Maßnahmen zu fördern. Sodann wird die Einbehaltung von Gewinnen bei Kapitalgesellschaften um so stärker begünstigt, je niedriger der für die Thesaurierung geltende Steuersatz im Vergleich zum Einkommensteuerspitzensatz ist. Die Förderung dieser Form der Selbstfinanzierung ist unerwünscht, weil sie zu einer Fehlallokation des Kapitals führen kann (JG 85 Ziffer 273 und JG 84 Ziffer 460). In den Vereinigten Staaten liegt übrigens nach der jüngsten Steuerreform der Körperschaftsteuersatz von 34 vH über dem Spitzensatz der Einkommensteuer von 28 vH.

Daß der höchste Grenzsteuersatz der Einkommensteuer von 56 vH auf 53 vH gesenkt werden soll, wäh-

rend für den Körperschaftsteuersatz eine Reduzierung von 56 vH auf 50 vH vorgesehen ist, wird offiziell mit den unterschiedlichen Belastungswirkungen der Vermögensteuer bei Kapitalgesellschaften und Personenunternehmungen sowie mit der Tatsache begründet, daß die Durchschnittsbelastung der einkommensteuerpflichtigen Gewinne regelmäßig unter dem Spitzensteuersatz — zur Zeit also mehr oder weniger deutlich unter 56 vH — liege, während die nicht ausgeschütteten Gewinne der Kapitalgesellschaften auch durchschnittlich mit dem Normalsatz — zur Zeit also mit 56 vH — belastet werden. Beide Argumente rechtfertigen die Abkoppelung des Einkommensteuerspitzensatzes vom Körperschaftsteuersatz indessen nicht.

Was die vermögensteuerlichen Unterschiede anbelangt, wäre eine erwünschte Angleichung durch Reformen bei dieser Abgabe angemessen. Auch der Vergleich der Durchschnittsbelastungen geht fehl, und zwar aus mehreren Gründen:

- Für die unternehmerischen Dispositionen ist meist nicht der durchschnittliche, sondern der marginale Steuersatz entscheidend, und dieser entspricht schon bei relativ niedrigen Unternehmereinkommen dem Spitzensatz.
- Die Berücksichtigung der Kirchensteuern bei einem Steuerbelastungsvergleich zwischen Personenunternehmungen und Kapitalgesellschaften ist verfassungsrechtlich gewiß problematisch. Man kann auch geteilter Meinung darüber sein, ob die Kirchensteuer bei der Steuerlastverteilung berücksichtigt werden soll oder nicht. Bei einer Analyse der ökonomischen Wirkungen der Besteuerung ist indessen davon auszugehen, daß die unternehmerischen Entscheidungen von der gesamten steuerlichen Grenzbelastung der Gewinne bestimmt werden und daß in diesen Kalkül auch die Kirchensteuern eingehen. Dies spricht schon heute bei mittleren und großen Unternehmungen für die Rechtsform einer Kapitalgesellschaft. Dieser Effekt wird durch die vorgesehene Steuerreform verstärkt.
- Seit der Körperschaftsteuerreform 1977 können Kapitalgesellschaften die Belastung der einbehaltenen Gewinne derjenigen von Personenunternehmungen angleichen, indem sie die Gewinne ausschütten und durch ihre Gesellschafter wieder einlegen lassen. Für kleine und mittlere Kapitalgesellschaften läßt sich also die Durchschnittsbelastung der Gewinne auf das Niveau derjenigen vergleichbarer Personenunternehmungen senken.

Die Möglichkeit, die Steuerbelastung der bei Kapitalgesellschaften erzielten Gewinne durch Ausschüttung und Wiedereinlage zu senken, wird allerdings in der Regel nicht genutzt, weil die Anteilseigner ihre Interessen gegenüber dem Management nicht durchsetzen können, wie es insbesondere bei großen Publikumsaktiengesellschaften der Fall ist. Die Aufforderung zur Wiedereinlage der ausgeschütteten Gewinne weckt bei den Anteilseignern die Erwartung, daß sich auch mit dem erhöhten Kapital unveränderte Renditen erwirtschaften lassen, was häufig nicht zugesichert werden kann. Werden die Gewinne dagegen einbehalten, ist die Verwaltung einer solchen Rechenschaftsverpflichtung enthoben. Die Lenkungsfunktion des Kapitalmarkts wird ausgehöhlt, was Fehlallokationen begünstigt. Überdies kann das Management — in Ermangelung rentabler Sachanlagen — an Stelle der Gesellschafter Finanzanlagen vornehmen, insbesondere Anteile anderer Unternehmungen erwerben, was die Unternehmenskonzentration begünstigt. Mit der Abkoppelung des Körperschaftsteuersatzes vom Spitzensatz der Einkommensteuer wird diese Entwicklung zusätzlich begünstigt, was ordnungspolitisch unerwünscht ist.

292. Die wachstumspolitische Ausrichtung der Steuerreform hat auch darunter gelitten, daß im Laufe der Diskussion immer stärker verteilungspolitische Gesichtspunkte die Oberhand gewonnen haben. Die sozialen Maßstäbe für die Steuerpolitik werden nicht mit der Frage gewonnen, wie ein gegebenes Sozialprodukt am gerechtesten auf die Bürger verteilt werden kann, sondern durch die Aufgabe gestellt, das Produkt zu steigern; dies kommt allen zugute. So gesehen sind die mehr als 6½ Mrd DM schlecht angelegt, die die Senkung des Eingangssatzes des Einkommensteuertarifs von bisher 22 vH auf künftig 19 vH an Steuerausfall kosten wird. Trotz des hohen Steuerausfalls ist die Entlastung für den einzelnen Bürger kaum spürbar, und auch Leistungsimpulse können von dieser Senkung des Steuersatzes — im Gegensatz zu der oben erörterten Tarifkorrektur im direkt progressiven Bereich — kaum erwartet werden.

Die Grundfreibeträge sollen zwar ebenfalls im Dienste der Verteilungsgerechtigkeit erhöht werden, doch ist diese Änderung günstiger zu beurteilen als die Senkung des Eingangssatzes der Einkommensbesteuerung, weil sie die Leistungsbereitschaft von Bedürftigen und Beziehern kleiner Einkommen anregen kann. Es ist nicht nur ungerecht, sondern wirkt für den betroffenen Personenkreis auch demotivierend, wenn nach dem geltenden Einkommensteuertarif Leistungseinkommen besteuert werden, die die Regelsätze der Sozialhilfe nur knapp übersteigen oder gar darunter liegen. Mit der Erhöhung des Grundfreibetrages ist dieses Problem ein wenig entschärft worden. Ähnliches gilt für die Erhöhung der Kinderfreibeträge.

Gelöst werden kann es auf diese Weise allerdings nicht; denn es hat eine weiterreichende Bedeutung, auf die wir zuletzt in unserem Jahresgutachten 1985/86 hingewiesen haben:

„Die meisten Sozialleistungen — eine wichtige Ausnahme bilden allerdings die Renten — sind gemäß § 3 EStG einkommensteuerfrei, und bei vielen dieser Hilfen sind in den Bestimmungen der Sozialgesetzgebung Einkommensgrenzen festgelegt, bei deren Überschreitung der Anspruch auf die Transferzahlung erlischt oder sich zumindest — wie etwa beim Kindergeld — vermindert. Beides kann den Leistungswillen der Bürger mindern. Die Bereitschaft, sich um ein Arbeitseinkommen zu bemühen, kann kaum erwartet werden, wenn vom Lohn nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsabgaben kaum mehr übrig bleibt, als beim Fortbezug der steuerfreien Bezüge. Demotivierend muß es ebenfalls wirken, wenn bei der Überschreitung der Einkommensgrenze eine oder gar mehrere Sozialleistungen entfallen und wenn dadurch bei mittleren Einkommen Grenzbelastungen auftreten, die nicht selten höher sind als der Spitzensteuersatz der gegenwärtigen Einkommensteuer. Zum Abbau leistungslähmender marginaler Einkommensbelastungen ist es

also neben der Tarifreform bei der Einkommensbesteuerung erforderlich, das Steuerrecht und das Sozialrecht besser aufeinander abzustimmen als bisher" (JG 85 Ziffer 272).

Soweit wir sehen, ist dieser Hinweis bislang nicht aufgegriffen worden. Die wachstumspolitische Effizienz der Steuerreform, aber auch die Verteilungsgerechtigkeit könnten sicher gefördert werden, wenn im Zusammenhang mit der Neuordnung der Besteuerung im Jahre 1990 wenigstens einige Regelungen der wichtigsten Sozialtransfers mit dem Ziel reformiert werden könnten, das Steuerrecht und das Sozialrecht besser zu koordinieren.

293. Eine Wirtschaftspolitik, die dem Ziel Vorrang einräumen will, das Wirtschaftswachstum zu kräftigen, muß in erster Linie darauf gerichtet sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland wieder zu heben. Durch

- die größere Teilbarkeit der Produktionsprozesse,
- die größere Bedeutung des Produktionsfaktors Forschung und Entwicklung, der im Gegensatz zu vielen standortgebundenen Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit unternehmensspezifisch und international transportabel ist, sowie
- die deutliche Verringerung der Transportkosten und der Kommunikationskosten

ist der Anreiz verstärkt worden, Teile der Produktion dorthin zu verlagern, wo der Gewinn relativ niedrig versteuert wird und wo Innovationen und Investitionen steuerlich günstig behandelt werden. Je größer der eigene Markt eines solchen Landes ist, um so reizvoller ist es, dort zu investieren. Deshalb ist der internationale Wettbewerb bei globalisierten Märkten ein ernst zu nehmendes Faktum geworden. Es kommt deshalb darauf an, die steuerlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik so zu gestalten, daß Innovationen und Investitionen hier vorgenommen werden.

Das geschieht bislang offenbar noch nicht. Jedenfalls bleibt die vorgesehene zaghafte Rücknahme des höchsten marginalen Einkommensteuersatzes um drei Prozentpunkte sowie des Körperschaftsteuersatzes um sechs Prozentpunkte weit hinter dem zurück, was der Sachverständigenrat in mehreren Jahresgutachten für notwendig erachtet hat, nämlich beide Steuersätze **deutlich unter** 50 vH zu senken (vor allem JG 83 Ziffern 411 ff. sowie JG 85 Ziffer 273).

294. Auch im Bereich der den Wirtschaftsablauf unmittelbar belastenden Abgaben gibt es steuerpolitischen Handlungsbedarf, der nach den Planungen der für 1990 vorgesehenen Reform nicht gedeckt werden wird. Für die Kapitalverkehrsteuern besteht in einer modernen Volkswirtschaft keine Rechtfertigung mehr. Sie behindern die Mobilität des Finanzkapitals und sind deshalb Störfaktoren für den Wirtschaftsablauf. Der Sachverständigenrat hat wiederholt, zuletzt im Jahresgutachten 1985/86, dargelegt, daß diese Abgaben aufgehoben werden müßten (JG 85 Ziffer 274).

Besonders schädlich wirkt die Gesellschaftsteuer; denn diese Abgabe diskriminiert bei den Kapitalgesellschaften sowie bei den Personengesellschaften, an denen eine Kapitalgesellschaft beteiligt ist, die Eigenkapitalzuführung im Vergleich zur Fremdfinanzierung. Außerdem verhindert die Gesellschaftsteuer bislang, daß die Gewinnsteuerbelastung der Kapitalgesellschaften durch die Methode des „Schütt-aus-Hol-zurück" an die Einkommensteuerbelastung der Personenunternehmungen angeglichen werden kann, weil bei der Wiedereinlage der ausgeschütteten Gewinne Gesellschaftsteuer anfällt — es sei denn, diese Beträge werden der Gesellschaft als Gesellschafterdarlehen und nicht im Wege der Eigenkapitalzuführung zur Verfügung gestellt, wie es in der Regel geboten wäre. Generell kann festgestellt werden, daß die Gesellschaftsteuer tendenziell die Selbstfinanzierung durch das Einbehalten von Gewinnen begünstigt, was — wie oben dargelegt — kapitalmarktpolitisch unerwünscht ist. Diese Tendenz wird sich verstärken, wenn es dabei bleiben sollte, daß der Körperschaftsteuersatz unter dem Spitzensteuersatz der Einkommensteuer festgelegt wird, wie ebenfalls begründet wurde. Beibehaltung der Gesellschaftsteuer und Abkoppelung des Normalsatzes der Körperschaftsbesteuerung vom höchsten marginalen Einkommensteuersatz wirken also in dieselbe ordnungspolitisch verfehlte Richtung.

295. Schließlich sehen die Beschlüsse zur Steuerreform vor, daß die Abschaffung der Gewerbesteuer, das drängendste Problem der Unternehmensbesteuerung, auf die kommende Legislaturperiode vertagt werden soll. Das ist nur insofern erfreulich, als auf diese Weise wenigstens vermieden werden konnte, daß die steuersystematisch und finanzpolitisch untragbaren Anrechnungsmodelle realisiert wurden, die in der letzten Phase der Verhandlungen über die Regierungsbildung offenbar allein zur Diskussion standen. Daß die Gewerbesteuerfrage ausgeklammert wurde, ist ein besonders gravierender Mangel der Reformkonzeption.

Durch die verschiedenen Rechtsänderungen der letzten Jahrzehnte hat sich die Gewerbesteuer immer stärker zu einer Art Sondersteuer auf die Gewinne und den Eigenkapitaleinsatz der mittleren und größeren Gewerbebetriebe entwickelt. Legt man einen Hebesatz von 400 vH zugrunde, der heute etwa dem Durchschnitt der relevanten Hebesätze entsprechen dürfte, so wird auch nach Senkung des Regelsatzes der Körperschaftsbesteuerung für die einbehaltenen Gewinne auf 50 vH die Gesamtbelastung der Gewinne vor Steuern durch die Körperschaftsteuer und die Gewerbeertragsteuer insgesamt 58½ vH betragen. Die Spitzenbelastung der Personenunternehmungen ist sogar noch höher: Für Personengesellschaften und Einzelfirmen wird sich die marginale Gesamtbelastung der Gewinne vor Steuern im Regelfall sogar auf mehr als 62½ vH belaufen. Bei dieser Berechnung ist ein Grenzsteuersatz von 53 vH, ein Kirchensteuertarif von 9 vH sowie wiederum ein Gewerbesteuerhebesatz von 400 vH zugrunde gelegt.

Daß bei diesen Belastungen von der anvisierten Rückführung des Körperschaftsteuersatzes und erst recht

von der nur symbolischen Senkung des Einkommensteuerspitzensatzes keine Wunder für die Kräftigung des Wirtschaftswachstums erwartet werden können, liegt auf der Hand. Es wird deshalb nicht genügen, den Körperschaftsteuersatz und den höchsten Grenzsatz der Einkommensteuer stärker zu senken, als es bislang vorgesehen ist; vielmehr sollte das Gewerbesteuerproblem schon im Rahmen der Steuerreform 1990 gelöst werden. Dazu besteht um so mehr Veranlassung, als die mittleren und größeren Unternehmen — wohl nicht zu unrecht — befürchten, daß zahlreiche Gemeinden versuchen werden, ihre Einbußen an Steueraufkommen durch die Steuersenkung im Wege einer Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze zu kompensieren.

Die Ergänzung des für 1990 vorgesehenen Reformpaketes um eine Lösung der für die Unternehmensbesteuerung zentralen Frage braucht nicht mit einer Erhöhung der Haushaltsdefizite verbunden zu sein; denn es genügt eine Belastungsumschichtung durch eine Änderung der Steuerstruktur. Den Weg dazu hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen schon vor einigen Jahren in einem ausführlichen Gutachten gewiesen.

Der Sachverständigenrat hat sich seither Jahr für Jahr für eine Abschaffung der Gewerbesteuer sowie den Übergang zu einer Wertschöpfungsteuer eingesetzt, die Vorzüge einer solchen Reform ausführlich gewürdigt, sich mit den Bedenken gegen diese Vorschläge eingehend auseinandergesetzt und im vorigen Jahr auch einen Kompromißvorschlag für eine grundlegende Reform der Gewerbesteuer erörtert (zuerst SG 82 Ziffer 80, besonders ausführlich JG 83 Ziffern 402 ff. und zuletzt JG 86 Ziffern 285 ff.). Wir können alle Argumente nicht noch einmal ausbreiten, sondern beschränken uns auf wenige Gesichtspunkte, die uns entscheidend erscheinen, wenn es gilt, die wachstumshemmenden Elemente in unserem Steuersystem zu beseitigen.

Notwendig ist es dann vor allem, die hohen marginalen Steuerbelastungen der Gewinne zu reduzieren und die wettbewerbsverzerrende selektive Besteuerung der mittleren und größeren Gewerbebetriebe aufzuheben. Bei der Wertschöpfungsbesteuerung gelingt dies auf zwei Wegen: Zunächst wird bei dieser Abgabe die Steuerlast auf eine größere Zahl von Wirtschaftseinheiten umgelegt, was bei gegebenem Steueraufkommen eine beträchtliche Entlastung der bislang ausschließlich besteuerten mittleren und größeren Gewerbebetriebe erlaubt. Diese Entlastung gelingt um so stärker, je konsequenter die Wertschöpfungsbesteuerung verwirklicht wird. Das ist nicht nur ökonomisch vorteilhaft, sondern auch politisch erwünscht, weil gerade bei einer breit angelegten Kommunalsteuer den Bürgern am ehesten verständlich wird, daß ihre Forderung nach einer besseren Versorgung durch ein öffentliches Gemeinwesen letztlich von ihnen selbst finanziert werden muß. Sodann wird durch die Wertschöpfungsbesteuerung eine Entlastung der Gewinne auch dadurch erreicht, daß nicht nur diese, sondern alle in der Gemeinde erzeugten Einkommen die Bemessungsgrundlage bilden. Das entspricht den mit der Konzeption dieser Steuer verbundenen groben Äquivalenzvorstellungen am ehesten und hat zugleich den Vorteil, daß die Abgabe durch die Belastung der Faktoren Arbeit und Kapital besser kalkulierbar ist als eine ausschließlich gewinnabhängige Steuer, was ihre Überwälzung tendenziell erleichtert. Diese Zusammenhänge werden offenbar nicht erkannt; denn es ist schwer verständlich, daß gerade die mittleren und größeren Gewerbebetriebe, repräsentiert durch ihre Verbände der hier erörterten Konzeption so viel Widerstand entgegensetzen.

296. Wir erinnern schließlich an unsere Anregung, die Investitionen dadurch von Steuern zu entlasten, daß das Gewicht der Verbrauchsteuern im deutschen Steuersystem wieder dauerhaft erhöht wird. Durch die Anhebung des Tarifs bei der einen oder anderen dieser Abgaben ließen sich einige der Vorschläge finanzieren, die wir für eine „Nachbesserung" der vorgesehenen Steuerreform 1990 in diesem Abschnitt erneut zur Diskussion gestellt haben. Für eine weitergehende Senkung der Spitzenbelastung bei der Einkommensbesteuerung sowie des Körperschaftsteuertarifs könnte auch eine mäßige Erhöhung der Umsatzbesteuerung in Betracht gezogen werden. Das ist nicht unsozial: Wenn es auf diese Weise gelingt, das Wirtschaftswachstum zu kräftigen, die Arbeitsplätze zu sichern und die Beschäftigung auszuweiten. Das ist auch deshalb notwendig, weil es nur auf diesem Weg gelingen kann, die anstehenden großen Probleme zu lösen, und dazu gehören vor allem auf kürzere Sicht die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit und mittelfristig die Reform des sozialen Sicherungssystems.

Finanzausgleich — Eigenverantwortung stärken

297. Die Fortentwicklung des Finanzausgleichs sollte von dem Gedanken geleitet werden, die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Gebietskörperschaften zu stärken. Deshalb ist es notwendig, die Mischfinanzierung so weit wie möglich abzubauen. Aber auch Finanzzuweisungen und andere die Leistungskraft tendenziell nivellierende Regelungen müssen restriktiv gehandhabt werden, wenn die Verantwortlichkeit der Träger dezentralisierter Entscheidungen gestärkt werden soll. Insbesondere gilt es zu vermeiden, daß Mißerfolge der von den jeweils unteren Ebenen betriebenen Politik auf die höhere Ebene abgewälzt werden. Da sich Erfolge und Mißerfolge auch im Steueraufkommen spiegeln können, ist die im deutschen Finanzausgleich traditionelle Methode, die Steuerkraftunterschiede ziemlich stark auszugleichen, nicht unproblematisch. Vielmehr liegt es aus diesem Blickwinkel nahe, die Kompetenzen für die Gestaltung der Einnahmennormen stärker zu dezentralisieren.

Für den Länderfinanzausgleich, der in diesem Jahr ohnehin neu geregelt werden muß, sind die Möglichkeiten dazu begrenzt. Immerhin könnte das Volumen der Ausgleichsregelungen nach Art. 107 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 GG wohl dann etwas reduziert werden, wenn den Ländern für bestimmte Steuern, deren Aufkommen ihnen ganz zusteht, in einem gewissen Umfang die Gesetzgebungskompetenz eingeräumt würde, die der Bund für diese Abgaben im Wege der konkurrierenden Gesetzgebung in Anspruch genom-

men hat. So könnte beispielsweise nicht nur erwogen werden, den Ländern die Rechtssetzung über die Vermögensteuer zu übertragen, indem der Bund das Vermögensteuergesetz zu diesem Zweck aufhebt, sondern es wäre auch möglich, die Tarifvorschriften dieses Gesetzes in der Weise zu ändern, daß der Bund nur Steuermeßzahlen festlegt und den Ländern die Festsetzung der Hebesätze überläßt. Entsprechende Lösungen wären auch für die Erbschaftsteuer und die Kraftfahrzeugsteuer denkbar. Ob sie politisch umgesetzt werden können, ist eine andere Frage. Sie entsprechen jedoch den Grundsätzen der dezentralisierten Verantwortung des föderativen Staatsaufbaues und erscheinen im Hinblick auf die Unterschiede in der Ausgabenentwicklung (Ziffer 154) sehr erwünscht. Auch wenn man der im Grundgesetz mehrfach erwähnten „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" einen hohen Rang zuerkennt — einem Maßstab, der für den Länderfinanzausgleich im Art. 107 GG übrigens nicht herangezogen wird —, bleibt schwer verständlich, weshalb dieses Prinzip differenzierten Steuerlasten in den einzelnen Ländern entgegenstehen soll, während regionale Besteuerungsunterschiede auf kommunaler Ebene hingenommen werden; denn den Gemeinden steht bekanntlich für die Realsteuern ein Hebesatzrecht zu (Art. 106 Abs. 6 Satz 2 GG).

298. Obwohl die Gemeinden die Hebesätze für die Gewerbesteuer sowie die Grundsteuer selbst festsetzen und damit in wirtschaftlich bestimmten Grenzen ihre Steuereinnahmen selbst beeinflussen können, befriedigt der kommunale Finanzausgleich ebenfalls nicht. Durch nivellierende Umlagen und Finanzzuweisungen wird die Autonomie der Kommunen beeinträchtigt; durch Mischfinanzierungsangebote der Länder, aber auch des Bundes wird ihre Eigenverantwortlichkeit untergraben.

Die kommunalen Ausgaben sollten so weit wie möglich durch originäre Einnahmen der Gemeinden finanziert werden. Das gilt jedenfalls für diejenigen Aufgaben, bei deren Erfüllung die Gemeinden über einen Ermessensspielraum verfügen, der es ihnen erlaubt, die Höhe der anfallenden Ausgaben zu beeinflussen. Dagegen erscheint es geboten, daß Bund und Länder den Kommunen diejenigen Ausgaben erstatten, die diese auf der Grundlage detaillierter Rechtsnormen jener Gebietskörperschaften leisten müssen, ohne den Umfang dieser Zahlungen nennenswert beeinflussen zu können, wie es beispielsweise für die Regelsätze der Sozialhilfe gilt. Um die kommunale Selbstverantwortung zu stärken, ist es außerdem notwendig, den Gemeinden in einem möglichst großen Ausmaß einen Einfluß auf die Gestaltung der Einnahmenregelungen zu gewähren. Dies kann bei bundesrechtlich oder landesrechtlich geregelten Abgaben in der Weise geschehen, daß den Kommunen ein Hebesatzrecht eingeräumt wird.

Dieser Grundgedanke einer finanzpolitischen Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden ist in der Bundesrepublik bislang nur begrenzt verwirklicht worden; denn im Mittelpunkt der kommunalen Finanzsysteme der Länder steht in der Regel ein Ausgleichssystem, das an Kriterien des Bedarfs und der Steuerkraft orientiert ist und das die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden in einem mehr oder weniger großen Umfang tendenziell nivelliert. Ein solches System mindert die Anreize zu eigener Anstrengung und begünstigt die Externalisierung regional verursachter Kosten.

Dabei ist insbesondere das Prinzip der „veredelten Einwohnerzahl" zu kritisieren. Dieses Prinzip, das der Ermittlung der Bedarfsmeßzahl zugrunde liegt, geht davon aus, daß die Gemeinden mit zunehmender Einwohnerzahl einen überproportionalen Bedarf und je nach Steuerkraft auch einen überproportionalen Zuweisungsbedarf aufweisen. Es kann aber auch umgekehrt sein: Der Aufwand für öffentliche Güter ist in Ballungsgebieten nicht zuletzt deswegen höher, weil diese von vornherein im Finanzausgleich begünstigt werden. Dadurch wird der kostenintensiven räumlichen Ballung Vorschub geleistet, statt ihr durch verursachungsgerechte Kostenbelastung der betreffenden Regionen entgegenzuwirken.

Dieser Überlegung stehen Zuweisungen für Gemeinden mit zentralörtlichen Aufgaben nicht entgegen. Ein solcher Ausgleich darf indessen nicht nach der Einwohnerzahl bemessen werden, sondern muß sich nach Art und Umfang der für das Umland übernommenen Funktionen richten. Er sollte vorzugsweise durch Beitragszahlungen derjenigen Gemeinden erfolgen, die von diesen Externalitäten profitieren, und nur in Betracht kommen, soweit eine Gebührenerhebung bei den die zentralörtlichen Einrichtungen Nutzenden nicht möglich ist.

Der von diesen Grundsätzen abweichende — zumindest in einigen Bundesländern zu beobachtende — hohe Ausgleichsgrad der gemeindlichen Steuerkraft durch bedarfsorientierte Finanzzuweisungen mindert das Interesse der Kommunen erheblich, ihre Steuerbasis zu verbreitern. Diese prinzipiellen Bedenken schließen nicht aus, daß den Gemeinden bei der Überwindung besonderer Belastungen geholfen wird, die sie aus eigener Kraft nicht lösen können, wie es beispielsweise für einige kommunale Probleme in den Zonenrandgebieten oder für die Altlasten in den industriellen Ballungsräumen gilt. Bei der Gewährung von Finanzzuweisungen sollte jedoch auch in diesen Fällen versucht werden, die Anstrengungen für die örtliche Selbsthilfe anzuregen.

299. Bei einer Reform des kommunalen Steuersystems sollte das Äquivalenzprinzip stärker als bisher betont werden. Soweit das Ausschlußprinzip funktioniert, kann das individuelle Äquivalenzprinzip vermehrt zur Anwendung kommen. Für eine stärkere Orientierung der Gebühren und Beiträge an den Kosten von Schwimmbädern, Theatern und Volkshochschulen — um nur einige Beispiele zu nennen — bestehen hier Möglichkeiten, die vermehrt genutzt werden sollten.

Soweit die Finanzierung mit Verwaltungseinnahmen nicht in Betracht kommt, sollte in allen Fällen, in denen dies möglich ist, das Prinzip der Gruppenäquivalenz als zweitbeste Lösung verwirklicht werden. Der Grundgedanke ist hier, daß die für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern anfallenden Kosten auch dann von den jeweiligen Nutznießern getragen wer-

den, wenn sich Kosten und Nutzen zwar nicht individuell, aber doch einer bestimmten Gruppe — etwa den Einwohnern oder den Produktionsstätten — zuordnen lassen.

Geschieht das nicht, können sich Wanderungsimpulse ergeben, die volkswirtschaftlich ineffizient sind. So kann das Angebot kommunaler Leistungen zum „Quasi-Nulltarif" die weitere Verdichtung in Ballungsräumen noch begünstigen.

300. Wo das Prinzip der Gruppenäquivalenz verwirklicht werden soll, muß in der Regel das Instrument der Besteuerung eingesetzt werden. Auf die Steuerfinanzierung muß man im übrigen auch in den Fällen zurückgreifen, in denen das Äquivalenzprinzip in den beiden erwähnten Versionen versagt. Das kommunale Steuersystem muß bestimmten Anforderungen Rechnung tragen, wenn der Wettbewerb zwischen den Gemeinden nicht verzerrt werden soll. In erster Linie muß es den Kommunen Anreize und Möglichkeiten bieten, ihre wirtschaftliche Grundlage aus eigener Kraft zu stärken. Nur auf diese Weise läßt sich vermeiden, daß diejenigen durch nivellierende Finanzausgleichsleistungen belohnt werden, die es an eigenen Anstrengungen fehlen lassen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es unerläßlich, daß die Gemeinden bei den großen Kommunalsteuern ein Hebesatzrecht behalten. Den beiden oben erwähnten Ansätzen für die Verwirklichung des Grundsatzes der Gruppenäquivalenz entsprechend sollte jeweils wenigstens eine Steuer darauf gerichtet sein, den Produktionsstätten und den Einwohnern als Nutzern die Kosten derjenigen kommunalen Leistungen anzulasten, die ihrer Natur nach nicht durch Gebühren oder Beiträge finanziert werden können.

Eine Abgabe, die beiden Zielvorstellungen der Gruppenäquivalenz gerecht wird, ist die Wertschöpfungsteuer (JG 86 Ziffern 287 ff.). Das gilt allerdings nur dann, wenn sie konsequent verwirklicht wird. In diesem Falle werden nicht nur die Betriebsstätten der Gewerbetreibenden und der Freiberufler, sondern ebenso die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sowie die Mietwohngrundstücke als Steuerobjekte nach dem Maßstab ihrer Wertschöpfung als dem Beitrag zur örtlichen Einkommenserzeugung belastet. Als Entgelt für die kommunalen Vorleistungen soll diese „Kostensteuer" auf die Endverbraucher der in den Gemeinden erzeugten (Teil-)Leistungen überwälzt werden, wofür in der Regel gute Voraussetzungen bestehen dürften. Neben den auswärtigen Käufern der in den Gemeinden erzeugten Produkte würden die Gemeindebürger durch die Wertschöpfungsteuer vor allem dadurch getroffen, daß sie Wohnraum in der Gemeinde nutzen.

301. Wird die Wertschöpfungsteuer dagegen in der Weise eingeschränkt verwirklicht, daß nur die Wertschöpfung der Gewerbetreibenden und der freiberuflich Tätigen belastet wird, so kann sie als eine Art „reformierte Gewerbesteuer" aufgefaßt werden. In diesem Falle werden wichtige Teile der örtlichen Produktion getroffen, und zwar vornehmlich diejenigen, die die Ballungsgebiete besonders belasten. Die Wertschöpfungsteuer ist eine ergiebige Gemeindesteuer, die das Interesse der Kommunen am ortsansässigen und ansiedlungswilligen Gewerbe sichert und damit auch regionalpolitisch positive Anreize setzt.

Dies ist bei der heutigen Gewerbesteuer kaum noch der Fall. Vorliegende Rechnungen zeigen zudem, daß diese Steuer für altindustrielle Verdichtungsräume eine denkbar ungünstige Lösung darstellt. Wir haben im vorigen Jahr ausführlich dargelegt, daß wir die Reform dieser Abgabe auf der Basis der Grundgedanken einer Wertschöpfungsteuer für unumgänglich halten, wenn sich die konsequente Konzeption dieser Abgabe politisch nicht umsetzen lassen sollte (JG 86 Ziffern 290 f.).

Die in der Öffentlichkeit als Ersatz für die Gewerbebesteuerung diskutierten Vorschläge sind entweder kommunalpolitisch oder finanzpolitisch bedenklich: Bei einigen der erwogenen Möglichkeiten müßte auf ein kommunales Hebesatzrecht verzichtet werden; bei anderen könnten die Gemeinden in einem mehr oder weniger großen Umfang eine Trittbrettfahrerposition gegenüber anderen Gebietskörperschaften einnehmen; wieder andere verstoßen — von weiteren Nachteilen abgesehen — gegen grundlegende Prinzipien der Steuersystematik. Die ökonomisch trotz einiger Bedenken nicht uninteressante Alternative, die Einführung einer kommunalen Verbrauchsteuer, ist nach herrschender Auffassung — aus rein formalen Gründen — mit den Harmonisierungsrichtlinien der Europäischen Gemeinschaften für die Umsatzbesteuerung nicht zu vereinbaren.

302. Wird die Gewerbesteuer im Sinne des oben erwähnten Vorschlages reformiert, wird also nur ein Teil der in der Gemeinde erzeugten Wertschöpfung belastet, bliebe es nach den Grundsätzen der Gruppenäquivalenz notwendig, die Vorleistungen der Gemeinden für ihre Einwohner durch eine andere Abgabe zu finanzieren, die auch die Landwirtschaft einschließt.

Eine Möglichkeit dazu bietet die Grundsteuer, die derzeit allerdings nur unzulänglich ausgeschöpft wird. Das beruht auf zwei Gründen, die in einer inneren Beziehung stehen. Da eine Erhöhung der Hebesätze bei dieser Abgabe unmittelbar oder über Mieterhöhungen die meisten Bürger belastet, scheuen die Gemeinderäte im allgemeinen vor diesem Schritt zurück. Eine Anhebung der Gewerbesteuer ist dagegen weniger unpopulär, weil bei der heutigen Form der Gewerbebesteuerung nur wenige Gewerbetreibende belastet werden, die teilweise in der Gemeinde nicht einmal Wohnsitz (und Wahlrecht) haben. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, die Gewerbesteuer durch Verbreiterung ihrer Bemessungsgrundlage (unter gleichzeitiger Aufhebung der Gewerbekapitalsteuer) und durch Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen auf eine neue Basis zu stellen.

Geboten ist aber auch eine Reform der Grundsteuer; denn die Einheitswerte für den Grundbesitz sind so stark verzerrt, daß es problematisch erscheint, die Steuerlastverteilung auf sie zu gründen. Im übrigen muß bezweifelt werden, daß die Werte der Grundstücke überhaupt eine sinnvolle Basis für eine den Prinzipien der Gruppenäquivalenz gerecht werdende

Kommunalabgabe bieten, weil für den Umfang der kommunalen Vorleistungen wohl eher technische Größen wie Straßenlänge, Bebauungsart und Besiedelungsdichte des jeweiligen Grundstücks einen angemessenen Maßstab abgeben. Durch ein stärkeres Gewicht einer modifizierten Grundsteuer ließe sich dem Bürger am ehesten die Einsicht vermitteln, daß die Erfüllung seiner Wünsche mit Kosten verbunden ist (JG 86 Ziffer 286).

Gerade dieser Gesichtspunkt läßt es indessen erwägenswert erscheinen, durch Vorschriften über die Koppelung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer auch im Falle einer Reform der beiden Abgaben sicherzustellen, daß die beiden Aspekte der Gruppenäquivalenz in einem angemessenen Verhältnis berücksichtigt werden. Sollte die Neuordnung der beiden Realsteuern noch längere Zeit auf sich warten lassen, erscheint uns eine solche Koppelung unerläßlich.

303. Für diejenigen Aufgaben der Gemeinden, die sich nicht nach den Grundsätzen der individuellen Äquivalenz oder der Gruppenäquivalenz finanzieren lassen, halten wir eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensbesteuerung in der herkömmlichen Form weiterhin für akzeptabel. Einerseits ist die Berücksichtigung des Wohlstands der Bürger bei der Partizipation der Kommunen am Steueraufkommen insofern angemessen, als sich in der Einkommensentwicklung bis zu einem gewissen Grade auch der Erfolg oder Mißerfolg kommunalpolitischer Anstrengungen spiegelt. Andererseits steigen mit wachsendem Wohlstand nicht nur die Ansprüche der Bürger auf private, sondern auch auf öffentliche Güter, nicht zuletzt auf kommunale Leistungen. Der Gegenposition, daß ein dadurch ausgelöstes interregionales Gefälle in der Versorgung mit öffentlichen Gütern unerwünschte Wanderungsbewegungen auslösen könnte, tragen die gegenwärtigen Grundsätze der kommunalen Beteiligung an der Einkommensbesteuerung dadurch Rechnung, daß bei der interkommunalen Verteilung die Auswirkungen der Einkommensteuerprogression gekappt werden. Das geltende Recht trägt insoweit den beiden gegenläufigen Gesichtspunkten für eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensbesteuerung in angemessener Weise Rechnung.

304. Für eine größere regionale Eigeninitiative und eine stärkere Selbstverantwortung in der örtlichen Wirtschaftspolitik ist nicht nur eine sinnvolle Gestaltung der kommunalen Einnahmen wichtig; mindestens von gleicher Bedeutung ist eine möglichst große Autonomie der einzelnen Kommunen in der Mittelverwendung. Die interregionale Konkurrenz führt nur dann zu gesamtwirtschaftlich effizienten Ergebnissen, wenn die kommunalen Entscheidungsträger Struktur und Ausmaß des regionalen Angebots öffentlicher Leistungen weitestgehend selbst bestimmen können. Dies gilt auch und gerade für die kommunale Wirtschaftsförderung, insbesondere für die gezielte Anwerbung von Betrieben, aber ebenso für die Werbung um mehr Einwohner, etwa im Wege der Beseitigung von regionalen Engpaßfaktoren. Die Auswahl der Instrumente sollte in den Entscheidungsspielraum der jeweiligen Gemeinde fallen, da die Kommunen noch am ehesten Kosten und Nutzen verschiedener Maßnahmen abwägen können und — bei eigenen knappen Mitteln — nur aktiv werden, wenn sie einen entsprechenden Vorteil davon erwarten. Wenn eine Gemeinde ineffiziente Maßnahmen ergreift, muß sie auch die Kosten dafür tragen. Nur so kann ein hinreichender Anreiz für mehr Eigenverantwortung im Wettbewerb mit anderen Regionen geschaffen werden.

In einem solchen System wären Zweckzuweisungen, die die kommunale Ausgabenautonomie einschränken, ein Fremdkörper. Sie sollten daher auf das unumgängliche Maß — beispielsweise für die Finanzierung von Leistungen, die mehrere Kommunen oder Gebietskörperschaften betreffen (etwa Ortsdurchfahrten von Bundesstraßen) — beschränkt bleiben. Der in den letzten Jahren zu beobachtende, durch Sparmaßnahmen eingeleitete absolute und relative Rückgang der zweckgebundenen Zuweisungen ist daher positiv zu bewerten. Es hat keinen Sinn, den Gemeinden einerseits die Eigenverantwortung für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu übertragen und sie andererseits am „goldenen Zügel" der Zweckzuweisungen zu Investitionen zu veranlassen, die sie bei freier Verfügung über die entsprechenden Mittel selbst nicht durchführen würden.

Reform der Sozialversicherungen: Beitragsbelastung begrenzen — Selbstverantwortung stärken

305. Unerwünschte Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft können nicht nur von drückenden Steuerlasten, sondern auch von überhöhten Sozialversicherungsbeiträgen ausgehen. Dieser Zusammenhang wird mitunter bezweifelt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zahlungen an die Träger der gesetzlichen Versicherungen im eigenen Interesse der Versicherten lägen; denn im Gegensatz zu den Steuern, die kein Entgelt für eine besondere Leistung des Staates darstellen, stehen den Beiträgen die Leistungen der Versicherungsträger gegenüber. Bei dieser Argumentation wird jedoch übersehen, daß die Sozialversicherungsbeiträge bei den Pflichtversicherten in der Regel (einkommen)steuerähnlich erhoben werden und nicht unbedingt von den Präferenzen des einzelnen Bürgers abhängt; daß er den Versicherungsschutz als angemessenes Entgelt der ihm auferlegten Beitragslast ansieht, darf nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden.

Es spricht einiges dafür, daß dieses Urteil für die einzelnen Zweige der Sozialversicherung unterschiedlich ausfällt. Bei der Rentenversicherung und bei der Arbeitslosenversicherung besteht wenigstens insofern noch eine Parallele zu privatwirtschaftlichen Versicherungsverhältnissen, als sich die Versicherungsleistung nach der Höhe und Dauer der Beitragszahlungen richtet, so daß hier eine Äquivalenzbeziehung vorliegt, allerdings keine im Sinne marktwirtschaftlicher Äquivalenz; denn zumindest bei der Rentenversicherung wird das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung mindestens so stark von der Kraft des Wirtschaftswachstums und vor allem von der demo-

graphischen Entwicklung bestimmt wie von den Beitragsleistungen des Versicherten. Wegen des ungünstigen Bevölkerungsaufbaus wird sich das Verhältnis der Beitragszahlungen zu den späteren Rentenleistungen im Laufe der nächsten Jahrzehnte für den einzelnen immer ungünstiger gestalten. Ein solcher Zusammenhang zwischen den einkommensabhängig erhobenen Zwangsbeiträgen und dem Umfang der Versicherungsleistungen besteht kaum noch bei den gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV), weil Krankengeldzahlungen keine nennenswerte Rolle mehr spielen und die Versorgung mit Gesundheitsleistungen vom Bedarf (und damit insbesondere von der Familiengröße), nicht aber von den Beitragszahlungen abhängt. Innerhalb der „Solidargemeinschaft" findet eine Umverteilung statt, die unkoordiniert neben den übrigen redistributiven Maßnahmen der Finanzpolitik abläuft.

Die Ansicht, daß die Beiträge zur Sozialversicherung weitgehend steuerähnlich wirken, erscheint deshalb wohlbegründet. Eine auf die Stärkung der Wachstumskräfte gerichtete Finanzpolitik und Sozialpolitik darf somit ihr Augenmerk nicht nur auf die marginalen Steuerlasten richten; sie muß vielmehr die marginale Abgabenlast beachten, die sich aus der Gesamtbelastung des einzelnen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ergibt. Insbesondere sollte vermieden werden, daß die von den Steuerreformschritten 1988 und 1990 ausgehende Entlastung der Bürger durch eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung konterkariert wird.

306. Im Jahresgutachten 1985/86 haben wir „Wege zu einer Reform" der Gesundheitspolitik im Abschnitt „Wettbewerb und Marktöffnung" erörtert (JG 85 Ziffern 358 ff., zuvor bereits JG 83 Ziffern 492 ff., zuletzt JG 86 Ziffern 319 ff.). Wir haben unseren Blick damals vor allem auf die Bedeutung des Gesundheitswesens im Wirtschaftswachstum sowie auf die Möglichkeiten gerichtet, die Wirtschaftlichkeit bei der durch die GKV vermittelten Bedarfsdeckung zu erhöhen. Wir erneuern unseren Hinweis, daß das Gesundheitswesen ein zukunftsträchtiger Sektor ist, dessen Entwicklung nicht behindert werden darf, wenn der Wachstumspolitik Vorrang gegeben werden soll. Deshalb sind Kostendeckelungen und Marktzugangsbeschränkungen ungeeignete Instrumente für eine Sanierung der GKV. Durch eine Stärkung von Wettbewerbselementen im Gesundheitswesen sollte stattdessen versucht werden, auch in diesem Sektor die Bedarfsdeckung zu verbessern und zugleich ihre Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß eine solche Reform gelingen kann, ist es, daß alle Beteiligten, nicht zuletzt die Patienten selbst, daran interessiert werden, die medizinische Versorgung wirtschaftlicher zu gestalten, als es bislang geschieht. Insofern ist es zu begrüßen, daß die Bundesregierung für die zur Zeit diskutierte Reform unter anderem offenbar vorgesehen hat, Möglichkeiten für die pflichtversicherten Arbeiter etwas zu eröffnen, zwischen verschiedenen Kassen zu wählen, und daß sie außerdem die Absicht hat, die Selbstbeteiligung der GKV-Mitglieder namentlich beim Bezug von Arzneimitteln deutlich zu erweitern. Durch die vorgesehenen Neuregelungen soll eine Senkung des durchschnittlichen Beitragssatzes um etwa einen Prozentpunkt erreicht werden. Insoweit ist die beabsichtigte Reform als erster Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen.

Die vorgesehene begrenzte Umstellung der Finanzierung von Leistungen, die an die Mitglieder der GKV erbracht werden, ist auch insofern zu begrüßen, als auf diese Weise die marginale Abgabenbelastung der Versicherten gesenkt wird. Die Wirkungen der Steuerreform können durch diese Entlastung ergänzt werden. Die im Rahmen der Selbstbeteiligung von den Versicherten aufzubringenden Beträge sind von ihren Wirkungen auf die Leistungsbereitschaft her günstiger zu beurteilen als die ohne Rücksicht auf den Umfang der Gegenleistung in Abhängigkeit vom Einkommen steuerähnlich erhobenen Pflichtbeiträge. Was der Patient im Krankheitsfall beispielsweise für ein Medikament aufwendet, legt er in der Regel in der Erwartung an, daß der Nutzen aus diesem Erwerb größer sein wird als die Nutzeneinbuße aus der Zahlung. Mit der Beitragsleistung sind dagegen — wie bereits oben angedeutet — die Erwartungen eines solchen Vorteils nicht, zumindest nicht notwendig verbunden.

307. Während es bei den GKV auf längere Sicht möglich sein dürfte, die Bürger schrittweise an eine stärkere Selbstbeteiligung zu gewöhnen und dadurch auch bei künftigen Fortschritten im Gesundheitswesen und weiter steigenden Kosten die Beiträge stabil zu halten oder gar zu senken, wird sich ein mehr oder weniger großer Anstieg der Beitragssätze bei den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherungen kaum vermeiden lassen. Auf die Probleme, die sich aus dem demographischen Aufbau der Bevölkerung und aus dem geänderten Erwerbsverhalten für diesen Versicherungszweig ergeben, hat der Sachverständigenrat in früheren Gutachten hingewiesen und Anregungen für die notwendige Reform gegeben (JG 83 Ziffern 484 ff. und JG 86 Ziffern 310 ff.). In der nächsten Zukunft wird eine Erhöhung der Beitragssätze bei der Rentenversicherung noch nicht notwendig werden. Das Problem scheint deshalb nicht aktuell zu sein, so daß viele glauben, sich mit den erforderlichen Reformen Zeit lassen zu können; doch der Schein trügt.

Verbreitet ist offenbar die Erkenntnis, daß für die Sicherung der Rentenversicherung alle Bevölkerungskreise Opfer bringen müssen: die Beitragszahler, der Staat, das heißt — genau genommen — die Steuerzahler, und schließlich die Altersrentner. Zwar müssen nicht alle rentenversicherungspflichtigen Bürger Einkommensteuer (Lohnsteuer) zahlen, wie auch umgekehrt nicht alle Einkommensteuerzahler Beiträge zur Rentenversicherung entrichten, doch ist die Schnittmenge zwischen diesen beiden Personenkreisen außerordentlich groß, und in bezug auf den marginalen Abgabensatz und damit tendenziell auch im Hinblick auf die Leistungsbereitschaft wirken Einkommensteuererhöhungen und Erhöhungen der Rentenversicherungsbeiträge gleich. Die Möglichkeiten zur Finanzierung der aus demographischen Gründen in der ersten Hälfte des kommenden Jahrhunderts dramatisch ansteigenden Belastungen der Rentenversicherung durch höhere Steuern und höhere Beiträge, sind sehr begrenzt, will man das Wachstum durch eine

hohe Abgabenlast nicht behindern; und dieses Wachstum darf nicht behindert werden, weil sich sonst die Probleme nicht lösen lassen, die sich aus der Verdoppelung des Alterslastquotienten bis zum Jahre 2035 ergeben.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Menschen dann wieder länger berufstätig bleiben werden und sich das Durchschnittsalter beim Eintritt in den Ruhestand damit erhöhen wird, ist es schwer vorstellbar, daß es nicht zu einer deutlichen Senkung des Versorgungsgrades kommt, den die gesetzliche Rentenversicherung der heute erwerbstätigen Generation künftig bieten kann. Die Beitragszahler müssen aber schon jetzt wissen, wie groß dieser Versorgungsgrad in etwa sein wird, damit sie entscheiden können, wieviel sie selbst für ihr Alter vorzusorgen haben; denn Vorsorgen für das Alter ist ein langfristiger Prozeß. Reformentscheidungen sind deshalb rasch zu treffen.

Schon heute sollten vor allem die jüngeren Bürger darauf hingewiesen werden, daß sie in größerem Umfang als ihre Eltern für ihr Alter selbst vorsorgen müssen. Nur eine verstärkte Selbstvorsorge wird es möglich machen, auch in der kritischen Zeit des kommenden Jahrhunderts die marginalen Abgabenlasten für die berufstätigen Bürger in jenen Grenzen zu halten, die gewahrt werden müssen, um unter den dann herrschenden ungünstigeren Bedingungen ein angemessenes Wirtschaftswachstum zu sichern.

Eine andere Meinung

308. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zur Frage des Zeitpunkts der geplanten Steuerreform und zur Frage der Rückführung der Staatsquote eine abweichende Meinung. Nach dem schwachen Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, das auch 1988 nicht besser sein wird, ist eine rasche Stärkung des mittelfristigen Wachstums erforderlich. Dies spricht dafür, die geplante Steuerreform — entgegen der Auffassung der Ratsmehrheit — sobald wie möglich vorzunehmen. Eine weitere Absenkung der Staatsquote — wie sie von der Ratsmehrheit gefordert wird — hält dieses Ratsmitglied für problematisch. Die Staatsausgaben müssen von den Staatsaufgaben her gewürdigt werden. Es besteht die Gefahr, daß mit Blick auf die Steuerreform eine Ausgabenrestriktion betrieben wird, bei der der Staat die ihm zufallenden Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Weise erfüllt. Der weitere Abbau der Staatsquote würde überdies das ohnehin nicht ausreichende wirtschaftliche Wachstum mittelfristig belasten.

309. Die Befürwortung einer vorgezogenen Steuerentlastung durch dieses Ratsmitglied ergibt sich aus der Einschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung. Es geht also heute nicht darum, mit konjunkturpolitischem Deficit-spending konjunkturellen Einbrüchen vorzubeugen. Diese sind nach einhelliger Auffassung im Rat nicht in Sicht. Nachdem sich aber das wirtschaftliche Wachstum in den letzten Jahren immer weiter abgeschwächt hat und deswegen die Arbeitslosigkeit 1988 im zweiten Jahr hintereinander wieder ansteigen wird, stellt sich immer drängender die Frage nach einem wirksamen und raschen Beitrag der Finanzpolitik zur Stärkung des mittelfristigen Wirtschaftswachstums. Wenn in diesem Zusammenhang auch einiges für eine mittelfristig angelegte stärkere Ausweitung der Staatsausgaben spricht — weil staatliche Mehrausgaben anders als Steuersenkungen unmittelbar nachfragewirksam sind und dadurch direkt beschäftigungswirksam und wachstumswirksam sein können —, muß heute doch akzeptiert werden, daß sich die Finanzpolitik auf die Steuerreform festgelegt hat. Bei Investoren und Konsumenten sind Erwartungen auf eine Steuerentlastung geweckt worden, die nicht enttäuscht werden dürfen. In jüngster Zeit ist die Diskussion um den Zeitpunkt der Steuerreform neu entstanden. Ein Vorziehen der Steuerentlastung — sei es, indem die Steuerreform auf 1989 vorverlegt wird, sei es durch Zwischenschaltung anderer Entlastungsmaßnahmen zum Beispiel nach dem Stabilitätsgesetz — hat verschiedene Vorzüge:

- Die mit der Steuerreform angelegten Impulse für das Wachstum würden früher eintreten. Schon im letzten Jahr gab die schwache Wirtschaftsentwicklung Anlaß, für eine schnellere Realisierung der Steuerreform einzutreten (JG 86 Ziffer 240 — Minderheitsvotum). In diesem Jahr ist dies noch dringlicher geworden. Das Wachstum hat sich seit 1984 halbiert, die Beschäftigung steigt kaum noch; Anzeichen für eine Wachstumsbeschleunigung sind nicht in Sicht.
- Eine vorgezogene Steuerreform erleichtert die internationale wirtschaftspolitische Kooperation, an der die Bundesrepublik beteiligt ist. Ein Großteil der wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik resultiert aus der Unsicherheit über die Wechselkursentwicklung. Diese kann letztlich nur durch internationale Kooperation wirksam vermindert werden. Die Bundesrepublik, ein Land mit einer im internationalen Vergleich niedrigen Wachstumsrate, zugleich aber einem der höchsten Leistungsbilanzüberschüsse, würde mit einer vorgezogenen Steuerentlastung unter Beweis stellen, daß sie der aktuellen Wirtschaftsschwäche nicht tatenlos gegenübersteht. Das erleichtert internationale Vereinbarungen zur Wechselkursstabilisierung.
- Damit würde die Finanzpolitik zugleich auch die Geldpolitik entlasten, die auf sich allein gestellt nicht in der Lage ist, dem mittelfristigen Wachstum Impulse zu geben, die Wechselkursstabilisierung zu stützen und zugleich — was für die Geldpolitik einen hohen Rang hat — zur Geldwertstabilität beizutragen.

310. Die Ratsmehrheit, die die Steuerreform ebenfalls als einen zentralen Baustein einer Wachstumspolitik ansieht, lehnt ein Vorziehen mit dem Argument ab, daß die Einnahmenausfälle für den Staatshaushalt nicht tragbar wären. Die damit anklingenden Sorgen sind ernst zu nehmen, sollten aber dennoch nicht den Ausschlag geben. Die Finanzierung der Steuerreform wird — ob sie vorgezogen wird oder nicht — ohnehin zu einer höheren staatlichen Neuverschuldung führen. Diese ist so nur gerechtfertigt, weil im Zuge der künftigen Wachstumseffekte aus der Steuerreform — auf die der Rat einmütig setzt — ein Abbau der staatlichen Kreditfinanzierungsquote mög-

lich sein wird. Würde mit dem Hinweis auf hohe Haushaltsrisiken gegen ein Vorziehen der Steuerentlastung votiert, käme darin eine pessimistische Einschätzung der wachstumsstimulierenden Wirkungen der Steuerreform zum Ausdruck. Der Staat kann mit dem Vorziehen der Reform den Investoren und Konsumenten signalisieren, daß er der wachstumsfördernden Wirkung der Steuerreform ein großes Gewicht beimißt.

311. Die Frage nach der Finanzierung der Steuerreform stellt sich unabhängig davon, ob diese vorgezogen wird oder nicht. Die Ratsmehrheit hält weiter daran fest, daß die Staatsausgaben restriktiv geführt werden, also im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt sinken sollen, wodurch Finanzierungsspielraum für die Steuerreform geschaffen werden soll. Dieser auf Senkung der Staatsquote gerichtete Vorschlag stößt bei diesem Ratsmitglied auf grundsätzliche Bedenken, weil der Vorschlag die Staatsausgaben zu sehr als Manövriermasse zur Finanzierung von Steuersenkungen behandelt. Dabei wird die Gefahr unterschätzt, daß mit der vorgeschlagenen Verminderung im Anstieg der Staatsausgaben auch die Aufgabenerfüllung des Staates in Mitleidenschaft gezogen werden kann.

Mit einem mittelfristigen Ausgabenpfad von nominal 3 vH oder weniger, wie ihn die Ratsmehrheit vorschlägt, ist praktisch keine oder nur noch eine geringfügige Ausweitung der realen Staatsleistungen insgesamt möglich.

Der Staat würde sich, wenn er den Ausgabenanstieg so gering halten sollte, nur zögernd Aufgabenfeldern zuwenden können, die bislang vernachlässigt wurden und die eigentlich mehr statt weniger Aktivität erfordern. Hierzu gehören Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes (Altlastensanierung) ebenso wie bei der Energieeinsparung, im Bereich des Städtebaus (Wohnumfeldverbesserung) wie im Verkehrsbereich (Ausbau des Hochleistungsschienennetzes, öffentlicher Personennahverkehr). Auch im Sozialbereich erwachsen dem Staat aus der Bevölkerungsentwicklung heraus neue Aufgaben und Ausgaben (Altenpflege). In diesen Bereichen aktiv zu werden, verbaut die Wachstumschancen nicht, sondern verbessert die Voraussetzungen für ein qualitatives Wachstum. Zudem sind in vielen dieser Bereiche Ausgaben unmittelbar beschäftigungswirksam.

Ausgabenkürzungen, zu denen die Gebietskörperschaften bei insgesamt niedrigem Ausgabenvolumen gezwungen sein würden, träfen auch die Investitionen des Staates, die wichtige Vorleistungen für den privaten Bereich darstellen. Das würde dem Wachstum entgegenwirken. In manchen Ausgabeneinsparungen von heute sind im übrigen staatliche Mehrausgaben von morgen angelegt. Was heute an notwendigen Investitionen unterlassen wird, muß der Staat morgen um so teurer nachholen.

312. Man kann allerdings — wie die Ratsmehrheit — argumentieren, daß eine Vernachlässigung wichtiger Staatsaufgaben trotz eines restriktiven Ausgabenpfades nicht eintreten muß, wenn der Staat innerhalb seiner Gesamtausgaben Umschichtungen vornimmt. Hier wird vor allem an einen Abbau von Subventionen gedacht. Es müssen, so heißt es, Subventionen für alle Schutzbereiche deutlich gesenkt oder abgebaut werden: in der Stahlindustrie, den Werften, dem Steinkohlenbergbau, der Landwirtschaft (Ziffer 284). Dieser Vorschlag wird von diesem Ratsmitglied angesichts der Bedenken, die gegen staatliche Subventionen, welche den Strukturwandel behindern, vorzutragen sind, grundsätzlich unterstützt. Jedoch darf man die politische Wirklichkeit nicht aus dem Blick verlieren. Für den wünschenswerten Subventionsabbau wird mehr Zeit benötigt werden, als bis zum geplanten Zeitpunkt der Steuerreform vorhanden ist. Da der Subventionsabbau nicht schnell genug vorankommen wird, geht die Politik der Staatsausgabenbeschränkung dann doch zu Lasten wichtiger Ausgabenbereiche, in denen eine Kürzung nicht angebracht ist. Man mag die Resistenz der Subventionen beklagen. Gleichwohl hat es wenig Sinn, Finanzierungsmöglichkeiten für die Steuerreform zu unterstellen, die in der politischen Realität so nicht durchsetzbar sind.

313. Die von der Ratsmehrheit geforderte konsequente Absenkung der Staatsquote stößt bei diesem Ratsmitglied auch deshalb auf Bedenken, weil davon unmittelbare Belastungen für das mittelfristige Wirtschaftswachstum ausgehen. Das Problem stellte sich bereits in den vergangenen Jahren. Die Staatsquote ist seit 1981 deutlich gesunken, von 31,8 vH auf 29,6 vH im Jahre 1987. Doch die privaten Investitionen, die nach angebotspolitischen Vorstellungen von einer rückläufigen Staatsquote profitieren sollten, sind unzulänglich geblieben, und dies, obwohl sich auch andere Investitionsbedingungen, wie die Gewinne der Unternehmen, deutlich verbessert haben. Wenn das Umlenken von staatlicher Aktivität zu mehr privater Aktivität nicht gelingt, bleibt per saldo eine Belastung für die Wirtschaftsentwicklung übrig.

Dieses Problem wird sich auch in Zukunft nicht entschärfen. In den nächsten Jahren ist mit anhaltenden Belastungen von der Außenwirtschaft her zu rechnen, weil im Zuge eines Abbaus des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik zurückgeführt werden muß. Wirkt der Staat in dieser Lage durch eine restriktive Ausgabenpolitik kontraktiv, wird das Wirtschaftswachstum zusätzlich geschwächt. Hier zeigt sich die grundsätzliche Problematik einer angebotspolitischen Konzeption der Ausgabenbeschränkung. Während der Abbau der Staatsquote auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf unmittelbar kontraktiv wirkt, kann eine Belebung der privaten Wirtschaftstätigkeit erst sehr viel später erwartet werden. Die Frage ist, ob die Wirtschaft in der Zwischenphase robust genug ist, um den kontraktiven Effekt zu verkraften. Vor dem Hintergrund der enttäuschenden Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik ist dies zu bezweifeln. Gute Wachstumsaussichten setzen auch Jahre mit guter Konjunktur voraus. Auf Bedenken muß es in diesem Zusammenhang insbesondere stoßen, wenn die Ratsmehrheit die Ansicht vertritt, daß, damit die Kreditfinanzierungsquote nicht steigen muß, die Ausgabenpolitik des Staates mittelfristig um so zurückhaltender sein soll, je ungünstiger die Wirtschaftsentwicklung

verläuft. Eine solche Politik, die das Wachstum der Staatsausgaben an ein schwächeres Wachstum anpaßt, leistet keinen Beitrag zur Überwindung der Wachstumskrise, sie verstärkt sie tendenziell.

314. Verzichtet man im Interesse des mittelfristigen Wachstums auf eine weitere Rückführung der Staatsquote, gibt es für die Finanzierung der Steuerreform nur noch die Wahl zwischen einer höheren Kreditfinanzierung und dem weiteren Abbau von Steuervergünstigungen. Von der kreditfinanzierten Steuersenkung gehen unmittelbar die kräftigsten Wachstumsimpulse aus. Zinssteigerungen oder gar erhöhte Preissteigerungen sind nicht zu erwarten. Zu den Vorstellungen für die nächsten Jahre gehört, daß sich der Leistungsbilanzüberschuß weiter zurückentwickeln wird und von daher die Inanspruchnahme des deutschen Kredit- und Kapitalmarktes durch das Ausland rückläufig sein wird. Zugleich wird durch die Steuersenkung bei den privaten Haushalten auch die Ersparnis steigen, was für sich zinssenkend wirkt. Eine Verdrängung privater Investitionen durch Staatsausgaben ist mithin nicht zu befürchten. Außerdem können die Investoren nun größere Zuversicht haben, daß die außenwirtschaftlich bedingten Nachfrageausfälle nicht noch durch staatliche Ausgabenzurückhaltung verstärkt werden. Ihre mittelfristigen Absatzaussichten sind also günstiger, und dies verstärkt die Neigung insbesondere für Erweiterungsinvestitionen in der privaten Wirtschaft.

Inflationseffekte bleiben aus, weil die zusätzliche Netto-Nachfrage des Staates nicht zu einer Überbeanspruchung des Produktionspotentials führt, sei es, daß die Staatsausgaben zu einem großen Teil Branchen erreichen, die — wie die Bauwirtschaft — große Kapazitätsreserven haben, sei es, daß über stärkere Erweiterungsinvestitionen zusätzliche Kapazitäten entstehen.

Eine höhere Kreditfinanzierungsquote zugunsten der Steuerreform bedeutet nicht, daß die Netto-Kreditaufnahme des Staates in Relation zum Sozialprodukt dauerhaft hoch bleiben muß. In dem Maße, wie sich durch die Steuerreform die Wachstumskräfte beschleunigen, hat der Staat die Option, die Kreditfinanzierungsquote wieder abzubauen. Der entscheidende Punkt ist, daß das über verstärktes Wachstum gelingt. Die Ratsmehrheit will die Kreditfinanzierungsquote dagegen über eine restriktive Ausgabenpolitik des Staates eindämmen. Darin liegt nach Ansicht dieses Ratsmitgliedes die Gefahr, daß das Wachstum geschwächt wird und so der angestrebte Abbau der Kreditfinanzierungsquote mißlingt. Ein beherzter Wachstumsbeitrag der Finanzpolitik — eine rasche Steuersenkung, die nicht mit restriktiver Ausgabenpolitik gekoppelt ist — würde die Aussichten auf eine Rückführung der Kreditfinanzierung durch Wachstum verbessern.

Die zusätzliche Zinsbelastung des Staates, die bei einer höheren Kreditfinanzierung vorübergehend zu erwarten ist, schränkt den staatlichen Ausgabenspielraum per saldo nicht ein, weil dieser durch die höhere Neuverschuldung um einen größeren Betrag ausgeweitet wird. Sowie — was zur hier vertretenen Vorstellung gehört — durch steigendes Wachstum die Kreditfinanzierungsquote wieder abgebremst wird, sinkt auch die Zinslastquote im Staatshaushalt.

Bedenklich wäre die von der Ratsmehrheit erwogene Finanzierung der Steuersenkung durch Erhöhung der Verbrauchsteuern sowie der Mehrwertsteuer. Da direkte Wachstumsimpulse durch die Steuerreform weniger von der Linearisierung des Tarifs, sondern vor allem durch die Stärkung der verfügbaren Haushaltseinkommen zu erwarten sind, würde eine Erhöhung von Verbrauchsteuern und Mehrwertsteuer, die verfügbares Einkommen bindet, die Wachstumsimpulse neutralisieren.

Nachdem in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion zahlreiche Vorbehalte gegen eine höhere Kreditfinanzierung der Steuerreform vorgetragen worden sind, gehört politische Kraft dazu, diesen Weg dennoch zu beschreiten. Kritik an der Kreditfinanzierung der Steuerreform wäre berechtigt, wenn es keine nennenswerte Wachstumsbeschleunigung durch die Steuerreform gäbe. Dann wäre allerdings der Sinn der Steuerreform als solcher in Frage zu stellen.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

II. Geldpolitik im Konflikt

315. Die Deutsche Bundesbank ist in diesem Jahr von einigen getadelt und von anderen gelobt worden — getadelt, weil sie ihr eigenes Geldmengenziel weit verfehlt und eine starke Geldmengenausweitung mit Gefahren für die künftige Preisentwicklung zugelassen hat, und gelobt, weil sie den Fall des Dollarkurses abgebremst und damit wechselkursbedingten Restriktionsdruck auf die deutsche Volkswirtschaft vermindert hat. Tadel und Lob zeigen, daß die Geldpolitik im Konflikt zwischen binnenwirtschaftlichen und außenwirtschaftlichen Erfordernissen gestanden hat. Hieraus wird bereits deutlich, daß auf zwei Fragen einzugehen ist, wenn man zu einem Urteil über die Geldpolitik im Jahre 1987 gelangen und die Aufgaben der Geldpolitik im Jahre 1988 analysieren will.

Die erste Frage ergibt sich direkt aus dem gesetzlichen Auftrag an die Deutsche Bundesbank. Diese soll den Geldumlauf und die Kreditversorgung mit dem Ziel regeln, die Währung zu sichern (§ 3 BBankG). Damit wird die stabilitätspolitische Verantwortung herausgestellt. Zwar darf die Bundesbank die Geldwertstabilität nicht völlig losgelöst vom wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang zur alleinigen Richtschnur der Geldpolitik machen, aber im Zusammenspiel der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger hat sie die Preisniveaustabilität stets als ihre vorrangige Aufgabe anzusehen. Deshalb ist die Bundesbank zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik nur solange verpflichtet, wie sie das unter Wahrung ihrer Aufgabe tun kann (§ 12 BBankG). Diese Aufgabe beginnt bereits dann, wenn Inflationserwartungen entstehen oder stärker werden; denn solche Erwartungen beeinflussen das Verhalten der Menschen und lösen dadurch Preissteigerungen tatsächlich aus. Die erste Frage lautet somit, ob in der Wirtschaft wieder mit höheren Preissteigerungsraten gerechnet wird, weil die Bundesbank eine starke Geldmengenexpansion zugelassen hat.

Die zweite Frage zielt auf die der Geldpolitik der Bundesbank zugrunde liegende Grundkonzeption. Im Dezember 1974 hat die Bundesbank zum ersten Mal ein Geldmengenziel aufgestellt und der Öffentlichkeit im voraus bekanntgegeben; an dieser Praxis hat sie bisher festgehalten. Als entscheidende Orientierungsgröße für die geplante Expansion der Zentralbankgeldmenge dient das Produktionspotential.

Es fragt sich, ob nach dem Erreichen weitgehender Preisstabilität die nach der Entwicklung des Produktionspotentials bemessene Zielvorgabe für die Zentralbankgeldmenge angesichts verbreiteter Arbeitslosigkeit, angesichts der Einbindung der Bundesbank in internationale Bemühungen zur Steuerung der Weltwirtschaft sowie angesichts häufiger Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten noch adäquat ist. Dieses ist die zweite Frage; sie steht in engem Zusammenhang mit der ersten. Dabei geht es gegenwärtig insbesondere um das Problem, ob zur Abwehr eines möglichen größeren Rückgangs des realen Wechselkurses mit negativen Folgen für Produktion und Beschäftigung nicht nur vorübergehend eine stärkere als dem Wachstum des Produktionspotentials entsprechende Geldmengenexpansion notwendig ist, die zugleich die Preisniveaustabilität nicht gefährdet. Dann ließe sich die Geldpolitik — wenigstens im nächsten Jahr — nicht mehr nach der bisherigen Konzeption führen. Die Beantwortung dieser zweiten Frage macht es notwendig, sich noch einmal der wesentlichen Elemente dieser Konzeption zu erinnern.

316. Der Konzeption einer produktionspotentialorientierten Geldmengensteuerung mit angekündigter Zielvorgabe liegt die Erkenntnis zugrunde, daß sich die geldpolitischen Impulse auf Güter- und Faktormärkten in zumeist unvorhersehbarer Weise mit wechselnder, vielfach langer Verzögerung und in unterschiedlicher Stärke einstellen. Die Geldpolitik hat deshalb keinen unmittelbaren Einfluß auf die Preise. Eine schnelle und sichere Feinsteuerung ist nicht möglich. Andererseits ist es ein allgemein anerkannter Erfahrungstatbestand, daß auf mittlere Frist ein Fortschreiten des Inflationsprozesses ohne eine starke Expansion der Geldbestände kaum möglich ist. Bei annähernd erreichter Preisniveaustabilität läßt somit eine Geldmengenausweitung, die proportional zum Wachstum des Produktionspotentials erfolgt, einen Wiederanstieg der Preissteigerungsraten sehr unwahrscheinlich werden.

Durch die verläßliche Steuerung der Geldmenge auf einem mittelfristigen, zuvor angekündigten Zielpfad gibt die Geldpolitik der Wirtschaft eine klare Orientierung und eine verläßliche Führung. Kapitalanleger im Inland und im Ausland erhalten sichere Entscheidungsgrundlagen; insoweit besteht zu wechselnden internationalen Kapitalverlagerungen kein Anlaß. Gebietskörperschaften und Tarifparteien werden zu stabilitätsgerechtem Handeln angehalten. Unsicherheit bei Investitions- und Innovationsentscheidungen wird vermindert.

Gleichzeitig werden durch die produktionspotentialorientierte Geldmengensteuerung konjunkturelle Ausschläge tendenziell gedämpft. Im Aufschwung mit steigendem Auslastungsgrad wird Geld knapp, obwohl die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes tendenziell zunimmt; so werden Überhitzungsgefahren vermieden. Im Abschwung bei zurückgehender Auslastung des Produktionspotentials dagegen wird der Geldmantel weiter; die Wirtschaft ist mit Liquidität reichlich versorgt, das Zinsniveau ist vergleichsweise niedrig und regt zu vermehrten Investitionen an.

317. Eine produktionspotentialorientierte Geldmengensteuerung kann in unterschiedlicher Weise vorgenommen werden. Der Sachverständigenrat hat mehrfach dafür geworben, ein Geldmengenziel für mehrere Jahre anzukündigen und konsequent zu verfolgen und dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der Preiserwartungen der in der Wirtschaft Handelnden zu leisten (JG 84 Ziffer 361, JG 85 Ziffer 236, JG 86 Ziffer 111).

Dieser Vorschlag zielt nicht auf einen strikten Regelvollzug in dem Sinne ab, daß die Zentralbankgeldmenge unbeirrt auf dem vorgezeichneten Zielpfad zu halten sei. Eine solche monetäre Steuerungsautomatik kann schon deshalb nicht gemeint sein, weil es in der Natur des komplexen Geldschöpfungsprozesses liegt, daß die Zentralbankgeldmenge nicht von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat auf dem Zielpfad gehalten werden kann; die Bundesbank kann nur durch entsprechende Gestaltung der Zinskonditionen und sonstigen Bedingungen, zu denen sie Zentralbankguthaben bereitstellt, mittelbar darauf hinwirken, daß sich eine Geldmengenexpansion so wie vorgesehen ergibt. Ein fluktuierender Geldbedarf der Wirtschaft wird deshalb zu kurzfristigen Abweichungen vom Zielpfad führen. In der Regel kompensieren sich diese schon innerhalb weniger Monate gegenseitig und wecken keinen Zweifel daran, daß die Notenbank ihr Ziel ernsthaft verfolgt.

Unsere Vorstellungen sind auch nicht so zu verstehen, daß die Zielvorgabe bedingungslos erfolgen soll. Die Notenbank muß in Ausnahmesituationen, in denen der Volkswirtschaft gravierende Nachteile durch unvorhergesehene Entwicklungen drohen, frei sein, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen, auch wenn dadurch Abweichungen der Zentralbankgeldmenge vom Zielpfad über mehrere Monate hinweg oder gar länger eintreten. Starke und abrupte Veränderungen der realen Wechselkurse beispielsweise oder eine drohende Rezession mit kumulativem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage können eine Antwort der Geldpolitik notwendig machen. Neben der Zielvorgabe wären somit Ausnahmeklauseln zu formulieren. Wenn sich die Notenbank auf diese Klauseln beruft, sollte sie jedoch überzeugend darlegen können, daß die mit der Abweichung vom Zielpfad verbundenen Vorteile für die Volkswirtschaft größer als die Nachteile sind. Auch wäre anzugeben, wie die Rückkehr auf den Zielpfad gelingen soll; Ausnahmesituationen sind keine dauerhaften Zustände. Bei länger anhaltender Zielüberschreitung ist es unvermeidlich, daß Inflationserwartungen entstehen oder verstärkt werden und über kurz oder lang inflationäre Tendenzen tatsächlich einsetzen. Dem müßte dann

die Geldpolitik gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag energisch entgegentreten.

Die Konzeption des Sachverständigenrates schließt auch Niveauverlagerungen des Zielpfades für die Geldmengenexpansion nicht aus. Wenn sich die Kassenhaltungsgewohnheiten — etwa auf Grund von institutionellen Änderungen, Deregulierungsmaßnahmen oder Finanzinnovationen — dauerhaft ändern, muß die Notenbank reagieren. Würde sie bei einer aus diesen Gründen größeren Liquiditätspräferenz die Zentralbankgeldmenge nicht auf einem höheren Niveau mit der am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Rate wachsen lassen und stattdessen in Verfolgung eines früher gesetzten Geldmengenziels ihre Zinssätze erhöhen, würde sie Restriktionsdruck auf die Volkswirtschaft ausüben und ihrer gesetzlichen Aufgabe, die Wirtschaft mit Geld zu versorgen, nicht optimal nachkommen.

318. Die Deutsche Bundesbank hat für ihre potentialorientierte Geldmengensteuerung eine andere Konzeption entwickelt. Sie setzt jährliche Geldmengenziele; und sie legt statt eines Zielpfades einen Zieltrichter (Zielkorridor) fest, in dem sie die Zentralbankgeldmenge halten will. Mit dieser Konzeption ist — aus der Sicht der Bundesbank — der Vorteil größerer Handlungsfreiheit verbunden; der Zieltrichter verschafft Möglichkeiten zu situativem Handeln, und bei der jährlich neu vorzunehmenden Zielvorgabe kann auf die Situation reagiert werden, in der sich die Volkswirtschaft gerade befindet. Dem stehen einige Nachteile gegenüber. Bei der Festlegung des Zieltrichters muß die Bundesbank das Ausmaß kurzfristiger stochastischer Unregelmäßigkeiten im Funktionieren der Finanzmärkte abschätzen und die Bandbreite entsprechend festlegen. Mit ihrer jährlichen Zielvorgabe suggeriert sie, dieses Ausmaß zu kennen. Wenn dann trotzdem die Geldmengenentwicklung aus eher zufälligen Gründen über den Trichterrand hinausgeht, gerät die Bundesbank in Argumentationsschwierigkeiten. Sie könnte diesen Schwierigkeiten ausweichen, indem sie sich für einen sehr breiten Trichter entscheidet. Dann jedoch würde eine Geldmengenexpansion, die systematisch etwa entlang dem oberen Trichterrand verläuft, als zielgerecht gelten, obwohl sie den gebotenen Kontakt zur Entwicklung des Produktionspotentials verloren haben mag. Zu den Nachteilen der Konzeption zählt ebenfalls, daß die Geldmengenentwicklung mit hoher Wahrscheinlichkeit gleich nach Verkündung des Ziels außerhalb des Trichters verlaufen wird. An dessen Fußpunkt ist er so eng, daß es bereits kleinere Kalender- oder Saisonunregelmäßigkeiten unmöglich machen, die Geldmengenentwicklung in der vorgesehenen Bandbreite zu halten. Auch mag es sich als ungünstig erweisen, das Geldmengenziel jährlich zu einer bestimmten Zeit verkünden zu müssen. Auf die Zielvorgabe reagieren die internationalen Finanzmärkte in der Regel unmittelbar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich aus diesem Grund die Bundesbank veranlaßt sieht, ihr Geldmengenziel auch unter tagespolitischen Gesichtspunkten festzulegen und möglicherweise von einem Kurs abzuweichen, den sie bei ausschließlicher Produktionspotentialorientierung gewählt hätte.

Zur Geldpolitik im Jahre 1987

319. Der Zentralbankrat hatte — ausgehend von der Zentralbankgeldmenge, die im Dezember 1986 ein weit über dem mittelfristigen Zielpfad liegendes Niveau erreicht hatte und auch weit über den im Vorjahr gesetzten Zielkorridor hinausgeschossen war (Ziffern 129ff.) — mit 6 vH eine Rate für die maximale Geldmengenexpansion am oberen Rand des Zielkorridors festgesetzt, die keine Bindung mehr an die Entwicklung des Produktionspotentials aufwies. Der Korridor war mit drei Prozentpunkten zudem sehr weit. Während der ganzen Berichtsperiode wurde der Zieltrichter überschritten. Mit nahezu 8 vH expandierte die Zentralbankgeldmenge äußerst stark. De facto wurde damit für dieses Jahr eine produktionspotentialorientierte Geldmengensteuerung aufgegeben.

320. Mit dem starken Geldmengenwachstum gingen im Jahre 1987 zwar nahezu stabile Preise einher. Es gibt auch keinen zwingenden kurzfristigen Wirkungszusammenhang zwischen der Zentralbankgeldmenge und dem Preisniveau, besonders nicht in einem Aufwertungsland, wo mögliche Inflationsgefahren durch den wechselkursbedingten Druck auf die Importpreise und durch die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter eingedämmt werden.

Dennoch deutet vieles darauf hin, daß die Geldpolitik aus Stabilitätsgründen keinen großen Handlungsspielraum mehr besitzt. Sie hat zunächst zu einer Verfestigung noch bestehender Inflationserwartungen beigetragen. Die Chancen, die infolge wechselkursbedingter Importpreisrückgänge erreichte Preisniveaustabilität auch als dauerhaft möglich erscheinen zu lassen und somit Inflationserwartungen gänzlich abzubauen, wurden nicht genutzt. Es scheint, als habe sich in den Erwartungen der Menschen eine „Sockelinflationsrate" von annähernd 2 vH durchgesetzt. Die Tarifparteien beispielsweise gingen bei ihren Verhandlungen offensichtlich von anhaltenden Preissteigerungen in diesem Umfang aus — mit der Folge ansteigender Lohnstückkosten. Für die weitere Preisentwicklung wurde damit ein wesentliches Datum gesetzt.

Erfahrungsgemäß fällt es schwer, die tatsächlichen Preissteigerungen auf dem Niveau dieser „Sockelinflation" zu halten, wenn die Geldpolitik nicht den Kurs einer potentialorientierten Geldmengensteuerung hält. Deshalb muß man es sehr ernst nehmen, daß sich im Jahresverlauf die Inflationserwartungen leicht verstärkt zu haben scheinen. In der Einschätzung der Märkte ist der Wirkungszusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau mittelfristig offenbar nicht aufgehoben; in der stark gestiegenen Geldmenge wird ein Inflationspotential gesehen. Besonders die Kapitalanleger dürften mit wieder höheren Inflationsraten und entsprechend höheren Nominalzinsen gerechnet haben. Bis zum Frühherbst 1987 haben sie sich offenbar auch deswegen nicht mit der aktuellen Verzinsung zufrieden gegeben und sich zurückgehalten (Ziffern 138ff.); neue Anleihen mußten deshalb mit einer höheren nominalen Verzinsung ausgestattet werden, der Anstieg der Kapitalmarktzinsen

und der zunehmende Abstand zwischen kurz- und langfristigen Zinsen finden hierin teilweise eine Begründung.

Zur Verstärkung der Inflationserwartungen dürfte — neben der starken Geldmengenexpansion — beigetragen haben, daß die Bundesbank sich in nunmehr zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht in der Lage gesehen hat, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Sie steht in der Gefahr, ihre erwartungsbestimmende Rolle einzubüßen, da vielfach angenommen wird, daß die Bewahrung von Geldwertstabilität als Ziel hinter andere Ziele zurückgestellt worden ist. Würde die Bundesbank ihre Reputation als Stabilitätsgarant verlieren, hätte das weitreichende Folgen; die Inflationserwartungen der Menschen ließen sich nicht mehr in Schach halten und inflationäre Tendenzen würden sich schnell verstärken. Ein Verlust an Reputation als Stabilitätsgarant würde auch in das Europäische Währungssystem hineinwirken, das bisher weitgehend durch die Bundesbank auf stabilitätsgerechtem Kurs gehalten worden ist. Zweifel an der Fortsetzung dieses Kurses verstärken Inflationserwartungen auch in der Bundesrepublik.

321. Es wäre falsch, die Stärkung der Inflationserwartungen in der Bundesrepublik allein auf die rasche Geldmengenexpansion und die Überschreitung selbst gesetzter Geldmengenziele zurückzuführen. Andere Entwicklungen haben dazu beigetragen. So ist in den meisten größeren Industrieländern in den letzten Jahren die Geldmenge rasch und vielfach auch unplanmäßig gestiegen; und bei einigen wichtigen Handelspartnern, vor allem in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, ist es zu einer Umkehr in der Entwicklung der Preissteigerungsraten gekommen; hier steigen die Inflationsraten wieder an.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Vereinigten Staaten. Dort sind die Importpreise wechselkursbedingt gestiegen, obwohl viele ausländische Anbieter ihre Dollarpreise zur Verteidigung ihrer Marktpositionen zunächst nicht oder nur wenig erhöhten und deshalb auch amerikanischen Unternehmen im Wettbewerb erst nach und nach Möglichkeiten zu Preiserhöhungen eröffnet wurden. Auch aufgrund des starken Geldmengenwachstums vergangener Jahre wird befürchtet, daß eine neue Inflation von den Vereinigten Staaten ausgeht. Inflationserwartungen in der Bundesrepublik finden hier teilweise ihre Begründung.

Worauf auch immer die Inflationserwartungen in der Bundesrepublik zurückgehen, in jedem Fall muß die Geldpolitik ihnen entgegentreten. Inflationserwartungen beeinflussen die wirtschaftlichen Dispositionen und lösen dadurch Preissteigerungen tatsächlich aus. Zwar ist für das kommende Jahr nicht mit einer hohen Preissteigerungsrate zu rechnen. Doch darum geht es auch nicht; es geht darum, eine drohende inflationäre Entwicklung gar nicht erst eintreten zu lassen. Jedem Inflationsprozeß, der erst einmal eingesetzt hat, wohnt eine Tendenz zur Selbstverstärkung inne, wenn die Geldpolitik ihr nicht entschlossen entgegentritt. Dazu ist sie jetzt aufgerufen.

322. Die Aussage, daß Inflationserwartungen sich in einem Maße verstärkt haben, das geldpolitisches Handeln erfordert, trifft auf zwei Einwände. Dem ersten Einwand zufolge ist die starke Geldmengenexpansion zu einem nicht unwesentlichen Teil Reflex einer gestiegenen Liquiditätspräferenz und kann insoweit einen inflationären Prozeß nicht begründen. Dieser Einwand wäre dann berechtigt und überzeugend, wenn sich die Kassenhaltungsgewohnheiten dauerhaft gewandelt hätten. Dafür spricht zwar eine im Trend leicht sinkende Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, aber dieser Trend ist so schwach ausgeprägt, daß man mit ihm die starke Geldmengenexpansion im Jahre 1987 nicht rechtfertigen kann; selbst eine Verlagerung des Zielpfades auf das Ende 1986 erreichte Niveau der Zentralbankgeldmenge läßt sich damit nur schwer begründen. Indizien für dauerhafte Strukturbrüche in den Kassenhaltungsgewohnheiten gibt es nicht.

Unstreitig ist, daß die Liquiditätspräferenz der Wirtschaftsteilnehmer im Jahre 1987 wie auch schon 1986 vergleichsweise hoch war; offensichtlich aufgrund von Zins- und Wechselkurserwartungen ist die Vermögensstruktur zugunsten der Geldmengenaggregate geändert worden; Vermögen in Form von Kasse zu halten, brachte wegen der annähernd erreichten Preisniveaustabilität und wegen niedriger Zinsen außerdem nur geringe Opportunitätskosten mit sich. Diese Bestimmungsgründe der Kassenhaltung sind jedoch entscheidend von der Geldpolitik selbst abhängig; von einer dauerhaften Verhaltensänderung der Kassenhalter kann insoweit keine Rede sein. Sollten Preise und Zinsen wieder ansteigen, dürfte die Liquiditätspräferenz rasch schwächer werden. Die Geldpolitik kann selbst dazu führen: Wenn sie die Geldmenge an eine vermeintlich höhere Liquiditätspräferenz anpaßt, läuft sie Gefahr, Inflationserwartungen wiederzubeleben und dadurch einen Preisanstieg tatsächlich auszulösen. Die Umlaufsgeschwindigkeit steigt dann wieder; es bleiben inflationäre Tendenzen.

323. Mit dem zweiten Einwand wird an den anhaltenden Druck auf den Dollarkurs erinnert. Er ließ befürchten, daß der deutschen Wirtschaft innerhalb einer kurzen Periode eine zu große Anpassungslast aufgebürdet, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf Auslandsmärkten wie auf Inlandsmärkten deutlich geschwächt und sich deshalb — ausgehend vom internationalen Sektor der deutschen Volkswirtschaft — eine Rezession ausbreiten würde. In dieser Ausnahmesituation mußte die Bundesbank einem Überschießen des Wechselkurses und möglichen sich selbst verstärkenden Währungsspekulationen energisch entgegentreten; aus konjunktur- und beschäftigungspolitischen Gründen war es geboten, den wechselkursbedingten Restriktionsdruck auf die Volkswirtschaft so klein wie möglich zu halten, für eine Beruhigung der Devisenmärkte zu sorgen und dabei ein Überschreiten des Geldmengenziels hinzunehmen. Das sieht auch der Sachverständigenrat so. Inflationsgefahren waren damit zunächst nicht verbunden, weil der außenwirtschaftliche Druck auf das Preisniveau anhielt.

Das Problem ist somit nicht, daß die Bundesbank in der Ausnahmesituation wechselkursorientiert gehandelt und dabei eine Überschreitung ihres Geldmengenziels in Kauf genommen hat; das Problem ist vielmehr die Dauer der Zielüberschreitung, verbunden mit der **anhaltend** starken Geldmengenexpansion. Aus einem Ausnahmefall wurde der Dauerfall.

Ob die Bundesbank dies hätte verhindern und wenigstens zeitweise die Fixierung auf den Wechselkurs hätte aufgeben können, läßt sich nicht eindeutig klären. Es ist uns nicht bekannt, inwieweit die Bundesbank durch das Louvre-Abkommen zu einer anhaltend expansiven Politik verpflichtet war. Es scheint allerdings, als ob die Bundesbank einen — wenn auch nicht sehr weiten — Ermessensspielraum für ihre Entscheidungen behalten hatte. Wiederum unbekannt ist jedoch, inwieweit dieser Ermessensspielraum im Fortlauf der Zeit genutzt werden konnte. Das internationale währungspolitische Geschehen läßt sich gegenwärtig mit rein ökonomischen Kategorien nicht mehr voll erfassen; es erweckt den Anschein, als suchten auf einem oligopolistischen Markt einzelne Akteure durch Androhung von Maßnahmen oder Gegenmaßnahmen ihre eigenen Vorteile zu maximieren, ohne dabei einen Zustand des Gleichgewichts erreichen zu können. Über den jeweiligen Stand der Bundesbank in diesem Handlungsgeflecht sind Außenstehende nur unzureichend informiert.

Immerhin gibt es hinreichende Gründe zu vermuten, daß die Bundesbank keineswegs ständig unter Zwang von außen gestanden hat. Im Frühjahr beispielsweise ließ die zuvor stark gestiegene Neigung ausländischer Kapitalanleger nach, deutsche Wertpapiere zu erwerben. Offensichtlich ließen die Erwartungen, daß der Dollar weiter fallen werde, nach. Mit destabilisierenden Währungsspekulationen und einem Überschießen der Dollarkursentwicklung mußte zu diesem Zeitpunkt wohl nicht gerechnet werden. Auch schien es in dieser Zeit so, als ob die amerikanische Regierung die Wiederherstellung ihres außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht mehr von einem weiteren Fall des Dollarkurses erhoffte und damit die Politisierung der Wechselkurse nachlassen würde. Es war deutlich geworden, daß die Wechselkursentwicklung zu dem eingetretenen Konjunkturgefälle zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik beigetragen hatte; Abschwächungstendenzen in der deutschen Volkswirtschaft wirken der notwendigen Verringerung des Defizits in der amerikanischen Handelsbilanz entgegen. Die amerikanische Regierung konnte deshalb kein großes Interesse mehr an einem weiteren Dollarkursfall haben und nicht mehr ernsthaft damit drohen. Tatsächlich richtete sich das amerikanische Verlangen auch mehr auf verstärkte Anregungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der Bundesrepublik durch die Geldpolitik und vor allem durch die Finanzpolitik. Dadurch war der Handlungsspielraum, den die Bundesbank im Zusammenspiel mit den Trägern der Wirtschaftspolitik im Ausland besitzt, zwar nicht entscheidend größer geworden, aber sie hätte darauf verweisen können, daß ein stärkerer Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der Bundesrepublik nicht an einer zu geringen Geldversorgung oder an zu hohen Bundesbankzinssätzen scheitert. Auf die Marktzinsen am langen Ende, auf die es ankommt, hatte sie wegen der inzwischen entstandenen Inflationserwartungen keinen entscheidenden dämpfenden Einfluß mehr.

Gegen diese Überlegungen spricht nicht, daß die Ende September und Anfang Oktober von der Bundesbank vorgenommene Zinserhöhung um einen viertel Prozentpunkt auf heftige Kritik im Ausland gestoßen ist und daß die Aktienbaisse eintrat. Mögliche spätere Reaktionen in anderen Ländern lassen sich durch vorherige Absprachen ausschließen, sie sind zudem von den jeweils vorherrschenden Umständen abhängig. Keinesfalls darf aus dem Börsenkrach geschlossen werden, daß die Bundesbank zu stabilitätsgerechter Politik keine Möglichkeit mehr habe. Eher ist das Gegenteil der Fall. Die Vorgänge auf den Aktienmärkten haben deutlich werden lassen, wie schädlich es für die Weltwirtschaft insgesamt und auch für die Vereinigten Staaten war, daß zuvor über Jahre hinweg die Geldversorgung in allen großen Industrieländern schneller als das Sozialproduktpotential gestiegen war und dadurch die Aktienhausse ermöglicht hatte, die dann am 19. Oktober mit dem Börsenkrach endete. Ebenfalls ist sichtbar geworden, daß die Vereinigten Staaten die Bundesbank nicht mehr unter starken Druck setzen können, wenn sie eigenen Schaden vermeiden wollen. Der Handlungsspielraum für eine stabilitätsgerechte Geldpolitik in der Bundesrepublik ist insoweit größer geworden.

Zur Geldpolitik im Jahre 1988

324. Im Jahre 1988 steht die Deutsche Bundesbank vor einer schwierigen Doppelaufgabe. Einmal muß sie aufgekommenen Inflationserwartungen entgegentreten und darf keinen Zweifel daran lassen, daß die Geldpolitik dauerhaft und verläßlich auf Stabilität gerichtet ist. Eine solche Haltung trägt zu einem erneuten Absinken der langfristigen Zinsen in dem Maße bei, wie sich in ihnen Inflationserwartungen widerspiegeln. Die Chancen für einen wieder stärkeren Aufschwung werden dadurch verbessert. Zum anderen sollte sie darauf hinwirken, daß ein weiterer Rückgang des realen Dollarkurses vermieden wird, da davon rezessive Tendenzen auf die Volkswirtschaft ausgehen. Beide Aufgaben werden nicht in jedem Augenblick miteinander in Einklang zu bringen sein, zumal die Bundesbank unter ausländischem Druck steht und ihr Handlungsspielraum dadurch eingeengt ist. Wie zuletzt die Ereignisse an den Aktienbörsen und Devisenmärkten Ende Oktober gezeigt haben, werden bereits vergleichsweise unbedeutende Einzelmaßnahmen der Bundesbank (damals führte die Bundesbank Wertpapierpensionsgeschäfte mit Hilfe von drei Zinstendern durch statt wie bisher mit Mengentendern, dabei ergab sich eine Zinssteigerung um einen viertel Prozentpunkt) von ausländischen Regierungen als schädlich für die Weltwirtschaft bezeichnet; und es wird angedroht, spekulative Einflüsse auf die Wechselkursentwicklung nicht mehr auszuschalten und den Dollarkurs weiter fallen zu lassen.

325. Die erste Aufgabe würde es gebieten, den Stabilitätswillen des Zentralbankrates durch Veröffentli-

chung eines Geldmengenziels zu bekräftigen und der Entschlossenheit glaubwürdig Ausdruck zu geben, eine Zielüberschreitung — vorbehaltlich der genannten Ausnahmesituationen — nicht mehr zuzulassen. Der Wirtschaft würde dadurch eine klare Orientierungsmarke gesetzt; es würde durch ein solches Zeichen den Inflationserwartungen der Wirtschaftsteilnehmer entgegengewirkt; die Kapitalmarktzinsen könnten insoweit wieder sinken. Würde der Zentralbankrat dagegen auf eine Zielvorgabe verzichten, würde das vorhandene Zweifel bei den in der Wirtschaft Handelnden an der stabilitätspolitischen Grundlinie der Bundesbank verstärken; die Inflationserwartungen würden dann schwerlich nachlassen. Auch würde in diesem Fall der Stabilitätsanker, den die D-Mark im Europäischen Währungssystem verkörpert, gelockert werden. Schließlich würde die Geldpolitik den Eindruck der Desorientierung nicht vermeiden können. Andere Ziele, wie vor allem Wechselkursziele, können nicht an die Stelle von Geldmengenzielen treten. Sie wird dadurch der Wirtschaft keine sichere Führung geben können.

326. Bei der Bemessung der Wachstumsrate für die Zentralbankgeldmenge ist zu beachten, daß diese derzeit weit über dem von der Bundesbank für 1987 gesetzten Zieltrichter liegt. Eine Verlangsamung der Geldmengenexpansion — vorsichtig vorgenommen — ist deshalb unverzichtbar. Sollen Inflationsgefahren von Anfang an wirksam in Schach gehalten und auf diese Weise spätere drastischere und dann die Wirtschaft hart treffende Maßnahmen vermieden werden, muß das Geldmengenwachstum im kommenden Jahr auf eine Rate begrenzt werden, die unter 4,5 vH liegt (JG 84 Ziffer 361).

Daß von einem in dieser Weise begrenzten Geldmengenwachstum Restriktionsdruck auf die deutsche Volkswirtschaft ausgeht, ist kaum zu erwarten. Die Liquiditätspräferenz dürfte wieder geringer werden. Da im kommenden Jahr die Preissteigerungsrate und die durchschnittlichen langfristigen Zinssätze auf einem etwas höheren Niveau liegen werden als 1987, ist die Kassenhaltung im Vergleich zu anderen Vermögensanlagen wieder kostspieliger. Der Geldbedarf dürfte deshalb nur noch relativ langsam zunehmen. Hinzu kommt, daß nach dem Dollarkursrückgang im Jahre 1987 die Wahrscheinlichkeit einer weiteren höheren Bewertung der D-Mark geringer geworden sein dürfte.

327. Gegen den Vorschlag, die Zentralbankgeldmenge mit einer Rate unter 4,5 vH wachsen zu lassen, ließe sich einwenden, damit sei die Wahrscheinlichkeit einer Überschreitung des Geldmengenziels im dritten aufeinanderfolgenden Jahr groß und damit auch die Gefahr, daß eine Geldpolitik mit Zielvorgabe ihre Glaubwürdigkeit gänzlich verliere und ihre Orientierungsfunktion nicht mehr erfüllen könne. Der Einwand könnte sich auf die Aussage stützen, daß die Bundesbank im Jahr 1988 eine zweite schwierige Aufgabe habe: die Verhinderung eines möglichen weiteren starken Rückgangs des Dollarkurses. Der Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz sei weiterhin sehr hoch, und das Defizit in der amerikanischen Leistungsbilanz müsse immer noch als massiv bezeichnet werden.

Bundesregierung und Bundesbank würden deshalb gedrängt, die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu beschleunigen und dadurch die Importnachfrage auch nach amerikanischen Erzeugnissen zu erhöhen. Im Falle der Verweigerung expansiver Maßnahmen bleibe nichts anderes übrig, als die Korrektur des internationalen Leistungsbilanzgefüges mit Hilfe weiterer Wechselkursänderungen anzustreben. Dadurch entstehe Restriktionsdruck auf die deutsche Volkswirtschaft. Wollte die Bundesbank ihm entgegenwirken, müsse sie unter Umständen eine starke Geldmengenexpansion und die Überschreitung eines Geldmengenziels in Kauf nehmen. Ihre Glaubwürdigkeit könnte dann leiden. Aus dieser Überlegung könnte gefolgert werden, daß es nicht opportun sei, ein Geldmengenziel zu verfolgen, solange die internationalen Leistungsbilanzungleichgewichte noch nicht beseitigt sind; würde es dennoch geschehen, seien wenigstens die Wachstumsrate für die Zentralbankgeldmenge hoch anzusetzen und der Zieltrichter breit auszulegen.

328. Gegen die Festlegung eines breiten Zieltrichters bestehen konzeptionelle Bedenken. Bei der Orientierung der Geldmengenexpansion an der Entwicklung des Produktionspotentials geht es darum, durch die Lenkung der Zentralbankgeldmenge Inflationsgefahren verläßlich zu bannen, nicht um das zuverlässige Erreichen irgendeines Geldmengenziels. Es widerspricht der Idee einer produktionspotentialorientierten Geldmengensteuerung, bei der Zielbemessung mögliche Ausnahmesituationen (wie einen abrupten starken Fall des Wechselkurses) einzurechnen. Für Ausnahmesituationen gibt es Ausnahmeklauseln.

Es ist auch gar nicht so wahrscheinlich, wie es vielfach hingestellt wird, daß im Jahre 1988 für lange Zeit die Ausnahmeklausel wirksam werden müßte und das Geldmengenziel überschritten werden wird. An vier Sachverhalte ist hier zu erinnern:

(a) Der Dollarkurs, der nach den weltweiten Kurseinbrüchen auf den Aktienmärkten stark gefallen war, lag Mitte November rund 8 vH unter dem Niveau, das zuvor längere Zeit ohne nennenswerte Interventionen der Notenbanken bestanden hatte. Es spricht deshalb viel dafür, daß der Dollar auf den internationalen Finanzmärkten nicht als überbewertet angesehen wird. Währungsspekulationen auf einen noch niedrigeren Dollarkurs würden derzeit keinen festen Grund in den Kaufkraftparitäten oder in den Entwicklungsaussichten der deutschen Volkswirtschaft im Vergleich zu denen der Vereinigten Staaten finden. Mit massiven sich selbst verstärkenden Spekulationen und einem weiteren Überschießen des Dollar ist insoweit nicht mehr zu rechnen.

(b) Da der Dollarkurs inzwischen unter dem den fundamentalen realen Gegebenheiten entsprechenden Wert liegt, können Bundesbank und Bundesregierung amerikanischen Vorstellungen entschiedener entgegentreten, nach denen die Besei-

tigung des Ungleichgewichts im internationalen Leistungsbilanzgefüge ohne größere amerikanische Anpassungslasten möglich ist und auch vorzusehen sei. Die Drohung, den Dollarkurs weiter fallen zu „lassen", hat an Gefährlichkeit eingebüßt. Es ist sogar denkbar geworden, auf amerikanische Forderungen nach expansiver, stabilitätsgefährdender Politik mit dem Argument zu reagieren, daß ein Durchsackenlassen des Dollarkurses auf ein — wohl kaum viel niedrigeres — Niveau, von dem ab es im Trend nur noch zu einem Anstieg kommen könne, für die deutsche Wirtschaft eher erträglich sei als die ständige Unsicherheit über die weitere Wechselkursentwicklung und eine Wiederkehr der Inflation. Dieses Argument hat auch deshalb an Gewicht gewonnen, weil die Wahrscheinlichkeit dafür, daß Währungsspekulationen politisch induziert werden, aus zwei Gründen geringer geworden ist. Einmal ist erkannt worden, daß mit Hilfe eines weiteren Falls des Dollarkurses das weltwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht wirklich vermindert werden kann. Wenn die deutsche Volkswirtschaft wechselkursbedingt langsamer wächst, schwächt das — wie oben bereits dargelegt — die Nachfrage nach amerikanischen Produkten und verlangsamt das weltwirtschaftliche Wachstum, von dem die Lösung der Verschuldungskrise zahlreicher Entwicklungsländer nicht unerheblich abhängt. Der Kern des Problems liegt vielmehr in den Vereinigten Staaten selbst, die ihr hohes Budgetdefizit bisher nicht haben abbauen können. Zum anderen führt ein Fall des Dollarkurses in den Vereinigten Staaten zu höheren Importpreisen und wirkt dadurch dort inflationsverstärkend. Gegenmaßnahmen der amerikanischen Notenbank belasten den Aufschwung und stärken die Furcht vor einer Rezession.

(c) Amerikanischen Forderungen zur Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der Bundesrepublik durch expansive Geldpolitik kann zudem entgegengehalten werden, daß die Bundesbank bereits früh auf Expansionskurs gegangen ist. Der Diskontsatz liegt derzeit auf dem historisch niedrigsten Niveau (mit der Ausnahme weniger Monate, in denen er um einen viertel Prozentpunkt niedriger lag); die Bundesbank hat die Zinssätze zu Beginn dieses Jahres gesenkt und erst Ende September/Anfang Oktober um einen viertel Prozentpunkt angehoben, als die Kapitalmarktzinsen bereits auf ein deutlich höheres Niveau geklettert waren. Seitdem sind sie wieder gesunken. Würde die Bundesbank derzeit ihre Zinssätze zurücknehmen, könnte sie damit niedrigere Kapitalmarktzinsen schwerlich herbeiführen. Deren Entwicklung hängt vielmehr entscheidend von den Trends auf den globalisierten Kapitalmärkten und von den Inflationserwartungen der Kapitalanleger ab.

(d) Es wäre verfehlt, die mögliche Gefahr eines weiteren Rückgangs des realen Wechselkurses bereits für Realität zu nehmen und ihr das entscheidende Gewicht bei der Planung des geldpolitischen Kurses für das Jahr 1988 zu geben. Bundesbank und Bundesregierung können durch ihren Einfluß auf Notenbanken und Regierungen befreundeter Staaten dieser Gefahr schon im Vorfeld entgegentreten. Internationale Kooperation ist geboten, die Konfrontation verläßlich ausschließt. Dabei geht es nicht allein um eine internationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik zum Abbau des Ungleichgewichts im weltweiten Leistungsbilanzgefüge, bei der unzumutbare Anpassungslasten infolge einer starken realen Abwertung der D-Mark von der Bundesrepublik ferngehalten werden. Es geht auch darum, die inzwischen stark gestiegene Unsicherheit von den Wirtschaftsteilnehmern zu nehmen, die in heftig schwankenden Wechselkursen und Aktienkursen erkennbar wird. Für die Geldpolitik wird es in diesem Zusammenhang darauf ankommen, daß sie ihre Orientierungsaufgabe wieder besser erfüllt. Es wird somit eine Konzeption gesucht, nach der die nationale Geldpolitik in internationaler Abstimmung mit dem Ziel geführt werden soll, den in der Wirtschaft Handelnden wieder stabilere Entscheidungsgrundlagen zu verschaffen.

Geldpolitische Orientierungsaufgabe bei internationaler Kooperation

329. Unsicherheit belastet wirtschaftliche Entscheidungen, die auf die Zukunft gerichtet sind. Es gehört deshalb zu den vorrangigen Aufgaben der Wirtschaftspolitik, für stabile Erwartungen zu sorgen und nicht selbst Unsicherheit zu verbreiten. Dies gilt auch für die Geldpolitik. Lange Zeit erfüllte sie diese Aufgabe in zahlreichen Ländern mit der Ankündigung und Erreichung von stabilitätsgerechten Geldmengenzielen. Für die Geldwerterwartungen war damit eine feste Ausgangs- und Orientierungsgröße geschaffen worden.

In den letzten Jahren ist diese relative Sicherheit verlorengegangen — mit noch nicht absehbaren negativen Folgen. Geldmengenziele werden vielfach nicht mehr eingehalten, sie sind teilweise unglaubwürdig geworden. Auf internationalen Konferenzen werden andere Aufgaben der Geldpolitik als die der Preisniveaustabilität betont, und dies in wechselhafter Weise; durch Interventionen auf den Devisenmärkten sollen die Wechselkurse auf jeweils anderem Niveau gestützt werden; die gesamtwirtschaftliche Nachfrage soll durch Zinssenkung angekurbelt werden. Dies und verwirrende Diskussionen über internationale Divergenzen in der makroökonomischen Politik haben die Geldpolitik vieler Länder zu diskretionären Maßnahmen gedrängt, die Richtungslosigkeit erkennen lassen. De facto ist fast überall eine bisher weitgehend regelorientierte Geldpolitik von einer eher situativen, kaum noch vorhersehbaren Politik abgelöst worden. Von stabilen Erwartungen der wirtschaftlich Handelnden kann insofern keine Rede mehr sein.

Die inzwischen weltweit stark angewachsene Verunsicherung der in der Wirtschaft Tätigen ist zwar auch, vielleicht sogar in überwiegendem Maße der Finanzpolitik und der Außenhandelspolitik großer Länder, besonders der Vereinigten Staaten anzulasten, aber

die Geldpolitik und ihre im Ergebnis nur unzureichende internationale Abstimmung haben wesentlich dazu beigetragen. Ein drastisches Zeichen dafür, wie groß die Verunsicherung inzwischen geworden ist, stellen die gewaltigen Kurseinbrüche an den Aktienbörsen in aller Welt seit Mitte Oktober dar. Es genügte offensichtlich ein laut geäußerter Zweifel des amerikanischen Finanzministers an der Wirksamkeit des Louvre-Abkommens, nachdem die Bundesbank — dem Markttrend folgend — ihre Zinssätze um einen viertel Prozentpunkt angehoben hatte, um den Kurssturz und die Panik der Aktienbesitzer auszulösen.

330. Um der Verunsicherung der insbesondere auf globalisierten Märkten Handelnden entgegenzuwirken, sind mehrere Vorschläge unterbreitet worden. Sie unterscheiden sich insbesondere nach der wirtschaftlichen Variablen, die zur festen Orientierungsmarke für die Wirtschaft gemacht werden und dadurch die Geldpolitik wie auch die Finanzpolitik in regelhafter Weise binden soll. Als Orientierungsmarken sind vorgesehen: Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen, ein Rohstoffpreisindex, die Wechselkurse und geldpolitische Variable. Ihre Festsetzung soll international so abgestimmt werden, daß gleichzeitig das Ungleichgewicht im Leistungsbilanzgefüge der Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik und Japans beseitigt wird.

Zum Bruttoinlandsprodukt als unmittelbare Zielgröße der Geldpolitik

331. Nach dem ersten Vorschlag sollen Regierung und Notenbank sich darauf festlegen, auf Jahre hinaus ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen von beispielsweise 5 vH anzustreben. Solange die tatsächliche Zuwachsrate niedriger ist, soll die Geldpolitik ihre Zinsen senken oder niedrig halten und eine reichlichere Geldversorgung gewährleisten. Wenn umgekehrt die Zielgrößen überschritten sind, sollen restriktive Maßnahmen ergriffen werden. Auf diese Weise soll es den Teilnehmern am Wirtschaftsleben möglich werden, sich besser auf die Wirtschaftspolitik verlassen zu können. Die Orientierungskraft einer solchen öffentlich angekündigten Zielsetzung sei deshalb besonders groß, weil das Ziel volkswirtschaftlich unmittelbar relevant ist.

International läuft dieser Vorschlag darauf hinaus, über die Absprache von Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt eine „Wachstumsgemeinschaft der Länder" zu gründen. Würden Bundesregierung und Bundesbank dieser Idee beipflichten, sähen sie sich gegenwärtig Forderungen von verschiedenen Seiten (insbesondere der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs) ausgesetzt, eine hohe Expansionsrate als Ziel festzulegen. Dadurch könne — wie argumentiert wird — ein Überschußland am besten zur Beseitigung der Ungleichgewichte im internationalen Leistungsbilanzgefüge beitragen. Die Geldpolitik müßte dann wie die Finanzpolitik expansive Maßnahmen ergreifen, ihre Zinsen senken und eine Geldmengenexpansion vorsehen, die weit über einen am Produktionspotentialwachstum orientierten Zielpfad hinausgehen würde.

332. Es ist schwer vorstellbar, daß es der Geldpolitik in Zusammenarbeit mit der Finanzpolitik gelingt, auf diese Weise ihre Orientierungsfunktion zu erfüllen und für die Erwartungsbildung der Wirtschaftsteilnehmer eine feste Ausgangsgröße zu garantieren. Über den Ablauf des Prozesses, in dem sich die geldpolitischen Impulse entfalten und auf Gütermärkten und Faktormärkten wirken, besitzt die Notenbank nur unvollkommene Informationen. Bekannt ist lediglich, daß sich die Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen mit wechselnder, vielfach langer Verzögerung und in unterschiedlicher Stärke einstellen. Es ist der Notenbank deshalb kaum möglich, in jedem Fall einigermaßen sicher zu entscheiden, ob der Zielwert des Bruttoinlandsprodukts auf Grund bereits früher ergriffener Maßnahmen erreicht werden wird oder ob erneutes Handeln geboten ist. Es dürfte der Geldpolitik auch schwerlich gelingen, schnell und sicher zu wirken und unerwünschte Einflüsse auf die Wirtschaft zu vermeiden oder sofort zu korrigieren; korrekte Planungen lassen sich nicht durchführen. Es ist deshalb unausweichlich, daß die Geldpolitik den Charakter einer situativen Stop-and-Go-Politik annimmt. Dabei müßte es zu einer Destabilisierung der Zinsen und zu stark fluktuierenden Wechselkursen kommen. Dies würde die Unsicherheit auf den Kapitalmärkten und Devisenmärkten vergrößern, nicht wie beabsichtigt verringern. Die Notenbanken könnten ihre Orientierungsfunktion nicht zufriedenstellend erfüllen.

Zu diesem negativen Ergebnis würden andere, allerdings weniger bedeutsame Sachverhalte beitragen. So kann erstens die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen, die entscheidende Richtgröße also, statistisch erst mit einem größeren zeitlichen Abstand erfaßt werden, und dann häufig nur vorläufig. Zweitens ist schwer vorstellbar, daß über Jahre hinaus die Zielvorgabe unverändert bleibt, wie es — insbesondere angesichts längerer Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik — zur Schaffung einer verläßlichen Orientierungsmarke notwendig wäre. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen wird zur Gestaltungsvariablen der Politik. Nachfolgende Regierungen werden sich kaum auf die Beschlüsse ihrer Vorgänger festlegen lassen; und bei geänderten Zahlungsbilanzverhältnissen dürften auch andere Staaten auf neue Zielgrößen hinwirken.

333. Der Vorschlag, Geldpolitik und Finanzpolitik für längere Zeit auf eine bestimmte Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts hin auszurichten, überfordert die internationale Kooperation. Er läuft auf eine internationale Nachfragesteuerung hinaus, die unter den gegenwärtig herrschenden Umständen bereits national nicht angebracht ist. Man spricht zwar von einem „Wachstumspakt", kann jedoch auf die vorgesehene Weise das reale Wachstum schwerlich beschleunigen. Am Beispiel der Bundesrepublik läßt sich dieses Argument leicht verdeutlichen. Hier hat die Bundesbank ihre Zinssätze bereits auf ein sehr niedriges Niveau gebracht; die Zentralbankgeldmenge expandiert weit schneller als das Produktions-

potential und das Bruttoinlandsprodukt. Ein schnelleres reales Wachstum ist dadurch nicht erreicht worden. Weitere expansive geldpolitische Maßnahmen dürften daran nichts ändern; im Gegenteil, indem sie die Inflationserwartungen stärken, wirken sie auf höhere Kapitalmarktzinsen hin. Zunehmende Inflationserwartungen haben höhere Preissteigerungen zur Folge. Mit diesen würde zwar die Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigen — unter Umständen würde sogar die festgesetzte Zielgröße schon bald erreicht —, aber dem liegt ein inflationärer Prozeß zugrunde. Ihn kann man auch dann nicht gutheißen, wenn er zur Beseitigung des Ungleichgewichts im internationalen Leistungsbilanzgefüge führen sollte, etwa weil inländische Güter im Vergleich zu ausländischen teurer werden und dadurch die Inlandsnachfrage teilweise von heimischen Produzenten auf Unternehmen im Ausland umgelenkt wird. Ein „internationaler Wachstumspakt" der sich zu einem „internationalen Inflationspakt" hin entwickelt, kann nicht Ausdruck einer gelungenen Kooperation sein.

Zu den Rohstoffpreisen als Zielgröße der Geldpolitik

334. Nach einem zweiten Vorschlag sollen die Notenbanken aller Länder in vorhersehbarer und abgestimmter Weise auf Veränderungen des Preisindex eines Rohstoffkorbes reagieren, in den auch Gold aufgenommen ist. Bei fallendem Index sollen die Zinsen gesenkt und die Geldmenge ausgeweitet werden, bei steigendem Index die Zinsen erhöht und die Geldversorgung verknappt werden. Auf diese Weise werde der Rohstoffpreisindex stabilisiert und dadurch eine verläßliche Orientierungsmarke geschaffen. Im Kern geht es bei diesem Vorschlag wiederum um eine regelgebundene international abgestimmte „Nachfragesteuerung". Man hofft dabei auch auf die Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus; zum einen stellen Rohstoffkosten ein wichtiges Element bei der Preiskalkulation der Unternehmen dar, zum anderen unterstellt man einen Gleichklang von Rohstoffpreisschwankungen und konjunkturellen Schwankungen. Eine Stabilisierung des Rohstoffpreisindex trüge dann zur Glättung der konjunkturellen Schwankungen bei und verhinderte einen konjunkturell bedingten Anstieg des allgemeinen Preisniveaus.

335. Der Vorschlag ist aus einer Reihe von Gründen nicht überzeugend. Schwierig ist es bereits, Einigung darüber herbeizuführen, welches Niveau der Rohstoffpreise die Basis bilden soll und wie dieses Niveau zu ändern ist, wenn sich die Preise allgemein erhöhen. Zahlreiche Entwicklungsländer weisen darauf hin, daß die Rohstoffpreise derzeit zu niedrig seien, um ihnen eine schnelle Überwindung der Schuldenkrise zu ermöglichen. In Erinnerung zu rufen sind auch die Forderungen der Dritten Welt nach „fairen" indexierten Preisen, das heißt nach Preisen für ihre Rohstoffe, die in „gerechter" Weise an die Preise der von ihnen importierten Industrieerzeugnisse gebunden sind.

Schwierigkeiten bereitet auch die Einbeziehung von Gold in den Warenkorb. Gold wird nicht nur als Rohstoff, sondern auch als Wertaufbewahrungsmittel genutzt. Steigen die Goldpreise, weil sich Inflationserwartungen ausbreiten, müssen es nicht notwendigerweise die Preise wichtiger Rohstoffe tun.

Gravierend ist schließlich ein systematischer Mangel. Die Rohstoffpreise schwanken nicht nur konjunkturell mit der Nachfrage auf den Weltmärkten, sondern auch — und dann vielfach besonders stark — aus Gründen, die auf der Angebotsseite liegen. Witterungsbedingte Ernteausfälle, Beschlüsse internationaler Rohstoffkartelle, Kriege zwischen wichtigen Rohstofflieferanten und Angebotszurückhaltung wichtiger Goldproduzenten können einen Anstieg des Index mit sich bringen. Darauf weltweit mit einer knapperen Geldversorgung reagieren zu müssen, ist nicht annehmbar. Wenn etwa der Goldpreis steigt, weil die Produzenten — aus welchen Gründen auch immer — ihr Angebot einschränken, darf das nicht zum zwingenden Anlaß für eine knappere Geldversorgung werden, ebenfalls nicht ein erntebedingter Anstieg der Kaffee-, Tee- und Kakaopreise. Auch müssen die Träger der Wirtschaftspolitik frei sein, in angemessener Weise auf Kartellpreiserhöhungen zu reagieren; eine regelbestimmte automatische Liquiditätsverknappung würde eingetretene „Angebotsschocks" in ihrer Wirkung nur vervielfachen, ganz abgesehen davon, daß die Rohstoffpreise nicht innerhalb absehbarer Frist auf das Zielniveau herabgedrückt werden könnten.

336. Die Einbeziehung der Rohstoffpreisindizes in die internationale Kooperation zur Überwindung der Ungleichgewichte im internationalen Leistungsbilanzgefüge soll offensichtlich — klar formuliert worden ist das nicht — dadurch vorgenommen werden, daß jede Notenbank auf Veränderungen des Index der in nationale Währung umgerechneten Rohstoffpreise so wie vorgeschrieben reagieren muß. Da zahlreiche Rohstoffpreise auf den Weltmärkten in Dollar ausgedrückt werden, ergibt sich dann ein Dollar-Rohstoffpreis-Standard. Damit wird die Anpassungslast bei Dollarkursänderungen den anderen Währungen auferlegt. Steigt bei unveränderten Dollarpreisen der Rohstoffe der Dollarkurs, würden sich die Rohstoffpreise in Inlandswährung erhöhen, und die Geldpolitik müßte straffer als bisher geführt werden. Umgekehrt müßten expansive Maßnahmen ergriffen werden, wenn der Dollarkurs sinkt — etwa, weil es den Vereinigten Staaten nicht gelingt, ihr großes Budgetdefizit abzubauen. Gegenwärtig müßten unter dem Diktat eines Dollar-Rohstoffpreis-Standards Bundesbank und Bundesregierung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage genau so anregen, wie sie es bei einer regelhaft am Bruttoinlandsprodukt orientierten Politik tun müßten. Den Vereinigten Staaten blieben dann Anpassungslasten zur Beseitigung ihres Handelsbilanzdefizits erspart; die Bundesrepublik müßte dagegen diese Anpassungslast zu einem guten Stück tragen. Einem solchen asymmetrischen Anpassungszwang wird sich kein Land unterwerfen.

Zu den Wechselkursen als Zielgröße der Geldpolitik

337. Nach einem dritten Vorschlag soll die notwendige feste Orientierungsmarke aus Wechselkursen

bestehen, die verläßlich in engen, international vereinbarten Grenzen gehalten werden. Die Notenbanken müßten mit zunächst geringen, dann stärkeren Änderungen ihrer Zinssätze reagieren, wenn sich die Wechselkurse von der Mitte ihrer Zielzonen zum Rand hin bewegen. Dabei müßten sie von der Finanzpolitik unterstützt werden.

Auf diese Konzeption ist der Sachverständigenrat bereits früher näher eingegangen (JG 86 Ziffern 245ff.). Dabei hat er auf die mit einer solchen Politik verbundenen Nachteile aufmerksam gemacht, insbesondere auf die Gefahr eines Inflationsimports, auf die Politisierung der Wechselkurse, auf den notwendigen, permanenten internationalen Abstimmungsprozeß mit teilweise unüberwindbaren Schwierigkeiten und auf die Überforderung der Geldpolitik. Die nationale Lohnpolitik war dem Vorschlag zufolge nicht, die Finanzpolitik nicht hinreichend in die internationale Koordination einbezogen; und an eine Unterstützung der Nachfragesteuerung durch angebotspolitische Maßnahmen war nicht gedacht.

338. Unter dem Eindruck einer solchen Kritik, die von vielen Seiten geäußert wurde, ist die Zielzonenkonzeption inzwischen ausgebaut worden. Insbesondere ist die Rolle, welche die Finanzpolitik zu übernehmen hätte, erweitert und näher festgelegt worden; als Zielgrößen sollen nicht mehr nominale Wechselkurse, sondern die effektiven realen Außenwerte der einzelnen Währungen dienen. Damit wird zwar die Gefahr des Inflationsimports in einem stabilitätsbewußten Land vermieden; dafür fällt der disziplinierende Einfluß der Wechselkurse auf inflationsgefährdete Länder fort. Die Preise können steigen, ohne daß sich dies auf den realen Wechselkurs auswirkt. Die vorgesehenen Regelbindungen der Finanzpolitik wirken einer weltweiten Inflationsgefahr zwar entgegen, räumen sie jedoch nicht aus; sie erschweren zudem den internationalen Abstimmungsprozeß noch weiter, so daß hierbei mit einem erfolgreichen Abschluß noch weniger als bisher gerechnet werden kann. Wenn Regierungen und Notenbanken bereit sind, sich dem vorgeschlagenen inzwischen sehr komplizierten Regelwerk zu unterwerfen und die damit verbundenen immensen praktischen Schwierigkeiten zu überwinden, dann dürften sie auch bereit sein, eine stabilitätsbewußte Wirtschaftspolitik im Alleingang zu betreiben und im eigenen Land die Ursachen für Wechselkursschwankungen und Unsicherheit zu bekämpfen. Das führt auch ohne eine komplizierte internationale Koordination zu geordneteren Währungsverhältnissen und zu verläßlicher Orientierung (JG 86 Ziffer 257).

Stabile Preise als Orientierungsmarke und als Voraussetzung stabiler Wechselkurse

339. Internationale Koordination der Geldpolitik verlangt zunächst einen Konsens über die zu verfolgenden wirtschaftspolitischen Ziele. Erst wenn wirklich Einvernehmen über die Ziele besteht, kann eine Verständigung über das Handeln zu einer abgestimmten Politik führen. Für die Geldpolitik muß das Stabilitätsziel von übergeordneter Bedeutung bleiben. Deshalb lautet der vierte Vorschlag — und dies ist auch der Vorschlag des Sachverständigenrates —, verläßliche international abgestimmte Zeichen dafür zu setzen, daß die Geldpolitik in allen Ländern auf klarem Stabilitätskurs bleibt. Das kann über die Festlegung und Ankündigung von nationalen Geldmengenzielen erfolgen, die dann als Orientierungsmarke dienen, kann aber auch auf andere Weise geschehen.

Eine verläßliche, mit anderen Ländern abgestimmte stabilitätsbewußte Geldpolitik ist zugleich Wechselkurspolitik. Sie trägt zu einem stabilen Erwartungshorizont bei und gibt keinen Anlaß zu spekulativen Verlagerungen von Finanzkapital von einem Währungsraum in einen anderen. Zwar lassen sich auf diese Weise nicht sicher starke mittelfristige Schwankungen des realen Wechselkurses vermeiden, da auch — wie die Erfahrungen mit dem amerikanischen Budgetdefizit lehren — die Fiskalpolitik darauf starken Einfluß hat; aber die Wechselkursentwicklung verliert ein bedeutsames Unsicherheitsmoment und wird vorhersehbarer.

340. Zu einer internationalen Abstimmung auf der Grundlage wirklichen Einvernehmens darüber, daß die Geldpolitik Preisniveaustabilität zu erreichen oder zu bewahren und mit Geldmengenzielen oder auf andere Weise verläßliche Orientierungsmarken zu schaffen hat, sieht der Sachverständigenrat keine Alternative. Die Vorschläge, eine internationale „Wachstumsgemeinschaft" zu bilden, die Geldpolitik auf einen Rohstoffpreisindex auszurichten oder die Wechselkurse in Zielzonen zu halten, sind mit so vielen Mängeln verbunden, daß sie nicht akzeptiert werden können. Das bedeutet jedoch nicht, daß mit stabilitätsgerechten internationalen Vereinbarungen schon bald gerechnet werden darf. In einigen Ländern wird seit einiger Zeit eine stabilitätsgerechte Geldpolitik als hinderlich für einen neuen konjunkturellen Aufschwung betrachtet; andere Länder nehmen derzeit im Bemühen, einen abrupten und starken Rückgang der realen Wechselkurse zu vermeiden, aufkommende Inflationsgefahren hin. Daraus folgt nicht, daß die Deutsche Bundesbank auf die Ankündigung und auf die strikte Einhaltung eines Geldmengenziels solange verzichten sollte, bis sie mit anderen Notenbanken eine entsprechende Vereinbarung getroffen hat. Auf die Bekräftigung ihres Stabilitätswillens mit Hilfe eines angekündigten Geldmengenziels sollte die Bundesbank schon deshalb nicht verzichten, weil sie dadurch zur Beruhigung der Finanzmärkte beiträgt und für die Geld- und Währungspolitik anderer Länder ein Datum setzt, das diese zu gleichartigem Verhalten drängt.

Eine andere Meinung

341. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Rüdiger Pohl, vertritt zur Frage eines Geldmengenziels und zur Frage des geldpolitischen Kurses für 1988 eine abweichende Meinung. Während die Ratsmehrheit nach wie vor an dem Konzept eines mehrjährigen Zielpfads für die Zentralbankgeldmenge festhält, schlägt dieses Ratsmitglied eine breiter angelegte mo-

netäre Projektion vor, in der neben der Zentralbankgeldmenge andere monetäre Indikatoren berücksichtigt werden. Mit der monetären Projektion kann den Märkten eine verläßlichere Orientierung über die Geldpolitik vermittelt werden als mit einem Geldmengenziel, welches den Kurs der Geldpolitik an nur einem monetären Indikator — der Zentralbankgeldmenge — bemißt. Die von der Mehrheit geforderte kräftige Reduktion des Geldmengenwachstums von derzeit 8 vH auf unter 4,5 vH für 1988 hält dieses Ratsmitglied nicht für angebracht. Die Bundesbank würde mit einer solchen Rückführung des Geldmengenwachstums zu Zinssteigerungen beitragen, die die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik in schwieriger Lage behindern und zugleich neue Turbulenzen an den Devisenmärkten auslösen könnten. Da von der Kostenentwicklung keine fühlbare Beschleunigung des Preisauftriebs angelegt ist, ist eine Rückführung des Geldmengenanstiegs derzeit auch nicht vordringlich.

342. Der Sachverständigenrat ist einheitlich der Meinung, daß die Bundesbank angesichts der heutigen weltwirtschaftlichen Herausforderungen nicht auf den strikten Vollzug eines Geldmengenziels verpflichtet werden kann. Wie nie zuvor ist die Bundesrepublik in die weltwirtschaftliche Entwicklung eingebettet. Expansive und kontraktive Impulse der Geldpolitik wirken nicht nur bis an die Landesgrenze, sondern lösen internationale Kapitalbewegungen, Wechselkursanpassungen und Zinsanpassungen aus. Auch ausländische Geldpolitik wirkt auf das Inland durch. In dieser Lage muß die Bundesbank stets abwägen, wie Einflüssen von den nationalen und internationalen Kapitalmärkten am besten zu begegnen ist.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen jedoch darüber, inwieweit die monetäre Konzeption der Ratsmehrheit — Festhalten an einem mittelfristigen Zielpfad für die Zentralbankgeldmenge, der bei bestimmten Ausnahmetatbeständen, zum Beispiel abrupten Wechselkursänderungen, zeitweilig verlassen werden darf — den Anforderungen an diese Abwägungen genügt. Nach Ansicht dieses Ratsmitglieds entsteht ein schwer überbrückbares Dilemma für die Notenbankpolitik, wenn die Bundesbank für eine einzelne monetäre Größe — die Zentralbankgeldmenge — normativ ein mehrjähriges Ziel setzt, zugleich aber die Einhaltung dieses Zieles ungewiß ist. Die angestrebte Orientierung über die Geldpolitik wird den Märkten dadurch nicht gegeben. Die Probleme der mittelfristigen Geldmengenkonzeption lassen sich am Beispiel der Geldmengenentwicklung 1987 und der Vorstellungen der Ratsmehrheit für 1988 erläutern.

Zur monetären Konzeption der Ratsmehrheit gehört es, daß der Zielpfad für die Zentralbankgeldmenge zeitweilig verlassen werden darf, wenn ein Ausnahmetatbestand vorliegt, beispielsweise starke und abrupte Veränderungen der realen Wechselkurse drohen. Ein solcher Ausnahmefall hat sowohl 1986 als auch 1987 vorgelegen, und dies rechtfertigte — auch nach der Ansicht der Ratsmehrheit — eine Zielüberschreitung der Zentralbankgeldmenge. Das Problem dabei ist allerdings, daß der mehrjährige Zielpfad für die Zentralbankgeldmenge, der den Märkten die Orientierung über den mittelfristigen Kurs der Geldpolitik geben soll, den Kontakt mit der aktuellen Entwicklung und damit Orientierungskraft verloren hat. Diese Problematik ist der Ratsmehrheit bewußt. Sie sieht das eigentliche Problem der Geldpolitik jetzt in der Dauer der Zielüberschreitung. Daher fordert sie, daß eine weitere Zielüberschreitung bei der Zentralbankgeldmenge im Jahre 1988 nicht mehr zugelassen wird, dies allerdings nur vorbehaltlich erneut eintretender Ausnahmetatbestände (Ziffern 324 ff.). Mit anderen Worten, kommt es zu einem neuerlichen Kursdruck auf den Dollar, wäre 1988 ein weiteres Mal eine Zielüberschreitung zu tolerieren. Die Dauer der Zielüberschreitung würde dann aber noch länger, der mittelfristige Zielpfad noch unrealistischer geworden sein.

Selbst wenn im Jahre 1988 und danach keine weiteren Ausnahmesituationen mehr eintreten würden, gäbe der mittelfristige Zielpfad keine Orientierung mehr. Im Herbst 1987 lag das Niveau der Zentralbankgeldmenge um 6 vH über dem, was dem Zielpfad entsprochen hätte (Schaubild 22, Seite 85). Würde man die Zentralbankgeldmenge entsprechend dem Vorschlag der Mehrheit mit einer Rate unter 4,5 vH ausweiten, wäre der Zielpfad erst nach Jahren wieder erreicht. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Märkte an einem mittelfristigen Zielpfad orientieren, der auf Jahre hinaus nicht eingehalten werden kann.

Ein grundsätzliches Problem kommt hinzu. Orientierung könnte die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge allenfalls geben, wenn die Märkte ihr Urteil über die Geldpolitik auch tatsächlich nur aus der Entwicklung der Zentralbankgeldmenge ableiteten. Das ist aber nicht so. Wie sich im Herbst einmal mehr zeigte, reagieren die Kapitalanleger auf Änderungen der Wertpapierpensionssätze der Bundesbank schon, bevor sich diese Maßnahmen in einer Veränderung der Expansionsrate der Zentralbankgeldmenge niederschlagen. Zins- und Wechselkurswirkungen treten sofort ein; ob und wie sich später die Zentralbankgeldmenge ändert, ist demgegenüber von geringerer Bedeutung. Für viele Kapitalanleger und Investoren sind die konkreten Maßnahmen der Notenbank, die daraus entstehenden Zinseffekte und Wechselkurseffekte wichtiger als die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge. Das spricht dagegen, die Geldpolitik an einem einzelnen Indikator — der Zentralbankgeldmenge — auszurichten.

343. Da wichtig ist, daß die Märkte Orientierung über die Geldpolitik erhalten, kann das Zentralbankgeldmengenziel nicht einfach ersatzlos gestrichen werden. Keine Lösung wäre es, wenn an die Stelle der Zentralbankgeldmenge ein anderer Einzelindikator, etwa die Geldmenge M 3 oder der Wechselkurs, träte. Das Grundproblem, daß zwischen der aktuellen Entwicklung des Indikators und seinem Zielpfad eine Diskrepanz entstehen kann, würde sich erneut stellen. An die Stelle der bisherigen Zielplanung sollte eine monetäre Projektion treten. Sie muß neben der Zentralbankgeldmenge weitere wichtige monetäre Indikatoren — Geldvolumen, Geldkapital, Bankkre-

dite — berücksichtigen. Auch Vorstellungen über die Entwicklungstendenzen des Kapitalmarktzinses und des Wechselkurses sollten in die monetäre Projektion aufgenommen werden. Quantitative Vorgaben für diese monetären Indikatoren, die mit einer wünschenswerten wirtschaftlichen Entwicklung vereinbar sein müssen, sollen dabei nicht als verbindliche Zielgrößen für die Geldpolitik verstanden werden. Wenn Änderungen der realwirtschaftlichen und monetären Dispositionen in der Wirtschaft eintreten, kann die Antwort nicht sein, irgendwelche monetären Indikatoren — sei es die Geldmenge, seien es Zinsen oder Wechselkurse — auf vorgegebenen Pfaden zu halten. Vielmehr muß die Notenbank dann abwägen, wie sie am besten reagieren kann. Mit einer monetären Projektion kann sie den Märkten Orientierung geben, wie sie die monetäre Lage beurteilt, welche Konfliktsituationen sie sieht und wie sie geldpolitisch reagieren will. Das alles entspricht im Kern einer Politik, wie sie die Bundesbank de facto heute bereits verfolgt.

344. Die hier vorgeschlagene Ablösung des auf die Zentralbankgeldmenge beschränkten Geldmengenziels durch ein breiter angelegtes Konzept monetärer Indikatoren würde also Konzeption und Realität in der deutschen Geldpolitik besser zur Deckung bringen und von daher die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik stärken. Auch unter dem Regime der Geldmengenziele hat die Bundesbank ihre geldpolitischen Aktivitäten ja niemals nur an der Zentralbankgeldmengenentwicklung allein, sondern an einem breiten Spektrum monetärer Indikatoren orientiert. Das entspricht vom Ansatz her den Intentionen, die mit der monetären Projektion beabsichtigt sind.

Der gelegentlich erhobene Vorwurf, die einer monetären Projektion folgende Geldpolitik sei riskant, weil sie sich trotz unvollkommener Informationen über monetäre Wirkungszusammenhänge keiner Regelbindung unterwirft, trifft nicht den Kern. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben ja gezeigt, daß eine sachgerechte Geldpolitik gerade nicht möglich ist, indem die Notenbank einer strengen Regel folgt. Auch die Ratsmehrheit fordert keine strikte Regelbindung. Unzweifelhaft ist, daß die Bundesbank bei allem, was sie tut, ihr eigentliches Ziel — die Geldwertstabilität — im Blick haben muß. Wie sie diesem Ziel in einer konkreten Situation am besten dient und wie sie dabei auftretende Risiken für Konjunktur und Beschäftigung gering hält, kann nicht durch eine Regel — wie sie mit dem Geldmengenkonzept angestrebt wurde — vorherbestimmt werden. Die Antwort auf Unsicherheit kann nur sein, die geldpolitischen Aktivitäten vorsichtig durchzuführen und dabei die Vielzahl verfügbarer Informationen zu nutzen. Dazu soll eine monetäre Projektion beitragen.

345. Geldwertstabilität muß einen hohen Rang für die Geldpolitik haben. Das ist nicht strittig. Unterschiedliche Auffassungen gibt es im Sachverständigenrat aber darüber, ob die gegenwärtig rasche Geldmengenexpansion mit Inflationsgefahren verbunden und deswegen eine Eindämmung des Geldmengenwachstums vordringlich ist. Unterschiede gibt es auch in der Beurteilung der Frage, ob ein Abbremsen des Geldmengenanstiegs durch die Bundesbank Restriktionsdruck auf die Wirtschaft entfaltet. Für die Ratsmehrheit ist es sicher, daß sich durch die Geldmengenentwicklung Inflationserwartungen verfestigt und verschärft haben (Ziffer 320). Daraus zieht sie die Schlußfolgerung, eine Eindämmung des Geldmengenwachstums sei dringlich. Allerdings sind die empirischen Belege für höhere Inflationserwartungen nicht überzeugend. Die Ratsmehrheit verweist lediglich auf den vorübergehenden Zinsanstieg vom Sommer dieses Jahres, der aber zu einem guten Teil durch das verminderte Mittelangebot des Auslands am deutschen Kapitalmarkt zu erklären war (Ziffer 139) und sich überdies in der Zwischenzeit auch wieder zurückentwickelt hat.

Selbst wenn gewisse Inflationserwartungen entstanden wären, wäre die entscheidende Frage, ob aus diesen Inflationserwartungen auch tatsächliche Inflation werden muß. Das ist nicht so. Entscheidend ist dafür die Kostenentwicklung, vor allem also die Lohnentwicklung. Bei der derzeitigen Lohnpolitik, die zu einer Minderung der Kostenentwicklung geführt hat, sind die Inflationsgefahren gering. Das starke Geldmengenwachstum kann so keinen nennenswerten Preisniveauanstieg bewirken. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Verbraucherpreise, die nach dem Auslaufen der preisdämpfenden Sondereinflüsse aus der Entwicklung der Terms of Trade leicht gestiegen waren, seit Mitte des Jahres unverändert geblieben sind. Der weittragende Begriff der Inflation ist so für die Bundesrepublik nicht angemessen. Der Schlüssel für die Preisentwicklung liegt derzeit bei der Lohnpolitik, nicht bei der Geldpolitik.

Eine Abkopplung der Preisentwicklung von der Geldmengenentwicklung über eine längere Zeit ist durchaus auch kein neues Phänomen. Derartige Tendenzen hat es früher schon gegeben, so etwa in der Mitte der siebziger Jahre, als sich die Wachstumsrate der Zentralbankgeldmenge innerhalb weniger Jahre verdoppelt hat, der Anstieg des Deflators des Bruttosozialprodukts — ein annähernder Indikator für den inländisch verursachten Preisauftrieb — sich aber kaum veränderte. Wenn die Lohnpolitik — wie es der Sachverständigenrat ja einmütig für notwendig hält — weiterhin stabilitätsorientiert bleibt, dann gibt es auch keine Inflationsgefahr, die eine Eindämmung des Geldmengenwachstums vordringlich machen würde.

346. Freilich könnte man auch für den Fall, daß der Lohnanstieg den Kostenauftrieb nicht beschleunigt, auf einer Reduktion des Geldmengenanstiegs beharren, um sozusagen eine zusätzliche Sperre gegen künftige Inflation zu erhalten. Allerdings gälte es dann abzuwägen, welcher Restriktionsdruck durch ein Abbremsen des Geldmengenwachstums erzeugt würde und welche Folgen für die Konjunktur sich daraus ergäben. Hier liegt der Kern des Dissenses im Sachverständigenrat. Während die Mehrheit der Ansicht ist, daß eine Verlangsamung des Geldmengenanstiegs ohne Restriktionsdruck bewirkt werden kann, besteht die abweichende Meinung dieses Ratsmitglieds darin, daß es bei einer solchen Politik zu fühlbaren Zinssteigerungen kommt (Ziffer 326).

Die Ratsmehrheit fordert, daß die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge für 1988 auf unter 4,5 vH ge-

drückt wird. Die Zuwachsrate der Zentralbankgeldmenge im Oktober 1987 liegt bei 8 vH. Da die Bundesbank nicht darauf hoffen kann, daß sich ein so drastischer Rückgang des Geldmengenwachstums von selbst einstellt, müßte sie die Zinskonditionen verschärfen und die Liquidität verknappen. Die Zinssätze der Bundesbank, der Pensionssatz, Diskontsatz, Lombardsatz, müßten also deutlich angehoben werden. Dies würde auch am Kapitalmarkt Zinssteigerungstendenzen für langfristiges Kapital auslösen. Eine weitere — unerwünschte — D-Mark-Aufwertung wäre die zwangsläufige Folge. All dies träte ein, bevor überhaupt ein Effekt bei der Zentralbankgeldmenge sichtbar würde. Und die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik würde in einer ohnehin schwierigen Lage zusätzlich belastet. In das EWS würden Spannungen hineingetragen. Die Reaktionen der Vereinigten Staaten auf deutsche Restriktionsmaßnahmen sind sehr schwer vorhersehbar, hier würde weitere Unsicherheit geschaffen. Die zu verzeichnenden realwirtschaftlichen Einbußen wären der monetären Restriktionspolitik zuzurechnen, die — angesichts einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik — nicht einmal erforderlich gewesen wäre, um die Inflationsgefahr gering zu halten.

Die Hoffnung der Ratsmehrheit, daß der Abbau der Geldmengenexpansion ohne Restriktionsdruck geschehen könnte, ist auf drei — nicht sehr wahrscheinliche — Annahmen gegründet: Die Liquiditätsneigung in der Wirtschaft geht zurück, es kommt nicht zu weiteren Dollarabwertungen, und der Kapitalmarktzins sinkt trotz restriktiver Geldpolitik.

Für einen deutlichen Rückgang in der Liquiditätsneigung gibt es derzeit keine Anzeichen. Wenn es zu tendenziell sinkenden Zinsen kommen sollte — wie es die Ratsmehrheit ja zusätzlich annimmt —, müßte die Liquiditätsneigung eher hoch bleiben, vielleicht sogar steigen.

Der Kursdruck auf den Dollar nach den Turbulenzen an den Aktienmärkten hat gezeigt, daß es an den Devisenmärkten keine eindeutigen Untergrenzen gibt. Die Auslandsverschuldung der Vereinigten Staaten wird immer höher, und das kann den Dollar immer wieder unter Druck bringen. Auf Wechselkursstabilität kann man nicht bauen.

Schließlich ist die Vorstellung, daß man bei steigenden Geldmarktzinsen — die zur Bremsung der Geldmengenexpansion nun einmal notwendig sind — gleichzeitig wegen der verzögert geringer werdenden Inflationserwartungen den Kapitalmarktzins drücken könnte, wenig realistisch. Eine Liquiditätsverknappung am Geldmarkt greift in der Regel auf den Kapitalmarkt über und sorgt dort für steigende Zinsen. Es war in den vergangenen Jahren nur ganz selten der Fall und dann auch nur für kurze Zeit, daß Geldmarktzins und Kapitalmarktzins eine unterschiedliche Entwicklungsrichtung hatten.

Eine monetäre Projektion, die auch den konjunkturellen Erfordernissen gerecht wird, müßte für 1988 so ausgelegt sein, daß von der Geldpolitik keine Impulse für Zinssteigerungen am Kapitalmarkt gegeben werden. Von daher wird auch Aufwertungstendenzen der D-Mark entgegengewirkt. Auf diese Weise kann die Bundesbank am ehesten zur Beruhigung der internationalen Finanzmärkte beitragen. Auch kommt sie weniger, als es bei einer Restriktionspolitik zu erwarten wäre, in Konflikt mit den Partnerländern in Europa.

Sollte die Unsicherheit nach der Aktienkursbaisse anhalten oder sich sogar verstärken, muß die Bundesbank auch Zinssenkungen erwägen. Die gegenwärtige Entwicklung der Zentralbankgeldmenge muß vorerst toleriert werden. Dies gilt, so lange von den Kosten, insbesondere den Lohnkosten her, keine Beschleunigung des Kostenauftriebs angelegt ist. Sollte es 1988 zu einem geringeren Geldmengenanstieg kommen, weil die Liquiditätspräferenz anders als jetzt absehbar doch zurückgeht, wäre dem von der Geldpolitik nicht entgegenzuwirken. Sollte es anders als jetzt absehbar doch zu einer deutlichen Kostenbeschleunigung kommen, müßte die Geldpolitik restriktiver werden.

Soweit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

III. Das Europäische Währungssystem vor neuen Herausforderungen

347. Das Europäische Währungssystem (EWS) steht vor neuen Herausforderungen. Geplant ist zum einen die völlige Aufhebung der Kapitalverkehrsbeschränkungen in der Europäischen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der für 1992 beschlossenen Verwirklichung eines Binnenmarktes in Europa. Bei liberalisiertem Kapitalverkehr werden die EWS-Mitgliedsländer weit mehr als gegenwärtig zu einer abgestimmten Währungspolitik gezwungen. Hierfür gilt es Prinzipien zu vereinbaren, die sicherstellen, daß das EWS als Zone währungspolitischer Stabilität an Kraft gewinnt. Zum anderen entstehen Herausforderungen aus der gegenwärtigen Diskussion über den wirtschaftspolitischen Kurs in Europa. In einigen EWS-Ländern wurden Stimmen laut, die mit Blick auf das insgesamt unbefriedigende Wirtschaftswachstum in Europa eine expansivere Wirtschaftspolitik fordern. Solche Forderungen richten sich insbesondere an die Deutsche Bundesbank, deren Stabilitätsorientierung als Hemmnis für ein rascheres Wachstum angesehen wird. Wenn mit dem Streben nach mehr Wachstum die Neigung verbunden ist, in den stabilitätspolitischen Anstrengungen nachzulassen, wäre dies für das EWS sehr bedenklich. Das EWS wird als funktionstüchtiges Währungssystem auf die Dauer nur erhalten bleiben können, wenn es drei Elemente gleichzeitig zu realisieren versteht: ein stabiles Preisniveau, freizügigen Kapitalverkehr und feste Wechselkurse. Die Leistungsfähigkeit des EWS wiederum ist eine wichtige Voraussetzung für ein dauerhaftes, störungsfreies Wirtschaftswachstum in Europa.

Priorität für einen stabilen Geldwert

348. Gerade im Hinblick auf die Preisniveaustabilität war das EWS erfolgreich. Im Gegensatz zu man-

chen pessimistischen Einschätzungen bei seiner Gründung hat es sich nicht zu einer Zone der Instabilität entwickelt. Tatsächlich konnte die durchschnittliche Inflationsrate der am Wechselkursverbund beteiligten EG-Länder von einem Höchstwert von 14,3 vH im Jahre 1980 auf 3,3 vH im Jahre 1986 zurückgeführt werden. Dabei hat die Spanne zwischen den nationalen Inflationsraten abgenommen. Daß es hierzu kam, ist zum einen auf den Stabilisierungsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen. Aufgrund des hohen Gewichts der deutschen Wirtschaft im EG-Raum und der faktischen Leitwährungsrolle der D-Mark im EWS übte der Rückgang der Inflationsrate in der Bundesrepublik Anpassungsdruck auf die anderen EWS-Mitgliedsländer aus. Dies allein erklärt den Stabilitätserfolg des EWS allerdings nicht. Zum anderen kam ein ernsthafter Stabilitätswille hinzu, der die EWS-Mitgliedsländer — wie andere Industrieländer auch — in den achtziger Jahren kennzeichnete. Angesichts von Inflationsraten, die nach dem zweiten Ölpreisschock vielfach auf zweistellige Werte hochgeschnellt waren, war die Wiederherstellung von Stabilität überall erforderlich. Die Erfahrungen der letzten Jahre belegen, daß ein Währungssystem wie das EWS funktionieren kann, wenn sich seine Mitglieder der Preisniveaustabilität verpflichtet fühlen.

Seit Jahren verharrt die Arbeitslosenquote im EG-Raum auf hohem Niveau; sie ist mehr als doppelt so hoch wie bei der Gründung des EWS, vornehmlich weil das Wirtschaftswachstum Dynamik vermissen läßt. Seitdem Europa der Preisniveaustabilität nahegekommen ist, scheint es vielen geboten, nunmehr dem Wachstumsziel und Beschäftigungsziel Priorität einzuräumen. Der Sachverständigenrat teilt die Ansicht, daß ein insgesamt rascheres Wachstum in Europa anzustreben ist. Vorrang für die Wachstumspolitik ist nicht nur in der Bundesrepublik erforderlich. Bei der engen Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften kann jedes Land um so eher auf eine größere Dynamik hoffen, je mehr auch die Partnerländer der Wachstumspolitik Vorrang einräumen. Ebenso entschieden ist der Sachverständigenrat aber der Meinung, daß der Weg zu mehr Wachstum nicht über eine Inflationierung führt. In inflationärem Klima kann eine Wirtschaft nur vorübergehend expandieren; alsbald wird eine Stabilisierungskrise den Rückschlag bringen. Inflation ist als Mittel zum Zweck auch gar nicht erforderlich. Vorrang für die Wachstumspolitik heißt, am ordnungspolitischen Rahmen der Volkswirtschaften anzusetzen. Insbesondere geht es um effizienzsteigernde Rahmenbedingungen. Eine so verstandene Wachstumspolitik setzt den wirtschaftspolitischen Konsens in jedem Mitgliedsland voraus. Der Verteilungsprozeß darf nicht durch inflationär wirkende Konflikte überfordert werden. Der Staat hat die Entfaltung der privatwirtschaftlichen Initiative zu fördern. Die Notenbank kann dann, wenn Stabilitätswille erkennbar ist, den sonst erforderlichen Restriktionsdruck lockern.

Auch wenn eine energischere Wachstumspolitik in Europa anzumahnen ist, kann und muß der Grundsatz der Stabilität des Preisniveaus weiterhin richtungweisend für die Länder des EWS bleiben. In diesem Sinne kann das auf der Konferenz der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten in Nyborg bekräftigte Ziel, daß die Zentralbanken in ihrer Geldpolitik der Preisniveaustabilität Priorität einzuräumen haben, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

349. Gleichwohl hat die kontroverse Diskussion über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik im EWS an Schärfe zugenommen. Von Partnerländern der Bundesrepublik wird die Dominanz der D-Mark beklagt und mehr Symmetrie, das heißt eine als gerechter empfundene Verteilung der Anpassungslasten bei divergierender Wirtschaftsentwicklung verlangt. Dahinter steht die Erfahrung, daß von der Stärke der D-Mark im Wechselkursverbund, die letztlich aus dem vergleichsweise niedrigen Inflationstempo in der Bundesrepublik resultiert, Anpassungsdruck auf Partnerländer mit höherem Inflationstempo ausgeht. Diese werden zu restriktiven Maßnahmen gezwungen, um die Wechselkursrelationen zu verteidigen. Das empfinden sie vielfach als Behinderung für eine expansivere Politik. Mehr Symmetrie in der Anpassung bedeutet für eine Reihe von Partnerländern deshalb, die Bundesrepublik zu einem höheren Inflationstempo zu veranlassen. Dabei geht es nicht nur darum, daß die Bundesrepublik den tendenziellen Ausgleich der Inflationsraten zuläßt, der in einem Festkurssystem angelegt ist. Sie müßte durch eigene Inflationierung den Partnerländern mehr Spielraum für eine expansivere Wirtschaftspolitik geben.

Es muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß eine solche Strategie, die schon wegen der Preisgabe des Stabilitätszieles nicht akzeptabel ist, auch in der Sache nicht zu den beabsichtigten Ergebnissen führt. Das Anpassungsproblem der Partnerländer entsteht nicht aus einem niedrigen Niveau der Inflationsrate in der Bundesrepublik, sondern aus einem Inflationsgefälle gegenüber den anderen Ländern, das sich unabhängig vom Niveau der Inflationsrate einstellen kann. Wenn die Partnerländer der wirtschaftlichen Expansion Vorrang vor dem Stabilitätsziel einräumen sollten, werden sie den bei höherer Inflation in der Bundesrepublik vorübergehend gewonnenen Handlungsspielraum nutzen, in ihren Konsolidierungsbemühungen nachlassen und expansivere Maßnahmen ergreifen. Dadurch werden Bremsen gelockert, die den Preisauftrieb im Zaum hielten; latent vorhandener Inflationsdruck könnte sich entfalten. Am Ende hat sich das Inflationsniveau insgesamt erhöht, das Inflationsgefälle und die damit verbundene Anpassungslast haben sich aber nicht geändert.

Es muß allerdings auch die andere Seite des Problems beachtet werden. In einigen Ländern werden Vorwürfe erhoben, die im Währungsverbund dominierende Bundesrepublik würde eine überzogene Restriktionspolitik betreiben und damit einen so starken Druck auf die anderen Länder ausüben, daß deren Anpassungsfähigkeit überfordert wird und sie kräftige Wachstumsverluste und Beschäftigungseinbußen hinzunehmen hätten. Hierzu ist grundsätzlich festzustellen, daß eine überzogene Restriktionspolitik eines dominierenden Mitgliedslandes dem Währungsverbund im ganzen schaden und damit den Zusammenhalt des Systems gefährden könnte. Daran kann niemandem gelegen sein. Auch die Bundesrepublik, die

zusammen mit Belgien, Luxemburg und den Niederlanden weitgehend Preisniveaustabilität erreichen konnte, hat ein großes ökonomisches Interesse am Fortbestand des EWS, nicht zuletzt, weil ein erheblicher Teil des deutschen Außenhandels mit den am Währungsverbund teilnehmenden Ländern abgewikkelt wird und die Bundesrepublik damit von der ruhigeren Wechselkursentwicklung in diesem Raum profitiert. Wechselkursbedingte Anpassungsanstrengungen wie beim Güteraustausch mit dem Dollarraum blieben den Unternehmen erspart. Insofern darf ein dominierendes Land die Anpassungsfähigkeit der anderen Partnerländer bei seiner Politik nicht aus dem Blick verlieren.

Dies sind grundsätzliche Erwägungen. Faktisch ist der Vorwurf an die Bundesrepublik, sie würde derzeit eine überzogene Restriktionspolitik betreiben, nicht gerechtfertigt. Wie wir an anderer Stelle zeigen, sind in den Jahren 1986 und 1987 sowohl die Geldpolitik als auch die Fiskalpolitik expansiv gewesen (Ziffer 129 und Ziffer 145). Die Bundesbank hat ein hohes Geldmengenwachstum zugelassen, und die Notenbankzinsen liegen auf einem niedrigen Niveau. Der Staat hat konjunkturelle Einnahmeausfälle nicht mit entsprechenden Ausgabenkürzungen kompensiert. Gerade weil die Bundesrepublik sich der Mitverantwortung für das gesamte EWS bewußt ist, kann sie den Vorwurf einer überzogenen Restriktionspolitik mit Entschiedenheit zurückweisen.

Liberalisierung des Kapitalverkehrs

350. Mit dem Übergang zum gemeinsamen Binnenmarkt im Jahre 1992 sollen alle Kapitalverkehrsbeschränkungen in der Europäischen Gemeinschaft beseitigt werden. Freizügigkeit des Kapitalverkehrs ist eine wichtige Voraussetzung für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in einem Währungsraum. Das Kapital muß ungehindert in die Regionen und Sektoren fließen können, in denen es die höchste Rendite erwirtschaftet. Der Integrationsprozeß in Europa könnte ohne liberalisierten Kapitalverkehr nicht abgeschlossen werden.

Ein dauerhaft freizügiger Kapitalverkehr wird sich in Europa allerdings nur einstellen, wenn sich die EWS-Mitgliedsländer zu einer weitreichenden Konvergenz in der Währungspolitik bereitfinden. Liberalisierte Kapitalverkehrsströme werden bei festen nominalen Wechselkursen die nominalen Zinsen im EWS-Bereich angleichen; Spielräume für etwaige nationale Alleingänge in der Geldpolitik schrumpfen auf ein Minimum. Nur im Konzert aller Notenbanken wird sich eine sachgerechte Geldpolitik durchführen lassen. Zugleich werden grenzüberschreitende Geldströme zu einem tendenziellen Ausgleich der Inflationsraten führen. Daher ist die Beachtung des Stabilitätszieles so wichtig. Eine Konvergenz auf hohem Inflationsniveau könnte stabilitätsorientierte Länder wie die Bundesrepublik zum Verlassen des Systems bewegen.

Ob sich die EWS-Mitgliedsländer den Spielregeln des Festkurssystems bei freiem Kapitalverkehr unterwerfen werden, ist eine Frage des politischen Willens. Dieser Wille würde durch die Einsicht gestärkt werden, daß ein Land, welches eine inflationär wirkende Wirtschaftspolitik betreibt, sich selbst Schaden zufügt. Ein Land mit überdurchschnittlicher Inflationsrate wird bei zunächst noch festen nominalen Wechselkursen zwar einen vorübergehenden Terms-of-Trade-Gewinn verzeichnen, alsbald jedoch aufgrund der Passivierung seiner Leistungsbilanz realwirtschaftliche Lasten in Form von Wachsfumsverlusten und Beschäftigungseinbußen übernehmen müssen. Schon das dämpft die Investitionsneigung. Auch die Hoffnung, bei gleichen nominalen Zinsen von dem entsprechend den Inflationsdifferenzen niedrigeren Realzinsniveau profitieren zu können, wird sich als trügerisch erweisen, wenn die Investitionsneigung wegen der Wachstumsverluste und Beschäftigungseinbußen schrumpft. Aufgrund dieser Entwicklung wird das Vertrauen in die Währung dieses Landes abnehmen; die Währung gerät in Abwertungsverdacht, und es wird zu Kapitalabflüssen kommen. Sie sind unerwünscht und bilden insofern weitere Barrieren gegen stabilitätswidriges Verhalten. Ob diese realwirtschaftlichen Belastungen ausreichen würden, um ein Mitgliedsland vom Bruch des Stabilitätskonsenses abzuhalten, muß die Erfahrung zeigen. Wir messen diesen Mechanismen einige Bedeutung zu. Aus dieser Sicht erweist sich der Kapitalverkehr nicht nur als ein Ziel der währungspolitischen Integration, sondern zugleich auch als ein Motor des Integrationsprozesses. Freizügigkeit des Kapitalverkehrs zwingt die Mitgliedsländer zu währungspolitischer Konvergenz. Bleiben große Länder wie die Bundesrepublik stabilitätsbewußt, ist das zugleich für die anderen Länder ein Zwang zu stabilitätsgerechtem Verhalten.

Allerdings trifft das nur zu, wenn diese die Spielregeln des Währungssystems wirklich einhalten, Freizügigkeit des Kapitalverkehrs bewahren und feste nominale Wechselkurse verteidigen. Hier scheint Skepsis eher begründet. Bei hohen realwirtschaftlichen Anpassungskosten wird die Verlockung groß sein, sich diesem Druck durch Rückgriff auf Kapitalverkehrsbeschränkungen oder häufigere Wechselkursänderungen zu entziehen. Erfolgreiche Liberalisierungspolitik setzt die Bereitschaft voraus, sich den Anpassungszwängen zu unterwerfen.

351. Das EWS wird seine neuen Herausforderungen erst dann bestanden haben, wenn die tragenden Elemente — Geldwertstabilität, freizügiger Kapitalverkehr, feste nominale Wechselkurse — gefestigt sind. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Die ökonomischen, politischen und sozialen Voraussetzungen der einzelnen EG-Mitgliedsländer sind heute noch zu unterschiedlich, als daß sich diese Elemente bald voll realisieren ließen. Der Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen wird nur schrittweise und in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichem Tempo vorankommen können. Insbesondere die neuen Mitgliedsländer der EG — Spanien, Portugal, Griechenland — werden eine längere Frist für die Erfüllung der Liberalisierungsverpflichtung in Anspruch nehmen, vor allem dann, wenn diese Länder in den EWS-Wechselkursverbund einbezogen werden sollten. Allerdings kommt es darauf an, daß die Liberalisierungspflicht nur im Einzelfall und nur vorübergehend ausgesetzt

wird. Hier muß man Sorge haben. Seit den ersten beiden Kapitalmarktrichtlinien der EG in den sechziger Jahren ist der Liberalisierungsprozeß nie geradlinig verlaufen. Immer wieder gab es Rückschläge, da sich einzelne Länder dem außenwirtschaftlichen Anpassungsdruck entziehen wollten. Zu den unbefriedigenden Erfahrungen des EWS gehört auch, daß einzelne Länder dauerhafte Sonderregelungen in Anspruch nehmen, etwa gespaltene Devisenmärkte oder breitere Bänder für Kursschwankungen. Dem Integrationsgedanken widerspricht es zudem, wenn Großbritannien nicht am Wechselkursmechanismus des EWS teilnimmt. Es muß darauf gedrängt werden, daß derartige Sonderregelungen abgebaut werden.

Zum Bild des EWS gehören feste nominale Wechselkurse. Allerdings ist auch dieses Ziel erst allmählich zu erreichen. Auf absehbare Zeit wird ein Anpassungsbedarf bei den Wechselkursen bestehen bleiben. Obwohl die Inflationsdivergenz deutlich abgenommen hat, sind doch nach wie vor Inflationsunterschiede vorhanden, und sie werden auch nicht so bald verschwinden. Hinzu kommen realwirtschaftliche Entwicklungsdifferenzen zwischen den EWS-Mitgliedsländern, die gelegentliche Wechselkursanpassungen zur Korrektur der realen Austauschverhältnisse notwendig machen werden. Diese hat es auch bisher gegeben.

Der kräftigen Höherbewertung der Währungen Italiens und Irlands steht eine deutlich niedrigere reale Bewertung des Belgischen Franc gegenüber. Die Währungen der Bundesrepublik und der Niederlande sind in geringerem Maße real niedriger bewertet worden, während sich die realen Wechselkurse der Dänischen Krone und des Französischen Franc zwischen 1979 und 1987 im ganzen kaum verändert haben (Ziffern 54 ff.). Die realen Kursänderungen reflektieren nicht nur reale Entwicklungsdivergenzen zwischen den Ländern, sondern sind auch ein Ergebnis des Stabilisierungsprozesses im EWS. Die reale Höherbewertung der Währungen Italiens und Irlands steht damit im Zusammenhang, daß diese Länder eine weit über dem Durchschnitt liegende Inflationsrate hatten. Die leicht niedrigere reale Bewertung des Gulden und der D-Mark reflektiert nicht zuletzt, daß die Niederlande und die Bundesrepublik das niedrigste Inflationsniveau im EWS hatten.

Immer wieder entstehen im EWS Probleme durch Kursschwankungen des Dollar, da hiervon in erster Linie die D-Mark als internationale Reservewährung betroffen ist. Wenn der Kurs des Dollar fällt, neigt die D-Mark meist zu einer stärkeren Höherbewertung als die anderen EWS-Währungen. Dadurch können Spannungen im Wechselkursverbund entstehen. Die relativ zur D-Mark schwächeren Währungen müßten durch Interventionen oder andere Anpassungsmaßnahmen unter Umständen gestützt werden. Allerdings hat sich hier das EWS als robuster erwiesen, als man ihm häufig zugetraut hatte. Die Dollarkursschwankungen der letzten Jahre haben das EWS nicht gesprengt. Gleichwohl kam es immer wieder zu Spannungen, so auch nach den weltweiten Aktienkursrückgängen. Im Oktober 1987 sind einige Währungen unter Druck geraten, ohne daß bereits Anlaß für eine umfassende Leitkursanpassung besteht. In erster Linie müssen die Wechselkursrelationen den fundamentalen Bedingungen für den Handel und den Kapitalverkehr zwischen den EWS-Mitgliedsländern entsprechen, und sie dürfen sich von diesen Relationen nicht durch häufig nur vorübergehende Dollarkurseinflüsse abdrängen lassen. Bedenklich wäre es jedenfalls, wenn solche Einflüsse von einzelnen Mitgliedsländern zum Vorwand genommen würden, eine Leitkursänderung zum eigenen Vorteil zu fordern, die sich von den fundamentalen Daten nicht begründen läßt. Die Anpassungslast, die ein Kursrückgang des Dollar auslöst, müssen alle Länder tragen.

352. Um mehr Spielraum für Wechselkursbewegungen zu schaffen, wird gelegentlich vorgeschlagen, die Bandbreiten der EWS-Währungen zu erweitern. Eine solche Vorgehensweise wäre jedoch problematisch. Je weiter die Bänder sind, um so mehr entfernt sich das EWS von dem, was es sein will: ein System fester Wechselkurse. Überläßt man es dagegen bei engen Bändern wie bisher den Währungsbehörden, bei Bedarf Leitkursanpassungen vorzunehmen, so wird der Zwang zur währungspolitischen Kooperation in wünschenswerter Weise verstärkt. Ein Land, welches eine Leitkursanpassung anstrebt, müßte sich mit den Partnerländern auseinandersetzen, ob eine Kursänderung erforderlich ist oder ob nicht binnenwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen vorzuziehen sind. Auf diesen Kooperationszwang sollte im Interesse der Entwicklung einer abgestimmten Währungspolitik in Europa nicht verzichtet werden.

353. Durch die Kapitalverkehrsliberalisierung bei grundsätzlich festen Wechselkursen wird der Handlungsspielraum der nationalen Geldpolitik eingeengt. Dies wirft die Frage der geldpolitischen Kooperation der Notenbanken im EWS auf. Zur Diskussion steht, ob die Notenbanken einer einheitlichen geldpolitischen Regelbindung, etwa in Form von Geldmengenzielen oder Sozialprodukt-Regeln unterworfen werden könnten. Dies ist auf absehbare Zeit schwerlich zu realisieren. Zu den vergleichsweise noch geringen Problemen gehören die unterschiedlichen institutionellen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern, die es heute noch schwer machen, einheitliche monetäre Indikatoren auszuwählen. Größere Probleme schaffen die Unterschiede in den gesamtwirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der einzelnen Länder, die die Vergleichbarkeit und damit die Interpretation von geldpolitischen Zielen einschränken. Das gilt zumal dann, wenn Finanzpolitik und Lohnpolitik in den einzelnen Ländern voneinander abweichen.

Wenn auch vorerst eine einheitliche Regelbindung für die EWS-Notenbanken nicht zu erwarten ist, heißt das nicht, daß kein intensiver Kooperationsbedarf besteht. Die Notenbanken müßten gemeinsam ihren Kurs abstecken. Es geht dabei zuerst um die Koordination der geldpolitischen Ziele, vor allem um die Sicherung des Grundsatzes der Geldwertstabilität. Was aus dem Stabilitätsziel für die Geldpolitik folgt, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Ein wichtiges Ziel der Kooperation muß es daher sein, den einzelnen Notenbanken Gewißheit zu geben, daß die Notenbanken der Partnerländer den abgesprochenen Kurs verläßlich einhalten. Im ganzen läuft das darauf hinaus, ne-

ben der Kooperation im währungspolitischen Bereich, in dem konkrete konzertierte Aktivitäten vorzunehmen sind (Interventionen an den Bandgrenzen, Abstimmung intramarginaler Interventionen, Änderung der Wechselkursrelationen), die Kooperation im Bereich der nationalen Geldpolitik (Geldmengensteuerung, Zinspolitik) auf zunächst pragmatische Weise zu verstärken. Wenn auf lange Sicht die ökonomischen Vorbedingungen und institutionellen Voraussetzungen stärker aneinander angepaßt sein werden, wird es auch eher möglich sein, den Vollzug der Geldpolitik stärker an einheitlichen Indikatoren auszurichten.

In einer pragmatischen Kooperation liegt freilich auch eine Gefahr, daß nämlich im vermeintlichen Interesse für das Ganze die Elemente des Systems in der Anwendung aufgeweicht werden, weil überhaupt nur so Beschlüsse erzielt werden können. Wenn diese Gefahren auch nicht gänzlich zu vermeiden sind, müssen sie doch so klein wie möglich gehalten werden. Daher ist es notwendig, daß die Kooperation im EWS hauptsächlich von den Notenbanken durchgeführt wird, und dies bei weitgehender Unabhängigkeit ihres Handelns von der übrigen Politik. Die Autonomie der Notenbank von unmittelbaren staatlichen Weisungen ist ein bewährter Grundsatz, der auch in das EWS Einzug halten sollte.

Erleichterung intramarginaler Interventionen

354. Auf der Konferenz der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten am 12. September 1987 in Nyborg sind — auf der Basis von Beschlüssen der Notenbankpräsidenten der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft — Erleichterungen für intramarginale Interventionen beschlossen worden. Diese Interventionen können durch Rückgriff auf die „sehr kurzfristige Finanzierung" über den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) finanziert werden. Zwar war das mit Zustimmung der betroffenen Zentralbanken schon bisher möglich; auch ist kein automatischer Rückgriff auf diese Finanzierung eingeräumt worden. Aber es wird von der Vermutung ausgegangen, daß intramarginale Interventionen, die mit Zustimmung der die Interventionswährung emittierenden Notenbank vorgenommen werden, über den EFWZ finanziert werden können. Dabei sind bestimmte Obergrenzen vorgesehen, überdies muß die Schuldnerzentralbank auch Eigenbestände der Währung, die für die Interventionen verkauft werden soll, bereitstellen.

Intramarginale Interventionen beruhen anders als die Pflichtinterventionen an den Bandgrenzen auf dem freien Ermessen der Notenbanken. Das Ziel besteht im allgemeinen darin, einem erkennbaren Kursdruck auf eine Währung entgegenzuwirken und auf diese Weise zu verhindern, daß die Währung auf den unteren Interventionspunkt fällt, bei dem kursstabilisierende Pflichtinterventionen in unbegrenztem Umfang oder sogar Wechselkursanpassungen fällig werden. Intramarginale Interventionen sind zweckmäßig, wenn sie einer von den fundamentalen Faktoren her nicht gerechtfertigten Abweichung einer Währung entgegenwirken. Wird auf diese Weise verhindert, daß die Währung ihren unteren Interventionspunkt erreicht, bei dem unter Umständen größere Stützungskäufe notwendig werden, kann gegebenenfalls das Volumen an Interventionen insgesamt verringert werden. Andererseits sind Fälle denkbar, in denen die intramarginalen Interventionen selbst destabilisierenden Kapitalverkehr und dann Pflichtinterventionen an der Bandgrenze auslösen, wenn nämlich Kapitalanleger aus der Tatsache intramarginaler Interventionen schließen, daß sich eine Notenbank einer fälligen Wechselkursanpassung ihrer Währung entgegenzustellen versucht.

Intramarginale Interventionen sind grundsätzlich ökonomisch nicht anders als Pflichtinterventionen zu beurteilen. In einem Festkurssystem können Interventionen am Devisenmarkt sinnvoll sein, um vorübergehendem Druck auf eine Währung entgegenzuwirken. Sollen feste Wechselkurse ohne Interventionen verteidigt werden, müßten die Notenbanken häufiger und in verstärktem Maße Zinsänderungen vornehmen, was Unsicherheit und Instabilität erzeugt und daher realwirtschaftlich nachteilig ist. Problematisch sind Interventionen dann, wenn sie dazu dienen, Kursrelationen aufrecht zu erhalten, die den realwirtschaftlichen Gegebenheiten nicht entsprechen. Es wäre ein Mißbrauch des Instruments der Interventionen, wenn sie an die Stelle fälliger Wechselkursänderungen oder wirtschaftlicher Anpassungen treten würden. Wenn sich Interventionssalden in einer Währung über längere Zeit betrachtet nicht zu Null addieren, wäre dies ein Indiz für einen solchen Mißbrauch.

Intramarginale Interventionen haben neben Wechselkurseffekten auch Liquiditätseffekte. Werden intramarginale Interventionen über die sehr kurzfristige Finanzierung des EFWZ abgewickelt, kommt es zu einer Liquiditätsausweitung in der Währung, die für Interventionszwecke verkauft werden soll. Dies kann der Geld- und Liquiditätspolitik der die Interventionswährung emittierenden Notenbank entgegenlaufen. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß etwa die Zentralbankgeldmengensteuerung durch die Bundesbank aus mehreren Quellen gespeist wird. Eine verstärkte Liquiditätsschöpfung aus Interventionen könnte die Notenbank durch eine restriktivere Handhabung anderer Instrumente, etwa Wertpapierpensionsgeschäfte, kompensieren. Gleichwohl sollte auch in Zukunft daran festgehalten werden, daß es bei intramarginalen Interventionen keinen automatischen Rückgriff auf die sehr kurzfristige Finanzierung gibt. Zu einer auf Konvergenz und Kooperation gerichteten Währungspolitik Europas würde es nicht passen, wenn die wünschenswerte Abstimmung zwischen den Notenbanken durch Automatismen ersetzt würde, die einzelne Notenbanken nachhaltig belasten könnten.

355. Die Beschlüsse von Nyborg sehen vor, daß die im Rahmen der sehr kurzfristigen Finanzierung aufgenommenen Interventionskredite nun bis zu 100 vH (bisher 50 vH) in ECU zurückgezahlt werden können. Voraussetzung hierfür ist, daß sich nicht eine unausgewogene Zusammensetzung der Währungsreserven

ergibt und daß keine übermäßigen Schuldnerpositionen oder Gläubigerpositionen in ECU entstehen. Diese Regeln sollen nach zwei Jahren einer Überprüfung unterzogen werden.

Die Beschlüsse lassen die Absicht vermuten, die offizielle ECU als Bestandteil der Währungsreserven zu stärken, indem die Grenzen für die Verwendung der offiziellen ECU erweitert werden. Die ökonomische Bedeutung dieser Regelung wird dagegen begrenzt bleiben, und zwar aus Zinserwägungen. Eine Notenbank aus dem EWS-Raum, die einen Interventionskredit zum Beispiel in D-Mark aufnimmt und in ECU tilgt, gerät durch die Rückzahlung in eine ECU-Schuldnerposition beim EFWZ. Hierfür muß sie einen Zins zahlen, wobei der Zinssatz dem Durchschnitt der Marktzinsen in den Ländern der Gemeinschaft entspricht. Da der Zinssatz für Anlagen in D-Mark in der Regel unter dem Zinssatz für ECU liegt, würde die Notenbank mit der Rückzahlung der Interventionskredite in ECU eine höhere Zinszahlungsverpflichtung eingehen, als sie an Zinserträgen aus der D-Mark-Anlage erhielte. Dieser Zinsverlust stellt eine Barriere gegen die Nutzung der 100-vH-Grenze für ECU-Rückzahlungen dar.

Unter Liquiditätsgesichtspunkten bedeutet die Rückzahlung des Interventionskredits in ECU statt in der Interventionswährung, daß diese in Höhe des Interventionsvolumens im Umlauf bleibt, statt an die emittierende Notenbank zurückgezahlt und damit dem Kreislauf entzogen zu werden. Wenn dadurch zuviel Liquidität in dieser Währung vorhanden ist, müßte dies von der Notenbank durch restriktive Handhabung anderer Liquiditätsinstrumente kompensiert werden. Überdies ist der Zusammenhang zwischen der Aufnahme und der Rückzahlung der Interventionskredite zu sehen. Eine Notenbank, die wegen der Kreditrückzahlung in ECU eine übermäßige Liquiditätsanreicherung fürchtet, würde sich generell weiteren Krediten gegenüber entsprechend restriktiv verhalten.

Nimmt man alles zusammen, so ist weder in der Einbeziehung intramarginaler Interventionen in die sehr kurzfristige Finanzierung noch in der Anhebung der Grenze für die Rückzahlung von Interventionskrediten in ECU eine problematische Aufweichung des EWS-Vertragswerks zu sehen, aus der inflationäre Gefahren entstehen werden. Diese Neuerungen sind nicht ohne die Zustimmung der die Interventionswährung emittierenden Notenbank anwendbar. Gelegentlich wird in diesem Zusammenhang insbesondere in der Bundesrepublik das Bedenken geäußert, daß die EWS-Partnerländer die Neuerung nutzen könnten, um vor allem die Bundesbank unter Druck zu setzen, der letztlich auf eine Anpassungsinflation hinauslaufen könnte. Eine solche, im Grunde mißbräuchliche Nutzung der EWS-Vereinbarungen wäre um so unwahrscheinlicher, je entschiedener die Bundesbank — und nicht nur sie, sondern auch die Bundesregierung — die deutsche Position klarstellt; daß die engagierte Beteiligung der Bundesrepublik am EWS so lange gewährleistet bleibt, wie Konsens über die Preisniveaustabilität als notwendige Basis des EWS herrscht.

IV. Tarifpolitik: Konstanz der Lohnstückkosten mittelfristig sichern

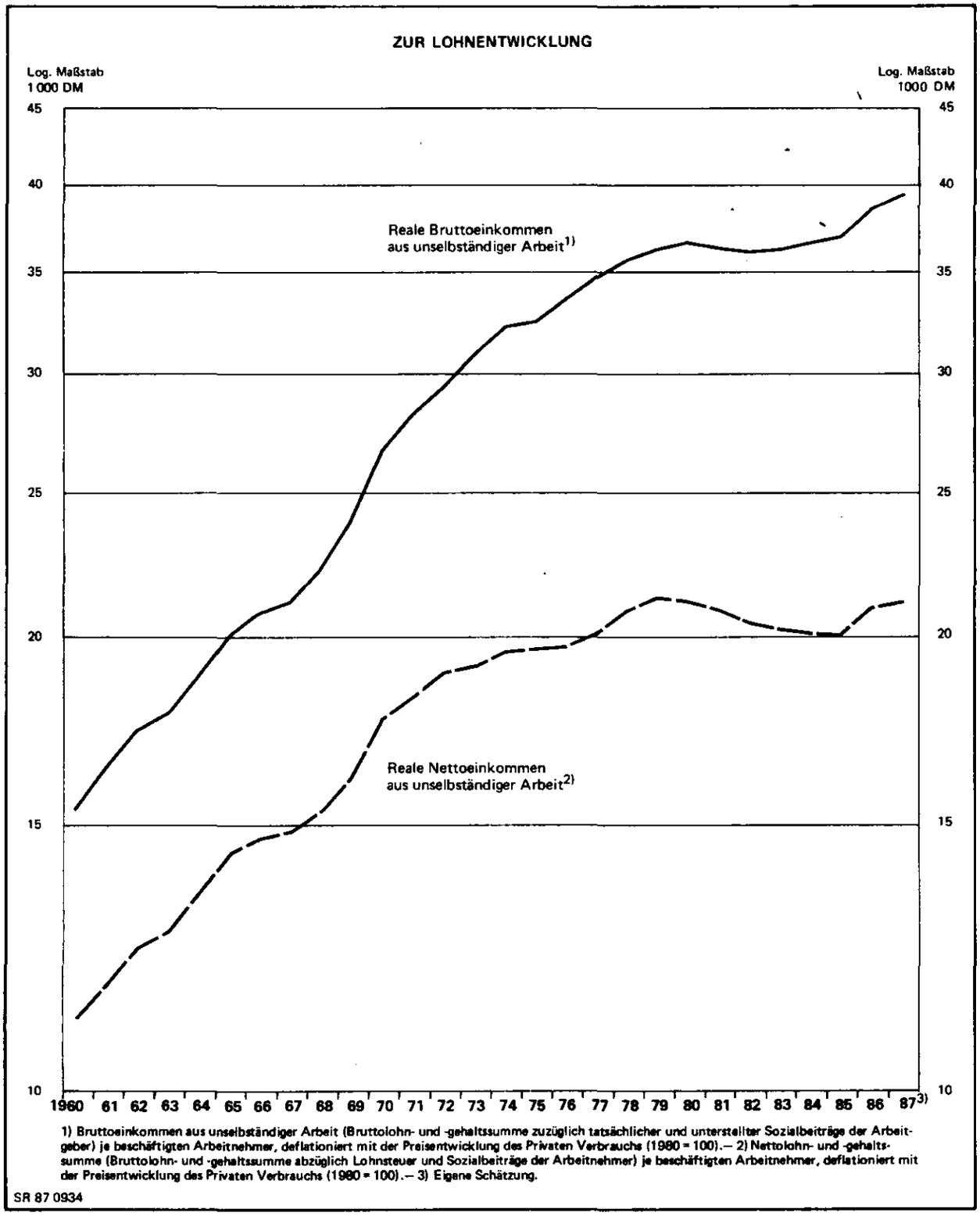
356. Bei der Bewältigung der Aufgaben, die sich für 1988 und danach stellen — Bewahrung der erreichten Stabilität des Geldwerts, nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten und weitere Verringerung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts durch ein anhaltend kräftiges Wirtschaftswachstum —, kommt auch der Lohnpolitik eine wichtige Rolle zu. Zwar ist die Steigerung der effektiven wie der realen Löhne letztlich marktbestimmt, so wie es Beschäftigung und Gewinnmargen sind; auf das Marktergebnis hat die tarifvertraglich vereinbarte Erhöhung der nominalen Arbeitsentgelte jedoch einen großen Einfluß. Das gilt auch für die Vereinbarungen der Tarifparteien über die sonstigen Arbeitsbedingungen, namentlich die Arbeitszeit. Von den Lohndaten, die von den Tarifparteien gesetzt werden, hängt es mit ab, wie das Geldangebot, das die Bundesbank bereitstellt, auf Preise und reale Größen in der Volkswirtschaft wirkt und welchen Erfolg eine Wirtschaftspolitik hat, die darauf zielt, die wirtschaftlichen Antriebskräfte zu stärken.

Zur Verminderung der Risiken, daß die Preise wieder vermehrt steigen, und zur Vergrößerung der Chancen, daß die Wirtschaft stärker wächst und die Beschäftigungsmöglichkeiten sich dauerhaft verbessern, können die Tarifparteien das ihre beitragen, indem sie in der kommenden Lohnrunde Vereinbarungen treffen, die für sich genommen das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau nicht erhöhen. Angesichts des verschärften Wettbewerbsdrucks von außen gilt noch nachdrücklicher, was schon in den letzten Jahren galt: Es sollte möglich sein, bei den Vereinbarungen über Tariflöhne und Arbeitsbedingungen einen Kurs zu steuern, der die Lohnstückkosten auf mittlere Sicht stabil hält (JG 85 Ziffer 192).

357. Blickt man zurück auf die Lohnentwicklung seit 1985, als sich die Wechselkursentwicklung umkehrte und mit dem Kursverfall des Dollar die starke Höherbewertung der D-Mark einsetzte, so ist festzustellen, daß sich die Tarifverhandlungen in ruhigerem Fahrwasser bewegten:

- Die Tarifverdienste je Stunde sind in den drei Jahren 1985 bis 1987 im Durchschnitt um 3,8 vH gestiegen, die Effektivverdienste, in denen sich neben marktbestimmten zusätzlichen Zahlungen auch tariflich vereinbarte Lohnnebenleistungen spiegeln, um 4,1 vH.
- Aus dem Blickwinkel der beschäftigten Arbeitnehmer können sich diese Ergebnisse durchaus sehen lassen, wurden sie doch durch Preissteigerungen, die sich in den drei Jahren durchschnittlich auf knapp 1 vH beliefen, erheblich weniger als früher entwertet. Real stiegen die effektiven Stundenverdienste damit um knapp 3½ vH. In den vergangenen zwei Jahren stiegen erstmals seit 1979 auch die realen Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit wieder an (Schaubild 32).
- Aus dem Blickwinkel der Unternehmen betrachtet und einschließlich der auf das Entgelt für die Ar-

Schaubild 32



1) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber) je beschäftigten Arbeitnehmer, deflationiert mit der Preisentwicklung des Privaten Verbrauchs (1980 = 100).— 2) Nettolohn- und -gehaltssumme (Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer) je beschäftigten Arbeitnehmer, deflationiert mit der Preisentwicklung des Privaten Verbrauchs (1980 = 100).— 3) Eigene Schätzung.

beitsstunde entfallenden Sozialabgaben gerechnet, erhöhten sich die Lohnkosten je Stunde im Durchschnitt der drei Jahre um 4 ½ vH. Bei einer Zunahme der Arbeitsproduktivität je Stunde um knapp 2 ½ vH bedeutete das einen Anstieg der nominalen Lohnstückkosten um 2 vH. Hätte die von der Höherbewertung der D-Mark, dem Ölpreisverfall und dem Rückgang der Weltmarktpreise für andere Rohstoffe ausgehende Verbilligung der Einfuhr in dieser Zeit nicht für eine spürbare Kostenentlastung gesorgt — sie schlägt als Terms-of-Trade-Effekt mit schwach 1 ½ vH zu Buche —, hätten entweder die Preise stärker steigen müssen, oder die Gewinnmargen wären gesunken.

Nimmt man das Jahr 1987 für sich, so zeigt sich, daß es von den Terms-of-Trade her zwar nochmals zu einer Kostenentlastung kam; mit 1 vH war diese jedoch kleiner als zuvor. Das gleiche gilt für den Produktivitätszuwachs, der je geleistete Arbeitsstunde in diesem Jahr nur noch knapp 2 vH erreichte, mit der Folge, daß die Lohnkosten je Produkteinheit mit weniger als 2 ½ vH stärker als im Durchschnitt des Dreijahreszeitraums stiegen, nachdem 1987 die tariflichen Lohnsteigerungen mit 3,8 vH so hoch wie im Durchschnitt der letzten drei Jahre ausfielen und die effektiven mit knapp 4 vH nicht wesentlich unter diesem Durchschnitt blieben. Spielraum für Verbesserungen der Gewinnmargen ohne Preiserhöhungen bestand somit 1987 nicht mehr. Das sollte den Tarifparteien zu denken geben.

358. Im nachhinein wird jedenfalls deutlich, daß die Tarifparteien bei den diesjährigen Lohnabschlüssen den Produktivitätsanstieg offenbar überschätzt haben und daß sie, was die Preisentwicklung betrifft, wohl von höheren Steigerungsraten ausgingen. Die zeitweilig stockende Konjunktur und die Verschärfung der Auslandskonkurrenz ließen dann die Rechnung nicht aufgehen. Die abermalige Verbilligung der Einfuhr, die gleichfalls unerwartet kam, half den Unternehmen zwar auf der Kostenseite, und den Arbeitnehmern nützte sie beim Reallohn; die Kehrseite der anhaltenden Höherbewertung der D-Mark, die dazu verhalf, zeigte sich indes bei den Absatzmengen und bei der Beschäftigung.

359. Daß der öffentliche Dienst, der die Risiken des Marktes nicht wie andere Wirtschaftsbereiche spürt, mit Tariferhöhungen von 3,4 vH mit am Anfang der diesjährigen Lohnrunde stand, hat nicht nur die öffentlichen Haushalte stark belastet, sondern auch kostenbewußte Abschlüsse in der Wirtschaft im ganzen nicht gerade begünstigt. Unter den Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst wollte kaum ein Tarifbereich bleiben. In der Metallindustrie einigten sich die Tarifparteien auf eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,7 vH in diesem Jahr, der bei einer stufenweisen Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden Erhöhungen der Arbeitsentgelte von 2,0 vH im Jahre 1988 und von 2,5 vH im Jahre 1989 folgen. Die Druckindustrie übernahm diese Stufenvereinbarung. Im Bankgewerbe wurden Tarifanhebungen um 3,6 vH ab März und weitere 0,2 vH ab Juni zuzüglich einer Einmalzahlung von 75 DM beschlossen. Für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden Erhöhungen der Löhne und Gehälter um 3,7 vH vereinbart, und darauf einigten sich auch die Tarifparteien im Handel sowie im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Zu mehrjährigen Vereinbarungen, wie in der Metall- und Druckindustrie, kam es Mitte des Jahres dann wiederum in der Chemischen Industrie und im Steinkohlenbergbau. Gleichzeitig mit der erstmaligen Einigung auf einen einheitlichen Entgelttarif für Arbeiter und Angestellte ab 1988 wurden in der Chemischen Industrie Tariferhöhungen von 3,8 vH in diesem Jahr, von 2,5 vH im Jahre 1988 und von 2,0 vH bei Verkürzung der Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden im Jahre 1989 beschlossen. Im Steinkohlenbergbau kommen zu Tarifanhebungen von 2,8 vH in diesem Jahr Steigerungen von 2,0 vH im nächsten Jahr; zu diesen Lohnanhebungen hinzuzurechnen sind die Kostenbelastungen durch die vereinbarte Erhöhung der Freischichten für 1988 und 1989 um zusätzliche fünf Schichten.

360. Über die stufenweise weitere Verkürzung der Arbeitszeit hinaus sind in wichtigen Tarifbereichen zudem Vereinbarungen über die Arbeitszeit getroffen worden, die zum einen die Flexibilisierung und zum anderen die Teilzeitarbeit betreffen. In der Metallindustrie beträgt die obere Grenze der wöchentlichen Arbeitszeit nunmehr 39,5 Stunden, die untere Grenze, wie bisher, 37 Stunden. Der Differenzierungsspielraum wurde so von 3 auf 2,5 Wochenstunden eingeengt. Der Zeitraum, über den ungleichmäßig erbrachte Wochenarbeitsstunden auf die Regelarbeitszeit auszugleichen sind, wurde zwar von 2 auf 6 Monate erhöht, doch darf die Bündelung der wöchentlich geleisteten Mehrarbeit höchstens fünf freie Tage umfassen. Die Schlichtungsverhandlungen in der Druckindustrie haben zur Übernahme dieser Eckpunkte des Metallabschlusses geführt. Eine sogenannte „Miniflexibilisierungsregelung" gab es auf dem Wege einer Protokollnotiz im Bankgewerbe. Für bestimmte Bankangestellte können Arbeitszeiten außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit, also auch an Samstagen, mit Zustimmung des Betriebsrates verabredet werden. Die Regelung gilt probeweise für ein Jahr.

Die in der Metallindustrie, der Chemischen Industrie und im Bergbau getroffenen Tarifvereinbarungen zur Teilzeitarbeit schreiben insbesondere die tägliche Mindestarbeitszeit fest. In Teilen der Metallindustrie wurde zudem vereinbart, daß die Arbeitszeitgrenzen der Sozialversicherungspflicht nicht unterschritten werden dürfen, und in der Chemischen Industrie gibt es Sonderregelungen für Berufsanfänger, die nach der Ausbildung in Teilzeitarbeit übernommen werden.

361. Bei einer Wertung der Ergebnisse, welche die Lohnrunde dieses Jahres im ganzen erbracht hat, ist mit Blick auf die Aufgabe, Beschäftigung in bedrängten Wirtschaftsbereichen rentabel zu halten und mehr Beschäftigung in Bereichen mit guten Wachstumschancen rentabel zu machen, kein Saldo zu ziehen, der voll befriedigt:

— Die Verlängerung der Tariflaufzeiten in wichtigen Bereichen hat zweifellos den Vorteil, daß die Unternehmen dort bei den Löhnen auf mehrere Jahre

hinaus kalkulieren können. Für knapp ein Drittel der Arbeitnehmer sind die Lohnsteigerungen im kommenden Jahr und für einen nicht viel kleineren Teil auch im übernächsten Jahr bereits beschlossen. Die Ungewißheit, die jährliche Tarifverhandlungen mit sich bringen, ist insoweit vermindert. Es bleibt jedoch die Ungewißheit, ob das, was an Kostensteigerung für die nächsten beiden Jahre vereinbart wurde, zur Verschärfung des Wettbewerbs von außen paßt, dem gerade die in Rede stehenden Bereiche in besonderem Maße ausgesetzt sind.

— Die tarifvertraglichen Regelungen zur Teilzeitarbeit haben zur Klärung dieses Arbeitsverhältnisses und auch zur Absicherung der an Teilzeitarbeit interessierten Arbeitnehmer beigetragen. Die Vorbehalte der gewerkschaftlichen Seite gegenüber einer Reihe von Formen der Teilzeitarbeit werden dadurch abgebaut, so daß mehr Arbeitsplätze auch dort angeboten und besetzt werden können, wo sich eine Vollzeitbeschäftigung nicht lohnt. Inwieweit eine solche Teilzeitbeschäftigung eine bisher unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze ausgeübte Beschäftigung ablöst, ist allerdings eine offene Frage.

— Was die Vereinbarungen zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit betrifft, so ist im Blick zu behalten, daß diese nicht einfach deshalb zu einer entsprechend höheren Beschäftigtenzahl führt, weil Arbeit, die bei kürzerer Arbeitszeit unerledigt bleibt, von zusätzlich Eingestellten übernommen wird. Wieviel Arbeit es gibt, ist gerade bei scharfem internationalen Wettbewerb mit davon abhängig, was die Arbeit kostet. Das Argument, daß Arbeitszeitverkürzungen einen zusätzlichen Produktivitätszuwachs bewirken, der die Kostenbelastung mindert, vermag umso eher zu überzeugen, je mehr die damit verbundenen Möglichkeiten zu Flexibilität der Arbeitszeit genutzt werden. Allerdings schlagen Fixkosten für den Arbeitsplatz bei immer kürzerer Arbeitszeit immer stärker zu Buche, insbesondere dann, wenn der Spielraum eng gehalten wird, den betrieblichen Arbeitsablauf entsprechend umzuorganisieren.

Zu konstatieren bleibt, daß das, was von den diesjährigen Tarifabschlüssen im laufenden Jahr kostenwirksam wurde, deutlich mehr war, als vom Zuwachs der Arbeitsproduktivität gedeckt wurde, und daß nicht für gewährleistet genommen werden kann, daß Lohnerhöhungen und Produktivitätsanstieg im Jahre 1988 und darüber hinaus besser miteinander in Einklang stehen.

362. Die Tarifparteien haben es in der Hand, das dort, wo 1988 neue Verhandlungen anstehen, sicherer zu machen. Vereinbarungen, die sich zur Richtschnur nehmen, keinen weiteren Anstieg der Lohnstückkosten zu bewirken, die also die nominalen Lohnerhöhungen allein am erwarteten Zuwachs der Arbeitsproduktivität ausrichten, verbessern die Beschäftigungschancen auf doppelte Weise — unmittelbar, indem sie die Arbeit, den wichtigsten Kostenfaktor in der Volkswirtschaft, nicht weiter verteuern, und mittelbar, indem sie es der Bundesbank leichter machen, einen Kurs zu steuern, der die erreichte Stabilität des Geldwertes möglichst ungeschmälert hält und zugleich einem anhaltend kräftigen Wirtschaftswachstum Raum gibt.

Dabei empfiehlt es sich, wie die Erfahrung in diesem Jahr einmal mehr gezeigt hat, die Erwartungen bezüglich des Produktivitätszuwachses vorsichtig anzusetzen. Das Produktionsergebnis je geleistete Arbeitsstunde, das 1987 mit knapp 2 vH nur wenig zugenommen hat, dürfte 1988 zwar wieder etwas mehr steigen, um wieviel mehr wird freilich nicht nur von der Stärke der konjunkturellen Auftriebskräfte, sondern auch davon abhängen, in welchem Maße die Unternehmen ihren Personalbestand an die Produktion anpassen, und beides ist nicht unabhängig davon, wie sich die Lohnstückkosten entwickeln. In jedem Fall gilt: Auch wenn die jüngsten Turbulenzen an den Aktien- und Devisenmärkten die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nicht nachhaltig beeinträchtigen, so sind doch keine Auftriebskräfte in Sicht, die bei der Beschäftigung und bei der Produktivität zugleich eine deutlich günstigere Entwicklung als in diesem Jahr erwarten ließen.

Wenn Lohnsteigerungen zu Lasten der Beschäftigung gehen, ist nicht nur für den Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern auch beim Einkommen der Arbeitnehmer insgesamt nichts gewonnen; und diese ungünstigen Folgen bleiben nicht auf ein Jahr beschränkt, wenn der Kostenanstieg zugleich die Investitionstätigkeit dämpft. Lohnsteigerungen, die Aussicht auf ein stabiles Kostenniveau eröffnen und damit günstige Vorbedingungen für eine verstärkte Investitionstätigkeit schaffen, zahlen sich über ein höheres Wirtschaftswachstum mittelfristig bei Beschäftigung und Einkommen aus. Je mehr in neue Arbeitsplätze investiert wird, um so mehr kann auch die Arbeitsproduktivität auf mittlere Sicht steigen. Zurückhaltende Lohnerhöhungen müssen daher auf mittlere Sicht durchaus nicht niedrige Lohnerhöhungen bedeuten.

363. Auch für das kommende Jahr ist davon auszugehen, daß Tarifabschlüsse, die sich allein am erwarteten Produktivitätsanstieg orientieren, den Arbeitnehmern keine, zumindest keine wesentlichen Einbußen bei der Einkommensverteilung abverlangen. Das wäre dann der Fall, wenn damit zu rechnen wäre, daß andere Kosten je Produkteinheit sinken oder daß die Preise deutlich steigen. Das erste ist nicht zu erwarten, das zweite nicht ausgemacht. Bei den Kosten für importierte Vorleistungen, die in diesem Jahr noch einmal für Entlastung sorgten, ist kein weiterer Rückgang angelegt, vielmehr ist mit einem Anstieg zu rechnen, der durch eine gegenläufige Entwicklung bei den übrigen Komponenten des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus kaum wettgemacht werden dürfte. Was an Preissteigerungen zu verzeichnen sein wird, hängt großenteils wiederum von den Lohnerhöhungen selbst ab. Daß die Preise vom Frühjahr bis zum Herbst dieses Jahres mit einer Rate gestiegen sind, die, fortgeschrieben auf ein ganzes Jahr, einen Anstieg von rund 1 vH ergäbe, heißt nicht, daß sie 1988 steigen müssen, schon gar nicht, wenn sich die Lohnstückkosten im nächsten Jahr nicht weiter erhöhen. Der scharfe Wettbewerb von außen wird die

Preiserhöhungsspielräume eng halten, und daß zunehmende Kapazitätsengpässe zu Preissteigerungen Anlaß geben könnten, zeichnet sich nicht ab. Nominallohnsteigerungen, die nicht über den Anstieg der Arbeitsproduktivität je Stunde hinausgehen, sind so der beste Garant dafür, daß sie ohne Schaden für die Beschäftigung auch zu Reallohnsteigerungen werden, daß die Verteilungsposition der Arbeitnehmer also gewahrt bleibt.

Dieser Linie schon im kommenden Jahr zu folgen, wird dadurch erschwert, daß es bereits für rund ein Drittel der Arbeitnehmer im Jahre 1988 gültige Tarifabschlüsse gibt, die oberhalb dieser Linie liegen. Entsprechend niedriger müßten die noch für 1988 zu vereinbarenden Tarifanhebungen ausfallen, um die durchschnittliche Lohnsteigerung mit der zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung in Übereinstimmung zu bringen. Diese Sachlage unterstreicht, wie wichtig es ist, gerade bei Abschlüssen mit längerer Laufzeit das mittelfristige Ziel stabiler Lohnstückkosten anzuvisieren.

364. Angesichts der anhaltenden Unterschiede in den Beschäftigungschancen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und Regionen und der nicht minder großen Unterschiede, die es beim Arbeitskräftebedarf bezüglich der Qualifikation gibt, kann das, was als gesamtwirtschaftlich vertretbare Lohnsteigerung erscheint, nicht überall in gleicher Weise als Maßstab gelten (JG 85 Ziffern 287 ff.). Erneut ist deshalb auf die Notwendigkeit einer weiteren Lohndifferenzierung hinzuweisen. In sektoraler und regionaler Hinsicht sind Schritte in diese Richtung in den letzten Jahren zwar getan worden, aber bislang noch keine hinreichend großen. Daß der Markt die notwendige Differenzierung über die Spreizung der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter besorge, größere Unterschiede zwischen den tariflichen Arbeitsentgelten somit entbehrlich seien, kann kein durchschlagendes Argument sein, wenn die effektiven Löhne und Gehälter in Branchen und Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen den Tarifentgelten entsprechen, diese aber zu den Arbeitsmarktbedingungen nicht passen. Das gleiche gilt im Hinblick auf die Differenzierung nach Qualifikation. Hier geht es nicht nur darum, den besonderen Problemen Rechnung zu tragen, die Arbeitskräfte ohne berufliche Ausbildung am Arbeitsmarkt haben; wichtig ist auch, Anreize zur Qualifikation und zur Weiterbildung nicht zu schwächen. Hier muß die Tarifpolitik mit der Arbeitsmarktpolitik Hand in Hand gehen.

365. Auf der Tagesordnung der Tarifparteien muß auch die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit bleiben. Zum einen läßt eine stärkere Flexibilisierung den Arbeitnehmern mehr Raum, die Zahl der Wochenstunden, die sie regelmäßig arbeiten wollen, ihren Erwerbswünschen entsprechend und die Verteilung über die Woche oder einen längeren Zeitraum ihren Neigungen und Möglichkeiten entsprechend zu wählen. Zum anderen erlaubt sie es den Unternehmen, teure Produktionsanlagen, die selbst einen immer höheren Grad flexibler Verwendungsmöglichkeiten aufweisen, besser zu nutzen, indem die Maschinenlaufzeit erhöht und stärker von der Regelarbeitszeit, insbesondere wenn diese weiter verkürzt wird, entkoppelt werden kann; angesichts der im internationalen Vergleich niedrigen Maschinenlaufzeiten in der Bundesrepublik stecken hierin noch nennenswerte Reserven, die Produktionskosten zu drücken.

Aus beiden Gründen gilt es, den in Gang gekommenen Prozeß der Flexibilisierung weiter voranzubringen. Zu bedauern wäre es, wenn die rechtlich teilweise noch unklare Situation bei den bisher erreichten Vereinbarungen fortbestehen würde und weitere Fortschritte auf dem eingeschlagenen Weg nur über gerichtliche Auseinandersetzungen zu erzielen wären. Daß diese in einer Phase, in der erst noch Erfahrungen gesammelt werden müssen, auch der Klärung dienen, ist damit nicht bestritten.

366. So ist das bei der Umsetzung des Manteltarifvertrags für den Metallbereich von 1984 weitgehend favorisierte Freischichten-Modell Gegenstand zahlreicher Prozesse vor den Arbeitsgerichten gewesen. Gegen die Arbeitszeitflexibilisierung im Zusammenhang mit der Verkürzung der Regelarbeitszeit bestanden auf gewerkschaftlicher Seite von vornherein starke Vorbehalte, die auf den Abschluß und die Anwendung von Betriebsvereinbarungen mit solchen Arbeitszeitregelungen fortgewirkt haben. In vielen Fällen konnten sich Betriebsrat und Arbeitgeber nicht auf eine Betriebsvereinbarung einigen. Die im § 76 des Betriebsverfassungsgesetzes zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat vorgesehene Einigungsstelle wurde dann als tarifliche Schlichtungsstelle tätig. Die Frage, ob ihr Spruch die Arbeitszeit im Sinne des Manteltarifvertrags von 1984 rechtswirksam geregelt hat, wurde von einzelnen Arbeitsgerichten verneint. In der Mehrzahl der Fälle stellten die Arbeitsgerichte die Rechtswirksamkeit des Spruchs der Einigungsstelle jedoch nicht in Frage. Hier hat das Bundesarbeitsgericht durch sein Urteil vom 18. August 1987 Klarheit geschaffen, indem es feststellt, daß der Spruch der Einigungsstelle die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat ersetzt. Dies bedeutet, daß die Kompetenz zur Regelung der betrieblichen Arbeitszeit von den Tarifparteien auf die Betriebsparteien Arbeitgeber und Betriebsrat übertragen worden ist, die sich mit der ihnen im Manteltarifvertrag zugedachten neuen Rolle allerdings zum Teil noch schwer tun.

Das Bundesarbeitsgericht hat im gleichen Urteil auch die Frage der Form des Ausgleichs der über die regelmäßige Wochenarbeitszeit hinaus bis zur Obergrenze von 40 Stunden geleisteten Arbeitszeit entschieden. Der Manteltarifvertrag von 1984 sah einen Zeitraum von zwei Monaten vor, der im Tarifvertrag von 1987 auf sechs Monate ausgedehnt wurde. Nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts können die aufgelaufenen freien Tage beliebig über das gesamte Jahr verteilt werden. Mehr als fünf freie Tage sollen nicht in Folge gewährt werden.

Ein Streitfall aus jüngster Zeit belegt, daß der Widerstand der IG Metall gegen die Anwendung des „Flexi II Konzepts" auch den Widerstand gegen den Betriebsrat und sogar gegen eine vorgesehene Mehrbeschäftigung einschließen kann. Den Widerspruch der IG Metall hat folgende Schichtenregelung ausge-

löst: An fünf Tagen in der Woche sollen je zwei Schichten von 9 Stunden Dauer gefahren werden, die Anlagennutzung betrüge somit 90 Stunden und nicht nur 80 Stunden je Woche, wenn die wöchentliche Maximalarbeitszeit von 40 Stunden je Schicht zugrunde gelegt wird. Betriebsrat und Unternehmen waren sich einig, dieses Modell wegen bestehender Engpässe und erforderlicher Mehreinstellungen von 400 Beschäftigten anzuwenden, zumal das Unternehmen in einem anderen Bundesland damit bereits arbeitet und über entsprechende Erfahrungen verfügt. Die Gewerkschaft hat sich dagegen gewandt, vor der Einigungsstelle kam keine Betriebsvereinbarung zustande.

367. Zunehmend wichtiger wird es schließlich, tarifvertraglich auch Modelle zu vereinbaren und zu erproben, die eine Verkürzung und Flexibilisierung der Arbeitszeit mit beruflicher Weiterbildung verbinden. Nicht nur der notwendige sektorale Strukturwandel, sondern auch die mit dem Fortschritt der Technik einhergehenden Veränderungen in den Tätigkeitsinhalten stellen neue und im ganzen gesehen erhöhte Anforderungen an die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer. Schon heute sind in vielen Fällen Arbeitskräfte knapp, die mit den neuen Techniken vertraut sind, und es ist abzusehen, daß sich die daraus resultierenden Probleme für die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft an die Veränderung der Märkte in den kommenden Jahren verschärfen werden, zumal dann längst nicht mehr so viele neu Ausgebildete nachrükken. Die Weiterbildung möglichst breit zu fördern, sollte daher im Interesse beider Tarifparteien liegen (Ziffern 369 ff.).

V. Für mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten

368. Den Wettbewerb auf den Absatzmärkten erfolgreich zu bestehen, verlangt von den Anbietern den Einsatz moderner Technik, und deren Nutzung setzt mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten voraus. In Aussicht stehen dafür mehr, bessere und sicherere Arbeitsplätze. Auf diesem Wege zügiger voranzukommen, bedarf es zusätzlicher Anstrengungen zur beruflichen Qualifikation, weitergehender Ausschöpfung der Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiten und eines besseren Regelwerks für den Arbeitsmarkt. Dazu haben die Unternehmen, das Bildungswesen, die Tarifparteien ebenso wie der Gesetzgeber und teilweise auch die Arbeitsgerichte ihren Beitrag zu leisten.

Die Formen erhöhter Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten sind vielfältig. Sie betreffen sowohl die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit wie auch die Fähigkeit und Bereitschaft der Arbeitnehmer, neue Tätigkeiten zu übernehmen, höhere oder breitere Qualifikationen zu erwerben, den Arbeitsort zu wechseln, sich selbständig zu machen. Mehr Beweglichkeit verlangen die Beschäftigten auch aus eigenem Interesse. Sie wollen ihre berufliche Tätigkeit ihrer Fähigkeit und Neigung entsprechend freier gestalten können. Das Normalarbeitsverhältnis verliert insoweit an tarifpolitischer Orientierungskraft. Das die Präferenzen des einzelnen berücksichtigende Arbeitsverhältnis gewinnt an Boden.

Mehr Beweglichkeit der Arbeitsmärkte im Zusammenspiel mit den neuen Techniken zu verwirklichen, heißt nicht, sich blind einem Diktat des technischen Fortschritts zu unterwerfen. Es geht um eine aktive Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Technik zum Nutzen aller.

Das Schutz- und Sicherheitsinteresse des einzelnen setzt der Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten Grenzen, durchaus zu Recht. Niemand wird den Kündigungsschutz beseitigen wollen, um so die Beweglichkeit zu steigern. Doch mancher im Arbeitsrecht festgeschriebene Schutz für den einen benachteiligt den anderen. Die Erhaltung eines alten Arbeitsplatzes kann der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes im Wege stehen. Auch hier geht es um die Abwägung der Vorteile, die ein Schutzrecht den Begünstigten gewährt, gegen die Nachteile, die anderen daraus erwachsen.

Die Lockerung der Bedingungen, die die Entlassung heute erschweren, bringen den Arbeitnehmern insgesamt keineswegs nur Nachteile. Dem Nachteil aus erleichterter Entlassung steht der Vorteil höherer Beschäftigung gegenüber. Höhere Sicherheit des Arbeitsplatzes ist nicht aus der Erschwerung der Entlassung zu ziehen, weil ein Unternehmen, das nur schwer jemand entlassen kann, auf die Dauer weniger Einstellungen vornimmt. Es geht also hier um mehr Beweglichkeit im Interesse einer höheren Beschäftigung, um die Steigerung der Beschäftigungschancen auch von Arbeitslosen.

Neue Techniken — neue Qualifikationsanforderungen

369. Mit dem Wandel der Technik verändern sich die Tätigkeiten der Beschäftigten und mit diesen die geforderten Qualifikationen. Das zeigt die Geschichte des technischen Fortschritts ebenso wie die tägliche Erfahrung. Ob neue Produktionsverfahren angewendet und neue Produkte hergestellt werden, neue Materialien eingesetzt oder herkömmliche auf neue Weise bearbeitet und verarbeitet werden, Informationen besser und in größerer Zahl erfaßt, weitergeleitet und gespeichert werden, neue Arbeitsabläufe möglich gemacht und genutzt werden — in allen diesen Fällen sind Umstellungen erforderlich, in der Industrie, im Handel, bei Versicherungen und Banken, kurz in allen Wirtschaftsbereichen. Solche Umstellungen werden nicht nur von den in der Produktion Beschäftigten abverlangt, sie betreffen auch die in der Produktionsvorbereitung, aber ebenso auch die im Vertrieb und in der Verwaltung beschäftigten Arbeitnehmer, schließlich auch die in der Kundenberatung und Kundenbetreuung Tätigen. Am augenfälligsten treten die geänderten Anforderungen indes beim Einsatz neuer Produktionssysteme in der Industrie in Erscheinung. Hier geht mit der Ausbreitung der neuen Technologien eine Entwicklung der Qualifikationserfordernisse einher, die auf einen kurzen Nenner ge-

bracht, lautet: von geschickter Handarbeit zu überlegter Handhabung.

370. Der Einsatz flexibler Produktionssysteme führt zu einer Neuorientierung des Produktionsablaufs und des Produktkonzepts; dadurch rückt die Produktion näher an den Absatz, die Nachfrage ist schneller, differenzierter und besser zu bedienen. Darin stecken neue Marktchancen, nach denen sich die spezifischen Qualifikationserfordernisse richten müssen, damit eine höhere Beschäftigung erreicht werden kann.

Die Produktionsplanung zielt heute nicht mehr in erster Linie darauf ab, bei Inkaufnahme langer Rüst- und Lagerzeiten den maximalen Ausstoß von Einzelteilen aus den Maschinen herauszuholen, vielmehr wird versucht, komplexe Produktionspläne kurzfristig im ganzen zu erfüllen. Durch laufende Messungen und entsprechende Steuerung wird die Qualität der Erzeugnisse garantiert. Zeit und Material für Nacharbeiten und Teileaustausch werden eingespart. Auch die Umrüstzeit wird verkürzt. Statt des Austauschs von Werkzeugen, der früher erforderlich war, genügt es, ein neues Programm abzurufen, wenn eine andere Produktvariante in Bearbeitung genommen wird.

Die erzeugten Produkte zeichnen sich durch hohe Qualität und Maßgenauigkeit und zugleich durch Vielfalt aus. Auch kleine Serien und Losgrößen lassen sich kostengünstig und in unterschiedlichen Varianten fertigen. Eine moderne Fabrik stellt sich nicht mehr wie früher als eine Ansammlung unterschiedlicher Produktionsabteilungen dar, sie wird zu einem integrierten Produktionssystem. Alle Aktivitäten sind über eine Hierarchie von elektronischen Rechnern miteinander verbunden. Produzieren heißt somit, einen komplexen Steuerungsvorgang hoher Variabilität zu beherrschen.

371. Die Nutzung solcher Produktionssysteme setzt ein entsprechendes Qualifikationsprofil der Bedienungsmannschaft voraus. Die überkommenen Berufsbilder entsprechen den neuen Anforderungen immer weniger. Früher unterschiedene Tätigkeiten werden heute zusammengefaßt. Statt des Drehers, Fräsers und Schleifers benötigt man den Zerspanungsmechaniker, der die in den alten Berufen verlangten Arbeitsvorgänge sämtlich beherrscht und sich dazu noch in rechnergestützter Fertigung auskennt. Es werden Fertigungsmechaniker gebraucht, die mit jenen Arbeitstechniken vertraut sind, die früher von Werkzeugmachern, Maschinenschlossern und Elektrikern beherrscht wurden. Ein Werkzeugmacher macht heute das Werkzeug nicht eigenhändig, er bedient und überwacht vielmehr Werkzeugautomaten, stellt sie ein, programmiert und wartet sie. Am Beruf des Werkzeugmachers zeigt sich besonders anschaulich der Entwicklungstrend der beruflichen Qualifikation, der von geschickter Handarbeit zu überlegter Handhabung führt.

372. Die Computertechnologie prägt auch die Entwicklung im Dienstleistungsbereich. Dort geht es um rasche und umfassende Informations- und Datenverarbeitung. Als Anschauungsbeispiel mag der Arbeitsplatz in der Wertpapier- oder Devisenabteilung einer Bank gelten. Dort werden heute Fachleute benötigt, die mit den neuen Geräten umgehen können oder dies zu lernen bereit sind. In ähnlicher Weise gilt dies für den Handel und für den Fremdenverkehr und selbstverständlich auch für die produktionsnahen Dienstleistungen wie Anlagenplanung oder Wirtschaftsberatung. Auch die Wirtschaftsprüfung kommt heute ohne Verwendung von Computern nicht aus.

373. Die Computertechnologie wird wie elektrischer Strom auch in allen Wirtschaftsbereichen eingesetzt. Ihr produktiver Beitrag liegt in der Informations- und Datenverarbeitung, und dies auch per Telekommunikation. Eine für das Verarbeitende Gewerbe spezifische Anwendung dieser Technologie richtet sich auf Messung und Prozeßsteuerung. Die Bedienung und die Nutzung der Geräte, wo immer und wozu immer sie eingesetzt werden, verlangen die gleiche oder zumindest eine vergleichbare Qualifikation der Arbeitskräfte.

374. Die neue Produktionstechnik benötigt einen höheren Anteil an qualifizierten Arbeitskräften; eine größere Vielfalt von Tätigkeiten wird von ihnen abverlangt. Die traditionellen Berufsbilder überschneiden sich, Mehrfachqualifikation ist gefragt. Frühere Thesen, wonach sich infolge der technischen Entwicklung eine Polarisierung der Qualifikationserfordernisse am Arbeitsplatz ergeben sollte — auf der einen Seite Arbeitsplätze für Hochqualifizierte, auf der anderen Seite Arbeitsplätze, die an Wissen und Fähigkeiten der dort Tätigen einfache Ansprüche stellen, unter Wegfall zugleich der Arbeitsplätze für mittlere Qualifikationen —, haben sich nicht bestätigt. Nach heutiger Erfahrung ist vielmehr zu erwarten, daß mit der verstärkten Anwendung der Mikroelektronik in Planung und Steuerung der Einsatz einfach qualifizierter Arbeitskräfte zurückgehen wird, und generell das Anforderungsprofil in Richtung höherer Qualifikation und Mehrfachqualifikation zunimmt. Die dafür erforderliche qualifikatorische Beweglichkeit zu vermitteln, ist Aufgabe der Unternehmen wie des gegliederten Ausbildungssystems.

375. Die Entwicklung der Qualifikation von Arbeitskräften zur Handhabung der Computertechnologie ist in vollem Gange, aber noch längst nicht am Ziel. Noch mehr Wert muß auf die betriebliche Fortbildung gelegt werden. Die Erfahrung lehrt, daß der Arbeitsmarkt die qualifizierten Arbeitskräfte in dem benötigten Umfang nicht bereitstellen kann, so daß Fortbildungsmaßnahmen aufgenommen oder ausgebaut werden müssen.

Fortbildung ist eine Daueraufgabe. Das Interesse der Unternehmen wie das der Arbeitskräfte erfordert dafür eine langfristig angelegte betriebliche Personal- und Fortbildungsplanung. An einer solchen langfristigen Planung fehlt es heute noch in vielen Fällen. Sie wird in den nächsten Jahren noch dringlicher werden, weil in absehbarer Zeit die Anzahl der das Bildungssystem verlassenden jungen Arbeitskräfte zurückgehen wird.

376. Daß den nachrückenden Arbeitskräften die geforderte Qualifikation in der heutigen Ausbildung

mitgegeben wird, ist nicht sicher. Es erscheint dringend geboten, die Lern- und Prüfungsinhalte der Ausbildungsberufe und die Berufsbilder selbst schneller zu aktualisieren, als das heute geschieht. Es gilt, die Auszubildenden nicht nur in einigen Spezialberufen mit der Handhabung der neuen Techniken vertraut zu machen. Die Maßnahmen zur Höherqualifikation müssen breit ansetzen. Zu beachten ist auch, daß die Ausbildungsmöglichkeiten in kleinen Unternehmen sinnvoll ergänzt werden, damit die dort Ausgebildeten gegenüber anderen nicht in Rückstand geraten.

In jedem Fall sollte ein hinreichend großer Teil der benötigten Qualifikation für die Handhabung der neuen Techniken schon in der Erstausbildung vermittelt werden. Das erleichtert später die betriebliche Weiterbildung und macht die im Betrieb erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten bei einem Arbeitsplatzwechsel leichter übertragbar, so daß mehr innerbetriebliche Beweglichkeit nicht mit weniger Beweglichkeit am Arbeitsmarkt im ganzen erkauft wird.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die haupt- und nebenberuflichen Ausbilder ihrerseits mit der technologischen Entwicklung Schritt halten. Es geht auch um die Ausbildung der Ausbilder, wenn die Leistungsfähigkeit unserer beruflichen Bildungseinrichtungen, die ja international höchstes Ansehen genießen, den neuen Erfordernissen entsprechend gesteigert werden soll.

Zur Regulierung des Arbeitsmarktes

377. Mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten zu erreichen, ist keineswegs allein eine Frage der beruflichen Qualifikation und der Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer. Auch das Regelwerk des Arbeitsmarktes insgesamt muß verstärkt diesem Zweck dienstbar gemacht werden.

Dies heißt nicht, dem Wettbewerb freien Lauf zu geben. Ein funktionierender Arbeitsmarkt kommt nicht ohne regulierende Eingriffe aus. Dies ist unstreitig; doch müssen die Regulierungen sich den im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung verändernden Marktbedingungen anpassen. Deshalb ist immer wieder zu fragen, ob die überkommenen Regulierungen noch zweckdienlich sind. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sind die heute bestehenden Regulierungen des Arbeitsmarktes auch, ja entscheidend nach ihren Wirkungen auf die Beschäftigung zu beurteilen. Beschäftigungsmindernde Regulierungen bedürfen eingehender Überprüfung.

Der marktwirtschaftliche Wettbewerb bedarf gerechter und funktionsgerechter Regeln. Gesetzliche Rahmenbedingungen — wie etwa das allgemeine Vertragsrecht — sichern zuverlässiges Geschäftsgebaren. Sie sollen eine mißbräuchliche Ausnutzung von Marktmacht ausschließen, berechtigten Schutzinteressen Beachtung verschaffen und unlauteren Wettbewerb ausschalten. Insgesamt ist so für mehr Gerechtigkeit im Verhältnis der Marktteilnehmer zueinander gesorgt. Zugleich sollen solche Regelungen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß mehr Marktteilnehmer in Austauschbeziehungen eintreten können, Handel und Wandel erleichtert werden und der Wettbewerb seinen Zweck für die Gesellschaft, die knappen Ressourcen gemäß der Präferenzen der Bürger effizient zu nutzen, erfüllen kann. Die Wirtschaftspolitik hat die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen bereitzustellen, die den Wettbwerb fair und funktionsgerecht regeln, dies gilt für die Arbeitsmärkte im Grunde genauso wie für die Gütermärkte.

Die Regulierung der Arbeitsmärkte setzt freilich aus naheliegenden Gründen andere Schwerpunkte als die Regulierung der Gütermärkte. Die Soziale Marktwirtschaft bringt die soziale Komponente auch in die Regulierung des Arbeitsmarktes ein. Schutz und soziale Sicherung des Arbeitnehmers ist der vorrangige Regulierungszweck. Diesen Zwecken gerecht zu werden und dennoch die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte nicht zu beeinträchtigen, macht die Kunst des wirtschaftspolitischen Handelns aus. Mehr Schutz und Sicherung kann die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes beeinträchtigen. Hier kommt es jedoch darauf an zu zeigen, inwiefern gerade auch das Umgekehrte gilt: mit höherer Funktionsfähigkeit mehr und bessere Arbeitschancen für alle zu erreichen.

378. Anlaß für Regulierungen am Arbeitsmarkt war häufig der Konflikt zwischen den Vorteilen, die der Fortschritt allen bringt, und den daraus entstehenden Nachteilen für einzelne. Daß im Laufe der Wohlstandsentwicklung namentlich der soziale Schutz der Arbeitnehmer beständig verbessert werden konnte, ist zu begrüßen. Zum Problemfall wird die Aufrechterhaltung eines anfänglich zu bejahenden Schutzinteresses jedoch dann, wenn die hierzu getroffenen Regelungen sich später als ein Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung erweisen, das lediglich zur Besitzstandswahrung einzelner Begünstigter aufrechterhalten bleibt. Aus guter Schutzabsicht kann so eine Sperre für Wachstum und Beschäftigung entstehen. Die Verfolgung des Schutzinteresses für einzelne Arbeitnehmer darf nicht dem Beschäftigungsinteresse aller zuwiderlaufen.

379. Das Arbeitsrecht und auch das Sozialrecht haben sich weitgehend losgelöst vom Wirtschaftsrecht entwickelt. Dabei sind ordnungspolitische Erfordernisse übersehen worden. Wichtige arbeitsrechtliche Normen sind als Richterrecht in einem Spezialzweig der Justiz entstanden. Das gesetzte Recht ist großenteils in einer Zeit kodifiziert und das überkommene Recht neu gefaßt worden, als die Arbeitslosigkeit keine nennenswerte Rolle spielte und man glaubte, die weitere Wirtschaftsentwicklung auf hohem Beschäftigungsniveau halten zu können. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit scheint es geboten zu sein, die Grenzen des Individualschutzes im Arbeits- und Sozialrecht, gewiß unter Wahrung heute vertretbarer Ansprüche, neu zu ziehen und den Erfordernissen verbesserter Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte Rechnung zu tragen.

380. Die Arbeitsmärkte sind nicht anders als die Gütermärkte in den fortschreitenden Prozeß des dynamischen Wettbewerbs einbezogen. Ob ein Arbeitsplatz rentabel ist, entscheidet sich daran, ob der am Markt zu erzielende Preis die Kosten des Produktes

trägt. Rentabilität muß gegen andere Wettbewerber stets aufs neue gewonnen werden.

Im dynamischen Wettbewerb ringen die Anbieter um Kostenvorteile gegenüber ihren Konkurrenten, indem sie für die Herstellung ihrer Erzeugnisse den technischen Fortschritt nutzen. Wesentlicher für die Wirtschaftsentwicklung ist jedoch das andere Aktionsfeld des dynamischen Wettbewerbs, wo mit neuen und besseren Produkten Marktvorsprung zu erlangen ist.

Der innovatorische Suchprozeß ist mit Kosten, nicht zuletzt mit Arbeitsanstrengungen und erheblichen Risiken verbunden. Die schöpferische Leistung muß sich deshalb lohnen, nicht nur für den Unternehmer, sondern auch für seine kreativen Mitarbeiter. Das herrschende Sicherheitsstreben mindert heute die Bereitschaft, Risiken zu übernehmen. Regelungen, die zusätzliche Risiken schaffen, hemmen die Entwicklung.

Andererseits erhöht der dynamische Wettbewerb selbst die Risiken der Unternehmer, denn aus dem Wettbewerbsvorsprung des Innovators erleiden seine Konkurrenten häufig Nachteile. Sie verlieren Marktanteile, können ihre Produktionskapazität nicht mehr voll ausnutzen, ihre Produktionsanlagen werden entwertet. Wem es nicht gelingt, sich dem Fortschritt anzupassen oder durch eigene Innovationen seinerseits einen Wettbewerbsvorteil zu erringen, der muß früher oder später aus dem Markt ausscheiden. Dieser Suchprozeß zur besseren Bedarfsdeckung für alle hält die Wirtschaft in einem ständigen Strukturwandel. Diesem Strukturwandel müssen auch die Regulierungen am Arbeitsmarkt gerecht werden.

381. Zu den Wesensmerkmalen der Sozialen Marktwirtschaft gehört es durchaus, daß der Staat versucht, die sozialen Härten des Strukturwandels zu mildern. Durch gesetzliche Bestimmungen zum Kündigungsschutz hat er beispielsweise die Arbeitsplätze bestimmter Arbeitnehmer — etwa der Behinderten — bis zu einem gewissen Grade gesichert, aber damit zugleich deren Einstellungschancen vermindert, wenn sie arbeitslos geworden sind. Sozialplanverpflichtungen — um ein weiteres Beispiel zu nennen — können gewiß in vielen Fällen das mit Kündigungen verbundene Leid lindern. Dieses Gebot vor Augen, sieht sich mancher Unternehmer zu einer zurückhaltenden Einstellungspolitik veranlaßt. Insoweit erweist sich manche gut gemeinte Intervention des Staates im Ergebnis als Fehlschlag.

382. Der Konflikt, der sich zwischen den wohlfahrtsökonomischen Zielen einer auf Wachstum gerichteten Politik und den auf die Sicherung des einzelnen gerichteten Regulierungen auftut, läßt sich sicher nicht spannungsfrei überwinden. Doch dürfte es auf vielen Regulierungsfeldern möglich sein, bessere Lösungen zu finden, als sie die derzeitige Rechtslage bietet. In einer Wirtschaft mit hohen Wachstumsraten und geringer Arbeitslosigkeit kann man ein leichtes Sinken der Zuwachsraten des Sozialprodukts in Kauf nehmen, um mehr für Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherung des einzelnen zu tun (Ziffer 257). In einer Phase der Wachstumsschwäche mit vielen Arbeitslosen stellt sich diese Frage dagegen anders. Es geht nicht um ein statisches Abwägen zwischen mehr Schutz für die ohnehin Beschäftigten bei geringerer Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte. Jetzt kommt es vielmehr darauf an, den Zusammenhang dynamisch zu begreifen: durch höhere Funktionsfähigkeit mehr Beschäftigungschancen für Arbeitslose zu erreichen.

383. Auf einige Grundsätze für die Reform des Arbeitsrechtes und des Sozialrechtes sollte man sich verständigen können. Daß bestehende „Übersicherungen" abgebaut werden können, dürfte kaum streitig sein. Notwendig ist indessen auch, daß bei der Konfliktlösung künftig die ordnungspolitische Problematik arbeitsrechtlicher und sozialrechtlicher Regulierungen stärker berücksichtigt wird, als dies von der kasuistischen Gesetzgebung und vor allem in der Rechtsprechung der beiden zuständigen Spezialzweige der Gerichtsbarkeit in der Vergangenheit geschehen ist. Der Unsicherheit, die durch Unterschiede in der Rechtsprechung hervorgerufen wird, könnte auch eine stärkere Kodifizierung des Arbeitsrechts entgegenwirken. Dabei sollte allerdings bedacht werden, daß eine zu starke Vereinheitlichung den Strukturwandel wegen der sehr unterschiedlichen Situation in den einzelnen Branchen und Regionen behindern kann. Es gelingt vielfach den Tarifpartnern besser, Regelungen auszuhandeln, die der Problematik der Wirtschaftsentwicklung in ihren Bereichen gerecht werden. Andererseits enthalten die Tarifverträge nicht selten Regulierungen, die die Entwicklung einzelner Unternehmungen behindern; denn betriebliche und örtliche Gegebenheiten können auch innerhalb eines Wirtschaftszweiges und eines Tarifgebietes erheblich divergieren. Betriebsvereinbarungen vermögen nicht selten den Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber vor Ort besser als Regelungen für den gesamten Tarifbereich gerecht zu werden. Insgesamt sollte, da der marktwirtschaftliche Suchprozeß selbst seinen Erfolg wesentlich dem Synergieeffekt der Wissensteilung verdankt (JG 85 Ziffern 309 ff.), bei der Regelung der Entscheidungsebenen dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung getragen werden.

384. Hier sollen keine detaillierten Vorschläge entwickelt werden, wie der Gesamtkomplex des Arbeitsrechts und des Sozialrechts zu reformieren ist, um mehr Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten zu ermöglichen. Im folgenden soll jedoch am Beispiel des Zeitvertrags und des Sozialplans veranschaulicht werden, wie diese, durch das Beschäftigungsförderungsgesetz vom 26. April 1985 berührten Regelungsbereiche unter dem ordnungspolitischen Aspekt zu beurteilen sind.

Die ordnungspolitische Argumentation an Hand von noch so anschaulichen und konkreten Beispielen birgt einen schwerwiegenden, jedoch nicht behebbaren Nachteil in sich. Es läßt sich leicht dagegen einwenden, daß der Beispielsfall im ganzen nicht ins Gewicht fällt. Gewiß löst der befristete Arbeitsvertrag und ein funktionsgerechter Sozialplan nicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit. Dennoch gehört beides zu einer Wirtschaftspolitik, die dem Wachstum Vorrang gibt und die nur bei umfassender Befolgung Erfolgschancen hat.

Der befristete Arbeitsvertrag

385. Der Arbeitsmarkt ist kein Auktionsmarkt, der Angebot und Nachfrage kurzzeitig und abschließend ausgleicht. Ein Arbeitsverhältnis besteht zum Vorteil beider Marktseiten in der Regel über eine längere Zeit und gilt meist sogar unbefristet. Das Kündigungsrecht schützt beide Vertragspartner gegen eine ungewünschte abrupte Beendigung eines solchen Arbeitsverhältnisses, es sei denn, für seine sofortige Auflösung sind triftige Gründe vorzubringen. Im übrigen sind Kündigungsfristen einzuhalten. Ohne Zweifel bedarf der Arbeitsmarkt im Interesse seiner Funktionsfähigkeit der Regulierung der Kündigung für den unbefristeten Arbeitsvertrag.

Außer dem unbefristeten Arbeitsvertrag gibt es den Zeitvertrag. Dieses von vornherein befristete Arbeitsverhältnis bedarf zu seiner Beendigung keiner Kündigung.

Der unbefristete und der befristete Arbeitsvertrag waren die zwei Vertragstypen, die das Bürgerliche Gesetzbuch mit seinem Inkrafttreten zur freien Wahl der Vertragspartner vorsah. Diese Wahlfreiheit wurde durch die Rechtsprechung im Laufe der Zeit jedoch eingeengt, indem befristete Arbeitsverträge nur unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen wurden. So sollte insbesondere verhindert werden, daß die Kündigungsschutzbestimmungen mittels Zeitverträgen umgangen werden konnten.

Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes können Arbeitsverträge auf Zeit abgeschlossen werden, wenn ein anerkannter sachlicher Grund für eine den Umständen entsprechend begrenzte Laufzeit vorliegt. Solche sachlichen Gründe sind etwa: Eignungsprobe, Arbeitsspitzen und Saisonarbeit, die Erledigung einer begrenzten Arbeitsaufgabe sowie die Beschäftigung zur Aushilfe und Vertretung. Die Unsicherheit der weiteren Auftragsentwicklung wird jedoch nicht als hinreichender Grund für den Abschluß eines befristeten Arbeitsvertrages anerkannt.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz bestimmt, daß für die Zeit vom 1. Mai 1985 bis zum 1. Januar 1990 bei Neueinstellungen ein Arbeitsvertrag auf eine Laufzeit von längstens 18 Monaten befristet werden kann, ohne daß hierfür ein besonderer Grund anzugeben ist. Der Referentenentwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz sah noch vor, Befristungsgründe in das Gesetz aufzunehmen. Sie sind im verabschiedeten Gesetz jedoch nicht mehr enthalten. Der Fortfall des Begründungserfordernisses bildet den wesentlichen Vorteil der neuen Zeitverträge. Neben den seitherigen befristeten Arbeitsverträgen, für die ein zulässiger Grund vorliegen muß, gibt es für die im Beschäftigungsförderungsgesetz vorgesehene Erprobungszeit den befristeten Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis, mit freier Wahl der Laufzeit bis zu 18 Monaten.

Außer bei Neueinstellungen können die Zeitverträge ohne Begründungserfordernis auch im unmittelbaren Anschluß an die Berufsausbildung angewendet werden. Bei neu gegründeten Unternehmen und Unternehmen mit bis zu 20 Arbeitnehmern kann die Laufzeit solcher Zeitverträge bis auf höchstens zwei Jahre ausgedehnt werden.

386. Der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis war bei seiner Einführung heftig umstritten. Gegen diesen Vertrag wurde eingewandt, daß damit ein Stück sozialer Sicherheit abgebaut werde, ferner daß jedes unbefristete Arbeitsverhältnis ohnehin jederzeit gekündigt werden könne und eine positive Mehrbeschäftigung von der Einführung des neuen Vertragstyps nicht zu erwarten sei.

Besonderes Gewicht kommt dem Argument zu, daß mit breiter Anwendung des neuen befristeten Arbeitsvertrags mehr und mehr bisher unbefristete Arbeitsverhältnisse in befristete umgewandelt würden. So würde sich die Tendenz zu einer Zweiteilung der Arbeitnehmerschaft in durchgehend beschäftigte Stammbelegschaften und unstetig beschäftigte Randbelegschaften, mit unterschiedlichem sozialen Status, verstärken, mit allen schlimmen Folgen, die sich aus der Ungleichbehandlung der zwei Kategorien von Arbeitnehmern herausbilden könne: Unruhe und Unzufriedenheit der Benachteiligten, Bekämpfung der Ungleichbehandlung, Demotivation und unsolidarisches Verhalten unter den Betriebszugehörigen.

387. Für den befristeten Arbeitsvertrag sprechen eine Reihe von Gründen, die etwas eingehender darzustellen sind. Der neue Zeitvertrag senkt die Schwellenkosten nicht dauerhafter Beschäftigungsfälle und erleichtert hierdurch den Abschluß und die Beendigung von solchen Arbeitsverhältnissen. Schwellenkosten entstehen bei der Einstellung wie bei der Entlassung. Wenn die Begründung strittig ist, können Kosten gerichtlicher und sonstiger Auseinandersetzungen schon anläßlich der Einstellung anfallen. Mehr noch trifft dies aber im Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu, wenn der Befristungsgrund nachträglich in Zweifel gezogen wird. Zu den Schwellenkosten bei Beginn oder Beendigung eines solchen Arbeitsverhältnisses zählen unter anderem auch Abstandszahlungen.

Wenn ein befristetes Beschäftigungsverhältnis wegen Unzulässigkeit der zunächst als zureichend angesehenen Begründung tatsächlich in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis überführt wird, entstehen zusätzliche Kosten der Weiterbeschäftigung, da nicht davon auszugehen ist, daß die ungewollte Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses reibungslos vonstatten geht. Die erwähnten Kosten entfallen beim Fristvertrag ohne Begründungserfordernis.

Es ist anzunehmen, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht nur aus Gründen der Kostenersparnis und der Erleichterung des Vertragsabschlusses mit dem neuen Vertragstyp erweitert werden. Man kann sich vorstellen, daß Arbeitgeber oder Arbeitnehmer nur an einem Arbeitsverhältnis gerade dieser Art interessiert sind. Ob solche spezifischen Bedürfnisse ausschließlich für die Anwendung dieses Vertragstyps bestehen, kann nur die Erfahrung zeigen. Im gegebenen Fall wirkt der neue Vertragstyp beschäftigungssteigernd, weil er die Wahlmöglichkeiten der Vertragspartner erweitert.

Die Erleichterung der Einstellung und Entlassung erhöht die Flexibilität des Arbeitseinsatzes und vermag so Produktivitäts- und Rentabilitätsvorteile zu erschließen, die sonst ungenutzt blieben. Ein Element flexibler Anwendung des Vertragstyps ist auch in der freien Wahl der Laufzeit von höchstens 18 Monaten zu sehen.

Ein Vorteil des befristeten Arbeitsvertrages ohne Begründungserfordernis besteht auch in der Möglichkeit der problemlosen Ausdehnung der Probezeit. Der Vorteil braucht hierbei nicht nur auf Seiten des Arbeitgebers zu liegen. Eine nicht erfolgreich absolvierte Probezeit mag sich für den betroffenen Arbeitnehmer bei der weiteren Arbeitsuche nachteiliger auswirken als die Beendigung eines von vornherein befristeten Arbeitsverhältnisses.

Schließlich ist auch an den Fall zu denken, in dem es um die befristete Beschäftigung einer Mehrzahl von Arbeitnehmern geht. Eine solche Situation ist etwa bei einem Auftragsstau oder einem Auftrag, der von vornherein nur unter der Bedingung einer vergleichsweise schnellen Abwicklung erfolgt, gegeben. In diesen Fällen muß das Unternehmen mit mehr Beschäftigung reagieren, sei es durch Überstunden, sei es durch Neueinstellungen. Der Zeitvertrag ermöglicht es hier, der von den Absatzmärkten verlangten Flexibilität durch Neueinstellungen gerecht zu werden. In einem solchen Fall konnten wohl auch nach bisherigem Recht Zeitverträge geschlossen werden, wenn sie hinreichend zu begründen waren. Die Begründung erscheint hier jedoch deswegen schwieriger, weil mit einer geringeren Zahl von Einstellungen eine längere Beschäftigungsdauer erreichbar wäre, der Befristungsgrund somit abgeschwächt werden kann. Falls die Begründung für befristete Arbeitsverträge als nicht ausreichend angesehen würde, wäre ein Unternehmen, das zur Erledigung des Auftragsstaus unbefristet einstellen würde, bei der Kündigung einer Mehrzahl von Personen wesentlich ungünstiger gestellt als bei der Kündigung einzelner Beschäftigter. Es läge der Fall des sogenannten Personalabbaus vor, den die Rechtsprechung seit 1972 als sozialplanpflichtig ansieht.

388. In Kategorien des Arbeitsmarktes ausgedrückt, kann man sagen, daß der neue Typ des befristeten Arbeitsvertrages nur unter bestimmten Marktbedingungen zum Zuge kommen und daß er Anpassungsreaktionen auslösen wird. Hoch qualifizierten Arbeitskräften wird ein befristeter Vertrag nicht genug bieten, und kein Arbeitgeber ist interessiert daran, solche Arbeitskräfte nur befristet beschäftigen zu können. Das beiderseitige Interesse wird unter der Bedingung der Knappheit den Einsatz des neuen Vertragsinstruments nicht vorteilhaft erscheinen lassen. Von vornherein war und ist zu erwarten, daß der Vertragstypus nur in den Fällen mit reichlichem Arbeitsangebot, und dies sind in der Regel die Märkte für wenig qualifizierte Arbeit, zum Zuge kommt.

Wo er zum Zuge kommt, sind Anpassungsreaktionen zu erwarten. Die Arbeitsmotivation kann gesteigert werden durch eine in Aussicht stehende Umwandlung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, sie kann zurückgehen, wenn dies von vornherein ausgeschlossen ist. Gleiches gilt für die Motivation zum Erwerb höherer Qualifikation. Je nach den Marktbedingungen ist es auch denkbar, daß ein befristetes Arbeitsverhältnis einen höheren Lohn bedeutet, wenn etwa eine Arbeitskraft mit gesuchter beruflicher Qualifikation einen Nachteilsausgleich für den Fristvertrag verlangen kann, weil ein unbefristetes Arbeitsverhältnis als Alternative verfügbar ist.

389. Zur Anwendung des befristeten Arbeitsvertrages nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz liegt bisher eine Reihe von Befragungsergebnissen vor. Diese reichen jedoch nicht aus für einen empirischen Nachweis der Beschäftigungswirkung solcher Verträge; das Bundesarbeitsministerium hat eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die hierüber Aufschluß bringen soll und die Ende 1988 vorliegen dürfte.

Befragungen von Unternehmen, die in der Zeit vom 1. Januar 1985 bis zum 30. September 1986 Einstellungen vorgenommen haben, ergeben, daß der Anteil befristeter Arbeitsverträge bei Neueinstellungen etwa 40 vH bis 50 vH betragen hat. Rund die Hälfte der befristeten Neueinstellungen dient der Personalaufstockung. Nach der Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages hat im Jahre 1987 jedes vierte Unternehmen verstärkt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen, nur 7 vH der Unternehmen berichteten, geringeren Gebrauch von diesem Arbeitsvertragstyp als im Vorjahr gemacht zu haben. Darin zeichnet sich eine deutliche Zunahme der Inanspruchnahme ab.

Die Bundesanstalt für Arbeit kommt anhand einer Auswertung der ihr gemeldeten offenen Stellen zu einem etwas niedrigeren Anteil zusätzlicher befristeter Einstellungen. Dieser Anteil hat 1982 etwa 30 vH betragen. Er stieg bis 1985 auf knapp 39 vH an und ermäßigte sich bis 1986 auf 33½ vH.

Auch wenn ein quantitativer empirischer Nachweis für eine positive Beschäftigungswirkung letztendlich nicht zweifelsfrei zu führen sein sollte, so wäre damit nicht das letzte Wort über die beschäftigungspolitische Nützlichkeit dieses Vertragstyps gesagt. In jedem Fall zählt auch der qualitative Gesichtspunkt, daß der zusätzliche Vertragstyp die Wahlmöglichkeiten der Vertragspartner erweitert. Soweit sie davon Gebrauch machen, erweist dies jedenfalls seine Zweckmäßigkeit für den Abschluß von Arbeitsverträgen. Daß es günstigere Verträge, nämlich unbefristete gibt, spricht nicht gegen den Fristvertrag. Eine befristete Beschäftigung ist in jedem Fall besser als keine Beschäftigung.

390. Die Anwendung von Fristverträgen ohne Begründungserfordernis ist noch mit einem Risiko behaftet. Der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist es gelungen, für etwa 2 500 zunächst befristet beschäftigte Lehrer erfolgreich unbefristete Arbeitsverhältnisse vor Gericht einzuklagen.

In einer Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 25. September 1987 wird festgestellt, daß die in den „Sonderregelungen für Vertragsangestellte, Angestellte für Aufgaben von begrenzter Dauer und für Aushilfsangestellte" zum Bundesange-

stelltentarifvertrag festgelegte Regelung dem Beschäftigungsförderungsgesetz vorgeht, da sie für den Arbeitnehmer günstiger als das Beschäftigungsförderungsgesetz und deshalb nach wie vor anzuwenden sei. Die Gewerkschaft, die die Klage angestrengt hatte, hat damit erreicht, daß, wie schon einmal, befristete in unbefristete Verträge umgewandelt werden müssen.

391. Der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis eröffnet mehr Wahlmöglichkeiten beim Abschluß von Arbeitsverhältnissen. Die Einstellung und Entlassung wird erleichtert, und bestimmte Kosten, die damit im Streitfalle zusammenhängen, entfallen. Daß sich die befürchtete Spaltung der Arbeitnehmerschaft in Stammbelegschaft und Randbelegschaft, die sozial gewichtige Einwände gegen sich hat, verstärken könnte, hat bisher keine Bestätigung gefunden.

Der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis ist geeignet, die Beschäftigung positiv zu beeinflussen, und dies trifft um so stärker zu, je niedriger ein eventuell als Risikoausgleich zu zahlender Lohnzuschlag ausfällt. Unter Umständen kann er auch das in Arbeitsstunden gerechnete Beschäftigungsvolumen erhöhen, wenn eben die Arbeitsleistung von vornherein nicht durch Überstunden zu erbringen ist, eine Dauerbeschäftigung nicht in Frage kommt und eine Begründung der Befristung als im Streitfall zu kostspielig angesehen wird. Daß der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis auch als Arbeitsverhältnis zur Probe sich nützlich erweist, erscheint naheliegend. Es ist erforderlich, die seit Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes mit dem Fristvertrag neuen Typs gemachten praktischen Erfahrungen umfassend zu analysieren, bevor eine Entscheidung über die Beibehaltung des Vertragstyps fällt. Wir rechnen damit, daß der befristete Arbeitsvertrag ohne Begründungserfordernis seine Bewährungsprobe bestehen wird.

Der Sozialplan

392. Der Sozialplan soll nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§ 112) wirtschaftliche Nachteile, die den Arbeitnehmern durch die Kündigung infolge einer geplanten Betriebsänderung entstehen, ausgleichen oder abmildern. Diese Regelung wurde 1972 in das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 aufgenommen. Den Anstoß dazu gaben die Zechenstillegungen in den sechziger Jahren, bei denen auf freiwilliger Basis, allerdings mit erheblicher Subventionierung aus öffentlichen Geldern, Abfindungsvereinbarungen getroffen worden waren. Diese Entwicklung kulminierte in dem am 15. Mai 1968 vom Bundeswirtschaftsminister und dem Bundesarbeitsminister bekanntgemachten „Gesamtsozialplan über die öffentlichen und betrieblichen Leistungen und Vorsorgemaßnahmen für die von Stillegungen betroffenen Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus".

Das Beschäftigungsförderungsgesetz vom 26. April 1985 berührt den nach dem Betriebsverfassungsgesetz zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber vereinbarten Sozialplan nicht, jedoch die Regelungen, nach denen die gesetzlich vorgeschriebene Einigungsstelle einen erzwingbaren Sozialplan festzulegen hat. Etwa 10 vH der Sozialpläne kommen auf diese Weise zustande. Die Neuregelung besagt, daß künftig den Gegebenheiten des Einzelfalles stärker Rechnung zu tragen ist. Die Einigungsstelle hat im Rahmen billigen Ermessens zu beachten, daß die betroffenen Arbeitnehmer Abfindungen nach Maßgabe der ihnen im Einzelfall entstehenden wirtschaftlichen Nachteile erhalten. Wer eine zumutbare Weiterbeschäftigung im Unternehmen oder Konzern ablehnt, soll von Leistungen aus dem Sozialplan ausgeschlossen sein. Der gesamte Umfang der Sozialplanleistungen darf den Fortbestand des Unternehmens und der verbleibenden Arbeitsplätze nicht gefährden. Der Schwellenwert des einen erzwingbaren Sozialplan bei größeren Unternehmen auslösenden Personalabbaus wurde angehoben. Nach bisherigem Richterrecht lag er für große Unternehmen bei 5 vH der Betriebsangehörigen. Diese Untergrenze liegt jetzt für Unternehmen mit wenigstens 500 Arbeitnehmern bei 10 vH. Alles in allem dienen die Neuregelungen einmal der Klarstellung und ermöglichen so mehr Rechtssicherheit. Sie sind zugleich auch eine Abkehr von dem das gewachsene Arbeitsrecht lange Zeit beherrschenden Besitzstandsdenken, das ordnungspolitisch die größten Vorbehalte gegen sich hat.

393. Das Besitzstandsdenken des Sozialplanrechts hat seinen Ursprung im gewachsenen Kündigungsrecht. Das Kündigungsschutzgesetz von 1951 wollte den Arbeitnehmer davor schützen, daß er ohne rechtfertigenden Grund aus dem Sozialgebilde Betrieb ausgeschlossen wird. Damit sollte Willkür verhindert werden. Daß die dem Betriebszweck dienliche Entlassung mit Beeinträchtigungen des sozialen und wirtschaftlichen Besitzstandes einhergeht, wurde hingenommen.

Die Rechtsprechung zur Kündigung hat sich von dieser Ausgangslage her jedoch zur möglichst weitgehenden Erhaltung des vor der Entlassung erreichten Besitzstandes entwickelt. Diesem Prinzip kann einmal dadurch Genüge geschehen, daß eine ausgesprochene Kündigung vor Gericht als unwirksam gilt, mit der Folge der Weiterbeschäftigung. Im anderen Fall können Abfindungsleistungen für den durch Kündigung bewirkten Verlust eines erreichten Besitzstandes entschädigen. Sozialpläne haben es ermöglicht, daß Arbeitnehmer unmittelbar nach der einvernehmlichen Lösung des Arbeitsvertrags eine gleichwertige Tätigkeit, ohne eigentliche Schmälerung des tatsächlichen Besitzstandes, aufnehmen konnten und dennoch wie andere, die dazu nicht in der Lage waren, im Rahmen des Sozialplans entschädigt wurden. Eine solche Entschädigung gibt es nach den Änderungen, die das Beschäftigungsförderungsgesetz gebracht hat, nicht mehr. Es müssen nämlich bei der Entschädigung die Aussichten des betroffenen Arbeitnehmers auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigt werden.

Viel wird jedoch davon abhängen, wie diese Abkehr vom Besitzstandsdenken in der Rechtsprechung tatsächlich umgesetzt werden wird. Das Bundesarbeitsgericht war von diesem Grundsatz schon vordem ab-

gerückt. Praktisch ist jedoch von der pauschalierten Entschädigungszahlung deswegen schwer wegzukommen, weil die zum Zeitpunkt der Betriebsänderung oder des Personalabbaus gegebenen Aussichten, eine neue Stelle zu finden, zählen. Niemand ist bereit, auf eine Entschädigungszahlung zu verzichten, wenn er dies durch eine verzögerte Aufnahme der neuen Beschäftigung vermeiden kann. Solche Zahlungen, die noch nicht einmal mit der Wahrung des Besitzstandes begründet sind — da ja eine alsbaldige Anstellung erfolgt —, sind Kosten, die dem Unternehmen abverlangt werden, ohne eigentliche soziale Berechtigung. Sie zu vermeiden, sollte ein besseres Sozialplanrecht zustande bringen.

394. Auch nach grundsätzlich gewollter Ablösung des Besitzstandsprinzips sind nach dem geltenden Sozialplanrecht Entschädigungen zu zahlen. Höhere Kosten verteuern die Arbeit und vermindern die Beschäftigung. Zeitweilig können jedoch bei Betriebseinstellung drohende Abfindungszahlungen dazu führen, daß die Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses verzögert wird. Schließlich aber werden sich die Entlassungen nicht mehr hinausschieben lassen; die Kosten sind insgesamt höher, und die Beschäftigung ist niedriger.

Es trifft unter Umständen zu, daß der Konkurs sich kostengünstiger ausnimmt als die Fortführung eines Unternehmens bei Erfüllung eines Sozialplans. Hier vernichtet der Sozialplan endgültig Arbeitsplätze. Daß in das Beschäftigungsförderungsgsetz die erwähnte Bestimmung aufgenommen wurde, die Entschädigungshöhe insgesamt dürfe den Fortbestand des Unternehmens nicht gefährden, dient der Arbeitsplatzsicherheit. Gäbe es diese Bestimmung nicht, wäre die arbeitsplatzgefährdende Wirkung des Sozialplans größer.

395. Nach der grundsätzlichen Abkehr vom Besitzstandsprinzip gemäß dem durch das Beschäftigungsförderungsgesetz in das Betriebsverfassungsgesetz eingefügten Absatz 5 des § 112 kann der Sozialplan nunmehr den von Anfang an im Betriebsverfassungsgesetz geforderten „Ausgleich oder die Milderung der wirtschaftlichen Nachteile, die den Arbeitnehmern infolge der geplanten Betriebsänderung entstehen" (§ 112 Absatz 1), mit größerer Erfolgsaussicht herbeiführen. Die Nachteile bestehen in den anfallenden Mobilitätskosten. Sie sind wirtschaftlich insoweit nicht vermeidbar. Die Frage kann nur sein, wer sie zu tragen hat. Sie ist danach zu beantworten, ob diese Kosten, etwa in einem entsprechend hohen Lohn, bereits entgolten werden oder nicht. Im letzten Fall trägt, bei entsprechend niedrigerem Lohn, der Arbeitgeber das Risiko unter Umständen anfallender Mobilitätskosten. Die einvernehmliche Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen im Sozialplan verursacht jedenfalls Kosten, die der Arbeitnehmer in höherem Lohn vorab erstattet bekommt oder der Arbeitgeber bei vergleichsweise niedrigem Lohn nachschießt. Ein nicht unerheblicher Teil der heute zu zahlenden Abfindungen dürfte auf eine andere Art von Kosten zurückgehen: Opportunitätskosten in Höhe vermiedener Gerichtskosten und Abfindungszahlungen im Falle eines Kündigungsprozesses. Solche Prozesse werden heute überwiegend auf dem Vergleichswege durch Abfindungen gütlich geregelt. Die Höhe der Opportunitätskosten eines vermiedenen Kündigungsprozesses bestimmt sich nach der Art der arbeitsgerichtlichen Rechtsfindung. Sie näher zu beziffern, dürfte schwer fallen. Prinzipiell sind solche Kosten jedoch nicht zu den unvermeidlichen Mobilitätskosten zu zählen.

Die Höhe des Nachteils, der einem Arbeitnehmer aus der Entlassung entsteht, hängt vom Alter, der Qualifikation und persönlichen Merkmalen ab. Nach empirischen Untersuchungen über Sozialplanregelungen dominiert bei der Berechnung der Abfindungssumme die Dauer der Betriebszugehörigkeit, daneben werden das Lebensalter und die Einkommenshöhe berücksichtigt. Geht man davon aus, daß ältere Arbeitnehmer es generell schwerer haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, so ist die Staffelung der Abfindungen nach Betriebszugehörigkeit und Lebensalter in der Regel im Sinne eines Nachteilsausgleichs plausibel. Im allgemeinen erhalten Arbeitnehmer bis zum Alter von 58 Jahren Abfindungen, von da an erfolgen Überbrückungsleistungen bis zum Zeitpunkt des Eintritts in den (vorzeitigen) Ruhestand. Schwerbehinderte erhalten in manchen Sozialplänen (nach einer Untersuchung aus dem Jahre 1984: 20 vH) Unterstützung aus einem Härtefonds.

Um dem Prinzip des Nachteilsausgleichs verstärkt Geltung zu verschaffen, wird man generell von der pauschalierten Regelung der Abfindungen wegkommen müssen. Am gerechtesten wären individuelle Abfindungsregelungen. Die Schwierigkeiten, eine solche Aufgabe für die Beteiligten zufriedenstellend zu lösen, liegen jedoch auf der Hand. Dennoch sollte anerkannt werden, daß Härtefälle besonderer Berücksichtigung bedürfen. Eine gerechtere und zugleich sparsamere Regelung bestünde möglicherweise in folgender Kombination: pauschalierte Entschädigungen auf ermäßigtem Niveau für den Regelfall und individuelle Abfindungsregelungen in bestimmten Härtefällen. Solche Härtefälle werden heute meist mit Sonderzulagen ebenfalls pauschal abgegolten.

Ein Beispiel für höchste und zugleich pauschal angewandte Abfindungszahlungen, die dem Prinzip des Nachteilsausgleichs zuwiderlaufen, sind die kürzlich beschlossenen Sozialplanregelungen im Stahlbereich. Abfindungsbeträge in Höhe von bis zu 80 000 DM spiegeln wohl eher die Tatsache, daß nach dem heute überholten Besitzstandsdenken als nach dem im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen Prinzip des Ausgleichs oder der Milderung wirtschaftlicher Nachteile verfahren worden ist. Die Bundesregierung ist damit selbst von dem im Beschäftigungsförderungsgesetz verankerten Grundsatz abgerückt.

396. Ordnungspolitische Bedenken gegen den Sozialplan, wie er heute praktiziert wird, bestehen darin, daß er die Unternehmen je nach Größe ungleich trifft, somit also zu Wettbewerbsverzerrungen führt, und daß auf der anderen Seite die Arbeitnehmer ungleich behandelt werden.

Große Unternehmen können die Sozialplankosten niedrig halten oder sogar durch Umsetzungen zwi-

schen zugehörigen Betrieben oder im Konzernrahmen zwischen den zugehörigen Unternehmen ganz vermeiden. Nach der neuen Regelung des Betriebsverfassungsgesetzes entfallen Sozialplanleistungen dann, wenn ein solcher zumutbarer neuer Arbeitsplatz nicht angenommen wird.

Eine andere Möglichkeit, Sozialplankosten zu vermeiden, die verschiedentlich angewandt wurde, bietet großen Unternehmen der Personaltausch. Er wurde erstmals 1974 von Unternehmen der mineralölverarbeitenden Industrie bei der Schließung von Raffinerien praktiziert. Die an unterschiedlichen Standorten von den beteiligten Firmen durch Schließung der Betriebe freigesetzten Arbeitnehmer wurden von der fortzuführenden Raffinerie der Konkurrenzfirma übernommen. Im Gegenzug hat die freisetzende Gesellschaft an einem anderen Standort Arbeitskräfte der dort Betriebsstätten schließenden Konkurrenzfirma übernommen. Dabei konnten sich die beteiligten Unternehmen über die Qualifikation der zu übernehmenden Mitarbeiter bei der entlassenden Firma informieren. Ähnlich hat ein großes Unternehmen der Elektroindustrie zahlreiche Mitarbeiter nach der Entlassung umgeschult und die so qualifizierten Mitarbeiter direkt an wachsende Unternehmen der gleichen Branche vermittelt.

Großunternehmungen haben den Sozialplan als freiwillige Sozialleistung eingeführt, und sie sind auch eher in der Lage, seit er zur gesetzlichen Verpflichtung geworden ist, zu seiner Vermeidung wirksame Ausweichstrategien zu verfolgen. Kleinunternehmen mit 20 Mitarbeitern und weniger fallen nicht unter die Sozialplanregelung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Unternehmen mittlerer Größe mit mehr als 20 Beschäftigten hingegen, die weder über Ausweichmöglichkeiten verfügen noch die finanzielle Basis für solche Strategien haben, trifft das Risiko eines Sozialplans besonders hart. Das herrschende Sozialplanrecht verzerrt den Wettbewerb zwischen Unternehmen unterschiedlicher Größe.

397. Kleinere Betriebe sind heute mit einer Regelung belastet, die sich ähnlich wie eine Sozialplanverpflichtung auswirkt. Im Falle des rechtsgeschäftlichen Betriebsübergangs gemäß § 613a BGB hat der Übernehmer seit der Gesetzesänderung im Jahre 1980 in alle bestehenden Arbeitsverträge einzutreten. Insbesondere die Übergabe zwecks Sanierung wird dadurch praktisch unmöglich gemacht. Statt der Fortführung solcher Betriebe mit weniger Beschäftigten bleibt nur die Schließung unter Wegfall aller Arbeitsplätze. Es sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen die gesetzliche Schutzfrist des § 613a BGB die Erhaltung des Betriebs und seiner Arbeitsplätze unmöglich gemacht hat. Die Fälle, in denen die Übergabe handwerklicher Kleinbetriebe gescheitert ist und deshalb Arbeitsplätze verloren gingen, liegen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der öffentlichen Diskussion. Das bedeutet freilich jedoch nicht, daß sie gesamtwirtschaftlich weniger beschäftigungswirksam — im negativen Sinne — sein müßten als die spektakulären Fälle, die Großunternehmen betreffen.

398. Ordnungspolitisch bedenklich ist weiter, daß das Sozialplanrecht die Arbeitnehmer ungleich behandelt. Die einen haben überhaupt keinen Anspruch, weil sie in einem Unternehmen mit 20 oder weniger Arbeitnehmern beschäftigt sind; die anderen belasten mit ihrem Anspruch die Überlebenschancen des sie beschäftigenden mittelgroßen Unternehmens, ohne sicher sein zu können, daß ihr Anspruch am Ende erfüllt werden kann — auch wenn es seit dem 20. Februar 1985 ein eigenes „Gesetz über den Sozialplan im Konkurs- und Vergleichsverfahren" gibt; die dritten werden als Arbeitnehmer in Großunternehmen auf ohnehin andere und meist großzügige Weise im Falle des Verlustes ihres Arbeitsplatzes entschädigt. Der Sozialplan hat soziale Ungerechtigkeit geschaffen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Ungleichbehandlung eines Arbeitnehmers, der als einzelner die Kündigung erhält, gegenüber den Kollegen der gleichen Firma, die bei der Entlassung aus einem Sozialplan entschädigt werden.

Einen Teil der Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer durch Ausdehnung der Anwendung des Sozialplanrechts auch auf kleine Unternehmen zu beseitigen, wie das vorgeschlagen wird, ist aus triftigen Gründen abzulehnen. Der dem Sozialplanrecht zugrunde liegende Begriff der Betriebsänderung ist auf kleine, meist handwerkliche Betriebe nicht in der Weise wie auf Großbetriebe anwendbar. Bei Kleinbetrieben geht es in der Regel um Betriebsstillegungen oder Betriebsübergaben. Kündigungen können besser als bei Großbetrieben unter Berücksichtigung des einzelnen Falls abgewickelt werden; es bedarf keiner Gesamtregelung wie im Sozialplan.

399. Eine ordnungspolitisch tragbare Lösung für die Abgeltung der Nachteile aus sozialplanpflichtigen Betriebsänderungen und Personalabbau wäre eine für alle Arbeitnehmer einheitliche Versicherung bestimmter Kosten, die dabei anfallen. Dagegen tragen die beim normalen Arbeitsplatzwechsel anfallenden Mobilitätskosten Arbeitgeber und Arbeitnehmer in freier Übereinkunft gemeinsam, wobei ein beiderseitiges Interesse am Zustandekommen eines neuen Arbeitsvertrages gegeben ist. Die Trennung beider Fälle könnte freilich schwierig sein.

Das österreichische Angestelltengesetz sieht für die Abfindung („Abfertigung") von Angestellten steuerlich abzugsfähige Zuweisungen an eine durch Wertpapiere gesicherte Rücklage vor. Eine betriebswirtschaftlich mögliche Vorsorge für den Sozialplan durch Rücklagen und Rückstellungen wird von den deutschen Finanzbehörden jedoch steuerlich nicht anerkannt. Wie das Konkursrisiko nicht versicherbar ist, so kann auch eine Versicherungslösung für Sozialplanrisiken bisherigen Umfangs nicht in Frage kommen. Eine Versicherung lediglich der Mobilitätskosten sollte hingegen im Prinzip möglich sein. Eine besondere Behandlung verlangt möglicherweise die Härtefallregelung. Hier könnte eine Fondslösung im Sinne einer gemeinsamen Einrichtung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Tarifbereichs zweckmäßig sein.

400. Wir haben uns hier nur mit bestimmten Sozialplankosten befaßt. Andere Kosten, die in Sozialplänen

eine Rolle spielen, etwa zur Höherqualifikation und zur Umschulung, sollen nicht unerwähnt bleiben. Solche Kosten dienen der Steigerung der Verwendungsfähigkeit zu entlassender Arbeitnehmer. Sie fördern selbst die Beweglichkeit am Arbeitsmarkt und haben nicht die ordnungspolitischen Bedenken wie überzogene Abfindungen gegen sich.

401. Zusammenfassend ist festzustellen:

Bedenken gegen die heute noch geübte Sozialplanpraxis richten sich insbesondere gegen die Höhe der dabei anfallenden Kosten. Man kann sie nach nichtvermeidbaren und vermeidbaren Kosten unterscheiden. Zu den nichtvermeidbaren Kosten rechnen wir die Mobilitätskosten und die Kosten zur Regelung von Härtefällen. Wie schon oben ausgeführt, steigert das Nachschießen dieser Kosten, wie es im Sozialplan der Fall ist, die Arbeitskosten nicht, wenn man davon ausgeht, daß sie im Lohn selbst nicht entgolten werden. Eine nachteilige Beschäftigungswirkung ist in diesem Fall nicht gegeben. Die vermeidbaren Kosten bezeichnen wir der Kürze halber als die Opportunitätskosten des Kündigungsprozesses. Andere „Drohkosten" wären noch hinzuzurechnen. Sie verteuern die Arbeit unnötigerweise und wirken beschäftigungsmindernd. Eine volkswirtschaftliche Berechtigung haben sie nicht.

Als weitere Belastung der Unternehmen durch den Sozialplan sind die Erschwerung und das Hinauszögern von erforderlichen Umstellungen anzusehen. Bei einer Befragung von Unternehmen wurde besonders auch auf die Dauer der Verhandlungen zum Abschluß eines Sozialplanes hingewiesen. Die lange Abwicklungsfrist, zumal wenn der Spruch einer Einigungsstelle hinzukommt, verzögert erforderliche Anpassungen und vermindert die betriebliche Flexibilität, wodurch eben auch nicht betroffene Betriebsteile beeinträchtigt werden.

Das Sozialplanrecht behandelt alle Unternehmen, als seien sie potente Großunternehmen, von denen ja der Sozialplan als freiwillige soziale Leistung ins Leben gerufen worden ist. Mittlere und kleinere Unternehmen werden durch das Sozialplanrisiko wegen geringerer Ausweichmöglichkeiten härter betroffen. Insofern liegt eine Wettbewerbsverzerrung vor.

Die Arbeitnehmer in Kleinbetrieben und die Arbeitnehmer, die nicht im Rahmen eines Sozialplans abgefunden werden, sind im Entlassungsfall schlechter gestellt. Darin liegt eine Ungleichbehandlung. Insofern schafft der Sozialplan soziale Ungerechtigkeit.

Die beschäftigungsmindernde und die Mobilität hemmende Wirkung des Sozialplans zeigt sich besonders bei seiner Anwendung im Sanierungs- oder Konkursfall. Er verhindert die Übernahme und Fortführung eines Betriebs auf niedrigem Beschäftigungsniveau. Insbesondere ausländische Unternehmen schrecken vor der Übernahme angesichts bestehender Sozialplanrisiken oder absehbarer Sozialplanverpflichtungen zurück.

Das Sozialplanrecht sollte einer ordnungspolitisch geleiteten Revision unterzogen werden. Manche Mängel erscheinen behebbar. Andere Mängel, wie die Wettbewerbsverzerrung zwischen Unternehmen verschiedener Größe, sind strukturell bedingt; ihre Wirkung ließe sich jedoch abmildern.

VI. Marktöffnung und Wettbewerb für mehr Wachstum

402. Vorrang für die Wachstumspolitik — das bedeutet vor allem, dem dynamischen Wettbewerb die Bahn ebnen. „Abzubauen, was ihm an unnötigen Hemmnissen im Wege steht, ist eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Eine Politik der Marktöffnung muß an den überkommenen Wust von Wettbewerbshemmnissen auf regulierten Märkten Hand anlegen und für eine wettbewerbsorientierte neue Regelung sorgen, soweit dies nötig erscheine" (JG 85 Ziffer 196). Auf dieses Erfordernis hat der Sachverständigenrat wiederholt hingewiesen und dabei ausführlich begründet, wie nachdrücklich die Wachstumskräfte in der Wirtschaft gestärkt werden, wenn sich individuelles Handeln auf Märkten mit freiem Zugang unter wettbewerbsgerechten und verläßlichen Rahmenbedingungen entfalten kann (JG 85 Ziffern 308 ff.; JG 86 Ziffern 209 ff.). Dann wird der Prozeß des Suchens und Entdeckens von Möglichkeiten verstärkt, die Wünsche der Menschen besser und kostengünstiger zu erfüllen. Der wirtschaftliche Lohn der erfolgreichen Suchanstrengung ist für den einzelnen ein höheres Einkommen, für alle eine Steigerung ihrer Wohlfahrt. Marktöffnung und Wettbewerb bringen quantitatives und qualitatives Wachstum hervor; diese grundsätzlich wichtige Erkenntnis muß hier nicht noch einmal in allen Einzelheiten begründet werden. Doch es erscheint dringend geboten, sie ins Gedächtnis zu rufen, denn auf wichtigen Feldern der Politik müssen Entscheidungen getroffen oder korrigiert werden, wo sich bisher dynamischer Wettbewerb nicht als Leitbild durchsetzen konnte:

— Bei der Neuordnung des Fernmeldewesens kommt es insbesondere darauf an, TELEKOM als neues Unternehmen in die Wettbewerbswirtschaft zu integrieren: Das TELEKOM übertragene Monopol für Netz und Telefon muß unabdingbar Randwettbewerb zulassen. Die Auftragsvergabe muß nach Wettbewerbsgrundsätzen erfolgen. Die Gebühren von TELEKOM müssen nach den Bedingungen des Marktes gestaltet und in Kontakt mit den Kosten gehalten werden; eine Festlegung der Gebührenordnung unter Ausnutzung von Monopolmacht und eine Ablieferungspflicht der Gewinne zugunsten anderer Postaktivitäten widerspricht dem Leitbild des dynamischen Wettbewerbs.

— Bei der Neuregelung von Ladenöffnungszeiten geht es insbesondere darum, die Wünsche der Verbraucher, in ihrer Freizeit bessere Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten und die Wünsche von Einzelhändlern, darauf eingehen zu dürfen, dadurch ihr Einkommen zu sichern oder zu erhöhen, sowie die Wünsche von Arbeitnehmern, die aus persönlichen Gründen zu atypischen Zeiten arbeiten wollen (zum Beispiel einen Teilzeitarbeitsplatz für die Abendstunden suchen), besser als bisher zu erfüllen. Mit der Liberalisierung der Ladenschlußrege-

lungen braucht keine unzumutbare Arbeitsbelastung der im Handel Beschäftigten einherzugehen. Soweit diese vermieden werden kann, beschleunigt sich mit der Verbesserung der Bedarfsdekkung durch eine Ausweitung der Dienstleistungen des Handels das Wirtschaftswachstum (qualitatives Wachstum).

— Bei der Förderung der Luftfahrtindustrie ist zu beachten, daß Entwicklungssubventionen und finanzielle Hilfen zur Marktöffnung nur vorübergehend und nur unter bestimmten Bedingungen mit dem Leitbild des dynamischen Wettbewerbs in Einklang zu bringen sind. Wenn daraus Dauersubventionen zu werden drohen und wenn die staatlichen Hilfen Reaktionen anderer Regierungen auslösen und damit die Wettbewerbschancen nicht nur der subventionierten, sondern auch anderer Unternehmen verschlechtern, wird das wirtschaftliche Wachstum nicht gefördert, vielmehr behindert.

TELEKOM: Infrastrukturauftrag und Marktstellung

403. Der Telekommunikation kommt eine Schlüsselrolle im Wachstums- und Innovationsprozeß hoch entwickelter Volkswirtschaften zu. Nach einer Untersuchung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat der Telekommunikationssektor im Jahre 1984 bereits mehr als 2 vH des in der Gemeinschaft entstandenen Bruttosozialprodukts erwirtschaftet. Es wird damit gerechnet, daß dieser Anteil bis zum Jahre 2000 auf 7 vH ansteigen wird. Zu diesem Zeitpunkt wird die Wettbewerbsfähigkeit von bis zu 60 Millionen Arbeitsplätzen entscheidend von den dann verfügbaren Technologien und Diensten für die Informationsverarbeitung und die Telekommunikation abhängen.

Dieser wachstumsträchtige Wirtschaftsbereich gibt der Entwicklung auf vielen anderen Märkten neue Impulse. Der Informationsaustausch wird verbessert und beschleunigt, die Produktivität aller Faktoren dadurch gesteigert. Die modernen Dienste der Telekommunikation dienen auch direkt dem Konsumenten durch ein reichhaltiges Angebot zur Information und Kommunikation über weite Entfernungen.

Im Jahresgutachten 1985/86 hat der Sachverständigenrat seine Vorstellungen vom Zweck der Deregulierung der Telekommunikation erläutert (JG 85 Ziffern 335ff.). Er hat sich dafür eingesetzt, daß mehr Wettbewerb im Netz, bei den Endgeräten und bei den Dienstleistungen einer neuen Telekommunikation ermöglicht wird. Er hält dafür die Reorganisation des Postwesens, auch seiner Zentralämter für unumgänglich.

Inzwischen ist die Diskussion über die Deregulierung des Telekommunikationsbereichs weitergegangen. Die am 13. März 1985 von der Bundesregierung eingesetzte Regierungskommission Fernmeldewesen hat im Herbst dieses Jahres ihren Bericht vorgelegt, dessen Empfehlungen für mehr Wettbewerb im Telekommunikationsbereich als politisch umsetzbar angesehen werden. Das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgelegte „Grünbuch über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte" vom 30. Juni 1987 zeigt die Dringlichkeit einer europäischen Lösung gerade im Hinblick auf die für 1992 geplante Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes auf. Es geht vor allem darum, daß mehr Wettbewerb in der Telekommunikation die Erfassung, Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von Informationen voll zur Entwicklung bringt. Dazu bedarf es einer Vereinheitlichung von Normen und Spezifikationen, damit der Wettbewerb nicht an den Landesgrenzen endet, und weiterer Rahmenbedingungen für eine wettbewerbliche Organisation der Telekommunikation des gemeinsamen Binnenmarktes.

404. Bei der im Gang befindlichen Diskussion über den ordnungspolitischen Rahmen der Telekommunikation geht es insbesondere um die Frage der Begründung des Monopolbereichs und des Wettbewerbsbereichs der Telekommunikation.

Mit dieser Frage wird häufig die Vorstellung verbunden, daß das Netzmonopol, das die Bundespost faktisch besitzt, als ein natürliches Monopol begründet ist. In diesem Fall würden die Errichtung und Unterhaltung des Netzwerks durch mehrere Anbieter bei gleicher Leistung volkswirtschaftlich zu kostspielig werden; den Wettbewerb dieser Anbieter würde am Ende nur einer überstehen. Wenn ein natürliches Monopol vorläge, könnte man Wettbewerb unbeschadet zulassen, die Bundespost würde dennoch weiterhin mit ihrem Netz allein am Markt bleiben.

Die Begründung des Netzmonopols durch hoheitliche Übertragung setzt bei einem umfassenden Leistungsauftrag für die Bereitstellung einer flächendeckenden Infrastruktur an. Um ihn zu erfüllen, darf der Monopolist ein Defizit bei Teilleistungen nicht zum Anlaß für eine eigennützige Reduktion seines Leistungsumfangs nehmen, wie andererseits lukrative Teilleistungen nicht Außenseitern überlassen werden können. Das wäre nicht Leistungswettbewerb, sondern „Rosinenpicken".

Auch wenn die Errichtung des Netzwerks und die Erhaltung seiner Betriebsbereitschaft im Sinne eines umfassenden Leistungsauftrags als Begründung eines übertragenen Netzmonopols anerkannt wird, so ist damit noch nicht der Leistungsumfang bestimmt. Der Leistungsumfang könnte zum Beispiel jede Art von Fernübermittlung einschließen oder nur die über feste Leitungen übertragene. Im einen Fall wäre beispielsweise die Richtfunktechnik in den Infrastrukturauftrag eingeschlossen, im zweiten Fall wäre sie privaten Unternehmen zu überlassen.

Ein gegebener Infrastrukturauftrag kann sich bezüglich seines Umfangs mit fortschreitender Entwicklung verändern. Dies kann der technische Fortschritt bewirken, insbesondere dann, wenn trotz des Monopols ein begrenzter Wettbewerb zugelassen wird. Es handelt sich gleichsam um Wettbewerb am Rand der monopolisierten Infrastruktur (Randwettbewerb) und nicht um den Wettbewerb zweier Systeme identischer Auslegung der Infrastruktur (Systemwettbewerb). Systemwettbewerb zuzulassen widerspräche dem In-

frastrukturauftrag des Netzmonopols, Randwettbewerb kann wesentlich zu dessen Entwicklung beitragen.

Es ist vorstellbar, daß der Randwettbewerb expandieren und zunehmend die Erfüllung des auferlegten Infrastrukturauftrags gefährden, der Randwettbewerb sich also zu einem Wettbewerb alternativer Lösungen oder unterschiedlicher Infrastrukturen, also zum Systemwettbewerb, entwickeln könnte. Früher oder später würde dann die leistungsfähigere Infrastruktur überleben. Als wahrscheinliche Entwicklung hat man sich jedoch vorzustellen, daß sich aus dem Randwettbewerb ein differenziertes Angebot ergibt und zwei Anbieter (oder mehr) dauerhaft unterschiedliche Segmente eines komplexer gewordenen Gesamtmarktes anbieten.

Wenn der Staat ein Monopol überträgt, dann muß er namentlich auf einem potentiell expansiven Markt, auch Randwettbewerb zulassen. Auf diese Weise ist der Weg für die weitere Entwicklung offen zu halten. Daß ein Monopolist eine vorhandene Infrastruktur möglichst lange nutzen will und deshalb eigene Suchanstrengungen nach neuen alternativen Techniken zurückhaltend betreibt, ist wohl anzunehmen. Wenn er jedoch befürchten muß, daß mit fortschreitender technischer Entwicklung der Monopolumfang durch Randwettbewerb eingeschränkt werden kann, so wird er selbst sich bemühen, dem Fortschritt auf dem Fuße zu folgen. Daß er ihn antreibt, darf man jedoch nicht als den Regelfall ansehen.

Die Begründung des Netzmonopols mit dem Argument des Infrastrukturauftrags läßt nicht nur Randwettbewerb zu, sondern erfordert ihn auch im Interesse der weiteren Entwicklung. Einem solchen Randwettbewerb ist das Leitungsnetz durch Richtfunk, Mobilfunk und Satellitenübertragung tatsächlich ausgesetzt.

405. Zur Begründung ihrer Empfehlung der einstweiligen Aufrechterhaltung des Netzmonopols hat die Regierungskommission Fernmeldewesen den Infrastrukturauftrag herangezogen, wonach eine flächendeckende und einheitliche Infrastruktur sichergestellt werden soll. Ein solches Fernmeldenetz sei die Grundvoraussetzung zur Teilnahme am Telekommunikationsverkehr.

Die Kommission schlägt vor, daß dem neuen öffentlichen Unternehmen TELEKOM nur ein bedingtes Netzmonopol übertragen werden soll, das solange beizubehalten ist, wie es „Mietleitungen (Festverbindungen) zu angemessenen und wettbewerbsfähigen Bedingungen entsprechend dem qualitativen und quantitativen Bedarf anderen überläßt". Nach drei Jahren soll die Bundesregierung prüfen, ob diese Bedingung erfüllt wird. „Im Fall einer nicht befriedigenden Marktentwicklung läßt die Bundesregierung die Errichtung konkurrierender Netze zu". Die Kommission ist der Auffassung, daß technische und ökonomische Gründe heute eher für Zulassung von Netzwettbewerb als dagegen sprechen. Sie entscheidet sich anhand eines weit gefaßten Infrastrukturauftrags, der staatliche Zielsetzungen ebenso wie die in Angriff genommene Modernisierung der bestehenden Netze umschließt, für das bedingte, das heißt auf Zeit übertragene Netzmonopol.

406. Mit dem Netzmonopol verbindet die Regierungskommission zugleich das Telefonmonopol. Für ein solches Doppelmonopol werden üblicherweise zwei mehr oder weniger pragmatische Gründe angeführt. Der erste Grund bezieht sich auf die Finanzierung des Netzwerks. Der überwiegende Teil der Einnahmen der Post aus der Telekommunikation fällt im Fernsprechverkehr an. Der zweite, mehr technische Grund wird darin gesehen, daß das Netzwerk nicht passiv zur Nutzung bereitgehalten wird, sondern eine insgesamt aktive Anlage darstellt. Das Ferngespräch wird gleichsam über Knotenpunkte und Verteileranlagen durch das Netz befördert, es läuft nicht von alleine hindurch. Es wird kein Sinn darin gesehen, das Angebot der Übertragungsleistung vom Angebot des Netzes zu isolieren. Das Fernmeldenetz läßt sich nur über den Fernsprechdienst „verkaufen".

So kann man den Fernsprechdienst als einen vom Fernmeldenetz nicht zu trennenden Grunddienst auffassen, und beides als nur im Paket verkäuflich ansehen. Nun gibt es aber heute bereits eine Vielfalt von Diensten, die nicht mehr auf einfache Weise wie die herkömmlichen Grunddienste Telefon und Telex von erweiterten oder Mehrwertdiensten zu unterscheiden sind. Damit wird es zunehmend schwieriger, wenn nicht unmöglich, die Grenzlinie zwischen Grunddiensten, deren Angebot dem Netzmonopol vorbehalten ist, und Mehrwertdiensten zu unterscheiden. Diese technische Entwicklung höhlt das Argument der Einheit von Netz- und Dienstangebot durch ein Doppelmonopol aus.

407. Auch wenn man das Doppelmonopol von Netz und Telefon akzeptiert, bleibt gleichwohl noch zu fragen, wie der Infrastrukturauftrag konkret gefaßt wird. Davon hängt es ab, wie die Aufgabe wahrgenommen werden und in welcher Weise der Wettbewerb in der Telekommunikation sich entfalten kann. Diese Frage ist im wesentlichen danach zu beantworten, woran sich die Gebührenpolitik orientiert, wie die Gebühren im einzelnen bestimmt werden, insbesondere wie ihre Höhe bemessen wird. Wenn TELEKOM weiterhin wie die Post zu Nettoablieferungen an den Bund verpflichtet würde, so wäre zu befürchten, daß damit das Monopol zur Erzielung hoher Überschüsse, und dann auch zur Subventionierung anderer politischer Zwecke benutzt würde. Diese Gefahr hat ein Sondervotum von vier Kommissionsmitgliedern verdeutlicht. Nach Auffassung des Sachverständigenrates hängt alles davon ab, daß das öffentliche Unternehmen TELEKOM wie jedes andere Unternehmen der privaten Wirtschaft in den Wettbewerb gestellt und nicht jenseits von Angebot und Nachfrage gehalten wird.

408. Um der wettbewerblichen Gleichstellung willen ist es erforderlich, daß das öffentliche Unternehmen TELEKOM wie andere Unternehmen besteuert wird. Dies bedeutet, daß man TELEKOM nicht wie die Post von der Umsatzsteuerpflicht befreien kann, was schon aus EG-rechtlicher Sicht gar nicht zulässig wäre. Die von TELEKOM zu zahlende Umsatzsteuer wird an den Bund und die Länder fließen, während die

bisherigen Zahlungen aus der Ablieferungspflicht — in Höhe von 10 vH der jährlichen Betriebseinnahmen der Post — ausschließlich an den Bund gehen.

Wichtig ist, daß TELEKOM — insbesondere wenn es auch freie Dienste anbieten sollte — steuerlich mit anderen Unternehmen gleichgestellt wird, da ansonsten unvermeidlich Wettbewerbsverzerrungen auftreten würden.

409. Weitgehend unumstritten ist die Liberalisierung des Marktbereichs der Telekommunikationsgeräte. Hier lassen sich mit Blick auf den Verwendungsort der Netz- und der Endbereich unterscheiden. Daß der Endbereich dem freien Wettbewerb überlassen werden soll, findet breite Zustimmung. Der Markt der Geräte im Netz verdient jedoch auch wettbewerbspolitisch Beachtung. Durch Auflagen an TELEKOM sollte der Bezug von Netzbetriebsgeräten unter Wettbewerbsbedingungen erfolgen. Daß dies geschieht, sollte, wie überall im öffentlichen Beschaffungswesen, institutionell abgesichert werden und insbesondere muß dafür gesorgt werden, daß die Anbieter aus dem Ausland denen im Inland wettbewerblich gleichgestellt sind.

410. Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung entschlossen auf dem Weg der Liberalisierung des Telekommunikationswesens voranschreitet. Es bestehen kaum Zweifel, daß der politische Wille hierzu gegeben ist. Bei der Umsetzung sind gewiß schwierige Hürden zu nehmen, und dies verlangt neben Geschick auch eine klare Zielorientierung auf Wettbewerb, soviel und so schnell wie möglich, nicht zuletzt um der Wachstumschancen willen, die der Zukunftsmarkt der Telekommunikation bietet.

Für die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten

411. Im Einzelhandel ist Marktöffnung wörtlich zu nehmen: als Freigabe der Öffnungszeiten, zu denen der Markt stattfinden kann. Das Ladenschlußgesetz vom 28. November 1956 schreibt fest, wann die Läden geschlossen zu halten sind, nämlich werktags vor 7.00 Uhr und nach 18.30 Uhr und an Samstagen nach 14.00 Uhr. Sonntags und feiertags sind Verkaufsstellen stets geschlossen. So lautet die allgemeine Regelung; daneben gibt es Sonderregelungen.

Für die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung wird eine Reihe von Gründen vorgebracht. Der ursprüngliche Grund für diese schematische Regelung der Ladenöffnungszeiten war der Schutz der im Einzelhandel tätigen Arbeitnehmer vor übermäßig langen und unregelmäßigen Arbeitszeiten. Insoweit sind die Ladenöffnungszeiten kontrollfähige Arbeitszeitbestimmungen. Wenn ein Einzelhandelsgeschäft ohne Arbeitnehmer betrieben wird, entfällt der arbeitnehmerbezogene Grund zur Einhaltung der Arbeitszeitbestimmungen. So trat als weitere Begründung für die Einhaltung der gleichen Öffnungszeiten der Gesichtspunkt der Wettbewerbsneutralität hinzu. Die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen zu verlangen, setzt dabei voraus, daß ein Einzelhändler ohne Arbeitnehmer Vorteile hätte, wenn er außerhalb der gesetzlichen Öffnungszeiten sein Geschäft offen hielte. Für die Beibehaltung der geltenden Regelung der Ladenöffnungszeiten werden heute noch weitere Gründe geltend gemacht. So wird darin ein Schutz des Mittelstandes gesehen, weil befürchtet wird, daß die Freigabe der Öffnungszeiten die Konzentration im Einzelhandel fördern würde. Außerdem sei die Sonntagsruhe zu erhalten. Auch wird die Sorge vorgetragen, die Innenstädte würden bei längeren Öffnungszeiten veröden, weil sich das Einkaufen auf die abends geöffneten Einkaufszentren außerhalb der Städte konzentrieren würde. Schließlich wird behauptet, daß verlängerte Öffnungszeiten nicht zu einem nennenswerten Umsatzzuwachs, dagegen zu merklichen Kostensteigerungen führen würden.

Gegen die Freigabe der Öffnungszeiten setzt sich die Interessenvertretung des Einzelhandels ein, ebenso die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Sie hat gerade versucht, in allerdings gescheiterten Tarifgesprächen, die Arbeitszeit tarifvertraglich auf die jetzt geltende gesetzliche Ladenschlußregelung festzuschreiben. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß Spätöffnungszeiten, wie sie etwa der von der Bundesregierung ins Auge gefaßte Dienstleistungsabend vorsieht, überhaupt genutzt werden können.

412. Die ökonomischen Argumente für die Freigabe der Öffnungszeiten liegen in der Wettbewerbsfreiheit und der Konsumentensouveränität begründet. Anbieter und Nachfrager sollen selbst entscheiden, wann sie ihre Geschäfte abwickeln wollen. Letztlich geht es dabei um die effiziente Allokation der Zeit, der Geschäftszeit der Anbieter und der Freizeit der Konsumenten. Welche regelmäßigen Zeiten, die vom Ort und den Umständen abhängen, sich hierbei herausbilden, sollte dem Markt überlassen werden. Sein Ergebnis wird in jedem Fall für alle günstiger sein, als wenn eine schematische Regelung dem individuellen Handeln aufgezwungen wird.

Wettbewerbsfreiheit und Konsumentensouveränität werden die für beide Marktseiten beste Zeiteinteilung für das Einkaufen herausfinden. Es bedarf dazu keiner gesetzlichen Vorgaben, zumindest nicht derart die individuellen Handlungsrechte einschränkender Vorschriften, wie sie das geltende Ladenschlußgesetz erzwingt.

413. Die größten Wachstumschancen in einer hochentwickelten Industriegesellschaft bieten sich den Dienstleistungssektoren. Zu diesen gehört der Handel, der seinen Beitrag zur Bedarfsdeckung um so mehr verbessern kann, je stärker er seine Dienste an die Wünsche der Kunden anpaßt. Mit einer derartig qualitativen Verbesserung der Bedarfsdeckung verbindet sich bei den Dienstleistungen nicht anders als bei einer Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse in der Sachgüterproduktion wirtschaftliches Wachstum. Dieses „qualitative Wachstum" ist allerdings gesamtwirtschaftlich schwer zu messen. Einzelwirtschaftlich läßt sich dieser Zusammenhang dann eher erkennen, wenn der Kunde bereit ist, bei einer Ware oder einer

Dienstleistung die Qualitätsverbesserung durch das Zahlen eines höheren Preises zu honorieren, aber auch dann, wenn mit der Produktion höherwertiger Güter auch höhere Einkommen entstehen. So ist es beispielsweise bei einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten denkbar, daß sich vor allem kleinere Unternehmungen auf einen Verkauf in den Abendstunden spezialisieren und daß deren Kunden bereit sind, für die dort angebotenen Waren einen höheren Preis zu zahlen, als sie bei den Konkurrenten solcher Einzelhändler während der üblichen Geschäftszeiten entrichten müßten. Außerdem ist es gut möglich, daß sich für diejenigen Beschäftigten im Einzelhandel, die abends oder Samstag nachmittags zu arbeiten bereit sind, höhere Gehälter einspielen als für diejenigen, die nur zu den herkömmlichen Zeiten arbeiten wollen.

Im übrigen ist es entgegen einer sehr verbreiteten Meinung keineswegs ausgemacht, daß sich der gesamte Warenabsatz durch eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten im Einzelhandel nicht doch steigern ließe. Viele Waren, insbesondere modische Artikel, werden häufig spontan bei einem Einkaufsbummel erworben, ohne daß vorher eine feste Kaufabsicht bestand. Wird die Gelegenheit dazu durch Verlängerung oder auch nur durch Veränderung der Ladenschlußzeiten erweitert, erscheint eine Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Absatzes von Konsumgütern und damit auch eine Erhöhung der Beschäftigung im Einzelhandel durchaus nicht unwahrscheinlich.

An welchen Orten sich bei einer Liberalisierung der Geschäftszeiten des Einzelhandels die Ausnutzung der neuen Möglichkeiten lohnt, welche Branchen davon besonders profitieren und für welchen Betriebstyp dadurch die Nutzung von Marktnischen ermöglicht wird, das alles herauszufinden ist Aufgabe der dynamischen Unternehmer. Daß der von ihnen ausgehende Wettbewerbsdruck vom Gros der Konkurrenten nicht gern gesehen wird, ist nicht erstaunlich. Deshalb sollte sich die Wirtschaftspolitik nicht an den Protesten orientieren, die von deren Verbänden vorgetragen werden.

Es ist auch nicht richtig, daß die Verteidigung des Ladenschlußgesetzes im mittelständischen Interesse liegt, im Gegenteil: Der Einzelhändler, der seinen Laden in einem dicht besiedelten Wohngebiet betreibt, wird durch die heutigen Ladenschlußzeiten nicht geschützt, sondern daran gehindert, seine spezifischen Vorteile zur Geltung zu bringen. Der frühzeitige Ladenschluß am Abend diskriminiert die Nachbarschaftsläden. Um in der verfügbaren kurzen Zeit für den Einkauf nach der täglichen Arbeit zu Rande zu kommen, zöge es mancher Kunde vor, in den Abendstunden in seiner Wohngegend einkaufen zu können. Die Konzentrationsbewegung, die trotz ständig steigenden Pro-Kopf-Konsums die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte dezimiert und den Verbrauchermärkten ansehnliche Umsatzzuwächse beschert hat, ist zum Teil auch durch die geltende Ladenschlußregelung verursacht. Wenn die Einkaufszeit so eingeschränkt wird wie heute, dann gerät dies notwendigerweise zum Vorteil des an keine Einkaufszeit gebundenen Versandhandels, was wiederum den mittelständischen Einzelhandel benachteiligt.

Die Verkaufsleistung bei freier Wahl der Angebotszeit zu erbringen, setzt eine entsprechende Anpassung der Arbeitszeiten im Handel voraus. Dadurch könnte der mit der Regelung der Ladenschlußzeit ursprünglich beabsichtigte Schutz der im Einzelhandel tätigen Arbeitnehmer angetastet werden. Sicher wird es bei den Unternehmen, die die verlängerten Ladenöffnungszeiten nutzen wollen, auch im Handel stärker als bislang notwendig werden, Betriebszeiten und individuelle Arbeitszeiten zu entkoppeln, wie es in vielen Branchen der Industrie schon heute gang und gäbe ist. Im übrigen sind jedoch die Beschäftigten des Einzelhandels durch die gleichen Bestimmungen geschützt wie alle anderen Arbeitnehmer auch: durch die Arbeitszeitordnung, in der einstmals zugleich der Ladenschluß geregelt worden war, durch Tarifverträge und — zumindest in größeren Unternehmungen — auch durch die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats.

In diesem Zusammenhang ist aber nochmals daran zu erinnern, daß die von der Flexibilisierung der Beschäftigungsregelungen ausgehenden Wachstumsimpulse durchaus dazu beitragen können, daß zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch gibt es Arbeitnehmer, die gern eine Stellung mit einer Arbeitszeit in der zweiten Tageshälfte annehmen würden, sowie Arbeitslose, die eine Teilzeitarbeit in den Abendstunden suchen, weil sie sich tagsüber ihren Kindern widmen wollen. Wenn bei einer Beschäftigung in den Abendstunden ein höheres Entgelt gezahlt wird, würde mancher Arbeitnehmer auch aus diesem Grunde gerne eine Arbeitszeit akzeptieren, die außerhalb der heute zugelassenen Ladenöffnungszeiten liegt. Insgesamt gesehen dürfte die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten durchaus im Interesse zahlreicher Arbeitnehmer liegen. Dieses Interesse ist schutzwürdig und sollte deshalb auch vom Gesetzgeber berücksichtigt werden.

Kürzere regelmäßige Wochenarbeitszeiten, auch in Form der Teilarbeitszeit, verbinden sich leichter mit einer freien Wahl der Öffnungszeiten als mit der derzeitigen starren Regelung. Nach Erfahrungen, die in Schweden nach der Freigabe der Ladenöffnungszeiten im Jahre 1972 gemacht worden sind, steigt dabei die Teilzeitbeschäftigung an und die Zahl der Überstunden vermindert sich, was dafür spricht, daß sich der Personalbedarf bei liberalisierten Öffnungszeiten besser vorausplanen läßt.

414. Die Kundenwünsche nach zeitlich gestaffelten Einkaufsmöglichkeiten lassen sich besser als durch Umfragen mit praktischen Erfahrungen belegen, die in anderen Ländern mit freien Ladenöffnungszeiten gesammelt wurden. Nach einer Übergangsfrist kam es in Schweden, in den Niederlanden und in Belgien, neuerdings auch in Dänemark zu beträchtlichen Verschiebungen der Ladenöffnungszeiten, ohne daß die gesamte Öffnungsdauer merklich zunahm. Auch in Frankreich, wo es keine Reglementierung gibt, erreicht die tatsächliche Öffnungszeit nicht das in der Bundesrepublik zulässige Maximum, wird aber vielfach anders über den Tag verteilt als hierzulande.

Die Erfahrungen im Ausland belegen auch, daß flexible Öffnungszeiten der beste Schutz für flexible Ein-

zelhändler sind. Nach schwedischen Erfahrungen wurde der Konzentrationsprozeß verlangsamt; vor allem in wohnungsnahen Gebieten sind nach der Liberalisierung im Jahre 1972 verstärkt Einzelhandelsbetriebe neu gegründet worden. Die Liberalisierungsversuche in der Bundesrepublik haben ein starkes Interesse des Publikums für abendliche Öffnungszeiten belegt. Dies deutet darauf hin, daß der Facheinzelhandel, der vorwiegend vom Mittelstand betrieben wird, einen Vorteil hat, den er nur bei freien Ladenöffnungszeiten nutzen kann.

Die Erfahrung zeigt ferner, daß zaghafte Auflockerungen der Ladenschlußzeiten den Handlungsspielraum gerade des mittelständischen Einzelhandels nicht erweitern können, im Gegenteil, kleinherzige Lösungen dürften deren Wettbewerbssituation eher verschlechtern. Weitere Experimente zur Liberalisierung des Ladenschlusses scheinen angesichts der reichhaltigen Erfahrungen, die aus den europäischen Nachbarländern vorliegen, auch nicht mehr notwendig. Ein mutiger Schritt zur Freigabe der Ladenöffnungszeiten ist gefragt.

Airbus: Marktöffnung nicht mit Dauersubventionen

415. Nicht nur Regulierungen erschweren den Zugang zu den Märkten, es gibt auch ökonomische Barrieren. Sie gehen vielfach darauf zurück, daß die Produktion der betreffenden Güter einen hohen Kapitaleinsatz und hohe Entwicklungskosten erfordert und daß die traditionellen Anbieter auf oligopolistischen Märkten etabliert sind. Deren Verkaufsmenge ermöglicht es ihnen, mit vergleichsweise geringen Durchschnittskosten zu produzieren. Neue Anbieter dürfen kaum damit rechnen, sofort ähnlich große Mengen absetzen zu können. Da ihre fixen Kosten jedoch nicht geringer sind, ergeben sich relativ hohe Stückkosten. Diese lassen sich mit den am Markt durchsetzbaren Preisen nicht decken, zumal die oligopolistischen Konkurrenten nicht stillhalten, wenn der Markt wenig ausdehnungsfähig ist und deshalb der Erfolg neuer Anbieter für sie eine Produktionseinschränkung bedeutet. Selbst wenn die neuen Anbieter in der Lage wären, die hohen Aufwendungen für Entwicklung und Kapazitätsaufbau zu finanzieren, werden sie sich vielfach nicht zum Markteintritt entschließen. Die Erfolgsaussichten sind zu gering, die Marktbarrieren zu hoch.

Ein Beispiel für einen Markt, an dem hohe ökonomische Zugangsbarrieren bestehen, ist der Weltmarkt für große Flugzeuge. Er wurde faktisch von wenigen amerikanischen Anbietern beherrscht. Neue Anbieter stießen auf Schwierigkeiten, da die Entwicklung neuer Flugzeugtypen erhebliche Vorlaufkosten verursacht, die sich allenfalls nach Jahren rentieren werden.

Um der europäischen Flugzeugindustrie den Zugang zum Weltmarkt für große Flugzeuge zu ermöglichen, fördert die Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit Frankreich, Großbritannien und Spanien das Airbus-Programm mit massiven Subventionen. Die von der Bundesregierung bisher insgesamt beschlossenen finanziellen Hilfen für den Airbus belaufen sich auf rund 11 Mrd DM. Eine eventuelle Inanspruchnahme der Bundesbürgschaften für die Serienfinanzierung der Programme A 300/A 310 ist dabei nicht mitgerechnet.

Im Juni 1987 hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, die Erweiterung des Airbus-Programms durch ein kombiniertes Lang- und Mittelstreckenmodell zu unterstützen. Dafür sind Entwicklungskostenzuschüsse für das Programm A 330/A 340 in Höhe von insgesamt rund 3 Mrd DM bis 1996 beschlossen worden. Eine Förderung der Serienfinanzierung ist bei den Modellen A 330/A 340 im Gegensatz zu den Vorgängermodellen nicht mehr vorgesehen. Für die Programme A 300/A 310 wird die Bundesbürgschaft zurückgeführt und durch Mittel in Höhe von 1,9 Mrd DM (sogenannte Altlastenfinanzierung) ersetzt. Alle Zuschüsse sind grundsätzlich nach dem Verlauf des Verkaufs zurückzuzahlen.

416. Durch die Subventionen ist es wohl gelungen, den Airbus am Flugzeugmarkt zu etablieren. Er konnte es bis auf einen Marktanteil von 30 vH bei Zivilflugzeugen bringen. Hinzu kommt, daß mit der Entwicklung des Airbus neue Technologien entstanden und anzuwenden waren. Die im Rahmen des Airbus-Projekts erzielten Forschungsergebnisse können auch anderen Unternehmen und Produkten zugute kommen. Zugleich wird der Markt für hochqualifizierte Spezialisten im Flugzeugbau verbessert, die sonst nicht in dieser Weise ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten in Europa gefunden hätten.

417. Neben diesen positiven Ergebnissen, die letztlich durch die Subventionierung des Airbus-Programms ermöglicht wurden, sind allerdings auch eine Reihe von Bedenken zu würdigen, die den Erfolg dieser Subventionierung in einem anderen Licht erscheinen lassen. Es ist nicht sicher, daß Unternehmen auf Märkten, zu denen ihnen der Staat mit Subventionen Zutritt verschafft, in der Zukunft einmal ökonomisch erfolgreich und effizient sein werden. Ohne die technische Qualität des Airbus in Abrede stellen zu wollen, muß doch gesehen werden, daß dieses Projekt die Rentabilitätsschwelle nicht erreicht hat. Die mengenmäßigen Absatzerfolge wurden bei nicht kostendeckenden Preisen erzielt. Auf absehbare Zeit ist es auch nicht zu erwarten, daß die bisherigen Airbustypen A 300, A 310 und A 320 die Rentabilitätsschwelle erreichen könnten. Inwieweit sich die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der neuen Typen A 330/A 340 realisieren lassen werden, muß die Zukunft zeigen. Auch ein technisch hochwertiges Produkt bleibt ökonomisch bedenklich, wenn es am Markt auf die Dauer nur mit Verlusten verkauft werden kann, was Folgesubventionen erforderlich machen wird.

Diese Gefahr ist beim Airbus erkennbar. Für die bisherigen Airbus-Programme mußten Serienfinanzierungshilfen gewährt werden. Die Bundesregierung wurde bereits aufgefordert, für das gesamte Airbus-Programm eine Wechselkursgarantie zu übernehmen, die die Herstellerwerke vor den Verlusten aus Dollarabwertungen schützen soll. Kalkulationen für den Airbus basieren auf einem Dollarkurs von 2 DM je Dollar. Wechselkursgarantien führen, wie andere Beispiele

zeigen, zu unkalkulierbaren Risiken für die öffentlichen Haushalte. Insgesamt gesehen droht somit aus der ökonomisch zunächst gerechtfertigten Marktzugangssubvention eine problematische Dauersubventionierung zu werden. Wechselkursgarantien wären nicht zuletzt auch deshalb unvertretbar, weil andere deutsche Firmen für Wechselkursabsicherungen im Rahmen der Exportversicherung hohe Gebühren zahlen müssen, die dem subventionierten Betrieb erspart bleiben. Hierin kann ein Diskriminierungstatbestand gesehen werden.

Im Vertrauen auf Folgesubventionen werden die Anstrengungen der Subventionsempfänger zu wirklich kostensparender Produktion gering bleiben. Symptomatisch ist es, wenn das Bundeswirtschaftsministerium eine Senkung der als überhöht angesehenen Kosten bei deutschen Airbus-Herstellern anmahnt. Es spricht auch nicht für ein effizientes Wirtschaften, wenn deutsche Hersteller im Airbus-Programm weit höhere Entwicklungskostenzuschüsse benötigen als etwa die Hersteller in Großbritannien.

418. Zu beachten sind bei Marktzugangssubventionen wie bei Absatzsubventionen internationale Rückwirkungen. Zwischen den Vereinigten Staaten und der EG droht wegen der Airbus-Subvention ein Handelskonflikt. Umstritten ist dabei vor allem, inwieweit Subventionen für den Airbus durch internationale Absprachen gedeckt sind. Das Argument, amerikanische Flugzeughersteller seien durch Militäraufträge indirekt subventioniert, überzeugt insofern nicht, als auch die europäischen Flugzeughersteller — von den Airbus-Subventionen abgesehen — überwiegend von Militäraufträgen leben. Wenn die Airbus-Subventionierung aufrecht erhalten wird, ist damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten — die den wichtigsten Markt für Großflugzeuge besitzen — Handelshemmnisse gegen den Airbus errichten werden. Die Rentabilität des Gesamtprogramms ließe sich dann nicht erreichen. Außerdem muß befürchtet werden, daß die Vereinigten Staaten die Subventionen an die Airbus-Industrie als einen gravierenden Verstoß gegen das von ihnen geforderte Prinzip eines „fairen Außenhandels" (fair trade) betrachten und sich zu Gegenmaßnahmen auf anderen Gebieten veranlaßt sehen. Der amerikanische „Halbleiterkrieg" mit Japan zeigt, daß diese Befürchtung nicht grundlos ist.

419. Das Gesamturteil über die Airbus-Subventionen darf nicht nur die technologischen Qualitäten dieses Produkts und seinen mengenmäßigen Absatzerfolg in Betracht ziehen, sondern muß auch die Nachteile beachten, die die Subventionierung bringt. Wäre es so, daß sich die Bundesregierung zur Erleichterung des Marktzugangs auf eine Anfangssubventionierung beschränken könnte, die in einem begrenzten Zeitraum zurückzuführen wäre, dann ließe sich die Subventionierung auch ökonomisch rechtfertigen. Dies ist aber nicht mehr zu erwarten. Für die Bundesrepublik ist vielmehr mit dem Airbus-Programm ein unkalkulierbares Subventionsrisiko entstanden. Erneut zeigt sich daher, daß der einmal eingeschlagene Weg der Subventionierung nachher nur schwer zu verlassen ist. Denn es ist bei realistischer Betrachtung ausgeschlossen, daß die Bundesrepublik ihre Beteiligung am Airbus einfach beendet. Das würde nicht nur das Airbus-Programm insgesamt in Gefahr bringen oder sogar beenden. Angesammeltes technisches Wissen würde entwertet. Schaden würde auch die europäische Kooperation nehmen, denn das Airbus-Programm ist als ein Gemeinschaftsprojekt angelegt. Es kann jetzt nur darum gehen, dem Staat einen allmählichen Rückzug aus dem Airbus-Programm zu ermöglichen. Die Bemühungen der Bundesregierung, die Industrie stärker an dem Airbus zu beteiligen, gehen in die richtige Richtung. Bislang sind diese Bemühungen aber noch nicht erfolgreich gewesen. So lange die Rentabilität des Airbus zweifelhaft bleibt, wird sich die Industrie auch schwerlich zu einem größeren Engagement bereitfinden. Um es dennoch zu erreichen, wird die Bundesregierung kaum darum herumkommen, die aus den bisherigen Airbus-Programmen resultierenden Absatzrisiken zumindest teilweise weiter zu tragen. Jedoch wäre es ein großer Fortschritt, wenn für die neuen Programme A 330/A 340 nur eine Subventionierung der Entwicklungskosten bis zur Serienreife des Flugzeugs in Frage käme.

13/17/202

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 204

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 206

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 207

IV. Methodische Erläuterungen 208

V. Zur Berechnung von Ausfuhrvolumen und Ausfuhrindizes für ausgewählte Waren und für die wichtigsten Handelspartnerländer der Bundesrepublik Deutschland 217

VI. Statistischer Anhang 260

Sachregister 370

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinenden Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das

Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bundesregierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

...

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967); darin enthalten: Sondergutachten vom März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967"

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 30. Juni 1969 und 3. Juli 1968: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht"; Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970"

Jahresgutachten 1971/72: „Währung, Geldwert, Wettbewerb — Entscheidungen für morgen —" (am 22. November 1971); darin enthalten: Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971"

Jahresgutachten 1972/73: „Gleicher Rang für den Geldwert" (am 6. Dezember 1972); darin enthalten: Sondergutachten vom 3. Juli 1972: „Zur währungspolitischen Lage im Juli 1972"

Jahresgutachten 1973/74: „Mut zur Stabilisierung" (am 22. November 1973); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Mai 1973: „Zur konjunkturpolitischen Lage im Mai 1973"

Jahresgutachten 1974/75: „Vollbeschäftigung für morgen" (am 22. November 1974); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. Dezember 1973: „Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Ölkrise"

Jahresgutachten 1975/76: „Vor dem Aufschwung" (am 24. November 1975); darin enthalten: Sondergutachten vom 17. August 1975: „Zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975"

Jahresgutachten 1976/77: „Zeit zum Investieren" (am 24. November 1976)

Jahresgutachten 1977/78: „Mehr Wachstum — Mehr Beschäftigung" (am 22. November 1977)

Jahresgutachten 1978/79: „Wachstum und Währung" (am 23. November 1978); darin enthalten: Sondergutachten vom 19. Juni 1978: „Zur wirtschaftlichen Lage im Juni 1978"

Jahresgutachten 1979/80: „Herausforderung von außen" (am 22. November 1979)

Jahresgutachten 1980/81: „Unter Anpassungszwang" (am 20. November 1980)

Jahresgutachten 1981/82: „Investieren für mehr Beschäftigung" (am 20. November 1981); darin enthalten: Sondergutachten vom 4. Juli 1981: „Vor Kurskorrekturen — Zur finanzpolitischen und währungspolitischen Situation im Sommer 1981"

Jahresgutachten 1982/83: „Gegen Pessimismus" (am 23. November 1982); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Oktober 1982: „Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982"

Jahresgutachten 1983/84: „Ein Schritt voran" (am 24. November 1983)

Jahresgutachten 1984/85: „Chancen für einen langen Aufschwung" (am 23. November 1984)

Jahresgutachten 1985/86: „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung" (am 22. November 1985); darin enthalten: Sondergutachten vom 23. Juni 1985: „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985"

Jahresgutachten 1986/87: „Weiter auf Wachstumskurs" (am 24. November 1986)

Alle Jahresgutachten sind als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart-Mainz erschienen. Die Jahrgänge 1964/65 bis 1975/76 sind inzwischen vergriffen, können jedoch noch als Bundestagsdrucksache über den Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn, bezogen werden.

IV.

Methodische Erläuterungen

A. Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole:

t	Zeitindex (Jahre)
K_t	durchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
$\hat{k}_t$	empirisch gemessene Kapitalproduktivität
k_t	trendmäßige Kapitalproduktivität
k_t^*	trendmäßige Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (potentielle Kapitalproduktivität)
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus der potentiellen Bruttowertschöpfung des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung), den Beiträgen des Staates, der Landwirtschaft, der Wohnungsvermietung, der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur realen Bruttowertschöpfung sowie der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und den Einfuhrabgaben. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und daher mit den jeweiligen Beiträgen zur Bruttowertschöpfung identisch ist. Der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich nach der Relation:

$$\lambda_t = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt aus dem jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögen und der potentiellen Kapitalproduktivität:

$$P_t^* = k_t^* \cdot K_t$$

4. Die Berechnung der in die Potentialschätzung eingehenden Kapitalproduktivitäten erfolgt in mehreren Schritten. Der Trend der Kapitalproduktivität wird für abgeschlossene Konjunkturzyklen ermittelt. Die trendmäßigen Kapitalproduktivitäten werden im ersten Schritt für die Jahre zwischen den konjunkturellen Tiefpunkten 1963 und 1975 mit Hilfe einer logarithmischen Trendfunktion errechnet:

$$\log \hat{k}_t = \log a + t \log b$$

Sodann wird der Verlauf der potentiellen Kapitalproduktivität dadurch ermittelt, daß die Trendlinie parallel durch denjenigen Wert der empirisch gemessenen Kapitalproduktivitäten im Stützbereich verschoben wird, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht:

$$\log k_t^* = a_o + \log \hat{k}_t, \text{ mit } a_o = \max \left[\log k_t - \log \hat{k}_t\right]$$

5. Die Berechnung der trendmäßigen Kapitalproduktivitäten für die Jahre ab 1975 wird ebenfalls mit Hilfe der genannten Trendfunktion durchgeführt. Als Stützbereich werden die Jahre 1975 bis 1982 verwendet.

   Die potentiellen Kapitalproduktivitäten werden dadurch ermittelt, daß die im ersten Schritt errechneten Werte nach 1975 nach Maßgabe der Abnahmerate dieses Trends bis in die Gegenwart fortgeschrieben werden.

6. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums werden außerdem folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens wird davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen (ohne Landwirtschaft und ohne Wohnungsvermietung) 1987 um 4 vH und 1988 um 2 vH zunehmen.
   - Die rechnerischen Abgänge werden nach einem Verfahren geschätzt, das einer quasilogistischen Verteilungsfunktion ähnelt.

7. Der Berechnung des Produktionspotentials bei Normalauslastung wird der langfristige Durchschnitt der Auslastung der Sachanlagen von 96½ vH in den Jahren 1963 bis 1985 zugrunde gelegt. In diesem Zeitraum lagen die Werte des ermittelten Nutzungsgrades am häufigsten zwischen 96 vH und 97 vH, je zur Hälfte über und unter der Normalauslastung.

B. Zur Berechnung der Kosten-Erlös-Relation und der Arbeitseinkommensquote

1. Aus den in den Ziffern 164 ff. dargelegten Gründen hat der Sachverständigenrat sich dafür entschieden, an Stelle der früheren Rechnungen zur

Reallohnposition Rechnungen zur Kosten-Erlös-Relation und zur Arbeitseinkommensquote vorzulegen. Die Rechnungen zur Kosten-Erlös-Relation stellen Maßgrößen zur Entwicklung der Kosten und ihrer Komponenten im Verhältnis zu den Erlösen der Unternehmen der privaten Wirtschaft (ohne Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen) bereit. Die Rechnungen zur Arbeitseinkommensquote liefern gesamtwirtschaftliche Maßgrößen zur Entwicklung der Verteilung des Volkseinkommens. Hierbei werden wie bei den früheren Rechnungen zur Reallohnposition die unterschiedlichen Einflußgrößen als Effekte ausgewiesen.

Die Kosten-Erlös-Relation der privaten Wirtschaft

2. Die Berechnungen zur Kosten-Erlös-Relation betreffen nur den Unternehmenssektor ohne Wohnungsvermietung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Die Kosten werden untergliedert in inländische und ausländische Vorleistungen, in kalkulatorische Zinskosten, in Abschreibungen auf das Anlagevermögen, in indirekte Steuern abzüglich Subventionen, in Bruttolohn- und -gehaltssumme und in Arbeitgeberbeiträge, alle Größen jeweils in nominaler Rechnung und auf Jahresbasis. Der Erlös wird gebildet aus der Summe von Bruttoinlandsprodukt und Vorleistungen (V).

   Die Kosten-Erlös-Relation ist — im wesentlichen dem Gliederungsschema der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen folgend — definiert als

$$(1)\quad KER = \frac{V_{inl} + V_{ausl} + (T-S) + AK + ZK + BLGS + AGB}{BIP + V}$$

   Die Symbole bedeuten:

KER	Kosten-Erlös-Relation
V_{inl}	inländische Vorleistungen
V_{ausl}	importierte Vorleistungen
T−S	indirekte Steuern abzüglich Subventionen
AK	Abschreibungen auf das Anlagevermögen
ZK	Zinskosten
BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Arbeitgeberbeiträge
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIP + V	Erlöse

   Für die sieben Kostenkomponenten von (1) werden je für sich partielle Kosten-Erlös-Relationen in vH berechnet, die sich zur gesamten Kosten-Erlös-Relation aufsummieren, ebenfalls in vH gerechnet. Die Differenz zwischen 100 und der gesamten Kosten-Erlös-Relation, in vH gerechnet, ergibt die Gewinn-Erlös-Relation.

3. Die ausländischen Vorleistungen sind definiert als Warenimporte gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzüglich importierter Investitionsgüter. Wir unterstellen dabei, daß der weitaus überwiegende Teil der importierten Waren als Vorleistungen vom Unternehmenssektor bezogen wird, sei es vom Warenproduzierenden Gewerbe, das sie weiterverarbeitet, sei es vom Handel, der sie an Endabnehmer verkauft. Die inländischen Vorleistungen ergeben sich als Differenz aus den Vorleistungen insgesamt — bereinigt um unterstellte Bankdienstleistungen — und den importierten Vorleistungen.

4. Das zu verzinsende Kapital umfaßt das Anlagevermögen, das Vorratsvermögen und das Geldvermögen der Unternehmen. Die jahresdurchschnittlichen Bestände an Anlagevermögen und Vorratsvermögen werden zu Anschaffungspreisen gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bewertet. Wir betrachten das im Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung und ohne finanziellen Sektor) vorhandene Geldvermögen zur Gänze als betriebsnotwendig. Diese Annahme mag strittig sein. Wir haben uns von folgender Überlegung leiten lassen: Jede Schätzung der Erträge von Finanzanlagen außerhalb des Unternehmenssektors wäre willkürlich und erforderte zugleich eine ebenso willkürliche Korrektur bei den Erlösen. Da Korrekturen beim Geldvermögen und bei den Erlösen in die gleiche Richtung gehen würden, es aber als offen gelten muß, ob dadurch per saldo die Kosten-Erlös-Relation erhöht oder gesenkt würde, haben wir von einer Korrektur abgesehen.

   Zur Kontrolle haben wir auch Rechnungen ohne Einbeziehung des Geldvermögens durchgeführt. Diese Rechnungen haben nicht zu anderen Ergebnissen hinsichtlich der Entwicklungstendenzen bei der Kosten-Erlös-Relation geführt.

   Da kurzfristige Bewegungen der Zinsen die zu ermittelnde Kosten-Erlös-Relation nicht berühren sollten, müssen diese rechnerisch ausgeschaltet werden. Wir versuchen dem Problem dadurch gerecht zu werden, daß wir für jedes Jahr statt des aktuellen Zinssatzes einen geglätteten Wert ansetzen. In diesen geglätteten Zinssatz gehen der jeweils aktuelle Zinssatz mit einem Gewicht von 20 vH und die Zinssätze der vorausgegangenen elf Jahre mit abnehmenden Gewichten ein. Daraus ergibt sich, daß sich die Gewichte von Jahr zu Jahr um den festen Faktor 0,817934 verringern.

Die Arbeitseinkommensquote

Formale Definition

5. Unter der Arbeitseinkommensquote verstehen wir das Verhältnis aus gesamtwirtschaftlichem Arbeitseinkommen und Volkseinkommen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen bildet die Summe aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) und dem kalkulatorischen Arbeitseinkommen der selbständig Erwerbstätigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen. Letzteres — der „Unternehmerlohn" — wird ermittelt, indem den selbständig Erwerbstätigen und den mithelfen-

den Familienangehörigen ein Arbeitseinkommen in Höhe des durchschnittlichen Bruttoeinkommens der beschäftigten Arbeitnehmer zugerechnet wird.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitseinkommen ist demnach definiert als

$$(2) \quad AE_t = \frac{L_t}{A_t} E_t ,$$

die Arbeitseinkommensquote als

$$(3) \quad AEQ_t = \frac{AE_t}{Y_t} \cdot 100.$$

Die Symbole haben folgende Bedeutungen:

AE	gesamtwirtschaftliches Arbeitseinkommen
L	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
A	Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer
E	Anzahl der Erwerbstätigen
AEQ	Arbeitseinkommensquote
Y	Volkseinkommen
t	Zeitindex
LQ^{ber}	bereinigte Lohnquote

Die Arbeitseinkommensquote (3) läßt sich mit Hilfe von (2) auch wie folgt schreiben:

$$(4) \quad AEQ_t = \frac{\frac{L_t}{A_t}}{\frac{Y_t}{E_t}} \cdot 100$$

Aus dieser Schreibweise wird ersichtlich, daß die Arbeitseinkommensquote als das Verhältnis aus Lohneinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen interpretiert werden kann.

6. Die Arbeitseinkommensquote steht in einem festen Verhältnis zur bereinigten Lohnquote. Die bereinigte Lohnquote, wie der Sachverständigenrat sie früher ausgewiesen hat, wurde unter der Vorgabe, daß das Verhältnis der Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer zur Anzahl der Erwerbstätigen aus dem Jahre 1960 in den folgenden Jahren konstant gehalten wird, aus der tatsächlichen Lohnquote wie folgt berechnet:

$$(5) \quad LQ_t^{ber} = \frac{L_t}{Y_t} \cdot \frac{E_t}{A_t} \cdot \frac{A_{1960}}{E_{1960}} \cdot 100$$

Die Bereinigung unter Zugrundelegung der Erwerbsstruktur des Jahres 1960 bezweckte, Veränderungen der Lohnquote, die lediglich auf eine Veränderung des Anteils der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückzuführen waren, rechnerisch auszuschalten. Nach Bereinigung um die Erwerbsstruktureinflüsse konnte der Einfluß des Lohnes auf die Lohnquote für sich betrachtet werden. Wenn ein Rechtsanwalt, um ein Beispiel anzuführen, seine Kanzlei aufgibt und Angestellter eines Unternehmens, also Arbeitnehmer wird, so soll dies die Lohnquote als Verteilungsmaß unberührt lassen. Für die Zeit nach dem Übergang wird das Einkommen des Rechtsanwalts in Höhe des durchschnittlichen Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit von dem tatsächlichen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abgezogen und dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hinzugerechnet.

Die Arbeitseinkommensquote ist unabhängig von Veränderungen der Erwerbsstruktur und auch von der Wahl des Basisjahres, dessen Erwerbsstruktur bei der Bereinigung konstant gehalten wird.

Die Arbeitseinkommensquote und die bereinigte Lohnquote unterscheiden sich im Niveau voneinander nur um einen konstanten Faktor, der sich aus der Relation zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen und der Anzahl der Arbeitnehmer in dem für die Lohnquotenbereinigung verwendeten Basisjahr ergibt. Für das Basisjahr 1960 beträgt dieser Faktor 1,2957. Somit berechnet sich die Arbeitseinkommensquote jedes Jahr aus der bereinigten Lohnquote wie folgt:

$$(6) \quad AEQ_t = LQ_t^{ber} \cdot \frac{E_{1960}}{A_{1960}} = LQ_t^{ber} \cdot 1{,}2957$$

Definition in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

7. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommensquote werden die Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in ähnlicher Weise wie bei der bisherigen Berechnung der Reallohnposition verwendet. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden unterteilt in die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Produktivität wird als Verhältnis zwischen realem Bruttosozialprodukt und Anzahl der Erwerbstätigen (Bruttoerwerbstätigenproduktivität) in die Rechnung eingestellt. Es wird ferner der Realwert des Sozialprodukts verwendet, um die im Inland verfügbaren Güter, zu konstanten Preisen des Jahres 1980, zu ermitteln. Zur Berechnung des Produkts zu jeweiligen Preisen wird der Deflator der letzten inländischen Verwendung herangezogen. Der Übergang von der Bruttorechnung auf die Nettorechnung erfolgt durch Berücksichtigung der Abschreibungen, der Übergang von der Rechnung zu Marktpreisen auf die Rechnung zu Faktorkosten erfolgt durch Berücksichtigung von indirekten Steuern abzüglich Subventionen.

Somit ist die Arbeitseinkommensquote in Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie folgt definiert:

$$(7) \quad AEQ_t = \frac{\frac{BLGS_t + AGB_t}{A_t}}{\frac{BSP_t^r}{E_t} \cdot \frac{RSP_t}{BSP_t^r} \cdot P_t^{Liv} \cdot \frac{BSP_t^n - AK_t^n - (T_t - S_t)}{BSP_t^n}} \cdot 100$$

Die Symbole bedeuten:

BLGS	Bruttolohn- und -gehaltssumme
AGB	Sozialbeiträge der Arbeitgeber
BSP^r	Bruttosozialprodukt in Preisen von 1980
RSP	Realwert des Sozialprodukts. Es gilt: $RSP \cdot P^{Liv} = BSP^n$. (Zur Definition des Realwerts siehe JG 84 Ziffern 246ff.)
P^{Liv}	Deflator der letzten inländischen Verwendung
AK^n	Abschreibungen in jeweiligen Preisen
BSP^n	Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen
T	indirekte Steuern
S	Subventionen

8. Zur Berechnung der Effekte, die auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, ist es zweckmäßig, die Arbeitseinkommensquote in die faktorielle Schreibweise zu überführen. Aus (7) ist durch entsprechende Umformungen der folgende Ausdruck, der im Zähler zwei und im Nenner fünf Faktoren enthält, abzuleiten:

$$(8)\quad AEQ_t = \frac{\overbrace{\frac{BLGS_t}{A_t}}^{F_1} \cdot \overbrace{\left(1 + \frac{AGB_t}{BLGS_t}\right)}^{F_2}}{\underbrace{\frac{BSP_t^r}{E_t}}_{F_3} \cdot \underbrace{\frac{RSP_t}{BSP_t^r}}_{F_4} \cdot \underbrace{P_t^{Liv}}_{F_5} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{AK_t^n}{BSP_t^n}\right)}_{F_6} \cdot \underbrace{\left(1 - \frac{T_t - S_t}{BSP_t^n - AK_t^n}\right)}_{F_7}}$$

Nachstehend werden Kurzbezeichnungen der sieben Faktoren und der Effekte, mit denen sie auf die Veränderung der Arbeitseinkommensquote im Zeitablauf einwirken, angegeben:

Bezeichnung der Faktoren der Arbeitseinkommensquote und der auf ihre Veränderung einwirkenden Effekte

Symbol in (8)	Faktor	Effekt
F_1	Lohnfaktor	Lohneffekt
F_2	Sozialbeitragsfaktor	Sozialbeitragseffekt
F_3	Produktivitätsfaktor	Produktivitätseffekt
F_4	Terms-of-Trade — Faktor	Terms-of-Trade — Effekt
F_5	Preisniveau	Preiseffekt
F_6	Abschreibungsfaktor	Abschreibungseffekt
F_7	Steuer- und Subventionsfaktor	Effekt der indirekten Steuern und Subventionen

Zur Berechnung der Veränderungsraten (Effekte)

9. Die Veränderung eines Faktors $F_{i,t}$ gegenüber seinem Vorjahreswert beträgt, als Veränderungsrate ausgedrückt:

$$(9)\quad v_{i,t} = \frac{F_{i,t}}{F_{i,t-1}} - 1.$$

Aus den Veränderungsraten der einzelnen Faktoren ergibt sich in zureichender Annäherung die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote v_t:

$$(10)\quad v_t \approx v_{1,t} + v_{2,t} - v_{3,t} - v_{4,t} - v_{5,t} - v_{6,t} - v_{7,t}\,.$$

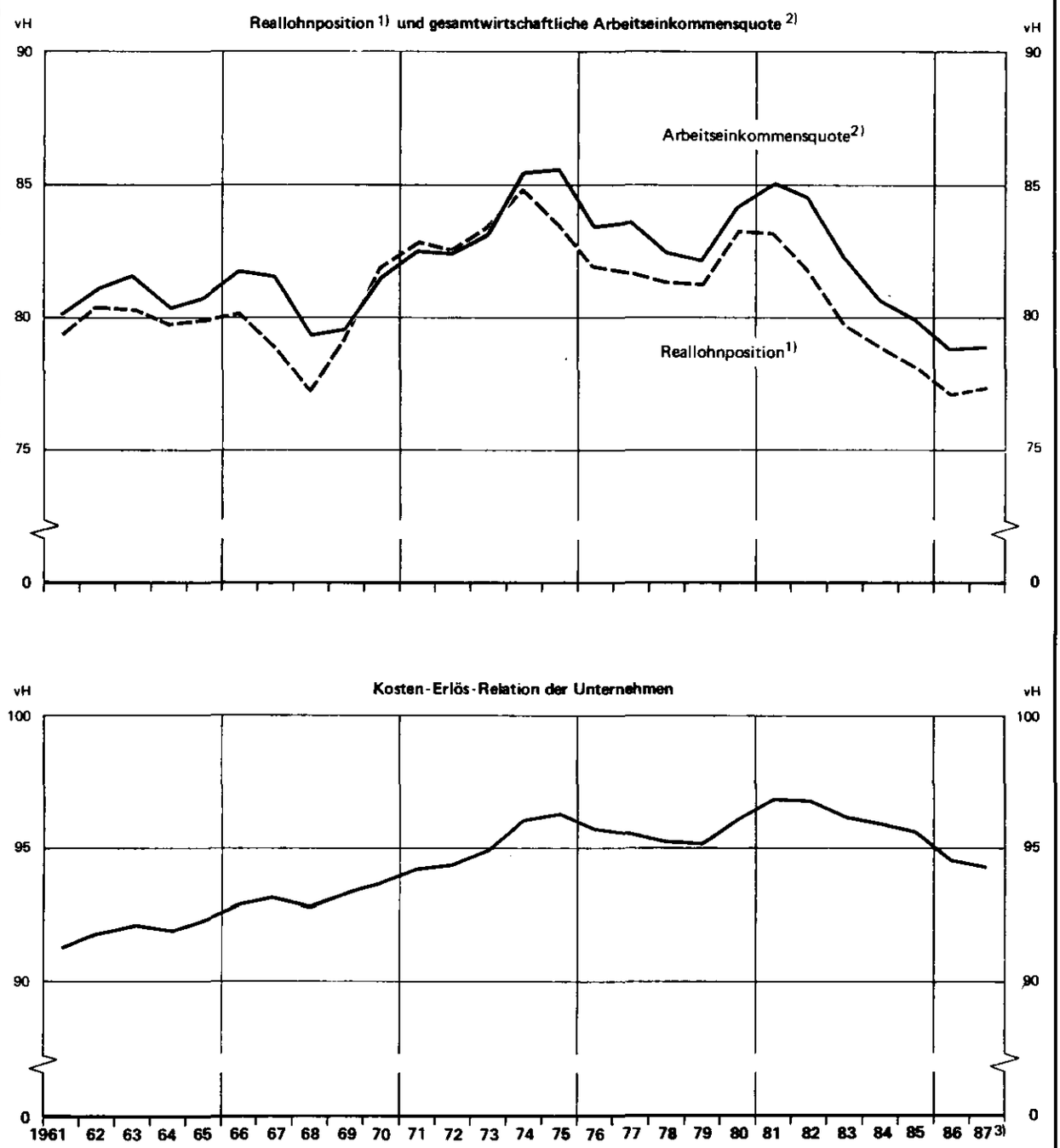
Die mit 100 multiplizierten, also in vH ausgedrückten Veränderungsraten der sieben Faktoren bezeichnen wir als „Effekte". Diese Bezeichnung deutet an, daß die Effekte die Veränderung der Arbeitseinkommensquote ursächlich bewirken oder bewirkt haben, wenn man eine abgelaufene Periode betrachtet. Dieser ursächliche Einfluß mag auch mehr oder weniger zutreffen. Die Zerlegung der Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote in ihre Effekte gilt im strengen Sinne jedoch nur rechnerisch. Bei Anwendung der Rechnung auf eine künftige Periode können spezielle Annahmen zur Entwicklung bestimmter Effekte oder zur Entwicklung der Arbeitseinkommensquote getroffen werden, so daß von diesen Vorgaben her auf restliche Effekte oder auf die Veränderungsrate der Arbeitseinkommensquote geschlossen werden kann.

Veränderungen gegenüber den Berechnungen zur Reallohnposition

10. Die Berechnungen zur Arbeitseinkommensquote und ihren Veränderungen im Zeitablauf unterscheiden sich hinsichtlich der angewandten Methoden, der Definition in den Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Berechnung der Effekte nicht von den früheren Berechnungen zur Reallohnposition. Diese bezogen sich jedoch auf den Sektor der privaten Wirtschaft

(ohne Staat), während die Berechnungen zur Arbeitseinkommensquote sich auf die gesamte Volkswirtschaft beziehen. Die unterschiedliche Abgrenzung spiegelt sich auch in der Verwendung des Deflators zur Berechnung der nominalen Werte; die Berechnungen zur Arbeitseinkommensquote verwenden den Deflator der letzten inländischen Verwendung, während in die Berechnungen zur Reallohnposition ein Deflator für den privaten Verbrauch und die Käufe des Staates einging. Die Abschreibungen werden nun nicht mehr um Schwankungen des Auslastungsgrades

ZUR ENTWICKLUNG VON ARBEITSEINKOMMEN UND ERTRAGSLAGE



1) Zur Berechnung siehe JG 86 Anhang IV, Abschnitt B. — 2) Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer im Verhältnis zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen. — 3) Eigene Schätzung.

SR 87 0932

bereinigt, und die Umrechnung von den Marktpreisen auf die Faktorpreise erfolgt unmittelbar über die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Werte für indirekte Steuern und Subventionen. Bei den früheren Rechnungen wurden die indirekten Steuern abzüglich der Subventionen in Bezug zu den staatlichen Käufen und zu dem privaten Verbrauch gesetzt. Die erwähnten Unterschiede bei der Berechnung erklären die im ganzen geringfügigen Abweichungen in Niveau und Verlauf der Arbeitseinkommensquote und der Reallohnposition seit 1960 (Schaubild).

C. Zur Konzeption der bereinigten Zentralbankgeldmenge

1. Die bereinigte Zentralbankgeldmenge in der von uns verwendeten Abgrenzung ist definiert als

$$Z_t = (BG_t + BR_t) \cdot KF_t$$

mit

$$BR_t = MRS_{I_t} + MRS_{A_t} + ÜR_t$$

Die Symbole haben die folgende Bedeutung:

Z bereinigte Zentralbankgeldmenge

BG Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)

BR Bankreserven, Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute

KF Korrekturfaktor

MRS_I Mindestreservesoll auf Inlandsverbindlichkeiten

MRS_A Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten

ÜR Überschußreserven

t Zeitindex

2. Der Korrekturfaktor dient dazu, die Zentralbankgeldmenge (Geldbasis) um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen zu bereinigen. Der expansive oder kontraktive Impuls, den eine Mindestreservesatzänderung darstellt, soll in der Zentralbankgeldmenge sichtbar gemacht werden. Senkt etwa die Bundesbank die Mindestreservesätze, so wird ein Teil des bisher in der Mindestreserve gebundenen Zentralbankgeldes frei und erhöht die Fähigkeit der Banken zur Geldschöpfung. Den freigesetzten Betrag bestimmen wir, indem wir die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Reservesatz mit dem Einlagevolumen zu Beginn der Periode multiplizieren.

Da für unterschiedliche Einlagearten verschiedene Reservesätze gelten, muß die Bereinigung nach einzelnen Einlagearten getrennt vorgenommen werden.

Wir differenzieren nach den Größenklassen der Banken, das heißt nach Progressionsstufen, sofern für diese verschiedene Mindestreservesätze gelten.[1])

[1]) Die Disaggregation nach Progressionsstufen kann allerdings erst für die Zeit ab Juni 1978 vorgenommen werden, da vorher das System der Mindestreservesätze — unter anderem aufgrund der Unterscheidung zwischen Bankhaupt- und -nebenplätzen — weit komplexer als heute war.

Die Freisetzung beziehungsweise Bindung von Zentralbankgeld infolge einer Mindestreservesatzsenkung wird berechnet als

$$\Delta KP_t = \sum_{i=1}^{n} \Delta KP_{i,t}$$

mit

$$\Delta KP_{i,t} = (r_{i,t-1} - r_{i,t}) \cdot E_{i,t-1}$$

Dabei bedeuten:

KP Korrekturposten

i Index der Einlagearten, für die unterschiedliche Reservesätze gelten

r Reservesatz

E reservepflichtige Einlagen

Der auf die unbereinigte Zentralbankgeldmenge anzuwendende Korrekturfaktor ergibt sich wie folgt:

$$KF_t = \prod_{\tau = t_o}^{t} \frac{BG_\tau + BR_\tau + KP_\tau}{BG_\tau + BR_\tau}$$

mit

τ Zeitindex für die (multiplikative) Kumulation

t_o Zeitpunkt, zu dem mit der Kumulation begonnen wird (Januar 1980)

Das Bereinigungsverfahren gewährleistet, daß die ausgewiesene Veränderungsrate der bereinigten Zentralbankgeldmenge unabhängig von der Wahl einer Basisperiode und somit unverzerrt ist. Daraus folgt auch, daß die Veränderungsraten (wohlgemerkt nicht die absoluten Veränderungen) von unbereinigter und bereinigter Zentralbankgeldmenge solange identisch sind, wie die Mindestreservesätze sich nicht ändern.

3. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen, wie sie die Bundesbank berechnet, ist wie folgt definiert:

$$Z_t^* = BG_t + \overline{MRS_{I_t}}$$

Dabei ist:

Z^* Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen

$\overline{MRS_I}$ Mindestreservesoll auf Inlandverbindlichkeiten zu konstanten Reservesätzen (Januar 1974)

Die Bundesbank wählt also einen anderen Weg zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen. Sie multipliziert die mindestreservepflichtigen Verbindlichkeiten mit konstanten historischen Mindestreservesätzen, bislang mit denen vom Januar 1974.

4. Die Unterschiede zwischen der bereinigten Zentralbankgeldmenge des Sachverständigenrates und der Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen der Bundesbank liegen zum einen in der Abgrenzung und zum anderen im Verfahren zur Bereinigung um die Wirkung von Mindestreservesatzänderungen. Die Zentralbankgeldmenge zu konstanten Reservesätzen enthält, anders als die bereinigte Zentralbankgeldmenge, nicht die Min-

destreserven auf Auslandsverbindlichkeiten und die Überschußreserven der Banken, also jenen Teil der Zentralbankguthaben der Kreditinstitute, der das Mindestreservesoll nach Absetzung der anrechenbaren Kassenbestände übersteigt. Beide Größen haben ein geringes Gewicht (das Mindestreservesoll auf Auslandsverbindlichkeiten betrug im Jahresdurchschnitt 1986 nur 2,8 Mrd DM, die Überschußreserven beliefen sich auf 0,35 Mrd DM), Veränderungen schlagen daher kaum auf die Zentralbankgeldmenge durch.

5. Im Prinzip ist die Bankeinlage eines Ausländers weder im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß der Einleger sie selbst für Zahlungen an Inländer verwendet, noch im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank die Einlage — zumal wenn sie als Termineinlage gehalten wird — weiterverleiht, anders zu beurteilen als die Einlage eines Inländers. Auch scheint uns, daß kein zwingender Grund besteht, die freiwillig erhöhte Kassenhaltung der Banken (Überschußreserven) anders zu sehen als die erhöhte Kassenhaltung von Nichtbanken (Bargeld oder Sichteinlagen bei Banken). Kassenbestände, die nicht zur Liquiditätssicherung erforderlich sind, drängen zur Anlage; das gilt für Banken und Nichtbanken.

   Von der Geldpolitik geht ein expansiver Impuls auf Vermögen und Liquidität der Banken und Nichtbanken auch dann aus, wenn die zusätzlich bereitgestellte Zentralbankgeldmenge von Banken in der Form der Überschußreserven gehalten wird oder wenn Geld in die Hand von Ausländern kommt und von diesen als Bankeinlage gehalten wird.

6. Auch die Unterschiede in den Verfahren zur Bereinigung um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen können zu Abweichungen in den gemessenen Zuwachsraten und damit im Ausweis der Stärke des monetären Impulses führen.

   Schließt man sich der Vorstellung an, die unserem Bereinigungsverfahren zugrunde liegt, daß jener und nur jener Teil des in einer Periode zusätzlich zur Verfügung gestellten Zentralbankgeldes als monetärer Impuls gelten kann, der nicht zu Beginn der Periode durch eine erhöhte Mindestreserve auf den vorhandenen Einlagenbestand gebunden wird, umgekehrt aber auch jener Teil, der auf entsprechendem Wege freigesetzt wird, dann verzerrt das Verfahren der Bundesbank. Das Ausmaß dieses verzerrenden Einflusses hängt unter anderem davon ab, wie stark die konstanten Basisreservesätze von den aktuellen Reservesätzen abweichen, wie sich die Struktur der Reservesätze wandelt, wie sich im Expansionsprozeß die Relation Bargeld zu Einlagen verschiebt und wie stark sich die Einlagenstruktur selbst ändert.

7. Im vergangenen Jahr haben wir einige methodische Veränderungen in der Berechnungsweise der bereinigten Zentralbankgeldmenge vorgenommen. Die wesentliche Änderung war der Übergang von einem additiven Korrekturposten zur Erfassung der Effekte von Mindestreservesatzänderungen zu einem multiplikativen Korrekturfaktor. Darstellung und Begründung der Verfahrensänderung sowie eine Gegenüberstellung der Indikatoren in alter und neuer Berechnungsweise finden sich in JG 86, Anhang IV, Abschnitt C.

D. Zur Berechnung des konjunkturneutralen Haushalts

1. Nach der Konzeption des konjunkturneutralen Haushalts messen wir konjunkturelle Impulse der Finanzpolitik, indem wir das tatsächliche Haushaltsvolumen mit jenem vergleichen, das wir als konjunkturneutral bezeichnen. Ein Haushaltsvolumen ist nach dieser Konzeption dann konjunkturneutral, wenn es für sich genommen unmittelbar keine Abweichungen der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von dem bewirkt, was mittelfristig als normal angesehen wird. Die Privaten sind daran gewöhnt, daß der Staat direkt oder indirekt einen Teil des Produktionspotentials durch seine Ausgaben in Anspruch nimmt und ihnen einen Teil ihres Einkommens durch Steuern entzieht. In dem Maße, wie das Produktionspotential wächst, kann der Staat auch seine Ansprüche erhöhen, ohne daß sich daraus stabilitätspolitische Probleme ergeben; hielte er sich zurück, könnte sich eine Unterauslastung des Produktionspotentials einstellen. Abweichungen von dieser mittelfristig normalen Inanspruchnahme des Produktionspotentials durch den Staat werden nur dann als konjunkturneutral angesehen, wenn dieser gleichzeitig durch eine Änderung seiner Einnahmenregelungen (ohne Kreditaufnahme) die Privaten veranlaßt, ihre Ansprüche an das Produktionspotential entsprechend zu ändern.

2. Der konjunkturelle Impuls mißt nur die primären Wirkungen, die von einer Abweichung des tatsächlichen Haushaltsvolumens vom konjunkturneutralen ausgehen. Allenfalls sie, nicht auch Sekundärwirkungen der Finanzpolitik lassen sich situationsneutral bestimmen. Nicht erfaßt werden auch die Auswirkungen von Änderungen in der Struktur der öffentlichen Ausgaben und der Einnahmen.

3. Die Ermittlung des konjunkturellen Impulses für das Jahr t erfolgt in drei Schritten.

   — Zunächst wird das Haushaltsvolumen errechnet, das konjunkturneutral wäre auf der Grundlage einer mittelfristig konstanten Staatsquote, ermittelt als Produkt aus der Staatsquote des Basisjahres und dem jeweiligen Produktionspotential bei konjunkturneutralem Preisniveau:

   $$\frac{g_o}{100} \cdot P_t^n$$

   Das konjunkturneutrale Preisniveau haben wir definiert als den mit der Rate der konjunkturneutralen Preisniveausteigerung des Jahres t fortgeschriebenen Preisindex des Bruttosozialprodukts des Jahres t−1. Ein Anstieg des Preisniveaus gilt als konjunkturneutral, wenn er durch keine wirtschaftspolitische Strategie bei

Vermeidung unzumutbarer Beschäftigungsrisiken kurzfristig niedriger gehalten werden kann; dies ist eine Schätzgröße. Solange der Preisanstieg sehr niedrig ist, setzen wir keine von der tatsächlichen Preissteigerungsrate abweichende konjunkturneutrale Preissteigerungsrate an.

— Das im ersten Schritt errechnete Haushaltsvolumen ist sodann zu bereinigen um den Betrag, der einer Veränderung der Entwicklung der Staatseinnahmen im Verhältnis zum Wachstum des Produktionspotentials seit dem Basisjahr entspricht. Ergebnis ist das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen.

Für die Steuern wird dieser Betrag ermittelt, indem die Differenz der Steuerquoten des Jahres t und des Basisjahres mit dem Bruttosozialprodukt bei konjunkturneutralem Preisniveau und Normalauslastung des Produktionspotentials im Jahr t multipliziert wird:

$$\frac{(t_t - t_o)}{100} \cdot Y_t^n$$

Durch die Verwendung des Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen (Y_t^v) sollen konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen im Steueraufkommen ausgeschaltet werden. Konjunkturbedingte und inflationsbedingte Schwankungen der Steuerquote vermögen wir allerdings nach wie vor nicht hinreichend genau zu erfassen (siehe JG 70 Ziffer 341).

Für die sonstigen Einnahmen (wie z. B. Gebühren, Beiträge, Gewinne öffentlicher Unternehmen) wird der Betrag ermittelt, indem die Differenz aus den Deckungsquoten der sonstigen Einnahmen des Jahres t und des Basisjahres mit dem Produktionspotential des Jahres t bei konjunkturneutralem Preisniveau multipliziert wird:

$$\frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

Somit ergibt sich das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen als

$$H_t = \frac{g_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{(t_t - t_o)}{100} Y_t^v + \frac{(s_t - s_o)}{100} \cdot P_t^n$$

— Im dritten Schritt wird dann das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen H_t mit den tatsächlichen Ausgaben G_t der Gebietskörperschaften verglichen. Die Differenz steht für den konjunkturellen Impuls, den wir den öffentlichen Ausgaben bei gegebenen Einnahmenregelungen beimessen.

$H_t > G_t$: kontraktiv
$H_t = G_t$: konjunkturneutral
$H_t < G_t$: expansiv

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

g_o : Verhältnis der Staatsausgaben zum Produktionspotential (Staatsquote) im Basisjahr (in vH)

t_o : Verhältnis der Steuereinnahmen zum Bruttosozialprodukt (volkswirtschaftliche Steuerquote) im Basisjahr (in vH)

t_t : volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)

s_o : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Basisjahr (in vH)

s_t : Verhältnis der sonstigen Einnahmen zum Produktionspotential im Jahr t

P_t^n : Produktionspotential des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

Y_t^v : Bruttosozialprodukt bei Normalauslastung des Produktionspotentials zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^v = \frac{l_v}{100} \cdot P_t^n$$

l_v : Normalauslastungsgrad des Produktionspotentials (in vH)

G_t : Staatsausgaben im Jahr t

H_t : konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

Als Basisjahr wird derzeit das Jahr 1985 verwendet.

Auf logisch äquivalente Weise läßt sich der konjunkturelle Impuls auch über einen Vergleich des tatsächlichen Finanzierungssaldos F_t mit dem konjunkturneutralen Finanzierungssaldo F_t^n ermitteln

$F_t > F_t^n$ expansiv
$F_t = F_t^n$ konjunkturneutral
$F_t < F_t^n$ kontraktiv

wobei

$$F_t^n = \frac{k_o}{100} \cdot P_t^n + \frac{t_t}{100} (Y_t^v - Y_t^n) - \frac{t_t}{100} (Y_t^n - Y_t^i) - b_t$$

Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

F_t : Finanzierungssaldo im Jahr t

F_t^n : konjunkturneutraler Finanzierungssaldo im Jahr t

Y_t^n : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu konjunkturneutralen Preisen

$$Y_t^n = Y_t^i \cdot \frac{P_t^n}{P_t^i}$$

Y_t^i : Bruttosozialprodukt des Jahres t zu jeweiligen Preisen

P_t^i : Produktionspotential des Jahres t zu jeweiligen Preisen

$\frac{t_t}{100} (Y_t - Y_t^n)$: auslastungsbedingte Steuermindern bzw. Steuermehreinnahmen

$\frac{t_t}{100}$ $(Y_t^i - Y_t^n)$: inflationsbedingte Steuereinnahmen

b_t : anomaler Teil der Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank

k_o : potentialorientierte Kreditfinanzierungsquote im Basisjahr (in vH)

k_o wird ermittelt, indem im Basisjahr der um auslastungsbedingte Steuermehr- bzw. -mindereinnahmen, um inflationsbedingte Steuermehreinnahmen und um den anomalen Teil der Gewinnabführung der Bundesbank bereinigte Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum Produktionspotential P_o^n gesetzt wird.

V.

Zur Berechnung von Ausfuhrvolumen und Ausfuhrindizes für ausgewählte Waren und für die wichtigsten Handelspartnerländer der Bundesrepublik Deutschland

Vorbemerkung

Der Sachverständigenrat ist in diesem Jahr an das Statistische Bundesamt mit der Bitte herangetreten, zur Verbesserung seiner Informationen über die Entwicklung und Struktur der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland eine Sonderauswertung der Außenhandelsstatistik vorzunehmen. Im Vordergrund standen dabei für den Sachverständigenrat die Angaben zur Entwicklung von Ausfuhrwerten, Ausfuhrvolumina und Ausfuhrpreise (Durchschnittswerte) bei ausgewählten Waren im Außenhandel mit den wichtigsten Handelspartnerländern der Bundesrepublik. In dieser Gliederung liegen bisher keine Auswertungen vor. Das Statistische Bundesamt berechnet und veröffentlicht zwar entsprechende Daten nach ausgewählten Ländergruppen (EG-Länder, andere industrialisierte westliche Länder, OPEC-Länder, andere Entwicklungsländer, Staatshandelsländer) für die Ausfuhr und Einfuhr insgesamt und auch für Gütergruppen und Güterzweige, nicht jedoch Ergebnisse, die nach einzelnen Ländern und einzelnen Waren weit genug gegliedert sind. Die vorgelegten Berechnungen stellen einen ersten Versuch dar, diese Lücke im statistischen Informationsmaterial zu schließen. In den nachfolgenden Bemerkungen erläutern wir unsere Vorgehensweise bei der Auswertung der Außenhandelsstatistik.

Zur Aufbereitung

Ausgangspunkt für unsere Auswertungen war die amtliche Außenhandelsstatistik, die den grenzüberschreitenden Warenverkehr (Ausfuhr und Einfuhr) mit dem Ausland erfaßt, und zwar in der Darstellungsform des „Spezialhandels".[1])

In die Aufbereitung einbezogen wurden sowohl die tatsächlichen Werte als auch die nachgewiesenen Mengen der ausgeführten Waren. Die Werte sind in der Außenhandelsstatistik grundsätzlich Grenzübergangswerte (Wert frei Grenze des Erhebungsgebietes), die unabhängig von der fakturierten Währung stets in D-Mark angemeldet und erfaßt werden; die Mengen sind in der Regel auf das Eigen- beziehungsweise Reingewicht der Waren bezogen. Die amtliche Außenhandelsstatistik stellt die Ergebnisse in verschiedenen Warengliederungen, nach Ländern und Ländergruppen gegliedert, zur Verfügung. Für unsere Auswertungen haben wir das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) verwendet, das jeweils nur für ein Jahr gültig ist, und durch Änderungen, Streichungen und Neuaufnahmen von Warennummern jährlich immer wieder verfeinert und den sich ändernden Entwicklungen angepaßt wird; es umfaßt zum Beispiel 1986 für die Ausfuhr 9 300 Warennummern, die sogenannten „7-Steller". Um für die Interpretation der Ergebnisse einen besseren Bezug zu den anderen Bereichen der Konjunkturbeobachtung herstellen zu können, wurde für die Aggregation der ausgewählten Waren das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982 (GP 82), herangezogen.

Im Hinblick auf den Umfang der Arbeiten mußten wir uns bei der Auswertung auf die Ausfuhr der wichtigsten Waren konzentrieren. Dabei stand der Gesichtspunkt im Vordergrund, mit den ausgewählten Waren einen möglichst großen „Repräsentationsgrad" zu erreichen. So wurden in der Regel nur Warennummern mit einem Jahresausfuhrwert von mehr als 250 Mio DM im Jahre 1986 ausgewählt. Allerdings wurden auch einige Warennummern einbezogen, die zwar im Jahre 1986 nicht mehr diesen Ausfuhrwert erreichten, für die in den Jahren zuvor aber erheblich höhere Werte zu verzeichnen waren (zum Beispiel die Ausfuhr von Stahlerzeugnissen und von Wasserfahrzeugen). Nicht berücksichtigt wurden die Warengruppe „Ernährungswirtschaft" und aus der Gruppe „Gewerbliche Wirtschaft" die „Rohstoffe". Aufgrund dieser Auswahlkriterien wurden in die Aufbereitung zunächst 370 siebenstellige Warennummern mit ihren Ausfuhrwerten und den dazugehörigen Ausfuhrmengen, weltweit sowie gegliedert nach den wichtigsten Handelspartnerländern der Bundesrepublik Deutschland — das sind im einzelnen Frankreich, Belgien/Luxemburg, Niederlande, Italien, Großbritannien, die Schweiz, Österreich, die Vereinigten Staaten und zusätzlich Japan —, einbezogen.[2])

Mit dieser Auswahl, es sind dies etwa 4 vH der insgesamt in der Außenhandelsstatistik geführten Warennummern, wurde folgender „Repräsentationsgrad" — Ausfuhr der ausgewählten Waren in vH der Ausfuhr insgesamt beziehungsweise in die einzelnen Länder — erreicht:

[1]) Zur Erläuterung siehe Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes Fachserie 7 „Außenhandel" und entsprechende Aufsätze in „Wirtschaft und Statistik".

[2]) Auswertungsgrundlage war die Fachserie 7, Reihe 2 „Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel)", in der für die siebenstelligen Warennummern des WA für einzelne Länder Werte und Mengen monatlich und jährlich veröffentlicht werden.

Jahr	Welt	Frankreich	Belgien/ Luxemburg	Niederlande	Italien	Großbritannien	Schweiz	Österreich	Vereinigte Staaten	Japan
1980	41,8	42,6	43,3	34,2	43,3	46,5	36,5	37,9	53,4	43,6
1986	46,9	49,0	51,6	38,6	45,0	52,6	39,5	41,7	62,0	48,8

Zur Aufbereitung der Grunddaten aus der Fachserie 7, Reihe 2 der Außenhandelsstatistik ist noch auf folgendes hinzuweisen: Im Hinblick auf das sich jährlich ändernde Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) war es in einigen Fällen notwendig, Anpassungen bei diesen Warennummern vorzunehmen, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse über den beobachteten Zeitraum (1980 bis 1. Halbjahr 1987) hinweg zu gewährleisten. Grundprinzip war dabei der Rückgriff auf das amtliche Ursprungsmaterial. Dagegen sind in Abweichung von der amtlichen Volumenberechnung, die sich in den meisten Fällen auf die Gewichtsangaben stützt, die Mengenangaben für die einzelnen Warennummern in der jeweils „besonderen Maßeinheit" (zum Beispiel Stück oder Kubikmeter) — unter Beachtung der Einheitlichkeit im Beobachtungszeitraum — beibehalten und nicht in eine einheitliche Maßeinheit „umgerechnet" worden.

Zu statistisch methodischen Fragen

Bei der Aufbereitung des statistischen Grundmaterials, aber auch bei der Auswertung der Ergebnisse (Ziffern 69 ff.) ist eine Reihe von statistisch methodischen Fragen zu beachten, auf die im folgenden kurz hingewiesen werden soll:

- Die für die Auswahl der einbezogenen Waren festgelegte Abschneidegrenze von 250 Mio DM Jahresausfuhrwert im Jahre 1986 ergibt zwar, wie oben dargelegt, eine relativ hohe prozentuale Repräsentation. Damit ist jedoch im streng statistisch methodischen Sinne keineswegs gesichert, daß die Gesamtausfuhr und auch die Ausfuhr in die jeweiligen Länder durch die einbezogenen Waren repräsentiert sind.
- Die schematische Anwendung des Auswahlkriteriums hat in verschiedenen Fällen dazu geführt, daß sehr heterogen zusammengesetzte Warennummern (zum Teil Sammelpositionen) einbezogen wurden. Hier ist häufig die Interpretation der ausgewiesenen Volumenwerte, aber auch der errechneten Durchschnittswertindizes schwierig.
- Die jährlichen Änderungen des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik machten es notwendig, Anpassungen vorzunehmen. Ähnliche Zeitreihenprobleme ergaben sich aber auch ohne Änderung von Warennummern bei einigen meist hochtechnischen Produkten (zum Beispiel bei Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen), bei denen zwar durchgängig Mengen- und Wertangaben vorliegen, aus deren Auswertung jedoch deutlich wird, daß es hier keineswegs möglich ist, Mengen- und Preiseffekte wirklich zu trennen. Sie werden überlagert durch andere Effekte wie Produktwechsel innerhalb der gleichen Warennummer, Sortimentswechsel, Qualitätsänderungen, Verschiebungen zwischen Lieferländern und Veränderungen in den Liefer- und Transportkonditionen, die völlig ungefiltert und unkorrigiert in die Ergebnisse eingehen.
- Auf die besonderen Probleme der Berechnung von Volumenswerten sowie Durchschnittswertindizes und Preisindizes aus der Außenhandelsstatistik kann hier nicht eingegangen werden[3]).
- Die Ergebnisse dieser Sonderauswertung stimmen aus den vorgenannten Gründen nicht in jedem Falle mit den vom Statistischen Bundesamt laufend in Fachserie 7 veröffentlichten Indizes des Volumens und der Durchschnittswerte überein.

Zur Auswertung

Mit dem aufbereiteten Ursprungsmaterial konnten für die ausgewählten Waren, das heißt für jede Warennummer getrennt, Volumenindizes und Durchschnittswertindizes auf Basis 1980 berechnet und somit die reale Ausfuhrentwicklung in die wichtigsten Handelspartnerländer und für die ausgewählten Waren aufgezeigt werden. Da die Veröffentlichung der Ergebnisse für alle ausgewählten Warennummern in der Gliederung nach Ländern den in diesem Gutachten vorgegebenen Rahmen sprengen würde, haben wir das Ursprungsmaterial, das heißt die tatsächlichen Werte (in Mio DM), die Volumenwerte (in Mio DM) und die Indizes des Volumens und der Durchschnitts werte (1980 = 100) nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982 (GP 82), aggregiert, und zwar zu den Gruppen „Grundstoffe und Produktionsgüter", „Investitionsgüter", „Konsumgü-

[3]) Folgende Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und internationaler Organisationen seien beispielhaft für die dabei auftretenden Probleme genannt:
- Bergmann, W. „Außenhandelsvolumen und Außenhandelsindizes auf Basis 1970" in WiSta 12/1974, S. 823ff.
- Rostin, W. „Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 1970" in WiSta 6/1974, S. 387ff.
- UN, „Guidelines on Principles of a System of Price and Quantity Statistics", New York 1977.
- OECD, Department of Economics and Statistics: „Measurement of comparable import and export price indices; Methodological aspects and empirical results", Paris 1980.
- UN, Department of International Economic and Social Affairs: „Strategies for price and quantity measurement in external trade"; Statistical Papers Series M No. 69, New York 1981.

ter" sowie „Sonstige Waren" mit Zweigen, die dann nochmals unterteilt wurden (siehe nachfolgender Tabellenanhang). Bei der Zuordnung zu diesen Warengruppen beziehungsweise Zweigen sind wir bei einigen Warennummern von der GP 82 abgewichen. So haben wir die Personenkraftwagen, auch diejenigen über 2 000 cm^3, den „Konsumgütern" zugerechnet. Außerdem haben wir einen eigenen Zweig „elektrotechnische Gebrauchsgüter" gebildet. Durch unser Auswahlkriterium wurden, wie erwähnt, auch Waren erfaßt, die schon von der Zuordnung zu einer Sammelposition „Andere" her sehr heterogen sind. Diese Waren werden in der Regel nicht als gesonderte Zweige, sondern nur innerhalb der vier Gruppen ausgewiesen. Analog verfahren wird auch bei der Zuordnung der „Wasserfahrzeuge", „Luft- und Raumfahrzeuge" und „Spalt- und Brutstoffe", Zweige, in denen Warennummern enthalten sind, die häufig in ihrer Besetzungsdichte sehr starken Schwankungen unterworfen sind oder in ihrem Ausfuhrwert einen sehr hohen „Veredelungsanteil" aufweisen.

Der nachfolgende **Tabellenanhang** enthält die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung:

Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	42 494	47 486	49 089	50 932	59 246	65 256	59 909	31 152	28 757	29 269
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	20 746	23 405	24 029	27 170	31 293	33 923	32 603	17 056	15 547	16 526
03	Organische Grundstoffe	2 195	2 609	2 770	3 347	4 036	4 293	3 625	2 107	1 518	1 704
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	2 012	2 388	2 541	2 706	3 001	3 363	3 519	1 712	1 807	1 776
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	206	212	252	312	316	265	281	153	128	166
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	3 226	3 654	3 762	4 008	4 390	4 805	5 144	2 549	2 595	2 656
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	4 902	5 535	6 124	6 753	7 941	8 859	8 715	4 533	4 182	4 381
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	6 839	7 337	7 082	8 154	9 472	10 029	9 232	4 896	4 336	4 771
09	Chemiefasern	979	1 229	1 044	1 394	1 554	1 698	1 512	813	699	773
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	1 314	1 785	2 119	2 429	3 027	3 737	3 570	1 815	1 755	1 896
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	15 303	16 762	17 113	14 536	16 786	19 208	15 932	8 243	7 689	6 935
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	783	648	585	454	684	658	503	239	264	232
13	Schrott	458	476	380	369	583	627	401	225	176	179
14	Flachstahl, Stahlbleche	7 648	7 899	7 746	7 175	8 274	9 392	7 926	4 175	3 751	3 669
15	Stabstahl, Draht, Profile	2 662	2 581	2 263	1 956	2 230	2 707	2 140	1 159	980	874
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	865	957	1 004	815	946	1 088	1 090	557	533	557
17	Stahlrohre	2 888	4 202	5 135	3 768	4 069	4 735	3 872	1 888	1 984	1 424
18	NE-Metalle	3 549	3 758	3 867	4 614	5 470	5 465	4 864	2 563	2 301	2 238
19	**Investitionsgüter**	63 362	73 551	83 421	81 718	94 655	105 514	106 150	53 049	53 101	52 814
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	1 432	1 588	1 578	1 638	1 489	1 379	1 480	690	791	768
21	Maschinenbau	20 848	22 896	24 393	23 781	26 493	31 013	32 554	15 958	16 596	15 360
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	1 155	1 336	1 507	1 525	1 621	2 086	1 944	1 123	822	940
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	3 148	3 168	3 578	3 368	3 844	4 466	4 898	2 318	2 580	2 230
24	Textil- und Nähmaschinen	1 046	1 060	1 090	1 110	1 314	1 561	1 673	816	857	789
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	6 512	7 070	7 381	7 604	8 881	10 218	10 879	5 187	5 692	5 141
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	2 998	3 511	3 814	3 138	3 294	3 490	4 032	2 028	2 004	1 801
27	Bau- und Baustoffmaschinen	1 399	1 713	1 670	1 635	1 824	2 268	1 930	975	955	925
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	1 710	1 867	1 827	1 837	2 074	2 369	2 469	1 244	1 226	1 216
29	Sonstiger Maschinenbau	2 880	3 171	3 527	3 564	3 640	4 555	4 728	2 268	2 461	2 317
30	Büromaschinen und DV-Geräte	4 610	5 567	5 769	7 352	9 367	12 101	12 125	5 981	6 144	5 510
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	18 762	21 566	24 540	23 409	25 655	28 261	29 632	14 896	14 736	15 986
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	9 723	10 921	12 397	13 113	16 829	18 077	18 947	9 165	9 782	9 378
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	4 838	5 255	6 336	6 359	8 045	8 389	9 396	4 572	4 824	4 604
34	Nachrichtentechnische Geräte	1 493	1 631	1 741	1 652	1 839	2 076	1 985	944	1 041	1 014
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	1 505	1 750	2 095	2 395	2 602	3 138	3 574	1 670	1 904	1 721
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	1 200	1 280	1 241	1 675	2 765	2 853	2 477	1 232	1 245	1 282
37	Feinmechanische und optische Geräte	1 095	1 120	1 138	1 197	1 434	2 100	2 265	1 153	1 112	1 036
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	2 306	2 415	2 737	2 644	2 928	3 207	3 296	1 645	1 651	1 490
39	**Konsumgüter**	40 007	45 222	53 256	56 807	64 899	76 377	79 859	40 955	38 903	40 174
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	3 461	3 523	3 609	3 741	4 200	4 532	4 519	2 158	2 361	2 019
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	25 327	29 568	36 572	39 487	45 273	54 279	56 231	29 591	26 640	29 105
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	4 714	5 094	5 493	5 717	6 586	7 768	8 730	4 185	4 545	3 896
43	Kunststoffwaren	2 355	2 606	2 950	3 178	3 742	4 293	4 683	2 289	2 394	2 446
44	**Sonstige Waren**	697	899	1 180	1 136	1 154	1 182	1 203	596	607	579
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	146 561	167 158	186 946	190 593	219 954	248 329	247 121	125 753	121 368	122 836
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Welt in vH	*41,8*	*42,1*	*43,7*	*44,1*	*45,1*	*46,2*	*46,9*	*47,4*	*46,5*	*47,9*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Welt

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
42 494	44 482	43 226	46 309	50 550	54 599	54 172	27 489	26 683	28 242	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
20 746	22 020	21 775	24 865	26 824	28 911	29 630	15 198	14 432	15 816	Chemische Erzeugnisse	02
2 195	2 468	2 257	2 505	3 064	3 178	2 903	1 524	1 379	1 582	Organische Grundstoffe	03
2 012	2 253	2 244	2 333	2 505	2 765	2 941	1 464	1 477	1 437	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
206	184	229	315	299	216	268	129	139	190	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
3 226	3 479	3 433	3 729	3 949	4 193	4 675	2 358	2 316	2 480	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
4 902	5 048	5 714	6 713	7 272	8 071	8 470	4 407	4 063	4 414	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
6 839	7 072	6 672	7 710	8 075	8 741	8 716	4 458	4 258	4 772	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
979	1 132	862	1 172	1 222	1 309	1 248	648	600	726	Chemiefasern	09
1 314	1 663	1 879	2 293	2 645	3 072	3 150	1 576	1 575	1 731	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
15 303	15 570	14 075	13 105	14 874	16 047	14 648	7 266	7 382	7 080	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
783	650	523	462	623	541	499	205	294	270	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
458	531	421	445	493	501	473	232	241	275	Schrott	13
7 648	7 399	6 517	6 262	7 004	7 560	7 029	3 592	3 437	3 573	Flachstahl, Stahlbleche	14
2 662	2 480	1 984	1 840	2 022	2 417	2 047	1 071	976	927	Stabstahl, Draht, Profile	15
865	917	900	707	823	894	860	443	416	460	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
2 888	3 593	3 730	3 390	3 909	4 134	3 740	1 723	2 017	1 575	Stahlrohre	17
3 549	3 680	3 884	4 393	4 402	4 563	4 672	2 410	2 262	2 411	NE-Metalle	18
63 362	70 538	83 152	110 249	120 767	119 503	151 886	80 484	71 402	65 933	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
1 432	1 737	1 364	1 357	1 216	1 129	1 220	555	665	606	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
20 848	20 791	19 949	18 399	20 008	22 733	23 353	11 844	11 508	10 960	Maschinenbau	21
1 155	1 189	1 261	1 254	1 309	1 587	1 384	816	568	690	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
3 148	2 659	2 657	2 000	2 238	2 743	2 801	1 388	1 412	1 294	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
1 046	850	841	734	840	953	971	469	502	457	Textil- und Nähmaschinen	24
6 512	6 638	6 000	5 919	6 644	7 365	7 527	3 817	3 710	3 454	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
2 998	3 273	3 257	2 605	2 785	2 976	3 476	1 717	1 759	1 533	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
1 399	1 591	1 409	1 367	1 569	1 826	1 714	879	835	838	Bau- und Baustoffmaschinen	27
1 710	1 716	1 575	1 596	1 807	1 972	2 028	1 039	988	1 040	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
2 880	2 876	2 949	2 925	2 814	3 312	3 453	1 718	1 735	1 654	Sonstiger Maschinenbau	29
4 610	6 842	18 984	49 239	52 969	46 713	78 296	43 227	35 069	27 806	Büromaschinen und DV-Geräte	30
18 762	20 613	22 083	21 157	23 720	24 295	25 210	12 674	12 535	13 635	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
9 723	10 058	10 684	10 738	12 985	14 097	14 965	7 243	7 722	7 740	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
4 838	5 072	5 825	5 428	6 458	6 735	7 281	3 456	3 825	3 648	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
1 493	1 381	1 142	1 010	1 016	1 107	1 040	515	525	444	Nachrichtentechnische Geräte	34
1 505	1 624	1 553	1 658	1 798	2 186	2 472	1 166	1 306	1 298	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
1 200	1 253	1 287	1 735	2 673	2 689	2 822	1 400	1 421	1 688	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
1 095	1 073	1 123	1 115	1 193	1 375	1 515	742	773	972	Feinmechanische und optische Geräte	37
2 306	2 325	2 489	2 329	2 498	2 663	2 773	1 394	1 379	1 309	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
40 007	42 377	47 718	49 482	53 738	60 972	64 421	32 891	31 529	32 579	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
3 461	3 406	3 392	3 497	3 712	3 828	3 844	1 866	1 978	1 887	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
25 327	27 177	31 547	32 412	34 821	38 852	39 627	20 989	18 638	20 681	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
4 714	5 132	5 786	6 404	7 467	9 853	11 767	5 621	6 146	5 418	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
2 355	2 561	2 841	3 058	3 340	3 776	4 180	2 022	2 158	2 231	Kunststoffwaren	43
697	885	1 121	953	833	807	784	385	399	375	**Sonstige Waren**	44
146 561	158 283	175 217	206 993	225 889	235 880	271 263	141 249	130 013	127 129	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Welt in vH	46

Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	106,8	113,6	110,0	117,2	119,5	110,6	113,3	107,8	103,6
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	106,3	110,3	109,3	116,7	117,3	110,0	112,2	107,7	104,5
03	Organische Grundstoffe	100	105,7	122,7	133,6	131,7	135,1	124,9	138,3	110,0	107,7
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	106,0	113,2	116,0	119,8	121,6	119,7	117,0	122,3	123,5
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	115,2	110,1	99,1	105,6	122,3	104,7	118,4	92,0	87,2
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	105,0	109,6	107,5	111,2	114,6	110,0	108,1	112,0	107,1
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	109,6	107,2	100,6	109,2	109,8	102,9	102,9	102,9	99,3
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	103,7	106,2	105,8	117,3	114,7	105,9	109,8	101,8	100,0
09	Chemiefasern	100	108,5	121,0	119,0	127,1	129,7	121,2	125,5	116,5	106,4
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	107,3	112,8	105,9	114,5	121,6	113,3	115,2	111,5	109,6
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	107,7	121,6	110,9	112,9	119,7	108,8	113,5	104,2	97,9
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	99,7	111,8	98,3	109,7	121,7	100,7	116,6	89,6	86,1
13	Schrott	100	89,5	90,3	83,0	118,3	125,1	84,8	96,7	73,2	64,9
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	106,8	118,9	114,6	118,1	124,2	112,8	116,3	109,1	102,7
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	104,1	114,1	106,3	110,3	112,0	104,6	108,3	100,5	94,3
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	104,3	111,5	115,3	115,0	121,7	126,8	125,6	128,1	121,0
17	Stahlrohre	100	117,0	137,7	111,2	104,1	114,5	103,5	109,6	98,3	90,4
18	NE-Metalle	100	102,1	99,6	105,0	124,3	119,8	104,1	106,3	101,7	92,8
19	**Investitionsgüter**	100	104,3	100,3	74,1	78,4	88,3	69,9	65,9	74,4	80,1
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	91,4	115,7	120,8	122,5	122,1	121,3	124,1	119,0	126,6
21	Maschinenbau	100	110,1	122,3	129,2	132,4	136,4	139,4	134,7	144,2	140,1
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	112,4	119,6	121,6	123,9	131,5	140,5	137,6	144,7	136,2
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	119,2	134,6	168,4	171,7	162,8	174,9	167,0	182,7	172,4
24	Textil- und Nähmaschinen	100	124,7	129,6	151,3	156,4	163,8	172,3	173,9	170,9	172,8
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	106,5	123,0	128,5	133,7	138,7	144,5	135,9	153,4	148,8
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	107,3	117,1	120,5	118,3	117,3	116,0	118,1	113,9	117,5
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	107,7	118,5	119,7	116,3	124,2	112,6	110,9	114,4	110,4
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	108,8	116,0	115,1	114,8	120,2	121,8	119,6	124,0	116,9
29	Sonstiger Maschinenbau	100	110,3	119,6	121,8	129,3	137,5	136,9	132,0	141,8	140,1
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	81,4	30,4	14,9	17,7	25,9	15,5	13,8	17,5	19,8
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	104,6	111,1	110,6	108,2	116,3	117,5	117,5	117,6	117,2
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	108,6	116,0	122,1	129,6	128,2	126,6	126,5	126,7	121,2
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	103,6	108,8	117,1	124,6	124,6	129,1	132,3	126,1	126,2
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	118,2	152,4	163,6	181,1	187,5	190,9	183,3	198,4	228,1
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	107,8	134,8	144,4	144,7	143,5	144,6	143,2	145,7	132,5
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	102,2	96,4	96,5	103,4	106,1	87,8	88,0	87,6	76,0
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	104,4	101,4	107,3	120,2	152,7	149,5	155,3	143,9	106,6
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	103,9	110,0	113,5	117,2	120,5	118,9	118,0	119,8	113,8
39	**Konsumgüter**	100	106,7	111,6	114,8	120,8	125,3	124,0	124,5	123,4	123,3
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	103,4	106,4	107,0	113,2	118,4	117,6	115,7	119,4	107,0
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	108,8	115,9	121,8	130,0	139,7	141,9	141,0	142,9	140,7
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	99,3	94,9	89,3	88,2	78,8	74,2	74,5	74,0	71,9
43	Kunststoffwaren	100	101,8	103,9	103,9	112,0	113,7	112,1	113,2	111,0	109,6
44	**Sonstige Waren**	100	101,5	105,2	119,2	138,5	146,5	153,5	155,0	152,1	154,4
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	105,6	106,7	92,1	97,4	105,3	91,1	89,0	93,4	96,6

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren[1])
Welt

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987[2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	104,7	101,7	109,0	119,0	128,5	127,5	129,4	125,6	132,9	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	106,1	105,0	119,9	129,3	139,4	142,8	146,5	139,1	152,5	Chemische Erzeugnisse	02
100	112,4	102,8	114,1	139,5	144,8	132,2	138,8	125,7	144,1	Organische Grundstoffe	03
100	111,9	111,5	115,9	124,5	137,4	146,1	145,4	146,8	142,8	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	89,5	111,2	153,2	145,6	105,3	130,4	125,6	135,1	184,5	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	107,9	106,4	115,6	122,4	130,0	144,9	146,2	143,6	153,8	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	103,0	116,6	136,9	148,3	164,7	172,8	179,8	165,8	180,1	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	103,4	97,6	112,7	118,1	127,8	127,4	130,4	124,5	139,6	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	115,6	88,1	119,7	124,8	133,7	127,4	132,3	122,6	148,3	Chemiefasern	09
100	126,5	142,9	174,4	201,2	233,7	239,7	239,7	239,6	263,3	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	101,7	92,0	85,6	97,2	104,9	95,7	95,0	96,5	92,5	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	83,0	66,8	58,9	79,6	69,0	63,8	52,4	75,2	68,9	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	116,2	91,9	97,2	107,8	109,6	103,4	101,6	105,2	120,2	Schrott	13
100	96,8	85,2	81,9	91,6	98,9	91,9	93,9	89,9	93,4	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	93,1	74,5	69,1	76,0	90,8	76,9	80,4	73,3	69,6	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	106,0	104,0	81,7	95,1	103,4	99,4	102,5	96,2	106,4	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	124,4	129,1	117,4	135,3	143,1	129,5	119,3	139,7	109,1	Stahlrohre	17
100	103,7	109,4	123,8	124,0	128,6	131,7	135,8	127,5	135,9	NE-Metalle	18
100	111,3	131,2	174,0	190,6	188,6	239,7	254,0	225,4	208,1	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	121,3	95,2	94,7	84,9	78,8	85,2	77,6	92,8	84,7	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	99,7	95,7	88,3	96,0	109,0	112,0	113,6	110,4	105,1	Maschinenbau	21
100	102,9	109,1	108,5	113,3	137,3	119,7	141,2	98,3	119,5	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	84,5	84,4	63,5	71,1	87,1	89,0	88,2	89,7	82,2	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	81,2	80,3	70,1	80,3	91,1	92,8	89,7	95,9	87,3	Textil- und Nähmaschinen	24
100	101,9	92,1	90,9	102,0	113,1	115,6	117,2	113,9	106,1	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	109,2	108,6	86,9	92,9	99,3	115,9	114,5	117,3	102,3	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	113,7	100,7	97,7	112,1	130,5	122,5	125,7	119,3	119,8	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	100,4	92,1	93,4	105,7	115,3	118,6	121,6	115,6	121,7	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	99,9	102,4	101,6	97,7	115,0	119,9	119,3	120,5	114,9	Sonstiger Maschinenbau	29
100	148,4	411,8	1068,2	1149,1	1013,4	1698,5	1875,5	1521,6	1206,5	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	109,9	117,7	112,8	126,4	129,5	134,4	135,1	133,6	145,4	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	103,4	109,9	110,4	133,5	145,0	153,9	149,0	158,8	159,2	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	104,8	120,4	112,2	133,5	139,2	150,5	142,9	158,1	150,8	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	92,4	76,5	67,6	68,0	74,1	69,6	69,0	70,3	59,5	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	107,9	103,2	110,2	119,4	145,2	164,2	154,9	173,5	172,5	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	104,4	107,2	144,6	222,7	224,1	235,1	233,4	236,8	281,3	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	98,1	102,6	101,9	109,0	125,6	138,4	135,6	141,2	177,6	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	100,8	107,9	101,0	108,4	115,5	120,3	120,9	119,6	113,5	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	105,9	119,3	123,7	134,3	152,4	161,0	164,4	157,6	162,9	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	98,4	98,0	101,1	107,3	110,6	111,1	107,8	114,3	109,0	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	107,3	124,6	128,0	137,5	153,4	156,5	165,7	147,2	163,3	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	108,9	122,7	135,8	158,4	209,0	249,6	238,5	260,8	229,9	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	108,7	120,6	129,9	141,9	160,4	177,5	171,7	183,3	189,5	Kunststoffwaren	43
100	127,0	160,8	136,6	119,5	115,7	112,4	110,4	114,4	107,5	**Sonstige Waren**	44
100	108,0	119,6	141,2	154,1	160,9	185,1	192,8	177,4	173,5	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	5 199	5 428	6 067	5 748	6 573	7 177	7 279	3 903	3 376	3 660
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	2 273	2 531	2 759	2 806	3 200	3 543	3 571	1 900	1 671	1 831
03	Organische Grundstoffe	120	163	170	188	206	232	202	104	98	115
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	24	36	38	37	41	59	55	26	29	37
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	36	35	23	33	40	45	30	17	13	19
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	271	289	314	312	358	380	437	224	214	237
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	787	907	1 104	1 055	1 214	1 313	1 331	694	638	615
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	852	898	903	965	1 101	1 253	1 232	681	550	663
09	Chemiefasern	132	152	147	152	165	182	199	110	89	99
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	268	341	430	466	563	655	697	351	346	371
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	1 848	1 646	1 703	1 421	1 461	1 582	1 582	900	682	712
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	244	135	144	141	109	77	131	79	52	39
13	Schrott	13	12	10	8	14	28	22	14	8	7
14	Flachstahl, Stahlbleche	756	768	805	636	683	723	667	368	299	297
15	Stabstahl, Draht, Profile	576	471	466	415	418	490	477	286	192	219
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	113	109	111	99	103	118	139	70	68	80
17	Stahlrohre	147	152	167	121	133	146	146	84	63	71
18	NE-Metalle	570	587	640	636	691	711	708	393	315	345
19	**Investitionsgüter**	10 714	13 196	17 732	15 268	18 480	18 916	16 273	8 920	7 353	8 313
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	181	186	209	176	180	231	285	135	150	137
21	Maschinenbau	2 167	2 194	2 522	2 289	2 341	2 795	3 099	1 548	1 552	1 582
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	218	266	327	296	282	359	333	187	147	160
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	325	359	346	358	336	425	477	222	255	213
24	Textil- und Nähmaschinen	65	50	56	60	65	69	88	43	45	41
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	549	530	705	574	659	714	836	398	439	431
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	292	253	296	273	270	336	383	190	193	207
27	Bau- und Baustoffmaschinen	170	178	168	141	150	203	228	119	109	111
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	224	224	242	232	244	276	281	152	129	161
29	Sonstiger Maschinenbau	325	334	382	355	336	414	472	237	235	258
30	Büromaschinen und DV-Geräte	971	1 240	1 299	1 620	1 657	2 157	2 307	1 152	1 155	1 077
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	2 536	2 596	2 998	2 756	2 985	3 119	3 490	1 765	1 726	1 960
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	1 018	1 208	1 411	1 608	2 049	2 159	2 168	1 108	1 060	1 131
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	567	670	867	985	1 158	1 188	1 273	660	614	678
34	Nachrichtentechnische Geräte	53	58	64	54	56	67	65	31	34	41
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	166	187	218	212	217	257	309	149	160	164
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	164	208	154	224	469	504	363	186	177	163
37	Feinmechanische und optische Geräte	170	167	170	190	205	254	268	147	121	157
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	256	280	306	297	348	372	362	190	172	178
39	**Konsumgüter**	3 913	4 966	6 179	5 628	5 932	5 925	6 894	3 323	3 571	3 455
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	314	320	330	278	286	320	356	170	186	145
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	2 133	2 974	4 005	3 621	3 490	3 223	3 485	1 662	1 824	1 950
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	632	762	846	778	1 131	1 185	1 649	803	845	653
43	Kunststoffwaren	416	446	505	502	539	597	691	346	345	375
44	**Sonstige Waren**	54	61	83	66	79	103	111	49	62	57
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	19 879	23 651	30 061	26 709	31 063	32 121	30 558	16 195	14 363	15 486
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Welt in vH	*42,6*	*45,6*	*50,0*	*48,1*	*50,6*	*50,2*	*49,0*	*49,6*	*48,4*	*49,1*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil von Frankreich an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*13,3*	*13,1*	*14,1*	*12,9*	*12,6*	*11,9*	*11,8*	*12,3*	*11,4*	*12,3*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Frankreich

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
5 199	5 291	5 743	5 575	5 964	6 396	6 906	3 662	3 245	3 777	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
2 273	2 442	2 655	2 739	2 929	3 212	3 363	1 772	1 590	1 867	Chemische Erzeugnisse	02
120	147	151	156	173	198	210	103	107	104	Organische Grundstoffe	03
24	40	60	65	79	96	104	53	51	56	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
36	32	19	32	36	35	21	11	10	15	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
271	277	292	302	333	333	391	199	193	239	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
787	860	1 049	1 031	1 118	1 186	1 255	664	590	677	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
852	893	906	965	994	1 161	1 161	624	537	655	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
132	145	129	136	136	147	164	88	75	88	Chemiefasern	09
268	325	391	456	520	560	627	313	314	354	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
1 848	1 632	1 516	1 327	1 357	1 405	1 476	823	654	719	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
244	133	130	139	110	67	138	80	57	43	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
13	12	10	10	13	22	21	12	9	9	Schrott	13
756	761	712	573	620	631	606	321	285	297	Flachstahl, Stahlbleche	14
576	477	431	417	410	465	485	286	199	248	Stabstahl, Draht, Profile	15
113	105	97	83	87	95	104	54	51	60	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
147	143	137	103	117	125	122	70	52	62	Stahlrohre	17
570	568	647	619	564	608	686	375	312	371	NE-Metalle	18
10 714	11 286	13 346	14 062	15 399	15 694	17 605	10 337	7 268	7 861	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
181	173	173	143	145	181	220	102	118	112	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
2 167	1 975	2 076	1 868	1 906	2 186	2 373	1 222	1 151	1 192	Maschinenbau	21
218	243	272	234	223	233	216	125	91	102	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
325	293	274	242	238	318	374	194	180	157	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
65	38	38	37	38	36	46	23	23	21	Textil- und Nähmaschinen	24
549	454	530	471	518	526	580	282	298	301	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
292	250	278	237	253	328	351	175	176	185	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
170	163	140	124	129	169	198	105	93	99	Bau- und Baustoffmaschinen	27
224	202	204	221	219	237	241	129	112	135	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
325	331	339	302	286	337	367	189	178	192	Sonstiger Maschinenbau	29
971	1 320	2 039	4 101	3 769	4 067	6 404	4 215	2 189	1 940	Büromaschinen und DV-Geräte	30
2 536	2 562	2 676	2 435	2 718	2 826	3 371	1 643	1 728	1 807	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
1 018	1 189	1 396	1 263	1 622	1 777	1 913	1 006	907	959	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
567	707	910	727	941	944	1 050	542	508	543	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
53	40	36	31	31	33	26	14	12	14	Nachrichtentechnische Geräte	34
166	197	198	183	198	290	328	178	150	141	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
164	176	168	238	371	426	399	212	188	207	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
170	163	170	189	187	219	252	135	117	194	Feinmechanische und optische Geräte	37
256	294	307	308	337	328	329	172	157	171	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
3 913	4 666	5 698	5 048	5 680	5 289	6 502	3 181	3 320	3 279	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
314	308	307	257	262	273	312	148	165	160	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
2 133	2 846	3 715	3 214	3 017	2 476	2 532	1 217	1 315	1 411	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
632	680	800	746	1 256	1 512	2 400	1 207	1 193	1 068	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
416	419	459	444	448	482	569	282	286	315	Kunststoffwaren	43
54	56	63	52	48	60	71	34	37	32	**Sonstige Waren**	44
19 879	21 300	24 851	24 737	27 092	27 438	31 084	17 214	13 870	14 949	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Welt in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil von Frankreich an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2])
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	102,6	105,6	103,1	110,2	112,2	105,4	106,6	104,1	96,9
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	103,7	103,9	102,5	109,2	110,3	106,2	107,2	105,1	98,1
03	Organische Grundstoffe	100	111,1	113,2	120,6	119,1	117,6	96,1	100,9	91,4	110,0
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	88,3	63,5	57,9	52,6	61,3	53,5	49,8	57,2	65,6
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	110,5	121,6	104,8	110,4	126,9	139,4	154,7	123,5	129,7
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	104,4	107,7	103,1	107,4	114,3	111,8	112,6	110,9	98,9
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	105,5	105,3	102,3	108,6	110,7	106,1	104,4	108,0	90,9
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	100,5	99,6	99,9	110,8	107,9	106,1	109,2	102,5	101,3
09	Chemiefasern	100	104,4	114,2	112,1	121,4	124,3	121,7	124,5	118,4	112,8
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	105,1	110,1	102,1	108,2	117,0	111,1	112,3	110,0	104,7
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	100,8	112,4	107,1	107,6	112,6	107,1	109,4	104,3	99,0
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	100,9	110,8	101,5	99,6	114,3	94,8	97,7	90,7	91,2
13	Schrott	100	101,9	106,0	77,7	103,3	126,7	102,1	113,8	86,5	74,2
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	100,9	113,1	111,0	110,1	114,7	110,1	114,8	104,8	100,0
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	98,6	108,2	99,6	101,9	105,2	98,4	99,9	96,2	88,2
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	103,6	114,8	119,1	118,7	124,4	132,9	130,9	135,1	131,8
17	Stahlrohre	100	105,9	122,0	116,7	113,9	117,4	120,4	119,9	121,0	115,0
18	NE-Metalle	100	103,3	98,9	102,7	122,5	117,1	103,2	104,9	101,1	92,9
19	**Investitionsgüter**	100	116,9	132,9	108,6	120,0	120,5	92,4	86,3	101,2	105,8
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	107,5	120,9	123,1	124,3	127,7	129,5	132,5	126,9	122,2
21	Maschinenbau	100	111,1	121,5	122,6	122,9	127,9	130,6	126,7	134,8	132,8
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	109,9	120,2	126,4	126,0	153,8	154,5	149,2	161,6	157,7
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	122,3	126,2	147,9	141,4	133,7	127,5	114,4	141,7	135,5
24	Textil- und Nähmaschinen	100	130,5	147,2	164,1	169,6	189,1	191,3	190,5	192,1	194,9
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	116,7	132,9	121,8	127,2	135,9	144,2	141,2	147,1	143,3
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	101,2	106,6	115,1	106,6	102,3	109,0	108,6	109,4	111,5
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	109,1	120,4	114,3	116,0	119,9	115,4	113,0	118,1	112,5
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	111,0	118,6	105,1	111,2	116,2	116,7	117,7	115,5	119,2
29	Sonstiger Maschinenbau	100	100,8	112,6	117,4	117,3	122,6	128,7	125,8	131,8	134,4
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	93,9	63,7	39,5	44,0	53,0	36,0	27,3	52,8	55,5
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	101,3	112,0	113,2	109,8	110,4	103,5	107,4	99,9	108,5
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	101,6	101,1	127,4	126,3	121,5	113,3	110,1	116,9	118,0
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	94,9	95,2	135,5	123,0	125,8	121,3	121,7	120,8	124,9
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	145,4	175,9	175,0	184,3	206,8	248,6	224,2	275,7	302,8
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	95,1	109,9	115,3	109,8	88,5	94,1	83,9	106,2	116,7
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	118,1	91,6	94,1	126,5	118,4	90,9	88,1	94,1	78,6
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	102,4	100,4	100,9	109,1	115,9	106,1	108,5	103,4	81,0
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	95,3	99,9	96,5	103,2	113,4	109,9	110,4	109,4	103,8
39	**Konsumgüter**	100	106,4	108,4	111,5	104,4	112,0	106,0	104,4	107,5	105,4
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	103,8	107,3	108,2	109,1	117,4	114,1	115,5	112,8	90,8
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	104,5	107,8	112,7	115,7	130,2	137,6	136,5	138,7	138,2
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	112,0	105,8	104,2	90,0	78,4	68,7	66,6	70,8	61,1
43	Kunststoffwaren	100	106,5	110,0	113,0	120,4	123,8	121,4	122,5	120,4	119,2
44	**Sonstige Waren**	100	108,4	132,3	127,5	162,5	172,2	156,2	144,6	166,8	180,4
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	111,0	121,0	108,0	114,7	117,1	98,3	94,1	103,6	103,6

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Frankreich

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2])	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
							1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.		
100	101,8	110,5	107,2	114,7	123,0	132,8	140,9	124,8	145,3	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	107,4	116,8	120,5	128,9	141,4	148,0	156,0	140,0	164,3	Chemische Erzeugnisse	02
100	122,5	125,4	129,8	144,1	164,6	175,4	172,2	178,5	173,9	Organische Grundstoffe	03
100	167,4	250,5	268,2	326,4	397,4	430,6	438,9	422,2	468,3	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	89,1	52,0	88,2	100,1	98,6	59,2	60,5	57,8	82,1	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	102,1	107,7	111,5	123,0	122,8	144,3	146,5	142,1	176,7	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	109,4	133,3	131,1	142,2	150,8	159,5	168,9	150,1	172,1	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	104,8	106,3	113,3	116,6	136,2	136,2	146,4	126,0	153,6	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	110,2	97,4	102,6	103,1	111,1	124,0	133,8	114,2	132,7	Chemiefasern	09
100	121,1	145,9	170,3	194,2	209,1	234,0	233,5	234,4	264,1	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	88,3	82,0	71,8	73,4	76,0	79,9	89,0	70,7	77,8	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	54,8	53,2	57,1	45,1	27,5	56,6	66,0	47,2	35,3	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	96,0	77,7	82,2	103,9	175,0	165,9	188,6	143,2	143,5	Schrott	13
100	100,6	94,2	75,8	82,0	83,4	80,2	84,9	75,5	78,6	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	82,9	74,7	72,4	71,2	80,7	84,2	99,3	69,2	86,0	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	93,2	85,6	73,7	76,9	84,0	92,4	95,3	89,5	106,9	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	97,6	93,4	70,5	79,5	84,9	82,9	95,1	70,8	84,2	Stahlrohre	17
100	99,7	113,6	108,8	99,0	106,7	120,5	131,6	109,4	130,4	NE-Metalle	18
100	105,3	124,6	131,3	143,7	146,5	164,3	193,0	135,7	146,7	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	95,5	95,4	78,7	79,8	99,8	121,1	112,0	130,2	123,2	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	91,1	95,8	86,2	87,9	100,8	109,5	112,7	106,2	110,0	Maschinenbau	21
100	111,3	125,0	107,4	102,5	106,9	99,0	114,7	83,3	93,2	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	90,2	84,3	74,5	73,1	97,9	115,1	119,4	110,8	96,7	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	58,8	58,9	56,3	59,2	56,0	70,6	69,3	71,8	64,8	Textil- und Nähmaschinen	24
100	82,8	96,6	85,9	94,4	95,8	105,7	102,6	108,7	109,6	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	85,7	95,3	81,4	86,7	112,6	120,5	120,1	120,9	127,1	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	96,2	82,1	72,7	76,1	99,5	116,4	123,8	109,0	115,9	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	90,3	91,2	98,5	97,9	106,0	107,6	115,4	99,8	120,6	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	101,9	104,3	93,0	88,1	103,8	112,9	116,2	109,6	118,4	Sonstiger Maschinenbau	29
100	135,9	209,8	422,1	388,0	418,7	659,2	867,7	450,8	399,5	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	101,0	105,5	96,0	107,2	111,4	132,9	129,6	136,2	142,5	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	116,8	137,2	124,0	159,3	174,6	187,9	197,7	178,1	188,4	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	124,7	160,6	128,2	166,1	166,6	185,3	191,3	179,2	191,5	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	76,4	69,3	58,7	58,3	61,8	49,6	52,2	47,0	51,5	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	118,5	119,3	110,5	119,1	174,7	197,9	214,5	181,2	169,6	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	107,0	102,0	144,5	225,6	258,9	242,8	257,2	228,3	251,5	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	96,2	99,8	110,9	110,3	128,9	148,3	159,1	137,5	228,4	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	115,1	120,0	120,4	131,7	128,3	128,7	134,7	122,7	133,9	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	119,3	145,6	129,0	145,2	135,2	166,2	162,6	169,7	167,6	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	98,0	97,9	81,8	83,3	86,8	99,5	94,0	105,0	101,6	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	133,4	174,2	150,7	141,4	116,1	118,7	114,1	123,3	132,3	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	107,6	126,6	118,1	198,7	239,3	379,8	382,0	377,7	338,0	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	100,7	110,4	106,8	107,7	116,0	136,7	135,8	137,7	151,5	Kunststoffwaren	43
100	105,1	117,2	96,4	90,4	111,2	133,0	126,8	139,2	118,7	**Sonstige Waren**	44
100	107,1	125,0	124,4	136,3	138,0	156,4	173,2	139,5	150,4	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	2 750	3 131	3 236	3 944	4 439	4 736	4 346	2 334	2 012	2 347
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	1 409	1 615	1 719	2 044	2 425	2 491	2 392	1 271	1 121	1 305
03	Organische Grundstoffe	275	349	338	424	583	476	394	205	189	230
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	185	211	229	235	267	281	289	145	144	136
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	28	24	61	95	106	80	93	42	51	71
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	160	171	188	197	211	234	248	124	124	145
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	265	317	350	380	429	499	529	294	235	289
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	371	392	432	533	651	725	660	363	297	336
09	Chemiefasern	109	130	100	159	153	170	153	84	69	77
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	196	232	247	268	306	358	356	192	165	193
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	670	800	812	967	1 015	1 095	951	511	440	489
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	31	57	38	34	36	38	28	19	9	10
13	Schrott	29	33	24	24	66	60	35	20	16	22
14	Flachstahl, Stahlbleche	326	400	448	612	561	607	582	306	276	314
15	Stabstahl, Draht, Profile	159	170	165	180	187	190	137	76	61	62
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	76	79	78	58	78	99	101	55	45	59
17	Stahlrohre	50	62	59	59	88	100	68	36	32	23
18	NE-Metalle	339	295	286	327	402	428	327	182	145	148
19	**Investitionsgüter**	3 542	3 576	4 361	4 554	4 723	5 513	6 369	3 216	3 153	3 242
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	98	96	95	82	84	114	108	54	54	51
21	Maschinenbau	937	869	1 083	894	1 015	1 305	1 374	681	693	637
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	73	72	62	71	84	101	104	55	49	62
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	120	128	248	126	135	223	215	99	117	74
24	Textil- und Nähmaschinen	21	19	26	29	30	36	39	20	19	19
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	257	237	262	256	292	376	416	197	220	174
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	127	127	160	102	136	170	184	101	83	87
27	Bau- und Baustoffmaschinen	79	64	73	48	58	85	80	40	40	41
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	92	90	91	102	104	114	113	60	52	61
29	Sonstiger Maschinenbau	168	132	160	158	177	200	223	110	113	118
30	Büromaschinen und DV-Geräte	234	245	227	297	386	446	575	298	276	238
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	1 509	1 547	2 075	2 327	2 181	2 377	2 831	1 449	1 383	1 557
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	503	556	596	667	766	945	1 106	544	562	563
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	253	278	345	388	410	527	624	321	304	318
34	Nachrichtentechnische Geräte	102	130	112	79	113	134	172	73	99	59
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	78	82	71	55	72	96	116	54	61	61
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	41	36	34	106	129	134	126	62	64	91
37	Feinmechanische und optische Geräte	51	49	46	43	46	55	68	33	34	42
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	207	211	230	237	241	266	303	155	148	150
39	**Konsumgüter**	5 555	5 744	6 707	6 622	6 452	7 529	8 396	4 372	4 024	4 675
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	349	341	321	314	323	346	368	170	198	176
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	4 226	4 470	5 497	5 485	5 216	6 144	6 784	3 600	3 185	3 858
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	329	318	326	312	361	411	520	247	273	255
43	Kunststoffwaren	226	225	234	237	282	325	363	182	182	205
44	**Sonstige Waren**	51	51	36	42	45	54	56	27	29	25
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	11 897	12 502	14 340	15 163	15 659	17 833	19 167	9 950	9 217	10 290
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Belgien/Luxemburg in vH	*43,3*	*43,2*	*46,1*	*47,6*	*46,0*	*48,2*	*51,6*	*52,2*	*50,9*	*52,9*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil von Belgien/Luxemburg an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*7,8*	*7,3*	*7,3*	*7,4*	*7,0*	*6,9*	*7,1*	*7,2*	*6,9*	*7,6*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Belgien/Luxemburg

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
2 750	2 967	3 023	3 527	3 767	3 985	4 011	2 077	1 934	2 191	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
1 409	1 547	1 642	1 905	2 124	2 186	2 340	1 177	1 162	1 287	Chemische Erzeugnisse	02
275	311	293	354	487	409	444	196	248	272	Organische Grundstoffe	03
185	208	210	228	229	235	271	134	137	116	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
28	20	61	97	108	69	90	36	53	83	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
160	165	174	179	184	194	203	105	99	115	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
265	329	390	403	417	474	547	289	258	286	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
371	373	407	482	549	643	633	335	298	332	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
109	124	91	143	132	142	130	70	59	69	Chemiefasern	09
196	214	221	255	261	287	303	161	143	169	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
670	790	731	931	940	988	888	477	412	485	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
31	53	33	32	30	29	24	16	8	9	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
29	39	28	29	56	50	42	21	21	34	Schrott	13
326	399	404	587	532	569	561	293	267	313	Flachstahl, Stahlbleche	14
159	169	145	168	167	161	125	68	57	62	Stabstahl, Draht, Profile	15
76	75	74	52	69	81	78	43	35	46	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
50	56	47	62	86	97	59	36	23	21	Stahlrohre	17
339	289	286	302	309	360	320	178	142	157	NE-Metalle	18
3 542	3 332	4 046	5 934	7 530	6 500	10 040	5 698	4 341	4 255	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
98	91	83	76	72	95	91	45	47	44	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
937	790	973	794	874	1 071	1 096	562	535	518	Maschinenbau	21
73	68	60	77	78	77	71	38	33	42	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
120	105	191	101	95	172	141	66	75	51	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
21	15	23	22	18	20	25	12	13	9	Textil- und Nähmaschinen	24
257	226	263	216	239	274	343	177	165	146	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
127	112	133	92	123	161	124	63	61	61	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
79	65	70	52	56	64	71	36	35	46	Bau- und Baustoffmaschinen	27
92	78	78	85	89	96	100	55	44	52	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
168	121	154	149	177	208	222	115	107	111	Sonstiger Maschinenbau	29
234	243	382	2 145	3 478	2 515	5 637	3 515	2 122	1 834	Büromaschinen und DV-Geräte	30
1 509	1 438	1 831	2 094	2 206	1 778	2 003	975	1 027	1 176	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
503	509	503	574	645	768	905	447	459	509	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
253	274	305	320	370	485	569	293	276	309	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
102	113	79	58	51	54	61	26	34	24	Nachrichtentechnische Geräte	34
78	59	51	41	55	64	88	38	50	44	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
41	31	32	111	123	109	122	55	67	102	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
51	57	66	50	47	49	67	32	35	40	Feinmechanische und optische Geräte	37
207	202	204	193	204	223	237	122	115	134	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
5 555	5 647	6 509	6 213	6 259	7 303	7 891	4 073	3 818	4 536	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
349	337	301	296	290	292	305	145	160	150	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
4 226	4 376	5 357	5 128	5 061	5 937	6 261	3 293	2 968	3 690	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
329	330	315	313	403	505	681	321	360	340	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
226	223	229	223	255	292	315	157	158	189	Kunststoffwaren	43
51	43	38	31	37	41	55	24	30	21	**Sonstige Waren**	44
11 897	11 991	13 616	15 704	17 594	17 829	21 996	11 873	10 123	11 004	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Belgien/Luxemburg in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil von Belgien/Luxemburg an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	105,5	107,0	111,8	117,8	118,8	108,4	112,4	104,0	107,1
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	104,4	104,7	107,3	114,2	114,0	102,3	108,0	96,5	101,4
03	Organische Grundstoffe	100	112,3	115,5	119,7	119,7	116,4	88,8	104,6	76,3	84,7
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	101,5	109,0	103,1	116,8	119,5	106,8	107,9	105,8	117,2
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	116,6	100,3	97,3	98,1	116,2	103,7	116,6	94,9	86,1
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	104,0	108,0	110,1	115,1	120,6	121,9	118,8	125,2	126,2
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	96,5	89,8	94,1	102,9	105,4	96,8	101,8	91,2	101,0
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	104,9	106,2	110,5	118,6	112,7	104,1	108,2	99,5	101,3
09	Chemiefasern	100	104,6	109,3	111,6	116,1	120,1	117,9	119,4	116,0	111,3
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	108,6	111,6	105,4	117,0	124,7	117,5	119,2	115,5	114,0
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	101,3	111,1	103,9	108,0	110,9	107,1	107,3	107,0	100,8
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	108,0	115,8	105,0	118,7	133,8	118,3	121,3	112,5	104,0
13	Schrott	100	84,2	86,3	83,0	117,6	121,0	84,1	93,2	75,0	65,6
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	100,3	110,8	104,2	105,4	106,5	103,8	104,1	103,4	100,4
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	100,4	113,5	106,7	112,1	118,0	110,1	112,6	107,1	99,2
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	105,9	104,8	110,5	113,0	122,1	128,8	128,1	129,7	128,8
17	Stahlrohre	100	110,9	127,4	96,3	102,3	103,0	115,5	99,8	139,8	105,1
18	NE-Metalle	100	101,8	100,0	108,2	130,2	118,7	102,4	102,4	102,4	94,1
19	**Investitionsgüter**	100	107,3	107,8	76,8	62,7	84,8	63,4	56,4	72,6	76,2
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	105,9	114,7	107,3	116,5	119,7	118,1	120,4	115,8	115,7
21	Maschinenbau	100	110,0	111,3	112,6	116,2	121,8	125,3	121,3	129,6	123,1
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	107,1	103,3	92,3	108,1	130,1	146,5	144,6	148,6	148,6
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	121,6	129,5	125,6	142,7	129,9	152,8	149,3	155,8	144,6
24	Textil- und Nähmaschinen	100	127,9	115,7	132,4	162,2	181,2	156,9	172,4	143,4	210,4
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	105,0	99,5	118,6	122,1	137,5	121,4	111,0	132,6	119,1
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	113,8	120,9	110,9	110,3	105,5	147,7	159,9	135,2	143,2
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	97,4	104,8	93,2	103,8	131,9	113,2	112,0	114,3	90,6
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	115,4	116,6	120,3	117,3	119,3	113,0	109,1	117,8	117,9
29	Sonstiger Maschinenbau	100	108,8	103,7	106,2	100,1	96,5	100,5	95,6	105,7	106,3
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	101,0	59,5	13,8	11,1	17,8	10,2	8,5	13,0	13,0
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	107,6	113,3	111,1	98,9	133,7	141,4	148,5	134,6	132,4
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	109,2	118,5	116,3	118,6	123,2	122,2	121,8	122,6	110,6
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	101,4	113,1	121,3	110,9	108,7	109,7	109,3	110,2	103,1
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	115,0	142,0	136,5	220,3	246,2	284,1	275,3	290,9	240,2
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	138,8	138,5	132,0	129,9	148,6	131,7	144,6	122,0	138,4
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	115,0	107,8	95,8	105,3	123,0	103,0	111,9	95,5	89,8
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	84,7	69,4	86,0	97,2	112,9	100,8	104,3	97,6	104,4
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	104,3	113,0	122,7	118,2	119,2	127,9	126,7	129,2	112,1
39	**Konsumgüter**	100	101,7	103,0	106,6	103,1	103,1	106,4	107,3	105,4	103,1
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	101,1	106,6	106,1	111,1	118,5	120,7	117,6	123,5	117,5
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	102,1	102,6	107,0	103,1	103,5	108,4	109,3	107,3	104,6
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	96,4	103,4	99,7	89,6	81,5	76,4	77,2	75,8	75,1
43	Kunststoffwaren	100	100,7	102,2	106,5	110,4	111,5	115,3	116,0	114,7	108,3
44	**Sonstige Waren**	100	117,9	96,1	134,9	120,9	132,9	102,1	110,0	95,7	122,5
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	104,3	105,3	96,6	89,0	100,0	87,1	83,8	91,1	93,5

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Belgien/Luxemburg

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	107,9	109,9	128,3	137,0	144,9	145,9	151,1	140,7	159,4	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	109,8	116,5	135,2	150,7	155,1	166,0	167,0	164,9	182,6	Chemische Erzeugnisse	02
100	112,9	106,2	128,6	176,8	148,6	161,2	142,3	180,1	197,5	Organische Grundstoffe	03
100	112,5	113,6	123,1	123,6	127,2	146,3	145,0	147,7	125,3	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	73,3	220,3	353,1	390,5	251,5	326,2	264,1	388,4	600,1	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	103,1	108,8	111,7	114,7	121,1	127,1	130,8	123,4	143,4	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	123,8	146,9	152,0	157,0	178,4	205,9	217,7	194,0	215,8	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	100,6	109,6	129,9	148,0	173,3	170,7	180,8	160,5	178,6	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	113,6	83,6	130,8	120,4	130,0	118,7	128,7	108,6	126,8	Chemiefasern	09
100	109,0	112,5	129,7	133,1	146,2	154,3	163,6	145,1	172,4	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	117,9	109,1	138,9	140,3	147,4	132,6	142,3	122,9	144,8	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	172,0	108,3	105,1	98,6	93,2	78,4	103,0	53,7	60,0	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	135,7	97,0	101,8	195,9	174,1	145,9	146,1	145,7	235,5	Schrott	13
100	122,4	124,0	180,2	163,3	174,9	172,1	180,2	164,1	192,1	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	106,5	91,3	105,9	105,0	101,1	78,3	84,9	71,7	77,9	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	97,8	97,2	68,4	90,2	106,5	102,4	113,0	91,9	120,1	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	112,3	94,1	124,7	173,2	196,8	119,3	145,0	93,6	86,6	Stahlrohre	17
100	85,4	84,3	89,1	91,1	106,4	94,3	104,8	83,8	92,8	NE-Metalle	18
100	94,1	114,2	167,5	212,6	183,5	283,5	321,8	245,1	240,3	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	92,3	84,0	77,2	73,5	96,4	92,6	90,5	94,6	89,1	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	84,2	103,8	84,7	93,2	114,3	117,0	119,8	114,1	110,4	Maschinenbau	21
100	93,1	82,8	106,6	107,2	106,7	97,9	104,7	91,0	114,9	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	87,1	158,7	83,5	78,5	142,5	117,0	109,5	124,6	85,2	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	69,9	107,6	104,9	87,1	92,9	117,5	109,6	125,5	86,8	Textil- und Nähmaschinen	24
100	87,8	102,4	83,9	92,8	106,3	133,1	137,6	128,6	113,5	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	88,2	104,4	72,5	97,0	126,9	97,9	99,3	96,4	96,0	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	83,1	88,9	65,8	71,0	81,4	90,3	91,0	89,5	116,2	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	84,8	85,1	92,3	96,6	104,0	108,4	120,1	96,7	112,2	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	71,9	91,8	88,5	105,0	123,6	132,0	136,6	127,4	132,0	Sonstiger Maschinenbau	29
100	103,5	163,1	915,4	1 484,1	1 073,0	2 405,2	2 999,4	1 811,0	1 565,4	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	95,2	121,3	138,7	146,2	117,8	132,7	129,2	136,1	155,8	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	101,3	100,0	114,2	128,3	152,7	180,1	177,7	182,5	202,5	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	108,1	120,6	126,4	146,0	191,6	224,8	231,6	217,9	243,7	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	110,6	77,3	56,9	50,1	53,3	59,5	51,9	67,1	48,0	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	75,5	65,7	53,0	70,8	82,5	112,9	96,6	129,3	113,5	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	77,3	78,2	273,6	303,6	268,3	301,3	273,8	328,8	502,3	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	111,8	128,9	96,7	92,2	95,3	130,4	124,8	135,9	156,2	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	97,7	98,6	93,6	98,8	108,0	114,7	118,3	111,1	129,5	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	101,7	117,2	111,8	112,7	131,5	142,0	146,6	137,5	163,3	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	96,6	86,3	84,7	83,1	83,5	87,3	82,9	91,8	85,9	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	103,6	126,8	121,4	119,8	140,5	148,2	155,8	140,5	174,6	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	100,3	95,7	95,2	122,3	153,3	206,7	194,7	218,7	206,3	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	98,6	101,1	98,5	112,8	129,0	139,3	138,5	140,1	167,2	Kunststoffwaren	43
100	86,0	74,3	62,0	73,6	80,5	108,3	96,6	120,0	82,0	**Sonstige Waren**	44
100	100,8	114,4	132,0	147,9	149,9	184,9	199,6	170,2	185,0	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach den

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	3 703	3 846	4 143	4 660	5 188	5 683	5 440	3 005	2 435	2 449
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	1 687	1 739	1 988	2 468	2 689	2 885	2 681	1 550	1 131	1 192
03	Organische Grundstoffe	488	533	750	1 046	1 166	1 176	929	625	304	247
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	112	116	139	144	151	186	211	97	114	108
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	2	1	1	4	4	4	2	1	1	2
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	165	184	190	204	216	245	262	129	133	146
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	405	378	424	523	537	577	592	331	261	319
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	454	464	421	485	552	632	627	337	290	340
09	Chemiefasern	37	41	38	35	33	34	29	16	13	15
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	275	351	382	422	485	598	608	315	293	302
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	1 181	1 222	1 235	1 108	1 353	1 520	1 425	782	643	617
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	28	15	35	25	47	31	35	24	12	8
13	Schrott	2	6	6	40	35	53	53	15	38	35
14	Flachstahl, Stahlbleche	439	390	392	397	459	459	470	246	223	243
15	Stabstahl, Draht, Profile	299	298	259	265	297	324	338	171	166	140
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	134	133	145	135	166	180	201	104	97	87
17	Stahlrohre	280	380	397	246	349	473	328	221	107	104
18	NE-Metalle	397	353	404	454	475	501	476	241	235	247
19	**Investitionsgüter**	3 865	3 723	4 030	4 302	5 179	6 187	6 786	3 314	3 473	3 414
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	107	115	121	113	142	158	177	79	98	126
21	Maschinenbau	1 154	1 078	1 115	1 213	1 409	1 729	2 000	932	1 068	999
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	28	28	34	37	39	68	82	39	43	44
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	153	144	169	217	251	282	322	157	165	162
24	Textil- und Nähmaschinen	23	19	23	23	28	27	32	16	15	15
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	361	328	352	341	404	525	602	269	333	327
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	194	176	166	177	211	219	331	122	209	139
27	Bau- und Baustoffmaschinen	82	72	69	82	144	177	143	81	62	76
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	84	86	88	91	89	97	100	53	48	47
29	Sonstiger Maschinenbau	229	224	214	246	244	334	389	196	193	189
30	Büromaschinen und DV-Geräte	281	328	357	488	694	882	880	430	450	408
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	1 124	952	1 167	1 158	1 379	1 612	1 847	940	907	1 001
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	739	735	760	827	964	1 167	1 188	600	588	568
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	361	369	357	349	428	530	570	286	284	285
34	Nachrichtentechnische Geräte	102	83	69	100	107	154	129	74	55	47
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	119	101	126	139	142	180	229	109	120	115
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	129	143	170	186	177	110	58	52	51
37	Feinmechanische und optische Geräte	121	123	140	130	167	189	205	98	107	110
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	272	270	286	304	362	397	445	217	229	174
39	**Konsumgüter**	3 711	3 490	3 721	3 969	4 183	4 800	5 116	2 583	2 533	2 806
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	841	797	725	751	761	865	880	419	461	409
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	1 121	1 041	1 393	1 504	1 579	1 773	1 892	1 004	888	1 163
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	524	516	516	583	621	828	874	441	433	449
43	Kunststoffwaren	441	438	474	515	592	677	713	347	366	388
44	**Sonstige Waren**	115	116	134	188	223	270	226	111	116	76
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	11 394	11 175	12 028	13 120	14 773	16 940	17 569	9 013	8 556	8 745
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach den Niederlanden in vH	*34,2*	*33,0*	*33,3*	*34,7*	*35,1*	*36,6*	*38,6*	*39,2*	*38,1*	*38,5*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil der Niederlande an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*9,5*	*8,5*	*8,5*	*8,8*	*8,6*	*8,6*	*8,6*	*8,7*	*8,6*	*8,9*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren[1])
Niederlanden

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987[2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
3 703	3 768	3 679	4 205	4 515	4 749	4 776	2 308	2 468	2 354	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
1 687	1 790	1 832	2 207	2 393	2 467	2 394	1 073	1 321	1 184	Chemische Erzeugnisse	02
488	630	675	732	815	808	689	169	520	231	Organische Grundstoffe	03
112	110	91	86	95	116	127	60	68	71	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
2	1	1	6	5	7	3	1	2	3	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
165	177	173	186	194	220	236	117	119	129	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
405	369	446	674	734	683	687	382	305	394	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
454	442	389	467	497	579	604	318	285	332	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
37	39	34	33	28	29	25	14	11	14	Chemiefasern	09
275	328	342	396	419	478	505	263	242	260	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
1 181	1 126	987	973	1 178	1 256	1 230	660	570	579	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
28	15	34	24	43	26	30	21	10	7	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
2	5	5	30	18	25	42	11	31	34	Schrott	13
439	373	322	341	396	381	417	213	204	227	Flachstahl, Stahlbleche	14
299	285	226	241	267	286	311	150	161	148	Stabstahl, Draht, Profile	15
134	127	128	123	141	148	162	85	78	72	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
280	321	273	215	313	390	267	181	86	90	Stahlrohre	17
397	344	400	421	360	412	453	222	231	264	NE-Metalle	18
3 865	3 678	4 182	7 697	9 699	9 170	13 214	5 963	7 252	5 560	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
107	120	126	117	136	147	162	70	93	96	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
1 154	1 035	978	1 092	1 200	1 448	1 580	794	786	792	Maschinenbau	21
28	29	33	33	33	84	124	62	62	72	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
153	166	152	225	219	273	312	154	158	151	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
23	12	15	19	26	23	24	13	11	10	Textil- und Nähmaschinen	24
361	287	271	291	339	410	459	228	231	225	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
194	189	165	163	184	197	216	112	104	111	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
82	68	74	78	121	135	121	61	60	70	Bau- und Baustoffmaschinen	27
84	87	90	87	83	86	86	47	40	42	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
229	198	177	196	195	239	238	117	121	113	Sonstiger Maschinenbau	29
281	409	892	4 267	5 842	4 765	8 577	3 638	4 938	3 208	Büromaschinen und DV-Geräte	30
1 124	892	1 054	1 022	1 192	1 297	1 450	737	713	769	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
739	698	681	718	756	909	889	457	433	445	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
361	344	321	292	337	388	390	197	194	201	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
102	96	54	67	75	105	80	48	31	29	Nachrichtentechnische Geräte	34
119	99	91	116	130	168	208	101	107	121	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	114	142	162	127	124	83	43	41	39	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
121	121	127	133	181	166	169	76	93	85	Feinmechanische und optische Geräte	37
272	248	253	252	304	303	333	172	161	133	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
3 711	3 471	3 628	3 817	3 930	4 406	4 701	2 389	2 312	2 471	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
841	800	722	755	744	805	823	410	412	389	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
1 121	1 033	1 299	1 340	1 364	1 411	1 453	780	673	866	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
524	507	532	622	675	932	1 034	536	499	488	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
441	441	459	499	542	646	695	325	371	370	Kunststoffwaren	43
115	101	92	121	119	151	111	58	53	48	**Sonstige Waren**	44
11 394	11 018	11 581	15 840	18 263	18 476	22 802	10 718	12 085	10 433	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach den Niederlanden in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der Niederlande an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach den

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	102,1	112,6	110,8	114,9	119,7	113,9	130,2	98,7	104,0
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	97,2	108,5	111,8	112,4	116,9	112,0	144,5	85,7	100,7
03	Organische Grundstoffe	100	84,5	111,0	142,9	143,1	145,5	134,7	369,2	58,5	107,0
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	105,6	152,4	166,2	159,6	159,9	165,9	162,3	169,0	152,6
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	148,2	229,0	63,5	76,5	64,1	75,6	97,6	60,2	52,2
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	103,8	110,1	109,8	111,3	111,2	111,2	109,9	112,4	113,3
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	102,5	94,9	77,7	73,2	84,6	86,2	86,6	85,8	81,0
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	104,9	108,2	103,8	110,9	109,1	103,8	105,9	101,5	102,4
09	Chemiefasern	100	104,5	114,2	109,0	118,7	115,8	112,6	112,5	112,6	110,9
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	106,9	111,8	106,7	115,9	125,0	120,5	119,7	121,4	115,9
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	108,5	125,2	113,8	114,9	121,0	115,9	118,4	112,9	106,7
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	102,1	104,3	105,3	110,3	119,2	116,3	114,5	120,1	115,0
13	Schrott	100	125,2	134,9	132,0	193,9	214,7	126,7	141,1	121,8	104,8
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	104,5	121,8	116,7	115,8	120,4	112,7	115,8	109,6	106,7
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	104,7	114,6	109,7	111,2	113,2	108,5	114,0	103,3	94,4
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	104,2	113,7	109,8	117,7	121,5	124,0	123,3	124,7	120,3
17	Stahlrohre	100	118,3	145,6	114,6	111,7	121,3	122,6	121,9	124,1	115,9
18	NE-Metalle	100	102,7	101,0	107,9	131,9	121,7	105,1	108,5	101,9	93,4
19	**Investitionsgüter**	100	101,2	96,4	55,9	53,4	67,5	51,4	55,6	47,9	61,4
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	95,7	96,1	96,8	104,3	107,2	109,2	114,2	105,4	131,9
21	Maschinenbau	100	104,1	114,0	111,1	117,5	119,4	126,6	117,4	135,9	126,1
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	98,4	103,2	110,4	117,1	81,0	66,0	62,8	69,2	60,8
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	86,8	110,8	96,5	114,5	103,2	103,3	101,6	104,9	107,6
24	Textil- und Nähmaschinen	100	154,8	154,0	119,2	108,4	118,0	133,9	127,4	141,5	142,7
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	114,4	129,8	117,1	119,1	127,9	131,1	118,0	144,2	145,5
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	93,4	101,0	108,7	114,9	111,1	153,1	108,3	201,7	125,1
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	105,3	92,4	104,5	118,5	130,7	118,1	131,9	104,1	109,7
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	98,7	97,9	105,0	107,2	113,0	116,3	113,0	120,2	114,0
29	Sonstiger Maschinenbau	100	113,4	120,5	125,5	125,4	139,9	163,5	168,3	159,0	167,5
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	80,2	40,0	11,4	11,9	18,5	10,3	11,8	9,1	12,7
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	106,7	110,8	113,3	115,7	124,3	127,3	127,5	127,1	130,1
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	105,2	111,6	115,2	127,4	128,3	133,6	131,3	135,9	127,8
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	107,4	111,1	119,3	126,9	136,5	146,1	145,3	146,9	142,0
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	86,6	129,7	148,9	142,5	145,7	161,9	153,4	175,0	161,2
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	101,3	138,4	120,6	109,8	106,5	110,1	107,8	112,2	95,4
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	113,7	100,5	105,0	146,9	142,8	132,7	136,3	128,9	132,8
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	101,7	110,2	97,8	91,8	113,9	121,2	128,6	115,2	129,5
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	109,0	113,2	120,5	119,1	130,8	133,9	126,2	142,0	130,7
39	**Konsumgüter**	100	100,5	102,6	104,0	106,4	108,9	108,8	108,1	109,5	113,5
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	99,6	100,5	99,4	102,2	107,4	107,0	102,2	111,8	105,2
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	100,9	107,2	112,3	115,8	125,6	130,2	128,7	132,0	134,4
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	101,9	97,0	93,7	92,0	88,8	84,5	82,4	86,8	92,0
43	Kunststoffwaren	100	99,4	103,5	103,2	109,3	104,8	102,6	106,8	98,9	104,8
44	**Sonstige Waren**	100	114,6	145,9	155,7	187,6	179,3	203,1	189,8	217,6	157,6
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	101,4	103,9	82,8	80,9	91,7	77,0	84,1	70,8	83,8

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Niederlanden

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	101,7	99,3	113,5	121,9	128,6	129,0	124,6	133,3	127,1	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	106,1	108,6	130,8	141,8	146,2	141,9	127,2	156,6	140,4	Chemische Erzeugnisse	02
100	129,2	138,3	150,0	167,0	165,6	141,3	69,3	213,2	94,6	Organische Grundstoffe	03
100	97,8	81,2	77,2	84,7	103,8	113,7	106,7	120,8	126,2	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	34,2	31,5	365,5	304,7	397,6	170,2	140,2	200,2	355,5	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	107,2	104,4	112,1	117,1	133,0	142,6	141,9	143,4	155,6	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	91,1	110,2	166,3	181,3	168,6	169,5	188,5	150,4	194,4	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	97,4	85,8	102,9	109,7	127,7	133,1	140,4	125,9	146,2	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	104,5	89,6	86,9	73,7	77,8	67,6	75,4	59,8	72,5	Chemiefasern	09
100	119,4	124,4	143,9	152,3	174,1	183,6	191,4	175,8	189,5	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	95,3	83,5	82,4	99,7	106,3	104,1	111,8	96,4	98,0	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	53,5	120,2	86,3	153,3	93,1	109,1	148,1	70,2	52,6	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	306,6	298,7	1 888,1	1 134,6	1 556,2	2 615,5	1 342,8	3 888,2	4 221,6	Schrott	13
100	84,9	73,2	77,5	90,2	86,8	94,9	96,9	92,9	103,6	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	95,2	75,8	80,7	89,4	95,8	104,1	100,6	107,6	99,0	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	95,2	95,5	92,0	105,3	110,9	121,3	126,6	116,1	108,1	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	114,7	97,4	76,6	111,6	139,2	95,5	129,3	61,7	64,2	Stahlrohre	17
100	86,5	100,6	105,8	90,6	103,5	113,9	111,6	116,2	132,8	NE-Metalle	18
100	95,2	108,2	199,2	250,9	237,3	341,9	308,6	375,3	287,7	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	112,1	117,1	109,1	127,1	137,1	151,2	129,5	172,9	177,8	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	89,7	84,7	94,7	103,9	125,4	136,9	137,6	136,2	137,3	Maschinenbau	21
100	102,7	118,5	118,0	117,4	299,3	441,8	440,0	443,6	509,3	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	108,0	99,3	146,5	143,0	178,2	203,3	201,1	205,4	196,8	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	53,5	64,5	83,0	110,5	98,5	101,7	109,2	94,2	88,0	Textil- und Nähmaschinen	24
100	79,3	75,1	80,6	93,8	113,6	127,0	126,4	127,6	124,4	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	97,3	84,9	84,1	94,7	101,5	111,3	115,9	106,8	114,2	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	83,9	91,1	96,0	148,7	165,9	148,2	149,6	146,9	170,5	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	103,6	107,3	103,6	98,7	102,3	102,9	111,4	94,4	99,1	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	86,5	77,5	85,6	85,2	104,4	103,9	101,9	106,0	98,6	Sonstiger Maschinenbau	29
100	145,7	317,9	1 520,5	2 081,7	1 697,8	3 055,9	2 592,8	3 519,0	2 286,3	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	79,4	93,8	91,0	106,1	115,4	129,1	131,2	127,0	136,9	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	94,4	92,1	97,1	102,3	123,0	120,3	123,5	117,1	120,3	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	95,2	88,9	80,9	93,3	107,4	108,0	108,9	107,1	111,0	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	93,4	52,3	65,5	73,2	103,0	77,7	94,0	61,4	56,7	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	83,6	76,8	97,4	109,3	142,0	174,9	169,9	179,9	203,9	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	113,9	142,8	162,2	127,1	124,1	83,5	85,5	81,5	77,6	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	100,5	105,5	110,5	150,5	137,8	140,2	126,3	154,0	141,3	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	91,2	93,2	92,8	111,8	111,7	122,5	126,4	118,5	98,1	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	93,5	97,8	102,9	105,9	118,7	126,7	128,7	124,6	133,2	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	95,2	85,8	89,8	88,5	95,7	97,9	97,6	98,1	92,4	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	92,1	115,9	119,5	121,7	125,9	129,6	139,1	120,1	154,5	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	96,8	101,6	118,8	129,0	177,9	197,5	204,6	190,5	186,3	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	100,0	104,1	113,3	123,0	146,7	157,8	147,3	168,2	168,1	Kunststoffwaren	43
100	87,9	79,8	105,1	103,6	131,1	96,9	101,4	92,5	83,8	**Sonstige Waren**	44
100	96,7	101,6	139,0	160,3	162,1	200,1	188,1	212,1	183,1	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	4 087	3 982	4 114	4 413	5 451	6 173	5 748	3 061	2 687	3 095
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	2 166	2 414	2 495	2 699	3 250	3 688	3 659	1 931	1 728	2 047
03	Organische Grundstoffe	212	287	257	257	297	387	336	191	145	181
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	150	154	170	177	228	269	305	143	161	172
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	10	12	15	21	26	30	35	25	10	18
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	277	298	313	337	396	466	519	262	256	293
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	463	514	555	588	737	831	799	416	383	455
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	876	922	959	1 040	1 223	1 316	1 305	695	611	732
09	Chemiefasern	137	185	187	236	299	339	313	175	138	168
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	69	141	197	249	269	298	289	154	135	186
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	1 302	990	915	768	1 068	1 273	970	541	429	448
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	88	55	43	35	44	72	60	37	23	26
13	Schrott	366	360	289	231	327	391	218	135	83	79
14	Flachstahl, Stahlbleche	509	360	373	334	448	488	361	190	171	191
15	Stabstahl, Draht, Profile	143	104	98	89	127	155	151	86	65	74
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	55	43	30	26	29	40	47	25	22	29
17	Stahlrohre	142	69	82	53	92	126	133	69	64	49
18	NE-Metalle	434	325	390	547	713	739	638	342	296	304
19	**Investitionsgüter**	4 865	5 186	4 934	4 642	5 493	6 737	7 554	3 743	3 811	4 274
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	30	41	34	30	35	38	48	23	25	59
21	Maschinenbau	1 350	1 290	1 210	1 157	1 352	1 624	1 821	883	939	1 025
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	51	49	43	44	49	70	79	50	29	56
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	152	150	154	120	176	198	265	124	140	139
24	Textil- und Nähmaschinen	135	92	93	107	112	149	159	83	77	85
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	256	264	256	262	342	398	445	197	248	246
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	176	164	168	131	137	158	184	88	96	95
27	Bau- und Baustoffmaschinen	114	112	95	77	63	86	80	35	45	47
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	298	287	224	227	275	321	327	166	161	187
29	Sonstiger Maschinenbau	170	172	178	188	200	245	282	139	143	170
30	Büromaschinen und DV-Geräte	551	750	524	623	844	1 198	1 130	558	572	552
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	1 675	1 891	1 853	1 488	1 619	2 012	2 461	1 244	1 217	1 493
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	935	831	891	979	1 256	1 407	1 647	795	851	904
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	473	430	431	466	549	620	832	405	428	470
34	Nachrichtentechnische Geräte	60	65	78	79	91	94	87	37	50	61
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	117	109	118	143	149	203	242	120	122	146
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	236	176	189	220	385	397	358	174	184	156
37	Feinmechanische und optische Geräte	117	120	121	98	107	141	132	72	59	109
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	198	240	261	222	238	288	302	158	143	127
39	**Konsumgüter**	3 983	4 546	4 568	4 146	4 922	5 567	5 908	2 952	2 956	3 413
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	137	141	148	156	197	206	202	102	99	99
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	2 640	3 328	3 185	2 866	3 373	3 848	4 038	2 003	2 035	2 471
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	866	687	815	727	858	958	1 123	573	550	535
43	Kunststoffwaren	156	165	174	185	248	299	310	158	151	185
44	**Sonstige Waren**	17	19	24	23	30	35	49	28	21	19
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	12 951	13 732	13 640	13 224	15 895	18 513	19 260	9 785	9 475	10 800
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Italien in vH	*43,3*	*43,9*	*42,1*	*41,2*	*42,2*	*44,3*	*44,9*	*45,0*	*44,8*	*47,1*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil von Italien an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*8,5*	*7,9*	*7,6*	*7,4*	*7,7*	*7,8*	*8,1*	*8,2*	*8,1*	*8,9*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Italien

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
4 087	3 931	3 918	4 224	4 758	5 366	5 307	2 761	2 547	3 010	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
2 166	2 343	2 338	2 534	2 837	3 256	3 322	1 723	1 599	1 912	Chemische Erzeugnisse	02
212	255	210	212	256	272	242	125	117	129	Organische Grundstoffe	03
150	170	204	233	262	289	315	143	172	174	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
10	11	13	20	25	27	32	22	10	16	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
277	305	300	337	395	462	517	261	257	299	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
463	481	512	530	616	725	690	377	313	414	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
876	909	909	965	1 013	1 183	1 239	640	599	710	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
137	174	157	203	233	260	249	136	113	148	Chemiefasern	09
69	132	176	234	235	255	264	139	125	166	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
1 302	1 032	893	777	962	1 101	968	507	461	505	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
88	56	41	32	37	55	45	27	19	25	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
366	402	322	275	274	312	258	137	121	126	Schrott	13
509	365	344	311	417	442	357	179	178	202	Flachstahl, Stahlbleche	14
143	104	89	84	121	147	146	84	62	79	Stabstahl, Draht, Profile	15
55	40	27	24	25	35	43	22	21	27	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
142	66	70	51	88	109	120	59	62	46	Stahlrohre	17
434	326	408	539	592	606	600	317	283	338	NE-Metalle	18
4 865	5 348	6 192	12 809	24 561	9 385	18 562	10 303	8 259	9 146	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
30	34	31	29	32	42	38	19	19	31	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
1 350	1 230	1 053	992	1 126	1 233	1 327	657	670	751	Maschinenbau	21
51	49	40	35	40	47	53	34	20	35	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
152	147	131	94	130	128	183	83	101	106	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
135	74	61	75	66	86	96	49	47	46	Textil- und Nähmaschinen	24
256	254	230	240	277	286	292	139	153	163	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
176	152	125	97	117	139	145	70	75	75	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
114	107	84	67	59	70	64	31	33	37	Bau- und Baustoffmaschinen	27
298	277	216	221	267	292	292	147	145	169	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
170	170	167	163	169	185	201	103	98	120	Sonstiger Maschinenbau	29
551	1 097	2 141	9 307	20 693	5 090	13 683	7 862	5 822	6 342	Büromaschinen und DV-Geräte	30
1 675	1 831	1 746	1 366	1 452	1 693	1 946	990	955	1 172	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
935	806	784	790	972	1 000	1 230	588	641	632	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
473	481	404	383	454	485	606	284	322	327	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
60	53	52	52	53	45	43	20	23	25	Nachrichtentechnische Geräte	34
117	95	93	95	87	122	141	67	74	86	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
236	123	156	201	319	268	338	166	172	134	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
117	120	132	104	100	117	126	71	55	121	Feinmechanische und optische Geräte	37
198	210	211	180	178	196	201	107	94	93	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
3 983	4 376	4 290	3 717	4 289	4 702	4 918	2 518	2 401	2 878	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
137	129	142	152	178	194	190	96	94	109	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
2 640	3 204	2 931	2 419	2 707	2 835	2 738	1 394	1 344	1 674	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
866	677	845	780	973	1 180	1 506	787	719	810	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
156	170	165	189	240	298	308	153	155	192	Kunststoffwaren	43
17	18	19	26	22	24	42	26	16	14	**Sonstige Waren**	44
12 951	13 674	14 419	20 776	33 630	19 476	28 829	15 607	13 222	15 047	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Italien in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil von Italien an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	101,3	105,0	104,5	114,6	115,0	108,3	110,9	105,5	102,8
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	103,1	106,7	106,5	114,6	113,3	110,1	112,1	108,1	107,1
03	Organische Grundstoffe	100	112,6	122,5	120,9	116,1	142,3	138,8	152,4	124,3	141,0
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	90,7	83,2	76,0	86,7	93,3	96,7	100,1	93,8	98,6
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	105,6	114,5	105,1	103,2	114,1	107,7	110,7	101,2	112,8
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	97,7	104,3	100,2	100,1	100,9	100,2	100,7	99,7	98,2
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	106,7	108,4	111,0	119,6	114,6	115,8	110,4	122,2	110,0
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	101,4	105,6	107,8	120,6	111,3	105,4	108,5	102,0	103,1
09	Chemiefasern	100	106,6	119,0	116,1	128,0	130,3	125,4	128,4	121,7	114,0
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	106,8	112,1	106,1	114,6	117,0	109,3	110,3	108,1	112,2
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	96,0	102,4	98,9	111,0	115,6	100,1	106,6	93,0	88,6
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	97,9	103,0	107,3	118,8	130,5	132,1	138,5	122,9	105,7
13	Schrott	100	89,5	89,8	84,1	119,4	125,2	84,5	98,2	68,9	62,4
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	98,7	108,4	107,5	107,5	110,4	101,3	106,2	96,4	94,5
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	100,4	109,8	106,3	105,3	105,4	103,6	101,8	106,0	93,1
16	Schmiede-, Press- u. Hammerwerkserz.	100	107,1	112,4	110,0	116,7	116,0	110,0	114,4	105,5	106,4
17	Stahlrohre	100	105,4	117,8	104,2	104,2	116,0	110,5	117,2	104,2	107,2
18	NE-Metalle	100	99,8	95,7	101,5	120,3	122,0	106,3	107,9	104,4	90,0
19	**Investitionsgüter**	100	97,0	79,7	36,2	22,4	71,8	40,7	36,3	46,1	46,7
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	121,8	111,8	104,2	108,8	91,8	124,0	120,4	127,6	187,6
21	Maschinenbau	100	104,9	114,9	116,7	120,1	131,7	137,3	134,4	140,1	136,5
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	100,1	106,5	124,9	122,0	147,7	148,6	147,5	150,6	158,7
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	101,8	117,4	128,6	135,8	154,9	144,5	150,4	139,7	131,5
24	Textil- und Nähmaschinen	100	124,5	152,7	142,9	168,0	173,3	165,5	168,6	162,3	183,6
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	103,9	111,5	109,1	123,3	139,1	152,5	141,3	162,8	151,2
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	107,8	134,7	135,7	117,0	113,6	127,1	126,5	127,7	126,4
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	104,9	113,2	114,9	105,7	122,2	124,4	110,1	138,2	127,7
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	103,6	103,7	102,9	102,9	110,0	112,0	112,9	111,1	110,6
29	Sonstiger Maschinenbau	100	101,0	106,7	115,3	118,0	132,4	140,1	135,0	145,4	141,9
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	68,4	24,5	6,7	4,1	23,5	8,3	7,1	9,8	8,7
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	103,3	106,1	108,9	111,5	118,8	126,5	125,6	127,4	127,4
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	103,1	113,6	123,9	129,1	140,7	133,9	135,2	132,7	143,1
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	89,4	106,7	121,6	121,0	128,0	137,4	142,6	132,8	143,8
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	122,5	148,1	152,3	173,6	210,2	203,3	189,0	215,3	243,4
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	114,1	127,7	150,3	171,3	165,8	171,6	178,6	165,1	169,6
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	143,1	121,6	109,5	120,6	148,5	105,8	104,6	106,9	116,3
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	99,3	92,0	94,1	107,3	121,3	104,6	102,1	107,8	90,1
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	114,4	124,0	123,6	133,4	147,0	149,9	147,4	152,8	136,3
39	**Konsumgüter**	100	103,9	106,5	111,5	114,8	118,4	120,1	117,3	123,1	118,6
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	109,9	104,4	102,5	110,9	106,3	106,1	106,3	106,0	90,1
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	103,9	108,7	118,5	124,6	135,7	147,5	143,7	151,4	147,6
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	101,4	96,5	93,2	88,2	81,2	74,6	72,8	76,5	66,0
43	Kunststoffwaren	100	96,8	105,3	98,0	103,2	100,2	100,4	103,4	97,4	96,6
44	**Sonstige Waren**	100	101,9	124,6	90,0	134,3	150,0	118,2	109,6	132,2	135,7
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	100,4	94,6	63,7	47,3	95,1	66,8	62,7	71,7	71,8

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Italien

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	96,2	95,9	103,4	116,4	131,3	129,9	135,1	124,6	147,3	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	108,1	107,9	117,0	130,9	150,3	153,3	159,1	147,6	176,5	Chemische Erzeugnisse	02
100	120,2	99,1	100,3	120,8	128,5	114,3	118,3	110,3	121,6	Organische Grundstoffe	03
100	113,0	135,6	154,8	174,5	191,9	209,4	190,3	228,6	231,5	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	106,9	130,8	193,3	243,5	259,9	314,2	434,6	193,9	316,0	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	110,1	108,1	121,4	142,6	166,6	186,6	187,9	185,2	215,3	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	103,9	110,5	114,4	133,0	156,6	148,9	162,6	135,1	178,7	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	103,8	103,8	110,2	115,7	135,1	141,5	146,3	136,7	162,2	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	127,0	114,6	148,6	170,5	190,2	182,2	198,7	165,7	215,8	Chemiefasern	09
100	190,6	253,9	338,7	339,3	368,7	382,2	403,6	360,8	479,2	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	79,3	68,6	59,7	73,9	84,6	74,4	77,9	70,9	77,6	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	64,0	47,1	36,7	42,5	63,0	51,4	60,7	42,2	56,5	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	109,7	87,8	75,1	74,9	85,3	70,4	74,8	66,0	68,9	Schrott	13
100	71,7	67,6	61,2	82,0	87,0	70,1	70,3	69,9	79,3	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	72,6	62,7	58,8	84,7	103,2	102,3	118,2	86,5	111,0	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	72,5	48,8	43,8	45,9	63,5	77,8	79,2	76,4	100,1	Schmiede-, Press- u. Hammerwerkserz.	16
100	46,3	49,4	35,6	62,0	77,0	84,8	82,6	87,0	65,1	Stahlrohre	17
100	75,0	93,9	124,1	136,4	139,5	138,2	146,0	130,5	155,5	NE-Metalle	18
100	109,9	127,3	263,3	504,9	192,9	381,5	423,6	339,5	376,0	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	114,0	103,2	95,9	106,5	139,9	129,0	128,3	129,7	210,6	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	91,1	78,0	73,5	83,4	91,3	98,3	97,3	99,3	111,2	Maschinenbau	21
100	96,1	78,7	68,8	78,3	92,4	104,1	131,8	76,4	137,9	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	97,0	86,4	61,7	85,3	84,1	120,8	109,0	132,5	139,2	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	54,8	45,2	55,9	49,4	63,8	71,6	73,1	70,1	68,9	Textil- und Nähmaschinen	24
100	99,1	89,7	94,0	108,2	111,9	114,1	109,0	119,2	127,2	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	86,7	70,9	55,2	66,8	79,1	82,4	79,5	85,3	85,3	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	93,9	74,1	58,8	52,1	61,9	56,5	55,5	57,5	64,9	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	92,9	72,5	74,1	89,6	97,9	98,1	99,0	97,1	113,7	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	100,3	98,1	95,9	99,8	109,1	118,5	121,6	115,5	141,1	Sonstiger Maschinenbau	29
100	199,1	388,5	1 688,9	3 754,9	923,6	2 483,0	2 853,1	2 112,8	2 301,6	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	109,4	104,3	81,6	86,7	101,1	116,2	118,3	114,1	140,0	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	86,3	83,9	84,5	104,0	107,0	131,6	125,9	137,3	135,2	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	101,7	85,5	81,1	95,9	102,5	128,1	120,0	136,2	138,3	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	88,2	87,5	86,5	87,7	74,8	71,8	65,5	78,0	84,1	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	81,2	79,2	81,5	74,5	104,6	120,6	115,1	126,1	146,9	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	52,1	65,9	85,0	135,1	113,2	143,1	140,7	145,5	113,8	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	103,0	112,8	89,2	85,4	99,7	107,8	121,2	94,3	207,7	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	106,1	106,5	90,7	90,0	99,1	101,6	108,6	94,6	94,4	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	109,9	107,7	93,3	107,7	118,0	123,5	126,4	120,5	144,5	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	94,0	103,6	111,1	129,9	141,5	138,8	140,9	136,8	159,8	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	121,4	111,0	91,6	102,5	107,4	103,7	105,6	101,8	126,8	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	78,2	97,5	90,0	112,4	136,3	174,0	181,8	166,1	187,2	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	109,3	106,0	121,1	153,9	191,5	197,9	196,4	199,5	245,9	Kunststoffwaren	43
100	110,7	117,5	157,0	133,0	141,9	252,6	312,9	192,3	165,5	**Sonstige Waren**	44
100	105,6	111,3	160,4	259,7	150,4	222,6	241,0	204,2	232,4	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	2 701	3 045	3 442	3 856	4 755	5 184	5 056	2 551	2 505	2 570
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	1 078	1 390	1 529	1 795	2 320	2 527	2 480	1 282	1 198	1 291
03	Organische Grundstoffe	65	111	93	131	260	236	203	128	75	79
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	128	176	204	242	277	345	378	186	192	201
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	0	1	1	3	2	1	0	0	—	2
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	140	177	190	204	219	251	253	129	124	141
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	299	373	448	508	720	768	749	366	383	381
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	376	464	506	575	704	765	737	397	340	399
09	Chemiefasern	43	58	57	95	90	107	109	51	58	60
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	123	176	229	269	356	428	442	217	225	250
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	1 010	931	1 036	1 026	1 216	1 391	1 365	678	687	652
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	80	66	50	17	36	25	20	13	7	3
13	Schrott	—	0	0	0	2	4	4	3	0	0
14	Flachstahl, Stahlbleche	636	571	698	779	893	1 056	1 040	527	513	542
15	Stabstahl, Draht, Profile	135	85	103	66	72	87	74	41	33	29
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	36	43	52	57	68	71	64	32	31	38
17	Stahlrohre	124	165	132	107	146	148	164	61	103	40
18	NE-Metalle	421	462	518	628	716	649	565	274	292	280
19	**Investitionsgüter**	4 482	4 626	5 858	6 927	8 245	9 976	9 618	4 780	4 837	5 563
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	30	69	27	61	64	42	55	31	24	41
21	Maschinenbau	1 320	1 352	1 647	1 727	2 042	2 517	2 423	1 212	1 211	1 224
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	91	112	190	203	211	318	272	157	115	115
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	210	193	254	207	311	345	308	145	163	148
24	Textil- und Nähmaschinen	45	39	44	43	55	56	58	30	28	27
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	477	504	564	650	757	922	869	438	431	505
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	153	141	167	152	198	253	249	114	134	98
27	Bau- und Baustoffmaschinen	86	97	109	125	122	146	157	76	81	69
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	116	115	138	147	162	198	195	99	96	95
29	Sonstiger Maschinenbau	142	151	181	200	226	279	316	153	163	169
30	Büromaschinen und DV-Geräte	709	733	864	1 148	1 468	1 670	1 326	667	659	761
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	1 431	1 523	2 033	2 546	2 839	3 682	3 591	1 810	1 781	2 244
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	601	676	856	982	1 342	1 503	1 526	754	773	768
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	303	325	419	472	587	729	770	362	408	428
34	Nachrichtentechnische Geräte	60	78	67	62	62	59	121	61	59	59
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	82	97	138	129	146	183	209	103	106	94
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	111	132	173	249	464	426	322	172	150	131
37	Feinmechanische und optische Geräte	89	109	119	130	177	238	233	115	118	130
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	148	114	171	196	238	298	301	153	147	131
39	**Konsumgüter**	3 440	4 708	6 130	7 829	7 752	9 060	8 724	4 960	3 764	4 068
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	211	253	343	381	501	555	459	221	238	197
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	2 645	3 618	4 757	5 962	5 665	6 676	6 448	3 902	2 546	3 055
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	177	293	391	763	769	946	884	378	506	395
43	Kunststoffwaren	153	200	262	324	388	455	489	242	247	243
44	**Sonstige Waren**	23	20	21	22	38	36	55	22	34	14
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	10 646	12 398	15 451	18 635	20 791	24 257	23 453	12 313	11 140	12 215
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Großbritannien in vH	*46,5*	*47,4*	*49,3*	*52,6*	*51,2*	*52,8*	*52,6*	*53,8*	*51,3*	*55,2*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil von Großbritannien an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*6,5*	*6,6*	*7,3*	*8,2*	*8,3*	*8,6*	*8,5*	*8,6*	*8,3*	*8,6*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Großbritannien

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
2 701	2 969	3 312	3 895	4 651	5 094	5 542	2 735	2 808	2 983	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
1 078	1 336	1 495	1 877	2 428	2 683	2 998	1 524	1 474	1 630	Chemische Erzeugnisse	02
65	84	84	121	151	152	146	72	73	70	Organische Grundstoffe	03
128	142	157	187	214	254	340	163	177	168	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
0	1	0	2	2	0	0	0	—	3	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
140	173	175	191	199	229	248	123	125	140	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
299	392	497	667	1 095	1 190	1 309	687	622	711	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
376	461	501	587	643	727	813	413	399	455	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
43	56	51	82	76	87	100	44	56	61	Chemiefasern	09
123	173	224	287	340	395	442	212	230	261	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
1 010	908	942	1 006	1 178	1 297	1 375	651	724	689	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
80	65	48	17	38	22	18	12	6	3	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Schrott	13
636	562	646	770	870	1 011	1 060	525	535	583	Flachstahl, Stahlbleche	14
135	84	95	67	71	84	79	41	38	35	Stabstahl, Draht, Profile	15
36	42	49	54	61	57	50	24	25	32	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
124	156	104	97	138	123	169	49	120	36	Stahlrohre	17
421	466	528	607	587	558	558	266	292	322	NE-Metalle	18
4 482	5 035	14 626	20 206	10 861	21 534	18 103	7 423	10 680	6 578	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
30	40	31	41	58	49	61	34	27	34	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
1 320	1 245	1 392	1 445	1 713	2 099	1 903	981	922	905	Maschinenbau	21
91	105	157	167	183	290	202	118	84	95	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
210	173	209	156	241	296	240	116	125	115	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
45	25	32	25	33	30	33	18	14	13	Textil- und Nähmaschinen	24
477	479	476	576	617	721	650	350	299	317	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
153	128	133	113	173	224	195	87	108	75	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
86	89	101	101	101	135	150	78	72	72	Bau- und Baustoffmaschinen	27
116	111	126	134	149	162	165	84	81	81	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
142	135	157	173	216	241	268	130	138	136	Sonstiger Maschinenbau	29
709	1 233	9 901	14 637	4 374	13 716	10 330	3 547	6 783	2 305	Büromaschinen und DV-Geräte	30
1 431	1 557	1 822	2 363	2 687	3 218	3 164	1 638	1 526	1 865	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
601	721	987	1 184	1 684	1 999	2 153	995	1 158	1 207	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
303	365	433	497	670	792	885	354	532	610	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
60	67	50	37	52	43	70	40	29	28	Nachrichtentechnische Geräte	34
82	97	103	89	101	122	149	78	71	65	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
111	162	362	514	816	993	982	492	491	470	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
89	97	125	116	130	169	163	79	83	114	Feinmechanische und optische Geräte	37
148	120	159	171	201	257	274	138	135	122	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
3 440	4 056	5 245	6 881	6 516	7 130	6 601	3 589	3 012	3 080	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
211	242	318	349	425	461	415	205	211	193	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
2 645	3 003	3 907	4 898	4 363	4 536	4 157	2 486	1 671	1 943	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
177	285	397	897	901	1 274	1 096	447	649	532	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
153	202	262	339	385	425	482	234	248	238	Kunststoffwaren	43
23	15	14	17	26	26	45	14	31	9	**Sonstige Waren**	44
10 646	12 076	23 196	30 999	22 055	33 783	30 291	13 760	16 531	12 649	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Großbritannien in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil von Großbritannien an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	102,6	103,9	99,0	102,2	101,8	91,2	93,3	89,2	86,2
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	104,1	102,3	95,6	95,6	94,2	82,7	84,1	81,3	79,2
03	Organische Grundstoffe	100	132,6	111,4	108,1	171,9	155,5	139,8	177,7	102,6	114,1
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	123,8	130,0	129,6	129,3	135,5	111,0	113,6	108,7	119,3
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	105,7	124,0	120,6	97,5	222,4	153,1	153,1	—	59,3
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	102,3	108,6	106,9	110,0	109,6	102,2	104,7	99,7	101,2
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	94,9	90,2	76,2	65,8	64,5	57,2	53,3	61,6	53,6
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	100,7	100,9	97,9	109,4	105,3	90,7	95,9	85,2	87,7
09	Chemiefasern	100	103,8	111,9	115,5	118,2	122,9	109,4	116,8	103,6	98,2
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	101,6	102,2	93,8	104,7	108,3	100	102,6	97,6	95,8
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	102,5	109,9	102,0	103,3	107,2	99,2	104,1	94,9	94,7
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	102,3	103,3	98,8	95,1	112,3	110,6	113,1	105,9	117,5
13	Schrott	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	101,6	108,1	101,1	102,6	104,5	98,1	100,4	95,8	93,0
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	101,8	108,5	98,3	100,5	103,0	93,9	99,2	88,0	83,5
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	104,6	107,5	106,1	111,6	123,8	128,1	131,4	125,0	119,4
17	Stahlrohre	100	105,8	127,0	110,9	105,9	120,4	97,2	125,0	85,8	109,4
18	NE-Metalle	100	99,2	98,2	103,4	122,0	116,2	101,3	102,9	99,8	86,8
19	**Investitionsgüter**	100	91,9	40,1	34,3	75,9	46,3	53,1	64,4	45,3	84,6
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	172,9	87,5	148,4	110,0	85,7	89,9	91,4	88,1	120,0
21	Maschinenbau	100	108,6	118,3	119,5	119,2	119,9	127,4	123,5	131,5	135,3
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	106,7	121,0	121,8	115,1	109,9	134,5	133,0	136,6	120,2
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	111,3	121,2	132,1	129,2	116,6	128,1	124,9	131,1	128,6
24	Textil- und Nähmaschinen	100	157,7	138,7	174,0	164,5	188,3	175,9	161,5	194,4	198,4
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	105,1	118,6	112,7	122,8	127,9	133,8	125,0	144,0	159,4
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	109,7	125,4	134,1	114,1	112,8	127,5	131,3	124,4	130,0
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	109,4	107,3	123,3	120,6	108,3	104,3	97,5	111,8	95,1
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	104,4	109,1	109,9	109,2	121,9	118,5	118,2	118,7	117,1
29	Sonstiger Maschinenbau	100	111,9	115,1	115,9	104,7	115,6	118,0	118,1	118,0	124,2
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	59,5	8,7	7,8	33,6	12,2	12,8	18, 8	9,7	33,0
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	97,8	111,6	107,7	105,7	114,4	113,5	110,5	116,7	120,3
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	93,7	86,7	82,9	79,7	75,2	70,9	75,7	66,7	63,6
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	89,2	96,6	94,9	87,6	92,0	87,0	102,4	76,8	70,1
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	116,1	134,6	166,6	120,2	137,8	173,2	153,0	200,8	209,4
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	100,8	133,0	144,5	144,8	149,5	140,7	132,2	150,2	145,9
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	81,3	47,7	48,4	56,9	42,9	32,8	35,0	30,5	27,9
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	112,0	94,9	111,9	135,8	140,7	143,2	145,0	141,5	114,5
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	95,2	107,4	114,7	118,4	115,9	109,8	110,5	109,1	107,2
39	**Konsumgüter**	100	116,1	116,9	113,8	119,0	127,1	132,2	138,2	124,9	132,1
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	104,8	107,7	109,3	117,8	120,4	110,5	108,1	112,9	102,1
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	120,5	121,8	121,7	129,8	147,2	155,1	157,0	152,3	157,3
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	102,7	98,3	85,1	85,4	74,3	80,6	84,5	78,0	74,3
43	Kunststoffwaren	100	99,4	100,1	95,4	100,6	107,1	101,5	103,3	99,7	102,1
44	**Sonstige Waren**	100	130,1	157,7	134,0	144,1	142,3	123,0	151,3	109,8	159,4
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	102,7	66,6	60,1	94,3	71,8	77,4	89,5	67,4	96,6

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Großbritannien

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	109,9	122,6	144,2	172,2	188,6	205,2	202,5	207,9	220,9	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	124,0	138,7	174,2	225,3	249,0	278,2	282,9	273,6	302,5	Chemische Erzeugnisse	02
100	129,0	128,2	185,6	232,0	233,5	223,5	221,5	225,6	213,5	Organische Grundstoffe	03
100	110,6	122,0	145,6	166,6	197,9	264,8	254,3	275,3	262,1	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	207,8	104,4	462,2	496,5	63,6	68,2	136,4	—	1 441,7	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	124,0	125,2	136,3	142,6	163,4	177,2	175,9	178,5	199,5	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	131,1	166,1	222,8	365,7	397,6	437,3	459,2	415,4	475,1	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	122,4	133,2	156,0	170,9	193,1	215,8	219,6	212,1	241,9	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	128,2	118,4	189,2	176,1	201,8	230,0	202,7	257,4	281,4	Chemiefasern	09
100	140,7	181,9	232,9	275,6	320,5	358,8	343,9	373,7	422,8	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	89,9	93,3	99,5	116,6	128,4	136,1	128,9	143,3	136,3	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	81,4	60,7	21,7	47,1	27,9	22,4	29,2	15,7	6,5	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Schrott	13
100	88,4	101,6	121,1	136,7	158,9	166,7	165,0	168,3	183,4	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	62,0	70,4	49,7	52,7	62,2	58,4	61,2	55,6	51,2	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	116,2	135,9	150,9	171,5	160,7	138,8	136,7	140,9	178,1	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	126,1	84,3	78,3	111,4	99,3	136,3	79,3	193,4	59,0	Stahlrohre	17
100	110,6	125,3	144,1	139,4	132,5	132,5	126,2	138,8	153,1	NE-Metalle	18
100	112,4	326,4	450,9	242,4	480,5	403,9	331,3	476,6	293,5	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	134,8	103,9	137,9	196,8	164,9	207,2	231,5	182,8	233,0	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	94,3	105,5	109,5	129,8	159,1	144,2	148,7	139,7	137,1	Maschinenbau	21
100	115,3	172,3	183,1	201,1	318,0	221,9	258,9	185,0	209,1	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	82,4	99,6	74,3	114,6	140,6	114,3	110,1	118,5	109,5	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	54,6	70,2	54,6	73,9	65,9	72,6	81,6	63,7	59,3	Textil- und Nähmaschinen	24
100	100,5	99,8	120,9	129,4	151,2	136,3	147,0	125,6	132,9	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	83,8	86,9	73,9	113,1	146,3	127,2	113,6	140,9	98,0	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	103,1	118,1	117,8	117,6	157,4	175,1	182,2	168,0	167,9	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	95,6	109,3	116,1	128,5	140,5	142,7	144,8	140,6	140,1	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	95,4	111,0	122,1	152,7	170,3	189,1	183,5	194,6	192,2	Sonstiger Maschinenbau	29
100	173,9	1 395,8	2 063,3	616,6	1 933,5	1 456,2	999,9	1 912,5	649,9	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	108,8	127,3	165,1	187,8	224,9	221,1	228,9	213,3	260,7	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	120,1	164,4	197,1	280,5	332,8	358,5	331,5	385,6	401,8	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	120,5	143,3	164,3	221,3	261,7	292,6	233,8	351,4	403,3	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	111,6	83,4	62,5	86,5	71,5	116,0	133,8	98,3	94,3	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	118,2	126,7	109,4	123,5	149,6	181,9	190,5	173,3	158,2	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	146,2	327,1	464,1	736,9	896,5	886,8	887,5	886,1	848,1	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	108,6	140,3	130,4	146,0	189,2	182,5	178,0	187,0	254,6	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	81,3	107,8	115,5	136,1	174,0	185,1	187,3	182,9	165,4	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	117,9	152,5	200,0	189,4	207,3	191,9	208,7	175,1	179,1	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	114,3	150,5	164,9	201,0	217,9	196,4	193,7	199,1	182,8	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	113,5	147,7	185,2	165,0	171,5	157,2	188,0	126,3	146,9	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	161,6	225,0	508,2	510,1	721,5	620,8	506,1	735,6	602,9	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	132,0	171,7	222,1	252,2	278,4	315,6	307,0	324,2	312,1	Kunststoffwaren	43
100	66,2	58,9	71,9	115,2	111,5	194,8	124,2	265,4	77,0	**Sonstige Waren**	44
100	113,4	217,9	291,2	207,2	317,3	284,5	258,5	310,6	237,6	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2])
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	2 146	2 130	2 158	2 379	2 759	2 983	3 009	1 541	1 468	1 450
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	1 110	1 133	1 162	1 332	1 474	1 618	1 679	851	828	827
03	Organische Grundstoffe	169	138	159	161	184	208	188	112	76	82
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	137	182	171	219	213	290	335	160	175	152
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	3	3	3	2	3	4	3	2	1	2
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	192	183	180	210	217	227	272	126	146	138
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	218	232	261	293	336	343	375	185	191	188
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	356	359	359	404	479	503	461	241	219	243
09	Chemiefasern	22	23	15	27	24	25	29	15	13	14
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	71	80	92	101	123	176	200	98	102	112
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	556	531	515	505	619	616	605	307	298	259
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	36	11	13	11	16	25	18	12	6	4
13	Schrott	14	9	9	11	40	29	20	15	5	3
14	Flachstahl, Stahlbleche	234	252	282	286	339	327	321	155	165	139
15	Stabstahl, Draht, Profile	175	159	120	124	131	123	126	64	62	56
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	50	49	43	38	48	62	69	35	35	34
17	Stahlrohre	47	51	48	35	45	50	51	26	25	23
18	NE-Metalle	254	239	230	248	333	358	325	168	157	149
19	**Investitionsgüter**	2 477	2 764	2 774	2 878	3 340	3 973	4 646	2 255	2 391	2 431
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	103	111	112	121	131	155	182	80	102	90
21	Maschinenbau	948	999	951	965	1 101	1 282	1 517	725	792	747
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	22	21	25	24	23	37	41	25	16	26
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	133	166	160	161	192	250	314	147	166	160
24	Textil- und Nähmaschinen	78	77	72	77	83	73	74	37	37	41
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	312	299	278	321	341	385	491	225	266	222
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	124	125	119	107	138	157	176	86	91	89
27	Bau- und Baustoffmaschinen	57	58	53	48	51	61	72	33	39	41
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	80	93	82	77	91	118	125	63	62	55
29	Sonstiger Maschinenbau	142	160	162	150	180	202	223	109	115	113
30	Büromaschinen und DV-Geräte	218	289	271	329	416	515	576	293	283	274
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	654	767	816	812	903	1 085	1 208	615	594	678
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	387	429	452	476	588	692	909	425	484	504
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	213	231	242	249	301	355	500	242	258	248
34	Nachrichtentechnische Geräte	29	31	33	35	36	65	81	30	51	75
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	74	89	100	93	102	108	148	66	82	82
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	24	31	29	37	71	75	66	34	32	42
37	Feinmechanische und optische Geräte	45	42	38	34	45	60	56	29	28	30
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	114	118	128	126	146	174	189	85	105	102
39	**Konsumgüter**	2 646	2 926	3 395	3 305	3 681	3 998	4 512	2 249	2 262	2 359
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	271	249	263	272	288	310	340	151	189	148
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	1 207	1 375	1 715	1 542	1 723	1 866	2 209	1 148	1 061	1 232
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	283	306	325	316	349	386	453	221	232	218
43	Kunststoffwaren	177	198	227	242	301	337	393	187	206	201
44	**Sonstige Waren**	32	40	41	38	59	52	103	47	56	94
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	7 301	7 861	8 368	8 599	9 838	11 006	12 269	6 092	6 177	6 334
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Schweiz in vH	*36,5*	*37,9*	*38,6*	*38,4*	*38,0*	*38,1*	*39,5*	*40,3*	*38,8*	*40,7*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil der Schweiz an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*5,7*	*5,2*	*5,1*	*5,2*	*5,3*	*5,4*	*5,9*	*5,7*	*6,1*	*6,1*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Schweiz

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
2 146	2 122	2 063	2 205	2 364	2 556	2 602	1 331	1 271	1 304	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
1 110	1 091	1 091	1 223	1 307	1 383	1 394	705	689	726	Chemische Erzeugnisse	02
169	140	128	137	166	166	146	86	59	61	Organische Grundstoffe	03
137	158	164	186	192	210	220	104	116	110	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
3	2	2	2	3	3	2	2	0	2	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
192	185	172	215	208	202	242	117	125	122	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
218	230	260	268	286	323	331	163	168	181	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
356	344	339	381	421	446	415	214	202	232	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
22	22	13	24	19	20	24	13	12	14	Chemiefasern	09
71	73	81	91	103	142	168	82	87	99	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
556	513	445	473	560	534	537	266	271	250	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
36	10	11	10	12	19	15	10	5	3	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
14	11	12	13	32	23	22	15	7	5	Schrott	13
234	245	243	272	315	295	299	141	157	139	Flachstahl, Stahlbleche	14
175	153	102	114	119	107	109	55	54	53	Stabstahl, Draht, Profile	15
50	46	36	31	39	47	51	25	25	27	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
47	48	41	34	42	43	42	20	21	22	Stahlrohre	17
254	234	231	234	278	309	317	161	156	162	NE-Metalle	18
2 477	2 680	2 779	4 057	6 487	4 946	6 581	3 896	2 684	2 818	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
103	105	90	98	99	113	128	58	70	64	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
948	949	867	816	943	1 092	1 198	585	613	574	Maschinenbau	21
22	22	23	20	19	37	41	23	18	23	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
133	157	137	130	154	199	234	116	118	117	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
78	66	62	61	66	55	51	26	25	29	Textil- und Nähmaschinen	24
312	281	256	251	305	336	379	175	205	168	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
124	128	121	110	130	148	154	78	75	73	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
57	57	51	47	46	55	63	30	33	37	Bau- und Baustoffmaschinen	27
80	97	88	74	87	101	101	53	48	42	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
142	142	129	123	136	163	175	85	90	85	Sonstiger Maschinenbau	29
218	336	560	1 508	4 077	2 164	3 483	2 390	1 092	1 219	Büromaschinen und DV-Geräte	30
654	728	711	674	714	821	861	435	426	459	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
387	395	388	805	480	557	698	323	375	387	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
213	222	223	635	269	316	391	179	213	220	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
29	28	26	26	25	28	36	15	21	24	Nachrichtentechnische Geräte	34
74	80	70	65	83	91	117	54	62	62	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
24	30	27	29	43	51	46	22	24	27	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
45	46	42	33	41	52	49	27	22	30	Feinmechanische und optische Geräte	37
114	115	118	119	130	141	157	73	84	78	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
2 646	2 699	3 004	2 860	3 089	3 203	3 514	1 779	1 735	1 787	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
271	233	249	259	267	270	287	131	156	133	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
1 207	1 290	1 492	1 322	1 397	1 421	1 555	829	727	810	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
283	283	306	277	314	342	383	197	186	167	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
177	192	218	227	268	293	344	161	182	194	Kunststoffwaren	43
32	36	44	41	48	43	50	27	22	39	**Sonstige Waren**	44
7 301	7 537	7 891	9 163	11 989	10 748	12 746	7 034	5 713	5 947	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Schweiz in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der Schweiz an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	100,4	104,6	107,9	116,7	116,7	115,6	115,8	115,5	111,2
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	103,9	106,5	109,0	112,8	117,0	120,4	120,7	120,2	113,9
03	Organische Grundstoffe	100	98,4	123,8	117,9	111,2	125,7	129,0	130,3	127,1	134,5
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	115,1	104,2	117,9	111,1	138,1	152,1	153,6	150,7	138,8
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	128,7	116,2	121,2	115,6	115,2	134,3	119,1	222,5	104,5
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	99,2	104,5	97,9	104,6	112,3	112,5	108,3	116,5	113,3
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	101,2	100,4	109,6	117,5	106,4	113,2	113,2	113,3	103,7
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	104,3	105,9	106,3	113,9	113,0	110,9	113,1	108,7	104,9
09	Chemiefasern	100	104,1	117,7	114,7	124,8	125,6	117,3	120,9	113,3	105,6
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	110,1	113,9	111,2	118,9	123,6	119,0	120,5	117,5	113,0
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	103,5	115,7	106,7	110,7	115,5	112,6	115,3	110,0	103,7
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	110,3	116,9	113,9	130,4	130,7	119,3	119,9	118,1	118,8
13	Schrott	100	80,0	79,0	84,5	125,0	126,4	91,2	99,9	73,3	61,4
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	102,8	116,2	105,3	107,4	110,8	107,4	110,0	105,1	99,5
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	104,1	117,3	108,8	110,2	115,1	115,4	117,2	113,7	105,2
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	106,7	118,0	122,0	123,6	133,3	136,8	136,9	136,7	128,5
17	Stahlrohre	100	105,6	116,4	103,9	107,5	116,9	122,7	129,2	116,6	104,7
18	NE-Metalle	100	102,1	99,4	106,3	119,9	115,9	102,6	104,5	100,7	92,0
19	**Investitionsgüter**	100	103,2	99,8	71,0	51,5	80,3	70,6	57,9	89,1	86,3
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	105,4	124,4	123,2	132,5	137,1	141,6	137,6	145,0	139,8
21	Maschinenbau	100	105,2	109,7	118,2	116,7	117,3	126,6	123,8	129,2	130,2
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	97,5	108,5	120,9	121,1	98,9	100,7	108,8	90,5	115,7
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	105,9	117,2	123,8	125,1	125,8	133,9	126,7	140,9	136,5
24	Textil- und Nähmaschinen	100	117,5	116,6	126,0	125,7	133,3	143,5	140,6	146,6	142,5
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	106,3	109,0	127,8	111,6	114,5	129,5	128,9	130,0	132,7
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	97,2	98,2	97,4	106,5	106,2	114,6	109,3	120,2	121,8
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	101,7	104,0	101,5	112,9	112,1	114,8	111,2	118,1	110,8
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	96,3	92,2	104,4	104,6	117,3	123,9	119,8	128,4	130,6
29	Sonstiger Maschinenbau	100	112,8	125,0	121,8	132,1	123,6	127,8	128,4	127,3	131,7
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	86,0	48,4	21,8	10,2	23,8	16,5	12,3	25,9	22,5
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	105,4	114,7	120,4	126,5	132,2	140,3	141,1	139,4	147,9
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	108,7	116,6	59,2	122,6	124,1	130,1	131,4	129,0	130,3
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	104,4	108,6	39,2	111,7	112,5	127,9	135,4	121,6	112,8
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	112,1	127,4	132,6	145,8	234,3	226,4	195,8	249,1	307,2
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	111,8	141,7	141,9	122,8	119,1	127,0	121,6	131,7	132,1
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	103,2	106,5	125,7	163,0	147,3	143,1	156,0	131,3	157,0
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	91,2	91,2	104,4	108,6	115,7	114,3	105,1	125,8	101,5
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	102,6	107,9	106,4	112,2	123,2	120,5	116,0	124,4	131,1
39	**Konsumgüter**	100	108,4	113,0	115,5	119,1	124,8	128,4	126,4	130,4	132,0
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	106,8	105,7	105,1	108,2	114,7	118,3	115,3	120,8	110,8
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	106,5	115,0	116,7	123,3	131,3	142,0	138,5	146,0	152,0
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	108,4	106,3	114,0	111,2	112,6	118,2	112,0	124,8	131,0
43	Kunststoffwaren	100	103,2	104,4	106,6	112,2	115,0	114,5	116,0	113,2	103,8
44	**Sonstige Waren**	100	111,6	91,5	92,4	121,7	120,5	208,5	172,7	253,0	241,6
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	104,3	106,0	93,8	82,1	102,4	96,3	86,6	108,1	106,5

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Schweiz

Index des Volumen
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	98,8	96,1	102,7	110,1	119,1	121,2	124,0	118,5	121,5	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	98,3	98,3	110,2	117,8	124,6	125,6	127,1	124,1	130,8	Chemische Erzeugnisse	02
100	82,9	75,7	80,6	97,8	97,7	86,0	101,8	70,2	71,6	Organische Grundstoffe	03
100	115,1	119,4	135,2	139,6	153,0	160,4	151,9	168,9	160,0	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	68,2	69,7	64,0	92,7	99,1	62,8	107,2	18,4	114,8	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	96,3	89,9	112,1	108,5	105,3	126,2	121,5	130,9	126,9	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	105,3	119,0	122,7	131,2	147,9	152,0	149,7	154,3	166,1	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	96,6	95,3	107,0	118,3	125,3	116,8	120,1	113,4	130,3	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	100,2	59,1	109,6	87,9	91,3	112,0	117,3	106,7	125,0	Chemiefasern	09
100	101,5	113,2	127,0	144,8	198,8	235,5	228,4	242,6	276,6	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	92,3	80,1	85,2	100,7	96,1	96,6	95,8	97,5	89,9	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	27,4	31,6	27,6	34,8	53,3	41,3	53,9	28,7	19,5	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	79,2	84,5	96,7	231,7	167,3	162,7	218,7	106,7	75,1	Schrott	13
100	104,8	103,7	116,1	134,8	126,2	127,7	120,7	134,6	119,2	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	87,2	58,4	64,9	67,9	61,0	62,1	62,3	62,0	60,8	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	92,1	72,1	61,8	78,1	92,8	100,9	101,0	100,9	106,5	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	102,4	88,2	72,3	89,8	91,6	88,8	87,0	90,5	92,5	Stahlrohre	17
100	92,1	91,0	92,1	109,4	121,6	124,6	126,6	122,6	127,6	NE-Metalle	18
100	108,2	112,2	163,8	261,9	199,7	265,7	314,6	216,8	227,5	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	102,2	87,7	95,4	96,6	109,9	125,0	113,6	136,3	125,1	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	100,1	91,5	86,1	99,5	115,2	126,4	123,6	129,3	121,1	Maschinenbau	21
100	97,1	104,7	91,1	86,6	166,2	184,4	206,5	162,4	205,5	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	118,4	103,0	97,6	115,6	149,4	176,3	174,9	177,7	176,4	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	84,2	79,3	78,5	85,3	70,1	66,1	67,7	64,6	74,1	Textil- und Nähmaschinen	24
100	90,2	82,0	80,4	97,9	107,8	121,6	112,0	131,3	107,5	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	103,6	97,8	89,0	104,7	119,3	123,9	126,3	121,6	117,7	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	100,4	89,4	83,1	80,5	96,4	111,1	105,4	116,7	131,3	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	120,4	110,2	92,2	108,9	125,6	126,1	131,6	120,6	104,8	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	99,4	90,8	86,7	95,6	114,6	122,8	118,8	126,8	120,0	Sonstiger Maschinenbau	29
100	154,5	257,4	693,3	1 873,7	994,7	1 600,6	2 197,2	1 004,1	1 120,3	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	111,3	108,8	103,1	109,1	125,5	131,7	133,2	130,3	140,3	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	102,0	100,1	207,9	123,9	143,9	180,4	167,1	193,7	199,7	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	104,0	104,5	298,0	126,5	148,2	183,8	167,9	199,6	206,9	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	97,5	90,2	91,4	87,1	97,1	125,8	107,3	144,2	170,1	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	107,5	95,0	88,2	111,6	122,1	157,3	146,4	168,2	167,9	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	125,0	112,7	121,0	178,3	208,7	190,7	181,9	199,5	218,5	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	103,5	94,2	73,5	92,5	115,8	110,1	122,2	97,9	133,8	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	101,0	103,8	104,0	114,2	123,9	137,5	127,6	147,4	136,2	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	102,0	113,5	108,1	116,8	121,0	132,8	134,5	131,1	135,1	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	86,0	91,8	95,6	98,5	99,7	106,1	96,7	115,4	98,6	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	106,9	123,6	109,5	115,8	117,8	128,9	137,4	120,4	134,3	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	99,7	107,9	97,9	111,0	120,9	135,3	139,2	131,5	117,6	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	108,7	122,9	128,3	151,4	165,3	194,2	182,3	206,0	219,1	Kunststoffwaren	43
100	111,5	137,6	125,6	149,5	134,5	153,4	170,0	136,7	240,2	**Sonstige Waren**	44
100	103,2	108,1	125,5	164,2	147,2	174,6	192,7	156,5	162,9	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	1 748	1 847	1 894	2 057	2 330	2 468	2 509	1 278	1 231	1 230
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	968	1 038	1 067	1 191	1 264	1 358	1 395	711	684	717
03	Organische Grundstoffe	25	36	34	32	42	41	27	13	13	13
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	165	168	182	202	218	233	265	133	133	140
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	42	44	47	45	25	24	29	15	14	9
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	106	115	117	126	145	159	173	85	88	91
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	238	264	293	298	320	377	377	196	182	196
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	359	370	356	423	448	459	466	239	227	236
09	Chemiefasern	22	29	28	52	53	50	44	24	20	23
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	41	60	67	89	126	159	173	87	86	94
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	437	438	459	422	496	499	489	260	229	208
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	21	13	14	17	20	24	12	9	3	3
13	Schrott	15	11	23	11	46	17	8	5	2	1
14	Flachstahl, Stahlbleche	176	165	181	193	220	219	210	111	99	88
15	Stabstahl, Draht, Profile	84	92	84	69	69	74	66	37	29	31
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	62	55	62	62	69	76	84	43	41	39
17	Stahlrohre	79	101	96	70	72	89	109	54	55	46
18	NE-Metalle	222	235	216	268	346	344	339	164	175	154
19	**Investitionsgüter**	2 873	2 838	2 946	3 297	3 749	4 612	4 993	2 378	2 615	2 558
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	83	72	73	74	87	95	99	43	55	52
21	Maschinenbau	838	926	908	950	1 044	1 237	1 357	636	721	686
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	49	86	66	75	67	94	101	54	48	51
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	124	175	187	152	161	197	245	110	135	129
24	Textil- und Nähmaschinen	29	24	20	25	32	27	28	13	15	12
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	218	202	200	239	275	297	349	161	188	169
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	123	162	146	117	140	170	169	77	93	89
27	Bau- und Baustoffmaschinen	86	72	67	99	89	120	107	50	58	54
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	57	60	70	78	84	102	102	54	48	47
29	Sonstiger Maschinenbau	153	145	152	165	194	230	255	118	137	136
30	Büromaschinen und DV-Geräte	231	235	250	309	388	610	623	290	333	264
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	1 026	913	974	1 183	1 238	1 455	1 648	819	829	925
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	499	502	541	559	733	922	938	426	512	489
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	233	230	238	238	299	358	461	204	256	234
34	Nachrichtentechnische Geräte	104	108	102	90	121	128	112	53	59	57
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	68	67	86	84	94	114	129	59	70	57
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	53	58	70	97	161	245	157	77	80	101
37	Feinmechanische und optische Geräte	33	34	33	37	44	55	53	25	28	32
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	162	154	164	183	213	233	245	118	127	109
39	**Konsumgüter**	2 652	2 525	2 845	3 428	3 316	3 748	4 161	1 926	2 235	1 821
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	336	294	312	342	391	414	413	182	231	177
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	1 116	1 019	1 189	1 624	1 381	1 682	1 925	911	1 014	772
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	336	338	398	399	390	442	526	231	294	235
43	Kunststoffwaren	177	177	200	218	247	288	315	154	161	155
44	**Sonstige Waren**	33	32	54	61	62	66	64	31	32	36
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	7 306	7 242	7 738	8 843	9 458	10 894	11 726	5 613	6 113	5 644
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Österreich in vH	*37,9*	*36,2*	*37,5*	*40,0*	*38,9*	*39,8*	*41,7*	*41,3*	*42,1*	*41,7*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil von Österreich an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*5,5*	*5,0*	*4,8*	*5,1*	*5,0*	*5,1*	*5,3*	*5,1*	*5,6*	*5,3*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Österreich

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
1 748	1 782	1 762	1 950	2 066	2 261	2 358	1 184	1 175	1 196	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
968	996	1 003	1 132	1 125	1 262	1 273	639	634	652	Chemische Erzeugnisse	02
25	39	31	34	44	43	34	16	18	12	Organische Grundstoffe	03
165	165	178	186	190	221	243	114	129	129	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
42	37	37	44	20	18	25	11	13	8	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
106	111	108	114	132	141	149	72	76	78	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
238	249	291	319	310	396	364	197	167	186	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
359	356	324	385	379	394	415	206	209	214	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
22	29	24	40	39	37	33	17	16	19	Chemiefasern	09
41	59	57	84	118	144	159	80	79	92	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
437	417	393	389	444	437	457	243	214	221	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
21	13	13	17	24	27	13	11	2	3	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
15	12	23	16	41	16	10	7	3	2	Schrott	13
176	166	160	179	196	190	198	106	92	88	Flachstahl, Stahlbleche	14
84	94	72	62	63	67	60	33	27	32	Stabstahl, Draht, Profile	15
62	52	54	54	56	57	60	32	28	29	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
79	81	70	61	64	81	117	54	62	67	Stahlrohre	17
222	237	227	265	288	319	367	172	195	181	NE-Metalle	18
2 873	2 773	3 031	4 216	6 801	6 304	7 472	3 579	3 893	4 193	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
83	71	68	71	80	91	83	37	46	41	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
838	848	793	834	963	1 086	1 088	532	556	553	Maschinenbau	21
49	49	61	61	55	88	96	51	44	50	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
124	138	130	128	128	162	171	77	93	86	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
29	19	11	18	20	17	15	7	8	6	Textil- und Nähmaschinen	24
218	197	164	181	270	229	237	111	126	115	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
123	160	146	114	147	163	143	66	77	77	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
86	76	69	85	88	130	105	51	54	52	Bau- und Baustoffmaschinen	27
57	58	67	74	81	99	95	51	44	45	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
153	151	144	172	173	198	226	117	109	123	Sonstiger Maschinenbau	29
231	293	448	1 122	3 076	2 341	3 183	1 497	1 686	1 928	Büromaschinen und DV-Geräte	30
1 026	878	979	1 433	1 467	1 652	2 056	978	1 079	1 027	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
499	502	556	559	995	895	804	410	394	516	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
233	218	231	237	292	334	360	167	193	189	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
104	95	76	73	86	110	82	41	41	36	Nachrichtentechnische Geräte	34
68	71	67	62	62	96	111	51	60	41	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
53	75	119	133	498	282	194	126	68	222	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
33	34	32	32	39	49	52	26	26	35	Feinmechanische und optische Geräte	37
162	147	153	165	180	188	204	98	105	91	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
2 652	2 404	2 631	3 073	2 932	3 214	3 481	1 618	1 864	1 481	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
336	290	290	318	330	326	320	144	177	145	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
1 116	979	1 082	1 398	1 150	1 325	1 408	679	729	537	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
336	311	387	411	431	501	608	266	342	236	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
177	176	188	209	230	269	282	136	146	146	Kunststoffwaren	43
33	30	44	41	40	40	39	20	19	24	**Sonstige Waren**	44
7 306	6 989	7 468	9 280	11 839	11 820	13 351	6 401	6 951	6 894	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Österreich in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil von Österreich an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	103,6	107,5	105,5	112,8	109,2	106,4	108,0	104,8	102,8
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	104,2	106,5	105,2	112,4	107,6	109,6	111,3	107,9	109,9
03	Organische Grundstoffe	100	93,9	107,4	94,6	97,3	94,9	77,9	83,5	72,9	114,6
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	101,7	102,2	108,6	114,9	105,4	109,2	116,7	102,7	108,4
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	118,8	126,8	103,8	122,3	130,9	116,3	129,6	105,1	111,3
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	103,2	108,0	110,6	110,2	112,9	116,1	117,3	115,0	116,3
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	105,9	100,6	93,4	103,2	95,3	103,8	99,4	109,0	105,3
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	104,1	109,9	109,9	118,1	116,5	112,5	116,3	108,6	110,1
09	Chemiefasern	100	102,4	118,7	129,0	135,5	135,5	132,2	134,8	129,3	122,8
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	102,1	117,5	105,9	107,0	110,4	108,6	109,3	107,8	103,1
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	104,9	116,9	108,6	111,8	114,1	107,1	107,0	107,2	94,2
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	101,7	105,0	100,0	85,8	90,7	94,8	86,7	131,3	113,7
13	Schrott	100	90,0	96,5	69,5	112,3	106,8	77,6	74,3	85,5	76,6
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	99,4	113,0	108,0	112,1	115,1	106,3	105,1	107,7	99,5
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	98,8	116,7	111,3	110,3	109,8	110,0	111,3	108,3	97,0
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	106,5	114,3	114,7	123,6	134,9	139,7	135,0	145,0	132,9
17	Stahlrohre	100	125,3	137,1	115,0	111,4	109,8	93,9	99,7	88,9	68,6
18	NE-Metalle	100	99,2	95,0	101,1	120,4	107,8	92,4	95,5	89,7	85,2
19	**Investitionsgüter**	100	102,4	97,2	78,2	55,1	73,2	66,8	66,5	67,2	61,0
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	102,5	107,1	104,4	109,2	104,7	119,3	117,4	120,8	127,5
21	Maschinenbau	100	109,2	114,4	113,9	108,4	113,9	124,7	119,5	129,8	124,0
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	173,3	108,1	122,5	122,4	106,7	105,8	104,0	107,8	102,0
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	126,7	143,1	119,3	125,7	121,9	143,3	142,5	144,0	150,3
24	Textil- und Nähmaschinen	100	128,8	179,7	136,8	157,4	159,7	184,9	181,9	187,7	209,2
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	103,0	122,1	132,0	101,6	129,2	147,5	145,2	149,6	146,5
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	101,0	100,1	102,8	95,3	104,6	118,0	115,7	119,9	115,2
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	95,3	96,1	115,7	101,4	92,8	101,9	96,4	107,2	104,0
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	103,3	104,4	104,9	104,0	103,3	107,2	105,3	109,5	105,5
29	Sonstiger Maschinenbau	100	96,0	105,4	95,9	112,5	115,9	113,0	101,1	125,8	110,4
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	80,2	55,9	27,5	12,6	26,1	19,6	19,4	19,7	13,7
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	104,0	99,5	82,6	84,4	88,1	80,1	83,7	76,9	90,1
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	100,0	97,2	100,1	73,6	103,1	116,6	104,0	129,8	94,7
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	105,6	103,0	100,2	102,6	106,9	128,1	122,5	132,8	123,8
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	112,9	134,5	123,0	140,0	115,9	137,3	130,7	143,9	159,4
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	94,4	127,1	134,6	152,0	118,2	116,3	116,5	116,2	140,9
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	77,2	58,8	72,5	32,4	86,8	80,9	60,8	118,6	45,7
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	101,5	102,6	114,1	113,1	112,0	102,3	96,6	108,1	89,1
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	105,0	107,3	110,9	118,4	123,8	120,5	120,3	120,8	119,2
39	**Konsumgüter**	100	105,0	108,1	111,6	113,1	116,6	119,5	119,0	120,0	123,0
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	101,5	107,7	107,5	118,6	127,0	129,1	126,9	130,8	122,4
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	104,1	109,9	116,2	120,1	126,9	136,7	134,2	139,0	143,7
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	108,8	102,9	97,0	90,5	88,2	86,4	86,9	86,1	99,6
43	Kunststoffwaren	100	100,6	106,4	104,2	107,6	106,9	111,8	113,2	110,6	106,4
44	**Sonstige Waren**	100	105,6	120,6	147,6	154,1	163,0	160,9	153,5	168,7	152,9
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	103,6	103,6	95,3	79,9	92,2	87,8	87,7	87,9	81,9

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Österreich

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	102,0	100,8	111,6	118,2	129,3	134,9	135,4	134,4	136,9	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	102,9	103,6	117,0	116,2	130,4	131,6	132,2	131,0	134,8	Chemische Erzeugnisse	02
100	154,1	124,7	135,0	173,4	173,0	135,4	127,3	143,5	91,6	Organische Grundstoffe	03
100	100,3	107,7	112,9	115,1	133,9	147,2	137,8	156,6	156,2	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	88,3	88,4	103,6	48,5	43,5	58,6	53,3	63,9	40,3	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	104,7	101,6	106,9	123,8	132,4	140,2	136,4	144,0	147,1	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	104,8	122,5	134,2	130,3	166,6	152,9	165,6	140,2	156,8	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	99,2	90,4	107,2	105,6	109,8	115,5	114,7	116,4	119,3	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	129,9	106,4	180,6	175,7	165,0	149,6	157,5	141,6	168,1	Chemiefasern	09
100	142,8	138,2	203,3	284,7	347,6	385,5	386,6	384,3	443,2	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	95,3	89,8	88,9	101,4	100,0	104,5	111,2	97,8	101,0	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
100	61,0	61,4	81,7	112,4	126,0	61,2	100,1	22,3	25,6	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
100	83,4	156,8	104,9	273,8	103,7	64,8	91,8	37,7	25,9	Schrott	13
100	94,5	91,0	102,0	111,6	108,2	112,5	120,7	104,3	100,2	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	110,7	85,4	73,7	74,2	79,7	70,9	78,4	63,4	75,4	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	82,8	86,8	86,5	89,8	90,7	96,5	102,9	90,1	94,3	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	102,2	89,1	76,8	81,5	103,2	147,8	138,0	157,6	169,8	Stahlrohre	17
100	106,6	102,2	119,3	129,4	143,4	165,1	154,6	175,5	162,9	NE-Metalle	18
100	96,5	105,5	146,8	236,7	219,4	260,1	249,2	271,1	292,0	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	85,0	82,1	85,7	95,7	108,9	99,3	88,5	110,2	98,2	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	101,2	94,6	99,5	114,9	129,5	129,9	127,1	132,6	132,0	Maschinenbau	21
100	101,1	125,2	124,7	111,9	180,0	195,4	210,4	180,5	205,2	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	111,5	105,4	103,2	103,7	130,6	138,0	124,9	151,1	138,5	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	64,1	38,5	63,4	70,4	57,4	51,5	49,3	53,6	38,9	Textil- und Nähmaschinen	24
100	90,3	75,2	83,0	124,2	105,4	108,8	102,0	115,6	105,9	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	130,4	118,8	92,6	120,1	132,8	116,9	107,8	126,0	125,7	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	88,3	81,0	99,6	102,8	151,5	123,1	120,1	126,0	121,1	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	101,9	118,1	130,0	141,9	173,5	166,7	179,5	154,0	155,9	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	99,0	94,0	112,7	112,7	129,5	147,6	152,4	142,8	160,6	Sonstiger Maschinenbau	29
100	126,8	194,2	485,9	1 332,5	1 014,1	1 378,6	1 296,6	1 460,7	1 670,6	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	85,5	95,4	139,6	143,0	161,0	200,4	190,5	210,2	200,1	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	100,6	111,6	112,0	199,5	179,4	161,2	164,3	158,1	206,9	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	93,7	99,4	102,0	125,5	143,8	154,7	143,5	166,0	162,7	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	92,2	73,3	71,0	83,3	106,5	78,9	78,3	79,5	69,2	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	105,6	99,7	91,9	91,8	142,7	163,8	150,3	177,3	120,3	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	141,6	223,4	250,0	933,7	530,0	364,4	474,6	254,2	831,2	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	102,6	97,9	98,5	117,5	149,6	157,9	158,2	157,7	215,4	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	90,8	94,7	101,8	111,2	116,4	125,9	121,4	130,5	113,0	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	90,6	99,2	115,8	110,5	121,2	131,3	122,0	140,5	111,7	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	86,4	86,3	94,7	98,3	97,0	95,3	85,5	105,1	86,3	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	87,7	97,0	125,3	103,0	118,8	126,2	121,7	130,8	96,3	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	92,6	115,2	122,6	128,4	149,4	181,2	158,6	203,8	140,4	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	99,4	106,0	117,8	129,7	151,8	158,9	153,5	164,4	164,8	Kunststoffwaren	43
100	92,8	136,3	126,4	124,1	124,0	121,1	124,2	118,0	144,4	**Sonstige Waren**	44
100	95,7	102,2	127,0	162,1	161,8	182,7	175,2	190,3	188,7	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	1 508	3 079	2 853	2 681	4 270	4 310	3 267	1 644	1 624	1 447
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	595	781	789	1 171	1 494	1 672	1 484	722	762	769
03	Organische Grundstoffe	156	167	133	175	202	256	203	109	94	97
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	10	16	33	46	44	39	46	19	27	47
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	172	251	244	359	431	474	472	238	235	240
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	122	174	234	307	449	490	444	189	256	231
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	92	104	103	218	250	306	243	124	119	122
09	Chemiefasern	20	40	16	31	62	50	32	21	12	14
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	14	32	55	52	180	209	125	59	66	38
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	701	1 903	1 725	1 091	2 095	1 912	1 248	638	610	488
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	1	13	63	58	240	117	26	6	21	58
13	Schrott	—	—	0	0	—	1	1	1	—	0
14	Flachstahl, Stahlbleche	402	783	737	714	961	1 065	892	440	452	295
15	Stabstahl, Draht, Profile	137	221	208	150	209	267	142	69	73	47
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	25	44	33	27	61	93	41	21	20	16
17	Stahlrohre	135	841	683	142	624	370	145	100	45	72
18	NE-Metalle	119	277	235	315	429	419	329	184	145	110
19	**Investitionsgüter**	3 757	4 897	5 171	6 333	8 910	10 701	11 515	5 707	5 809	5 109
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	12	29	24	24	27	43	35	21	14	15
21	Maschinenbau	1 486	1 915	2 015	2 310	3 131	3 824	4 261	2 053	2 208	1 811
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	57	96	70	113	159	170	164	93	70	72
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	312	358	389	358	481	572	623	283	340	265
24	Textil- und Nähmaschinen	121	134	136	173	229	208	222	107	115	123
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	499	652	823	1 018	1 266	1 554	1 758	832	926	764
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	106	165	120	102	211	267	360	198	162	86
27	Bau- und Baustoffmaschinen	101	116	80	128	241	294	246	122	124	102
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	141	191	171	173	233	261	274	123	151	126
29	Sonstiger Maschinenbau	150	204	227	245	311	499	615	295	320	273
30	Büromaschinen und DV-Geräte	303	419	530	695	864	1 163	1 230	611	618	451
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	1 060	1 090	1 329	1 789	2 639	3 168	3 297	1 600	1 697	1 715
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	691	983	969	1 261	1 800	1 731	1 652	776	876	833
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	213	225	286	386	487	569	666	295	371	348
34	Nachrichtentechnische Geräte	20	16	33	26	21	37	36	14	21	67
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	172	213	369	551	586	621	646	316	330	270
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	110	89	20	54	69	44	66	24	41	33
37	Feinmechanische und optische Geräte	117	125	132	156	229	532	626	327	299	174
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	31	47	54	67	92	87	109	43	67	57
39	**Konsumgüter**	6 199	6 191	7 898	9 916	14 952	18 747	19 414	10 068	9 346	9 088
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	45	39	48	74	99	103	142	71	71	70
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	5 923	5 840	7 482	9 395	14 266	17 846	18 436	9 597	8 839	8 639
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	70	83	88	99	140	223	271	127	144	130
43	Kunststoffwaren	66	93	106	144	199	249	256	126	130	122
44	**Sonstige Waren**	10	12	13	12	18	37	28	10	18	12
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	11 473	14 179	15 936	18 942	28 150	33 794	34 225	17 428	16 797	15 656
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Vereinigten Staaten in vH	*53,4*	*54,6*	*56,7*	*57,7*	*60,1*	*60,9*	*62,0*	*62,2*	*61,7*	*63,1*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil der Vereinigten Staaten an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*6,1*	*6,5*	*6,6*	*7,6*	*9,6*	*10,3*	*10,5*	*10,6*	*10,4*	*9,7*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Vereinigten Staaten

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
1 508	2 614	2 264	2 331	3 710	3 423	3 079	1 542	1 537	1 459	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
595	707	653	1 002	1 223	1 324	1 410	708	702	738	Chemische Erzeugnisse	02
156	181	127	171	176	162	175	90	86	101	Organische Grundstoffe	03
10	13	27	32	32	31	33	16	18	26	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
172	213	198	297	323	340	402	206	197	213	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
122	152	193	252	420	479	499	251	248	224	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
92	83	76	194	170	229	232	109	123	140	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
20	41	12	29	57	41	30	18	12	16	Chemiefasern	09
14	25	38	78	293	334	277	125	152	49	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
701	1 551	1 307	923	1 824	1 363	1 030	515	515	525	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
1	20	94	96	356	155	47	9	37	112	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Schrott	13
402	576	550	499	573	613	634	316	318	250	Flachstahl, Stahlbleche	14
137	181	161	127	158	196	134	61	73	51	Stabstahl, Draht, Profile	15
25	38	31	32	77	88	52	23	29	28	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
135	737	471	169	660	310	164	106	58	84	Stahlrohre	17
119	266	232	288	323	338	305	165	139	115	NE-Metalle	18
3 757	4 574	4 354	5 714	7 906	9 042	10 014	4 926	5 087	4 812	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
12	21	19	16	18	19	20	9	11	10	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
1 486	1 820	1 623	1 722	2 239	2 922	3 152	1 577	1 576	1 345	Maschinenbau	21
57	72	48	73	104	155	92	51	41	47	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
312	367	353	294	290	336	332	158	174	141	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
121	97	96	105	130	91	99	46	52	54	Textil- und Nähmaschinen	24
499	549	645	776	955	1 232	1 395	688	707	650	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
106	224	104	85	195	241	319	208	110	62	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
101	116	54	118	220	379	326	145	181	107	Bau- und Baustoffmaschinen	27
141	176	123	119	160	167	187	88	99	106	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
150	219	200	151	185	321	402	191	211	177	Sonstiger Maschinenbau	29
303	335	440	795	780	941	1 502	618	884	720	Büromaschinen und DV-Geräte	30
1 060	1 241	1 328	1 815	2 710	3 123	3 160	1 555	1 605	1 697	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
691	783	768	1 160	1 437	1 714	1 821	1 000	821	812	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
213	210	236	282	405	522	473	217	256	263	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
20	17	31	15	14	28	29	13	16	16	Nachrichtentechnische Geräte	34
172	225	229	322	332	369	383	177	206	203	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
110	110	62	297	289	179	474	320	155	120	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
117	105	108	147	145	234	244	122	122	161	Feinmechanische und optische Geräte	37
31	41	52	54	78	77	100	39	61	53	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
6 199	5 193	5 801	6 831	9 808	11 365	12 178	6 306	5 873	5 773	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
45	37	47	76	87	75	121	60	61	63	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
5 923	4 865	5 378	6 369	9 245	10 654	11 369	5 924	5 445	5 374	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
70	64	109	81	96	145	158	68	90	96	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
66	85	98	120	153	195	223	105	118	109	Kunststoffwaren	43
10	15	13	11	19	29	21	8	13	10	**Sonstige Waren**	44
11 473	12 396	12 432	14 886	21 443	23 859	25 292	12 782	12 510	12 053	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr in die Vereinigten Staaten in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der Vereinigten Staaten an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik in die

Index Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	117,8	126,0	115,0	115,1	125,9	106,1	106,6	105,7	99,2
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	110,6	120,8	116,9	122,1	126,3	105,3	102,0	108,6	104,2
03	Organische Grundstoffe	100	92,2	105,0	102,5	114,5	158,0	115,7	121,7	109,4	95,8
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	120,7	125,2	146,2	138,8	126,9	136,9	120,4	151,6	180,2
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	100	152,9	194,2	119,5	153,4	122,0	132,6	130,4	135,5	296,7
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	117,8	123,3	121,1	133,4	139,4	117,4	115,6	119,3	112,7
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	114,0	121,1	121,8	107,0	102,4	89,1	75,0	103,3	103,0
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	125,7	134,6	112,4	146,9	133,8	105,0	114,4	96,7	86,8
09	Chemiefasern	100	98,0	133,3	109,1	108,7	122,3	107,8	111,9	101,3	92,0
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	125,7	144,4	66,7	61,5	62,6	45,1	47,2	43,4	78,2
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	122,7	132,0	118,1	114,8	140,3	121,1	123,8	118,4	93,0
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	100	64,9	67,5	60,6	67,3	75,1	56,6	63,2	55,0	51,6
13	Schrott	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	136,1	134,0	143,1	167,6	173,6	140,7	139,3	142,2	117,8
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	122,2	129,4	117,6	132,8	136,2	106,0	114,1	99,3	92,3
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	117,9	104,6	84,0	79,7	105,0	79,1	92,9	68,1	56,9
17	Stahlrohre	100	114,2	145,1	83,8	94,5	119,4	88,3	94,2	77,5	86,7
18	NE-Metalle	100	104,2	101,1	109,5	132,7	124,1	107,9	111,1	104,1	95,0
19	**Investitionsgüter**	100	107,1	118,8	110,8	112,7	118,3	115,0	115,8	114,2	106,2
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	140,2	129,2	147,3	152,6	222,4	175,8	244,3	122,5	149,2
21	Maschinenbau	100	105,2	124,1	134,1	139,8	130,9	135,2	130,2	140,2	134,6
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	133,4	146,3	154,6	152,2	110,1	177,0	181,1	171,8	152,1
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	97,4	110,1	121,9	165,9	170,1	187,3	179,1	194,8	187,8
24	Textil- und Nähmaschinen	100	138,2	140,9	163,6	176,8	227,9	224,6	230,5	219,5	226,3
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	118,7	127,5	131,1	132,6	126,1	126,1	121,0	131,0	117,4
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	73,5	114,6	120,9	108,6	110,8	112,9	94,9	146,8	137,9
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	99,7	148,5	108,3	109,4	77,5	75,5	84,3	68,3	95,8
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	108,6	139,3	145,2	145,2	156,1	146,5	139,7	152,5	118,8
29	Sonstiger Maschinenbau	100	93,0	113,7	161,6	167,8	155,2	152,9	153,9	152,0	154,3
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	125,3	120,7	87,4	110,7	123,7	81,9	98,9	69,9	62,6
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	87,8	100,1	98,6	97,4	101,4	104,3	102,9	105,7	101,1
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	125,6	126,2	108,7	125,3	101,0	90,8	77,6	106,8	102,6
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	106,8	121,3	137,0	120,3	109,1	140,9	135,9	145,1	132,3
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	95,2	104,2	164,8	154,5	132,4	122,4	112,5	130,3	418,1
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	94,8	161,2	171,2	176,4	168,6	168,6	178,2	160,4	133,3
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	80,7	32,6	18,1	24,0	24,4	13,9	7,6	26,8	27,3
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	119,6	122,3	106,1	158,4	227,5	256,4	267,3	245,4	107,5
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	114,7	104,7	125,1	118,9	113,1	109,0	109,4	108,7	106,8
39	**Konsumgüter**	100	119,2	136,2	145,2	152,4	165,0	159,4	159,7	159,2	157,4
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	105,4	102,2	97,6	114,4	137,3	117,5	117,6	117,4	112,3
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	120,0	139,1	147,5	154,3	167,5	162,2	162,0	162,3	160,8
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	129,4	80,9	122,9	146,0	154,1	171,9	186,4	160,9	134,9
43	Kunststoffwaren	100	108,8	108,0	119,6	130,0	127,8	114,8	119,7	110,4	111,5
44	**Sonstige Waren**	100	77,3	101,1	111,3	94,9	129,5	129,8	118,3	137,2	130,3
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	114,4	128,2	127,2	131,3	141,6	135,3	136,3	134,3	129,9

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Vereinigten Staaten

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	173,4	150,2	154,6	246,1	227,1	204,2	204,6	203,9	193,5	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	118,8	109,8	168,4	205,5	222,4	236,9	238,0	235,8	248,0	Chemische Erzeugnisse	02
100	115,9	81,4	109,5	113,0	103,9	112,3	114,7	110,0	129,6	Organische Grundstoffe	03
100	132,9	269,5	321,8	325,8	312,0	339,5	320,6	358,4	528,5	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
100	55,8	90,4	104,1	20,7	100,00	125,1	142,1	108,0	36,2	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	123,9	115,0	172,3	187,8	197,4	233,7	239,0	228,4	247,0	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	124,5	157,7	206,0	343,2	391,0	407,6	410,8	404,4	366,1	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	90,0	83,2	211,1	185,5	249,2	252,2	236,6	267,8	305,9	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	203,6	59,1	141,9	281,4	203,9	148,3	182,6	114,1	154,3	Chemiefasern	09
100	176,2	265,7	546,3	2 054,7	2 344,3	1 947,1	1 755,7	2 138,4	683,9	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	221,4	186,5	131,8	260,3	194,5	147,0	147,0	147,0	149,9	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Schrott	13
100	143,1	136,8	124,1	142,5	152,5	157,6	157,0	158,2	124,5	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	132,2	117,9	93,1	115,4	143,3	97,9	88,9	107,0	75,1	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	148,8	124,1	127,4	303,6	348,0	205,8	182,4	229,1	222,4	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	543,9	347,6	124,7	487,3	229,0	121,0	156,8	85,1	123,4	Stahlrohre	17
100	222,5	194,2	240,9	270,5	282,6	255,0	276,8	233,2	193,1	NE-Metalle	18
100	121,7	115,9	152,1	210,4	240,7	266,5	262,3	270,8	256,2	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	179,0	161,1	138,3	154,3	167,6	170,5	149,3	191,7	171,6	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	122,5	109,2	115,9	150,6	196,6	212,1	212,1	212,0	181,0	Maschinenbau	21
100	126,8	83,9	129,1	183,4	272,0	162,6	181,1	144,2	166,1	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	117,7	113,1	94,2	92,8	107,6	106,5	101,3	111,8	90,6	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	80,0	79,6	87,2	107,1	75,5	81,6	76,4	86,8	89,9	Textil- und Nähmaschinen	24
100	110,2	129,4	155,6	191,4	247,0	279,6	275,8	283,3	260,8	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	211,0	98,3	79,8	183,4	227,2	300,5	392,8	208,1	117,5	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	114,9	53,7	116,8	218,1	375,7	323,0	287,6	358,4	211,7	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	124,9	87,4	84,6	113,9	118,7	133,1	125,3	140,9	150,9	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	146,2	133,2	101,0	123,7	214,1	268,2	255,3	281,1	235,7	Sonstiger Maschinenbau	29
100	110,6	145,3	262,9	257,9	310,9	496,5	408,6	584,4	476,2	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	117,1	125,3	171,3	255,7	294,8	298,2	293,5	303,0	320,3	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	113,3	111,2	167,9	208,1	248,2	263,6	289,6	237,6	235,2	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	98,8	110,8	132,5	190,4	245,4	222,3	204,0	240,6	247,4	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	83,6	152,7	75,6	66,2	137,4	142,1	125,8	158,5	155,8	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	131,2	133,5	187,6	193,6	214,9	223,3	206,7	240,0	236,5	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	100,6	56,1	271,3	263,2	163,4	432,6	583,0	282,2	218,0	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	89,8	92,4	125,9	124,1	200,8	209,6	210,0	209,3	277,2	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	130,3	166,9	172,9	249,3	247,2	321,3	250,3	392,4	341,1	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	83,8	93,6	110,2	158,2	183,3	196,5	203,4	189,5	186,2	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	83,4	105,8	168,8	193,4	168,1	269,4	268,5	270,3	280,1	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	82,1	90,8	107,5	156,1	179,9	192,0	200,0	183,9	181,5	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	91,8	156,2	116,0	137,7	207,3	226,2	195,5	256,8	276,0	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	128,7	148,2	181,2	230,4	293,2	335,9	316,9	354,9	329,3	Kunststoffwaren	43
100	156,0	133,5	107,0	193,4	291,0	216,9	170,9	262,8	194,3	**Sonstige Waren**	44
100	108,0	108,4	129,7	186,9	207,9	220,4	222,8	218,1	210,1	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Tatsächliche Werte
Mio DM

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2])
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	550	714	725	827	937	990	1 062	493	569	556
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	513	654	669	782	897	951	1 005	465	540	529
03	Organische Grundstoffe	61	103	79	106	128	138	146	61	85	64
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	205	218	234	244	268	283	325	151	174	187
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	—	—	—	—	—	—	0	—	0	—
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	122	157	183	199	208	215	208	99	109	111
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	66	93	90	111	144	162	170	78	92	88
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	53	72	73	107	133	131	140	68	72	70
09	Chemiefasern	2	3	2	2	3	5	3	1	2	2
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	27	44	29	15	8	13	16	8	9	12
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	6	5	7	13	12	5	10	4	5	4
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	—	0	—	0	—	—	—	—	—	—
13	Schrott	—	—	—	10	6	—	—	—	—	—
14	Flachstahl, Stahlbleche	2	2	0	0	3	2	4	2	1	3
15	Stabstahl, Draht, Profile	1	1	1	1	1	1	2	1	0	0
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	1	1	1	2	3	2	2	1	1	1
17	Stahlrohre	2	0	4	0	0	0	3	0	3	0
18	NE-Metalle	2	6	8	8	9	11	11	7	5	6
19	**Investitionsgüter**	613	694	718	812	946	1 118	1 323	606	717	604
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	0	1	1	7	3	2	5	4	1	1
21	Maschinenbau	350	383	379	398	424	535	564	264	300	280
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	3	2	4	2	2	2	2	1	1	2
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	62	84	84	51	63	80	90	36	54	33
24	Textil- und Nähmaschinen	30	31	36	33	45	49	53	27	26	39
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	210	213	203	249	237	309	325	142	182	155
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	10	16	10	15	18	25	23	17	7	9
27	Bau- und Baustoffmaschinen	2	1	1	3	2	2	4	3	1	1
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	8	12	14	13	21	25	20	10	10	11
29	Sonstiger Maschinenbau	25	23	27	31	35	44	46	27	20	30
30	Büromaschinen und DV-Geräte	33	36	41	57	67	97	113	48	66	36
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	72	98	130	152	186	185	240	105	134	141
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	130	131	138	170	180	223	271	129	142	115
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	25	29	30	70	83	106	138	66	72	42
34	Nachrichtentechnische Geräte	3	2	3	2	2	4	2	1	1	1
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	48	43	74	62	59	72	69	31	38	41
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	42	42	15	17	15	11	27	11	16	11
37	Feinmechanische und optische Geräte	10	9	8	10	30	52	94	35	59	20
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	16	12	15	12	14	19	18	8	10	9
39	**Konsumgüter**	563	581	727	882	1 102	1 486	1 863	894	969	1 407
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	22	22	21	19	22	25	27	15	13	9
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	495	505	639	785	988	1 320	1 696	814	882	1 327
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	9	8	10	17	24	58	49	24	25	26
43	Kunststoffwaren	9	12	15	19	21	20	26	12	14	14
44	**Sonstige Waren**	2	2	2	2	16	6	3	2	2	2
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	1 728	1 991	2 172	2 523	3 002	3 599	4 251	1 994	2 257	2 569
46	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Japan in vH	*43,6*	*41,8*	*42,0*	*45,0*	*43,4*	*45,6*	*48,8*	*48,7*	*48,9*	*53,5*
	Nachrichtlich:										
47	Anteil von Japan an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	*1,1*	*1,2*	*1,2*	*1,3*	*1,4*	*1,5*	*1,7*	*1,5*	*1,8*	*1,9*

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Japan

Volumen
Mio DM

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
550	645	662	725	772	816	833	389	444	430	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
513	589	618	692	740	781	790	367	423	406	Chemische Erzeugnisse	02
61	94	89	124	108	151	126	51	75	58	Organische Grundstoffe	03
205	196	209	203	228	228	250	118	132	104	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
122	135	154	156	164	165	165	79	86	98	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
66	89	82	95	112	107	117	55	62	73	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
53	64	71	98	109	110	117	57	60	64	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
2	2	1	2	3	5	2	1	1	2	Chemiefasern	09
27	40	25	15	9	13	16	7	9	13	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
6	6	4	3	9	5	10	5	6	4	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Schrott	13
2	2	0	0	2	1	3	2	1	3	Flachstahl, Stahlbleche	14
1	2	1	0	1	1	2	2	0	0	Stabstahl, Draht, Profile	15
1	2	2	3	6	3	2	1	1	1	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
2	0	1	0	0	0	3	0	3	0	Stahlrohre	17
2	7	10	11	10	11	12	8	4	6	NE-Metalle	18
613	721	664	656	741	1 078	1 025	434	591	532	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
0	2	3	10	3	4	12	9	3	3	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
350	409	363	353	375	491	420	223	196	207	Maschinenbau	21
3	2	3	2	2	2	3	1	2	3	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
62	87	95	55	58	73	71	36	36	30	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
30	16	14	14	21	23	25	13	13	20	Textil- und Nähmaschinen	24
210	212	179	199	192	281	219	111	108	102	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
10	34	11	20	18	26	24	19	4	6	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
2	5	3	5	10	12	13	9	4	4	Bau- und Baustoffmaschinen	27
8	26	32	33	41	40	24	13	11	20	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
25	26	25	26	32	35	40	21	19	23	Sonstiger Maschinenbau	29
33	55	37	35	48	267	161	26	136	62	Büromaschinen und DV-Geräte	30
72	85	107	112	148	130	164	76	88	99	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
130	145	126	123	132	133	162	70	92	90	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
25	28	31	36	44	45	56	27	29	30	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
3	2	2	5	2	3	2	1	1	1	Nachrichtentechnische Geräte	34
48	46	59	47	41	48	47	20	26	32	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
42	54	14	19	26	13	35	12	22	9	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
10	10	7	9	20	30	82	19	64	61	Feinmechanische und optische Geräte	37
16	12	14	11	13	18	15	6	9	8	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
563	526	636	738	878	1 070	1 260	628	632	868	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
22	22	22	20	28	28	36	21	15	24	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
495	455	543	642	755	907	1 085	541	543	775	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
9	7	9	14	20	47	38	18	21	21	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
9	11	13	17	22	24	40	20	20	19	Kunststoffwaren	43
2	5	3	4	29	11	3	2	1	2	**Sonstige Waren**	44
1 728	1 897	1 964	2 124	2 420	2 975	3 120	1 452	1 669	1 832	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil der ausgewählten Waren (45) an der Gesamtausfuhr nach Japan in vH	46
										Nachrichtlich:	
×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	Anteil von Japan an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in vH	47

Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach

Index der Durchschnittswerte
1980 = 100

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986		1987 [2]
									1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
01	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	100	110,8	109,5	114,0	121,4	121,3	127,5	126,8	128,2	129,3
	darunter:										
02	Chemische Erzeugnisse	100	111,2	108,3	113,0	121,2	121,7	127,2	126,6	127,8	130,4
03	Organische Grundstoffe	100	110,0	89,2	85,7	118,2	91,8	115,6	119,7	112,8	110,3
04	Pharmazeutische Erzeugnisse	100	111,2	111,8	120,7	117,4	124,4	130,1	127,3	132,6	179,4
05	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
06	Farbstoffe, Farben, Lacke	100	116,3	118,9	127,1	126,6	130,1	126,0	125,5	126,4	113,6
07	Sonstige chemische Erzeugnisse	100	105,4	108,7	116,4	128,4	152,2	145,3	143,4	147,1	121,2
08	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	100	112,9	101,9	109,4	121,7	119,1	119,8	120,1	119,5	109,0
09	Chemiefasern	100	112,6	127,3	102,1	109,5	102,6	115,4	113,7	116,5	104,5
10	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	100	111,1	116,5	99,5	94,3	102,2	100,1	105,9	95,6	94,1
11	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	100	79,8	197,4	371,3	136,9	100,3	94,5	92,2	96,5	100,7
12	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Schrott	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Flachstahl, Stahlbleche	100	86,9	302,9	147,8	129,8	162,6	106,4	101,9	116,2	101,0
15	Stabstahl, Draht, Profile	100	75,7	125,4	100,5	80,9	122,2	96,7	87,1	147,4	135,8
16	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	100	70,2	85,9	61,2	53,9	71,6	83,5	75,8	91,1	76,0
17	Stahlrohre	100	205,2	532,4	195,9	90,0	422,4	87,3	648,8	87,1	131,9
18	NE-Metalle	100	83,3	79,3	71,8	91,8	99,7	94,3	89,0	103,4	84,8
19	**Investitionsgüter**	100	96,3	108,2	123,7	127,7	103,7	129,1	139,8	121,2	113,5
	darunter:										
20	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	100	48,3	26,4	73,1	111,8	54,8	40,5	41,5	37,6	46,5
21	Maschinenbau	100	93,4	104,6	112,6	113,3	109,0	134,4	118,1	152,9	135,0
22	Landmaschinen, Ackerschlepper	100	113,0	114,5	106,0	92,1	76,4	71,1	80,7	64,9	71,9
23	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	100	96,2	88,6	93,2	108,0	109,6	126,5	102,7	150,0	111,1
24	Textil- und Nähmaschinen	100	196,7	254,3	239,0	215,1	217,1	208,7	217,8	199,8	199,3
25	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	100	100,4	113,7	125,3	123,7	110,1	148,3	128,1	169,1	152,2
26	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	100	45,9	95,1	73,6	101,1	96,9	99,9	86,1	160,7	140,8
27	Bau- und Baustoffmaschinen	100	22,0	33,7	56,7	21,7	18,3	29,2	29,9	27,5	40,3
28	Zahnräder, Getriebe, Lager	100	48,2	43,3	39,9	50,4	62,3	84,1	80,0	88,9	52,8
29	Sonstiger Maschinenbau	100	86,6	105,6	120,3	110,8	123,8	116,0	126,4	104,1	131,1
30	Büromaschinen und DV-Geräte	100	65,4	110,3	162,1	140,1	36,2	70,1	184,9	48,3	57,7
31	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	100	114,9	120,6	135,8	125,4	142,0	145,7	138,3	152,1	142,1
32	Elektrotechnische Investitionsgüter	100	90,5	110,0	138,4	136,5	166,9	166,7	183,5	154,0	127,9
33	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	100	102,4	95,7	195,4	189,8	237,2	246,5	247,3	245,8	139,3
34	Nachrichtentechnische Geräte	100	123,6	115,6	39,5	110,4	127,2	114,1	125,7	104,1	110,8
35	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	100	93,7	124,7	132,8	142,7	150,0	147,9	154,3	143,0	128,5
36	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	100	77,1	105,7	87,8	55,4	84,1	79,2	91,9	72,2	128,7
37	Feinmechanische und optische Geräte	100	94,9	109,7	112,8	150,2	173,9	113,9	188,9	92,1	33,4
38	Eisen-, Blech- und Metallwaren	100	98,9	108,0	107,5	101,4	105,5	116,6	127,9	108,8	110,4
39	**Konsumgüter**	100	110,3	114,3	119,5	125,5	138,9	147,9	142,4	153,3	162,1
	darunter:										
40	Textilien, Bekleidung, Schuhe	100	103,7	96,5	95,2	80,0	88,0	75,4	70,4	82,1	37,4
41	PKW, Motorräder, Campinganhänger	100	111,0	117,7	122,3	130,9	145,6	156,4	150,3	162,4	171,3
42	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	100	108,7	108,7	125,1	122,7	122,6	127,4	137,5	118,6	122,3
43	Kunststoffwaren	100	109,2	114,4	111,2	94,2	81,8	64,5	61,2	67,8	75,8
44	**Sonstige Waren**	100	32,1	89,7	61,8	55,5	51,4	122,0	99,6	159,0	88,4
45	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	100	104,9	110,6	118,8	124,0	121,0	136,2	137,4	135,2	140,2

[1]) Nähere Erläuterungen siehe Seite 217. — [2]) Vorläufige Ergebnisse.

Deutschland für ausgewählte Waren [1])
Japan

Index des Volumens
1980 = 100

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1986 1. Hj.	1986 2. Hj.	1987 [2]) 1. Hj.	Warenbezeichnung	Lfd. Nr.
100	117,2	120,3	131,9	140,4	148,4	151,5	141,3	161,6	156,4	**Grundstoffe und Produktionsgüter**	01
										darunter:	
100	114,8	120,6	134,9	144,3	152,4	154,1	143,3	164,9	158,2	Chemische Erzeugnisse	02
100	154,4	146,4	204,1	178,8	248,6	208,5	168,6	248,4	191,3	Organische Grundstoffe	03
100	95,9	102,1	99,0	111,5	111,2	122,2	115,7	128,6	101,9	Pharmazeutische Erzeugnisse	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Düngemittel, Pflanzenbehandlungsmittel	05
100	111,3	126,8	128,5	134,9	136,1	136,0	129,7	142,3	160,7	Farbstoffe, Farben, Lacke	06
100	133,5	124,2	143,2	169,4	160,6	176,3	164,7	188,0	219,7	Sonstige chemische Erzeugnisse	07
100	121,2	134,7	185,3	206,0	208,2	220,4	214,5	226,2	243,1	Kunststoffe u. synthetischer Kautschuk	08
100	150,2	87,8	153,0	177,8	333,2	154,0	120,6	187,4	193,9	Chemiefasern	09
100	148,5	94,6	57,0	33,7	49,3	61,2	53,6	68,7	94,1	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	10
100	100	60,4	58,2	152,3	89,9	173,7	159,8	187,6	137,5	Eisen und Stahl einschl. Walzprodukte	11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Roheisen, Stahl, Stahlhalbzeug	12
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Schrott	13
100	122,1	2,7	16,6	104,6	58,4	170,1	231,6	108,5	299,1	Flachstahl, Stahlbleche	14
100	133,6	80,6	33,9	64,3	59,7	124,3	208,8	39,7	46,7	Stabstahl, Draht, Profile	15
100	190,3	196,3	324,2	726,8	407,8	226,6	225,5	227,7	163,8	Schmiede-, Preß- u. Hammerwerkserz.	16
100	1,0	45,6	0,5	9,0	0,6	195,6	0,1	391,1	13,3	Stahlrohre	17
100	387,9	559,3	586,3	521,5	593,6	651,0	818,5	483,5	708,8	NE-Metalle	18
100	117,6	108,3	107,1	120,8	175,7	167,2	141,5	192,9	173,4	**Investitionsgüter**	19
										darunter:	
100	403,7	664,9	2 282,3	589,4	1 012,2	2 885,8	4 385,6	1 386,1	1 373,6	Stahlbau und Schienenfahrzeugbau	20
100	116,9	103,6	100,9	107,0	140,2	119,8	127,5	112,1	118,4	Maschinenbau	21
100	63,6	109,1	68,4	80,8	84,9	107,1	84,5	129,8	236,3	Landmaschinen, Ackerschlepper	22
100	140,3	153,3	88,6	94,0	117,5	114,8	114,3	115,4	96,2	Metallbearbeitungsmaschinen usw.	23
100	52,0	46,9	46,1	69,5	74,3	83,5	82,5	84,5	129,4	Textil- und Nähmaschinen	24
100	100,9	84,9	94,6	91,2	133,6	104,1	105,7	102,4	96,5	Maschinen für NuG, Chemie u. ä.	25
100	354,8	113,2	203,0	182,3	263,0	242,1	394,7	89,5	125,1	Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	26
100	272,0	148,1	229,1	513,7	583,3	666,8	934,3	399,2	361,4	Bau- und Baustoffmaschinen	27
100	344,7	428,4	438,6	543,0	525,6	317,1	344,6	289,6	541,9	Zahnräder, Getriebe, Lager	28
100	105,1	100,7	103,9	127,7	140,2	159,6	169,7	149,5	181,1	Sonstiger Maschinenbau	29
100	166,8	111,9	106,5	145,0	808,7	489,3	156,1	822,5	376,5	Büromaschinen und DV-Geräte	30
100	118,8	149,9	156,2	206,8	181,6	229,5	212,3	246,8	276,1	Straßenfahrzeuge (ohne PKW)	31
100	111,1	96,5	94,0	100,9	102,3	124,5	107,4	141,7	138,0	Elektrotechnische Investitionsgüter	32
100	112,8	123,2	142,6	173,2	177,7	221,9	211,8	232,1	238,3	Geräte u. Einrichtungen z. E-Erzeugung	33
100	56,6	71,5	151,2	48,9	97,5	57,2	53,2	61,2	56,0	Nachrichtentechnische Geräte	34
100	95,6	123,0	97,5	85,5	99,4	96,9	84,0	109,7	133,1	Meß-, Prüf-, Regel-, Steuerungsgeräte	35
100	127,7	32,5	45,5	62,4	29,9	82,0	58,2	105,9	40,3	Röhren, Halbleiter, Schaltungen	36
100	99,0	73,6	88,2	198,3	303,0	828,2	374,1	1 282,4	1 231,7	Feinmechanische und optische Geräte	37
100	78,8	88,3	70,4	85,9	116,3	98,2	80,3	116,2	102,4	Eisen-, Blech- und Metallwaren	38
100	93,4	112,9	131,1	155,9	189,9	223,6	222,8	224,4	308,3	**Konsumgüter**	39
										darunter:	
100	98,6	98,8	93,4	128,4	129,1	164,2	188,8	139,5	219,1	Textilien, Bekleidung, Schuhe	40
100	92,0	109,9	129,8	152,6	183,4	219,3	218,9	219,7	313,3	PKW, Motorräder, Campinganhänger	41
100	84,3	103,6	154,1	222,6	532,6	432,9	399,6	466,3	477,3	Elektrotechnische Gebrauchsgüter	42
100	126,2	144,4	188,3	243,7	264,4	446,9	445,4	448,3	412,6	Kunststoffwaren	43
100	283,2	140,1	199,8	1 574,5	612,6	147,8	184,3	111,2	224,9	**Sonstige Waren**	44
100	109,8	113,6	122,9	140,1	172,1	180,6	168,0	193,1	212,0	**Zusammen** (01 + 19 + 39 + 44)	45

VI.
Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Seite 262

Tabellenteil ..... Seite 267

A. Internationale Tabellen ..... Tabellen 1* bis 17*

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland ..... Tabellen 18* bis 76*

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
1*	Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern	267
2*	Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern	268
3*	Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern	269
4*	Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern	270
5*	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern	271
6*	Zinsen in wichtigen Industrieländern	272
7*	Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern	273
8*	Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern	274
9*	Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern	275
10*	Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern	276
11*	Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern	278
12*	Wechselkurse	279
13*	Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	280
14*	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	282
15*	Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern	284
16*	Energieerzeugung in ausgewählten Ländern	285
17*	Energieverbrauch im internationalen Vergleich	286
18*	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	288
19*	Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen	289
20*	Ausländer im Bundesgebiet nach der Staatsangehörigkeit	290
21*	Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen	292
22*	Bruttowertschöpfung, Bruttoinlandsprodukt, Sozialprodukt	294
23*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Entstehung des Sozialprodukts	296
24*	Verteilung des Volkseinkommens	297
25*	Verwendung des Volkseinkommens	298
26*	Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten	299
27*	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen	300
28*	Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen	301

		Seite
29*	Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte	302
30*	Verwendung des Sozialprodukts	304
31*	Bruttoinvestitionen	306
32*	Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen	308
33*	Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken	310
34*	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	311
35*	Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung — Verwendung des Sozialprodukts	312
36*	Einnahmen und Ausgaben des Staates	314
37*	Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	318
38*	Ausgaben und Einnahmen der staatlichen und kommunalen Haushalte nach Ländern	320
39*	Kassenmäßige Steuereinnahmen	322
40*	Verschuldung der öffentlichen Haushalte	323
41*	Vermögensbildung und ihre Finanzierung	324
42*	Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang	326
43*	Zahlungsmittelbestände und Kredite	328
44*	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe	329
45*	Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	332
46*	Index der Produktion im Produzierenden Gewerbe	335
47*	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	336
48*	Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	338
49*	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe	339
50*	Baugenehmigungen	340
51*	Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	341
52*	Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe	343
53*	Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe	344
54*	Einzelhandelsumsatz	345
55*	Zahlungsbilanz	346
56*	Kapitalverkehr mit dem Ausland	348
57*	Außenhandel, tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte	350
58*	Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik	351
59*	Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	352
60*	Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	353
61*	Warenausfuhr nach Ländergruppen	354
62*	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	355
63*	Index der Grundstoffpreise	356
64*	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	357
65*	Index der Ausfuhrpreise	358
66*	Index der Einfuhrpreise	359
67*	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	360
68*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Bedarfsgruppen	361
69*	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten nach Haupt-/Untergruppen	362
70*	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nach Haupt-/Untergruppen	363
71*	Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren, Leistungen, Wohnungsnutzung und nach Haushaltstypen	364
72*	Löhne und Gehälter	365
73*	Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	366
74*	Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern	367
75*	Energieverbrauch nach Bereichen	368
76*	Entwicklung im Mineralölbereich	369

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat sowie private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft, zumindest jedoch annähernd die Kosten deckt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um Produktionsunternehmen, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. Hierzu gehören aber auch Institutionen, die im allgemeinen Sprachgebrauch nicht oder nicht immer als Unternehmen bezeichnet werden, wie landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, Ein- und Verkaufsvereinigungen, Arbeitsstätten der freien Berufe, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost und sonstige Unternehmen, die dem Staat gehören, unabhängig von ihrer Rechtsform, ferner die gesamte Wohnungsvermietung einschließlich der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Zum **Staat** gehören die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung. Im einzelnen: Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschließlich Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände (Ämter, Kreise, Bezirks- und Landschaftsverbände usw.) sowie Zweckverbände und die Sozialversicherung (die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten, die knappschaftliche Rentenversicherung, Zusatzversorgungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst, die Altershilfe für Landwirte, die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung und die Arbeitslosenversicherung). Nicht zum Sektor Staat rechnen die im Eigentum der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung befindlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform.

In den Sektor der **privaten Haushalte** (Ein- und Mehrpersonenhaushalte sowie Anstaltsbevölkerung) sind auch die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle, wissenschaftliche sowie im Erziehungswesen tätige Organisationen, die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und aus Vermögenserträgen finanzieren, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Institute usw. Aus statistischen Gründen sind in diesem Sektor auch Organisationen ohne Erwerbszweck einbezogen, die überwiegend vom Staat finanziert werden und vor allem im Bereich von Wissenschaft und Forschung tätig sind.

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Inlandsprodukt und Sozialprodukt werden im allgemeinen sowohl „brutto" als auch „netto" (das heißt nach Abzug der Abschreibungen) berechnet und dargestellt. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten ohne die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion, selbsterstellte Anlagen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die Vorleistungen ab, das heißt den Wert der Güter (ohne Umsatzsteuer), den inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben, so erhält man die **Bruttowertschöpfung** der Wirtschaftsbereiche. Die Addition der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ergibt zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt. Zieht man von der unbereinigten Bruttowertschöpfung insgesamt die gegen unterstellte Entgelte erbrachten Bankdienstleistungen ab, erhält man die bereinigte Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft. Unter Hinzurechnung der auf den Gütern lastenden nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer (Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer, Einfuhrumsatzsteuer sowie die einbehaltene Umsatzsteuer) und der Einfuhrabgaben (Einfuhrzölle, Verbrauchsteuer auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer), die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Gemeinschaften auf eingeführte Güter erhoben werden, erhält man das **Bruttoinlandsprodukt.** Dieser Rechenschritt läßt sich nur für die Gesamtwirtschaft vollziehen, da eine Aufgliederung der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben nach einzelnen Wirtschaftsbereichen nicht erfolgt.

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Personen bzw. Institutionen von der übrigen Welt

bezogen haben, und zieht man davon die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt geflossen sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen;** nach Kürzung um die indirekten Steuern (Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer — Kassenaufkommen und aufgrund gesetzlicher Sonderregelungen einbehaltene Umsatzsteuer sowie Einfuhrabgaben) und nach Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.** Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das **Volkseinkommen** ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern letztlich zugeflossen sind. Es umfaßt — in der Gliederung nach Sektoren — die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die Vermögenseinkommen des Staates und die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfassen die Bruttolohn- und -gehaltssumme und die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthalten die Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten und immateriellen Werten, aus Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Entnahmen und nichtentnommene Gewinne), und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf öffentliche Schulden. Dazu kommen die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.). Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten einerseits noch die aus den Einkommen zu leistenden direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Sozialbeiträge; andererseits sind die von den privaten Haushalten empfangenen Renten und übrigen laufenden Übertragungen noch nicht einbezogen. Nach Hinzurechnung der empfangenen laufenden Übertragungen von anderen Sektoren und von der übrigen Welt (ohne Subventionen) und nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen an andere Sektoren und an die übrige Welt (ohne indirekte Steuern) erhält man die Summe der verfügbaren Einkommen der Volkswirtschaft, das heißt aller Sektoren.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte vom Staat und von den anderen Sektoren sowie von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern sowie die an alle Sektoren und die übrige Welt geleisteten Sozialbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschließlich als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus privatem Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen und Außenbeitrag.

Der **private Verbrauch** umfaßt die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke und den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie zum Beispiel der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Deputate der Arbeitnehmer. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Anlageinvestitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** umfaßt die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung. Er ergibt sich nach Abzug der Verkäufe sowie der selbsterstellten Anlagen vom Produktionswert des Staates, der anhand der laufenden Aufwendungen der Institutionen des Staatssektors gemessen wird. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke wird auch der Erwerb von militärischen Bauten und dauerhaften militärischen Ausrüstungen gerechnet. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum privaten Verbrauch.

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die Käufe neuer Anlagen sowie von gebrauchten Anlagen und Land nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen

und Land. Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und derjenigen dauerhafter Güter, die in den privaten Verbrauch eingehen. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** wird anhand von Bestandsangaben für Vorräte berechnet, die zunächst auf eine konstante Preisbasis (1980) umgerechnet werden. Die Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen wird anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Der **Außenbeitrag** ergibt sich als Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen (einschließlich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen von - bzw. an die übrige Welt). Erfaßt werden also die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt sowie die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben bzw. an die übrige Welt geflossen sind.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Die drei Berechnungsarten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

I. Entstehungsrechnung

Produktionswert
− Vorleistungen

= Bruttowertschöpfung (unbereinigt)
− Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen

= Bruttowertschöpfung (bereinigt)
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
+ Einfuhrabgaben

= Bruttoinlandsprodukt
± Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt

II. Verwendungsrechnung

Privater Verbrauch
+ Staatsverbrauch
+ Ausrüstungsinvestitionen
+ Bauinvestitionen
± Vorratsveränderung
+ Ausfuhr
− Einfuhr

= Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen
− Abschreibungen

= Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
− Indirekte Steuern
+ Subventionen

= Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

III. Verteilungsrechnung

Volkseinkommen

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
− Öffentliche Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern, u. ä.)
± Sonstige Zu- und Absetzungen

= Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
− Unterstellte Sozialbeiträge

= Bruttolohn- und -gehaltssumme
− Lohnsteuer
− Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer

= Nettolohn- und -gehaltssumme

6. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1980) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1980. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1980; die Preisentwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

1317/266

Tabellenteil

Tabelle 1*

A. Internationale Tabellen

Bevölkerung und Erwerbstätige in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Gesamtbevölkerung					
1960	55 433	9 153	45 684	52 373	48 967	11 486	7 048	5 429	93 260	180 671
1961	56 185	9 184	46 163	52 807	49 156	11 639	7 087	5 434	94 100	183 691
1962	56 837	9 221	46 998	53 292	49 563	11 806	7 130	5 574	94 980	186 538
1963	57 389	9 290	47 816	53 625	49 936	11 966	7 175	5 694	95 900	189 242
1964	57 971	9 378	48 310	53 991	50 439	12 127	7 224	5 789	96 890	191 889
1965	58 619	9 464	48 758	54 350	50 840	12 295	7 271	5 857	97 950	194 303
1966	59 148	9 528	49 164	54 643	51 227	12 456	7 322	5 918	98 860	196 560
1967	59 286	9 581	49 548	54 959	51 664	12 598	7 377	5 992	99 920	198 712
1968	59 500	9 619	49 915	55 214	52 042	12 730	7 415	6 068	101 070	200 706
1969	60 067	9 646	50 315	55 461	52 376	12 878	7 441	6 137	102 320	202 677
1970	60 651	9 651	50 772	55 632	52 771	13 039	7 467	6 270	103 720	205 052
1971	61 284	9 673	51 251	55 907	53 124	13 194	7 500	6 343	104 740	207 661
1972	61 672	9 709	51 701	56 079	53 499	13 329	7 544	6 401	106 180	209 896
1973	61 976	9 739	52 118	56 210	53 882	13 439	7 586	6 441	108 660	211 909
1974	62 054	9 768	52 460	56 224	54 390	13 545	7 599	6 460	110 160	213 854
1975	61 829	9 795	52 699	56 215	54 764	13 666	7 579	6 404	111 520	215 973
1976	61 531	9 811	52 909	56 206	55 070	13 774	7 566	6 333	112 770	218 035
1977	61 400	9 822	53 145	56 179	55 266	13 856	7 568	6 316	113 880	220 239
1978	61 327	9 830	53 376	56 167	55 446	13 942	7 562	6 333	114 920	222 585
1979	61 359	9 837	53 606	56 227	55 602	14 038	7 549	6 351	115 880	225 056
1980	61 566	9 847	53 880	56 314	55 657	14 150	7 549	6 385	116 800	227 757
1981	61 682	9 853	54 182	56 379	55 774	14 247	7 564	6 429	117 650	230 138
1982	61 638	9 856	54 480	56 335	55 995	14 313	7 571	6 467	118 450	232 520
1983	61 423	9 855	54 729	56 377	56 228	14 367	7 552	6 482	119 260	234 799
1984	61 175	9 855	54 947	56 488	56 344	14 424	7 553	6 505	120 020	237 019
1985	61 024	9 858	55 172	56 618	56 498	14 491	7 558	6 533	120 750	239 283
					Erwerbstätige					
1960	25 954	3 447	18 595	23 660	20 269	4 182	3 239	2 701	44 360	65 778
1961	26 238	3 481	18 608	23 978	20 366	4 213	3 244	2 844	44 980	65 746
1962	26 291	3 534	18 737	24 185	20 270	4 297	3 209	2 954	45 560	66 702
1963	26 319	3 560	19 065	24 230	19 982	4 356	3 191	2 999	45 950	67 762
1964	26 297	3 609	19 395	24 522	19 904	4 445	3 187	3 046	46 550	69 305
1965	26 418	3 621	19 540	24 776	19 432	4 487	3 167	3 025	47 300	71 088
1966	26 320	3 635	19 688	24 934	19 095	4 519	3 136	3 014	48 270	72 895
1967	25 461	3 618	19 763	24 570	19 315	4 505	3 081	3 030	49 200	74 372
1968	25 491	3 615	19 732	24 436	19 294	4 552	3 043	3 048	50 020	75 920
1969	25 871	3 683	20 041	24 478	19 112	4 621	3 040	3 098	50 400	77 902
1970	26 169	3 658	20 328	24 381	19 218	4 679	3 051	3 143	50 940	78 678
1971	26 317	3 695	20 440	24 143	19 176	4 700	3 086	3 199	51 210	79 367
1972	26 214	3 689	20 571	24 115	18 850	4 673	3 108	3 243	51 260	82 153
1973	26 411	3 738	20 863	24 694	19 006	4 670	3 160	3 277	52 590	85 064
1974	26 038	3 792	21 059	24 786	19 392	4 672	3 190	3 273	52 370	86 794
1975	25 285	3 737	20 864	24 703	19 491	4 640	3 175	3 117	52 230	85 846
1976	25 059	3 708	21 016	24 491	19 612	4 654	3 193	3 024	52 710	88 752
1977	25 014	3 702	21 188	24 523	19 791	4 701	3 222	3 036	53 420	92 017
1978	25 169	3 701	21 263	24 681	19 863	4 757	3 230	3 067	54 080	96 048
1979	25 516	3 744	21 305	25 083	20 057	4 821	3 251	3 100	54 790	98 824
1980	25 797	3 743	21 334	25 005	20 313	4 973	3 263	3 170	55 360	99 303
1981	25 610	3 664	21 203	24 008	20 361	5 005	3 267	3 211	55 810	100 397
1982	25 177	3 615	21 240	23 588	20 297	4 999	3 229	3 190	56 380	99 526
1983	24 793	3 577	21 168	23 299	20 350	4 927	3 203	3 149	57 330	100 834
1984	24 833	3 579	20 978	23 757	20 422	4 912	3 206	3 142	57 660	105 005
1985	25 011	3 607	20 889	24 089	20 508	5 083	3 213	3 171	58 070	107 150

Quelle: OECD

Tabelle 2*

Beschäftigte Arbeitnehmer und registrierte Arbeitslose in wichtigen Industrieländern

1 000

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Beschäftigte Arbeitnehmer					
1960	20 038	2 545	12 886	21 894	11 694	3 296	.	.	23 700	55 179
1961	20 377	2 594	13 047	22 228	12 032	3 369	.	.	24 780	55 229
1962	20 631	2 655	13 317	22 447	12 396	3 465	.	.	25 930	56 524
1963	20 836	2 705	13 774	22 505	12 639	3 536	.	.	26 720	57 952
1964	21 028	2 782	14 219	22 812	12 519	3 623	.	.	27 630	59 496
1965	21 289	2 816	14 470	23 080	12 144	3 676	.	.	28 760	61 418
1966	21 284	2 838	14 719	23 253	11 997	3 722	.	.	29 940	63 627
1967	20 565	2 823	14 892	22 808	12 245	3 718	.	.	30 710	66 149
1968	20 706	2 823	15 005	22 650	12 378	3 775	2 186	.	31 480	67 798
1969	21 267	2 897	15 496	22 625	12 568	3 865	2 150	.	31 990	69 706
1970	21 747	2 965	15 941	22 479	12 811	3 933	2 160	.	33 060	70 645
1971	22 106	3 026	16 201	22 122	12 959	3 972	2 195	.	34 120	71 286
1972	22 103	3 038	16 478	22 121	12 955	3 942	2 244	.	34 650	74 010
1973	22 395	3 096	16 879	22 664	13 191	3 958	2 271	.	36 150	76 847
1974	22 113	3 158	17 166	22 789	13 555	3 972	2 409	.	36 370	78 460
1975	21 489	3 107	17 060	22 710	13 735	4 033	2 368	.	36 460	77 551
1976	21 407	3 085	17 274	22 543	13 888	4 064	2 380	.	37 120	80 519
1977	21 496	3 081	17 497	22 619	14 125	4 130	2 420	.	37 690	83 481
1978	21 734	3 080	17 610	22 777	14 107	4 175	2 470	.	37 990	87 205
1979	22 132	3 118	17 686	23 158	14 338	4 229	2 524	.	38 760	89 674
1980	22 478	3 119	17 752	22 972	14 499	4 362	2 545	.	39 710	89 950
1981	22 335	3 042	17 663	21 871	14 495	4 374	2 575	.	40 370	91 007
1982	21 904	2 993	17 752	21 400	14 472	4 377	2 677	.	40 980	89 967
1983	21 519	2 951	17 737	21 059	14 360	4 326	2 654	.	42 080	91 075
1984	21 551	2 942	17 601	21 243	14 253	4 317	2 740	.	42 650	95 120
1985	21 717	2 962	17 541	21 467	14 418	4 495	2 751	.	43 130	97 406
					Registrierte Arbeitslose					
1960	271	117	239	326	1 215	30	.	1,2	750	3 852
1961	181	89	185	287	1 108	22	.	0,7	660	4 714
1962	155	75	209	406	969	23	.	0,6	590	3 911
1963	186	62	233	496	807	25	.	0,8	590	4 070
1964	169	55	189	349	904	22	.	0,3	540	3 786
1965	147	63	236	299	1 110	25	.	0,3	570	3 366
1966	161	67	244	281	1 192	36	.	0,3	650	2 875
1967	459	92	323	503	1 106	75	.	0,3	630	2 975
1968	323	110	545	542	1 172	68	49	0,3	590	2 817
1969	179	88	477	518	1 160	49	62	0,3	570	2 831
1970	149	71	510	555	1 111	47	42	0,1	590	4 093
1971	185	69	570	696	1 109	62	38	0,1	640	5 016
1972	246	88	595	778	1 296	108	35	0,1	730	4 882
1973	273	92	577	557	1 303	110	33	0,1	680	4 365
1974	582	97	618	528	1 111	135	41	0,2	730	5 156
1975	1 074	175	911	838	1 226	260	53	13	1 000	7 929
1976	1 060	233	991	1 266	1 420	278	54	20	1 080	7 406
1977	1 030	266	1 122	1 359	1 538	271	49	11	1 100	6 991
1978	993	290	1 206	1 343	1 560	273	64	10	1 240	6 202
1979	876	304	1 371	1 234	1 686	280	65	10	1 170	6 137
1980	889	322	1 471	1 513	1 684	326	58	6	1 140	7 637
1981	1 272	416	1 729	2 395	1 769	480	80	6	1 260	8 273
1982	1 833	490	1 920	2 770	1 923	655	116	14	1 360	10 678
1983	2 258	545	1 961	2 984	2 140	801	135	29	1 560	10 717
1984	2 266	546	2 312	3 030	2 258	822	128	35	1 610	8 539
1985	2 304	506	2 426	3 179	2 327	761	121	30	1 560	8 312

Quelle: OECD

Tabelle 3*

Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	302,71	557,02	296,51	25,74	23,21	44,42	162,89	37,37	15,87	513,56
1961	331,71	592,44	323,46	27,47	25,81	46,90	180,73	42,04	19,61	531,98
1962	360,78	633,71	361,16	28,78	29,00	50,49	192,13	46,62	21,75	572,42
1963	382,37	681,30	404,88	30,59	33,22	54,78	207,08	51,27	25,12	604,11
1964	420,18	762,53	449,16	33,33	36,36	64,45	226,73	56,83	29,69	646,68
1965	459,17	829,96	483,49	35,79	39,12	71,99	246,49	60,86	32,80	701,67
1966	488,23	892,11	523,42	38,17	42,39	78,38	268,53	65,36	38,09	768,63
1967	494,35	955,35	565,39	40,36	46,70	85,99	285,59	70,35	44,63	812,72
1968	533,28	1 022,34	614,52	43,78	50,61	95,35	306,83	75,12	52,92	888,07
1969	596,95	1 134,17	700,69	46,76	55,88	107,99	335,00	81,40	62,26	958,83
1970	675,30	1 262,11	782,56	51,33	62,88	121,18	375,88	90,67	73,35	1 009,22
1971	750,56	1 382,02	872,43	57,67	68,51	136,53	419,62	103,00	80,70	1 095,42
1972	823,74	1 545,39	981,12	63,86	75,12	154,26	479,54	116,71	92,40	1 203,65
1973	917,27	1 755,02	1 114,20	73,63	89,75	176,04	543,46	130,06	112,50	1 344,96
1974	984,58	2 056,81	1 278,30	83,79	110,72	199,78	618,56	141,10	134,24	1 456,41
1975	1 026,90	2 271,14	1 452,32	105,90	125,38	219,96	656,11	140,16	148,33	1 583,92
1976	1 121,72	2 576,28	1 677,97	126,34	156,66	251,93	724,75	141,96	166,57	1 764,81
1977	1 197,82	2 780,85	1 884,59	145,46	190,08	274,93	796,19	145,79	185,62	1 967,49
1978	1 285,32	2 987,36	2 141,08	167,70	222,25	297,01	842,33	151,68	204,41	2 218,91
1979	1 392,30	3 189,75	2 442,31	196,36	270,20	315,96	918,54	158,55	221,55	2 464,81
1980	1 478,94	3 444,60	2 769,32	229,79	338,74	336,74	994,70	170,33	240,18	2 688,47
1981	1 540,93	3 558,94	3 110,61	253,24	401,58	352,85	1 055,97	184,76	257,36	3 009,47
1982	1 597,92	3 878,19	3 566,98	275,35	470,48	368,86	1 133,53	195,98	269,63	3 121,40
1983	1 674,84	4 111,43	3 935,01	300,11	539,84	381,02	1 202,03	203,87	280,26	3 353,47
1984	1 754,31	4 402,42	4 282,84	319,14	615,12	398,47	1 285,19	213,23	298,09	3 713,02
1985	1 839,91	4 695,38	4 585,34	350,45	684,84	415,07	1 366,64	227,76	316,77	3 946,62
					in Preisen von 1980					
1960	728,94	1 553,04	1 127,81	143,95	142,90	154,27	437,54	94,88	56,23	1 424,19
1961	762,72	1 630,36	1 189,92	148,66	154,63	154,72	460,78	102,57	64,42	1 461,08
1962	798,82	1 715,33	1 269,31	150,20	164,22	165,31	471,82	107,48	68,96	1 537,93
1963	820,95	1 789,97	1 337,18	156,57	173,43	171,30	491,07	112,73	76,21	1 597,75
1964	875,69	1 914,50	1 424,34	164,48	178,28	185,48	520,72	118,65	86,28	1 684,51
1965	923,70	1 982,67	1 492,40	168,30	184,11	195,22	535,60	122,43	90,70	1 779,07
1966	950,87	2 045,36	1 570,22	171,50	195,13	200,56	565,83	125,44	100,19	1 882,06
1967	949,74	2 124,63	1 643,83	176,20	209,14	211,16	582,84	129,28	110,58	1 940,14
1968	1 002,54	2 213,91	1 713,84	183,51	222,83	224,70	608,91	133,92	124,49	2 018,80
1969	1 077,35	2 360,91	1 833,64	185,91	236,41	239,15	647,13	141,46	139,53	2 064,67
1970	1 132,82	2 511,12	1 938,73	190,21	248,97	252,77	693,22	150,48	152,65	2 059,21
1971	1 165,60	2 603,01	2 043,58	195,34	253,06	263,44	728,67	156,61	159,11	2 114,30
1972	1 214,70	2 739,98	2 164,15	199,79	261,16	272,16	773,90	161,63	172,44	2 218,30
1973	1 271,65	2 902,14	2 280,28	215,09	279,53	284,92	811,72	166,55	186,02	2 328,54
1974	1 275,10	3 021,13	2 353,99	213,03	291,10	296,22	843,74	168,98	183,76	2 311,40
1975	1 254,83	2 976,01	2 358,37	211,79	280,52	295,95	840,68	156,67	188,54	2 289,23
1976	1 322,74	3 134,86	2 480,31	219,79	296,99	311,10	879,16	154,47	197,56	2 396,86
1977	1 361,79	3 148,03	2 556,06	222,10	302,62	318,31	917,48	158,23	208,00	2 505,40
1978	1 400,90	3 242,36	2 652,80	229,98	310,75	326,13	922,23	158,88	218,62	2 633,72
1979	1 459,04	3 310,35	2 740,50	235,12	325,99	333,86	965,65	162,84	229,96	2 687,32
1980	1 478,94	3 444,60	2 769,32	229,79	338,74	336,74	994,70	170,33	240,18	2 688,47
1981	1 481,39	3 392,49	2 782,15	227,09	339,33	334,37	993,22	172,80	249,45	2 743,87
1982	1 471,83	3 455,55	2 832,22	229,26	337,57	329,66	1 004,26	170,85	256,53	2 674,95
1983	1 493,92	3 443,97	2 852,91	237,89	337,04	334,29	1 024,92	172,01	264,61	2 765,98
1984	1 534,87	3 502,14	2 896,24	243,01	346,62	342,20	1 045,16	175,02	277,86	2 949,18
1985	1 574,85	3 553,95	2 928,12	252,11	354,68	348,10	1 076,30	182,06	290,42	3 033,29

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

Tabelle 4*

Volkseinkommen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					Volkseinkommen					
1960	239,82	447,30	223,46	20,87	18,81	37,08	123,12	31,05	12,82	417,49
1961	261,06	471,89	244,43	22,06	20,89	38,79	136,17	34,81	15,18	430,89
1962	282,39	505,25	273,91	23,08	23,58	41,64	144,16	38,70	17,39	464,73
1963	298,07	543,02	305,81	24,62	27,04	45,05	155,01	42,59	19,98	491,50
1964	327,83	608,75	338,25	26,73	29,54	53,39	168,90	47,08	22,91	528,20
1965	359,42	667,22	365,15	28,79	31,83	59,54	182,89	50,49	25,75	575,27
1966	380,61	710,61	395,01	30,33	34,64	64,34	198,39	54,11	30,01	631,47
1967	381,39	756,19	428,90	31,74	38,05	70,57	210,95	58,34	35,54	666,81
1968	417,67	812,94	473,83	34,10	41,55	77,95	224,92	62,20	41,82	727,01
1969	462,09	904,11	538,26	36,47	46,05	89,40	246,86	67,06	49,08	784,30
1970	530,00	1 006,93	598,34	40,00	51,66	99,37	276,87	74,28	59,31	815,43
1971	586,95	1 107,29	675,21	44,42	56,64	110,88	307,66	84,74	64,75	878,75
1972	643,98	1 254,60	759,18	50,38	62,88	125,24	348,75	95,61	74,59	972,62
1973	720,26	1 441,60	865,04	58,62	75,01	144,29	393,06	107,27	91,80	1 093,47
1974	771,94	1 682,13	986,41	65,73	91,41	164,56	453,08	117,48	109,31	1 168,21
1975	801,07	1 870,75	1 118,56	83,25	104,47	179,74	486,15	117,48	121,18	1 253,66
1976	877,67	2 127,32	1 272,35	96,78	129,33	206,72	543,50	119,44	137,28	1 403,51
1977	936,95	2 285,03	1 453,16	112,76	155,43	223,96	593,01	121,78	151,49	1 573,14
1978	1 003,96	2 453,75	1 641,99	128,93	182,91	241,04	631,96	126,66	167,50	1 782,93
1979	1 083,62	2 624,59	1 859,10	148,84	224,92	256,87	690,00	132,96	180,43	1 974,60
1980	1 142,34	2 842,94	2 095,07	171,48	279,79	272,23	745,83	142,71	195,13	2 125,17
1981	1 183,08	2 926,51	2 350,39	185,34	331,36	284,33	785,15	154,70	206,07	2 362,60
1982	1 224,34	3 174,58	2 667,43	203,54	387,62	298,30	842,07	164,86	215,97	2 437,46
1983	1 280,68	3 357,38	2 946,52	223,33	437,32	307,91	893,27	171,65	224,11	2 632,29
1984	1 342,82	3 617,65	3 217,91	241,82	500,20	321,90	948,97	179,68	236,78	2 948,64
1985	1 416,25	3 863,69	3 449,25	264,26	559,85	335,41	1 010,18	191,72	251,63	3 140,36
					Einkommen aus unselbständiger Arbeit					
1960	143,16	256,69	130,64	15,21	9,86	20,59	73,49	19,35	6,56	296,92
1961	161,64	269,58	146,12	16,44	10,95	22,61	81,91	21,93	7,78	305,84
1962	178,84	296,17	165,14	17,35	12,75	24,85	89,20	24,60	9,28	327,69
1963	191,86	325,89	188,15	18,24	15,51	27,72	96,09	27,46	10,92	345,81
1964	209,93	367,39	210,09	19,78	17,35	33,08	105,76	30,52	12,63	371,28
1965	232,96	406,58	226,51	21,36	18,31	37,48	116,46	33,13	14,66	400,18
1966	250,83	445,61	244,28	22,90	19,59	42,16	128,35	35,30	16,78	443,56
1967	250,35	476,89	263,66	23,85	21,66	46,01	138,95	38,34	19,29	476,21
1968	268,84	506,84	294,75	25,52	23,56	50,74	147,31	40,93	22,48	525,47
1969	302,62	562,04	337,11	27,30	25,95	58,79	160,64	44,09	26,45	579,18
1970	359,29	630,65	382,29	30,63	30,35	67,17	175,82	49,61	31,90	619,07
1971	407,77	718,91	432,11	33,57	34,73	77,08	203,19	57,68	37,82	660,33
1972	449,12	823,49	483,79	37,95	38,75	86,28	230,88	65,56	44,03	727,51
1973	509,87	948,73	558,12	43,97	47,08	99,95	270,38	74,74	55,18	814,66
1974	562,05	1 144,35	665,70	52,50	58,61	116,20	315,03	83,09	70,01	893,81
1975	585,93	1 313,75	783,73	68,63	71,20	131,17	353,60	85,15	81,58	952,09
1976	630,02	1 513,82	909,69	78,20	86,95	145,89	389,47	85,68	92,02	1 061,88
1977	674,70	1 643,30	1 036,36	86,89	106,50	159,54	431,45	87,69	102,80	1 181,13
1978	720,24	1 767,05	1 173,51	99,20	124,32	172,77	472,42	92,19	111,08	1 334,58
1979	776,39	1 889,67	1 329,99	116,01	148,90	185,92	504,52	97,10	120,06	1 497,63
1980	842,84	2 065,06	1 529,63	137,54	184,15	197,84	545,63	104,65	130,40	1 646,34
1981	881,20	2 147,50	1 740,70	148,37	225,54	201,53	589,01	114,12	141,14	1 817,19
1982	900,37	2 288,41	1 988,50	158,63	264,35	207,48	616,85	122,70	149,06	1 918,00
1983	918,49	2 390,54	2 197,12	170,30	305,17	209,64	642,44	128,16	156,86	2 032,31
1984	950,59	2 521,39	2 355,34	180,61	339,80	209,48	676,33	133,43	165,26	2 225,19
1985	987,03	2 651,28	2 488,39	195,72	377,46	214,96	717,00	141,59	173,19	2 380,37

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

Tabelle 5*

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen und Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Produktivität)									
1960	49,0	49,0	46,7	66,2	42,3	54,5	44,3	65,4	29,2	80,0
1961	50,7	50,9	49,3	67,5	45,5	54,2	46,6	67,1	33,0	82,1
1962	53,0	52,7	52,2	67,6	48,6	56,8	48,3	67,7	34,9	85,2
1963	54,4	55,5	54,0	70,3	52,0	58,1	50,5	70,0	38,2	87,1
1964	58,1	57,6	56,6	73,0	53,7	61,6	53,6	72,5	42,7	89,8
1965	61,0	59,5	58,8	73,9	56,8	64,3	55,5	75,3	44,2	92,4
1966	63,0	61,1	61,4	74,8	61,3	65,5	59,2	77,5	47,8	95,4
1967	65,1	63,8	64,1	78,0	64,9	69,2	62,1	79,4	51,8	96,4
1968	68,6	66,5	66,9	81,7	69,3	72,9	65,6	81,8	57,4	98,2
1969	72,6	69,7	70,5	82,6	74,2	76,4	69,8	85,0	63,8	97,9
1970	75,5	74,6	73,5	84,9	77,7	79,8	74,5	89,1	69,1	96,7
1971	77,3	76,5	77,0	88,0	79,1	82,8	77,5	91,1	71,6	98,4
1972	80,8	80,7	81,0	90,2	83,1	86,0	81,7	92,8	77,5	99,7
1973	84,0	84,4	84,2	94,8	88,2	90,1	84,3	94,6	81,5	101,1
1974	85,4	86,6	86,1	93,5	90,0	93,6	86,8	96,1	80,9	98,4
1975	86,6	86,5	87,1	93,3	86,3	94,2	86,9	93,5	83,2	98,5
1976	92,1	91,9	90,9	97,7	90,8	98,7	90,3	95,1	86,4	99,8
1977	95,0	92,4	92,9	98,6	91,7	100,0	93,4	97,0	89,7	100,6
1978	97,1	95,2	96,1	101,4	93,8	101,2	93,7	96,4	93,2	101,3
1979	99,7	96,1	99,1	102,0	97,5	102,3	97,4	97,8	96,7	100,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	100,9	100,6	101,1	102,9	99,9	98,7	99,7	100,2	103,0	100,9
1982	102,0	103,9	102,7	105,8	99,7	97,4	102,0	99,7	104,9	99,3
1983	105,1	104,6	103,8	111,1	99,3	100,2	105,0	101,7	106,4	101,3
1984	107,8	106,3	106,4	111,3	101,8	102,9	106,9	103,7	111,1	103,7
1985	109,8	107,1	108,0	113,9	103,7	101,1	109,9	106,9	115,3	104,6
	Einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer [1])									
1960	19,1	15,2	11,8	11,6	6,6	13,8	.	21,7	8,4	29,4
1961	21,2	15,7	13,0	12,4	7,2	14,8	.	23,4	9,6	30,3
1962	23,1	16,8	14,4	12,9	8,1	15,8	.	25,2	10,9	31,7
1963	24,6	18,2	15,9	13,5	9,7	17,3	.	27,7	12,4	32,6
1964	26,6	19,9	17,1	14,5	10,9	20,1	.	30,4	13,9	34,1
1965	29,2	21,8	18,2	15,5	11,9	22,5	.	33,2	15,5	35,6
1966	31,4	23,7	19,3	16,4	12,9	25,0	.	35,5	17,1	38,1
1967	32,5	25,5	20,5	17,5	13,9	27,3	.	38,3	19,1	39,3
1968	34,6	27,1	22,8	18,8	15,0	29,6	31,4	40,7	21,7	42,3
1969	37,9	29,3	25,2	20,2	16,3	33,5	34,9	43,1	25,2	45,4
1970	44,1	32,1	27,8	22,8	18,7	37,7	38,0	47,8	29,4	47,9
1971	49,2	35,9	31,0	25,3	21,1	42,8	43,2	54,6	33,8	50,6
1972	54,2	40,9	34,1	28,7	23,6	48,3	48,0	61,2	38,7	53,7
1973	60,7	46,3	38,4	32,4	28,1	55,7	55,5	69,1	46,5	57,9
1974	67,8	54,7	45,0	38,5	34,0	64,5	61,0	76,9	58,6	62,2
1975	72,7	63,9	53,3	50,5	40,8	71,7	69,6	82,7	68,1	67,1
1976	78,5	74,1	61,1	57,9	49,3	79,1	76,3	85,8	75,5	72,1
1977	83,7	80,6	68,7	64,2	59,4	85,2	83,2	87,5	83,1	77,3
1978	88,4	86,7	77,3	72,7	69,4	91,2	89,2	91,1	89,0	83,6
1979	93,6	91,5	87,3	83,7	81,8	96,9	93,2	94,9	94,3	91,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,2	106,6	114,4	113,3	122,5	101,6	106,7	107,7	106,5	109,1
1982	109,6	115,5	130,0	123,8	143,8	104,5	107,5	116,5	110,8	116,5
1983	113,8	122,4	143,8	135,1	167,3	106,8	112,9	123,3	113,5	121,9
1984	117,6	129,4	155,3	142,0	187,7	107,0	115,1	128,6	118,0	127,8
1985	121,2	135,2	164,6	152,3	206,1	105,4	121,6	135,3	122,3	133,5

[1]) Für Schweiz: Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Erwerbstätigen.

Quelle für Grundzahlen: OECD

Tabelle 6*

Zinsen in wichtigen Industrieländern

Jahr [1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Kurzfristige Zinssätze in Prozent [2]									
1970	9,42	7,81	8,93	6,97	.	5,97	.	5,36	5,91	6,28
1971	7,15	5,00	6,29	5,53	.	4,34	6,65	3,23	5,40	4,31
1972	5,61	3,83	5,51	5,63	.	2,16	6,66	1,83	4,36	4,15
1973	12,14	6,29	9,13	9,53	.	4,07	6,75	4,02	5,15	7,05
1974	9,90	10,30	13,02	11,34	.	6,90	6,95	5,98	6,83	7,93
1975	4,96	6,80	7,92	10,16	.	4,42	7,57	3,47	6,33	5,79
1976	4,25	9,89	8,69	11,20	16,51	5,78	7,94	1,20	5,68	4,96
1977	4,37	7,05	9,22	7,54	15,42	3,87	7,96	2,11	4,84	5,31
1978	3,70	7,13	8,16	8,58	12,18	5,52	7,87	0,62	3,52	7,37
1979	6,69	11,01	9,48	13,11	12,14	8,54	7,50	1,30	4,43	10,10
1980	9,54	14,03	12,21	15,01	15,98	10,13	7,99	5,03	6,33	11,58
1981	12,11	15,27	15,26	13,04	19,84	10,65	9,16	8,20	5,72	14,03
1982	8,88	13,97	14,62	11,40	19,37	7,89	10,10	4,40	5,42	10,58
1983	5,78	10,40	12,47	9,58	17,77	5,47	8,95	3,31	5,29	8,67
1984	5,99	11,42	11,70	9,30	15,29	5,97	8,02	3,77	4,91	9,46
1985	5,44	9,52	9,94	11,64	13,73	6,22	7,87	4,36	4,91	7,47
1986	4,60	8,08	7,70	10,30	11,46	5,49	7,37	3,63	3,56	5,91
1987 1. Vj.	4,15	7,69	8,34	10,03	10,03	5,37	6,90	3,19	2,55	5,52
2. Vj.	3,78	7,12	8,18	8,81	9,85	5,16	6,51	3,25	2,38	5,77
3. Vj.	3,92	6,66	7,98	9,53	11,16	5,19	6,26	3,25	2,38	6,26
	Langfristige Zinssätze in Prozent [3]									
1970	8,32	7,80	8,81	9,22	7,72	8,22	7,82	5,72	7,19	6,58
1971	7,99	7,32	8,55	8,90	7,04	7,35	7,71	5,27	7,28	5,74
1972	7,88	7,04	8,10	8,91	6,58	6,88	7,37	4,96	6,70	5,64
1973	9,33	7,49	8,86	10,72	6,85	7,92	8,25	5,59	7,26	6,31
1974	10,38	8,77	10,91	14,77	9,11	9,83	9,74	7,13	9,26	6,98
1975	8,48	8,52	10,49	14,39	10,06	8,79	9,61	6,44	9,20	7,00
1976	7,80	9,09	10,45	14,43	12,62	8,95	8,75	4,98	8,72	6,78
1977	6,16	8,76	11,00	12,73	14,71	8,10	8,74	4,05	7,33	7,06
1978	5,73	8,45	10,66	12,47	13,18	7,74	8,21	3,33	6,09	7,89
1979	7,43	9,70	10,63	12,99	13,12	8,78	7,96	3,45	7,69	8,74
1980	8,50	12,20	13,98	13,79	15,30	10,21	9,24	4,76	9,22	10,81
1981	10,38	13,78	16,56	14,74	19,35	11,52	10,61	5,57	8,66	12,87
1982	8,95	13,45	16,62	12,88	20,21	9,93	9,92	4,85	8,06	12,23
1983	7,89	11,80	14,62	10,81	18,25	8,24	8,17	4,51	7,42	10,84
1984	7,78	11,96	13,34	10,69	15,57	8,10	8,02	4,58	6,81	11,99
1985	6,87	10,61	11,87	10,62	13,70	7,33	7,77	4,70	6,34	10,75
1986	5,92	7,93	9,12	9,85	11,47	6,36	7,33	4,24	4,94	8,14
1987 1. Vj.	5,70	7,59	9,60	9,69	9,88	6,19	7,08	3,99	3,98	7,64
2. Vj.	5,50	7,75	9,92	9,06	10,23	6,15	6,74	4,04	3,57	8,57
3. Vj.	6,00	7,85	10,68	9,71	11,17	6,63	6,84	4,12	4,82	9,08

[1] Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte.
[2] Überwiegend für Dreimonats-Schatzwechsel.
[3] Umlaufsrendite festverzinslicher Staatsschuldpapiere mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren.

Quelle: OECD

Tabelle 7*

Privater Verbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	171,84	385,27	183,43	17,06	14,56	25,97	97,12	23,33	9,35	328,12
1961	188,33	402,04	200,84	17,94	15,92	27,98	106,15	25,62	10,71	338,78
1962	204,79	422,31	224,39	19,01	17,97	30,47	114,50	28,60	12,45	359,81
1963	216,79	457,38	253,46	20,23	21,02	33,84	124,02	31,06	14,59	379,42
1964	233,50	488,89	276,90	21,60	22,78	38,27	133,05	33,90	16,99	407,13
1965	257,62	533,30	295,39	22,99	24,37	42,77	145,84	36,48	19,17	438,46
1966	275,06	570,13	319,47	24,32	26,87	46,52	155,66	39,33	22,06	474,63
1967	282,63	601,22	345,87	25,55	29,77	50,51	167,36	42,25	25,30	500,81
1968	300,74	651,58	377,45	27,48	31,76	55,21	178,37	45,02	28,92	549,79
1969	330,90	705,98	428,52	29,15	34,84	63,18	189,70	48,79	33,33	594,47
1970	368,85	755,20	469,34	31,72	39,37	70,82	205,29	53,46	38,33	635,84
1971	409,44	833,08	527,87	35,54	42,77	78,94	230,00	59,89	43,23	688,43
1972	452,10	930,16	592,24	40,20	47,06	88,45	259,81	67,96	49,90	754,55
1973	495,36	1 063,35	668,98	45,77	56,06	99,83	291,78	76,14	60,31	833,71
1974	533,74	1 230,32	781,33	52,80	69,57	113,39	330,61	83,35	72,91	911,70
1975	585,33	1 390,43	898,75	64,94	80,57	128,95	368,26	86,27	84,76	1 005,82
1976	632,51	1 572,00	1 041,90	75,36	98,43	147,99	410,18	89,15	95,78	1 122,87
1977	683,16	1 723,25	1 171,46	86,14	117,98	164,31	456,86	92,90	107,08	1 250,01
1978	728,90	1 841,44	1 327,83	99,27	136,82	179,17	468,85	95,54	117,92	1 392,72
1979	785,02	1 999,73	1 517,87	117,81	165,23	192,43	511,72	101,00	130,08	1 554,72
1980	840,78	2 169,93	1 743,32	136,49	208,23	205,78	552,53	108,34	141,32	1 721,22
1981	887,85	2 333,72	2 008,72	151,68	250,22	213,23	596,50	116,02	149,39	1 909,68
1982	918,05	2 530,10	2 302,42	166,32	293,46	221,83	640,19	122,44	159,61	2 046,30
1983	964,16	2 675,36	2 544,86	181,67	336,20	229,86	694,66	127,76	167,81	2 223,66
1984	1 002,84	2 874,46	2 750,04	194,39	381,14	234,73	730,79	134,04	176,14	2 418,09
1985	1 041,79	3 057,32	2 968,37	211,70	425,60	244,79	773,66	141,06	185,01	2 584,28
					in Preisen von 1980					
1960	370,62	1 039,39	681,00	87,46	82,83	79,86	252,09	56,55	37,37	836,05
1961	392,71	1 056,44	721,49	89,36	89,02	79,76	265,01	60,40	40,53	853,65
1962	414,25	1 097,93	772,45	91,31	95,38	89,17	273,84	64,26	44,38	891,81
1963	425,84	1 146,77	825,72	95,51	104,23	95,45	288,98	67,37	48,64	925,43
1964	448,22	1 176,71	872,22	98,41	107,68	101,08	298,88	70,54	54,30	976,36
1965	479,02	1 226,92	907,19	99,84	111,20	108,64	313,64	72,99	57,34	1 031,47
1966	493,66	1 259,47	951,04	101,55	119,16	112,10	327,23	75,17	62,91	1 084,35
1967	498,87	1 295,27	999,48	103,96	127,96	118,19	338,67	77,37	68,84	1 117,56
1968	522,51	1 364,35	1 039,24	106,84	134,57	125,98	352,24	80,37	74,54	1 178,27
1969	564,14	1 437,39	1 101,96	107,43	143,45	135,93	362,52	84,75	82,05	1 221,74
1970	606,81	1 500,16	1 148,93	110,40	154,36	145,98	377,62	89,31	87,70	1 250,25
1971	638,14	1 571,16	1 224,83	113,83	158,88	150,80	402,99	93,56	92,61	1 296,72
1972	666,60	1 664,47	1 299,22	120,81	164,29	156,08	427,49	98,65	101,24	1 371,08
1973	686,98	1 793,58	1 374,02	127,04	173,94	162,32	450,46	101,37	110,54	1 426,27
1974	691,49	1 840,44	1 414,01	125,18	178,52	168,33	463,93	100,88	110,23	1 416,03
1975	713,88	1 852,14	1 462,00	124,46	175,73	173,88	479,00	97,93	115,09	1 445,49
1976	740,35	1 939,82	1 543,88	124,85	181,77	183,10	500,77	98,97	119,11	1 526,37
1977	771,83	1 984,99	1 592,39	124,21	184,32	191,52	529,32	101,97	124,16	1 599,80
1978	801,45	2 037,04	1 659,85	131,05	189,34	199,81	520,69	104,23	130,90	1 667,59
1979	830,41	2 128,56	1 718,24	136,91	198,68	205,76	544,47	105,56	139,34	1 711,80
1980	840,78	2 169,93	1 743,32	136,49	208,23	205,78	552,53	108,34	141,32	1 721,22
1981	836,38	2 160,68	1 780,07	136,21	209,95	200,61	554,52	108,83	143,14	1 756,17
1982	825,23	2 183,18	1 834,48	137,43	210,39	198,26	561,74	108,83	149,04	1 777,87
1983	839,60	2 147,28	1 851,39	142,96	209,35	199,99	591,82	110,57	153,86	1 857,67
1984	851,88	2 171,98	1 866,14	146,03	213,68	199,28	588,68	112,26	158,20	1 944,37
1985	866,93	2 204,83	1 909,98	151,14	218,01	202,49	602,61	113,99	162,52	2 012,08

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

Tabelle 8*

Staatsverbrauch in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	40,45	69,31	38,55	4,24	2,96	5,61	21,12	3,31	1,26	85,43
1961	45,78	70,68	42,51	4,58	3,27	6,16	22,78	4,06	1,47	92,94
1962	52,83	77,88	47,95	4,90	3,79	6,90	24,68	4,72	1,70	101,69
1963	59,39	88,56	54,38	5,16	4,61	7,91	27,49	5,40	2,01	105,96
1964	62,10	95,47	59,63	5,48	5,21	9,41	30,18	5,94	2,33	110,95
1965	69,65	106,23	63,48	6,01	5,92	10,48	32,93	6,39	2,69	117,35
1966	75,45	117,10	67,98	6,54	6,30	11,68	36,68	6,81	3,05	136,31
1967	80,05	128,77	73,26	7,23	6,73	13,13	41,57	7,24	3,41	153,69
1968	82,73	139,01	83,07	7,68	7,33	14,22	45,25	7,80	3,93	166,79
1969	93,12	154,50	93,52	8,02	7,95	16,22	50,48	8,56	4,56	176,86
1970	106,47	169,41	105,14	9,04	8,66	18,66	55,22	9,51	5,46	189,59
1971	126,82	194,66	117,33	10,30	10,61	21,85	61,98	11,24	6,42	198,69
1972	141,13	224,28	129,09	11,75	12,08	24,43	70,10	12,71	7,54	216,51
1973	163,16	255,26	146,71	13,41	13,91	27,42	81,91	14,62	9,34	234,43
1974	190,21	302,34	173,91	16,73	16,71	32,45	97,43	16,42	12,24	263,04
1975	210,01	373,59	209,14	23,14	19,36	38,25	113,05	17,69	14,89	294,22
1976	221,73	423,39	245,02	27,07	23,13	43,47	127,79	18,69	16,42	318,81
1977	234,96	467,28	277,71	29,50	28,99	47,85	138,74	18,90	18,24	345,47
1978	252,86	520,14	320,29	33,42	35,26	52,61	154,14	19,51	19,75	377,29
1979	273,34	561,06	363,46	38,87	43,89	57,17	165,96	20,52	21,49	418,92
1980	297,79	613,89	420,90	48,96	55,64	60,26	178,70	21,69	23,57	473,72
1981	318,16	669,94	491,78	55,38	73,30	62,75	195,24	23,55	25,59	525,61
1982	326,19	706,96	578,49	60,50	87,33	65,12	214,30	25,56	26,80	574,09
1983	336,21	725,92	644,66	65,96	104,14	66,58	227,47	27,36	28,00	617,00
1984	350,23	763,19	703,64	69,92	119,21	66,22	239,18	28,50	29,43	666,63
1985	365,71	810,03	747,43	74,04	133,38	67,46	255,74	30,14	31,00	722,66
					in Preisen von 1980					
1960	137,53	242,13	208,06	31,31	27,98	34,06	91,12	10,10	8,07	274,07
1961	145,93	246,74	218,04	32,42	29,20	35,03	92,77	11,84	8,56	290,71
1962	159,72	267,96	228,33	33,41	30,34	36,19	94,96	12,82	9,28	306,20
1963	169,43	298,92	236,05	34,01	31,64	37,90	98,74	13,93	10,09	310,78
1964	172,51	311,47	245,86	34,56	32,98	38,56	103,61	14,31	10,69	318,61
1965	180,96	328,74	253,77	35,46	34,28	39,15	104,37	14,96	11,37	327,46
1966	186,71	344,29	260,65	36,41	35,64	39,83	109,21	15,25	12,02	360,72
1967	193,53	363,84	271,74	38,47	37,20	40,78	113,57	15,50	12,60	389,61
1968	194,43	376,50	286,98	38,62	39,13	41,68	117,14	16,09	13,32	401,48
1969	203,02	400,14	298,81	37,90	40,23	43,55	119,78	16,88	13,99	403,63
1970	211,92	412,53	311,31	38,53	41,26	46,18	123,73	17,69	14,79	398,59
1971	222,76	435,35	322,09	39,67	43,59	48,20	127,79	18,73	15,59	390,40
1972	232,13	460,99	330,65	41,35	45,91	48,58	133,05	19,27	16,46	400,06
1973	243,65	485,60	341,21	43,14	47,02	48,97	137,01	19,73	17,36	402,46
1974	253,39	502,16	345,13	43,94	48,34	50,05	144,83	20,07	17,89	415,70
1975	262,81	524,77	361,45	46,40	49,90	52,10	150,59	20,20	19,10	424,86
1976	266,78	544,10	383,92	46,97	50,99	54,24	157,00	20,75	19,99	433,11
1977	270,43	556,48	389,35	46,19	52,42	56,08	162,67	20,84	20,87	441,34
1978	280,81	590,09	406,12	47,26	53,63	58,26	168,90	21,26	21,96	450,57
1979	290,32	604,73	413,46	48,23	54,49	59,92	174,38	21,48	22,92	461,76
1980	297,79	613,89	420,90	48,96	55,64	60,26	178,70	21,69	23,57	473,72
1981	303,29	621,36	431,11	49,05	57,50	61,46	182,21	22,22	24,70	484,91
1982	300,74	612,93	441,64	49,58	58,89	61,86	186,47	22,41	25,18	498,58
1983	301,44	612,87	448,22	50,51	60,37	62,63	190,57	23,26	25,92	506,40
1984	308,82	616,40	453,26	50,90	61,82	62,19	192,26	23,54	26,55	526,80
1985	315,48	625,23	459,39	51,13	63,41	62,90	196,32	24,09	27,24	562,71

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

Tabelle 9*

Anlageinvestitionen in wichtigen Industrieländern

Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	73,58	107,74	59,49	4,23	5,24	10,72	40,66	9,27	4,68	92,41
1961	83,46	122,34	68,54	4,75	6,00	11,65	47,35	11,51	6,38	93,44
1962	92,88	134,78	77,14	4,90	6,86	12,36	49,57	13,44	7,15	100,51
1963	97,71	140,77	89,52	5,14	7,98	13,03	53,91	15,39	7,90	108,47
1964	111,70	170,48	102,87	6,12	8,08	16,45	59,92	17,45	9,41	117,31
1965	119,90	185,51	112,65	6,63	7,54	18,11	67,40	17,47	9,78	131,57
1966	124,17	204,33	124,04	7,06	7,97	20,58	74,76	17,91	11,56	142,33
1967	114,18	218,85	134,72	7,71	9,10	22,67	76,03	18,33	14,29	145,30
1968	119,39	219,67	143,45	8,51	10,28	25,63	78,86	19,20	17,57	160,96
1969	138,90	241,30	164,27	8,83	11,75	26,54	83,95	21,00	21,44	175,67
1970	172,05	286,18	183,04	9,74	13,43	31,36	97,18	24,96	26,04	178,49
1971	196,11	304,81	205,93	10,89	13,95	34,64	116,90	30,13	27,64	199,57
1972	209,17	329,75	232,05	11,94	14,84	36,40	144,91	34,64	31,52	227,69
1973	219,26	375,58	264,98	14,73	18,65	40,66	154,97	38,21	40,94	256,91
1974	212,71	467,37	310,90	17,50	24,78	43,85	175,72	38,89	46,70	270,27
1975	209,41	511,15	337,89	21,04	25,78	46,32	174,92	33,66	48,14	272,34
1976	225,65	568,73	390,67	24,50	31,40	48,97	188,71	29,23	51,95	308,09
1977	242,43	602,96	419,90	27,04	37,20	57,89	212,77	30,24	55,98	370,10
1978	265,96	647,53	458,88	31,06	41,49	63,30	215,26	32,49	62,15	445,03
1979	303,42	661,10	524,52	36,94	50,93	66,49	230,90	34,59	70,17	502,63
1980	335,80	728,20	606,37	41,77	67,02	70,79	254,08	40,50	75,82	514,27
1981	335,24	642,37	665,99	41,61	81,15	67,58	266,30	44,56	78,94	559,32
1982	326,89	671,31	742,18	44,68	89,56	67,16	261,26	45,30	79,99	537,58
1983	343,82	670,59	778,70	48,78	96,77	69,46	267,20	47,50	79,22	577,61
1984	354,63	709,82	814,08	55,57	112,06	73,54	280,81	49,80	82,97	671,70
1985	359,30	744,76	866,77	60,12	124,85	77,37	304,30	54,20	87,25	735,53
					in Preisen von 1980					
1960	189,87	333,20	214,79	24,18	36,58	36,55	100,01	21,69	12,85	272,31
1961	202,52	374,39	238,13	26,54	40,81	38,75	112,60	25,10	16,42	276,58
1962	210,54	396,40	258,35	26,72	44,80	40,07	115,68	27,67	18,28	296,98
1963	213,46	396,99	281,06	27,10	48,42	40,52	119,67	29,69	20,18	318,84
1964	237,78	455,21	310,50	31,58	45,60	48,28	131,13	32,12	23,56	340,04
1965	248,89	473,98	332,20	33,22	41,77	50,85	137,92	31,32	24,31	375,05
1966	251,92	506,34	356,30	34,05	43,57	54,93	150,13	31,06	27,56	393,97
1967	234,54	521,05	377,79	37,03	48,69	59,58	150,24	31,11	32,43	388,76
1968	242,97	514,50	398,67	39,31	53,94	66,23	154,53	32,06	38,88	412,28
1969	266,84	541,94	435,21	39,10	58,12	64,74	162,12	33,97	46,09	422,06
1970	291,91	587,61	455,32	40,07	59,89	69,62	178,03	37,00	53,86	406,73
1971	309,61	576,44	487,70	40,83	57,96	70,68	202,59	40,65	56,10	428,54
1972	317,88	596,01	522,97	40,70	58,49	69,06	227,17	42,67	61,71	465,16
1973	316,81	637,87	555,03	43,35	63,01	71,95	227,97	43,91	69,52	499,06
1974	286,43	682,13	560,20	42,28	65,12	69,07	237,01	42,04	62,91	464,91
1975	271,27	669,39	542,22	41,54	56,82	66,06	225,28	36,33	62,15	412,92
1976	280,99	696,12	562,47	42,22	58,15	64,62	233,88	32,52	63,81	438,98
1977	291,05	696,42	557,98	41,44	57,94	70,92	245,99	33,04	66,34	485,24
1978	304,69	715,67	566,23	42,73	57,89	72,71	236,74	35,06	72,00	531,33
1979	326,72	696,19	587,44	43,95	61,26	71,46	245,28	36,85	75,80	547,73
1980	335,80	728,20	606,37	41,77	67,02	70,79	254,08	40,50	75,82	514,27
1981	319,69	609,22	599,70	37,82	67,45	63,42	248,68	41,47	78,21	519,77
1982	302,88	598,82	604,02	39,44	63,94	60,84	231,04	40,37	78,84	485,62
1983	312,44	573,46	590,38	41,69	61,48	62,10	228,19	42,09	78,63	524,86
1984	314,90	585,68	582,46	45,48	65,31	64,76	233,66	43,84	82,21	609,48
1985	313,90	592,76	602,45	46,31	67,96	67,16	247,75	46,33	86,62	656,67

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

Tabelle 10*

Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	57,49	213,90	44,44	5,42	3,26	21,18	39,51	10,96	1,71	26,71
1961	59,84	234,80	46,87	5,66	3,71	21,32	43,28	12,07	1,79	27,25
1962	62,66	261,20	48,25	5,81	4,13	22,62	47,71	13,22	2,07	28,69
1963	68,25	288,70	53,09	6,13	4,54	24,59	51,90	14,41	2,27	30,71
1964	75,86	329,20	59,09	6,48	5,24	28,04	56,21	15,94	2,80	34,61
1965	82,88	353,98	66,58	6,90	6,29	30,85	61,90	17,49	3,45	36,68
1966	93,54	395,30	72,41	7,44	7,01	32,69	67,26	19,21	4,03	40,43
1967	101,01	414,20	77,37	7,71	7,60	34,84	71,52	20,50	4,31	42,95
1968	113,89	465,50	84,28	9,37	8,68	39,08	78,80	23,17	5,35	47,35
1969	129,46	561,60	102,20	10,46	9,96	45,90	95,02	26,63	6,56	51,35
1970	143,00	654,50	127,89	11,93	11,18	54,30	116,75	29,71	7,93	59,10
1971	157,99	698,70	148,81	13,37	12,47	62,02	128,64	32,06	9,45	62,26
1972	172,57	789,10	169,14	14,04	14,18	69,40	146,44	35,77	9,78	69,98
1973	203,02	975,80	203,22	17,62	16,87	83,41	165,89	40,23	11,29	93,80
1974	262,48	1 260,20	275,08	23,56	24,69	107,78	204,21	45,91	18,26	124,21
1975	254,70	1 220,10	283,85	27,58	28,53	109,72	209,02	44,03	18,98	136,35
1976	289,70	1 466,90	338,24	35,85	38,61	128,47	236,29	47,70	22,58	146,58
1977	306,64	1 550,30	401,90	43,94	49,94	130,74	256,94	53,45	24,31	155,72
1978	321,25	1 608,30	455,20	48,05	59,54	133,34	280,76	53,23	22,73	182,01
1979	351,06	1 892,10	535,62	55,69	75,32	155,06	327,69	56,02	25,63	223,58
1980	391,85	2 143,50	616,10	63,72	84,96	176,81	366,24	62,58	32,89	273,35
1981	445,68	2 423,30	735,40	68,45	107,07	204,62	404,51	69,10	37,98	292,99
1982	479,03	2 790,20	822,35	73,67	125,15	212,60	431,24	69,55	39,39	270,90
1983	483,78	3 083,00	930,35	81,08	140,43	219,77	448,66	71,76	39,28	264,01
1984	540,59	3 479,90	1 086,69	92,40	163,99	249,31	497,64	80,55	45,07	282,32
1985	598,36	3 651,90	1 152,16	102,90	191,00	266,29	550,19	89,09	46,92	278,59
					in Preisen von 1980					
1960	110,70	528,26	125,52	26,35	15,29	47,82	80,61	20,76	3,14	77,13
1961	114,91	576,67	131,94	27,17	17,54	48,94	85,17	22,42	3,36	77,61
1962	119,69	635,04	134,27	27,65	19,36	51,99	93,54	23,81	3,93	81,74
1963	129,18	687,36	143,75	28,83	20,61	55,10	100,21	25,05	4,21	87,25
1964	140,08	752,17	153,32	29,76	22,84	61,33	105,72	26,66	5,10	97,80
1965	149,26	797,86	170,97	31,10	27,40	65,97	113,27	28,66	6,25	100,12
1966	164,28	859,15	182,26	32,34	30,47	69,41	120,88	30,15	7,22	107,35
1967	177,05	895,85	195,55	32,83	32,65	74,01	127,92	31,19	7,63	111,97
1968	199,65	1 005,18	213,96	36,78	37,18	83,47	138,73	34,30	9,39	120,69
1969	218,06	1 159,20	247,62	40,07	41,55	95,94	163,15	38,88	11,23	126,54
1970	230,66	1 277,70	287,54	42,04	43,97	107,32	190,06	41,54	13,12	138,60
1971	245,13	1 335,70	319,20	44,98	47,04	118,75	202,24	43,15	15,23	139,91
1972	262,46	1 483,40	360,44	45,16	52,03	130,57	222,76	45,90	15,87	153,05
1973	290,33	1 693,40	403,10	50,39	53,75	146,37	234,88	49,51	16,80	182,86
1974	326,06	1 757,00	444,86	53,84	58,30	150,16	260,04	50,02	20,78	199,21
1975	303,93	1 612,60	438,39	52,35	60,52	145,45	253,80	46,73	20,95	196,63
1976	333,41	1 832,70	484,70	56,90	68,04	159,82	281,87	51,08	24,49	204,38
1977	346,35	1 868,30	528,20	60,40	73,85	156,99	294,76	56,04	27,36	208,57
1978	357,55	1 916,20	562,85	61,41	81,35	162,17	312,35	58,13	27,09	228,23
1979	372,86	2 067,20	601,82	63,88	89,04	174,18	346,18	59,56	27,99	248,19
1980	391,85	2 143,50	616,10	63,72	84,96	176,81	366,24	62,58	32,89	273,35
1981	422,18	2 213,00	647,83	63,31	88,44	179,54	380,04	65,49	37,56	270,34
1982	436,37	2 253,70	635,14	63,86	89,54	179,51	387,39	63,54	37,93	246,55
1983	432,71	2 321,40	661,96	65,29	92,74	185,82	399,50	64,15	40,57	233,67
1984	467,75	2 426,00	711,98	69,58	98,08	198,76	426,85	68,24	47,73	248,20
1985	504,20	2 475,80	724,27	73,84	105,50	207,90	457,15	73,88	50,69	243,26

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

noch Tabelle 10*

Einfuhr von Waren und Dienstleistungen in wichtigen Industrieländern
Mrd Landeswährung[1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien[1])	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan[1])	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					in jeweiligen Preisen					
1960	49,85	218,80	38,18	5,77	3,31	20,39	40,76	11,06	1,64	22,59
1961	52,40	240,60	40,89	5,74	3,68	21,28	42,82	13,33	2,10	22,43
1962	58,08	262,40	44,83	5,84	4,25	22,45	45,09	14,89	2,03	24,71
1963	62,37	296,60	51,71	6,23	5,28	24,99	49,83	16,05	2,47	25,85
1964	69,38	333,20	60,04	7,05	5,13	29,39	56,19	17,80	2,86	27,78
1965	81,58	355,70	62,28	7,21	5,26	31,35	63,32	18,01	2,99	31,18
1966	85,29	403,40	71,04	7,48	6,11	33,80	71,09	19,16	3,43	36,67
1967	83,02	411,90	75,90	8,13	6,99	35,63	73,77	20,13	4,21	39,47
1968	94,57	462,70	84,74	9,70	7,45	39,12	79,58	21,98	4,76	46,06
1969	112,73	551,20	106,25	10,24	9,01	46,14	91,01	25,61	5,57	49,95
1970	129,27	623,70	123,91	11,48	10,84	56,41	113,07	31,25	6,99	55,18
1971	144,30	668,30	140,28	12,55	11,71	62,43	125,66	33,65	7,25	61,73
1972	156,03	735,30	159,79	14,10	13,50	65,15	143,71	36,82	7,65	73,49
1973	176,03	937,20	196,57	19,43	18,77	77,76	163,89	41,67	11,26	90,41
1974	219,56	1 248,10	293,46	27,84	29,68	102,31	206,29	48,65	19,26	125,58
1975	227,15	1 211,00	273,67	29,43	28,51	102,34	204,81	40,03	18,92	120,63
1976	265,07	1 459,20	357,60	37,34	40,58	119,93	247,34	43,01	21,25	148,48
1977	278,87	1 572,10	407,20	42,99	47,51	127,40	278,40	49,69	21,27	179,05
1978	290,05	1 635,70	434,25	45,91	53,79	133,23	280,43	49,53	19,17	208,19
1979	344,04	1 947,30	532,17	55,11	71,71	156,69	331,59	56,83	27,63	248,15
1980	401,08	2 236,70	664,88	58,30	94,75	178,62	385,66	68,59	35,04	288,07
1981	434,60	2 507,40	784,60	61,08	114,68	192,24	418,47	70,92	35,93	310,52
1982	440,74	2 821,80	909,62	68,51	129,89	196,83	412,44	68,66	37,34	295,14
1983	451,33	3 012,20	962,24	78,02	136,81	205,21	433,92	71,85	34,26	319,80
1984	499,08	3 417,00	1 083,50	92,77	166,24	229,02	495,71	81,16	36,87	388,36
1985	532,75	3 548,90	1 144,09	98,84	194,88	245,95	547,72	88,02	35,55	398,57
					in Preisen von 1980					
1960	96,68	572,74	113,94	28,07	18,62	46,87	87,35	18,97	5,55	90,56
1961	104,15	613,96	121,84	27,89	21,18	49,87	89,77	22,75	7,06	90,77
1962	115,58	664,34	130,02	28,48	24,34	53,09	93,95	25,13	7,01	101,81
1963	121,26	721,81	148,33	29,54	29,82	58,30	102,93	26,34	8,27	104,78
1964	132,60	785,72	170,76	32,63	27,99	66,96	114,12	28,62	9,44	110,52
1965	151,53	837,35	174,60	32,85	28,55	71,06	126,16	28,64	10,10	122,75
1966	155,40	920,42	193,03	33,53	32,56	76,07	139,26	29,64	11,36	141,52
1967	153,45	935,00	209,03	36,01	36,95	80,89	142,41	30,84	14,13	151,47
1968	174,02	1 044,51	235,99	38,68	39,12	91,43	152,71	33,41	15,66	174,84
1969	202,71	1 206,27	282,06	39,71	46,67	104,35	166,48	37,73	17,65	185,14
1970	232,88	1 298,50	299,74	41,54	54,14	119,67	194,71	42,96	21,51	192,26
1971	257,34	1 345,60	327,09	43,76	55,53	126,99	206,95	45,64	22,78	204,55
1972	272,67	1 474,80	379,32	47,72	61,62	133,07	232,09	48,96	25,12	227,16
1973	284,52	1 747,80	436,84	53,42	67,94	147,71	254,26	52,14	31,23	237,79
1974	288,57	1 825,30	459,38	53,95	68,78	146,46	271,81	51,63	32,66	230,36
1975	289,56	1 660,60	429,24	50,16	62,10	140,51	259,18	43,71	29,41	201,98
1976	321,59	1 881,70	516,41	52,25	71,24	154,73	304,32	49,41	31,18	242,65
1977	331,07	1 966,70	531,30	52,73	71,21	159,20	328,74	53,98	32,41	263,58
1978	351,90	2 023,70	559,75	54,67	77,00	169,21	324,38	59,88	34,25	292,78
1979	386,37	2 212,50	621,71	60,41	87,42	179,41	362,53	63,98	38,35	297,60
1980	401,08	2 236,70	664,88	58,30	94,75	178,62	385,66	68,59	35,04	288,07
1981	389,45	2 204,70	675,49	56,81	89,90	168,16	379,77	67,72	35,64	305,57
1982	383,79	2 194,20	717,04	59,92	91,41	169,97	367,14	65,95	35,80	310,38
1983	390,77	2 187,80	712,55	63,24	91,07	176,58	388,04	68,87	34,82	344,87
1984	412,68	2 294,10	737,40	68,93	99,56	186,30	426,57	73,75	38,62	424,70
1985	431,46	2 333,20	774,03	70,93	108,84	196,90	456,76	77,41	38,78	440,89

[1]) Für Italien 1 000 Mrd Lira. Für Japan 1 000 Mrd Yen. — Zur Umrechnung der Landeswährung in Europäische Währungseinheiten (ECU) und Kaufkraftstandards (KKS) siehe Tabelle 12* auf Seite 279.

Quelle: OECD

Tabelle 11 *

Salden der Handelsbilanz und der Leistungsbilanz in wichtigen Industrieländern
Mrd US-Dollar

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Salden der Handelsbilanz [1]									
1965	+ 1,30	+ 0,33	+ 0,68	− 0,73	+ 0,65	− 0,60	− 0,47	− 0,47	+ 1,90	+ 4,95
1966	+ 2,96	+ 0,04	+ 0,06	− 0,30	+ 0,33	− 0,71	− 0,59	− 0,37	+ 2,28	+ 3,82
1967	+ 5,27	+ 0,23	+ 0,33	− 1,64	− 0,02	− 0,58	− 0,47	− 0,32	+ 1,16	+ 3,80
1968	+ 5,69	+ 0,33	+ 0,09	− 1,70	+ 1,05	− 0,34	− 0,45	− 0,16	+ 2,53	+ 0,64
1969	+ 5,18	+ 0,53	− 0,83	− 0,50	+ 0,54	− 0,42	− 0,34	− 0,25	+ 3,70	+ 0,61
1970	+ 5,71	+ 0,75	+ 0,33	− 0,08	− 0,38	− 0,90	− 0,60	− 0,86	+ 3,96	+ 2,60
1971	+ 6,76	+ 0,67	+ 1,10	+ 0,46	+ 0,12	− 0,62	− 0,89	− 1,01	+ 7,79	− 2,26
1972	+ 8,37	+ 1,20	+ 1,27	− 1,87	+ 0,06	+ 0,44	− 1,17	− 1,05	+ 8,97	− 6,42
1973	+15,19	+ 1,41	+ 0,50	− 6,34	− 3,98	+ 1,00	− 1,50	− 1,40	+ 3,69	+ 0,91
1974	+22,21	+ 0,74	− 4,40	−12,52	− 8,49	+ 0,59	− 1,42	− 1,75	+ 1,44	− 5,51
1975	+17,59	+ 0,01	+ 1,45	− 7,38	− 1,17	+ 0,90	− 1,46	+ 0,43	+ 5,03	+ 8,91
1976	+16,54	− 0,21	− 4,67	− 7,06	− 4,24	+ 1,34	− 2,56	+ 0,80	+ 9,89	− 9,49
1977	+19,66	− 1,21	− 2,84	− 3,98	− 0,13	− 0,24	− 3,86	+ 0,25	+17,31	− 31,10
1978	+25,32	− 1,05	+ 0,75	− 2,96	+ 2,90	− 1,47	− 2,98	+ 0,72	+24,60	− 33,94
1979	+17,37	− 2,51	− 2,10	− 7,31	− 0,95	− 1,41	− 3,75	− 1,54	+ 1,85	− 27,54
1980	+10,10	− 3,71	−13,03	+ 3,16	−16,34	− 1,41	− 5,98	− 4,80	+ 2,13	− 25,49
1981	+17,78	− 2,94	−10,12	+ 6,75	−10,59	+ 3,81	− 4,16	− 2,60	+19,97	− 27,98
1982	+26,41	− 1,71	−15,54	+ 4,07	− 7,94	+ 4,59	− 3,09	− 1,32	+18,08	− 36,45
1983	+22,42	− 0,07	− 8,21	− 1,27	− 3,08	+ 4,26	− 3,36	− 2,23	+31,45	− 67,10
1984	+22,95	+ 0,19	− 4,11	− 5,84	− 6,14	+ 5,40	− 3,24	− 2,29	+44,26	−112,50
1985	+28,77	+ 0,70	− 5,36	− 2,80	− 6,25	+ 5,30	− 3,90	− 2,00	+55,99	−122,15
1986	+56,39	+ 3,90	− 1,92	−12,40	+ 4,58	+ 7,20	− 4,40	− 1,90	+92,83	−144,33
	Salden der Leistungsbilanz									
1965	− 1,56	+ 0,40	+ 0,35	− 0,08	+ 2,21	+ 0,05	− 0,04	− 0,07	+ 0,93	+ 5,43
1966	+ 0,12	+ 0,06	− 0,26	+ 0,36	+ 2,12	− 0,21	− 0,19	+ 0,12	+ 1,25	+ 3,03
1967	+ 2,51	+ 0,30	+ 0,21	− 0,74	+ 1,60	− 0,08	− 0,12	+ 0,24	− 0,19	+ 2,58
1968	+ 2,97	+ 0,40	− 0,86	− 0,58	+ 2,63	+ 0,07	− 0,10	+ 0,54	+ 1,05	+ 0,61
1969	+ 1,91	+ 0,43	− 1,48	+ 1,21	+ 2,34	+ 0,06	+ 0,09	+ 0,53	+ 2,12	+ 0,40
1970	+ 0,87	+ 0,69	+ 0,07	+ 2,02	+ 1,13	− 0,49	− 0,06	+ 0,07	+ 1,97	+ 2,33
1971	+ 0,80	+ 0,67	+ 0,53	+ 2,75	+ 1,90	− 0,12	− 0,07	+ 0,08	+ 5,80	− 1,43
1972	+ 0,86	+ 1,31	+ 0,28	+ 0,48	+ 2,00	+ 1,35	− 0,14	+ 0,22	+ 6,62	− 5,80
1973	+ 4,62	+ 1,33	+ 1,47	− 2,64	− 2,53	+ 2,42	− 0,25	+ 0,28	− 0,14	+ 7,15
1974	+10,28	+ 0,76	− 3,91	− 7,94	− 8,01	+ 2,22	− 0,43	+ 0,17	− 4,69	+ 1,96
1975	+ 4,07	+ 0,16	+ 2,67	− 3,50	− 0,58	+ 2,00	− 0,15	+ 2,59	− 0,68	+ 18,13
1976	+ 3,91	+ 0,39	− 3,42	− 1,65	− 2,82	+ 2,77	− 1,01	+ 3,37	+ 3,68	+ 4,21
1977	+ 4,08	− 0,56	− 0,43	− 0,24	+ 2,47	+ 0,66	− 2,14	+ 3,44	+10,92	− 14,51
1978	+ 8,96	− 0,84	+ 7,00	+ 1,85	+ 6,20	− 1,38	− 0,63	+ 4,40	+16,53	− 15,44
1979	− 6,02	− 3,05	+ 5,19	− 1,52	+ 5,48	− 1,99	− 1,05	+ 2,44	− 8,75	− 1,00
1980	−15,67	− 4,94	− 4,17	+ 6,81	− 9,68	− 2,88	− 1,65	− 0,54	−10,75	+ 1,87
1981	− 5,20	− 4,19	− 4,74	+12,38	− 8,12	+ 3,99	− 1,34	+ 2,75	+ 4,77	+ 6,33
1982	+ 4,07	− 2,41	−12,06	+ 6,87	− 5,48	+ 3,59	+ 0,48	+ 3,96	+ 6,85	− 9,13
1983	+ 4,14	− 0,37	− 4,69	+ 4,75	+ 0,78	+ 3,75	+ 0,22	+ 3,85	+20,80	− 46,61
1984	+ 6,99	− 0,04	− 0,83	+ 1,71	− 2,89	+ 4,97	− 0,20	+ 4,37	+35,00	−106,46
1985	+15,12	+ 0,70	− 0,35	+ 3,78	− 3,60	+ 4,30	− 0,20	+ 5,20	+49,17	−116,40
1986	+37,09	+ 3,90	− 2,92	− 1,40	+ 4,35	+ 4,90	+ 0,00	+ 6,80	+85,85	−141,35

[1]) Ausfuhr: fob; Einfuhr: fob.

Quelle: OECD

Tabelle 12*

Wechselkurse

Europäische Währungseinheit (ECU) und Kaufkraftstandard (KKS) [1])

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	DM	bfrs	FF	£	Lit	hfl	S	sfr	¥	US-$
					1 ECU =					
1960	4,436	52,810	5,215	0,3772	660,13	4,014	27,461	4,619	380,23	1,056
1961	4,307	53,367	5,270	0,3812	667,08	3,899	27,751	4,667	384,24	1,067
1962	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1963	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1964	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1965	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1966	4,279	53,490	5,282	0,3821	668,63	3,873	27,815	4,678	385,13	1,070
1967	4,259	53,240	5,257	0,3877	665,51	3,855	27,685	4,656	383,33	1,065
1968	4,116	51,444	5,080	0,4287	643,05	3,725	26,751	4,499	370,40	1,029
1969	4,026	51,109	5,290	0,4259	638,87	3,700	26,577	4,470	367,99	1,022
1970	3,741	51,112	5,678	0,4259	638,89	3,700	26,578	4,470	368,00	1,022
1971	3,646	50,866	5,772	0,4286	647,41	3,658	26,152	4,332	363,83	1,048
1972	3,577	49,361	5,657	0,4489	654,26	3,600	25,930	4,284	339,72	1,122
1973	3,276	47,801	5,468	0,5023	716,46	3,429	24,117	3,900	333,17	1,232
1974	3,084	46,399	5,734	0,5098	775,74	3,202	22,295	3,553	347,47	1,193
1975	3,049	45,569	5,319	0,5600	809,55	3,135	21,610	3,203	367,68	1,241
1976	2,815	43,166	5,345	0,6216	930,15	2,955	20,058	2,795	331,21	1,118
1977	2,648	40,883	5,606	0,6537	1 006,79	2,800	18,859	2,743	305,81	1,141
1978	2,556	40,061	5,740	0,6639	1 080,22	2,754	18,502	2,278	267,08	1,274
1979	2,511	40,163	5,829	0,6464	1 138,44	2,749	18,323	2,279	300,47	1,371
1980	2,524	40,598	5,869	0,5985	1 189,21	2,760	18,014	2,333	315,04	1,392
1981	2,514	41,295	6,040	0,5531	1 263,18	2,775	17,782	2,193	245,38	1,116
1982	2,376	44,712	6,431	0,5605	1 323,78	2,614	16,713	1,989	243,55	0,980
1983	2,271	45,438	6,771	0,5870	1 349,92	2,537	15,991	1,869	211,35	0,890
1984	2,238	45,442	6,872	0,5906	1 381,38	2,523	15,788	1,854	187,09	0,789
1985	2,226	44,914	6,795	0,5890	1 447,99	2,511	15,788	1,880	180,56	0,763
1986	2,128	43,798	6,800	0,6715	1 461,88	2,401	15,025	1,770	165,85	0,984
					1 KKS =					
1960	4,79	65,9	6,63	0,397	604	3,35			.	1,57
1961	4,51	57,3	6,13	0,387	545	3,22			.	1,50
1962	4,50	55,9	6,16	0,385	553	3,19			.	1,47
1963	4,43	55,1	6,27	0,376	574	3,20			.	1,43
1964	4,37	55,2	6,26	0,373	586	3,33			.	1,39
1965	4,63	62,2	6,61	0,382	639	3,46			324	1,37
1966	4,34	56,1	6,13	0,380	578	3,47			331	1,36
1967	4,28	56,3	6,16	0,381	579	3,52			338	1,36
1968	4,23	56,1	6,23	0,385	571	3,55			343	1,39
1969	4,19	55,9	6,31	0,386	565	3,60			334	1,39
1970	4,48	60,1	6,64	0,390	612	3,62			347	1,38
1971	4,20	53,5	6,16	0,395	566	3,61			317	1,35
1972	4,43	58,7	6,48	0,402	606	3,73			337	1,32
1973	4,34	57,9	6,43	0,396	622	3,74			350	1,29
1974	4,11	57,7	6,33	0,403	653	3,61			374	1,25
1975	3,78	56,1	6,22	0,444	665	3,45			349	1,19
1976	3,51	54,2	6,14	0,458	704	3,37			336	1,13
1977	3,25	52,0	5,99	0,466	749	3,21			317	1,08
1978	3,07	49,1	5,91	0,469	771	3,07			301	1,05
1979	2,88	46,3	5,88	0,485	806	2,87			279	1,03
1980	2,66	42,4	5,83	0,513	859	2,68			256	0,99
1981	2,50	40,1	5,87	0,515	917	2,55			238	0,96
1982	2,36	38,8	5,99	0,502	965	2,45			220	0,93
1983	2,24	38,1	6,04	0,486	1 025	2,30			204	0,88
1984	2,15	37,6	6,08	0,475	1 060	2,20			194	0,86
1985	2,07	37,3	6,07	0,474	1 087	2,12			185	0,84

[1]) Zur Methode der Berechnung der Europäischen Währungseinheit und Kaufkraftstandards siehe SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1960 bis 1985, Heft 1987.

Tabelle 13 *

Amtliche Devisenkurse an
Kassa-Mittel
Telegrafische

Zeitraum	Amsterdam	Brüssel	Dublin [2]	Kopenhagen	Lissabon	London	Madrid [3]	Mailand/ Rom [4]
	100 hfl	100 bfrs	1 Ir £	100 dkr	100 Esc	1 £	100 Ptas	1000 Lit
1960	110,587	8,365	.	60,512	14,589	11,709	.	6,719
1961	110,658	8,069	.	58,266	14,053	11,271	.	6,478
1962	110,974	8,035	.	57,938	13,998	11,225	.	6,441
1963	110,712	7,995	.	57,750	13,915	11,162	6,654	6,414
1964	110,220	7,991	.	57,481	13,836	11,098	6,640	6,367
1965	110,954	8,048	.	57,772	13,928	11,167	6,669	6,394
1966	110,490	8,025	.	57,885	13,930	11,167	6,672	6,404
1967	110,651	8,025	.	57,135	13,871	10,961	6,552	6,389
1968	110,308	7,997	.	53,347	13,946	9,558	5,730	6,406
1969	108,302	7,829	.	52,197	13,784	9,381	5,619	6,257
1970	100,852	7,345	.	48,631	12,772	8,736	5,234	5,816
1971	99,678	7,170	.	47,024	12,439	8,505	5,032	5,630
1972	99,367	7,247	.	45,923	11,845	7,974	4,965	5,467
1973	95,397	6,835	.	44,046	10,929	6,514	4,567	4,569
1974	96,365	6,649	.	42,535	10,267	6,055	4,495	3,985
1975	97,301	6,692	.	42,850	9,682	5,449	4,288	3,769
1976	95,271	6,524	.	41,657	8,386	4,553	3,771	3,042
1977	94,610	6,480	.	38,696	6,112	4,051	3,085	2,632
1978	92,832	6,382	.	36,438	4,602	3,853	2,624	2,368
1979	91,373	6,253	3,760	34,872	3,759	3,888	2,732	2,207
1980	91,459	6,217	3,735	32,245	3,635	4,227	2,536	2,124
1981	90,611	6,090	3,638	31,735	3,677	4,556	2,450	1,992
1982	90,904	5,323	3,446	29,138	3,072	4,242	2,215	1,796
1983	89,503	4,998	3,178	27,926	2,325	3,871	1,783	1,683
1984	88,700	4,926	3,083	27,479	1,942	3,791	1,769	1,620
1985	88,664	4,957	3,113	27,766	1,717	3,785	1,728	1,5394
1986	88,639	4,859	2,906	26,815	1,451	3,184	1,549	1,4557
1983 1. Vj.	90,437	5,088	3,300	28,216	2,581	3,690	1,854	1,721
2. Vj.	88,993	5,012	3,158	28,037	2,464	3,866	1,789	1,683
3. Vj.	89,403	4,980	3,149	27,808	2,172	3,990	1,759	1,680
4. Vj.	89,162	4,916	3,107	27,663	2,098	3,934	1,733	1,648
1984 1. Vj.	88,733	4,891	3,081	27,441	2,020	3,876	1,750	1,625
2. Vj.	88,755	4,905	3,064	27,261	1,963	3,783	1,772	1,617
3. Vj.	88,653	4,948	3,083	27,462	1,917	3,786	1,767	1,623
4. Vj.	88,651	4,959	3,105	27,755	1,866	3,713	1,791	1,616
1985 1. Vj.	88,435	4,983	3,115	27,972	1,822	3,630	1,809	1,611
2. Vj.	88,576	4,967	3,131	27,840	1,765	3,878	1,773	1,568
3. Vj.	88,878	4,951	3,118	27,672	1,686	3,917	1,706	1,5054
4. Vj.	88,758	4,927	3,089	27,584	1,595	3,711	1,625	1,4757
1986 1. Vj.	88,613	4,888	3,031	27,155	1,534	3,379	1,592	1,4684
2. Vj.	88,778	4,900	3,038	27,043	1,499	3,386	1,572	1,4585
3. Vj.	88,677	4,838	2,840	26,584	1,419	3,107	1,542	1,4524
4. Vj.	88,490	4,812	2,723	26,500	1,354	2,869	1,491	1,4440
1987 1. Vj.	88,589	4,825	2,669	26,475	1,298	2,835	1,426	1,4077
2. Vj.	88,711	4,824	2,676	26,554	1,287	2,966	1,431	1,3894
3. Vj.	88,806	4,818	2,676	26,132	1,275	2,973	1,476	1,3820

[1]) Jahresdurchschnitte aus den täglichen Notierungen, Vierteljahre aus den Monatsdurchschnitten errechnet. Weitere Erläuterungen siehe Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 5, „Die Währungen der Welt".
[2]) Erstmalige Notierung am 13. März 1979.
[3]) Erstmalige Notierung am 18. Februar 1963.

Tabelle 13*

der Frankfurter Börse
kurse in DM[1])
Auszahlung

Montreal	New York	Oslo	Paris	Stockholm	Tokyo[5])	Wien	Zürich	Zeitraum
1 kan $	1 US-$	100 nkr	100 FF	100 skr	100 ¥	100 S	100 sfr	
4,3026	4,1704	58,471	85,047	80,709	.	16,067	96,564	1960
3,9752	4,0221	56,318	82,001	77,848	.	15,511	93,133	1961
3,7412	3,9978	56,015	81,590	77,557	.	15,487	92,461	1962
3,6959	3,9864	55,765	81,350	76,837	.	15,437	92,249	1963
3,6852	3,9748	55,540	81,113	77,171	.	15,390	92,035	1964
3,7054	3,9943	55,868	81,503	77,442	.	15,468	92,309	1965
3,7115	3,9982	55,921	81,377	77,402	.	15,477	92,421	1966
3,6961	3,9866	55,757	81,040	77,237	.	15,431	92,111	1967
3,7054	3,9923	55,895	80,628	77,260	.	15,447	92,507	1968
3,6446	3,9244	54,934	75,815	75,911	1,0305	15,174	91,002	1969
3,4966	3,6463	51,043	65,966	70,324	1,0183	14,107	84,601	1970
3,4459	3,4795	49,588	63,163	68,192	0,9996	13,940	84,578	1971
3,2200	3,1889	48,417	63,238	67,055	1,0534	13,800	83,537	1972
2,6599	2,6590	46,263	59,736	60,959	0,9795	13,645	84,005	1973
2,6486	2,5897	46,859	53,886	58,351	0,8888	13,859	87,010	1974
2,4218	2,4631	47,104	57,411	59,282	0,8301	14,129	95,252	1975
2,5541	2,5173	46,144	52,768	57,803	0,8500	14,039	100,747	1976
2,1860	2,3217	43,634	47,256	51,997	0,8671	14,051	96,843	1977
1,7649	2,0084	38,336	44,582	44,456	0,9626	13,837	112,924	1978
1,5651	1,8330	36,206	43,079	42,766	0,8424	13,712	110,229	1979
1,5542	1,8158	36,784	43,013	42,943	0,8064	14,049	108,478	1980
1,8860	2,2610	39,377	41,640	44,747	1,0255	14,191	115,252	1981
1,9694	2,4287	37,713	36,995	38,894	0,9766	14,227	119,721	1982
2,0738	2,5552	34,991	33,559	33,294	1,0764	14,215	121,614	1983
2,1979	2,8456	34,893	32,570	34,386	1,1974	14,222	121,181	1984
2,1577	2,9424	34,210	32,764	34,160	1,2338	14,230	120,016	1985
1,5619	2,1708	29,379	31,311	30,449	1,2915	14,223	120,918	1986
1,9623	2,4075	33,868	34,974	32,499	1,0225	14,230	119,530	1983 1. Vj.
2,0192	2,4848	34,658	33,282	32,965	1,0465	14,203	119,727	2. Vj.
2,1447	2,6429	35,702	33,201	33,855	1,0904	14,223	123,066	3. Vj.
2,1624	2,6776	35,698	32,796	33,821	1,1443	14,204	124,038	4. Vj.
2,1541	2,7025	35,146	32,547	33,898	1,1703	14,190	123,004	1984 1. Vj.
2,0970	2,7095	35,013	32,533	33,849	1,1799	14,227	120,696	2. Vj.
2,2231	2,9189	34,877	32,582	34,710	1,1991	14,241	119,566	3. Vj.
2,3165	3,0529	34,535	32,615	35,072	1,2417	14,232	121,432	4. Vj.
2,4076	3,2563	34,775	32,705	35,123	1,2644	14,235	118,258	1985 1. Vj.
2,2549	3,0867	34,723	32,786	34,534	1,2316	14,227	119,127	2. Vj.
2,0954	2,8490	34,158	32,797	33,926	1,1947	14,231	121,379	3. Vj.
1,8742	2,5839	33,190	32,765	33,066	1,2474	14,227	121,106	4. Vj.
1,6708	2,3472	32,043	32,563	31,670	1,2511	14,232	118,773	1986 1. Vj.
1,6238	2,2464	30,411	31,441	31,211	1,3228	14,233	120,404	2. Vj.
1,5060	2,0856	28,234	30,763	29,929	1,3386	14,217	123,667	3. Vj.
1,4500	2,0076	26,876	30,528	29,018	1,2514	14,210	120,576	4. Vj.
1,3743	1,8395	26,148	30,023	28,262	1,2010	14,217	118,981	1987 1. Vj.
1,3549	1,8052	26,905	29,965	28,651	1,2660	14,226	121,166	2. Vj.
1,3913	1,8393	27,324	29,980	28,588	1,2513	14,219	120,584	3. Vj.

[4]) Gemäß Beschluß des Börsenvorstands der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab Mai 1985 der Kurs der italienischen Lira mit vier Stellen hinter dem Komma festgestellt.
[5]) Erstmalige Notierung am 1. Dezember 1969.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern
1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
					Verbraucherpreise					
1960	47,2	36,5	26,8	18,6	18,9	32,4	38,2	44,4	24,2	35,9
1961	48,2	36,9	27,5	19,3	19,3	33,0	39,6	45,2	25,5	36,3
1962	49,7	37,4	28,9	20,1	20,2	33,7	41,3	47,1	27,2	36,7
1963	51,2	38,2	30,4	20,5	21,6	34,8	42,5	48,8	29,3	37,2
1964	52,4	39,8	31,3	21,2	22,9	36,8	44,1	50,3	30,4	37,6
1965	54,1	41,4	32,2	22,2	23,9	39,0	46,3	52,0	32,5	38,2
1966	56,0	43,1	33,0	23,0	24,5	41,3	47,3	54,4	34,1	39,4
1967	56,9	44,4	33,9	23,6	24,8	42,7	49,2	56,7	35,4	40,5
1968	57,8	45,6	35,5	24,7	25,1	44,3	50,5	58,0	37,3	42,2
1969	58,9	47,3	37,6	26,1	25,8	47,5	52,1	59,4	39,3	44,5
1970	61,0	49,1	39,9	27,7	27,1	49,3	54,4	61,6	42,3	47,1
1971	64,1	51,3	42,1	30,3	28,4	53,0	56,9	65,6	45,0	49,1
1972	67,7	54,1	44,7	32,5	30,0	57,2	60,5	70,0	47,2	50,8
1973	72,4	57,8	47,9	35,5	33,3	61,7	65,1	76,1	52,7	53,9
1974	77,4	65,2	54,5	41,1	40,0	67,6	71,3	83,5	65,0	59,8
1975	82,0	73,5	60,9	51,1	46,4	74,7	77,3	89,2	72,6	65,3
1976	85,6	80,2	66,8	59,6	54,1	81,3	83,0	90,7	79,4	69,1
1977	88,7	85,9	73,1	69,0	64,1	86,5	87,6	91,8	85,9	73,6
1978	91,1	89,8	79,7	74,7	71,8	90,1	90,7	92,8	89,5	79,2
1979	94,9	93,8	88,2	84,8	82,5	93,9	94,0	96,1	92,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,6	113,4	111,9	119,5	106,7	106,8	106,5	104,9	110,4
1982	111,9	117,0	126,8	121,5	139,2	113,0	112,6	112,5	107,8	117,1
1983	115,6	126,0	139,0	127,1	159,5	116,2	116,3	115,9	109,9	120,9
1984	118,4	134,0	149,3	133,5	176,8	120,0	122,9	119,3	112,3	126,1
1985	121,0	140,5	157,9	141,6	193,0	122,7	126,9	123,4	114,6	130,5
1986	120,7	142,3	161,9	146,4	204,3	122,9	129,0	124,3	115,3	133,1
1987 1. Hj.	120,9	144,0	166,2	151,3	...	121,8	129,9	125,7	115,0	136,4
					Erzeuger- bzw. Großhandelspreise [1])					
1960	53,4	49,4	34,7	20,7	18,6	45,9	45,8	59,6	42,6	35,3
1961	54,1	49,3	35,7	21,2	18,7	45,9	46,8	59,7	43,0	35,2
1962	54,6	49,8	36,0	21,7	19,2	45,9	49,3	61,7	42,3	35,3
1963	54,9	51,0	36,9	21,9	20,2	47,0	48,5	64,1	43,1	35,2
1964	55,5	53,4	38,3	22,6	21,0	49,9	51,1	65,0	43,1	35,2
1965	56,9	54,0	38,5	23,4	21,3	51,6	52,4	65,4	43,5	35,9
1966	57,8	55,1	39,6	24,1	21,7	54,4	53,4	66,6	44,5	37,1
1967	57,3	54,6	39,3	24,4	21,3	54,4	54,7	66,8	45,3	37,2
1968	56,9	54,7	38,6	25,3	21,4	55,5	55,2	66,8	45,7	38,1
1969	57,9	57,4	42,8	26,3	22,2	54,4	56,6	68,8	46,7	39,6
1970	60,8	60,2	46,0	28,0	23,8	56,6	59,2	71,6	48,4	41,1
1971	63,4	59,8	46,9	30,6	24,8	59,3	62,3	73,2	48,0	42,4
1972	65,1	62,2	49,1	32,2	25,8	62,3	64,7	75,8	48,4	44,3
1973	69,4	69,9	56,3	34,5	30,2	66,6	65,6	83,9	56,0	50,1
1974	78,7	81,7	72,7	42,6	42,5	73,0	75,5	97,5	73,7	59,5
1975	82,3	82,6	68,6	52,4	46,1	77,9	80,3	95,2	75,9	65,0
1976	85,4	88,5	73,6	60,9	56,7	84,0	85,0	94,6	79,7	68,1
1977	87,7	90,7	77,7	72,0	66,5	88,9	87,5	94,9	81,2	72,2
1978	88,7	88,9	81,1	79,1	72,1	90,0	88,4	91,6	79,1	77,9
1979	93,0	94,5	91,9	87,7	83,3	92,5	92,1	95,1	84,9	87,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	108,2	111,0	109,6	117,4	109,2	108,0	105,8	101,4	109,1
1982	114,1	116,5	123,3	118,0	133,7	116,4	111,5	108,5	103,2	111,3
1983	115,8	122,6	136,9	124,4	146,7	118,5	112,2	109,0	100,9	112,7
1984	119,2	131,7	155,1	132,1	161,9	123,5	116,4	112,6	100,7	115,4
1985	121,8	131,7	161,3	139,4	173,8	125,3	119,4	115,1	99,5	114,9
1986	118,2	123,1	...	145,7	172,3	121,6	113,1	110,6	90,2	111,5
1987 1. Hj.	115,5	120,1	...	150,1	175,1	...	111,7	108,2	86,3	113,2

[1]) Erzeugerpreise: Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien. Großhandelspreise: Belgien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Japan, Vereinigte Staaten.

noch Tabelle 14 *

Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern

1980 = 100

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz	Japan	Vereinigte Staaten
	Durchschnittswerte der Ausfuhr[2])									
1970	60,5	53	41,7	25,8	22,4	51	66,1	69	59,5	38,2
1971	62,9	52	44,1	27,3	23,6	52	68,4	72	60,7	39,4
1972	64,8	53	44,5	28,9	24,3	53	69,5	75	59,9	40,7
1973	68,0	57	49,0	32,6	28,8	56	73,4	77	63,6	47,4
1974	79,3	72	61,8	41,5	40,8	72	85,5	88	85,4	60,5
1975	85,8	75	65,2	50,9	45,3	76	88,7	90	87,4	67,6
1976	83,8	78	71,2	60,9	55,3	80	88,7	89	86,9	69,9
1977	85,9	79	78,2	72,1	65,9	83	91,5	91	87,1	72,4
1978	86,7	80	82,2	79,0	70,7	81	91,5	88	82,2	77,4
1979	91,3	90	90,2	87,5	82,8	88	95,2	90	89,8	88,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	109	113,0	108,8	122,3	116	106,1	103	103,0	109,2
1982	110,9	124	129,0	116,6	141,0	121	110,9	106	108,4	110,4
1983	112,4	132	142,0	125,7	151,5	120	110,6	108	101,1	111,6
1984	116,3	142	158,8	136,0	166,0	129	114,5	114	100,7	113,1
1985	120,8	145	166,3	143,4	179,4	132	116,5	112	100,7	112,2
1986	116,8	130	...	147,0	171,1	112	113,8	109	85,5	112,5
1987 1. Hj.	113,7	123	...	141,0	171,9	125	110,9	112	83,2	114,2
	Durchschnittswerte der Einfuhr[2])									
1970	51,7	48	38,0	25,6	16,6	46	60,2	69	34,8	25,7
1971	52,4	49	39,3	26,8	17,5	48	62,9	70	35,4	27,0
1972	52,7	49	39,7	28,0	18,0	48	63,1	71	32,5	28,9
1973	56,5	52	42,6	35,6	23,4	52	65,5	76	35,9	34,4
1974	72,6	69	62,6	51,6	40,2	70	78,0	91	62,8	50,9
1975	74,7	71	61,5	58,6	42,4	73	80,9	87	67,9	55,5
1976	76,4	76	67,9	71,6	53,5	77	82,7	83	69,5	57,2
1977	79,1	77	75,8	82,7	62,0	79	85,8	88	67,4	62,0
1978	76,8	79	76,6	85,0	65,1	78	85,7	78	55,3	66,9
1979	85,5	86	84,4	90,7	77,6	87	90,4	83	72,0	79,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,8	115	118,5	107,7	136,6	116	110,5	97	100,5	105,5
1982	114,5	131	132,6	116,8	153,8	118	110,8	96	104,9	103,8
1983	114,1	141	142,9	126,4	161,1	119	109,5	97	95,2	99,5
1984	120,8	152	157,8	138,0	179,3	126	113,7	101	92,6	101,3
1985	123,9	152	161,0	143,1	192,7	127	118,0	104	89,3	98,8
1986	104,1	128	...	143,0	158,6	105	108,4	95	54,7	95,4
1987 1. Hj.	97,9	119	...	138,4	154,1	117	103,5	91	50,3	99,7
	Bruttostundenverdienste in der Industrie[3])									
1970	46,6	30,3	26,7	23,6	16,6	39	37,3	56,0	29,2	46,1
1971	51,7	34,0	29,7	26,2	18,6	44	42,4	61,4	33,5	49,1
1972	56,3	38,8	33,0	29,6	20,2	49	47,3	66,7	38,8	52,6
1973	62,2	45,1	37,8	33,6	24,9	56	53,3	72,7	46,0	56,3
1974	68,5	54,4	45,2	39,5	29,9	65	61,7	80,2	57,6	60,7
1975	73,9	65,5	53,0	50,0	38,3	74	70,0	86,0	67,9	66,4
1976	78,6	72,7	60,4	57,8	46,3	81	76,3	87,4	76,4	71,7
1977	84,2	79,4	68,1	63,7	59,0	87	82,9	89,2	83,5	78,0
1978	88,7	84,9	76,9	73,0	68,8	92	87,6	91,8	89,4	84,9
1979	93,8	91,5	86,9	84,2	82,0	96	92,7	94,6	94,6	92,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,5	110,1	114,5	113,4	123,9	103	106,1	102,4	105,1	109,9
1982	110,5	116,9	131,9	126,3	145,6	110	112,7	133,5	110,6	116,9
1983	114,1	122,0	146,7	137,1	167,4	113	117,8	138,8	115,0	121,4
1984	116,8	128,0	158,0	144,9	186,1	115	123,7	142,4	119,8	126,4
1985	121,3	132,6	167,1	161,1	206,8	120	131,2	147,9	124,6	131,1
1986	125,6	136,3	174,0	174,1	216,8	122	...	153,2	129,2	133,8
1987 1. Hj.	129,2	...	177,5	...	188,7	123	...	...	...	135,6
	Anteil am Warenhandel[4]) der Bundesrepublik Deutschland in vH									
1980 bis 1986	×	*7,0*	*12,0*	*7,6*	*7,9*	*10,3*	*4,3*	*4,6*	*2,6*	*7,8*

[2]) Bundesrepublik Deutschland: Nationale Quelle.
[3]) Frankreich: Quelle: OECD. — Italien: Tarifliche Stundenlöhne. — Großbritannien, Österreich, Japan: Bruttomonatsverdienste.
[4]) Einfuhr + Ausfuhr.

Quelle: IWF

Tabelle 15*

Industrieproduktion in wichtigen Industrieländern
1980 = 100

Zeitraum [1]	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Schweiz [2]	Japan	Vereinigte Staaten
1955	35	42,8	33	59,2	23,2	28	30	.	8,8	39,6
1956	38	45,6	35	59,7	24,8	31	31	.	10,8	41,4
1957	40	48,4	38	60,8	26,8	32	34	.	12,8	41,9
1958	42	44,1	40	60,2	27,6	32	34	.	12,5	39,2
1959	45	45,9	41	63,3	30,8	35	36	49	15,0	43,9
1960	50	49,4	44,5	67,6	35,2	39	39	54	18,7	44,9
1961	53	52,3	47,0	68,5	39,3	40	41	58	22,4	45,2
1962	56	55,2	48,9	69,1	43,1	42	42	61	24,3	49,0
1963	57	59,4	51,9	71,1	47,1	44	44	64	27,0	51,9
1964	62	63,5	59,3	77,2	47,6	53	47	66	31,3	55,4
1965	65	64,7	57,0	79,5	49,8	55	49	70	32,5	60,9
1966	66	66,1	60,0	80,8	55,5	57	52	73	36,8	66,2
1967	64	67,1	61,5	81,7	60,1	59	52	75	43,9	67,7
1968	70	70,8	63,7	86,9	63,9	64	56	78	50,7	71,4
1969	79	77,7	70,4	89,8	66,4	67	63	85	58,8	74,8
1970	84	80,4	74,1	90,3	70,7	73	68	92	66,9	72,3
1971	85	82,5	78,5	89,8	70,6	78	72	94	68,6	73,3
1972	88	87,5	83,0	91,4	73,7	81	78	96	73,6	80,4
1973	93	93,0	88,9	99,6	80,8	88	81	101	84,6	86,9
1974	91	96,5	91,1	97,6	84,5	92	85	103	81,2	85,6
1975	85	87,2	85,2	92,3	76,7	91	80	88	72,3	78,1
1976	91	94,9	91,9	95,3	86,2	97	85	89	80,4	85,3
1977	93	94,8	93,3	100,3	85,5	97	89	93	83,7	92,1
1978	95	96,7	95,6	103,3	88,8	97	91	94	89,0	98,0
1979	100	101,3	99,3	107,2	94,7	101	97	95	95,5	101,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98	97,4	98,3	96,6	98,5	98	99	99	101,0	102,2
1982	95	97,5	98,0	98,4	95,4	94	98	94	101,3	94,9
1983	95	99,3	98,5	101,9	92,3	97	98	94	104,9	100,5
1984	98	102,0	100,3	103,2	95,2	101	104	98	116,5	112,1
1985	103	103,5	101,3	108,1	96,5	105	109	102	121,9	114,6
1986	105	105,2	101,8	109,7	99,2	106	110	107	121,5	114,0
1985 1. Vj.	101	104,2	100	106,4	96,1	107	108	100	119,8	113,3
2. Vj.	102	104,6	101	109,3	97,2	104	108	102	123,0	113,7
3. Vj.	104	97,6	102	108,3	95,9	102	110	102	122,9	114,2
4. Vj.	105	109,1	102	108,4	96,8	104	109	105	122,0	114,8
1986 1. Vj.	104	...	100	109,1	98,8	107	111	102	121,8	115,1
2. Vj.	105	...	102	109,3	99,4	104	110	106	122,1	114,5
3. Vj.	106	...	103	110,6	98,0	107	110	110	121,5	115,1
4. Vj.	105	...	102	109,5	100,4	105	110	108	120,7	116,0
1987 1. Vj.	102	...	101	112,2	101,1	109	109	105	122,4	116,9
2. Vj.	105	...	103	112,4	103,8	105	110	104	122,4	118,0

[1] Vierteljahresergebnisse: Saisonbereinigte Werte.
[2] Verarbeitendes Gewerbe.

Quelle: IWF

Tabelle 16*

Energieerzeugung in ausgewählten Ländern

Petajoule[1])

Land	Insgesamt[2])		Stein- und Braunkohle		Rohöl		Naturgas		Strom	
	1982	1985	1982	1985	1982	1985	1982	1985	1982	1985
Bundesrepublik Deutschland[3])	4 742	4 711	3 689	3 445	178	172	580	584	294	509
Belgien/ Luxemburg	234	333	175	205	—	—	1	2	58	126
Dänemark	71	166	0	0	71	121	0	45	0	0
Frankreich	1 584	1 870	604	534	100	137	257	211	623	987
Griechenland	214	270	153	201	43	56	4	3	13	10
Großbritannien	9 108	9 504	3 119	2 251	4 331	5 354	1 483	1 665	175	235
Irland	130	125	50	32	—	—	77	90	3	3
Italien	858	836	13	12	77	104	583	537	184	183
Niederlande	2 973	3 031	0	4	427	626	2 533	2 388	14	13
Portugal	30	46	5	7	—	—	—	—	25	39
Spanien	757	902	566	577	64	100	0	11	126	214
EG-Länder[2])	20 701	21 794	8 374	7 268	5 291	6 670	5 518	5 536	1 515	2 319
Ägypten	1 512	2 067	—	—	1 391	1 889	83	140	38	38
Algerien	2 525	3 043	0	0	2 006	2 011	518	1 029	2	2
Argentinien	1 569	1 710	13	10	1 093	1 035	393	570	70	95
Australien	3 808	5 016	2 469	3 435	829	1 072	458	456	52	52
Brasilien	1 236	2 072	130	158	555	1 176	43	97	508	642
Indien	4 284	5 341	3 185	3 711	828	1 254	89	151	181	226
Indonesien	3 423	3 847	14	44	2 756	2 835	646	959	7	9
Irak	2 109	2 964	—	—	2 093	2 939	14	23	2	2
Iran	5 378	4 973	23	26	5 075	4 600	257	324	23	23
Japan	1 246	1 442	464	427	17	23	90	95	676	896
Kanada	8 002	9 518	1 028	1 487	3 082	3 522	2 825	3 194	1 067	1 315
Katar	876	809	—	—	696	642	180	168	—	—
Kuwait	1 980	2 564	—	—	1 802	2 353	179	211	—	—
Libyen	2 464	2 287	—	—	2 380	2 131	85	156	—	—
Mexiko	7 700	7 313	160	180	6 378	6 142	1 075	891	87	100
Nigeria	2 874	3 294	2	1	2 664	3 064	200	220	9	8
Norwegen	2 452	3 067	13	16	1 078	1 614	1 029	1 067	332	370
Österreich	261	245	43	39	55	48	53	47	109	112
Saudi-Arabien	14 207	7 565	—	—	14 157	7 506	50	59	—	—
Schweden	340	468	0	0	1	0	—	—	339	467
Schweiz	181	192	—	—	—	—	0	1	181	191
Sowjetunion	58 765	63 536	14 722	15 072	25 692	24 960	17 418	22 149	933	1 354
Venezuela	5 041	4 584	1	1	4 300	3 785	682	724	58	75
Vereinigte Staaten	58 423	59 092	18 521	19 437	20 093	20 838	17 655	16 380	2 154	2 437
Welt	261 309	277 869	79 490	87 283	118 007	117 944	54 054	60 126	9 758	12 516

[1]) Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[2]) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[3]) Die Unterschiede zwischen den Angaben der UN und nationaler Stellen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Quelle: UN

Tabelle 17 *

Energieverbrauch im internationalen Vergleich

1985

Land	Primärenergieverbrauch								Importquote	
	insgesamt	je Einheit BIP[1])	je Einwohner	nach Energieträgern: feste Brennstoffe	Mineralöl	Gas	Kernenergie	Wasserkraft und sonstige	insgesamt	von Mineralöl
	in Mio t ÖE[2])	t ÖE[2])		Anteil am Primärenergieverbrauch in vH					in vH[3])	in vH[4])
Australien	77,9	0,46	4,9	40,6	35,6	14,8	0,0	4,2	– 69,1	2,2
Belgien	42,8	0,35	4,3	23,4	40,7	17,3	18,0	0,7	74,3	110,3
Dänemark	19,5	0,26	3,8	42,6	55,9	3,1	0,0	0,0	81,5	78,0
Bundesrepublik Deutschland	268,5	0,31	4,4	30,6	41,7	15,8	10,5	1,5	50,7	96,5
Frankreich	197,2	0,28	3,6	12,1	42,8	13,0	25,4	7,3	57,5	96,4
Griechenland	18,4	0,44	1,8	35,3	60,3	0,5	0,0	3,3	64,7	95,5
Großbritannien	202,8	0,35	3,6	29,8	38,6	23,7	6,7	0,7	– 15,9	– 64,5
Irland	9,2	0,44	2,6	23,9	46,7	21,7	0,0	3,3	60,9	97,7
Italien	140,2	0,34	2,5	11,8	58,4	20,0	1,1	7,6	82,6	100,6
Japan	375,6	0,29	3,1	19,4	54,8	9,5	10,4	5,8	82,9	104,2
Kanada	233,3	0,78	9,2	14,8	30,6	20,7	5,8	29,1	– 21,7	– 24,5
Luxemburg	3,3	0,65	8,3	42,4	33,3	9,1	0,0	3,0	97,0	100,0
Neuseeland	13,2	0,50	4,0	12,9	28,0	24,2	0,0	35,6	18,9	75,7
Niederlande	62,1	0,35	4,3	10,8	34,1	53,1	1,4	0,0	4,5	117,5
Norwegen	26,4	0,39	6,3	7,6	30,7	4,2	0,0	58,3	–197,7	–379,0
Österreich	27,7	0,33	3,6	23,1	35,7	17,0	0,0	25,6	57,4	86,9
Portugal	12,8	0,48	1,3	15,6	66,4	0,0	0,0	18,8	76,6	101,2
Schweden	55,0	0,41	6,6	15,5	32,4	0,2	23,8	29,1	36,9	96,6
Schweiz	26,7	0,25	4,1	4,5	46,8	4,9	18,7	27,7	49,8	98,4
Spanien	74,3	0,33	1,9	25,8	52,5	3,0	8,5	10,0	62,7	100,8
Türkei	39,7	0,55	0,8	49,6	44,1	0,0	0,0	6,8	43,1	96,3
Vereinigte Staaten	1 788,5	0,59	7,5	26,7	39,9	23,3	5,1	3,7	10,8	31,7
Insgesamt[5])	3 715,1	0,44	4,6	24,1	41,9	19,2	7,3	6,8	23,6	50,5

[1]) Preis- und Wechselkursbasis 1980.
[2]) Öleinheiten (1 kg ÖE = 11,63 kWh).
[3]) Anteil der Netto-Importe am Primärenergieverbrauch in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch in vH.
[4]) Netto-Importe von Mineralöl im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH. Zahlen mit vorangestelltem Minuszeichen beinhalten den Anteil des Netto-Exports am Primärenergieverbrauch von Mineralöl in vH.
[5]) Alle Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur einschließlich Frankreich.

Quelle: Internationale Energieagentur

B. Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland

Tabelle 18*

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige [2] insgesamt	darunter beschäftigte Arbeitnehmer zusammen	darunter Ausländer [3]	Offene Stellen [4]	Arbeitslose [4]	Arbeitslosenquote [5]
	1 000		vH	1 000					vH
1950 [6]	46 908	21 577	46,0	19 997	13 674	.	116	1 580	10,4
1951 [6]	47 413	21 952	46,3	20 520	14 286	.	116	1 432	9,1
1952 [6]	47 728	22 289	46,7	20 910	14 754	.	115	1 379	8,5
1953 [6]	48 172	22 684	47,1	21 425	15 344	.	123	1 259	7,6
1954 [6]	48 710	23 216	47,7	21 995	15 968	73	137	1 221	7,1
1955 [6]	49 203	23 758	48,3	22 830	16 840	80	200	928	5,2
1956 [6]	49 797	24 196	48,6	23 435	17 483	99	219	761	4,2
1957 [6]	50 434	24 602	48,8	23 940	17 992	108	217	662	3,5
1958 [6]	51 056	24 807	48,6	24 124	18 188	127	216	683	3,6
1959 [6]	51 634	24 861	48,1	24 385	18 511	167	280	476	2,5
1960 [6]	52 183	25 034	48,0	24 799	19 010	.	449	235	1,2
1960	55 433	26 518	47,8	26 247	20 257	279	465	271	1,3
1961	56 185	26 772	47,6	26 591	20 730	507	552	181	0,9
1962	56 837	26 845	47,2	26 690	21 032	629	574	155	0,7
1963	57 389	26 930	46,9	26 744	21 261	773	555	186	0,9
1964	57 971	26 922	46,4	26 753	21 484	902	609	169	0,8
1965	58 619	27 034	46,1	26 887	21 757	1 119	649	147	0,7
1966	59 148	26 962	45,6	26 801	21 765	1 244	540	161	0,7
1967	59 286	26 409	44,5	25 950	21 054	1 014	302	459	2,1
1968	59 500	26 291	44,2	25 968	21 183	1 019	488	323	1,5
1969	60 067	26 535	44,2	26 356	21 752	1 366	747	179	0,8
1970	60 651	26 817	44,2	26 668	22 246	1 807	795	149	0,7
1971	61 284	27 002	44,1	26 817	22 606	2 128	648	185	0,8
1972	61 672	26 990	43,8	26 744	22 633	2 285	546	246	1,1
1973	61 976	27 195	43,9	26 922	22 906	2 498	572	273	1,2
1974	62 054	27 147	43,7	26 565	22 640	2 381	315	582	2,5
1975	61 829	26 884	43,5	25 810	22 014	2 061	236	1 074	4,7
1976	61 531	26 651	43,3	25 591	21 939	1 925	235	1 060	4,6
1977	61 400	26 577	43,3	25 547	22 029	1 872	231	1 030	4,5
1978	61 327	26 692	43,5	25 699	22 264	1 857	246	993	4,3
1979	61 359	26 923	43,9	26 047	22 663	1 924	304	876	3,7
1980	61 566	27 217	44,2	26 328	23 009	2 018	308	889	3,7
1981	61 682	27 416	44,4	26 144	22 869	1 912	208	1 272	5,3
1982	61 638	27 542	44,7	25 709	22 436	1 787	105	1 833	7,6
1983	61 423	27 589	44,9	25 331	22 057	1 694	76	2 258	9,3
1984	61 175	27 629	45,2	25 363	22 097	1 609 [a]	88	2 266	9,3
1985	61 024	27 844	45,6	25 540	22 274	1 568	110	2 304	9,4
1986	61 066	28 024	45,9	25 796	22 525	1 570	154	2 228	9,0
1984 1. Hj.	61 248	27 542	45,0	25 194	21 927	1 627 [a]	86	2 348	9,7
2. Hj.	61 102	27 715	45,4	25 532	22 267	1 590 [a]	90	2 183	8,9
1985 1. Hj.	61 020	27 742	45,5	25 334	22 069	1 562	105	2 408	9,8
2. Hj.	61 029	27 946	45,8	25 746	22 479	1 573	115	2 200	8,9
1986 1. Hj.	61 021	27 943	45,8	25 577	22 307	1 555	148	2 366	9,6
2. Hj.	61 111	28 105	46,0	26 015	22 743	1 584	160	2 090	8,4
1987 1. Hj.	...	28 094	...	25 782	22 507	...	170	2 312	9,3

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Erwerbstätige, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[3] Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni (Quelle: Bundesanstalt für Arbeit).
[4] Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.
[5] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose).
[6] Ohne Saarland und Berlin. Beschäftigte Ausländer bis 1958 ohne Saarland.
[a] Die Ende Juni 1984 von einer länger als drei Wochen dauernden Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer sind nicht enthalten.

Erwerbstätige und beschäftigte Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 19*

1 000

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr[1]	Dienstleistungsunternehmen[2]	Staat	Private Haushalte[3]
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
					Erwerbstätige[4]					
1960	26 063	3 581	12 497	747	9 624	2 126	4 759	2 364	2 098	764
1961	26 426	3 449	12 805	722	9 905	2 178	4 808	2 406	2 228	730
1962	26 518	3 307	12 918	698	9 948	2 272	4 812	2 459	2 348	674
1963	26 581	3 144	12 927	665	9 883	2 379	4 845	2 541	2 444	680
1964	26 604	3 002	12 986	654	9 885	2 447	4 817	2 590	2 540	669
1965	26 755	2 876	13 158	645	10 059	2 454	4 791	2 652	2 628	650
1966	26 673	2 790	13 017	628	9 953	2 436	4 800	2 719	2 706	641
1967	25 804	2 638	12 249	582	9 418	2 249	4 709	2 774	2 777	657
1968	25 826	2 523	12 320	547	9 488	2 285	4 692	2 837	2 803	651
1969	26 228	2 395	12 727	539	9 883	2 305	4 714	2 883	2 859	650
1970	26 560	2 262	12 987	551	10 117	2 319	4 755	2 933	2 978	645
1971	26 721	2 134	12 937	550	10 033	2 354	4 869	3 013	3 105	663
1972	26 661	2 018	12 696	531	9 824	2 341	4 945	3 063	3 259	680
1973	26 849	1 924	12 723	515	9 861	2 347	5 015	3 123	3 367	697
1974	26 497	1 842	12 311	517	9 618	2 176	4 968	3 171	3 493	712
1975	25 746	1 773	11 610	514	9 106	1 990	4 857	3 210	3 576	720
1976	25 530	1 682	11 396	507	8 915	1 974	4 827	3 266	3 635	724
1977	25 490	1 589	11 362	504	8 918	1 940	4 845	3 306	3 660	728
1978	25 644	1 536	11 386	496	8 918	1 972	4 872	3 359	3 746	745
1979	25 995	1 481	11 506	496	8 956	2 054	4 921	3 474	3 844	769
1980	26 278	1 437	11 586	501	8 995	2 090	4 974	3 582	3 903	796
1981	26 092	1 408	11 328	508	8 779	2 041	4 942	3 641	3 968	805
1982	25 651	1 395	10 919	508	8 468	1 943	4 842	3 667	3 996	832
1983	25 262	1 391	10 533	502	8 135	1 896	4 759	3 700	4 026	853
1984	25 283	1 376	10 437	493	8 057	1 887	4 772	3 776	4 039	883
1985 } [5]	25 452	1 360	10 429	490	8 141	1 798	4 774	3 881	4 089	919
1986 } [5]	25 702	1 344	10 508	489	8 265	1 754	4 777	3 974	4 138	961
					Beschäftigte Arbeitnehmer[4]					
1960	20 073	491	11 509	746	8 855	1 908	3 615	1 596	2 098	764
1961	20 565	452	11 845	721	9 164	1 960	3 673	1 637	2 228	730
1962	20 860	421	11 996	697	9 241	2 058	3 720	1 701	2 348	674
1963	21 098	406	12 019	664	9 191	2 164	3 770	1 779	2 444	680
1964	21 335	390	12 116	653	9 228	2 235	3 783	1 837	2 540	669
1965	21 625	369	12 306	644	9 420	2 242	3 775	1 897	2 628	650
1966	21 637	358	12 176	627	9 328	2 221	3 800	1 956	2 706	641
1967	20 908	324	11 423	581	8 811	2 031	3 724	2 003	2 777	657
1968	21 041	302	11 508	546	8 895	2 067	3 720	2 057	2 803	651
1969	21 624	297	11 940	538	9 316	2 086	3 772	2 106	2 859	650
1970	22 138	295	12 224	550	9 575	2 099	3 839	2 157	2 978	645
1971	22 510	282	12 201	549	9 516	2 136	4 006	2 253	3 105	663
1972	22 550	262	11 965	530	9 314	2 121	4 092	2 292	3 259	680
1973	22 833	250	12 006	514	9 366	2 126	4 167	2 346	3 367	697
1974	22 572	236	11 609	516	9 133	1 960	4 119	2 403	3 493	712
1975	21 950	230	10 939	514	8 649	1 776	4 037	2 448	3 576	720
1976	21 878	226	10 747	507	8 476	1 764	4 022	2 524	3 635	724
1977	21 972	230	10 718	504	8 478	1 736	4 063	2 573	3 660	728
1978	22 209	236	10 759	496	8 492	1 771	4 097	2 626	3 746	745
1979	22 611	245	10 877	496	8 526	1 855	4 149	2 727	3 844	769
1980	22 959	244	10 966	501	8 574	1 891	4 222	2 828	3 903	796
1981	22 817	242	10 723	508	8 370	1 845	4 199	2 880	3 968	805
1982	22 378	243	10 314	508	8 060	1 746	4 100	2 893	3 996	832
1983	21 988	247	9 937	502	7 727	1 708	4 012	2 913	4 026	853
1984	22 017	252	9 848	493	7 651	1 704	4 019	2 976	4 039	883
1985 } [5]	22 186	252	9 843	490	7 738	1 615	4 018	3 065	4 089	919
1986 } [5]	22 431	249	9 921	489	7 859	1 573	4 017	3 145	4 138	961

[1] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4] Inlandskonzept, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 20*

Ausländer im Bundesgebiet

An

Staatsangehörigkeit	1981	1982	1983	1984	1985	1986
	Wohnbevölkerung [1])					
Europa	4 093 389	4 107 665	3 988 235	3 811 161	3 763 838	3 824 329
Belgien	17 320	17 841	18 089	18 357	18 852	19 235
Dänemark	12 278	12 656	12 690	12 851	13 381	13 622
Frankreich	72 304	72 921	71 863	72 372	74 850	76 686
Griechenland	299 300	300 824	292 349	287 099	280 614	278 506
Großbritannien [3])	88 879	90 574	88 036	87 341	88 089	89 984
Irland	6 249	6 195	5 865	6 039	6 332	6 985
Italien	624 503	601 621	564 960	545 111	531 338	537 067
Luxemburg	4 526	4 612	4 613	4 705	4 891	4 977
Niederlande	108 746	108 975	108 572	108 642	108 419	108 976
Portugal	109 417	106 005	99 529	82 991	77 046	78 198
Spanien	176 952	173 526	165 998	158 843	152 781	150 493
EG-Länder	1 520 474	1 495 750	1 432 564	1 384 351	1 356 593	1 364 729
Jugoslawien	637 307	631 692	612 798	600 314	591 001	591 196
Österreich	176 256	174 988	171 586	172 133	172 534	174 563
Polen	82 711	91 371	87 588	95 868	104 755	116 883
Schweiz	29 866	29 699	29 368	29 589	29 923	30 503
Tschechoslowakei	25 573	26 714	26 891	27 668	28 167	29 126
Türkei	1 546 280	1 580 671	1 552 328	1 425 798	1 401 932	1 434 255
Ungarn	21 722	22 200	21 090	21 093	21 355	23 080
Übriges Europa	53 200	54 580	54 022	54 347	57 578	59 994
Afrika	115 138	123 955	125 204	124 481	133 456	145 083
Ägypten	9 077	9 157	8 762	8 458	8 333	8 632
Marokko	39 374	42 590	44 192	45 137	48 132	51 963
Übriges Afrika	66 687	72 208	72 250	70 886	76 991	84 488
Amerika	118 052	120 190	120 342	122 270	127 046	131 192
Kanada	7 871	7 811	7 739	7 943	8 210	8 428
Vereinigte Staaten	79 543	80 252	80 074	81 763	85 655	88 233
Übriges Amerika	30 638	32 127	32 529	32 564	33 181	34 531
Asien	242 016	254 511	241 914	247 288	295 459	348 035
Indien	28 630	28 285	24 474	22 404	24 315	28 326
Iran	31 287	32 246	33 046	38 432	51 351	73 023
Israel	8 812	8 785	8 443	8 170	8 243	8 382
Japan	15 233	16 147	16 675	16 560	17 551	18 367
Jordanien	13 221	12 870	12 035	11 428	11 103	11 138
Pakistan	26 272	24 412	16 757	14 266	16 193	18 118
Übriges Asien	118 561	131 766	130 484	136 028	166 703	190 681
Australien und Ozeanien	6 687	6 551	6 233	6 209	6 308	6 358
Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit	54 447	54 045	52 935	52 239	52 835	57 682
Insgesamt	4 629 729	4 666 917	4 534 863	4 363 648	4 378 942	4 512 679

[1]) Jeweils am 30. September.

Tabelle 20*

nach der Staatsangehörigkeit

zahl

1981	1982	1983	1984	1985	1986	Staatsangehörigkeit
		Beschäftigte[2])				
1 751 838	1 654 479	1 572 645	1 458 808	1 448 505	1 451 935	Europa
9 852	9 357	9 457	8 704	7 927	7 327	Belgien
3 491	3 348	3 424	3 125	2 804	2 581	Dänemark
52 145	48 481	46 604	43 623	41 285	40 346	Frankreich
123 767	116 421	108 800	98 041	102 936	101 592	Griechenland
34 479	33 007	31 227	30 237	30 554	31 401	Großbritannien[3])
2 148	1 772	1 631	1 476	1 430	1 408	Irland
291 066	261 020	238 850	214 078	202 392	193 390	Italien
1 391	1 343	1 301	1 214	1 108	997	Luxemburg
39 569	36 998	37 327	34 381	31 013	28 578	Niederlande
55 085	51 102	46 423	39 651	35 425	35 124	Portugal
81 845	76 754	72 348	67 376	67 407	65 936	Spanien
694 838	639 603	597 392	541 906	524 281	508 680	EG-Länder
340 573	320 335	305 945	288 766	293 483	294 807	Jugoslawien
87 441	84 811	82 187	80 596	80 644	81 478	Österreich
8 213	8 575	9 797	10 985	12 959	14 830	Polen
8 195	7 935	7 616	7 552	7 459	7 631	Schweiz
9 519	8 530	8 989	9 114	9 653	10 042	Tschechoslowakei
580 868	564 567	540 496	499 947	499 322	513 077	Türkei
6 967	6 282	6 408	6 372	6 567	6 828	Ungarn
15 224	13 841	13 815	13 570	14 137	14 562	Übriges Europa
39 266	36 605	34 174	32 129	33 038	34 093	Afrika
2 375	2 025	1 803	1 809	1 816	1 850	Ägypten
15 343	14 622	14 452	13 824	14 567	14 780	Marokko
21 548	19 958	17 919	16 496	16 655	17 463	Übriges Afrika
28 096	26 140	25 514	25 614	26 571	28 071	Amerika
2 163	1 999	1 946	1 930	1 915	1 925	Kanada
18 706	17 460	17 097	17 324	18 193	19 367	Vereinigte Staaten
7 227	6 681	6 471	6 360	6 463	6 779	Übriges Amerika
70 712	63 710	55 688	52 247	53 496	56 171	Asien
12 106	10 129	7 783	6 827	6 654	6 668	Indien
4 285	4 338	4 243	4 279	4 456	4 820	Iran
2 227	2 062	1 861	1 777	1 721	1 731	Israel
2 942	3 008	3 047	3 018	3 159	3 435	Japan
3 339	2 855	2 483	2 277	2 241	2 232	Jordanien
12 657	8 658	5 291	4 018	3 815	3 871	Pakistan
33 156	32 660	30 980	30 051	31 450	33 414	Übriges Asien
2 365	2 167	1 997	1 852	1 831	1 893	Australien und Ozeanien
37 460	25 880	23 627	21 991	20 457	19 384	Staatenlos und ungeklärte Staatsangehörigkeit
1 929 737	1 808 981	1 713 645	1 592 641	1 583 898	1 591 547	Insgesamt

[2]) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer jeweils am 30. Juni.
[3]) Einschließlich Nordirland.

Quelle für Beschäftigte: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 21*

Bruttowertschöpfung nach

Zeitraum	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [1])	Dienstleistungsunternehmen [2])	Staat	Private Haushalte [3])
	Mrd DM in jeweiligen Preisen [4])									
1960	302,20	17,66	160,80	15,65	121,86	23,29	55,96	41,13	21,61	5,04
1961	331,14	17,24	177,37	15,70	135,00	26,67	60,38	46,12	24,73	5,30
1962	359,94	18,79	191,83	16,24	144,99	30,60	66,48	50,42	27,04	5,38
1963	381,52	19,50	200,11	16,81	150,58	32,72	70,77	55,34	30,00	5,80
1964	420,08	19,45	223,37	17,73	167,52	38,12	76,50	61,81	32,79	6,16
1965	459,74	20,01	243,63	18,30	184,89	40,44	82,07	70,05	37,27	6,71
1966	490,63	20,87	254,76	18,94	192,92	42,90	87,81	78,35	41,61	7,23
1967	497,06	20,41	252,20	18,79	193,58	39,83	88,37	84,30	44,12	7,66
1968 A	537,45	22,80	277,01	20,75	215,26	41,00	90,43	92,06	47,06	8,09
1968 B	509,14	22,19	257,96	19,15	200,66	38,15	84,19	89,67	47,06	8,07
1969	567,91	23,49	290,36	19,82	229,59	40,95	90,32	101,48	53,28	8,98
1970	645,91	21,78	333,72	22,72	259,45	51,55	103,47	114,39	62,56	9,99
1971	718,30	22,76	361,30	24,10	278,04	59,16	116,05	131,76	74,62	11,81
1972	789,49	24,75	387,83	26,25	296,56	65,02	129,32	150,51	83,82	13,26
1973	882,90	26,60	430,91	29,42	333,25	68,24	141,26	171,38	97,40	15,35
1974	955,23	25,92	455,95	33,63	355,62	66,70	149,05	193,80	113,04	17,47
1975	996,17	28,47	454,92	37,67	354,06	63,19	157,33	213,47	122,90	19,08
1976	1 087,09	31,10	500,60	42,40	389,70	68,50	173,56	231,80	129,82	20,21
1977	1 161,36	31,83	529,84	42,50	414,42	72,92	186,26	253,02	138,74	21,67
1978	1 241,43	32,23	561,63	44,99	437,92	78,72	199,36	276,99	148,20	23,02
1979	1 341,79	31,01	607,74	48,23	470,42	89,09	215,24	303,87	159,11	24,82
1980	1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20
1981	1 489,33	31,68	641,59	53,05	489,73	98,81	236,51	366,89	183,72	28,94
1982	1 555,20	36,34	656,98	58,77	502,85	95,36	243,73	397,69	189,58	30,88
1983	1 631,00	32,22	685,06	62,69	524,93	97,44	254,86	430,44	195,79	32,63
1984	1 707,46	34,65	710,55	65,35	547,24	97,96	268,56	459,41	200,07	34,22
1985	1 783,03	31,92	745,75	67,97	584,02	93,76	276,33	485,30	207,31	36,42
1986 [5])	1 886,40	34,08	807,39	67,01	642,07	98,31	277,28	510,79	217,42	39,44
1987 1. Hj.	935,46	7,25	400,58	33,92	322,84	43,82	137,58	265,63	105,12	19,30
	Anteil in vH									
1960	*100*	*5,8*	*53,2*	*5,2*	*40,3*	*7,7*	*18,5*	*13,6*	*7,2*	*1,7*
1961	*100*	*5,2*	*53,6*	*4,7*	*40,8*	*8,1*	*18,2*	*13,9*	*7,5*	*1,6*
1962	*100*	*5,2*	*53,3*	*4,5*	*40,3*	*8,5*	*18,5*	*14,0*	*7,5*	*1,5*
1963	*100*	*5,1*	*52,5*	*4,4*	*39,5*	*8,6*	*18,5*	*14,5*	*7,9*	*1,5*
1964	*100*	*4,6*	*53,2*	*4,2*	*39,9*	*9,1*	*18,2*	*14,7*	*7,8*	*1,5*
1965	*100*	*4,4*	*53,0*	*4,0*	*40,2*	*8,8*	*17,9*	*15,2*	*8,1*	*1,5*
1966	*100*	*4,3*	*51,9*	*3,9*	*39,3*	*8,7*	*17,9*	*16,0*	*8,5*	*1,5*
1967	*100*	*4,1*	*50,7*	*3,8*	*38,9*	*8,0*	*17,8*	*17,0*	*8,9*	*1,5*
1968 A	*100*	*4,2*	*51,5*	*3,9*	*40,1*	*7,6*	*16,8*	*17,1*	*8,8*	*1,5*
1968 B	*100*	*4,4*	*50,7*	*3,8*	*39,4*	*7,5*	*16,5*	*17,6*	*9,2*	*1,6*
1969	*100*	*4,1*	*51,1*	*3,5*	*40,4*	*7,2*	*15,9*	*17,9*	*9,4*	*1,6*
1970	*100*	*3,4*	*51,7*	*3,5*	*40,2*	*8,0*	*16,0*	*17,7*	*9,7*	*1,5*
1971	*100*	*3,2*	*50,3*	*3,4*	*38,7*	*8,2*	*16,2*	*18,3*	*10,4*	*1,6*
1972	*100*	*3,1*	*49,1*	*3,3*	*37,6*	*8,2*	*16,4*	*19,1*	*10,6*	*1,7*
1973	*100*	*3,0*	*48,8*	*3,3*	*37,7*	*7,7*	*16,0*	*19,4*	*11,0*	*1,7*
1974	*100*	*2,7*	*47,7*	*3,5*	*37,2*	*7,0*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,8*
1975	*100*	*2,9*	*45,7*	*3,8*	*35,5*	*6,3*	*15,8*	*21,4*	*12,3*	*1,9*
1976	*100*	*2,9*	*46,0*	*3,9*	*35,8*	*6,3*	*16,0*	*21,3*	*11,9*	*1,9*
1977	*100*	*2,7*	*45,6*	*3,7*	*35,7*	*6,3*	*16,0*	*21,8*	*11,9*	*1,9*
1978	*100*	*2,6*	*45,2*	*3,6*	*35,3*	*6,3*	*16,1*	*22,3*	*11,9*	*1,9*
1979	*100*	*2,3*	*45,3*	*3,6*	*35,1*	*6,6*	*16,0*	*22,6*	*11,9*	*1,8*
1980	*100*	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*
1981	*100*	*2,1*	*43,1*	*3,6*	*32,9*	*6,6*	*15,9*	*24,6*	*12,3*	*1,9*
1982	*100*	*2,3*	*42,2*	*3,8*	*32,3*	*6,1*	*15,7*	*25,6*	*12,2*	*2,0*
1983	*100*	*2,0*	*42,0*	*3,8*	*32,2*	*6,0*	*15,6*	*26,4*	*12,0*	*2,0*
1984	*100*	*2,0*	*41,6*	*3,8*	*32,0*	*5,7*	*15,7*	*26,9*	*11,7*	*2,0*
1985	*100*	*1,8*	*41,8*	*3,8*	*32,8*	*5,3*	*15,5*	*27,2*	*11,6*	*2,0*
1986 [5])	*100*	*1,8*	*42,8*	*3,6*	*34,0*	*5,2*	*14,7*	*27,1*	*11,5*	*2,1*
1987 1. Hj.	*100*	*0,8*	*42,8*	*3,6*	*34,5*	*4,7*	*14,7*	*28,4*	*11,2*	*2,1*

[1]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[2]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.

Tabelle 21*

Wirtschaftsbereichen

Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [1]	Dienstleistungsunternehmen [2]	Staat	Private Haushalte [3]	Zeitraum
				Mrd DM in Preisen von 1980						
691,91	24,98	323,69	32,66	226,38	64,65	105,35	137,07	80,81	20,01	1960
724,09	22,86	340,88	32,53	240,45	67,90	110,75	144,15	85,90	19,55	1961
757,30	24,54	356,61	33,49	252,33	70,79	116,35	150,13	90,92	18,75	1962
779,10	25,30	364,00	34,22	257,44	72,34	119,70	155,90	95,07	19,13	1963
830,26	24,82	396,49	34,72	280,12	81,65	127,24	164,49	98,03	19,19	1964
875,50	23,59	421,29	34,17	302,26	84,86	134,73	173,97	102,72	19,20	1965
902,93	24,81	431,06	35,06	307,91	88,09	138,11	181,63	107,99	19,33	1966
904,31	26,90	419,33	33,14	301,90	84,29	137,83	189,18	111,07	20,00	1967
958,14	28,53	451,96	34,36	333,58	84,02	145,99	197,00	114,47	20,19	1968
1 029,81	27,75	495,72	36,71	373,14	85,87	159,86	207,98	117,95	20,55	1969
1 080,55	28,63	522,43	40,35	392,58	89,50	168,26	215,39	124,99	20,85	1970
1 109,95	28,14	531,29	39,70	396,54	95,05	173,01	225,39	130,49	21,63	1971
1 158,04	27,34	551,11	40,41	409,46	101,24	179,21	241,13	136,88	22,37	1972
1 215,13	29,41	580,77	43,65	435,54	101,58	187,06	251,51	143,29	23,09	1973
1 222,89	30,75	571,87	45,79	432,50	93,58	187,79	258,78	149,95	23,75	1974
1 200,58	29,17	543,07	42,77	412,35	87,95	184,84	264,97	154,39	24,14	1975
1 266,39	28,73	582,07	46,30	443,97	91,80	196,71	278,29	156,19	24,40	1976
1 306,16	30,42	593,75	47,05	453,12	93,58	206,31	292,90	158,15	24,63	1977
1 345,55	31,35	604,02	47,81	461,40	94,81	214,17	307,67	163,04	25,30	1978
1 404,78	29,96	632,57	50,76	482,80	99,01	223,35	324,49	168,22	26,19	1979
1 422,91	30,37	632,23	50,20	482,84	99,19	225,65	335,07	172,39	27,20	1980
1 428,51	30,55	619,16	49,24	475,52	94,40	229,76	345,03	176,37	27,64	1981
1 422,99	36,01	601,96	47,73	464,15	90,08	226,89	351,95	177,57	28,61	1982
1 444,06	32,84	609,43	48,54	469,36	91,53	231,43	362,35	178,64	29,37	1983
1 486,31	35,69	621,58	47,99	482,17	91,42	240,98	377,07	180,59	30,40	1984
1 522,69	33,76	634,85	47,87	499,06	87,92	246,40	392,90	183,13	31,65	1985 [5]
1 564,84	36,37	648,39	47,36	511,31	89,72	252,46	408,67	185,84	33,11	1986 [5]
768,56	7,69	314,79	24,42	251,41	38,96	124,63	210,09	94,18	17,18	1987 1. Hj. [5]
				Anteil in vH						
100	*3,6*	*46,8*	*4,7*	*32,7*	*9,3*	*15,2*	*19,8*	*11,7*	*2,9*	1960
100	*3,2*	*47,1*	*4,5*	*33,2*	*9,4*	*15,3*	*19,9*	*11,9*	*2,7*	1961
100	*3,2*	*47,1*	*4,4*	*33,3*	*9,3*	*15,4*	*19,8*	*12,0*	*2,5*	1962
100	*3,2*	*46,7*	*4,4*	*33,0*	*9,3*	*15,4*	*20,0*	*12,2*	*2,5*	1963
100	*3,0*	*47,8*	*4,2*	*33,7*	*9,8*	*15,3*	*19,8*	*11,8*	*2,3*	1964
100	*2,7*	*48,1*	*3,9*	*34,5*	*9,7*	*15,4*	*19,9*	*11,7*	*2,2*	1965
100	*2,7*	*47,7*	*3,9*	*34,1*	*9,8*	*15,3*	*20,1*	*12,0*	*2,1*	1966
100	*3,0*	*46,4*	*3,7*	*33,4*	*9,3*	*15,2*	*20,9*	*12,3*	*2,2*	1967
100	*3,0*	*47,2*	*3,6*	*34,8*	*8,8*	*15,2*	*20,6*	*11,9*	*2,1*	1968
100	*2,7*	*48,1*	*3,6*	*36,2*	*8,3*	*15,5*	*20,2*	*11,5*	*2,0*	1969
100	*2,6*	*48,3*	*3,7*	*36,3*	*8,3*	*15,6*	*19,9*	*11,6*	*1,9*	1970
100	*2,5*	*47,9*	*3,6*	*35,7*	*8,6*	*15,6*	*20,3*	*11,8*	*1,9*	1971
100	*2,4*	*47,6*	*3,5*	*35,4*	*8,7*	*15,5*	*20,8*	*11,8*	*1,9*	1972
100	*2,4*	*47,8*	*3,6*	*35,8*	*8,4*	*15,4*	*20,7*	*11,8*	*1,9*	1973
100	*2,5*	*46,8*	*3,7*	*35,4*	*7,7*	*15,4*	*21,2*	*12,3*	*1,9*	1974
100	*2,4*	*45,2*	*3,6*	*34,3*	*7,3*	*15,4*	*22,1*	*12,9*	*2,0*	1975
100	*2,3*	*46,0*	*3,7*	*35,1*	*7,2*	*15,5*	*22,0*	*12,3*	*1,9*	1976
100	*2,3*	*45,5*	*3,6*	*34,7*	*7,2*	*15,8*	*22,4*	*12,1*	*1,9*	1977
100	*2,3*	*44,9*	*3,6*	*34,3*	*7,0*	*15,9*	*22,9*	*12,1*	*1,9*	1978
100	*2,1*	*45,0*	*3,6*	*34,4*	*7,0*	*15,9*	*23,1*	*12,0*	*1,9*	1979
100	*2,1*	*44,4*	*3,5*	*33,9*	*7,0*	*15,9*	*23,5*	*12,1*	*1,9*	1980
100	*2,1*	*43,3*	*3,4*	*33,3*	*6,6*	*16,1*	*24,2*	*12,3*	*1,9*	1981
100	*2,5*	*42,3*	*3,4*	*32,6*	*6,3*	*15,9*	*24,7*	*12,5*	*2,0*	1982
100	*2,3*	*42,2*	*3,4*	*32,5*	*6,3*	*16,0*	*25,1*	*12,4*	*2,0*	1983
100	*2,4*	*41,8*	*3,2*	*32,4*	*6,2*	*16,2*	*25,4*	*12,2*	*2,0*	1984
100	*2,2*	*41,7*	*3,1*	*32,8*	*5,8*	*16,2*	*25,8*	*12,0*	*2,1*	1985 [5]
100	*2,3*	*41,4*	*3,0*	*32,7*	*5,7*	*16,1*	*26,1*	*11,9*	*2,1*	1986 [5]
100	*1,0*	*41,0*	*3,2*	*32,7*	*5,1*	*16,2*	*27,3*	*12,3*	*2,2*	1987 1. Hj. [5]

[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

[4]) Von 1960 bis 1968 A Bruttowertschöpfung einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 B Bruttowertschöpfung frei von Umsatzsteuer.

[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 22*

Bruttowertschöpfung, Brutto

Mrd

Zeitraum	Bruttowertschöpfung, bereinigt[1]	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer[2]	Einfuhrabgaben[3]	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern[4]	Subventionen	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen[5]										
1960	297,00	—	5,71	302,71	+0,29	303,00	23,63	279,37	41,78	2,52	240,11
1961	325,49	—	6,22	331,71	−0,31	331,40	27,12	304,28	46,19	2,66	260,75
1962	353,45	—	7,33	360,78	−0,28	360,50	31,23	329,27	50,06	2,90	282,11
1963	374,29	—	8,08	382,37	−0,27	382,10	34,99	347,11	52,79	3,48	297,80
1964	412,01	—	8,17	420,18	−0,58	419,60	38,96	380,64	57,48	4,09	327,25
1965	450,29	—	8,88	459,17	−0,97	458,20	43,31	414,89	62,19	5,75	358,45
1966	479,53	—	8,70	488,23	−0,83	487,40	47,77	439,63	65,50	5,65	379,78
1967	485,34	—	9,01	494,35	−0,65	493,70	50,52	443,18	67,99	5,55	380,74
1968 A	520,23	—	13,05	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	69,63	7,67	418,09
1968 B	496,22	30,99	6,07	533,28	+0,42	533,70	53,65	480,05	74,94	12,98	418,09
1969	552,48	37,62	6,85	596,95	+0,85	597,80	58,20	539,60	88,28	11,62	462,94
1970	627,97	39,91	7,42	675,30	+0,40	675,70	68,03	607,67	89,05	11,78	530,40
1971	697,54	45,04	7,98	750,56	+1,24	751,80	77,53	674,27	98,69	12,61	588,19
1972	765,49	49,38	8,87	823,74	+1,36	825,10	85,36	739,74	110,18	15,78	645,34
1973	855,63	52,26	9,38	917,27	+1,63	918,90	94,59	824,31	121,07	18,65	721,89
1974	921,26	54,43	8,89	984,58	+1,02	985,60	106,46	879,14	125,04	18,86	772,96
1975	959,32	57,31	10,27	1 026,90	+2,50	1 029,40	115,94	913,46	130,28	20,39	803,57
1976	1 048,28	61,81	11,63	1 121,72	+4,48	1 126,20	124,26	1 001,94	141,92	22,13	882,15
1977	1 119,69	65,70	12,43	1 197,82	+1,38	1 199,20	132,96	1 066,24	152,52	24,61	938,33
1978	1 196,06	76,24	13,02	1 285,32	+6,28	1 291,60	143,47	1 148,13	167,56	29,67	1 010,24
1979	1 292,58	87,02	12,70	1 392,30	+4,30	1 396,60	156,64	1 239,96	183,16	31,12	1 087,92
1980	1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	193,39	30,53	1 148,60
1981	1 426,07	100,78	14,08	1 540,93	+4,17	1 545,10	188,64	1 356,46	198,34	29,13	1 187,25
1982	1 481,73	101,38	14,81	1 597,92	−0,82	1 597,10	201,11	1 395,99	201,89	29,42	1 223,52
1983	1 549,28	109,35	16,21	1 674,84	+5,56	1 680,40	211,43	1 468,97	214,51	31,78	1 286,24
1984	1 623,39	115,97	16,48	1 755,84	+14,06	1 769,90	221,98	1 547,92	226,20	36,21	1 357,93
1985 [6]	1 698,79	116,64	16,42	1 831,85	+13,05	1 844,90	231,45	1 613,45	230,28	37,62	1 420,79
1986 [6]	1 801,87	118,10	16,98	1 936,95	+11,05	1 948,00	239,65	1 708,35	236,35	40,65	1 512,65
1981 1. Hj.	679,32	50,66	6,61	736,59	+1,91	738,50	92,66	645,84	95,47	13,59	563,96
2. Hj.	746,75	50,12	7,47	804,34	+2,26	806,60	95,98	710,62	102,87	15,54	623,29
1982 1. Hj.	713,53	51,34	7,03	771,90	−2,10	769,80	99,58	670,22	98,11	12,36	584,47
2. Hj.	768,20	50,04	7,78	826,02	+1,28	827,30	101,53	725,77	103,78	17,06	639,05
1983 1. Hj.	741,46	53,04	7,68	802,18	+1,82	804,00	104,27	699,73	101,26	14,09	612,56
2. Hj.	807,82	56,31	8,53	872,66	+3,74	876,40	107,16	769,24	113,25	17,69	673,68
1984 1. Hj.	775,75	57,66	7,91	841,32	+5,78	847,10	109,76	737,34	108,52	15,79	644,61
2. Hj.	847,64	58,31	8,57	914,52	+8,28	922,80	112,22	810,58	117,68	20,42	713,32
1985 1. Hj. [6]	806,21	57,74	7,77	871,72	+5,78	877,50	114,86	762,64	109,78	16,43	669,29
2. Hj. [6]	892,58	58,90	8,65	960,13	+7,27	967,40	116,59	850,81	120,50	21,19	751,50
1986 1. Hj. [6]	857,16	58,16	8,05	923,37	+3,93	927,30	118,88	808,42	112,15	17,47	713,74
2. Hj. [6]	944,71	59,94	8,93	1 013,58	+7,12	1 020,70	120,77	899,93	124,20	23,18	798,91
1987 1. Hj. [6]	892,90	61,82	8,65	963,37	+4,73	968,10	123,16	844,94	117,27	19,91	747,58

[1] Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

[2] Kassenaufkommen an Steuern vom Umsatz sowie einbehaltene Umsatzsteuer aufgrund von gesetzlichen Sonderregelungen (u. a. nach dem Berlinförderungsgesetz, für Lieferungen aus der DDR [§ 26 Abs. 4 UStG] für die Landwirtschaft [§ 24 UStG von 1967], für die Besteuerung von Kleinunternehmern [§ 19 UStG von 1979] sowie 1968 einmalig für die Entlastung der Altvorräte [§ 28 UStG von 1967]).

Tabelle 22*

inlandsprodukt, Sozialprodukt

DM

Bruttowertschöpfung bereinigt [1])	Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer [2])	Einfuhrabgaben [3])	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Zeitraum
				in Preisen von 1980				
679,26	45,24	4,44	728,94	+2,76	731,70	55,60	676,10	1960
710,03	47,94	4,75	762,72	+0,98	763,70	60,87	702,83	1961
742,18	50,95	5,69	798,82	+0,98	799,80	66,49	733,31	1962
762,77	52,96	5,22	820,95	+0,85	821,80	72,17	749,63	1963
812,42	56,78	6,49	875,69	+0,01	875,70	77,97	797,73	1964
856,16	60,19	7,35	923,70	−1,00	922,70	84,09	838,61	1965
882,09	61,89	6,89	950,87	−0,77	950,10	90,15	859,95	1966
881,54	61,69	6,51	949,74	−0,34	949,40	95,47	853,93	1967
932,05	63,98	6,51	1 002,54	+1,66	1 004,20	100,34	903,86	1968
1 001,02	69,05	7,28	1 077,35	+2,25	1 079,60	105,88	973,72	1969
1 050,43	74,06	8,33	1 132,82	+1,18	1 134,00	112,64	1 021,36	1970
1 078,41	78,02	9,17	1 165,60	+2,40	1 168,00	120,20	1 047,80	1971
1 122,82	81,57	10,31	1 214,70	+2,30	1 217,00	127,76	1 089,24	1972
1 178,42	82,62	10,61	1 271,65	+2,45	1 274,10	135,03	1 139,07	1973
1 185,19	81,15	8,76	1 275,10	+1,40	1 276,50	141,16	1 135,34	1974
1 161,80	82,65	10,38	1 254,83	+3,17	1 258,00	146,09	1 111,91	1975
1 224,85	85,87	12,02	1 322,74	+5,46	1 328,20	150,80	1 177,40	1976
1 260,70	88,59	12,50	1 361,79	+1,61	1 363,40	155,75	1 207,65	1977
1 296,02	91,87	13,01	1 400,90	+7,00	1 407,90	161,11	1 246,79	1978
1 351,74	95,04	12,26	1 459,04	+4,56	1 463,60	167,16	1 296,44	1979
1 368,97	96,49	13,48	1 478,94	+6,26	1 485,20	173,74	1 311,46	1980
1 372,94	95,01	13,44	1 481,39	+3,91	1 485,30	179,98	1 305,32	1981
1 365,84	92,61	13,38	1 471,83	−0,83	1 471,00	185,22	1 285,78	1982
1 384,91	94,42	14,59	1 493,92	+4,98	1 498,90	190,81	1 308,09	1983
1 425,75	95,23	15,01	1 535,99	+12,11	1 548,10	196,08	1 352,02	1984
1 459,36	92,97	15,68	1 568,01	+10,99	1 579,00	200,84	1 378,16	1985 [6])
1 497,56	94,00	16,94	1 608,50	+9,20	1 617,70	205,60	1 412,10	1986 [6])
668,60	48,80	6,54	723,94	+1,86	725,80	89,27	636,53	1981 1. Hj.
704,34	46,21	6,90	757,45	+2,05	759,50	90,71	668,79	2. Hj.
670,15	47,52	6,59	724,26	−1,96	722,30	91,98	630,32	1982 1. Hj.
695,69	45,09	6,79	747,57	+1,13	748,70	93,24	655,46	2. Hj.
672,97	47,99	7,16	728,12	+1,68	729,80	94,75	635,05	1983 1. Hj.
711,94	46,43	7,43	765,80	+3,30	769,10	96,06	673,04	2. Hj.
691,29	47,73	7,33	746,35	+5,05	751,40	97,41	653,99	1984 1. Hj.
734,46	47,50	7,68	789,64	+7,06	796,70	98,67	698,03	2. Hj.
704,64	46,34	7,60	758,58	+4,92	763,50	99,82	663,68	1985 1. Hj. [6])
754,72	46,63	8,08	809,43	+6,07	815,50	101,02	714,48	2. Hj. [6])
725,23	46,58	8,10	779,91	+3,29	783,20	102,17	681,03	1986 1. Hj. [6])
772,33	47,42	8,84	828,59	+5,91	834,50	103,43	731,07	2. Hj. [6])
733,22	49,36	8,76	791,34	+3,86	795,20	104,77	690,43	1987 1. Hj. [6])

[3]) Einfuhrzölle, Verbrauchsteuern auf Einfuhren, Abschöpfungsbeträge und Währungsausgleichsbeträge auf eingeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, jedoch ohne Einfuhrumsatzsteuer.

[4]) Produktionssteuern, nichtabzugsfähige Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben.

[5]) Von 1960 bis 1968 A Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben einschließlich (kumulativer) Umsatzsteuer, ab 1968 B Bruttowertschöpfung und Einfuhrabgaben frei von Umsatzsteuer.

[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 23*

Vierteljahresergebnisse der Sozialproduktsberechnung
Entstehung des Sozialprodukts
Mrd DM

Vierteljahr[1]	Bruttoinlandsprodukt[2]	Bruttowertschöpfung		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr[4]	Dienstleistungsunternehmen[5]	Staat, private Haushalte[6]	Nachrichtlich
		bereinigt[3]	unbereinigt						unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
	In jeweiligen Preisen								
1982 1. Vj.	379,98	350,13	367,58	3,30	159,65	58,40	96,13	50,10	17,45
2. Vj.	391,92	363,40	381,55	4,01	167,96	59,97	98,66	50,95	18,15
3. Vj.	400,98	373,52	392,24	18,21	160,17	59,87	100,79	53,20	18,72
4. Vj.	425,04	394,68	413,83	10,82	169,20	65,49	102,11	66,21	19,15
1983 1. Vj.	394,26	362,98	382,73	3,46	162,49	60,49	103,87	52,42	19,75
2. Vj.	407,92	378,48	398,93	2,82	173,09	63,63	107,09	52,30	20,45
3. Vj.	420,13	389,30	410,08	17,19	166,29	62,10	109,02	55,48	20,78
4. Vj.	452,53	418,52	439,26	8,75	183,19	68,64	110,46	68,22	20,74
1984 1. Vj.	420,59	386,70	407,53	3,36	173,98	64,90	111,40	53,89	20,83
2. Vj.	420,73	389,05	410,10	3,70	171,64	66,58	114,00	54,18	21,05
3. Vj.	441,80	409,72	430,84	18,46	174,67	65,72	116,34	55,65	21,12
4. Vj.	472,72	437,92	458,99	9,13	190,26	71,36	117,67	70,57	21,07
1985 1. Vj.	429,00	395,45	416,49	3,10	174,08	65,66	117,28	56,37	21,04
2. Vj.	442,72	410,76	431,81	3,32	183,48	68,61	119,79	56,61	21,05
3. Vj.	466,06	434,24	455,30	16,20	188,42	69,06	123,51	58,11	21,06
4. Vj.	494,07	458,34	479,43	9,30	199,77	73,00	124,72	72,64	21,09
1986 1. Vj.	448,73	415,07	436,17	3,20	185,74	65,32	123,20	58,71	21,10
2. Vj.	474,64	442,09	463,21	4,03	203,64	69,51	125,82	60,21	21,12
3. Vj.	490,92	458,34	479,48	16,43	202,87	68,36	130,30	61,52	21,14
4. Vj.	522,66	486,37	507,54	10,42	215,14	74,09	131,47	76,42	21,17
1987 1. Vj.	472,78	436,61	457,84	2,95	195,65	67,21	131,70	60,33	21,23
2. Vj.	490,59	456,29	477,62	4,30	204,93	70,37	133,93	64,09	21,33
	In Preisen von 1980								
1982 1. Vj.	358,89	330,69	345,08	3,04	148,36	55,24	87,05	51,39	14,39
2. Vj.	365,37	339,46	353,58	3,85	153,80	56,32	88,04	51,57	14,12
3. Vj.	369,28	344,22	358,53	17,44	145,82	55,08	88,58	51,61	14,31
4. Vj.	378,29	351,47	365,80	11,68	153,98	60,25	88,28	51,61	14,33
1983 1. Vj.	359,35	330,73	345,37	3,65	145,14	55,21	89,46	51,91	14,64
2. Vj.	368,77	342,24	357,02	3,39	152,96	57,76	90,86	52,05	14,78
3. Vj.	375,20	348,93	363,72	15,65	148,87	56,39	90,76	52,05	14,79
4. Vj.	390,60	363,01	377,95	10,15	162,46	62,07	91,27	52,00	14,94
1984 1. Vj.	374,30	345,66	360,71	3,89	153,08	58,17	92,94	52,63	15,05
2. Vj.	372,05	345,63	360,69	3,98	150,49	59,39	94,05	52,78	15,06
3. Vj.	388,51	361,39	376,66	17,87	151,93	59,19	94,89	52,78	15,27
4. Vj.	401,13	373,07	388,25	9,95	166,08	64,23	95,19	52,80	15,18
1985 1. Vj.	374,71	346,90	362,69	3,28	150,47	58,60	96,79	53,55	15,79
2. Vj.	383,87	357,74	373,54	3,54	157,81	60,68	97,81	53,70	15,80
3. Vj.	400,44	374,04	389,95	17,46	158,35	61,50	98,92	53,72	15,91
4. Vj.	408,99	380,68	396,51	9,48	168,22	65,62	99,38	53,81	15,83
1986 1. Vj.	380,79	352,91	369,46	3,02	151,67	59,68	100,54	54,55	16,55
2. Vj.	399,12	372,32	389,19	4,34	164,69	63,58	101,85	54,73	16,87
3. Vj.	409,11	381,93	399,00	17,46	161,19	62,33	103,24	54,78	17,07
4. Vj.	419,48	390,40	407,19	11,55	170,84	66,87	103,04	54,89	16,79
1987 1. Vj.	389,16	359,03	376,60	3,13	152,90	60,48	104,50	55,59	17,57
2. Vj.	402,18	374,19	391,96	4,56	161,89	64,15	105,59	55,77	17,77

[1]) Ab 1985 vorläufige Ergebnisse.
[2]) Bereinigte Bruttowertschöpfung zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben.
[3]) Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.
[4]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[5]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Tabelle 24*

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd DM

Zeitraum	Volks-ein-kommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte[4]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit = unverteilte Gewinne[5]	des Staates[6]
		brutto[1]	netto[2]	brutto	netto[3]			
1960	240,11	144,39	104,89	95,72	75,44	81,05	12,60	2,07
1961	260,75	162,81	117,36	97,94	75,12	82,26	13,18	2,50
1962	282,11	180,13	129,26	101,98	77,01	87,09	12,47	2,42
1963	297,80	193,15	138,06	104,65	78,52	88,85	13,19	2,61
1964	327,25	211,17	151,16	116,08	88,14	98,70	14,74	2,64
1965	358,45	234,13	168,32	124,32	96,73	105,72	16,01	2,59
1966	379,78	252,06	178,28	127,72	99,11	110,12	15,30	2,30
1967	380,74	251.84	177,45	128,90	99,81	112,98	14,33	1,59
1968	418,09	270,38	187,05	147,71	116,11	126,89	18,75	2,07
1969	462,94	304,07	206,54	158,87	123,36	133,89	22,88	2,10
1970	530,40	360,64	238,60	169,76	137,28	151,97	15,58	2,21
1971	588,19	409,11	265,22	179,08	144,07	160,06	17,09	1,93
1972	645,34	450,26	290,66	195,08	157,20	171,77	23,06	0,25
1973	721,89	510,93	316,70	210,96	163,29	179,13	31,20	0,63
1974	772,96	563,12	342,40	209,84	161,97	186,63	24,60	− 1,39
1975	803,57	587,20	355,41	216,37	170,65	197,52	23,18	− 4,33
1976	882,15	631,29	369,75	250,86	196,92	225,61	32,07	− 6,82
1977	938,33	676,03	392,51	262,30	195,79	238,75	32,99	− 9,44
1978	1 010,24	721,64	422,36	288,60	222,85	252,66	44,75	− 8,81
1979	1 087,92	777,85	456,08	310,07	244,01	267,50	51,55	− 8,98
1980	1 148,60	844,41	487,19	304,19	242,10	270,25	45,74	−11,80
1981	1 187,25	882,95	505,81	304,30	245,27	268,40	50,61	−14,71
1982	1 223,52	902,52	510,84	321,00	259,36	286,22	48,61	−13,83
1983	1 286,24	920,91	513,41	365,33	305,30	321,60	63,09	−19,36
1984	1 357,93	954,00	523,41	403,93	340,05	352,02	72,62	−20,71
1985 [7]	1 420,79	990,76	535,94	430,03	358,25	372,76	77,70	−20,43
1986 [7]	1 512,65	1 040,64	564,51	472,01	398,88	494,76		−22,75
1981 1. Hj.	563,96	416,67	240,51	147,29	118,21	155,98		− 8,69
2. Hj.	623,29	466,28	265,30	157,01	127,06	163,03		− 6,02
1982 1. Hj.	584,47	427,43	243,69	157,04	127,67	161,30		− 4,26
2. Hj.	639,05	475,09	267,15	163,96	131,69	173,53		− 9,57
1983 1. Hj.	612,56	432,87	243,56	179,69	151,46	186,74		− 7,05
2. Hj.	673,68	488,04	269,85	185,64	153,84	197,95		−12,31
1984 1. Hj.	644,61	448,99	248,83	195,62	165,32	207,39		−11,77
2. Hj.	713,32	505,01	274,58	208,31	174,73	217,25		− 8,94
1985 1. Hj. [7]	669,29	464,86	254,22	204,43	170,54	216,94		−12,51
2. Hj. [7]	751,50	525,90	281,72	225,60	187,71	233,52		− 7,92
1986 1. Hj. [7]	713,74	488,20	267,50	225,54	189,82	237,31		−11,77
2. Hj. [7]	798,91	552,44	297,01	246,47	209,06	257,45		−10,98
1987 1. Hj. [7]	747,58	507,01	274,69	240,57	208,10	255,63		−15,06

[1]) Bruttolohn- und -gehaltssumme zuzüglich tatsächlicher und unterstellter Sozialbeiträge der Arbeitgeber.
[2]) Bruttolohn- und -gehaltssumme abzüglich Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und Sozialbeiträge der Arbeitnehmer.
[3]) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzüglich öffentlicher Abgaben auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (direkte Steuern vor Abzug der Investitionszulage [ab 1969], Lastenausgleichsabgaben, Pflichtbeiträge der Selbständigen; rückzahlbarer Konjunkturzuschlag [1970/71]) zuzüglich „Sonstige Zu- und Absetzungen" (Saldo der Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen der Unternehmen, der Schadenversicherungstransaktionen sowie den übrigen laufenden Übertragungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit).
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden; einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[5]) Vor der Umverteilung.
[6]) Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 25*

Verwendung des Volkseinkommens

Mrd DM

Jahr	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen [1]	Davon								Nachrichtlich	Volkseinkommen [5]
		Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Nettoinvestitionen [2]			Außenbeitrag [3]				
				zusammen	davon Unternehmen [4]	davon Staat	zusammen	davon Waren- und Dienstleistungsumsätze	davon Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt	Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	
1960	279,37	171,84	40,45	59,15	50,55	8,60	7,93	7,64	0,29	39.26	240,11
1961	304,28	188,33	45,78	63,04	52,84	10,20	7,13	7,44	−0,31	43,53	260,75
1962	329,27	204,79	52,83	67,35	54,47	12,88	4,30	4,58	−0,28	47,16	282,11
1963	347,11	216,79	59,39	65,32	49,78	15,54	5,61	5,88	−0,27	49,31	297,80
1964	380,64	233,50	62,10	79,14	60,00	19,14	5,90	6,48	−0,58	53,39	327,25
1965	414,89	257,62	69,65	87,29	68,37	18,92	0,33	1,30	−0,97	56,44	358,45
1966	439,63	275,06	75,45	81,70	62,65	19,05	7,42	8,25	−0,83	59,85	379,78
1967	443,18	282,63	80,05	63,16	46,56	16,60	17,34	17,99	−0,65	62,44	380,74
1968	480,05	300,74	82,73	76,84	58,64	18,20	19,74	19,32	0,42	61,96	418,09
1969	539,60	330,90	93,12	98,00	77,01	20,99	17,58	16,73	0,85	76,66	462,94
1970	607,67	368,85	106,47	118,22	90,20	28,02	14,13	13,73	0,40	77,27	530,40
1971	674,27	409,44	126,82	123,08	92,96	30,12	14,93	13,69	1,24	86,08	588,19
1972	739,74	452,10	141,13	128,61	98,93	29,68	17,90	16,54	1,36	94,40	645,34
1973	824,31	495,36	163,16	137,17	106,69	30,48	28,62	26,99	1.63	102,42	721,89
1974	879,14	533,74	190,21	111,25	76,34	34,91	43,94	42,92	1,02	106,18	772,96
1975	913,46	585,33	210,01	88,07	53,44	34,63	30,05	27,55	2,50	109,89	803,57
1976	1 001,94	632,51	221,73	118,59	85,29	33,30	29,11	24,63	4,48	119,79	882,15
1977	1 066,24	683,16	234,96	118,97	86,40	32,57	29,15	27,77	1,38	127,91	938,33
1978	1 148,13	728,90	252,86	128,89	93,57	35,32	37,48	31,20	6,28	137,89	1 010,24
1979	1 239,96	785,02	273,34	170,28	130,81	39,47	11,32	7,02	4,30	152,04	1 087,92
1980	1 311,46	840,78	297,79	175,86	131,76	44,10	−2,97	−9,23	6,26	162,86	1 148,60
1981	1 356,46	887,85	318,16	135,20	95,66	39,54	15,25	11,08	4,17	169,21	1 187,25
1982	1 395,99	918,05	326,19	114,28	80,29	33,99	37,47	38,29	−0,82	172,47	1 223,52
1983	1 468,97	964,16	336,21	130,59	100,77	29,82	38,01	32,45	5,56	182,73	1 286,24
1984	1 547,92	1 003,57	350,23	139,25	110,09	29,16	54,87	40,81	14,06	189,99	1 357,93
1985 [6]	1 613,45	1 042,56	365,55	128,15	98,60	29,55	77,19	64,14	13,05	192,66	1 420,79
1986 [6]	1 708,35	1 081,86	381,71	134,20	101,22	32,98	110,58	99,53	11,05	195,70	1 512,65

[1] Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen abzüglich Abschreibungen.
[2] Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen + Vorratsveränderung) abzüglich Abschreibungen.
[3] Ausfuhr minus Einfuhr in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5] Nettosozialprodukt zu Faktorkosten.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 26*

Volkseinkommen, Produktivität und Lohnkosten

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Netto- lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]		Produktivität[2]		Lohnstückkosten[3]
	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	DM	1980 = 100	1980 = 100
1960	4 332	23,2	6 148	20,5	5 178	24,5	27 968	49,7	39,1
1961	4 641	24,9	6 775	22,6	5 661	26,7	28 862	51,3	41,7
1962	4 963	26,6	7 395	24,7	6 146	29,0	30 124	53,5	43,6
1963	5 189	27,8	7 850	26,2	6 494	30,7	30 885	54,9	45,1
1964	5 645	30,3	8 556	28,5	7 036	33,2	32 916	58,5	45,8
1965	6 115	32,8	9 336	31,1	7 736	36,5	34 524	61,3	47,8
1966	6 421	34,4	10 014	33,4	8 191	38,7	35 649	63,3	49,9
1967	6 422	34,4	10 349	34,5	8 428	39,8	36 806	65,4	49,9
1968	7 027	37,7	10 988	36,6	8 830	41,7	38 819	69,0	50,5
1969	7 707	41,3	12 003	40,0	9 495	44,8	41 076	73,0	52,2
1970	8 745	46,9	13 841	46,1	10 726	50,7	42 651	75,8	58,3
1971	9 598	51,4	15 403	51,4	11 732	55,4	43 621	77,5	63,7
1972	10 464	56,1	16 821	56,1	12 842	60,7	45 561	81,0	67,0
1973	11 648	62,4	18 711	62,4	13 826	65,3	47 363	84,2	72,3
1974	12 456	66,8	20 742	69,2	15 124	71,4	48 122	85,5	79,3
1975	12 997	69,7	22 071	73,6	16 145	76,2	48 739	86,6	84,0
1976	14 337	76,8	23 618	78,7	16 854	79,6	51 811	92,1	85,2
1977	15 282	81,9	25 237	84,1	17 818	84,2	53 424	94,9	88,1
1978	16 473	88,3	26 596	88,7	18 971	89,6	54 629	97,1	91,0
1979	17 730	95,0	28 106	93,7	20 124	95,0	56 128	99,7	93,8
1980	18 656	100	29 995	100	21 174	100	56 281	100	100
1981	19 248	103,2	31 457	104,9	22 118	104,5	56 776	100,9	104,3
1982	19 850	106,4	32 750	109,2	22 769	107,5	57 379	102,0	107,5
1983	20 941	112,2	33 811	112,7	23 277	109,9	59 137	105,1	108,2
1984	22 197	119,0	34 821	116,1	23 687	111,9	60 752	107,9	108,9
1985 [4]	23 282	124,8	35 844	119,5	24 061	113,6	61 607	109,5	110,7
1986 [4]	24 771	132,8	37 217	124,1	25 061	118,4	62 583	111,2	113,2
1981 1. Hj.	9 147	98,1	14 834	98,9	10 533	99,5	27 773	98,7	100,8
2. Hj.	10 101	108,3	16 621	110,8	11 584	109,4	29 001	103,1	107,6
1982 1. Hj.	9 476	101,6	15 496	103,3	10 871	102,7	28 253	100,4	103,5
2. Hj.	10 374	111,2	17 253	115,0	11 897	112,4	29 126	103,5	111,4
1983 1. Hj.	9 964	106,8	15 947	106,3	11 099	104,8	28 949	102,9	104,4
2. Hj.	10 978	117,7	17 854	119,0	12 172	115,0	30 183	107,3	111,7
1984 1. Hj.	10 525	112,8	16 513	110,1	11 348	107,2	29 718	105,6	105,6
2. Hj.	11 674	125,2	18 295	122,0	12 331	116,5	31 025	110,3	112,0
1985 1. Hj. [4]	10 968	117,6	16 969	113,1	11 519	108,8	30 048	106,8	107,5
2. Hj. [4]	12 314	132,0	18 857	125,7	12 533	118,4	31 547	112,1	113,7
1986 1. Hj. [4]	11 697	125,4	17 626	117,5	11 992	113,3	30 605	108,8	109,7
2. Hj. [4]	13 073	140,1	19 572	130,5	13 059	123,4	31 966	113,6	116,5
1987 1. Hj. [4]	...	...	18 142	121,0	12 205	115,3	30 806	109,5	112,1

[1]) Arbeitnehmer, die ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben (Inländerkonzept).
[2]) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[3]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 27 *

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Wirtschaftsbereichen [1])

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [2])	Dienstleistungsunternehmen [3])	Staat	Private Haushalte [4])
			zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	Mrd DM									
1960	143,16	2,69	81,67	6,99	62,04	12,64	23,41	10,20	20,44	4,75
1961	161,64	2,70	92,99	7,44	70,66	14,89	25,77	11,77	23,44	4,97
1962	178,84	2,85	103,47	7,85	78,58	17,04	28,40	13,53	25,59	5,00
1963	191,86	2,94	108,60	7,99	82,07	18,54	31,44	15,13	28,38	5,37
1964	209,93	3,05	119,19	8,02	89,28	21,89	34,45	16,59	30,99	5,66
1965	232,96	3,15	132,03	8,83	99,78	23,42	37,99	18,37	35,27	6,15
1966	250,83	3,30	139,87	9,00	105,78	25,09	41,52	20,15	39,39	6,60
1967	250,35	3,06	134,21	8,70	102,46	23,05	42,46	21,84	41,78	7,00
1968	268,84	2,95	145,78	8,66	112,76	24,36	44,83	23,41	44,51	7,36
1969	302,62	3,13	165,29	9,40	129,56	26,33	49,59	25,97	50,45	8,19
1970	359,29	3,53	199,40	11,27	155,61	32,52	57,65	30,47	59,20	9,04
1971	407,77	3,76	219,77	12,66	169,51	37,60	67,17	35,60	70,76	10,71
1972	449,12	3,80	238,66	13,35	182,11	43,20	75,37	39,73	79,52	12,04
1973	509,87	4,01	267,55	14,75	205,74	47,06	86,21	45,52	92,60	13,98
1974	562,05	4,35	287,56	16,93	223,79	46,84	94,28	52,26	107,66	15,94
1975	585,93	4,57	291,28	18,63	227,44	45,21	98,47	57,16	117,02	17,43
1976	630,02	4,95	314,63	19,69	247,04	47,90	105,51	63,05	123,43	18,45
1977	674,70	5,43	336,67	21,08	266,51	49,08	112,65	68,43	131,76	19,76
1978	720,24	5,88	358,50	22,09	283,68	52,73	120,71	73,69	140,52	20,94
1979	776,39	6,49	387,28	24,05	304,65	58,58	128,86	80,71	150,54	22,51
1980	842,84	6,93	419,09	26,10	328,56	64,43	140,90	88,66	162,66	24,60
1981	881,20	7,20	432,15	27,75	339,09	65,31	147,16	95,59	173,00	26,10
1982	900,37	7,63	436,05	28,51	341,88	65,66	150,00	100,77	178,07	27,85
1983	917,57	8,02	438,85	28,92	343,52	66,41	152,39	105,21	183,59	29,51
1984	950,49	8,51	454,41	29,37	356,74	68,30	158,24	111,14	187,23	30,96
1985 [5])	986,94	8,74	469,96	30,23	375,96	63,77	163,33	117,90	193,96	33,05
1986 [5])	1 036,51	8,88	494,11	31,22	397,23	65,66	169,21	124,78	203,57	35,96
	Anteil in vH									
1960	*100*	*1,9*	*57,0*	*4,9*	*43,3*	*8,8*	*16,4*	*7,1*	*14,3*	*3,3*
1961	*100*	*1,7*	*57,5*	*4,6*	*43,7*	*9,2*	*15,9*	*7,3*	*14,5*	*3,1*
1962	*100*	*1,6*	*57,9*	*4,4*	*43,9*	*9,5*	*15,9*	*7,6*	*14,3*	*2,8*
1963	*100*	*1,5*	*56,6*	*4,2*	*42,8*	*9,7*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,8*
1964	*100*	*1,5*	*56,8*	*3,8*	*42,5*	*10,4*	*16,4*	*7,9*	*14,8*	*2,7*
1965	*100*	*1,4*	*56,7*	*3,8*	*42,8*	*10,1*	*16,3*	*7,9*	*15,1*	*2,6*
1966	*100*	*1,3*	*55,8*	*3,6*	*42,2*	*10,0*	*16,6*	*8,0*	*15,7*	*2,6*
1967	*100*	*1,2*	*53,6*	*3,5*	*40,9*	*9,2*	*17,0*	*8,7*	*16,7*	*2,8*
1968	*100*	*1,1*	*54,2*	*3,2*	*41,9*	*9,1*	*16,7*	*8,7*	*16,6*	*2,7*
1969	*100*	*1,0*	*54,6*	*3,1*	*42,8*	*8,7*	*16,4*	*8,6*	*16,7*	*2,7*
1970	*100*	*1,0*	*55,5*	*3,1*	*43,3*	*9,1*	*16,0*	*8,5*	*16,5*	*2,5*
1971	*100*	*0,9*	*53,9*	*3,1*	*41,6*	*9,2*	*16,5*	*8,7*	*17,4*	*2,6*
1972	*100*	*0,8*	*53,1*	*3,0*	*40,5*	*9,6*	*16,8*	*8,8*	*17,7*	*2,7*
1973	*100*	*0,8*	*52,5*	*2,9*	*40,4*	*9,2*	*16,9*	*8,9*	*18,2*	*2,7*
1974	*100*	*0,8*	*51,2*	*3,0*	*39,8*	*8,3*	*16,8*	*9,3*	*19,2*	*2,8*
1975	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,2*	*38,8*	*7,7*	*16,8*	*9,8*	*20,0*	*3,0*
1976	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,6*	*16,7*	*10,0*	*19,6*	*2,9*
1977	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,5*	*7,3*	*16,7*	*10,1*	*19,5*	*2,9*
1978	*100*	*0,8*	*49,8*	*3,1*	*39,4*	*7,3*	*16,8*	*10,2*	*19,5*	*2,9*
1979	*100*	*0,8*	*49,9*	*3,1*	*39,2*	*7,5*	*16,6*	*10,4*	*19,4*	*2,9*
1980	*100*	*0,8*	*49,7*	*3,1*	*39,0*	*7,6*	*16,7*	*10,5*	*19,3*	*2,9*
1981	*100*	*0,8*	*49,0*	*3,1*	*38,5*	*7,4*	*16,7*	*10,8*	*19,6*	*3,0*
1982	*100*	*0,8*	*48,4*	*3,2*	*38,0*	*7,3*	*16,7*	*11,2*	*19,8*	*3,1*
1983	*100*	*0,9*	*47,8*	*3,2*	*37,4*	*7,2*	*16,6*	*11,5*	*20,0*	*3,2*
1984	*100*	*0,9*	*47,8*	*3,1*	*37,5*	*7,2*	*16,6*	*11,7*	*19,7*	*3,3*
1985 [5])	*100*	*0,9*	*47,6*	*3,1*	*38,1*	*6,5*	*16,5*	*11,9*	*19,7*	*3,3*
1986 [5])	*100*	*0,9*	*47,7*	*3,0*	*38,3*	*6,3*	*16,3*	*12,0*	*19,6*	*3,5*

[1]) Inlandskonzept.
[2]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[3]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Produktivität und Lohnstückkosten nach Wirtschaftsbereichen Tabelle 28*

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Staat	Private Haushalte[5]
	Produktivität[1] (DM)									
1960	26 062	6 976	25 901	43 722	23 522	30 409	22 137	57 982	38 518	26 191
1961	26 869	6 628	26 621	45 055	24 276	31 175	23 035	59 913	38 555	26 781
1962	27 988	7 421	27 606	47 980	25 365	31 158	24 179	61 053	38 722	27 819
1963	28 696	8 047	28 158	51 459	26 049	30 408	24 706	61 354	38 899	28 132
1964	30 538	8 268	30 532	53 089	28 338	33 367	26 415	63 510	38 594	28 685
1965	32 000	8 202	32 018	52 977	30 049	34 580	28 121	65 600	39 087	29 538
1966	33 071	8 892	33 115	55 828	30 936	36 162	28 773	66 800	39 908	30 156
1967	34 163	10 197	34 234	56 942	32 056	37 479	29 269	68 198	39 996	30 441
1968	36 090	11 308	36 685	62 815	35 158	36 770	31 115	69 440	40 838	31 014
1969	38 166	11 587	38 950	68 108	37 756	37 254	33 912	72 140	41 256	31 615
1970	39 549	12 657	40 227	73 230	38 804	38 594	35 386	73 437	41 971	32 326
1971	40 358	13 187	41 067	72 182	39 524	40 378	35 533	74 806	42 026	32 624
1972	42 115	13 548	43 408	76 102	41 680	43 246	36 241	78 723	42 001	32 897
1973	43 891	15 286	45 647	84 757	44 168	43 281	37 300	80 535	42 557	33 128
1974	44 729	16 694	46 452	88 569	44 968	43 006	37 800	81 608	42 929	33 357
1975	45 125	16 452	46 776	83 210	45 283	44 196	38 056	82 545	43 174	33 528
1976	47 977	17 081	51 077	91 321	49 800	46 505	40 752	85 208	42 968	33 702
1977	49 459	19 144	52 258	93 353	50 810	48 237	42 582	88 596	43 210	33 832
1978	50 539	20 410	53 049	96 391	51 738	48 078	43 959	91 596	43 524	33 960
1979	52 000	20 230	54 977	102 339	53 908	48 203	45 387	93 405	43 762	34 057
1980	52 096	21 134	54 568	100 200	53 679	47 459	45 366	93 543	44 169	34 171
1981	52 619	21 697	54 657	96 929	54 166	46 252	46 491	94 762	44 448	34 335
1982	53 247	25 814	55 130	93 957	54 812	46 361	46 859	95 978	44 437	34 387
1983	54 822	23 609	57 859	96 693	57 696	48 275	48 630	97 932	44 372	34 431
1984	56 392	25 938	59 555	97 343	59 845	48 447	50 499	99 860	44 712	34 428
1985 } [6]	57 338	24 824	60 874	97 694	61 302	48 899	51 613	101 237	44 786	34 440
1986 } [6]	58 266	27 061	61 704	96 851	61 864	51 152	52 849	102 836	44 911	34 454
	Lohnstückkosten[2] (1980 = 100)									
1960	38,8	58,4	39,1	41,2	41,7	30,3	39,8	32,9	26,8	26,2
1961	41,5	67,1	42,1	44,1	44,5	33,9	41,4	35,8	28,9	28,1
1962	43,5	67,9	44,6	45,1	47,0	37,0	42,9	38,9	29,8	29,5
1963	45,0	67,0	45,8	45,0	48,0	39,2	45,9	41,4	31,6	31,0
1964	45,7	70,4	46,0	44,5	47,8	40,9	46,9	42,4	33,5	32,6
1965	47,8	77,4	47,8	49,8	49,4	42,1	48,6	44,0	36,4	35,4
1966	49,7	77,1	49,5	49,5	51,3	43,5	51,6	46,0	38,7	37,8
1967	49,7	68,9	49,0	50,6	50,8	42,2	53,0	47,7	39,9	38,7
1968	50,2	64,3	49,3	48,6	50,5	44,6	52,6	48,9	41,2	40,3
1969	52,0	67,7	50,7	49,3	51,6	47,2	52,7	51,0	45,3	44,1
1970	58,2	70,4	57,9	53,8	58,7	55,9	57,7	57,4	50,2	47,9
1971	63,7	75,2	62,6	61,4	63,1	60,7	64,1	63,0	57,5	54,7
1972	67,1	79,7	65,6	63,7	65,7	65,6	69,1	65,7	61,6	59,5
1973	72,2	78,1	69,7	65,1	69,7	71,2	75,4	71,9	68,5	66,9
1974	79,0	82,2	76,1	71,3	76,3	77,4	82,3	79,5	76,1	74,2
1975	83,9	89,9	81,3	83,8	81,3	80,2	87,1	84,4	80,3	79,8
1976	85,2	95,4	81,8	81,8	82,0	81,3	87,5	87,5	83,8	83,6
1977	88,1	91,8	85,8	86,2	86,7	81,6	88,5	89,6	88,3	88,7
1978	91,1	90,8	89,7	88,9	90,4	86,3	91,1	91,4	91,3	91,5
1979	93,7	97,4	92,5	91,1	92,8	91,3	93,0	94,5	94,8	95,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,2	102,0	105,3	108,4	104,8	106,6	102,5	104,5	104,0	104,4
1982	107,2	90,5	109,5	114,9	108,4	113,0	106,1	108,3	106,3	107,6
1983	108,0	102,3	109,0	114,6	107,9	112,2	106,2	110,0	108,9	111,1
1984	108,6	96,9	110,6	117,7	109,1	115,2	106,0	111,6	109,9	112,6
1985 } [6]	110,1	104,0	112,0	121,5	111,0	112,5	107,1	113,4	112,2	115,5
1986 } [6]	112,5	98,1	115,2	126,8	114,4	113,7	108,3	115,1	116,1	120,1

[1]) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[2]) Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
Lohnkosten je Produkteinheit berechnet als: $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[3]) Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4]) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer), sonstige Dienstleistungsunternehmen.
[5]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 29*

Einkommen und Einkommens

Mrd

Zeitraum	Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt[2]	Erwerbseinkommen: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Erwerbseinkommen: Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit[2]	Vermögenseinkommen	Zinsen auf Konsumentenschulden	Empfangene[3] laufende Übertragungen	Geleistete[4] laufende Übertragungen	Verfügbares Einkommen insgesamt[2]
1960	226,35	144,39	76,40	5,56	0,91	44,42	59,48	210,38
1961	246,16	162,81	77,30	6,05	1,09	48,64	68,91	224,80
1962	268,68	180,13	81,79	6,54	1,24	53,35	77,55	243,02
1963	283,35	193,15	82,72	7,48	1,35	57,39	84,42	254,97
1964	311,44	211,17	91,96	8,31	1,57	62,63	91,66	280,84
1965	341,56	234,13	97,63	9,80	1,71	70,38	100,20	310,03
1966	363,95	252,06	99,98	11,91	1,77	77,09	111,58	327,69
1967	366,71	251,84	102,03	12,84	1,89	85,55	114,47	335,90
1968	399,22	270,38	114,51	14,33	1,95	90,34	125,60	362,01
1969	440,38	304,07	118,89	17,42	2,42	98,12	144,11	391,97
1970	515,95	360,64	131,93	23,38	3,34	108,47	174,88	446,20
1971	573,33	409,11	138,56	25,66	4,16	122,40	205,28	486,29
1972	626,87	450,26	147,63	28,98	4,84	139,82	230,26	531,59
1973	696,35	510,93	148,35	37,07	6,29	156,48	276,45	570,09
1974	757,04	563,12	152,47	41,45	7,29	179,25	309,93	619,07
1975	791,48	587,20	160,41	43,87	6,76	219,11	326,44	677,39
1976	863,52	631,29	186,81	45,42	6,62	236,93	367,18	726,65
1977	921,83	676,03	197,03	48,77	7,05	251,83	395,15	771,46
1978	981,95	721,64	210,63	49,68	7,65	265,80	415,50	824,60
1979	1 054,98	777,85	219,31	57,82	9,63	284,05	444,77	884,63
1980	1 128,51	844,41	210,39	73,71	13,85	303,57	484,70	933,53
1981	1 168,82	882,95	197,13	88,74	17,47	329,48	511,05	969,78
1982	1 208,18	902,52	206,65	99,01	19,44	348,25	530,71	1 006,28
1983	1 260,55	920,91	246,22	93,42	18,04	355,00	545,36	1 052,15
1984	1 323,97	954,00	266,80	103,17	17,95	362,98	574,96	1 094,04
1985 [6]	1 381,85	990,76	282,37	108,72	18,33	374,49	605,67	1 132,34
1986 [6]	...	1 040,64	...	...	18,18	389,09	633,14	...
1981 1. Hj.	577,09	416,67		160,42	8,30	162,81	240,40	491,20
2. Hj.	647,64	466,28		181,36	9,17	166,67	270,65	534,49
1982 1. Hj.	597,69	427,43		170,26	9,69	173,28	250,55	510,73
2. Hj.	656,64	475,09		181,55	9,75	174,97	280,16	541,70
1983 1. Hj.	609,69	432,87		176,82	9,11	176,56	255,88	521,26
2. Hj.	680,29	488,04		192,25	8,93	178,44	289,48	560,32
1984 1. Hj.	646,00	448,99		197,01	8,92	180,91	269,91	548,08
2. Hj.	716,53	505,01		211,52	9,03	182,07	305,05	584,52
1985 1. Hj. [6]	674,27	464,86		209,41	9,13	186,40	283,58	567,96
2. Hj. [6]	751,58	525,90		225,68	9,20	188,09	322,09	608,38
1986 1. Hj. [6]	707,23	488,20		219,03	9,12	192,34	296,78	593,67
2. Hj. [6]	785,89	552,44		233,45	9,06	196,75	336,36	637,22
1987 1. Hj. [6]	730,85	507,01		223,84	8,79	201,64	310,32	613,38

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[2]) Für Halbjahre: Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
[3]) Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Schadenversicherungsleistungen, übrige laufende Übertragungen.

Tabelle 29*

verwendung der privaten Haushalte [1])

DM

Privater Verbrauch	Ersparnis insgesamt	Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Sparquote [5]) (vH)	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo	Zeitraum
171,84	38,54	22,42	16,12	*8,6*	3,01	3,02	16,11	1960
188,33	36,47	17,71	18,76	*9,1*	4,05	3,72	19,09	1961
204,79	38,23	18,92	19,31	*8,6*	4,52	4,51	19,32	1962
216,79	38,18	14,39	23,79	*9,9*	4,11	4,90	23,00	1963
233,50	47,34	17,67	29,67	*11,3*	4,58	5,86	28,39	1964
257,62	52,41	16,59	35,82	*12,2*	5,23	6,61	34,44	1965
275,06	52,63	16,56	36,07	*11,6*	5,25	7,41	33,91	1966
282,63	53,27	17,77	35,50	*11,2*	5,38	8,95	31,93	1967
300,74	61,27	18,14	43,13	*12,5*	5,75	10,24	38,64	1968
330,90	61,07	10,43	50,64	*13,3*	5,86	11,04	45,46	1969
368,85	77,35	18,23	59,12	*13,8*	8,26	12,71	54,67	1970
409,44	76,85	12,93	63,92	*13,5*	11,14	15,05	60,01	1971
452,10	79,49	3,40	76,09	*14,4*	12,58	19,07	69,60	1972
495,36	74,73	− 5,10	79,83	*13,9*	12,67	20,22	72,28	1973
533,74	85,33	− 5,68	91,01	*14,6*	15,90	23,67	83,24	1974
585,33	92,06	−11,86	103,92	*15,1*	17,66	25,36	96,22	1975
632,51	94,14	− 2,95	97,09	*13,3*	19,09	28,93	87,25	1976
683,16	88,30	− 6,40	94,70	*12,2*	19,27	30,56	83,41	1977
728,90	95,70	− 4,08	99,78	*12,0*	19,46	33,20	86,04	1978
785,02	99,61	−13,43	113,04	*12,6*	19,78	35,09	97,73	1979
840,78	92,75	−30,49	123,24	*12,8*	21,66	36,99	107,91	1980
887,85	81,93	−55,91	137,84	*13,4*	21,91	38,08	121,67	1981
918,05	88,23	−46,15	134,38	*12,8*	19,76	37,52	116,62	1982
964,16	87,99	−29,43	117,42	*10,9*	22,26	39,12	100,56	1983
1 003,57	90,47	−38,56	129,03	*11,4*	23,03	41,55	110,51	1984
1 042,56	89,78	−44,00	133,78	*11,4*	22,12	42,04	113,86	1985 [6])
1 081,86	...	...	149,03	*12,1*	21,93	43,78	127,18	1986 [6])
423,30	.	.	67,90	*13,8*	10,56	18,43	60,03	1981 1. Hj.
464,55	.	.	69,94	*13,1*	11,35	19,65	61,64	2. Hj.
442,58	.	.	68,15	*13,3*	9,36	18,54	58,97	1982 1. Hj.
475,47	.	.	66,23	*12,2*	10,40	18,98	57,65	2. Hj.
464,40	.	.	56,86	*10,9*	10,88	19,18	48,56	1983 1. Hj.
499,76	.	.	60,56	*10,8*	11,38	19,94	52,00	2. Hj.
485,83	.	.	62,25	*11,4*	11,35	20,32	53,28	1984 1. Hj.
517,74	.	.	66,78	*11,4*	11,68	21,23	57,23	2. Hj.
500,10	.	.	67,86	*11,9*	10,78	20,74	57,90	1985 1. Hj. [6])
542,46	.	.	65,92	*10,8*	11,34	21,30	55,96	2. Hj. [6])
521,80	.	.	71,87	*12,1*	10,70	21,32	61,25	1986 1. Hj. [6])
560,06	.	.	77,16	*12,1*	11,23	22,46	65,93	2. Hj. [6])
535,52	.	.	77,86	*12,7*	10,68	22,88	65,66	1987 1. Hj. [6])

[4]) Direkte Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen, Nettoprämien für Schadenversicherungen, übrige laufende Übertragungen.
[5]) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (jeweils ohne nichtentnommene Gewinne).
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 30*

Verwendung des

Zeitraum	Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen zu-sammen	Aus-rüstungen	Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außen-beitrag [2]
	Mrd DM in jeweiligen Preisen									
1960	303,00	171,84	40,45	73,58	27,14	46,44	+ 9,20	60,68	52,75	+ 7,93
1961	331,40	188,33	45,78	83,46	31,32	52,14	+ 6,70	63,20	56,07	+ 7,13
1962	360,50	204,79	52,83	92,88	34,98	57,90	+ 5,70	66,26	61,96	+ 4,30
1963	382,10	216,79	59,39	97,71	35,64	62,07	+ 2,60	72,03	66,42	+ 5,61
1964	419,60	233,50	62,10	111,70	39,21	72,49	+ 6,40	79,86	73,96	+ 5,90
1965	458,20	257,62	69,65	119,90	43,35	76,55	+10,70	87,19	86,86	+ 0,33
1966	487,40	275,06	75,45	124,17	43,98	80,19	+ 5,30	98,42	91,00	+ 7,42
1967	493,70	282,63	80,05	114,18	41,07	73,11	− 0,50	106,41	89,07	+ 17,34
1968	533,70	300,74	82,73	119,39	43,14	76,25	+11,10	120,21	100,47	+ 19,74
1969	597,80	330,90	93,12	138,90	53,59	85,31	+17,30	137,34	119,76	+ 17,58
1970	675,70	368,85	106,47	172,05	65,88	106,17	+14,20	152,93	138,80	+ 14,13
1971	751,80	409,44	126,82	196,11	72,66	123,45	+ 4,50	169,75	154,82	+ 14,93
1972	825,10	452,10	141,13	209,17	72,74	136,43	+ 4,80	185,13	167,23	+ 17,90
1973	918,90	495,36	163,16	219,26	75,27	143,99	+12,50	217,06	188,44	+ 28,62
1974	985,60	533,74	190,21	212,71	72,36	140,35	+ 5,00	278,98	235,04	+ 43,94
1975	1 029,40	585,33	210,01	209,41	78,05	131,36	− 5,40	271,23	241,18	+ 30,05
1976	1 126,20	632,51	221,73	225,65	86,08	139,57	+17,20	309,03	279,92	+ 29,11
1977	1 199,20	683,16	234,96	242,43	95,32	147,11	+ 9,50	325,83	296,68	+ 29,15
1978	1 291,60	728,90	252,86	265,96	105,75	160,21	+ 6,40	344,70	307,22	+ 37,48
1979	1 396,60	785,02	273,34	303,42	118,97	184,45	+23,50	377,42	366,10	+ 11,32
1980	1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97
1981	1 545,10	887,85	318,16	335,24	127,65	207,59	−11,40	482,11	466,86	+ 15,25
1982	1 597,10	918,05	326,19	326,89	124,90	201,99	−11,50	517,54	480,07	+ 37,47
1983	1 680,40	964,16	336,21	343,82	135,60	208,22	− 1,80	524,83	486,82	+ 38,01
1984	1 769,90	1 003,57	350,23	354,63	137,58	217,05	+ 6,60	590,78	535,91	+ 54,87
1985	1 844,90	1 042,56	365,55	360,80	153,85	206,95	− 1,20	650,20	573,01	+ 77,19
1986 [3]	1 948,00	1 081,86	381,71	376,75	161,38	215,37	− 2,90	639,78	529,20	+110,58
1987 1. Hj. [3]	968,10	535,52	183,51	172,94	76,87	96,07	22,40	309,73	256,00	+ 53,73
	Anteil in vH									
1960	*100*	*56,7*	*13,3*	*24,3*	*9,0*	*15,3*	*+3,0*	*20,0*	*17,4*	*+2,6*
1961	*100*	*56,8*	*13,8*	*25,2*	*9,5*	*15,7*	*+2,0*	*19,1*	*16,9*	*+2,2*
1962	*100*	*56,8*	*14,7*	*25,8*	*9,7*	*16,1*	*+1,6*	*18,4*	*17,2*	*+1,2*
1963	*100*	*56,7*	*15,5*	*25,6*	*9,3*	*16,2*	*+0,7*	*18,9*	*17,4*	*+1,5*
1964	*100*	*55,6*	*14,8*	*26,6*	*9,3*	*17,3*	*+1,5*	*19,0*	*17,6*	*+1,4*
1965	*100*	*56,2*	*15,2*	*26,2*	*9,5*	*16,7*	*+2,3*	*19,0*	*19,0*	*+0,1*
1966	*100*	*56,4*	*15,5*	*25,5*	*9,0*	*16,5*	*+1,1*	*20,2*	*18,7*	*+1,5*
1967	*100*	*57,2*	*16,2*	*23,1*	*8,3*	*14,8*	*−0,1*	*21,6*	*18,0*	*+3,5*
1968	*100*	*56,4*	*15,5*	*22,4*	*8,1*	*14,3*	*+2,1*	*22,5*	*18,8*	*+3,7*
1969	*100*	*55,4*	*15,6*	*23,2*	*9,0*	*14,3*	*+2,9*	*23,0*	*20,0*	*+2,9*
1970	*100*	*54,6*	*15,8*	*25,5*	*9,7*	*15,7*	*+2,1*	*22,6*	*20,5*	*+2,1*
1971	*100*	*54,5*	*16,9*	*26,1*	*9,7*	*16,4*	*+0,6*	*22,6*	*20,6*	*+2,0*
1972	*100*	*54,8*	*17,1*	*25,4*	*8,8*	*16,5*	*+0,6*	*22,4*	*20,3*	*+2,2*
1973	*100*	*53,9*	*17,8*	*23,9*	*8,2*	*15,7*	*+1,4*	*23,6*	*20,5*	*+3,1*
1974	*100*	*54,2*	*19,3*	*21,6*	*7,3*	*14,2*	*+0,5*	*28,3*	*23,8*	*+4,5*
1975	*100*	*56,9*	*20,4*	*20,3*	*7,6*	*12,8*	*−0,5*	*26,3*	*23,4*	*+2,9*
1976	*100*	*56,2*	*19,7*	*20,0*	*7,6*	*12,4*	*+1,5*	*27,4*	*24,9*	*+2,6*
1977	*100*	*57,0*	*19,6*	*20,2*	*7,9*	*12,3*	*+0,8*	*27,2*	*24,7*	*+2,4*
1978	*100*	*56,4*	*19,6*	*20,6*	*8,2*	*12,4*	*+0,5*	*26,7*	*23,8*	*+2,9*
1979	*100*	*56,2*	*19,6*	*21,7*	*8,5*	*13,2*	*+1,7*	*27,0*	*26,2*	*+0,8*
1980	*100*	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	*+0,9*	*28,4*	*28,6*	*−0,2*
1981	*100*	*57,5*	*20,6*	*21,7*	*8,3*	*13,4*	*−0,7*	*31,2*	*30,2*	*+1,0*
1982	*100*	*57,5*	*20,4*	*20,5*	*7,8*	*12,6*	*−0,7*	*32,4*	*30,1*	*+2,3*
1983	*100*	*57,4*	*20,0*	*20,5*	*8,1*	*12,4*	*− 0,1*	*31,2*	*29,0*	*+2,3*
1984	*100*	*56,7*	*19,8*	*20,0*	*7,8*	*12,3*	*+0,4*	*33,4*	*30,3*	*+3,1*
1985	*100*	*56,5*	*19,8*	*19,6*	*8,3*	*11,2*	*−0,1*	*35,2*	*31,1*	*+4,2*
1986 [3]	*100*	*55,5*	*19,6*	*19,3*	*8,3*	*11,1*	*−0,1*	*32,8*	*27,2*	*+5,7*
1987 1. Hj. [3]	*100*	*55,3*	*19,0*	*17,9*	*7,9*	*9,9*	*+2,3*	*32,0*	*26,4*	*+5,6*

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 30*

Sozialprodukts

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen zu-sammen	Anlageinvestitionen Aus-rüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorrats-ver-änderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außen-beitrag [2]	Zeitraum
				Mrd DM in Preisen von 1980						
731,70	370,62	137,53	189,87	53,49	136,38	+16,90	120,89	104,11	+16,78	1960
763,70	392,71	145,93	202,52	59,76	142,76	+10,80	124,88	113,14	+11,74	1961
799,80	414,25	159,72	210,54	64,22	146,32	+10,20	129,65	124,56	+ 5,09	1962
821,80	425,84	169,43	213,46	64,45	149,01	+ 4,30	139,16	130,39	+ 8,77	1963
875,70	448,22	172,51	237,78	69,48	168,30	+ 9,70	150,08	142,59	+ 7,49	1964
922,70	479,02	180,96	248,89	74,84	174,05	+17,10	159,33	162,60	− 3,27	1965
950,10	493,66	186,71	251,92	73,50	178,42	+ 9,70	175,03	166,92	+ 8,11	1966
949,40	498,87	193,53	234,54	67,42	167,12	− 0,80	188,62	165,36	+23,26	1967
1 004,20	522,51	194,43	242,97	72,12	170,85	+17,00	212,69	185,40	+27,29	1968
1 079,60	564,14	203,02	266,84	87,75	179,09	+28,00	233,39	215,79	+17,60	1969
1 134,00	606,81	211,92	291,91	101,98	189,93	+24,40	248,43	249,47	− 1,04	1970
1 168,00	638,14	222,76	309,61	106,74	202,87	+ 7,30	264,56	274,37	− 9,81	1971
1 217,00	666,60	232,13	317,88	104,25	213,63	+ 8,30	281,97	289,88	− 7,91	1972
1 274,10	686,98	243,65	316,81	103,71	213,10	+18,40	310,55	302,29	+ 8,26	1973
1 276,50	691,49	253,39	286,43	92,24	194,19	+ 6,30	347,98	309,09	+38,89	1974
1 258,00	713,88	262,81	271,27	91,88	179,39	− 7,50	324,64	307,10	+17,54	1975
1 328,20	740,35	266,78	280,99	97,32	183,67	+22,80	356,67	339,39	+17,28	1976
1 363,40	771,83	270,43	291,05	104,92	186,13	+13,20	368,49	351,60	+16,89	1977
1 407,90	801,45	280,81	304,69	113,28	191,41	+ 8,30	383,71	371,06	+12,65	1978
1 463,60	830,41	290,32	326,72	124,15	202,57	+25,10	400,99	409,94	− 8,95	1979
1 485,20	840,78	297,79	335,80	127,34	208,46	+13,80	422,30	425,27	− 2,97	1980
1 485,30	836,38	303,29	319,69	121,81	197,88	−10,70	456,73	420,09	+36,64	1981
1 471,00	825,23	300,74	302,88	113,59	189,29	− 9,60	471,45	419,70	+51,75	1982
1 498,90	839,60	301,44	312,44	119,90	192,54	− 1,50	469,01	422,09	+46,92	1983
1 548,10	852,29	308,82	314,90	119,36	195,54	+ 5,50	511,11	444,52	+66,59	1984
1 579,00	867,50	315,30	315,08	130,53	184,55	− 1,40	548,04	465,52	+82,52	1985
1 617,70	904,50	322,40	324,89	135,85	189,04	+ 0,40	547,21	481,70	+65,51	1986 } [3]
795,20	445,70	159,12	147,50	64,61	82,89	+19,80	268,12	245,04	+23,08	1987 1. Hj.
				Anteil in vH						
100	*50,7*	*18,8*	*25,9*	*7,3*	*18,6*	*+2,3*	*16,5*	*14,2*	*+2,3*	1960
100	*51,4*	*19,1*	*26,5*	*7,8*	*18,7*	*+1,4*	*16,4*	*14,8*	*+1,5*	1961
100	*51,8*	*20,0*	*26,3*	*8,0*	*18,3*	*+1,3*	*16,2*	*15,6*	*+0,6*	1962
100	*51,8*	*20,6*	*26,0*	*7,8*	*18,1*	*+0,5*	*16,9*	*15,9*	*+1,1*	1963
100	*51,2*	*19,7*	*27,2*	*7,9*	*19,2*	*+1,1*	*17,1*	*16,3*	*+0,9*	1964
100	*51,9*	*19,6*	*27,0*	*8,1*	*18,9*	*+1,9*	*17,3*	*17,6*	*−0,4*	1965
100	*52,0*	*19,7*	*26,5*	*7,7*	*18,8*	*+1,0*	*18,4*	*17,6*	*+0,9*	1966
100	*52,5*	*20,4*	*24,7*	*7,1*	*17,6*	*−0,1*	*19,9*	*17,4*	*+2,4*	1967
100	*52,0*	*19,4*	*24,2*	*7,2*	*17,0*	*+1,7*	*21,2*	*18,5*	*+2,7*	1968
100	*52,3*	*18,8*	*24,7*	*8,1*	*16,6*	*+2,6*	*21,6*	*20,0*	*+1,6*	1969
100	*53,5*	*18,7*	*25,7*	*9,0*	*16,7*	*+2,2*	*21,9*	*22,0*	*−0,1*	1970
100	*54,6*	*19,1*	*26,5*	*9,1*	*17,4*	*+0,6*	*22,7*	*23,5*	*−0,8*	1971
100	*54,8*	*19,1*	*26,1*	*8,6*	*17,6*	*+0,7*	*23,2*	*23,8*	*−0,6*	1972
100	*53,9*	*19,1*	*24,9*	*8,1*	*16,7*	*+1,4*	*24,4*	*23,7*	*+0,6*	1973
100	*54,2*	*19,9*	*22,4*	*7,2*	*15,2*	*+0,5*	*27,3*	*24,2*	*+3,0*	1974
100	*56,7*	*20,9*	*21,6*	*7,3*	*14,3*	*−0,6*	*25,8*	*24,4*	*+1,4*	1975
100	*55,7*	*20,1*	*21,2*	*7,3*	*13,8*	*+1,7*	*26,9*	*25,6*	*+1,3*	1976
100	*56,6*	*19,8*	*21,3*	*7,7*	*13,7*	*+1,0*	*27,0*	*25,8*	*+1,2*	1977
100	*56,9*	*19,9*	*21,6*	*8,0*	*13,6*	*+0,6*	*27,3*	*26,4*	*+0,9*	1978
100	*56,7*	*19,8*	*22,3*	*8,5*	*13,8*	*+1,7*	*27,4*	*28,0*	*−0,6*	1979
100	*56,6*	*20,1*	*22,6*	*8,6*	*14,0*	*+0,9*	*28,4*	*28,6*	*−0,2*	1980
100	*56,3*	*20,4*	*21,5*	*8,2*	*13,3*	*−0,7*	*30,8*	*28,3*	*+2,5*	1981
100	*56,1*	*20,4*	*20,6*	*7,7*	*12,9*	*−0,7*	*32,0*	*28,5*	*+3,5*	1982
100	*56,0*	*20,1*	*20,8*	*8,0*	*12,8*	*−0,1*	*31,3*	*28,2*	*+3,1*	1983
100	*55,1*	*19,9*	*20,3*	*7,7*	*12,6*	*+0,4*	*33,0*	*28,7*	*+4,3*	1984
100	*54,9*	*20,0*	*20,0*	*8,3*	*11,7*	*−0,1*	*34,7*	*29,5*	*+5,2*	1985
100	*55,9*	*19,9*	*20,1*	*8,4*	*11,7*	*+0,0*	*33,8*	*29,8*	*+4,0*	1986 } [3]
100	*56,0*	*20,0*	*18,5*	*8,1*	*10,4*	*+2,5*	*33,7*	*30,8*	*+2,9*	1987 1. Hj.

[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Zeitraum	Insgesamt	Ausrüstungen [1] zusammen	Ausrüstungen [1] Unternehmen [3]	Ausrüstungen [1] Staat	Bauten [2] zusammen	Bauten [2] Unternehmen [3] zusammen	Bauten [2] Unternehmen [3] darunter Wohnbauten	Bauten [2] Staat	Vorratsveränderung
	in jeweiligen Preisen								
1960	82,78	27,14	26,23	0,91	46,44	37,63	21,62	8,81	+ 9,20
1961	90,16	31,32	30,29	1,03	52,14	41,73	23,93	10,41	+ 6,70
1962	98,58	34,98	33,76	1,22	57,90	44,84	26,12	13,06	+ 5,70
1963	100,31	35,64	34,24	1,40	62,07	46,36	27,44	15,71	+ 2,60
1964	118,10	39,21	37,74	1,47	72,49	53,08	31,92	19,41	+ 6,40
1965	130,60	43,35	41,70	1,65	76,55	57,34	34,51	19,21	+10,70
1966	129,47	43,98	42,35	1,63	80,19	60,62	36,90	19,57	+ 5,30
1967	113,68	41,07	39,50	1,57	73,11	55,81	36,25	17,30	− 0,50
1968	130,49	43,14	41,63	1,51	76,25	57,08	37,07	19,17	+11,10
1969	156,20	53,59	51,87	1,72	85,31	63,30	39,02	22,01	+17,30
1970	186,25	65,88	63,69	2,19	106,17	77,27	45,44	28,90	+14,20
1971	200,61	72,66	69,99	2,67	123,45	92,45	55,34	31,00	+ 4,50
1972	213,97	72,74	69,85	2,89	136,43	105,47	66,19	30,96	+ 4,80
1973	231,76	75,27	72,00	3,27	143,99	112,13	71,58	31,86	+12,50
1974	217,71	72,36	68,63	3,73	140,35	104,05	64,88	36,30	+ 5,00
1975	204,01	78,05	74,35	3,70	131,36	95,33	59,11	36,03	− 5,40
1976	242,85	86,08	82,51	3,57	139,57	103,85	64,78	35,72	+17,20
1977	251,93	95,32	91,35	3,97	147,11	112,04	70,29	35,07	+ 9,50
1978	272,36	105,75	101,33	4,42	160,21	122,05	76,84	38,16	+ 6,40
1979	326,92	118,97	114,01	4,96	184,45	141,60	89,31	42,85	+23,50
1980	349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80
1981	323,84	127,65	122,55	5,10	207,59	162,87	101,27	44,72	−11,40
1982	315,39	124,90	120,23	4,67	201,99	161,40	99,17	40,59	−11,50
1983	342,02	135,60	130,94	4,66	208,22	171,11	106,79	37,11	− 1,80
1984	361,23	137,58	132,47	5,11	217,05	180,42	112,43	36,63	+ 6,60
1985 [4]	359,60	153,85	147,84	6,01	206,95	170,32	102,55	36,63	− 1,20
1986 [4]	373,85	161,38	154,76	6,62	215,37	175,41	102,92	39,96	− 2,90
1981 1. Hj.	166,24	59,19	57,20	1,99	99,05	78,08	48,87	20,97	+ 8,00
2. Hj.	157,60	68,46	65,35	3,11	108,54	84,79	52,40	23,75	−19,40
1982 1. Hj.	158,66	57,17	55,33	1,84	94,79	76,32	46,76	18,47	+ 6,70
2. Hj.	156,73	67,73	64,90	2,83	107,20	85,08	52,41	22,12	−18,20
1983 1. Hj.	162,51	60,35	58,63	1,72	95,86	79,29	49,42	16,57	+ 6,30
2. Hj.	179,51	75,25	72,31	2,94	112,36	91,82	57,37	20,54	− 8,10
1984 1. Hj.	178,73	58,88	56,97	1,91	102,25	86,18	54,27	16,07	+17,60
2. Hj.	182,50	78,70	75,50	3,20	114,80	94,24	58,16	20,56	−11,00
1985 1. Hj. [4]	175,83	68,62	66,35	2,27	93,51	78,03	47,55	15,48	+13,70
2. Hj. [4]	183,77	85,23	81,49	3,74	113,44	92,29	55,00	21,15	−14,90
1986 1. Hj. [4]	179,71	74,28	71,98	2,30	96,23	79,38	46,78	16,85	+ 9,20
2. Hj. [4]	194,14	87,10	82,78	4,32	119,14	96,03	56,14	23,11	−12,10
1987 1. Hj. [4]	195,34	76,87	74,41	2,46	96,07	79,36	45,93	16,71	−22,40

[1] Käufe von neuen Ausrüstungen (einschließlich selbsterstellter Ausrüstungen) sowie von gebrauchten Ausrüstungen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen einschließlich Anlageschrott.

[2] Käufe von neuen Bauten (einschließlich selbsterstellter Bauten) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von Land.

Tabelle 31*

Bruttoinvestitionen

Mrd DM

Insgesamt	Ausrüstungen [1] zusammen	Ausrüstungen [1] Unternehmen [3]	Ausrüstungen [1] Staat	Bauten [2] zusammen	Bauten [2] Unternehmen [3] zusammen	Bauten [2] Unternehmen [3] darunter Wohnbauten	Bauten [2] Staat	Vorratsveränderung	Zeitraum
in Preisen von 1980									
206,77	53,49	51,88	1,61	136,38	113,30	71,31	23,08	+16,90	1960
213,32	59,76	57,95	1,81	142,76	117,18	73,34	25,58	+10,80	1961
220,74	64,22	62,08	2,14	146,32	116,70	73,80	29,62	+10,20	1962
217,76	64,45	62,02	2,43	149,01	114,87	73,52	34,14	+ 4,30	1963
247,48	69,48	66,95	2,53	168,30	126,46	81,81	41,84	+ 9,70	1964
265,99	74,84	72,02	2,82	174,05	131,99	85,02	42,06	+17,10	1965
261,62	73,50	70,77	2,73	178,42	135,91	88,20	42,51	+ 9,70	1966
233,74	67,42	64,85	2,57	167,12	128,34	88,08	38,78	− 0,80	1967
259,97	72,12	69,64	2,48	170,85	129,38	87,18	41,47	+17,00	1968
294,84	87,75	85,03	2,72	179,09	134,13	86,16	44,96	+28,00	1969
316,31	101,98	98,72	3,26	189,93	139,39	85,41	50,54	+24,40	1970
316,91	106,74	102,97	3,77	202,87	152,69	94,48	50,18	+ 7,30	1971
326,18	104,25	100,26	3,99	213,63	165,19	106,33	48,44	+ 8,30	1972
335,21	103,71	99,35	4,36	213,10	165,41	107,46	47,69	+18,40	1973
292,73	92,24	87,55	4,69	194,19	143,45	91,50	50,74	+ 6,30	1974
263,77	91,88	87,48	4,40	179,39	129,90	81,77	49,49	− 7,50	1975
303,79	97,32	93,18	4,13	183,67	135,80	85,50	47,87	+22,80	1976
304,25	104,92	100,48	4,44	186,13	140,73	88,50	45,40	+13,20	1977
312,99	113,28	108,50	4,78	191,41	144,99	91,39	46,42	+ 8,30	1978
351,82	124,15	118,95	5,20	202,57	155,20	98,04	47,37	+25,10	1979
349,60	127,34	121,88	5,46	208,46	160,83	100,57	47,63	+13,80	1980
308,99	121,81	116,92	4,89	197,88	154,81	95,99	43,07	−10,70	1981
293,28	113,59	109,29	4,30	189,29	150,10	91,42	39,19	− 9,60	1982
310,94	119,90	115,74	4,16	192,54	156,96	96,45	35,58	− 1,50	1983
320,40	119,36	114,92	4,44	195,54	161,07	98,41	34,47	+ 5,50	1984
313,68	130,53	125,45	5,08	184,55	150,40	88,53	34,15	− 1,40	1985 [4]
325,29	135,85	130,31	5,54	189,04	152,48	87,55	36,56	+ 0,40	1986 [4]
162,05	57,08	55,17	1,91	95,17	74,89	46,77	20,28	+ 9,80	1981 1. Hj.
146,94	64,73	61,75	2,98	102,71	79,92	49,22	22,79	−20,50	2. Hj.
147,84	52,27	50,58	1,69	88,77	71,01	43,22	17,76	+ 6,80	1982 1. Hj.
145,44	61,32	58,71	2,61	100,52	79,09	48,20	21,43	−16,40	2. Hj.
149,71	53,71	52,16	1,55	89,30	73,32	45,06	15,98	+ 6,70	1983 1. Hj.
161,23	66,19	63,58	2,61	103,24	83,64	51,39	19,60	− 8,20	2. Hj.
160,07	51,43	49,77	1,66	92,34	77,21	47,71	15,13	+16,30	1984 1. Hj.
160,33	67,93	65,15	2,78	103,20	83,86	50,70	19,34	−10,80	2. Hj.
154,49	58,31	56,40	1,91	83,48	69,04	41,14	14,44	+12,70	1985 1. Hj. [4]
159,19	72,22	69,05	3,17	101,07	81,36	47,39	19,71	−14,10	2. Hj. [4]
157,84	62,60	60,68	1,92	84,64	69,21	39,93	15,43	+10,60	1986 1. Hj. [4]
167,45	73,25	69,63	3,62	104,40	83,27	47,62	21,13	−10,20	2. Hj. [4]
167,30	64,61	62,58	2,03	82,89	67,87	38,37	15,02	−19,80	1987 1. Hj. [4]

[3]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32*

Anlageinvestitionen

Mrd

In jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche[1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Wohnungsvermietung[5]	Staat[6]
					Neue Ausrüstungen					
1960	28,01	3,10	15,91	2,64	11,43	1,84	6,22	1,59		1,19
1961	32,29	3,70	18,47	2,86	13,37	2,24	6.98	1,79		1,35
1962	35,99	3,71	20,68	3,40	14,89	2,39	8,19	1,81		1,60
1963	36,68	3,43	20,42	3,30	14,64	2,48	8,98	2,02		1,83
1964	40,40	4,06	23,09	3,73	16,72	2,64	8,96	2,35		1,94
1965	44,58	4,74	25,48	3,65	19,28	2,55	9,21	2,99		2,16
1966	45,23	4,46	25,37	3,34	19,97	2,06	9,60	3,67		2,13
1967	42,34	3,36	23,65	3,65	17,86	2,14	9,19	4,08		2,06
1968	44,48	3,10	24,79	3,21	19,20	2,38	10,03	4,53		2,03
1969	55,32	4,09	31,71	3,27	25,21	3,23	11,19	6,01		2,32
1970	67,92	4,44	39,51	4,34	31,36	3,81	13,62	7,39		2,96
1971	74,99	4,12	43,41	6,10	33,08	4,23	16,03	7,89		3,54
1972	75,39	4,37	42,44	7,12	30,98	4,34	16,47	8,30		3,81
1973	77,85	5,32	40,89	7,43	29,74	3,72	17,01	10,42		4,21
1974	75,53	4,88	40,37	8,64	29,29	2,44	16,37	9,25		4,66
1975	81,39	5,46	42,91	9,52	30,56	2,83	15,98	12,50		4,54
1976	89,22	6,21	45,82	8,57	34,05	3,20	17,33	15,40		4,46
1977	98,47	7,17	47,17	7,36	36,23	3,58	19,28	19,91		4,94
1978	109,07	7,70	50,55	7,74	38,37	4,44	20,81	24,55		5,46
1979	122,20	8,02	56,23	7,58	43,09	5,56	21,59	30,26		6,10
1980	130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67
1981	132,71	6,95	62,42	9,73	48,58	4,11	24,15	32,87		6,32
1982	129,58	7,15	62,94	13,07	46,38	3,49	23,29	30,34		5,86
1983	140,49	8,39	66,46	13,12	49,39	3,95	26,17	33,51		5,96
1984	143,00	7,82	66,54	13,62	49,21	3,71	26,14	36,07		6,43
1985 } 7)	159,67	7,92	76,01	13,70	58,60	3,71	29,31	38,99		7,44
1986 } 7)	167,83	7,90	...	...	...	...	...	...		8,12
					Neue Bauten					
1960	46,44	1,22	8,34	2,17	5,87	0,30	4,62	2,72	20,13	9,41
1961	52,14	1,26	9,39	2,35	6,68	0,36	4,96	3,20	22,33	11,00
1962	57,90	1,30	9,26	2,80	6,06	0,40	5,55	3,74	24,42	13,63
1963	62,07	1,31	9,28	2,80	6,01	0,47	5,58	3,92	25,58	16,40
1964	72,49	1,45	10,07	3,21	6,28	0,58	5,78	5,31	29,55	20,33
1965	76,55	1,51	10,75	3,45	6,76	0,54	6,14	5,88	32,20	20,07
1966	80,19	1,58	10,88	3,37	6,99	0,52	6,23	6,41	34,50	20,59
1967	73,11	1,48	9,22	3,61	5,09	0,52	6,30	4,33	34,00	17,78
1968	76,25	1,46	7,90	3,03	4,47	0,40	6,88	5,15	35,10	19,76
1969	85,31	1,36	10,17	3,18	6,53	0,46	8,63	5,44	37,07	22,64
1970	106,17	1,28	14,14	3,89	9,74	0,51	10,78	6,75	43,17	30,05
1971	123,45	1,16	16,21	5,02	10,45	0,74	12,83	8,56	52,62	32,07
1972	136,43	1,03	15,69	5,64	9,10	0,95	14,08	10,85	62,81	31,97
1973	143,99	1,11	15,37	5,54	8,80	1,03	14,45	12,64	67,79	32,63
1974	140,35	1,32	14,56	5,96	8,00	0,60	13,48	12,95	61,25	36,79
1975	131,36	1,42	14,22	7,27	6,45	0,50	12,24	11,14	55,74	36,60
1976	139,57	1,55	14,67	7,51	6,67	0,49	13,98	11,76	61,21	36,40
1977	147,11	1,73	15,89	7,36	7,86	0,67	14,44	12,90	66,23	35,92
1978	160,21	1,79	16,15	7,71	7,78	0,66	15,02	16,16	72,01	39,08
1979	184,45	1,81	19,03	8,72	9,51	0,80	16,66	19,84	83,28	43,83
1980	208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96
1981	207,59	1,76	21,98	10,27	10,83	0,88	17,11	25,11	94,88	46,75
1982	201,99	1,88	20,34	9,77	9,81	0,76	17,22	26,12	93,47	42,96
1983	208,22	2,04	19,42	9,45	9,13	0,84	18,03	29,44	99,77	39,52
1984	217,05	1,97	20,26	9,81	9,66	0,79	19,81	31,65	104,19	39,17
1985 } 7)	206,95	1,95	20,23	9,58	10,04	0,61	20,28	30,90	94,79	38,80
1986 } 7)	215,37	1,81	...	...	...	...	...	...	94,57	42,11

[1] Einschließlich selbsterstellter Anlagen.
[2] Einschließlich produzierendes Handwerk.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen (ohne Wohnungsvermietung).

Tabelle 32*

nach Wirtschaftsbereichen

DM

In Preisen von 1980

Alle Wirtschaftsbereiche[1]	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Warenproduzierendes Gewerbe zusammen	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe[2]	Baugewerbe	Handel und Verkehr[3]	Dienstleistungsunternehmen[4]	Wohnungsvermietung[5]	Staat[6]	Jahr
				Neue Ausrüstungen						
55,22	6,12	32,89	5,49	23,70	3,70	11,41	2,61		2,19	1960
61,66	7,09	36,63	5,70	26,56	4,37	12,60	2,88		2,46	1961
66,12	6,87	39,34	6,48	28,38	4,48	14,17	2,84		2,90	1962
66,38	6,33	38,35	6,22	27,54	4,59	15,30	3,12		3,28	1963
71,70	7,43	42,24	6,84	30,65	4,75	15,01	3,59		3,43	1964
77,09	8,47	45,17	6,52	34,19	4,46	15,18	4,50		3,77	1965
75,72	7,78	43,54	5,84	34,22	3,48	15,38	5,38		3,64	1966
69,74	5,79	40,08	6,26	30,23	3,59	14,65	5,77		3,45	1967
74,56	5,61	42,79	5,63	33,05	4,11	16,30	6,45		3,41	1968
90,85	7,29	53,39	5,54	42,34	5,51	18,00	8,39		3,78	1969
105,34	7,36	62,57	6,95	49,48	6,14	20,95	9,92		4,54	1970
110,31	6,43	64,95	9,23	49,26	6,46	23,54	10,27		5,12	1971
108,23	6,57	61,99	10,35	45,16	6,48	23,64	10,64		5,39	1972
107,38	7,61	57,39	10,31	41,75	5,33	23,54	13,11		5,73	1973
96,42	6,44	52,18	11,05	37,89	3,24	20,97	10,89		5,94	1974
95,89	6,57	50,93	11,31	36,21	3,41	19,02	13,92		5,45	1975
100,97	7,13	52,04	9,72	38,64	3,68	19,92	16,68		5,20	1976
108,43	7,89	52,13	8,13	39,99	4,01	21,58	21,25		5,58	1977
116,89	8,22	54,32	8,33	41,18	4,81	22,59	25,80		5,96	1978
127,54	8,32	58,85	7,91	45,09	5,85	22,61	31,33		6,43	1979
130,95	7,42	62,09	8,46	48,26	5,37	22,67	32,10		6,67	1980
126,66	6,54	59,45	9,29	46,26	3,90	23,14	31,48		6,05	1981
117,86	6,37	57,03	11,86	42,04	3,13	21,27	27,83		5,36	1982
124,24	7,23	58,47	11,58	43,44	3,45	23,25	30,01		5,28	1983
124,03	6,54	57,41	11,79	42,44	3,18	22,85	31,68		5,55	1984
135,41	6,47	63,82	11,61	49,12	3,09	25,16	33,70		6,26	1985 } [7]
141,11	6,38	...	...	...	...	...	...		6,77	1986 } [7]
				Neue Bauten						
136,38	3,52	21,88	5,07	15,95	0,86	11,42	8,01	66,40	25,15	1960
142,76	3,42	23,05	5,15	16,92	0,98	11,47	8,84	68,42	27,56	1961
146,32	3,27	21,14	5,77	14,37	1,00	11,91	9,50	69,01	31,49	1962
149,01	3,14	20,08	5,57	13,40	1,11	11,54	9,47	68,52	36,26	1963
168,30	3,35	20,86	6,11	13,43	1,32	11,60	12,28	75,75	44,46	1964
174,05	3,37	21,63	6,49	13,96	1,18	12,14	13,11	79,35	44,45	1965
178,42	3,43	21,36	6,22	14,03	1,11	12,11	13,91	82,47	45,14	1966
167,12	3,27	18,68	6,92	10,62	1,14	12,63	9,71	82,62	40,21	1967
170,85	3,46	16,23	5,96	9,39	0,88	14,16	11,48	82,55	42,97	1968
179,09	3,04	19,73	5,92	12,86	0,95	16,70	11,32	81,85	46,45	1969
189,93	2,40	23,84	6,30	16,64	0,90	17,86	11,97	81,15	52,71	1970
202,87	2,01	25,28	7,55	16,54	1,19	19,82	13,89	89,85	52,02	1971
213,63	1,68	23,36	8,17	13,74	1,45	20,97	16,67	100,90	50,05	1972
213,10	1,69	21,86	7,75	12,62	1,49	20,59	18,40	101,76	48,80	1973
194,19	1,87	19,15	7,69	10,65	0,81	17,70	17,61	86,37	51,49	1974
179,39	1,97	18,66	9,40	8,59	0,67	16,15	15,15	77,11	50,35	1975
183,67	2,07	18,75	9,51	8,60	0,64	17,81	15,39	80,83	48,82	1976
186,13	2,21	19,80	9,15	9,81	0,84	17,99	16,20	83,43	46,50	1977
191,41	2,15	19,05	9,08	9,18	0,79	17,78	19,26	85,65	47,52	1978
202,57	1,99	20,74	9,44	10,42	0,88	18,17	21,78	91,43	48,46	1979
208,46	1,86	22,83	10,53	11,42	0,88	17,99	23,21	93,61	48,96	1980
197,88	1,68	21,15	9,96	10,35	0,84	16,40	23,73	89,95	44,97	1981
189,29	1,74	19,46	9,55	9,21	0,70	16,47	24,12	86,17	41,33	1982
192,54	1,87	18,66	9,38	8,52	0,76	17,39	26,69	90,12	37,81	1983
195,54	1,78	19,09	9,60	8,79	0,70	18,73	28,03	91,14	36,77	1984
184,55	1,74	18,84	9,25	9,06	0,53	19,01	27,10	81,75	36,11	1985 } [7]
189,04	1,59	...	...	...	...	...	...	80,35	38,47	1986 } [7]

[5]) Einschließlich Eigennutzung durch den Eigentümer.
[6]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33*

Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken [1])
Mrd DM

Jahr	Insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke [2]) und Tabakwaren	Bekleidung, Schuhe	Wohnungsmieten [3])	Energie (ohne Kraftstoffe)	Güter für die Haushaltsführung	die Gesundheits- und Körperpflege	Verkehr [4]) und Nachrichtenübermittlung	Bildung, Unterhaltung und Freizeit [5])	die persönliche Ausstattung, Güter sonstiger Art [6])
	in jeweiligen Preisen									
1960	170,36	63,35	19,75	16,90	5,11	19,60	8,33	15,33	14,49	7,50
1961	186,00	67,66	21,00	19,08	5,58	21,38	9,11	17,84	15,99	8,36
1962	201,54	71,91	22,58	20,22	6,84	23,17	10,08	20,15	17,32	9,27
1963	213,71	75,57	23,51	22,33	8,54	23,50	10,04	22,21	18,18	9,83
1964	230,30	80,37	25,11	24,61	8,06	26,04	11,06	25,08	19,60	10,37
1965	253,42	86,66	27,91	27,09	8,61	28,13	12,17	29,11	22,07	11,67
1966	270,59	90,66	29,50	30,57	9,47	29,23	13,27	31,37	23,81	12,71
1967	278,51	91,38	29,83	33,87	9,74	29,79	13,40	32,02	25,10	13,38
1968	296,38	94,13	30,22	37,77	11,60	30,42	14,07	36,79	27,99	13,39
1969	325,23	100,03	33,44	41,20	12,56	32,95	15,36	43,19	31,93	14,57
1970	361,02	108,30	37,17	44,91	13,95	36,58	16,58	50,70	36,91	15,92
1971	399,31	115,78	40,98	49,85	14,65	41,62	18,11	57,23	42,32	18,77
1972	440,50	124,87	45,72	55,47	16,03	46,13	19,67	62,95	48,54	21,12
1973	480,70	135,14	48,41	61,90	19,98	49,94	21,15	67,16	53,41	23,61
1974	517,40	141,67	51,98	68,10	22,87	53,76	23,05	69,54	58,96	27,47
1975	566,55	151,23	56,39	75,20	24,97	57,48	25,35	81,91	63,44	30,58
1976	613,72	162,00	59,53	81,52	28,38	61,37	27,48	93,17	67,17	33,10
1977	661,48	171,34	64,24	88,47	29,07	67,03	29,37	104,22	71,58	36,16
1978	704,96	178,98	68,61	95,74	31,98	70,86	31,74	112,44	75,13	39,48
1979	758,00	187,47	72,97	103,36	40,85	75,64	34,28	118,49	81,11	43,83
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	857,59	212,00	81,88	120,59	49,86	84,97	40,52	128,31	87,63	51,83
1982	888,78	221,91	81,70	129,91	52,91	85,15	42,22	131,90	89,00	54,08
1983	935,14	227,52	84,21	140,56	54,49	88,54	44,97	144,24	92,95	57,66
1984	975,48	232,15	86,57	150,09	59,74	91,20	47,46	149,52	95,81	62,94
1985 } [7])	1 014,43	235,84	90,04	159,34	65,45	92,22	49,46	155,88	99,05	67,15
1986 } [7])	1 048,89	240,65	94,54	166,24	57,13	96,21	51,59	165,31	104,62	72,60
	in Preisen von 1980									
1960	365,33	120,19	41,38	48,63	16,40	35,98	22,39	34,33	29,43	16,60
1961	385,96	125,71	42,89	50,64	17,45	38,14	23,85	38,60	30,93	17,75
1962	405,97	128,97	44,52	52,57	21,06	40,03	25,64	42,87	31,78	18,53
1963	418,17	131,45	45,03	55,10	25,56	39,46	24,69	45,49	32,30	19,09
1964	440,67	137,41	47,67	57,54	23,49	43,50	26,41	50,57	34,06	20,02
1965	470,21	143,15	51,75	59,95	24,53	46,44	27,41	57,83	37,10	22,05
1966	484,84	144,80	53,30	62,63	26,79	47,60	27,76	59,83	38,83	23,30
1967	490,78	145,92	53,72	65,02	26,98	48,50	27,18	59,41	40,00	24,05
1968	514,29	149,76	53,65	67,60	29,90	49,99	26,12	69,42	43,67	24,18
1969	553,70	155,37	58,51	69,28	32,65	53,57	27,74	81,75	48,98	25,85
1970	592,61	163,59	62,28	72,17	35,06	56,96	28,28	92,71	53,60	27,96
1971	620,17	168,37	64,74	75,41	35,10	61,56	28,87	96,91	58,35	30,86
1972	647,48	171,94	68,12	79,09	36,78	65,44	29,39	99,08	64,56	33,08
1973	663,03	173,79	67,14	83,34	39,07	68,12	29,74	97,53	69,46	34,84
1974	668,14	175,51	67,68	87,36	37,92	68,19	30,41	91,66	72,70	36,71
1975	689,87	177,59	69,93	90,92	37,57	68,70	31,20	101,69	74,33	37,94
1976	716,62	181,62	71,27	93,98	40,31	71,42	32,36	110,07	75,93	39,66
1977	745,81	183,46	73,44	98,70	40,77	75,52	33,35	120,17	78,98	41,42
1978	773,93	188,68	75,14	103,71	44,11	77,00	34,72	125,75	81,41	43,41
1979	800,58	195,20	76,95	108,45	45,43	80,04	36,18	126,33	85,01	46,99
1980	809,73	199,98	79,15	111,68	44,22	82,09	37,65	121,75	84,09	49,12
1981	809,47	202,66	77,87	115,66	43,32	80,29	38,51	117,55	84,75	48,86
1982	800,51	200,06	74,57	118,93	42,44	77,12	37,76	117,27	83,31	49,05
1983	815,84	199,45	74,74	122,26	44,10	77,99	38,21	124,34	84,54	50,21
1984	831,10	200,56	75,02	125,74	46,70	78,81	39,56	125,97	85,37	53,37
1985 } [7])	846,99	202,28	76,27	129,33	49,63	78,47	40,49	128,32	87,08	55,12
1986 } [7])	880,48	204,98	78,62	132,28	51,17	80,84	41,56	141,34	91,30	58,39

[1]) Im Inland, nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983. — [2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — [3]) Einschließlich Mietwert der Eigennutzung durch den Eigentümer. — [4]) Einschließlich Kraftstoffe. — [5]) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. — [6]) Einschließlich Pauschalreisen sowie Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen. — [7]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34*

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1980 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung von Gütern [2]	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung von Gütern					
					insgesamt [3]	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	41,4	50,7	42,6	50,2	41,3	46,4	29,4	38,8	50,7	34,1
1961	43,4	49,6	44,2	50,6	43,1	48,0	31,4	41,2	52,4	36,5
1962	45,1	49,7	45,7	51,1	44,8	49,4	33,1	44,1	54,5	39,6
1963	46,5	50,9	47,1	51,8	46,3	50,9	35,1	45,8	55,3	41,7
1964	47,9	51,9	48,5	53,2	47,6	52,1	36,0	47,0	56,4	43,1
1965	49,7	53,4	50,2	54,7	49,4	53,8	38,5	48,2	57,9	44,0
1966	51,3	54,5	51,8	56,2	51,0	55,7	40,4	49,3	59,8	44,9
1967	52,0	53,9	52,3	56,4	51,4	56,7	41,4	48,7	60,9	43,7
1968	53,1	54,2	53,3	56,5	52,6	57,6	42,6	49,1	59,8	44,6
1969	55,4	55,5	55,4	58,8	54,6	58,7	45,9	52,1	61,1	47,6
1970	59,6	55,6	58,9	61,6	58,3	60,8	50,2	58,9	64,6	55,9
1971	64,4	56,4	62,9	64,2	62,6	64,2	56,9	63,3	68,1	60,9
1972	67,8	57,7	65,9	65,7	65,9	67,8	60,8	65,8	69,8	63,9
1973	72,1	62,3	70,2	69,9	70,3	72,1	67,0	69,2	72,6	67,6
1974	77,2	76,0	77,0	80,2	76,1	77,2	75,1	74,3	78,4	72,3
1975	81,8	78,5	81,2	83,5	80,6	82,0	79,9	77,2	84,9	73,2
1976	84,8	82,5	84,3	86,6	83,7	85,4	83,1	80,3	88,5	76,0
1977	88,0	84,4	87,2	88,4	86,9	88,5	86,9	83,3	90,9	79,0
1978	91,7	82,8	89,9	89,8	89,9	90,9	90,0	87,3	93,4	83,7
1979	95,4	89,3	94,1	94,1	94,1	94,5	94,2	92,9	95,8	91,1
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,0	111,1	105,6	105,6	105,6	106,2	104,9	104,9	104,8	104,9
1982	108,6	114,4	109,9	109,8	109,9	111,2	108,5	107,9	110,0	106,7
1983	112,1	115,3	112,8	111,9	113,1	114,8	111,5	110,0	113,1	108,1
1984	114,3	120,6	115,7	115,6	115,8	117,7	113,4	112,6	115,3	111,0
1985 [4]	116,8	123,1	118,3	118,6	118,1	120,2	115,9	114,5	117,9	112,1
1986 [4]	120,4	109,9	118,0	116,9	118,4	119,6	118,4	116,0	118,8	113,9
1982 1. Vj.	105,9	113,4	107,6	108,1	107,4	109,5	102,0	107,2	108,2	106,6
2. Vj.	107,3	113,9	108,8	109,9	108,4	110,7	103,0	108,1	110,4	106,9
3. Vj.	108,6	114,3	109,9	110,2	109,8	112,2	106,3	107,9	109,7	106,9
4. Vj.	112,4	116,1	113,1	110,9	113,9	112,4	121,9	108,3	111,0	106,4
1983 1. Vj.	109,7	114,3	110,7	110,4	110,8	113,8	105,1	108,7	111,4	106,9
2. Vj.	110,6	113,3	111,2	111,2	111,2	114,4	105,1	109,6	113,2	107,6
3. Vj.	112,0	115,8	112,8	112,3	113,0	115,4	109,8	110,2	113,2	108,6
4. Vj.	115,9	117,8	116,3	113,6	117,2	115,6	125,0	111,2	114,1	109,1
1984 1. Vj.	112,4	119,5	114,0	114,2	113,9	117,2	107,2	111,9	114,4	110,4
2. Vj.	113,1	119,7	114,6	115,1	114,4	117,8	107,8	112,2	114,6	111,0
3. Vj.	113,7	120,5	115,2	115,7	115,1	117,8	110,0	112,7	115,3	111,2
4. Vj.	117,9	122,6	118,9	117,1	119,5	118,1	127,2	113,4	116,3	111,3
1985 1. Vj. [4]	114,5	124,7	116,9	117,8	116,6	119,8	110,2	114,7	117,2	112,6
2. Vj. [4]	115,4	125,2	117,6	119,1	117,0	120,7	110,6	114,1	118,1	111,6
3. Vj. [4]	116,4	122,6	117,8	119,1	117,4	120,3	112,7	114,3	118,2	112,0
4. Vj. [4]	120,8	119,9	120,6	118,6	121,3	119,9	128,8	115,0	117,9	112,5
1986 1. Vj. [4]	117,8	116,8	117,6	117,8	117,5	120,2	111,9	116,0	118,3	114,0
2. Vj. [4]	118,9	110,3	116,9	117,1	116,8	119,7	113,8	115,7	119,0	113,5
3. Vj. [4]	120,0	107,1	117,0	116,6	117,2	119,7	115,4	115,7	118,9	113,8
4. Vj. [4]	124,6	105,7	120,4	116,2	121,8	119,0	131,2	116,5	118,9	114,5
1987 1. Vj. [4]	121,5	103,9	117,3	115,5	118,0	119,6	113,1	117,5	118,8	116,4
2. Vj. [4]	122,0	105,0	118,0	115,5	118,9	120,7	117,5	117,0	119,2	115,6

[1]) Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen. — [2]) Privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoinvestitionen (Anlageinvestitionen und Vorratsveränderung) und Ausfuhr. — [3]) Einschließlich Vorratsveränderung. — [4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 35*

Vierteljahresergebnisse der Verwendung des

Mrd

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
	in jeweiligen Preisen									
1976 1. Vj.	260,20	146,23	49,33	46,23	18,57	27,66	+10,20	72,62	64,41	+ 8,21
2. Vj.	277,00	155,75	52,90	59,08	21,95	37,13	+ 2,30	76,26	69,29	+ 6,97
3. Vj.	284,90	156,43	52,57	56,83	19,52	37,31	+14,70	77,57	73,20	+ 4,37
4. Vj.	304,10	174,10	66,93	63,51	26,04	37,47	−10,00	82,58	73,02	+ 9,56
1977 1. Vj.	280,60	156,79	52,06	51,73	20,11	31,62	+12,20	78,17	70,35	+ 7,82
2. Vj.	293,80	168,24	55,83	61,97	23,38	38,59	+ 0,50	81,19	73,93	+ 7,26
3. Vj.	298,60	170,06	55,84	61,58	22,92	38,66	+ 9,80	79,76	78,44	+ 1,32
4. Vj.	326,20	188,07	71,23	67,15	28,91	38,24	−13,00	86,71	73,96	+12,75
1978 1. Vj.	299,70	168,98	56,44	53,74	21,87	31,87	+10,10	82,09	71,65	+10,44
2. Vj.	316,40	179,86	59,48	68,51	25,72	42,79	− 0,70	85,49	76,24	+ 9,25
3. Vj.	325,50	181,52	60,37	68,88	26,05	42,83	+ 9,20	85,43	79,90	+ 5,53
4. Vj.	350,00	198,54	76,57	74,83	32,11	42,72	−12,20	91,69	79,43	+12,26
1979 1. Vj.	322,60	178,44	61,03	58,04	25,06	32,98	+17,10	88,83	80,84	+ 7,99
2. Vj.	340,80	196,25	64,80	78,96	28,92	50,04	− 1,40	92,07	89,88	+ 2,19
3. Vj.	353,30	193,95	66,02	79,58	29,12	50,46	+16,50	95,22	97,97	− 2,75
4. Vj.	379,90	216,38	81,49	86,84	35,87	50,97	− 8,70	101,30	97,41	+ 3,89
1980 1. Vj.	353,50	197,73	66,08	71,60	27,55	44,05	+16,70	105,58	104,19	+ 1,39
2. Vj.	363,90	204,15	71,37	86,38	30,69	55,69	+ 2,10	104,87	104,97	− 0,10
3. Vj.	372,80	208,72	72,33	87,09	31,11	55,98	+10,30	103,28	108,92	− 5,64
4. Vj.	395,00	230,18	88,01	90,73	37,99	52,74	−15,30	108,57	107,19	+ 1,38
1981 1. Vj.	363,10	207,67	74,14	69,48	28,07	41,41	+13,20	109,99	111,38	− 1,39
2. Vj.	375,40	215,63	74,63	88,76	31,12	57,64	− 5,20	114,79	113,21	+ 1,58
3. Vj.	389,40	220,48	76,52	88,42	31,24	57,18	+ 5,90	122,39	124,31	− 1,92
4. Vj.	417,20	244,07	92,87	88,58	37,22	51,36	−25,30	134,94	117,96	+16,98
1982 1. Vj.	378,50	217,87	76,63	67,05	27,12	39,93	+10,00	128,21	121,26	+ 6,95
2. Vj.	391,30	224,71	76,30	84,91	30,05	54,86	− 3,30	128,33	119,65	+ 8,68
3. Vj.	400,90	225,51	77,92	84,64	29,83	54,81	+ 9,30	126,52	122,99	+ 3,53
4. Vj.	426,40	249,96	95,34	90,29	37,90	52,39	−27,50	134,48	116,17	+18,31
1983 1. Vj.	394,30	228,17	77,41	67,91	27,66	40,25	+ 8,90	128,01	116,10	+11,91
2. Vj.	409,70	236,23	77,76	88,30	32,69	55,61	− 2,60	129,14	119,13	+10,01
3. Vj.	421,00	237,26	80,91	89,53	32,04	57,49	+12,20	126,17	125,07	+ 1,10
4. Vj.	455,40	262,50	100,13	98,08	43,21	54,87	−20,30	141,51	126,52	+14,99
1984 1. Vj.	422,30	238,80	79,74	73,05	28,93	44,12	+19,40	142,78	131,47	+11,31
2. Vj.	424,80	247,03	81,89	88,08	29,95	58,13	− 1,80	140,99	131,39	+ 9,60
3. Vj.	444,90	247,11	83,11	92,63	34,21	58,42	+14,90	144,52	137,37	+ 7,15
4. Vj.	477,90	270,63	105,49	100,87	44,49	56,38	−25,90	162,49	135,68	+26,81
1985 1. Vj.	430,40	244,35	83,16	70,01	32,37	37,64	+18,50	158,60	144,22	+14,38
2. Vj. [4]	447,10	255,75	85,16	92,12	36,25	55,87	− 4,80	161,88	143,01	+18,87
3. Vj.	469,20	259,67	87,71	95,22	36,40	58,82	+11,70	162,42	147,52	+14,90
4. Vj.	498,20	282,79	109,52	103,45	48,83	54,62	−26,60	167,30	138,26	+29,04
1986 1. Vj. [3]	450,30	253,54	86,24	72,09	34,03	38,06	+14,80	156,51	132,88	+23,63
2. Vj.	477,00	268,26	90,23	98,42	40,25	58,17	− 5,60	162,34	136,65	+25,69
3. Vj.	494,60	268,84	92,59	98,22	37,59	60,63	+10,00	156,19	131,24	+24,95
4. Vj.	526,10	291,22	112,65	108,02	49,51	58,51	−22,10	164,74	128,43	+36,31
1987 1. Vj.	474,90	258,83	89,28	73,90	36,34	37,56	+25,10	153,79	126,00	+27,79
2. Vj.	493,20	276,69	94,23	99,04	40,53	58,51	− 2,70	155,94	130,00	+25,94

[1] Waren und Dienstleistungen einschließlich Erwerbs- und Vermögenseinkommen.
[2] Ausfuhr abzüglich Einfuhr.

Tabelle 35*

Sozialproduktsberechnung

Sozialprodukts

DM

Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen zusammen	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum
in Preisen von 1980										
316,10	173,04	63,81	58,29	21,11	37,18	+15,50	85,20	79,74	+ 5,46	1976 1. Vj.
328,10	182,51	65,27	73,53	24,62	48,91	+ 2,20	88,22	83,63	+ 4,59	2. Vj.
335,20	183,14	65,63	70,96	22,15	48,81	+14,80	88,94	88,27	+ 0,67	3. Vj.
348,80	201,66	72,07	78,21	29,44	48,77	− 9,70	94,31	87,75	+ 6,56	4. Vj.
328,60	179,02	64,58	63,09	22,20	40,89	+16,70	89,20	83,99	+ 5,21	1977 1. Vj.
334,10	190,09	65,59	74,55	25,68	48,87	− 1,90	91,59	85,82	+ 5,77	2. Vj.
341,80	191,67	66,33	73,86	25,29	48,57	+13,30	90,13	93,49	− 3,36	3. Vj.
358,90	211,05	73,93	79,55	31,75	47,80	−14,90	97,57	88,30	+ 9,27	4. Vj.
336,50	187,28	67,29	62,57	23,46	39,11	+13,80	92,55	86,99	+ 5,56	1978 1. Vj.
346,40	197,24	68,48	79,29	27,64	51,65	− 2,40	95,34	91,55	+ 3,79	2. Vj.
354,80	199,58	68,70	78,51	27,92	50,59	+ 9,40	94,90	96,29	− 1,39	3. Vj.
370,20	217,35	76,34	84,32	34,26	50,06	−12,50	100,92	96,23	+ 4,69	4. Vj.
348,30	191,94	69,75	64,45	26,32	38,13	+20,80	97,37	96,01	+ 1,36	1979 1. Vj.
361,50	208,91	71,65	85,80	30,33	55,47	− 0,90	98,42	102,38	− 3,96	2. Vj.
369,80	204,17	71,21	84,88	30,38	54,50	+16,60	100,24	107,30	− 7,06	3. Vj.
384,00	225,39	77,71	91,59	37,12	54,47	−11,40	104,96	104,25	+ 0,71	4. Vj.
365,30	201,60	71,99	73,74	27,92	45,82	+17,90	107,95	107,88	+ 0,07	1980 1. Vj.
365,40	204,53	73,53	86,33	30,79	55,54	+ 0,70	104,77	104,46	+ 0,31	2. Vj.
372,80	207,57	73,86	86,29	31,04	55,25	+11,00	102,85	108,77	− 5,92	3. Vj.
381,70	227,08	78,41	89,44	37,59	51,85	−15,80	106,73	104,16	+ 2,57	4. Vj.
360,90	200,41	75,90	67,67	27,33	40,34	+14,30	107,14	104,52	+ 2,62	1981 1. Vj.
364,90	204,01	73,90	84,58	29,75	54,83	− 4,50	109,26	102,35	+ 6,91	2. Vj.
374,80	206,00	74,50	84,02	29,90	54,12	+ 5,10	114,77	109,59	+ 5,18	3. Vj.
384,70	225,96	78,99	83,42	34,83	48,59	−25,60	125,56	103,63	+21,93	4. Vj.
357,50	198,96	75,11	62,52	25,06	37,46	+ 9,30	118,58	106,97	+11,61	1982 1. Vj.
364,80	202,95	74,11	78,52	27,21	51,31	− 2,50	116,74	105,02	+11,72	2. Vj.
369,20	200,91	73,32	78,45	27,19	51,26	+ 9,30	114,86	107,64	+ 7,22	3. Vj.
379,50	222,41	78,20	83,39	34,13	49,26	−25,70	121,27	100,07	+21,20	4. Vj.
359,40	200,50	73,64	62,48	24,84	37,64	+ 8,40	115,95	101,57	+14,38	1983 1. Vj.
370,40	206,57	74,00	80,53	28,87	51,66	− 1,70	116,14	105,14	+11,00	2. Vj.
376,00	205,55	73,68	81,24	28,31	52,93	+11,20	112,34	108,01	+ 4,33	3. Vj.
393,10	226,98	80,12	88,19	37,88	50,31	−19,40	124,58	107,37	+17,21	4. Vj.
375,80	203,67	74,37	65,26	25,29	39,97	+17,50	125,04	110,04	+15,00	1984 1. Vj.
375,60	209,65	75,96	78,51	26,14	52,37	− 1,20	122,47	109,79	+12,68	2. Vj.
391,20	209,73	75,53	82,21	29,67	52,54	+12,90	124,87	114,04	+10,83	3. Vj.
405,50	229,24	82,96	88,92	38,26	50,66	−23,70	138,73	110,65	+28,08	4. Vj.
375,90	203,88	75,48	61,05	27,62	33,43	+16,50	134,67	115,68	+18,99	1985 1. Vj.
387,60	211,95	77,00	80,74	30,69	50,05	− 3,80	135,94	114,23	+21,71	2. Vj. [4]
403,10	215,88	77,80	83,33	30,79	52,54	+10,00	136,37	120,28	+16,09	3. Vj.
412,40	235,79	85,02	89,96	41,43	48,53	−24,10	141,06	115,33	+25,73	4. Vj.
382,10	210,96	77,06	62,16	28,77	33,39	+12,80	132,89	113,77	+19,12	1986 1. Vj. [3]
401,10	224,16	79,27	85,08	33,83	51,25	− 2,20	138,65	123,86	+14,79	2. Vj.
412,20	224,61	80,24	84,90	31,61	53,29	+11,10	133,94	122,59	+11,35	3. Vj.
422,30	244,77	85,83	92,75	41,64	51,11	−21,30	141,73	121,48	+20,25	4. Vj.
390,90	216,42	78,92	62,87	30,60	32,27	+20,80	133,11	121,22	+11,89	1987 1. Vj.
404,30	229,28	80,20	84,63	34,01	50,62	− 1,00	135,01	123,82	+11,19	2. Vj.

[3]) Vorläufige Ergebnisse.
[4]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 36 *

Einnahmen und Aus

Zeitraum	Einnahmen				Aus				
							Einkommensübertragungen		
								davon	
	insgesamt	Steuern	Sozialbeiträge	sonstige Einnahmen[2]	insgesamt	Staatsverbrauch[3]	zusammen	private Haushalte[4]	Unternehmen und übrige Welt
	Mrd								
1960	108,87	69,77	31,21	7,89	99,66	40,45	42,60	37,21	5,39
1961	122,60	79,97	34,42	8,21	113,35	45,78	46,83	40,56	6,27
1962	134,76	87,89	38,12	8,75	129,58	52,83	51,02	44,30	6,72
1963	143,79	93,27	41,16	9,36	140,38	59,39	54,83	47,50	7,33
1964	156,18	101,95	43,83	10,40	153,17	62,10	59,87	51,85	8,02
1965	167,47	107,84	48,52	11,11	170,23	69,65	68,57	58,35	10,22
1966	180,72	114,89	53,82	12,01	181,59	75,45	73,41	63,67	9,74
1967	186,56	117,38	56,42	12,76	193,56	80,05	81,53	71,25	10,28
1968	206,77	129,80	62,20	14,77	211,08	82,73	94,25	74,79	19,46
1969	239,85	152,16	71,43	16,26	233,33	93,12	99,92	80,83	19,09
1970	265,48	161,89	84,94	18,65	264,13	106,47	107,31	88,12	19,19
1971	303,09	183,65	98,51	20,93	304,30	126,82	120,66	99,48	21,18
1972	336,63	201,25	112,61	22,77	340,99	141,13	140,09	113,83	26,26
1973	397,48	236,88	133,59	27,01	386,45	163,16	159,25	127,65	31,60
1974	432,06	253,42	149,68	28,96	444,84	190,21	180,73	148,21	32,52
1975	451,48	254,10	167,42	29,96	509,09	210,01	221,89	185,46	36,43
1976	508,07	285,75	188,18	34,14	546,20	221,73	239,68	199,83	39,85
1977	553,80	317,17	200,43	36,20	582,68	234,96	257,87	212,43	45,44
1978	589,32	335,05	212,84	41,43	620,76	252,86	275,57	223,17	52,40
1979	634,12	358,67	230,19	45,26	669,75	273,34	293,65	237,65	56,00
1980	679,39	381,14	248,61	49,64	722,36	297,79	309,14	252,93	56,21
1981	709,52	386,45	268,82	54,25	766,17	318,16	331,30	274,58	56,72
1982	743,50	395,07	284,48	63,95	795,98	326,19	349,17	291,07	58,10
1983	774,13	414,87	290,36	68,90	816,44	336,21	357,19	295,04	62,15
1984	815,25	439,22	304,59	71,44	848,97	350,23	370,11	298,98	71,13
1985 [10]	854,81	459,95	319,95	74,91	875,88	365,55	378,60	305,97	72,63
1986 [10]	886,79	473,44	336,92	76,43	910,32	381,71	392,78	317,05	75,73
1981 1. Hj.	337,03	182,37	128,14	26,52	368,76	148,77	164,25	136,33	27,92
2. Hj.	372,49	204,08	140,68	27,73	397,41	169,39	167,05	138,25	28,80
1982 1. Hj.	359,00	186,68	136,65	35,67	383,02	152,93	172,60	145,64	26,96
2. Hj.	384,50	208,39	147,83	28,28	412,96	173,26	176,57	145,43	31,14
1983 1. Hj.	369,16	192,40	138,32	38,44	391,22	155,17	176,66	147,53	29,13
2. Hj.	404,97	222,47	152,04	30,46	425,22	181,04	180,53	147,51	33,02
1984 1. Hj.	386,52	207,18	143,79	35,55	405,14	161,63	182,63	149,91	32,72
2. Hj.	428,73	232,04	160,80	35,89	443,83	188,60	187,48	149,07	38,41
1985 1. Hj. [10]	402,77	215,54	150,78	36,45	417,89	168,32	187,63	153,17	34,46
2. Hj. [10]	452,04	244,41	169,17	38,46	457,99	197,23	190,97	152,80	38,17
1986 1. Hj. [10]	422,36	222,76	158,71	40,89	433,68	176,47	192,87	157,31	35,56
2. Hj. [10]	464,43	250,68	178,21	35,54	476,64	205,24	199,91	159,74	40,17
1987 1. Hj. [10]	433,61	229,17	165,33	39,11	452,34	183,51	203,70	165,04	38,66

[1] Gemeinsamer Haushalt der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

[2] Empfangene Vermögenseinkommen, empfangene Vermögensübertragungen, Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.

[3] Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, unter anderem auch Sachleistungen der Sozialversicherung (insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung) und der Gebietskörperschaften im Rahmen der Sozialhilfe und Jugendhilfe.

Tabelle 36*

gaben des Staates [1])

gaben				Nachrichtlich				
Zinsen [5])	Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen	Finanzierungs-saldo [6])	Brutto-sozialprodukt in jeweiligen Preisen	Produktions-potential in jeweiligen Preisen [7])	Staatsquote [8])	Abgabenquote [9])	Zeitraum
DM						vH		
2,19	9,72	4,70	+ 9,21	303,00	303,9	32,8	33,3	1960
2,21	11,44	7,09	+ 9,25	331,40	335,2	33,8	34,5	1961
2,41	14,28	9,04	+ 5,18	360,50	368,4	35,2	35,0	1962
2,65	17,11	6,40	+ 3,41	382,10	398,2	35,3	35,2	1963
2,90	20,88	7,42	+ 3,01	419,60	429,8	35,6	34,7	1964
3,23	20,86	7,92	− 2,76	458,20	466,9	36,5	34,1	1965
4,12	21,20	7,41	− 0,87	487,40	503,3	36,1	34,6	1966
5,19	18,87	7,92	− 7,00	493,70	527,7	36,7	35,2	1967
5,38	20,68	8,04	− 4,31	533,70	555,8	38,0	36,0	1968
5,84	23,73	10,72	+ 6,52	597,80	600,0	38,9	37,4	1969
6,55	31,29	12,51	+ 1,35	675,70	675,2	39,1	36,5	1970
7,34	33,87	15,61	− 1,21	751,80	762,7	39,9	37,5	1971
8,43	33,85	17,49	− 4,36	825,10	837,9	40,7	38,0	1972
10,17	35,13	18,74	+11,03	918,90	925,6	41,8	40,3	1973
12,15	40,13	21,62	−12,78	985,60	1 018,5	43,7	40,9	1974
14,18	40,33	22,68	−57,61	1 029,40	1 101,1	46,2	40,9	1975
17,45	39,49	27,85	−38,13	1 126,20	1 167,9	46,8	42,1	1976
20,41	39,34	30,10	−28,88	1 199,20	1 240,0	47,0	43,2	1977
21,53	42,78	28,02	−31,44	1 291,60	1 325,1	46,8	42,4	1978
24,10	47,81	30,85	−35,63	1 396,60	1 413,2	47,4	42,2	1979
28,55	53,59	33,29	−42,97	1 485,20	1 519,4	47,5	42,4	1980
35,47	50,02	31,22	−56,65	1 545,10	1 613,9	47,5	42,4	1981
44,03	45,26	31,33	−52,48	1 597,10	1 715,7	46,4	42,5	1982
50,09	41,77	31,18	−42,31	1 680,04	1 795,6	45,5	42,0	1983
52,72	41,74	34,17	−33,72	1 769,90	1 862,1	45,6	42,0	1984
55,30	42,64	33,79	−21,07	1 844,90	1 926,4	45,5	42,3	1985 [10])
57,21	46,58	32,04	−23,53	1 948,00	2 022,7	45,0	41,6	1986 [10])
19,36	23,16	13,22	−31,73	738,50				1981 1. Hj.
16,11	26,86	18,00	−24,92	806,60				2. Hj.
24,35	20,31	12,83	−24,02	769,80				1982 1. Hj.
19,68	24,95	18,50	−28,46	827,30				2. Hj.
27,54	18,29	13,56	−22,06	804,00				1983 1. Hj.
22,55	23,48	17,62	−20,25	876,40				2. Hj.
28,40	17,98	14,50	−18,62	847,10				1984 1. Hj.
24,32	23,76	19,67	−15,10	922,80				2. Hj.
30,18	17,75	14,01	−15,12	877,50				1985 1. Hj. [10])
25,12	24,89	19,78	− 5,95	967,40				2. Hj. [10])
32,36	19,15	12,83	−11,32	927,30				1986 1. Hj. [10])
24,85	27,43	19,21	−12,21	1 020,70				2. Hj. [10])
32,47	19,17	13,49	−18,73	968,10				1987 1. Hj. [10])

[4]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6]) Überschuß: +, Defizit: −.
[7]) Produktionspotential in Preisen von 1980, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[8]) Ausgaben des Staates in vH des Produktionspotentials in jeweiligen Preisen.
[9]) Steuern und Sozialbeiträge in vH des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen.
[10]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 36*

Einnahmen und

Gebietskörperschaften

Mrd

Zeitraum	Gebietskörper								
	Einnahmen			Ausga					
						Einkommensübertragungen			
							darunter		
	insgesamt	Steuern	sonstige Einnahmen[2]	insgesamt	Staatsverbrauch	zusammen[3]	private Haushalte[4]	Unternehmen und übrige Welt	Zinsen[5]
1960	78,29	69,77	8,52	71,68	31,71	23,61	12,34	5,26	2,19
1961	88,92	79,97	8,95	84,41	36,02	25,75	13,01	6,11	2,21
1962	97,47	87,89	9,58	95,41	41,92	28,04	14,25	6,54	2,41
1963	103,29	93,27	10,02	102,77	47,34	29,54	14,47	7,15	2,65
1964	113,05	101,95	11,10	113,65	48,91	33,81	17,29	7,81	2,90
1965	119,85	107,84	12,01	126,16	54,54	39,89	20,60	9,97	3,23
1966	127,72	114,89	12,83	131,80	57,77	41,64	21,88	9,40	4,12
1967	130,99	117,38	13,61	136,75	60,96	44,19	23,02	9,89	5,19
1968	145,86	129,80	16,06	149,67	62,01	53,88	23,50	18,94	5,38
1969	170,59	152,16	18,43	165,02	70,00	55,05	24,78	18,48	5,84
1970	183,29	161,89	21,40	188,26	79,88	58,34	27,83	18,47	6,55
1971	207,96	183,65	24,31	216,36	94,32	65,63	32,07	20,37	7,34
1972	226,64	201,25	25,39	239,53	103,08	77,15	36,03	25,38	8,43
1973	266,21	236,88	29,33	268,59	117,64	87,56	38,80	30,56	10,17
1974	286,31	253,42	32,89	303,24	134,77	95,54	43,62	31,09	12,15
1975	288,29	254,10	34,19	343,59	145,59	121,62	59,24	34,60	14,17
1976	324,35	285,75	38,60	363,31	152,45	127,31	61,20	37,39	17,44
1977	359,94	317,17	42,77	385,21	162,24	134,75	63,97	42,52	20,41
1978	384,81	335,05	49,76	414,59	175,14	148,83	67,91	48,95	21,52
1979	412,95	358,67	54,28	448,85	189,75	157,98	72,94	52,27	24,09
1980	439,85	381,14	58,71	486,79	205,96	167,25	77,74	52,26	28,53
1981	450,95	386,45	64,50	513,90	219,10	180,23	85,30	52,73	35,39
1982	470,52	395,07	75,45	530,85	225,51	186,96	86,66	54,38	44,01
1983	496,54	414,87	81,67	538,79	232,25	186,14	87,22	58,31	50,08
1984	523,92	439,22	84,70	557,37	238,73	193,09	87,79	64,99	52,70
1985 [11]	548,91	459,95	88,96	574,92	247,96	198,89	89,73	67,17	55,28
1986 [11]	564,77	473,44	91,33	598,13	258,36	208,02	95,06	70,83	57,19

[1] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2] Empfangene Vermögenseinkommen, unterstellte Sozialbeiträge von privaten Haushalten, empfangene Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen von der Sozialversicherung), Abschreibungen und sonstige laufende Übertragungen.
[3] Einschließlich sonstige laufende Übertragungen an die Sozialversicherung.
[4] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5] Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6] Einschließlich Vermögensübertragungen an die Sozialversicherung.

noch Tabelle 36*

Ausgaben des Staates [1])
und Sozialversicherung
DM

schaften			Sozialversicherung						
ben			Einnahmen		Ausgaben				
				darunter		darunter			
Brutto-investitionen	Vermögens-übertragungen[6])	Finanzierungs-saldo[7])	insgesamt[8])	Sozialbeiträge[9])	insgesamt[10])	soziale Leistungen	Staatsverbrauch	Finanzierungs-saldo[7])	Zeitraum
9,48	4,69	+ 6,61	36,60	29,10	34,00	25,00	8,74	+ 2,60	1960
11,28	9,15	+ 4,51	42,41	32,01	37,67	27,71	9,76	+ 4,74	1961
14,04	9,00	+ 2,06	44,54	35,54	41,42	30,23	10,91	+ 3,12	1962
16,86	6,38	+ 0,52	48,42	38,32	45,53	33,21	12,05	+ 2,89	1963
20,65	7,38	− 0,60	51,84	40,76	48,23	34,77	13,19	+ 3,61	1964
20,63	7,87	− 6,31	56,94	45,03	53,39	38,00	15,11	+ 3,55	1965
20,92	7,35	− 4,08	63,36	49,96	60,15	42,11	17,68	+ 3,21	1966
18,56	7,85	− 5,76	66,85	52,30	68,09	48,58	19,09	− 1,24	1967
20,42	7,98	− 3,81	72,35	57,64	72,85	51,72	20,72	− 0,50	1968
23,46	10,67	+ 5,57	81,05	66,08	80,10	56,55	23,12	+ 0,95	1969
31,02	12,47	− 4,97	94,23	78,53	87,91	60,86	26,59	+ 6,32	1970
33,51	15,56	− 8,40	108,32	90,97	101,13	67,99	32,50	+ 7,19	1971
33,45	17,42	−12,89	125,73	104,25	117,20	78,49	38,05	+ 8,53	1972
34,61	18,61	− 2,38	149,47	123,68	136,06	89,69	45,52	+13,41	1973
39,36	21,42	−16,93	166,62	138,20	162,47	105,78	55,44	+ 4,15	1974
39,67	22,54	−55,30	191,05	154,90	193,36	127,72	64,42	− 2,31	1975
38,81	27,30	−38,96	212,57	174,93	211,74	140,48	69,28	+ 0,83	1976
38,63	29,18	−25,27	222,23	186,23	225,84	150,51	72,72	− 3,61	1977
42,21	26,89	−29,78	236,60	197,60	238,26	157,51	77,72	− 1,66	1978
47,15	29,88	−35,90	254,06	213,89	253,79	167,08	83,59	+ 0,27	1979
52,77	32,28	−46,94	276,90	231,00	272,93	177,76	91,83	+ 3,97	1980
48,89	30,29	−62,95	300,90	249,68	294,60	192,07	99,06	+ 6,30	1981
44,05	30,32	−60,33	319,03	264,93	311,18	207,46	100,68	+ 7,85	1982
40,48	29,84	−42,25	318,37	270,17	318,43	210,96	103,96	− 0,06	1983
40,57	32,28	−33,45	331,78	283,57	332,05	214,86	111,50	− 0,27	1984
41,25	31,54	−26,01	348,02	298,10	343,08	219,71	117,59	+ 4,94	1985 [11])
45,34	29,22	−33,36	364,28	314,02	354,45	225,73	123,35	+ 9,83	1986 [11])

[7]) Überschuß: +, Defizit: −.
[8]) Empfangene Vermögenseinkommen, Sozialbeiträge, Abschreibungen, empfangene Vermögensübertragungen und sonstige laufende Übertragungen (einschließlich der Übertragungen von den Gebietskörperschaften).
[9]) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge.
[10]) Subventionen, soziale Leistungen, Zinsen, Staatsverbrauch, geleistete Vermögensübertragungen (einschließlich der Vermögensübertragungen an die Gebietskörperschaften), Bruttoinvestitionen und sonstige laufende Übertragungen.
[11]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Öffentlicher Gesamthaushalt									
1962	106,48	27,38	23,23	2,96	16,55	104,83	86,66	.	− 1,80	2,16
1963	116,34	30,36	24,35	2,75	19,09	110,88	91,63	.	− 5,29	5,42
1964	127,15	33,13	27,86	3,05	22,44	121,45	100,05	.	− 5,56	5,40
1965	139,30	37,38	33,29	3,49	23,47	129,87	106,16	.	− 9,37	6,92
1966	145,02	41,58	35,33	4,37	23,36	137,44	112,71	.	− 7,66	5,82
1967	153,79	44,12	36,87	5,38	22,78	141,68	114,98	.	−12,11	12,96
1968	158,83	46,87	40,96	5,65	23,04	151,29	122,01	.	− 7,38	10,71
1969	174,55	52,85	43,15	6,24	26,39	176,93	145,59	.	+ 2,45	2,46
1970	196,32	61,42	46,87	6,79	32,24	188,29	154,04	.	− 8,09	6,49
1971	226,48	73,36	53,02	7,67	37,57	211,18	172,26	.	−15,61	13,93
1972	252,13	81,87	60,88	8,77	39,13	239,22	196,98	.	−13,09	15,38
1973	280,49	93,90	67,16	10,51	41,35	271,47	224,83	.	− 8,82	11,40
1974	318,26	108,71	76,03	12,44	46,13	290,88	239,59	.	−27,26	22,46
1975	360,51	118,11	99,06	14,51	46,03	296,64	242,08	.	−63,85	53,63
1976	376,76	124,24	105,04	17,81	43,63	328,70	267,51	.	−48,03	46,75
1977	395,17	132,07	109,69	20,65	43,21	364,00	299,05	.	−31,18	31,69
1978	433,40	140,94	122,20	21,74	47,56	393,74	318,96	.	−39,62	40,65
1979	469,85	150,46	128,43	24,73	53,32	423,50	342,71	.	−46,57	43,44
1980	509,24	162,47	137,67	29,35	60,00	452,14	364,90	.	−57,07	53,76
1981	541,76	172,51	151,46	36,41	56,99	466,09	370,20	.	−75,65	69,56
1982	561,55	177,24	156,39	44,88	52,01	491,58	378,54	.	−69,94	68,60
1983	570,08	182,14	153,54	51,14	48,50	514,77	396,22	.	−55,29	56,16
1984	583,58	184,94	157,49	53,31	47,62	537,05	414,55	.	−46,50	49,78
1985	604,03	191,66	163,20	55,77	49,98	564,68	437,00	.	−39,30	40,53
1986	627,35	200,36	170,76	57,61	53,00	585,37	452,56	.	−41,92	41,78
	Bund									
1962	49,87	6,55	14,44	0,91	2,95	49,41	45,54	1,00	− 0,61	0,30
1963	54,76	7,43	14,87	0,99	3,43	52,37	49,42	0,07	− 2,22	1,97
1964	58,15	8,18	17,97	1,12	3,68	57,75	54,55	0,15	− 0,26	0,58
1965	64,19	9,11	22,42	1,17	3,77	63,12	59,03	0,15	− 1,00	0,11
1966	66,88	10,24	23,92	1,53	3,88	65,76	62,25	0,16	− 1,19	0,22
1967	74,64	10,90	25,26	2,01	4,67	67,04	63,12	0,17	− 7,61	6,64
1968	75,77	11,42	28,11	1,92	4,15	70,69	66,18	0,16	− 4,92	5,76
1969	82,26	12,83	30,40	2,19	5,01	83,37	78,59	0,09	+ 1,18	0,00
1970	87,99	14,55	32,59	2,46	5,64	88,40	83,71	0,10	+ 0,35	1,11
1971	98,48	17,02	35,19	2,60	6,41	97,40	92,23	0,11	− 1,39	1,44
1972	111,10	18,96	39,70	2,80	6,63	106,34	101,71	0,13	− 4,79	3,98
1973	122,56	21,27	43,19	3,33	6,49	119,79	114,96	0,15	− 2,59	2,68
1974	134,04	24,03	47,33	4,23	7,10	123,57	118,66	0,16	−10,35	9,48
1975	158,80	25,45	62,18	5,21	7,81	123,79	119,21	0,19	−34,99	29,93
1976	165,20	26,25	65,80	6,88	7,01	136,63	130,90	0,21	−28,54	25,78
1977	172,39	27,47	66,62	8,54	7,21	149,76	144,00	0,24	−22,64	21,82
1978	189,66	28,77	75,30	9,56	7,66	163,15	154,09	0,26	−26,47	26,09
1979	203,41	30,17	78,62	11,26	7,98	177,52	166,14	0,27	−26,10	25,66
1980	215,72	32,14	83,29	13,97	8,21	188,09	176,18	0,61	−27,61	27,12
1981	232,99	34,08	92,68	18,00	7,28	195,03	180,45	0,38	−37,94	37,39
1982	244,65	34,40	95,49	22,11	6,96	206,97	183,11	0,35	−37,66	37,18
1983	246,75	35,14	90,52	26,62	7,12	214,81	190,28	0,39	−31,92	31,48
1984	251,78	35,46	92,75	27,76	7,12	223,13	197,20	0,40	−28,63	28,31
1985	257,11	36,67	94,79	29,16	7,39	234,35	206,30	0,38	−22,74	22,39
1986	261,53	37,94	96,34	30,27	7,52	238,25	208,91	0,44	−23,26	22,93

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EG-Anteile, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in der Abgrenzung der Finanzstatistik. Bis 1985 Rechnungsergebnisse, für die Gemeinden jedoch noch für 1985 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik, zuzüglich nicht mehr erfaßte Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; für 1986 Ergebnisse der Vierteljahresstatistik einschließlich Sonderrechnungen der Länder sowie Krankenhäuser der Länder und Gemeinden; mit dem Jahr 1985 nur bedingt vergleichbar.

noch Tabelle 37*

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Mrd DM

Zeitraum	Ausgaben					Einnahmen			Finanzierungssaldo	Kredite (netto)
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter			
		Personalausgaben	laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen		Steuern	Zuweisungen		
	Länder [2])									
1962	43,51	14,03	5,06	0,66	3,09	43,67	28,89	6,54	+ 0,16	− 0,44
1963	45,96	15,43	5,27	0,64	3,57	45,13	29,77	6,93	− 0,83	− 0,05
1964	50,18	16,77	5,15	0,64	4,28	48,48	32,20	6,94	− 1,70	1,27
1965	54,55	19,02	5,45	0,77	4,68	50,48	33,66	7,02	− 4,07	2,67
1966	57,88	21,02	5,46	0,96	4,66	54,12	36,26	7,56	− 3,75	2,62
1967	60,15	22,32	5,62	1,25	4,52	56,70	37,60	7,59	− 3,44	3,89
1968	63,38	23,86	6,82	1,48	4,53	62,25	40,92	9,02	− 1,14	2,27
1969	67,78	26,88	6,41	1,61	4,94	69,45	48,35	8,37	+ 1,68	− 0,34
1970	77,65	31,65	7,28	1,68	6,40	74,59	52,16	8,28	− 3,06	2,16
1971	89,53	38,08	8,26	2,00	6,96	84,00	58,56	9,66	− 5,54	4,88
1972	100,38	42,38	9,31	2,32	6,73	98,95	69,23	11,53	− 1,44	3,55
1973	115,85	48,94	10,76	2,70	7,37	113,87	79,22	13,18	− 1,98	2,58
1974	134,05	56,82	12,91	3,15	8,66	124,95	87,35	13,89	− 9,10	7,74
1975	146,28	62,30	16,09	3,88	8,59	126,40	85,57	15,31	−19,88	17,00
1976	154,39	66,17	16,39	5,22	8,12	138,88	94,95	16,23	−15,51	15,87
1977	161,60	70,84	17,30	6,38	8,38	153,49	107,76	17,69	− 8,10	8,44
1978	176,52	75,39	19,22	6,88	8,75	164,12	115,55	18,58	−12,40	12,52
1979	191,83	80,80	20,10	7,93	9,35	177,24	125,10	20,40	−14,60	13,34
1980	208,61	87,44	22,26	8,95	10,56	186,17	130,75	21,72	−22,44	21,15
1981	216,63	92,80	23,26	10,89	10,02	190,59	131,55	23,24	−26,05	24,57
1982	224,20	95,83	23,41	13,85	9,94	199,64	135,94	23,88	−24,57	24,03
1983	228,29	98,78	23,77	16,09	9,87	206,90	142,85	23,87	−21,39	21,64
1984	234,29	100,22	23,33	17,51	9,96	216,06	150,18	23,47	−18,23	19,38
1985	243,94	103,77	24,47	18,58	10,61	226,61	159,12	24,00	−17,31	17,19
1986	253,13	107,92	25,33	19,62	10,86	235,70	166,84	24,92	−17,40	16,75
	Gemeinden und Gemeindeverbände [3])									
1962	28,04	6,80	2,15	0,79	10,51	26,93	10,12	5,97	− 1,11	2,20
1963	31,48	7,50	2,65	0,90	12,09	29,33	10,61	6,54	− 2,16	2,75
1964	35,81	8,19	3,04	1,07	14,47	32,28	11,34	7,10	− 3,53	3,50
1965	39,02	9,25	3,60	1,30	15,02	34,70	11,81	7,73	− 4,33	4,34
1966	41,03	10,32	4,17	1,59	14,81	37,66	12,66	8,45	− 3,36	3,32
1967	41,02	10,91	4,33	1,81	13,59	39,49	12,70	8,66	− 1,53	2,50
1968	43,19	11,59	4,35	1,92	14,36	41,48	13,32	8,89	− 1,71	2,40
1969	48,42	13,13	4,73	2,08	16,44	48,17	17,16	9,55	− 0,25	2,71
1970	56,49	15,22	5,38	2,40	20,20	50,83	16,60	10,51	− 5,66	3,45
1971	67,42	18,26	6,50	2,81	24,20	58,47	19,18	11,80	− 8,95	7,73
1972	74,72	20,53	8,10	3,39	25,77	67,82	23,13	13,71	− 6,90	7,99
1973	84,08	23,69	8,98	4,21	27,50	79,13	27,28	15,96	− 4,94	6,96
1974	95,85	27,86	11,09	4,85	30,37	87,55	29,54	17,14	− 8,29	5,67
1975	101,23	30,36	12,86	5,25	29,64	92,03	30,22	18,00	− 9,20	6,76
1976	104,08	31,82	14,04	5,53	28,51	100,15	33,86	18,29	− 3,93	5,03
1977	107,65	33,77	15,08	5,58	27,62	106,30	38,06	20,47	− 1,35	2,57
1978	118,19	36,78	16,15	5,28	31,16	116,58	39,68	23,25	− 1,61	2,98
1979	130,35	39,49	16,95	5,66	35,99	125,06	41,10	25,57	− 5,29	3,93
1980	145,47	42,89	19,04	6,57	41,23	139,83	47,26	28,39	− 5,65	4,34
1981	152,13	45,63	21,07	7,58	39,69	142,02	45,99	29,64	−10,11	6,14
1982	153,06	47,01	22,51	8,83	35,12	145,79	46,87	29,94	− 7,26	6,84
1983	151,66	48,23	23,22	8,34	31,51	150,33	49,33	28,92	− 1,33	2,68
1984	154,70	49,27	24,36	8,06	30,54	155,82	52,52	30,74	+ 1,13	1,23
1985	162,59	51,22	26,60	7,99	31,98	163,45	56,35	32,39	+ 0,86	1,13
1986	171,69	54,50	29,14	7,70	34,63	170,05	58,84	33,75	− 1,64	1,97

[2]) Einschließlich staatlicher Krankenhäuser und Sonderrechnungen.
[3]) Einschließlich kommunaler Krankenhäuser.

Quelle: BMF

Tabelle 38*

Ausgaben und Einnahmen der staatlichen

Mio

Jahr	Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin
						Gesamtausgaben [2]						
1970	116 794	4 599	12 498	30 330	11 302	7 004	17 857	19 316	1 860	5 038	1 719	6 800
1971	137 311	5 446	14 728	35 409	13 412	8 398	21 055	22 470	2 163	5 704	2 032	7 915
1972	153 692	6 022	16 581	39 907	14 976	9 311	23 515	25 085	2 457	6 253	2 284	8 851
1973	173 829	6 869	19 215	45 100	16 787	10 404	26 719	28 104	2 882	6 777	2 627	10 149
1974	203 353	8 069	22 544	53 386	19 440	11 761	31 219	32 826	3 275	7 841	3 139	11 902
1975	219 224	8 808	24 377	57 466	20 612	12 469	33 082	35 778	3 632	8 514	3 519	13 093
1976	229 625	9 208	25 587	59 887	22 370	12 883	34 096	37 449	3 842	8 834	3 669	13 941
1977	240 098	9 611	26 956	62 270	22 459	13 586	36 568	39 190	3 989	9 569	3 852	14 622
1978	260 590	10 179	28 910	68 927	24 129	14 483	40 285	42 700	4 234	9 985	4 130	15 386
1979	284 160	11 145	31 713	74 764	26 236	15 742	44 595	46 833	4 621	10 322	4 393	16 457
1980	311 730	12 243	34 862	82 440	28 179	17 088	49 879	50 723	5 037	10 925	4 969	18 070
1981	325 170	12 788	36 764	85 825	29 548	18 012	50 858	53 262	5 275	11 556	5 033	18 920
1982	333 094	12 996	37 442	87 057	30 225	18 280	51 945	55 082	5 782	12 778	5 108	19 603
1983	337 132	13 515	37 340	86 952	30 448	18 518	52 392	56 093	5 928	12 800	5 263	20 334
1984	344 751	13 577	37 906	88 573	31 623	18 880	53 852	57 022	5 995	13 087	5 337	21 386
1985	359 658	14 324	39 768	92 812	33 040	19 643	55 166	60 190	6 678	13 415	5 521	22 161
1986	378 001	15 069	42 472	97 397	35 551	20 252	57 869	63 380	6 413	13 885	5 422	22 626
						darunter: Investitionsausgaben						
1970	35 487	1 264	3 761	9 202	3 491	2 227	5 963	6 276	439	1 114	442	1 305
1971	41 186	1 536	4 373	10 231	4 432	2 715	7 082	7 342	499	1 204	503	1 268
1972	43 862	1 605	4 620	11 071	4 791	2 845	7 462	7 720	564	1 239	559	1 390
1973	47 990	1 807	5 168	12 439	4 835	2 857	8 196	8 565	662	1 228	670	1 564
1974	52 831	1 859	5 764	14 139	5 170	3 072	9 055	9 034	686	1 333	828	1 891
1975	51 798	1 922	5 688	14 144	4 671	2 828	8 334	9 302	709	1 282	872	2 044
1976	51 581	1 951	5 364	13 473	5 632	2 736	7 704	9 611	749	1 201	775	2 384
1977	49 506	1 898	5 366	12 603	4 364	2 694	8 054	9 319	660	1 331	709	2 508
1978	55 505	2 017	5 861	14 951	4 668	2 955	9 468	10 163	692	1 358	731	2 640
1979	62 384	2 259	6 778	16 103	5 256	3 393	10 861	11 942	830	1 372	732	2 859
1980	70 994	2 623	7 618	18 555	5 930	3 688	12 790	13 339	893	1 433	935	3 190
1981	68 813	2 541	7 725	17 848	5 830	3 722	11 597	13 324	904	1 530	743	3 050
1982	64 955	2 243	6 817	16 426	5 717	3 376	10 847	13 049	1 141	1 674	614	3 050
1983	60 393	2 416	6 030	14 284	5 197	3 183	10 144	12 589	870	1 741	603	3 338
1984	60 981	2 285	5 840	14 429	5 355	3 285	10 826	12 194	887	1 613	647	3 769
1985	62 289	2 323	6 217	14 322	5 254	3 341	10 279	13 482	861	1 642	658	3 906
1986	65 847	2 443	7 228	14 906	5 969	3 481	10 634	14 477	869	1 639	545	3 656
						darunter: Personalausgaben						
1970	46 870	1 963	5 039	11 760	4 394	2 592	6 750	7 599	887	2 179	738	2 969
1971	56 339	2 340	6 102	14 169	5 308	3 149	8 184	8 924	1 051	2 621	890	3 603
1972	62 914	2 611	6 846	15 804	5 932	3 501	9 206	9 926	1 168	2 891	992	4 036
1973	72 629	2 982	8 008	18 183	6 828	4 076	10 672	11 484	1 347	3 292	1 152	4 606
1974	84 682	3 526	9 432	20 998	7 990	4 688	12 516	13 587	1 546	3 777	1 349	5 274
1975	92 768	3 852	10 495	22 949	8 732	5 101	13 727	14 868	1 683	4 021	1 515	5 826
1976	98 125	4 018	11 118	24 398	9 179	5 358	14 540	15 824	1 790	4 140	1 620	6 141
1977	105 123	4 274	11 871	26 368	9 862	5 750	15 626	16 927	1 906	4 362	1 725	6 454
1978	112 172	4 439	12 736	28 389	10 465	6 103	16 721	18 010	2 028	4 619	1 846	6 813
1979	120 294	4 756	13 613	30 614	11 140	6 489	18 081	19 322	2 138	4 900	1 987	7 253
1980	130 327	5 184	14 775	33 347	12 001	7 017	19 617	20 881	2 289	5 260	2 145	7 808
1981	138 425	5 505	15 785	35 276	12 780	7 433	20 902	22 264	2 397	5 571	2 278	8 235
1982	142 846	5 727	16 336	36 323	13 109	7 671	21 511	23 158	2 463	5 790	2 334	8 424
1983	147 007	5 889	16 816	37 114	13 501	7 915	22 188	24 023	2 540	5 993	2 395	8 629
1984	149 489	5 975	17 102	37 597	13 776	8 048	22 572	24 609	2 591	6 070	2 394	8 753
1985	155 142	6 198	17 805	39 150	14 307	8 323	23 526	25 461	2 695	6 228	2 437	9 010
1986	162 737	6 501	18 772	40 942	15 113	8 729	24 644	26 857	2 823	6 439	2 513	9 404

[1]) Einschließlich Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Bis 1985 Rechnungsergebnisse; ab 1986 Kassenbestände, teilweise geschätzt.

[2]) Um Zahlungen von gleicher Ebene bereinigt.

Tabelle 38*

und kommunalen Haushalte nach Ländern [1])

DM

Insgesamt	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hamburg	Bremen	Berlin	Jahr
					noch Ausgaben: darunter: Zinsausgaben							
4 079	169	526	917	457	322	565	605	105	160	54	199	1970
4 810	211	635	1 048	574	392	652	693	118	198	63	227	1971
5 712	247	746	1 286	674	477	764	803	135	230	80	271	1972
6 908	319	881	1 533	818	582	931	980	159	293	107	307	1973
8 024	373	1 048	1 766	957	694	1 052	1 113	197	344	129	350	1974
9 148	423	1 238	2 032	1 070	749	1 187	1 251	215	414	177	392	1975
10 775	496	1 471	2 597	1 180	794	1 365	1 422	249	515	228	459	1976
11 988	573	1 684	2 890	1 309	887	1 458	1 538	277	586	272	514	1977
12 173	589	1 720	2 938	1 348	887	1 452	1 545	293	583	305	514	1978
13 594	630	1 865	3 599	1 430	933	1 715	1 664	317	577	335	528	1979
15 526	699	2 089	4 296	1 587	1 044	1 993	1 910	378	600	399	532	1980
18 483	828	2 452	5 256	1 862	1 244	2 431	2 193	461	686	491	579	1981
22 696	993	2 892	6 820	2 325	1 518	3 027	2 518	548	772	616	666	1982
24 446	1 081	3 052	7 560	2 409	1 586	3 223	2 682	609	856	686	702	1983
25 603	1 109	3 195	8 025	2 376	1 689	3 216	2 870	669	959	740	754	1984
26 577	1 221	3 289	8 286	2 448	1 786	3 235	2 927	738	1 115	779	753	1985
27 389	1 243	3 333	8 806	2 509	1 790	3 233	2 980	819	1 146	810	720	1986
					Gesamteinnahmen [2])							
108 080	4 166	11 630	28 463	10 208	6 261	16 406	18 110	1 738	4 485	1 636	6 506	1970
122 827	4 820	13 025	32 388	11 523	7 071	18 901	20 379	1 949	5 074	1 822	7 297	1971
145 355	5 559	15 753	38 115	13 657	8 309	22 576	24 230	2 279	5 729	2 192	8 504	1972
166 909	6 479	18 220	43 663	15 755	9 649	25 613	27 913	2 679	6 449	2 401	9 890	1973
185 961	7 426	20 058	48 660	17 387	10 446	28 651	31 217	2 846	7 333	2 713	11 269	1974
190 147	7 555	20 844	48 787	17 573	10 842	29 158	32 211	2 994	7 534	2 688	12 087	1975
210 185	8 217	22 662	54 382	19 464	11 720	32 617	35 616	3 294	8 235	2 959	13 160	1976
230 645	8 981	25 463	59 655	21 321	13 027	35 950	38 579	3 625	9 203	3 253	14 161	1977
246 582	9 709	26 987	62 982	23 144	13 813	38 670	41 859	3 905	9 442	3 475	15 355	1978
264 288	10 344	28 920	67 292	24 769	14 729	41 383	45 084	4 025	10 242	3 704	16 459	1979
283 643	11 430	31 773	71 521	26 079	15 681	45 553	48 527	4 364	10 225	3 961	17 220	1980
289 022	11 174	32 494	72 287	26 292	15 827	46 403	49 934	4 560	10 571	3 986	18 226	1981
301 256	11 659	34 079	76 056	27 365	16 341	47 966	51 417	4 599	11 054	4 265	19 158	1982
314 410	12 209	35 192	78 815	28 877	16 960	50 485	53 967	4 802	11 409	4 298	19 848	1983
327 637	12 545	36 284	81 488	30 312	17 814	52 406	56 773	5 169	11 890	4 604	20 846	1984
343 214	13 383	38 279	84 439	32 282	18 624	54 492	59 997	5 425	12 722	4 716	21 917	1985
357 286	13 999	39 006	89 505	33 767	18 847	57 598	62 157	5 691	12 786	4 768	22 443	1986
					darunter: Steuereinnahmen							
68 975	2 258	6 885	20 339	6 707	3 655	10 662	11 310	1 052	3 129	1 026	1 952	1970
77 978	2 863	7 885	22 588	7 434	4 116	12 289	12 843	1 170	3 577	1 168	2 045	1971
92 604	3 287	9 400	26 701	9 029	4 818	14 714	15 465	1 372	4 100	1 377	2 341	1972
106 763	3 845	10 929	30 523	10 426	5 721	16 842	17 957	1 588	4 635	1 563	2 734	1973
116 402	4 274	11 764	33 595	11 357	6 166	18 147	19 193	1 725	5 338	1 715	3 128	1974
115 274	4 274	12 013	33 077	11 040	6 140	18 153	18 865	1 707	5 261	1 677	3 067	1975
128 281	4 667	12 952	37 136	12 270	6 727	20 386	21 331	1 885	5 702	1 888	3 337	1976
145 271	5 262	15 249	41 434	13 876	7 750	23 365	24 031	2 207	6 440	1 991	3 666	1977
154 603	5 602	15 976	43 718	15 199	8 201	24 716	26 279	2 335	6 677	2 128	3 772	1978
165 456	5 976	17 278	46 591	16 182	8 860	26 517	28 096	2 397	7 444	2 162	3 953	1979
177 251	6 605	18 945	49 596	16 935	9 640	29 204	30 374	2 590	7 004	2 382	3 976	1980
176 732	6 469	18 402	48 897	17 052	9 454	29 471	30 546	2 692	7 295	2 386	4 068	1981
182 130	6 630	18 610	50 511	17 358	9 835	30 448	31 915	2 653	7 486	2 409	4 275	1982
191 556	7 011	19 768	53 164	18 523	10 221	31 605	33 756	2 745	7 721	2 450	4 592	1983
202 146	7 307	20 612	55 837	19 765	10 992	33 125	36 201	2 948	8 031	2 454	4 874	1984
215 001	7 732	22 191	58 470	21 392	11 596	35 321	38 513	3 064	8 692	2 656	5 374	1985
225 186	8 145	22 634	62 107	22 637	11 729	37 730	40 081	3 231	8 648	2 608	5 637	1986

Tabelle 39 *

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Darunter								
		Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Steuern vom Umsatz [2]	Mineralölsteuer	Tabaksteuer	Vermögensteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Gewerbesteuer [3]
1950	21 089	1 807	2 087	1 449	4 987	73	2 160	130	349	1 247
1951	27 292	2 797	2 303	2 273	7 148	463	2 404	142	409	1 963
1952	33 234	3 658	3 925	2 780	8 736	590	2 334	178	470	2 623
1953	36 537	3 740	4 870	2 990	9 104	734	2 326	405	531	3 097
1954	38 292	3 875	4 588	3 071	9 766	781	2 304	620	599	3 342
1955 [4]	42 316	4 402	4 352	3 111	11 336	1 136	2 560	534	728	3 727
1956	46 988	5 402	4 728	3 637	12 437	1 415	2 781	758	837	4 222
1957	50 275	5 289	5 879	4 506	12 882	1 642	2 933	818	967	5 047
1958	52 400	5 932	5 473	5 190	13 507	1 665	3 093	888	1 082	5 261
1959	58 880	5 855	7 323	5 118	14 943	2 145	3 265	1 116	1 216	6 468
1960	68 448	8 102	8 963	6 510	16 851	2 664	3 537	1 100	1 475	7 433
1961	78 529	10 453	10 817	7 473	18 610	3 325	3 892	1 419	1 678	8 147
1962	86 381	12 315	12 218	7 790	19 978	3 699	4 205	1 798	1 888	8 770
1963	91 082	13 844	13 451	7 688	20 733	4 139	4 311	1 673	2 134	9 273
1964	99 388	16 092	14 101	8 018	22 581	6 071	4 416	1 931	2 372	9 952
1965	105 463	16 738	14 798	8 170	24 814	7 428	4 697	1 880	2 624	10 283
1966	112 451	19 055	16 075	7 687	25 877	8 016	4 982	1 994	2 853	11 091
1967	114 631	19 558	15 782	7 061	22 500	9 423	5 801	2 421	3 059	10 991
1968	121 809	22 080	16 273	8 553	25 669	9 875	5 992	2 261	3 243	11 584
1969	145 288	27 057	16 989	10 895	34 099	10 601	6 233	2 458	3 507	15 386
1970	154 137	35 086	16 001	8 717	38 564	11 512	6 537	2 877	3 830	12 117
1971	172 409	42 803	18 340	7 167	43 365	12 417	6 863	3 123	4 156	14 118
1972	197 003	49 770	23 140	8 495	47 027	14 227	7 826	2 994	4 722	17 023
1973	224 803	61 255	26 452	10 887	49 489	16 589	8 872	3 234	4 989	20 312
1974	239 581	71 960	26 793	10 403	51 171	16 052	8 952	3 410	5 159	21 568
1975	242 068	71 191	28 001	10 054	54 083	17 121	8 886	3 339	5 303	20 897
1976	268 076	80 609	30 860	11 840	58 460	18 121	9 379	3 917	5 630	23 334
1977	299 444	90 773	35 508	16 830	62 684	19 184	9 803	4 995	5 929	26 482
1978	319 101	92 013	37 426	19 824	73 266	20 463	10 459	4 525	6 282	27 329
1979	342 823	97 067	37 551	22 912	84 206	21 140	10 701	4 482	7 576	28 384
1980	364 991	111 559	36 796	21 323	93 448	21 351	11 288	4 664	6 585	27 960
1981	370 319	116 559	32 928	20 162	97 789	22 180	11 253	4 687	6 593	26 069
1982	378 702	123 407	30 602	21 458	97 717	22 835	12 208	4 982	6 689	26 103
1983	396 575	128 889	28 275	23 675	105 871	23 338	13 881	4 992	6 984	26 184
1984	414 695	136 350	26 368	26 312	110 483	24 033	14 429	4 492	7 284	28 320
1985	437 199	147 630	28 568	31 836	109 825	24 521	14 452	4 287	7 350	30 759
1986	452 436	152 233	29 881	32 301	111 139	25 644	14 480	4 396	9 356	31 987
1985 1. Vj.	101 943	33 439	7 598	6 894	28 540	3 650	2 099	1 092	1 810	7 449
2. Vj.	102 918	33 140	5 522	8 255	26 530	5 797	3 555	1 061	2 199	7 577
3. Vj.	109 163	37 180	6 951	8 273	25 736	6 439	3 607	1 048	1 834	7 632
4. Vj.	123 175	43 870	8 497	8 414	29 019	8 634	5 191	1 085	1 506	8 100
1986 1. Vj.	105 297	33 680	8 512	7 989	28 588	3 681	2 102	1 048	1 928	7 477
2. Vj.	107 458	34 521	5 273	8 434	26 692	6 420	3 480	1 050	2 954	7 951
3. Vj.	113 595	38 759	7 156	7 640	26 526	6 748	3 795	1 062	2 586	8 233
4. Vj.	126 085	45 273	8 940	8 238	29 333	8 795	5 103	1 236	1 889	8 326
1987 1. Vj.	108 743	35 896	7 722	7 000	30 814	3 985	2 144	1 252	2 005	7 561
2. Vj.	108 454	37 204	5 819	5 732	28 185	6 043	3 657	1 290	2 488	7 779
3. Vj. [5]	...	41 837	7 524	7 209	28 176	7 003	3 620	1 362	2 078	...

[1] Von 1957 bis 1969 ohne buchmäßige Mehreinnahmen aus Regierungskäufen im Ausland; 1970 ohne, ab 1971 einschließlich Zölle auf Regierungskäufe im Ausland; von 1969 bis 1971 ohne Vergütungen an die Importeure aufgrund des Absicherungsgesetzes; 1973 und 1974 ohne Stabilitätszuschlag und Investitionsteuer.

[2] Bis 1967 Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968 Umsatzsteuer (MWSt) und Einfuhrumsatzsteuer, 1969 bis 1972 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer.

[3] Bis 1981 einschließlich Lohnsummensteuer.

[4] Ohne Saarland.

[5] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: BMF

Tabelle 40*

Verschuldung der öffentlichen Haushalte[1])

Mio DM

Ende des Zeitraums	Insgesamt[2])	Nach Kreditnehmern			Nach ausgewählten Schuldarten			
		Bund[3])	Länder[4])	Gemeinden[5])	Anleihen[6])	Direktausleihungen der Kreditinstitute[7])	Darlehen von Nichtbanken	
							Sozialversicherungen[8])	sonstige[9])
1950	20 634	7 290	12 844	500	—	465	150	140
1951	22 365	8 220	13 294	850	49	745	290	205
1952	24 044	8 897	13 717	1 430	419	1 280	435	335
1953	33 901	16 726	14 563	2 320	1 126	2 120	1 323	657
1954	38 699	17 894	15 018	3 600	1 678	2 880	1 787	1 059
1955	40 943	17 868	15 523	4 670	2 022	3 660	2 019	1 371
1956	41 892	17 614	15 741	5 610	1 726	4 340	2 239	1 623
1957	43 614	19 723	13 963	7 010	1 780	5 410	2 433	1 835
1958	46 122	20 077	14 708	8 370	2 303	7 575	2 483	1 883
1959	49 084	20 986	14 920	9 630	3 058	9 450	2 472	1 998
1960	52 182	22 572	14 695	11 169	3 528	10 600	2 667	2 604
1961	56 564	25 941	13 903	12 805	4 810	11 693	4 687	2 811
1962	59 984	27 256	13 402	15 068	5 700	13 227	4 880	3 235
1963	66 687	30 136	13 329	17 686	7 712	15 582	5 066	4 399
1964	73 107	31 338	14 291	21 264	8 974	19 656	5 657	5 121
1965	82 981	33 017	17 401	25 844	11 195	24 749	6 591	6 339
1966	92 291	35 581	20 328	29 465	12 092	29 519	7 245	7 868
1967	107 175	43 468	24 188	31 986	14 230	34 114	8 387	8 690
1968	115 870	47 192	26 339	34 186	16 074	42 536	6 957	9 221
1969	116 141	45 360	25 771	36 663	16 266	50 051	6 101	9 884
1970	125 890	47 323	27 786	40 295	17 491	59 523	5 725	11 104
1971	140 399	48 764	33 037	47 927	20 249	70 665	6 511	12 592
1972	156 063	55 299	36 963	55 984	24 971	81 874	7 374	14 667
1973	167 754	61 356	39 462	63 003	27 379	92 077	14 392	6 222
1974	192 383	72 138	47 323	66 375	30 940	107 795	16 954	6 969
1975	256 389	108 502	67 001	74 411	40 680	150 139	18 426	7 638
1976	296 650	128 449	81 805	79 830	52 101	180 932	12 953	9 581
1977	328 484	150 150	89 583	83 345	63 498	195 219	10 342	10 925
1978	370 811	177 518	102 139	86 700	69 913	227 075	10 144	11 118
1979	413 935	202 632	115 900	90 406	81 414	262 087	10 125	12 517
1980	468 612	232 320	137 804	95 208	87 428	305 724	10 570	20 801
1981	545 617	273 114	165 150	102 639	89 404	378 817	10 691	23 835
1982	614 820	309 064	190 622	109 858	114 128	417 144	10 690	26 798
1983	671 708	341 444	212 026	112 452	140 464	437 908	10 527	30 085
1984	717 522	367 297	230 551	113 116	173 006	456 268	9 809	27 581
1985	760 192	392 356	247 411	113 738	207 787	464 921	9 088	27 173
1986	800 967	415 390	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 351
1986 Mär	771 405	401 324	249 167	114 500	220 384	460 034	8 592	26 401
Jun	770 709	397 590	252 018	114 800	227 745	456 759	8 505	26 494
Sep	728 296	403 455	253 521	115 100	239 439	454 314	8 501	25 936
Dez	800 967	415 390	264 351	114 811	251 595	456 259	8 223	25 351
1987 Mär	812 992	424 147	267 230	115 400	268 814	450 505	7 810	24 212
Jun	819 579	425 784	271 651	116 100	275 134	451 026	7 791	23 987

[1]) Ohne Verschuldung der Haushalte untereinander.
[2]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Auftragsfinanzierung Öffa, Länder, Gemeinden. Änderungen der Berichterstattung werden in den Fußnoten 3 bis 8 erläutert.
[3]) Ab Ende 1972 einschließlich Auftragsfinanzierung Öffa und Krankenhausfinanzierung; ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.
[4]) Ab 1978 einschließlich Nettokreditaufnahme für die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen.
[5]) Ab 1973 einschließlich Verschuldung der kommunalen Zweckverbände und der kommunalen Krankenhäuser. Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.
[6]) Einschließlich Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen; ohne die im Bestand der Emittenten befindlichen Stücke. Ab Dezember 1981 ohne Kassenobligationen mit einer Laufzeit von über 4 Jahren.
[7]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Bis Ende 1973 Bankkredite, ab 1974 einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.
[8]) Einschließlich Schuldbuchforderungen und Schatzbriefe. Ab 1973 einschließlich Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen.
[9]) Im wesentlichen Schuldscheindarlehen. Einschließlich der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 41*

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

Mrd DM

Zeitraum [1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [5]	Finanzielle Sektoren zusammen [2] [6]	Sektoren insgesamt [2]
	private Haushalte	Unternehmen einschl. [2] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [3]	Sozialversicherung [4]	zusammen [2]			
	I. Ersparnis und Vermögensübertragungen									
1960	16,11	28,36	20,66	7,70	14,55	2,79	61,81	− 3,93	1,27	59,15
1961	19,09	24,30	16,47	7,83	14,32	5,10	62,81	− 2,30	2,53	63,04
1962	19,32	27,51	20,56	6,95	14,79	3,30	64,92	1,30	1,13	67,35
1963	23,00	22,10	14,78	7,32	15,92	3,07	64,09	− 0,17	1,40	65,32
1964	28,39	27,14	17,93	9,21	18,42	3,77	77,72	− 0,17	1,59	79,14
1965	34,44	28,07	18,55	9,52	12,46	3,71	78,68	6,57	2,04	87,29
1966	33,91	27,71	16,15	11,56	14,79	3,42	79,83	− 0,55	2,42	81,70
1967	31,93	30,05	16,68	13,37	10,63	− 1,00	71,61	−10,35	1,90	63,16
1968	38,64	33,67	19,71	13,96	14,32	− 0,32	86,31	−11,71	2,24	76,84
1969	45,46	29,84	19,65	10,19	26,36	1,14	102,80	− 7,92	3,12	98,00
1970	54,67	32,95	21,46	11,49	22,88	6,49	116,99	− 3,14	4,37	118,22
1971	60,01	32,46	15,92	16,54	21,51	7,44	121,42	− 2,11	3,77	123,08
1972	69,60	30,29	15,65	14,64	16,50	8,81	125,20	− 2,59	6,00	128,61
1973	72,28	26,89	15,94	10,95	27,71	13,79	140,67	−11,36	7,86	137,17
1974	83,24	19,87	2,51	17,36	17,18	4,76	125,05	−25,89	12,09	111,25
1975	96,38	13,51	0,41	13,10	−21,17	− 1,82	86,90	−10,06	11,23	88,07
1976	87,15	34,71	21,75	12,96	− 6,14	1,30	117,02	− 8,74	10,31	118,59
1977	83,41	29,08	19,84	9,24	6,75	− 3,14	116,10	− 8,26	11,13	118,97
1978	86,04	41,79	40,13	1,66	5,22	− 1,35	131,70	−16,95	14,14	128,89
1979	97,73	37,63	38,70	− 1,07	3,18	0,64	139,18	13,20	17,90	170,28
1980	107,41	15,90	12,01	3,89	− 3,26	4,46	124,51	30,63	20,72	175,86
1981	122,59	− 8,77	−13,98	5,21	−24,14	7,07	96,75	14,96	23,49	135,20
1982	116,16	1,66	−10,00	11,66	−27,12	8,66	99,36	− 5,87	20,79	114,28
1983	100,56	27,14	23,42	3,72	−13,29	0,80	115,21	− 8,76	24,14	130,59
1984	110,51	27,41	18,57	8,84	− 4,99	0,43	133,36	−19,69	25,58	139,25
1985	113,86	25,24	14,59	10,65	2,67	5,81	147,58	−41,85	22,42	128,15
1986	127,18	55,03	34,10	20,93	− 1,05	10,50	191,66	−77,52	20,06	134,20
1987 1. Hj.	65,67	45,42	30,79	14,63	− 3,87	− 2,75	104,47	−36,98	4,69	72,18
	II. Nettoinvestitionen [7] (Sachvermögensbildung)									
1960	—	49,82	32,51	17,31	8,41	0,19	58,42	—	0,73	59,15
1961	—	51,92	32,94	18,98	10,06	0,14	62,12	—	0,92	63,04
1962	—	53,48	33,05	20,43	12,67	0,21	66,36	—	0,99	67,35
1963	—	48,77	27,73	21,04	15,33	0,21	64,31	—	1,01	65,32
1964	—	58,88	34,06	24,82	18,95	0,19	78,02	—	1,12	79,14
1965	—	67,02	40,36	26,66	18,72	0,20	85,94	—	1,36	87,29
1966	—	61,11	32,77	28,34	18,78	0,27	80,16	—	1,54	81,70
1967	—	45,09	17,76	27,33	16,34	0,26	61,69	—	1,47	63,16
1968	—	56,97	29,61	27,36	18,00	0,20	75,17	—	1,67	76,84
1969	—	74,94	46,80	28,14	20,78	0,21	95,93	—	2,08	98,00
1970	—	87,95	55,91	32,04	27,85	0,17	115,97	—	2,25	118,22
1971	—	90,45	50,61	39,84	29,87	0,25	120,57	—	2,51	123,08
1972	—	95,97	47,15	48,82	29,40	0,28	125,65	—	2,96	128,61
1973	—	103,56	51,53	52,03	30,10	0,38	134,04	—	3,13	137,17
1974	—	72,65	29,58	43,07	34,30	0,61	107,56	—	3,69	111,25
1975	—	49,74	13,67	36,07	34,14	0,49	84,37	—	3,70	88,07
1976	—	81,49	41,79	39,70	32,83	0,47	114,79	—	3,80	118,59
1977	—	83,11	40,07	43,04	32,10	0,47	115,68	—	3,29	118,97
1978	—	90,98	44,04	46,94	35,01	0,31	126,30	—	2,59	128,89
1979	—	128,68	72,98	55,70	39,10	0,37	168,15	—	2,13	170,28
1980	—	128,35	66,07	62,28	43,61	0,49	172,45	—	3,41	175,86
1981	—	92,17	32,75	59,42	38,77	0,77	131,71	—	3,49	135,20
1982	—	75,95	21,23	54,72	33,18	0,81	109,94	—	4,34	114,28
1983	—	95,18	35,22	59,96	28,96	0,86	125,00	—	5,59	130,59
1984	—	104,39	41,83	62,56	28,46	0,70	133,55	—	5,70	139,25
1985	—	93,61	43,16	50,45	28,68	0,87	123,16	—	5,00	128,15
1986	—	97,12	48,53	48,59	32,31	0,67	130,10	—	4,10	134,20
1987 1. Hj.	—	58,31	40,57	17,74	11,79	0,32	70,42	—	1,76	72,18
	III. Geldvermögensbildung									
1960	17,60	6,75	6,25	0,81	9,11	2,67	35,57	8,37	34,80	78,75
1961	20,41	9,82	9,84	0,27	9,52	4,77	42,52	3,62	41,71	87,85
1962	21,53	5,80	6,53	− 0,42	5,70	3,04	35,72	5,03	33,02	73,77
1963	24,45	8,67	8,86	0,22	7,03	2,86	42,42	7,32	41,46	91,20
1964	29,72	10,54	10,57	0,45	6,38	3,58	49,18	8,02	42,85	100,05
1965	36,28	11,56	12,06	− 0,04	3,37	3,54	53,25	10,28	47,88	111,41
1966	34,59	8,53	8,76	0,33	4,73	3,19	49,59	7,70	46,26	103,54
1967	33,75	18,71	18,95	0,28	10,25	− 1,12	59,98	4,53	60,05	124,56
1968	42,06	17,88	17,55	0,62	8,41	− 0,61	68,44	12,85	78,54	159,83
1969	50,58	19,21	19,90	− 0,32	6,89	0,86	78,15	12,16	81,48	171,79
1970	59,02	22,70	23,49	− 0,56	4,12	6,30	91,76	33,22	102,00	226,98
1971	67,22	30,33	30,56	0,11	7,24	7,27	110,01	20,85	112,14	243,01

[1] Ab 1984 vorläufige Ergebnisse. — [2] Bei der Summenbildung wurden innersektorale Ströme nicht mitaddiert. — [3] Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen. — [4] Einschließlich Zusatzversorgungsanstalten öffentlicher Stellen. — [5] Einschließlich DDR.

Vermögensbildung und ihre Finanzierung

noch Tabelle 41*

Mrd DM

Zeitraum [1]	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Ausland [5]	Finanzielle Sektoren zusammen [2] [6]	Sektoren insgesamt [2]
	private Haushalte	Unternehmen einschl. [2] Wohnungswirtschaft	Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft	Unternehmen Wohnungswirtschaft	Gebietskörperschaften [3]	Sozialversicherung [4]	zusammen [2]			
	noch: III. Geldvermögensbildung									
1972	80,04	35,72	35,64	0,64	4,01	8,61	126,42	19,53	138,03	283,97
1973	77,56	24,85	24,62	0,75	17,96	13,28	129,73	26,11	132,13	287,97
1974	83,64	33,31	34,06	− 0,36	8,33	4,17	127,93	17,10	116,72	261,75
1975	104,03	31,45	31,77	− 0,14	14,23	0,20	142,72	28,01	168,20	338,93
1976	101,77	45,49	45,00	0,55	2,77	0,79	155,86	36,60	157,74	350,20
1977	98,56	40,22	39,04	1,00	9,59	− 3,58	146,82	29,77	166,96	343,56
1978	104,46	52,47	50,71	1,50	12,96	− 1,60	169,90	41,60	225,15	436,65
1979	118,20	45,56	43,40	1,80	5,98	0,22	170,58	42,18	186,06	398,81
1980	119,84	43,05	40,77	2,00	7,76	4,06	175,28	63,39	189,84	428,51
1981	129,96	56,35	54,13	2,00	13,36	6,37	206,20	60,11	210,87	477,18
1982	125,43	47,95	45,45	2,20	8,60	7,70	189,94	34,28	200,87	425,09
1983	112,87	65,17	62,10	2,80	14,47	− 0,01	192,26	28,02	204,46	424,74
1984	120,79	63,17	62,79	1,20	14,02	− 0,42	197,98	61,28	204,71	463,97
1985	126,12	59,92	57,00	− 1,40	17,64	5,02	201,47	70,40	223,22	495,10
1986	137,08	47,38	42,73	1,34	11,87	9,88	206,24	79,07	243,04	528,35
1987 1. Hj.	70,28	3,92	3,71	0,00	1,22	− 2,95	72,52	44,35	90,93	207,80
	IV. Kreditaufnahme und Aktienemission									
1960	1,49	28,21	18,10	10,42	2,97	0,07	32,18	12,30	34,26	78,75
1961	1,32	37,43	26,30	11,42	5,26	− 0,19	41,82	5,92	40,11	87,85
1962	2,21	31,77	19,02	13,06	3,58	− 0,05	37,16	3,73	32,88	73,77
1963	1,45	35,34	21,81	13,94	6,44	0,00	42,64	7,49	41,08	91,20
1964	1,33	42,28	26,70	16,06	6,91	0,00	49,48	8,19	42,38	100,05
1965	1,84	50,50	33,86	17,10	9,63	0,03	60,50	3,71	47,19	111,41
1966	0,68	41,93	25,38	17,11	8,72	0,04	49,92	8,25	45,38	103,54
1967	1,82	33,75	20,03	14,24	15,96	0,14	50,06	14,88	59,62	124,56
1968	3,42	41,18	27,44	14,02	12,09	− 0,09	57,30	24,56	77,98	159,83
1969	5,12	64,30	47,04	17,63	1,31	− 0,07	71,27	20,08	80,43	171,79
1970	4,35	77,70	57,94	19,99	9,09	− 0,02	90,74	36,36	99,88	226,98
1971	7,21	88,32	65,25	23,41	15,60	0,08	109,16	22,96	110,88	243,01
1972	10,44	101,40	67,14	34,82	16,91	0,08	126,87	22,12	134,99	283,97
1973	5,28	101,52	60,21	41,83	20,35	− 0,13	123,10	37,47	127,40	287,97
1974	0,40	86,09	61,13	25,35	25,45	0,02	110,44	42,99	108,32	261,75
1975	7,65	67,68	45,03	22,83	69,54	2,51	140,19	38,07	160,67	338,93
1976	14,62	92,27	65,04	27,29	41,74	− 0,04	153,63	45,34	151,23	350,20
1977	15,15	94,25	59,27	34,80	34,94	0,03	146,40	38,03	159,12	343,56
1978	18,42	101,66	54,62	46,78	42,75	0,06	164,50	58,55	213,60	436,65
1979	20,47	136,61	77,68	58,57	41,90	− 0,05	199,55	28,98	170,29	398,81
1980	12,43	155,52	94,85	60,39	54,63	0,09	223,24	32,76	172,51	428,51
1981	7,37	157,29	100,86	56,21	76,27	0,07	241,16	45,15	190,87	477,18
1982	9,27	122,24	76,68	45,26	68,90	− 0,15	200,52	40,15	184,42	425,09
1983	12,31	133,21	73,90	59,04	56,72	0,05	202,05	36,78	185,91	424,74
1984	10,28	140,15	86,05	54,92	47,47	− 0,15	198,17	80,97	184,83	463,97
1985	12,26	121,28	85,57	38,40	43,65	0,08	177,05	112,25	205,80	495,10
1986	9,90	89,47	57,16	29,00	45,23	0,05	144,68	156,59	227,08	528,35
1987 1. Hj.	4,61	16,82	13,49	3,11	16,88	0,12	38,47	81,33	88,00	207,80
	V. Finanzierungssaldo [8] (= I. ./. II. oder III. ./. IV.)									
1960	16,11	− 21,46	−11,85	− 9,61	6,14	2,60	3,39	− 3,93	0,54	—
1961	19,09	− 27,62	−16,47	−11,15	4,26	4,96	0,69	− 2,30	1,61	—
1962	19,32	− 25,97	−12,49	−13,48	2,12	3,09	− 1,44	1,30	0,14	—
1963	23,00	− 26,67	−12,95	−13,72	0,59	2,86	− 0,22	− 0,17	0,39	—
1964	28,39	− 31,74	−16,13	−15,61	− 0,53	3,58	− 0,30	− 0,17	0,47	—
1965	34,44	− 38,95	−21,81	−17,14	− 6,26	3,51	− 7,26	6,57	0,69	—
1966	33,91	− 33,40	−16,62	−16,78	− 3,99	3,15	− 0,33	− 0,55	0,88	—
1967	31,93	− 15,04	− 1,08	−13,96	− 5,71	− 1,26	9,92	−10,35	0,43	—
1968	38,64	− 23,30	− 9,90	−13,40	− 3,68	− 0,52	11,14	−11,71	0,57	—
1969	45,46	− 45,10	−27,15	−17,95	5,58	0,93	6,88	− 7,92	1,05	—
1970	54,67	− 55,00	−34,45	−20,55	− 4,97	6,32	1,02	− 3,14	2,12	—
1971	60,01	− 57,99	−34,69	−23,30	− 8,36	7,19	0,85	− 2,11	1,26	—
1972	69,60	− 65,68	−31,50	−34,18	−12,90	8,53	− 0,45	− 2,59	3,04	—
1973	72,28	− 76,67	−35,59	−41,08	− 2,39	13,41	6,63	−11,36	4,73	—
1974	83,24	− 52,78	−27,07	−25,71	−17,12	4,15	17,49	−25,89	8,40	—
1975	96,38	− 36,23	−13,26	−22,97	−55,31	− 2,31	2,53	−10,06	7,53	—
1976	87,15	− 46,78	−20,04	−26,74	−38,97	0,83	2,23	− 8,74	6,51	—
1977	83,41	− 54,03	−20,23	−33,80	−25,35	− 3,61	0,42	− 8,26	7,84	—
1978	86,04	− 49,19	− 3,91	−45,28	−29,79	− 1,66	5,40	−16,95	11,55	—
1979	97,73	− 91,05	−34,28	−56,77	−35,92	0,27	−28,97	13,20	15,77	—
1980	107,41	−112,45	−54,06	−58,39	−46,87	3,97	−47,94	30,63	17,31	—
1981	122,59	−100,94	−46,73	−54,21	−62,91	6,30	−34,96	14,96	20,00	—
1982	116,16	− 74,29	−31,23	−43,06	−60,30	7,85	−10,58	− 5,87	16,45	—
1983	100,56	− 68,04	−11,80	−56,24	−42,25	− 0,06	− 9,79	− 8,76	18,55	—
1984	110,51	− 76,98	−23,26	−53,72	−33,45	− 0,27	− 0,19	−19,69	19,88	—
1985	113,86	− 68,36	−28,56	−39,80	−26,01	4,94	24,43	−41,85	17,42	—
1986	127,18	− 42,09	−14,43	−27,66	−33,36	9,83	61,56	−77,52	15,96	—
1987 1. Hj.	65,67	− 12,89	− 9,78	− 3,11	−15,66	− 3,07	34,05	−36,98	2,93	—

[6] Banken, Bausparkassen, Versicherungen (einschließlich Pensionskassen). — [7] Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen. — [8] Finanzierungsüberschuß bzw. -defizit (−) oder Nettoveränderungen der Forderungen bzw. Verpflichtungen. Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42*

Entwicklung der Geldbe

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kredite an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungen gegenüber dem Ausland[3])			
	insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute			insgesamt	Deutsche Bundesbank	Kreditinstitute	
			zusammen[2])	Unternehmen und Privatpersonen	öffentliche Haushalte			zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+ 26,81	+0,98	+ 25,83	+ 22,37	+ 3,45	+ 3,30	+ 2,71	+ 0,59	+ 1,25
1964	+ 30,19	−1,03	+ 31,22	+ 25,14	+ 6,09	+ 1,67	+ 0,43	+ 1,24	+ 1,32
1965	+ 34,17	−0,43	+ 34,61	+ 27,54	+ 7,06	+ 0,47	− 1,31	+ 1,79	+ 1,24
1966	+ 28,20	+0,29	+ 27,91	+ 21,56	+ 6,36	+ 3,62	+ 1,90	+ 1,72	+ 1,14
1967	+ 32,89	+0,67	+ 32,22	+ 18,33	+13,89	+ 6,28	− 0,17	+ 6,45	+ 1,62
1968	+ 40,02	−2,05	+ 42,06	+ 30,90	+11,17	+10,93	+ 6,57	+ 4,36	+ 6,76
1969	+ 53,48	+0,67	+ 52,81	+ 51,22	+ 1,59	− 2,45	−10,28	+ 7,83	+12,00
1970	+ 50,53	−0,24	+ 50,77	+ 43,81	+ 6,97	+14,23	+21,60	− 7,36	− 0,29
1971	+ 69,05	−0,63	+ 69,68	+ 59,52	+10,16	+11,52	+15,91	− 4,40	− 3,28
1972	+ 86,41	−2,07	+ 88,48	+ 78,22	+10,26	+ 8,66	+15,49	− 6,83	− 6,39
1973	+ 67,55	+2,37	+ 65,18	+ 54,59	+10,59	+23,48	+26,49	− 3,01	− 7,71
1974	+ 59,77	−1,48	+ 61,25	+ 41,18	+20,07	+13,19	− 1,90	+15,09	+ 5,54
1975	+ 85,51	+6,62	+ 78,89	+ 30,87	+48,02	+16,84	− 2,22	+19,06	+15,90
1976	+ 91,21	−5,10	+ 96,31	+ 65,76	+30,55	+ 8,27	+ 8,74	− 0,48	+ 6,84
1977	+ 94,18	−1,62	+ 95,80	+ 69,11	+26,69	+10,15	+10,49	− 0,34	+ 8,25
1978	+125,37	+2,78	+122,59	+ 87,86	+34,73	+ 7,09	+19,77	−12,68	− 1,88
1979	+138,95	−1,95	+140,91	+112,38	+28,53	−21,84	− 4,85	−16,98	−12,14
1980	+126,32	+3,89	+122,43	+100,78	+21,65	−10,58	−27,93	+17,35	+ 7,35
1981	+132,04	+2,12	+129,92	+ 82,41	+47,51	+11,87	− 3,22	+15,09	+ 3,48
1982	+104,44	−1,68	+106,12	+ 66,16	+39,96	+ 4,48	+ 3,07	+ 1,41	+10,23
1983	+113,19	+1,89	+111,29	+ 92,02	+19,28	+ 1,21	− 4,07	+ 5,28	+ 8,08
1984	+108,06	−1,93	+109,99	+ 90,93	+19,06	+ 0,82	− 3,16	+ 3,97	+ 3,06
1985	+ 98,14	−2,47	+100,61	+ 81,69	+18,92	+29,97	+ 1,26	+28,71	+ 0,35
1986	+ 81,66	+3,84	+ 77,82	+ 73,63	+ 4,19	+55,94	+ 5,97	+49,97	− 9,56
1984 1. Vj.	− 0,99	−0,99	− 0,00	+ 6,20	− 6,21	+ 7,11	+ 6,81	+ 0,30	− 1,08
2. Vj.	+ 28,29	−0,92	+ 29,21	+ 26,28	+ 2,93	− 1,78	− 0,70	− 1,08	+ 4,63
3. Vj.	+ 33,13	−0,85	+ 33,98	+ 24,93	+ 9,05	− 9,60	− 7,24	− 2,36	+ 1,10
4. Vj.	+ 47,63	+0,82	+ 46,81	+ 33,52	+13,28	+ 5,10	− 2,02	+ 7,12	− 1,59
1985 1. Vj.	+ 20,48	+3,86	+ 16,62	+ 13,08	+ 3,54	− 0,87	−12,66	+11,79	+ 6,10
2. Vj.	+ 20,75	−6,17	+ 26,91	+ 23,32	+ 3,60	+ 9,99	+ 5,97	+ 4,02	− 0,74
3. Vj.	+ 11,70	−0,96	+ 12,66	+ 9,70	+ 2,97	+ 4,23	+ 5,69	− 1,47	− 1,36
4. Vj.	+ 45,21	+0,80	+ 44,41	+ 35,59	+ 8,82	+16,61	+ 2,25	+14,36	− 3,66
1986 1. Vj.	+ 5,81	+3,81	+ 2,00	+ 8,05	− 6,05	+ 5,55	+ 2,15	+ 3,41	− 4,48
2. Vj.	+ 23,56	−1,96	+ 25,52	+ 25,58	− 0,07	+ 5,40	− 8,04	+13,45	− 0,72
3. Vj.	+ 14,31	−0,34	+ 14,65	+ 12,65	+ 2,00	+17,28	+ 8,85	+ 8,43	− 3,43
4. Vj.	+ 37,99	+2,33	+ 35,67	+ 27,35	+ 8,32	+27,70	+ 3,00	+24,69	− 0,94
1987 1. Vj.	− 8,63	−2,26	− 6,37	− 2,61	− 3,77	+21,38	+14,22	+ 7,16	− 4,44
2. Vj.	+ 16,51	−0,42	+ 16,93	+ 14,44	+ 2,49	+14,99	+ 5,79	+ 9,20	− 2,52
3. Vj.	+ 36,01	−0,25	+ 36,26	+ 25,58	+10,68	− 4,31	− 1,51	− 2,81	+ 6,94

[1]) Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2]) Einschließlich Wertpapiere.
[3]) Enthält kurz-, mittel- und langfristige Positionen einschließlich Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich der Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.
[4]) Ohne Termingelder mit Befristung bis unter 4 Jahren und ohne Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist.

Tabelle 42*

stände im Bilanzzusammenhang [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd DM

III. Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten aus inländischen Quellen [4])			IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Einflüsse [7])	VI. Geldvolumen M 3 (Saldo I + II – III – IV – V)						Zeitraum
						Geldvolumen M 2				Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	
	darunter							Termingelder mit Befristung unter 4 Jahren (Quasigeld)			
insgesamt [5])	Termingelder mit Befristung v. 4 Jahren und darüber	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist [6])			insgesamt	zusammen	Geldvolumen M 1 (Bargeldumlauf und Sichteinlagen) [8])	zusammen	darunter unter 3 Monaten [9])		
+15,43	+ 4,77	+ 4,13	– 0,61	+ 1,90	+13,38	+ 5,96	+ 4,41	+ 1,55	+ 0,47	+ 7,42	1963
+17,92	+ 4,63	+ 4,82	– 0,85	+ 0,66	+14,13	+ 6,43	+ 5,40	+ 1,03	+ 0,66	+ 7,71	1964
+16,69	+ 3,74	+ 5,13	– 1,11	+ 1,83	+17,23	+ 6,10	+ 5,57	+ 0,53	– 0,07	+11,13	1965
+15,90	+ 3,22	+ 7,81	– 0,53	+ 1,49	+14,96	+ 6,50	+ 1,09	+ 5,40	– 0,58	+ 8,46	1966
+14,63	+ 2,55	+ 8,49	+ 0,29	+ 0,91	+23,35	+14,19	+ 8,31	+ 5,88	+ 3,22	+ 9,16	1967
+19,74	+ 1,49	+11,03	+ 1,19	+ 0,88	+29,14	+18,15	+ 5,53	+12,62	+ 1,69	+10,99	1968
+26,29	+ 5,52	+13,26	+ 0,44	+ 1,42	+22,88	+14,55	+ 5,96	+ 8,59	+ 5,24	+ 8,33	1969
+27,79	+ 4,26	+12,94	+ 4,09	+ 8,91	+23,98	+16,41	+ 8,69	+ 7,72	+13,61	+ 7,57	1970
+32,65	+ 7,07	+14,73	+ 4,20	+ 5,00	+38,71	+24,97	+13,24	+11,72	+ 8,91	+13,75	1971
+47,00	+ 8,68	+20,62	– 3,85	+ 4,78	+47,14	+33,51	+17,55	+15,96	+ 6,58	+13,64	1972
+45,64	+10,22	+17,52	+ 4,22	+ 7,17	+34,00	+31,94	+ 2,57	+29,37	+22,78	+ 2,05	1973
+34,46	+ 7,95	+13,35	+ 0,44	+ 2,88	+35,18	+13,68	+15,50	– 1,82	+ 7,30	+21,49	1974
+61,34	+ 9,41	+34,81	+ 1,41	+ 1,17	+38,43	– 0,40	+21,40	–21,79	–17,24	+38,82	1975
+59,12	+11,45	+22,65	–10,22	+ 9,57	+41,01	+18,92	+ 6,88	+12,04	+ 2,71	+22,09	1976
+42,92	+13,65	+14,24	– 0,82	+ 3,28	+58,95	+33,47	+21,09	+12,38	+ 9,69	+25,47	1977
+54,80	+17,01	+17,98	+ 2,51	+10,36	+64,78	+43,50	+29,74	+13,75	+ 2,27	+21,29	1978
+75,77	+18,68	+18,11	– 1,69	+ 3,80	+39,25	+30,95	+ 9,86	+21,09	+18,24	+ 8,29	1979
+61,68	+14,57	+15,89	– 1,92	+13,20	+42,78	+33,96	+ 9,35	+24,62	+33,16	+ 8,81	1980
+86,01	+13,77	+11,94	– 0,25	+22,03	+36,13	+37,39	– 2,16	+39,54	+23,51	– 1,25	1981
+46,49	+ 7,22	+16,21	+ 0,49	+ 7,17	+54,77	+24,02	+17,74	+ 6,28	+12,08	+30,76	1982
+67,14	+27,24	+11,03	+ 0,90	+ 1,00	+45,35	+13,14	+22,73	– 9,58	– 9,38	+32,20	1983
+69,73	+26,27	+22,33	– 1,18	– 0,96	+41,27	+26,94	+18,42	+ 8,52	+ 2,14	+14,34	1984
+74,99	+34,46	+21,59	+ 1,27	+ 6,46	+45,39	+23,82	+15,50	+ 8,32	+ 7,20	+21,57	1985
+69,83	+37,63	+25,26	– 1,11	+ 3,15	+65,72	+34,31	+24,65	+ 9,66	+ 9,03	+31,41	1986
+28,52	+ 6,49	+ 3,28	+ 1,95	+ 5,19	–29,55	–29,64	–23,25	– 6,38	– 6,74	+ 0,08	1984 1. Vj.
+16,39	+ 6,11	+ 3,27	+ 0,62	– 2,80	+12,30	+16,01	+10,26	+ 5,76	+ 6,46	– 3,72	2. Vj.
+ 6,86	+ 4,73	– 0,27	+ 2,34	+ 6,71	+ 7,62	+ 8,02	– 1,36	+ 9,39	+ 3,16	– 0,41	3. Vj.
+17,96	+ 8,94	+16,04	– 6,09	–10,06	+50,91	+32,54	+32,78	– 0,25	– 0,73	+18,38	4. Vj.
+33,77	+ 9,31	+ 1,07	+ 2,05	+10,04	–26,24	–30,91	–29,01	– 1,90	+ 0,79	+ 4,67	1985 1. Vj.
+13,06	+ 6,48	+ 5,52	+ 2,64	+ 1,26	+13,79	+16,80	+ 9,19	+ 7,61	+ 0,88	– 3,01	2. Vj.
+ 5,50	+ 9,16	+ 0,28	+ 0,86	+ 8,03	+ 1,53	– 1,16	+ 3,39	– 4,55	– 4,75	+ 2,68	3. Vj.
+22,66	+ 9,51	+14,73	– 4,28	–12,87	+56,32	+39,09	+31,94	+ 7,15	+10,29	+17,23	4. Vj.
+25,67	+ 9,93	+ 5,65	+ 2,14	+ 8,84	–25,29	–29,11	–20,66	– 8,45	– 8,08	+ 3,82	1986 1. Vj.
+11,19	+ 8,78	+ 3,75	+ 1,89	– 0,53	+16,40	+14,95	+15,88	– 0,94	+ 0,31	+ 1,46	2. Vj.
+11,74	+ 9,02	+ 0,68	– 2,38	+10,03	+12,20	+ 7,78	– 2,38	+10,16	+ 4,15	+ 4,43	3. Vj.
+21,22	+ 9,91	+15,17	– 2,76	–15,18	+62,41	+40,70	+31,81	+ 8,89	+12,65	+21,70	4. Vj.
+23,95	+10,63	+ 5,98	+ 6,43	+ 2,18	–19,81	–25,89	–21,94	– 3,95	– 6,70	+ 6,08	1987 1. Vj.
+12,38	+ 9,13	+ 4,05	– 3,23	+ 3,56	+18,80	+18,69	+21,92	– 3,23	– 3,56	+ 0,10	2. Vj.
+14,29	+11,65	– 2,47	+ 2,41	+12,85	+ 2,14	– 1,36	– 1,55	+ 0,20	+ 6,85	+ 3,50	3. Vj.

[5]) Einschließlich Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto) bereinigt um den Saldo der Transaktionen mit dem Ausland sowie einschließlich Kapital und Rücklagen.

[6]) Einschließlich Sparbriefe.

[7]) Saldo der übrigen Positionen der Konsolidierten Bilanz des Bankensystems (von 1972 bis 1976 einschließlich Guthaben auf Sonderkonten Bardepot).

[8]) Bargeldumlauf ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

[9]) Ohne vorübergehend zu den Kreditinstituten verlagerte öffentliche Gelder (§ 17 BBankG).

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43*

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd DM

Ende des Zeitraums	Zahlungsmittelbestände								Kredite der Kreditinstitute		
	Geldvolumen M 1			Geldvolumen M 2[3])			Geldvolumen M 3[4])		an inländische Unternehmen und Privatpersonen		an öffentliche Haushalte
	insgesamt	davon: Bargeldumlauf[1])	davon: Sichteinlagen inländischer Nichtbanken[2])	insgesamt	darunter Quasigeldbestände: zusammen	darunter Quasigeldbestände: darunter mit Befristung bis unter 3 Monaten	insgesamt	darunter Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist	insgesamt[5])	darunter kurzfristig[6])	
1955 [7])	31,46	14,04	17,42	42,54	11,08	1,86	.	.	66,95	29,28	15,88
1956 [7])	33,87	14,88	19,00	47,44	13,56	2,70	.	.	76,03	30,81	17,25
1957 [7])	37,70	16,46	21,24	54,84	17,14	3,20	73,28	18,44	84,11	33,08	18,85
1958 [7])	42,46	17,94	24,52	60,40	17,94	3,20	83,25	22,85	93,89	33,45	21,45
1959	47,66	19,38	28,27	67,63	19,97	3,32	96,68	29,05	110,39	36,36	24,95
1960	51,07	20,82	30,25	72,69	21,62	3,61	107,18	34,49	140,43	41,84	27,24
1961	58,71	23,19	35,52	82,17	23,47	3,94	123,02	40,85	162,76	48,12	28,76
1962	63,35	24,23	39,12	88,54	25,19	4,10	135,78	47,23	184,45	51,42	30,87
1963	67,76	25,50	42,26	94,51	26,75	4,57	149,15	54,65	206,66	55,36	34,53
1964	73,04	27,88	45,16	100,81	27,78	5,23	163,17	62,36	231,79	60,65	40,50
1965	78,52	29,65	48,87	106,92	28,40	5,16	180,40	73,49	259,27	67,31	47,53
1966	79,61	30,87	48,74	113,38	33,77	4,58	195,33	81,95	280,74	72,32	53,96
1967	87,92	31,51	56,41	127,57	39,65	7,80	218,68	91,11	298,88	74,29	67,89
1968	93,47	32,59	60,88	142,33	48,86	9,58	244,42	102,10	334,55	81,00	74,37
1969	99,43	34,69	64,74	156,88	57,45	14,82	267,31	110,43	385,95	101,56	75,71
1970	108,22	36,89	71,33	173,38	65,16	28,43	291,52	118,13	430,54	113,62	82,54
1971	121,52	40,29	81,23	198,60	77,07	37,34	330,74	132,14	490,57	131,73	92,63
1972	139,30	45,77	93,53	232,33	93,03	43,92	378,45	146,12	569,33	155,94	102,86
1973	142,86	47,43	95,43	265,86	123,00	67,08	416,75	150,89	631,28	166,95	113,85
1974	158,43	51,52	106,91	279,60	121,17	74,30	452,21	172,60	672,12	179,67	132,39
1975	179,90	56,48	123,42	279,32	99,42	58,60	490,89	211,57	703,19	171,20	180,41
1976	186,85	60,57	126,28	298,18	111,33	59,84	532,03	233,85	769,17	182,83	210,91
1977	208,08	67,51	140,57	331,81	123,74	69,54	591,47	259,66	838,70	192,98	237,60
1978	237,91	76,20	161,71	375,41	137,50	71,81	656,60	281,19	926,69	205,60	272,29
1979	247,87	79,88	167,99	406,49	158,62	90,05	696,21	289,72	1 039,51	236,50	300,54
1980	257,34	83,96	173,37	440,62	183,28	123,21	739,43	298,82	1 140,43	268,16	321,56
1981	255,28	84,19	171,08	478,13	222,86	146,72	776,03	297,90	1 223,25	291,27	368,80
1982	273,05	88,64	184,41	502,20	229,15	158,80	830,96	328,76	1 289,35	303,65	408,70
1983	295,80	96,43	199,37	515,36	219,57	149,46	874,84	359,48	1 380,53	317,99	427,94
1984	314,24	99,80	214,43	542,32	228,09	151,60	916,17	373,84	1 468,77	340,19	446,84
1985	329,74	104,24	225,50	566,14	236,41	158,81	961,56	395,41	1 548,16	344,78	465,75
1986	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	1 642,95	342,06	471,62
1985 1.Vj.	285,22	98,65	186,57	511,41	226,19	152,39	889,92	378,51	1 480,21	342,28	450,37
2.Vj.	294,41	99,76	194,65	528,21	233,80	153,27	903,71	375,50	1 503,22	348,97	453,97
3.Vj.	297,80	100,04	197,76	527,05	229,25	148,52	905,24	378,18	1 512,91	340,72	456,94
4.Vj.	329,74	104,24	225,50	566,14	236,41	158,81	961,56	395,41	1 548,16	344,78	465,75
1986 1.Vj.	313,44	104,19	209,25	547,99	234,55	153,64	960,17	412,18	1 579,21	349,66	460,96
2.Vj.	329,32	105,41	223,92	562,94	233,62	153,95	976,57	413,63	1 606,20	353,38	460,69
3.Vj.	326,94	107,05	219,89	570,22	243,29	157,92	988,28	418,06	1 617,20	343,91	463,34
4.Vj.	358,75	112,15	246,59	610,93	252,18	170,57	1 050,69	439,76	1 642,95	342,06	471,62
1987 1.Vj.	336,81	111,37	225,44	584,82	248,02	163,87	1 030,66	445,84	1 638,26	333,41	468,08
2.Vj.	358,73	115,42	243,31	603,52	244,79	160,32	1 049,46	445,94	1 652,70	330,05	470,57
3.Vj.	357,18	117,52	239,66	602,16	244,98	167,17	1 051,60	449,44	1 678,27	329,17	481,25

[1]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.
[2]) Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3]) Geldvolumen M 1 plus Termingelder inländischer Nichtbanken mit Befristung bis unter 4 Jahren (Quasigeldbestände).
[4]) Geldvolumen M 2 plus Spareinlagen inländischer Nichtbanken mit gesetzlicher Kündigungsfrist.
[5]) Einschließlich Bundesbahn und Bundespost. Ausnahme: Zentralbankeinlagen der Bundespost.
[6]) Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[7]) Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 44*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	27,8	30,3	24,0	35,2	47,7	47,8	43,7	59,4
1963	29,3	31,3	25,7	36,5	50,1	49,8	46,8	60,5
1964	33,5	36,2	29,7	40,9	56,8	56,7	53,5	66,8
1965	35,7	37,1	32,1	44,3	59,0	56,7	56,1	70,9
1966	35,6	38,4	31,3	43,8	57,7	58,3	53,7	68,8
1967	35,5	38,6	31,3	43,3	58,3	60,2	53,9	68,5
1968	41,0	43,4	37,2	48,6	70,8	71,7	67,0	80,9
1969	50,6	50,9	49,0	54,3	84,7	81,4	85,1	88,3
1970	53,0	53,5	51,4	56,5	83,1	81,3	81,9	88,4
1971	53,9	53,7	51,0	62,6	80,5	80,3	76,0	94,4
1972	58,0	58,5	54,5	67,9	84,4	86,6	78,7	98,1
1973	67,8	69,0	66,1	71,1	94,6	97,3	92,3	97,5
1974	73,4	82,7	68,7	72,7	89,8	93,8	88,2	88,9
1975	72,1	72,8	71,4	72,3	85,4	84,6	85,1	86,7
1976	81,8	82,7	81,2	82,2	93,6	93,4	93,1	95,6
1977	82,7	80,2	83,4	84,8	92,8	91,7	92,0	96,4
1978	86,8	83,6	87,8	89,0	96,0	95,9	94,7	99,6
1979	96,3	95,4	96,9	96,0	102,1	102,8	101,6	102,6
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,5	104,5	105,9	100,4	99,5	98,5	101,5	95,7
1982	103,4	102,0	105,4	100,2	93,9	91,5	95,9	92,1
1983	107,9	109,2	108,2	105,0	96,4	98,1	96,0	94,8
1984	118,2	120,8	119,3	111,4	102,5	104,3	103,3	97,4
1985	127,8	125,7	133,6	115,0	107,8	105,5	112,7	97,9
1986	127,9	119,0	136,4	118,6	107,7	104,0	112,5	99,9
1982 1. Vj.	109,6	108,7	111,4	106,3	100,4	97,6	102,9	98,4
2. Vj.	102,2	103,8	102,2	99,2	92,7	92,9	93,1	91,2
3. Vj.	95,4	96,5	95,6	92,9	86,2	86,4	86,5	85,0
4. Vj.	106,5	98,8	112,3	102,5	96,3	89,1	101,3	93,7
1983 1. Vj.	110,6	105,4	115,0	106,7	99,6	95,4	102,9	97,1
2. Vj.	103,7	107,7	101,8	102,7	92,9	97,2	90,3	93,1
3. Vj.	102,0	107,8	99,3	100,2	90,9	96,7	87,7	90,2
4. Vj.	115,4	116,0	116,8	110,6	102,2	103,0	102,9	98,8
1984 1. Vj.	123,6	124,1	125,2	118,4	108,3	108,6	109,4	104,9
2. Vj.	112,4 [a])	120,6 [a])	109,6 [a])	107,4	97,6 [a])	104,4 [a])	95,0 [a])	94,3
3. Vj.	112,6	116,0	113,8	104,5	97,3	99,6	98,2	90,8
4. Vj.	124,2	122,4	128,6	115,4	106,7	104,5	110,4	99,7
1985 1. Vj.	131,5	128,5	137,6	119,8	111,8	108,3	117,2	102,7
2. Vj.	125,5	127,4	129,5	111,6	105,7	106,3	109,1	94,9
3. Vj.	123,0	123,6	126,7	111,7	103,3	103,3	106,4	94,6
4. Vj.	131,0	123,1	140,6	117,1	110,3	104,0	117,9	99,2
1986 1. Vj.	131,7	122,2	140,6	122,0	110,6	104,3	116,9	103,0
2. Vj.	129,8	123,0	138,5	116,3	109,1	106,8	114,3	97,9
3. Vj.	122,7	116,4	128,5	116,5	103,3	102,8	105,5	98,0
4. Vj.	127,6	114,2	138,1	119,7	107,9	102,2	113,3	100,6
1987 1. Vj.	128,6	115,7	137,0	125,6	108,6	104,6	111,7	105,3
2. Vj.	124,2	116,9	131,2	116,4	104,6	105,8	106,3	97,1
3. Vj.	126,2	117,6	133,3	120,6	106,0	106,3	107,6	100,2

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 44*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

b) Inland (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	33,4	37,1	28,8	38,9	56,5	58,5	51,3	65,9
1963	34,3	37,4	30,0	39,9	57,8	59,1	53,2	66,4
1964	39,5	44,0	34,6	44,7	66,0	69,0	61,0	73,3
1965	42,0	44,3	37,8	48,5	68,3	67,5	64,6	77,8
1966	40,6	44,7	35,2	47,5	64,7	67,6	58,7	74,7
1967	39,2	43,3	33,7	46,4	63,4	67,5	56,6	73,7
1968	45,1	49,1	39,9	51,8	77,8	81,7	71,5	86,8
1969	55,9	58,3	53,8	57,2	94,0	94,8	93,3	93,9
1970	59,1	60,8	57,7	59,7	92,6	93,5	91,3	93,8
1971	59,8	60,4	56,7	66,1	89,1	90,5	83,5	100,0
1972	63,7	64,6	59,7	71,5	92,2	95,3	85,5	103,7
1973	70,8	74,6	67,4	73,6	98,6	105,7	93,4	101,1
1974	73,2	84,8	65,9	74,7	89,9	99,5	83,7	91,5
1975	75,6	77,4	74,6	74,8	89,7	91,2	88,5	89,9
1976	82,0	86,9	78,4	83,3	94,2	99,0	89,9	97,1
1977	84,5	82,6	84,8	86,0	94,7	93,6	93,6	98,2
1978	88,8	85,1	90,6	89,7	98,3	97,1	97,8	100,8
1979	97,1	96,1	98,1	96,4	103,2	103,6	102,9	103,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,8	100,2	98,3	98,2	94,2	94,5	94,3	93,6
1982	98,3	97,3	99,7	96,7	89,3	87,2	90,8	88,9
1983	103,1	103,5	103,6	101,4	92,1	92,7	91,9	91,6
1984	109,5	110,3	110,9	105,5	95,0	95,4	96,1	92,3
1985	116,4	114,0	122,4	107,4	98,5	95,8	103,5	91,5
1986	119,1	110,0	128,9	110,9	100,4	95,4	106,6	93,5
1982 1. Vj.	101,2	99,3	101,9	102,4	92,8	89,1	94,2	94,7
2. Vj.	96,8	101,2	94,8	95,5	87,8	90,4	86,2	87,8
3. Vj.	91,6	94,3	90,5	90,6	82,8	84,4	81,9	82,9
4. Vj.	103,5	94,3	111,8	98,5	93,6	84,8	100,8	90,0
1983 1. Vj.	106,9	99,3	113,4	103,1	96,3	89,5	101,5	93,8
2. Vj.	100,1	104,4	97,9	99,4	89,6	93,8	86,8	90,1
3. Vj.	97,2	103,0	93,8	96,9	86,6	92,2	82,8	87,3
4. Vj.	108,2	107,5	109,4	106,4	95,9	95,3	96,4	95,2
1984 1. Vj.	115,7	112,6	119,6	111,9	101,5	98,4	104,5	99,1
2. Vj.	104,8 [a])	110,2 [a])	103,0 [a])	101,9	91,2 [a])	95,5 [a])	89,4 [a])	89,4
3. Vj.	104,8	107,7	105,5	99,6	90,6	92,6	91,2	86,6
4. Vj.	112,6	110,9	115,5	108,8	96,9	95,0	99,4	94,1
1985 1. Vj.	117,7	112,3	124,1	111,6	100,4	95,0	106,1	95,8
2. Vj.	113,9	115,9	117,6	104,1	96,2	96,9	99,4	88,7
3. Vj.	113,8	115,3	117,3	104,8	95,8	96,4	98,9	88,9
4. Vj.	120,2	112,6	130,5	109,3	101,4	94,8	109,8	92,7
1986 1. Vj.	120,1	109,5	130,0	113,1	101,0	92,9	108,5	95,5
2. Vj.	121,2	114,0	131,9	108,3	102,0	98,2	109,3	91,4
3. Vj.	116,7	110,6	124,1	109,7	98,4	96,7	102,2	92,4
4. Vj.	118,6	105,9	129,4	112,6	100,1	93,8	106,3	94,7
1987 1. Vj.	119,3	104,1	129,8	117,0	100,7	93,0	106,1	98,1
2. Vj.	115,2	107,7	122,8	109,0	96,8	96,2	99,8	91,0
3. Vj.	118,6	109,2	127,2	112,9	99,4	97,5	103,0	93,9

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ab 1968 ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

noch Tabelle 44*

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe [1])

c) Ausland (1980 = 100)

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
			produzierendes Gewerbe				produzierendes Gewerbe	
	Wertindex				Volumenindex			
1962	15,7	15,9	15,8	14,6	28,6	25,1	31,1	23,3
1963	18,4	18,5	18,6	17,4	33,5	30,0	36,1	27,5
1964	20,7	19,8	21,4	19,4	37,0	30,8	40,9	30,3
1965	22,2	21,8	22,6	20,9	38,7	33,8	42,1	32,3
1966	24,8	25,2	24,9	23,4	42,6	38,8	45,4	35,6
1967	27,4	28,5	27,2	25,7	47,1	44,9	49,3	39,4
1968	32,1	31,5	32,6	30,6	55,8	50,5	59,4	48,0
1969	39,2	35,4	41,2	37,7	64,7	53,1	71,4	57,3
1970	39,8	38,2	40,8	38,6	62,3	55,5	66,3	57,9
1971	41,1	39,6	41,5	43,3	62,1	58,7	63,6	63,3
1972	45,7	45,4	45,6	47,7	67,6	68,3	67,4	67,4
1973	61,3	57,1	63,8	57,7	86,0	79,4	90,4	77,5
1974	73,7	78,1	73,5	61,4	89,7	81,8	95,7	74,2
1975	64,5	63,1	66,1	58,6	76,0	70,8	79,5	68,9
1976	81,4	73,9	85,8	76,5	92,4	81,7	98,3	87,6
1977	79,0	75,2	81,0	78,1	88,6	87,6	89,4	86,4
1978	82,5	80,4	83,2	84,8	91,0	93,5	89,5	92,8
1979	94,5	93,7	95,0	93,9	99,9	101,0	99,5	99,0
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	116,7	113,7	118,7	112,9	110,8	106,9	113,3	107,8
1982	114,4	111,9	114,8	119,6	103,9	100,8	104,6	109,9
1983	118,3	121,2	115,9	125,3	105,8	109,6	102,8	112,9
1984	137,1	142,8	133,3	144,3	118,5	123,2	115,1	125,7
1985	152,3	150,3	152,5	157,4	127,8	126,0	127,8	132,9
1986	146,9	137,8	149,2	161,5	123,7	122,7	122,4	134,7
1982 1. Vj.	127,8	128,6	127,2	128,2	117,0	115,7	117,4	118,8
2. Vj.	113,7	109,5	114,8	119,9	103,2	98,4	104,6	110,1
3. Vj.	103,3	101,0	104,1	105,8	93,4	90,7	94,2	96,9
4. Vj.	112,8	108,6	113,2	124,5	102,2	98,5	102,3	113,7
1983 1. Vj.	118,6	118,2	117,5	127,4	106,9	108,0	105,2	115,8
2. Vj.	111,4	114,6	108,4	121,2	100,0	104,7	96,3	109,8
3. Vj.	112,3	118,0	118,6	118,7	100,1	106,3	96,1	106,7
4. Vj.	131,0	134,1	129,0	133,8	116,0	119,5	113,8	119,3
1984 1. Vj.	140,5	148,6	134,5	154,7	122,9	130,5	117,3	136,6
2. Vj.	128,8 [a])	142,5 [a])	120,7 [a])	138,6	111,7 [a])	123,5 [a])	104,4 [a])	121,2
3. Vj.	129,7	133,5	127,6	131,9	111,6	114,4	109,9	114,2
4. Vj.	149,5	146,8	150,4	152,1	127,7	124,4	128,9	130,9
1985 1. Vj.	161,5	162,9	160,3	165,6	136,3	136,2	135,8	141,2
2. Vj.	150,6	152,0	149,5	152,9	125,9	126,3	125,2	129,2
3. Vj.	142,8	141,0	142,5	150,6	119,2	117,8	118,9	126,5
4. Vj.	154,3	145,4	157,7	160,6	129,5	123,7	131,4	134,7
1986 1. Vj.	156,8	149,1	158,3	171,8	131,4	128,9	130,7	143,4
2. Vj.	148,3	141,9	149,6	160,8	124,5	125,4	122,7	133,9
3. Vj.	135,5	128,8	136,0	154,0	114,2	116,2	111,2	128,4
4. Vj.	147,1	131,5	152,8	159,4	124,6	120,5	125,0	132,9
1987 1. Vj.	148,7	140,2	149,1	173,8	126,0	130,5	121,2	144,8
2. Vj.	143,8	136,3	145,4	157,6	121,5	127,1	117,5	131,0
3. Vj.	142,7	135,2	143,4	163,2	120,0	125,7	115,3	135,2

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe; ohne Umsatzsteuer. — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 45*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

a) Insgesamt

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter (produzierendes Gewerbe)	Verbrauchsgüter (produzierendes Gewerbe)	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	588 018	12 368	575 650	177 855	226 969	94 229	76 597
1971	626 379	12 830	613 549	181 810	246 627	102 528	82 584
1972	663 187	12 941	650 245	190 592	260 475	111 461	87 717
1973	743 228	14 190	729 038	223 327	288 866	119 604	97 241
1974	836 052	19 643	816 409	278 795	307 671	126 729	103 214
1975	819 311	18 732	800 578	249 427	319 415	123 462	108 275
1976	916 955	20 546	896 409	280 783	361 249	135 765	118 612
1977	963 207	22 058	941 149	281 250	389 359	144 992	125 549
1978	999 929	23 086	976 843	290 083	409 695	148 949	128 116
1979	1 105 354	26 893	1 078 461	345 179	438 254	161 951	133 076
1980	1 196 543	29 240	1 167 303	381 258	470 800	172 936	142 309
1981	1 255 937	32 546	1 223 391	401 681	492 851	172 500	156 358
1982	1 284 376	33 224	1 251 151	401 267	514 966	172 185	162 733
1983	1 312 663	32 274	1 280 388	405 509	531 471	176 770	166 639
1984	1 398 459	34 878	1 363 581	441 888	562 482	187 606	171 605
1985	1 494 753	35 749	1 459 004	461 216	627 431	194 733	175 624
1986	1 468 396	33 199	1 435 197	407 117	651 534	200 499	176 047
1985 1. Vj.	363 016	9 661	353 355	113 157	148 995	48 934	42 269
2. Vj.	371 046	8 455	362 591	118 808	153 496	46 244	44 043
3. Vj.	366 791	8 088	358 703	116 296	149 797	48 987	43 624
4. Vj.	393 899	9 545	384 355	112 955	175 143	50 568	45 689
1986 1. Vj.	357 139	8 935	348 203	105 094	150 801	49 807	42 501
2. Vj.	372 597	7 736	364 861	106 933	165 321	48 444	44 162
3. Vj.	356 242	7 072	349 169	98 942	155 724	50 746	43 757
4. Vj.	382 419	9 455	372 964	96 147	179 688	51 501	45 627
1987 1. Vj.	354 433	7 977	346 456	92 992	160 617	51 309	41 537
2. Vj.	362 235	7 236	354 999	99 637	164 339	48 467	42 555
3. Vj.	351 181	6 963	344 219	99 500	152 865	49 155	42 699

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 45*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

b) Inland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954	122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955	144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956 [2])	159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957	169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958	174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959	189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960	225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961	244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962	259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963	266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964	292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965	315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966	321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967	309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968	325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969	377 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970	480 996	9 872	471 123	146 212	165 393	84 543	74 975
1971	510 886	10 152	500 733	148 919	179 154	91 899	80 761
1972	537 516	10 318	527 197	154 971	186 667	99 958	85 601
1973	591 627	11 232	580 396	178 366	201 826	105 833	94 370
1974	643 198	15 077	628 121	211 526	207 151	110 508	98 936
1975	636 240	14 348	621 891	194 333	215 127	108 575	103 858
1976	704 804	16 350	688 453	218 816	238 864	117 283	113 491
1977	735 609	18 217	717 392	217 829	256 399	125 174	117 990
1978	759 588	18 350	741 238	222 513	270 177	128 519	120 030
1979	839 718	21 601	818 117	265 616	289 422	138 918	124 162
1980	906 046	24 275	881 772	294 417	307 572	147 778	132 005
1981	928 796	27 495	901 302	303 330	309 084	144 994	143 894
1982	936 372	28 796	907 576	300 677	314 947	142 469	149 483
1983	957 428	28 065	929 364	301 094	329 375	146 003	152 891
1984	995 935	29 773	966 162	321 882	335 573	152 575	156 133
1985	1 051 848	31 216	1 020 632	333 034	372 895	155 646	159 057
1986	1 031 992	29 413	1 002 579	291 162	390 985	160 227	160 206
1985 1. Vj.	255 150	8 369	246 781	80 198	89 039	39 218	38 326
2. Vj.	260 882	7 336	253 545	85 639	90 957	36 927	40 022
3. Vj.	260 099	7 009	253 090	84 925	89 870	38 853	39 443
4. Vj.	275 717	8 501	267 216	82 273	103 029	40 648	41 266
1986 1. Vj.	249 563	7 957	241 606	74 523	89 156	39 447	38 480
2. Vj.	260 603	6 770	253 833	76 512	98 535	38 550	40 236
3. Vj.	253 089	6 300	246 789	71 439	95 084	40 416	39 851
4. Vj.	268 737	8 385	260 352	68 688	108 210	41 815	41 639
1987 1. Vj.	248 730	7 192	241 539	65 208	97 429	41 018	37 883
2. Vj.	253 746	6 508	247 238	71 041	98 670	38 898	38 629
3. Vj.	259 104	6 364	252 740	72 516	100 002	41 407	38 816

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ab 1968 ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 45*

Umsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

c) Ausland

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1953	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954	18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955	21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956 [2])	26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957	30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958	30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959	33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960	40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961	43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962	44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963	48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964	54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965	58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966	66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967	71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968	80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969	92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970	107 022	2 496	104 527	31 643	61 576	9 686	1 622
1971	115 493	2 678	112 816	32 891	67 473	10 629	1 823
1972	125 671	2 623	123 048	35 621	73 808	11 503	2 116
1973	151 601	2 958	148 642	44 961	87 040	13 771	2 871
1974	192 854	4 566	188 288	67 269	100 520	16 221	4 278
1975	183 071	4 384	178 687	55 094	104 288	14 887	4 417
1976	212 151	4 196	207 956	61 967	122 385	18 482	5 121
1977	227 597	3 841	223 756	63 421	132 959	19 817	7 559
1978	240 341	4 736	235 605	67 570	139 519	20 431	8 086
1979	265 636	5 293	260 343	79 563	148 833	23 034	8 914
1980	290 496	4 965	285 531	86 841	163 228	25 158	10 304
1981	327 141	5 052	322 089	98 351	183 767	27 506	12 465
1982	348 003	4 428	343 575	100 591	200 019	29 715	13 250
1983	355 234	4 210	351 025	104 415	202 096	30 766	13 748
1984	402 524	5 105	397 418	120 006	226 909	35 031	15 472
1985	442 905	4 533	438 371	128 182	254 535	39 087	16 567
1986	436 404	3 786	432 618	115 955	260 550	40 272	15 841
1985 1. Vj.	107 866	1 292	106 575	32 959	59 956	9 716	3 943
2. Vj.	110 164	1 119	109 045	33 169	62 539	9 317	4 021
3. Vj.	106 692	1 079	105 613	31 371	59 927	10 134	4 181
4. Vj.	118 182	1 044	117 139	30 682	72 114	9 920	4 422
1986 1. Vj.	107 576	978	106 598	30 572	61 645	10 360	4 021
2. Vj.	111 994	966	111 028	30 422	66 786	9 895	3 926
3. Vj.	103 152	772	102 380	27 503	60 641	10 330	3 906
4. Vj.	113 682	1 070	112 612	27 459	71 478	9 687	3 989
1987 1. Vj.	105 703	786	104 918	27 784	63 189	10 291	3 654
2. Vj.	108 489	728	107 761	28 596	65 669	9 569	3 926
3. Vj.	105 175	693	104 482	28 393	61 891	10 430	3 769

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer. Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 46*

Index der Produkion im Produzierenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Index der Nettoproduktion[2])								Index der Bruttoproduktion[4])	
	insgesamt[3])	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe								
		zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe						
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter[5])	Verbrauchsgüter[5])
						produzierendes Gewerbe				
	1970 = 100									
1962	66,2	66,6	106,7	65,0	58,9	64,2	72,8	72,2	68,6	66,5
1963	68,5	68,7	108,1	67,2	61,1	66,5	74,2	75,7	69,3	69,6
1964	73,9	74,1	108,9	72,7	68,7	71,1	78,9	79,9	73,0	74,8
1965	77,7	78,0	104,4	77,0	72,3	75,9	83,8	83,2	76,9	80,0
1966	78,7	78,8	99,5	78,0	74,3	76,0	84,4	85,9	78,0	79,9
1967	76,5	76,5	92,0	75,9	75,6	71,4	80,1	88,1	73,7	74,7
1968	83,6	83,7	90,7	83,4	85,3	77,9	87,7	92,1	78,2	83,3
1969	94,4	94,6	93,3	94,6	95,6	92,0	97,2	97,1	91,0	95,1
	1976 = 100									
1970	92,6	93,2	119,5	92,4	92,6	92,6	93,7	88,7	95,1	93,0
1971	93,7	93,7	117,4	93,0	92,5	91,9	96,7	92,8	95,4	95,0
1972	97,5	96,9	111,3	96,4	97,0	94,4	102,4	93,7	98,3	98,2
1973	103,0	102,7	108,7	102,5	105,9	101,1	104,4	96,7	102,3	101,4
1974	100,6	100,5	107,6	100,2	104,7	98,5	99,4	97,2	100,5	93,1
1975	93,8	93,8	103,4	93,5	91,0	93,9	94,0	97,1	98,1	91,5
1976	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1977	102,7	102,7	95,0	102,9	100,6	104,9	103,6	100,0	102,5	107,5
1978	104,9	104,2	94,2	104,5	104,1	105,3	104,0	102,9	102,6	108,4
1979	110,6	109,6	98,3	109,9	112,6	110,4	107,8	105,3	107,4	110,6
1980	110,2	109,6	98,2	109,9	108,5	112,9	106,5	107,4	111,6	105,3
1981	108,1	108,0	98,9	108,2	104,5	112,9	101,2	109,8	113,4	100,7
1982	104,4	104,8	97,0	105,1	98,7	111,6	97,1	106,9	110,6	99,2
	1980 = 100									
1976	91,3	91,1	104,3	90,6	93,4	88,4	91,5	91,4	89,0	95,0
1977	92,9	92,9	99,5	92,6	93,5	91,5	95,1	91,4	89,4	100,6
1978	95,2	95,3	97,6	95,2	96,9	93,2	98,4	94,7	91,2	102,6
1979	100,1	99,9	100,5	99,9	103,8	97,3	101,6	97,9	94,9	105,5
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,0	98,4	100,6	98,3	95,8	100,4	94,9	101,7	102,3	94,7
1982	94,9	95,4	95,2	95,4	91,1	99,1	90,3	98,7	101,3	92,8
1983	95,4	96,1	90,6	96,3	94,0	98,7	91,5	99,3	100,4	94,2
1984	98,6	99,2	90,1	99,5	97,8	102,2	94,0	101,1	99,6	95,4
1985	103,0	104,6	91,1	105,1	99,1	112,7	95,1	104,0	111,4	98,9
1986	105,3	107,0	86,8	107,7	98,5	117,7	97,0	105,3	113,7	103,9
1986 1. Vj.	100,8	104,4	96,8	104,7	97,7	113,0	96,7	99,7	105,5	106,2
2. Vj.	108,8	110,2	85,8	111,1	103,1	122,5	98,0	102,9	116,4	108,2
3. Vj.	100,9	101,4	79,6	102,2	96,3	108,7	92,5	104,3	104,2	95,3
4. Vj.	110,6	111,8	85,2	112,8	96,8	126,5	100,7	114,4	128,7	105,8
1987 1. Vj.	100,5	104,6	92,9	105,1	95,4	114,3	98,9	100,0	105,3	108,6
2. Vj.	107,3	108,7	86,2	109,6	102,0	120,2	97,8	101,5	111,9	106,1
3. Vj.	100,3	101,1	76,4	102,1	97,9	107,9	93,1	102,1	101,9	96,4

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.

[2]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1969, für den Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff., 5/1981, S. 315 ff. und 12/1983, S. 931 ff.

[3]) Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe).

[4]) Die Zuordnung von Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.

[5]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 47*

Beschäftigte im Bergbau und

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954 [2]	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 887	6 606	311	259	8 576	6 347
1971	8 826	6 479	307	254	8 519	6 225
1972	8 628	6 265	283	233	8 345	6 032
1973	8 664	6 258	262	214	8 402	6 044
1974	8 434	6 031	253	207	8 181	5 824
1975	7 888	5 559	255	208	7 633	5 351
1976	7 698	5 436	247	200	7 452	5 236
1977	7 632	5 435	240	195	7 392	5 240
1978	7 584	5 381	233	189	7 351	5 192
1979	7 607	5 392	229	185	7 378	5 207
1980	7 660	5 411	231	187	7 428	5 224
1981	7 489	5 232	235	190	7 254	5 042
1982	7 226	5 000	234	188	6 992	4 812
1983	6 927	4 758	227	183	6 700	4 575
1984	6 854	4 704	218	174	6 636	4 530
1985	6 943	4 769	213	170	6 730	4 599
1986	7 063	4 844	210	167	6 853	4 677
1984 1. Vj.	6 826	4 679	222	178	6 604	4 500
2. Vj.	6 815	4 674	217	174	6 597	4 500
3. Vj.	6 882	4 734	216	172	6 667	4 561
4. Vj.	6 892	4 731	215	173	6 676	4 558
1985 1. Vj.	6 861	4 702	213	170	6 648	4 532
2. Vj.	6 891	4 730	211	169	6 680	4 561
3. Vj.	7 004	4 824	214	172	6 789	4 653
4. Vj.	7 016	4 819	212	170	6 804	4 649
1986 1. Vj.	6 995	4 797	210	168	6 785	4 628
2. Vj.	7 029	4 824	209	167	6 820	4 657
3. Vj.	7 124	4 897	210	168	6 914	4 730
4. Vj.	7 103	4 860	209	167	6 893	4 693
1987 1. Vj.	7 040	4 798	207	165	6 833	4 633
2. Vj.	7 032	4 790	204	163	6 828	4 628
3. Vj.	7 089	4 832	202	161	6 886	4 671

[1] Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff.

Tabelle 47*

im Verarbeitenden Gewerbe[1])
1 000

arbeitendes Gewerbe								Zeitraum
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe		Investitionsgüter		Verbrauchsgüter		Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
		produzierendes Gewerbe						
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954 [2])
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969
1 845	1 331	4 137	3 011	2 008	1 609	587	395	1970
1 819	1 295	4 138	2 968	1 975	1 570	587	391	1971
1 776	1 250	4 038	2 855	1 953	1 543	578	383	1972
1 782	1 250	4 118	2 904	1 926	1 511	576	379	1973
1 749	1 216	4 078	2 850	1 795	1 393	559	365	1974
1 653	1 129	3 804	2 612	1 649	1 268	527	342	1975
1 607	1 098	3 725	2 561	1 608	1 243	512	333	1976
1 570	1 078	3 734	2 591	1 592	1 240	496	331	1977
1 542	1 052	3 732	2 580	1 585	1 233	491	327	1978
1 532	1 048	3 765	2 599	1 593	1 235	489	326	1979
1 544	1 053	3 810	2 621	1 583	1 225	491	325	1980
1 502	1 011	3 752	2 549	1 512	1 159	488	322	1981
1 448	962	3 655	2 463	1 418	1 076	472	310	1982
1 394	919	3 511	2 347	1 341	1 013	454	297	1983
1 372	899	3 488	2 331	1 327	1 005	450	295	1984
1 368	895	3 600	2 416	1 317	996	446	291	1985
1 365	888	3 732	2 505	1 314	994	442	290	1986
1 365	893	3 467	2 313	1 328	1 005	444	289	1984 1. Vj.
1 370	899	3 459	2 308	1 325	1 003	443	289	2. Vj.
1 380	907	3 501	2 345	1 330	1 008	456	301	3. Vj.
1 372	897	3 524	2 359	1 327	1 003	454	299	4. Vj.
1 350	879	3 538	2 368	1 317	996	443	288	1985 1. Vj.
1 364	894	3 563	2 389	1 313	993	440	286	2. Vj.
1 382	908	3 635	2 446	1 321	1 000	452	298	3. Vj.
1 375	899	3 663	2 461	1 318	996	447	293	4. Vj.
1 350	877	3 685	2 474	1 314	994	436	284	1986 1. Vj.
1 363	889	3 709	2 491	1 310	992	436	285	2. Vj.
1 378	901	3 767	2 533	1 318	998	451	298	3. Vj.
1 366	886	3 767	2 521	1 314	993	447	293	4. Vj.
1 336	860	3 755	2 504	1 306	986	436	284	1987 1. Vj.
1 344	868	3 745	2 493	1 302	982	437	284	2. Vj.
1 353	874	3 773	2 512	1 310	988	450	297	3. Vj.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 48*

Geleistete Arbeiterstunden im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe [1])

Mio

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
1950 [2])	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951 [2])	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952 [2])	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953 [2])	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954 [2])	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [2])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956 [2])	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957 [2])	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958 [2])	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959 [2])	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 531	441	12 090	2 607	5 757	2 920	807
1971	12 006	423	11 583	2 465	5 499	2 824	795
1972	11 484	373	11 111	2 367	5 213	2 763	769
1973	11 426	347	11 079	2 362	5 294	2 666	757
1974	10 709	341	10 368	2 238	5 006	2 407	718
1975	9 573	335	9 238	1 953	4 458	2 156	671
1976	9 651	319	9 332	1 968	4 521	2 184	659
1977	9 493	300	9 194	1 900	4 511	2 149	633
1978	9 266	286	8 980	1 842	4 409	2 108	621
1979	9 254	283	8 970	1 835	4 437	2 087	612
1980	9 153	286	8 867	1 818	4 402	2 042	605
1981	8 707	291	8 416	1 717	4 212	1 892	596
1982	8 271	289	7 982	1 610	4 038	1 759	574
1983	7 918	271	7 648	1 547	3 861	1 689	550
1984	7 841	252	7 588	1 535	3 834	1 677	542
1985	7 910	251	7 659	1 505	3 980	1 642	532
1986	7 962	243	7 719	1 477	4 089	1 627	526
1984 1. Vj.	2 049	69	1 980	393	1 009	443	135
2. Vj.	1 886 [a])	61	1 825 [a])	383 [a])	899 [a])	411	132
3. Vj.	1 894	61	1 833	374	925	398	135
4. Vj.	2 012	62	1 950	385	1 000	425	140
1985 1. Vj.	2 003	65	1 938	372	1 010	424	131
2. Vj.	1 950	60	1 890	378	979	404	129
3. Vj.	1 948	63	1 885	376	975	398	135
4. Vj.	2 009	62	1 947	380	1 015	416	136
1986 1. Vj.	1 966	63	1 903	361	1 006	410	127
2. Vj.	2 014	61	1 953	378	1 039	407	129
3. Vj.	1 971	60	1 911	369	1 010	397	135
4. Vj.	2 011	59	1 951	369	1 034	413	135
1987 1. Vj.	1 979	61	1 917	356	1 024	410	127
2. Vj.	1 924	56	1 867	359	989	393	127
3. Vj.	1 901	54	1 847	355	968	390	135

[1]) Gliederung nach Betrieben (früheres Hauptbeteiligten-Konzept). — Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970 (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405 ff.

[2]) Ohne Saarland und Berlin.

[a]) Durch Arbeitskämpfe beeinflußt.

Tabelle 49*

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe[1])

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
					produzierendes Gewerbe		
				1970 = 100			
1962	66,0	56,9	66,5	57,2	71,2	68,2	68,4
1963	69,7	61,4	69,9	60,7	74,8	71,4	71,6
1964	75,1	64,6	75,6	67,4	79,4	76,9	77,3
1965	78,5	66,3	79,1	70,2	82,7	82,0	81,8
1966	81,1	70,0	81,6	74,7	84,0	83,3	84,9
1967	85,8	76,5	86,1	82,2	86,7	85,4	89,1
1968	90,8	81,9	91,1	90,7	89,6	90,8	93,7
1969	97,0	89,3	97,2	96,7	96,9	97,3	98,2
				1976 = 100			
1970	75,0	88,7	74,5	74,1	75,8	71,4	78,7
1971	78,0	90,2	77,6	77,4	77,9	75,9	83,0
1972	83,2	96,1	82,8	83,8	82,7	81,4	85,5
1973	87,9	100,0	87,5	90,8	86,9	85,5	88,7
1974	90,6	100,4	90,3	93,4	88,6	88,9	93,3
1975	93,4	98,1	93,3	90,8	93,4	93,4	99,5
1976	100	100	100	100	100	100	100
1977	104,6	100,4	104,7	103,8	105,2	105,9	105,9
1978	108,0	103,8	108,2	110,1	107,3	107,6	110,5
1979	113,5	108,2	113,7	119,3	111,7	112,7	114,5
1980	114,8	107,4	115,0	116,6	114,8	114,1	118,1
1981	117,6	106,3	118,1	117,2	118,9	115,6	122,3
1982	119,8	105,5	120,3	117,4	122,2	118,8	123,5
				1980 = 100			
1976	86,4	94,8	86,0	86,8	86,2	84,7	82,6
1977	90,0	95,9	89,7	89,9	89,9	90,3	87,4
1978	94,9	98,7	94,7	96,1	93,8	95,1	94,4
1979	99,3	101,7	99,2	102,4	97,2	99,4	99,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	101,1	99,6	101,1	98,4	103,2	100,2	100,6
1982	101,9	93,7	102,2	97,9	105,1	101,6	101,4
1983	106,2	92,8	106,7	104,7	108,0	107,0	105,6
1984	110,7	96,2	111,2	110,8	111,5	110,6	112,2
1985	115,6	97,4	116,3	113,4	118,5	112,9	119,4
1986	117,9	96,1	118,7	114,8	120,5	116,0	125,3
1986 1. Vj.	114,7	100,4	115,2	112,3	116,4	114,0	119,9
2. Vj.	118,7	93,4	119,6	117,8	121,3	114,5	125,2
3. Vj.	116,4	93,5	117,3	116,5	116,3	116,8	124,6
4. Vj.	121,7	97,2	122,7	112,7	128,1	118,7	131,4
1987 1. Vj.	113,8	100,9	114,4	110,4	114,7	116,4	120,2
2. Vj.	120,5	99,6	121,2	119,9	123,0	116,8	124,7
3. Vj.	119,1	95,4	120,0	121,2	118,4	119,5	124,7

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1970, für den Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile (Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff., 5/1981, S. 315ff. und 12/1983, S. 931ff.

Tabelle 50*

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten							
	Rauminhalt[1]				veranschlagte Kosten des Bauwerkes[2]			
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude		insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude	
			nichtöffentliche Bauherren[3]	öffentliche Bauherren[4]			nichtöffentliche Bauherren[3]	öffentliche Bauherren[4]
	1 000 cbm				Mio DM			
1950	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 694	6 216	3 478	
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510	
1954 [5]	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313	
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425	
1956	304 197	180 297	123 900		16 130	10 061	6 069	
1957	286 391	174 078	112 313		16 404	10 459	5 945	
1958	311 254	193 297	117 957		19 208	12 386	6 821	
1959	343 689	210 904	132 785		22 136	14 321	7 815	
1960	392 427	234 427	158 000		27 491	17 253	10 238	
1961	422 657	248 582	174 075		31 685	19 851	11 834	
1962	425 658	252 434	135 881	37 343	34 675	22 176	7 744	4 756
1963	383 726	229 774	115 015	38 936	34 189	21 836	7 006	5 348
1964	429 635	246 181	139 465	43 988	40 738	25 397	9 032	6 309
1965	441 163	259 257	137 138	44 769	44 879	28 534	9 484	6 860
1966	421 309	245 143	136 995	39 171	44 680	28 555	9 840	6 285
1967	378 533	219 319	120 828	38 386	41 483	26 062	9 105	6 316
1968	400 265	226 408	132 687	41 170	43 187	27 031	9 594	6 562
1969	470 177	242 236	185 986	41 956	49 521	29 541	13 307	6 673
1970	497 264	266 573	184 841	45 850	59 058	35 529	15 299	8 230
1971	542 377	313 124	180 151	49 102	73 588	47 011	16 916	9 661
1972	567 238	343 057	178 182	45 999	87 234	57 221	19 769	10 244
1973	520 450	303 315	173 875	43 260	85 939	55 732	19 916	10 291
1974	388 207	209 250	123 953	55 004	72 217	41 964	15 472	14 781
1975	384 504	190 694	141 211	52 599	74 271	40 482	18 801	14 988
1976	374 089	210 227	128 309	35 553	72 857	46 338	16 559	9 961
1977	353 042	205 056	118 581	29 406	71 309	46 773	15 632	8 904
1978	421 216	247 614	137 520	36 083	88 531	59 182	18 395	10 954
1979	395 688	227 956	137 349	30 362	89 655	59 998	19 225	10 432
1980	389 154	215 351	141 121	32 681	96 642	61 722	22 216	12 703
1981	343 739	189 110	125 895	28 735	93 320	59 858	21 690	11 771
1982	305 900	165 352	117 185	23 363	88 984	56 029	22 538	10 416
1983	364 487	202 712	141 847	19 927	108 098	70 380	27 957	9 760
1984	279 231	159 632	102 491	17 108	86 215	57 318	20 223	8 674
1985	252 933	125 018	109 684	18 231	76 452	45 597	21 468	9 387
1986	257 005	116 709	120 718	19 578	78 618	42 961	25 022	10 635
1986 1. Vj.	52 986	25 490	23 624	3 874	16 328	9 337	4 874	2 117
2. Vj.	74 232	35 847	33 600	4 784	23 074	13 008	7 210	2 856
3. Vj.	71 786	32 554	33 591	5 634	21 657	11 952	6 792	2 913
4. Vj.	57 516	22 826	29 399	5 283	17 474	8 661	6 061	2 752
1987 1. Vj.	52 189	21 756	25 543	4 892	15 877	8 153	5 048	2 675
2. Vj.	67 658	30 665	31 560	5 434	20 824	11 351	6 797	2 677
3. Vj.	72 485	31 470	35 461	5 553	21 958	11 773	7 104	3 081

[1]) Ab 1963 nur Neubau und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[2]) Alle Baumaßnahmen.
[3]) Unternehmen und private Haushalte.
[4]) Öffentliche Bauherren: Gebietskörperschaften einschließlich Sozialversicherung und Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 51 *

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

a) Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private [1]	öffentliche [2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau [2]
				Auftraggeber					
1971	67,0	69,6	70,8	68,4	70,3	63,0	65,9	61,5	60,5
1972	70,3	76,3	85,9	68,9	70,3	61,2	64,7	59,3	61,0
1973	67,5	70,8	70,0	68,5	77,4	62,5	67,6	59,8	60,7
1974	60,4	59,8	53,1	54,6	85,4	61,1	68,9	56,8	60,3
1975	64,5	63,3	55,6	63,8	80,4	66,3	71,0	63,6	67,6
1976	60,5	60,9	58,9	60,1	67,1	60,0	70,0	54,5	57,7
1977	70,0	67,8	70,8	64,4	68,1	73,6	87,3	66,0	68,2
1978	86,3	84,4	93,2	74,4	83,8	89,4	101,5	82,7	88,4
1979	97,3	96,1	101,3	89,7	96,1	99,3	109,9	93,4	96,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	85,3	90,5	89,6	92,0	89,9	77,1	78,6	76,3	71,1
1982	85,9	90,3	90,4	92,4	86,0	78,9	81,4	77,6	70,7
1983	94,4	101,7	109,3	102,5	81,9	82,9	83,4	82,7	71,3
1984	88,9	88,0	87,9	91,3	82,1	90,4	89,0	91,1	78,6
1985	87,4	82,9	68,2	100,0	85,5	94,4	92,9	95,3	84,3
1986	95,3	89,2	64,8	117,5	93,3	105,0	96,7	109,6	93,1
1980 1. Vj.	95,7	96,3	99,9	97,7	85,5	94,6	86,1	99,4	99,6
2. Vj.	109,5	106,0	106,5	105,8	105,1	115,1	119,9	112,4	112,0
3. Vj.	105,0	103,5	99,2	101,3	118,3	107,4	117,0	102,1	100,2
4. Vj.	89,8	94,0	94,4	95,2	91,2	82,9	77,1	86,2	88,3
1981 1. Vj.	82,5	89,8	97,0	87,8	76,7	70,9	62,6	75,5	71,1
2. Vj.	96,2	102,4	104,9	101,8	98,1	86,2	93,1	82,4	76,0
3. Vj.	90,4	92,9	85,9	98,3	99,4	86,5	94,5	82,1	77,9
4. Vj.	72,2	76,8	70,4	80,2	85,5	64,9	64,3	65,3	59,5
1982 1. Vj.	72,0	78,3	80,8	81,0	67,5	62,0	55,5	65,7	58,5
2. Vj.	94,0	96,2	97,7	95,1	94,9	90,5	103,5	83,2	78,2
3. Vj.	93,8	95,8	90,9	98,4	102,4	90,6	101,1	84,9	81,3
4. Vj.	83,7	90,8	92,2	95,1	79,3	72,5	65,3	76,5	65,0
1983 1. Vj.	82,9	96,0	109,5	96,1	63,4	62,3	57,3	65,0	57,5
2. Vj.	105,1	112,7	122,7	113,0	88,2	93,2	101,2	88,7	84,1
3. Vj.	103,9	107,7	108,4	112,0	97,9	97,9	103,6	94,8	76,9
4. Vj.	85,8	90,4	96,8	88,9	78,2	78,4	71,4	82,3	66,8
1984 1. Vj.	81,0	87,5	96,1	85,4	71,1	70,6	61,6	75,7	64,0
2. Vj.	98,2	95,8	100,7	94,0	87,3	102,1	109,3	98,0	87,7
3. Vj.	97,9	91,2	81,5	99,6	98,2	108,4	115,0	104,8	92,0
4. Vj.	78,7	77,6	73,3	86,0	71,9	80,4	70,2	86,0	70,8
1985 1. Vj.	69,4	67,4	58,8	83,6	56,9	72,7	58,6	80,4	69,0
2. Vj.	99,8	93,2	77,4	112,7	93,6	110,2	118,7	105,4	93,3
3. Vj.	100,7	95,2	75,0	113,6	108,4	109,5	117,5	105,1	96,0
4. Vj.	79,6	75,9	61,6	89,9	82,9	85,4	76,8	90,2	79,0
1986 1. Vj.	74,9	71,5	57,6	90,4	68,5	80,3	59,8	91,7	74,6
2. Vj.	109,4	99,9	77,2	130,5	95,5	124,5	122,9	125,4	108,8
3. Vj.	113,0	106,0	67,6	144,3	124,8	124,2	125,4	123,5	107,6
4. Vj.	83,8	79,2	56,6	104,7	84,3	91,1	78,8	97,9	81,6
1987 1. Vj.	73,0	72,0	50,5	98,6	72,4	74,5	57,8	83,7	68,2
2. Vj.	103,0	95,5	67,6	126,9	102,1	114,9	114,7	115,0	97,8
3. Vj.	105,9	97,6	67,3	127,7	112,3	119,1	125,7	115,5	102,4

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

noch Tabelle 51*

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

b) Volumenindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau			Tiefbau		
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau	zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
1971	108,2	113,3	118,0	109,7	100,1	104,8	97,5
1972	108,7	117,5	134,5	105,0	95,1	101,4	91,5
1973	99,4	103,2	103,6	102,7	93,3	102,5	88,3
1974	84,0	83,5	74,9	89,7	84,3	95,4	78,1
1975	88,5	87,4	77,3	94,8	89,6	96,2	86,1
1976	80,8	81,3	79,5	82,4	79,8	93,4	72,4
1977	89,6	86,1	90,8	82,4	95,1	113,8	84,9
1978	104,5	101,6	112,8	92,8	109,4	124,7	100,9
1979	108,4	106,9	113,3	101,4	111,0	123,2	104,2
1980	100	100	100	100	100	100	100
1981	81,5	85,8	84,8	86,5	74,7	76,4	73,8
1982	81,7	84,0	83,8	83,8	78,0	81,0	76,3
1983	89,3	93,3	100,2	87,7	83,0	84,2	82,3
1984	83,5	79,6	79,3	79,9	89,6	89,0	89,8
1985	81,7	75,1	61,6	86,2	92,1	91,2	92,6
1986	87,6	79,5	57,8	97,3	100,5	93,2	104,5
1980 1. Vj.	99,5	100,3	103,9	97,2	98,1	89,3	102,9
2. Vj.	109,6	106,2	106,6	105,7	115,0	119,8	112,2
3. Vj.	103,1	101,6	97,2	105,3	105,4	114,9	100,1
4. Vj.	87,9	91,9	92,2	91,8	81,6	75,9	84,6
1981 1. Vj.	80,1	87,0	93,8	81,3	69,3	61,3	73,8
2. Vj.	91,5	96,8	98,8	95,1	83,1	90,0	79,3
3. Vj.	85,7	87,2	80,5	92,7	83,3	91,3	78,9
4. Vj.	68,6	72,1	66,0	76,9	63,2	62,9	63,3
1982 1. Vj.	68,5	73,3	75,3	71,3	60,8	54,7	64,1
2. Vj.	89,2	89,3	90,4	88,0	89,0	102,7	81,5
3. Vj.	89,3	89,0	84,1	92,5	89,8	100,8	83,6
4. Vj.	79,8	84,5	85,4	83,4	72,3	65,7	75,9
1983 1. Vj.	78,8	89,1	101,5	78,8	62,4	57,9	64,9
2. Vj.	99,5	103,5	112,5	96,1	93,2	102,1	88,3
3. Vj.	98,2	98,4	98,8	98,0	97,9	104,5	94,3
4. Vj.	80,9	82,4	88,1	77,8	78,4	72,1	81,9
1984 1. Vj.	76,0	79,5	87,1	73,2	70,5	62,0	75,1
2. Vj.	92,1	86,3	90,5	82,9	101,3	109,5	96,7
3. Vj.	91,9	82,3	73,3	89,7	107,2	114,7	103,0
4. Vj.	73,8	70,2	66,1	73,6	79,3	69,9	84,5
1985 1. Vj.	65,2	61,2	53,1	67,8	71,5	58,1	78,9
2. Vj.	93,6	84,6	70,0	96,6	107,8	117,0	102,8
3. Vj.	94,0	86,1	67,6	101,2	106,5	115,0	101,8
4. Vj.	74,0	68,5	55,5	79,1	82,7	74,9	87,0
1986 1. Vj.	69,3	64,3	51,8	74,6	77,2	57,8	87,9
2. Vj.	100,8	89,2	68,9	105,8	119,1	118,4	119,5
3. Vj.	103,7	94,2	60,1	122,1	118,6	120,6	117,5
4. Vj.	76,7	70,2	50,2	86,5	86,9	75,8	93,0
1987 1. Vj.	66,4	63,6	44,7	79,1	70,9	55,5	79,4
2. Vj.	93,4	83,8	59,3	103,8	108,8	109,4	108,4
3. Vj. [1])	95,7	85,2	58,9	106,9	112,3	119,3	108,4

[1]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 52*

Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe

Wertindex 1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	Wohnungsbau	sonstiger Hochbau		zusammen	Straßenbau	sonstiger Tiefbau	
				private[1]	öffentliche[2]			zusammen	darunter öffentlicher Tiefbau[2]
				Auftraggeber					
1971	71,1	78,0	82,5	74,0	76,4	60,6	63,3	59,2	57,2
1972	74,6	86,4	104,2	74,7	71,7	56,9	62,5	53,9	50,4
1973	74,5	83,9	95,0	76,4	75,3	60,2	68,4	55,9	53,0
1974	64,0	65,4	57,9	63,4	81,9	61,7	75,4	54,5	55,3
1975	63,2	65,0	53,5	68,1	81,6	60,3	69,6	55,5	57,6
1976	63,6	65,7	62,6	68,1	68,4	60,4	63,9	58,5	60,5
1977	60,2	59,8	56,4	64,2	61,4	61,2	72,4	55,4	57,5
1978	76,5	74,1	76,8	71,5	73,9	80,7	90,8	75,4	79,3
1979	96,3	95,3	99,8	91,1	92,2	98,1	110,5	91,6	95,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	93,5	97,7	93,9	99,6	102,1	86,8	81,3	89,7	84,9
1982	82,8	88,1	84,7	95,5	84,5	74,4	70,4	76,5	70,0
1983	89,2	97,6	102,9	107,7	73,8	75,9	67,0	80,6	67,4
1984	82,6	81,6	82,6	90,0	68,3	84,2	73,0	90,1	70,4
1985	77,3	69,9	59,6	85,2	68,3	89,1	75,6	96,1	74,0
1986	81,7	73,6	53,7	99,8	75,8	94,4	76,9	103,5	81,3
1980 Mär	101,2	99,9	103,7	96,9	96,7	103,3	105,9	101,8	102,0
Jun	102,2	100,2	100,6	101,9	97,0	105,4	107,8	104,1	104,2
Sep	99,9	101,0	99,2	102,3	102,6	98,3	99,0	97,9	97,1
Dez	96,6	98,8	96,4	98,7	103,7	93,0	87,1	96,1	96,8
1981 Mär	102,3	105,2	104,8	104,6	106,6	97,8	91,4	101,1	95,3
Jun	99,7	103,6	101,1	107,3	103,3	93,6	88,9	96,0	90,7
Sep	89,2	93,8	88,2	97,9	98,8	82,0	77,5	84,4	80,1
Dez	82,6	88,0	81,6	88,7	99,5	73,9	67,3	77,4	73,3
1982 Mär	86,1	91,5	85,7	99,3	91,9	77,5	73,9	79,5	73,3
Jun	86,6	90,5	88,4	96,4	86,5	80,4	80,7	80,3	73,7
Sep	81,2	86,5	81,7	94,7	84,4	72,7	71,0	73,6	68,5
Dez	77,3	83,8	82,8	91,6	75,1	66,9	55,8	72,7	64,5
1983 Mär	88,6	97,5	102,5	105,6	76,6	74,5	66,7	78,6	67,3
Jun	93,5	102,2	107,7	113,5	76,1	79,7	75,6	81,8	69,6
Sep	89,4	97,7	102,7	108,8	73,1	76,2	68,0	80,5	66,3
Dez	85,4	93,1	98,5	102,8	69,3	73,3	57,6	81,6	66,4
1984 Mär	89,6	94,2	102,0	100,0	71,5	82,3	70,8	88,4	70,0
Jun	87,8	86,6	89,7	95,0	69,1	89,8	81,3	94,3	74,3
Sep	82,5	79,1	75,9	89,6	70,9	87,7	79,7	91,9	71,7
Dez	70,6	66,6	62,8	75,5	61,7	76,9	60,0	85,8	65,7
1985 Mär	78,2	71,0	64,8	83,7	65,2	89,5	74,0	97,7	74,1
Jun	82,0	73,7	63,8	91,8	67,6	95,2	83,6	101,2	76,1
Sep	78,3	71,4	59,0	86,9	73,7	89,4	80,2	94,2	74,2
Dez	70,6	63,3	50,9	78,2	66,6	82,1	64,4	91,4	71,7
1986 Mär	80,1	70,7	57,5	88,3	71,9	95,0	78,0	103,9	81,4
Jun	86,5	75,7	60,2	97,1	76,0	103,5	87,2	112,0	88,6
Sep	85,9	78,4	52,9	112,0	81,0	97,7	81,6	106,1	83,3
Dez	74,1	69,6	44,1	101,6	74,4	81,2	60,9	91,8	71,7
1987 Mär	85,0	78,7	51,8	113,8	81,7	95,1	78,1	103,9	84,1
Jun	87,2	80,8	51,8	118,7	83,9	97,3	85,8	103,3	83,2

[1]) Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen (einschließlich Bundesbahn und Bundespost), landwirtschaftlicher Bau.
[2]) Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbszweck, sonstige öffentliche Auftraggeber.

Tabelle 53*

Umsatz, Beschäftigte und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Umsatz [2]) Wohnungsbau	Umsatz [2]) landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	Umsatz [2]) Verkehrsbau und öffentlicher Bau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mio DM				1 000	Mio	1980 = 100 [6])
1950	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954 [7])	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 494	.
1960	25 018	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	76,0
1963	36 420	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	76,7
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	84,9
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	86,4
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	87,2
1967	46 358	18 088	9 164	19 105	1 503	2 561	92,9
1968	29 711	11 451	6 487	11 772	1 524	2 556	86,7
1969	44 648	16 606	10 078	17 964	1 543	2 520	94,8
1970	57 578	20 092	13 794	23 692	1 567	2 606	104,8
1971	70 004	25 562	17 880	26 562	1 583	2 627	108,3
1972	77 560	30 959	18 651	27 950	1 571	2 614	115,9
1973	81 078	32 963	19 914	28 201	1 546	2 435	116,8
1974	78 794	29 984	18 490	30 320	1 387	2 139	108,7
1975	75 370	26 697	17 570	31 103	1 242	1 890	96,6
1976	78 398	28 326	19 359	30 712	1 222	1 844	96,0
1977	86 128	32 767	20 467	32 894	1 168	1 722	95,2
1978	77 984	29 497	19 276	29 211	1 190	1 687	94,8
1979	92 080	34 703	22 770	34 606	1 240	1 724	102,0
1980	112 484	42 617	28 702	41 166	1 263	1 745	100
1981	110 929	41 713	28 937	40 279	1 226	1 614	92,7
1982	104 665	38 651	28 026	37 988	1 152	1 523	88,4
1983	106 390	40 871	29 139	36 379	1 122	1 480	88,9
1984	108 950	42 713	30 433	35 803	1 106	1 461	89,2
1985	99 976	34 081	29 443	36 452	1 026	1 269	83,7
1986	104 526	33 140	31 686	39 701	1 003	1 279	87,0
1986 1. Vj.	14 391	4 525	4 939	4 927	928	192	50,2
2. Vj.	24 622	8 213	7 230	9 180	1 015	362	100,7
3. Vj.	30 733	9 492	9 322	11 919	1 046	379	101,9
4. Vj.	34 780	10 911	10 195	13 675	1 023	347	95,3
1987 1. Vj.	14 123	4 204	5 099	4 821	909	168	43,6
2. Vj.	24 158	7 144	7 824	9 189	981	336	96,3
3. Vj.	30 229	8 651	9 562	12 015	1 003	357	97,0

[1]) Ab 1977 neues Berichtssystem mit Rückrechnung bis 1967 (Nettoproduktionsindex bis 1969). Ausführliche Erläuterungen: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 7/1976, S. 405ff. — [2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer; bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte. — [3]) Bis 1976 ohne, ab 1977 einschließlich der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen. — [4]) Von Inhabern, Angestellten, Arbeitern und Auszubildenden auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Arbeitsstunden. — [5]) Für Index 1980 = 100 fachliche Unternehmensteile. Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. — [6]) Von 1962 bis 1969 Basis 1970 = 100. Von 1970 bis 1975 Basis 1976 = 100. — [7]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 54*

Einzelhandelsumsatz

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Darunter Einzelhandel mit							
		Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	Einrichtungsgegenständen [1]	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	pharmazeutischen, kosmetischen und med. Erzeugnissen	Kraft- und Schmierstoffen [2]	Fahrzeugen [3]
	in jeweiligen Preisen								
1970	49,5	49,4	53,2	47,8	53,4	49,4	51,5	40,3	54,3
1971	54,6	54,2	59,0	54,8	59,4	54,6	56,7	46,2	57,6
1972	59,8	59,3	65,1	62,0	67,3	58,5	61,5	49,2	60,1
1973	64,2	64,3	67,3	66,5	71,8	62,4	66,9	57,0	59,0
1974	67,7	67,7	71,0	69,1	78,5	66,0	73,1	58,5	54,9
1975	73,8	72,7	76,5	72,0	80,1	70,5	79,2	61,3	70,0
1976	79,0	78,6	78,8	76,0	82,7	74,2	83,7	69,7	81,1
1977	84,7	84,1	84,0	84,8	89,8	80,3	86,8	70,7	92,7
1978	89,1	88,0	89,3	88,5	91,9	85,4	90,9	78,2	100,5
1979	94,7	92,6	92,2	92,4	92,5	92,4	94,6	95,4	104,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	103,8	107,1	101,6	101,6	104,7	103,6	105,4	120,3	100,7
1982	104,8	112,3	99,5	98,5	105,9	105,4	107,1	120,0	102,1
1983	108,4	114,7	101,9	103,0	107,6	108,6	113,2	116,8	114,5
1984	111,3	117,2	104,6	105,8	109,7	111,4	119,1	124,3	117,5
1985	113,9	119,0	108,5	103,6	111,8	115,3	124,5	122,6	121,5
1986	117,3	121,3	112,7	107,6	115,7	119,1	129,2	104,2	138,5
1986 1. Vj.	107,7	114,6	94,2	92,2	103,7	108,6	124,5	104,2	125,7
2. Vj.	117,3	122,7	108,1	103,0	101,3	106,0	127,1	113,2	154,7
3. Vj.	111,4	118,9	104,8	102,4	101,8	115,3	126,3	103,7	131,0
4. Vj.	133,0	129,1	143,8	132,8	156,1	146,5	139,0	95,8	142,6
1987 1. Vj.	109,3	115,7	96,1	97,2	104,3	112,5	127,0	98,0	127,6
2. Vj.	119,0	123,5	109,2	105,7	99,2	109,2	131,4	115,0	159,4
3. Vj. [4]	114,2	122,5	105,3	105,4	107,6	118,7	129,3	104,4	135,1
	in Preisen von 1980								
1970	78,2	73,5	90,2	76,5	78,5	76,0	74,6	.	84,8
1971	82,6	78,1	94,4	83,7	84,9	78,6	78,8	.	84,1
1972	86,3	81,2	98,3	91,4	93,3	81,8	82,0	.	84,3
1973	87,0	82,6	94,8	92,8	94,0	83,0	85,5	.	79,8
1974	85,5	83,0	92,9	89,8	94,0	81,5	88,5	.	69,4
1975	88,4	84,3	95,3	89,1	92,4	81,1	91,2	.	82,7
1976	91,5	87,4	95,2	90,9	94,6	82,4	93,9	.	93,0
1977	94,4	89,1	96,8	97,6	101,8	86,6	94,6	.	103,1
1978	97,3	92,4	98,7	98,4	103,0	90,2	98,1	.	108,9
1979	99,8	96,2	97,6	99,4	101,4	95,9	99,0	.	109,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	98,3	102,0	96,6	94,6	102,1	98,7	102,1	105,9	95,5
1982	94,8	101,1	90,7	87,8	101,8	95,3	99,8	104,6	91,9
1983	95,7	100,8	90,3	89,2	104,2	94,8	101,7	100,9	97,0
1984	96,1	101,4	90,7	89,5	106,9	96,1	104,7	105,4	95,2
1985	96,8	102,4	92,1	85,9	110,3	97,6	106,7	101,2	95,2
1986	100,3	103,9	94,1	88,1	115,6	97,7	109,1	101,4	105,7
1986 1. Vj.	91,6	98,2	79,0	75,8	103,1	90,5	105,4	94,6	96,6
2. Vj.	100,0	104,1	90,3	84,5	100,9	87,3	107,3	109,8	118,8
3. Vj.	95,5	101,8	87,4	83,9	101,7	94,1	106,5	103,4	99,7
4. Vj.	114,0	111,7	119,5	108,3	156,8	118,8	117,1	97,7	107,6
1987 1. Vj.	93,0	99,7	79,7	79,0	104,6	91,2	106,6	97,8	95,3
2. Vj.	101,1	105,4	90,2	85,5	99,7	88,2	109,8	113,2	118,5
3. Vj. [4]	97,3	105,9	86,6	85,3	108,4	95,1	107,8	103,1	99,9

[1] Ohne elektrotechnische Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgroßgeräte.
[2] In Tankstellen mit Absatz im eigenen Namen.
[3] Einschließlich Fahrzeugteilen und Fahrzeugreifen.
[4] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 55*

Zahlungs

Mio

Zeitraum	Leistungsbilanz						
	insgesamt	Handelsbilanz [1])	Ergänzungen zum Warenverkehr [2]) und Transithandel	Dienstleistungsbilanz [3])		Übertragungsbilanz [5])	
				zusammen	darunter Reiseverkehr [4])	zusammen	darunter Nettobeitrag zum EG-Haushalt [7])
1950	− 427	− 3 012	− 50	+ 570	+ 50	+ 2 065	—
1951	+ 2 301	− 149	− 66	+ 987	+ 57	+ 1 529	—
1952	+ 2 478	+ 706	− 77	+ 1 689	+ 30	+ 160	—
1953	+ 3 873	+ 2 516	− 121	+ 1 929	+ 13	− 451	—
1954	+ 3 669	+ 2 698	− 169	+ 1 614	+ 180	− 474	—
1955	+ 2 235	+ 1 245	− 249	+ 2 073	+ 282	− 834	—
1956	+ 4 459	+ 2 897	− 306	+ 3 089	+ 486	− 1 221	—
1957	+ 5 901	+ 4 083	− 281	+ 3 981	+ 498	− 1 882	—
1958	+ 5 998	+ 4 954	− 417	+ 3 461	− 129	− 2 000	− 18
1959	+ 4 152	+ 5 361	− 580	+ 2 650	− 616	− 3 279	− 56
1960	+ 4 783	+ 5 223	− 187	+ 3 235	− 979	− 3 488	− 55
1961	+ 3 193	+ 6 615	− 451	+ 1 459	− 1 439	− 4 430	− 78
1962	− 1 580	+ 3 477	− 576	+ 729	− 2 316	− 5 210	− 103
1963	+ 991	+ 6 032	− 565	+ 619	− 2 138	− 5 095	− 139
1964	+ 524	+ 6 081	− 900	+ 654	− 2 154	− 5 311	− 151
1965	− 6 223	+ 1 203	− 442	− 607	− 2 766	− 6 377	− 168
1966	+ 488	+ 7 958	− 701	− 474	− 3 403	− 6 295	− 247
1967	+10 006	+ 16 862	− 452	+ 18	− 3 034	− 6 422	− 470
1968	+11 856	+ 18 372	− 702	+ 1 498	− 3 106	− 7 312	−1 906
1969	+ 7 498	+ 15 584	− 422	+ 1 086	− 3 888	− 8 750	−2 551
1970	+ 3 183	+ 15 670	−1 601	− 1 127	− 5 377	− 9 759	−1 985
1971	+ 2 770	+ 15 892	+ 256	− 1 763	− 7 300	−11 615	− 455
1972	+ 2 730	+ 20 278	− 598	− 4 195	− 8 572	−12 756	−1 172
1973	+12 354	+ 32 979	− 82	− 6 153	−10 920	−14 390	−1 931
1974	+26 580	+ 50 846	−1 263	− 8 421	−12 397	−14 581	−1 740
1975	+10 023	+ 37 276	−1 236	− 9 334	−14 701	−16 683	−3 491
1976	+ 9 858	+ 34 469	− 408	− 7 718	−14 645	−16 485	−3 332
1977	+ 9 478	+ 38 436	− 260	−12 632	−16 380	−16 066	−3 695
1978	+18 003	+ 41 200	+1 712	− 8 518	−19 018	−16 391	−2 283
1979	−11 031	+ 22 429	+ 25	−13 930	−21 595	−19 555	−4 103
1980	−28 480	+ 8 947	− 585	−14 252	−25 246	−22 590	−4 099
1981	−11 741	+ 27 720	+ 601	−15 771	−25 716	−24 291	−6 412
1982	+ 9 866	+ 51 277	+1 522	−17 423	−26 195	−25 510	−7 510
1983	+10 594	+ 42 089	+3 198	− 9 421	−25 477	−25 272	−6 017
1984	+23 887	+ 53 966	−1 718	+ 1 709	−25 287	−30 070	−7 272
1985	+44 516	+ 73 353	−1 342	+ 2 269	−25 739	−29 764	−8 343
1986	+80 554	+112 619	− 921	− 3 525	−27 882	−27 619	−8 236
1986 1. Vj.	+16 507	+ 22 551	+ 653	+ 69	− 5 119	− 6 766	−1 922
2. Vj.	+18 544	+ 28 142	−2 193	− 608	− 6 456	− 6 796	−2 193
3. Vj.	+17 914	+ 29 422	− 664	− 4 176	−11 302	− 6 668	−1 481
4. Vj.	+27 589	+ 32 504	+1 283	+ 1 191	− 5 005	− 7 389	−2 639
1987 1. Vj.	+20 072	+ 27 782	− 277	− 1 086	− 5 430	− 6 347	−1 399
2. Vj.	+19 282	+ 27 755	+ 251	− 2 108	− 7 608	− 6 617	−2 386
3. Vj.	+13 626	+ 27 923	−1 778	− 5 748	−11 583	− 6 771	− 2 164

[1]) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[2]) Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren und der Lohnveredelung.
[3]) Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten.
[4]) Einschließlich der der Bundesbank von den Zentralbanken wichtiger europäischer Reisezielländer mitgeteilten An- und Verkäufe von DM-Noten.
[5]) Eigene Leistungen: —.
[6]) Kapitalexport: —.
[7]) Ohne den besonderen Währungsausgleich bei der Ausfuhr nach Großbritannien und Italien: Gemäß Beschluß des Rates der EG vom 29. April 1976 werden ab 17. Mai 1976 die Währungsausgleichsbeträge für Einfuhren Großbritanniens und Italiens aus anderen EG-Ländern über den ausführenden — und nicht, wie sonst üblich, über den einführenden — Mitgliedstaat ausbezahlt.

Tabelle 55*

bilanz

DM

Kapitalbilanz [6]			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen [8]	Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Bundesbank [9]	Devisenbilanz [10]	Zeitraum
insgesamt	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 637	+ 488	+ 149	− 774	—	− 564	1950
− 543	− 79	− 464	+ 280	—	+ 2 038	1951
+ 6	− 357	+ 363	+ 416	—	+ 2 900	1952
− 698	− 378	− 320	+ 471	—	+ 3 646	1953
− 106	− 438	+ 332	− 592	—	+ 2 971	1954
− 640	− 271	− 369	+ 256	—	+ 1 851	1955
− 162	− 365	+ 203	+ 713	—	+ 5 010	1956
− 2 655	− 390	− 2 265	+ 1 876	—	+ 5 122	1957
− 2 329	− 1 437	− 892	− 225	—	+ 3 444	1958
− 6 398	− 3 629	− 2 769	+ 554	—	− 1 692	1959
+ 1 272	− 81	+ 1 353	+ 1 964	—	+ 8 019	1960
− 5 009	− 4 053	− 956	+ 994	− 1 475	− 2 297	1961
− 597	− 183	− 414	+ 1 300	—	− 877	1962
+ 620	+ 1 806	− 1 186	+ 1 129	—	+ 2 740	1963
− 1 325	− 894	− 431	+ 1 236	—	+ 435	1964
+ 2 142	+ 1 137	+ 1 005	+ 2 798	—	− 1 283	1965
− 599	− 342	− 257	+ 2 063	—	+ 1 952	1966
−11 848	− 2 930	− 8 918	+ 1 702	—	− 140	1967
− 6 125	−11 201	+ 5 076	+ 1 278	—	+ 7 009	1968
−18 679	−23 040	+ 4 361	+ 919	− 4 099	−14 361	1969
+15 113	− 934	+ 16 047	+ 3 616	+ 738	+22 650	1970
+10 884	+ 6 293	+ 4 592	+ 2 701	− 5 370	+10 986	1971
+11 933	+15 552	− 3 620	+ 1 028	− 495	+15 195	1972
+13 143	+12 950	+ 194	+ 931	−10 279	+16 149	1973
−25 297	− 6 282	− 19 015	− 3 188	− 7 231	− 9 136	1974
−13 282	−18 231	+ 4 949	+ 1 039	+ 5 480	+ 3 260	1975
− 337	− 780	+ 443	− 732	− 7 489	+ 1 301	1976
+ 33	−12 611	+ 12 644	+ 940	− 7 880	+ 2 570	1977
+ 4 783	− 2 805	+ 7 588	− 3 014	− 7 586	+12 185	1978
+ 9 262	+12 200	− 2 938	− 3 185	− 2 334	− 7 288	1979
+ 1 761	+ 5 491	− 3 730	− 1 175	+ 2 164	−25 730	1980
+ 6 499	+ 7 856	− 1 357	+ 2 959	+ 3 561	+ 1 278	1981
− 4 383	−14 888	+ 10 505	− 2 405	− 411	+ 2 667	1982
−15 776	− 6 979	− 8 797	+ 1 108	+ 2 430	− 1 644	1983
−37 026	−19 848	− 17 177	+10 039	+ 2 118	− 981	1984
−50 730	−13 615	− 37 114	+ 8 057	− 3 104	− 1 261	1985
−68 966	+35 655	−104 621	− 5 624	− 3 150	+ 2 814	1986
−11 235	+22 219	− 33 453	− 3 111	− 1 030	+ 1 131	1986 1. Vj.
−28 424	− 861	− 27 563	+ 1 821	+ 1 075	− 6 984	2. Vj.
− 7 546	+ 9 681	− 17 227	− 1 507	− 982	+ 7 879	3. Vj.
−21 761	+ 4 617	− 26 378	− 2 827	− 2 212	+ 788	4. Vj.
− 4 363	+14 425	− 18 788	− 1 493	− 77	+14 139	1987 1. Vj.
−14 134	+ 332	− 14 466	+ 636	− 283	+ 5 502	2. Vj.
−13 872	−18 079	+ 4 207	− 1 260	+ 142	− 1 365	3. Vj.

[8] Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverkehr (= Restposten).

[9] Gegenposten zu Veränderungen der Auslandsposition der Bundesbank, die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Änderungen des DM-Wertes der auf Fremdwährung lautenden Aktiva und Passiva der Bundesbank durch Neubewertung zum Jahresende und Zuteilung von IWF-Sonderziehungsrechten; ab 1982 auch Differenzen zwischen den Transaktionswerten und den im Wochenausweis der Bundesbank zu Bilanzkursen ausgewiesenen Veränderungen der Auslandsposition.

[10] Veränderung der Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank (Zunahme: +). Ab 1982 bewertet zu Bilanzkursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 56*

Kapitalverkehr

(Kapital

Mio

Zeitraum	Langfristiger Kapitalverkehr[2])							
	insgesamt	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)				ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
		zusammen	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])	sonstige Anlagen[6])	zusammen[7])	Direktinvestitionen[3]) und privater Grunderwerb	Kreditgewährung[4]) und Wertpapieranlagen[5])
1960	− 81	− 2 491	− 733	− 1 578	− 180	+ 2 410	+ 807	+ 2 033
1961	− 4 053	− 3 139	− 1 002	− 1 247	− 890	− 914	+1 178	+ 1 253
1962	− 183	− 2 841	− 1 335	− 1 506	− 0	+ 2 658	+1 338	+ 1 541
1963	+ 1 806	− 2 849	− 1 033	− 1 788	− 28	+ 4 655	+1 931	+ 3 009
1964	− 894	− 3 613	− 1 372	− 2 197	− 44	+ 2 719	+2 444	+ 367
1965	+ 1 137	− 3 418	− 1 448	− 1 864	− 106	+ 4 555	+3 557	+ 1 087
1966	− 342	− 4 273	− 1 616	− 2 463	− 194	+ 3 931	+3 953	+ 1 064
1967	− 2 930	− 5 105	− 1 502	− 3 499	− 104	+ 2 175	+3 285	− 1 010
1968	−11 201	−13 503	− 2 185	−11 305	− 13	+ 2 302	+2 087	+ 323
1969	−23 040	−24 444	− 3 142	−21 292	− 10	+ 1 404	+1 989	− 465
1970	− 934	−10 931	− 3 580	− 6 930	− 421	+ 9 997	+2 073	+ 8 064
1971	+ 6 293	− 6 136	− 4 230	− 1 556	− 350	+12 428	+3 827	+ 8 666
1972	+15 552	− 959	− 5 760	+ 4 947	− 146	+16 510	+6 054	+10 703
1973	+12 950	− 2 902	− 5 186	+ 2 678	− 394	+15 852	+5 465	+10 414
1974	− 6 282	−11 564	− 5 482	− 5 555	− 527	+ 5 281	+5 609	− 289
1975	−18 231	−24 116	− 5 353	−18 155	− 608	+ 5 886	+1 651	+ 4 290
1976	− 780	−19 397	− 6 576	−12 576	− 244	+18 618	+3 324	+15 377
1977	−12 611	−22 338	− 5 551	−16 525	− 262	+ 9 727	+2 188	+ 7 583
1978	− 2 805	−23 521	− 7 835	−15 321	− 365	+20 716	+3 202	+17 546
1979	+12 200	−20 316	− 9 108	−10 788	− 419	+32 516	+3 180	+29 344
1980	+ 5 491	−28 417	− 8 858	−18 772	− 787	+33 908	+ 622	+33 366
1981	+ 7 856	−27 404	−10 659	−15 672	−1 073	+35 260	+ 743	+34 497
1982	−14 888	−29 060	− 8 061	−20 048	− 951	+14 172	+1 844	+12 278
1983	− 6 979	−36 492	− 9 397	−25 074	−2 022	+29 513	+4 420	+25 097
1984	−19 848	−45 090	−13 516	−30 001	−1 573	+25 242	+2 053	+23 157
1985	−13 615	−61 750	−15 162	−44 616	−1 972	+48 135	+2 044	+46 102
1986	+35 655	−53 280	−20 547	−30 749	−1 984	+88 935	+2 856	+86 081
1986 1. Vj.	+22 219	− 9 344	− 2 034	− 6 755	− 555	+31 563	+2 446	+29 118
2. Vj.	− 861	−18 930	− 3 874	−14 664	− 391	+18 069	− 769	+18 839
3. Vj.	+ 9 681	− 9 700	− 4 332	− 4 939	− 429	+19 380	+ 355	+19 026
4. Vj.	+ 4 617	−15 306	−10 307	− 4 389	− 610	+19 923	+ 826	+19 099
1987 1. Vj.	+14 425	−15 286	− 5 071	− 9 790	− 425	+29 711	− 614	+30 319
2. Vj.	+ 332	−15 621	− 4 499	−10 429	− 693	+15 953	+ 73	+15 878
3. Vj.	−18 079	−17 110	− 2 541	−14 214	− 354	− 969	+ 558	− 1 523

[1]) Der Kreditinstitute, Unternehmen, Privatpersonen und öffentlichen Stellen.
[2]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit von mehr als 12 Monaten.
[3]) Soweit erkennbar. Einschließlich langfristiger Kredite und reinvestierter Gewinne.
[4]) Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. ä. mit einer ursprünglichen Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als 12 Monaten; ohne Kredite zwischen verbundenen Unternehmen (Direktinvestitionen) und ohne in Wertpapieren verbriefte Forderungen.
[5]) Ohne diejenigen Anteilspapiere, die bei den Direktinvestitionen erfaßt sind.
[6]) Im wesentlichen Beteiligungen des Bundes an internationalen Organisationen. — Ohne privaten Grunderwerb.

Tabelle 56*

mit dem Ausland [1])

export: −)

DM

Kurzfristiger Kapitalverkehr [8])					
insgesamt	Kreditinstitute, Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Stellen	Zeitraum
	zusammen	Kreditinstitute	Unternehmen und Privatpersonen		
+ 1 353	+ 2 359	+ 2 369	− 10	−1 006	1960
− 956	− 735	− 380	− 355	− 221	1961
− 414	− 254	− 259	+ 5	− 160	1962
− 1 186	− 1 177	+ 684	− 1 861	− 9	1963
− 431	+ 610	+ 85	+ 525	−1 041	1964
+ 1 005	− 47	− 478	+ 431	+1 052	1965
− 257	− 594	− 574	− 20	+ 337	1966
− 8 918	− 8 557	− 4 823	− 3 734	− 361	1967
+ 5 076	+ 3 891	+ 2 455	+ 1 436	+1 185	1968
+ 4 361	+ 4 390	+ 4 325	+ 65	− 29	1969
+ 16 047	+ 16 344	+ 7 927	+ 8 417	− 297	1970
+ 4 592	+ 3 179	+ 1 172	+ 2 007	+1 412	1971
− 3 620	− 4 012	− 420	− 3 592	+ 393	1972
+ 194	+ 26	− 5 149	+ 5 175	+ 168	1973
− 19 015	− 19 020	− 9 733	− 9 287	+ 5	1974
+ 4 949	+ 4 263	− 2 261	+ 6 524	+ 685	1975
+ 443	+ 1 046	+ 6 731	− 5 685	− 603	1976
+ 12 644	+ 12 684	+ 8 120	+ 4 564	− 39	1977
+ 7 588	+ 6 436	+10 089	− 3 653	+1 152	1978
− 2 938	− 2 629	+ 4 093	− 6 722	− 310	1979
− 3 730	− 3 372	− 8 863	+ 5 491	− 358	1980
− 1 357	− 4 151	−10 269	+ 6 118	+2 794	1981
+ 10 505	+ 9 768	+ 8 089	+ 1 679	+ 737	1982
− 8 797	− 5 534	+ 1 777	− 7 311	−3 263	1983
− 17 177	− 15 398	+ 53	−15 451	−1 780	1984
− 37 114	− 37 246	−27 697	− 9 549	+ 131	1985
−104 621	−103 560	−58 786	−44 774	−1 061	1986
− 33 453	− 32 117	− 7 798	−24 319	−1 336	1986 1. Vj.
− 27 563	− 28 225	−13 491	−14 734	+ 662	2. Vj.
− 17 227	− 16 581	−12 012	− 4 569	− 646	3. Vj.
− 26 378	− 26 637	−25 485	− 1 152	+ 258	4. Vj.
− 18 788	− 16 919	−11 201	− 5 718	−1 869	1987 1. Vj.
− 14 466	− 13 672	−11 842	− 1 830	− 794	2. Vj.
+ 4 207	+ 3 921	+ 9 331	− 5 410	+ 286	3. Vj.

[7]) Einschließlich „Sonstige Anlagen".

[8]) Anlagen mit ursprünglicher Laufzeit bis zu 12 Monaten einschließlich. Handelskredite einschließlich der nicht ausgliederbaren langfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 57*

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1]		Index der Durchschnittswerte		Terms of Trade [2]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mio DM				1980 = 100		
1950 [3]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [3]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [3]	16 909	16 203	33 714	21 478	50,2	75,4	66,6
1953 [3]	18 526	16 010	37 071	23 615	50,0	67,8	73,7
1954 [3]	22 035	19 337	43 643	29 065	50,5	66,5	75,9
1955 [3]	25 717	24 472	50 051	36 461	51,4	67,1	76,6
1956 [3]	30 861	27 964	57 425	41 342	53,7	67,6	79,4
1957 [3]	35 968	31 697	64 815	45 763	55,5	69,3	80,1
1958 [3]	36 998	31 133	67 923	50 868	54,5	61,2	89,1
1959 [3]	41 184	35 823	74 665	60 769	55,2	59,0	93,6
1960	47 946	42 723	85 537	71 566	56,1	59,7	94,0
1961	50 978	44 363	90 916	78 033	56,1	56,9	98,6
1962	52 975	49 498	93 626	91 588	56,6	54,0	104,8
1963	58 310	52 277	98 252	99 766	59,3	52,4	113,2
1964	64 920	58 839	112 142	111 660	57,9	52,7	109,9
1965	71 651	70 448	120 482	129 128	59,5	54,6	109,0
1966	80 628	72 670	132 535	133 319	60,8	54,5	111,6
1967	87 045	70 183	141 812	132 321	61,4	53,0	115,8
1968	99 551	81 179	163 682	153 669	60,8	52,8	115,2
1969	113 557	97 972	181 095	178 733	62,7	54,8	114,4
1970	125 276	109 606	207 228	211 835	60,5	51,7	117,0
1971	136 011	120 119	216 319	229 362	62,9	52,4	120,0
1972	149 023	128 744	229 974	244 156	64,8	52,7	123,0
1973	178 396	145 417	262 212	257 577	68,0	56,5	120,4
1974	230 578	179 733	290 828	247 507	79,3	72,6	109,2
1975	221 589	184 313	258 228	246 683	85,8	74,7	114,9
1976	256 642	222 173	306 336	290 637	83,8	76,4	109,7
1977	273 614	235 178	318 536	297 178	85,9	79,1	108,6
1978	284 907	243 707	328 705	317 408	86,7	76,8	112,9
1979	314 469	292 040	344 493	341 479	91,3	85,5	106,8
1980	350 328	341 380	350 328	341 380	100	100	100
1981	396 898	369 179	373 420	324 425	106,3	113,8	93,4
1982	427 741	376 464	385 635	328 677	110,9	114,5	96,9
1983	432 281	390 192	384 538	341 827	112,4	114,1	98,5
1984	488 223	434 257	419 769	359 473	116,3	120,8	96,3
1985	537 164	463 811	444 575	374 428	120,8	123,9	97,5
1986	526 363	413 744	450 479	397 506	116,8	104,1	112,2
1985 1. Vj.	133 844	120 220	110 802	93 534	120,8	128,5	94,0
2. Vj.	134 073	115 531	110 300	91 639	121,6	126,1	96,4
3. Vj.	130 759	113 204	107 538	92 716	121,6	122,1	99,6
4. Vj.	138 488	114 855	115 934	96 539	119,5	119,0	100,4
1986 1. Vj.	130 303	107 752	109 727	95 852	118,8	112,4	105,7
2. Vj.	135 005	106 863	115 390	102 646	117,0	104,1	112,4
3. Vj.	125 929	96 507	108 171	96 040	116,4	100,5	115,8
4. Vj.	135 126	102 622	117 192	102 968	115,3	99,7	115,6
1987 1. Vj.	127 261	99 479	111 321	100 780	114,3	98,7	115,8
2. Vj.	129 330	101 575	114 311	104 654	113,1	97,1	116,5
3. Vj.	127 465	99 542	111 851	101 796	114,0	97,8	116,6

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1980.
[2] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[3] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 58*

Ausfuhr und Einfuhr nach Gütergruppen der Produktionsstatistik[1])

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[2])	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, Tabakwaren	Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser[3])	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	Investitionsgüter[4])	Verbrauchsgüter[4])
					Ausfuhr					
1970	125 276	1 712	3 065	8	2 839	33 985	67 691	14 000	31 684	17 177
1971	136 011	1 564	3 963	5	3 008	35 420	74 103	15 583	34 821	19 315
1972	149 023	2 002	4 446	3	2 964	37 502	82 565	17 284	40 098	20 808
1973	178 396	2 571	6 124	2	3 308	47 563	95 878	20 733	45 457	24 368
1974	230 578	2 448	8 390	2	5 243	74 077	113 206	24 409	53 633	26 141
1975	221 589	2 632	8 535	3	4 903	60 961	117 926	22 883	58 544	25 215
1976	256 642	3 052	9 359	339	4 660	67 252	139 338	28 637	61 245	33 826
1977	273 614	3 044	11 676	256	4 588	68 143	150 134	30 551	64 468	37 706
1978	284 907	2 870	11 878	332	6 527	72 605	153 307	32 243	64 083	38 863
1979	314 469	3 111	13 707	618	6 886	85 505	162 957	36 186	66 071	42 050
1980	350 328	3 629	16 002	605	8 128	95 227	180 070	40 580	73 566	46 598
1981	396 898	4 727	19 610	681	9 437	105 718	205 013	43 659	87 333	50 555
1982	427 741	5 178	19 953	770	8 852	109 510	229 052	46 457	99 360	56 070
1983	432 281	5 347	19 621	730	8 004	112 938	226 433	48 612	96 297	57 500
1984	488 223	6 108	22 260	805	9 349	131 334	252 066	55 137	106 288	62 889
1985	537 164	6 360	23 626	958	8 379	141 633	284 554	61 861	121 418	71 713
1986	526 363	6 540	22 560	900	4 646	128 507	289 915	63 379	124 259	72 111
1986 1. Vj.	130 303	1 650	5 621	349	1 361	33 129	70 016	15 796	29 764	18 339
2. Vj.	135 005	1 627	5 596	237	1 224	33 731	74 583	15 467	32 183	17 633
3. Vj.	125 929	1 554	5 498	128	1 001	30 698	68 359	16 263	29 296	17 291
4. Vj.	135 126	1 709	5 844	186	1 060	30 949	76 957	15 853	33 016	18 848
1987 1. Vj.	127 261	1 734	5 423	251	950	30 335	70 545	15 695	29 784	18 186
2. Vj.	129 330	1 411	5 443	231	951	31 457	71 756	15 267	30 579	16 844
3. Vj.	127 465	1 356	5 330	169	804	31 181	69 176	16 503	29 613	17 498
					Einfuhr					
1970	109 606	15 134	9 015	1	10 166	32 791	24 516	14 778	9 834	14 540
1971	120 119	15 770	10 150	1	11 502	32 242	28 038	17 888	11 259	18 638
1972	128 744	16 760	11 464	1	11 396	33 805	29 986	21 608	11 603	21 455
1973	145 417	18 674	12 922	1	13 894	40 971	31 801	23 771	11 185	25 219
1974	179 733	19 799	13 309	0	29 942	53 052	33 051	26 465	11 352	28 544
1975	184 313	20 202	14 084	0	27 227	49 266	39 545	28 980	13 727	33 507
1976	222 173	23 885	16 413	556	32 410	60 668	48 658	33 597	14 349	39 918
1977	235 178	26 185	17 309	653	32 424	61 763	54 766	36 923	16 267	42 951
1978	243 707	24 648	17 933	639	29 920	64 466	60 766	40 065	18 511	47 013
1979	292 040	25 309	18 965	693	41 856	83 670	68 579	46 656	21 536	55 155
1980	341 380	27 486	20 613	921	60 640	93 586	78 284	52 492	24 226	60 411
1981	369 179	29 087	23 345	1 141	70 794	97 780	87 781	51 553	28 423	60 853
1982	376 464	29 649	24 432	1 268	67 338	102 193	91 544	50 924	30 741	60 413
1983	390 192	29 252	26 025	1 376	59 190	109 372	100 908	54 906	33 202	66 829
1984	434 257	32 453	27 854	1 249	64 938	123 713	112 870	61 194	35 855	72 817
1985	463 811	35 221	28 543	1 367	65 232	133 464	125 681	63 828	40 672	75 489
1986	413 744	32 114	26 952	1 323	34 181	112 332	129 805	66 179	40 750	76 660
1986 1. Vj.	107 752	8 573	6 557	301	12 604	29 575	30 899	16 655	9 608	19 750
2. Vj.	106 863	8 607	7 097	345	7 943	30 757	33 460	15 552	10 103	19 308
3. Vj.	96 507	6 975	6 485	348	6 543	26 402	30 537	16 796	9 639	18 493
4. Vj.	102 622	7 959	6 813	329	7 100	25 597	34 909	17 177	11 400	19 109
1987 1. Vj.	99 479	7 549	6 173	289	7 227	25 631	32 332	17 961	9 665	20 679
2. Vj.	101 575	8 072	6 261	301	6 536	26 680	34 383	16 503	10 974	19 090
3. Vj.	99 542	6 749	6 247	365	6 489	26 767	31 776	18 452	10 019	21 042

[1]) Bis 1975 in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Industriestatistik (Stand 1975), ab 1976 in der Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1982).

[2]) Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

[3]) Bis 1975 ohne elektrischen Strom.

[4]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 59*

Ausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951 [2]	14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952 [2]	16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953 [2]	18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954 [2]	22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955 [2]	25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956 [2]	30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957 [2]	35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958 [2]	36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959 [2]	41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960	47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961	50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962	52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963	58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964	64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965	71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966	80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967	87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968	99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969	113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970	125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1971	136 011	5 097	130 145	3 258	10 480	116 407	23 874	92 533
1972	149 023	5 946	142 184	3 388	10 445	128 351	25 861	102 490
1973	178 396	8 016	169 392	4 071	13 244	152 078	33 334	118 744
1974	230 578	9 953	219 387	5 516	20 596	193 275	51 133	142 142
1975	221 589	10 397	209 784	5 304	16 129	188 350	40 334	148 016
1976	256 642	11 412	243 775	5 692	18 688	219 396	45 638	173 758
1977	273 614	13 723	258 243	5 657	18 281	234 205	46 479	187 726
1978	284 907	13 790	269 301	6 098	20 415	242 787	49 905	192 882
1979	314 469	15 698	296 637	6 555	24 796	265 286	58 688	206 598
1980	350 328	18 471	329 357	6 792	30 520	292 045	62 630	229 415
1981	396 898	23 100	371 069	7 547	33 416	330 106	69 002	261 104
1982	427 741	23 871	400 995	7 220	34 242	359 533	70 651	288 882
1983	432 281	23 624	405 729	7 203	34 328	364 198	72 455	291 743
1984	488 223	26 673	458 342	8 299	40 172	409 872	85 156	324 716
1985	537 164	28 025	505 812	8 565	41 038	456 209	92 667	363 542
1986	526 363	27 320	495 532	7 279	30 635	457 617	87 544	370 072
1986 1. Vj.	130 303	6 832	122 685	1 848	8 337	112 500	22 287	90 213
2. Vj.	135 005	6 731	127 411	1 914	8 198	117 299	23 199	94 100
3. Vj.	125 929	6 640	118 435	1 716	6 745	109 974	20 838	89 137
4. Vj.	135 126	7 117	127 000	1 801	7 356	117 843	21 220	96 623
1987 1. Vj.	127 261	6 747	119 674	1 587	6 816	111 270	20 884	90 386
2. Vj.	129 330	6 408	122 049	1 717	7 076	113 257	21 780	91 476
3. Vj.	127 465	6 291	120 284	1 561	7 125	111 597	21 223	90 375

[1] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60*

Einfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950 [2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951 [2]	14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952 [2]	16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953 [2]	16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954 [2]	19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955 [2]	24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956 [2]	27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957 [2]	31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958 [2]	31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959 [2]	35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960	42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961	44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962	49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963	52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964	58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965	70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966	72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967	70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968	81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969	97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970	109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1971	120 119	22 829	95 636	15 868	16 327	63 442	18 686	44 755
1972	128 744	24 959	102 162	15 857	16 439	69 865	20 726	49 139
1973	145 417	28 029	115 702	18 754	21 578	75 370	22 873	52 498
1974	179 733	29 348	148 300	34 653	30 406	83 241	25 703	57 538
1975	184 313	31 127	150 746	30 144	27 648	92 953	25 202	67 752
1976	222 173	36 037	183 274	36 097	34 689	112 488	31 423	81 064
1977	235 178	39 306	192 775	35 154	35 454	122 168	33 256	88 912
1978	243 707	38 605	201 783	30 786	37 526	133 471	35 342	98 129
1979	292 040	39 947	248 446	42 703	50 124	155 619	42 245	113 374
1980	341 380	43 363	293 706	58 929	59 918	174 859	45 187	129 672
1981	369 179	47 779	316 709	64 048	66 448	186 212	46 170	140 042
1982	376 464	49 662	321 549	59 298	69 821	192 430	47 463	144 967
1983	390 192	50 475	333 780	52 203	73 144	208 433	50 756	157 677
1984	434 257	54 605	372 970	58 237	81 403	233 330	57 093	176 237
1985	463 811	57 953	398 283	57 456	86 794	254 034	61 568	192 465
1986	413 744	54 750	350 857	30 873	60 180	259 805	60 979	198 826
1986 1. Vj.	107 752	13 886	91 981	10 161	18 598	63 221	15 091	48 131
2. Vj.	106 863	14 493	90 017	7 598	16 464	65 955	16 172	49 783
3. Vj.	96 507	12 603	82 138	6 384	12 648	63 106	14 770	48 337
4. Vj.	102 622	13 769	86 721	6 729	12 470	67 522	14 946	52 576
1987 1. Vj.	99 479	12 581	85 224	6 902	12 589	65 734	14 722	51 012
2. Vj.	101 575	13 267	86 198	7 012	12 525	66 661	15 132	51 529
3. Vj.	99 542	12 103	85 437	7 166	12 523	65 748	14 321	51 426

[1] Ab 1956 einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 61*

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950 [7]	8 362	4 092	1 929	361	714	433	1 242	198
1951	14 577	6 092	3 538	284	1 611	992	3 023	474
1952	16 909	6 970	4 665	223	1 609	1 048	3 416	527
1953	18 526	7 772	4 402	330	2 028	1 249	3 919	639
1954	22 035	9 044	5 223	435	2 167	1 237	5 034	901
1955	25 717	10 292	6 384	643	2 723	1 625	5 494	1 037
1956	30 861	12 547	7 277	1 120	3 446	2 089	6 370	1 291
1957	35 968	14 205	8 067	1 263	4 332	2 521	7 859	1 694
1958	36 998	14 009	8 419	1 889	4 603	2 699	7 878	1 782
1959	41 184	15 795	9 298	1 915	5 914	3 835	8 027	1 822
1960	47 946	19 322	11 176	2 304	6 111	3 767	8 891	1 827
1961	50 978	21 666	12 159	2 124	5 875	3 497	9 050	1 818
1962	52 975	23 749	12 404	2 177	6 334	3 858	8 145	1 558
1963	58 310	27 970	13 168	1 839	6 862	4 195	8 286	1 621
1964	64 920	31 076	14 317	2 350	7 873	4 785	9 082	1 835
1965	71 651	33 538	15 897	2 740	9 070	5 741	10 173	2 302
1966	80 628	38 382	16 824	3 381	10 744	7 178	11 045	2 696
1967	87 045	41 411	17 272	4 421	12 191	7 859	11 496	2 802
1968	99 551	47 605	18 616	4 556	15 759	10 835	12 743	3 234
1969	113 557	56 891	21 232	5 145	16 201	10 633	13 973	3 493
1970	125 276	62 381	24 703	5 448	17 747	11 437	14 857	3 584
1971	136 011	67 984	26 132	5 865	19 578	13 140	16 308	4 067
1972	149 023	75 362	28 616	7 686	20 222	13 798	16 977	4 710
1973	178 396	90 555	33 138	10 836	23 174	15 089	20 336	6 007
1974	230 578	111 742	41 791	15 903	28 454	17 343	31 963	10 456
1975	221 589	104 002	40 654	17 425	22 515	13 146	36 301	16 703
1976	256 642	125 678	46 651	17 432	24 435	14 413	41 670	20 731
1977	273 614	131 364	49 716	16 704	28 385	18 199	46 619	24 926
1978	284 907	138 729	49 024	17 635	31 452	20 180	47 307	24 525
1979	314 469	161 607	55 506	18 841	32 655	20 759	44 895	19 180
1980	350 328	179 152	64 180	19 399	34 591	21 478	51 523	22 814
1981	396 898	194 911	67 521	19 545	42 698	25 976	70 345	34 883
1982	427 741	216 018	71 495	20 522	45 608	28 120	72 452	38 043
1983	432 281	217 677	73 823	22 605	49 807	32 847	66 976	31 577
1984	488 223	243 639	83 214	23 325	69 046	46 834	67 484	27 947
1985	537 164	267 265	94 804	27 883	79 210	55 533	66 366	25 199
1986	526 363	267 454	98 029	25 892	78 012	55 206	55 913	17 913
1986 1. Vj.	130 303	67 341	23 224	6 160	18 935	13 355	14 261	5 030
2. Vj.	135 005	69 325	24 665	6 516	20 328	14 645	13 931	4 591
3. Vj.	125 929	62 170	24 388	6 471	19 032	13 150	13 634	4 298
4. Vj.	135 126	68 618	25 752	6 746	19 717	14 056	14 087	3 993
1987 1. Vj.	127 261	67 622	23 591	5 373	17 870	12 578	12 651	3 436
2. Vj.	129 330	69 070	24 338	5 463	18 009	12 230	12 261	3 204
3. Vj.	127 465	66 364	24 918	5 563	17 675	11 748	12 692	3 494

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren in die Polargebiete und in die „Nicht ermittelten Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1987: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1987: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 62*

Wareneinfuhr nach Ländergruppen
Herstellungsländer
Mio DM

Zeitraum	Insgesamt[1]	EG-Länder[2]	Übrige europäische Länder[3]	Staatshandelsländer[4]	Außereuropäische			
					Industrieländer		Entwicklungsländer	
					zusammen[5]	darunter Vereinigte Staaten	zusammen	darunter OPEC-Länder[6]
1950 [7]	11 374	4 160	1 806	352	2 372	1 811	2 669	482
1951	14 726	4 201	2 461	429	3 636	2 722	4 006	660
1952	16 203	5 131	3 033	313	3 667	2 507	4 060	870
1953	16 010	5 648	2 746	419	2 931	1 658	4 247	1 003
1954	19 337	6 618	3 235	512	3 444	2 237	5 513	1 253
1955	24 472	8 612	3 824	733	4 683	3 209	6 606	1 488
1956	27 964	9 360	4 313	1 121	5 798	3 997	7 347	1 632
1957	31 697	10 303	4 724	1 235	7 789	5 671	7 614	1 896
1958	31 133	11 233	4 836	1 451	6 191	4 219	7 393	2 138
1959	35 823	14 016	5 526	1 688	6 421	4 595	8 147	2 463
1960	42 723	16 879	6 227	2 037	8 034	5 977	9 452	2 810
1961	44 363	18 058	6 582	2 074	8 241	6 100	9 313	2 856
1962	49 498	20 634	7 034	2 191	9 379	7 033	10 174	3 368
1963	52 277	22 110	7 191	2 185	10 206	7 941	10 506	3 683
1964	58 839	25 819	7 896	2 442	10 609	8 066	11 988	4 369
1965	70 448	32 863	8 849	2 943	12 296	9 196	13 399	4 709
1966	72 670	33 827	8 929	3 163	12 576	9 177	14 077	5 023
1967	70 183	33 148	8 209	3 023	12 055	8 556	13 660	5 157
1968	81 179	39 732	9 611	3 414	12 790	8 850	15 541	6 638
1969	97 972	49 856	11 971	3 976	15 115	10 253	16 957	6 725
1970	109 606	56 497	13 031	4 397	17 934	12 066	17 646	6 897
1971	120 119	64 404	13 353	4 769	18 363	12 420	19 103	8 676
1972	128 744	71 971	14 186	5 325	17 569	10 765	19 581	8 378
1973	145 417	79 165	15 827	6 619	19 801	12 223	23 888	10 425
1974	179 733	90 140	18 307	8 409	22 590	13 972	40 175	23 784
1975	184 313	95 654	19 137	8 661	23 864	14 226	36 761	20 223
1976	222 173	112 338	23 931	10 977	29 289	17 556	45 378	24 408
1977	235 178	118 864	26 722	11 370	30 010	17 020	47 973	23 477
1978	243 707	126 058	30 829	12 565	30 448	17 434	43 604	19 390
1979	292 040	148 415	36 620	16 021	36 483	20 274	54 247	26 966
1980	341 380	165 763	43 852	17 493	44 566	25 690	69 476	37 417
1981	369 179	180 685	47 924	19 287	49 480	28 388	71 522	37 449
1982	376 464	187 635	49 684	21 359	49 081	28 213	68 478	32 824
1983	390 192	198 943	55 489	22 157	50 279	27 712	63 069	27 283
1984	434 257	217 269	61 621	26 432	58 886	31 097	69 816	27 290
1985	463 811	235 664	67 187	26 310	62 670	32 341	71 698	27 100
1986	413 744	216 020	64 221	21 157	59 297	26 864	52 796	13 229
1986 1. Vj.	107 752	56 397	16 010	5 931	14 679	6 858	14 683	4 766
2. Vj.	106 863	56 633	16 367	5 339	15 551	7 032	12 917	3 218
3. Vj.	96 507	49 538	15 346	4 890	13 990	6 032	12 667	2 633
4. Vj.	102 622	53 452	16 498	4 996	15 078	6 943	12 529	2 612
1987 1. Vj.	99 479	52 362	15 765	4 475	14 566	6 666	12 269	2 632
2. Vj.	101 575	54 441	15 936	4 516	14 728	6 235	11 893	2 558
3. Vj.	99 542	51 157	16 168	5 063	13 875	5 892	13 195	2 915

[1]) Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf; Waren der Polargebiete und der „Nicht ermittelten Länder". — [2]) Gebietsstand 1. Januar 1987: Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich. — [3]) Ohne Staatshandelsländer. — [4]) Albanien, Bulgarien, China, Mongolei, Nordkorea, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn, Vietnam. — [5]) Australien, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Namibia, Vereinigte Staaten. — [6]) Gebietsstand 1. Januar 1987: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. — [7]) Bis 5. Juli 1959 ohne Saarland.

Tabelle 63*

Index der Grundstoffpreise [1])
1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Grundstoffe aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei [2])	Grundstoffe aus dem Produzierenden Gewerbe [2])						Grundstoffe für das	
			zusammen	darunter					Verarbeitende Gewerbe [4])	Baugewerbe [4])
				Erdöl und Mineralölerzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme und Wasser	Eisen und Stahl	NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug [3])	Chemische Erzeugnisse		
1964	54,1	70,5	51,0	21,7	.	.	56,9	64,2	.	.
1965	55,4	72,4	52,2	20,9	.	.	65,6	64,5	.	.
1966	56,1	73,1	52,8	21,0	.	.	72,8	63,4	.	.
1967	54,1	69,1	51,3	22,6	.	.	64,6	62,7	.	.
1968	53,9	68,4	51,2	22,8	.	.	68,9	61,9	.	.
1969	55,3	70,8	52,4	21,4	.	.	74,4	61,9	.	.
1970	56,8	68,7	54,6	21,9	.	.	71,5	62,2	.	.
1971	57,3	68,2	55,4	25,1	.	.	58,7	62,5	.	.
1972	59,2	74,9	56,2	24,0	.	.	56,1	62,2	.	.
1973	65,4	82,5	62,2	27,8	.	.	69,8	65,7	.	.
1974	78,0	83,4	77,8	54,5	.	.	87,6	85,7	.	.
1975	78,1	85,3	77,4	56,1	.	.	65,6	85,1	.	.
1976	83,1	95,4	81,4	60,4	84,9	98,2	72,4	84,8	84,3	85,1
1977	83,9	102,9	81,3	60,4	86,2	93,3	71,6	83,6	84,7	86,4
1978	81,7	95,9	79,7	54,9	89,2	94,3	66,9	81,2	80,6	88,6
1979	89,0	98,4	87,7	69,5	91,4	100,0	82,3	91,3	88,6	92,9
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	111,3	107,2	111,9	130,4	121,5	101,1	100,7	108,9	110,8	105,7
1982	115,5	111,1	116,1	131,7	136,7	111,4	93,2	113,1	113,3	111,2
1983	115,2	110,8	115,9	125,0	135,8	107,6	101,9	113,8	112,6	112,5
1984	121,2	113,6	122,3	133,5	143,8	116,0	108,5	119,1	119,1	115,2
1985	122,1	108,8	124,1	134,9	148,8	119,5	104,4	122,0	119,1	117,7
1986	104,7	101,1	105,2	68,6	139,4	110,0	81,6	111,3	96,8	116,7
1982 1. Vj.	115,7	112,0	116,2	131,5	136,4	111,8	95,8	113,4	113,9	110,7
2. Vj.	115,0	111,2	115,5	127,5	136,4	113,3	91,9	113,1	112,8	111,4
3. Vj.	115,6	110,7	116,4	132,5	137,7	111,9	92,3	113,0	113,4	111,6
4. Vj.	115,6	110,6	116,4	135,4	136,4	108,5	92,7	113,0	113,1	111,0
1983 1. Vj.	113,7	108,9	114,4	125,2	135,6	106,1	95,2	112,5	110,6	111,6
2. Vj.	113,6	108,7	114,3	120,5	135,2	106,8	100,6	112,1	110,4	112,2
3. Vj.	116,2	111,8	116,8	126,2	136,1	107,9	106,5	113,6	113,8	112,9
4. Vj.	117,5	113,7	118,1	128,1	136,5	109,7	105,2	116,8	115,4	113,3
1984 1. Vj.	119,6	114,5	120,4	130,2	139,4	114,1	109,4	118,7	117,8	114,2
2. Vj.	120,5	114,6	121,5	129,8	143,4	115,2	109,5	119,3	118,4	115,4
3. Vj.	121,7	112,7	123,1	134,5	146,4	116,8	107,4	119,3	119,4	115,8
4. Vj.	122,9	112,8	124,4	139,5	146,1	118,0	107,6	119,1	120,9	115,6
1985 1. Vj.	125,0	112,4	126,9	146,5	146,6	119,8	112,0	119,9	123,2	116,9
2. Vj.	124,1	110,1	126,2	139,6	148,6	120,4	111,4	122,8	122,0	118,2
3. Vj.	121,5	107,0	123,7	131,3	151,9	120,0	102,0	124,1	118,0	118,0
4. Vj.	117,9	105,8	119,6	122,3	147,9	117,8	92,1	121,3	113,1	117,7
1986 1. Vj.	112,5	105,8	113,4	97,5	146,1	115,9	86,9	117,9	106,3	117,7
2. Vj.	105,6	102,0	106,1	66,6	143,9	112,2	84,0	112,3	97,3	117,2
3. Vj.	101,3	99,9	101,5	53,6	139,0	108,2	79,2	108,4	92,3	116,3
4. Vj.	99,5	96,6	99,9	56,6	128,4	103,8	76,1	106,5	91,0	115,4
1987 1. Vj.	98,8	94,1	99,6	63,4	122,7	100,8	72,2	106,0	90,6	115,0
2. Vj.	99,2	94,0	100,0	63,6	124,5	99,4	75,2	107,0	91,0	115,4
3. Vj.	100,5	93,1	101,6	65,8	126,7	100,2	81,7	107,6	92,3	115,6

[1]) Inländische und importierte Grundstoffe zusammen. Ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer bzw. Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Gliederung nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang.
[3]) Einschließlich Edelmetalle.
[4]) Gliederung nach dem vorwiegenden Verwendungszweck; ohne Energie, Brenn-, Treib- und Betriebsstoffe.

Tabelle 64*

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
(Inlandsabsatz) [1])
1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse [2])	Elektrischer Strom [3]), Gas, Fernwärme und Wasser	Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse	
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	Investitionsgüter [4])	Verbrauchsgüter [4]) [5])
						produzierendes Gewerbe				
1962	54,6	29,8	50,5	56,0	55,3	54,0	54,7	63,6	48,3	51,5
1963	54,9	30,3	50,4	56,2	54,9	54,2	55,7	64,4	48,8	52,0
1964	55,5	30,2	50,8	56,9	55,4	54,9	56,8	64,8	49,7	52,5
1965	56,9	31,5	52,2	58,3	56,5	56,5	58,1	65,8	51,2	53,7
1966	57,8	31,4	52,8	59,3	57,1	57,6	59,6	67,2	52,4	55,0
1967	57,3	31,4	53,3	58,7	55,7	57,0	59,2	67,8	52,3	55,3
1968	56,9	31,4	53,5	58,2	55,0	57,0	59,0	66,9	52,4	54,8
1969	57,9	32,3	52,8	59,4	55,8	58,8	60,1	67,5	54,5	54,7
1970	60,8	36,7	53,0	62,3	58,2	63,4	62,4	69,1	59,4	57,1
1971	63,4	40,6	54,7	65,0	59,7	67,4	64,7	71,6	64,1	59,8
1972	65,1	42,9	58,4	66,5	59,7	69,2	67,0	74,4	66,5	61,9
1973	69,4	45,2	61,0	71,0	64,9	72,1	72,0	80,6	69,5	66,6
1974	78,7	57,9	65,8	80,5	80,2	78,9	80,5	85,2	75,8	74,4
1975	82,3	72,3	78,6	83,1	79,4	84,6	82,6	88,5	82,3	78,5
1976	85,4	77,1	83,9	85,8	81,8	87,5	85,1	91,8	85,9	81,4
1977	87,7	77,5	85,8	88,3	81,7	90,7	87,6	98,1	89,5	83,0
1978	88,7	82,5	88,8	88,9	81,0	92,8	89,0	97,4	92,3	84,8
1979	93,0	85,2	90,5	93,5	89,6	95,5	93,4	97,7	95,5	91,7
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	107,8	115,8	119,5	106,0	109,7	104,1	104,9	104,6	104,4	108,2
1982	114,1	124,7	134,7	111,1	113,9	110,0	109,0	110,8	110,5	111,8
1983	115,8	127,3	136,5	112,8	113,4	113,0	111,0	113,2	113,9	112,7
1984	119,2	131,7	141,0	116,0	118,0	115,5	114,5	114,8	116,8	115,4
1985	121,8	133,9	146,1	118,3	120,9	118,4	117,4	114,2	120,1	118,5
1986	118,2	127,9	141,8	114,9	106,1	121,1	118,6	113,4	123,4	110,6
1982 1. Vj.	112,7	123,5	133,8	109,7	113,3	108,1	108,1	107,8	108,6	109,9
2. Vj.	113,8	123,9	134,4	110,8	113,0	110,1	108,9	110,2	110,4	110,1
3. Vj.	114,8	123,8	135,3	111,8	114,3	110,7	109,4	112,6	111,3	112,8
4. Vj.	115,2	127,7	135,4	112,2	114,9	111,1	109,6	112,7	111,8	114,4
1983 1. Vj.	114,9	128,8	136,1	111,8	112,1	111,9	110,1	112,6	112,6	111,4
2. Vj.	115,3	127,2	136,2	112,2	112,1	112,9	110,6	112,4	113,8	111,6
3. Vj.	116,2	126,2	137,2	113,1	113,9	113,4	111,3	113,3	114,3	113,6
4. Vj.	116,9	127,0	136,5	114,0	115,5	113,6	112,0	114,5	114,7	114,2
1984 1. Vj.	118,0	131,2	137,6	115,1	116,9	114,5	113,0	114,9	115,7	114,6
2. Vj.	118,9	131,2	140,4	115,7	117,5	115,3	114,1	115,0	116,5	114,7
3. Vj.	119,4	131,5	142,1	116,1	117,9	115,8	115,1	114,6	117,0	115,2
4. Vj.	120,3	132,8	143,7	116,9	119,5	116,3	115,7	114,7	117,8	117,2
1985 1. Vj.	121,5	134,2	144,2	118,2	122,4	117,2	116,4	114,5	118,7	118,8
2. Vj.	122,0	134,7	145,0	118,7	121,9	118,4	117,4	114,3	120,0	118,8
3. Vj.	122,0	134,1	147,5	118,4	120,4	118,8	117,8	114,1	120,5	118,2
4. Vj.	121,8	132,6	147,9	118,0	119,0	119,1	117,9	113,8	121,0	118,2
1986 1. Vj.	120,6	132,8	147,9	116,7	113,3	120,0	118,3	114,0	122,0	113,9
2. Vj.	118,8	128,9	144,8	115,1	107,0	120,9	118,6	114,0	123,1	110,7
3. Vj.	117,6	125,3	143,1	114,0	102,8	121,6	118,7	113,2	124,0	108,9
4. Vj.	115,9	124,7	131,5	113,6	101,5	121,9	118,9	112,5	124,5	108,7
1987 1. Vj.	115,6	125,5	126,7	113,9	102,0	122,5	119,2	111,2	125,3	110,3
2. Vj.	115,2	125,5	121,5	114,1	102,1	123,3	119,7	110,5	126,4	110,7
3. Vj.	115,7	126,6	122,8	114,5	102,7	123,7	120,1	110,0	126,9	111,1

[1]) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — [2]) Ohne Erdgas. — [3]) Im Preisindex für elektrischen Strom ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt. — [4]) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert. — [5]) Ohne Nahrungs- und Genußmittel.

Tabelle 65*

Index der Ausfuhrpreise [1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [2])	Rohstoffe [2])	Halbwaren [2])	Fertigwaren [2])	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1962	54,1	56,8	53,9	53,8	43,2	55,1	48,6	53,7
1963	54,2	62,2	53,9	54,3	42,7	55,1	49,1	54,0
1964	55,5	62,7	55,1	56,4	44,3	56,2	50,2	54,9
1965	56,7	63,1	56,4	56,3	45,5	57,6	51,8	56,2
1966	57,9	64,7	57,6	56,4	46,7	58,8	53,2	58,2
1967	57,8	63,6	57,5	54,4	46,7	58,9	53,8	59,1
1968	57,2	62,4	57,0	53,5	46,4	58,3	53,5	58,8
1969	59,5	63,6	59,3	54,0	47,6	60,8	56,4	59,8
1970	61,4	64,4	61,2	54,8	49,0	62,7	59,3	61,0
1971	63,4	66,0	63,3	58,7	48,9	65,0	63,3	63,8
1972	64,7	69,1	64,5	61,7	47,2	66,5	66,0	65,8
1973	68,9	77,0	68,5	64,8	55,4	70,1	69,3	69,3
1974	80,6	85,0	80,3	75,8	82,1	80,1	75,3	78,1
1975	83,7	85,1	83,6	86,6	76,9	84,1	81,8	82,9
1976	87,0	87,9	86,9	92,4	79,5	87,4	86,5	86,5
1977	88,5	91,9	88,3	91,5	77,4	89,2	90,2	89,0
1978	89,9	91,4	89,8	90,5	76,1	91,0	92,8	91,2
1979	94,1	94,3	94,1	95,3	87,9	94,6	95,5	93,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,8	106,5	105,8	109,7	112,7	104,9	104,4	105,4
1982	110,4	107,9	110,6	115,2	115,3	110,0	110,0	109,3
1983	112,3	110,1	112,4	113,7	115,2	112,1	113,1	111,1
1984	116,2	114,2	116,3	122,5	121,1	115,7	116,3	113,4
1985	119,4	113,6	119,8	125,6	123,8	119,2	120,1	116,2
1986	116,8	106,5	117,4	112,9	98,6	119,5	123,3	115,1
1982 1. Vj.	109,6	107,6	109,7	116,4	115,9	108,9	108,4	108,3
2. Vj.	110,4	108,3	110,5	115,2	114,4	110,0	109,8	109,2
3. Vj.	110,8	107,7	111,0	114,5	115,5	110,5	110,6	109,8
4. Vj.	110,8	107,8	111,0	114,7	115,5	110,5	111,0	110,1
1983 1. Vj.	111,2	107,1	111,4	113,3	113,2	111,2	112,1	110,4
2. Vj.	111,7	108,1	112,0	112,1	113,7	111,8	112,9	110,7
3. Vj.	112,9	111,5	112,9	113,3	116,6	112,5	113,5	111,4
4. Vj.	113,5	113,7	113,5	116,2	117,0	113,0	113,9	111,7
1984 1. Vj.	114,8	114,4	114,9	119,9	118,8	114,3	115,1	112,4
2. Vj.	115,8	114,5	115,9	120,5	120,2	115,3	116,0	113,1
3. Vj.	116,6	113,3	116,8	123,7	121,7	116,1	116,7	113,7
4. Vj.	117,5	114,8	117,7	125,7	123,7	116,9	117,4	114,3
1985 1. Vj.	119,2	116,1	119,3	129,4	127,2	118,2	118,7	115,1
2. Vj.	120,1	115,6	120,4	128,8	127,2	119,4	120,1	116,2
3. Vj.	119,7	112,2	120,2	123,7	123,2	119,7	120,6	116,7
4. Vj.	118,7	110,5	119,2	120,6	117,6	119,3	120,9	116,7
1986 1. Vj.	118,1	109,4	118,6	117,9	109,1	119,7	122,2	115,6
2. Vj.	117,4	107,8	117,9	114,3	101,0	119,9	123,5	115,2
3. Vj.	116,3	104,9	117,0	110,5	94,3	119,5	123,8	115,0
4. Vj.	115,4	103,9	116,1	108,7	90,1	119,1	123,8	114,5
1987 1. Vj.	115,0	102,2	115,8	106,1	87,0	119,1	124,7	115,2
2. Vj.	115,4	101,8	116,2	103,9	87,4	119,5	125,5	115,9
3. Vj.	115,8	101,1	116,7	103,8	88,1	120,0	126,2	116,4

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); fob. Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer, Verbrauchsteuern und Exporthilfen.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 66*

Index der Einfuhrpreise [1])

1980 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft [2])	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen [2])	Rohstoffe [2])	Halbwaren [2])	Fertigwaren [2])	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1962	49,9	67,9	46,9	26,8	34,4	66,7	69,8	50,1
1963	50,9	70,9	47,2	27,0	34,7	67,5	71,5	51,2
1964	51,7	71,8	48,2	27,2	35,9	68,5	72,6	49,4
1965	53,1	75,2	48,9	27,0	37,5	69,2	74,0	48,6
1966	54,0	75,1	50,0	27,5	39,2	70,6	76,1	49,7
1967	52,8	72,6	49,4	26,8	38,6	70,0	75,2	51,1
1968	52,4	70,0	49,5	26,8	39,3	69,3	75,7	52,0
1969	53,3	72,3	50,1	26,3	40,8	70,3	75,9	51,4
1970	52,8	71,9	49,6	25,6	40,8	69,6	74,2	51,3
1971	53,0	70,7	50,0	28,0	38,3	70,2	75,8	53,2
1972	52,7	72,6	49,3	27,3	36,5	70,2	75,7	53,5
1973	59,4	87,5	54,7	32,0	46,6	72,9	76,1	61,4
1974	76,4	95,3	73,2	60,1	65,6	82,1	80,1	70,5
1975	75,1	89,7	72,7	58,2	60,1	85,6	88,0	73,0
1976	79,7	97,1	76,9	63,3	64,0	88,7	92,9	76,8
1977	80,9	105,6	76,9	62,8	62,7	89,5	93,0	78,2
1978	77,9	95,6	75,0	55,8	60,6	90,2	94,6	78,5
1979	87,0	96,7	85,4	67,7	83,5	94,1	95,8	92,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	113,6	107,6	114,6	130,8	118,8	107,2	109,4	108,7
1982	116,2	108,9	117,3	130,2	123,0	110,6	112,3	112,2
1983	115,8	113,2	116,3	123,8	120,2	112,1	114,4	111,5
1984	122,8	121,1	123,0	134,0	131,6	116,0	119,1	114,3
1985	124,6	118,5	125,5	135,6	133,5	119,0	122,3	116,7
1986	101,0	106,2	100,2	69,3	89,7	115,2	118,0	103,8
1982 1. Vj.	116,3	111,2	117,0	130,4	122,7	110,1	111,8	110,4
2. Vj.	115,4	110,6	116,1	126,1	121,8	110,5	111,9	111,4
3. Vj.	116,4	106,5	117,9	131,4	123,9	110,8	112,7	112,7
4. Vj.	116,8	107,4	118,3	133,0	123,7	111,0	112,9	114,0
1983 1. Vj.	114,0	109,0	114,8	123,5	117,1	110,8	112,7	110,1
2. Vj.	113,6	109,3	114,3	119,3	117,6	111,3	113,6	110,3
3. Vj.	117,2	114,8	117,5	125,4	123,0	112,7	115,3	112,6
4. Vj.	118,5	119,6	118,4	127,1	123,2	113,4	115,9	112,8
1984 1. Vj.	120,7	122,2	120,4	129,7	127,2	114,6	117,4	113,8
2. Vj.	121,7	123,4	121,4	129,8	130,3	115,2	118,0	113,4
3. Vj.	123,5	119,2	124,1	135,9	133,5	116,5	119,8	114,3
4. Vj.	125,2	119,8	126,1	140,6	135,2	117,6	121,1	115,8
1985 1. Vj.	129,0	125,6	129,5	147,6	139,9	119,2	123,3	118,8
2. Vj.	127,5	123,0	128,2	142,0	137,5	119,8	123,3	117,1
3. Vj.	123,3	113,2	124,8	132,0	133,3	119,2	122,3	115,8
4. Vj.	118,6	112,3	119,5	120,8	123,4	117,7	120,3	115,1
1986 1. Vj.	110,9	114,8	110,3	97,5	105,4	116,7	119,0	108,2
2. Vj.	102,2	108,7	101,1	67,3	93,6	116,1	118,6	104,2
3. Vj.	96,4	102,0	95,5	55,0	83,2	114,6	117,8	101,6
4. Vj.	94,6	99,2	93,9	57,7	76,6	113,3	116,6	101,1
1987 1. Vj.	94,0	98,0	93,4	62,7	72,6	112,0	115,2	101,4
2. Vj.	94,5	96,8	94,1	63,2	75,7	112,0	115,2	101,6
3. Vj.	95,2	93,8	95,4	66,0	78,2	112,3	115,7	102,3

[1]) Preise bei Vertragsabschluß (Effektivpreise); cif. Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
[2]) Nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik gruppiert.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.

Tabelle 67*

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1980 = 100

Zeitraum	Neubau						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [2])	Baureifes Land
	Bauleistungen am Bauwerk für					Straßenbauleistungen insgesamt		
	Wohngebäude	gemischtgenutzte Gebäude	Bürogebäude	gewerbliche	landwirtschaftliche			
				Betriebsgebäude				
1960 [3])	30,0	30,9	31,4	32,1	30,5	44,4	.	.
1961 [3])	32,2	33,1	33,5	34,1	32,5	46,6	.	.
1962 [3])	34,9	35,7	36,2	36,7	35,0	49,7	.	18,1
1963 [3])	36,7	37,5	38,1	38,3	36,9	51,6	.	20,6
1964 [3])	38,4	39,3	39,6	39,8	38,5	51,2	.	22,5
1965 [3])	40,1	40,9	41,2	41,4	39,9	48,5	.	26,7
1966	41,3	42,3	42,5	42,5	41,1	47,9	.	28,8
1967	40,4	41,2	41,5	40,4	40,2	45,7	.	31,3
1968	42,2	43,0	43,1	42,6	41,9	47,8	44,6	34,6
1969	44,6	45,5	45,8	46,3	44,2	49,8	46,6	36,4
1970	52,0	53,0	53,6	54,8	51,9	57,2	52,3	37,5
1971	57,3	58,3	59,0	60,7	57,3	61,6	57,9	40,9
1972	61,2	62,0	62,8	63,7	61,2	62,5	61,5	49,1
1973	65,7	66,4	67,3	67,5	65,5	64,4	65,9	49,7
1974	70,5	71,0	71,9	71,5	70,0	70,6	72,3	49,2
1975	72,1	72,6	73,4	73,6	71,5	72,3	75,7	53,7
1976	74,6	75,1	75,8	76,5	74,1	73,4	78,5	59,5
1977	78,2	78,6	79,3	79,7	77,9	75,4	82,3	65,8
1978	83,1	83,4	83,9	83,9	82,8	80,3	86,5	73,1
1979	90,4	90,4	90,6	90,7	90,2	88,7	91,9	84,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	105,9	105,8	106,1	106,1	105,8	102,6	106,6	117,1
1982	108,9	109,2	110,0	110,4	108,9	100,3	111,6	136,0
1983	111,2	111,5	112,6	112,9	111,1	99,5	115,1	146,2
1984	114,0	114,3	115,8	115,7	113,8	100,8	118,7	148,7
1985	114,5	115,0	116,8	116,5	114,3	102,6	120,9	141,6
1986	116,2	116,8	118,9	118,9	115,9	104,8	123,4	147,6
1982 Feb	107,9	108,2	108,9	109,4	107,9	101,2	109,7	128,7
Mai	109,1	109,4	110,2	110,5	109,1	100,7	111,3	130,3
Aug	109,5	109,7	110,6	111,0	109,4	100,0	112,6	134,5
Nov	109,1	109,3	110,3	110,7	109,0	99,2	112,6	141,3
1983 Feb	109,3	109,5	110,6	110,9	109,1	98,8	113,0	136,3
Mai	110,7	111,0	112,0	112,3	110,6	99,1	114,5	144,6
Aug	112,3	112,6	113,7	114,0	112,2	100,0	116,4	143,9
Nov	112,5	112,8	114,1	114,3	112,4	99,9	116,5	150,6
1984 Feb	113,0	113,4	114,9	114,9	112,9	100,0	117,0	143,7
Mai	114,2	114,5	115,9	116,0	114,0	100,8	118,7	141,1
Aug	114,4	114,7	116,2	116,0	114,2	101,2	119,5	150,2
Nov	114,2	114,5	116,1	115,7	114,0	101,3	119,6	145,0
1985 Feb	114,2	114,5	116,3	115,8	114,0	101,6	119,9	140,4
Mai	114,2	114,7	116,5	116,2	113,9	102,4	120,5	136,9
Aug	114,8	115,3	117,1	116,9	114,5	103,0	121,4	131,8
Nov	114,9	115,5	117,3	117,2	114,7	103,5	121,6	147,1
1986 Feb	115,2	115,8	117,8	117,6	114,9	104,2	122,2	148,0
Mai	116,1	116,6	118,6	118,5	115,7	104,8	123,0	143,9
Aug	116,7	117,3	119,3	119,5	116,3	105,0	123,9	144,7
Nov	116,9	117,5	119,7	119,9	116,6	105,0	124,3	155,7
1987 Feb	117,4	118,0	120,3	120,3	116,9	105,0	124,9	156,2
Mai	118,5	119,2	121,4	121,4	118,1	105,9	126,2	...
Aug	119,1	119,8	122,1	122,1	118,6	106,2	127,4	...

[1]) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[3]) Ohne Berlin.

Tabelle 68*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [2])
1970 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950	64,5	64,6	103,5	41,4	56,0	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,6	93,1	84,7	70,1	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,8	65,1	92,3	78,9	69,6	61,4	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,3	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,2
1954 [3])	69,9	73,4	89,6	44,3	70,9	86,1	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,1	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,9	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,0	79,1	92,3	79,6	73,2	66,2	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,3	79,8	91,1	79,3	74,0	67,3	79,7
1960 [4])	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,8	75,1	69,1	80,9
1961 [4])	79,6	82,8	87,3	59,1	82,1	92,9	82,6	77,1	71,6	83,2
1962	81,9	86,1	88,1	61,1	83,6	94,4	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	88,9	64,6	85,8	94,8	86,8	81,8	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,6	88,6	97,2	90,9	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,2	89,7	98,4	93,8	89,7	86,6	93,1
1967	93,8	96,9	95,9	84,1	90,6	97,8	95,1	91,1	89,6	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105,1	104,3	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9
1976	139,9	140,2	126,0	143,0	163,6	128,4	141,4	134,3	141,0	147,0
1977	144,8	143,7	140,3	147,7	165,1	132,6	148,4	138,0	145,3	150,2
1978	148,4	146,2	141,0	151,9	169,1	136,4	155,1	142,0	149,9	154,1
1979	154,0	149,0	142,6	156,9	196,4	139,7	162,1	146,3	155,8	161,7
1980	162,1	155,3	147,0	165,1	215,5	146,5	171,9	152,1	163,0	173,3
1981	172,3	163,6	151,5	172,6	252,1	153,7	180,8	160,2	173,3	188,1
1982	181,5	171,6	166,8	181,4	272,6	159,4	189,1	171,9	183,5	193,8
1983	187,4	174,9	174,3	191,2	270,9	162,8	194,9	181,3	192,3	200,5
1984	191,9	178,1	174,9	198,5	279,7	165,6	199,9	183,8	198,2	204,9
1985	196,0	178,9	177,9	205,1	289,8	168,3	204,8	188,3	203,4	210,4
1986	195,6	178,6	182,3	209,2	257,7	170,3	208,9	191,6	208,7	202,9
1986 1. Vj.	196,7	179,4	180,7	207,8	278,2	170,7	207,9	190,9	206,9	206,6
2. Vj.	196,1	180,5	182,7	208,7	263,8	170,6	208,6	191,4	208,2	202,3
3. Vj.	195,2	178,2	183,1	209,7	250,8	169,5	209,1	191,8	209,6	201,9
4. Vj.	194,4	176,4	182,8	210,4	238,1	170,4	210,1	192,3	210,2	200,6
1987 1. Vj.	195,4	178,1	181,9	211,5	234,3	172,1	210,9	193,2	211,1	202,4
2. Vj.	196,0	180,0	180,3	212,4	228,8	172,0	211,4	193,9	212,1	204,7
3. Vj.	195,8	177,8	179,0	213,4	230,1	171,4	211,8	195,1	213,4	204,9

[1]) Gliederung nach Bedarfsgruppen.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 69*

Preisindex für die Lebenshaltung[1])
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte[2])
1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren[3])	Bekleidung, Schuhe[4])	Wohnungsmieten	Energie[5]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte[6])	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	50,5	47,3	56,4	49,6	36,8	38,2	58,5	47,0	47,7	55,4	48,1
1963	52,1	48,8	58,1	50,7	38,8	39,2	59,6	48,4	49,9	56,2	49,7
1964	53,3	50,0	59,3	51,7	41,2	39,8	60,5	49,6	50,4	57,3	51,3
1965	55,1	51,5	61,5	53,1	43,6	40,5	62,1	51,3	50,9	58,9	52,8
1966	57,0	53,6	63,2	54,8	47,7	41,1	63,3	54,2	53,0	60,5	54,5
1967	57,8	55,0	63,2	55,6	50,8	41,5	63,3	55,3	54,5	61,8	56,7
1968	58,6	56,7	62,5	55,5	54,3	44,4	63,1	58,9	55,5	63,8	59,1
1969	59,8	57,8	63,8	56,0	58,3	44,5	63,2	59,7	55,2	64,4	60,1
1970	61,7	59,9	65,3	58,3	60,6	45,9	65,4	62,1	56,7	67,6	61,4
1971	64,8	63,4	67,8	61,9	64,2	47,4	68,5	65,6	60,3	70,8	67,8
1972	68,3	66,7	71,6	65,6	67,9	49,2	71,1	68,9	64,0	73,4	71,1
1973	72,9	71,0	76,9	70,5	72,4	55,2	73,7	72,9	68,4	77,3	75,0
1974	77,9	76,6	80,6	75,7	76,5	63,1	79,0	78,3	75,2	84,1	79,1
1975	82,6	81,7	84,9	79,5	82,3	70,9	83,7	83,2	80,0	89,4	81,8
1976	86,3	85,0	89,1	82,3	86,6	75,4	85,8	86,3	84,0	92,0	84,2
1977	89,3	87,5	93,2	86,4	89,4	76,1	88,4	89,1	85,6	93,5	88,7
1978	91,6	90,2	94,5	90,3	92,0	78,0	91,4	92,2	88,1	95,2	91,6
1979	95,0	94,4	96,2	94,4	95,0	91,0	94,3	95,5	92,4	97,6	95,8
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	107,0	104,8	105,2	104,5	117,4	105,8	104,6	109,3	104,3	106,6
1982	112,0	112,2	111,2	110,0	109,8	127,0	110,6	112,5	112,7	109,2	112,4
1983	115,6	116,3	114,0	113,4	115,8	126,1	113,6	119,3	116,8	112,9	117,3
1984	118,4	119,4	115,7	116,3	120,2	130,2	115,9	121,6	119,5	115,7	119,8
1985	120,9	122,7	116,6	119,1	124,2	135,0	117,7	123,3	122,3	117,7	125,1
1986	120,7	122,1	117,1	121,5	126,7	119,6	119,1	124,7	116,3	119,4	130,3
1983 1. Vj.	114,4	114,8	113,5	112,4	114,0	124,7	112,6	118,1	115,2	111,8	115,6
2. Vj.	115,1	115,4	114,6	113,0	115,4	123,8	113,2	118,8	115,0	112,1	116,5
3. Vj.	116,2	117,1	114,0	113,7	116,4	127,4	114,1	119,8	118,3	113,3	118,4
4. Vj.	116,7	117,8	114,1	114,6	117,3	128,5	114,7	120,4	118,8	114,3	118,5
1984 1. Vj.	117,7	118,6	115,7	115,2	118,5	129,5	115,2	121,0	119,0	115,5	118,8
2. Vj.	118,3	118,9	116,6	115,9	119,6	129,1	115,7	121,4	119,0	115,5	119,4
3. Vj.	118,3	119,3	115,5	116,4	120,6	129,6	116,1	121,8	118,6	115,4	120,4
4. Vj.	119,2	120,8	114,9	117,5	122,1	132,8	116,4	122,1	121,2	116,4	120,7
1985 1. Vj.	120,4	121,9	116,6	118,2	123,2	136,1	116,9	122,7	121,0	117,7	123,5
2. Vj.	121,2	122,6	117,7	118,8	123,9	134,2	117,5	123,1	123,4	117,6	124,6
3. Vj.	120,9	122,8	116,1	119,2	124,6	134,4	117,9	123,5	122,3	117,4	125,9
4. Vj.	121,2	123,3	115,8	120,3	125,1	135,2	118,3	123,8	122,4	117,9	126,3
1986 1. Vj.	121,3	122,9	117,3	120,8	125,9	129,4	118,6	124,3	118,6	119,4	129,5
2. Vj.	121,0	122,2	118,1	121,3	126,4	122,5	118,9	124,6	115,8	119,5	130,1
3. Vj.	120,5	121,8	117,0	121,6	127,0	116,2	119,2	124,8	115,8	119,0	130,7
4. Vj.	120,0	121,5	116,1	122,2	127,4	110,1	119,5	125,1	115,0	119,7	130,7
1987 1. Vj.	120,5	122,0	116,8	122,6	128,1	108,2	119,9	125,4	116,2	120,9	131,4
2. Vj.	121,0	122,3	117,5	123,0	128,7	105,6	120,3	125,7	117,7	120,8	132,1
3. Vj.	120,8	122,6	116,2	123,2	129,2	106,2	120,5	125,8	117,6	120,3	133,7

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.
[3]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[4]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[5]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.
[6]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 70*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])
Alle privaten Haushalte
1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [2])	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren [2])	Bekleidung, Schuhe [3])	Wohnungsmieten	Energie [4]) (ohne Kraftstoffe)	Möbel, Haushaltsgeräte [5])	Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art
1962	49,7	46,8	56,1	50,9	38,4	33,7	56,4	40,4	47,6	53,5	51,9
1963	51,2	48,2	57,7	51,9	40,5	34,8	57,5	41,7	49,2	55,0	52,9
1964	52,4	49,4	59,0	52,6	42,8	35,4	58,0	43,2	49,7	57,0	53,7
1965	54,1	50,9	61,1	53,8	45,2	36,1	59,1	45,3	50,1	58,9	55,0
1966	56,0	52,9	63,0	55,3	48,8	36,6	60,3	48,3	52,1	61,0	56,4
1967	56,9	54,4	62,9	55,9	52,1	37,1	60,4	49,9	53,8	63,0	57,7
1968	57,8	56,0	62,4	55,9	55,9	39,2	60,5	52,6	55,3	64,7	59,4
1969	58,9	56,9	63,8	56,5	59,4	39,2	60,9	53,9	55,0	65,3	60,4
1970	61,0	59,2	65,3	58,8	62,0	40,9	63,4	56,9	56,6	68,5	61,6
1971	64,1	62,8	67,8	62,2	65,8	43,2	66,7	60,8	60,4	71,6	66,1
1972	67,7	66,1	71,7	66,0	69,8	45,1	69,6	64,7	64,5	74,1	68,9
1973	72,4	70,6	77,0	70,9	73,9	52,5	72,5	69,2	69,4	77,9	72,5
1974	77,4	76,3	80,7	76,3	77,6	61,3	78,0	75,0	76,4	84,5	76,6
1975	82,0	81,1	84,9	80,1	82,6	67,7	83,0	80,4	81,2	89,6	79,7
1976	85,6	84,5	88,8	82,8	86,7	72,4	85,5	84,1	84,7	92,4	82,3
1977	88,7	87,2	93,2	86,8	89,6	73,0	88,2	87,4	86,5	93,9	86,7
1978	91,1	90,0	94,5	90,7	92,3	74,8	91,3	90,9	89,0	95,5	90,0
1979	94,9	94,4	96,1	94,6	95,3	90,4	94,3	94,7	93,1	97,9	94,2
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	106,8	104,8	105,1	104,4	116,3	105,8	105,2	108,7	103,7	107,1
1982	111,9	112,1	111,3	109,8	109,7	125,6	110,6	111,0	112,6	107,9	113,5
1983	115,6	116,0	114,3	113,0	115,6	124,5	113,7	115,6	117,1	111,4	118,5
1984	118,4	119,2	116,0	115,7	120,0	128,8	115,9	118,0	120,1	114,2	120,8
1985	121,0	122,3	116,9	118,4	123,9	133,4	117,7	119,7	123,2	116,2	125,7
1986	120,7	121,7	117,6	120,6	126,4	116,4	119,1	121,5	118,3	117,8	130,1
1983 1. Vj.	114,4	114,7	113,7	112,0	113,8	123,1	112,6	114,7	115,4	110,6	117,1
2. Vj.	115,0	115,1	114,8	112,7	115,2	122,0	113,3	115,2	115,4	110,6	117,8
3. Vj.	116,2	116,8	114,2	113,3	116,2	125,9	114,2	116,0	118,6	111,6	119,4
4. Vj.	116,7	117,5	114,3	114,1	117,2	127,2	114,7	116,6	119,2	112,7	119,6
1984 1. Vj.	117,7	118,4	116,0	114,7	118,3	128,3	115,3	117,4	119,6	114,2	119,9
2. Vj.	118,3	118,7	116,9	115,4	119,4	127,6	115,8	117,9	119,7	114,0	120,3
3. Vj.	118,3	119,1	115,8	115,8	120,4	128,1	116,1	118,1	119,4	113,7	121,4
4. Vj.	119,2	120,5	115,2	116,9	121,8	131,3	116,4	118,5	121,9	114,9	121,6
1985 1. Vj.	120,5	121,7	116,8	117,5	122,8	135,1	116,9	119,1	121,8	116,5	124,4
2. Vj.	121,2	122,3	118,0	118,1	123,6	132,4	117,6	119,6	124,2	116,1	125,3
3. Vj.	120,9	122,4	116,5	118,4	124,3	132,5	118,0	119,9	123,2	115,7	126,3
4. Vj.	121,3	123,0	116,1	119,5	124,8	133,4	118,4	120,3	123,6	116,3	126,6
1986 1. Vj.	121,3	122,6	117,5	120,0	125,6	126,4	118,7	121,1	120,3	118,0	129,5
2. Vj.	121,0	121,7	118,5	120,4	126,1	119,0	119,0	121,3	117,9	118,0	130,1
3. Vj.	120,4	121,3	117,5	120,8	126,8	112,5	119,2	121,6	117,8	117,2	130,5
4. Vj.	120,0	121,1	116,7	121,3	127,2	107,7	119,5	122,0	117,2	118,1	130,5
1987 1. Vj.	120,7	121,8	117,3	121,7	127,8	107,3	120,0	122,4	118,4	119,5	131,2
2. Vj.	121,1	122,2	118,1	122,0	128,4	105,3	120,4	122,7	119,8	119,1	131,9
3. Vj.	121,1	122,5	116,8	122,3	129,0	106,4	120,7	123,0	119,9	118,4	133,3

[1]) Gliederung in Haupt-/Untergruppen nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte.
[2]) Einschließlich Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Änderungen und Reparaturen.
[4]) Elektrizität, Gas, flüssige und feste Brennstoffe sowie Umlagen für Zentralheizung, Warmwasser und Fernwärme.
[5]) Einschließlich anderer Güter für die Haushaltsführung.

Tabelle 71*

Preisindex für die Lebenshaltung [1])

1980 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [2])	Wohnungsnutzung [3])	Dienstleistungen [4])	Sonstige Waren [5])	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [2])	Wohnungsnutzung [3])	Dienstleistungen [4])	Sonstige Waren [5])
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [6])				
1962	49,7	56,7	38,9	40,4	55,0	50,5	56,8	37,3	42,0	54,9
1963	51,2	58,4	41,0	42,4	55,7	52,1	58,7	39,3	44,1	55,6
1964	52,4	59,8	43,3	44,1	56,2	53,3	60,0	41,7	45,6	56,3
1965	54,1	62,3	45,7	45,8	56,9	55,1	62,7	44,1	47,2	57,3
1966	56,0	64,0	49,3	48,8	58,0	57,0	64,2	48,3	49,7	58,6
1967	56,9	63,4	52,6	50,4	58,6	57,8	63,6	51,3	51,1	59,4
1968	57,8	62,0	56,3	53,1	59,1	58,6	62,1	54,9	53,8	60,0
1969	58,9	64,0	59,8	54,2	59,1	59,8	63,9	58,8	54,9	60,0
1970	61,0	65,2	62,4	56,7	61,0	61,7	65,2	61,1	57,4	61,9
1971	64,1	67,8	66,2	61,1	63,8	64,8	68,0	64,5	62,0	64,6
1972	67,7	71,9	70,2	65,3	66,8	68,3	71,9	68,3	66,1	67,6
1973	72,4	77,6	74,3	69,9	71,3	72,9	77,2	72,7	70,8	71,9
1974	77,4	81,8	77,9	75,1	77,0	77,9	81,7	76,7	76,2	77,3
1975	82,0	86,8	82,9	80,1	81,3	82,6	86,6	82,4	80,7	81,7
1976	85,6	91,0	87,0	83,8	84,2	86,3	91,3	86,9	84,2	84,6
1977	88,7	93,1	89,8	87,9	87,3	89,3	93,4	89,6	88,1	87,8
1978	91,1	94,3	92,4	91,2	89,7	91,6	94,4	92,2	91,3	90,1
1979	94,9	95,9	95,3	95,5	94,1	95,0	96,0	95,1	95,6	94,3
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	106,3	105,3	104,4	106,2	107,3	106,3	105,2	104,4	106,0	107,6
1982	111,9	110,4	110,2	112,0	112,9	112,0	110,4	110,1	111,8	113,4
1983	115,6	112,1	116,5	116,6	115,9	115,6	112,2	116,3	116,5	116,5
1984	118,4	114,2	120,9	119,3	118,4	118,4	114,2	120,6	119,3	118,9
1985	121,0	114,4	124,7	122,3	121,1	120,9	114,6	124,6	122,5	121,6
1986	120,7	113,8	127,2	125,2	118,3	120,7	114,2	127,0	125,7	118,9
1983 1. Vj.	114,4	111,1	114,6	115,1	115,0	114,4	111,4	114,5	114,8	115,6
2. Vj.	115,0	113,1	116,1	115,8	114,9	115,1	113,0	116,0	115,6	115,5
3. Vj.	116,2	112,1	117,1	117,5	116,4	116,2	112,3	116,9	117,6	117,0
4. Vj.	116,7	112,0	118,1	117,9	117,2	116,7	112,2	117,8	117,9	117,7
1984 1. Vj.	117,7	114,5	119,2	118,6	117,8	117,7	114,5	119,0	118,6	118,3
2. Vj.	118,3	115,9	120,3	119,0	118,0	118,3	115,6	120,0	119,0	118,5
3. Vj.	118,3	113,8	121,3	119,7	118,0	118,3	113,9	121,1	119,7	118,5
4. Vj.	119,2	112,5	122,7	120,0	119,6	119,2	112,9	122,5	120,1	120,1
1985 1. Vj.	120,5	114,9	123,7	121,5	120,7	120,4	115,1	123,5	121,6	121,0
2. Vj.	121,2	116,6	124,4	122,1	121,1	121,2	116,5	124,3	122,3	121,7
3. Vj.	120,9	113,5	125,0	122,8	121,0	120,9	113,8	124,9	123,0	121,5
4. Vj.	121,3	112,4	125,6	123,0	121,7	121,2	113,0	125,5	123,3	122,3
1986 1. Vj.	121,3	114,4	126,4	124,5	120,2	121,3	114,8	126,2	125,0	120,7
2. Vj.	121,0	115,4	126,9	125,1	118,6	121,0	115,6	126,8	125,5	119,2
3. Vj.	120,4	113,5	127,5	125,5	117,5	120,5	113,8	127,4	126,0	118,3
4. Vj.	120,0	112,0	128,0	125,7	116,9	120,0	112,5	127,8	126,2	117,4
1987 1. Vj.	120,7	113,2	128,7	126,4	117,5	120,5	113,7	128,4	126,8	117,8
2. Vj.	121,1	114,9	129,2	126,9	117,4	121,0	115,0	129,0	127,4	117,7
3. Vj.	121,1	113,0	129,7	127,8	117,4	120,8	113,4	129,5	128,3	117,5

[1]) Gliederung nach Waren, Leistungen und Wohnungsnutzung.
[2]) Ohne Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten.
[3]) Einschließlich Garagennutzung.
[4]) Einschließlich Reparaturen, Verzehr von Speisen in Kantinen und Gaststätten sowie Beherbergungsleistungen.
[5]) Andere Verbrauchs- und Gebrauchsgüter. Im wesentlichen zählen dazu: Genußmittel, Bekleidung, Schuhe, Elektrizität, Gas, Waren für die Haushaltsführung, Waren für die Gesundheits- und Körperpflege, u. a. m.
[6]) Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Tabelle 72*

Löhne und Gehälter

1980 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer[1]	Brutto- stunden- verdienste[2] Industrie[4]	Brutto- wochen- verdienste[2] Industrie[4]	Brutto- monats- verdienste[2] Industrie[4] und Handel[5]	Tarifliche Stundenlöhne[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Stundenlöhne[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Wochenlöhne[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter[3] Produzierendes Gewerbe[6]	Tarifliche Monatsgehälter[3] gewerbliche Wirtschaft und Gebietskörperschaften
1960	20,5	20,6	22,5	22,6	22,1	21,8	24,3	24,0	25,4	26,4
1961	22,6	22,8	24,8	24,6	23,9	23,5	26,1	25,9	27,4	28,5
1962	24,7	25,4	27,3	26,7	26,4	25,9	28,3	28,0	29,5	30,6
1963	26,2	27,3	29,2	28,5	28,1	27,6	29,9	29,7	31,2	32,4
1964	28,5	29,6	31,5	30,3	30,0	29,4	31,5	31,2	32,7	33,9
1965	31,1	32,4	34,7	32,8	32,3	31,7	33,6	33,3	34,9	36,0
1966	33,4	34,6	36,7	35,2	34,6	34,0	35,8	35,6	37,0	38,2
1967	34,5	35,7	36,4	36,6	36,2	35,5	36,9	36,6	38,2	39,4
1968	36,6	37,3	38,9	38,3	37,7	37,0	38,3	38,1	39,5	40,7
1969	40,0	40,6	43,1	41,3	40,2	39,5	40,8	40,5	41,9	43,2
1970	46,1	46,6	49,6	46,5	45,5	44,7	45,7	45,5	46,6	47,7
1971	51,4	51,7	54,1	51,2	51,4	50,8	51,6	51,4	51,7	53,1
1972	56,1	56,3	58,3	55,7	55,9	55,7	56,1	56,2	56,4	57,6
1973	62,4	62,2	64,4	61,3	61,2	61,2	61,3	61,7	62,0	63,3
1974	69,2	68,5	69,5	67,7	68,4	68,5	68,5	68,9	69,2	70,5
1975	73,6	73,9	72,6	73,2	74,5	74,7	74,5	74,9	75,4	76,4
1976	78,7	78,6	78,8	77,9	78,7	78,9	78,7	79,0	79,7	80,4
1977	84,1	84,2	84,5	83,2	84,4	84,4	84,4	84,5	85,3	85,7
1978	88,7	88,7	89,0	88,0	88,8	88,9	88,8	89,0	89,6	89,9
1979	93,7	93,8	95,0	93,4	93,9	93,9	93,9	93,9	94,2	94,4
1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1981	104,9	105,5	104,4	105,0	105,7	105,5	105,7	105,5	105,4	104,9
1982	109,2	110,5	108,1	110,1	110,3	110,1	110,3	110,0	110,1	109,4
1983	112,7	114,1	111,0	113,7	114,1	113,9	114,1	113,8	113,9	113,2
1984	116,1	116,8	114,7	117,4	117,3	116,9	117,2	116,8	117,1	115,9
1985	119,5	121,3	118,5	121,9	122,5	121,7	120,5	120,1	120,8	119,5
1986	124,1	125,6	122,2	126,0	126,9	126,3	124,3	123,9	124,6	123,3
1984 Jan	109,1	115,0	111,2	115,5	115,3	115,1	115,3	115,0	115,1	114,3
Apr	111,1	116,1	113,8	116,3	116,1	116,1	116,1	116,0	116,3	115,3
Jul	113,6	118,0	116,7	118,4	118,6	118,1	118,6	118,0	118,4	116,8
Okt	130,4	118,1	117,1	119,3	119,0	118,4	118,9	118,2	118,7	117,0
1985 Jan	109,7	118,2	115,3	119,9	119,4	119,2	119,2	118,8	119,0	118,2
Apr	116,5	121,6	118,4	121,7	122,7	121,8	120,2	119,9	120,8	119,4
Jul	117,3	122,5	120,0	122,8	123,5	122,5	121,0	120,5	121,5	120,0
Okt	134,1	123,0	120,4	123,2	124,2	123,1	121,6	121,1	121,8	120,3
1986 Jan [7]	113,6	123,1	118,5	123,6	124,6	124,2	122,0	122,0	122,3	121,6
Apr	121,4	124,2	121,5	124,9	125,5	125,2	122,9	122,8	123,5	122,6
Jul	122,1	127,3	124,6	127,4	128,6	127,6	125,9	125,2	126,1	124,4
Okt	138,9	127,7	124,2	128,0	129,0	128,0	126,3	125,6	126,5	124,7
1987 Jan	116,2	128,2	122,5	128,2	129,6	129,0	126,9	126,3	126,9	126,1
Apr	125,7	130,1	125,8	129,6	132,5	131,5	129,7	128,7	129,7	128,1
Jul	...	131,6	127,7	131,9	133,2	132,2	130,4	129,4	130,6	128,8

[1]) Für die Gesamtwirtschaft, in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
[2]) Jahresergebnis errechnet als Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten.
[3]) Jahreswerte = Durchschnitt aus den 4 Monatswerten.
[4]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
[5]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[6]) Ohne Spezialbau, Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei; Zimmerei, Dachdeckerei; Ausbaugewerbe.
Bei den Monatsgehältern einschließlich Handel (ohne Handelsvermittlung), Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[7]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer: Vierteljahre.

Tabelle 73*

Primärenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralöle	Steinkohlen	Braunkohlen	Naturgase [2])	Kernenergie	Wasserkraft	Strom [3])	Sonstige Energieträger [4])
1950	3 971	185	2 893	607	3	—	182		103
1951	4 390	208	3 262	645	3	—	176		97
1952	4 637	226	3 470	668	6	—	182		85
1953	4 557	273	3 341	698	6	—	158		82
1954	4 900	352	3 523	759	9	—	176		82
1955	5 375	454	3 854	800	18	—	179		70
1956	5 721	583	4 042	826	23	—	182		64
1957	5 747	633	4 015	847	23	—	164		64
1958	5 589	824	3 655	844	23	—	188		56
1959	5 686	1 038	3 570	826	26	—	161		64
1960	6 199	1 301	3 760	856	32	—	193		56
1961	6 322	1 574	3 617	859	35	0	191		47
1962	6 779	1 955	3 669	897	44	0	167		47
1963	7 295	2 365	3 719	950	56	0	155		50
1964	7 535	2 737	3 570	964	79	0	132		53
1965	7 755	3 165	3 356	879	106	0	153	45	50
1966	7 816	3 573	2 995	826	129	3	165	78	47
1967	7 819	3 728	2 834	800	167	12	157	74	47
1968	8 455	4 173	2 872	841	275	18	158	71	47
1969	9 232	4 701	2 981	876	387	50	132	62	44
1970	9 870	5 242	2 839	896	543	61	166	79	44
1971	9 948	5 443	2 647	859	707	58	122	65	46
1972	10 383	5 756	2 445	907	898	92	120	118	47
1973	11 092	6 122	2 467	969	1 130	116	138	101	49
1974	10 723	5 519	2 423	1 031	1 362	119	160	58	51
1975	10 191	5 304	1 950	1 009	1 443	207	152	76	50
1976	10 853	5 741	2 072	1 101	1 522	233	121	10	53
1977	10 912	5 682	1 962	1 029	1 627	346	156	57	52
1978	11 401	5 959	2 029	1 052	1 771	345	164	30	52
1979	11 964	6 062	2 223	1 116	1 935	407	163	6	52
1980	11 436	5 443	2 259	1 149	1 887	420	167	55	56
1981	10 964	4 909	2 293	1 167	1 760	518	175	76	66
1982	10 596	4 682	2 247	1 125	1 616	613	173	65	75
1983	10 689	4 645	2 277	1 122	1 663	633	163	100	86
1984	11 022	4 631	2 324	1 124	1 749	892	161	39	102
1985	11 284	4 671	2 327	1 057	1 747	1 206	149	24	103
1986 [5])	11 336	4 912	2 277	970	1 735	1 134	158	50	100

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Erdgas, Erdölgas, Grubengas und Klärgas.
[3]) Außenhandelssaldo Strom.
[4]) Brennholz, Brenntorf, Außenhandelssaldo Kokereigas sowie Klärschlamm, Müll und Abhitze zur Stromerzeugung.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 74*

Endenergieverbrauch im Inland nach Energieträgern

Petajoule [1])

Jahr	Insgesamt	Mineralölprodukte				Kohlen und sonstige feste Brennstoffe [2])	Gase [3])	Strom	Fernwärme
		zusammen	darunter						
			leichtes Heizöl	schweres Heizöl	Kraftstoffe				
1950	2 541	132	3	15	111	2 040	234	123	12
1951	2 940	158	3	20	132	2 336	290	144	12
1952	3 180	191	3	23	161	2 477	340	158	15
1953	3 095	223	6	23	191	2 365	322	173	12
1954	3 329	278	15	38	223	2 497	340	196	18
1955	3 696	363	29	65	267	2 688	407	220	18
1956	3 942	469	59	102	305	2 775	431	246	21
1957	3 948	519	79	123	314	2 702	440	264	23
1958	3 839	674	138	167	366	2 435	428	278	23
1959	3 907	824	185	214	422	2 327	431	299	26
1960	4 270	1 026	281	267	475	2 397	472	340	35
1961	4 390	1 263	381	337	542	2 268	460	360	38
1962	4 771	1 588	572	401	613	2 318	428	387	50
1963	5 170	1 876	744	455	674	2 392	425	419	59
1964	5 281	2 125	838	522	759	2 166	472	457	62
1965	5 399	2 418	1 011	577	824	1 934	478	492	76
1966	5 410	2 655	1 134	610	906	1 682	469	522	82
1967	5 422	2 740	1 196	604	935	1 556	492	542	91
1968	5 818	3 013	1 366	633	1 008	1 518	583	598	106
1969	6 372	3 414	1 641	677	1 087	1 518	654	659	126
1970	6 751	3 791	1 853	733	1 197	1 356	759	718	127
1971	6 761	3 997	1 962	742	1 285	1 057	825	762	120
1972	7 034	4 219	2 064	792	1 355	929	935	824	127
1973	7 442	4 425	2 217	799	1 402	924	1 062	895	136
1974	7 139	3 972	1 926	687	1 352	989	1 118	932	128
1975	6 859	3 967	1 907	622	1 431	781	1 067	912	132
1976	7 293	4 218	2 087	630	1 494	753	1 192	985	145
1977	7 305	4 185	2 007	592	1 580	697	1 268	1 013	142
1978	7 605	4 394	2 131	595	1 662	672	1 320	1 062	157
1979	7 892	4 428	2 121	586	1 715	763	1 424	1 111	166
1980	7 529	4 023	1 748	535	1 736	796	1 432	1 115	163
1981	7 221	3 685	1 546	440	1 694	808	1 437	1 126	165
1982	6 888	3 509	1 403	378	1 723	770	1 334	1 113	162
1983	6 916	3 495	1 398	334	1 758	748	1 361	1 144	168
1984	7 194	3 543	1 425	311	1 800	816	1 463	1 195	177
1985	7 389	3 613	1 536	261	1 806	822	1 533	1 230	191
1986 [4])	7 547	3 874	1 668	296	1 899	715	1 524	1 243	191

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Steinkohle, Steinkohlenkoks, Steinkohlenbriketts, Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts und übrige feste Brennstoffe (Braunkohlenschwelkoks, Braunkohlenkoks, Staub- und Trockenkohle, Hartbraunkohle, Brennholz und Brenntorf).
[3]) Flüssiggas, Raffineriegas, Kokereigas, Gichtgas und Naturgase.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 75*

Energieverbrauch nach Bereichen

Petajoule[1])

Jahr	Primärenergieverbrauch	Verbrauch und Verluste im Energiesektor[2])	Nichtenergetischer Verbrauch	Endenergieverbrauch						
				insgesamt	darunter Verarbeitendes Gewerbe und übriger Bergbau				Verkehr	Haushalte, Kleinverbraucher, militärische Dienststellen
					zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, übriger Bergbau	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Verbrauchsgüter produzierendes- und Nahrungs- und Genußmittelgewerbe		
1950	3 971	1 354	76	2 541	1 164	844	91	229	437	941
1951	4 390	1 375	76	2 940	1 345	991	103	252	472	1 123
1952	4 637	1 386	70	3 180	1 471	1 114	108	249	492	1 216
1953	4 557	1 386	76	3 095	1 424	1 064	103	258	501	1 170
1954	4 900	1 477	94	3 329	1 542	1 158	117	267	519	1 269
1955	5 375	1 571	108	3 696	1 750	1 325	138	287	563	1 384
1956	5 721	1 656	123	3 942	1 858	1 410	147	302	598	1 486
1957	5 747	1 676	123	3 948	1 864	1 430	138	296	598	1 486
1958	5 589	1 609	141	3 839	1 808	1 375	147	287	607	1 425
1959	5 686	1 612	167	3 907	1 858	1 421	149	287	651	1 398
1960	6 199	1 726	202	4 270	2 072	1 591	167	314	662	1 536
1961	6 322	1 709	223	4 390	2 081	1 603	170	308	712	1 597
1962	6 779	1 761	246	4 771	2 098	1 574	199	325	759	1 914
1963	7 295	1 832	293	5 170	2 119	1 562	214	343	803	2 248
1964	7 535	1 905	349	5 281	2 268	1 700	220	349	859	2 154
1965	7 755	1 967	390	5 399	2 307	1 715	234	358	885	2 207
1966	7 816	1 937	469	5 410	2 227	1 641	229	358	935	2 248
1967	7 819	1 887	510	5 422	2 210	1 635	217	358	941	2 271
1968	8 455	2 040	598	5 818	2 383	1 761	240	381	991	2 444
1969	9 232	2 210	651	6 372	2 547	1 882	267	399	1 058	2 767
1970	9 870	2 397	722	6 751	2 661	1 948	293	420	1 157	2 933
1971	9 948	2 485	702	6 761	2 584	1 865	289	430	1 246	2 931
1972	10 383	2 584	765	7 034	2 627	1 889	301	437	1 303	3 104
1973	11 092	2 776	874	7 442	2 801	2 045	314	442	1 341	3 300
1974	10 723	2 716	868	7 139	2 804	2 084	286	434	1 283	3 052
1975	10 191	2 644	688	6 859	2 462	1 761	282	419	1 355	3 042
1976	10 853	2 816	744	7 293	2 588	1 851	303	434	1 422	3 283
1977	10 912	2 721	886	7 305	2 580	1 812	317	451	1 501	3 224
1978	11 401	2 860	936	7 605	2 597	1 818	330	449	1 588	3 420
1979	11 964	3 115	957	7 892	2 700	1 913	335	452	1 643	3 549
1980	11 436	3 105	802	7 529	2 581	1 817	325	439	1 666	3 282
1981	10 964	3 018	725	7 221	2 482	1 751	313	418	1 609	3 130
1982	10 596	3 024	684	6 888	2 253	1 560	299	394	1 618	3 017
1983	10 689	3 016	757	6 916	2 221	1 553	290	378	1 650	3 045
1984	11 022	3 067	761	7 194	2 285	1 611	297	377	1 702	3 207
1985	11 284	3 170	725	7 389	2 287	1 607	308	372	1 712	3 390
1986[3])	11 336	3 101	688	7 547	2 207	.	.	.	1 805	3 535

[1]) 1 Petajoule = 34 120,4 t Steinkohleneinheiten; 1 Steinkohleneinheit = 8,14 kWh.
[2]) Einschließlich statistischer Differenzen.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Tabelle 76*

Entwicklung im Mineralölbereich

Jahr	Mineralölverbrauch		Mineralöleinfuhr [1]		Leichtes Heizöl		Schweres Heizöl		Verbrauch an Motorenbenzin und Dieselkraftstoff im Verkehr	Preise für Kraftstoffe [3]
	je Einheit Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980	je Einwohner [2]	insgesamt	je Einheit Bruttosozialprodukt [2] in jew. Preisen	Verbrauch	Verbraucherpreis [3]	Verbrauch	Erzeugerpreis		
	Petajoule [4] pro 1 Mrd DM	Gigajoule [5]	Mio DM	Verhältnis in v H	Petajoule [4]	1980 = 100	Petajoule [4]	1980 = 100	Petajoule [4]	1980 = 100
1950	0,59	3 944	.	.	3	.	15	.	100	.
1951	0,60	4 387	.	.	3	.	20	.	117	.
1952	0,60	4 735	.	.	3	.	23	.	138	.
1953	0,67	5 667	.	.	6	.	23	.	167	.
1954	0,80	7 226	.	.	15	.	38	.	185	.
1955	0,92	9 227	.	.	29	.	65	.	223	.
1956	1,10	11 708	1 449	*0,73*	59	.	102	.	252	.
1957	1,12	12 551	1 826	*0,84*	79	.	123	.	270	.
1958	1,40	16 139	1 909	*0,82*	138	22,9	167	.	311	.
1959	1,64	20 103	2 230	*0,87*	185	20,7	214	.	352	.
1960	1,78	23 470	2 794	*0,92*	281	20,1	267	.	402	.
1961	2,06	28 015	3 035	*0,92*	381	20,0	337	.	460	.
1962	2,45	34 397	3 768	*1,05*	572	20,5	401	24,5	516	49,0
1963	2,88	41 210	4 357	*1,14*	744	21,5	455	24,9	563	48,9
1964	3,13	47 213	4 914	*1,17*	838	20,5	522	22,3	636	48,8
1965	3,43	53 993	4 994	*1,09*	1 011	19,6	577	21,4	692	48,7
1966	3,76	60 408	5 584	*1,15*	1 134	18,8	610	22,7	762	46,8
1967	3,93	62 882	6 566	*1,33*	1 196	20,3	604	23,4	783	50,2
1968	4,16	70 134	7 855	*1,47*	1 366	21,7	633	22,2	838	53,6
1969	4,36	78 263	7 914	*1,32*	1 641	20,3	677	22,3	903	49,6
1970	4,63	86 429	8 583	*1,27*	1 853	21,5	733	24,6	993	48,7
1971	4,67	88 816	11 168	*1,49*	1 962	23,7	742	32,3	1 080	51,2
1972	4,74	93 332	10 621	*1,29*	2 064	21,9	792	26,6	1 136	53,8
1973	4,81	98 780	15 009	*1,63*	2 217	36,3	799	28,4	1 181	60,5
1974	4,33	88 939	32 226	*3,27*	1 926	47,3	687	56,5	1 129	72,7
1975	4,23	85 785	28 988	*2,82*	1 907	45,5	622	56,2	1 216	72,2
1976	4,34	93 303	35 264	*3,13*	2 087	50,1	630	61,1	1 281	77,2
1977	4,17	92 541	34 442	*2,87*	2 007	50,0	592	62,9	1 361	75,0
1978	4,25	97 168	31 800	*2,46*	2 131	48,9	595	58,0	1 436	76,7
1979	4,15	98 796	47 791	*3,42*	2 121	87,2	586	74,4	1 485	84,7
1980	3,68	88 409	62 879	*4,23*	1 748	100	535	100	1 506	100
1981	3,31	79 586	70 808	*4,58*	1 546	117,1	440	138,6	1 448	119,5
1982	3,18	75 960	68 094	*4,26*	1 403	123,8	378	131,1	1 475	117,0
1983	3,11	75 623	63 373	*3,77*	1 398	113,8	334	132,5	1 506	116,1
1984	3,01	75 701	68 543	*3,87*	1 425	120,5	311	157,9	1 550	116,5
1985	2,98	76 544	70 084	*3,80*	1 536	126,1	261	150,8	1 546	119,7
1986	3,05	80 438	33 623	*1,73*	1 668 [a]	68,8	296 [a]	68,9	1 630 [a]	90,3

[1] Erdöl, roh und Mineralölerzeugnisse (Spezialhandel).
[2] Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und Einwohner bis 1959 ohne Saarland und Berlin.
[3] Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.
[4] Petajoule = 10^{15} (Billiarde) Joule.
[5] Gigajoule = 10^{9} (Milliarde) Joule.
[a] Vorläufige Ergebnisse.

Quelle für Verbrauchsangaben: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abgabenbelastung 276

Agrarpolitik 158

Airbus 260, 262, 415ff.

Aktienbaisse
— s. Börsenkrise

Arbeitseinkommensquote 164ff., Anhang IV.B.

Arbeitslosigkeit
— in Europa 43
— Langzeitarbeitslosigkeit 111
— Struktur der Arbeitslosigkeit 108f.
— voraussichtliche Entwicklung 229

Arbeitsmarkt 104ff.
— Beweglichkeit auf den Arbeitsmärkten 368ff.

Arbeitsmarktpolitik 67
— Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 107
— Qualifizierungsoffensive 119ff.

Arbeitsproduktivität 101, 177ff., 252, 266, 357, 362

Arbeitsvertrag, befristeter 385ff.

Arbeitszeit
— Flexibilisierung 359ff., 365ff.
— Verkürzung der Wochenarbeitszeit 359ff.

Aufwertung
— s. Höherbewertung

Ausbildungsplätze 112

Ausfuhr 68ff., Anhang V.
— voraussichtliche Entwicklung 207ff.

Auslastungsgrad des Produktionspotentials 58, 96ff., 227

Außenbeitrag 64, 95, 225

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 2ff., 239f.

Austauschverhältnis
— s. Terms of Trade

Bauwirtschaft 62, 102, 218

Beschäftigung 67, 104ff.
— Ausländer 109
— Frauen 108
— Nettozuwachs 67
— Strukturwandel 113ff.
— Teilzeitbeschäftigung 108
— voraussichtliche Entwicklung 228

Beschäftigungsförderungsgesetz 385ff., 392ff.

Börsenkrise 19ff., 65, 185ff.
— geographisch unterschiedliche Wirkungen 192
— realwirtschaftliche Wirkungen 23f., 188ff.
— Wirkung in den Vereinigten Staaten 30f.
— Wirkung in der Bundesrepublik 188ff.
— wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen 267ff.

Bruttoanlagevermögen
— des Staates 103
— s. a. Wachstum

Bruttoinlandsprodukt 227
— als Zielgröße der Geldpolitik 331ff.

crowding out 280

Deficit-spending 280

Defizit
— der amerikanischen Leistungsbilanz, 2ff., 25, 269
— der Gebietskörperschaften 66, 273, 277ff.
— des amerikanischen Budgets 28ff., 271, 275

Deindustrialisierung 44, 47

Deregulierung
— s. Marktöffnung

Devisenmarkt
— s. Wechselkurse

Dienstleistungssektor 102, 252

Direktinvestitionen
— s. Investitionen

Einfuhr 64, 92ff.
— voraussichtliche Entwicklung 224

Einfuhrpreise 76ff., 221

Einkommen 78, 220f.

Einkommensteuer 148
— s. a. öffentliche Finanzen

Endnachfrage 98

Energiepreise
— Ölpreis 196, 250
— Prognoseannahme 196

Entwicklungsländer 14ff., 199

Erwerbstätigkeit 109, 229
— stille Reserve 251

Europa
— Arbeitsmarkt 43
— Finanzpolitik 40f.
— Geldpolitik 42
— Preise 42
— voraussichtliche Entwicklung 204ff.

Europäische Gemeinschaften 49ff.
— Agrarpolitik 52
— Stahlpolitik 51
— Währungspolitik 54ff.

Europäisches Währungssystem 54ff., 347ff.
— intramarginale Interventionen 354ff.
— Liberalisierung des Kapitalverkehrs 56f., 347ff.

Exportentwicklung 59

Finanzierungsrechnung 85, 213

Finanzpolitik 145ff., 275ff., 265, 273
— Finanzausgleich 155, 297ff.
— in den Vereinigten Staaten 28
— kommunale Finanzreform 263, 298ff.
— Steuerreform 276, 289ff., 309f.

Forschung und Entwicklung
— s. Innovationstätigkeit

Geldbasis 130f.
— s. a. Zentralbankgeldmenge

Geldmenge 136f.

Geldmengenziel 130ff., 316ff., 342ff.

Geldpolitik 65, 129ff., 270, 315ff., 341ff.
— Beurteilung 132ff., 319ff.
— Geldversorgung der Wirtschaft 133
— Instrumentarium 141f.
— s. a. Zentralbankgeldmenge

Geldwertstabilität 320ff., 345

Gesundheitspolitik 306, 254

Gesundheitswesen 260

Gewerbesteuer 295

Gewinne
— Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 177
— „Gewinn"-Einkommen 177ff.
— Gewinn-Erlös-Relation 164ff., Anhang IV.B.
— Gewinnmargen 213

Handelsbeschränkungen 9ff., 50, 261

Höherbewertung der D-Mark 68, 72, 77, 92, 143f., 183, 323, 342

Inflation
— s. Preisentwicklung

Innovationstätigkeit 101, 252, 262

Internationale Wirtschaftspolitik 2ff., 347ff.

Investitionen 61, 83ff., 252ff.
— Direktinvestitionen 88, 293
— öffentliche 80f., 103, 256f.
— s. a. Wachstum
— voraussichtliche Entwicklung 210ff.

Japan 32ff., 203

Kapazitätsauslastung 96ff.

Kapitaleinsatz 101, 252

Kapitalkosten Anhang IV. B.

Kapitalmarkt 138ff.

Kapitalproduktivität 100

Kapitalstock 100, 252
— s. a. Wachstum

Kapitalverkehr
— s. Europäisches Währungssystem

Kohlepolitik 157

Konjunkturelle Entwicklung
— in der Bundesrepublik 58ff., 68ff., 97ff.
— in der Welt 18ff.
— voraussichtliche 198ff.

Konjunkturneutraler Haushalt 160, Anhang IV. D.

Kooperation 270ff., 339, 353

Kosten-Erlös-Relation 164ff., Anhang IV. B.

Krankenversicherung
— s. Gesundheitspolitik

Krisenbranchen 67, 252f.

Ladenöffnungszeit 260, 411ff.

Lagerveränderung 226

Leistungsbilanz
— s. Zahlungsbilanz

Löhne
— Differenzierung 364
— Effektivverdienste 357
— Lohnstückkosten 61, 266, 357f., 362f.
— Reallöhne 357
— Tariflöhne 254, 356ff.

Lohnpolitik 254, 266, 356ff.

Lohnquote 177ff.

Lohnsteuer 148

Louvre-Abkommen 65, 129, 323

Marktöffnung 259f., 402ff.

Neuorientierung 258

Öffentliche Finanzen
— Ausgaben 150ff.
— Finanzausgleich 155, 297
— Finanzierungssaldo 160, 279
— Finanzplanungsrat 145, 279
— kommunale Finanzreform 263, 298ff.
— konjukturelle Wirkungen 160, 280
— konjunkturneutraler Haushalt 160, Anhang IV. D.
— mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Haushalte 283ff.
— Staatsnachfrage 80ff.
— Steuereinnahmen 147ff.
— Steuerpolitik 289ff.
— Subventionen 156ff., 284, 312
— voraussichtliche Entwicklung 219

Ölpreisentwicklung
— s. Energiepreise

Preisentwicklung
— Einfuhrpreise 77, 84
— in Europa 42, 204
— und Geldpolitik 320ff., 345
— und Lohnpolitik 320, 345ff., 357ff., 362f.
— Verbraucherpreise 65, 76
— voraussichtliche Entwicklung 221f.

Problemregionen
— s. Regionalpolitik

Produktion
— Gesamtwirtschaft 98
— voraussichtliche Entwicklung 227

Produktionspotential 96ff., Anhang IV. A.

Produktivität
— s. Arbeitsproduktivität bzw. Kapitalproduktivität

Prognose 183ff.
— Annahmen 195ff.
— s. a. Börsenkrise

Protektionismus
— s. Handelsbeschränkungen

Randwettbewerb 404ff.

Reallohnposition 164ff., Anhang IV. B.

Realwert des Sozialprodukts Anhang IV. B.

Reformblockade 258

Regionalpolitik 254, 263

Regulierung 252, 377ff., 402ff.
— s. a. Marktöffnung

Rentabilität der Investitionen 164ff.

Rohstoffpreisindex 334ff.

Sozialplan 392ff.

Sozialversicherung 161ff., 305ff.

Staatsausgaben 63

Staatsquote 145, 283, 313f.

Steueraufkommen 147ff.

Steuerquote 279

Steuerreform
— s. Finanzpolitik

Strukturwandel 249ff.

Subventionen 66, 156ff., 260, 284, 312, 415ff.

Tarifpolitik 396ff.

Technischer Fortschritt 101, 250, 252

Telekommunikation 260, 403ff.

Terms of Trade (Austauschverhältnis) 179f., 357

Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 133, 322

Umsatzsteuer 149

Umweltpolitik 245, 250, 264

Unternehmerlohn 178ff.

Verbrauch, privater 60, 76ff., 220ff.

Vereinigte Staaten 25ff., 202

Vermögenseinkommen 177ff.

Verschuldungsprobleme 14ff.
— Schuldenerlaß 16

Verteilung 177ff.

Vorausschätzung
— s. Prognose

Wachstum 59, 96ff.
— des Bruttoanlagevermögens 101ff., 252
— des Produktionspotentials 96, 100ff.

Wachstumspolitik 256ff., 271

Wachstumsschwäche 251ff.

Währungspolitik 329ff., 347ff.

Wechselkurse
— Entwicklung 58f., 143f., 250
— feste 347ff.
— flexible 250
— gestaltete 337ff.
— reale 272
— stabile 65
— Zielzonen 337ff.

Welthandel 200
— s. a. Handelsbeschränkungen
— Welthandelsordnung 9ff.

Weltkonjunktur
— s. konjunkturelle Entwicklung

Wertewandel 255

Wertschöpfungsteuer 295, 300f.

Wettbewerb, dynamischer 252, 259f., 380

Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland 71ff., 92ff., 250, 252

Wohnungsbau 89ff., 218

Zahlungsbilanz
— Handelsbilanz und Leistungsbilanz 2ff., 64
— Kapitalverkehr 56f., 350ff.

Zentralbankgeldmenge 65, 130ff., Anhang IV. C.

Ziele, gesamtwirtschaftliche 235ff.

Zinsen
— im Ausland 22, 42, 65, 139f.
— in der Bundesrepublik 137ff.
— Zinsausgaben des Staates 68

Zwangsabgaben 254